

III. 3. 3. 3.

Die
braunschweigisch-hannoverschen
Angelegenheiten und Zwistigkeiten

vor dem Forum
der deutschen Großmächte und der Bundes-
Versammlung.

Mit Benutzung der diplomatischen Correspondenz der Großmächte und
Mittelstaaten, sowie der Bundes-Protokolle von 1827-1831.



Berlin 1862.
Verlag von Julius Springer.

Inhalt.

Erster Abschnitt.

	Seite.
Die Zwistigkeiten zwischen dem Herzog Carl von Braunschweig und seinem früheren Vormunde, dem Könige Georg IV. von England.	
I. Kapitel. Einleitung	3
II. Kapitel. Die vormundschaftliche Regierung von 1816—1823	8
III. Kapitel. Die Regierung des Herzogs Carl von Braunschweig vom Jahre 1823—1827	23
IV. Kapitel. Die Vermittelungsverhandlungen Oesterreichs und Preussens. — Diplomatische Correspondenz und mündliche Verhandlungen	28
V. Kapitel. Fortsetzung des vorigen Kapitels	41
VI. Kapitel. Fortsetzung des vorigen Kapitels	59
VII. Kapitel. Fortsetzung des vorigen Kapitels	83
VIII. Kapitel. Die preussischen Instructionen für die Abstimmungen bei der Bundesversammlung	109
IX. Kapitel. Die Verhandlungen vor der Bundesversammlung	127
X. Kapitel. Verhandlungen an der Bundesversammlung (Fortsetzung). Com- missions-Gutachten	191
XI. Kapitel. Verhandlungen an der Bundesversammlung (Fortsetzung und Schluß). Execution	227

Zweiter Abschnitt.

Die Verfassungs- und Regierungs-Angelegenheit des Herzogthums Braunschweig.

I. Kapitel. Darstellung der Beschwerden der Landstände und der Erklärungen Braunschweigs und Hannovers	265
II. Kapitel. Die Verhandlungen und ungedruckten Denkschriften der Rabinete der deutschen Groß- und Mittelstaaten	314
III. Kapitel. Gutachten der Bundestags-Commission	358
IV. Kapitel. Abstimmungen und Beschluß der Bundesversammlung	385
V. Kapitel. Der Aufstand in Braunschweig und seine Folgen	405
VI. Kapitel. Verhandlungen und weiterer Verlauf der Regierungsverhältnisse in Braunschweig (1831)	452

Erster Abschnitt.

Die Zwistigkeiten zwischen dem Herzog Carl von Braunschweig und seinem früheren Vormunde, dem Könige Georg IV von England.

Erstes Kapitel.

Einleitung.

Der berühmte Feldherr Friedrichs des Großen, der Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, hatte sein Land als ein weiser und sparsamer Regent seit 1780 beherrscht und war nach der unglücklichen Schlacht bei Jena durch den Machtspruch des kaiserlichen Eroberers seines Landes beraubt worden; er überlebte diese Katastrophe nur wenige Wochen. Er starb auf dänischem Boden am 10. November 1806 zu Ottersen bei Altona. Von seinen Söhnen war der älteste kinderlos vor ihm gestorben; der zweite, geisteschwach, folgte 1811; der dritte, August, war erblindet und starb 1820 zu Braunschweig. Er hatte 1806 auf die Regierung verzichtet. Der jüngste Sohn, Friedrich Wilhelm, geboren 1771, war also der berechtigte Erbe des Herzogthums Braunschweig, als die fremden Eroberer aus Deutschland verjagt wurden. Die Verfügung, durch welche Carl Wilhelm Ferdinand seinem jüngsten Sohne, wegen Erblindung seiner beiden älteren Brüder, die Regierungsfolge sicherte, war der letzte Regierungsact, den er unter Zuziehung der Staatsräthe in Braunschweig vollzog. Friedrich Wilhelm war mit einer Prinzessin aus dem markgräflichen Hause Baden verheirathet. Aus dieser Ehe entsprangen der Herzog Carl geb. den 30. October 1804 und der jetzt regierende Herzog Wilhelm, geb. den 25. April 1806. —

Als der Herzog Friedrich Wilhelm am 22. Dezember 1813 in Braunschweig einzog, ertönte das ganze Land von Jubel und Freude. Er verbiente in vollem Maße die Liebe, welche ihm das Volk entgegenbrachte. Er, welcher früher fast nur Krieger zu sein schien, dessen Kühnheit und Tapferkeit sprichwörtlich geworden war, widmete sich mit rastlosem Eifer den Landesgeschäften, suchte sie zu vereinfachen, milderte die Noth, wo er konnte, lebte für seine Person sehr sparsam und war Jedermann zugänglich; — er bemühte sich ein trefflicher Regent zu werden, wie sein Vater es gewesen war. Leider dauerte seine Regierung nur allzukurz. Er fiel, wie allbekannt, für Deutschlands Freiheit in der Schlacht bei Quatrebras am 16. Juni 1815.

Vor seiner Abreise aus Braunschweig, als er von Neuem ins Feld rückte, hatte er das Staatsruder in die Hand des Geheimen Regierungsraths von Schmidt-Phiseldack gelegt, von welchem die damalige Zeit Scharfblick und Geschäftskennntniß, wie Uneigennützigkeit rühmte, dessen unermüdlige Arbeitskraft die Landesangelegenheiten sehr fördere. Daß ihm später der Herzog Carl vorwarf, die Interessen des herzoglichen Hauses auf dem Congreß zu Wien nicht besser vertreten zu haben, war nicht sein Verschulden. Der Minister eines so kleinen Staates, wie Braunschweig, konnte begreiflicher Weise nur dann einen Einfluß

auf jenem Congresse gewinnen, wenn er die Unterstützung einer großen Macht hatte. Diese fehlte ihm nicht nur, sondern das Haus Hannover hatte ein besonderes Interesse, der älteren welfischen Linie an Ländern nichts zukommen zu lassen, was ihr selbst gelegen schien. Das erkannte wohl der Herzog Friedrich Wilhelm, als er nach kurzem Aufenthalt Wien verließ. Deshalb scheint auch die Andeutung, daß ein Staatsmann schon auf dem Wiener Congreß den möglichen Anfall der braunschweigischen Lande an Preußen berücksichtigend, seine Maßregeln darnach getroffen habe,*) durchaus der Begründung zu entbehren. — Die Sache ist jedoch hier nicht genau zu erörtern. Hätte indessen Herzog Carl von Braunschweig eine wirkliche Vernachlässigung der Interessen Braunschweigs nachweisen können, so würde ihm das sehr leicht geworden sein. Die Instruktionen seines Vaters für Schmidt-Phisfeld am Wiener Congreß waren ihm zugänglich. Wäre hieraus etwas gegen den gehassten Mann zu entnehmen gewesen, so würde er mit der Veröffentlichung wenigstens später, z. B. in dem Buche: Charles d'Este, sicher nicht gezögert haben.

Nach dem Tode des Herzogs Friedrich Wilhelm übernahm der damalige Prinz-Regent von England und Hannover die Vormundschaft über die beiden unmündigen Prinzen Carl und Wilhelm nach dem Willen des gefallenen Helden. Er war zu der Vormundschaft als nächster Agnat der Prinzen und nach dem ausdrücklichen Willen ihres Vaters berufen, wie derselbe ihn sowohl in seinem Testamente (1813) als in einer am 4. Mai 1815 zurückgelassenen Instruktion für seinen geheimen Rath ausgesprochen hatte. Ein Codicill vom 5. Mai 1813, worin der Herzog die Verwaltung seiner Geschäfte dem Grafen von Liverpool, dem Staatssekretair Canning und dem Grafen von Münster übertragen hatte, sagte in Bezug auf den letzteren: „— daß der Graf von Münster die Gewogenheit haben möchte, sich besonders meiner deutschen Angelegenheiten, dieselben mögen, welchen Gegenstand es auch immer sei, betreffen, anzunehmen, worüber ich, soviel möglich, immer Nachricht hinterlassen werde.“

In dem am 5. Mai 1813 gemachten Testamente hatte der Herzog bestimmt: „Sollten die politischen Verhältnisse es dereinst erlauben, daß meine Kinder, nach Vollendung ihrer ersten Erziehung, nach Deutschland geschickt werden könnten, wohin ich die Erlangung ihres 16ten bis 20sten Jahres rechne, dann wünsche ich, daß sie, um mit den Sitten und Gebräuchen, den Interessen und Rechten ihres deutschen Vaterlandes, und den Rechten, die ihnen als deutsche Fürsten zustehen, bekannt gemacht zu werden, dort hingeschickt, um unter der ausschließlichen Aufsicht meiner Frau Schwiegernutter, jetzt verwittweten Markgräfin von Baden, ihre Erziehung zu vollenden.“

Diese Bestimmung sollte dereinst zu unendlichem Zwiste zwischen dem Herzog Carl und dem Könige von England dienen. — Bei der Uebernahme der Vormundschaft Seitens des Prinz-Regenten von England und Hannover durch Patent dom 18. Juli 1815 bestand das Geheim-Raths-Collegium zu Braunschweig nur aus den beiden Geheimen Rätthen von Schmidt-Phisfeld und von Schleinitz; zu diesen ernannte der Prinz-Regent einen Vorsitzenden, den Staatsminister Grafen v. Schulenburg-Wolfsburg, vorher Präsident der ersten Ständeversammlung des Königreichs Hannover. Als dieser 1818 im December starb, ernannte der Prinz-Regent den Grafen von Alvensleben an dessen Stelle. Dem Grafen von Münster, vortragendem hannoverschen Minister bei

*) Dies behauptet Heusinger, Geschichte der Residenzstadt Braunschweig von 1806—1831, S. 137

der Person des Prinz-Regenten, übertrug dieser die oberste Leitung der braunschweigischen Vormundschaft. In Braunschweig beherrschte aber der Geheime Rath v. Schmidt das Geheime Raths-Collegium durch seine Fähigkeiten und Geschäftsfenntniß vollständig, so daß er als der eigentliche Leiter der vormundtschaftlichen Regierung zu betrachten war.

Während der vormundtschaftlichen Regierung lebten die unmündigen Prinzen theils in Braunschweig theils auf Reisen, verfügten sich aber im Jahre 1820 auf Anordnung ihres Vormundes unter Begleitung eines neuangestellten Hofmeisters, des Kammerherrn von Einsingen, nach Lausanne, wo sie bis zur Mitte des Jahres 1822 blieben, um von da an längere Zeit bei ihrer Großmutter, der Markgräfin von Baden zu verweilen. Endlich begab sich der Herzog Carl nach Wien unter Begleitung des Obrist von Dörnberg, des Hofraths Eigner und des Kammerherrn von Hohnhorst, der Herzog Wilhelm nach Göttingen unter Begleitung des Majors, späteren Oberstaatsraths von Münchhausen. Der frühere Gouverneur des Herzogs Carl, von Einsingen, war mit Pension entlassen, vorzüglich auf Wunsch des Herzogs, welcher mit ihm in stetem Unfrieden gelebt hatte.

Es ist hier schon darauf aufmerksam zu machen, daß ein Punkt des Testaments des gesunkenen Herzogs Friedrich Wilhelm von dem königlichen Vormund nicht erfüllt worden war, nämlich die Vorschrift, daß die beiden Prinzen unter die Obhut ihrer Großmutter gestellt werden sollten. Georg IV. und sein Minister legten einen so großen Nachdruck auf die testamentarischen Bestimmungen des verstorbenen Herzogs, daß sie sogar eine Bestimmung sehr restriktiv auslegten: den Beginn der Volljährigkeit des regierenden Herzogs. Warum aber folgten sie dieser Bestimmung des Testaments nicht? Die Erziehung des Herzogs Carl hätte wahrscheinlich eine andere Richtung bekommen, und der Vorwurf, welchen man von englischer Seite dem Herzog Carl machte, „daß er eine Neigung für die schlechte Gesellschaft habe“, würde wahrscheinlich weniger begründet worden sein. *) Der Vorwurf klingt im Munde Georgs IV. außerdem wunderbarlich genug. Dagegen scheint der Vorwurf, der vom unbefangenen Standpunkte des Geschichtschreibers erhoben werden muß, schwerer zu wiegen. Der Herzog Carl entbehrte der nothwendigsten Kenntnisse zur Regierung eines Landes, als er den Thron bestieg; er kannte noch nicht einmal die Verfassung und die Haupteinrichtungen seines Landes. Es mag schwer gewesen sein, einen Charakter, wie den des Herzogs Carl zu leiten, — aber bei sorgfältigem Unterricht konnte dennoch mehr erreicht werden, als erreicht wurde. Der Aufenthalt auf einer deutschen Universität, wie ihn die Markgräfin von Baden verlangt hatte, wäre jedenfalls erprießlicher gewesen, als der in Wien, wo vor lauter unwesentlichen Gesellschaftspflichten an ein Studium der nothwendigsten Dinge gar nicht zu denken war. —

Mit der Vollenbung des 18ten Jahres des Herzogs Carl wünschte dieser die Regierung seines Landes zu übernehmen, da er nach seiner Meinung, durch einige ihm bekannt gewordene Abhandlungen davon überzeugt wurde, daß die Volljährigkeit der braunschweigischen Prinzen mit der Vollenbung des 18ten Jahres beginne. In England war man anderer Meinung. Da jedoch die Sache ein-

*) Brief Münster's an die Markgräfin von Baden. — Münster, Widerlegung der ehrenrührigen Beschuldigungen, welche Stolz S. Durchl. der regierende Herr Herzog v. Braunschweig gegen Ihren erhabenen Vormund und die während Ihrer Minderjährigkeit mit der Verwaltung Ihrer Lande und Ihrer Erziehung beauftragten Männer erlaubt haben. Hannover 1827. S. 46.

mal angeregt wurde und zu sehr großen Weitläufigkeiten führen konnte, wenn die englische Ansicht durchgeführt werden sollte, daß nämlich die Volljährigkeit des Herzogs erst mit der Vollendung des 21sten Jahres eintrete, so entschloß sich Georg IV in Berlin und Wien vertraulich anzufragen, welche Meinung man über diesen Gegenstand habe. Beide Höfe entschieden zwar nicht geradezu für das 18te Jahr, wollten aber die Angelegenheit in Güte beendet sehen. Metternich suchte eine Vermittlung der Ansichten dahin zu erreichen, daß man einen Zeitpunkt zwischen den beiden Altern von 18 und 21 Jahren, in welchem letzteren die Prinzen der königlichen Linie der Welfen gesetzlich volljährig werden, zur Beendigung der Vormundschaft festsetze, und forderte den Herzog auf, selbst Vorschläge in dieser Beziehung zu machen. Dieser verlangte, daß ihm mit dem Monate März 1824 die Regierung des Landes übergeben werden möge. **Er gab also seine Zustimmung zu einer solchen Ausgleichung.** In Folge hiervon verwendeten sich Metternich und Hardenberg weiter bei Georg IV. für den Herzog Carl, so daß der König nun die Vormundschaft fünf Monate früher, als der Herzog selbst verlangt hatte, niederlegte (30. Oktober 1823). Diesen Entschluß machte der König dem Herzog durch ein Schreiben vom 29. April 1823 schon bekannt, und dem Lande Braunschweig durch ein Patent vom 6. Juni 1823. Diese Thatfachen sind hier vorausgeschickt, damit das Verständniß der späteren Zwistigkeiten erleichtert werde. In Bezug auf diese Thatfachen sind auch die Vertheidiger des Herzogs Carl vollkommen einig. *)

Der Herzog trat darauf die Regierung am 30. Oktober 1823 an und wurde vom Lande, als Sohn seines berühmten Vaters, als Enkel seines unvergeßlichen Großvaters mit der herzlichsten Liebe empfangen, **) was der Herzog bei dieser Gelegenheit selbst später von den Domainenpächtern und Beamten sagt, wirkt einen so großen Schatten auf ihn, daß wir hier davon schweigen. ***) Der Staatsminister v. Alvensleben empfing ihn gebührend, ebenso der Geheime Rath v. Schmidt-Phisfelbeck. Der Herzog hatte einen besonderen Abgesandten des königlichen Vormundes, etwa einen königlichen Prinzen erwartet; dieser blieb aus. Nach den vorangegangenen Differenzen sehr begreiflich und von Rechts wegen zu verlangen gewiß nicht. Man denke an die Königin Caroline, die Tante des Herzogs, an den Widerwillen, welchen Georg IV gegen die ältere Linie hegte. Der Herzog Carl hätte an der Zuneigung der Prinzen des königlichen Hauses der Herzöge von Cambridge und Cumberland eine Entschädigung finden sollen; Georg IV hatte nicht die Wahrscheinlichkeit einer langen Lebensdauer, sein ausschweifendes Leben konnte nicht lange die Folgen aufhalten. Die Braunschweiger hatten ihm gezeigt, daß sie für den König nicht eingenommen waren und seine Handlungsweise nicht im Geringsten billigten. Das Begräbniß der Königin Caroline, der so unwürdig verfolgten Gemahlin Georgs IV, hatte dies bewiesen, ****) weßhalb auch der König bei seinem Besuche auf dem Feslande im Jahre 1822 Braunschweig nicht berührte. Gleich nach dem Antritt der Regierung begab sich

*) Vergl. Der Aufstand in der Stadt Braunschweig am 6. und 7. September 1830 und der bevorstehende Anfall des Herzogthums Braunschweig an Hannover. Leipzig 1858. S. 31.

**) Ich folge hier dem wohlunterrichteten, durchaus unparteiischen Verfasser der Geschichte der Residenzstadt Braunschweig (Heusinger). 1861. S. 163 ff.

*** Charles d'Este Tom. I. 92. Diese jetzt sehr seltene Schrift, welche bei ihrem Erscheinen in der ganzen Auflage aufgetauft wurde, ist von mir benutzt; sie ist indeß, allerdings mit an manchen Orten nicht unbedeutenden Veränderungen ins Deutsche übersezt. Cassel 1844.

****) Vergl. Heusinger a. a. D. S. 158.

der Herzog auf Reisen, nach Frankreich, Italien zc. Um Regierungsgeschäfte kümmerte er sich in den ersten drei Jahren wenig und ließ das Geheimraths-Collegium walten. Daß er Metternich das Versprechen gegeben, in den ersten drei Jahren nur zuwartend sich zu verhalten, um die Verhältnisse kennen zu lernen, ist nach der mir vorgelegenen Correspondenz der Großmächte wenig glaublich, wenngleich der Herzog dies später behauptete. *) Er scheint nur seinen Neigungen nachgegangen zu sein. Das Land befand sich bei seiner Abwesenheit am wohlsten. Bevor jedoch auf die Regierung des Herzogs Carl eingegangen wird, muß auf die später so schwer angeschuldigte Verwaltung der Vormundschaft ein kurzer Rückblick stattfinden. Dabei ist der Bericht derselben an den König, bei dem Eintritt der Regierung des Herzogs Carl zu Grunde gelegt, wie es sich in dem Bundes-Protokolle findet, jedoch davon abgewichen, wo es die verschiedene Anschauung des Verfassers bedingte.

*) Charles d'Este I. ch. 9. 10.

Zweites Kapitel.

Die vormundschastliche Regierung von 1816—1823.

Der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig fand bei seiner Rückkehr in sein Land das Herzogthum als einen Theil des ephemeren Königreichs Westphalen, mithin alle früheren Institutionen desselben und dessen Verwaltung, selbst die eines eigenen Staates, überall nicht vorhanden. Er war genöthigt, die frühere Landesverwaltung und die Regierungsweise seiner Vorfahren erst wieder herzustellen, und die verschiedenen unter abgesonderten Verwaltungsbehörden gestandenen Theile des Herzogthums wieder zu einem besonderen Staate von Neuem zusammen zu bilden. Die Schwierigkeit solcher Aufgabe war kaum in einer Zeit zu lösen, welche in einer solchen Crisis befangen war, als die Jahre 1813 und 1814 in sich bargen. Denn Deutschland war noch in einem schweren Kriege mit seinen bisherigen Bedrückern begriffen, an welchem der Herzog freiwillig und über seine Kräfte thätigen Antheil für die gemeinsame Sache Deutschlands nahm; jedoch stritt er damit zugleich für die Erhaltung des eben erlangten Erbes seiner Vorfahren. Er schuf das Militair ganz von Neuem, und es war zu bewundern, daß er bereits im Frühjahr 1814 mit einem wohlgerüsteten Corps den siegenden Allirten bis an Frankreichs Grenze nachrücken konnte. Thätigere Theilnahme am Kriege ersparte der eingetretene Friede, dessen kurze Dauer selbst den zu Wien versammelten Congreß der europäischen Mächte überraschte.

Ähnliches ahnend, hatte der Herzog Bedenken getragen, seine für die Kräfte des Landes jedenfalls zu zahlreichen Truppen zu verabschieden, und befand sich daher im Stande; er vermochte aber auch mit einem verhältnißmäßig sehr beträchtlichen Corps an dem wieder angefangenen Kampfe sofort thätigen Antheil zu nehmen. Der treue Kämpfer für deutsche Ehre und deutschen Kriegsrühm besiegelte seine opfer- und dornenvolle Laufbahn mit seinem Heldentode bei Quatre-bras und bereitete, was England so ungern eingesteht, dem Tage von Waterloo die Möglichkeit des Versuches gegen Napoleons Genie, wie Blücher an dem Schlusse des Tages das Gelingen dieses Versuches herbeiführte.

Begreiflich ist es, daß in einer so kurzen und stürmischen Zeit nicht alles geschehen sein konnte, was des Landes Wohlfahrt erheischte, und daß der Herzog sich außer Stande befand, auf die innere Verbesserung des Landes, welches unter der fremden Herrschaft in mehreren Theilen sehr zurückgekommen war, Verwendungen zu machen, welche die bringende Gefahr des Kriegs auf eine andere Weise in Anspruch nahm, und daß überall die schweren Anstrengungen für diesen Krieg die Kräfte des Landes dergestalt angegriffen hatten, daß dessen finanzielle Staatswirthschaft nicht also geregelt sein konnte, wie in ruhigeren

Zeiten es wäre zu hoffen gewesen. Die vormundschaftliche Verwaltung dieses hervorhebend fand nicht für gut, zugleich das Verdienst der beiden Herzöge von Braunschweig, des Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand und Friedrich Wilhelm auch nur anzudeuten. Von beiden wußte aber das Land Braunschweig als sparsamen und bürgerfreundlichen Regenten die erhebendsten Thaten zu erzählen, die noch heute im Munde des Volkes fortleben. *) Friedrich Wilhelms Sparsamkeit für seine Person, seine außerordentliche Arbeitsthätigkeit war Jedermann bekannt.

Der nachfolgenden Regierung blieb begreiflicher Weise noch Vieles zu wünschen übrig, um das Herzogthum die Leiden der früheren vergessen und es die wohlthätigen Folgen der wiedergekehrten Regierung seiner angestammten Fürsten genießen zu lassen.

Der Justizverfassung im Lande hatte Herzog Friedrich Wilhelm bereits im Jahre 1814 diejenige provisorische Form gegeben, nach welcher sie bis zum Aufhören der Regentschaft versehen worden. Es ist nicht Zweck dieser Zeilen, nachzuweisen, ob und in wie fern ein jegliches Verlassen von den eingeführten Reformen der westphälischen Zwischenregierung gerecht und zweckmäßig war; so viel ist aber gewiß, daß Herzog Friedrich Wilhelm nach bester Ueberzeugung handelte. Im Ganzen bewährte sich die neue Einrichtung als gut, jedoch konnte sie definitiv und bleibend erst dann werden, wenn zuvor die Frage, inwiefern die nicht geschlossene Herstellung der Patrimonialgerichte und des befreiten Gerichtsstandes bleibend sei oder andere Einrichtungen bewirken werde, auch inwiefern das nicht hergestellte fürstliche Hofgericht auch ferner nicht wieder herzustellen sein werde, entschieden war. Diese Fragen mußten bis zur Verathung mit den Landständen unentschieden bleiben und erhielten erst durch die Verordnungen vom 26. März 1823 ihre Erledigung, durch welche in der Justizverwaltung der Grund zu einer guten Einrichtung gelegt wurde. Der Charakter derselben war, daß Gerichte erster Instanz getrennt von der eigentlichen Verwaltung in den verschiedenen Landestheilen sein, in zweiter Instanz nur von einem Gerichte Recht gesprochen wurde, und von diesem wiederum in letzter Instanz noch eine Entscheidung vor dem Ober-Appellationsgericht gesucht werden konnte. Durch die Verbindung, in welche es mit den Fürstenthümern Lippe, Waldeck und Schaumburg-Lippe im Jahre 1816 gesetzt worden, wurde ihm noch ein vermehrtes äußeres Ansehen und umfassendere Wirksamkeit beigelegt. Da die hiernach zu bestellenden Districtsgerichte nicht mehr als fürstliche Patrimonialgerichte für einzelne Ämter betrachtet werden konnten, und mit hinreichendem Personal versehen das Ansehen fürstlicher Rechtscollegien besaßen, so fiel damit der Wunsch und die Nothwendigkeit der Wiederherstellung der Privat-Patronatgerichte und des privilegierten Gerichtsstandes hinweg, und daraus entstand der Vortheil, daß die Discussionen über die damals noch so sehr verschiedenen Ansichten unterworfenen und so sehr verschieden beurtheilten Gegenstände im Herzogthume völlig abgeschnitten und beseitigt wurden. Dieser Gang der gemäßigten Reform war gewiß ein Verdienst der vormundschaftlichen Regierung, soviel man auch dagegen vom heutigen Standpunkte einzuwenden haben möchte.

Einer noch fehlenden vollständigen Hypothekenordnung wurde durch die Verordnung vom 26. März 1823, die stillschweigenden Hypotheken betreffend, der Weg gebahnt, weil dadurch die Vorfrage entschieden war, welche Forderungen

*) Vergl. Heusinger Gesch. der Residenzstadt Braunschweig. 1861. a. a. D. insbesondere S. 122 ff. 126. 127.

in die Hypothekenbücher eingetragen werden müssen, und welche auch ohne solche Eintragung in Kraft bleiben sollen. Auch war durch die Verordnung von demselben Tage über die Bankerotte für die Sicherheit der Gläubiger gegen Betrug und leichtsinniges Schuldenmachen thunlichst gesorgt worden.

Die öffentliche Sicherheit im Herzogthum wurde, im Ganzen genommen, auf eine sehr genügende Weise erhalten; außer dem Eifer der betreffenden Behörden verdankt man dieses hauptsächlich der sehr wesentlichen Unterstützung, welche dieselben durch die Husaren-Schwadron vermöge der Verordnung vom 5. Febr. 1816 und die damit nach der Verordnung vom 9. Juli 1818 in Verbindung gesetzten Fußjäger erhalten hatten, — eine Institution ähnlich den jetzt in den meisten Staaten Deutschlands bestehenden Einrichtungen, mit entsprechender Rücksicht auf die Lokalität, deren Nutzen durch den Erfolg sich immer mehr bewährt hatte. Die bereits früher mit anderen Nachbarstaaten bestandenen Verhältnisse wegen Auslieferung der Verbrecher waren durch die am 5. Mai 1823 bekannt gemachte Convention mit Kurhessen noch vervollständigt worden.

Die innere Verwaltung war ihrer Bestimmung gemäß, von der fürstlichen Kammer als Centralbehörde besorgt worden. Unter derselben standen die Oberhauptleute als obere Distriktsbehörden, welchen bis dahin die Kreisgerichte in dieser Hinsicht unterworfen waren, wie dies künftig auch in Ansehung der einzurichtenden Kreisämter in Folge der Verordnungen vom 26. März 1823 eintrat, durch welche außerdem für die Polizei- und Gemeinde-Verwaltung ergänzende Maßregeln vorgeschrieben wurden, deren Zweckmäßigkeit im Allgemeinen sich bestätigte.

Neben der Sicherung des Eigenthums und der öffentlichen Wohlfahrt war die Frage für die Erhaltung und das Emporkommen des Wohlstandes der Einzelnen der Gegenstand der Verwaltung gewesen.

Schon im Anfange des Jahres 1814 hatte Herzog Friedrich Wilhelm die mit allen übrigen Institutionen des Landes im Widerspruch stehenden aufgebrungenen fremden Rechte aufgehoben, mit demselben Eifer, durch welchen im übrigen Deutschland fremdländische Einrichtungen, ob gut oder schlecht, vielfach sogar auf thörichte und ungerechte Weise beseitigt wurden, um jetzt neuerdings wieder ins Leben gerufen zu werden. Es mangelten aber noch mehrere Bestimmungen über die Anwendbarkeit der fremden Rechte auf bürgerliche Verhältnisse. Die vormundtschaftliche Regierung half diesem Mangel durch die Verordnung vom 2. Januar 1818 ab und sicherte dadurch zugleich sowohl den Staatsverwaltungsbehörden, als Korporationen und Gemeinen, sowie Privatpersonen die Ausübung ihrer unter der fremden Herrschaft unterdrückten Rechte auf eine billige Weise. Daneben aber erhielten einzelne Gewerbe die verdiente besondere Berücksichtigung. Die Anlegung neuer Mühlen in der westphälischen Zeit hatte dem Anscheine nach zur Veeinträchtigung wohlermorbener Rechte der älteren Müller stattgefunden und zu sehr häufigen Klagen und Beschwerden derselben Veranlassung gegeben. Zugleich aber trat die Erwägung ein, daß wohl nicht alle die neuerrichteten Mühlen wirklichen Rechten zuwider errichtet worden, daß daher das Verlangen zu deren Unterdrückung häufig nicht begründet und dem übrigen Theile der Landeseinwohner deren Beibehaltung nöthig oder wünschenswerth sein möchte. Durch die Verordnung vom 3. Oktober 1816 ertheilte daher der König die Vorschriften, nach welchen die Untersuchung über deren Beibehaltung oder Unterdrückung mit Berücksichtigung des öffentlichen Wohls sowohl als wohl

begründeter Gerechtsame, nach Anleitung der Landesgesetze von den richterlichen Behörden geschehen sollte.

Die bis dahin beibehaltene Gewerbefreiheit konnte nicht füglich eher eine definitive Bestimmung erhalten, bis über die zeitgemäße Wiederherstellung der früheren Gilden und Zünfte mit den Landständen, die erst 1820 wirksam wurde, berathen war, nach deren Gutachten der König auch für diesen Gegenstand durch die Gewerbe- und Gilden-Ordnung vom 29. Oktober 1820 für die damalige Zeit, in welcher selbst die größten Staaten Deutschlands diese Verhältnisse nur sehr nothdürftig geordnet hatten, angemessene Vorschriften ertheilte. Es fand wenigstens keine Wiederherstellung der alten Zünfte und Gilden statt, sondern es traten solche Einrichtungen ein, welche einer späteren Gewerbefreiheit die Bahn brechen konnten. Die früher sehr beträchtlichen braunschweiger Messen hatten freilich nicht den guten Fortgang wie früher und das Geheime Rathskollegium sah die Ursache davon in den Maafregeln der Nachbarstaaten. Man machte sich damals nur von wenigen Seiten die Ursachen klar, warum die sogenannten Messen bei ganz veränderten national-ökonomischen Verhältnissen ihre frühere Bedeutung verlieren, jedenfalls aber die Hoffnung auf deren erneuerten Aufschwung als illusorisch bezeichnen mußten.*) Jedoch wurde von Seiten der Verwaltung nur indirect durch schonende Behandlung der auswärtigen Besucher und thunlichste Erleichterung ihres Verkehrs das geleistet, was unter obwaltenden Umständen geleistet werden konnte. In ähnlicher Weise war die Staatsverwaltung bemüht, den Interessen der größeren Gutsbesitzer und Domänenpächter durch Herstellung eines Wollmarktes in Braunschweig zu dienen.

Dem dem Lande so besonders wichtigen Ackerbaue hatte die Verwaltung durch die Verordnungen über die Theilung der Gemeinheiten, die Schonung der Kleefelder und die Füttermstermine der Wiesen vom 26. März 1823 besonders den ersteren derselben sehr wesentliche Beförderung angedeihen lassen, deren ersprießliche Folgen in der nächsten Zeit schon sichtbar wurden. Zweifelhafter nach Begründung und Folgen blieb die Verordnung von demselben Tage über die Beeinträchtigung der Gerechtsame der Meierherren von Seiten der Besitzer der Meierhöfe.

Der öffentliche Unterricht war, im Ganzen genommen, auf eine sehr wesentliche Weise befördert worden. Die Wiederherstellung der Universität Helmstädt schien bei dem geringen Umfang des Herzogthums und der Nähe von Göttingen nicht angemessen; dagegen wurden die der Universität gewidmet gewesenen Fonds nicht nur zur Erhaltung der vom Herzoge Friedrich Wilhelm gestifteten Freitische zu Göttingen, sondern auch übrigens zur Verbesserung der Schulen und Unterrichtsanstalten im Lande dergestalt verwendet, daß sie nicht einmal mit den übrigen Staatseinnahmen zusammen, sondern besonders berechnet; außerdem aber auch aus den landesherrlichen Kassen, besonders dem dazu geeigneten Fonds der säcularisirten Stifter und Klöster, beträchtliche Verwendungen dafür geschähen. Außer so manchen unterstützten und auch bleibend verbesserten Landschullehrern wurden die Gehalte der Lehrer an den beiden braunschweigischen Gymnasien so bestimmt, daß solche wenigstens ein erträgliches Einkommen genossen, wogegen besonders das Martineum seinen Lehrern früher den nothdürftigsten Unterhalt kaum gewährte; das Gymnasium zu Wolfenbüttel wurde gleichfalls in derselben

*) Man sehe die Schrift von E. C. F. Philipp, Beiträge zur Geschichte und Statistik der deutschen Messen. Frankfurt a. D. 1837.

Sinſicht verbessert, dazu Holzminden und Blankenburg, wo es erforderlich war, nachgeholfen und das Gymnasium zu Helmſtadt faſt ganz neu geſchaffen und zu einer für die ganze Umgegend ſehr nützlichen und wichtigen Anſtalt erhoben; die Induſtriefchule zu Blankenburg wurde in ihrem guten Fortgange erhalten und eine ſolche zu Wolfenbüttel eingerichtet; das Collegium Carolinum in Braunschweig nahm ſeinen guten Fortgang und bewährte ſeine Nützlichkeit, ſeiner Beſtimmung zufolge. Wenn auch noch nicht allen Bedürfnissen des Lehrſtandes, beſonders auf dem Lande vollſtändig abgeholfen werden konnte, ſo konnte doch, wenn auf dem bisherigen Wege fortgefahren wurde, das Herzogthum Braunschweig auch hierin einen Vorſchritt vor vielen anderen Staaten behaupten. Die zum Theil zu kärglich ausgemessenen Beſoldungen der landesherrlichen Diener waren bei ſich darbietender Veranlaſſung, oder wo es ſonſt die Nothwendigkeit erforderte, gegen die früheren Beſtimmungen, welche zu einer Zeit geſchehen waren, wo die Furcht vor der Rückkehr des vertriebenen Feindes die Geldquellen in Anſpruch nahm, auf eine gemessene Weiſe verbessert, und dadurch auch der Eifer der im Ganzen genommen ſehr lobenswürdigen, geſchäftseifrigen und ſachkundigen Staatsdienereſchaft ermunternd belebt worden.

In einen ſehr großen Verfall waren während der kriegeriſchen Vorzeit die ſämmtlichen für das Gewerbe jeder Art durch erleichterte Communication ſo ſehr wichtigen Chausſeen gerathen. Eine beſondere Sorgfalt richtete die Regierung auf deren Wiederherſtellung, und mit großen Koſten wurde erreicht, daß ſie zu den beſſeren wieder gezählt werden konnten. Die Verordnung vom 26. März 1833 über die Grundsätze, welche bei Abtretung von Eigenthum und Material zum Behuf der Chausſeen ſtatt finden ſollten, ſowie die unter demſelben Datum verfaßte Herabſetzung des Chausſee-Geldes für Fuhrwerk mit breiten Rädern erleichterte den Anbau der Chausſeen und deren Erhaltung bedeutend.

Die Gebäude auf den landesherrlichen Domänen und ſonſtigen Beſitzungen und Eigenthum waren, weil in ſehr langer Zeit ſehr wenig darauf verwendet worden, in einen hohen Grad von Verfall gerathen. Es mußte daher, ſollte nicht deren Verfall immer weiter um ſich greifen und demnach für die Folgezeit zu einer unerträglich ſchweren Laſt werden, ſo viel verwandt werden, als nur irgend mit Verückſichtigung der Lage der landesherrlichen Caſſen und der Möglichkeit der Beſchaffung durch das vorhandene Perſonal geſchehen konnte. Einzelne Unglücksfälle, wie der Brand des Geheimen Canzlei-Gebäudes und des Amts Stiege im Blankenburgiſchen vermehrten die Unzahl der dringenden Baugesenstände, das letzterwähnte Amt gewann dadurch auch für die Folge, indem es ſehr unbequem und zweckwidrig auf dem Berge (die Stiege) gelegen, unmittelbar auf einer mit Aedern zuſammenhängenden Fläche neu und dergestalt wieder erbaut wurde, ſo daß es in ökonomiſcher Sinſicht wohl wenig zu wünſchen übrig ließ. Endlich wurde das ganz verfallene Drangeriegebäude im fürſtlichen Schloßgarten, ſowie das völlig abgängige Reithaus unfern des braunſchweigischen Schloßes vom Grund auf neu erbaut, dergestalt, daß beide bei der Ankunft des Herzogs Carl vollendet waren.

Durch die Rectification des Laufes einiger Gewässer, beſonders der Schunter, war den angrenzenden Beſitzungen ein dauernder Vortheil geſtiftet.

Weniger vernachläßigt als die Domänen waren die wichtigen Forſten. Schon in der weſphälischen Zeit hatte man eingesehen, daß, wenn nicht der Nachwuchs ein unerſeglicher Schaden geſchehen ſollte, die Forſtkultur nicht länger wie früher bloß dem Zufalle mit einzelnen wenigen Nachhülſen überlaſſen

bleiben, sondern dieselbe von Seiten der Staatsverwaltung wesentlich befördert werden müsse. Es war daher für dieselbe schon damals Manches geschehen. Inzwischen fehlte es im Herzogthum an einer solchen Uebersicht der Forsten und deren Bestandes, um darauf mit Sicherheit auf den nachhaltigen Ertrag und die jährliche Haubarkeit, so wie die Mittel, welche, den Ertrag nachhaltig zu sichern, anzuwenden seien, richtige Schlüsse bauen zu können. Eine solche Uebersicht zu verschaffen, mithin sämmtliche Forsten nach bewährten wirthschaftlichen Grundsätzen zu veranschlagen, wurde eine eigene Forst- Taxations- Commission ernannt, welche 1823 schon weit vorgerückt war, so daß nach deren zuvor noch reiflich geprüften Gutachten schon damals sowohl bei den Haunungen als den Culturen verfahren werden konnte. Bei der dadurch gewonnenen Uebersicht der Forsten ergab sich dann aber auch um so mehr, wie viel noch zu thun übrig blieb, um die Forsten zu dem Grade einer blühenden Cultur zu bringen, dessen sie fähig waren und welcher nothwendig war, um der Nachwelt den Bedarf an Feuerungsmaterial zu sichern. Es wurde auf diesen Zweig der Verbesserung des Staatseigenthums so viel verwandt, als die Nothwendigkeit erforderte und der Zustand der Rassen erlaubte.

Um inzwischen wenigstens bis dahin keinen Mangel an Feuerungsmaterial eintreten zu lassen und die zu einer übertriebenen Höhe gestiegenen Holzpreise in Braunschweig und dessen Gegend herabzudrücken, wurde auf den Gewinn von Torf und Stein- auch Braunkohlen besondere Sorgfalt verwendet und dahin gewirkt, daß die Bevölkerung sich an deren Gebrauch mehr als früher gewöhne. In Ansehung des Torfes, sowie der bedeutenden Erniedrigung der Holzpreise gelang dieses vollkommen. Auch auf Braunkohlen wurde in der Gegend von Helmstedt mit einigem Erfolg gebauet, aber sie wurden nicht von der erwarteten Güte befunden. Die mit den Landständen verabredeten Bestimmungen über die Regalität der Stein- und Braunkohlen waren darauf berechnet, für die ferneren Fortschritte dieses Zweiges der bergmännischen Ausbeute von wesentlichen Folgen zu sein, obwohl es damals zweifelhaft schien, ob wirkliche Steinkohlen innerhalb der Grenzen des Herzogthums in bauwürdiger Menge würden gefunden werden.

Der Bergwerksbetrieb war von jeher ein wichtiger Gegenstand des Erwerbes und der Ernährung der am Fuße des Harzes gelegenen Gegenden des Landes, auch hierauf wurde stets eine besondere Rücksicht genommen. Besonders wichtig schienen der Verwaltung die Eisenbergwerke im Blankenburgischen und an der Weser, nicht so sehr ihres wirklichen Ueberschusses halber, als weil sie größten Theils die Bewohner jener sonst armen Gegenden ernährten. Das rohe Produkt aber war nicht mehr, wie wohl früher, ein Gegenstand des Verkehrs, indem die benachbarten Länder ihre Bedürfnisse größten Theils aus den eigenen Werken bezogen. Sollte daher der Ertrag der Berg- und Hütten- Werke nicht gänzlich darniedersinken und wollte man einigen Absatz in das Ausland behalten, so mußte nothwendig auf die Verfeinerung des Produktes und auf dessen bessere Bearbeitung gesehen werden. Deshalb wurde auch auf die Hüttenwerke und Eisengießereien eine gedoppelte Aufmerksamkeit verwendet, und auch die Kosten nicht gescheut, welche erforderlich schienen, um diesen Betriebszweig zu heben. Es gelang dies auch in einem recht guten Maße; die Gießereien zu Zorge und Rübeland wetteiferten mit den besten des Auslandes, und hatten durch ein dort gearbeitetes, von einer Privatgesellschaft veranlaßtes und innerhalb der Stadt Braunschweig Umgebungen aufgestelltes Denkmal der Herzöge Carl Wilhelm

Ferdinand und Friedrich Wilhelm ein ehrenvolles Zeugniß davon, was sie leisten könnten, abgelegt. Wenn demnach in den letzten Jahren der vormundschaftlichen Regierung der baare Geldertrag der Bergwerksverwaltung zurückgefallen war, so schien dies nicht der Ungeschicklichkeit oder Sorglosigkeit der betreffenden Verwaltung, deren Kenntnisse und Eifer für die Sache mit Recht gerühmt wurde, sondern dem Umstande zugeschrieben werden zu müssen, daß durch das in einigen benachbarten Staaten angenommene Isolirungssystem der Absatz der Berg- und Hütten-Produkte dahin ganz außerordentlich erschwert wurde.

Eine ganz besondere Rücksicht erforderte der Zustand des Militärs. In der Zeit des allgemeinen Kampfes für Deutschlands Befreiung war das braunschweigische Truppendeichs zu einer verhältnißmäßig sehr hohen Anzahl gebracht werden, und hatte in dem Feldzuge vom Jahre 1815 ehrenvoll gestritten. Nach der Rückkehr im Jahre 1816 wurde dasselbe auf diejenige Anzahl zurückgesetzt, welche den Kräften des Landes angemessen erschien, und nachdem die Landtagsbeschlüsse das Contingent und dessen innere Eintheilung näher bestimmt hatten, wurde auch diese Eintheilung, sowie die Beurlaubung in deren Gemäßheit in Braunschweig eingeführt.

Nur in Ansehung der Kavallerie existirte bis dahin eigentlich nur ein Cadre durch die im innern Landesdienste beschäftigte Husaren-Schwadron, theils weil ein Mehreres für den Dienst nicht erforderlich war, und es immer noch erwartet wurde, auf die von manchen Seiten gegen die Stellung einer so theuren Waffe in dem projectirten Verhältnisse erhobenen Reklamationen noch ermäßigende Bestimmungen für die minder mächtigen Bundesstaaten eintreten zu können, theils aber auch, weil durch die Verhältnisse eine so große Zahl an übercompleten Offizieren und zu pensionirenden andern Militärpersonen vorhanden war, daß dadurch der Militäretat noch immer in pecuniärer Hinsicht sehr hoch zu stehen kam, und es daher wünschenswerth erschien, ohne die äußerste Noth eine Mehrausgabe darin nicht eintreten zu lassen, wenigstens nicht eher, bis die Militärausgaben sich im Laufe der Zeit merklich vermindert haben würden. Daß die von der vormundschaftlichen Regierung verfügte Reduktion des Militärs, die mit einer so großen Milde geschehen war, wie sie behauptete, mag in mancher Beziehung wohl richtig sein; aber Härte war es dennoch, daß das alte braunschweigische Husaren-Regiment, von seinen Siegen in Spanien und Italien (Villa Franca, Villa Bella) zurückkehrend, am 24. Juli 1816 aufgelöst und die tapferen und treuen Streitgenossen des Herzogs vielfach der Noth ausgesetzt und dem Betteln überwiesen wurden.^{*)} Doch trägt die Schuld der Undankbarkeit nicht der Vormund von Braunschweig's Herzog, sondern der König von England, in dessen Dienst sie zuletzt standen. Die Verdienste des braunschweigischen Truppendeichs waren durch die unterm 11. Juni 1818 demselben verliehene Ehren-Medaille sowie durch Verleihung des Guelphen-Ordens an die in der Schlacht von Waterloo kommandirenden Offiziere anerkannt worden. Die bei dem Hinwegfallen freiwilliger Werbung erforderliche Bestimmung, in wie fern die Landeseinwohner zum Militärdienste berufen seien, waren durch das Cantonreglement vom 30. Juni 1821 erfolgt, und seitdem auch in Wirksamkeit gesetzt, und danach verfahren worden: und durch die Verordnungen vom

^{*)} Man sehe das Nähere bei Heusinger, Gesch. der Residenzstadt Braunschweig von 1806—1831. S. 147 ff.

29. Oktober 1821 die Kriegsartikel und die Militärstrafen betreffend, eine solche Gesetzgebung für diesen Stand eingetreten, welche dem neuen Standpunkte angemessen war. Die übrigen Anordnungen aus dieser Zeit waren mit den Bundesbeschlüssen über diesen Gegenstand übereinstimmend.

Schon in frühern Zeiten war eine Wittwenkasse für die Wittwen der Offiziere vorhanden, welche nicht unbeträchtliche Fonds hatte, in der westphälischen Zeit aber mit der von der damaligen Regierung nicht anerkannten Civilbedienten-Wittwenkasse als Privatinstitut zusammengeworfen. Sobald durch die regularisirte Zinszahlung von den Staatsschulden diese Kasse wieder in den Stand gekommen war, ihren Verbindlichkeiten ein Genüge zu leisten, wurde dieselbe wieder für sich hergestellt, der Verwaltung der fürstlichen Militär-Administrations-Kommission untergeordnet, die Wittwengehälter nach den Kräften der Kasse beträchtlich erhöht, und solchergestalt dieser für das Officiercorps sehr wichtige Gegenstand bis zur Mitte des Jahres 1819 in gehörige Ordnung gebracht.

In den kriegerischen Zeiten der kurzen Regierung des Herzogs Friedrich Wilhelm war es nicht möglich gewesen, das in der westphälischen Herrschaft völlig zerrüttete Staatsschuldenwesen zu ordnen und durch Regularisirung der Zinszahlung wenigstens den Kredit der öffentlichen Kassen wieder herzustellen. Die großen Ausgaben des Kriegszustandes litten ein Genügeleisten der Staatsverpflichtung so wenig, daß vielmehr der Herzog genöthigt war, ein Anlehen im Jahre 1814 aufzunehmen, dessen versprochene terminliche Rückzahlung inne gehalten werden mußte. So überraschte der ehrenvolle Tod den Herzog, und der vormundschaftlichen Fürsorge war es vorbehalten, diese Uebelstände des Finanzwesens zu heben. Vor allen Dingen mußte die Liquidation der Landschulden geschehen, und diese wurde durch die Verordnung vom 4. Dezember 1815 verfügt. Sowie das Geschäft vorrückte, wurden die laufenden Zinsen der liquidirten Kapitale bezahlt, und über die seit 1813 rückständig gebliebenen Zinsen Rückstandscheine gegeben, welche man allmählig, sowie es der Zustand der Kasse erlaubte, durch baare Zahlung einlöste. Bei dieser Gelegenheit ergab es sich aber auch, daß noch mehrere begründete Forderungen an die Staatsverwaltung vorhanden waren, welche die gegen das Ende des Jahrs 1806 eingetretene feierliche Besitznahme des Landes zu berichtigen unmöglich gemacht hatte. Auch diese wurden der Liquidation unterworfen, und sowie sie für richtig anerkannt waren, auch zu deren Bezahlung geschritten, auch zugleich das Anlehen von 1814 zu den bestimmten Terminen pünktlich zurückgezahlt, und ein Gleiches in Ansehung derjenigen Schulden verfügt, welche zum Ausbau des braunschweiger Schlosses früher contrahirt und, als auf landesherrlichem Eigenthum haftend, mit anerkannt waren, ohne jedoch zu den alten Landes- oder Kammer Schulden zu gehören.

Zu den Landessschulden mußte auch noch ein anderes Objekt gerechnet werden, nämlich der Werth eines vom Herzog Friedrich Wilhelm verkauften Kloster-guts zu Hatmersleben. Um die gewissermaßen unter der Obhut der Landstände stehenden Klostergüter in ihrem Betrage vollkommen wieder herzustellen, wurde ein anderes Gut von einem noch höheren Werth, Uezlingen nämlich, wieder angekauft und der Masse der Klostergüter wieder beigelegt, welches auch die davon unterrichteten Landstände gern und dankbar anerkannt und angenommen hatten.

Durch alle diese Maasregeln war der Credit der braunschweigischen Landesverwaltung so vollkommen wieder hergestellt, daß die Staatspapiere in einem so hohen Werthe standen, wie wohl wenig Staaten sich damals rühmen konnten,

indem die zu 4 Procent Verzinsung stehenden Papiere kaum für den vollen Werth zu haben waren, und die zu 3 Procent stehenden Obligationen etwa zu 97 Procent nur verschafft werden konnten. Selbst Preußen mit seiner 1820 neu geordneten musterhaften und sparsamen Finanzverwaltung konnte solche Ergebnisse damals nicht aufweisen. Nebenbei aber war man erst durch die erforderlichen Vorarbeiten in den Stand gekommen, den Landständen eine klare Uebersicht des finanziellen Zustandes des Landes zu geben, und deren Bedürfnisse, welche durch Steuern gedeckt werden mußten. Auch gewann man den großen Vortheil, daß man nicht für Reste aus der Vorzeit, oder seit 1813 und für das Anlehn 1814, Forderung zu machen brauchte, und dadurch vielen Erörterungen und Verzögerungen ausgesetzt gewesen wäre. Nunmehr also erst schien der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo die vormundtschaftliche Regierung den allgemeinen Landtag unterm 6. September 1819 zusammenberufen, und mit dessen Beirath und Mitwirkung die Landesverfassung befestigen und auch diejenigen Grundsätze wieder herstellen konnte, welche in Gemäßheit der deutschen Bundesakte das Land von seinem Regenten mit vertrauensvoller Zuversicht erwartete. Der erste Abschnitt der landschaftlichen Verhandlungen betraf die den Umständen gemäße Einrichtung der landschaftlichen Verfassung, welche die unterm 25. April 1820 publicirte Landschaftsordnung enthielt, und worin die Rechte und Befugnisse der Landstände, sowie sie nach der früheren Verfassung und der Bundesakte bestanden, auf eine angemessene Weise geordnet waren, insofern man die damaligen Verhältnisse reiflich in Erwägung zieht und nicht Vergleichen mit dem so überaus fortgeschrittenen Zustande des öffentlichen Rechts der Nationen der jetzigen Zeit in unangemessener und ungerechter Weise machen will. Nachdem die Landstände unterm 9. October 1820 nach der neuen Landtagsordnung wieder zusammenberufen waren, begannen sie ihre Arbeiten über die zu verwilligenden Steuern sowohl, als über die übrigen vorgekommenen Gegenstände der Gesetzgebung. Die letzteren sind schon oben bei den betreffenden Gegenständen mit erwähnt worden, nur in Ansehung der Steuern ist zu bemerken, daß das bereits unterm 31. März 1817 statt der westphälischen Grundsteuer wieder eingeführte alte Contributionssystem beibehalten, die seit der westphälischen Zeit beibehaltene Personalsteuer auch ferner verwilligt, desgleichen auch die Stempel- und Gewerbe-Steuer, erstere mit einigen Abweichungen, letztere mit den durch die Gildeordnung herbeigeführten Modificationen und Ermäßigungen beibehalten wurden, daß die früher bestandenen Exemptionen von öffentlichen Abgaben vollständig aufgehoben, dagegen aber billige Entschädigung der Grundbesitzer für einen Theil derselben zugesandt und daß die Rückzahlung der Staatsschulden regularisirt wurden, wie solches Alles die 20. October 1820 erlassenen Verordnungen mit Mehrerem ergeben. Auch wurde bei dieser Gelegenheit die früher besonders bestandene Wittwenkasse für landschaftliche Bediente mit der fürstlichen Civilbedienten-Wittwen- und Waisen-Casse vereinigt und einer besonderen Commission untergeordnet worden, welche durch die Verordnung vom 26. Juli 1822 in Wirksamkeit trat.

Zur Verwaltung sämmtlicher Steuern aber war durch die Verordnung vom 29. October 1821 ein eigenes Landessteuer-Collegium eingesetzt und mit dem 1. Januar 1822 in Wirksamkeit getreten.

Nachdem nun auf diese Weise die damaligen Verhandlungen mit der Landschaft beendigt waren, wurde das Resultat derselben in einem Landtagsabschied

zusammengefaßt, welchen der König unter dem 11. Juli 1823 bestätigte und publicirte.

Dies waren die wichtigsten Gegenstände der Gesetzgebung sowohl als der Verwaltung während der vormundschastlichen Regierung. Die Verwendung der öffentlichen Gelder Seitens der vormundschastlichen Regierung begann mit dem Jahre 1815, weil im Laufe desselben der König von England die vormundschastliche Regierung des Herzogthums übernahm, begriff aber das laufende Jahr nicht mit darunter, weil es vor abgeschlossenen Rechnungen der betreffenden Cassen nicht thunlich schien, die erforderlichen Daten vollständig zur Hand zu haben.

Die von dem Geheimenraths-Collegium 1823 vorgelegte Uebersicht war nur eine sehr allgemeine und generelle, weil nach der damaligen Einrichtung der Finanzwesens die eigentliche Rechnungsablage von den Cassen geschah, und deren Rechnungen revidirt und constatirt wurden, daher es auf die Cassenvorräthe oder Bestände von gar keinem Einflusse und ohne Nachtheil war, wenn auch in der, aus den verschiedenen Rechnungen zusammengestellten Uebersicht ein oder der andere Posten irrthümlich übersehen oder unter einer unrichtigen Rubrik aufgeführt war. Dieselbe konnte aber allerdings genügen um über die Staatswirthschaft damaliger Zeit einen allgemeinen Ueberblick zu gewähren und die Ueberzeugung zu geben, daß die Verwendung der öffentlichen Gelder zu nothwendigen Ausgaben, zur Aushülfe des Landes, zur Regularisirung der Finanzen und zu Verbesserungen in den Staats- und landesherrlichen Gütern und öffentlichen Anlagen gewissenhaft verwandt waren. Das Geheimenraths-Collegium glaubte, daß es nicht unangemessen gewesen, in jedem Jahre, die im Etat für die einzelnen Posten präsumtiv angenommenen Summen zur Seite mit anzuführen, um darzulegen, daß es in dem Totalbetrage der angenommenen Einnahmen und angenommenen Ausgaben gegen deren wirkliches Verhalten nicht beträchtlich getäuscht hatte, und daß, wenn in einzelnen Gegenständen der Etat merklich überschritten worden, dieses nur in solchen der Fall gewesen sei, welche bleibende Verbesserungen bezweckten, und bei welcher dasselbe, daß solches werde geschehen müssen, in dem vorgelegten Etat selbst bemerkt gemacht hatte, oder aber wo sich es den bekannten Umständen nach nicht ändern ließ, wie dies in Ansehung der Militärausgaben der Fall war, daß aber namentlich die vorgedachten Ueberschreitungen der Etats nicht eher geschehen seien, bis das Geheimenraths-Collegium durch die verbesserten Cassenbestände dazu ohne irgend einige Verlegenheit sich im Stande befunden. Die wirklichen Einnahmen oder Ausgaben konnten mit den präsumtiven Sätzen des Etats in jedem Jahre um so weniger genau treffen, als die Rechnungen immer nur die wirkliche Einnahme oder Ausgabe enthielten, da sich die Colleinnahme oder Ausgabe durch unwillkürliche Rückstände und verspätete Zahlungen öfters aus einem Jahre in das andere zog, daher stärker oder schwächer war, je nachdem verzögerte Zahlungen aus früheren Jahren mehr oder weniger eingetreten, und dagegen wieder mehr oder weniger rückständig geblieben war. Dieser Mangel lag in dem fehlenden Betriebskapitale, welchen Umstand der Bericht des Geheimenraths-Collegiums an den König von England nicht aufführte. Daß die Summen der Ausgaben die Rubriken für Nebenausgaben im laufenden Dienste, Brandversicherung und Staatsabgaben, sowie für unvorhergesehene Ausgaben nicht immer mit den im Etat dafür ausgeworfenen Summen zutrafen, rechtfertigte das Geheimenraths-Collegium damit, daß in den verschiedenen Rechnungen gerade diese Ausgaben

so sehr durcheinander liefen, daß sehr leicht manche bis dahin unter einer andern Rubrik zusammengezogen sein könnten, als welche bei der Anfertigung der Etats dafür angenommen gewesen, und deren genaue Sonderung zum Behuf einer übersichtlichen Zusammenstellung eine für den Zweck zu weitläufige Arbeit gewesen sein würde, indem es voraussetzt, daß es dazu genüge, wenn sich, wie es der Fall sei, ergebe, daß das Total der angenommenen Summen zu den Verwendungen zugereicht habe.

Einige allgemeine Resultate aus den Uebersichten suchte das Geheimraths-Collegium noch besonders zu erläutern. Dahin gehörten die Ausgaben der beiden minderjährigen Herzöge mit den zugenommenen Jahren und eingetretenen Reisen und auswärtigem Aufenthalt; auch die vermehrten Kosten der fürstlichen Hofhaltung, die, wenn auch kein Hofstaat gegenwärtig gewesen, doch die allmähliche Vermehrung des Inventars erforderten, sowie nothwendige Zuschüsse für das Theater, welches theils dem Orte nicht entzogen werden, theils aber auch in einem solchen Zustande erhalten oder dahin geführt worden seien, daß es nach des Herzogs Regierungsantritte ohne außerordentliche Anlagekosten fortgeführt werden konnte; in den vermehrten Ausgaben für den Marstall und das Gestiüt, welche durch angekaufte Pferde und angeschaffte Wagen veranlaßt und wodurch das Gestiüt selbst in einen gedeihlichen Fortgang gebracht worden sei.

Das Jahr 1815 konnte zu besonderen Verbesserungen des Zustandes im Lande allerdings noch nicht die Gelegenheit geben, weil die großen Kosten des Militärs die außer den nöthigen currenten Ausgaben disponibler Gelder in Anspruch genommen hatten. Die Zinszahlung für die Landeschulden war noch sistirt, nur Abschlagszahlungen, die Herzog Friedrich Wilhelm, da wo es unvermeidlich war, gestattet hatte, wurden darauf geleistet, und wenn unter den außerordentlichen Ausgaben sich zurückgezahlte Kapitale befanden, so waren diese nicht auf die Landeschuld, welche noch nicht liquidirt war, sondern auf temporäre Anleihen und Vorschüsse zurückgezahlt worden; inzwischen war in diesem Jahre durch die abschläglichen ausgezahlten englischen Subsidiengeelder mit der Grund zu einem solchen Zustande der Landeskassen gelegt worden, welcher es thunlich machte, vom Jahre 1816 an, Rückstände zu bezahlen und zu nützlichen Verbesserungen im Lande zu schreiten. Was in dieser Hinsicht verwandt worden, war kürzlich Folgendes:

An Bauten auf fürstlichen Schlössern, Domänen, Militärgebäuden, Brücken und öffentlichen Anlagen waren folgende Summen verwandt:

im Jahre 1815	20,962	Thlr.
" " 1816	81,430	"
" " 1817	117,685	"
" " 1818	167,019	"
" " 1819	231,749	"
" " 1820	146,157	"
" " 1821	274,036	"
" " 1822	213,497	"

in Allem 1,252,553 Thlr.

Auf Forstculturen waren in denselben Jahren verwandt, nämlich:

im Jahre 1815	7,104	Thlr.
" " 1816	18,139	"

Summe 25,243 Thlr.

			Uebertrag 25,243 Thlr.
im Jahre 1817	.	.	11,996 "
" " 1818	.	.	32,574 "
" " 1819	.	.	24,271 "
" " 1820	.	.	20,419 "
" " 1821	.	.	10,875 "
" " 1822	.	.	19,642 "

zusammen 145,020 Thlr.

und auf Chausséebauten:

im Jahre 1815	.	.	10,956 Thlr.
" " 1816	.	.	75,459 "
" " 1817	.	.	53,634 "
" " 1818	.	.	58,573 "
" " 1819	.	.	48,808 "
" " 1820	.	.	43,053 "
" " 1821	.	.	52,096 "
" " 1822	.	.	53,483 "

zusammen 396,062 Thlr.

mithin waren auf diese drei Gegenstände wesentlicher Verbesserungen im Lande verwandt worden:	1)	1,252,553 Thlr.
	2)	145,020 "
	3)	396,062 "

zusammen 1,793,635 Thlr.

Die rückständig gebliebenen Zinsen waren unter den laufenden Zinsen bei jedem Jahre mit in Ausgabe gebracht, so wie sie neben den letztern mit angeführt worden.

An sonstigen Rückständen aus früherer Zeit waren bezahlt:

im Jahre 1816	.	.	126,603 Thlr.
" " 1817	.	.	69,476 "
" " 1818	.	.	17,028 "
" " 1819	.	.	22,866 "
" " 1820	.	.	5,369 "
" " 1821	.	.	1,586 "
" " 1822	.	.	1,355 "

zusammen 244,283 Thlr.

Dagegen an rückständigen Einnahmen früherer Zeit nur, einschließlich des Kassenvorraths am Schlusse des Jahres 1814, eingenommen worden:

im Jahre 1815	.	.	118,990 Thlr.
" " 1816	.	.	89 "
" " 1817	.	.	338 "
" " 1818	.	.	385 "
" " 1819	.	.	2 "
" " 1820	.	.	— "
" " 1821	.	.	260 "
" " 1822	.	.	18 "

zusammen 120,082 Thlr.

folglich an Rückständen mehr verausgabt, als eingenommen 124,201 Thlr.

An Kapitalien waren zurückgezahlt, einschließlich der Anleihe von 1814, der Schloßbau-Kapitalien, Vorschüssen und sonst neuerdings angeliehen gewesen, auch Kautionskapitalien:

im Jahre	1815	84,298	Thlr.
"	"	1816	99,909 "
"	"	1817	78,604 "
"	"	1818	62,840 "
"	"	1819	50,267 "
"	"	1820	117,721 "
"	"	1821	14,247 "
"	"	1822	33,826 "

zusammen 541,712 Thlr.

Dagegen waren an neubelegten Kapitalien, vorzüglich Kautionen, nur eingegangen: im Jahre

1815	38,536	Thlr.
"	"	1816 11,572 "
"	"	1817 12,474 "
"	"	1818 5,910 "
"	"	1819 4,869 "
"	"	1820 15,600 "
"	"	1821 2,971 "
"	"	1822 952 "

zusammen 92,884 Thlr.

mithin an zurückgezahlten Kapitalien über die

Summe der eingegangenen verausgabt worden 448,828 Thlr.

Für veräußertes herrschaftliches Eigenthum betrug die Einnahme, einschließlich der überflüssigen Militärpferde und Effekten nach beendigtem Feldzuge:

im Jahre	1815	42,923	Thlr.
"	"	1816	65,746 "
"	"	1817	8,351 "
"	"	1818	3,305 "
"	"	1819	2 093 "
"	"	1820	663 "
"	"	1821	387 "
"	"	1822	507 "

zusammen 123,975 Thlr.

und für angekauftes herrschaftliches Eigenthum, worunter jedoch keine Militärpferde und Effekten, als wofür die Ausgaben unter den Militärausgaben mitbegriffen waren, daher bloß für liegende Gründe oder Meliorationen in denselben war verausgabt worden:

im Jahre	1815	4,918	Thlr.
"	"	1816	26,341 "
"	"	1817	3,883 "
"	"	1818	12,074 "
"	"	1819	47,999 "
"	"	1820	32,034 "
"	"	1821	13,271 "
"	"	1822	11,041 "

zusammen 151,561 Thlr.

mithin hat auch in dieser Rubrik eine größere Ausgabe von 27,586 Thlr. stattgefunden.

Endlich veranlaßte der allgemeine Kornmangel in den Jahren 1816 und 1817, daß auswärtiges Korn angekauft, daraus Brod gebacken und der ärmern Klasse der Landeseinwohner dieses für bestimmte Preise verkauft wurde; auch war man in spätern Jahren genöthigt gewesen, Unterthanen, besonders in den Befergegenden, deren Ernte gänzlich mißrathen war, Saatkorn zu verschaffen. So wohlthätig diese Einrichtung für das Land in den Jahren der Theuerung war, und solche Unterstützungen überall, da wo es geschehen kann, beständig sind, so sind dieselben doch, besonders wenn sie, so wie damals, ins Große gehen müssen, nie ohne einigen Verlust, und ergiebt die folgende Uebersicht den Betrag desselben für die in Rede stehenden Jahre:

Es ist dafür	ausgegeben:	eingonnen:
im Jahre 1816	53,300 Thlr.	1,221 Thlr.
" " 1817	49,738 "	58,961 "
" " 1818	2,761 "	4,572 "
" " 1819	6,313 "	8,896 "
" " 1820	— "	349 "
" " 1821	128 "	676 "
" " 1822	— "	30 "
	112,705 Thlr.	74,705 Thlr.
	74,705 "	

mithin dabei ein Verlust von . . . 37,535 Thlr. entstanden, welcher freilich die Noth vieler Landeseinwohner gemildert hatte.

Die bisher aufgeführten, auf Verbesserung des innern Zustandes im Lande oder des finanziellen Zustandes der öffentlichen Kassen abzuwendenden Ausgaben oder Zuschüsse zu den auf dieselben Gegenstände gehabtten Einnahmen bestanden also wiederholend in Folgendem:

1) für Bau- und Culturstkosten	1,794,535 Thlr.
2) " Rückstände	124,201 "
3) " abgetragene Schulden	448,828 "
4) " angekauftes oder verbessertes Eigenthum	27,586 "
5) " Brodunterstützung der Armen in den Jahren der Theuerung	37,535 "

also deren Gesammtbetrag . . . 2,432,685 Thlr.

Dazu waren, außer den bisher schon abgerechneten Einnahmen, noch außerordentlicher Weise in die herrschaftlichen Kassen geflossen:

	an engl. Subsidiengeldern.	an franzöf. Contributionsgeldern.
im Jahr 1815	169,953 Thlr.	— Thlr.
" " 1816	— "	142,762 "
" " 1817	— "	48,166 "
" " 1818	— "	78,038 "
" " 1819	— "	86,208 "
" " 1820	— "	37,620 "
" " 1821	— "	35,170 "
" " 1822	25,000 "	— "
	194,953 Thlr.	427,964 Thlr.

zusammen 622,917 Thlr., wobei zu bemerken, daß die lehtbemerkten 25,000

Thaler nur eine Abschlagszahlung auf die zuletzt ausgewirkten und im Anfange des laufenden Jahres übrigens eingezahlten, mithin in die gegenwärtige Uebersicht nicht gehörenden englischen Subsidienfelder war. Dasjenige, was über die vorstehende Summe auf die jetzt zusammengezogenen Ausgaben verwendet worden, war demnach aus den laufenden Jahreseinnahmen bestritten worden.

Die Gesamteinnahmen und Ausgaben des Herzogthums bestanden:

	Einnahme.	Ausgabe.
im Jahre 1815 . . .	1,934,866 Thlr.	1,589,306 Thlr.
" " 1816 . . .	1,824,777 "	1,753,781 "
" " 1817 . . .	1,665,260 "	1,747,786 "
" " 1818 . . .	1,656,657 "	1,528,402 "
" " 1819 . . .	1,679,213 "	1,645,057 "
" " 1820 . . .	1,641,417 "	1,580,703 "
" " 1821 . . .	1,630,125 "	1,574,162 "
" " 1822 . . .	1,584,622 "	1,569,759 "
	13,616,937 Thlr.	12,988,956 Thlr.
	12,988,956 "	

627,981 Thlr.

mithin einen am Schlusse des Jahres 1822 in sämmtlichen landesherrlichen und Landesclaffen gebliebenen Vorrath von 627,981 Thlr. ergab, so scheinen, daß bei dem Rücktritt der vormundtschaftlichen Regierung die herzogliche Generalclasse, nachdem sie der Landessteuerclasse, die nach § 22 des Landtagsabschieds versprochene Summe von 65,000 Thlr. im Anfange des Jahres 1822 bezahlt hatte (welche Summe in der vorstehenden Uebersicht über sämmtliche Claffen in Eins sich deshalb nicht finden konnte, weil sie nur eine Zahlung aus einer Classe in die andere gewesen); und nachdem bereits ungefähr 150,000 Thlr an Baulichkeiten für das laufende Jahr 1823 verwilligt und nach dem durch die Landtagsverhandlungen bestimmten Verfahren an Landesschulden 34,670 Thlr. und an Kammereschulden 25,000 Thlr. seit dem Anfang des Jahres 1823 bezahlt worden, außer den in der fürstlichen Kammerclasse so wie der Landessteuerclasse befindlichen Vorräthen, allein einen Geldvorrath von 348,000 Thlr. baar, jedoch mit Einschluß der im Anfange des laufenden Jahres ferner gezahlten englischen Subsidienfelder, unter sich hatte, wodurch denn also auch noch für die nächste Zukunft hinreichend gesorgt war.

Drittes Kapitel.

Die Regierung des Herzogs Carl von Braunschweig vom Jahre 1823 — 1827.

Wie schon in der Einleitung bemerkt wurde, kümmerte sich der Herzog Carl in den ersten drei Jahren seiner Regierung sehr wenig um die Verwaltung des Landes. Graf Alvensleben, welcher das Amt eines Staatsministers nur bis zum Ende der vormundschaftlichen Regierung übernommen hatte, nahm noch im Jahre 1823 seinen Abschied, von dem Herzog mit absichtlicher Kälte behandelt; die Vertheidiger des Herzogs nennen ihn den preussischen Grafen, die Bewohner von Braunschweig sahen ihn ungern scheiden. Schmidt-Phisfeld, bis dahin fast in allen Staatsangelegenheiten mit Alvensleben übereinstimmend, blieb als der einflussreichste Minister allein in Braunschweig, da ihm der Herzog bis zum Jahre 1826 die Regierung des Lands fast allein überließ. Bei der Rückkehr von einer längeren Reise des Herzogs aus England änderte sich dieses Verhältniß. Von dieser Zeit nahm der Herzog die Zügel selbst immer fester in die Hand, verwarf nicht selten die vom Geheimen Rathe gemachten Vorschläge und führte seine Meinung durch, nahm, wie die Mitglieder des Collegiums klagten, nicht die gebührenden Rücksichten auf sie. Dies traf besonders den Geheimen Rath Schmidt-Phisfeld sehr empfindlich und veranlaßte ihn, seinen Abschied mündlich im Oktober 1826 vom Herzoge zu fordern, welcher ihm, wie kaum zweifelhaft, auch zugesagt wurde. Die Ausfertigung erfolgte jedoch nicht. Nach kurzer Zeit wiederholte Schmidt sein Gesuch schriftlich mit der Anzeige, daß ihm eine Anstellung als Geheimer Rath in Hannover zugesagt sei; diese Zusicherung sei ihm schon vor mehreren Jahren gemacht. Das nahm der Herzog sehr übel, warf ihm in einer Antwort das Unrecht vor, sich einen Dienst in Hannover zusagen zu lassen, und dennoch, ohne ein Wort seinem Landesherrn zu sagen, in braunschweigischen Diensten als Minister geblieben zu sein. Dieserhalb forderte er jetzt Rechenschaft über seine Amtsführung unter der vormundschaftlichen Regierung, suspendirte ihn von seiner Stellung und setzte seinen Gehalt von 5000 Thlr. auf 2000 Thlr. herab. Dies war an sich schon eine sehr starke Beleidigung des königlichen Vormundes, welcher dem Geheimen Rath-Collegium seine volle Zufriedenheit mit dessen Thätigkeit zu erkennen gegeben, und in einem besonderen Briefe den majorenen Herzog aufgefordert hatte, sich den Rechenschaftsbericht dieses Collegiums vorlegen zu lassen. Ob dies damals geschehen, ist nicht gewiß, aber wahrscheinlich, da die damit in Verbindung stehende Rechnungsablage über das Privatvermögen der beiden Prinzen, welches sich unter der vormundschaftlichen Regierung um 600,000 Thlr. vermehrt hatte, vom Herzoge genau eingesehen war, wie dies seine Unterschrift unter die auf

Grund der Phisfelbed'schen weitläufigen Rechnungsablage erfolgte Theilung zwischen den beiden herzoglichen Brüdern beweisf. —

Das Geheime Rath's-Collegium forderte erst nach einigen Monaten (den 13. April 1827) dem Herrn v. Schmidt mehrere wichtige Papiere, welche in den Dienftakten fehlten, ab. Diese Papiere machten den Briefwechsel mit dem Grafen v. Münfter während der vormundfchaftlichen Regierung aus. Sie betrafen die Erziehung des Herzogs, die Berichte feiner Hofmeister, ja felbst die Verhandlungen über die Frage: ob es wohl gethan fein würde, dem Herzog die Regierung vor erlangter Reife zu übergeben? Schmidt hatte diese Concepte nicht mit den Dienftakten abgeliefert, weil nach feiner Anficht er Betreff dieser Aktenstücke nur dem Vormund verantwortlich war, aber dennoch die Concepte zur Vermeidung eines möglichen Mißbrauchs vernichtet. Da der Herzog hierüber fehr erbittert war, Schmidt von Freunden gewarnt wurde, an feine persönliche Sicherheit zu denken, fo entfernte er fich während einer Abwesenheit des Herzogs am 15. April 1827 heimlich aus Braunschweig und ging nach Hannover, von wo er unter dem 25. April 1827 durch das Geheime Rath'scollegium zu Braunschweig aufgefordert wurde, sofort zurückzukehren, was Schmidt verweigerte, da er feit langer Zeit um feinen Abschied nachgefucht habe und von allen Dienftgeschäften längst entbunden sei. Eine Requisition zur Auslieferung des Geheimraths v. Schmidt, welche zu gleicher Zeit an die Polizei = Direktion zu Hannover erging, blieb fruchtlos. Der Herzog ließ ihn jetzt durch Stedbriefe verfolgen, deren Aufnahme Hannover und Preußen in die dortigen Zeitungen aber nicht duldeten, setzte eine Special-Commission nieder (den quiescirten Ober-Appellat.-Vice-Präsidenten Hurlbusch, den Oberst v. Wachholtz, den Kammerath Henneberg, den Dr. Fricke und den Kammersekretair v. Gantelmann). Diese Commission erließ eine Vorladung an Schmidt unter gleichzeitiger Ueberfendung eines Geleitsbriefes. Allein dieser zog vor, nicht nach Braunschweig zu gehen. Der König von England und Hannover stellte dagegen Herrn v. Schmidt im Geheimen Rath's-Collegium zu Hannover unter dem 11. Mai 1827 an.

Der Präsident der Commission, Hurlbusch, persönlicher Gegner des Geh.=Raths Schmidt, derselbe, welcher während des Aufenthalts des Herzogs in Lausanne eine Schrift veröffentlicht hatte, in der er die Ansicht aussprach, daß die Volljährigkeit der braunschweigischen Prinzen mit dem vollendeten 18ten Jahre eintrete, schrieb jetzt schon Anfang Mai eine Abhandlung: Ueber den entwichenen herzogl. braunschw. Geh.-Rath v. Schmidt-Phisfelbed. 1827., worin er die Vorwürfe, welche der Herzog officiell später bei dem Bunde erhob, ausführte. — Durch die Mißbilligung und das Abmuthen der Höfe zu Berlin und Wien und anderer seinem Hause zugethanenen Fürsten, wurde aber der Herzog nicht beruhigt, sondern auf das Höchste erzürnt und zur Rache gereizt. Da er des Dieners nicht habhaft werden konnte, suchte er den König von England, als feinen früheren Vormund und jetzigen Schutzverleiher des verfolgten Schmidt, persönlich empfindlich zu kränken. Am 10. Mai 1827 erließ er mit feiner eigenen Unterschrift und der Contrasignatur des Geh.=Raths v. Schleinitz folgende Verordnung, welche die erste Ursache seines Sturzes werden sollte:

Serenissimi Patent, die Rechtsverbindlichkeit der von der für die hiesigen Lande bestandenenen vormundfchaftlichen Regierung erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen betr.; d. d. Braunschweig den 10. Mai 1827. *)

*) Abgedruckt in der Braunschweig. Verordnungs-Samml. Nr. 5 vom 18. Mai 1827.

Wir Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛ., thun hiermit kund und zu wissen:

Demnach Wir bei Erlassung Unsers Patents vom 30. October 1823 die Frage unberührt gelassen, inwiefern die Anordnungen, Vorschriften und Institutionen der für Unsere Lande bestanden vormundtschaftlichen Gewalt, als rechtsverbindlich für Uns und Unsere getreuen Unterthanen von Uns anerkannt würden; gegenwärtig aber erhebliche Gründe vorhanden sind, diesen wichtigen Gegenstand zu ordnen, und es denn aber so wenig bezweifelt werden mag, daß die während Unserer Minderjährigkeit gefaßten Regierungsbeschlüsse und erlassenen Verordnungen nur in sofern für Uns eine rechtliche Verbindlichkeit zu produciren vermögen, als nicht dadurch über wohl erworbene Regenten- und Eigenthums-Rechte disponirt worden; als daß Wir landesgrundgesetzlich und namentlich nach dem Successionsvertrage der Herzoge Heinrich und Wilhelm von Braunschweig vom Jahr 1535 mit Unserm 18ten Lebensjahre regierungsmündig geworden und Kraft jenes Vertrags die Regierung Unserer Erblande übernommen, wodurch denn von selbst sich ergibt, daß alle Verordnungen und Institutionen, welche in dem Zeitraume vom 30. October 1822 bis dahin 1823 gemacht und von der ungesetzmäßig verlängerten Regierung erlassen worden, zu ihrer bleibenden Rechtsgültigkeit und Anwendbarkeit Unserer speziellen Anerkennung bedürfen; so machen wir in diesem Maaße Unsern landesherrlichen und landesväterlichen Willen Unsern getreuen Unterthanen hiermit kund, und wenn Wir gleich befohlen haben und befehlen, daß alle und jede Verordnungen und Bestimmungen der für die hiesigen Lande bestanden vormundtschaftlichen Regierung ohne Rücksicht auf die Zeitperiode, in welche ihre Erlassung fällt, provisorisch fernerweit in den hierzu geeigneten Fällen in Anwendung gebracht werden, so behalten Wir es Uns doch ausdrücklich hiermit vor, nach sorgfältiger Prüfung und mit besonderer Berücksichtigung desjenigen, was das Wohl Unserer getreuen Unterthanen erheischen dürfte, über die Anwendbarkeit und Rechtsgültigkeit der von der bestanden vormundtschaftlichen Regierung erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen die desfalls erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen zu treffen.

Urkundlich ꝛ.

Braunschweig, den 10. Mai 1827.

gez. Carl, Herzog. v. Schleinitz.

Hätte der alte Geh.=Rath Schleinitz, der zugleich Vorsitzender des obersten Gerichts war, den Muth gehabt, die Contrasignatur dieser Verordnung zu verweigern, wozu er durch den § 32 der erneuerten Landschaftsordnung so befugt als verpflichtet war, da die Verordnung dem Geheimen Raths-Collegium nicht zur Berathung vorgelegt war, so würde sich der Herzog vielleicht besonnen haben. Jedemfalls nützte diese Willfährigkeit des beinahe funfzig Jahre im Dienste gestandenen Mannes ihm selbst nichts; der Herzog pensionirte ihn dennoch binnen Kurzem mit zwei Fünfteln seines Gehaltes. Mit ihm schied durch Versetzung ein anderes Mitglied des Collegiums aus, Eschenburg, und v. Bülow nahm seinen Abschied ohne Pension. Das neu gebildete Collegium bestand jetzt aus dem Major v. Münchhausen, zum Oberstaatsrath ernannt, den Staatsrathen Henneberg und Vosse und dem Geh. Hof- und Justizrath Friede. Vorsitzender wurde P. v. Bülow, zweiter Kammerdirektor. Das Geheime Raths-Collegium wurde in ein Ministerium umgewandelt. 31. Mai 1827.

Die hannoversche Regierung blieb natürlich die Antwort nicht schuldig, was denn eine weitere Erwiderung zur Folge hatte:

B e k a n n t m a c h u n g.

Seine Durchlaucht der regierende Herzog von Braunschweig hat es, unter dem Schutze, den die Bundesacte allen deutschen Fürsten gewährt, für angemessen gehalten, in einer von Ihnen Selbst vollzogenen Bekanntmachung vom 10. Mai d. J. sich über die Verbindlichkeit der während der vormundschaftlichen Regierung Ihro Königl. Majestät erlassenen Anordnungen und Vorschriften, auf eine Weise zu äußern, welche Ihro Majestät mit gerechtem Unwillen erfüllet, — ein Gefühl, welches alle Höfe theilen werden, denen das wahre Sachverhältniß bekannt ist.

In jener Bekanntmachung ist die Rede von Beschlüssen und Verordnungen, durch welche über wohlervorbene Regierungs- und Eigenthums-Rechte disponirt seyn könnte; — ja, das letzte vormundschaftliche Regierungsjahr des Königs wird für ungesetzmäßig erklärt, wonach sich von selbst ergeben soll, daß alle Verordnungen und Institutionen, welche in dem Zeitraume vom 30. Oktober 1822 bis dahin 1823 erlassen worden, zu ihrer Rechtsgültigkeit des Herzogs specieller Anerkennung bedürfen würden.

Ihro Majestät haben, in Ansehung der Dauer der Vormundschaft, Sich nach der sorgfältig erwogenen Ansicht der ersten Herzoglich Braunschweigischen Staatsdiener und bewährter Rechtslehrer gerichtet, und ganz in Uebereinstimmung mit den von Allerhöchstdenenselben freundlich zu Rathe gezogenen Höfen von Oesterreich und Preußen gehandelt.

Ihro vormundschaftliche Regierung ist von den braunschweigischen ~~Ständen~~ Ständen und Unterthanen mit rührendem Dank erkannt worden.

Ihro Majestät behalten Sich, wegen der obigen Bekanntmachung, die Schritte zu thun vor, die Ihro Würde erfordert.

Nach der von Allerhöchstdenenselben erhaltenen ausdrücklichen Anweisung wird das Vorstehende hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Königliche Großbritannisch-Hannoversche zum Cabinets-Ministerio verordnete Hannover, den 7. Junius 1827.

General-Gouverneur und Geheimen Rätthe.

(gez.) v. Bremer.

Die Bekanntmachung des königlich hannoverschen Cabinets-Ministerii vom 7. Juni d. J. verpflichtet das unterzeichnete herzogliche Staats-Ministerium, sich ohne Zeitverlust über den befremdenden Inhalt derselben zu äußern:

„Der Grundsatz, daß die vormundschaftliche Gewalt regelmäßig nur Verwaltungs-Befugnisse producirt, ist ohne Einschränkung in privat- und staatsrechtlichen Verhältnissen anerkannt. Das Patent Sr. Herzoglichen Durchlaucht vom 10. Mai d. J. enthält für diesen Gegenstand nichts mehr und nichts weniger als eine Wiederholung dessen, was gesetzlich feststeht, und es ist einleuchtend, daß wenn die vorbehaltenen, nur zum Wohle der herzoglichen Unterthanen gereichende Prüfung ergeben möchte, daß während der vormundschaftlichen Regierung Institutionen ins Leben gerufen wären, durch welche über wohlervorbene Regierungs- und Eigenthumsrechte disponirt worden, zur Aufrechterhaltung derselben keine staatsrechtliche Verpflichtung vorhanden sein würde.

„Die für das Jahr vom 30. Oktober 1822 bis dahin 1823 bestandene vormundschaftliche Regierung für das durchlauchtigste Haus Braunschweig ver-

legt ein bei jedem Regierungswechsel durch einen Vertrag zwischen Herrn und Ständen erneuertes, allgemein bekanntes Landesgrundgesetz. Die bewährtesten Rechtslehrer, und namentlich der vormalig Königlich Hannoversche Gesandte am Bundestag, v. Martens, haben seiner Zeit das Recht Sr. Herzoglichen Durchlaucht für die mit vollendetem 18ten Jahre eintretende Regierungs-Mündigkeit einstimmig anerkannt. Zu bedauern ist es, wenn Herzoglich Braunschweigische Staatsdiener, um die entgegengesetzte Meinung aufrecht zu erhalten, sich mit ihrer Ueberzeugung in Widerspruch gesetzt haben sollten; zu bedauern ist es ferner, daß die durchlauchtigsten Höfe von Oesterreich und Preußen mit dem wohlbegründeten Rechte Sr. Herzoglichen Durchlaucht nicht früher und vollständiger bekannt gemacht, weil sonst das Recht Sr. Durchlaucht in gleichem Maße früher anerkannt sein würde.

„Die braunschweigischen Behörden und Unterthanen würden es mit viel rührenderem Danke anerkannt haben, wenn das Princip des Rechts aufrecht erhalten und ihr durchlauchtigster Landesherr ihnen ein Jahr früher geschenkt worden wäre. Die Schritte, welche die Regierung Sr. großbritannischen Majestät rücksichtlich dieses Gegenstandes noch vorzunehmen für gut finden möchte, können um so ruhiger erwartet werden, als das auf Recht begründete Bewußtsein den sichersten Schutz verleiht.

Nach der von Sr. Durchlaucht erhaltenen ausdrücklichen Anweisung wird dieses hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den 14. Juni 1827.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgsches Staats-Ministerium.

(gez.) v. Bülow. v. Münchhausen.

Viertes Kapitel.

Die Vermittelungsverhandlungen Oesterreichs und Preußens. — Diplomatische Correspondenz und mündliche Verhandlungen.

Der König von Großbritannien und Hannover wendete sich nun an die beiden deutschen Großmächte und ersuchte diese, ihre Ansichten über die bestehenden Differenzen zwischen Hannover und Braunschweig und insbesondere über die Mittel zu äußern, wodurch der Herzog zu einem angemesseneren Benehmen gegen seinen Oheim, den König von Hannover, bestimmt werden könnte. Das berliner Cabinet, welches die Wichtigkeit dieser Differenzen zwischen zwei Souveränen und die Folgen derselben für das Bundesrecht und die gesammte politische Situation Deutschlands wohl erkannte, nahm sofort Veranlassung in einer Verbalnote des preussischen Gesandten Freih. v. Maltzahn in Wien mit Metternich die Handlungen zu eröffnen (26. Juni 1827). Metternich antwortete erst am 27. Juli in einer Weisung an den österreichischen Gesandten Freih. v. Werner in Berlin, worin es heist:

„Das bald nach Eintreffen der preussischen Verbalnote erfolgte Eintreffen des Herzogs hier in Wien und die von mir daran geknüpften Hoffnungen, nicht nur klarer in der Sache zu sehen, und dabei womöglich durch meinen persönlichen Einfluß auf diesen jungen Fürsten zu wirken, dadurch aber bestimmtere Anhaltspunkte für meine Rückäußerung an Freiherrn v. Maltzahn zu erhalten, mußte letztere nothwendigerweise verzögern. Doch kann ich nicht zweifeln, daß die Berichte dieses Herrn Gesandten sich über meine in Betreff dieser Angelegenheit ununterbrochen gepflogene vertrauliche Rücksprache verbreitet und das königl. preussische Ministerium von dem Stand derselben in Kenntniß erhalten haben. Schon bei meiner ersten Unterredung mit dem Herzog mußte ich mit Bedauern von ihm hören, daß er sich entschlossen habe, seine Differenz mit Hannover an den Bund zu bringen und förmliche Beschwerde gegen diese Regierung zu führen, und als ich ihm mit allen nur möglichen Beweggründen hiervon abzuhalten suchte, erwiederte er mir, daß es zu spät sei, indem bereits wirklich die erforderliche Weisung wegen dieses Schrittes unmittelbar von Braunschweig nach Frankfurt abgegangen sei. Wirklich erhielt ich auch bald von dem k. k. Präsidial-Gesandten Frh. v. Münch die Anzeige, daß der herzoglich braunschweigische Bundestags-Gesandte Frh. v. Marschall von dem Staats-Ministerio in Braunschweig den Auftrag erhalten habe, eine förmliche Beschwerde des Herzogs gegen Hannover bei der Bundes-Versammlung einzureichen; daß aber Frhr. v. Münch denselben durch die Bemerkung, die Anwesenheit des Herzogs in Wien dürfte wohl von Einfluß auf diese Angelegenheit sein, vorläufig von der Eingabe abgehalten habe. Zu welchem unmittelbaren Schritte bei dem Herzog ich mich in Beziehung auf

diese Beschwerde, welche mir von dem herzogl. Staats-Ministerium zugesandt worden ist, und welche auf gleiche Weise dem berliner Cabinet zugekommen sein wird, nun augenblicklich veranlaßt gefunden habe, und daß es mir vollkommen gelungen ist, die fragliche Angelegenheit wenigstens vor der Hand und von Seiten Braunschweigs von dem Bundes-Terrain entfernt zu halten, geht aus einer Depesche an den Frh. v. Münch und aus deren Anlagen hervor, wovon ich mich beeile, Ew. Hochwohlgeboren Abschriften im Anbuge mit dem Ersuchen zu übermachen, sie unverweilt ebenso wie den ganzen Inhalt dieser Depesche zur Kenntniß des Herrn Grafen v. Bernstorff zu bringen.

Indem ich nicht zweifeln kann, daß es auch dem königlich preussischen Cabinet nur erwünscht sein wird, daß wir dadurch einer neuen besonders unangenehmen Complication zuvorgekommen sind, wollen Ew. Hochwohlgeboren zugleich dem Herrn Grafen v. Bernstorff in meinem Namen versichern, daß eine gänzliche Beseitigung der Differenz selbst das Ziel meiner Bemühungen ist, und daß ich nach erlangten bestimmteren Ansichten es mir zum Vergnügen rechnen werde, sie mit gewohntem Vertrauen zur Kenntniß des königl. preuß. Cabinets zu bringen.

Vorläufig kann ich nur über meinen Ideengang im Allgemeinen bemerken, daß die von Hannover bei Oesterreich und Preußen nachgesuchte Intervention gemeinschaftlich und ohne Rücksicht auf etwaige Protestation von des Herzogs Seite gegen einen der hohen Intervenanten Statt zu finden hat, endlich daß bei wirklich eingetretener aber fruchtloser Intervention die Sache an den Bundestag zu gelangen hätte, daß übrigens aber heute noch, und bei dem zufälligen günstigen Umstande der Anwesenheit des Herzogs hier in Wien, der Versuch zu machen sein wird, wo nur immerhin möglich, in der Art auf ihn zu wirken, um die Ursachen selbst, welche zu der von Hannover gewünschten Intervention die Veranlassung gegeben haben, zu heben und dadurch sowohl letztere, als auch den Einfluß des Bundes unnöthig zu machen."

Metternich erlangte in der That von dem Herzog von Braunschweig die Zusicherung, die beabsichtigte Beschwerde beim Bundestage einstweilen zurückzuziehen. Der Präsidialgesandte Frh. v. Münch-Bellinghausen hatte den braunschweigischen Bundestags-Gesandten Frh. v. Marschall auf seine eigene Verantwortung hin veranlaßt, die ihm schon übergebene Beschwerde zurückzuhalten, und erhielt in einem Schreiben vom 19. Juli 1827 die volle Bestimmung Metternichs. Metternich sagte u. a.:

"E. E. gefällige Zuschrift vom 12. d., welche mir nebst den ihr beige-schlossenen Depeschen von Paris richtig zugekommen sind, hat mir die angenehme Ueberezeugung verschafft, daß Dieselben meinem Wunsche zuvorgekommen sind, indem Sie dem Frhn. v. Marschall veranlaßt haben, die ihm von dem Ministerium zu Braunschweig zugekommene, zur Eingabe bei der B.-B. bestimmte Beschwerde gegen Hannover vor der Hand noch zurückgehalten."

Auch ich habe meinerseits sogleich diesen günstigen Umstand benutzt, um meinen persönlichen Einfluß auf den Herzog dafür geltend zu machen, daß Er das eingehaltene Benehmen seines B.-B. Gesandten billige, und demselben zugleich die Weisung ertheile, bis auf weiteren Befehl dem bei der B.-B. beabsichtigten Schritten keine Folgen zu geben.

Aus dem hier in Ur- und Abschrift mitfolgenden Rescript des Herzogs an Frhn. v. Marschall, wovon ich erstere diesem Herrn Minister ehemöglichst zu-

kommen zu lassen bitte, werden E. E. ersuchen, daß es mir gelungen ist, den Herzog für unsere Ansicht zu gewinnen, und daß wenigstens vorläufig die Sache in Frankfurt auf sich beruhet; sowie auch durch das gleichfalls hier in Abschrift angelegene Reskript an das herzogl. Staatsministerium dafür gesorgt worden ist, daß auch von Seiten dieser Behörde jedes weitere Vorgehen in der fraglichen Angelegenheit suspendirt bleibe.

Noch vermag ich nicht, E. E. nähere und bestimmte Aufschlüsse über den Erfolg jener angelegentlichen Bemühungen und Versuche zu geben, welche ich für die Beseitigung dieser so unangenehmen Complication ununterbrochen anwende; doch werde ich mit Vergnügen dieselben hievon in Kenntniß setzen, sobald es nur einigermaßen die Umstände gestatten.

Indem ich übrigens E. E. ersuche, sobald als möglich mir die zugesicherte ausführliche Berichterstattung über die Braunschweigische Beschwerde zukommen zu lassen, da sie Momente enthalten dürfte, welche ich in meiner Negoziation mit dem Herzog benützen könnte, empfangen 2c.

B. S. Von dem Inhalt der gegenwärtigen Depeschen bitte ich E. E. unverweilt dem k. hannövr. B.-L. Gesandten eine vertrauliche Eröffnung zu machen, und denselben in meinem Namen zu bitten, daß er seiner Seits ebenfalls Alles aufbieten wolle, um die Schritte, welche sein Hof vielleicht thun wollte, für den Moment wenigstens zu sistiren. Ich werde in der kürzest möglichen Frist E. E. meine ausführlichen Ansichten mittheilen, und der Geist, in dem ich zu handeln strebe, kann wohl von dem Frhrn. von Strahlenheim nicht in Zweifel gestellt werden.“

Aus dieser Nachschrift geht hervor, daß entweder Metternich von Anfang an ein falsches Spiel gegen den König von England spielte, oder aber, daß der Herzog Carl von Braunschweig in dem auf seine Veranlassung gedruckten Werke Charles d'Este. Paris 1836 Tome I, p. 151 die Unwahrheit berichtet. Das letztere ist kaum anzunehmen, da die zu dieser Stelle im zweiten Bande abgedruckten Depeschen des Herzogs Carl am 18. Juli 1827 wörtlich mit dem von Frh. Münch gesendeten Originalschreiben übereinstimmen. Der Herzog behauptet an jenen Stellen (Tom. I, 151 ff.), daß Metternich versprochen habe, ihn aus der unangenehmen Situation herauszuziehen, wenn er ihm nur unbedingt folgen wolle, und Münch-Bellinghausen soll nach Aeußerung des Herzogs ihm in Teplitz gesagt haben (a. a. O. S. 160):

„Ich bitte Euer Durchlaucht zu glauben, daß wenn ich jemals in der Sache des Königs von England mit Ihnen zu thun habe, ich mich niemals einer Handlung schuldig machen werde, die in der Person Ew. Durchlaucht die Würde aller anderen deutschen Fürsten compromittiren könnte. Ich werde Ew. Durchlaucht daher niemals rathen, in die Zurücknahme irgend eines Edictes zu willigen, und besonders nicht des Erlasses vom 10. Mai 1827.“

Der Herzog Carl erzählt in dem genannten Buche Charles d'Este, daß er erst bei seiner späteren Reise nach Wien am Ende des Jahres 1827 die Veränderung der Gesinnung Metternichs oder des österreichischen Hofes erfahren habe. Nach der dem Verfasser vorgelegenen Correspondenz der beiden Höfe Preußen und Oesterreich verhielt sich aber die Sache anders. Metternich hatte, wie ich später nachweisen werde, zwar den Gedanken, die Zwistigkeit zwischen dem König von England und Herzog Carl für die österreichischen Interessen in und außer Deutschland auszubenten und schon damals, ganz gegen die englisch-hannoverschen Vorschläge: „daß eine Vermittelung nur durch die beiden dant-

schen Großmächte stattfinden solle“, sich mit Münch dahin vereinigt, die österreichische Vermittelung ohne Preußen in aller Stille durchzusetzen, allein die thörichte und übereilte Handlungsweise des Herzogs Carl, welcher in Wien die Zusage, nach eigenem Geständnisse*), geleistet hatte, sich ruhig zu verhalten, machte fürs Erste Metternich die Verfolgung dieses Planes unmöglich. Die orientalischen Angelegenheiten befanden sich damals in einer weltberühmten Krise, die französischen und russischen Pläne erforderten die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung im hohen Maße und mußten ihr ein freundliches Verhältniß zu England und Preußen sehr nahe legen, Spanien und Italien waren bedrohliche Punkte für den europäischen Frieden; mit einem Worte: so lebhaft auch der Wunsch Metternichs sein mochte, sich bei dieser Gelegenheit an Münster, und insbesondere an Georg IV zu rächen, so verführerisch auch die Aussicht sich darstellte, Principien der durch nichts beschränkten Machtvollkommenheit legitimer Herrscher selbst in den kleinsten Kreisen Deutschlands durchzuführen, — so mächtig forderten doch die Interessen des Kaiserstaates eine durchgreifende Rücksicht auf England, um so mehr, als die Veränderung des dortigen Cabinets einen Mann an die Spitze brachte, welcher die Größe Englands und somit die Achtung seines Regenten, — soweit diese freilich zu halten war, — zu seiner unumstößlichen Richtschnur gemacht hatte — Wellington. —

Leicht wäre es gewesen, die ersten feindlichen Schritte des Herzogs Carl gegen den König von England, welche in der Bekanntmachung vom 10. Juni 1827 und in den Angriffen auf Schmidt-Phiselbeck lagen, auf gütlichem Wege zu redressiren. Aber statt hier Metternich walten zu lassen, glaubte der Herzog, mit welchem Anfangs die beiden deutschen Großmächte sehr gelind verfahren, seinen souverainen Eigenwillen fortsetzen zu können. Er begann einen Krieg durch Broschüren, welcher alle Welt empören mußte. Ganz gegen sein Versprechen, welches er, wie wir oben gesehen*), Metternich gegeben, ließ er die am Bunde beabsichtigten Beschwerden, die er zurückhalten sollte, drucken, und veranlaßte deren Mittheilung an alle Höfe, selbst nach Paris und St. Petersburg. Noch mehr, er ließ eine wahrhafte Schmähschrift drucken und sie ins englische übersetzen, verschiedenen Höfen vertraulich mittheilen und den englischen Prinzen übersenden, ja selbst einem Diener an der deutschen Kanzlei in London übergeben. Die Schrift führte den Titel:

„Darstellung der Verhältnisse des von Braunschweig entwichenen Geheimen Rathes von Schmidt-Phiselbeck, zu der für die herzoglich braunschweigischen Lande bestandenenen voraussichtlichen Regierung und dem Stellvertreter derselben, Grafen von Münster, sowie im Gegensatz zu dem herzoglich braunschweigischen Hause und der Person Sr. Durchlaucht des jetzt regierenden Herrn Herzogs.“
Braunschweig 1827.

Erst nachdem noch eine zweite Broschüre desselben Inhalts, nur in abgeänderter Form dem Drude übergeben wurde und der Bundesversammlung überreicht werden sollte, woran der Herzog indessen durch die nachdrücklichsten Vorstellungen anderer Fürsten verhindert wurde, als die verdräglichsten Angelegenheiten immer mehr in die Öffentlichkeit drangen, wurde Graf Münster vom Könige von England beauftragt, eine öffentliche Widerlegung der Beschuldigungen des Herzogs Carl zu veranstalten. Er that dies in der bekannten Schrift: *Réfutation des accusations injurieuses hasardées par S. A. S. le*

*) Charles d'Este. Tom. I p. 87. 88.

Duc régnaunt de Brunswic, contre son auguste tuteur et contre les personnes chargées de l'administration de ses Etats et de l'Éducation du Duc, durant sa minorité. Londres 1827, und etwas später in einer zu Hannover erschienenen deutschen Uebersetzung.

Allerdings waren in dieser Schrift Aeußerungen enthalten, die in dieser Form erlassen, besser ungeschrieben geblieben sein mochten, und die später auch zu einer Niederlage des Grafen Münster auf diesem Gebiete vor der Bundesversammlung führten. Statt aber sich diesen Vortheil zu Nutzen zu machen, ließ sich der Herzog durch seine Nachsicht verleiten, den Grafen von Münster persönlich zu fordern. Das war eine burleske Art, Staatsangelegenheiten von Wichtigkeit abzumachen, welche unmöglich im Geschmade der Diplomaten sein konnte und die Mißbilligung aller Vernünftigen erregen mußte.

Indessen konnten noch immer die beiden Großmächte hoffen, daß sich eine Vermittelung anbahnen ließ. Die Forderung eines Souverains aus einem der ältesten Fürstenhäuser Europa's einem landsässigen Edelmann, wie Graf Münster war, gegenüber, mochte ersterer im Recht oder Unrecht sein, hätte, wenn kein weiterer Glanz damit verbunden wäre, wohl noch immer der Vermittelung der Mächte Raum geboten.

Dahin gingen nun auch die Versuche Preußens und Oesterreichs. Die preussischen Instructionen an Maltzahn 20. November 1827 und der Notenwechsel zwischen Neben und Bernstorff, 27. November, 1. December 1827, beweisen die unveränderte Geduld des berliner Cabinets für Schlichtung der Streitigkeiten. Als aber König Georg IV, da der Herzog noch immer zögerte, die hinhaltende Politik Metternichs durchschaute, ließ er Anstalten zum Zusammenziehen von Truppen treffen, wodurch nun der Herzog ängstlich wurde und sich von Braunschweig entfernte, um nach Wien zu gehen. Vor seiner Abreise setzte der Herzog in einem sehr bezeichnenden Schreiben von dem drohenden Einmarsch hannoverscher Truppen in Braunschweig den König von Preußen in Kenntniß (3. December 1827). Es heißt darin:

Allernädigster König und Herr!

Ew. Majestät werden es huldreichst entschuldigen, und als einen Beweis meiner tiefbegründetsten Verehrung und meines ausgezeichnetsten Vertrauens, welches mir Euer Majestät edle und gerechte Denkungsart einflößt, zu betrachten geruhen, wenn ich Allerhöchstdieselben beschwöre, in der für mich so schmerzlichen Differenz mit Seiner Großbritannischen Majestät, aufs Neue jene weise und erhaltende Politik an den Tag zu legen, wodurch Euer Majestät Sich ein unvergängliches Denkmal bei der Nachwelt gestiftet haben.

Sire, zu einer Zeit, wo man nicht allein meine Ehre und meine Rechte aufs Empfindlichste verletzte, und das seit Jahren mir zugefügte Unrecht gern durch ein noch weit größeres beschönigen möchte, zu dieser Zeit finde ich allein eine Beruhigung und einen Trost in dem Gedanken, daß Euer Majestät weit entfernt, bei der mir neuerdings zugefügten Unbill neutral zu bleiben, vielmehr nun und nimmermehr zugeben werden, daß man eine Sache, die für mich eben sowohl eine Ehren- als eine Rechtsfrage ist, nach dem Rechte des Stärkern und mit Suspension der Bundesacte entscheide.

Sire, ich bin jeden Augenblick bereit, meine Sache einer Austragalinanz vor der hohen Bundesversammlung zu unterwerfen; aber ich kann unmöglich glauben, daß die erhabenen Hüter der Bundesverfassung, daß Ew. Königliche Majestät zumal, der erlauchte Beschützer meines Hauses, jemals zugeben wer-

den, daß die hannöversche Regierung in ihrer Sache mit mir ihr eigener Richter und Urtheilsvollstrecker sei.

Allernädigster Herr, die Ehre und das Wohl meines Landes steht bei dieser unglücklichen Differenz auf dem Spiele. Beides lege ich Ew. Majestät zuversichtlich ans Herz. Es ist der Inbegriff alles dessen, was ich besitze, was ich von meinen Vorfahren ererbte, deren Stolz es war, mit Ew. Majestät verwandt zu sein. Geruhen Ew. Majestät in mich das Vertrauen zu setzen, daß auch ich den ganzen Umfang dieses Glückes zu schätzen weiß, und daß ich mit der äußersten Besonnenheit, mit den größten Rücksichten zu Werke gehen werde, um mir den Beifall Euer Majestät zu verdienen.

Das österreichische Kabinet, dessen Vermittelung die hannöversche Regierung, wie Euer Majestät bekannt sein wird, schon seit jener Zeit angerufen, wo ich nach dem Willen Seiner Majestät des Königs von England eine Zeit lang meinen Aufenthalt in Wien nahm, das österreichische Kabinet, sage ich, wird mir das Zeugniß gewiß nicht versagen, daß ich von Anfang an in dieser unglücklichen Differenz Alles aufgeboten habe, um dieselbe, so weit dies nur irgend, unbeschadet meiner Würde und meiner Rechte geschehen konnte, auf ruhigem und gütlichem Wege beizulegen, und in diesem Augenblick gebe ich von der Aufrichtigkeit dieser meiner Gesinnungen, wie ich mir schmeichle, einen abermaligen und unzweideutigen Beweis, indem ich mich, trotz der mir neuerdings wieder zugesügten Kränkung persönlich nach Wien begeben, um, es komme was da wolle, wenigstens meine Ehre in diesem unseligen Zwiste eben so rein und unbeschadet zu erhalten, wie ich dies stets in Ansehung meines Gewissens gethan habe.

Geruhen Sie, Eire, die Versicherung meiner reinsten Verehrung und meiner unerschütterlichen Anhänglichkeit an Allerhöchsthre Person und Ihr erlauchtes Haus zu genehmigen, mit welcher ich die Ehre habe zu sein

Eire

Braunschweig, den 3. December 1827.

Ew. Königl. Majestät
unterthäniger und dienstwilliger
Diener und Better
Carl F.

Friedrich Wilhelm III, eben so ruhig und ernst, als mild und gerecht, antwortete ausführlich am 27. December 1827.

Durchlauchtigster Fürst, freundlich lieber Better!

Das freundliche Vertrauen, welches Euer Durchlaucht in Ihrem Schreiben vom 3. d. mir bezeigen, muß mir in jeder Hinsicht werth und angenehm seyn, und Ich habe nicht säumen wollen, Ihnen dafür Meinen besonderen Dank auszusprechen. Ich würde dies Vertrauen jedoch nicht nach seinem ganzen Werthe schätzen, wenn ich dasselbe nicht zugleich mit derjenigen Offenheit erwiederte, zu der Ich darin die Berechtigung finde. In diesem Sinne wollen Euer Durchlaucht meine nachfolgenden Äußerungen freundwillig aufnehmen.

Die zwischen Euer Durchlaucht und Seiner Großbritannischen Majestät so unglücklich erhobene Differenz hat mich in allem Betracht schmerzlich berühren und mir den lebhaften Wunsch erwecken müssen, einen so vielfach störenden und nachtheiligen Zwist baldigst beigelegt zu sehen. Mir war bereits Anlaß geworden, zu diesem Zwecke thätig einzuwirken, und Euer Durchlauchtigstes Schreiben begegnet in diesem Betreff nur erwünscht meinem Vorhaben. Bei der Wendung, welche die Zwistigkeiten leider genommen haben, möchte gegenwärtig

der sicherste, ja der einzige Ausweg dünken, daß mit Beseitigung der ursprünglichen Gegenstände des Streits vor Allem die persönlichen Beziehungen, die hier eingemischt worden sind, auf befriedigende Weise gelöst werden. Ich darf Euer Durchlaucht nicht verhehlen, daß in Betreff dieser persönlichen Beziehungen nach meiner Ansicht allerdings ein entschiedenes Unrecht gegen den König von Großbritannien stattfindet, und von dieser Seite mit allem Grund über Beleidigungen geklagt wird, die mit den streitigen Gegenständen selbst nicht nothwendig zusammenhängen. Wie auch diese letztern stehen mögen, so viel wird in der Ueberzeugung aller Unpartheiischen immer ausgemacht bleiben, daß Seine Großbritannische Majestät als Ew. Durchlaucht Vormund nur aus reinsten und redlichster Gesinnung gehandelt, und die tief verletzenden Vorwürfe daher durchaus nicht verdient habe, welche die im Namen Ew. Durchlaucht ergangene öffentliche Bekanntmachung vom 10. Mai d. J. auf die vormundtschaftliche Regierung fallen läßt. Euer Durchlaucht selbst können an der edlen Denkungsart Ihres Vormundes nie gezweifelt haben, und mögen demnach in Ihrem eigenen Gefühl die Kränkung ermesfen, welche ein rechtliches Gemüth, das sich keiner Schuld bewußt ist, bei solchen unerwarteten Angriffen empfinden mußte. Sie werden bei ruhiger Betrachtung leicht erkennen, daß der Gekränkte hier vor Allem Genugthuung zu fordern berechtigt sey, und daß sie ihm in der That gebühre. Ein begangenes Unrecht aber einzusehen, dasselbe freiwillig wieder gut zu machen, hat zu allen Zeiten für schön und edel gegolten, und Euer Durchlaucht Ehre, weit entfernt, durch einen solchen Schritt zu leiden, wird im Gegentheil dadurch vor Aller Augen nur um so heller glänzen. In der wohlmeinendsten Gesinnung, welche Ew. Durchlaucht Vertrauen mit Recht in mir für Sie voraussetzt, kann ich Ihnen nicht aufrichtiger, nicht besser rathen, als indem Ich Sie so freundlich als dringendst auffordere, der wahren Stimme Ihres Herzens zu folgen, sich mit offenem Zutrauen und ohne Rückhalt unmittelbar persönlich an Seine Majestät den König von Großbritannien zu wenden, ihn als Ihren Königlichen Verwandten und väterlichen Freund anzureden, die demselben früher angethane Kränkung freiwillig zurückzunehmen, und von dessen edler Sinnesart die völlige Beilegung des traurigen Zwistes auf die für Ew. Durchlaucht gewiß ersprießlichste Weise zu gewärtigen! Seyen Ew. Durchlaucht versichert, daß Ich unfähig bin, Ihnen einen Rath zu ertheilen, der nicht Alles, was Ihre Ehre und Ihr Wohl erheischt, nach meiner besten Ueberzeugung sorgfältigst berücksichtigte; Ich bin des festen Vertrauens, daß beide auf dem angedeuteten Wege entschieden nur gewinnen werden. Im Gegentheil aber vermag ich bei der Fortdauer des unseligen Zwistes in seiner bisherigen und ferneren Gestaltung nur die bedenklichsten, für Ew. Durchlaucht in allem Betracht nachtheiligsten, und auch mir in jeder Art betrübendsten Folgen vorauszu sehen, zu deren Abwendung späterhin die Mittel nur allzusehr ermangeln dürften.

Ich glaube das von Ew. Durchlaucht mir bewiesene schätzbare Vertrauen durch diese aufrichtige Entgegnung am meisten zu ehren, und indem Ich Ihnen mit wärmstem Antheil bestens anrathе, was Ihrem wahren Vortheil am angemessensten ist, gebe Ich Ihnen zugleich den sprechendsten Beweis der freundschaftlichen Gesinnungen, mit welchen Ich verbleibe

Euer Durchlaucht

freundwilliger Better
Friedrich Wilhelm.

Berlin, den 16. Dezember 1827.
An den Herzog von Braunschweig-Lüneburg.

In Wien erklärte sich der Herzog nach Empfang des Schreibens vom König von Preußen, nach den dringendsten Vorstellungen des österreichischen Hofes bereit, die nöthigen Schritte zur Genugthuung des Königs von England zu thun, weigerte sich aber zugleich, diese Schritte im Sinne der Rathschläge des Königs von Preußen auf eine herzliche und vertrauensvolle Weise gegen seinen gewesenen Vormund auszuführen, indem er seine Abneigung gegen eine Annäherung dieser Art der Vermittlung über den Inhalt der Schrift des Grafen v. Münster und deren Entstehung zuschrieb. Als Motive seiner jetzigen Nachgiebigkeit wollte er nur die von der Mißlichkeit seiner Lage und von der seiner Person wie seinem Lande drohenden Gefahr herzunehmenden Gründe betrachtet wissen und die von ihm verlangte Genugthuung nur in dem Maße und in der Form leisten, in welcher sie als eine ihm abgenöthigte erschien.

Bis zu dieser Zeit war die Vermittlung der Höfe von Wien und Berlin dahin gerichtet gewesen, eine vollständige Ausöhnung zwischen dem König von Großbritannien und dem Herzog von Braunschweig zu bewirken. In dieser Absicht hatten sie den Herzog aufgefordert, sich unmittelbar an den König zu wenden, und demselben mit Wort und That Beweise zu geben, daß ihm alles Vorgefallene, worin der König einen Grund zur Beschwerde gefunden, leid thue, und er den aufrichtigen Wunsch habe, die freundschaftlichen Verhältnisse in ihrem ungetrübten Zustande wieder hergestellt zu sehen.

Nachdem aber die auf eine vollständige Ausöhnung gerichteten Bemühungen der beiden Mächte, namentlich Preußens, an dem Widerstreben des Herzogs gegen die ihm gemachten Vorschläge gescheitert waren, konnte sich das Vermittler-Amt nur mit der Frage beschäftigen: welches die Genugthuung sei, die dem Könige von England und Hannover unter allen Umständen gebühre, und die eben deshalb ohne Rücksicht auf die Abneigung des Herzogs unter den aus den Bundesverhältnissen hervorgehenden Maßgaben ihm zur Pflicht gemacht werden könnte. — Eine entschiedene Beleidigung des Königs von Großbritannien und Hannover fanden die vermittelnden Höfe in dem Patent des Herzogs vom 10. Mai 1827. — Abgesehen von allen Rechtsfragen, welche etwa bei den sonst zwischen Hannover und Braunschweig über die Dauer der Minorität in dem herzoglich braunschweigischen Hause stattfindenden Zwistigkeiten aufgeworfen werden könnten, betrachteten sie diese thatsächlich vorliegende und empfundene Beleidigung als nächsten Gegenstand der fortzusetzenden Verhandlung, und als eine, wenn gleich durch jene Frage veranlaßte, doch mit dem Grunde und der Entscheidung derselben in keinem irgend bedingenden Zusammenhang stehende, besondere Angelegenheit für sich. Es war ihnen nicht zweifelhaft, daß hiefür Genugthuung geleistet werden müsse; denn wie auch die Entscheidung der ange deuteten Rechtsfragen vorausgesetzt werden möchte, so habe doch offenbar — und hierüber lasse sich kein Zweifel kundiger und unparteiischer Beurtheiler heben — der Vormund, bei Fortsetzung der vormundtschaftlichen Regierung über das 18. Lebensjahr des Herzogs hinaus, ganz ohne Arg und in der besten Meinung gehandelt, auch nicht irgend ein eigenes Interesse, sondern lediglich das Beste des Herzogs und des Landes bezweckend. Habe der Herzog geglaubt, dasjenige, was er in Beziehung auf den Eintritt der Großjährigkeit in dem herzoglichen Hause für Recht hielt, gleich nach der Uebernahme seiner Regierung, zur Wahrung irgend eines eigenen Interesses durch eine angemessene Erklärung aussprechen zu müssen; so habe dieser doch nicht die Form und der Inhalt gegeben werden dürfen, wie beides in der Bekanntmachung vom 10. Mai 1827

sich vorfinde, welche augenscheinlich weniger darauf berechnet sey, die eigenen Gerechtsame des Herzogs zu wahren, als vielmehr die vormundschaftliche Regierung in ein ungünstiges Licht zu stellen, insbesondere aber die Verlängerung der Vormundschaft über das 18. Lebensjahr des Herzogs als eine Usurpation zu bezeichnen.

Die Beleidigung sey ferner von der Art, daß sie rücksichtlich der Verhältnisse des königlichen Vormundes nicht anders als schwer von ihm empfunden werden konnte. Die beiden vermittelnden Höfe beschränkten also ihr Ansinnen an den Herzog auf diejenige Genugthuung, durch welche die zugesetzte Beleidigung im Gesichtspunkte rechtlicher Nothdurft als vollständig aufgehoben erscheinen konnte; dieses aber glaubten sie als erreicht annehmen zu dürfen, wenn der Herzog seine Bekanntmachung vom 10. Mai 1827 durch eine andere Bekanntmachung öffentlich widerriefe, und ein Entschuldigungsschreiben an seinen ehemaligen Vormund in geeigneter Art erließe.

Zur Leistung dieser Genugthuung hatte sich, nach mannichfaltigen Unterhandlungen, der Herzog auch bereit erklärt; nur die erforderliche Fassung beider Ausfertigungen gab Veranlassung zu neuen Erörterungen, wobei die Bemühungen Metternich's von dringenden mündlichen und schriftlichen Vorstellungen des hierzu von seinem Hofe eigens beauftragten preussischen Gesandten in Wien unterstützt wurden. Erst am 17. Februar 1828 kam es dahin, daß der Herzog, im Momente seiner Abreise von Wien, durch ein an den Fürsten von Metternich gerichtetes Schreiben die Annahme der ihm vorgelegten, von beiden Höfen gebilligten Formulare zu der Bekanntmachung und dem Entschuldigungsschreiben zugestand und unter vier angegebenen Bedingungen versprach, den entsprechenden Gebrauch davon zu machen. Das österreichische Cabinet willigte in die bedingungsweise aufgestellten vier Punkte; Metternich machte dem Herzog von Braunschweig in einem besonderen Schreiben (17. Februar 1828) hiervon Anzeige. Die Bekanntmachung und das Entschuldigungsschreiben sollten folgendermaßen lauten:*)

Entwurf der Bekanntmachung.

Carl, Herzog rc.

Wir finden Uns bewogen, Unser Patent vom 10. Mai des verflossenen Jahres, die Rechtsverbindlichkeit der von den für die hiesigen Lande bestandenen vormundschaftlichen Regierung erlassenen Verordnungen und gemachten Instruktionen betreffend, nachdem es zu Auslegungen Anlaß gegeben hat, welche nicht in Unserer Absicht lagen, wie hiermit geschieht, zurückzunehmen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigebrachten herzoglichen geheimen Canzlei-Siegel.

(Namen des Herzogs.)

(L. S.)

Entwurf des Schreibens an den König von Großbritannien.

Eurer Königlichen Majestät überreiche Ich anliegend eine Bekanntmachung, wodurch Ich das von Mir unterm 10. Mai v. J. erlassene Patent zurückgenommen habe.

Zugleich füge Ich die Versicherung hinzu, daß Ich bei Erlassung des be-

*) Der preussische Entwurf lautete fast ebenso wie der österreichische, und als der Herzog aus der Verschwiegenheit einiger Ausdrücke die Gelegenheit nahm, wiederum Schwierigkeiten zu erheben, gab Preußen die österreichische Fassung zu (siehe unten S. 46).

sagten Patents nie die Absicht gehegt habe, Euer Majestät auf irgend eine Weise zu betrüben oder zu beleidigen.

Meine Gesinnungen gegen Euer Majestät müssen über jeden Zweifel erhaben seyn; Euer Majestät ersuche Ich, das von mir so eben ausgesprochene genehmigen zu wollen.

Das Schreiben des Herzogs von Braunschweig an den Fürsten v. Metternich (Wien, den 17. Februar 1828) lautet:

Unter den hier nachfolgenden Bedingungen müßte ich mich herbeilassen, die von Euer Durchlaucht unterm 16. d. M. Mir vorgelegten Königlich Preussischen Redaktionen einer zu erlassenden Bekanntmachung und begleitenden Schreibens für den König anzuehmen:

- 1) daß das Wort falsche Auslegung in die Verordnung gesetzt werde;
- 2) daß diese Verordnung, wie es in der von Euer Durchlaucht früher unter dem 12. Januar festgestellten Redaction der Fall war, mit der Formel „auf Spezial-Befehl“ endige;
- 3) daß das Königlich Preussische Cabinet Mir ein Schreiben zustellen lasse in gleichem Sinne abgefaßt, wie das, welches Ich von Euer Durchlaucht am 12. Januar empfang. Bemerken muß ich dabei jedoch, daß in diesem Schreiben des Königlich Preussischen Cabinets nicht bloß allein der Mir bereits vorgelegten Redaction des Patents, sondern auch der mitgetheilten des Briefs von Mir an den König gedacht werde.

Da das von Euer Durchlaucht Mir in diesem Geiste am 12. Januar zugefertigte Schreiben nicht die Redaction des verlangten Briefs enthält, zudem aber auch des früheren Datums halber nicht mehr mit dem jetzigen Zeitpunkt des Geschäftsganges übereinstimmt, so wollen auch Euer Durchlaucht Mir ein neues Schreiben ganz gleichen Sinnes mit dem jetzt von Mir zu erwartenden Königlich Preussischen zukommen lassen, welche beide Mir zu jeder beliebigen Bekanntmachung überlassen bleiben;

- 4) daß Mir die beiden intervenirenden Mächte die Zusicherung ertheilen, wie Sie durch diese Schritte allein, abgesehen von der Aufnahme derselben in England, die persönliche Differenz von Meiner Seite als völlig behoben betrachten und vertreten.

Im Begriff, Wien zu verlassen, ersuche Ich, Mir Ihre gefällige Uebereinstimmung mit diesen Meinen Ansichten noch schriftlich vor Meiner Abreise von hier geneigtest zukommen lassen zu wollen.

Der Ich mit ausgezeichnetster Hochachtung verharre zc.

Antwort des Fürsten von Metternich an den Herzog von Braunschweig;
d. d. Wien, den 17. Februar 1828.

Euer Durchlaucht habe ich die Ehre auf das unter dem heutigen Dato an mich erlassene Schreiben zu erwiedern, daß von Seite des Kaiserlichen Cabinets kein Anstand genommen wird, in die von Hochselben in dem erwähnten Schreiben angeregten vier Punkte zu willigen.

Genehmigen Ewr. Durchl. zc.

Metternich hatte dem Herzoge in mehreren Punkten von Wichtigkeit hierdurch Zugeständnisse gemacht, welche das bis dahin erstrebte gemeinsame Ziel Preußens und Oesterreichs in Frage stellen mußte, und zwar gerade in dem Augenblicke, wo man allseits in den Cabinetten glaubte dicht davor zu stehen und es zu erreichen. Der preussische Hof versuchte nun seine Stellung zu der Frage festzuhalten, und dieserhalb richtete Bernstorff ein Schreiben an den Herzog, worin es hieß:

Durchlauchtigster Herzog!

Aus den Berichten des Freiherrn von Maltzahn zu Wien ersieht der Königliche Hof mit Bedauern, daß Euer Durchlaucht den Höchstdenselben in dem Schreiben Seiner Majestät des Königs vom 16. Dezember v. J. ertheilten Rathschlägen, sich in der zwischen Euer Durchlaucht und Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover obwaltenden Irrungen mit offenem und herzlichem Zutrauen an Ihren ehemaligen Vormund zu wenden und die demselben zugefügte Kränkung freiwillig zurückzunehmen, die fortdauernde Weigerung entgegengesetzt, einen solchen Schritt zu versuchen.

Nachdem die bisherigen vielfachen Bemühungen, Euer Durchlaucht davon zu überzeugen, wie sehr Ihr eigenes Interesse eine gründliche und vollständige Ausöhnung mit Seiner Großbritannischen Majestät dringend fordere, solchergestalt fruchtlos geblieben, befinden sich die beiden vermittelnden Höfe in der betrübenden Lage, die Sache lediglich aus dem Gesichtspuncte des strengen Rechts zu betrachten, sie von der Umgebung aller Beziehungen der Verwandtschaft und des bestandenen vormundtschaftlichen Verhältnisses zu trennen, und allein die ernste Erwägung eintreten zu lassen, was zur Erhaltung des äußern Friedens geschehen müsse, zu welcher Genugthuung demnach der Beleidigte anzuhalten sey, damit andererseits der Beleidigte von allen in das Gebiet des Zwanges fallenden Anmuthungen abstehe.

Der Königliche Hof hat bereits im Laufe der bisherigen Verhandlungen Euer Durchlaucht auf das hier zunächst in Betracht kommende Sachverhältniß wiederholt aufmerksam gemacht, daß, welche Rechtsansicht man auch über den Eintritt der Majorenmität in dem Herzoglichen Hause Braunschweig habe, und auch selbst dann, wenn man die von Höchstdenselben aufgestellte Ansicht ganz als die richtige annähme, immer dem unter dem 10. Mai v. J. erlassenen Patent, in seiner vorliegenden Fassung, kein anderer als ein für den ehemaligen Vormund höchst beleidigender Sinn beigelegt werden könne. Die strenge Rechtsansicht, auf welche hier, in Ermangelung innerer Ausöhnung, zurückzugehen ist, erheischt unerläßlich, daß die beleidigende Beziehung dieses Patents wieder aufgehoben werde, welches am zweckmäßigsten durch dessen völlige Zurücknahme geschieht, und daß zugleich eine angemessene entschuldigende Erklärung diese Zurücknahme begleite.

Es kann Euer Durchlaucht Selbst nicht mehr zweifelhaft sein, daß eine Genugthuung, welche nur erfüllen soll, was innerhalb der Grenzen des strengen Rechts liegt, auch mit allem Zug erzwungen werden kann, und daß in den Verhältnissen des Deutschen Bundes die Anwendung eines solchen Zwanges vollkommen begründet ist. Preußen und Oesterreich, als vermittelnde Mächte und als Bundesglieder, müssen in beider Eigenschaft auf Erfüllung des Rechts streng bestehen, und könnten ihre eigenen freundschaftlichen Verhältnisse zu demjenigen Bundesgliede, welches die einem andern zugefügte Beleidigung nicht gebührend zurücknehmen, sondern dabei beharren wollte, nicht anders als unter-

brochen ansehen, und sie würden sich zugleich verpflichtet fühlen, allen ihren Einfluß anzuwenden, damit der Beleidigte auf angemessene Weise zufrieden gestellt werde.

Durch diese Betrachtung der Dinge, welche Euer Durchlaucht hier unumwunden vorgelegt wird, dürften sich Höchstdieselben endlich genugsam bewogen finden, die verlangte Genugthuung, in dem nicht weiter zu mindernden Maße zu leisten, und ohne weitem Verzug, nach den bereits vorliegenden Entwürfen, sowohl eine öffentliche Bekanntmachung über die Zurücknahme des Patents vom 10. Mai v. J. als auch ein Schreiben an Seine Majestät den König von Großbritannien und Hannover zu erlassen, und letzteres durch einen eigenen Abgeordneten zu übersenden.

Die vermittelnden Höfe vermögen von dieser Forderung nicht mehr abzugehen; sie haben Euer Durchlaucht die Folgen, die sich mit einer ferneren Weigerung, sie zu erfüllen, nothwendig verknüpfen würden, nicht verhehlt. Wird hingegen diese Forderung in der bereits übereingekommenen Weise abseits Euer Durchlaucht vollständig erfüllt, so hält der Königliche Hof, übereinstimmend mit dem Kaiserlich Oesterreichischen, die Genugthuung nach rechtlicher Nothdurft allerdings für hinreichend geleistet, und wird auch bei Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover sich angemessen verwenden, daß Allerhöchstdieselben sich dabei beruhigen.

In dieser Hinsicht wünscht nun der Königliche Hof die Erscheinung der mehrerwähnten öffentlichen Bekanntmachung baldigst zu erfahren, und zugleich die Anzeige von dem Abgange des von Euer Durchlaucht nach London zu sendenden Abgeordneten zu erhalten, um darauf unverzüglich bei Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover die erforderlichen Anträge in dem oben dargelegten Sinne zu machen.

Geruhen Euer Durchlaucht bei diesem Anlasse den Ausdruck der tiefsten Verehrung zu genehmigen u. c.

Bernstorff.

Berlin, den 16. März 1828.

Durchlauchtigster Herzog!

Meinem unter dem heutigen Datum an Euer Durchlaucht gerichteten Schreiben in Betreff der von Höchstdemselben Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover zu leistenden Genugthuung, sehe ich mich veranlaßt, nachträglich noch folgende Bemerkungen unterthänigst hinzuzufügen:

Nach Euer Durchlaucht letzter Aeußerung gegen den Herrn Fürsten v. Metternich begehren Höchstdieselben, daß in der Bekanntmachung zur Zurücknahme des Patents dem Worte „Auslegungen“ das Beiwort „falsche“ vorgelegt, und auch bei der Unterschrift die Form „Auf Special-Befehl“ gebraucht werde.

Der Königliche Hof, in der gegebenen Lage der Sachen unausweichlich darauf gewiesen, Euer Durchlaucht zur Leistung der Genugthuung, wie sie das strenge Recht erheischt, aufzufordern, wünscht aufrichtig, den Schritt, zu welchem Euer Durchlaucht genöthigt sind, in allem nur irgend Zulässigen zu erleichtern. Deshalb will derselbe in Absicht der Form „Auf Special-Befehl“ keine weiteren Bedenken erheben, insofern es vorausgesetzt bleibt, daß mit dieser Form der Vollziehung die Gültigkeit und Verbindlichkeit verknüpft sey, welche dem Erfordernisse einer vollständigen Zurücknahme des frühern Patents entspreche, als worauf es hier nur allein ankommen kann. Das Beiwort „falsche“ hingegen,

welches einer Seits, um auszudrücken, daß die gemachten Auslegungen mit Euer Durchlaucht wahren Absichten nicht übereinstimmen, völlig überflüssig erscheint, indem dies ohnehin durch die hinterher folgenden Worte ausdrücklich erklärt wird, möchte anderer Seits wohl das Bedenken erregen, als sey nur von abichtlichem Uebelwollen ein Sinn in das Patent gelegt worden, welchen ein unbefangener Leser nicht darin zu finden brauche, eine Meinung, welche daraus nicht behauptet werden kann. Da es jedoch der Wunsch Euer Durchlaucht hierbei vorzüglich zu sein scheint, die Uvereinbarkeit Ihrer wirklichen Absichten, in welchen das Patent erlassen worden, mit den gemachten Auslegungen auf recht nachdruckvolle Weise auszusprechen, so willigt der Königliche Hof, im Fall Euer Durchlaucht auf die Anfügung eines Beiworts noch bestehen sollten, auch in eine solche, jedoch mit der dringenden Anempfehlung, daß hierzu nicht das Beiwort „falsche“, sondern anstatt dessen das Beiwort „unrichtige“ gebraucht werde, als welches letztere mehr der Angemessenheit entspricht, die zur wirksamen Vertretung des Geleisteten unerlässlich ist.

In der vertrauensvollen Hoffnung, daß Euer Durchlaucht die wohlmeinende Sorgfalt des Königlichen Hofes auch in diesen Bemerkungen erkennen, und dessen angelegentlichen Wunsch nicht werden unberücksichtigt lassen wollen, bringe ich Höchstdenselben wiederholt den Ausdruck der tiefsten Verehrung dar, in welcher ich verharre

Euer Durchlaucht

Berlin, den 16. März 1828.

unterthäniger Diener
Graf v. Bernstorff.

An des regierenden Herzogs von Braunschweig
Durchlaucht.

Fünftes Kapitel.

Die Vermittelungsverhandlungen Oesterreichs und Preussens. Diplomatische Correspondenz und mündliche Verhandlungen.

(Förtssetzung.)

Das preussische Cabinet hätte nach solchen Erörterungen und Zusagen wohl annehmen dürfen, daß der Herzog Carl sich endlich zum Ziele legen werde. Aber als auch nur der Schein eines Zwiespaltes zwischen den beiden deutschen Großmächten in dieser Angelegenheit eintrat, ging der eigenwillige Fürst wieder zurück, hängte sich an längst beseitigte Nebenumstände und suchte von Neuem Ausflüchte, stellte nicht nur neue Bestimmungen auf, die ihm von den beiden Höfen nicht gewährt werden konnten, sondern verweigerte sogar die Erfüllung des Versprechens in dem mit ihnen verabredeten Umfange, indem er sich nicht mehr zur Absendung eines eigenen Abgeordneten nach London verstehen wollte.

Während der Zeit der Unterhandlung mit Wien und Berlin und gleich darauf (Februar, April 1828) ließ der Herzog zwei neue Druckschriften zur Vertheidigung der braunschweigischen Sache erscheinen, mißbilligte sie zwar gegen die vermittelnden Höfe, als habe er sie nicht veranlaßt, brachte dennoch zugleich die Beschwerde gegen Hannover gegen sein Versprechen bei der Bundesversammlung an. In einem Schreiben vom 17. Mai 1828 mußte sogar das braunschweigische Ministerium in einem Schreiben an den Grafen Bernstorff neue Bedingungen aufstellen, welche von den vermittelnden Mächten ohne Verletzung ihrer Würde gar nicht gewährt werden konnten.

Man kann die unverdrossene Bemühung Preussens, einen wahrhaft gefährlichen Conflict in Deutschland zu beseitigen, am besten aus der Correspondenz zwischen Bernstorff und dem braunschweigischen Ministerium ersehen. Sie möge deshalb hier folgen:

Das braunschweigische Ministerium an den Grafen v. Bernstorff.

Das unterzeichnete herzogliche Staatsministerium hat die Ehre, dem Herrn Grafen von Bernstorff, Namens Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht, den richtigen Empfang derjenigen beiden Notizen anzuzeigen, welche Seine Excellenz unterm 16. März d. J. an Allerhöchstdieselben zu richten für gut erachtet hat, und es ist ihm in Folge dessen von seinem Allergnädigsten Herrn zugleich der Auftrag zugegangen, die nachstehende Antwort darauf zur Kenntniß Seiner Excellenz des Herrn Grafen v. Bernstorff zu bringen.

Je enger Seine Herzogliche Durchlaucht durch die Bande des Bluts, der Verträge und der Nachbarschaft mit Seiner Großbritannisch-Hannoverschen Majestät verbunden sind, desto aufrichtiger und eifriger ist von Ihrer Seite jeder-

zeit der Wunsch und das Bestreben gewesen, diese Bande mit der größten Sorgfalt unverletzt zu erhalten und fester zu knüpfen. Vergebens würde man dagegen die traurigen Differenzen anführen, welche leider schon allzulange zwischen dem Herzoge und Seinem Königlichem Verwandten obwalten. Der wahre Ursprung dieser Differenzen ist heute zum Glück in ganz Deutschland bekannt, und es ist nicht erlaubt, ihn Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht zur Last zu legen, ohne daß man mit Fleiß unlängbare Thatfachen entstellt, und bei dem Benchmen der ehemaligen vormundtschaftlichen Regierung des Herzogthums Braunschweig, so wie bei dem völkerrechts- und bundes- und vertragswidrigen Wege, welchen der Hannöversische Premierminister Graf Münster zu ihrer vermeintlichen Rechtfertigung und Verschönigung einschlagen zu müssen geglaubt hat, absichtlich die Augen verschließt. Auch haben Sich Seine Durchlaucht während des ganzen Verlaufes dieser beklagenswerthen Differenzen, Ihrerseits bei keiner Gelegenheit von der Achtung losgesagt, welche die Fürsten unter allen Umständen nach den Grundsätzen des Völkerrechts von einander zu erwarten berechtigt sind, und weder die persönlichen Bedrückungen, welche während seiner Minderjährigkeit die Tage des Herzogs getrübt haben, noch die mit nichts zu rechtfertigende und höchst kränkende Verlängerung der Vormundschaft, noch endlich die gehäuften Rechtskränkungen, Beleidigungen und Anreizungen, welche auf diese Usurpation von Königlich = Hannöversischer Seite gefolgt sind, und deren betrübendes Gemälde das unterzeichnete Herzogliche Ministerium hier nicht weiter schildern will, haben diesen Fürsten jemals von der Unterscheidungslinie fortzureißen vermocht, welche die erhabene Person des Königs von den wahren und alleinigen Urhebern des Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht zugefügten schweren und ~~fortgesetzten~~ Unrechts trennt. Ja selbst dann, als der Graf Münster, den Charakter vergessend, mit dem er bekleidet ist, und im offenbaren Widerspruche mit der eingetretenen Vermittelung des Kaiserl. Könighen Hofes und Allerhöchstdessen versöhnenden Bemühungen gleichsam zum Trotz, jene unbesonnene, anmaßende und verläumderische Druckschrift bekannt machen ließ, welche zu der großen Reihe aller verübten Ungerechtigkeiten noch den Hohn und die öffentliche Beschimpfung eines, wenn gleich weniger mächtigen, doch immer legitimen und souverainen Fürsten hinzufügte, haben Seine Durchlaucht geglaubt, nur allein die zarteste Rücksicht auf die persönliche Ehre und Würde Seiner Majestät zu Rathe ziehen zu müssen, eine Rücksicht, welche Sie zu ihrem innigsten Bedauern ohne dies durch diesen Schritt nicht wenig compromittirt sahen, und Sie haben Sich Selbst zum Stillschweigen gegen das Publikum über eine Druckschrift verdammt, welche die öffentliche Meinung seitdem hinlänglich verurtheilt und mit Verachtung zurückgestoßen hat. Von dieser Art sind die persönlichen Gesinnungen des Herzogs gegen den König zu allen Zeiten gewesen und das unterzeichnete Staatsministerium kann sich bei Seiner Excellenz dem Herrn Grafen v. Bernstorff dafür verbürgen, daß Seine Durchlaucht, inmitten aller Ihnen zugefügten Ungerechtigkeiten, in Ihrem Gemüthe von dem kirregeleiteten Monarchen an den besser unterrichteten zu appelliren, niemals aufgehört haben. Gleichwohl will man diesen Gesinnungen heute nicht diejenige Gerechtigkeit widerfahren lassen, die sie verdienen. Dieselben Personen, welche durch ihre Ungerechtigkeiten die alleinige Veranlassung zu diesen betrübenden Differenzen gegeben haben, sehen keinen andern Ausweg aus dem Labyrinth derselben, als indem sie die erhabene Person des Königs in dasselbe verwickeln. Ihre Vergehungen sind von dem Augenblicke an klar, und ihre Verantwortlichkeit liegt in ihrer ganzen Blöße am Tage,

wenn es ihnen nicht ferner gelingt, bei Seiner Majestät die Zweifel zu erhalten, welche sie Allerhöchstdemselben über die Denkungsart des Herzogs gegen seinen ehemaligen Vormund so geschickt beigebracht haben.

In der gänzlichen Ermangelung aller Thatfachen und Beweise, in denen sich eine persönliche Beleidigung der Königlichen Majestät finden ließe, haben sie endlich zu dem Patente Seiner Herzoglichen Durchlaucht vom 10. Mai des vorwähnten Jahres ihre Zuflucht genommen, und in dasselbe diese anderwärts lange vergeblich gesuchte Beleidigung künstlich hineingedeutet. Sie beabsichtigen damit zugleich, auf eine gerechte Sache die Ungunst der Höfe zu bringen und durch eine erzwungene Zurücknahme des besagten Patents ihr eigenes Unrecht in den Augen der Welt zu rechtfertigen und zu verewigen. Aber sie haben dabei vergessen, daß dieses Patent des Namens Seiner Majestät mit keiner Sylbe gedenkt, daß darin nicht von dem Königlichen Vormunde, sondern allein von der für die hiesigen Lande bestanden vormaligen Regierung, also mithin von einer ausübenden und verantwortlichen Behörde die Rede ist, welche, wie gern sie sich auch mit der Unverletzbarkeit des Königs in dem gegenwärtigen Augenblicke identificiren möchte, doch weder die allezeit unfehlbare Majestät, noch die Gerechtigkeit in abstracto vorstellt hat. Sie haben ferner vergessen, daß dieses Patent seine Existenz Ursachen verdankt, welche Seine Herzogliche Durchlaucht auch nicht auf das entfernteste veranlaßt hat, daß es zunächst die unerläßliche und natürliche Folge der widerrechtlichen Verlängerung der Vormundschaft und eine abgedrungene rein conservatorische Maafregel war, welche sogar das Privatrecht seinem Pupillen verweigert, und deren Unterlassung Seine Durchlaucht in offenbaren Widerspruch mit Ihren unverglichen Regentenrechten, so wie mit den ersten und wesentlichsten Pflichten gesetzt haben würde, welche Sie Ihrem erhabenen Hause und den theuersten Interessen Ihres Landes schuldig sind. Sie haben endlich vergessen, daß eine bloße muthmaßliche Absicht bei der Erhebung eines so beleidigenden Zweifels nicht hinreichend ist, und daß es die Ehre eines fremden Souverains nicht weniger als kränken heißt, wenn ein Landesherr, zufolge eines Rechts, welches schon jedem Familienvater in seinem Hause zusteht, seinen freien Willen gegen seine Unterthanen über innere Landesachen unverhohlen ausspricht.

Das unterzeichnete herzogliche Staatsministerium glaubt das Ungerechte des Vorwandes, dessen man sich bedient, um die Zurücknahme des mehrerwähnten Patents zu erwirken, hinlänglich dargethan zu haben. Allein es ist es dem heiligsten Interesse seines erhabenen Herrn, welchem es anzugehören die Ehre hat, schuldig, Seiner Excellenz unter vielen andern nur eine einzige Thatfache vorzulegen, weshalb Seine Durchlaucht stets bei der Erklärung beharren müssen, daß Allerhöchstdieselben niemals anders als gezwungen in die begehrte Zurücknahme dieses Patents einwilligen können.

Außer andern Vorschriften der vormundtschaftlichen Regierung, über welche Sich Seine Durchlaucht mit vollem Rechte zu beschweren haben, behauptet die voreilige und ungesetzliche Umformung der alten Landesverfassung des Herzogthums unstreitig den ersten Platz. Nun aber fällt diese Umformung gerade in den Zeitpunkt der widerrechtlich verlängerten Vormundschaft, und wenn Sich daher Seine Durchlaucht jemals zur freiwilligen Zurücknahme des oft erwähnten Patents entschließen könnten, so würden Sie eben dadurch der Großbritanisch-Hannoverschen Regierung das Recht und die Befugniß zu der usurpirten Verfassungsveränderung zugestehen, eine Befugniß, welche bis jetzt noch kein

Staatsrechtslehrer und keine einzige von allen europäischen Constitutionen einem Regenten oder Vormunde eines minorennen Fürsten eingeräumt hat.

Diese Bemerkung ist so einleuchtend, daß sie dem Scharfsichte Seiner Excellenz des Herrn Grafen von Bernstorff gewiß nicht entgehen wird. Auch ist der Königlich Preussische Hof zu großmüthig, um Sich demjenigen zu widersetzen, was Ihm gerecht scheint, und zu aufgeklärt, um nicht das Jahrhundert zu Rathe zu ziehen, wenn es sich um eine öffentliche Verletzung der unvergeblichen Souverainetätsrechte und um eine offenbare Demüthigung und Beschimpfung eines legitimen und unabhängigen Fürsten handelt, welche keinen Ersatz zulassen.

Bei dieser Lage der Dinge ist Seiner Herzoglichen Durchlaucht aufs genaueste der Weg vorgezeichnet, den Sie in diesen betrübenden Differenzen ohne Gefahr Ihrer Ehre und Würde niemals verlassen dürfen. Dieser Weg ist kein anderer, als daß, wenn man anders auf der angedrohten Zwangsmaßregel unabänderlich beharren sollte, es der Welt recht vollständig klar werden möge, wie auffallend die abgedrungene Zurücknahme des mehr erwähnten Patents, der bessern Ueberzeugung und den landesväterlichen Gesinnungen Seiner Herzoglichen Durchlaucht entgegenlaufe.

In der Ueberzeugung der Unfehlbarkeit aller hier vorgetragenen Gründe schmeichelt sich das unterzeichnete herzogliche Staatsministerium mit der Hoffnung, daß es der Königl. Hof weder als eine Nichtanerkennung Seiner eben so dankenswerthen als überaus schätzbaren Vermittlungsversuche, noch als eine bloße Renitenz von Seiten Seiner Durchlaucht gegen die wahrhaft verehrungswürdigen und väterlichen Gesinnungen Seiner Königlich Preussischen Majestät auslegen werde, wenn Sich Höchst dieselben in der betrübenden Nothwendigkeit befinden, auf den Ihnen bereits zufolge der (Anlage Num. 1) ~~von dem Kaiserlich-Königlichen Hofe~~ zugestandenen vier Punkten, deren Abschrift das unterzeichnete Herzogliche Staatsministerium Seiner Excellenz dem Herrn Grafen von Bernstorff hiebei (Anlage Num. 2*) noch einmal zur schnellern Uebersicht vorzulegen die Ehre hat, genau und unerschütterlich beharren zu müssen.

Der erste dieser vier Punkte erkennt es aber nicht bloß an, daß in dem von Königlich Preussischer Seite redigirten und vorgelegten Widerrufspatente der Ausdruck „falsche Auslegung“ statt des andern, von Seiten des Herrn Grafen von Bernstorff Excellenz neuerdings substituirt „unrichtige Auslegung“ beibehalten bleibe, sondern auch der dritte Punkt, den der Königl. Hof weder zugestanden, noch abgelehnt hat, setzt ausdrücklich fest, daß gleich wie von dem Kaiserlich Oesterreichischen, also auch von dem Königlich Preussischen Cabinete Seiner Durchlaucht ein ~~dieser~~ Erlaß genau motivirendes Schreiben mit der ausdrücklichen Erlaubniß zu jedem beliebigen Gebrauche zugestellt werde. Diese letzte Clausel findet sich nicht in der verehrlichen Depesche bestätigt, welche des Herrn Grafen von Bernstorff Excellenz hieher gesandt hat; aber Seine Durchlaucht der Herzog sehen Sich in der Lage, hierauf um so mehr halten zu müssen, da in den früheren Entwürfen des fraglichen Widerrufspatents der Eingang diplomatisch-genau also lautete: „Nachdem Uns sowohl von dem Kaiserlich-Königlich Oesterreichischen als Königlich Preussischen Hofe der allerbestimmteste Wunsch zu erkennen gegeben ist u. s. w.“ Endlich enthält auch noch der vierte Punkt von Seiten des Kaiserlich Königl. Cabinets die bestimmte und unzweideutige Versicherung, wie durch die bezweckte Zurücknahme des Patents in

*) Siehe unten.

der concertirten Form allein schon, und abgesehen von der Aufnahme eines solchen Schrittes in England, alle und jede persönliche Differenz zwischen Seiner Herzoglichen Durchlaucht und Seiner Großbritannisch-Hannoverschen Majestät von Seiten Seiner Majestät des Kaisers dergestalt als völlig beseitigt betrachtet werde, daß das Kaiserlich-Königliche Cabinet in der Folge den Herzog gegen jede nur denkbare weitere Satisfactionsforderung des Königs von England aufs wirksamste und kräftigste vertreten wolle. Diesem so wesentlichen und so wichtigen Punkte ist gleichfalls von Königlich Preussischer Seite nicht in derjenigen bestimmten und bündigen Form beigetreten worden, welche geeignet wäre, Seine Herzogliche Durchlaucht darüber zu beruhigen, daß Allerhöchstdieselben nach einem solchen von Ihnen geforderten Schritte in Zukunft gegen alle etwaigen weiteren Anmuthungen von Königlich Hannoverscher Seite unweigerlich sicher gestellt und kräftig vertreten werden.

Uebrigens hat Seine Durchlaucht nicht anders, als mit dem lebhaftesten Danke in der verehrlichen Depesche Seiner Excellenz des Herrn Grafen von Bernstorff die Versicherung annehmen können, daß der Königliche Hof diese Differenzen nunmehr lediglich aus dem Gesichtspunkte des strengen Rechts betrachten und sie von der Umgebung aller Beziehungen der Verwandtschaft und des bestandenen vormundtschaftlichen Verhältnisses trennen wolle. Dieser Gesichtspunkt ist nicht allein der einzig gerechte, sondern auch der einzig wünschbare im Interesse Seiner Durchlaucht. Von diesem Gesichtspunkte aus, und durchdrungen von den Gesinnungen der Moral und der Gerechtigkeit wird man niemals geneigt seyn, das Recht des Stärkern an die Stelle der bestehenden Tractate und der Verträge zu setzen; von diesem Gesichtspunkte aus wird man den stärksten Abscheu von einer so offenbaren Verletzung des Völker- und Bundesrechts haben, wie diejenige seyn würde, wenn man einen unabhängigen Fürsten in der Ausübung seiner ersten und heiligsten Regierungsrechte kränken und ihm öffentlich Gewalt anthun wollte, — eine Verletzung, gegen welche Seine Herzogliche Durchlaucht an Ihrer Person im Namen aller unabhängigen Fürsten, eben so wohl, sowie für die monarchischen Grundsätze und für Ihre Unterthanen auch dann noch aufs feierlichste protestiren würden, wenn man sie wirklich gegen Sie in Ausführung brächte. Aber die außerordentliche Achtung und Hochschätzung, welche der Herzog gegen Seine Königlich Preussische Majestät hegt, so wie die hohe Meinung, welche er von Ihrer unveränderlichen Rechtsschaffenheit und von Ihrer strengen und unpartheiischen Gerechtigkeit hat, erwecken bei Ihm die feste Zuversicht, daß Allerhöchstdieselbe auch ferner geruhen werde, Ihm Sein vielvermögendes Ansehen und Seinen mächtigen Schutz und Beistand in dieser für Seine Ehre und Würde so äußerst zarten und kritischen Lage angedeihen zu lassen.

Das unterzeichnete Herzogliche Staatsministerium hat die Ehre, bei dieser Gelegenheit Seiner Excellenz dem Herrn Grafen von Bernstorff die Versicherung seiner tief begründeten Verehrung und unbegrenzten Hochachtung zu erneuern.

Braunschweig, den 2. April 1828.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches Staatsministerium.

(gez.) S. v. Bülow. v. Münchhausen.

Das sehr geehrte Schreiben Eines Herzoglich Braunschweig-Lüneburgischen hochlöblichen Staatsministeriums vom 2. d. M., wodurch dasselbe im Auftrag Seiner Herzoglichen Durchlaucht mehrere Bemerkungen auf mein Schreiben vom 16. v. M., die zwischen Seiner Durchlaucht und Seiner Königlichen Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover obwaltenden Irrungen betreffend, hat zu meiner Kenntniß bringen wollen, habe ich richtig erhalten.

Auf dem Punkte, wohin das Vermittelungsgeschäft gediehen ist, darf ich um so weniger Anlaß nehmen, auf eine weitere Erörterung über die Entflehung und Entwicklung jener Irrungen einzugehen, als Seine Majestät der König, mein Herr, in dem Schreiben an Seine Herzogliche Durchlaucht vom 16. Dezember v. J. Ihre Ansichten und Gesinnungen über die Sache offen und unverhohlen ausgesprochen haben.

Mich auf dasjenige beschränkend, was die übereingekommene Art der Genugthuung betrifft, glaube ich daher auch allein in Beziehung auf die Zweifel mich näher erklären zu müssen, welche der Inhalt meiner Schreiben bei Seiner Herzoglichen Durchlaucht zurückgelassen zu haben scheint, ob nämlich auch von Seiten des Königlichen Hofes die vier Punkte, von deren Annahme Seine Durchlaucht die Leistung der geforderten Genugthuung abhängig gemacht haben, zugestanden worden seien.

Wenn in demjenigen meiner beiden Schreiben vom 16. v. M., welches die Nothwendigkeit der zu leistenden Genugthuung ausführt, nicht ausdrücklich bemerkt ist, daß dasselbe Seiner Herzoglichen Durchlaucht zu jeder beliebigen Bekanntmachung überlassen bleibe, so sollte dies Schweigen keinesweges eine Ablehnung des desfalligen Verlangens andeuten. Der Königliche Hof, der Reinheit und Unparteilichkeit seiner Gesinnungen in dem ganzen Verlaufe der bisherigen Vermittelung sich bewußt, hat seinerseits kein Motiv, sich irgend einer beliebigen Bekanntmachung der von ihm abgegebenen Erklärung zu widersetzen. Der Vorschlag, daß in dem zu erlassenden Widerrufspatent das Wort „falsche“ entweder ganz weggelassen oder mit dem Worte „unrichtige“ vertauscht werden möge, war bloß aus einer wohlmeinenden Rücksicht auf die vorausgesetzte Uebereinstimmung des Ausdruckes mit der eigenen wahren Absicht Seiner Herzoglichen Durchlaucht entstanden; er war die Aeußerung eines Wunsches, sollte aber keinesweges eine bedingende Forderung seyn. In Absicht der Wirkung der Genugthuung, sobald sie in der übereingekommenen Art geleistet seyn würde, mußte endlich die Fassung meines Schreibens vom 16. v. M., welches zu jener Genugthuung auffordert, die Ueberzeugung geben, daß der Königliche Hof mit dem vierten Punkte einverstanden sey.

Nicht die Absicht, die vier Punkte, mit welchen der Kaiserlich Oesterreichische Hof sich einverstanden erklärt hat, nur bedingt oder theilweise zuzugestehen, sondern der Gang einer der Natur des Sachverhältnisses sich anschließenden Ausführung und die gefühlte Pflicht, Seiner Herzoglichen Durchlaucht Bemerkung nicht vorzuenthalten, welche in Höchsterem eigenem Interesse zu liegen schienen, bestimmte den Inhalt und die Form meiner beiden, unter dem 16. des v. M. an Seine Herzogliche Durchlaucht gerichteten Schreiben.

Ich würde diese Schreiben Namens des Königlichen Hofes nicht abgelaßen haben, wenn nicht zugleich dadurch hätte erklärt werden sollen, was ich hiermit noch ausdrücklich versichere, daß der Königliche Hof, gleich wie der Kaiserlich Oesterreichische, die von Seiner Herzoglichen Durchlaucht aufgestellten vier Punkte angenommen habe.

Nach dieser bestimmten Erklärung darf der Königliche Hof um so zuversichtlich erwarten, daß nunmehr ohne Aufschub die verabredete Genugthuung von Seiner Herzoglichen Durchlaucht werde geleistet und von dem Abgange des in Bezug darauf nach London zu sendenden Abgeordneten hierher werde Nachricht gegeben werden, als die Gesandten der beiden vermittelnden Höfe in London bereits mit vorläufiger Instruction versehen worden sind.

Ich ersuche Ein zc. die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung annehmen zu wollen.

Berlin, den 14. April 1828.

(gez.) Bernstorff.

An

Ein Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgisches
Hochlöbliches Staats-Ministerium.

Das unterzeichnete Herzoglich Braunschweig-Lüneburgische Staatsministerium hat die Ehre, Seiner Excellenz dem Herrn Grafen v. Bernstorff, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Seiner Königlich Preussischen Majestät die Anweisungen vorzulegen, womit dasselbe von seinem Allergnädigsten Herrn in Antwort auf die verehrliche Note Seiner Excellenz vom 14. April d. J. versehen worden ist.

Seine Herzogliche Durchlaucht haben zuvörderst nicht ohne Bedauern sehen müssen, daß Seine Excellenz der Herr Graf v. Bernstorff die starken und triftigen Gründe, welche das unterzeichnete Staatsministerium zur Rechtfertigung des bekannten Edicts vom 10. M. v. J. und gegen dessen abverlangte Zurücknahme aufgestellt hatte, unerörtert gelassen hat.

Wenn dieser Umstand bei Seiner Herzoglichen Durchlaucht den tiefsten Eindruck hinterlassen mußte, so konnten Allerhöchstdieselben nicht weniger unangenehm betroffen werden, zu hören, daß der Königlich Preussische Herr Gesandte am Bundestage sich bei jeder Gelegenheit entschieden wider die gerechten Beschwerden Braunschweigs gegen Hannover erkläre.

Es ist zur Genüge bekannt, daß, als die beiden hohen Höfe zur Intervention in diese betrübende Differenz eintraten, dieses in der Absicht geschah, um, wie es ausdrücklich in dem Handschreiben Seiner Königlich Preussischen Majestät an Seine Herzogliche Durchlaucht vom 16. December v. J. lautete, mit Beseitigung und abgesehen von dem ursprünglichen Gegenstand des Streits, vor allem die persönlichen Beziehungen, die hier eingemischt wären, auf befriedigende Weise zu lösen.

Seine Herzogliche Durchlaucht, fest überzeugt, solche persönliche Beziehungen Ihrer Seits gar nicht hervorgerufen zu haben, ließen sich gleichwohl die dargebotene Intervention auf die von den beiden resp. Höfen solchergestalt selbst gezogene Unterscheidungslinie zwischen der vorgeblichen persönlichen und der sächlichen Differenz um so bereitwilliger gefallen, als Allerhöchstdieselben darin die sicherste Garantie für eine nachmalige billige Genugthuung hinsichtlich Ihrer eben so begründeten als lautsprechenden Beschwerden gegen die Hannoverische Regierung erblickten. Ueberdies hatten die beiden hohen Höfe im ganzen Verlaufe Ihrer bisherigen Intervention niemals erklärt, daß kein Grund zur Klage von Seiten Braunschweigs gegen Hannover vorhanden sey, vielmehr hatte das Kaiserlich Königlich Cabinet unter andern namentlich auch über die bundes- und tractatenwidrige Schutzverleihung und Anstellung des Braunschweigischen Unterthans und Geheimen Rathes Justus v. Schmidt-Phisfeld im Königlich

Hannöverischen Staatsdienste Seine Mißbilligung unverholen zu erkennen gegeben.

Um so mehr haben Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht jetzt, wo Ihr Gesandter in Frankfurt die Weisung erhalten hat, eine auf den eben angeführten Beschwerdepunkt bezügliche Erklärung Braunschweigs zur Kenntniß der hohen Bundesversammlung zu bringen, die Eröffnungen unerwartet kommen müssen, welche in den neuesten Depeschen des Herrn Haus-, Hof- und Staats-Canzlers, Fürsten von Metternich, vom 25. und 26. des letztverwichenen Monats enthalten sind.

Diese Eröffnungen bezeugen unter andern wörtlich: daß, da der Schritt, welchen Seine Herzogliche Durchlaucht am Bundestage bezielten, dem Einbrude, welchen Ihre, durch die beiden Höfe hervorgerufene Demarche machen würde, offenbar entgegenarbeiten müßte, der präsidirende Herr Gesandte von Seiten des Herrn Haus-, Hof- und Staats-Canzlers angewiesen sey, in Frankfurt dahin zu wirken, daß nicht durch einen übereilten Schritt das Resultat der Bemühungen der beiden Höfe in London compromittirt werde, und daß die Königlich-Preussische, so wie die Kaiserlich-Königliche Gesandtschaft an letztgenanntem Orte den Auftrag erhalten habe, das Interesse des Endes der Sache zu unterstützen.

In Gemäßheit dieser Eröffnungen, woraus klar und unwiderleglich hervorgeht, daß die beiden hohen Höfe, der von Ihnen selbst gezogenen Unterscheidungslinie zuwider, einem unfreiwiligen Partikularacte des Herrn Herzogs, wie es derjenige offenbar seyn wird, den Ihre bisherige Vermittelung bezielte, Grundsätze und Wirkungen beilegen, welche derselbe an und für sich selbst, und dem ausdrücklichen Buchstaben der gepflogenen Unterhandlungen nach, niemals haben kann, sind Seine Hochfürstliche Durchlaucht genöthigt, Sich vor Allem gegen die Leistung einer von solchen Verbindlichkeiten begleiteten Genugthuung verwahren zu müssen, wie denn das unterzeichnete Ministerium im besondern Auftrage seines Allergnädigsten Herrn sich vor dem Königlichen Hofe durch Gegenwärtiges dagegen wirklich verwahrt.

Zugleich ist es ermächtigt, die nachfolgenden Punkte zur Kenntniß Seiner Excellenz des Herrn Grafen von Bernstorff zu bringen:

- 1) daß Seine Hochfürstliche Durchlaucht die in Frage stehende Beleidigung gegen den König von England als ungegründet und die abverlangte Bekanntmachung als verlegend für Allerhöchsthre Souveränitätsrechte betrachten;
- 2) daß Allerhöchstdieselben gleichwohl in Betracht der angedrohten Zwangsmaaßregeln, die vorgeschriebene Bekanntmachung und den gleichfalls vorgeschriebenen Brief an den König von England unter den ad 3 angegebenen Bedingungen binnen sechs Wochen ablassen würden;
- 3) daß Seine Herzogliche Durchlaucht gewärtigen, daß bis dahin, wo Allerhöchstdieselben die beiden ebengenannten gezwungenen und Allerhöchstihrer bessern Ueberzeugung ewig contradicirenden Schritte thun würden, die beiden hohen Höfe Sr. Herzoglichen Durchlaucht annoch diejenigen Gewährleistungen in Betreff des Zugeständnisses der bekannten vier Punkte zugehen lassen wollen, welche Allerhöchstdieselben nach Angabe der Anlage A noch desideriren;
- 4) daß Seine Hochfürstliche Durchlaucht nie und zu keiner Zeit in die

Abfendung eines besondern Abgeordneten nach London eingewilligt haben, wie sich denn das bekannte Punctionsschreiben an den Herrn Haus-, Hof- und Staats-Canzler, Fürsten von Metternich, vom 16. Februar d. J. nur allein auf die Erlassung einer Bekanntmachung und eines Briefes an den König von England, keineswegs aber auf die Abfendung eines solchen Abgeordneten bezieht. Dem zufolge, und da der Kaiserlich-Königliche Hof, wie aus den früheren und namentlich aus den letzten hier sub B. angebotenen, comminatorischen Schreiben des Herrn Haus-, Hof- und Staats-Canzlers hervorgeht, ein solches schriftliches Begehren früherhin nicht gestellt hat, Seine Durchlaucht Sich auch niemals und unter keiner Bedingung damit einverstanden erklärt haben, so werden Allerhöchstdieselben auch keinen solchen Abgeordneten nach London schicken;

- 5) daß Seine herzogliche Durchlaucht niemals aufhören werden, die hannöversische Regierung wegen der widerrechtlichen Schutzverleihung und Anstellung des entwichenen Geheimen-Rathes Justus von Schmidt-Pfifeldt laut und auf das Nachdrücklichste anzuklagen, und daß Allerhöchstdieselben Ihr deßfalliges gutes Recht gegen die hannöversische Regierung auf bundesverfassungsmäßigem Wege standhaft verfolgen wollen.

Dieses sind aufs Genaueste die Gesinnungen Seiner herzoglichen Durchlaucht, welche das unterzeichnete Staatsministerium ausdrücklich befehligt ist, dem Herrn Grafen von Bernstorff getreulich zu eröffnen, wobei es die Ehre hat, Seiner Excellenz die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Braunschweig, den 17. Mai 1828.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburg. Staatsministerium.

(gez.) G. F. v. Bülow v. Münchhausen.

Er. Excellenz, dem Herrn Grafen v. Bernstorff, Königl.

Preuß. Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

A n l a g e.

Bereits aus der vom Herrn Grafen von Bernstorff hierher erlassenen Note vom 16. März d. J. erhellet die Voraussetzung, daß Seine Excellenz näher zu wissen wünschen, welchen Sinn Seine Herzogliche Durchlaucht in einzelne Phrasen und Worte Ihres Patents legen wollen oder bereits gelegt haben. Der Passus in der verehrlichen Depesche Seiner Excellenz, welcher diplomatisch genau also lautet:

„Das Beiwort „falsche“ hingegen, welches einer Seits, um auszudrücken, daß die gemachten Auslegungen mit Euer Durchlaucht wahren Absichten nicht übereinstimmen, völlig überflüssig erscheint, indem dies ohnehin durch die hinterher folgenden Worte ausdrücklich erklärt wird, möchte anderer Seits wohl das Bedenken erregen, als sey nur von absichtlichem Uebelwollen ein Sinn in das Patent gelegt worden, welchen ein unbefangener Leser nicht darin zu finden brauche, eine Meinung, welche durchaus nicht behauptet werden kann. Da es jedoch der Wunsch Euer Durchlaucht hiebei vorzüglich zu seyn scheint, die Unvereinbarkeit Ihrer wirklichen Absichten, in welchen das Patent er-

lassen worden, mit den gemachten Auslegungen auf recht nachdrucksvolle Weise auszusprechen, so willigt der Königliche Hof, im Fall Ew. Durchlaucht auf die Anfügung eines Beiworts noch bestehen sollten, auch in eine solche, jedoch mit der dringenden Anempfehlung, daß hiezu nicht das Beiwort „falsche“, sondern anstatt dessen das Beiwort „unrichtige“ gebraucht werde, als welches letztere mehr der Angemessenheit entspricht, die zur wirklichen Vertretung des Geleisteten unerlässlich ist.“

möchte solches wohl genugsam andeuten, um auf Befehl Seiner Durchlaucht, bei Allerhöchsthier offenen und loyalen Politik, Seiner Excellenz dem Herrn Grafen von Bernstorff eine förmliche Erläuterung desselben zu geben, um so mehr, da Seine Excellenz bei dem Worte „falsche Auslegungen“ zuerst den richtigen Gesichtspunkt, welchen auch Seine Durchlaucht im Auge gehabt, gesagt, später aber scheinbar einen andern haben voraussetzen wollen. Seine Excellenz sagen nämlich, daß dieses Wort Bedenken erregen könnte, als sey nur von absichtlichem Uebelwollen ein Sinn in das Patent gelegt worden, welchen ein unbefangener Leser nicht darin zu finden brauche. Gerade dieses ist aber der Sinn, den Seine Durchlaucht hier in dieser Beziehung in das Wort einlegen, indem Allerhöchstdieselben gerade eine absichtliche, sehr übelwollende Auslegung hier andeuten müssen.

Seine Durchlaucht haben geglaubt, nicht umhin zu können, dieses erklären zu lassen, besonders da das Königlich Preussische Cabinet, vielleicht nur auf Seine Auslegungen bauend, auf die vier Punkte eingegangen, und dies nicht gethan haben würde, wenn ihm der wahre Sinn der einzelnen Phrasen und Worte bekannt gewesen wäre, welchen Seine Durchlaucht hier haben aufstellen lassen.

Auch eine gleiche Verwandniß hat es mit dem beliebigen Bekanntmachen des im Könighchen Auftrage erlassenen comminatorischen Schreibens. Man hält es diesseits für angemessen, unsere auf Recht beruhenden Absichten näher auszusprechen. Von Braunschweigscher Seite bedingte man die schriftliche Gestattung, dieses genannte Schreiben des Herrn Grafen von Bernstorff Excellenz in dem hiesigen Regierungsblatte besonders abdrucken zu lassen. Eine Antwort, sowohl auf das königlich preussische als kaiserl. königlich österreichische comminatorische Schreiben, von Seiten des unterzeichneten Staatsministeriums würde hierauf erfolgen, und sodann die Bekanntmachung.

Seine Durchlaucht, unser Allergnädigster Herr, vollzogen zu Wien unterm 16. Februar 1828 ein Schreiben an den Herrn Fürsten von Metternich, demzufolge Allerhöchstse. Sich verpflichteten, unter gewissen Bedingungen und Veränderungen die von dem Königlich Preussischen Cabinet redigirte Bekanntmachung in Allerhöchsthier Regierungsblatte abdrucken und ein Schreiben an des Königs von England Majestät anzunehmen. Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß, wenn man auf diese Bedingungen nicht eingehen oder sie anders als der Durchlauchtigste Herzog auslegen wollte, die ganze Verhandlung sowohl, als die vier Punkte, null und nichtig und in sich zerfallen mußten.

Dieses geschah von Königlich Preussischer Seite nun aber nämlich dadurch, daß

1) die erste Bedingung, das Wort „falsche“, wie schon erwähnt, nicht nur unrichtig ausgelegt, sondern auch von der Hand gewiesen wurde.

2) Der dritte Punkt, wenngleich derselbe ausgeführt wurde, dieses dennoch auf eine Weise geschah, die keinesweges den Voraussetzungen unsers Aller-

gnädigsten Herrn und Herzogs entsprechen konnte. Seine Herzogliche Durchlaucht hatten diplomatisch genau also bedingt:

„daß das Königlich Preussische Cabinet Mir ein Schreiben zustellen lasse, in gleichem Sinne abgefaßt, wie das, welches Ich von Euer Durchlaucht am 12. Januar empfang. Bemerken muß Ich dabei jedoch, daß in dem Schreiben des Königlich Preussischen Cabinets nicht blos allein der Mir bereits vorgelegten Redaction des gedachten Patents, sondern auch der mitgetheilten des Briefes von Mir an den König gedacht werde.“

Das Königlich Preussische Schreiben enthält nun aber weder die Redaction des gedachten Patents, noch die des zu erlassenden Schreibens an des Königs von Großbritannien und Hannover Majestät, sondern erwähnt nur ganz oberflächlich der vier Punkte.

So gut wie nun von Seiten Unfers Durchlauchtigsten Herrn und Herzogs der Vollzug der bedingten Bekanntmachung annoch nicht erfolgt ist, ebenso mangelt noch immer von Seiten des Königlich Preussischen und Kaiserl. Königlich Oesterreichischen Cabinets die Vollziehung Ihrer gegebenen Versprechen, namentlich:

1) daß von Seiten Preußens Seiner herzoglichen Durchlaucht ein Schreiben zugestellt werde, in gleichem Sinne abgefaßt, wie dasjenige, welches Allerhöchsthse vom Herrn Fürsten von Metternich am 12. Januar c. empfangen, wobei noch zu bemerken, daß darin nicht allein der unserm Allergnädigsten Herrn und Herzoge bereits vorgelegten Redaction des Patents, sondern auch der mitgetheilten des Briefes an den König von England gedacht werden solle;

2) der vierte Punkt, daß das Königlich Preussische Cabinet eine eigene schriftliche Garantie verabsolgen lasse, enthaltend das Versprechen: Seine herzogliche Durchlaucht zu vertreten, bündig und besonders abgefaßt.

Von Oesterreich mangelt noch die Vollziehung des vierten Punktes. Seine hochfürstliche Durchlaucht haben mittelst desselben verlangt, daß Allerhöchsthnen eine eigene schriftliche Garantie und Vertretung verabsolgt werde.

Bei Nachlesung und reiflicher Ueberlegung der letzten geehrten Zuschrift des Herrn Grafen von Bernstorff vom 14. April c. wollen Sich Seine Hochfürstliche Durchlaucht gegen den darin vorkommenden Passus verwahrt wissen, als sey nämlich über die Art einer sogenannten Genugthuung für eine erlittene Beleidigung etwas von Seiten Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht übereingekommen; allein Seine Durchlaucht haben stets erklärt und erklären noch, daß Allerhöchsthse nur gezwungen gehandelt haben und handeln würden in dem Sinne der intervenirenden Mächte.

Wie sehr haben sich nicht die Umstände seit der Vollziehung der vier Punkte verändert. Damals war von einer Grundlage von Recht nicht die Rede, sondern nur von wirklichen Thatsachen.

Der Königlich Preussische Hof hat zuerst vom Recht geredet, und nur der Gewalt hatten Seine Hochfürstliche Durchlaucht bis dahin Sich unterworfen.

Braunschweig, den 17. Mai 1828.

Dennoch hatten die vermittelnden Mächte es nicht aufgegeben, den Herzog noch nachträglich zu einem Nachgeben zu bewegen; sie hatten im Wege gesandtschaftlicher Communication in London *) erklären lassen, wie auf der einen Seite

*) Instruction des österreichischen Gesandten in London d. d. 16. Mai 1828, des preussischen Gesandten daselbst d. d. 18. Mai 1828.

die dem Könige zugesetzte Beleidigung durch die Leistung der Genugthuung in der mit dem Herzoge verabredeten Art, nachdem der Zweck der Versöhnung unerreicht geblieben, in äußerlicher Beziehung abgethan wurde, auf der anderen Seite aber die übrig gebliebenen Beschwerdepunkte alsdann zu behandeln seien, damit auch diese einen jeden billigen Wunsch des Königs befriedigenden Ausgang gewinnen. Da nun hiernach zu hoffen blieb, daß der König von England sich hierbei beruhigt hätte, wenn die fragliche Genugthuung wirklich geleistet worden wäre, so wollten die vermittelnden Mächte auch nach der oben (S. 45 ff.) angeführten Correspondenz irgend etwas nicht unversucht lassen, was den Herzog hinsichtlich der versprochenen Genugthuung zur Nachgiebigkeit noch hätte bewegen können. Oesterreich sah allerdings das Maaß der Nachsicht erschöpft und wollte die Sache sofort an den Bund bringen; Preußen indessen wollte auch den letzten Schritt nicht unversucht lassen. Dem König schien persönlich eine Einmischung des Bundes in diese Angelegenheit nicht wünschenswerth. Er ließ daher nach Wien den Antrag stellen, daß beide Mächte noch einmal eine kategorische Aufforderung an den Herzog richten und diese in Verbindung mit einer angemessenen Drohung bringen möchten, daß sofort alle freundschaftlichen und diplomatischen Verhältnisse der beiden Höfe mit ihm abgebrochen werden würden, wenn er nicht nachgeben wolle. Diese Drohung sollte ihm durch eigens abgeordnete Gesandten zugehen. Metternich setzte wenig Vertrauen in diese Maaßregel, und selbst Preußen hegte nur eine sehr schwache Hoffnung des Erfolges. Zugleich konnte sich Preußen nicht verhehlen, daß wenn der Herzog sich auch in der That zu der verlangten Genugthuung verstanden hätte, diese von Hannover, als nicht ausreichend, nicht angenommen wurde, so daß der Zweck der Vermittelung fiel.

Wie unmöglich es war, den eigenwilligen Herzog zu irgend einer Nachgiebigkeit und Beständigkeit zu bewegen, mag der folgende Brief des Herzogs Carl beweisen:

Herzog Carl von Braunschweig an den Fürsten von Metternich.

Braunschweig, den 21. Mai 1828.

Das offizielle Schreiben, welches Euer Durchlaucht unterm 25. des letztverwichenen Monats an mich abzulassen beliebten, und die dasselbe begleitenden drei Anlagen habe ich seiner Zeit richtig erhalten. Ueber den Inhalt desselben wollen Sie Mir erlauben, mein Fürst, daß ich mit der gewohnten Freimüthigkeit und Offenheit zu Ihnen rede. Ew. Durchlaucht sagen gleich im Anfang dieses Schreibens, daß Ich in dem Meinigen vom 31. März d. J. von der Voraussetzung ausgegangen sei, daß der kgl. preuß. Hof in den bekannten vier Punkten mit den Ansichten Er. Maj. des Kaisers, Ihres Herrn über diesen Gegenstand, nicht vollkommen und nicht wirklich übereinstimme.“ Diese Voraussetzung, mein Fürst, war durch die im Namen dieses Hofes von dem Grafen v. Bernstorff unterm 16. März d. J. hierher übersandten beiden Noten außer Zweifel gesetzt, wie Ew. Durchlaucht aus den beiliegenden Abschriften derselben gefälligst ersehen wollen. Denn nicht genug, daß der preussische Hof darin die Absendung eines besonderen Abgeordneten von Mir nach London verlangte, ein uncommittirter Punkt, worauf derselbe noch gegenwärtig besteht, und daß er außerdem die mir doch ausdrücklich vorgeschriebene Genugthuung nur „als eine nach bloßer rechtlicher Nothdurft zu leistende“ vorstellte, statt der von mir ausdrücklich vorausbedungenen Vertretung in casum casus aber, eine bloße Verwendung in London zu Gunsten Meiner dahin versprach, daß der König von England

sich bei dem Mir abgedrungenen Schritte beruhigen möge, so versuchte es insbesondere auch dieser Hof, um erhebliche Einwendungen gegen die mit Ew. Durchlaucht convertirte Redaction der fraglichen Bekanntmachung auf die Bahn zu bringen, indem er nicht bloß das beliebte Beiwort „falsche“ in das dafür von Ihm proponirte „unrichtige“ verwandelt wissen, sondern auch dem erstgedachten Beiworte einen Sinn beilegen wollte, der Meiner damit verknüpften Idee geradezu entgegen ist, und der, wenn er jemals in dieser erzwungenen Bekanntmachung Platz greifen könnte, das gewählte Beiwort „falsch“ entbehrlich machen würde. Zwar hat der Graf v. Bernstorff nach neuen diesseitigen Vorstellungen Meines Staatsministerii in einer spätern unterm 14. v. M. hierher erlassenen Depesche sich Namens seines Hofes zu der Mitannahme der bekannten vier Punkte bereit erklärt, und seine früheren Einwendungen gegen dieselben als bloße Mißverständnisse von hiesiger Seite ausgelegt, aber alles dieses in so allgemeinen und so schwankend und kurz gefaßten Ausdrücken, daß Ich Mich unmöglich dabei beruhigen kann, und deshalb in dem Fall gewesen bin, den königl. preußischen Hof unterm 17. d. M. durch Mein Ministerium um die erforderlichen näheren Erläuterungen, so wie um eine mehr bündigere Zusicherung des Commentirten ersuchen zu lassen.

Ew. Durchlaucht, obgleich Sie als österreichischer Minister gegen Mich auftreten müssen, haben doch zu viel Gerechtigkeitsinn und zu viel aufrichtige Freundschaft für Mich, um Mir unter diesen Umständen, und besonders da der Graf v. Bernstorff, wie schon gesagt, immer auf einen Expressen nach London besteht, ein Punkt, den ich in dem Punktations Schreiben, worauf man doch jenseits immer zurückkommt, weder zu realisiren versprochen habe, noch auch in Zukunft zu realisiren gedenke, nicht selbst zuzugestehen, daß Ich zur Zeit noch nicht in den Stand gesetzt bin, mich zu der abverlangten Leistung dieser leidigen Genugthuung zu verstehen. Denn bevor Ich die beiden hierauf bezüglichen widerwärtigen Schritte thue, muß ich zuvor die vollständige Gewißheit erlangt haben, daß diese Schritte keine halben Schritte sind, und daß beide intervenirende Mächte dasjenige, was Ich in Betreff des unbedingten und bündigen Zugeständnisses der mehrerwähnten Punkte noch desideriren, Ihrem vorläufigen Mir gegebenen Worte zu Folge, und in allen Theilen erfüllt haben. Von Meiner Seite wird alsdann, aber auch nicht früher, dies, wie Sie wissen, nur bedingungsweise gegebene Wort seiner Zeit gleichfalls erfüllt werden.

Zwar sagen Ew. Durchlaucht in Ihrem officiellen Schreiben an Mich ferner, „daß da die beiden vermittelnden Höfe die Gesandtschaften in London bereits mit den nöthigen Instruktionen versehen hatten, sie es sonach für eine gewiß nicht in Meinem Willen liegende Compromittirung betrachten mußten, wenn sich diese gegenseitig verabredeten und daher verbindlichere Schritte verzögern würden.“ Aber Ew. Durchlaucht werden Sich erinnern, wie Sie selbst Mich so öfters noch in Wien und auch später schriftlich, namentlich in Ihrem Briefe vom 10. März c. ersucht haben, keine Vorschrift in Betreff der leidigen Erlassung der vorgeschriebenen Bekanntmachung und des gleichfalls vorgeschriebenen Ablasses an den König zu thun, ja in Ihrem eben erwähnten Briefe schreiben Sie mir darüber wörtlich folgendes: „In jedem Falle bitte ich Höchstdieselben, mit ferneren Schritten zu warten, bis Sie Kunde von mir erhalten haben, damit die Dinge auch in der Zeit, wie in der Form zusammen passen.“ Hätten daher Ew. Durchlaucht die Gewogenheit gehabt, dasselbe Verfahren, welches Sie mir so dringend anempfahlen, auch in dem gegenwärtigen Falle

gegen mich zu beobachten, so würden Sie dem Fürsten Esterhazy in London nicht eher Instruktionen gegeben haben, als bis Sie durch ein Schreiben von Mir von der Uebereinstimmung unserer beiderseitigen Ansichten überzeugt gewesen wären. Inzwischen bedauere Ich es sehr, daß Sie Maaßregeln haben eintreten lassen, welche dem momentanen Stand der Negociation noch nicht entsprechen.

Erw. Durchlaucht fügen gegen das Ende Ihrer officiellen Depesche hinzu: „Da übrigens der Schritt, welchen Erw. herzogliche Durchlaucht am Bundestage bezielen, dem Eindrucke, welchen Ihre durch die beiden Höfe hervorgerufene Demarche machen würde, offenbar entgegen arbeiten müßte, so weise ich den präsidirenden Gesandten unter einem an, in Frankfurt dahin zu wirken, daß nicht durch einen übereilten Schritt daselbst das Resultat der Bemühungen der beiden Höfe in London compromittirt werde.“ Aus diesen unerwarteten Ausdrücken erhellt, daß die beiden intervenirenden Höfe in dem Augenblicke, wo sie gemeinschaftlich auf der für alle deutschen Fürsten gleich bedauerlichen Genugthuung bestehen, Mir auch zu gleicher Zeit eine Verbindlichkeit mit auferlegen wollen, deren Resultat Mich um jeden denkbaren Anspruch einer ungleich begründeteren und gerechteren Genugthuung von Seiten der königl. hannoverschen Regierung bringen müßte. Wie es anfänglich hieß und das Handschreiben des Königs von Preußen an Mich vom 18. December v. J. es ausdrücklich bezeugte, so beabsichtigen beide Höfe, als sie zur Intervention in diese Differenz eintraten, weiter nichts, als abgesehen von den ursprünglichen Gegenständen des Streites, vor Allem die persönlichen Beziehungen, die hier eingemischt wären, auf befriedigende Weise zu lösen. Demzufolge war die strenge und unparteiische Unterscheidung zwischen der sogenannten persönlichen und der sächlichen Differenz die von beiden resp. Höfen selbst angenommene Grundlage, von welcher Sie bei Ihrer Intervention ausgehen zu wollen erklärten. Gleichwohl ist es nach der von Erw. Durchlaucht dem präsidirenden Gesandten zu Frankfurt ertheilten Weisung, sowie nach den Mir zugekommenen Aeußerungen des dortigen preussischen Ministers über Meine daselbst anhängig gemachte Beschwerde gegen die hannoversche Regierung, jetzt nur allzu klar, daß die beiden resp. Höfe diese eben bezeichnete Grundlage, an welche sich die ganze Verbindlichkeit des mit Ihnen Verabredeten von Meiner Seite knüpft, zu Meinem nicht geringen Bedauern plötzlich verlassen haben. Allein gleichwie Ich nicht aufhören kann, gegen das öffentliche Aergerniß der widerrechtlichen Schutzverleihung und Anstellung Meines Geheimen Rathes v. Schmidt von Seiten der hannoverschen Regierung so lange als es fortbesteht zu protestiren, so werde Ich auch Meine desfallige Beschwerde gegen diese Regierung auf bundesverfassungsmäßigem Wege standhaft verfolgen; diese Beschwerde hat mit dem unfreiwilligen Particular-Acte, den die Intervention in London bezielt, nicht das Geringste gemein, und wenn der letztere der ersteren wirklich entgegenarbeiten sollte, so wird man Mir schwerlich die Schuld davon beimeessen können. Auch kann Ich Mir ebenso wenig denken, daß die beiden resp. Höfe den Forderungen der Gerechtigkeit in Bezug auf einen eidbrüchigen und heimlich entwichenen Staatsdiener in der Bundesversammlung, vor den Augen von ganz Deutschland entgegen treten werden, ebenso wenig wie Ich es einzusehen vermag, daß diese Höfe durch die gedachte Beschwerde compromittirt sind, da Ich gegen diese Höfe niemals auf Mein Klagerecht gegen Hannover verzichtet, und da mithin dieselben auch in dieser Beziehung keine Verbindlichkeiten auf Meinen Namen gegen den König von England eingegangen sein können. Im Uebrigen ist der k. k. Hof zu einflußreich

und zugleich mit dem englischen Ministerio zu eng verbunden, um nicht der Hoffnung Raum zu geben, daß Er zumal bei seiner bekannten Weisheit und Gerechtigkeitsliebe Alles anwenden würde, um alles weitere Aufsehen am Bundestage auf eine für Mich genügende Weise zu vermeiden und Seine großbritannisch hannöversche Majestät dahin zu bewegen, daß Sie von der ärgerlichen Schutzverleihung eines meincidigen Staatsdieners absteht und denselben wiederum aus Ihren Diensten entfernt. Ein jedes Vermittlungsgeschäft zwischen zwei pacificirenden Theilen setzt nothwendig voraus, daß ein jeder von diesen Theilen gewisse Bedingungen aufstellt und gewisse Concessionen durch den Vermittler macht, aber wo sind die Concessionen, welche Mir der König von England gemacht hat? Wann und wo haben die beiden intervenirenden Höfe die gerechten Beschwerden auf Seiten Braunschweigs gegen Hannover geltend gemacht? Warum giebt man Mir nicht von Seiten dieser Cabinete einen officiellen Beweis durch Mittheilung einer Note oder auch eines Beweises von Seiten eines englischen oder hannöverschen Ministers, daß der König sich bei den von Mir abverlangten Schritten wirklich und auf immer beruhigen will?

Ew. Durchlaucht wissen, daß Ich die leidige Satisfactionsleistung bisher niemals von einer Zeitbestimmung abhängig gemacht hatte. Um indessen einen sprechenden Beweis Meines und Meiner fortwährenden Achtung für Ihre Wünsche zu geben, habe Ich Mich jetzt, wie Ew. Durchlaucht aus der letzten Note Meines Staatsministerii an den königl. preussischen Hof entnehmen werden, von selbst und freiwillig dazu herbeigelassen, diese Satisfactionsleistung unter gewissen Bedingungen auf einen bestimmten Termin anzukündigen. Möchten doch die intervenirenden beiden Mächte nunmehr auch einmal einen Schritt zu Gunsten Meiner in der Schmidt'schen Sache vorwärts thun.

Beim Schlusse dieser Meiner Depesche empfangen Ich so eben von Meinem Bundestagsgesandten einen Bericht über die 12te Sitzung vom 18. d. Mts., woraus Ich ersehe, daß in Bezug auf Meine wider die hannöversche Regierung bei der Bundesversammlung erhobene Beschwerde von Seiten des Barons von Münch-Bellinghausen in Verbindung mit dem königl. preussischen Bundestagsgesandten der Antrag dahin gestellt worden ist:

„daß die Versammlung den Wunsch aussprechen möge, daß die Beschlußnahme so lange ausgesetzt bleibe, bis das Resultat der Vermittlungs-Verhandlungen in der Streitsache zwischen Seiner herzoglichen Durchlaucht und dem König von England bekannt sei, da diese Streitigkeiten in Verbindung gesetzt werden müßten.“

Zuvörderst will Ich es Euer Durchlaucht nicht verhehlen, daß dieser Antrag Mir nicht anders, als höchst bedauerlich erschienen ist. Da das ganze bisherige Interventionsgeschäft von Seiten der resp. Höfe bloß die vorgebliche persönliche Differenz zu Gunsten des Königs von England, keineswegs aber die Aufhebung Meiner eigenen gemachten Beschwerde gegen die hannöversche Regierung befaßt hat, so habe Ich Mich natürlich zuerst fragen müssen, weshalb die Ermittlung Meiner Beschwerde von Seiten der Bundesversammlung auf die Erledigung des von den intervenirenden Mächten bezielten Gegenstandes ausgesetzt worden solle? Wenn ferner, wie es in dem Antrage des Barons v. Münch heißt, diese Streitigkeiten in Verbindung gesetzt werden müssen, so muß es Mich betrüben, daß Ich davon nicht früher in Kenntniß gesetzt worden bin. Ich wiederhole es, die dem Bunde von mir übergebene Beschwerde hat mit dem Gegenstande der Intervention nichts gemein. Ueber-

dies habe Ich Mir diese Intervention vom ersten Augenblicke an nur unter der Bedingung gefallen lassen, daß Mir Mein Klagerrecht gegen die hannöversche Regierung damit unbenommen bleibe. Indem aber jetzt die beiden resp. Höfe einerseits Mir die Verbindlichkeit auflegen wollen, mit der von Ihnen abverlangten Genugthuung auch zugleich auf Meine eigene in Bezug auf die hannöversche Regierung Verzicht zu leisten und andererseits die, wie es scheint, unter Ihrem unbedingten Einflusse stehende Bundesversammlung auf so lange zur Aussetzung Meiner bei ihr vorgebrachten Klage bewogen haben, bis daß das Resultat der mit Mir von Ihnen gepflogenen Vermittelungsverhandlungen bekannt werde, so bleibt Mir jetzt nichts übrig, als Euer Durchlaucht die Mir dadurch abge-
nöthigte Eröffnung zu machen:

daß Ich Meinerseits dagegen alle aus der bisherigen Intervention resultirenden Folgen so lange als unverbindlich für Mich und überhaupt die ganze Negociation mit den beiden resp. Höfen so lange als sistirt betrachten muß, bis diese Höfe entweder meine Beschwerde in der Schmidt'schen Sache förmlich in die Interventionsverhandlungen mit aufgenommen und beide Gegenstände als von einander von der Erledigung unzertrennliche betrachtet haben werden, oder aber bis die Bundesversammlung von Ihnen mit der offiziellen Erklärung versehen worden ist, daß gleich wie die Schmidt'sche Sache bisher dem Zwecke und Gange Ihrer bisherigen Intervention völlig fremd geblieben, ebenso auch in der Folge unbeschadet derselben auf bundesverfassungsmäßigem Wege von dieser Versammlung erledigt werden solle.

Empfangen Euer Durchlaucht die Versicherung zc. zc.
Braunschweig, den 21. Mai 1828.

Carl, S.

Die beiden Regierungen von Preußen und Oesterreich mußten nun nothgedrungen zu dem leztangedrohten Schritte schreiten. Metternich schrieb dieserhalb an Bernstoff und fügte den Entwurf der gemeinschaftlichen Erklärungen der beiden Mächte, wie sie in Braunschweig abgegeben werden sollten, bei.

Hochgeborener Graf!

Nachträglich zu meinem heutigen Schreiben beehre ich mich, Ew. Excellenz eine soeben von Frankfurt mir zugekommene Notiz mitzutheilen, zufolge welcher Se. Durchlaucht der Herzog von Braunschweig, indem er vernommen hat, daß die beiden vermittelnden Höfe die Absendung ihrer Gesandten an ihn beabsichtigen, die Aeußerung gethan haben soll, er wolle sich für diesen Fall vorher von Braunschweig entfernen.

Gewiß werden Ew. Excellenz nun die Ansicht mit mir theilen, daß es in mannigfaltiger Beziehung sehr unangenehm für beide Höfe wäre, wenn ihre Abgeordneten in Braunschweig eintreffen würden, ohne den Herzog zu finden, und daher ganz unverrichteter Dinge wieder abreisen müßten. —

Vermöge dieser Betrachtung habe ich mich veranlaßt gesehen, den Frh. v. Frubj anzuweisen, vor wirklicher Erledigung des ihm zustehenden Auftrags die wirkliche Anwesenheit des Herzogs in Braunschweig an dem Zeitpunkt des dortigen Eintreffens der beiden Abgeordneten zu constatiren und sich hierüber möglichst genau Kunde zu verschaffen, sowie auch über diesen Punkt mit dem Herrn Grafen v. Grote zu verständigen.

Ew. Excellenz ersuche ich demnach gleichfalls den Herrn Minister von diesem

Umstand in Kenntniß zu setzen, und ihn auch in Beziehung hierauf in demselben Sinne mit erforderlicher Instruction zu versehen.

Empfangen 2c. 2c.

Wien, den 14. Juli 1828.

gez. Metternich.

An Seine des Herrn Grafen v. Bernstorff Excellenz.

Entwurf

zu der von den Gesandten in Braunschweig abzugebenden Erklärung.

Der Unterzeichnete ist von seinem Allerhöchsten Hofe beauftragt, folgende Eröffnung an Se. herzoggl. Durchlaucht zu machen:

Die vermittelnden Höfe haben erwartet, daß Se. herzogliche Durchlaucht, nachdem die bestimmte Erklärung an Höchstidieselbe gelangt war, daß Sie wegen des Ergebnisses der zu Wien stattgefundenen Verhandlungen völlig einverstanden seien, nicht säumen würden, die Genugthuung an Se. Maj. den König von Großbritannien und Hannover, welche den Gegenstand derselben ausmachte, in der verabredeten Art zu leisten. Statt dessen sind Erklärungen von Seiten Sr. herzoggl. Durchlaucht an dieselben erfolgt, welche nichts anderes zum Zwecke haben, als eine neue Erörterung über diesen Gegenstand der Vermittelung auf die Bahn zu bringen, und die Erfüllung der von Sr. herzoggl. Durchlaucht gemachten Zusagen zu umgehen. Die vermittelnden Höfe sind nicht gesonnen, auf einen weiteren Schriftwechsel sich einzulassen, und haben daher von jenen ihnen zugekommenen Erklärungen, als wären sie nicht erfolgt, absehend, der k. preuß. Hof den 2c. 2c. und der k. k. österreich. Hof den 2c. 2c. beauftragt, sich nach Braunschweig zu begeben und Se. h. D. um eine bestimmte Aeußerung zu ersuchen, ob Höchstidieselben bereit sind, die Genugthuung an Se. Maj. den König von Großbritannien und Hannover ganz so, wie dieselbe in Wien verabredet ist, zu leisten, demgemäß die bereits in Ihren Händen befindlichen Entwürfe einer Bekanntmachung wegen des Patents vom 20. Mai v. J. und des an Se. M. den König von Großbritannien und Hannover zu erlassenden Schreibens, welche hier nochmals mitgetheilt werden, sei es nun, was das Schreiben betrifft, in deutscher oder französischer Sprache nunmehr wörtlich zu vollziehen und auszufertigen, auch das Schreiben durch einen eigenen in jeder Rücksicht geeigneten Abgeordneten nach London zu senden. Sollte binnen 8 Tagen keine völlig befriedigende Erklärung, welche man dann dafür achten kann, wenn sogleich die Anzeige damit verbunden wird, daß die Bekanntmachung ergangen und das Schreiben mit einem eigenen Abgeordneten nach London gesandt ist, von Seiten Sr. h. D. hierauf erfolgen, so werden die beiden Höfe den Erfolg ihrer bisherigen Vermittelung, als durch die Weigerung Sr. h. D., Ihr gegebenes Versprechen zu erfüllen, vereitelt ansehen. In diesem Falle ist auch der Unterzeichnete angewiesen, Namens seines allerhöchsten Hofes alle besonderen diplomatischen und freundschaftlichen Verhältnisse mit Braunschweig für abgebrochen zu erklären und hiermit die Anzeige zu verbinden, daß nun die vermittelnden Höfe den Fund von der Erfolglosigkeit ihrer Vermittelung in Kenntniß setzen und wegen der für Se. M. den König von Großbritannien und Hannover zu erwirkenden Genugthuung bei demselben die geeigneten Anträge machen werden.

Die Angelegenheit des Geh. Rath's v. Schmidt-Philsebeck machte zwar keinen Gegenstand der Vermittlung aus, wie der Kreis des letztern in der Zeit,

als die beiden Höfe am Schlusse der Wiener Verhandlungen mit Sr. h. D. über die S. M. dem Könige von Großbritannien und Hannover wegen des Patents vom 10. Mai d. J. zu leistenden Genugthuung die bekannte Abrede nahmen, sich beschränkt hatte. Durch dieses Absehen waren sie jedoch weit entfernt, ihr Urtheil über das Benehmen Sr. h. D. in dieser Sache, noch weniger aber die Handlungsweise, wozu sie in weiteren Schritten Sr. D. Anlaß finden könnten, irgend zu binden. Sie müssen daher ihr höchstes Bedauern und eine entschiedene Mißbilligung hierdurch ausdrücken, daß Se. h. D. jene Angelegenheit mündlich bei dem Bunde auf eine Weise in Anregung gebracht haben, welche Se. M. den König von Großbritannien und Hannover nicht anders als tief verletzen konnte. Indem sie dies thun, können sie nicht umhin, Sr. h. D. den angelegentlichen Wunsch zu erkennen zu geben und den wohlgemeinten Rath zu ertheilen, den bei dem Bunde gemachten Antrag nicht nur nicht zu verfolgen, sondern denselben ausdrücklich zurückzunehmen. Sollte auch dieser Rath von Sr. h. D. unbeachtet gelassen werden, so dürfen Höchst dieselben mit Rücksicht auf die gegenwärtige Erklärung keinen Zweifel darüber hegen, was das Benehmen Preußens und Oesterreichs bei einem etwaigen Fortgang der Verhandlungen in jener Angelegenheit sein werde &c. &c.

Carl, Herzog &c. &c.

Wir finden uns bewogen, Unser Patent vom 10. Mai des verflossenen Jahres, die Verbindlichkeit der von den für die hiesigen Lande bestandenen vormundtschaftlichen Regierung erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen betreffend, nachdem es zu Auslegungen Anlaß gegeben hat, welche nicht in Unserer Absicht lagen, wie hiermit geschieht, zurückzunehmen.

Urkundlich unter Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem herzoglichen Geheimen Kanzlei-Siegel.

(L. S.)

(Namen Sr. Durchlaucht.)

Sechstes Kapitel.

Die Vermittelungsverhandlungen Oesterreichs und Preussens. Diplomatische Correspondenz und mündliche Verhandlungen.

(Fortsetzung.)

Metternich trat aber nun erst insgeheim wieder mit dem Herzog Carl in Verbindung; der Gesundheitszustand des Königs Georg IV war bedenklicher geworden, und von seinem Nachfolger hofften Metternich und der Herzog von Braunschweig eine mildere Ansicht der ganzen Angelegenheit. Dies erfuhr v. Strahlenheim in Frankfurt und über dieses neue Einhalten Oesterreichs erbittert, vertraute er jetzt einem andern Bundestagesgesandten (10. Juni 1828), daß nach der Flucht des Geheimen Rath v. Schmidt-Phiselled von Braunschweig nach Hannover das hannoversche Cabinet Metternich die Lage der Sache dargestellt und ihn zum Rath gefragt habe, ob es nach seiner früher gegebenen Anstellungszusicherung Schmidt-Phiselled anstellen solle? Metternich habe darauf die Antwort gegeben, daß er dabei nichts finde, und daß man Schmidt nur in Hannover anstellen möge. Die Verbindung zwischen Metternich und dem Herzog von Braunschweig zur gemeinschaftlichen Einziehung der Angelegenheit wurde in Frankfurt weiter offenbar, als der Herzog dem Herrn v. Lindenau, dem königlich sächsischen Bundestagesgesandten, durch den Oberstaatsrath v. Bülow schreiben ließ: er halte die Vermittelungs-Angelegenheit für erledigt und betrachte sie als unverbindlich. Bei dieser Gelegenheit hatte der Herzog auch Abschrift des letzten französischen Briefes des Königs von England an den Kaiser von Oesterreich an Lindenau mitgetheilt. Begreiflicher Weise konnte diese Abschrift der Herzog von Braunschweig nur durch Metternich erhalten haben.

Es scheint kaum zweifelhaft, daß man in Berlin von diesen Intriguen*) rechtzeitig Kenntniß erhielt und daß man in London nicht zögern würde, die nöthigen Instructionen nach Wien, Berlin und Frankfurt zu senden, war vorauszusetzen. Der König von Baiern und Württemberg, sowie alle übrigen Bundesfürsten, welche das gefährliche Spiel Metternichs wohl auch erfahren haben mochten, schrieben an den Herzog von Braunschweig und mahnten ab, und der König von Baiern machte sogar den weiteren Vorschlag (18. Juni 1828): „man wolle den Geh. Rath v. Schmidt-Phiselled zu einer öffentlichen ruhigen Rechtfertigung veranlassen, worauf der Herzog die Ertheilung des Abschiedes aus den durch eine solche Rechtfertigung entnommenen Gründen ertheilen und somit die Sache beendigen möchte.

*) Bestätigt durch die verschiedenen Erklärungen des Herzogs bei der Bundesversammlung (16. Mai, 22. Mai, 12. Juni); siehe das Nähere hierüber weiter unten.

Alle diese Versuche halfen nichts, und merkwürdiger Weise wußte v. Münch-Bellinghausen schon am 10. Juli 1828, in Frankfurt, daß der Herzog von Braunschweig sich von den Gesandten der vermittelnden Mächte durchaus nicht antreffen lassen werde. — Nach diesen die Angelegenheit in richtiges Licht stellenden Daten, welche aus den gesandtschaftlichen Berichten selbst entnommen sind, möge nun die Correspondenz zwischen Metternich und Bernstorff folgen. Man wird leicht entscheiden, wo Ernst, Aufrichtigkeit und entschiedener Wille zum Guten vorhanden war: bei Oesterreich oder bei Preußen.

Metternich an Trautmannsdorf.

Wien den 22. Juni 1828.

Hochgeborner Graf!

Der Hr. Baron von Malsbahn hat mich von dem Inhalt jener unterm 7. dieses Monats an ihn erlassenen Depesche in Kenntniß gesetzt, welche die uns bereits angekündigten Mittheilungen des königl. preuß. Cabinets in Betreff der hannoversch-braunschweigischen Differenz enthält. — Als Ergänzung des historischen Theils dieser unseligen Angelegenheit glaube ich vor Allem eine Abschrift des officiellen Schreibens beilegen zu müssen, womit S. D. der Herzog meine ihm zuletzt gemachten Eröffnungen erwidert hat, welche ich die Ehre hatte Ew. Hochg. mit meiner Depesche vom 29. April d. J. mitzutheilen, um sie zur Kenntniß des Hrn. Grafen von Bernstorff zu bringen.

Ein flüchtiger Blick auf den Inhalt dieses Schreibens erkennt darin bald eine solche Menge von Sophismen und selbst Unrichtigkeiten, welche zwar leicht zu widerlegen wären, deren nähere Erörterung ich jedoch in soferne umgehen zu können erachte, als auch wir, nach dem Beispiel des k. p. Cabinets fest entschlossen sind, durchaus nicht in eine weitere Diskussion mit dem Herzog einzugehen, deren Beendigung wohl nie zu erreichen wäre.

Von dieser Bemerkung gehe ich daher sogleich auf jenen Theil der Eingangs erwähnten Depesche über, welcher die Vorschläge des königlich preussischen Cabinets hinsichtlich des von beiden Höfen nunmehr einzuhaltenden Benehmens in sich faßt und wonach letzteres darin zu bestehen hätte:

a) Die Angelegenheit der von dem Herzog zu leistenden Genugthuung gänzlich auf den Standpunkt zurückzuführen, auf welchen sie vor den letzten Aeußerungen von Braunschweig. Seite gelangt war, mithin von diesem Fürsten die ohne weiteren Verzug zu vollziehende Genugthuungs-Leistung zu verlangen.

b) Mit diesem Verlangen für den Fall einer Weigerung von Seiten des Herzogs die ihm bereits von beiden Höfen gemachten Drohungen in Verbindung zu setzen;

c) Hinsichtlich der Form dieser Eröffnungen, solche durch die eigens nach Braunschweig abzugehenden daselbst accreditirten Gesandten der beiden Höfe unter Festsetzung einer bestimmten Frist für die von dem Herzoge abzugebende Erklärung vollziehen zu lassen und endlich

d) im Fall, daß der Herzog dieser an ihn ergehenden letzten Aufforderung kein Genüge leistet, von Seiten der beiden Höfe in der Bundesversammlung die bereits zugesandte Anzeige von dem Ausgange des Vermittelungs-Geschäfts zu machen, und bei dieser Gelegenheit den Bund zu veranlassen, auf den Grund der hinsichtlich der Erhaltung der Ordnung und des Friedens bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, den Herzog zu unerläßlicher Leistung der von beiden Höfen als Minimum anerkannten Genugthuung aufzufordern.

In diese vier Hauptpunkte lassen sich die Modalitäten zusammenfassen, welche das königl. preuß. Cabinet in Vorschlag gebracht hat, worüber wir uns nun zu äußern in dem Fall sind, und deren Trennung mir insofern nöthig erschien, um zur Vermeidung jedes weiteren Aufenthalts heute schon nähere Ansichten, theils definitive, theils da, wo wir uns die Wohlmeinung des königl. preuß. Hofes noch erbitten zu müssen glauben, wenigstens eventuell möglichst genau präcisiren zu können. Was demnach die oben unter a und b bezeichneten Punkte anbelangt, so stimmen wir, vorausgesetzt, daß beide Höfe diesen letzten Versuch bei dem Herzoge wirklich noch zu machen gedenken, worüber ich mich übrigens weiter unten zu äußern vorbehalte, unbedingt der Ansicht des berliner Cabinets bei; jedoch dürfte es zu Vermeidung jeder bereits nur zu oft von dem Herzoge veranlaßten Verwirrung der Begriffe erforderlich sein, bei der ihm, sei es nun mündlich, sei es schriftlich, zu machenden Eröffnung nochmals die zu leistende Genugthuung und die damit in Verbindung zu setzenden Drohungen und zwar dahin genau zu artikuliren: „Daß Seine Durchlaucht der Herzog die bereits in seinen Händen befindlichen, jedoch nochmals ihm mitzutheilenden hier in Anbuh befindlichen Entwürfe des Zurücknahme-Patents und des an Seine Majestät den König von Großbritannien zu erlassenden Schreibens, sei es nun in deutscher oder französischer Sprache, nunmehr wörtlich zu vollziehen und auszufertigen, und letzteres durch einen eigenen, in jeder Rücksicht geeigneten Abgeordneten nach London zu senden habe, sowie auch, daß, wenn Se. Durchlaucht sich weigern sollten, auf diesen Antrag einzugehen, worüber binnen 8 Tagen, vom Tag der von dem Herzoge erlangten Kenntniß dieser Eröffnung an gerechnet, eine kategorische Erklärung erwartet werde, beide Höfe sich bemüßigt sehen würden, alle diplomatischen und freundschaftlichen Verhältnisse mit Braunschweig abzubrechen und zugleich am Bundestag wegen des erfolglos gebliebenen Vermittelungs-Geschäfts die Anzeige, wegen der für Seine Majestät den König von Großbritannien zu erwartenden Genugthuung aber die geeigneten Anträge zu machen, deren etwa bundesgesetzlich daraus hervorgehenden üblen Folgen Seine Durchlaucht sich sodann lediglich selbst zuzuschreiben hätte. Zugleich könnten jedoch beide Höfe nicht umhin, auch bei dieser Angelegenheit Seiner Durchlaucht den angelegentlichsten Wunsch auszudrücken und den wohlgemeinten Rath zu ertheilen, der Schmidt-Phischedt'schen Angelegenheit am Bundestage keine weiteren Folgen zu geben und dadurch Oestreich oder Preußen in den Fall zu setzen, sich in der Bundesversammlung lediglich auf die Anzeige des gelungenen Vermittelungs-Geschäfts beschränken zu können.“

Sinsichtlich der von Seite des königl. preuß. Hofes vorgeschlagenen, oben unter c bezeichneten Form, in welcher die fraglichen Eröffnungen an den Herzog gelangen sollen, so würden wir keinen Anstand nehmen, demselben schon dermalen beizustimmen, wenn wir uns nicht in so fern in einem andern Verhältniß als der k. preuß. Hof befänden, daß dormalen kein österreichischer diplomatischer Agent in Braunschweig accreditiert ist. Zwar wird dem ohngeachtet, wenn es nöthig sein sollte, dadurch eine förmliche Unterbrechung der diesseitigen diplomatischen Verhältnisse mit diesem Hof stattfinden können, weil ein herzoglicher Geschäftsträger bei dem k. k. Hofe beglaubigt ist, dessen Funktionen wir als suspendirt zu erklären bereit sind, allein dem Herzoge die mehr gedachten Eröffnungen durch ein von unserer Seite bei ihm beglaubigtes Individuum machen zu lassen, ist in so fern wohl nicht möglich, als der zwar hierzu eventuell bestimmte Freiherr v. Frubhy heute sein Creditiv und morgen vielleicht nach Lage der

Sache sein Recreditiv übergeben müßte. Es bleibe uns daher nichts anderes übrig, als den Freiherrn v. Frubhy in der Eigenschaft eines ad hoc verwendeten eigenen Abgeordneten mit unseren Aufträgen ebenso wie Graf Grote von preußischer Seite nach Braunschweig zu senden. Da uns jedoch darin eine etwas zu abweichende Nuance zu liegen scheint, so glauben wir immerhin dem königl. preußischen Cabinet die Alternative vorschlagen zu können, ob nicht etwa die von Seiten der beiden Höfe beabsichtigten Eröffnungen an den Herzog mittelst eigener von den Cabineten unmittelbar an den Herzog gerichteten Schreiben unter Beifügung einer peremptorischen Frist zur Rückäußerung zu erledigen sein möchte, in welchem Falle es uns sehr erwünscht sein würde, vertrauliche Communication eines solchen von dem Berliner Cabinet nach den oben bezeichneten Grundsätzen redigirten Schreibens an den Herzog zu erhalten, um auch das unsere genau damit in Einklang zu bringen. Sollte jedoch der königlich preussische Hof, auch noch Aufklärung des erwähnten besondern diesseitigen Verhältnisses dennoch einen besondern Werth auf seinen gemachten Vorschlag setzen, so würden wir den Freiherrn v. Frubhy, wenn er sich demnächst auf seinen Posten in Hannover und Cassel begiebt, mit einem besondern Commissorium nach Braunschweig senden, sondern, um als unser Organ gemeinschaftlich mit Graf Grote zu wirken, sowie wir auch für diesen Fall uns die Mittheilung der Instruktionen, welche dieser Herr Minister erhält, erbitten, um die unsrigen darnach einrichten zu können; übrigens aber bereit sind, das königliche preussische Cabinet an dem Tag des wahrscheinlichen Eintreffens des Freiherrn v. Frubhy in Braunschweig zu verständigen.

Was endlich das unter d erwähnte zu betrachtende Benehmen der beiden Höfe am Bundestage betrifft, so geht aus dem bereits von mir angedeuteten speciellen Inhalt, der dem Herzoge zu machenden Eröffnung hervor, daß wir im Princip auch in dieser Beziehung mit dem königl. preußischen Cabinet einverstanden sind und es handelt sich gewissermaßen nur noch eventuell um eine genaue Verständigung über die Art und Weise, in welcher die von beiden Höfen am Bundestag gemeinschaftlich abzugebende Erklärung und der damit in Verbindung zu setzende Antrag Statt zu finden haben werden.

Wie würden keinen Anstand nehmen, heute schon uns sogleich darüber ganz bestimmt auszusprechen, und die betreffende Redaction in Vorschlag zu bringen, allein da es uns in mancher Beziehung besonders wünschenswerth erscheint, hierüber mit dem Freiherrn v. Münch und zwar insofern Rücksprache zu pflegen, als die Genugthuungs-Angelegenheit dann auf jenes Terrain gelangt, wo es in dem Fall ist, einen entscheidenden Einfluß darauf zu nehmen und da wir jedoch durch dieses Einvernehmen mit dem Herrn Präsidial-Gesandten dormalen keinen Aufenthalt in unserer Äußerung in der Hauptsache zu veranlassen wünschten, so dürfte es wohl am angemessensten sein, wenn Freiherr v. Münch angewiesen würde, seiner Zeit die ihm von hieraus in dieser Beziehung zukommenden Instruktionen und etwaigen erforderlichen sachdienlichen Bemerkungen dem Herrn v. Nagler mitzutheilen, und auf diesem Wege das erforderliche Einverständniß mit dem königl. preußischen Cabinet zu erzielen, letzteres aber sodann in dieser Beziehung seinen Herrn Bundestagsgesandten mit den geeigneten Weisungen versehen wollte.

Indem ich mir schmeichle nunmehr über alle Punkte der königl. preussischen Ministerial-Depesche vom 7. d. M. mich hinlänglich geäußert zu haben, glaube ich jedoch noch eines Umstandes erwähnen zu müssen, der eine nähere Erwägung

verdient und auf welchen wir daher auch die Aufmerksamkeit des königl. preuß. Cabinets geleitet zu wissen wünschen.

Der hiesige hannoversche Gesandte, Graf v. Meerveldt, hat in den letzten Tagen wiederholte Nachrichten aus London erhalten, wonach Se. Majestät der König sich nicht mit den von den beiden Höfen bereits früher in Antrag gebrachten und nun zu erneuernden Genugthuungs=Modalitäten zu begnügen gedenken, und zwar insbesondere wegen des von dem Herzog am Bundestag in Betreff der Schmidt=Philfeld'schen Sache eingehaltenen Benehmens.

Dieser Umstand, wonach die Schritte des Herzogs, selbst wenn er sich noch dazu verstünde, erfolglos bleiben würde, und die Ueberzeugung, daß derselbe schwerlich, ja wohl nie sich herbeilassen würde, seine Klage am Bundestage zurückzunehmen, wenn auch beide Höfe ihn noch so dringend auffordern, führt nun zu der Betrachtung, ob es nicht etwa gerathen wäre, den ganzen nochmaligen beabsichtigten Schritt bei dem Herzoge hinsichtlich der von ihm zu leistenden Genugthuung ganz zu umgehen, sich lediglich darauf zu beschränken, ihm zu erklären, daß man in Folge seiner neuesten Erklärungen den Vermittlungsversuch für beendet betrachten müsse, und wenn sodann beide Höfe das eventuell verabredete Benehmen hinsichtlich der Unterbrechung der diplomatischen Verhältnisse mit Braunschweig und der abzugebenden Erklärung am Bundestage schon jetzt eintreten lassen würden. Es schien uns nöthig, von dem Einschlagen dieses Weges, als von einer Alternative, Erwähnung zu machen, welche wir lediglich dem Ermessen und der Wahl des königl. preußischen Cabinets mit dem Ersuchen anheim geben, uns womöglich mit irgend einer Modalität bekannt zu machen, wodurch der eben gedachte Mißstand zu heben sein möchte (s. Kap. 9).

In dem Augenblicke, als ich die Depesche schließe, erhalte ich von Frankfurt die hier in Abschrift mitfolgende Erklärung, welche der herzogl. braunschw. Bundestagsgesandte in der 14ten diesjährigen Bundestags-sitzung zu Protokoll gegeben hat, und deren Inhalt leider keineswegs geeignet ist, einen günstigen Erfolg der von den beiden Höfen beabsichtigten neuen Schritte bei dem Herzog zu versprechen. — Ich glaube jedoch, derselben nur in sofern erwähnen zu müssen, um die uns hiervon beiwohnende Kenntniß anzudeuten, indem wir es lediglich dem einsichtsvollen Ermessen des königl. preußischen Cabinets anheimgeben, ob und in wie weit etwa dieser neueste Vorgang zu berücksichtigen sein dürfte, daher wir auch hierüber den jenseitigen gefälligen Eröffnungen entgegensehen.

Eu. Hochgeboren werden nun ersucht, den ganzen Inhalt dieser Depesche zur Kenntniß des Herrn Grafen v. Bernstorff zu bringen, und diese Mittheilung mit dem Antrag zu begleiten, daß es diesem Herrn Staatsminister gefällig sein wolle, ehemöglichst durch Erledigung der wenigen dormalen noch offenen Fragen uns in den Stand zu setzen, das weiter Erforderliche einleiten zu können, zu welchem Ende ich auch meinen heutigen Courier zu Eu. Hochgeboren Disposition stelle und Sie ersuche, denselben mit Rückäußerung des berliner Cabinets sobald sie erfolgt sein wird, unverweilt an mich zurück zu expediren.

Empfangen 2c. 2c.

gez. Metternich.

An

Seine des Grafen v. Trauttmannsdorff, Hochgeboren.

Bernstorff an Malshahn.

30. Juni 1828.

Die Ew. zc. nach Ihrem Berichte vom 21. d. M. im Entwurfe vorgelegte Depeſche, welche der Herr Fürst Metternich in Betreff der Irrungen zwischen Hannover und Braunschweig unter dem 22. d. M. an den Herrn Grafen v. Trauttmannsdorff erlassen hat, ist mir von dem letztern mitgetheilt worden.

Mit besonderem Vergnügen habe ich daraus ersehen, daß der Herr Fürst v. Metternich über das von den vermittelnden Höfen weiter einzuhaltende Benehmen in allem Wesentlichen mit uns einverstanden ist.

Es handelt sich nur noch um gewisse Modalitäten, welche so oder anders beliebt werden könnten, und worüber der kaiserl. österreichische Hof unsere Meinung zu vernehmen wünscht.

Nach sorgfältiger Erwägung aller Umstände glauben wir diese nachstehender Maßen abgeben zu müssen.

Was zuvörderst die Frage betrifft, ob es nicht rathsam sei, statt jeder weiteren, mündlichen oder schriftlichen Eröffnung an den Herzog von Braunschweig, schon jetzt das Vermittlungsgeschäft für abgebrochen zu erklären, die dem Herzog gemachten Drohungen in Ausführung zu bringen und demnächst die Sache bei dem Bunde zu verfolgen, so ergibt sich allerdings ein starker Grund für die Bejahung dieser Frage aus der in der 14ten diesjährigen Bundestagsitzung zu Protokoll gegebenen braunschweigischen Erklärung. Es scheint uns aber doch, daß das Vermittlungsgeschäft sich in jeder Beziehung, sowohl zu Hannover als zu Braunschweig, reiner abschließen und daß auch der Uebergang zu einem bestimmten wirksamen Benehmen bei der Bundesversammlung besser vorbereitet werden wird, wenn

- 1) noch eine in ihrem Inhalte möglichst übereinstimmende Aeußerung der beiden vermittelnden Höfe gleichzeitig an den Herzog ergeht;
- 2) diese in einer feierlichen imponirenden Form an den Herzog gebracht, und wenn sie ohne Wirkung bleiben sollte,
- 3) sofort gleichzeitig die Abbrechung aller diplomatischen Verhältnisse Namens der beiden Höfe, sowie die ernstliche Verfolgung der Sache bei dem Bunde ihm angekündigt wird.

Durch einen solchen Gang der Sache werden, wie es uns dünkt, folgende Zwecke erreicht. Dem Herzog wird der schlagendste Beweis gegeben, daß zwischen Preußen und Oesterreich über die Art der zu leistenden Genugthuung eine volle Uebereinstimmung herrscht, und er verliert mithin jeden Vorwand, seine Weigerung durch Sophismen über früher abgegebene Erklärungen der beiden Höfe zu beschönigen. Soll man sich aber von einer Aufforderung an ihn überhaupt noch Erfolg versprechen, so wird sie an ihn in einer Form zu bringen sein, welche ihm keinen Zweifel darüber lassen könne, wie ernstlich die beiden Höfe es damit meinen. Bleibt dieselbe wirkungslos, so setzt er sich zu den letzteren in ein Verhältniß, aus welchem für dieselben die volle Befugniß erwachsen würde, mit um so weniger Schonung gegen ihn und mit um so größerem Nachdruck in der Sache den Zweck ihrer verschmähten Vermittlung bei dem Bunde zu verfolgen. Bei Hannover aber muß ein solches Verfahren die Ueberzeugung begründen, daß die beiden Höfe nichts unversucht gelassen haben, um, so weit es von ihnen allein abhing, die gebührende Genugthuung von Seiten des Herzogs auszuwirken.

In der Depeſche des Herrn Fürsten v. Metternich wird zwar mit Rücksicht auf Aeußerungen des königlich hannoverschen Gesandten in Wien, Grafen

v. Meerveldt, das Bedenken geäußert, daß man hannoverscher Seits mit der früher verabredeten Genugthuung nicht zufrieden sein würde, wenn nicht zugleich auch die v. Schmidt-Philfeld'sche Sache abgemacht werden sollte. Ueber den Zusammenhang der letztern mit der Hauptfrage und über alles dasjenige, was dabei zu beachten ist, habe ich mich in meiner an den königl. Gesandten in London, Herrn v. Bülow, unterm 18. Mai d. J. erlassenen, Ew. Excellenz abschriftlich mitgetheilten Instruction umständlich ausgelassen. Wird der in derselben angedeutete Gang beobachtet, so glaube ich, daß sowohl der Punkt der Er. Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover wegen Erlassung des Patents vom 10. Mai v. J. gebührenden Genugthuung als alle früher und später damit in Verbindung gebrachten Fragen auf eine solche Weise erlediget werden, daß der königl. hannoversche Hof zu einem weiteren Verlangen, sei es an die vermittelnden Höfe oder an den Bund, keinen Anlaß finden kann.

In Absicht der Form, in welcher die nochmalige Aufforderung an den Herzog von Braunschweig zu erlassen sein möchte, scheint es uns, nun auf diesen Gegenstand noch besonders zurückzukommen, daß ein bloßes Schreiben, welches deshalb Namens der vermittelnden Höfe durch die Post an den Herzog gesandt würde, schon deshalb nicht rathsam sei, weil dieses sogleich den bekannten Rathgebern des Herzogs in die Hände fallen und er bei Ergreifung eines Entschlusses allein ihrer Einwirkung überlassen sein würde. Stehen ihm aber die Repräsentanten der beiden Höfe gegenüber, so ist zu hoffen, daß ihre Gegenwart und die persönliche Ausrichtung ihres Auftrages nicht nur jenen Rathgebern das Gegengewicht halten, sondern auch besser gesinnten Personen in der weitem Umgebung des Herzogs den Muth einflößen werde, die Vorstellungen der beiden Abgesandten zu unterstützen. Vernimmt endlich der Herzog die Ankündigung, daß die freundschaftlichen Verhältnisse mit den beiden Höfen für abgebrochen geachtet werden würden, aus dem Munde des Gesandten und sieht er voraus, daß diese Drohung zugleich mit der Abreise derselben, nicht ohne besondere Aufmerksamkeit zu erregen, in Erfüllung gehen würde, so möchte er noch am ersten zu der nöthigen Bestimmung gebracht werden, um die Folgen zu überlegen, welche mit dieser Maaßregel verbunden sind und es nicht auf die Ausführung derselben ankommen zu lassen.

Das sind die Gründe weshalb wir einen besonderen Werth darauf legen, daß noch einmal eine besondere Aufforderung Namens beider Höfe an den Herzog ergesche

und

durch Abgesandte an ihn gebracht werde.

Da für diesen Fall der kaiserl. österreichische Hof sich geneigt gezeigt hat, den Herrn Freiherrn v. Pruby mit einem besonderen Commissorium nach Braunschweig zu senden, so ist unser Wunsch, daß dieser veranlaßt werden möge, sich unmittelbar mit dem königl. Gesandten, Herrn Grafen v. Grote, über den Tag des Eintreffens in Braunschweig im Einvernehmen zu setzen.

Die Instruction, welche der königl. Hof beabsichtigt dem Herrn Grafen v. Grote zu ertheilen, würde darin bestehen:

sich in keiner Art von Discussion über die Sache selbst und die früheren Verhandlungen einzulassen;

sich vielmehr lediglich auf eine Aufforderung an den Herzog zu beschränken, daß er binnen einer bestimmten kurzen Frist die verabredete Genugthuung leiste;

sobann im Falle, daß der Herzog die gewünschte Erklärung geben sollte, so lange in Braunschweig zu verweilen, bis die Bekanntmachung wegen Widerrufs des Patents vom 10. Mai v. J. erschienen und der braunschweigische Abgesandte mit dem Entschuldigungsschreiben des Herzogs sich auf die Reise nach London begeben habe;

im Falle aber, daß der Herzog der ergehenden Aufforderung nicht Genüge leisten, oder zwar sein Versprechen erneuern, die Erfüllung desselben jedoch abermals verzögern sollte, alsdann mit der Erklärung, daß in Gemäßheit der für diesen Fall bereits gemachten Ankündigung die beiden Höfe nunmehr alle freundschaftlichen und diplomatischen Verhältnisse für abgebrochen achteten, Braunschweig zu verlassen.

Ueber die Art und Weise, wie die Aufforderung der Gesandten, welche unserer Meinung nach zuerst mündlich von ihnen an den Herzog ausgerichtet und unmittelbar nachher zur Erinnerung an den Inhalt in einem Schreiben an ihn wiederholt werden mußte, zu fassen sei, theilen wir ganz die Ansicht des Herrn Fürsten v. Metternich, daß es dabei zur Vermeidung der auf Seiten des Herzogs so leicht möglichen Begriffsverwirrung wesentlich darauf ankomme, ihm nochmals die Nothwendigkeit der nach dem Uebereinkommen zu leistenden Genugthuung vorzuhalten und durch die damit in Verbindung zu setzenden Drohungen nachdrücklich zu unterstützen. Die Grundlage, welche die Depesche des Herrn Fürsten v. Metternich an den Grafen v. Trauttmannsdorff zu der desfalls abzugebenden Erklärung enthält, haben wir als sehr zweckmäßig erkennen müssen und es ist mit Benutzung derselben der anliegende Entwurf ausgearbeitet worden, wonach, wie wir glauben, die Gesandten der beiden Höfe sich vielleicht bis auf einige nicht erhebliche Modificationen, würden übereinstimmend aussprechen können.

Erw. 2c. bitte ich, den Herrn Fürsten v. Metternich darauf aufmerksam machen zu wollen, daß der Depesche an den Herrn Grafen v. Trauttmannsdorff wohl nur aus einer Verwechslung der Kanzlei, als Entwurf zu dem von dem Herzoge zu erlassenden Widerrufspatente ein früher in Vorschlag gebrachtes Schema aber nicht dasjenige beigelegt gewesen ist, worüber die beiden Höfe zuletzt mit dem Herzog übereingekommen waren, und wovon die Abschrift hier beifolgt. Sodann wird in Folge der dem Herzoge gemachten Zugeständnisse bei der jetzigen Aufforderung an ihn in dem Entwurfe der Bekanntmachung, welcher darin in Bezug zu nehmen ist, dem Hauptworte „Auslegungen“ das Beiwort „falsche“ vorzusetzen sein, damit hierüber nicht neue Erörterungen entstehen.

Sobald ich vom Erw. 2c. die Nachricht erhalten werde, daß der k. k. österr. Hof mit unseren Vorschlägen einverstanden ist, und den Herrn Frh. v. Grubitz mit den erforderlichen Instruktionen nach Braunschweig senden wolle, werde ich unverzüglich auch den königl. Gesandten Herrn Grafen v. Grote mit der nöthigen Anweisung versehen.

Am Bundestage wird die v. Schmidt-Phisfeldsche Sache auf den Grund des zuletzt gefaßten Beschlusses ruhen, bis sowohl Hannover eine von ihm vorbehaltene Erklärung wird abgegeben haben, als auch von Seiten der vermittelnden Höfe die nähere Auskunft von dem Erfolge der Vermittelung der Bundesversammlung wird ertheilt sein.

Schlägt der letzte Versuch der beiden Höfe, den Herzog zur Nachgiebigkeit zu bewegen, fehl und befinden Sie sich alsdann in dem Falle, die Intervention des Bundes herbeizuführen, so wird es nöthig sein, daß die beiderseitigen Bun-

destagsgesandten die im Namen der beiden Höfe abzugebende Erklärung mit einander verabreden und hierbei, soweit es der Zusammenhang mit derjenigen Erklärung fordert, welche die Bundes-Versammlung von dem königl. hannoverschen Gesandten erwartet, den Letzteren zuziehen. Ich behalte mir vor, im eintretenden Falle das Material dazu, welches von dem Herrn Frh. v. Münch zu benutzen ist, hier ausarbeiten zu lassen und auch dem kaiserl. österr. Hofe besonders mitzutheilen.

Berlin, den 30. Juni 1828.

(gez.) Bernstorff.

An

den kaiserl. Gesandten Frh. v. Malzahn, Hochwohlgeboren
in Wien.

Metternich an Bernstorff.

Hochgeborner Graf!

14. Juli 1828.

Der Herr Baron v. Brodhhausen hat mir Ew. Excellenz Depesche vom 30. v. Mts. nebst ihren Beilagen mitgetheilt, wodurch Hochdieselben Sich über den Inhalt meines an den Herrn Grafen v. Trautmannsdorff in Betreff der Irrungen zwischen Hannover und Braunschweig vom 22. v. M. erlassenen Rescripts gefälligst geäußert haben.

Indem ich Ew. Excellenz ersuche, Sich meines verbindlichen Dankes für die so schnelle Erledigung der diesseitigen Eröffnungen versichert zu halten, beehre ich mich nunmehr über die von Seite des königlich preussischen Cabinets ausgesprochenen Ansichten hinsichtlich des von unsern beiden Höfen in Beziehung auf diese leidige Angelegenheit in materieller und formeller Beziehung gemeinschaftlich einzuhaltenden Benehmens Folgendes zu Ew. Excellenz Kenntniß zu bringen.

Nachdem wir mit wahrem Vergnügen die Wahl der Haupt-Modalitäten, nach welchen der Einfluß der beiden Höfe auf die Sache sich nunmehr in Anwendung zu bringen, wonach:

- 1) noch eine in ihrem Inhalte möglichst übereinstimmende Aufforderung der beiden vermittelnden Höfe gleichzeitig an den Herzog zu ergehen hat;
- 2) diese in einer feierlichen, imponirenden Form an den Herzog zu bringen ist und, wenn sie ohne Wirkung bleiben sollte,
- 3) sofort gleichzeitig die Abbrechung aller diplomatischen Verhältnisse, Namens der beiden Höfe, sowie die ernstliche Verfolgung der Sache bei dem Bunde anzukündigen wäre.

Wenn unter die von unserer Seite der Wahl des königl. preussischen Hofes überlassenen Alternativen die Umgehung jeder weiteren mündlichen oder schriftlichen Erörterung an den Herzog aufgenommen worden ist, so fanden wir uns hierzu durch die Betrachtung veranlaßt, daß die nunmehr gewählte Modalität, nämlich der nochmalige Versuch der beiden Höfe, den Herzog zur Genugthuungsleistung zu bewegen, einer zweifachen Chance begegnen kann. Einmal jener, daß der Herzog die ihm gemachten wiederholten Anträge verwirft, dann aber auch einer zweiten, wenn nach wirklich erfolgter Einwilligung des Herzogs die Genugthuung in London nicht für genügend betrachtet und daher auch nicht angenommen wird. Im ersteren Falle könnten sich zwar beide Höfe hinsichtlich ihrer erfolglosen Bemühungen insofern trösten, indem dieses in ihrem politischen Standpunkte nichts verändern würde; im andern aber scheint in mancher Be-

ziehung ein wesentlicher Mißstand insoweit zu entstehen, daß es alsdann schwer sein wird, eine weitere Genugthuung für Hannover auf irgend einem anderen Wege zu erlangen, indem die dermalige von beiden vermittelnden Höfen für angemessen erkannt worden ist, die Stellung des Herzogs aber durch seinen versöhnenden Schritt sich sehr bedeutend verbessert und consolidirt, und übrigens auch dieser ohnehin für das Mittel der Publicität geneigte Fürst im Gefühle seiner erfüllten Pflicht an jene und gewiß nicht ohne Erfolg appelliren wird.

So wie ich mir nicht versagen konnte, diese Motivirung der eben gedachten Alternative natürlich Ew. Excellenz mitzutheilen, so werden Hochdieselben dagegen aus meiner dem bereits nach Cassel abgegangenen Freiherrn Grubh zugehenden und hier in Abschrift mitfolgenden Instruction gefälligst entnehmen, daß dieselbe ganz mit jener im Einklang steht, welche der königl. preussische Hof dem Herrn Grafen v. Grote zu ertheilen beabsichtigt. Nur in einem einzigen Punkte und zwar hinsichtlich der Schlußphrase des Entwurfes jenes Schreibens, welches nach Ew. Excellenz Antrag jeder der beiden Abgeordneten an den Herzog zu erlassen haben wird, schien es mir unumgänglich nöthig, eine Modification eintreten zu lassen, worüber ich mir die Ehre gebe, Ew. Excellenz Folgendes zur gefälligen Erwägung und Berücksichtigung zu bemerken.

Wenn nämlich in der jenseitigen Redaction gesagt wird, daß der Herzog keinen Zweifel darüber hegen könne, was das Benehmen Oesterreichs und Preussens bei einem etwaigen Ausgange der Verhandlungen am Bundestage über den Antrag des Herzogs in der Schmidtschen Sache sein werde, so scheint uns nicht nur hierin eine wesentliche Abweichung der bisher von den beiden Höfen gegenüber von dem Herzog angenommenen Stellung in dem Vermittelungsgeßchäft zu liegen, sondern es wird gewissermaßen durch diese Drohung jener ruhigen Haltung vorgegriffen, welche von jeder betheiligten Parthei mit Grund in Anspruch genommen werden kann, wenn es sich, wie hier der Fall ist, um Beurtheilung einer Rechtsfrage handelt. Unter letzterer verstehen wir hier nämlich ausschließend jene: ob vermöge der zwischen Hannover und Braunschweig bestehenden Verträge, womit der Herzog seine Klage am Bundestage begründete, und worin festgesetzt ist, daß keine der beiden Regierungen gegenseitig einander zu Unwillen, Irrung oder Uneinigkeit einen Unterthanen oder Diener halten, ihn als solchen anerkennen und noch viel weniger öffentlich schirmen, schützen oder haufen will — ob hiernach die königl. hannoversche Regierung das Recht hatte, den von Schmidt-Biselsbeck in ihren Diensten aufzunehmen. (Man sehe hierzu oben S. 58.)

Der k. k. Hof hat stets und laut die Schritte des Herzogs am Bundestage während das im Zuge befindlichen Vermittelungsgeßchäfts gemißbilligt, und die dem k. k. Bundestags Präsidial Gesandten ertheilten, Ew. Excellenz bekannten Instructionen sind ganz in diesem Sinne abgefaßt worden; auch sind wir heute noch bereit, gern so kräftig als möglich dahin zu wirken, die Zurücknahme der von dem Herzoge am Bundestage angebrachten Klage herbei zuführen und eben darum nehmen wir keinen Anstand, in dem von dem diesseitigen Bevollmächtigten zu erlassenden Schreiben, dem Herzoge ausdrücklich unsere Mißbilligung über den von ihm gemachten, unter den obwaltenden Umständen seinen königl. Oheim nur tief verletzenden Schritt am Bundestage, so wie auch unsere Wünsche und unseren Rath wegen dessen Zurücknahme erkennen geben zu lassen; allein hierdurch glauben wir auch vorläufig nach der Lage der Sachen alle Rücksichten für Hannover erschöpft zu haben, und wir sollten

nicht zweifeln dürfen, daß man von jener Seite im Fall sich irgend eine Veranlassung dazu darbietet, an diesem Raisonnement das Gepräge der Correctheit nicht verkennen wird.

Da wir uns nun schmeicheln zu können glauben, daß der königl. preussische Hof obigen Betrachtungen seinen Beifall nicht versagen dürfte, so erlaube ich mir Ew. Excellenz zu ersuchen, die fragliche unseren beiden Höfen vor jedem möglichen Vorwurf des Herzogs schützende Modification, welche aus dem hier mitfolgenden dem Freiherrn v. Grubh zugehenden Entwurf, der dem Herzoge zu übergebenden schriftlichen Erklärung ersichtlich ist, auch bei jenem Schreiben eintreten zu lassen, welches der königl. preussische Herr Gesandte zu übergeben haben wird, und wodurch dennoch beide Bevollmächtigte sich in ihren Anträgen auf der wünschenswerthen durchaus gleichen Linie befinden würde. — Vermöge dieser sämtlichen Eröffnungen, welche ich Ew. Excellenz mit gewohntem Vertrauen mitzutheilen mir die Ehre gebe, dürften nun wohl Hochdieselben Sich gefälligst veranlaßt finden den Herrn Grafen v. Grote mit den erforderlichen Instructionen zu versehen, und Ihn hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer wirklichen Anwendung anzuweisen, die hierwegen von dem Freiherrn v. Grubh von Cassel aus an Ihn gelangende Anfrage zu erledigen. Empfangen 2c. 2c.

Wien, den 14. July 1828.

An

gez. Metternich.

Seine des Herrn Grafen v. Bernstorff Excellenz.

Als dieser Schritt geschehen sollte und bereits alles zur Ausführung der Drohung bereit war, machte Hannover den vermittelnden Höfen die officielle Mittheilung, daß der Herzog von Braunschweig den zum Oberjägermeister ernannten Freiherrn v. Braun, früher Forstmeister, durch Drohungen, Versprechungen und Belohnungen vermocht habe, dem Grafen v. Münster eine in den beleidigendsten Ausdrücken abgefaßte Herausforderung zum Zweikampf auf Tod und Leben zugehen zu lassen. — Bei dieser Mittheilung ließ der König von England eröffnen, daß unter solchen Umständen diejenige Genugthuung, welche zu leisten der Herzog sich gegen die beiden vermittelnden Höfe verbindlich gemacht habe, ihm nicht mehr genüge, und daß jetzt hannoverscher Seits gewünscht werden müsse, die Sache an den Bund zu bringen, um sie dort gründlich und befriedigend zu erledigen.

Die entscheidenden Aktenstücke wurden später auch dem Bunde vorgelegt, aber nicht vollständig; es scheinen Rücksichten auf damals noch lebende Personen eingewirkt zu haben. Der Herzog von Braunschweig läugnete seine Theilnahme an dieser Herausforderung des Freiherrn v. Braun ab. Wir wollen sehen, ob das gegründet war. Es möge hier die vertrauliche Mittheilung des Grafen Münster an das hannoversche Staatsministerium nach seinem ganzen Umfange folgen.

London, den 1. August 1828.

Hochgeborne 2c.

Der Bundestags-Gesandte v. Stralenheim hat mich in seinem letzten Bericht und in einem Privatschreiben vom 22. Juli darauf aufmerksam gemacht, daß bei der beim Bundestage über die an mich gerichtete Herausforderung des Oberjägermeisters v. Braun zum Zweikampf auf Tod und Leben zu machenden Erklärung vorauszusehen sei, daß der Herzog von Braunschweig seine Theilnahme an jenem Mordanschlage ableugnen werde, und daß es sodann auf die Beweise derselben ankommen müsse.

Dies ist wahrscheinlich der Gang, den die Sache nehmen wird. Es ist aber zu hoffen, daß der Bundestag sich mit einem Beweis begnügen werde, der die Theilnahme des Herzogs moralisch außer Zweifel setzt, daß man aber nicht die Sache an solche Formen zu binden suchen wird, wie sie der Civil- und Criminal-Prozeß erfordern.

Ein solcher formeller Beweis ist gegen einen souverainen Fürsten unmöglich zu schaffen. Dies wird schon hinlänglich aus dem Umstande klar, daß man gegen den Willen des Herzogs keinen Zeugen über sein Vergehen aufrufen kann, und daß die Personen, welche geneigt sein dürften, Zeugniß abzulegen, durch nur zu gegründete Furcht abgehalten werden müssen, gegen ihren Landesherrn zu zeugen.

Es ist hier die Rede von einer fortgesetzten Reihe von Beleidigungen des Königs und von Verfolgungen gegen seine Diener, und überhaupt von Handlungen, die unter souverainen, nicht durch den deutschen Bund vereinten Staaten Krieg herbeiführen würden und die gewaltsame Maaßregeln im vorliegenden Fall selbst herbeiführen müssen, wenn der Bund nicht Mittel findet, den Ausschweifungen des Herzogs ein solches Ziel zu stecken, daß der König sich gegen fernere Beleidigungen und Seine Diener gegen Verfolgungen für hinlänglich geschützt halten darf. Bei keinem Fall dieser Art und einer Evidenz der Thatfachen als die sind, welche die jetzige Krise herbeigeführt haben, hat man wohl niemals von einem souverainen Staate Beweise in der oben erwähnten Form zur Begründung der zu begehrenden Einschreitung des Bundes oder der eventuell zu ergreifenden Zwangsmaaßregeln gefordert. Das Manifest Rußlands über die erlittenen Unbilden, die seine Kriegserklärung in den Augen der ganzen Welt rechtfertigen, enthält kein Zeugenverhör und keine Confrontationen.

Der Zusammenhang der ganzen Sache und die darauf erfolgten Handlungen und Thatfachen müssen den Bund überzeugen und unsere Maaßregeln rechtfertigen. Indessen kann es uns an überzeugenden Beweisen nicht fehlen.

Die Anschläge des Herzogs, Rache an mir zu üben, sind notorisch, namentlich seine eigene an mich erlassene Aufforderung zum Zweikampf auf Pistolen. Ich übergehe hier Attentate, die auf bloßen Verdacht beruhen — die ausgestoßenen Drohungen des Herzogs, die jener Aufforderung gefolgt sind, können aber nicht unberührt bleiben. Ueber diese habe ich Briefe des königl. preussischen Geheimen Ober-Regierungs-Raths Grafen Hardenberg und in einem Bericht des Bundestagsgesandten v. Strahlenheim über Eröffnungen, die ihm der königl. sächsische Gesandte v. Lindenau nach seiner Rückkehr von Braunschweig gemacht, vorzulegen.

Specieller auf den vorliegenden Fall bezieht sich die mit dem General-Major v. Arentschild geführte Correspondenz, die dadurch vollgültige Beweiskraft erhält, daß sie alle in dieser Beziehung stattgefundenen Thathandlungen zum Voraus aufgegeben hat; — ein Umstand, der jeden Zweifel hebt, es sei denn, daß man den General Arentschild als einen Propheten ansehen wollte.

Die Briefe desselben, die ich im Original besitze, ergeben Folgendes:

In einem Schreiben vom 11. Mai d. J. an den Oberhofmarschall v. Martortie heißt es:

„So sehr ich es mir auch angelegen sein ließ, Münster zu überreden, den anonymen Briefen mit den Anzeigen, daß man seiner Person durch schändliche Attentate nachstelle, keinen Glauben zu schenken, so muß ich doch leider im Gegentheil es jetzt anrathen, nicht ganz die Wahrheit dieser

Anzeigen zu verwerfen. Ich habe sichere Beweise, die ich jetzt nicht aussprechen darf, daß die Rache des Herzogs gegen Münster noch im höchsten Grade fortwährt, und daß es, ich möchte fast sagen, hauptsächlich seine Gedanken beschäftigt, um Mittel zur Ausführung dieser Rache aufzufinden, und ich fürchte, daß die Mittel, um diesen Zweck zu erreichen, ihm gleichgültig sind. Dir sage ich dieses, lieber Malortie, im Vertrauen, ich will es M. nicht gleich selbst schreiben, weil ich nicht weiß, ob die Familie es gern sieht, daß ich ihn mit solchen Nachrichten inquietire. Dir überlasse ich es, wenn Du es angemessen findest, es zu thun, und kannst Du ihm dabei bemerklich machen, daß ich zu obiger Bemerkung die sichersten Ueberzeugungsgründe habe, die ich aber vor der Hand als ein Geheimniß zu bewahren, mich auf das bindigste verpflichtet habe. Außere aber hierüber Dich gegen Niemand sonst, damit ich und einige unserer Freunde nicht compromittirt werden, auch bitte ich Dich, M. um diese Vorsicht zu bitten. Auch bemerke ich noch, daß es mir nicht als unwahrscheinlich wird, daß sich vielleicht Jemand finden dürfte, der M. ein anderweitiges Auforderungsschreiben zum Zweikampf zugehen ließe. Ich mache dieses nur bemerklich, damit M. sich darauf vorbereite, wie er dieses zu begegnen angemessen finden würde. Auf keinen Fall darf M. Verneburg besuchen, die Sache selbst und die Leidenschaft der Rache gegen ihn müßte dann erst ganz ausgeglichen und völlig gedämpft sein. Zu erstem habe ich wenige Hoffnung und zu letztem ist wohl gar keine Aussicht."

Unterm 8. Juni schrieb mir der Herr General was folgt;

"Ew. Excellenz werden vor einiger Zeit ein Schreiben von Malortie erhalten haben, worin ich ihm Anzeige machte von eingetretenen Begebenheiten, die mich aufforderten, Ihnen den Rath zu ertheilen, die Ihnen durch anonyme Briefe angekündigten Attentate gegen Ihre Person nicht so ganz gleichgültig aufzunehmen, und wenigstens Sie zu einigen Vorsichtsmaaßregeln dagegen zu bereden."

"Es ward mir nemlich damals von einem Freunde und sehr achtungswerthen Manne, dessen Namen ich auch jetzt nicht nennen darf, anvertraut, daß ihm vom Herzog der Antrag gemacht worden sei, Sie wegen der dem Herzoge zugefügten Beleidigungen zu einem Duell zu fordern, den er aber mit der Erklärung ablehnte, weil er die Ueberzeugung hätte, daß eine solche Handlung höchst nachtheilige Wirkung für den Herzog haben müßte und er daher gegen Eid und Pflicht handeln würde, wenn er die Anmuthung annähme, auch könne und dürfe er selbiger, seiner individuellen Lage nach als Vatte und Familienvater, nicht Folge leisten. Drei Wochen sind seitdem verstrichen und weil der gewählte Herold in Dienstgeschäften eine Reise machen mußte, hörte man von dieser Sache weiter nichts mehr und ich hoffte, sie wäre vergessen. Ghegestern kehrte derselbe wieder zurück und sofort ward diese Anmuthung ihm wiederholt, sogar ein Ausforderungsschreiben ihm zur Unterschrift vorgelegt, worauf derselbe seine eben erwähnten Gründe entgegnete und die Vollziehung abwies. Zugleich erfuhr ich aber auch, daß man fortfahren würde, diesen gleichen Antrag anderen Personen zu machen, und da es doch immerhin möglich sein kann, daß sich am Ende jemand dazu finden möchte, so hielt ich es für meine Pflicht, Sie davon zu benachrichtigen, damit Sie sich zur Beantwortung solcher Aufforderung vorbereiten können, und weil ich hierüber mit unsern Freunden,

Graf Alten und Malortie mich bereden wollte, so entschloß ich mich gestern Morgen 3 Uhr von Braunschweig hierher zu reisen. Ich würde dem Herzog von Cambridge soviel ich konnte und darf, Mittheilung davon gemacht haben. Er ist aber gerade abwesend, und ich muß Morgen wieder nach Braunschweig zurückreisen. Daß ich Ihnen, hochverehrter Herr Graf, Obiges im größten Vertrauen berichte, darf ich Ihnen nicht bemerzlich machen. Sie werden es wohl erwägen, daß wenn jetzt etwas davon eclatirte, mein Freund in eine höchst unangenehme Lage versetzt werden würde. Zu seiner Zeit aber, wenn man die Ueberzeugung haben kann, daß durch öffentliche Bekanntmachung solcher unbegreiflicher, ich möchte sie wohl schändlicher Handlungen nennen, was Nützliches und Gutes befördert werden kann, so wollen wir uns darüber aussprechen."

Unterm 13. Juni erfolgte sodann des General Wrentschils Schreiben an E. Excellenz den Herrn Minister von Bremer, folgenden Inhalts:

"Ew. Excellenz hatte ich die Ehre es in Hannover anzuzeigen, daß der Herzog entschlossen sey, Jemanden aufzufinden, der den Grafen Münster zum Duell auffordern sollte. Er hat hierzu nun den Forstmeister v. Braun gewählt, dieser hoffte den Antrag dadurch abzulehnen, daß er folgende Bedingungen machte.

"Er forderte:

" „Einen herzoglichen Befehl für ihn, die Herausforderung ergehen zu lassen; — eine Versicherung, daß seiner Frau und Kindern eine ansehnliche Pension, wenn er unglücklich dadurch werden sollte, zeit- lebens ertheilt werden sollte. " "

"Hierauf hat er die Antwort oder vielmehr den Befehl erhalten, die ihm gleich vorgelegte Ausforderung zu vollziehen. Er solle alsdann einen Zulagegehalt von 600 Rthlrn. jährlich erhalten, ihm der Charakter vom Ober-Jägermeister beigelegt und er in den Freiherrn-Stand erhoben werden, mit der beigelegten Drohung, wenn er die Ausforderung nicht unterschreiben wolle, ihm der Abschied ertheilt werden würde. — Herr v. Braun ist ein Mann ohne Vermögen, hat eine Frau und sechs noch kleine Kinder. Er war in der größten Verzweiflung und entschloß sich bei der ihm vorgelegten Alternative zur Unterschrift der Ausforderung und zwar nach Vorschrift wie Ober-Jägermeister und Freiherr, und die Ausforderung ist vielleicht schon jetzt nach London abgegangen. Ich halte es für meine Pflicht, Ew. Excellenz davon so schnell wie möglich in Kenntniß zu setzen, und bringe dieses Schreiben selbst nach Lafferde, von wo ab ich es per Estafette an Sie sende, damit mit der heute Abend abgehenden Post dem Grafen Münster die Nachricht zugesandt werden könne. Ew. Excellenz werden es gewiß auch für nothwendig erachten, daß hierbei einige Vorsicht gebraucht werden muß, um keinen zu compromittiren und durch die despotische Willkühr des Herzogs ins Unglück zu stürzen, indessen glaube ich auch, daß es doch am Ende nothwendig wird, solche Handlungen ans Licht zu bringen, um selbigen Gränzen zu setzen, die nur durch gewaltsame Maßregeln zu unterdrücken sind. Alle Nachgiebigkeit und rechtliche Vorstellungen bewirken bei dem Charakter des Herzogs entgegengesetzten Effect."

Die braunschweigischen Anzeigen vom 14. Junius enthalten dann unter der Rubrik: „Beförderungen“ folgendes:

„Seine herzogliche Durchlaucht haben unterm 1. d. M. den bisherigen

Herrn Ober-Jägermeister Casper Heinrich von Sierstorpff mit der Versetzung in den Ruhestand zum Ober-Hofmeister, den Herrn Ober-Forstmeister Georg von Braun zum Kammerherrn und Ober-Jägermeister und den bisherigen Herrn Forstmeister Otto Wilhelm von Stutternheim zum Ober-Forstmeister zu befördern und ernennen Allergnädigst geruhet."

Diese Anzeige ist nicht nur wegen der Zeit wichtig, sondern wegen des Umstandes, daß der verdiente Ober-Jägermeister von Sierstorpff, dem Braunschweig viel verdankt, ganz ungehört aus seiner Stelle gedrängt worden, um für den Herrn von Braun Platz zu machen.

Die Correspondenz über die Entlassung des Herrn von Sierstorpff verdient hier um so mehr eingerückt zu werden, weil sie nicht nur beweist, daß er ohne alle Form verdrängt ist, sondern weil die Antwort des braunschweigischen Staats-Ministeriums einen Beweis von dem rücksichtslosen Charakter des Herzogs und davon, wie er seinem Nachgefühl mit Hintansetzung aller Rechtsformen nachgiebt, ablegt:

Ober-Jägermeister von Sierstorpff an Seine Durchlaucht den Herzog von Braunschweig.

Dryburg, 16. Jun. 1828.

"Da Ew. rc. geruht haben, mir den Dienst, den ich unter contractlichen Verpflichtungen Allerhöchstdero hochseel. Herrn Großvaters antrat, den ich nunmehr bald 50 Jahre lang mit Ehre vorstand, ohne rechtliche Veranlassung zu nehmen, ich nicht wünschte den Titel eines Ober-Forstmeisters zu haben und einer jährlichen Unterstützung von 1000 Rthlrn. nicht bedarf; so habe ich das erst gestern von dem Herrn Ober-Staats-Rath von Münchhausen erhaltene Patent demselben heute wieder zugesandt, und ersuche ich Ew. rc. ganz gehorsamst, mir meinen Abschied zu ertheilen."

Antwort des herzoglichen Staats-Ministeriums.

Braunschweig, 17. Juny 1828.

"Auf Ihre an Seine hochfürstliche Durchlaucht gerichtete und von Uns abgegebene Zuschrift vom 16. d. M. lassen Wir Ihnen hiemit unverhalten, daß Allerhöchstdieselben in Betracht des von Ihnen auf die unehrerbietigste und undankbarste Weise zurückgeschickten Ober-Hofmeister-Patents, sowie in Rücksicht auf den gleichfalls unehrerbietigen und formlosen Inhalt Ihrer erwähnten Zuschrift, Sich nicht bewogen finden können, Ihnen jetzt den erbetenen Abschied zu ertheilen, vielmehr Sie ohne diesen Abschied hierdurch aller Ihrer bisherigen Titel, Aemter und Würden, was Namens sie immer sein mögen, für verlustig erklären, und Ihnen überdies für Ihre und Ihrer Ehefrau Person, vom Tage des gegenwärtigen Rescripts an, den Aufenthalt in hiesigen Landen, bei Strafe der öffentlichen Landes-Verweisung, untersagen."

Unterm 20. Junius erläuterte der General v. Arentschild den Verzug der Absendung des vom Herrn v. Braun sofort angezeigter Maaßen unterschriebenen Herausforderungs-Schreibens, dadurch, daß das neue freiherrlich v. Braunsche Siegel, das demselben beigebrückt werden sollte, nicht fertig geworden:

"Gestern erfahre ich, daß die Ausforderung noch nicht gleich abgegangen, daß noch erst ein Siegel für den neuen Freiherrn gestochen worden, um damit zu unterschiegeln, daß aber nun die Absendung erfolgt sei. Sie

werden selbige gewiß so zu würdigen wissen, wie sie es verdient, und bitte ich Sie noch, Sich nicht einmal darüber zu ärgern."

In dieser Beziehung ist es merkwürdig, das vom 5. Juli datirte Herausforderungs-Schreiben anzusehen, dessen ganze Fassung der Feder des neuen Ober-Jägermeisters fremd ist, und offenbar einem der Libellisten des Herzogs angehört. In diesem Schreiben ist ausgedrückt, daß Herr v. Braun vermöge seines Ranges nicht zu tief unter mir stehe. — Sein freiherrliches Siegel ist nicht nur auf der Adresse, sondern auch neben seiner folgendermaßen gesetzten Unterschrift begedruckt:

Georg Friedrich August Freiherr
von Braun

Kammerherr und Oberjägermeister

Das Datum des Briefes ist durch ungeschickte Rasur, die das frühere vom 14. oder 15. Juni ganz sichtbar läßt, auf 5. Juli verändert.

Es ist merkwürdig, daß die Herausforderung nebst der Theilnahme des Herzogs in Berlin und Töplitz bekannt gewesen, bevor die von hier abgelassenen Befehle vom 11. Juli unsern Gesandten zugegangen waren.

Der Finanzminister v. Molt hat der Sache in Verbindung mit dem Attentat gegen den Herrn v. Sierstorpff in einem Schreiben an den hiesigen königlich preussischen Gesandten v. Bülow mit dem Zusatz erwähnt, daß früher ein ähnlicher Antrag wie dem Herrn v. Braun geworden, an den herzoglich braunschweigischen Forstmeister Grafen v. Veltheim gemacht worden, den derselbe zurückgewiesen habe.

Auch schrieb mir der Freiherr v. Reden am 17. Juli aus Dresden — vor Eingang der oben erwähnten Depesche — daß Ihn der Graf Bernstorff in Töplitz nach der Braunschen Ausforderung gefragt habe, daß er aber davon nicht benachrichtigt gewesen sei.

Ich muß es jetzt Ew. Excellenzen überlassen, zu überlegen, ob diese Darstellung und Beweise genügen werden, oder ob es erforderlich sein wird, den General v. Arrentschildt zur förmlichen Ablegung seines Zeugnisses zu vermögen. Wir haben nach seiner eigenen Aeußerung, die in seinem Schreiben vom 8. Juni enthalten ist, gegründete Hoffnung, daß er jetzt sein Zeugniß nicht zurückhalten — und daß er im Stande sein wird, Andere zu dessen Ablegung zu vermögen.

Ich habe ihm schon unterm 12. Juli geschrieben, daß man den Ministerial-Bericht vom 13. Juni mittheilen dürfe, weil sein Name nicht darin genannt worden.

Auch beweisen die aus Berlin erhaltenen Notizen, daß das Verhältniß der Sache auch andern, wie ihm bekannt geworden sei.

Es versteht sich aber, daß wir die Personen, welche zeugen sollen, namentlich den General-Major v. Arrentschildt, schadlos halten und schützen müssen.

Ich habe ihm in dieser Rücksicht schon, in Uebereinstimmung mit Sr. königl. Hoheit dem Herzoge von Cambridge, die Hoffnung gegeben, daß der König ihm eine freie Wohnung im Schlosse zu Osnabrück einräumen werde. Ew. Excellenzen darf ich gehorsamst bitten, sich über den Gegenstand dieses Schreibens mit dem General von Arrentscheidt in Communication setzen zu wollen, und davon bald thunlichst eine Abschrift an den Bundestagsgesandten v. Strahlenheim zu senden, da es hier heute an Zeit gebricht, dieselbe zu befördern, und es wichtig ist, daß der Bundestagsgesandte sich über die Form des zu leistenden Beweises ausspreche. Ich verharre zc.

Graf v. Münster.

Nachdem dieser neue *Rachact* des Herzogs bekannt wurde, erließ der Graf v. Bernstorff, der sich damals gerade mit dem Könige von Preußen in Teplitz befand, unter dem 28. Juli 1828 ein Schreiben an Metternich, worin er erklärte, daß es nun nicht mehr Zeit sei, die Vermittelung fortzusetzen, sondern daß es vielmehr jetzt nur noch darauf ankommen könne, den stets sich erneuernden Ausbrüchen der Leidenschaft und des Nachgefühls des Herzogs Einhalt zu thun; das Benehmen des Herzogs sei in der That so empörend, daß es die ganze Aufmerksamkeit der Höfe in Anspruch nehmen müsse, wie diesem Unwesen ein Ende zu machen sei.

Der König von England beabsichtigte nun, von der Herausforderung des Grafen Münster durch den Ober-Jägermeister v. Braun eine Anzeige bei dem Bunde zu machen, und dabei nicht auf eine bloße Genugthuung, sondern auf eine völlig genügende Sicherstellung hannoverscher Staatsdiener und Unterthanen anzutragen. Mit dieser Anzeige wollte er den Wunsch verbinden, daß Oesterreich und Preußen eine Eröffnung an den Bund über den Gang und Erfolg der bis dahin von ihnen geführten Vermittelungen gelangen lassen möchten. Preußen war hiermit einverstanden und schlug Oesterreich vor, die gemeinschaftliche Eröffnung der beiden Höfe mit dem Antrage zu schließen: „daß der Bund schleunigst in Erwägung ziehen möchte, durch welche Maßregeln der Herzog von Braunschweig zu der dem Könige von Großbritannien und Hannover gebührenden Genugthuung bewogen werden könnte.“ Worin diese Maßregeln zu bestehen hätten, darüber sollten sich Oesterreich und Preußen in den gleich hinterher von ihnen zu machenden Abstimmungen auszusprechen haben. Diese Abstimmungen könnten nach der bestehenden Geschäftsordnung zwar in der Form nicht gemeinschaftlich, sondern nur getrennt und besonders abgegeben werden; allein es wäre doch zu wünschen, daß sie in der Sache so viel als möglich übereinstimmend gefaßt würden. Ferner erschien es für den Erfolg nothwendig, daß beide Höfe sich so ausführlich und bestimmt erklärten, daß keine unsichere und schwankende Berathung entsände, sondern gleich eine Grundlage gegeben würde, auf welcher die Berathung rasch zu einem umfassenden Beschlusse sich fortbewegen könnte. Durch die Lage, in welche die ganze Differenz zwischen Braunschweig und Hannover bei dem Bunde gebracht werde, entsände die Nothwendigkeit, daß die abzugebende Erklärung sich über alle Verhältnisse verbreite, also nicht allein über die dem Könige von England gebührende Genugthuung, welche den Gegenstand der nunmehr vereitelten Vermittelung ausgemacht habe, und über die Sicherstellung hannoverscher Staatsdiener, sondern auch die v. Schmidt-Phiselded'sche Angelegenheit, welche bereits bei dem Bunde anhängig sei.

Preußen war Willens, folgende Erklärung abzugeben: Was zuerst die Genugthuung betreffe, welche für die dem Könige von Großbritannien und Hannover unmittelbar zugesügte Beleidigung zu leisten sei, so müsse diese Erklärung dahin gehen, daß Preußen als Bundesglied den Herzog zur Leistung derjenigen Genugthuung für verpflichtet halte, welche es bisher als vermittelnde Macht gemeinschaftlich mit Oesterreich von ihm gefordert habe. Seiner Ansicht nach werde der Herzog von Seiten des Bundes aufzufordern sein, diese Genugthuung binnen vier Wochen zu leisten, widrigenfalls die gegen ihn zu ergreifenden Maßregeln in weitere Berathung genommen werden würden. Hierbei könne man aber nicht stehen bleiben, da der von dem königl. hannoverschen Hofe angezeigte Vorfall in Verbindung mit früheren Vorkommnissen in dem Verlauf der bisherigen Irrungen dringend heiße, daß der Herzog auch Garantie darüber gebe, daß er sich aller Verfolgung hannoverscher Staatsdiener und einer zugleich da-

mit fortgesetzten indirecten Beleidigung Sr. Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover enthalten werde. Es walle allerdings ein dringender Verdacht ob, daß der Herzog den von ihm erst neu ernannten Ober-Jägermeister v. Braun angestiftet habe, die so höchst beleidigende Herausforderung an den Grafen v. Münster zu erlassen. Dieser Verdacht könne von dem Herzog allein dadurch abgewendet werden, daß er den v. Braun wegen einer Handlung, die nach allen in Deutschland geltenden Rechten für ein schweres Verbrechen zu achten sei, zur Criminal-Untersuchung ziehen und außerdem noch die feierliche Versicherung gegen den Bund abgebe, daß er in Beziehung auf die bisher stattgefundenen Irrungen mit Sr. Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover weder selbst einen Staatsdiener und Unterthan Sr. gedachten Majestät verfolgen oder beleidigen, noch auch zulassen wolle, daß dies irgend von einem seiner Unterthanen geschehe. Wenn der Herzog dieser Aufforderung innerhalb einer ganz kurz zu bestimmenden Frist nicht Folge leisten sollte, so würde dasjenige, was gegenwärtig blos dringender Verdacht sei, zum lebhaftesten Bedauern des königl. Hofes sich für diesen nicht anders als in Gewißheit verwandeln können; hierdurch aber würde eine Gesinnung von Seiten des Herzogs offenbar werden, welche den öffentlichen und Privatrechtszustand in Deutschland, die Ordnung und den Frieden im Bunde mit einer unausgesetzten Gefahr bedrohe und es nach der Ansicht des königl. Hofes allen Fürsten des deutschen Bundes unmöglich mache, mit der Person des Herzogs die Bundes-Verhältnisse, welche ohne die Bande der Achtung und des Vertrauens gar nicht bestehen könnten, fortzusetzen. Es würde dann weiter zu erwägen sein, durch welche Mittel eine solche Gesinnung für die öffentliche Ruhe und Sicherheit unschädlich zu machen sei, ohne braunschweigischen Landen, welche nicht aufhören dürften, den Schutz des Bundes zu genießen, die Folgen der Verirrungen ihres Fürsten empfinden zu lassen. Zu den Staatsdienern Sr. Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover, welche bis jetzt ein Gegenstand der Verfolgung des Herzogs gewesen seien, gehöre auch der Geh. Rath v. Schmidt-Phisfeld. Da der Herzog sich nicht geneigt gezeigt habe, denselben in braunschweigischen Diensten, worin er sich früherhin befunden, beizubehalten, so habe sein Uebertritt in königl. hannoversche Dienste, bei einer ruhigen und leidenschaftslosen Erwägung der Verhältnisse kein Stein des Anstoßes werden können. Statt einer solchen Betrachtung Raum zu lassen, habe jedoch der Herzog den Geh. Rath von Schmidt-Phisfeld auf eine Weise behandelt, worüber schon längst von allen Seiten die entschiedenste Mißbilligung ausgesprochen worden sei. Hier wolle man allein bei dem Antrage stehen bleiben, welchen der Herzog jüngst bei der Bundes-Versammlung in Beziehung auf die von ihm verlangte Auslieferung des Geh. Rathes v. Schmidt als eines Verbrechers gemacht habe. Es sei schwer zu erklären, wie der Herzog glauben könne, der Bund werde seine, zum Schutze der Gerechtigkeit, zur Erhaltung des Friedens und der Eintracht bestehenden Ordnungen und Einrichtungen dazu mißbrauchen lassen, daß unter dem Schirme derselben Leidenschaft und Rache einen freien Spielraum gewinnen könnten. Der Herzog verlange die Auslieferung zunächst auf den Grund einer mit Hannover abgeschlossenen Convention vom 8. Januar 1798, die im Art. 1 voraussetze, daß ein Verbrechen begangen sein müsse, welches nach dem in Deutschland geltenden gemeinen Rechte eine peinliche Strafe nach sich ziehe, und sodann im Art. 3 bestimme, daß der Auslieferung jedesmal eine Requisition des die Untersuchung führenden Gerichts vor-

hergehen müsse. Betrachte man den Fall des Geh. Rath's v. Schmidt etwas näher, so vermisse man alle Erfordernisse, um jene Bestimmungen des Vertrages von 1798 darauf in Anwendung zu bringen. In der Beilage C. der von Braunschweig in der 12ten diesjährigen Bundestags-Sitzung übergebenen Erklärung sei im Allgemeinen von Pflichtwidrigkeiten des Geh. Rath's v. Schmidt

„wohin insbesondere dessen Entweichen aus den braunschweigischen Landen zu rechnen“

die Rede. Man würde aber dies sogenannte Entweichen nicht für ein heimliches Verbrechen ansehen können, da der von allen Dienstgeschäften bereits entbundene Geh. Rath v. Schmidt sich blos einer willkührlichen Verfolgung zu entziehen gesucht habe, und seine Besorgniß durch spätere Ereignisse nur zu sehr bestätigt worden sei. Sei es ferner etwa die Geschäftsführung desselben während der vormundschastlichen Regierung, worin der Stoff zur peinlichen Untersuchung liege? Hier gelte es aber Handlungen, bei deren Vertretung der Vormund sich nicht von der Person des in der vormundschastlichen Regierung von ihm gebrauchten Beamten trennen könne und wolle, und gleichwohl werde von dem Vormund, nur in einer anderen Eigenschaft als König von Hannover, verlangt, daß er einen Beamten, welcher ihm früher als vormundschastlichen Regenten gedient habe, wegen Handlungen der vormundschastlichen Regierung ausliefern solle! Es werde ferner in der braunschweigischen Erklärung von verletzter Ehrerbietung und Eidesbruch geredet, aber nicht angegeben, welches die Thatfachen seien, worin diese Vergehen liegen sollten. Der Bund könne erwarten, wenn ein in hoher Würde stehender Beamter mit einer so groben Anschuldigung, welche für die Ehre desselben nicht minder verlegend sei, als für die Ehre der Regierung, der er diene, in der Versammlung der Abgeordneten aller deutschen Staaten aufgeführt werde, daß mindestens die Thatfache näher angegeben würde, welche man dem Angeeschuldigten zur Last lege. Wenn dann doch noch nachgewiesen wäre, daß es ein braunschweigisches Gericht gewesen sei, welches um die Auslieferung requirirt habe! Aber kein Gericht, nicht einmal eine außerordentlich gebildete oder aus richterlichen Personen, sondern eine willkürlich zusammengesetzte Versammlung oder Commission, einen Präsidenten an der Spitze, welcher öffentlich als Gegner des Geh. Rath's v. Schmidt aufgetreten sei (Hurtlebusch), habe die Untersuchung geführt. Wolle endlich der Herzog seine Reclamation wegen Auslieferung auf den zugleich von ihm producirten Vertrag vom 16. November 1535 zurückführen, so könne diese, statt als Mittel gebraucht zu werden, diese Reclamation zu unterstützen, vielmehr den Herzoge zum Spiegel dienen, um darin das Bild einer Verföhnlichkeit zu erkennen, womit sein eigenes Benehmen den auffallendsten Gegensatz bilde. Jener Vertrag habe auch einen Streit zwischen Vorfahren des Herzogs beendet. Diese hätten sich darin versprochen:

„**Alle** Gram, Widerwille, Verdacht, Gebrechen, Irrung, Zwietracht, Unfreundschaft, was da allen sich zwischen uns Beiden mit Worten oder Werken begeben haben, da zwischen uns noch jezo vorhanden sein möchte, soll ganz und gar aufgehoben, todt und ab sein, und dazu sollen von beiderseits unsere Rätthe, Diener, Unterthanen, Niemand ausgenommen, so uns und unsere Erben von beiden Theilen dieses gehabt Unwillens verdacht oder verwandt sein gewest, oder sein möchten, in diese Vertracht und Eühne mitgezogen sein, die wir beide und unsere Erben hiemit zu Gnaden sollen und wollen aufgenommen haben.“

Ferner heiße es in jenem Vertrage:

„Zudem sollen und wollen wir und unsere beiden Erben keiner des andern Feind werden — auch von Niemand Anderes unseren Dienern, Unterthanen — um keinerlei Ursache willen das gethan werde, gestatten —.“

Alles dies zusammenfassend, sei daher der königl. Hof in Absicht des wegen Auslieferung des Geh. Rath's v. Schmidt gemachten Antrags der Meinung:

„daß der Bund auf den Antrag des Herzogs nicht eingehen könne, sondern vielmehr seine höchste Mißbilligung über ein Verfahren zu erkennen geben müsse, welches ebenso sehr jede gebührende Rücksicht auf die Ehre und die Privat-Gerechtsame des 2c. v. Schmidt aus den Augen setze, als eine Beleidigung Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover enthielte, daß demgemäß der Bund erachte, es werde der Herzog von jeder Verfolgung des 2c. v. Schmidt absehen und auf ihn die Wirkung der obgedachten, von ihm zu ertheilenden allgemeinen Versicherung ausdehnen.“

Man könne übrigens nicht bezweifeln, daß wenn der Herzog in Beziehung auf die Geschäftsführung des 2c. v. Schmidt noch irgend eine Auskunft zu erhalten wünsche, derselbe jeder deshalb an ihn ergehenden Einladung Genüge leisten werde.

Dies sind die Ansichten, welche ich über die Behandlung der Sache gefaßt habe. Es würde mir zum ganz besonderen Vergnügen gereichen, wenn sie den Beifall Ew. Durchlaucht erhalten sollten.

Sobald mir Hochderr. nähere Aeußerung wird zugegangen sein, werde ich nicht säumen den königl. Bundestagsgesandten mit der erforderlichen Instruction zu versehen, um gemeinschaftlich mit Herrn Baron v. Münch diese Angelegenheit bei der Bundesversammlung aufzunehmen und mit Ernst und Nachdruck zu einem baldigen Erfolge hinzuleiten.

Vielleicht möchte es noch nützlich sein, kurz vor der Aufnahme der Verhandlung die königl. und großherzogl. Höfe von der Art und Weise, wie Oesterreich und Preußen diese Sache zu behandeln gedenken, vertraulich in Kenntniß zu setzen und zu einer schnellen Mitwirkung einzuladen. Zum Schlusse äußerte Bernstorff:

„Unter dem Abbrechen der Bundesverhältnisse mit der Person des Herzogs, deren ich oben erwähnt habe, verstehe ich nicht blos, daß alle deutschen Höfe, wie Oesterreich und Preußen es dem Herzog schon früher angedroht haben, alle besonderen freundschaftlichen und diplomatischen Verhältnisse mit ihm abbrechen, sondern daß auch, was mir selbst schon eine nothwendige Folge hiervon zu sein scheint, ein von der Person des Herzogs beglaubigter Gesandter in der Bundesversammlung nicht länger zugelassen werde. Welche Executions-Maßregeln, außer diesem Abbrechen aller Verhältnisse, ferner noch zu ergreifen sein möchten, wenn die Aufforderung des Bundes fruchtlos bleiben sollte, wird Gegenstand weiterer Erwägung sein müssen. Es wird alsdann darauf ankommen, solche Mittel ausfindig zu machen, welche eine entschiedene Wirkung gegen die Person des Herzogs äußern, ohne sein unschuldiges Land, rücksichtlich dessen der Schutz des Bundes keine Unterbrechung leiden darf, zu bedrücken.“

Man sieht, daß die preussischen Vorschläge von einer ungeheuren Tragweite waren. Richtig war allerdings, daß eine Grundlage zu einer Erörterung wegen einer Verwicklung sich gar nicht mehr darbott. Denn Hannover hatte in seiner Anzeige von dem Vorfall keine Vermittelung, sondern Sicherstel-

lung hannoverscher Unterthanen und Staatsdiener gegen Verfolgungen des Herzogs verlangt; Sicherstellung kann aber nur von Demjenigen gewährt werden, welcher sich die Befugniß beilegen darf, denselben durch Zwangsmaßregeln einen Anhalt und Stütze zu geben. Das mochte auch Oesterreich nicht läugnen.

Allein Preußen ganz unerwartet, erhob Metternich Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit einer Behandlung der Frage Seitens des Bundes, obwohl er früher, als Preußen noch immer auf Vermittelung bestand, stets auf den Bund hingewiesen hatte (s. o. S. 52). Oesterreich machte den Vorschlag gemeinschaftlich mit Preußen in besonderen Schreiben, ohne der früheren Vorgänge zu erwähnen, den Herzog zu einer kategorischen und unverweilten Erklärung über den v. Braunschen Vorfall aufzufordern. Daneben wünschte er angelegentlichst, daß sich Preußen, ehe und bevor Preußen zwischen beiden Hößen eine definitive Verständigung stattgefunden habe, sich jeder Aeußerung gegen das hannoversche Cabinet enthalten möchte, wie dasselbe Verfahren Metternich auch gegen den hannoverschen Gesandten v. Merveldt in Wien beobachtet würde.

Preußen ließ sich zwar von den in Wien geäußerten Ansichten in der Hauptsache nicht überzeugen; ebensowenig wollte es sich zu der Aufforderung an den Herzog von Braunschweig entschließen. Nur auf den letzten Wunsch wegen der Mittheilung an den hannoverschen Hof ging es bereitwillig ein und darnach wurde denn Brodhäusen in Wien unter dem 12. August 1828 instruiert. Während man in Berlin auf die Aeußerungen Metternichs auf die letzte Eröffnung Preußens wartete, erschien plötzlich der hannoversche Gesandte v. Keden in den letzten Tagen des Monats August in Berlin, von Dresden kommend, und fragte an, was der preussische Hof auf die ihm wegen des v. Braunschen Falles gemachte Anzeige und auf die damit verbundenen Anträge Hannovers zu beschließen gedächte? Bernstorff befand sich in größter Verlegenheit; er mochte wohl eine neue Wendung in Wien erkennen. Sein Unwille mußte aber erregt werden, als ihm v. Keden ein Rescript des hannoverschen Ministeriums vom 22. August 1828 als Grund seiner außerordentlichen Sendung und Anfrage angab, des Inhalts: „daß nach einem eben erhaltenen Berichte des Grafen von Merveldt, nachdem der Herzog Carl seinen Antheil an der Herausforderung des v. Braun abgelängnet hatte, Metternich dafür halte, daß die Sache gar nicht an den Bundestag zu bringen sei, sondern daß der Herzog von Braunschweig veranlaßt werde, dem Könige von Großbritannien unverzüglich eine hinreichende Genugthuung zu geben.“ Metternich hatte also seinen eigenen Vorschlag Preußen gegenüber nicht eingehalten und sein eigenes unverlangtes Versprechen nicht gehalten. Indessen ließ sich dennoch Bernstorff nicht hinreißen zu einer entsprechenden Erklärung, sondern gab v. Keden nur im Allgemeinen einige mündliche Erläuterungen.

Während dieser Verhandlungen war in Frankfurt eine Erklärung von Hannover eingegangen, jedenfalls nach Stil und Form aus der Feder Münsters, welche das allgemeinste Aufsehn erregte. Der Schluß insbesondere schien auf ein energisches Auftreten Englands zu deuten. Viele Gesandte am Bundestage hatten sich bis dahin ausgesprochen, daß sie in der Angelegenheit, wenn sie an die Bundesversammlung zur Entscheidung gelange, für ein Austrägal-Gericht sprechen würden. Nach der Erklärung des Königs von England (Mitte Juli) änderten sie ihre Meinung. Der König hatte nämlich rund heraus gesagt: „Wenn der Bund nicht Schutz geben könne, so würde Sich Seine Majestät der

König von Großbritannien Selbst Recht und Schutz verschaffen. Hannover befinde sich im Zustande der Nothwehr.“ — Einige Bundestagsgesandten waren sogar so kühn, ganz im Geheimen, zu meinen, daß ja Hannover noch nicht im Stande der Nothwehr sich befände, indem ja Nothwehr nur erst bei wirklichem Angriff Platz greifen könne; hin und wieder wurde endlich geäußert, daß in diesem Satz das Princip „Mord gegen Mord“ durch Geltendmachung einer Nothwehr gegen die Mordanschläge des Herzogs ausgesprochen sei.

Die englischen Gesandten in Wien, Berlin und Frankfurt, insbesondere der letztere, Addington, hatten aber zugleich sehr energische Instructionen erhalten, so daß Metternich anfang für den Bestand des Bundes zu fürchten, wenn die Angelegenheit nicht bald beseitigt würde. Münch-Bellinghausen gestand dies endlich (28. September) in Frankfurt ein, um die Versuche zur Erledigung der Angelegenheit ohne Dazwischenkunft des Bundes zu rechtfertigen.

Während nun aber Oesterreich mit Preußen unterhandelte, um zu gemeinschaftlichen Schritten zu gelangen, versuchte Metternich im Geheimen England dahin zu bestimmen, daß die Zwistigkeit mit Herzog Carl nur unter österreichischer Vermittelung gütlich beseitigt werde. Allein, Diplomaten, wie Lord Aberdeen und Wellington waren so leicht nicht zu täuschen; sie sahen wohl ein, daß mit dem Zurückweisen Preußens, daß offen und ehrlich nur das Interesse der Sache selber im Auge gehabt hatte, das nach jeder Richtung hin sowohl das Interesse Deutschlands und das Ansehen seiner Fürsten, wie den Frieden mit den großen Mächten, wo diese so im Rechte waren, als der König von England, aufrecht zu erhalten strebte, eine schwere Niederlage am Bunde nicht zu vermeiden war. Mit Oesterreich gingen damals im Geheimen der badiſche Minister v. Versfelt und der badiſche Bundestagsgesandte Frh. v. Blittersdorff, wie wir das weiter unten noch specieller sehen werden, und — der russische Gesandte v. Anstett, weniger wahrscheinlich aus Neigung für Oesterreich, als aus von seinem Standpunkte nothwendiger Opposition gegen die am Bund durchgeführten Prinzipien, die dem russischen Interesse nicht genehm sein konnten, die aber in ihrer Consequenz unfehlbar in den preußischen Ansichten lagen. — Man ist vielfach der Ueberzeugung bis auf diesen Tag gewesen, daß Rußland und Preußen in allen politischen Hauptfragen damaliger Zeit einverstanden gewesen seien, allein mir ist es nicht zweifelhaft, und zwar nach genauer Einsicht diplomatischer Correspondenzen damaliger Zeit, daß Rußland in seinem Interesse den Bemühungen Preußens in vielen der Hauptfragen am deutschen Bunde entgegenwirkte.

Man ließ sich zwar von Englands Seite die vor Erledigung der Angelegenheit erfolgte Vertagung der Bundesversammlung gefallen — weil man wünschte, daß die Differenz noch immer durch Vermittelung erledigt würde — allein demungeachtet drängte man auf definitive Entscheidung. Die Vertagung der Bundesversammlung am 18. September ist zu merkwürdig und einzig in ihrer Art, als das sie hier zu übergehen wäre.

Wir haben oben gesehen, daß von Preußen und Hannover verlangt war, eine Vertagung der Bundesversammlung nicht eher eintreten zu lassen, bevor nicht Bericht und Beschluß über die braunschweigische Angelegenheit gefaßt sei. Nach der Bundesacte hat die Bundesversammlung das Recht, wenn die ihrer Berathung unterzogenen Gegenstände erledigt sind, auf eine bestimmte Zeit, jedoch nicht länger als vier Monate, sich zu vertagen (Art. 5).

Diese Bestimmung ist näher erläutert durch Bundesbeschluß vom 26. Juni 1817; aber die Hauptbestimmung ist nicht geändert; ebenso wenig durch die nachfolgenden Bundesbeschlüsse vom 20. September 1819 (B.-Protoc. 1819 S. 221), 17. Oktober 1820 (Protoc. S. 189), 30. Juli 1821 (Protoc. S. 230), 15. Juli 1822 (S. 208), 9. August 1827 (Sep. Protoc. fol. 560). Nur eine Vertagung konnte stattfinden. Das Präsidium aber wußte sich in der hannöverschen Angelegenheit zu helfen. Es vertagte nicht die Bundesversammlung, sondern entließ sie, betrachtete aber bei dem Wiederzusammentritt der Versammlung diese Entlassung auf unbestimmte Zeit als eine Vertagung, wie dies das Protokoll der Bundesversammlung vom 19. Januar 1829 nachweist. Dieses Vorgehen des Präsidiums war ein sehr gefährliches Präjudiz für die Zukunft, und es ist sehr zu verwundern, daß weder Preußen noch Hannover gegen solches Verfahren einen Einspruch erhoben. Da die geschriebene, nicht gedruckte Registratur über diese Entlassung der Bundesversammlung sehr schwer für Gelehrte und Staatsmänner zugänglich sein wird, so mag sie hier ihren Platz finden, um so mehr, als der Hauptinhalt derselben sich auf die hannöversische-braunschweigische Angelegenheiten bezieht.

Ungedruckte Registratur über die vertrauliche Sitzung der Bundesversammlung vom 18. September 1828.

Nach Unterzeichnung des Protokolls der 27sten Sitzung eröffnete der königl. kais. präsident Herr Gesandte:

Ob zwar der Stand der Bundestags-Geschäfte im Allgemeinen gestatten würde, die gewöhnlich im Monat August angetragenen Ferien der Bundesversammlung im Laufe dieses Monats eintreten zu lassen, so sehe sich Präsidium doch außer Stande die förmliche viermonatliche Vertagung zu proponiren, da es nicht angemessen erscheine, dieselbe früher eintreten zu lassen, als die bekannten Differenzen zwischen Hannover und Braunschweig ihrer definitiven Erledigung zugeführt sein werden.

Aus dieser Rücksicht und bei Ermangelung an anderweitigem Stoff zur Berathung der Bundesversammlung behält sich das Präsidium vor, die nächste Bundestags-Sitzung ansagen zu lassen, sobald die nebst den Erklärungen der vermittelnden Höfe erwartete Erwiderung der königl. hannöverschen Bundestags-Gesandtschaft auf die braunschweigische Beschwerde eingelangt sein wird, oder sobald die Arbeiten der in Wirksamkeit befindlichen Bundestags-Commissionen zur Berathung gereiften Stoff darbieten werden.

(Jetzt folgt kurze unwesentliche Bemerkung über den Urlaub des Freiherrn v. Handel als Protokollführer.)

Hannover. Der königlich großbritannisch hannöverschen Gesandtschaft gereicht der von dem kais. königl. österreichischen Präsidium gemachte Antrag zu einiger Beruhigung, daß bis zur Erledigung der zwischen Ihren Allerhöchsten Regierungen und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig obwaltenden Streitigkeiten, welche theils von letzterem an diese hohe Versammlung gebracht sind, theils bei fernerer Erfolglosigkeit der von den kais. königl. österreichischen und königl. preussischen Höfen übernommenen Vermittelung der diesseitigen Beschwerden nur durch die kräftige Einschreitung des Bundestages ihre Erledigung erhalten können, die gewöhnlichen Bundestags-Ferien diesmal nicht eintreten sollen.

Die königl. hannöversche Gesandtschaft bezweifelt auch nicht, daß dieser Antrag den Beifall der hohen Versammlung finden werde, nachdem ihr nur zu wohl die bundesfreundlichen Gesinnungen sämmtlicher allerhöchsten und höchsten Regierungen gegen Seine Majestät den König von Großbritannien und Hannover, sowie der rege persönliche Eifer der verehrlichen Mitglieder dieser hohen Versammlung bekannt geworden sind, womit solche nie aufgehört haben, die gemeinsamen Interessen des deutschen Vaterlandes und die besonderen sämmtlicher hohen Bundesgenossen im ächt föderativen Sinne wahrzunehmen und einer möglichst baldigen Erledigung zuzuführen. Darum giebt sich die königl. hannöversche Gesandtschaft auch gern der Hoffnung hin, daß selbst die beschlossene vorläufige Einstellung der Sitzungen die sämmtlichen verehrlichen Bundestags-Gesandtschaften gewiß nicht außer Stand setzen werde, sobald es erforderlich sein sollte, die sofortige kräftige Einschreitung des Bundestages durch ihre persönliche Gegenwart möglich zu machen. Diese Erwartung, dieses Vertrauen in die hohe Versammlung auszusprechen, ist die Gesandtschaft von ihrer allerhöchsten Regierung angewiesen worden.

Die Bundes-Versammlung genehmigte die Präsidial-Präposition.

Zur Beglaubigung

(gez.) Freiherr v. Sandel.

Siebentes Kapitel.

Die Vermittelungsverhandlungen Oesterreichs und Preussens. — Diplomatische Correspondenz und mündliche Verhandlungen.

(Fortsetzung.)

Gerade als die Vertagung der Bundesversammlung eintrat, gelangten weitere Eröffnungen von Oesterreich und Hannover nach Berlin; die ersteren überbrachte der Freiherr v. Werner mündlich. Sie enthielten nicht sowohl eine Antwort auf die energischen Vorschläge Preussens, als vielmehr eine Darstellung der Schwierigkeiten, welche es bedenklich machten, die Angelegenheit überhaupt an den Bund gelangen zu lassen. Diese waren besonders in einem Memorandum entwickelt, von welchem der Frhr. v. Werner keine Abschrift dem preussischen Minister übergab. Der Inhalt dieses Memorandums erstreckte sich indessen nur auf die früher nach und nach gemachten Einwendungen Oesterreichs und waren hier nur conciser zusammengestellt. Bernstorff begnügte sich in seiner Antwort auf seine lange Correspondenz nach Wien und die darin entwickelten Ansichten hinzuweisen und die Schwierigkeiten, welche Oesterreich erhob, als nicht bedeutend zu bezeichnen. Als im Verfolg der Unterredung Frhr. v. Werner, nach Ansicht des österreichischen Hofes, nochmals die Vermittlung der Mächte als zweckmäßig bezeichnete, erklärte sich Graf Bernstorff wiederum bereit, darauf einzugehen, wenn sich nur die Aussicht eines Erfolges zeige. Er fragte den Frhrn. v. Werner, wie es möglich sei, daß durch die beiden Höfe, deren Thätigkeit nicht in Entscheidung von Streitfragen, nicht in Vollziehung einer solchen Entscheidung durch Zwangsmaßregeln, sondern in einer Vereinigung der streitenden Theile über Art und Maß der Genugthuung durch das Mittel von Vorstellungen sich wirksam erzeigen könnten, der Streit geschlichtet werde. Forderten dieselben nur diejenige Genugthuung, worüber sie früher mit dem Herzoge von Braunschweig übereingekommen wären, so würde sich Hannover nicht damit zufrieden erklären. Gingen die beiden Höfe aber weiter, und legten sie dem Herzoge noch andere und härtere Bedingungen vor, so dürften sie sich nicht mit der Hoffnung täuschen, daß sie ihn zur Annahme derselben bewegen würden, nachdem er sogar verweigert habe, die früher verabredete Genugthuung zu leisten. Zunächst, schloß Bernstorff die Unterredung mit Werner, müsse Preußen erst die Bedingungen näher kennen lernen, unter welchen Hannover den Antrag wegen der Braunschens Forderung bei dem Bunde unterlassen wolle?

Bernstorff hatte um so größeres Recht, hierüber erst Auskunft zu verlangen, als bereits Mitte des Monats September Frankreich angefangen hatte, sich in diese innere deutsche Angelegenheit zu mischen. Oesterreich und Frankreich hatten in Frankfurt gemeinschaftlich den englischen Gesandten

am Bundestage, Abdington, dahin zu bestimmen gesucht, daß er die Braunsche Forderung als eine Privatsache zwischen Münster und Braun ansehen wolle; Abdington sprach sich zum Erstaunen Stralenheims, Lerchenfelds und Naglers in diesem Sinne aus. Der außerordentliche Bevollmächtigte des Herzogs Carl, Obrist v. Buttlar, und der merkwürdige Spion, Witt von Döring, der so verschiedenartige Rollen in Frankreich, der Schweiz, Deutschland und Italien gespielt hatte*), unterrichteten natürlich den Herzog sofort hiervon, ohne daß es Oesterreich nöthig gehabt hätte. Beide befanden sich natürlich damals in Frankfurt.

Sowohl Oesterreich als auch Frankreich bemerkten an der Haltung, welche Preußen in dieser Angelegenheit eingenommen, und an den Bedingungen, welche es zugleich gestellt hatte, daß der König Friedrich Wilhelm III. im Begriff stand, einen bedeutenden Schritt in der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland vorwärts zu thun, und den moralischen Einfluß Preußens gegenüber der zweizüngigen Haltung Metternichs zu verstärken. Deshalb gemeinsames Wirken Oesterreichs und Frankreichs gegen die preussischen Vorschläge. Jedenfalls wurde Bernstorff von diesen Intriguen rechtzeitig unterrichtet und nicht minder Graf Münster und Lord Aberdeen. Denn Nagler, der preussische Bundestagsgesandte, war bei allen reactionären Neigungen ein ebenso wachsamer und treuer Diener der Interessen Preußens in dieser Angelegenheit, als später (1855) der Herr v. Bismarck-Schönhausen in der kurhessischen Verfassungssache.

In Wien war unterdessen Metternich nicht müßig geblieben, seinen Plan der alleinigen Vermittelung Oesterreichs durchzuführen und hierin wurde er durch den Präsidialgesandten, Frhr. v. Münch, nach allen Kräften unterstützt. Münch war noch weit mehr, als Metternich, gegen eine Vermittelung Preußens mit Oesterreich gemeinschaftlich. Metternich bestimmte den hannoverschen Gesandten zu Wien, Grafen v. Meerveldt unter dem 18. August 1828 nach London zu berichten, daß der König von Großbritannien die Anzeige des Braunschen Vorfalls und den damit zu verbindenden Anträgen beim Bunde noch Anstand geben und daß er seine Einwilligung zu einem weiteren Vermittlungsversuch bei dem Herzog geben möchte. Man ging in London darauf ein, aber unter folgenden Bedingungen: daß eine Frist von einem Monat gesetzt werde, innerhalb deren der Herzog sich mündlich und schriftlich zur Leistung der vorzuschreibenden Bedingungen verbindet und dieselben ausführe, und daß während dieser Zeit die Bundesversammlung versammelt bleibe, um bei Weigerung sogleich die erforderlichen Maßregeln zu nehmen. Als diejenigen Forderungen, welche an den Herzog zu stellen wären, wurden in Hannover folgende bezeichnet:

- 1) Widerruf des Decrets vom 10. Mai 1827;
- 2) Absendung eines Gesandten, um dem Könige ein Entschuldigungs-Schreiben zu überbringen;
- 3) Versprechen, unter Garantieleistung Oesterreichs und Preußens, daß der Herzog künftig ähnlicher Vergehen, als die begangenen, sich nicht wieder schuldig machen wolle und daß Niemand wegen des Vergangenen von ihm verfolgt werden solle;
- 4) Bestrafung des v. Braun, allenfalls auch schriftliche Abbitte desselben;

*) Vergl. meine Geschichte der politischen Untersuchungen. Frankfurt 1860.

- 5) Ertheilung des Abschiedes an den Geh. Rath v. Schmidt-Bisfelbeck und Ersatz seiner Effecten und Bücher;
- 6) Restitution der Pension des Kammerherrn v. Vinsingen.

Wir haben oben gesehen, auf welche Weise Metternich und Münch Mittel fanden, die hannoverschen Forderungen wiederum hinauszuschieben, und zugleich, wie Metternich, während er mit Preußen die Unterhandlungen wegen gemeinschaftlicher Vereinbarung anregte und gegen den Willen Preußens fortsetzte, im Stillen dahin wirkte, die Angelegenheit allein ohne Preußen zu ordnen. Friedrich Wilhelm III, obwohl ohne Zweifel von den Intriguen Oesterreichs vollständig unterrichtet, ging auf dem von ihm betretenen offenen und ehrlichen, im wahrhaften Interesse Deutschlands betretenen Wege nicht ab. Wir werden weiter unten (im zweiten Abschnitt) sehen, daß die Hauptfragen der deutschen Interessen durch diese persönlichen Zwistigkeiten von Metternich in Hintergrund geschoben werden sollten. Das preussische Cabinet, welches sich bis dahin die strengste Unparteilichkeit zum Gesetz gemacht hatte, sprach sich gegen Oesterreich in einer Note vom 16. October 1828 offen und freimüthig aus, theilte aber zugleich seine Gedanken dem hannoverschen Cabinet mit, unterrichtete aber auch zugleich hiervon Metternich.

Das preussische Cabinet erklärte sich dahin:

„Der königl. hannoversche Hof will die Sache bei dem Bunde nicht verfolgen, wenn durch die Vermittelung der beiden Höfe, Preußen und Oesterreich, die von ihm aufgestellten Bedingungen der zu leistenden Genugthuung binnen Monatsfrist von dem Herzog angenommen und ausgeführt werden.

Es kommt zunächst auf eine Prüfung der Natur dieser Bedingungen an, ob und inwiefern sie an sich von der Art sind, daß Preußen und Oesterreich kein Bedenken haben können, im Wege der Vermittelung den Herzog zur Annahme derselben aufzufordern. Hierbei ist vor allen Dingen der Standpunkt der beiden Höfe in Betracht zu ziehen. Könnten sie wahrhaft versöhnliche Gesinnungen bei dem Herzoge voraussetzen und irgend die Hoffnung nähren, daß er zu bewegen sei, das Vergangene zu vergessen, das von seiner Seite gethane Unrecht einzusehen und alle Wirkungen seines Hasses aufzuheben, so würde Preußen keinen Anstand nehmen, den Herzog zu solchen Schritten, Maßregeln und Erklärungen aufzufordern, wodurch alle von Hannover aufgestellten Bedingungen, wenn auch nicht der Form doch dem Wesen nach, erfüllt würden. Aus diesem Gesichtspunkte begann es mit Oesterreich die Vermittelung; nachdem aber die unmittelbaren Ermahnungen Sr. Majestät des Königs und auch alle späteren Versuche der beiden Höfe bei dem Herzoge völlig fruchtlos gewesen waren, so mußte man jenen Gesichtspunkt ganz aufgeben und konnte von dem Herzoge nur dasjenige fordern, was nach der Ueberzeugung der beiden Höfe in dem strengen Rechte beruhte und demgemäß zu erzwingen wäre. Dies ist der Maßstab, welchen wir auch jetzt bei Prüfung der von Hannover aufgestellten Bedingungen allein anlegen zu können glauben. Hiernach würde die Forderung der beiden ersten Bedingungen

- 1) Widerruf des Decrets vom 10. Mai v. J.,
- 2) Absendung eines Gesandten mit einem Entschuldigungsschreiben keinem Bedenken unterliegen, indem es gerade diese sind, worüber die vermittelnden Höfe mit dem Herzoge schon übereingekommen waren. Mancherlei ist dagegen in Absicht der dritten Bedingung zu erinnern,
- 3) wonach der Herzog, unter Garantie Oesterreichs und Preußens, das Ver-

sprechen geben soll, sich künftiger ähnlicher Vergehen als die begangenen nicht schuldig zu machen, und daß Niemand wegen des Vergangenen von ihm verfolgt werden soll.

Der Herzog würde es für eine Beleidigung ansehen, wenn die vermittelnden Höfe eine Aufforderung an ihn erlassen wollten, wonach sie ihn für fähig hielten, künftig Handlungen zu verüben, welche den Stempel von Vergehen an sich tragen könnten. Eine solche Aufforderung setzt mindestens voraus, daß Handlungen und Vergehen als erwiesen oder doch höchst wahrscheinlich gemacht bereits vorliegen, welche einen Verdacht begründen, daß ähnliche ihnen wohl noch folgen könnten. Es müßte hiernach der Aufforderung des Herzogs eine Erörterung über geschehene Handlungen zwischen den vermittelnden Höfen und ihm vorausgehen, die jedoch zu keinem Resultate führen würde. Geht man aber von einem völlig begründeten Verdacht aus, so wird der Herzog doch nie zur Ausfertigung jenes Versprechens ohne wirklichen Zwang sich bequemen, und diesen können die vermittelnden Höfe nicht anwenden. Ebenso wenig vermögen diese eine Garantie zu übernehmen, welche sich im vorkommenden Falle durch Anwendung von Zwangsmaßregeln gegen den Herzog wirksam erzeigen sollte. Eine solche besondere Stellung der beiden Mächte verträgt sich nicht mit dem Bundes-Verhältnisse. Hannover mag nicht mit Unrecht Sicherstellung seiner Staatsdiener gegen künftige Verfolgungen des Herzogs verlangen. Diese kann ihm aber nur durch den Bund gewährt werden. Ueber die Art, wie dies zu bewirken ist, haben wir uns schon früher im Allgemeinen geäußert. Ich füge hier dem früheren Bemerken noch einiges hinzu. Sobald der Bund einmal die Nothwendigkeit der Sicherstellung anerkannt hat, ist es ganz folgerichtig, daß von ihm der Beschluß gefaßt werde: ein weiterer Angriff gegen das Leben, die Ehre und das Eigenthum eines hannoverschen Staatsdieners um der bisherigen Irrungen willen würde als ein Vergehen gegen den Bund im Ganzen und gegen desseneinzelne Staaten angesehen und der Thäter in jedem einzelnen Staate ebenso bestraft werden, als wenn seine Handlung gegen einen Diener oder Unterthan desselben gerichtet gewesen wäre. Ein solcher Beschluß möchte wohl Jedem zurückschrecken, dem Herzog zur Ausübung seiner Rache als Werkzeug zu dienen.

4) Die Bestrafung des von Braun ist uns schon früherhin als eine Maßregel erschienen, welcher der Herzog sich nicht entziehen kann. Die Suspension vom Amte und der kurze Arrest, welcher über den von Braun verhängt gewesen sein soll, ist aber für keine angemessene Bestrafung zu achten. Einmal muß eine förmliche gerichtliche Untersuchung vorausgehen, weil diese das einzige Mittel ist, den Verdacht der Theilnahme an der Herausforderung von dem Herzog völlig abzuwälzen. Sodann gewährt auch nur eine solche Untersuchung und die darauf folgende Bestrafung Sicherheit gegen die Wiederholung ähnlicher Vergehen. Was wäre es auch, wenn jeder unter dem Vorgeben des Eifers und der Treue für seinen Landesherrn die hannoverschen Staatsdiener, welche der Herzog haßt, ungestraft an ihrem Leibe, ihrer Ehre oder Eigenthum angreifen könnte! Würde nicht geradezu, da der Herzog nicht aufhören will zu hassen, eine stete Aufmunterung zu Vergehen damit gegeben sein? Nur wenn der Herzog wirklich versöhnlichen Gesinnungen Raum geben und alles Geschehene vergessen wollte, ließe sich mit Sicherheit erwarten, daß Niemand mehr sich finden würde, welcher durch ein Vergehen, wie das des von Braun, Treue und Liebe für seinen Landesherrn beweisen zu können glauben möchte. Nur alsdann könnte auch von einer milderen Behandlung des Vergehens des von Braun selbst die Rede sein.

In Beziehung auf die zweite Bedingung nämlich:

- 5) Die Ertheilung des Abschiedes an den Geheimen Rath von Schmidt-
Phiselsbeck und Ersatz seiner Effecten und Bücher,

haben wir uns schon früher darüber ausgelassen, warum dieser Gegenstand von dem Standpunkte aus, welcher einmal den vermittelnden Höfen gegeben ist, nicht füglich unter die Forderungen derselben an den Herzog aufgenommen werden kann. Wir mißbilligen zwar im höchsten Grade das Verfahren des Herzogs gegen den Geheimen Rath von Schmidt und sind auch der Meinung, daß die von dem Herzoge wegen der von Schmidtschen Sache bei dem Bunde angebrachte Beschwerde mit förmlicher Aeußerung dieser Mißbilligung von dem Bunde zurückzuweisen sei. Ebenso wenig würden wir unsrerseits Bedenken tragen, wenn Hannover bei Gelegenheit der von ihm vorbehaltenen Erklärung auf die eben-geachtete Beschwerde bei dem Bunde den Antrag machen wollte, daß der Herzog den Geheimen Rath von Schmidt wegen aller solchen Handlungen, die in die Periode der vormundschaftlichen Regierung fallen und von Seiner Majestät dem König von Großbritannien und Hannover, als Vormund, unmittelbar vertreten werden, unangefochten zu lassen, wegen seiner späteren Diensthandlungen nach Antritt der Regierung des Herzogs aber, mit Aufhebung aller bis jezo ergangenen willkürlichen Verfügungen, es dem Urtheil eines unpartheißchen Gerichts zu überlassen habe, ob irgend Grund zu einem Verfahren wider den Geheimen Rath von Schmidt vorhanden sei, einen solchen Antrag kräftigst zu unterstützen. Wir glauben aber nicht, die Ertheilung des Abschieds an den Geheimen Rath von Schmidt als eine Forderung an den Herzog aufstellen zu können, weil dies uns in eine endlose Erörterung über die Dienstführung des Geheimen Rathes von Schmidt seit Antritt der Regierung des Herzogs verwickeln würde, wobei er uns überdem noch den Einwand machen könnte, daß die Frage, ob unter den angegebenen Umständen

der Geheime Rath von Schmidt alles und jedes Anspruchs von Seiten des Herzogs für ledig zu achten sei,
nur durch ein Gericht entschieden werden könnte.

Endlich glauben wir, was die
sechste Bedingung, oder die Restitution der Pension des Kammerherrn von Vinsingen

betrifft, daß auch hieraus keine Forderung der vermittelnden Höfe an den Herzog gemacht werden könne, indem dieser ebenfalls den Einwand machen würde, daß die desfallsige Frage eine neue richterlich zu entscheidende Rechtsache sei.

Aus diesen zu den einzelnen sechs Bedingungen gemachten Bemerkungen ergiebt sich, daß nach unserer Ansicht nur die erste und zweite Bedingung und von der dritten Bedingung die Bestrafung des von Braun allein von den vermittelnden Höfen, aus dem für sie einmal gegebenen Standpunkte, allein als Forderungen an den Herzog von Braunschweig gestellt werden könnten, daß dagegen die übrigen Bedingungen Punkte enthalten, in Ansehung welcher eine für Hannover befriedigende Erledigung gar nicht als eine Aufgabe der Vermittelung aufzufassen, sondern lediglich auf dem eben angedeuteten Wege einzuleiten sein möchte.

Hier entsteht nun aber die weitere Frage, ob es den Wünschen der königl. hannöverschen Regierung entsprechen kann, daß die beiden Höfe einen Versuch wegen Annahme der ersten, zweiten und vierten Bedingung bei dem Herzoge von Braunschweig machen, indeß die Gegenstände der übrigen Bedingungen einer

anderweiten Verhandlung vorbehalten bleiben. Kann es die gedachte Regierung für rathsam halten, den Erfolg jenes Versuchs abzuwarten, da wegen der meisten übrigen Punkte, insbesondere wegen der Angelegenheit des Geheimen Rathes von Schmidt-Phiseldack, die Einmischung des Bundes doch nicht wird vermieden werden können?

Gesetzt aber auch, Hannover erklärte sich damit zufrieden, daß die vermittelnden Höfe ihre Forderungen nur auf die erste, zweite und vierte Bedingung stellten, welche Aussicht haben die beiden Höfe, daß sie, in der Stellung von Vermittlern, welche ihnen keine Anwendung von Zwangsmaßregeln erlaubt, den Herzog zur Annahme derselben bewegen würden? Ist diese etwa durch neuere Handlungen des Herzogs, welche gegenwärtig auf eine größere Nachgiebigkeit desselben gegen die beiden Höfe schließen lassen, vermehrt worden? Wir ersehen aus einer uns mitgetheilten Depesche des Herrn Fürsten von Metternich an den Herrn Grafen von Trautmannsdorff vom 25. August d. J., daß ersterer die Gelegenheit einer Unterredung über den von Braunschen Vorfall mit dem herzoglichen Geschäftsträger am Wiener Hofe, Freiherrn von Erstenberg, benützt hatte, um mit aller Freimüthigkeit die Ansichten darzulegen, welche beide Höfe über das Erforderniß der Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover wegen Erlassung des Patents vom 10. Mai v. J. gebührenden Genugthuung unwiderruflich gefaßt hätten und auch nöthigenfalls am Bundestage geltend zu machen fest entschlossen seien. Der Herr Fürst war überzeugt, daß der Freiherr von Erstenberg alle seine Aeußerungen getreu nach Braunschweig berichten würde, und stand nun in der Erwartung, ob und welche günstige Wirkung bei dem Herzoge dadurch hervorgerufen werden würde. Was war aber der Erfolg? Daß der Herzog in den durch seinen Geschäftsträger später abgegebenen Erklärungen die Absendung des Entschuldigungsschreibens durch einen eigenen Abgeordneten nach London fortgesetzt verweigerte, ja dem Herrn Fürsten von Metternich bestritt, daß er sich je zu einer solchen Bedingung in Absicht der zu leistenden Genugthuung verstanden habe. Läßt sich denken, daß der Herzog irgend eine neue Bedingung, namentlich die, daß der von Braun zur förmlichen Criminal-Untersuchung zu ziehen sei, sich gefallen lassen werde, da er nach seinen neuesten Erklärungen nicht einmal die früher verabredete Genugthuung leisten will? Liegt nicht in den neuesten Handlungen des Herzogs, indem er das in Braunschweig zurückgebliebene Eigenthum des Geheimen Rathes von Schmidt-Phiseldack hat in Beschlag nehmen und öffentlich veräußern lassen, indem er ferner einen jungen braunschweigischen Beamten, welcher mit der Tochter des Geheimen Rathes von Schmidt verlobt ist, bloß deshalb seiner Stelle entsetzt hat, weil er seinem künftigen Schwiegervater einen Besuch machte, ein solcher Beweis hartnäckiger Rücksichtslosigkeit auf die ganze bisherige Intervention der beiden Höfe, daß diese unmöglich von bloßen erneuerten Vorstellungen, welchen kein anderer Nachdruck zu geben ist, als die schon öfters gegen den Herzog gemachte Drohung, daß die Ansichten der beiden Höfe unwiderruflich gefaßt seien und nöthigenfalls bei dem Bunde geltend gemacht werden würden, den geringsten Erfolg sich noch versprechen können?

Unter diesen Umständen können wir einen neuen Versuch der Vermittelung bei dem Herzoge nicht mehr für angemessen halten. Es steht uns noch im lebhaften Andenken, in welchem anmaßenden, rücksichtslosen Tone er die diesseitigen letzten Eröffnungen durch sein Ministerium hat erwiedern lassen. Da wir nach dem neuesten Betragen des Herzogs auch nur ähnliche Aeußerungen voraussehen

können, so müssen wir um so mehr Bedenken tragen, die Verhandlung mit ihm wieder aufzunehmen, als sie, ohne Frucht in der Sache nur unsere Würde compromittiren möchte.

Euer ersuche ich ergebenst, dem Herrn Fürsten v. Metternich den Inhalt dieses Schreibens mitzutheilen und dabei zu erklären, daß wir von der früher von uns eröffneten Ansicht nicht abzuweichen vermöchten, wonach die ganze Angelegenheit von Hannover ohne weiteres bei dem Bunde anzubringen und hier von Oesterreich und Preußen mit Ernst und Nachdruck in dem von uns näher angedeuteten Sinne, auf eine angemessene Erledigung einzuwirken wäre.

In dieser Ansicht könnte nur alsdann eine Aenderung hervorgebracht werden, wenn der kais. k. österr. Hof uns ganz neue Umstände und Thatfachen anzugeben wüßte, woraus eine wirklich begründete Hoffnung zu schöpfen wäre, daß der Herzog zu einer vollständigen Ansöhnung, wie man sie zuerst ihm vorschlug, oder zur Annahme der gegenwärtigen von Hannover aufgestellten 6 Bedingungen geneigt seyen, und es nur noch einer von den vermittelnden Höfen an ihn zu erlassenden Aufforderung bedürfe."

Als Metternich die preussischen Ansichten durch Maltzahn mitgetheilt wurden, erkannte er zwar im Ganzen den historisch dargelegten Standpunkt der preussischen Regierung in dieser Angelegenheit als richtig an. Allein ganz unerwartet erhob er zwei Anstände. Er meinte nämlich in einer mündlichen Verhandlung mit Maltzahn, daß Preußen nicht den gehörigen Nachdruck auf die Wirkungen der von dem Grafen v. Münster publicirten Druckschrift gelegt habe, woraus denn der natürliche Schluß folgte, daß der Herzog von Braunschweig durch die im Auftrage des Königs von England von Münster verfaßte Wiederlegungsschrift zu seinen extravaganteren späteren Schritten gereizt sei. In Bezug auf die Depesche des Grafen von Meerveldt vom 18. August äußerte er aber Folgendes: Er, Metternich, habe sich, der Verabredung mit dem preussischen Hofe gemäß, jeder Eröffnung gegen den hannöverschen Gesandten in dieser Angelegenheit enthalten, dieser aber sei zu ihm gekommen und habe ihn dringend ersucht, zu verhindern, daß die Sache an den Bundestag gelange, auf die Antwort Metternichs, daß bei dermaliger Lage keine Meinung von Seiten Oesterreichs ausgesprochen werden könne und jedenfalls nichts ohne vorgängige Besprechung mit dem berliner Cabinet sich beschließen lasse, habe Graf v. Meerveldt darauf bestanden, ihm wenigstens zu erlauben, seine Ansichten näher zu entwickeln; dies sei ihm gestattet, aber Metternich sei darauf nicht näher eingegangen. In Folge dieser Unterredung habe nun der Graf Meerveldt einen Bericht an seinen Hof erstattet, in welchem er seine eigenen Raisonsnements und Vorschläge dem Fürsten Metternich in den Mund lege. Metternich veranlaßte nun den Grafen Meerveldt dies anzuerkennen, was dieser mit der Bemerkung that, daß man in Hannover seinen Bericht mißverstanden haben müsse.

Da Preußen durch seinen Gesandten in Wien sich so bestimmt ausgesprochen hatte, keine conciliatorischen Versuche bei dem Herzog von Braunschweig mehr anzustellen, so hielt Metternich eine bereits fertig gewordene Depesche an den österreichischen Gesandten in Berlin zurück. In dieser Depesche hatte Oesterreich den Vorschlag gemacht, vorerst Hannover zu einer Herabspannung seiner Forderungen zu bewegen und demnächst mit mehr Hoffnung des Erfolges einen letzten Versuch bei dem Herzog von Braunschweig zu machen.

Zugleich sprach aber Metternich seine Bedenken wiederholt aus, die Sache an den Bund zu bringen. Sollte sie aber dorthin gelangen, so müßten Oesterreich und Preußen, die dann aufhörten, Vermittler zu sein, und wie die übrigen Bundesglieder in eine richterliche Stellung übergehen, sich jeglicher Erinnerung an das von dem Augenblicke an abgebrochene Vermittlungsgeschäft enthalten. Der preussische Gesandte Graf Maltzahn erinnerte aber hierbei den Fürsten Metternich, daß es sich hierbei schwerlich vermeiden lassen würde, dem am Bundestage abzugebenden Botum eine kurze Uebersicht der fehlgeschlagenen Vermittlungsversuche voranzuschicken, da das letzte Botum der beiden Mächte am Bundestage bereits dahin gegangen sei. Dies mußte Metternich zugeben, allein er beharrte bei der Ansicht, das alles weitere Eingehen in das Geschichtliche der abgebrochenen Vermittlungsverhandlungen sorgfältig vermieden werden müsse.

Preußen ließ sich leider damals bestimmen, auf diese Ansicht des Fürsten Metternich einzugehen, und gab dadurch vor der öffentlichen Meinung seine besten Waffen aus den Händen. Wären die gesammten Verhandlungen, deren wesentlicher Inhalt bisher in dieser Schrift gebracht ist, der Bundesversammlung vorgelegt, so würde die Niederlage Metternichs ein Jahr später eine vollkommene gewesen, das moralische Ansehen Preußens bedeutend gestiegen und damit sein Einfluß vermehrt worden sein. So aber setzte Metternich durch, daß in die ohnehin dem deutschen Volke, selbst den Lehrern des Staatsrecht und der Staatswissenschaft an den Hochschulen vollständig unzugänglichen Bundes-Protocolle nur ein sehr dürftiger Auszug der Vermittlungs-Verhandlungen abgedruckt wurde. Preußen hat durch solche unnöthigen, überzarten Rücksichten zum Oesteren seine eigenen Interessen hintenangesezt, was um so mehr zu bedauern bleibt, als in mehreren solcher Fälle die preussischen und die deutschen Interessen Hand in Hand gingen. (Siehe Vorrede). Die damals vollständig vorgelegten Unterhandlungen hätten später (1830. 1831) eine Discussion am Bundestage hervorgerufen, die von großen weit greifenden Folgen hätte sein können. Mehr, wie eine deutsche Regierung würde gesehen haben, in welcher abscheulichen Weise sie von Metternich dupirt worden war.

Gegen die in der preussischen Depesche vom 16. Oktober 1828 entwickelten Ansichten hatte Metternich noch ein Bedenken in Bezug auf die Braun'sche Angelegenheit. Er müsse, sagte er in dem weiteren Verlauf der mündlichen Unterredung mit Maltzahn, gegen das Vorausgehen einer gerichtlichen Untersuchung vor der Bestrafung des v. Braun Einsprache thun, weil sich in vielen Beziehungen hierbei Bedenken erheben lassen könnten; es entstände nämlich die Frage: vor welchem Gerichte diese Untersuchung geführt werden solle, welche Genugthuung stattfinden könne, wenn als Resultat dieser Untersuchung die von Hannover behauptete Theilnahme des Herzogs an der v. Braun'schen Herausforderung sich ergäbe, wer in diesem Falle über den Herzog richten solle &c. &c. Begreiflich war allerdings, wie wir oben aus den Actenstücken gesehen haben (S. 74), daß zwei Zeugen, wie der General v. Arrentschild und v. Bülow waren, wenn sie vereidigt und zum Zeugniß gezwungen wurden, die ganze Wahrheit aussagen mußten. Dies zu verhindern, lag Metternich besonders am Herzen. Deshalb die Bemühung Metternich's und Münch's in Frankfurt

(Mitte September, siehe S. 84) selbst mit französischer Hülfe die Braun'sche Herausforderung als eine Privatsache zu erklären.

Metternich sprach sein „lebhafte Bedauern“ gegen den preussischen Gesandten über den Vorschlag seines Hofes „um so mehr“ aus, als diese nach seiner Ueberzeugung in der Ausführung unüberwindlichen Schwierigkeiten unterliegende Idee früher von Preußen ausgesprochen sei, als von Hannover und daß dieses letztere die von Preußen angeregte Idee sich zu eigen machen könne und werde. Deshalb werde Oesterreich in der Braun'schen Angelegenheit nur dahin am Bunde sich aussprechen, daß von einer Untersuchung dieser Angelegenheit Abstand genommen werden müsse. Auch in der Schmidt-Philfeld'schen Angelegenheit wollte sich Metternich nicht unbedingt zu Gunsten Hannovers und am Bundestage aussprechen, wie es Preußen beabsichtigte. Metternich äußerte sich gegen Falkenhahn dahin, daß er die Verhandlung dieser Angelegenheit am Bundestage deshalb so sehr scheue, weil einmal nicht zu läugnen sei, daß auch Hannover sich manches Unrecht gegen Braunschweig habe zu Schulden kommen lassen, jedenfalls nicht zu vermeiden sein werde, daß wenn der Herzog von Braunschweig seinerseits Gegenklagen vorbringen und z. B. bei dem Bundestage auf Genugthuung für die ihm von dem Grafen Münster durch die von diesem Minister amtlich publicirte Druckschrift zugefügte Beleidigung oder auf Untersuchung der Frage wegen des Eintritts der Großjährigkeit nach braunschweigischen Hausgesetzen u. s. w. antragen sollte, auch dergleichen Anträge von Seiten des Bundestages in Erwägung gezogen, und ihnen, soweit der Bundestag sich competent erklären würde, Folge gegeben werden müßte; weil endlich bei der schon vielfältig gemachten Erfahrung, daß die Sache des Mindermächtigen bei den übrigen Bundesgliedern nur zu leicht gegen die mächtigeren Bundesstaaten Fürsprache finde, wohl zu fürchten stehe, daß Oesterreich und Preußen nicht mit Bestimmtheit auf die Majorität der Stimmen rechnen könnten, wenn auch dieselben bis jetzt ohne Ausnahme dem Herzog von Braunschweig Unrecht zu geben schienen.

Die zwei Hauptbedingungen, des Widerrufs des braunschweigischen Edicts vom 10. Mai 1827 und des Entschuldigungs-schreibens an den König wollte Metternich annehmen.

Ungefähr zu dieser Zeit hatte eine Abtheilung hannoverscher Truppen im Amte Heddinghausen (12. Oktober 1828) das braunschweigische Gebiet bei Gelegenheit eines Manoeuvres betreten und verlegt. Obwohl nun Hannover sich hierüber unaufgefordert bei den großen Mächten und in einer öffentlichen Bekanntmachung entschuldigte, so nahm doch der Herzog von Braunschweig sogleich Gelegenheit durch diesen Zwischenfall eine neue Verzögerung der Verhandlungen herbeizuführen. Er ließ durch seinen Geschäftsträger in Wien, den Freiherrn v. Erstenberg, sich bitter über die, wie er sagte, muthwillige Grenzverletzung beschweren und die hannoversche Regierung ausdrücklich beschuldigen, daß dies auf Befehl der hannoverschen Regierung in der Absicht den Herzog zu beleidigen geschehen sei. Erstenberg bemerkte zugleich, daß sich der Herzog an den Bund deshalb wenden werde. Metternich war zu ruhig, um nicht sofort Erstenberg darauf aufmerksam zu machen, daß nach dem bei dergleichen Vorfällen gebräuchlichen Geschäftsgange, die braunschweigische Regierung, ehe sie den beabsichtigten Schritt thue, erst im Wege directer Verhandlung von Hannover Aufklärung über das Vorgefallene und eventuell Genugthuung zu verlangen haben werde, und daß erst nach dem Ausfall der darauf zu erwartenden Antwort sich ergeben könne, ob zu einem Schritte beim Bundestage Veranlassung

vorhanden sei. Indessen war durch diesen Zwischenfall die Verhandlung wieder hinausgeschoben. In Frankfurt ruhte natürlich während der Vertagung der Bundesversammlung alles; Münch hatte seine gewöhnliche Ferienreise angetreten. Der Zeitpunkt des Zusammentritts der Bundesversammlung trat mit dem 19. Januar 1829, dem Ablauf der geschäftsordnungsmäßigen Frist von vier Monaten, ein. In der Sache war nichts geschehen, als daß das Bestreben Metternich's und Münch's immer deutlicher an das Licht trat, durch Oesterreich allein die Angelegenheit zu erledigen.

Während der Verhandlungen vom September 1828 bis zum Frühjahr 1829 hatte man in Frankfurt in der Bundestags-Commission den Bericht vorbereiten müssen; Blittersdorf war Berichterstatter, die Commission bestand aus Oesterreich (Münch), Preußen (Nagler), Baiern (Verchenfeld), Sachsen (Vindenau) und Baden (Blittersdorf). Blittersdorf hatte sein Gutachten längst (Herbst 1828) fertig gearbeitet und ganz im österreichischen Sinne gehalten; er sendete dies nach Wien, ohne Münch davon Mittheilung zu machen, wogegen Münch ebenfalls ohne Wissen und gegen Erwartung Blittersdorfs mit dem englischen Gesandten Fald (wie schon früher, September 1828, mit Stralenheim) conferirte; so daß der letztere nach London darüber berichtet hatte. Auch Stralenheim war von Münch ein Entwurf zu einem Ausschußantrage im September 1828 zugegangen; man ging aber in London nicht darauf ein. Münch hatte auf Grund der Conferenzen einen Entwurf eines ganz anderen Beschlusses oder Antrages, als Blittersdorf ihn in seinem Referate gemacht, an Fald gegeben; dieser aber hatte sich geweigert darauf einzugehen und sich seine Bemerkungen vorbehalten. Dennoch war Münch überzeugt, daß seine Vorschläge in London angenommen werden würden. Er veranlaßte deshalb Blittersdorf schleunig sein Gutachten umzuarbeiten und ihm mitzutheilen. Es sollte durchaus nochmals versucht werden, die braunschweigische Sache auf irgend einem Wege von Oesterreichs Seite allein, ohne Preußen, zur Erledigung zu bringen. Unter Mitwirkung v. Anstett's, des russischen Gesandten, wurde mit Blittersdorf Geheimhaltung besonders verabredet. Zwar war der letztere von seinem Hofe ausdrücklich angewiesen, vor Allem mit Nagler zu communiciren und sich der preussischen Ansicht anzuschließen; ohne Zweifel hatte aber der ganz österreichische Minister, Frhr. v. Versteht, den oben geschilderten Gang der Sache nachträglich genehmigt.

In England schien man jedoch die Sache nicht mehr länger verzögern lassen zu wollen. Unter dem 13. Januar 1829 erging ein Schreiben Münsters an das Ministerium zu Hannover, in welchem diesem angezeigt wurde, daß der Graf v. Aberdeen nicht nur den Lord Cowley von Neuem befehligt habe, die hannoverschen Gesandten kräftig zu unterstützen, sondern daß der König selbst in einem Privatbriefe an den Fürsten Metternich darauf aufmerksam gemacht habe, wie wichtig es für Oesterreich sein müsse, ihn günstig gestimmt für seinen Hof zu erhalten. Der König hatte Metternichs Handlungsweise in der braunschweigischen Angelegenheit hart getadelt. Merveldt schien in Wien nicht energisch genug, und deshalb wurde Fald ihn zu ersetzen bestimmt; derselbe wirkte aber erst in Frankfurt, bevor er nach Wien ging. Auch Preußen war endlich in seiner langmüthigen Geduld ermüdet und theilte Metternich unter dem 28. Februar den Entwurf seiner Erklärung mit, obwohl wenig Hoffnung vorhanden war, daß Oesterreich darauf einging. Der Präsidialgesandte Münch hüllte sich in Schweigen und erklärte dem hannoverschen Gesandten v. Stralenheim, daß er an der Bundestags-Commission in der braunschweigischen Sache keinen Theil nehmen dürfe,

weil dadurch Oesterreich seiner Unparteilichkeit schaden würde. Oesterreich könne weiter nichts thun, als die diplomatischen Verhältnisse und Verbindungen mit Braunschweig abzubrechen. In Berlin begriff man natürlich, daß Oesterreich nicht mit demselben Ernste als Preußen zu einer baldigen und gründlichen Erledigung des Streites beitragen wolle; die nämliche Ansicht mußten auch die übrigen deutschen Cabinete und selbst der Herzog von Braunschweig gewinnen, da bis dahin nicht leicht am Bundestage in irgend erheblichen Angelegenheiten eine Commission gebildet war, an welcher Oesterreich nicht Theil genommen hätte. Wäre Friedrich Wilhelm weniger rücksichtsvoll gewesen und hätte er nicht von jeher auf die diplomatische Ueberlegenheit Oesterreichs in auswärtigen Angelegenheiten so viel gegeben, *) so würde er auf die Anhalt-Röthensche Streitigkeit hingewiesen haben, in welcher Oesterreich zuerst Vermittler und dann Partei gegen Preußen in der Bundes-Versammlung war, bis andere Verhältnisse zur Nachgiebigkeit zwangen.**) Später, als wiederum in Zollvereins-Sachen Hannover gegen Kurhessen und dessen Stellung mit Preußen am Bundestag agirten, war auch Oesterreich früher Vermittler in der Commission am Bundestag.***)

Den gemeinschaftlichen Bemühungen Metternich's, Münch's und des französischen Gesandten am Bundestag, Grafen Reinhard (welcher Ende September durch seinen Neffen, Freiherrn v. Reinhard, ersetzt wurde), war es gelungen, die hannoverschen Forderungen zwar in etwas herabzusetzen, so daß diese nur (3. März 1829) in folgenden Punkten bestanden:

- 1) Widerruf des Edicts vom Mai 1827;
- 2) Rüge des Benehmens des Herzogs in dieser Angelegenheit durch die Bundes-Versammlung;
- 3) Rüge der von dem Herzog an v. Braun ergangenen Aufforderung, den Grafen Münster zum Duell zu fordern;
- 4) Bestrafung des Herrn v. Braun durch den Herzog.

Dagegen wollte Hannover dem Verlangen einer Sendung eines braunschweigischen Abgeordneten in der Angelegenheit der Herren v. Schmidt und v. Einsingen entsagen. Trotzdem Münch und Metternich diesen sehr gemäßigten Forderungen Hannovers ihren Beifall nicht versagen konnten, hatte doch der erstere noch auf den Widerspruch hingewiesen, der zwischen der dritten und vierten Forderung Hannovers liege. Denn, wenn, wie bei der dritten Forderung geschehe, von der Voraussetzung ausgegangen werde, daß der Herzog von Braunschweig den Herrn v. Braun zu der Herausforderung veranlaßt habe, so scheine der Herzog von Braunschweig selbst derjenige zu sein, von dessen Bestrafung allein die Rede sein könnte.

Der neue hannoversche Gesandte für Wien, Falk, hatte in Frankfurt in seinem Sinne gewirkt, und ging nun nach Wien, wo er es bald durchsetzte, daß bei fester Weigerung des Herzogs Carl nun endlich doch Münch in die Bundestags-Commission eintret und daß Oesterreich sich mit den preussischen Forderungen einverstanden erklärte, und nur einige Einwendungen machte, die aber Preußen sofort genehmigte. Der Herzog Carl (im Verein mit Metternich?) war jedoch auch nicht müßig geblieben. Nochmals hatte er (28. März) durch seinen Geschäftsträger in Wien, Freiherrn v. Erstenberg, dem Fürsten Metternich die

*) Vergl. v. Useedom in seiner vortrefflichen und geistreichen Schrift: Politische Briefe zc. Berlin

**) Vergl. meine Geschichte der Bundesversammlung Th. III Kapitel 14.

[1849 S. 20.

***) Ich werde hoffentlich binnen Kurzem die Versuche zur Sprengung des Zollvereins im Anfang der dreißiger Jahre in einer besonderen Schrift beleuchten.

Eröffnung machen lassen, daß er — jedoch war diese Eröffnung in sehr allgemeinen Ausdrücken abgefaßt — seine Bereitwilligkeit bezeige, seine Angelegenheiten von Neuem der Vermittelung Oesterreichs anzuvertrauen. Metternich erklärte zwar officiell, daß nach der Lage der Sache weder von einer Vermittelung noch von Ertheilung von Rathschlägen Seitens Oesterreichs die Rede sein könnte, indem die Angelegenheit im Begriff stehe, ihre Erledigung an der Bundes-Versammlung zu finden; es sei dem Herzog bekannt, was von ihm verlangt werde, er habe nichts besseres zu thun, als jetzt, wo ihm noch die moralische Freiheit dazu bleibe, Hannover die gebührende Satisfaction zu geben, binnen Kurzem werde er von der Bundes-Versammlung auf eine ihm nachtheilige Weise dazu gezwungen werden. Andererseits sprach aber auch Metternich zu dieser Zeit (Ende März) seine Meinung dahin aus, daß Hannover besser thue, wenn es nur der Pension des Herrn Einsingen erwähne, die Effecten des Herrn v. Schmidt nicht berühre. Und doch hatte Metternich auf vertrauliche Anfrage Hannovers zur Abstellung des Herrn v. Schmidt gerathen!! (Siehe oben Kap. 6.) Er glaubt, daß Hannover leichter zum Zwecke kommen würde, wenn es in der Commission sich darauf beschränkte, darauf anzutragen, daß, ohne Herrn v. Einsingen zu nennen, das Recht des Vormundes anerkannt werde, Pensionen an Beamte des Mündels zu ertheilen.

Auf anderen Wegen wußte aber Metternich die Hoffnungen des Herzogs von Braunschweig zu beleben, so daß schon am 31. März 1829 in Frankfurt der Präsidial-Gesandte Münch-Bellinghausen im Besitz einer Abschrift des braunschweigischen Staats-Ministeriums an seinen Gesandten v. Marschall in Frankfurt sich befand, worin diesem empfohlen war, mit Zuziehung des Herrn v. Buttlar alles anzuwenden und beziehungsweise zu verhindern, daß die Majorität der Bundestags-Gesandten sich gegen Braunschweig ausspreche. Münchhausen, der beauftragte Minister, sprach sich sogar definitiv dahin aus, wie man es gar nicht glauben könne, daß die Bundes-Versammlung eine Entscheidung in dieser Angelegenheit sich anmaßen werde, man könne ihr kein anderes Recht zugestehen, als eine Commission zum Versuche gütlicher Ausgleichung niederzusetzen. Gelingen dieser Versuch nicht, so gebe es keinen anderen gesetzlichen Ausweg, als die Einleitung eines Austrägal-Verfahrens; einer Entscheidung der Bundes-Versammlung ohne vorhergegangenes Austrägal-Erkenntniß werde sich der Herzog nie unterwerfen.

Der Brief des Königs von England an Metternich (S. 92) konnte seine Wirkung nicht verfehlen; Metternich benutzte ihn für Oesterreichs Interessen und suchte sein eigenes Mißverhältniß mit der Krone von England auszugleichen. Dies bestätigte ein vertrauliches Schreiben Falk's von Wien aus an Strahlenheim, den hannoverschen Bundestags-Gesandten (Ende April 1829), wonach es weiter keinem Zweifel unterlag, daß Falk für die Pläne Metternich's und Münch's in der Hauptsache gewonnen zu sein schien.

Anschließend sendete der Herzog von Braunschweig Herrn v. Amsberg nach Dresden mit der Mission: eine ausschließlich österreichische Vermittelung eintreten zu lassen. Amsberg stellte in einer Audienz beim König von Sachsen den Antrag auf Unterstützung des Wunsches österreichischer erneuerter Vermittelung. Der König von Sachsen, sowie seine Räte gingen auf die ursprünglich von Münch, dem russischen Gesandten v. Anstett in Frankfurt und dem braunschweigischen Bundestags-Gesandten v. Marschall, denen etwas später v. Blittersdorf zutrat, ausgegangenem Projecte ein, und der sächsische Gesandte in Frankfurt

v. Lindenau wurde zu dem Behufe nach Dresden besonders eingeladen, um seine Meinung abzugeben. Amsberg war sogar dahin vom Herzog Carl für diesen Fall bevollmächtigt, dem Grafen Einsiedel in Dresden zu erklären, daß derselbe sich in Alles fügen wolle, was Hannover als *conditio sine qua non* fordere, — wenn er dagegen Großherzog werde. Münch, der entschiedene Gegner Preußens, wollte unter allen Umständen eine Vermittelung Oesterreichs mit Ausschließung Preußens. Damit die österreichische Intrigue in etwas bemäntelt werden konnte, entstand nun eine Correspondenz zwischen dem Könige von Sachsen und dem Kaiser von Oesterreich, dem sächsischen und österreichischen Ministerium, von der einige Proben hier folgen mögen.

Der königlich sächsische bevollmächtigte Minister Graf v. Schulenburg hat die Ehre Sr. Durchlaucht dem Herrn Fürsten v. Metternich, der genommenen Abrede gemäß, anliegend die Abschrift einer Depesche des königlich sächsischen Ministeriums zu Hochdieselben Kenntniß zuzusenden und ergreift die Gelegenheit zc. zc.

Wien, 29. April 1829.

Abschrift.

Dresden, 23. April 1829.

Es hat der Herzog von Braunschweig den Legations- und Kammerrath Amsberg anher gesendet und Sr. Majestät unserm allergnädigsten Herrn, durch solchen mündlich eröffnen lassen, wie Hochderselbe, so bereitwillig er auch sei, sich in den zwischen Ihm und dem königlich großbritannisch hannoverschen Hofe obschwebenden Irrungen jeder richterlichen Entscheidung zu unterwerfen, doch vorziehe, die Sache durch gütliche Ausgleichung zu beiderseitiger völliger Zufriedenheit beendigt zu sehen. Auch seien für diese Ausgleichung von dem Herzog noch in der neuesten Zeit Schritte geschehen, und dem königlich österreichischen Hofe die Bereitwilligkeit dazu wiederholt erklärt, und um Uebernahme einer nochmaligen Vermittlung bei selbigem nachgesucht worden. Es hätten aber diese Schritte bis jetzt zu keinem bestimmten Resultate geführt; wohl aber sei dem Herzog aus den Berichten seines Geschäftsträgers in Wien bekannt geworden, daß daselbst die Hoffnung zur Vereinbarung noch gewährt werde. Dies habe Ihn zu dem Entschlusse bewogen, bei dem königlich sächsischen Hofe um nochmalige Uebernahme eines Vermittlungs-Versuchs zu bitten, und zwar in dem Maße, daß an einem dritten Orte baldigt (am liebsten zu Cassel, zur Zeit wo die Bevollmächtigten des mittel-deutschen Handels-Vereins daselbst zusammenzutreten würden) ein königlich hannoverscher und ein herzoglich braunschweigischer Abgeordneter sich zusammenfinden und einer der k. k. diplomatischen Agenten als Vermittler oder Obmann beauftragt würde; mit dieser Eröffnung ist der Wunsch verbunden worden, daß die deshalb an den k. k. Hof zu bringende Bitte von Sr. königlichen Majestät unterstützt und empfohlen werde.

Nun bleibt zwar dahin gestellt, mit welchem Grunde von der königlich sächsischen Unterstützung ein besserer Erfolg eines solchen Antrags zu erwarten stehe, nachdem in der durch den Bundestags-Präsidenten-Gesandten unterm 9. d. M. der Bundesversammlung gemachten Eröffnung zu erkennen gegeben worden ist, daß der Herzog von Braunschweig bei der bisherigen österreichisch-preussischen Vermittlung alle zum Behuf einer freundschaftlichen Vereinigung gemachten Anträge von der Hand gewiesen haben, und daher die Nothwendigkeit einge-

treten sei, jene Vermittlung für beendet zu erklären, und die bundestägliche Verhandlung, auf welche königlich hannöverscher Seits gedrungen werde, zu beginnen! und es würde solchem nach Se. königliche Majestät Bedenken tragen, für einen Antrag sich zu verwenden, der ohne die Aussicht auf ein günstiges Resultat zu gewähren, die dem königl. hannöverschen Hofe nicht zu verweigernde endliche bundestägige Erledigung der Sache hinhielte. Da jedoch einerseits der Herzog von Braunschweig sich bescheidet, daß gleichzeitig neben dem neuen Vermittlungsversuche die am Bundestage eingeleitete Verhandlung in ordnungsmäßigem Wege fortgesetzt und bis zum Resultate vorbereitet würde, so daß in Ermangelung eines Vergleichs das bundestägliche Verfahren seinen Fortgang behielte, und da einerseits ausdrücklich zu erkennen gegeben worden ist, daß der Herzog von Braunschweig keinen weiteren Anstand nehme, auf diejenigen bisherigen hannöverschen Forderungen, die man als conditiones sine qua non aufgestellt habe und in deren Erfüllung man seine Befriedigung habe finden wollen, einzugehen, wenn dagegen die Berücksichtigung einiger bei der näheren Berathung vorzutragenden braunschweigschen Wünsche sich zu versprechen sei, so haben Se. königl. Majestät, da sich sonach die Hoffnung einer für das Bundesverhältniß sehr erwünschten gütlichen Beilegung, ohne daß die für nöthig befundene bundestägliche Einleitung deshalb gehemmt würde, erneuert, sich bewogen gefunden, dem Antrage des Herzogs von Braunschweig durch das nebst einer zu Ew. Excellenz Information anliegenden Abschrift hier beigehende Schreiben an des Kaisers von Oesterreich Majestät zu entsprechen, welches dieselben unter Mittheilung des in vorstehendem Auseinandergesetzten, dem Herrn Staatskanzler Fürsten v. Metternich nebst dem Ersuchen, daß der Herr Fürst die Entschliegung Sr. Majestät des Kaisers Ew. Excellenz zukommen lassen wolle, zur gefälligen Beförderung an Se. kaiserl. königl. Majestät behändigen, und dabei sich äußern werden, wie es gewiß zur großen Befriedigung sämmtlicher Bundesglieder reichen und selbige abermals zum Dank gegen den königl. kaiserl. Hof verpflichten würden, wenn ein unter obigen Umständen vielleicht erfolgreicher, anderweitiger Vermittlungsversuch von demselben eingeleitet und die Geneigtheit des königl. großbritannischen hannöverschen Hofes zur Theilnahme an selbigem erlangt werden könnte.

Schreiben des Königs von Sachsen an den Kaiser von Oesterreich.
Dresden, den 23. April 1829.

Durchlauchtigster Großmächtigster Kaiser,
Besonders freundlich vielgeliebter Herr Bruder und Vetter!

E. k. k. M. beabsichtigt der Herzog von Braunschweig, in Betreff seiner Differenzen mit dem K. Großbr. Hannöverschen Hofe um nochmalige Uebnahme eines Vermittlungs-Versuchs zu bitten und hat, unter Versicherung seiner Geneigtheit auf die Beförderung eines Abkommens geeigneten Bedingungen einzugehen, meine bei Hochdenenselben deshalb einzulegende Verwendung nachgesucht.

Nun werden zwar E. k. k. M. am Besten zu beurtheilen wissen, in wie fern einer solchen Bitte statt zu geben sey, und es würde sich daher der Herzog wegen derselben mit gleichem Vertrauen auch ohne meine Unterstützung an Hochdenenselben haben wenden können.

Bei dem allgemeinen und lebhaften Wunsche aber, jene bedauerlichen Irrungen wo möglich im Wege gütlicher Vereinigung erledigt zu sehen, habe ich jedoch das an mich gebrachte Gesuch nicht zurückweisen können, und indem ich

dem Herzog von Braunschweig auch bei gegenwärtigem Anlaß erwiedert habe, wie sehr er sein wahres Interesse befördere, wenn er in dieser Angelegenheit E. K. M. weisen Rathschlägen sich vertrauensvoll hingebte, nehme ich nicht Anstand, dessen obgedachte Bitte andurch hochbero geneigter Berücksichtigung zu empfehlen.

Meinen Gesandten an E. K. M. Hofe habe ich aufgetragen, Dero Haus-, Hof- und Staatskanzler Fürsten von Metternich darüber das Nähere mitzutheilen, wie nach den Wünschen des Herzogs der anderweite Vermittlungsversuch, voraussetzt, daß der K. Großbr. Hannöversche Hof sich dazu geneigt finden werde, einzuleiten sein dürfte.

Uebrigens benutze ich diese Veranlassung zc.

Verbalnote Metternich's an den Grafen v. Schulenburg.

Wien, 2. Mai 1829.

Der kaiserl. königl. Haus-, Hof- und Staatskanzler Fürst v. Metternich hat die Eröffnung zu empfangen die Ehre gehabt, welche E. Hochgeboren des zc. Herrn Grafen v. Schulenburg unterm 29. v. Mts. in der Angelegenheit Sr. Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig im Namen seines allerhöchsten Hofes zu machen in dem Falle war.

Zur Beantwortung dieser Mittheilung ist es vor allem erforderlich, diejenige in dem abschriftlich anher mitgetheilten königl. sächsischen Ministerial-Rescripte erwähnte mündliche Aeußerung des herzoglich braunschweigischen Legationsraths Amsberg zu berichtigen, welche dahin lautet, als seien für die gütliche Ausgleichung der Differenz des Herzogs mit Sr. Majestät dem Könige von England und Hannover von Seite des Ersteren noch in der neuesten Zeit Schritte geschehen, dem kaiserlichen Hofe die Bereitwilligkeit dazu wiederholt erklärt und um Uebernahme einer nochmaligen Vermittelung bei demselben nachgesucht worden. Ein solches Ansuchen hat, seit die gemeinschaftlich mit Preußen stattgehabte Vermittelung erfolglos geblieben ist, durchaus nicht stattgefunden, sondern es haben die Schritte des Herzogs, wenn man der Wahrheit treu bleiben will, sich darauf beschränkt, sowohl durch seinen Geschäftsträger am hiesigen Hofe, als durch seinen in Frankfurt residirenden Vertrauten, General Buttlar, gelegentlich allgemeine und vage Aeußerungen über den Wunsch gütlicher Ausgleichung von Zeit zu Zeit laut werden zu lassen, aber selbst dieses ist jederzeit nur mündlich geschehen, und nie von einem directen, den ernstlichen Willen des Herzogs bekräftigenden Schritte begleitet worden. Wie der kaiserl. königl. Hof- und Staatskanzler gegen Herrn v. Erstenberg ausgesprochen und welche Erwiederung der kaiserl. königl. Präsidial-Gesandte Freiherr v. Münster in Frankfurt desfalls dem Herrn v. Buttlar gegeben hat, werden sich des Herrn Grafen v. Schulenburg Hochgeboren aus den diesfälligen Actenstücken bei der kaiserl. königl. Geheimen Hof- und Staatskanzlei überzeugen und daraus am besten beurtheilen können, warum diese Schritte bisher zu einem Resultate nicht führen könnten, und welches Gewicht auf die fernere Aeußerung des Herrn Amsberg zu legen sei, daß man in Wien fortwährend die Hoffnung zur Vereinbarung nähre.

Was nun den gegenwärtigen Schritt Sr. Durchlaucht des Herzogs betrifft, so haben E. Majestät der Kaiser das Schreiben Sr. Majestät des Königs von Sachsen mit lebhaftem Interesse aufgenommen, und den wohlwollenen und concilianten Gesinnungen, von welchen dessen Inhalt ausgeht, volle Gerechtigkeit

wiederfahren lassen. In der Sache ist die Ansicht Sr. kaiserlichen Majestät aus den heute in die Protokolle des deutschen Bundestages übergegangenen Vermittelungs-Verhandlungen zu bekannt, als daß dieselben hier weiterer Ausführung bedürften. Wie betäubend auch übrigens die Erfahrungen sind, welche der kaiserl. königl. Hof und das Ministerium in dieser Sache bisher gemacht haben, so wollen Se. kaiserl. königl. Majestät doch, von dem Bestreben beseelt, diese Angelegenheit nach dem allgemeinen Wunsche auf eine gütliche Weise zu beseitigen, kein Bedenken tragen, Ihre bona officia auch ferner in dieser bedauerlichen Angelegenheit eintreten zu lassen, sobald solche auf einer Basis angenommen wird, welche mit Rückblick auf die früheren Verhandlungen und auf den gegenwärtigen Stand der Dinge ein entsprechendes Resultat mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussehen läßt. Ehe und bevor jedoch der durch Se. königl. sächsische Majestät hierher gelangte Antrag zu einer durch Zusammentretung eines königl. hannoverschen, eines herzogl. braunschweigischen, dann eines kaiserl. österreichischen Geschäftsmannes zu versuchenden gütlichen Vermittelung zur Kenntniß des königl. hannoverschen Hofes gebracht werden kann, wird es erforderlich, daß sich Se. Durchlaucht der Herzog von Braunschweig bestimmt und deutlich darüber erklären, ob und in wie weit Höchstderselbe geneigt sei, auf die zu Ende der beim Bundestage eingebrachten hannoverschen Beschwerde in Antrag gestellten fünf Punkte einzugehen, weil außerdem bei der bestimmt vorliegenden Erklärung des hannoverschen Hofes eine Vermittelung mit einigem Anscheine günstigen Erfolges nicht wohl gedacht werden kann. Die fünf Punkte, welche Se. Majestät der König von Hannover als ganz unbezweifelt und durch volles Recht befugt, in Antrag stellen zu müssen glaubt, sind bekanntlich:

- 1) eine an des Herzogs Durchlaucht zu richtende ernste Warnung vor künftigen ähnlichen Verletzungen;
- 2) Zurückweisung der wegen verweigelter Auslieferung des Geheimen Rathes v. Schmidt bei dem Bundestag erhobenen Beschwerde;
- 3) Zurücknahme des Edicts vom 10. Mai 1827;
- 4) die dem Könige zu machende Entschuldigung des Herzogs;
- 5) die angemessene Bestrafung des v. Praun.

Wenn nun zwar der erste dieser Punkte durch die Lage der Sache von selbst entfallen müßte und durch eine gelegentlich des vierten Punktes anzubringende, gleichem Zweck entsprechende Erklärung Sr. Durchlaucht füglich ersetzt werden könnte, so wird es sich jedoch bei dem zweiten Punkte dermal auch darum handeln müssen, daß nebst der herzoglichen Beschwerde wegen des Herrn v. Schmidt auch die übrigen in der Sitzung vom 9. April angebrachten Beschwerden als abgethan angesehen werden können. Was übrigens die Ansprüche des Herrn v. Einsingen und des Herrn v. Schmidt betrifft, so dürften solche bei der projectirten Zusammentretung gleichfalls Gegenstand gütlicher Ausgleichung sein, um jeden Keim zur Fortdauer dieser unseligen Verwicklung zu ersticken.

Diese sind die Gesinnungen Sr. kaiserl. königl. Majestät, welche Se. Hochgeboren des Herrn Grafen v. Schulenburg zur Kenntniß Sr. Majestät des Königs von Sachsen zu bringen belieben wollen, um Allerhöchstdieselben in den Stand zu setzen, das Anbringen des Herzogs angemessen beantworten zu können.

Da übrigens der verfassungsmäßige Gang der beiderseits angebrachten Beschwerden beim Bundestag durch die proponirte Vermittelung nicht aufgehalten werden könnte, so bemerkt der kaiserl. königl. Haus-, Hof- und Staatskanzler hier insbesondere, daß der Bericht des Bundestags-Ausschusses zuver-

läßig in einer der nächsten vier Wochen in Vortrag gebracht werden wird, daß somit dasjenige, was in der Sache vermittelnd geschehen soll, keinen Verzug erleide zc. gez. Metternich.

Es wahrte jedoch die Freude, Preußen und die nationalen Interessen Deutschlands in dieser Angelegenheit in den Hintergrund zu drängen, nicht lange. Schon am 19. Mai 1828 langte eine Depesche von London an, worin die mit Münch ursprünglich concertirten Anträge nicht gebilligt wurden. Der englische Gesandte, Addington, erhielt den gemessenen Auftrag, auf schnelle und würdige Erledigung zu dringen. Zwar ging der König von England auf die von Sachsen eingeleitete neue Vermittelung ein, allein unter Bedingungen, die voraussichtlich unerfüllt blieben. Die englischen Minister waren eben keine Staatsmänner, wie sie in kleinen deutschen Staaten pilzartig hervorzuwachsen pflegen; sie waren zu kalt und ruhig, um in Fallen zu gehen, wie sie z. B. von Metternich 1824 auf dem Johannisberg bei Gelegenheit der Verlängerung der Karlsbader Beschlüsse den deutschen Kleinstaaten mit Erfolg gestellt wurden (Hessen, Baiern).*) — In London ging man weiter. In einer Depesche vom 21. Mai 1829 heißt es am Schlusse:

„Namentlich wird die Sache des Geheimen Raths v. Pfisfeld und des Kammerherrn v. Linsingen nicht zu übersehen sein. In der Ausführung dieser Punkte wird der König gern solche Wünsche genehmigen, die der Herzog stellen möchte, aber nur insoweit sie mit vorgestelltem Zwecke bestehen können. Wenn es dem Herzog mit der Sache Ernst ist, so wird er nicht verkennen, daß die Uebernahme einer Mediation des Wiener Hofes zu viele Zeit und eine zu weitläufige Correspondenz erfordern würde. Der König wünsche daher, daß der von dem Herzog zu diesem Geschäfte erkorene Kammerrath v. Amsberg mit dem Geheimen Rath v. Grote in Berlin zusammenkomme, um in Fällen, wo sie sich nicht einigen könnten, den freundschaftlichen Rath des Grafen v. Bernstorff zu erbitten. Von Berlin, fügt Münster etwas spöttisch hinzu, sei jetzt die Communication durch das zwischen Hamburg und London gehende Dampfschiff so schnell, daß unendlich weniger Zeit erfordert werde, als eine Correspondenz zwischen Dresden zur Rücksprache mit dem Wiener Hofe eingeleitet erforderlich machen würde. Was die vom Herzoge von Braunschweig beanspruchte großherzogliche Würde betreffe, so weise man auf das Aachener Conferenz-Protokoll vom 11. October 1818“ — (Metternich freilich bekannt, in Braunschweig bis dahin unbekannt). — Der Präsidialgesandte Frhr. v. Münch war außerordentlich über diese englische Abweisung erbittert, so daß er selbst seine gewöhnliche Schweigsamkeit brach. Wenn nun nicht die sächsische Vermittelung half, so mußte er der Angelegenheit an der Bundesversammlung freien Lauf lassen. Eine Zusammenkunft von Bevollmächtigten Hannovers und Braunschweigs sollte in Kassel unter Vermittelung Oesterreichs zusammentreten; während dieser Zeit war Blittersdorf nach Carlsbad gegangen, so daß also die Commission am Bundestage nicht zusammentreten konnte. Aber alle Versuche mißlangen an der Eigenwilligkeit des Herzogs von Braunschweig. Blittersdorf versuchte jetzt, nach der vollständigen Niederlage Oesterreichs noch einige weitere Schritte. Er gab einen Entwurf einer Erklärung des Bundestages nach Berlin, welcher die

*) Vergl. meine Geschichte der Bundesversammlung Bd. II S. 324 ff. und meine Geschichte der politischen Untersuchungen.

scharfen Spitzen des bevorstehenden Commissions-Antrages brechen sollte. Der neue Entwurf lautete:*)

1) In Betracht, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig Sr. Majestät den König von Hannover durch höchstihre Patent vom 10. Mai 1827 öffentlich und persönlich beleidigt, und diese Beleidigung durch eine Reihe von Handlungen theils erneuert, theils verstärkt, niemals aber zurückgenommen haben, in Betracht, daß hierdurch die innere Ruhe und Sicherheit von Deutschland, zu deren Aufrechthaltung der durchlauchtigste deutsche Bund grundgesetzlich verpflichtet ist, gefährdet worden, erklärt derselbe, daß Se. Durchlaucht der Herzog von Braunschweig als der beleidigende Theil schuldig und verbunden seien, Sr. Majestät dem Könige von Hannover für die allerhöchstihnen zugesügten öffentlichen und persönlichen Beleidigungen vollständig Genugthuung zu leisten.

2) Der durchlauchtigste deutsche Bund gewärtigt demnach, daß Se. Durchlaucht der Herzog von Braunschweig das Patent vom 10. Mai 1827 öffentlich zurücknehmen und Sr. Majestät dem Könige von Hannover sonst die angemessene Entschuldigung machen werden.

3) Der durchlauchtigste deutsche Bund sieht der Anzeige, daß dieses geschehen und daß Se. Majestät der König von Hannover vollkommen zufrieden gestellt seien, binnen eines Termins von ... Monaten entgegen.

Auch dieser Antrag schien dem Herrn v. Blittersdorff noch nicht schwach genug. Er sendete einen zweiten Entwurf nach, wie folgt:

Erw. Excellenz habe ich zwar so eben erst eine Redaction des in der braunschweigischen Sache zu fassenden Beschlusses überliefert, der indessen, um Wiederholungen zu vermeiden, in 2 u. 3 etwa wie folgt zusammengezogen werden könnte:

„2) Der durchlauchtigste deutsche Bund gewärtigt demnach, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig das Patent vom 10. Mai 1827 zurücknehmen und über das sonst Vorgefallene Sr. Majestät dem Könige von Hannover die angemessene Erläuterung geben werden. Auch sieht er der Anzeige, daß dieses geschehen und daß Se. Majestät der König von Hannover zufrieden gestellt seien, binnen eines Termins von ... Monaten entgegen.“

Der Ausdruck „Entschuldigung“ könnte dem nämlichen Bedenken unterliegen, wie ein dem Herzoge zu gebender Verweis, indem nur ein Untergebener sich entschuldigt. Ein Souverain hingegen erläutert sein Verfahren und entschuldigt es auf diese Weise. Ich bitte Erw. Excellenz, meine Büllete mit der Erläuterung zu entschuldigen, daß mir die consequente und ehrenvolle Durchführung dieser Angelegenheit sehr am Herzen liegt. (gez.) Blittersdorff.

Diesem Entwurf eines Antrages fügte Blittersdorff noch zwei Hauptbedenken gegen den Commissionsbericht bei, die hier ebenfalls folgen mögen:

Zwei Hauptbedenken gegen die neueste Redaction der Anträge in der braunschweigischen Streitsache mit Hannover.

Gegen die neueste Redaction der Anträge in der braunschweigischen Streitsache mit Hannover lassen sich stets noch zwei Hauptbedenken erheben, die nicht beseitigt werden konnten, weil sie in der von Oesterreich aufgefaßten Idee selbst liegen.

1) Wenn der Bund sogleich nach Erstattung des ersten Gutachtens und ohne Aufsehung irgend eines Termins für den Beleidiger damit anfängt, eine

*) Siehe im folgenden Kapitel den Commissionsbericht der Bundesversammlung und dort die Anträge.

Strafe gegen den Herzog von Braunschweig auszusprechen, um dadurch dem Könige von Hannover die schuldige Genugthuung zu geben, so beginnt er sein Verfahren offenbar mit der Execution. Dieses an und für sich ungesetzliche Verfahren kann nicht durch dasjenige gerechtfertigt werden, was vorgegangen ist, bevor die Sache an den Bund, als an die entscheidende Behörde, gebracht worden ist. Bei aller Deferenz, welche Sr. H. D. gegen die Ansichten und Rathschläge der vermittelnden Höfe von Wien und Berlin haben konnten und mußten, so lag dennoch für sie hierin Nichts rechtlich bindendes und daher kann auch von ihrer Weigerung, diesen Rathschlägen Gehör zu geben, für den Bund keine Notiz entnommen werden, um dem Herzog sofort als im Zustande der Widerspenstigkeit gegen die Beschlüsse des Bundes anzunehmen und ohne weiteres mit der Execution vorzufahren. Das Geringste, was der Herzog verlangen kann, ist, daß man ihm einen Termin zur Leistung der ihm obliegenden Genugthuung gebe, damit der Bund auch die Gewißheit erlange, daß Sr. Durchlaucht den Beschlüssen desselben keine Folge leisten wollen. Eine bloße Präsumtion kann niemals genügen, ein executivisches Verfahren zu rechtfertigen.

2) Der Artikel 2 der Wiener Schluß-Acte sagt: „Dieser Verein (der Bund) besteht in seinem Innern als eine Gemeinschaft selbständiger unter sich abhängiger Staaten mit wechselseitigen gleichen Vertragsrechten und Vertrags-Obliegenheiten. Sonach kann der Bund ohne Verletzung seiner Grundgesetze, auch niemals weiter gehen, als aus dem besondern Falle die einem Bundes-Mitgliede vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen abzuleiten und dasselbe unter Anwendung der in der Bundesgesetzgebung begründeten Mittel zur Erfüllung dieser Verpflichtung anzuhalten. Es geht dies aus dem Wesen der Souverainität auf das unzweideutigste hervor. Die Person des Souverains kann niemals von dem Staate getrennt werden, wenngleich persönliche Beziehungen des Souverains Veranlassung geworden sein sollten, daß gegen den Souverain, als Repräsentanten des Staates, Verfügungen getroffen werden müssen. Von dem Augenblicke an, wo eine solche Trennung vorgenommen wird, hört die Souverainetät zu bestehen auf, und der Souverain steigt in die Reihe der Unterthanen oder doch nur der bedingt souverainen Fürsten (wie etwa zur Zeit des ehemaligen deutschen Reichs) herab. Wenn nun der Bund gegen den Herzog von Braunschweig einen **Verweis**, mithin eine Sr. Durchlaucht persönlich und nicht als Repräsentanten Ihres Staats treffende Strafe ausspricht, begeht er eine Handlung, die mit dem Grund-Charakter des Bundes schwerlich in Einklang zu bringen sein möchte. Es dürfte dies um so weniger in Abrede zu stellen sein, als der Verweis durchaus kein völkerrechtliches, gegen einen Souverain zur Erfüllung an Verbindlichkeiten allein anwendbares Correctivmittel, sondern lediglich eine von dem gemeinen Rechte entnommene Strafe enthält, die nur auf Privaten ihre Anwendung finden kann. Indem der Bund eine solche Strafe, der eben so gut eine Geld- oder sonstige Strafe hätte substituirt werden können, gegen ein Bundesmitglied beschließt, wirft er sich zum Richter über die Person eines Bundes-Souverains auf. Der Bund besitzt aber keinerlei richterliche Qualität, vielmehr kann er auch in dem gegenwärtigen Falle nur deshalb einschreiten, weil der Streit zwischen Sr. Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig Veranlassung zur Störung des innern Friedens von Deutschland werden könnte, und eben deshalb darf er auch

nicht weiter gehen, als die hieraus für die betreffenden Bundesstaaten abzuleitende Verpflichtung, den Frieden nicht zu stören, zu handhaben. Mit Recht würde daher gesagt werden können, durch welche bundesgesetzliche Bestimmung die souverainen Fürsten Deutschlands ihre geheiligte Person irgend einem Richter unterworfen haben?

Man setze nur den Fall, das ein solcher Verweis umgekehrt statt gegen den Herzog von Braunschweig gegen den König von Großbritannien und Hannover ausgesprochen werden sollte, und gewiß würde man zugeben müssen, daß dies rein unthunlich wäre, indem Allerhöchst dieselben hierin keinen Richterpruch, sondern eine Kriegserklärung des Bundes und eine Auflösung aller Bundesverhältnisse erblicken würden; wogegen selbst der König von Hannover nichts dagegen einzuwenden vermöchte, wenn Se. Majestät aus der bestehenden Bundesgesetzgebung eine Verpflichtung zur Genugthuung abgeleitet und hiermit die Aufforderung, dieser Genüge zu leisten, verbunden würde.

Wie nun, wenn obige Bedenken bei der Abstimmung zur Sprache gebracht, oder wenn sie gar von Sr. Durchlaucht dem Herzog herausgehoben und in alle Welt geschrien würden? Was sollte alsdann daraus entstehen? Wie würde es mit dem von dem Bunde zu fassenden Beschlusse und wie mit der dem Könige von Hannover unvorzüglich zu leistenden Satisfaction aussehen? Wäre es, wenn dergleichen auch nur vermuthet werden kann, nicht vorzuziehen, auch jetzt noch auf die streng rechtliche und keinem Widerspruche unterliegende Ansicht zurückzukommen, wonach ganz einfach auszusprechen wäre, daß Sr. Majestät dem Könige von Hannover Genugthuung gebühre, und daß Se. Durchlaucht der Herzog von Braunschweig gehalten seien, diese Genugthuung binnen einer bestimmten Frist zu leisten? (gez.) Blittersdorff.

Nach London war zwar sogleich das Gutachten Blittersdorffs gegangen, aber mit Bemerkungen von dem hannöverschen Bundestagsgesandten v. Strahlenheim, die, namentlich der Schluß, von großer Bedeutung waren*); zugleich erhielt Blittersdorff Mittheilung.

Bemerkungen

zu der jetzigen Redaction des Blittersdorffschen Entwurfs des Commissions-Gutachtens in der Beschwerdesache Hannovers wider Braunschweig.

Im Allgemeinen muß ich zu meinem großen Bedauern die Bemerkung voraussenden, daß der gegenwärtige Aufsatz nur in sehr unwesentlichen Punkten von dem früheren abweicht; daß derselbe, wenn danach wirklich das Gutachten der Bundestags-Commission ausfallen sollte, unstreitig einen sehr unangenehmen Eindruck bei meinem Gouvernement hervorbringen muß; daß sich der König schwerlich in mehreren Hauptpunkten dadurch zufrieden gestellt finden wird und daß auch wir eine große Parteilichkeit, womit das Benehmen des Herzogs verschleiert und namentlich in Beziehung auf das Braun'sche Attentat in den Hintergrund gestellt ist, darin vorzuwalten scheint. Somit die Sache vorgetragen worden, möchte daraus bei Jedem, der die Beschwerde nicht selbst gelesen hätte, die Vermuthung entstehen: Die Bundes-Versammlung habe zwar dem Herzog in der Form Muthet gegeben, in der Sache aber doch mehr oder weniger anerkannt, daß das eigentliche Recht auf seiner Seite stehe. Ich muß es dahin ge-

*) Leider kann ich dieses Blittersdorff'sche Gutachten nicht abdrucken lassen; es ist mir abhanden gekommen; jedoch geht aus den Strahlenheim'schen Bemerkungen der Inhalt deutlich hervor.

stellt sein lassen, in welches Licht sich die Bundesversammlung dadurch selbst setzen und was das Urtheil darüber von jedem sein müßte, welcher ein solches zweideutiges, weder mit dem Rechte noch mit der eigenen Würde desselben vereinbares Verfahren unpartheiisch zu prüfen Gelegenheit hätte.

Ich erlaube mir diesen vorausgesandten allgemeinen Bemerkungen nachstehende nähere nachfolgen zu lassen, welche sich auf einzelne Stellen jenes Aufsatzes beziehen, und, welche am Rande desselben mit Bleifeder bezeichnet sind.

ad Nr. 1. Der hier aufgestellte Satz, daß eine Begründung der Competenz des Bundestages durch die Art. 36 und 37 der Schlußacte darum nicht zulässig sei, weil sich darauf blos die hannoversche Gesandtschaft berufen habe, und die Beschwerde nicht zugleich auf diplomatischem Wege von Seiten des königlich großbritannischen Gouvernements mit angebracht worden sei, scheint mir in der gegebenen Ausdehnung nicht völlig richtig zu sein. Denn wo steht geschrieben, daß der König von Großbritannien und Hannover, der von einem deutschen Fürsten persönlich beleidigt worden ist, nicht auch durch seine von ihm bevollmächtigte Gesandtschaft am Bundestage seine auswärtige Qualität mit in Anregung bringen und bundesgemäß vertreten lassen könnte? Daß letzteres geschehen ist, liegt klar vor: Darüber aber ob ihm eine solche Macht zustand, und ob die von ihm gewählte Form die rechte sei, glaube ich, kann nur der König selbst, nicht aber die Bundes-Versammlung entscheiden oder geradezu absprechen. Seine Majestät habe vielmehr allein zu erwägen, an wen sie ihre Vollmachten ertheilen wollen oder nicht, und so gut wie Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich als König von Ungarn, oder der König von Preußen hinsichtlich ihrer auswärtigen Qualität sich schwerlich das Recht bestreiten lassen würden, ihre etwaigen Beschwerden durch höchstdero Bundestags-Gesandtschaft anbringen zu lassen; mit eben dem Rechte dürfte das nämliche auch vom König von Großbritannien und Hannover in Anspruch genommen werden können, ohne daß es dem Bundestag zusteht, deshalb eine, zum wenigsten gesagt, ganz außer seiner Verpflichtung liegende Censur auszuüben.

Ich würde daher anheim geben, daß dieser Satz wenigstens nicht so bestimmt ausgedrückt, sondern nur hypothetisch und problematisch hingestellt würde, zumal, da am Ende wenig darauf ankommt, nachdem die Competenz der Bundes-Versammlung auf sonstige Weise vollständig dargethan ist.

ad 2. Die hier angestrichene Stelle ist an sich richtig; nicht aber in Hinsicht der daraus nochmals gezogenen Folgerung, daß der Bundestag darum, weil seine Competenz im vorliegenden Falle nur ausnahmsweise begründet sei, sich auch uur mit den persönlichen Beleidigungen, die dem Könige direct widerfahren wären, nicht aber mit denjenigen zu beschäftigen habe, die dem Könige indirecter Weise durch die Beleidigungen seiner Minister und derjenigen Personen, die auf seinen ausdrücklichen Befehl gehandelt hatten, zugefügt sind. Leidet etwa die Ehre eines Herrn nicht gleichmäßig dadurch, wenn seine Ministerien, oder seine Minister beleidigt werden? sind Beleidigungen, die auswärtigen Gesandten zugefügt werden, nicht oftmals Gründe zu Kriegserklärungen gewesen? Wozu also diese Distinction und Beschränkung der Satisfaction, nachdem die Prämisse einmal eingeräumt ist, daß persönliche Beleidigungen der Souveraine indistincte zur Competenz des Bundestags gehören und auf eine andere als die gewöhnliche Weise behandelt werden müssen?

ad 3. Der hier ausgehobene Satz aus dem braunschweigischen Patente läßt offenbar zu Gunsten des Herzogs die Hauptstelle, nämlich die Beschuldi-

gung der unrechtmäßigen Verlängerung der Vormundschaft, worin die Haupt-Beleidigung liegt, aus und dürfte daher anders zu fassen sein.

ad 4. Hier möchte doch die Bemerkung wenigstens nicht fehlen dürfen: daß der von dem Herzoge der Münsterschen Schrift gemachte allgemeine Vorwurf, auch nicht mit einer speciellen Stelle belegt ist; daß auch nicht einmal der Versuch von ihm gemacht worden, die Richtigkeit einer der darin angeführten Thatfachen zu widerlegen. Wozu, möchte man abermals fragen, diese unnütze Parteilichkeit?

ad 5. Der hier gebrauchte Ausdruck: die Farbe des Angriffes, möchte wünschenswertherweise mit dem richtigeren: strenger Beurtheilung zu vertauschen sein.

ad 6. Ebenso möchte der Ausdruck: zurückgenommen, füglich ganz wegleiben können.

ad 7. Diese Stelle bis zu dem Punkte — und dennoch wird man zugeben müssen, — scheint mir ganz überflüssig zu sein und nur die Tendenz zu haben, das Recht, was auf hannover'scher Seite steht, durch unentschiedenen speciellen Zweifel in ein ungünstiges Licht zu stellen.

Es dürfte hinreichend sein, wenn gesagt wird: Man kann hier die von beiden Theilen vorgebrachten Thatfachen und Rechtsgründe gänzlich auf ihrem eigenen Werth beruhen lassen — und dennoch wird man zugeben müssen — 2c.

ad 8 würde ich zwischen den Worten: zugefügten — Beleidigungen, das Wort: indirecten, gesetzt zu sehen wünschen.

ad 9. Diese Stelle bis zu dem Worte: erblicken — dürfte unbeschadet des Ganzen füglich wegfallen können: sie versteht sich von selbst, dürfte aber zu späteren Verwickelungen und Erneuerungen des Streits eine unglückliche Veranlassung leicht geben.

ad 10. Aus dieser ganzen Stelle zum Grunde liegende Raisonnement ist mir nicht klar geworden: eben so wenig enthält solche auch nur die geringste Widerlegung der in der hannover'schen Beschwerde schriftlich aufgestellten Behauptungen.

Kann aber einmal nicht geleugnet werden, daß

1) ein Souverain auch in der Person seiner Minister beleidigt wird, wenn solche um Handlungen, die sie auf seinen Befehl vollzogen, mit Schimpf bedeckt und lebensgefährlich verfolgt werden;

kann

2) nicht in Abrede gestellt werden, daß beides durch das Braun'sche Car-
tell geschehen ist; kann

3) nicht geleugnet werden, daß die Theilnahme des Herzogs an jener Herausforderung durch solche Thatfachen dargethan worden, welche bei jedem Unbefangenen eine moralische Ueberzeugung begründen würden: hat sich endlich

4) das hannover'sche Gouvernement sogar anheischig gemacht, selbst einen vollständigen juristischen Beweis zu liefern, falls ihm die dazu erforderlichen Mittel von Seiten des Bundes zugestanden werden: so kann es sich möglicher Weise auch nur darum handeln,

entweder daß der Bund erkläre, daß ihm jene moralische Ueberzeugung genüge;

oder,

daß er die Mittel verschaffe, wodurch eine juristische Beweisführung möglich gemacht wird und in Folge des einen, oder des andern, seinen

Beschluß über die in jenem Attentate für den König liegende Beleidigung ausspreche.

Eine Theorie aber aufzustellen, wonach auf der einen Seite die artificielle Beweisführung nur für die Anticipation eines Beweises ausgegeben und darum für unzulänglich erklärt wird, weil es sich um eine definitive Entscheidung des Bundestages und nicht um eine provisorische handle; auf der andern Seite aber sogar behaupten wollen, daß selbst eine juristische Beweisführung ganz unzulässig sei; woraus mithin folgen würde, daß es nur jedesmal von dem Beleidiger abhängen dürfte, eine erfolgte Beleidigung abzuleugnen, um sich damit jeder Satisfactionslleistung zu entziehen: das heißt mit andern Worten, das Princip der Rechtslosigkeit functioniren und damit die vom König von Hannover eventuell in Anspruch genommene Selbsthülfe rechtfertigen.

Die Gleichstellung der in dieser Beziehung von unserer Seite erhobenen Beschwerde mit derjenigen, die der Herzog vorgebracht hat, ist darum auch nicht passend,

weil bei ersterer die Injurie nicht allein in dem Cartelle des Herrn von Braun, sondern hauptsächlich in der Theilnahme des Herzogs an denselben gesucht wird und dieser letztere Punkt nothwendig eines Beweises bedarf, wenn dafür Satisfaction gefordert werden soll, während die Beschwerden des Herzogs bloße Recriminationen sind, denen keine andere, als eine beleidigende Tendenz untergelegt werden kann und wobei es auf die Wahrheit oder Unwahrheit der derselben zu Grunde liegenden Thatfachen darum nicht weiter ankommt, weil bei den zweien derselben unterliegenden Thatfachen, eine beleidigende Tendenz von Seiten des Königs gar nicht denkbar ist und weil die dritte, die der Beschwerde wegen der münsterschen Schrift, unterliegende Thatfache nur in jeder Beziehung als eine erlaubte Nothwehr gegen die Verläumdungen des Herzogs angesehen werden kann.

Diese ganze Ausführung wird daher eine gänzliche Umarbeitung erfordern müssen, wenn sie nicht den Vorwurf der größten Parteilichkeit, die man unter die ärgsten Sophismen versteckt, verdienen soll. Namentlich ist in dieser Hinsicht unter Anderem auch zu bemerken, daß nicht der Art. 19 der Schlußacte, sondern hier so gut wie bei den andern Injurien nur der Art. 9 der Schlußacte in Anwendung zu bringen steht und daher nicht wohl einzusehen, warum man dessen Anwendung übersehen hat?

Ebenso dürfte es nicht wohl einleuchten, warum der Bund nicht in die innere Verwaltung der Justiz eines Bundesstaates insoweit eingreifen könnte, als durch die Unterlassung ihrer Ausübung die Sicherheit der Nachbarstaaten und die Ruhe des ganzen Bundes gefährdet wird und als eine solche Satisfactionsforderung gewiß das billigste ist, was ein in seinen Ministern beleidigter Souverain zur Herstellung seiner eigenen Ehre zu erwarten berechtigt sein dürfte.

ad 11. Kann ich nur bedauern, daß man in mancher Beziehung die den Beschwerden des Herzogs zum Grunde gelegenen Thatfachen so wenig berührt und namentlich hier unterlassen hat, zu bemerken, daß der Herzog ja selbst in die Verlängerung der vormundschaftlichen Regierung zuletzt eingewilligt hat. Wozu diese Auslassung?

ad 12. Wie reimt sich diese Stelle, nach welcher ein Vermittlungs-Versahren darin umgangen werden soll, weil unser König erklärt hat:

daß die Progression der Unternehmungen Seiner Durchlaucht des Her-

zogß von Braunschweig jeden Augenblick den Punkt erreicht haben könnte, wo Sr. Maj. ohne eine von Seiten des Bundes eingetretene Prävention, Sich auf Ihre eigenen Mittel beschränkt sehen würden? mit der früherhin und späterhin aufgestellten Behauptung, daß keine dringende Gefahr vorhanden sei, und daß darum auch keine provisorische Sicherheitsmaaßregeln zur Anwendung gebracht zu werden brauchten?

ad 13. Hier dürfte der Ausdruck direct oder indirect hinzugefügt werden müssen.

ad 14. Liegt darin keine dringende Gefahr.

Wenn lebensgefährliche und sonstige Attentate gegen die Staatsdiener und Unterthanen Sr. Majestät sich, auf Befehl des Herzogs, nach den bisher gemachten Erfahrungen täglich erneuern?

Wenn jede neue Beleidigung des Herzogs den König zuletzt ermächtigen sollte, sobald keine Prävention von Seiten des Bundes eintritt, die erforderlichen Maaßregeln zu ergreifen, um seinen Unterthanen und Staatsdienern den nöthigen und wie es scheint vom Bunde vergebens verlangten Schutz zu verschaffen?

Liegt nicht in jeder Bestrafung eine Prävention künftiger Verbrechen durch die Abschreckung? Wer kann die ersten Grundsätze des Criminal-Rechts so ganz verkennen wollen? Und solche Grundsätze sollen durch das Organ des deutschen Bundes promulgirt werden? **Wer würde es dem Könige von Großbritannien und Hannover verdenken mögen, wenn er sich einem solchen, weder etwas nützbenden, noch jemals etwas schaden könnennden, wohl aber jeder Unbill Versäus leistenden Vereine zu entfremden suchte?**

Frankfurt, 27. Mai 1829.

gez. v. Stralenheim.

Es erging nun das letzte Wort von London in einer Depesche, welche der langen und intriguenvollen Verhandlung der österreichischen Diplomaten ein definitives Ende machte und die Angelegenheit zur Entscheidung vom Bunde reif machte.

Graf Münster an v. Stralenheim.

London, den 29. Mai 1829.

Hochwohlgeborner Freiherr

Hochzuehrender Herr Gesandter!

Ew. Hochwohlgeb. Depesche vom 21. Mai ging hier am 25. und die vom 24. schon gestern Mittag hier ein.

Mit der ersteren erhielt der König den Entwurf des Bundestags-Beschlusses in der Braunschweigischen Streitsache, wie der Herr Präsidial-Gesandte und der Badische Gesandte Freiherr v. Blittersdorff denselben zu bewirken hoffen. Mit der letzteren erfolgten Ew. Hochwohlgeb. Bemerkungen zu dem Vortrage des Herrn v. Blittersdorff, wie der Freiherr v. Münch Excellenz Ihnen denselben im Vertrauen mitgetheilt hat.

Der beabsichtigte Beschluß ist allerdings in einigen Punkten günstiger als der frühere Vorschlag des Herrn Präsidial-Gesandten, den der Herr Geheime Cabinets-Rath Falke unterm 2. Mai einsandte, und den der König (laut meines Schreibens vom 19. Mai, von welchem ich Ew. rc. ein unterm 22. ein Duplicat habe zugehen lassen) abzulehnen sich genöthigt sah.

Ich habe den Entwurf zum Bundestags-Beschluß dem König nebst Ew. Hochw. Bericht vorgelegt. Auf Ihre Anfrage, ob Se. Majestät sich mit diesem Beschluß befriedigt finden würden, bin ich befehligt, Folgendes zu erwiedern:

Seine Majestät haben durch eine Mäßigung, die von mehreren großen und befreundeten Höfen als zu weit getrieben, fast getabelt ist, seit langer Zeit die unverantwortlichsten Beleidigungen und Neckereien des Herzogs von Braunschweig ertragen, und haben dadurch einen Beweis abgelegt, wie sehr Sie das tractatenmäßige bestehende Bundes-Verhältniß der deutschen Fürsten ehren und aufrecht zu erhalten suchen. Sie haben dieses in der Erwartung gethan, daß die freundschaftliche Vermittelung der Höfe von Wien und Berlin den Herzog zu Anerkennung seiner Vergehen und zu einer gehörigen Genugthuung bewegen würde, oder, daß, im Fall diese gerechte Erwartung nicht befriedigt werden sollte, der deutsche Bund Mittel finden würde, dem König zu dem Recht zu verhelfen, welches Se. Majestät sich so leicht hätten verschaffen können, wenn Sie Sich nicht an die Bundes-Gesetze hätten binden wollen.

Der König ist bei Anbringung Seiner Beschwerde und Begehren an den deutschen Bund mit eben der Mäßigung verfahren, die Seine Majestät vom Anfang dieses Streites an, an den Tag gelegt hatten. Sie sind überzeugt, und Ihre Ueberzeugung ist von großen Höfen getheilt worden, nichts begehrt zu haben, als wozu Sie streng berechtigt sind. Jeder Unbefangene muß die Wichtigkeit der in der Hannoverischen am 9. April übergebenen Ausführung enthaltenen Sätze anerkennen, und es schien eine Zeit lang, daß man diese Gelegenheit benutzen wolle, dem Könige auf verfassungsmäßigem Wege das zu leisten, was Se. Majestät mit dem vollsten Rechte erwarten konnte, ja daß man dieses Mittel ergreifen würde, ganz Deutschland zu beweisen, daß der Bund in seiner collectiven Eigenschaft nicht das unbedeutende Wesen sei, wozu er leider in der Meinung Deutschlands und des Auslandes herabgesunken ist.

Wenn die Art, wie der Wiener Hof, dem Geh. Cabinets-Rath Falke nach seiner Ankunft in Wien entgegenkam, wenn das was Ew. Hochw. über die Ansichten des Freiherrn v. Blittersdorff äußerten, das Vertrauen erwecken konnte, daß der König am Bundestage Recht und Genugthuung verlangen würde, so zeigten sich bald in Wien und Frankfurt Zweifel und Bedenken, die nur zu deutlich bewiesen, daß man den Herzog von Braunschweig, und seine durch nichts provocirten und durch nichts zu entschuldigenden Handlungen, in Schutz zu nehmen wünschte. Ich habe Ew. Hochw. in meiner oben angezogenen Depesche die Gründe gesagt, die den König verhinderten, dem Antrage des Herrn Präsidial-Gesandten, wie der Geh. Cabinets-Rath Falke demselben am 2. Mai einberichtet hat, Seinen Beifall zu geben. Diese Gründe passen größtentheils auch auf den unterm 21. von Ihnen eingesandten projectirten Beschluß. Der König hat nichts Unbilliges gefordert, und Se. Majestät können die Verweigerung irgend einer Ihrer gemachten Forderungen für nichts anderes als ein Ihnen widerfahrenes Unrecht erkennen.

Auffallend ist die Fassung des beabsichtigten Vortrages des Freiherrn von Blittersdorff, wie derselbe aus den von Ew. rc. dazu gemachten Bemerkungen erscheinen muß. Man kann kaum begreifen, wie solche Prämissen noch zu dem darauf gebaut werden sollenden Beschluß führen könnten. Ja es steht zu erwarten, daß nach einem solchen Vortrage, wenn er dem Bundestage vorgelegt wer-

den sollte, noch Manches zu des Königs Nachtheil an dem beabsichtigten Beschlusse geändert werden würde.

Es bleibt nach allem Gesagten nichts übrig, als zu erwarten, wie der Bundestags-Beschluß ausfallen werde. Der König muß sich dann nach den Umständen entschließen, was er weiter in dieser unangenehmen Sache zu thun haben wird. Die Unbilde des Herzogs fortbauern und sich ferner ungerügt beleidigen lassen, kann der König nicht, und den Schutz oder Beistand vom deutschen Bunde zu erhalten, wenn Se. Majestät jetzt denselben vergebens gefordert haben sollten, würde für Sie ein fast entehrendes Benehmen sein. Ich soll Ew. rc. auftragen, diese Gesinnungen dem königl. Großbritannischen, sowie dem Herrn Präsidial- und königl. preuß. Gesandten im Vertrauen mitzutheilen und auch bei den übrigen daselbst anwesenden Gesandten das Interesse für diese Sache zu beleben.

Ich verharre mit vollkommener Hochachtung

Ew. rc.

gehorsamster Diener

gez. Graf Münster.

Die Sache war somit reif zur letzten Verhandlung am Bundestage; die definitiven Instruktionen der Ausschußmitglieder gingen ein. Es ist unter ihnen vorzugsweise die preußische Instruktion hervorzuheben, weil sie vorzugsweise den ferneren Gang der Dinge bestimmte.

Achtes Kapitel.

Die preussischen Instructionen für die Abstimmungen bei der Bundesversammlung.

... 2c. Ich habe mich vorzugsweise mit dem wichtigsten Gegenstande jener Vorträge nämlich mit dem von dem großherzoglich badischen Bundestags-Gesandten Freiherrn v. Blittersdorf ausgearbeiteten Entwürfe des in der vorliegenden Angelegenheit zu erstattenden Commissions-Gutachtens zu beschäftigen.

1) Was zunächst die Erörterung der Competenzfrage betrifft, so geht die Meinung des Herrn Referenten dahin, daß keine der bundesgesetzlichen Bestimmungen, auf welche sich die streitenden Theile bei ihren Anträgen und Beschwerden zur Begründung der Competenz des Bundestages berufen haben, hier directe Anwendung finde. Hiermit kann ich mich in Absicht der von Hannover zu diesem Zwecke angeführten Artikel der Wiener Schlußacte nicht einverstanden erklären. Indem der 18te Artikel derselben bestimmt, daß die Bundesversammlung, wenn die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes auf irgend eine Weise bedroht oder gestört ist, über deren Erhaltung oder Wiederherstellung Rath zu pflegen habe; begründet er für dergleichen Fälle eine specielle Competenz dieser Behörde. Die ihrem Ermessen überlassene Frage: ob ein Fall der bezeichneten Art, wo die innere Ruhe des Bundes als bedroht betrachtet werden kann, wirklich vorhanden sei? betrifft eine Thatsache und ist demnach ganz factischer Natur. Wenn es im erwähnten 18ten Artikel ferner heist:

„und hat die dazu geeigneten Beschlüsse nach Anleitung der in folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu fassen,“

so bezieht sich dieses nicht sowohl auf die bereits festgestellte Competenz selbst, als auch auf die Wahl der Mittel oder die Beschlüsse, welche „dazu geeignet sind“, die innere Ruhe zu erhalten oder wiederherzustellen. Vielleicht können in jenen folgenden Artikeln, nach deren Anleitung die Beschlüsse zu fassen sind, diese Mittel für die Aufrechterhaltung der innern Ruhe nicht vollständig genug angegeben oder entwickelt sein, vielleicht kann das daselbst vorgeschriebene Verfahren auf den vorliegenden Fall nicht ganz passend gefunden werden: insofern kann man sagen, daß „die Anleitung der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen“, wie sich der Art. 18 ausdrückt, nicht erschöpfend sei: immerhin bleibt für den vorliegenden Fall die Competenz des Bundes und seines Organes, der Bundes-Versammlung, durch den ersten Satz des 18. Artikels begründet.

2) Entsteht nun die Frage, welches, unter solchen Umständen, das Mittel sei, worauf Bedacht genommen werden müsse, oder in welcher Art der Bund für die Erhaltung der inneren Ruhe im vorliegenden Falle sich thätig zu erwei-

sen habe, so kann in diesem Zusammenhange sehr wohl auf den 9. Artikel der Wiener Schlußacte, welcher von dem Herrn Referenten ebenfalls, aber an einer andern Stelle in Bezug genommen worden ist, zurückgegangen und aus den klaren Worten desselben, wonach die Wirksamkeit der Bundes-Versammlung zunächst

durch die Vorschriften der Bundesacte und durch die in Gemäßheit derselben beschlossenen oder ferner zu beschließenden Grundgesetze, wo aber diese nicht zureichen,

durch die im Grundvertrage bezeichneten Bundeszwecke bestimmt sein soll, ganz folgerecht und ohne Zwang deducirt werden, daß sich, da die Erhaltung der inneren Ruhe des Bundes zu den Bundeszwecken gehört, auch die Auswahl der Mittel, oder des zu fassenden Beschlusses, wie nämlich die bedrohte innere Ruhe und Sicherheit im vorliegenden Falle zu erhalten seien? — lediglich nach der besonderen Natur des in diesem einzelnen Falle vorliegenden Zweckes zu richten habe.

3) Es könnte scheinen, als wollte ich hierdurch dem, zur Begründung der Competenz des Bundes von Hannover angeführten 19. Artikel der Wiener Schlußacte jede Anwendbarkeit im gegenwärtigen Falle absprechen, auch würde die volle Nichtigkeit desjenigen, was der Herr Referent in Beziehung auf diese bundesgesetzliche Vorschrift bemerkt hat, von mir anerkannt werden, wenn und insofern hier von direkter oder buchstäblicher Anwendung einer, den vorliegenden Fall in terminis enthaltenden Vorschrift die Rede wäre; denn allerdings kommt es in der braunschweigisch-hannoverschen Streitsache gegenwärtig nicht auf Ergreifung „vorläufiger Maßregeln“ an. Analog aber läßt sich, meines Erachtens, eine sehr practische Anwendung von dem 19. Artikel der Wiener Schlußacte machen. Hat nach seinem Wortlaute die Bundes-Versammlung den Verurf, durch vorläufige Maßregeln jeder Selbsthülfe vorzubeugen: wie kann man alsdann ihre Competenz im Allgemeinen zweifelhaft finden, überall zwischen zu treten und — sei es durch vorläufige oder definitive Beschlüsse — vorbeugend zu verhindern, daß Selbsthülfe im Bunde geübt werde? —

4) Wie der Art. 19 und die ihm folgenden Artikel der Wiener Schlußacte zunächst die innere Ruhe des Bundes und deren Erhaltung zum Gegenstande und Zwecke haben, so beziehen sich die von Hannover ferner noch allegirten Art. 36 u. 37 auf die Aufrechthaltung der äußeren Ruhe des Bundes, d. h. der Ruhe in seinen Verhältnissen zu den auswärtigen Mächten. Auch hier glaube ich den Buchstaben der, in beiden Artikeln enthaltenen Vorschriften von ihrem wahren dispositiven Inhalte unterscheiden zu müssen. Letzterer geht unstreitig dahin, es solle von Seiten keines einzelnen Bundesstaates einem fremden Staate oder dessen Regenten eine Verletzung zugesügt werden, welche eine gegründete Beforgniß wegen Erhaltung der äußeren Ruhe und Sicherheit des Bundes veranlassen könnte. In der braunschweigisch-hannoverschen Streitsache ist derjenige, welcher gegen den Herzog von Braunschweig Beschwerde führt, zwar nur der König von Hannover, und nicht einmal als solcher, sondern als gewesener Vormund des Herzogs und vormundtschaftlicher Regent der braunschweigisch-wolfenbüttelschen Lande — affizirt aber bei demselben die zugesügte Beleidigung nicht zugleich alle seine Würden als König von Großbritannien und Hannover? oder ist derjenige, welcher zwar Beschwerde führt, nicht zugleich König von Großbritannien, und hat der Bund nicht zu bedenken, daß, wenn der

Beleidigung nicht abgeholfen wird, der Beleidigte auf Genugthuung in Anwendung von Mitteln suchen könnte, welche ihm als König eines fremden Reiches zu Gebote stehen?

Die Anwendbarkeit des Art. 36 erfordert daher im vorliegenden Falle nicht so nothwendig, wie der Herr Referent angenommen hat, daß der König von Großbritannien als solcher förmlich Beschwerde führe und auf Genugthuung antrage. Um die Leistung dieser gebührenden Genugthuung zu erlangen, hat die allerhöchste Person, welche sich von dem Herzoge von Braunschweig beleidigt fühlte, während ihr mehrere Wege zur Erwirkung der Genugthuung offen standen, für diesen Zweck zunächst nur ihr Verhältniß als König von Hannover und vermöge desselben ihre Eigenschaft als Bundesglied geltend gemacht; daß aber der König von Großbritannien wie im Entwurfe des Commissions-Gutachtens gesagt wird, im Namen des Königreiches Hannover die Hülfe des Bundes in Anspruch genommen habe, finde ich in seiner Beschwerde nicht ausgedrückt, und in der Natur der Verhältnisse eben so wenig begründet, als die Bemerkung des Herrn Referenten, daß diese Angelegenheit, als eine rein persönliche, „jede unmittelbare Beziehung zum Staate ausschließe,“ ich muß vielmehr nur dafür halten, daß die allerhöchste Person des Königs von Großbritannien und Hannover auch als Vormund des Herzogs und als vormundschafilicher Regent der braunschweigischen Lande nicht beleidigt werden könne, ohne daß der Staat Hannover und der Staat Großbritannien, deren Regent jene allerhöchste Person ist, in diesem ihrem Regenten mehr oder minder berührt werden. Eben dieses drückt der Herr Referent an einer andern Stelle sehr treffend mit den Worten aus: „die persönliche Ehre des Regenten würde, wenn dergleichen persönlichen Beleidigungen zwischen zwei nicht im Bundes-Verbande begriffenen Souverains stattfänden, von den betreffenden Staaten als ein ihnen angehöriges heiliges Gut betrachtet und mit allen ihnen zu Gebote stehenden völkerrechtlichen Mitteln und daher im äußersten Falle auch durch Gewalt der Waffen vindicirt werden.“ Bei der einleuchtenden Wichtigkeit dieser Ansicht fragt es sich nur, warum gerade die persönliche Ehre des Souverains von Großbritannien nicht von ihm selbst und von seinem Staate als ein heiliges Gut auf dieselbe Weise gegen eine Beleidigung von Seiten eines Bundesgliedes vindicirt werden könnte und sollte? und warum der Herr Referent, so lange die Gefahr einer Störung der äußeren Ruhe des Bundes nicht wirklich schon da ist und drohet, jede Anwendbarkeit der Art. 36 und 37 der Wiener Schlußacte in der braunschweig-hannoverschen Streitsache nicht bloß ausschließen zu müssen glaubt, sondern sogar behauptet: „die Bundesversammlung würde ihre verfassungsmäßigen Befugnisse überschreiten, wenn sie den von ihr zu fassenden Beschlüssen diese beiden Artikel zum Grunde legen wollte.“ Mit besserem Grunde wäre wohl zu behaupten, daß die Bundesversammlung hinter ihrer verfassungsmäßigen Obliegenheit zurückbleiben würde, wenn sie jenen beiden Artikeln nicht einmal eine indirecte Anwendung auf den vorliegenden Fall einräumen wollte. Ganz allgemein bestimmt der Art. 36:

„dagegen sind die einzelnen Bundesstaaten verpflichtet, von ihrer Seite weder Anlaß zu dergleichen Verletzungen zu geben, noch auswärtigen Staaten solche zuzufügen.“

Hier, wo die allerhöchste Person, welche sich über ein Bundesglied beschwert, zugleich König von Großbritannien, also Regent eines auswärtigen Staates ist; wo durch die Beschwerde selbst schon genug angedeutet wird, daß,

was der König von Hannover fühlt, dem Könige von Großbritannien nicht gleichgültig sei, eben weil es die Persönlichkeit des Königs, seine Ehre und Würde und nur indirect die Staaten Hannover und Großbritannien angeht; wo der Bund annehmen muß, der König von Großbritannien wolle nur abwarten, was auf die Beschwerde des Königs von Hannover am Bundestage geschehe, weil er die letztere schon für hinreichend halte: hier oder nirgends ist die Rede davon, ob der Herzog von Braunschweig sich einer Uebertretung der, ihm durch den 36. Artikel der Wiener Schluß-Acte auferlegten Bundespflicht, auswärtigen Staaten keine Verletzungen zuzufügen, schuldig gemacht habe?

Die Erörterung dieser wichtigen Frage auf sich beruhen zu lassen, bloß weil die vorliegende Beschwerde nicht schon zugleich von der beim deutschen Bunde accreditirten königlich-großbritannischen Gesandtschaft angebracht worden ist, scheint mir mit dem Sinne des 36. Art. der Schlußacte und mit der darin vorgeschriebenen Amtspflicht der Bundesversammlung nicht vereinbar.

5) Wie aus meinen früheren Eröffnungen gegen den königlichen Gesandten zu Wien, Herrn Freiherrn von Malskahn, hervorgeht, halte ich den 36. Artikel der Wiener Schlußacte selbst alsdann, wenn man nur dabei stehen bleiben wollte, daß es sich hier lediglich um die Verletzung eines Bundesgliedes durch ein anderes handelt, nach einer ganz natürlichen Analogie für völlig geeignet, auf den vorliegenden Fall angewandt zu werden, insofern derselbe die Einleitung des gewöhnlichen Austrägal-Verfahrens vermöge seiner eigenthümlichen Natur ausschließt. In der letzteren Beziehung ist er den Fällen gleichartig, wo ein fremder Staat gegen ein Bundesglied Beschwerde führt, denn hier wie dort ist im Bunde keine richterliche Instanz gegeben, vor welcher die streitenden Theile ihren Zwist zur Entscheidung zu bringen hätten: hier wie dort aber soll der Selbsthilfe von Seiten des Verletzten und einem die Ruhe des Bundes bedrohenden Kriegszustande vorgebeugt werden, was in Ermangelung des, für geeignete Rechtsstreitigkeiten der Bundesglieder begründeten Austrägal-Verfahrens hier wie dort nicht anders als nach der Vorschrift des 36. Art. der Wiener Schlußacte geschehen kann, welcher verfügt, daß der Bundesversammlung in Fällen der gedachten Art obliege, das Bundesglied, welches die begründet befundene Beschwerde veranlaßt hat, zur schleunigen und genügenden Abhilfe aufzufordern und mit dieser Aufforderung nach Befinden der Umstände, Maßregeln, wodurch weiteren Friede störenden Folgen zur rechten Zeit vorgebeugt werde, zu verbinden. Warum sollte, um diesen Friede störenden Folgen zur rechten Zeit zuvorzukommen, da, wo kein Austrägal-Verfahren bei Streitigkeiten unter Bundesgliedern eintreten kann, zur Beilegung derselben und zur Sicherstellung des Ruhestandes im Bunde weniger geschehen, als da, wo zur Beseitigung gefährlicher Mißhelligkeiten zwischen einem auswärtigen Staate und einem Bundesgliede ebenfalls kein Austrägal-Verfahren eingeleitet werden kann?

6) Daß aber die braunschweigisch-hannöverische Streitsache nicht zu denjenigen Streitigkeiten unter Bundesgliedern gehört, deren Erledigung durch das gewöhnliche im 11. Artikel der Bundesacte und im 21. Artikel der Wiener Schlußacte vorgeschriebene Austrägal-Verfahren herbeigeführt werden kann und daß mithin diese beiden bundesgesetzlichen Bestimmungen, auf welche Braunschweig die Competenz des Bundes zu gründen sucht, hier weder direct noch indirect Anwendung finden können, bedarf von meiner Seite keiner weiteren Ausführung, nachdem der Herr Referent solches in seinem Entwurfe des Commis-

sions-Gutachtens schon bis zur Evidenz dargethan und über jeden Zweifel hinausgestellt hat. In seinen darauf Bezug habenden Bemerkungen finde ich meine Ansichten fast durchgängig wieder, namentlich aber in der Art, wie von demselben der Artikel 23 der Wiener Schlußacte zum Behuf seiner Beweisführung benutzt worden ist. Allerdings soll das Austrägal-Gericht — wie es daselbst heißt — wo keine besonderen Entscheidungsnormen vorhanden sind, nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben Art vormalig von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, insofern solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, erkennen, und allerdings sind die besonderen Entscheidungs-Normen das in Deutschland hergebrachte gemeine Recht, und die von den vormaligen Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, wonach souveraine Fürsten in ihren rein persönlichen, Ehre und Würde betreffenden Beziehungen irgend einem Richterspruche unterworfen werden könnten, nirgends ersichtlich. Ich sage: „in ihren Ehre und Würde betreffenden Beziehungen“ — ein Zusatz, der mir hinter den Worten: „rein persönlichen“ der größeren Bestimmtheit und Deutlichkeit wegen nöthig zu sein scheint, damit man nicht etwa bei Lesung und Anwendung des Commissions-Gutachtens unter den gemeinten Beziehungen der Bundesglieder auch solche begreife, bei denen ein Austrägal-Verfahren wohl denkbar wäre.

7) Die, am Schlusse des Abschnittes über die Competenz des Bundes von dem Herrn Referenten zusammengestellten Sätze:

„daß rein persönliche Streitigkeiten zweier Bundes-Souverains ebensowohl die Veranlassung zur Störung der inneren Ruhe und Sicherheit von Deutschland abgeben können, als sonstige Streitigkeiten unter Bundesgliedern, welche ihre Quellen in den Interessen und Rechten der Bundesstaaten haben;“

ferner

„daß wenn dergleichen persönliche Beleidigungen der Souverains wirkliche Störungen der Ruhe und Sicherheit von Deutschland veranlaßt hätten, und wenn sonach Gebiets-Verletzungen vorgefallen wären, der Bund nach Artikel 19 der Wiener Schlußacte in diesem Falle ebensowohl als in andern Fällen verpflichtet wäre, vorläufige Maßregeln zu ergreifen, um der unternommenen, oder auch nur der bloß bedrohten Selbsthülfe, Einhalt zu thun;“

endlich:

„daß der Artikel 9 der Wiener Schlußacte auf den vorliegenden Fall in Anwendung gebracht werden müsse, da es an und für sich klar sei, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Erreichung des höchsten Bundeszweckes unmöglich würde, wenn die Bundesversammlung nicht das Recht zur definitiven Erledigung solcher persönlichen Streitigkeiten zwischen Bundes-Souverains besitzen sollte,“

erhalten durch meine vorstehenden Betrachtungen und im Zusammenhange mit denselben ihre vollste Bestätigung; sowie dagegen dasjenige, was ich in Bezug auf die Anwendbarkeit des 18. Artikels der Wiener Schlußacte und auf die von dem Herrn Referenten selbst anerkannte Anwendbarkeit des 9. Artikels der Wiener Schlußacte eben bemerkt habe, zur Begründung der Ueberzeugung hinreichen dürfte, daß für Fälle, wie der gegenwärtige, wo zur Erhaltung der inneren Ruhe und Sicherheit von Deutschland eine definitive Erledigung rein persönlicher Streitigkeiten zwischen Bundes-Souverains erfordert wird, das

Bedürfniß einer Ergänzung der Bundesgesetzgebung in Absicht auf die Competenz des Bundes keineswegs stattfindet; indem bereits jene beiden bundesgesetzlichen Vorschriften bestehen, auf deren Grunde das Verfahren in Fällen dieser Art nach dem zu erreichenden Bundeszwecke mit Rücksicht auf Analogien und ähnliche völkerrechtliche Verhältnisse bestimmt werden kann und muß. Wohl aber ist die Lücke, welche der Herr Referent in der Bundesgesetzgebung wahrnimmt, nach meiner obigen Ausführung in dem Sinne vorhanden, daß die Bundesgesetzgebung keine ganz besondern Vorschriften über das bei Fällen der bezeichneten Art zu beobachtende Verfahren in sich begreift.

Diese darf man aber auch nicht füglich in derselben suchen. Es kommt hierbei so sehr auf die Beschaffenheit des gerade vorliegenden Falles an. Wie dieser zu behandeln sey, welche Wirksamkeit die Bundes-Versammlung dabei beweisen solle, um innere und äußere Ruhe, sofern sie bedroht seyn könnten, zu erhalten, hängt gerade von der Abwägung der Mittel im Verhältniß zu dem unter den vorliegenden Umständen zu erreichenden Zweck ab. Darüber lassen sich nicht füglich allgem. Bestimmungen treffen; es genügt, daß der Art. 9 der Bundesacte vorschreibt, „die Wirksamkeit“ der Bundesversammlung sei zunächst durch die Vorschriften der Bundesacte und durch die in Gemäßheit derselben beschlossenen oder ferner zu beschließenden Grundgesetze, wo aber diese nicht zureichen,

„durch die im Grundvertrage bezeichneten Bundeszwecke“ bestimmt.

8) In dem zweiten Abschnitte des vorliegenden Entwurfes, welcher von der Form der Entscheidung handelt, wird die Nothwendigkeit einer, den etwa zu fassenden Bundestags-Beschlüssen vorauszuschickenden Instructionseinkholung als etwas sich von selbst verstehendes bezeichnet, welches keiner näheren Ausführung bedarf.

Je mehr ich, dem Herrn Referenten hierin beistimme, um so weniger scheint mir das, demungachtet hinzugefügte Hervorheben der Qualität der streitenden Theile zur Motivirung der Instructions-Einkholung noch erforderlich zu seyn. Auch den daran geknüpften Schlußsatz:

„Wo aber Fürsten in Person klagen, können nur Fürsten zu Gerichte sitzen,“

vermag ich mir nicht anzueignen. Indem Fürsten wegen rein persönlicher Streitigkeiten durch ihre Gesandtschaften am Bundestage Beschwerde führen lassen, klagen sie nicht in Person; und indem Fürsten ihrer Bundestags-Gesandtschaft hinsichtlich solcher Beschwerden und deren Behandlung am Bundestage Instructionen ertheilen, sitzen sie nicht in Person zu Gericht.

9) Ich wende mich zu dem dritten Abschnitte des Entwurfes, welcher die Prüfung der Beschwerden zum Gegenstande hat. Hier begegnet mir zunächst ein, mit meiner oben entwickelten Ansicht nicht wohl zu vereinigender Ausdruck in den Worten:

„so kann die Befugniß der hohen Bundes-Versammlung zur Entscheidung dieser Angelegenheit nur als eine ausnahmsweise ihr zustehende betrachtet werden.“

Ein höchst ungewöhnliches, eigenthümliches Geschäft der Bundes-Versammlung ist es, womit sie sich bei dieser Entscheidung zu befassen hat, aber bei der oben festgestellten Competenz keine Ausnahme von der Regel. Von welcher Regel sollte es die Ausnahme sein? Etwa von der, in den Art. 11. der Bun-

desacte und 21. der Wiener Schlußacte enthaltenen, das gewöhnliche Austragungsverfahren bei Streitigkeiten unter Bundesgliedern begründenden Regel? Daß diese Regel für rein persönliche, Ehre und Würde der Bundesglieder betreffende Streitigkeiten gar nicht existirt, hat der Herr Referent überzeugend dargethan. Eine allgemeine Regel für die Behandlung solcher Streitigkeiten geben dagegen, wie ich oben zu zeigen suchte, die Art. 9 und 18, sowie Art. 36 und 37 der Wiener Schlußacte.

„Als beständiges verfassungsmäßiges Organ des Willens und Handelns des Bundes“ — so wird die Bundes-Versammlung im Art. 7. der Wiener Schlußacte bezeichnet — hat sie jene allgemeine Regel jetzt in Anwendung zu bringen. Eine Ausnahme liegt hierbei demnach weder darin, daß sie handelnd auftreten soll, wo der Bund sonst durch ein etwa anderes Organ oder unmittelbar handeln würde, noch darin, daß sie sich hinsichtlich des Gegenstandes über irgend eine bestehende verfassungsmäßige Regel ihres Handelns hinwegzusetzen hätte.

10) Von der Beurtheilung des herzoglich braunschweigischen Patenten vom 10. Mai 1827, wie solche aus der zum Protokolle der 11. diesjährigen Bundestags-Sitzung gegebenen preussisch-österreichischen gemeinschaftlichen Erklärung ersichtlich ist, weicht das, in dem vorliegenden Gutachten enthaltene Urtheil über denselben Gegenstand insofern ab, als der Herr Referent jenem Patente überhaupt keinen Bezug auf das Inland zuschreibt und in Ansehung des Zweckes und der Wirkung desselben eine, wohl nicht genugsam motivirte Trennung des Inlandes von dem Auslande annimmt. „Form und Inhalt“ heißt es von dem fraglichen Patente in der gedachten Erklärung — „waren augenscheinlich weniger darauf berechnet, die eigenen Gerechtsame des Herzogs zu wahren, als vielmehr die vormundschaftliche Regierung in ein ungünstiges Licht zu stellen, insbesondere aber die Verlängerung der Vormundschaft über das 18. Lebensjahr als eine Usurpation zu bezeichnen.“ So wurde diese Verlängerung durch das Patent vom 10. Mai 1827, welches als eine öffentliche Bekanntmachung im Inlande wie im Auslande kund that, was der Herzog erklären wollte, unstreitig auch vor seinen eigenen Unterthanen bezeichnet und demnach vor den Augen eben derjenigen, welche vorhin der vormundschaftlichen Regierung gehorcht hatten, die Handlungsweise derselben herabgewürdigt und in ein böses Licht gestellt, wodurch die Bekanntmachung einen sehr wesentlichen Bezug auf das Inland erhielt.

11) Bei weiterer Beleuchtung der verschiedenen hannoverschen Beschwerden gegen Braunschweig, erklärt der Herr Referent in der That, daß der Herzog dem Grafen v. Münster nach Erscheinen der bekannten Refutation zc. ein **Cartell** zusandte, „einen Eingriff in die Gewalt des Königs von Hannover, welchen ich darin nicht wahrnehmen kann, da ein Duell, wozu der Herzog den Grafen von Münster herausforderte, seinem Wesen nach Selbsthülfe und als solche Verletzung des Gesetzes und der Obrigkeit ist, unter welcher der Herausforderer als Unterthan steht. In diesem Zusammenhange erscheint aber nicht die Herausforderung des Herzogs, welcher selbst Souverain und also dem Gesetze des Königs, welchem der Graf v. Münster dient und des Landes, wo er sich aufhält, nicht unterworfen ist. Auch ohne ein Eingriff in die Gewalt des Königs zu sein, bleibt indessen jene Herausforderung höchst beleidigend für den König von Großbritannien und Hannover, weil der

Herzog sich dadurch an dem Grafen v. Münster für Handlungen rächen wollte, die nur der König als Vormund zu vertreten hatte.

Um die Ablehnung der von Seiten des Herzogs von Braunschweig an die Bundesversammlung ergangenen Anträge in der Angelegenheit des Geheimen Rathes v. Schmidt-Phisfeld und namentlich die Zurückweisung des Antrages auf eventuelle Einleitung eines Austrägal-Verfahrens wegen Vollziehung der Staatsverträge vom 16. November 1535 und vom 18. Januar 1798 im Zusammenhange dieser Sache mit den übrigen, gegen den König von Großbritannien und Hannover verübten Beleidigungen näher zu motiviren, ist der großherzoglich badische Bundestags = Gesandte in dem vorliegenden Entwürfe eines Commissions = Gutachtens von anderen Gesichtspunkten ausgegangen, als diejenigen sind, welche ich zu gleichem Zwecke in meinen, Em. Excellenz bekannten früheren Mittheilungen aufstellen zu müssen glaubte. Gern würde ich die meinigen mit den seinigen vertauschen, wenn ich mich nach reiflicher Prüfung der letzteren von demjenigen, was ihre Grundlage bildet, nämlich davon überzeugt hätte, daß es bei dem ganzen, von dem Herzoge gegen den Geheimen Rath v. Schmidt-Phisfeld eingehaltenen Verfahren, worin eine fremdartige, das gewöhnliche rechtliche Maß überschreitende Beimischung allerdings nicht zu verkennen ist, wirklich die unbestreitbare Absicht Sr. Durchlaucht war, durch die gegen diesen Staatsbeamten verhängte Untersuchung den Beweis der Wahrheit der in dem Patente vom 10. Mai 1827 gegen den König von Großbritannien und Hannover ausgesprochenen beleidigenden Behauptungen auf indirekte Weise vor den braunschweigischen Landesgerichten zu führen. Soweit ich die, bei Verhängung jener Untersuchung obwaltende Absicht des Herzogs nach allen vorliegenden Thatfachen richtig aufzufassen und zu beurtheilen im Stande bin, war es ihm nicht sowohl darum zu thun, den Beweis der, von ihm aufgestellten, für den König von Großbritannien und Hannover beleidigenden Behauptungen vor seinen Landesgerichten führen zu lassen; als vielmehr darum, die Diener der vormundschaftlichen Regierung vor seinen eigenen Gerichten zur Rechenschaft zu ziehen und die Handlungen dieser Regierung einer Prüfung mit willkürlicher Prozedur zu unterwerfen, worin ebenfalls eine empfindliche Beleidigung des königlichen Vormundes liegt. Zur vollständigen Ausführung dieser Beleidigung würde der deutsche Bund die Hände bieten und der beabsichtigten, aller rechtlichen Ordnung zuwider laufenden Willkühr Vorschub leisten, wenn er den Versuch des Herzoges, die Auslieferung des Geheimen Rathes v. Schmidt-Phisfeld auf bundesverfassungsmäßigem Wege zu erwirken, durch etwaniges Eingehen auf seine desfallsigen Anträge irgend unterstützen, oder mit andern Worten, ihm bei einem Verfahren behülflich sein wollte, welches lediglich darauf abzielt, seine eigenen Landesgesetze im geordneten Rechtswege oder gar eine willkürliche Commission über Handlungen der vormundschaftlichen Regierung und über die Person ihres Dieners entscheiden zu lassen, während die dabei zu entscheidenden Fragen in seine persönliche Streitfache mit dem Könige von Großbritannien und Hannover innig verflochten sind.

Ob der Herzog, wenn ihm der Geheime Rath von Schmidt-Phisfeld auf die erste Requisition ausgeliefert oder sonst zufällig in seine Gewalt gekommen wäre, die Sache wirklich an die Gerichte zur Entscheidung im geordneten Rechtswege gewiesen und nicht der bereits willkürlich gebildeten Special-Commission zum Ausspruche überlassen hätte, bleibt wenigstens zweifelhaft; und wenn der Herr Referent Ersteres voraussetzt, so wird die Begutachtungs = Com-

mission diese Voraussetzung immer nur als solche zu betrachten und in ihrem Vortrage ausdrücklich zu bezeichnen veranlaßt sein.

13) Der Herr Referent denkt sich den Fall wenigstens als möglich, daß die herzoglich braunschweigische Regierung aus ihren mit dem Königreiche Hannover gemeinschaftlichen Verträgen in der angebrachten Streitsache solche Ansprüche abzuleiten vermöchte, welche einem austrägalgerichtlichen Spruche unterliegen könnten.

Daß ich eine solche Möglichkeit niemals annehmen konnte, brauche ich wohl nicht in gefällige Erinnerung zu bringen.

Für mich wäre diese Möglichkeit nur alsdann denkbar, wenn von dem ganzen Zusammenhange der Umstände abgesehen werden könnte, unter welchen die Requisition wegen Auslieferung des Geheimen Raths v. Schmidt-Phisfeldt von Seiten der braunschweigischen Behörde erfolgte und über die Verweigerung der Auslieferung am Bundestage Beschwerde geführt wurde. So lange dieser Zusammenhang besteht und sich bei der ersten Betrachtung der Sache aufdringt, suche ich mir vergebens die Frage zu beantworten: welche Ansprüche denn die herzoglich braunschweigische Regierung aus den allegirten Staatsverträgen von 1535 und 1798 in Bezug auf den Schmidt-Phisfeldtschen Fall gegen das Königreich Hannover möglicher Weise abzuleiten im Stande sein dürfte? — In jenem Zusammenhange, wie die fragliche Beschwerde bei der Bundesversammlung von dem Herzoge angebracht ist, stellt sich mir endlich diese Anbringung selbst zwar nicht als eine besondere Beleidigung des Königs von Großbritannien und Hannover für sich, wohl aber als Glied einer fortgesetzten Kette beleidigender Aeußerungen und Handlungen des Herzogs gegen den König dar, wie ich oben schon berührt habe.

14) Worin die Darstellung der Herausforderung des Grafen v. Münster durch den Ober-Jägermeister v. Braun und die Beurtheilung dieses Vorfalles in dem vorliegenden Entwurfe des Commissions-Gutachtens von der Art und Weise verschieden ist, wie ich schon im vorigen Sommer diesen Gegenstand mit seinen einzelnen Beziehungen aufsaßte und betrachtete, wird bei einem kurzen Rückblicke auf Letzteres am besten ins Licht treten. Die damalige, sowie die jetzt am Bundestage angebrachte königlich großbritannisch hannöversche Beschwerde in Betreff des fraglichen Vorfalles enthält ohne allen Zweifel viele Thatfachen, welche den Verdacht einer Theilnahme des Herzogs an jener Herausforderung des Grafen v. Münster begründen könnten. Oder sollte es hinter solchen Vorgängen, wie die oben zur Sprache gekommenen, keinen Verdacht der bezeichneten Art begründen, daß ein bis dahin unbekannter Mann, welcher den königlich hannöverschen Cabinetsminister auf Tod und Leben herausfordert, zu derselben Zeit, als er dieses thut, von seinem Landesherrn zu einer der höchsten Stellen im Lande befördert wird? Das Vergehen wäre aber zu groß, die Handlungsweise zu unvereinbar mit Fürstenwürde, als daß die Bundesversammlung, statt dem Herzog jeden Ausweg zur gründlichen Beseitigung des Verdachts und zu seiner vollständigen Rechtfertigung offen zu lassen, gleich von vorn herein auf eine nähere Untersuchung und Prüfung des Thatbestandes, sei es auch nur um eine moralische Gewißheit zu erlangen, eingehen könnte. Vorläufig hat der Herzog die Anstiftung des v. Braun und alle erschwerende Umstände der von demselben geschehenen Herausforderung in Abrede gestellt. Je mehr sich der Bund hierdurch veranlaßt finden wird, von jener näheren Untersuchung des Thatbestandes durch sein verfassungsmäßiges Organ, die Bundesversammlung,

vor der Hand noch abzustehen, um so zuversichtlicher kann er von der andern Seite erwarten, daß der Herzog zur gänzlichen Beseitigung des unter diesen Umständen immer noch fortbauernben Verdachts und zum Beweise, wie verwerflich er die Handlung des 2c. v. Braun finde und wie fern er von jedem Antheile an derselben sei, diesen Diener zur Criminal-Untersuchung ziehen lasse; denn nur dadurch wird eine vollständige Abwendung des Verdachts möglich. Diesem einzigen dazu führenden Mittel kann die Suspension vom Amte und der kurze Arrest, welcher über den 2c. v. Braun verhängt gewesen sein soll, nicht substituirt werden, da nach allen in Deutschland geltenden Rechten die von ihm begangene Handlung zu den schweren Verbrechen gehört, welches dadurch nicht gemildert erscheint, daß es unter dem Vorgeben des Eifers und der Treue für den Landesherrn verübt wurde.

Was wäre es auch, wenn jeder Braunschweiger unter ähnlichem Vorgeben, die hannöverschen Staatsdiener, welche der Herzog haßt, an ihrem Leben, ihrer Ehre, ihrem Eigenthum ungestraft angreifen könnte? Würde nicht geradezu, da der Herzog nicht aufhören will zu hassen, hiermit eine stete Aufmunterung zu Vergehen gegeben sein? Nur wenn der Herzog wirklich versöhnlichen Gesinnungen Raum geben und alles Geschehene vergessen wollte, ließe sich mit Sicherheit erwarten, daß Niemand mehr sich finden würde, welcher durch ein Vergehen, wie das von Braun'sche, Treue und Liebe für seinen Landesherrn beweisen zu können glauben möchte. Nur alsdann könnte auch von einer milderen Behandlung dieses Vergehens die Rede sein. So lange aber die Feindseligkeit des Herzogs gegen Hannover und hannöversche Staatsdiener, wie sie sich vor der Bundes-Versammlung offenkundig ausgesprochen hat, unverändert fortbauert, würde der Herzog dasjenige, was gegenwärtig nur dringender Verdacht ist, in moralische Gewißheit verwandeln; er würde eine Gesinnung offenbaren, welche den öffentlichen und Privat-Rechtszustand in Deutschland, die Ordnung und den Frieden im Bunde mit einer unausgesetzten Gefahr bedrohen müßte, wenn er sich auf eine dieserhalb an ihn zu richtende Aufforderung von Seiten des Bundes weigern sollte, die Criminal-Untersuchung gegen den 2c. v. Braun zu verhängen und außerdem freiwillig noch feierliche Versicherung gegen den Bund auf die desfalls von dem Letzteren auszusprechende Erwartung abzugeben, daß er in Beziehung auf die bisher stattgehabten Irrungen weit entfernt sei, selbst einen Staatsdiener und Unterthan des Königs von Großbritannien und Hannover verfolgen oder beleidigen, auch nicht zulassen wolle, daß dieses von irgend einem seiner Unterthanen geschehe. Beides — sowohl die Anordnung der Criminal-Untersuchung, als die Abgabe dieser Versicherung — hat der Bund einerseits im Verhältnisse zu Hannover, welches durch seine Beihilfe eine präventive Maaßregel gegen künftige ähnliche Beleidigung hannöverscher Unterthanen bewirken will, andrerseits in seinem eignen allgemeinen Interesse für die Aufrechterhaltung des Friedens und der rechtlichen Ordnung in Deutschland zu fordern, damit die Sicherheit in beiden Beziehungen auch für die Zukunft nicht länger gefährdet bleibe.

15) Ich kann hiernach dem Herrn Referenten nicht beitreten, wenn er der Meinung ist, es könne von dem aus der hannöverschen Beschwerde hervorgehenden Verdachte einer Theilnahme des Herzogs an der Handlung des Oberjägermeisters v. Braun von Seiten des Bundes gänzlich Umgang genommen und in Ansehung dieses Verbrechens höchstens die Erwartung ausgesprochen werden, daß der Herzog von selbst darauf bedacht sein werde, den Gesetzen seines Staats,

so weit solches nicht bereits geschehen sei, wegen jenes notorisch begangenen Verbrechens ihren Lauf zu lassen. Bei notorischem Bestehen jenes Verdachts würde der allgemeine Ausdruck dieser Erwartung nach dießseitiger Ueberzeugung weder der Fürsorge, welche die Bundes-Versammlung auf Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Bunde verfassungsmäßig zu verwenden hat, noch auch dem hiermit übereinstimmenden Verlangen des Königs von Hannover entsprechen, welcher nicht etwa, wie der Herr Referent vorauszusetzen scheint, eine Genugthuung wegen des v. Braunschens Verbrechens in Anspruch nimmt, sondern hauptsächlich Sicherheit gegen ähnliche künftige Excesse durch Beihülfe des Bundes zu erlangen sucht.

Hinsichtlich der beiden Gegenbeschwerden des Herzogs von Braunschweig wegen angeblicher Successions- und verfassungswidriger Verlängerung der vormundschaftlichen Regierung über sein 18. Lebensjahr hinaus so wie auch wegen Umsturzes der alten rechtmäßigen braunschweig. Landesverfassung und Einführung einer neuen auf verfassungswidrigem Wege zc. wird von dem Hrn. Referenten angenommen, daß die in dem herzoglich braunschweigischen Patente vom 10. Mai 1827 aufgestellten, für den König von Großbritannien und Hannover beleidigenden Behauptungen durch den siegreichen Beweis der Wahrheit gerechtfertigt werden, und somit die ursprüngliche Beleidigung im Sinne des Herzogs getilgt sein würde, wenn die Bundes-Versammlung nach seinen, an seine Gegenbeschwerden geknüpften Anträge anerkennen sollte, er habe wirklich das Recht gehabt, mit dem 18. Lebensjahre die Regierung anzutreten, und die vormundschaftliche Regierung habe durch Vollziehung und Publicirung der Landschafts-Ordnung vom 25. April 1820 die Grenzen ihrer Befugniß wirklich überschritten. Diese Beweisführung durch den Bund selbst auf indirectem Wege zu bewirken, soll, nach den Worten des Herrn Referenten, der Zweck des Herzogs bei seinen fraglichen Gegenbeschwerden und Anträgen, eben deswegen aber jedes Eingehen auf die letzteren von Seiten der Bundes-Versammlung unzulässig sein. Nun kommt bei Injurienfachen allerdings oft die Einrede vor, daß die dem Beleidigten von dem Beleidiger Schuld gegebene Thatfache, welche eine schimpfliche oder ehrenrührige Handlung enthält, sich wirklich zugetragen habe und also wahr sei; auch werden ihr nach Umständen mehr oder weniger rechtliche Wirkungen im gemeinen Rechte beigelegt.

Könnte aber die Thatfache, daß der Herzog von Braunschweig schon im 18. Jahre majorenn geworden sei und der König daher die Vormundschaft über die Zeit der Majorennität hinaus fortgesetzt habe, unter den bekannten geschichtlichen Umständen niemals als eine schimpfliche und ehrenrührige Handlung betrachtet werden? oder wären die Behauptungen, welche der Herzog in dem Patente vom 10. Mai 1827 aufgestellt hat, wenn auch die beabsichtigte Beweisführung durchgesetzt würde, auch in so fern gerechtfertigt, als dem Könige von Großbritannien und Hannover Usurpation Schuld gegeben worden ist? Usurpation setzt Willkühr — mala fides voraus. Keines von beiden findet sich auf Seiten des Königs, wenn auch die Rechtsfrage, welche wenigstens zweifelhaft ist, gegen ihn entschieden werden sollte.

Denn darüber läßt sich kein Zweifel kundiger und unpartheiischer Beurtheiler besorgen — und Oesterreich und Preußen haben sich in ihrer gemeinschaftlichen Erklärung bereits darüber ausgesprochen, — daß der königliche Vormund bei Fortsetzung der vormundschaftlichen Regierung über das 18. Lebensjahr des Herzogs hinaus ohne Arg und in der besten Meinung gehandelt, auch nicht ir-

gend ein eigenes Interesse, sondern lediglich das Beste des Herzogs und der braunschweigischen Lande im Auge hatte. Eben deshalb aber gehört auch die Frage über den Eintritt der Majorenmität in dem braunschweigischen Fürstenhause im gegenwärtigen Fall, wo es auf Erledigung von Beschwerden über persönliche Beleidigungen zwischen zweien Souverainen ankommt, gar nicht vor die Bundes-Versammlung, besonders ist sie ganz gleichgültig für die Beurtheilung der Handlungen und Erklärungen, wodurch der Herzog den König beleidigt hat. Obwohl durch jene Frage veranlaßt, doch mit dem Grunde und der Entscheidung derselben in keinem irgend bedingenden Zusammenhange stehend, bildet die Beleidigung eine besondere Angelegenheit für sich, eben weil es keinem Zweifel unterliegt, daß der König bei Fortsetzung der vormundschaftlichen Regierung über das 18. Lebensjahr des Herzogs hinaus bona fide handelte. Nicht einmal als eine Incidentfrage bedarf die erwähnte Frage demnach einer Beantwortung für den gegenwärtigen Zweck. Dazu kommt, daß der Bundes-Versammlung Mittel und Competenz zu einer solchen Beantwortung selbst in so weit fehlen, als es sich dabei von einem, der Vergangenheit angehörenden Facto handelt. Oder könnte über Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit dieses vor sechs bis sieben Jahren vorgekommenen Factums jetzt entschieden werden, ohne daß gleichzeitig dadurch auch für die Zukunft entschieden würde, wann die Herzöge von Braunschweig überhaupt majorenn werden? Angenommen aber, daß eins von dem andern zu trennen wäre, daß also die Frage: wann der jetzt regierende Herzog von Braunschweig majorenn geworden sei? abgesehen von der allgemeinen Frage: wann die Herzöge von Braunschweig überhaupt majorenn werden? — für sich erörtert und, mit Rücksicht auf die besonderen testamentarischen Bestimmungen des Vaters, des jetzt regierenden Herzoges, nach den braunschweigischen Hausgesetzen und nach der Observanz entschieden werden könnte: — was sollte mit einer solchen Entscheidung nach Lage der Sache bezweckt werden? Welche Anwendung sollte derselben gegeben werden, um irgend eine Leistung oder Gewährung von Seiten des ehemaligen Vormundes, falls die Entscheidung der Rechtsfrage gegen ihn ausfallen sollte, zu erhalten? Ich halte eine solche Entscheidung, wenn sie überhaupt erfolgen könnte, ohne für die Zukunft bindend zu werden, für durchaus überflüssig und eben deshalb für unstatthaft, obwohl ich nicht recht einsehe, was der Herr Referent damit meint, wenn er sagt: „die Autonomie des Hauses Braunschweig würde dadurch aufgehoben und auf den Bund übertragen werden.“ Durch Ausübung der Autonomie können neue Grundsätze wegen des Anfangs der Majorenmität für die Zukunft festgestellt und desfallige Zweifel gehoben werden. Diese Autonomie kann kein Bund und kein Bundesbeschluß aufheben, ihre Ausübung richtet sich aber auch wieder nach Formen, welche durch Familien-Verkommen, Observanz der illustren Geschlechter, besondere Pacta zwischen verschiedenen Linien der resp. Fürstenhäuser 2c. gegeben sind. Nur wenn von irgend einer Seite ein Antrag an die Bundes-Versammlung gelangt wäre, welcher dahin ginge, für die Zukunft zu entscheiden: wann die Herzöge von Braunschweig majorenn werden? — ließe sich, in dem Zusammenhange der Umstände, worin dieser Antrag angebracht wäre, die Frage aufwerfen und erörtern: ob der Bund dabei competent sei und in welcher Art er seine Competenz auszuüben habe? Diese Frage konnte jedoch nur in einem ganz anderen Zusammenhange von Umständen, für einen ganz andern Zweck aufgeworfen werden; auch würde erst festzustellen sein, wel-

des die streitenden Theile seien, die einander in Beziehung auf diese allgemeine Frage und der Art ihrer Erledigung gegenüber ständen.

17) Ich komme nunmehr auf die verschiedenen Redactionen der, dem Gutachten anzuhängenden Gesamtanträge oder des demnächst von der Bundesversammlung in Gemäßheit dieser Anträge zu fassenden Beschlusses.

Warum ich weder den von dem kaiserlich österreichischen Präsidial-Gesandten Freiherrn von Münch schon in Wien angefertigten Entwurf*) noch den spätern, zwischen ihm und dem Freiherrn von Blittersdorf verabredeten Entwurf**) durchgängig angemessen finden kann, ist in den obigen Bemerkungen zu dem projectirten Commissionsgutachten größtentheils schon gesagt worden, welche zugleich den Maasstab für meine Beurtheilung der Kritiken abgeben, denen nicht allein der erste Entwurf, sondern selbst der zweite Entwurf von Herrn v. Blittersdorf unterworfen worden ist. Ich gebe ihm völlig Recht, wenn er in der Kritik***) gegen den Entwurf des Freiherrn v. Münch die Ausstellung macht, daß dem Bunde darin eine Aeußerung über die vormundschaftliche Regierung, namentlich über die väterliche Fürsorge des Königs und die gewissenhafte Verwaltung der braunschweigischen Lande angesonnen wird, wozu derselbe bei Ermangelung eines besondern Berufs, sich mit irgend einem Urtheil in solche seiner Prüfung nicht vorliegende Angelegenheiten einzumischen, seine Competenz nachzuweisen nicht im Stande sein würde. Aus einer gleichen Betrachtung scheint mir auch das Bedenken nicht unbegründet gegen das, nach dem Vorschlage des Präsidialgesandten in den Beschluß aufzunehmende Anerkenntniß der Beweise von Treue und Anhänglichkeit an das braunschweigische Haus, welche der Geheime Rath v. Schmidt-Phisfeld während der vormundschaftlichen Regierung an den Tag gelegt hat, sowie der daraus gefolgerten Verechtigung des Königs von Hannover, demselben Schutz und Dienst zu verleihen.

Dagegen aber glaube ich mit dem Freiherrn v. Münch und abweichend von der Meinung des Freiherrn v. Blittersdorf, daß man auf eine Theilnahme des Herzogs an den Handlungen Anderer — nämlich des 2c. v. Braun — sofern ein dringender Verdacht derselben existirt — in dem gehörigen Zusammenhange von Bundeswegen sehr wohl zurückkommen, und daß man auch die äußere Ruhe Deutschlands als durch die Beleidigungen des Herzogs gegen den König gefährdet betrachten und bezeichnen kann, da die Allerhöchste Person des Beleidigten, welcher als König von Hannover Beschwerde darüber führt, zugleich König von Großbritannien und auch als solcher in dem Falle ist, eine Beleidigung, worüber jener Beschwerde führt, zu rächen, wenn sie nicht schon in Folge der Letztern durch gebührende Genugthuung abgemacht wird. Das Nähere hierüber enthalten die obigen Anmerkungen No. 4.

18) Endlich muß ich dem Freiherrn v. Münch gegen den Freiherrn v. Blittersdorff in Bezug auf die von dem Ersteren gewählte Wendung beistimmen, „daß die Handlungen des Herzogs als gegen den Bund gerichtet angesehen werden werden würden.“ Wenn es sich von selbst versteht, wie Herr v. Blittersdorff bemerkt, daß der Bund seine gegen die Handlungen des Herzoges zu richtenden Beschlüsse handhaben und denjenigen, welcher dieselben nicht befolgt, als gegen den Bund handelnd betrachten wird, so weiß ich nicht, weshalb er nicht auch jetzt schon erklären dürfte, daß der Herzog, wenn er fortfahren sollte Handlungen zu begehen, wie diejenigen, worüber Hannover Beschwerde führt, dadurch

*) Siehe Seite 97. **) Siehe S. 100. ***) Siehe S. 101.

fortwährend die äußere und innere Ruhe des Bundes in Gefahr setze und den Letztern zwingen, Maßregeln zur Erhaltung beider gegen ihn zu ergreifen.

In diesem Zusammenhange würde ich mir die von dem Freiherrn v. Münch gewählte Wendung unbedenklich aneignen, und durch eine Polemik dagegen in einen Wortstreit zu gerathen befürchten.

19) Ganz im Einklange mit demjenigen, was Preußen und Oesterreich schon bei dem fehlgeschlagenen Vermittlungs-Versuche als nothwendig anerkannten und in ihrer gemeinschaftlichen Erklärung darüber dem Bunde mitgetheilt haben, mußte sich der Präsidial-Gesandte auch der ursprünglichen Idee des Freiherrn v. Blittersdorf opponiren, wonach derselbe in dem zu entwerfenden Beschlusse zunächst nur bei dem Satze: daß dem Könige von Großbritannien und Hannover Satisfaction gebühre, stehen bleiben und damit den ferneren Antrag verbinden wollte, daß dem Beleidiger zur Leistung der gebührenden Genugthuung ein Termin zu setzen sei.

Das Bedürfniß, daß der Bund sich zugleich auch darüber auszusprechen habe: Worin die gebührende Genugthuung bestehen solle? ist späterhin von Herrn v. Blittersdorf selbst anerkannt worden.

20) Seinen Bemerkungen über das Verfahren der Bundesversammlung für den Fall, wenn die verlangte Genugthuung innerhalb des gesetzten Termins nicht geleistet werden sollte, wüßte ich übrigens nichts entgegenzustellen, sofern nur die Art der zu leistenden Genugthuung durch den zu fassenden Bundestags-Beschluß erst bestimmt ist. Welcher andern Art aber könnte diese Genugthuung sein, als diejenige, welche die Höfe von Wien und Berlin mit Zustimmung beider streitenden Theile von dem Herzoge verlangt haben, nämlich Widerruf des Patentes vom 10. Mai 1827 und Uebersendung eines Entschuldigungsschreibens an den König von Großbritannien und Hannover durch einen besondern Abgeordneten. Leistet er diese Genugthuung binnen eines zu bestimmenden Termins nicht, so wäre alsdann zu berathen,

- a) ob nicht von Seiten des Bundes, wie aller einzelnen Bundesglieder, vorerst alle persönlichen Verhältnisse freundschaftlicher und diplomatischer Verbindung mit dem Herzoge abzuberechnen und mithin auch kein von seiner Person beglaubigter Bundestagsgesandter am Bundestage zuzulassen sei, und
- b) ob hiebei jezo schon die in dem Entwurfe des Präsidial-Gesandten vorgeschlagene öffentliche Mißbilligung des Verfahrens des Herzogs, wovon die Abbrechung aller persönlichen Verhältnisse ad a nur die Folge sein würde, von Seiten des Bundes erklärt werden könnte?

Bei Ansetzung des Termins zur Leistung der Genugthuung wäre aber darauf zu sehen, daß derselbe auf eine kurze Frist — höchstens von vier Wochen — beschränkt und der endliche Beschluß, wenn sie innerhalb dieser Frist nicht erfolgen sollte, nahe darauf in der ad a und b angedeuteten Art gefaßt würde, damit Alles dies noch vor dem Eintritte der größeren Bundestags-Ferien vor sich ginge. So würde Alles den Charakter einer Execution behufs der zu leistenden Genugthuung behalten. Bis die letztere geleistet wäre, könnte auch der, durch das Abberechnen der persönlichen Verhältnisse mit dem Herzog herbeizuführende Zustand der Dinge fortbauern.

21) Durch die hier angedeutete Behandlungsweise dürften sich auch die Erinnerungen erledigen, welche der Freiherr v. Blittersdorf gegen den zwischen ihm und dem Präsidial-Gesandten verabredete Entwurf eines Beschlusses in

Absicht auf die fraglichen Punkte späterhin selbst erhoben vertraulich mitgetheilt hat. Wollte der Bund sogleich nach Erstattung des ersten Gutachtens und ohne Ansetzung eines Termins für den Beleidiger damit anfangen, eine Maaßregel gegen den Herzog auszusprechen, wodurch dem Könige von Hannover die schuldige Genugthuung ohne Zuthun des Herzogs verschafft werden könnte, so würde er allerdings sein Verfahren auf eine nicht zu rechtfertigende Weise mit der Execution beginnen. Was Herr v. Blittersdorff hierüber sagt, ist nach dem Obigen also nicht ohne Grund. Auch seine eben daselbst aus dem Art. 2 der Wiener Schlußacte abgeleiteten Folgerungen muß ich — jedoch mit der ausdrücklichen Beschränkung — zugeben, daß die Leistung der Genugthuung, welche der Bund fordert und die, unter dem Abbrechen aller Verhältnisse mit der Person des Herzogs zu erklärende Mißbilligung, wenn er die Genugthuung nicht leistet — keineswegs als eine Strafe zu betrachten sein wird. Es handelt sich vielmehr hierbei von einer Leistung, welche nach dem Völkerrechte gefordert werden kann und von einer Behufs derselben anzuwendenden Execution oder Zwangs-Maaßregel, gegen einen Souverain, welche keineswegs unter die Begriffe von Strafe oder Verweis fällt, da Strafe und Verweis allerdings nur im Verhältnisse des Höheren zu dem Untergeordneten vorkommen; Zwang und Mißbilligung aber auch zwischen Coordinirten bei voller gegenseitiger Anerkennung der rechtlichen Coordination stattfinden können.

22) Im Wesentlichen gleichlautend mit dem neuesten Entwurfe des Beschlusses, welchen der Freiherr v. Blittersdorff aufstellte, würde derjenige Entwurf eines solchen Beschlusses, wie ich ihn mir am angemessensten denke, etwa folgenden Inhalts sein:

I. In Betracht, daß Se. Durchlaucht der Herzog von Braunschweig Se. Majestät den König von Großbritannien und Hannover durch höchstihre Patent vom 10. Mai 1827 öffentlich und persönlich beleidigt und diese Beleidigung durch eine Reihe von Handlungen theils erneuert, theils verstärkt, niemals aber zurückgenommen haben; in Betracht, daß hierdurch die innere und äußere Ruhe und Sicherheit Deutschlands, zu deren Aufrechthaltung der deutsche Bund grundgesetzlich verpflichtet ist, gefährdet werden, erklärt derselbe, daß Se. Durchlaucht der Herzog von Braunschweig als der beleidigende Theil verpflichtet sei, Sr. Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover für die Allerhöchsthnen zugefügten öffentlichen und persönlichen Beleidigungen vollständige Genugthuung zu leisten.

II. Der Bund gewärtiget demnach, daß Se. Durchlaucht der Herzog von Braunschweig das Patent vom 10. Mai 1827 öffentlich zurücknehmen und Sr. Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover durch Uebersendung eines besonderen Abgeordneten, die angemessene Entschuldigung, wie sie schon in Folge der von Seiten Oesterreichs und Preußens stattgefundenen Vermittelung geschehen sollte, machen werden.

III. Der deutsche Bund sieht der Anzeige, daß dies geschehen sei, binnen eines Termins von vier Wochen entgegen.

IV. Der deutsche Bund mißt es der eigenen Schuld Sr. Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig bei, wenn Se. Majestät der König von Großbritannien und Hannover sich genöthigt gesehen haben, einen wegen Seiner herzoglichen Durchlaucht persönlichen Streites mit Sr. königl. Majestät wider allge-

mein anerkannte Principien des Rechts ohne Anwendung gesetzlich bestehender Formen verfolgten Staatsdiener, den Geheimen Rath v. Schmidt-Phiseldack unter Ihren besonderen Schutz zu nehmen. Da wegen gleicher Beziehung der mit Berufung auf die Staatsverträge vom 16. November 1535 und vom 18. Januar 1798 gemachte Antrag auf Auslieferung des königl. hannoverschen Geheimenraths v. Schmidt-Phiseldack völlig unbegründet ist, so wird auch die wegen Verweigerung jenes Antrages von Sr. Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig erhobenen Beschwerde als ganz unstatthaft von dem Bunde zurückgewiesen.

V. Der deutsche Bund hegt in Bezug auf die, von Seiten Sr. Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover angebrachte Beschwerde wegen Herausforderung des königlich hannoverschen Staats- und Cabinetsministers Grafen v. Münster durch den herzogl. Oberjägermeister v. Braun, unter Berücksichtigung der dabei stattgehabten besonderen Umstände, die gerechte Erwartung, daß Se. Durchlaucht der Herzog von Braunschweig den 10. v. Braun wegen dieses notorisch begangenen Verbrechens zur Criminal-Untersuchung ziehen und nach den Gesetzen Ihres Landes bestrafen lassen, auch darüber, daß dieses geschehen, binnen vier Wochen bei der Bundesversammlung Anzeige machen, und dadurch jeder Prüfung und Untersuchung der in die königlich hannoversche Beschwerde niedergelegten Gründe zur Unterstützung des Verdachts einer indirecten Theilnahme an jener Handlung Ihres Dieners zuvorkommen, auch zur vollständigen Erreichung dieses Zweckes und zur Wiederherstellung des gestörten Vertrauens für die Zukunft bereitwillig die Erklärung abgeben werden, sich jeder directen und indirecten Beleidigung Sr. Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover enthalten, auch nicht zulassen zu wollen, daß Staatsdiener oder Unterthanen Sr. gedachten Majestät von herzogl. braunschweigischen Unterthanen hinsichtlich der stattgehabten Irrungen verfolgt oder beleidigt werden.

VI. Die Beschwerde Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig wegen successions- und landesverfassungswidriger Verlängerung der vormundschaftlichen Regierung in der Zeit der Volljährigkeit Seiner jetzt regierenden herzoglichen Durchlaucht von Seiten Seiner Majestät des König Georg IV. von Großbritannien und Hannover als gewesenen vormundschaftlichen Regenten des Herzogthums Braunschweig; desgleichen

VII. Die Beschwerde wegen angeblich vollführten Umsturzes der alten rechtmäßigen Landesverfassung und Einführung einer neuen auf verfassungswidrigem Wege und ganz ohne die Concurrenz Seiner jetzt regierenden Herzoglichen Durchlaucht zu Stande gebrachten und unterm 25. April 1820 eigenmächtiger Weise als Landes-Grundgesetz promulgirten Landschafts-Ordnung werden, in Erwägung, daß weder rücksichtlich des Zusammenhangs der Umstände, unter welchen diese Beschwerden angebracht werden, noch auch dessen, was darauf veranlaßt werden soll, die Sache zur Competenz des Bundes mittelst einer nach irgend einer bestimmten Richtung sich äussernden Wirksamkeit erwachsen ist, von hier abgewiesen.

VIII. Dem Antrage Sr. herzoglichen Durchlaucht wegen Mißbilligung der, von dem königlich hannoverschen Cabinetsminister Grafen v. Münster auf Befehl Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover verfaßten Staatschrift und öffentlichen Zurücknahme der darin angeblich gegen Obsthieselben enthaltenen persönlichen Beleidigungen ist keine Folge zu geben.

IX. Der von herzoglich braunschweigischer Seite gestellte Antrag rück-

sichtlich der Sicherstellung Sr. Durchlaucht des Herzogs gegen Schritte der Gewalt und Willkür von Seiten Hannovers und rücksichtlich des angeblich widerrechtlichen Durchmarsches königl. hannoverscher Truppen durch das herzoglich braunschweigische Amt Heddinghausen, bedarf rücksichts der von Seiten der königl. hannoverschen Regierung gegebenen Erläuterungen keiner weiteren Erledigung.

23) Bei dem Beschlußgliede Nr. II. bin ich für Beibehaltung des unterstrichenen Ausdrucks „Entschuldigung“, und möchte denselben nicht, wie Herr von Blittersdorff wünscht, mit dem Ausdruck „Erläuterung“ vertauschen. Seine für den letzteren ausgeführten Gründe leuchten mir nicht ein. Jemand, der beleidigt, muß die Beleidigung zurücknehmen und den Beleidigten um Entschuldigung bitten; der Privatmann im Verhältnisse zu dem Privatmanne nach dem Privatrechte; der Souverain im Verhältnisse zu dem Souverain nach dem Völkerrechte. Von dieser Ansicht ausgehend und auf den Grund derselben stellten Oesterreich und Preußen bei ihrem Vermittelungs-Versuche die Art der Genugthuung, zu welcher sie den Herzog aufforderten, als etwas dar, wozu er schon nach dem Völkerrechte gezwungen werden könne. Einem Souverain kann kein Verweis ertheilt werden, er kann aber wohl in den Fall kommen, sich, unbeschadet seiner Würde als Souverain, gegen einen anderen Souverain zu entschuldigen und selbst dazu im Wege des völkerrechtlichen Zwanges angehalten zu werden. Auch auf die Uebersendung des Entschuldigungs-Schreibens durch einen besondern Abgeordneten, wovon in dem Entwurf-Beschlusse des Freiherrn von Blittersdorff nicht die Rede ist, muß der diesseitige Hof, nachdem er dieselbe gemeinschaftlich mit Oesterreich bereits von dem Herzoge verlangt hat, jetzt bei Verhandlung der Sache am Bundestage ferner bestehen. — Die Fassung des Beschluß-Gliedes No. V. rechtfertigt sich durch die obige Anmerkung Nr. 14, so wie die Zusätze zu Nr. I, III, VII, durch die Anmerkungen Nr. 4, Nr. 20 und Nr. 16 (vergleiche oben S. 100).

Was die Redaction des Beschlusses im Außern betrifft, so wäre zu wünschen, daß derselbe nicht so, wie der jetzige Entwurf ist, als ganz besondere Sätze und Perioden von einander getrennt, sondern nur wie Abtheilungen und Glieder eines und desselben Satzes, wenngleich durch Nummern geschieden, durch angemessene Bindewörter und Uebergänge vereinigt werde.

Da sich nach dem Vorstehenden der diesseitige königliche Hof in keiner Art veranlaßt findet, seine bei dem früheren Vermittelungs-Versuche bereits aufgestellten und reiflich erwogenen Ansichten über die Behandlung der braunschweigisch-hannoverschen Streitsache am Bundestage, nachdem er sich bereits gegen Oesterreich und andere Bundesglieder, und in seiner mit Oesterreich gemeinschaftlich abgegebenen Erklärung mehr oder weniger ausführlich darüber ausgesprochen hat, jetzt aufzugeben oder zu verändern, werden Euer Excellenz als Mitglied der zur Begutachtung dieser Angelegenheit gewählten Commission weder direct noch indirect Ihre Zustimmung zu einem Vortrage und zu Anträgen dieser Commission geben können, welches im Ganzen oder im Einzelnen mit jenen Ansichten im Widerspruche steht, ohne dieselben zugleich wenigstens als Gegenstände der Erwägung mit in sich aufzunehmen. Euer Excellenz wollen daher zunächst bei Ihren Herren Mitcommissarien und vornehmlich bei dem großherzoglich badischen Herrn Gesandten auf geeignetem Wege gefälligst die Ueberzeugung hervorbringen suchen, daß eine Umarbeitung einzelner Stellen des vorliegenden Entwurfs des Gutachtens wie der Anträge, nach Maafgabe der obigen Be-

merkungen, dem Geiste wie den Worten der Bundesgesetzgebung entsprechen und dem Zwecke förderlich sein würde. Gelingt es Ihnen wider Verhoffen nicht, dieser Ueberzeugung bei der Commission Eingang zu verschaffen und eine den dieseitigen Wünschen gemäße Fassung der betreffenden Stellen jener Commissions-Vor- und Anträge zu bewirken, so bleibt Ihnen nichts übrig, als darauf zu dringen, daß Ihre Ansicht überall, wo sie von dem Haupt-Inhalte des Commissions-Gutachtens abweicht, als abweichende Meinung eines einzelnen Commissionsgliedes klar und ausführlich mitgetheilt werde, worauf Euer Excellenz, wie jedes andere Commissionsglied jedenfalls den gegründetsten Anspruch zu machen haben.

gez. Bernstorff.

Berlin, den 13. Juni 1829.

An

Herrn General-Postdirektor u. v. Nagler in Frankfurt.

Neuntes Kapitel.

Die Verhandlungen vor der Bundesversammlung.

Schon am 9. April 1829 kam die Angelegenheit des Herzogs Carl von Braunschweig zur Verhandlung in der Bundesversammlung. Die beiden Großmächte Oesterreich und Preußen gaben eine gemeinschaftliche Erklärung am Bunde ab, daß die Bundesversammlung bei der in der 11ten u. 12ten Sitzung 1828 angebrachten Beschwerde des Herzogs von Braunschweig gegen die hannoversche Regierung Vollziehung zweier Staatsverträge betreffend, den Wunsch ausgesprochen habe, die Differenzen zwischen dem Könige von Hannover und dem Herzoge von Braunschweig einstweilen ruhen zu lassen, da eine Vermittelung durch Oesterreich und Preußen in Aussicht stehe. In Folge dessen sei auch die Vermittelung versucht, aber von keinem Erfolge gekrönt. Die beiden Mächte wollten nun eine Uebersicht ihrer Vermittelungsversuche zu Protokoll geben, da die Bundesversammlung dies mit Recht erwarten könne, überhaupt aber auch die Geschichte dieser Versuche für die richtige Beurtheilung der vorliegenden Streitsache von Erheblichkeit sei.

Wir haben schon oben (S. 90) gesehen, daß Preußen sich von Oesterreich bestimmen ließ, nur eine sehr dürftige Uebersicht zu Protokoll zu geben;*) wir können uns daher auch davon dispensiren, sie hier wiederzugeben, da in den vorhergehenden Kapiteln die Correspondenz zwischen den Großmächten so weit wie nothwendig vollständig gegeben worden ist.

Was die gegenseitigen Beschwerden, welche so bedeutende Streitfragen und Undeutlichkeiten des deutschen Bundesrechts berührten, betrifft, so waren sie kurz dargestellt nach dem Berichte des Freiherrn v. Blittersdorff, den aber an seiner Stelle der königl. sächsische Bundestagsgesandte v. Lindenau erstattete, folgende:

Die herzoglich braunschweigische Beschwerde.

In der 12ten Bundestagsitzung vom 16. Mai 1828 hatte die herzoglich-braunschweigische Regierung eine Beschwerde gegen die königlich-hannoversche Regierung in Versammlung vortragen lassen, deren Gegenstand die angebliche Verletzung zweier Staatsverträge war, und in Folge welcher die Anwendung des Artikels 11 der Bundes- und des Artikels 21 der Schluß-Acte in Anspruch genommen wurde. — Es wurde angeführt, daß der erste und älteste dieser beiden Verträge vom 16. November 1535 unter andern festsetze, daß keine der beiden vorgenannten Regierungen gegenseitig einander zu Unwillen, Irrung und Uneinigkeit einen Unterthan oder Diener halten, ihn als solchen anerkenne, und noch vielweniger öffentlich schirmen, schützen oder haufen wolle.

*) Sie findet sich Bundesprotokoll vom 1829 Col. 131—137.

Der andere und spätere Vertrag vom 8. Januar 1798 bestimme und urkunde, daß beide Regierungen sich wechselseitig und unweigerlich alle Personen ausliefern wollen, die in ihren beiderseitigen Landen ein Verbrechen, welches, nach den Grundsätzen der gemeinen in Deutschland geltenden Rechte, eine peinliche Strafe nach sich zieht, begangen und sich vor erfolgter Bestrafung in das anderseitige Territorium gewandt haben.

Dieser spätere Vertrag bestimme und beurkunde, nach Ansicht der herzoglichen Regierung, ausdrücklich, daß zur Auslieferung solcher Delinquenten die Requisition in öffentlichen Blättern oder in einfachen Schreiben des requirirenden Richters an den Requirirten genüge, und daß überhaupt in allen solchen Criminalfällen die Gerichtsstellen der beiderseitigen Lande sich mit aller Willfähigkeit einander zu Hülfe kommen sollen.

Solche peinliche Vergehungen nun, welche die Bewilligung der vertragsmäßigen Auslieferung unter den beiderseitigen Gerichten zur Folge haben, seien es, welche den heimlich von Braunschweig nach Hannover entwichenen herzoglich-braunschweigischen Unterthan und Geheimen Rath, Justus von Schmidt-Phisfeld, Schuld gegeben würden, und welche durch das Resultat der vorläufigen Untersuchungen einer zu diesem Ende in Braunschweig niedergesetzt gewesene Commission evident gemacht seien.

Bei dieser Lage der Sache und nach dem ausdrücklichen Buchstaben der vorliegenden beiden Staatsverträge, wäre daher die hannoversche Regierung um so mehr schuldig und verbunden gewesen, den mehrerwähnten Inculpaten, Justus von Schmidt-Phisfeld, an die braunschweigischen Gerichte auszuliefern, weil derselbe heimlich von Braunschweig entwichen sei, ohne seiner dasigen Dienstpflichten entlassen zu sein, und von ihm anvertraut gewesenen Dienstgeschäften seinem rechtmäßigen Landes- und Dienstherrn die ihm obliegende und zuvor ausdrücklich anbefohlene Rechenschaft abgelegt zu haben, und weil die braunschweigische Regierung, als sie diesen landespflüchtigen und eiddrückigen Staatsdiener vergebens zur Rückkehr in seinen angestammten Unterthanenverband und zu seiner gesetzmäßigen Pflicht ermahnt hatte, um seine Captur und Auslieferung bei den auswärtigen Regierungen in offenen Steckbriefen nachgesucht habe.

Allein weit entfernt, einer solchen vertragsmäßigen und wohlbegründeten Auslieferung in dem dargelegten Falle Genüge zu leisten, habe die hannoversche Regierung vielmehr der Justizkanzlei zu Hannover ausdrücklich unter sagt, der braunschweigischen Requisition zu entsprechen. Die hannoversche Regierung sei noch einen Schritt weiter gegangen, und habe diesen schwer inculpirten, heimlich entwichenen und gerichtlich verfolgten braunschweigischen Staatsdiener bei sich mit einer hohen Staatswürde beliehen und feierlich in Eid und Pflicht genommen.

Die herzoglich braunschweigische Regierung müsse daher, in Betracht einerseits, daß es für sie von großem und leicht zu bescheinigendem Interesse sei, daß über die dem großherzoglich braunschweigischen Geheimen Rath, Justus von Schmidt-Phisfeld, zur Last fallenden Verbrechen und Pflichtwidrigkeiten von dem competenten Richter entschieden, auch die demselben obliegende Rechenschaft über die von ihm geführten wichtigen Verwaltungsgeschäfte vollständig abgelegt werde, und anderer Seits, daß dieser Zweck nicht erreicht werden könne, so lange von königl. hannoverscher Seite die Auslieferung desselben verweigert und die Vollziehung der mehrerwähnten beiden Staatsverträge an dessen Person abge-

lehnt werde — zuvörderst in der obschwebenden Streitsache das gegenwärtige Vermittlungsansuchen bei der Bundes-Versammlung anbringen, und, in dem Falle, daß dasselbe erfolglos bleiben sollte, auf die Einleitung des Austrägalverfahrens antragen.

Königlich hannöverische Beschwerde.

In der Bundestagsitzung vom 9. April 1829 legte der königl. hannöversische Bundestagsgesandte die Beschwerde des Königs von Großbritannien und Hannover gegen den Herzog von Braunschweig in das Protocoll nieder. Diese Beschwerde beginnt mit der Bemerkung, daß der König von Großbritannien und Hannover bekanntlich seit längerer Zeit mit seinem Neffen, dem regierenden Herzog von Braunschweig, in Mißverhältnisse verwickelt sei.

Er hätte für die, seinem gewesenen fürstlichen Mündel gewidmete, väterliche Sorge, statt kindlichen Dankes, Schmähungen, Verunglimpfungen und öffentliche Beleidigungen mancher Art und in mancher Form gegen seine Person und vornehmlich die Verwaltung, so wie gegen die mit dieser zunächst beauftragt gewesenen ersten Staatsdiener, leider erfahren müssen.

Er hätte Alles gethan, was von seiner Seite geschehen konnte, um zu einer, mit Seiner Würde verträglichen Vermittelung des unseligen Streites den Weg offen zu erhalten. Dies sei indeß vergeblich geblieben, und alle Bemühungen des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen, die Sache gütlich auszugleichen, so wie die an den Herzog gerichteten eindringlichen Ermahnungen der übrigen deutschen Bundesgenossen, ja selbst mehrerer der größten Monarchen Europas, hätten keinen Erfolg gehabt.

Der Herzog hätte vielmehr während der eingeleiteten Vermittlungsverhandlungen nicht aufgehört, neue Beleidigungen gegen den König in der Person seiner Staatsdiener zu häufen, und es seien zuletzt Verfolgungen eingetreten, welche mit der Ruhe und Sicherheit des deutschen Staatenbundes nicht vereinbar seien.

Der König sähe sich daher nunmehr in die Nothwendigkeit versetzt, jene ganze Angelegenheit zur Kenntniß der Bundes-Versammlung gelangen zu lassen, und von derselben, auf den Grund des 18. und 19., sowie des 36. und 37. Artikels der Schlußakte vom 16. Mai 1820, nicht nur volle und schnelle Genugthuung für die selbst auf directe und indirecte Weise zugefügten schweren Beleidigungen, sondern zugleich Schutz und Sicherheit gegen Verfolgungen zu gewärtigen, welche die Ehre, die persönliche Sicherheit und sogar das Leben seiner Unterthanen und ersten Staatsdiener gefährdeten.

Diese Darlegung und die mit derselben zu verbindenden Anträge, erfordern Seiner Majestät eigene Ehre und Allerhöchstihre erste Regentenpflicht, von der vor Allem ihre Unterthanen und Staatsdiener Schutz ihrer Person und ihrer Rechte erwarten dürfen, eine Regentenpflicht, welche kein Landesherr aufzugeben berechtigt ist und von deren eigenen und unmittelbaren Handhabung ein souveränes Mitglied des deutschen Bundes, als solches, sich lediglich in der Zuversicht für losgezählt erachten kann, daß in der Verfassung des Bundes durchgreifende Mittel liegen, jenen Schutz erteilen; indem die Unerläßlichkeit dieses ersten und wesentlichsten Zweckes eines jeden Staates zu der nothwendigen Folgerung führt, daß im entgegengesetzten Falle dem Landesherrn gestattet sein müsse, den erwähnten Zweck durch eigene Kraft zu er-

reichen, ohne daß darin eine Verletzung der Bundespflichten angetroffen werden könnte."

"Nachdem solche Mittel jedoch dieser hohen Versammlung in hinreichendem Maasse durch die Art. 31 seqq. der Wiener Schlußacte zu Gebote stehen, und ihr erhabener Veruf, dieselben zur Anwendung zu bringen, durch die Artikel 18 und 19, sowie 36 und 37 eben jenes Grundgesetzes außer Zweifel gesetzt ist; so geben Seine Majestät Sich gern vertrauensvoll der Hoffnung hin, daß Allerhöchstdieselben gerechte Erwartungen in ihrem ganzen Umfange auf bundesverfassungsmäßigem Wege in Erfüllung gehen werden. Zu dieser Hoffnung sind Seine Majestät um so mehr veranlaßt, als Ihren deutschen Mitverbündeten die Bemerkung nicht entgehen wird, daß von Seiten des Herrn Herzogs von Braunschweig das Bundesverhältniß in dem Wahne mißbraucht ist, daß es Seine Durchlaucht gegen die Folgen seines beleidigenden Verfahrens schützen würde, eines Verfahrens, dessen Unternehmung und Fortsetzung, ohne jenen Wahn vorauszusetzen, bei den relativen Verhältnissen des Herrn Herzogs zu Seiner Majestät vernünftiger Weise kaum denkbar gewesen sein würde."

"Während Seine Majestät auf der einen Seite nur zu beklagen vermögen, daß die Erfolglosigkeit der von Allerhöchstihnen zunächst veranlaßten Vermittlungsversuche, verbunden mit den erwähnten neuesten Ereignissen, Ihnen die Pflicht auferlegt, Thatfachen zur Kenntniß dieser hohen Versammlung zu bringen, von welchen zu wünschen wäre, sie würden für immer der Vergessenheit übergeben; so gereicht es auf der andern Seite zu Allerhöchsthiner Beruhigung, daß es nicht Ihnen beigemessen werden kann, wenn das unglückliche Aufsehen, was jene Angelegenheit bereits in ganz Deutschland erregt hat, durch die gegenwärtigen Verhandlungen am Bundestage vermehrt werden muß."

Der König hätte, nach dem ruhmvollen Tode des hochseligen Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg in der Schlacht von Quatrebras, in Gemäßheit des letzten Willens des verewigten Fürsten, die vormundschaftliche Regierung des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel am 18. Juli 1815 angetreten. Wie wahrhaft landesväterlich und in jeder Beziehung segensreich diese vormundschaftliche Verwaltung während ihrer achtjährigen Dauer geführt worden sei, davon möge das Herzogthum, davon möge Deutschland Zeugniß geben. Es sei hier nicht der Ort, um über diese Verwaltung Rechenschaft abzulegen. Eine nähere Nachweisung über das Einzelne derselben gebe indeß der bei deren Beendigung am 25. September 1823 officiell erstattete Verwaltungsbericht (siehe oben S. 8 ff.).

Der König fühle sich verpflichtet, öffentlich, im Angesichte seiner hohen deutschen Mitverbündeten zu bezeugen, daß er jene glücklichen Erfolge der von ihm geführten vormundschaftlichen Regierung, nächst den immer gleich bewährten, treuen und umsichtigen Bemühungen des bei seiner Person stehenden Staats- und Cabinetsministers, Grafen v. Münster, den ausgezeichneten Eigenschaften und dem unermüdblichen Dienstesifer des Geheimen Raths v. Schmidt-Phisfeld verdanke.

Wenn der Herzog von Braunschweig in seinem minderjährigen Alter nicht alle Handlungen seines erhabenen Vormundes aus dessen Standpunkte und aus höheren Rücksichten, sondern allein nach seinen augenblicklichen persönlichen Empfindungen beurtheilte, so wäre ein vorübergehender Unmuth des Mündels über das, was etwa in der Leitung desselben, oder in einzelnen Regierungsmaassregeln mit seinen Neigungen und Ansichten nicht zusammenstimmte, der

dem jugendlichen Alter eigenen Lebhaftigkeit der Empfindung leicht zu verzeihen, und dabei von reiferen Jahren ein reiferes Urtheil zu erwarten gewesen. Aber jene Unzufriedenheit sei eine dauernde Quelle öffentlicher Beleidigungen des Königs von Großbritannien und Hannover geworden.

Es könne bei diesen Beleidigungen keinen Unterschied machen, ob sie unmittelbar oder mittelbar zugefügt seien. Auch in der Person des Dieners könne ein Souverain beleidigt werden, und vollends sei jeder Angriff, der auf Amtshandlungen des Dieners sich beziehe, welche in Gemäßheit der unmittelbaren Befehle des Souverains vorgenommen, oder von ihm unmittelbar genehmigt worden seien, als gegen ihn selbst gerichtet zu betrachten.

Die Reihe der, zu dem innigsten Bedauern des Königs, der Bundesversammlung vorzulegenden Attentate eines Mitverbündeten und nahen Verwandten eröffne:

I. das Patent des regierenden Herzogs von Braunschweig vom 10. Mai 1827.

Dasselbe begreife einen doppelten Vorbehalt des Herzogs:

- 1) alle bis zum 30. October 1822 vollführten Regentenhandlungen des königlichen Vormundes, durch welche dieser, nach der Meinung des Herzogs, und einem dabei aufgestellten, sehr unbestimmten und weiten Begriffe, seine Gewalt überschritten haben solle, nach eigener Willkür zu vernichten, und
- 2) ohne Unterschied mit unbeschränkter Willkür alle vormundschaftlichen Regentenhandlungen aus der Periode vom 30. October 1822 bis zum 30. October 1823 als einen Zeitraum, um welche die vormundschaftliche Regierung ungesetzmäßig verlängert worden sei, zu annulliren.

Mit dieser vermeintlichen Verlängerung der Vormundschaft habe es bekanntlich die Bewandniß, daß, noch während der Discussionen über die staatsrechtliche Frage hinsichtlich des Zeitpunkts der Volljährigkeit des Herzogs, derselbe sich am 20. März 1823 entschlossen, den König ersuchen zu lassen, die Vormundschaft noch ein Jahr fortzusetzen, und daß hierauf der König selbst diesen Termin abzukürzen und den Herzog an seinem 19. Geburtstage die Regierung zu überlassen sich bewogen fand.

Unter diesen Umständen falle jeder an sich schon unerklärliche Gedanke an eine gesetzwidrige Verlängerung der Vormundschaft hinweg, da nicht ein Grundgesetz, sondern die freie Willensäußerung des Mündels selbst, und die seinem Wunsche noch zuvorkommende Ueberlassung der Regierung von Seiten des Vormundes, entschieden habe.

Der Herzog hätte nun vor seinem Volke, vor Deutschland, vor der Welt ausgesprochen, daß der König von Großbritannien und Hannover als sein Vormund pflichtwidrig gehandelt, auf unbefugte Art über seine Rechte disponirt habe.

Das Patent rede positiv von gefaßten Regierungsbeschlüssen und erlassenen Verordnungen, welche nur in so fern rechtlich verbindlich seien, als sie, nach dem Erachten des Herzogs die dabei gezogene unbestimmte Grenze erlaubter Verwaltungshandlungen nicht überschritten hätten. Der Herzog hätte in gleichem Maaße öffentlich ausgesprochen, daß der König gegen Gesetz und Recht die über ihn geführte Vormundschaft um ein Jahr verlängert hätte, und deshalb alle während dieses Jahres vorgenommenen Regierungshandlungen nach absoluter

Willkür zu annulliren sich vorbehalten, obgleich die Evidenz des Gegentheils jener Behauptungen vor Auge liege. Er hätte demnach kein Bedenken getragen, die Gewalt eines mächtigen Monarchen und legitimen vormundtschaftlichen Regenten öffentlich herabzuwürdigen, seinen Unterthanen anzukündigen, daß alle vormundtschaftlichen Regierungshandlungen desselben nur soweit gültig und verbindlich seien, als er selbige in einer oder der andern Rücksicht als rechtmäßig anzuerkennen Belieben trüge, und den Vorwurf des Unrechts und der Usurpation gegen seinen erhabenen Vormund und Oheim vor aller Welt ausgestoßen.

II. Die also begonnene Beleidigung des Königs sei fortgesetzt in einer Schrift, welche den Titel führe:

„Darstellung der Verhältnisse des von Braunschweig entwichenen Geheimen Rathes v. Schmidt-Philfeld, zu der für die herzoglich-braunschweigischen Lande bestehenden vormundtschaftlichen Regierung, und dem Stellvertreter derselben, Grafen v. Münster, sowie im Gegensatz zu dem herzoglich-braunschweigischen Hause und der Person Seiner Durchlaucht des jetzt regierenden Herzogs.“

Diese Schrift sei auf Befehl des Herzogs in Braunschweig gedruckt, auch in die englische Sprache übersetzt, von ihm vertraulich verschiedenen Höfen, selbst Prinzen des königlich-großbritannischen Hauses, dann mehreren anderen Personen, und sogar einem bei der königlichen deutschen Kanzlei zu London stehenden Diener des Königs mitgetheilt.

Diese Schrift sei, ihrem ganzen Umfange nach, eine gegen den König gerichtete Verunglimpfung der ausgezeichnetsten Art. Aber alles Uebrige werde von den beiden beispiellosen, in der Schrift gewagten Anklagen übertroffen:

1) daß, unter specieller Protection des bei der höchsten Person Sr. Majestät stehenden Ministers, von einem braunschweigischen Geheimen Rathe der Plan entworfen und verfolgt sei, eine feste und dauerhafte Herrschaft über das Herzogthum zu erwerben, sollte es auch nur eine solche Stellung zu Hannover erhalten, daß es als eine Provinz dieses Staates angesehen werden müßte, und

2) daß planmäßig eine Erziehung des Herzogs für einen permanenten Zustand der Unwissenheit und Nichtigkeit veranstaltet sei.

Diese unerhörten Verunglimpfungen, obschon dem Namen nach gegen die Diener des Königs gerichtet, seien dennoch in der That die königliche Person trafen, da die Diener in ihren Amtshandlungen angegriffen seien.

Der Einwurf, daß die beleidigende Schrift nicht für das größere Publikum bestimmt gewesen, sei unerheblich, da der Charakter der Oeffentlichkeit nur dazu beitragen könne, eine Beleidigung zu erschweren, nicht aber der Mangel dieser Eigenschaft sie selbst zu tilgen. Uebrigens fehle es hier nicht an der erschwerenden Eigenschaft.

Mehrentheils desselben Inhalts, nur in einer abgeänderten Form, sei die Schrift, welche der Herzog unter dem Titel einer

„Beschwerdeschrift der herzoglich braunschweigischen Regierung, welche durch vielfache Rechtskränkungen von der königlich hannöverschen Seite begründet ist“ 2c.

dem Drucke übergeben lassen, und der hohen Bundesversammlung zu überreichen beabsichtigt, indeß wieder zurückzunehmen sich bewogen gefunden hätte.

III. Einziehung der Pension des Kammerherrn v. Einsingen.

Der Herzog sei nicht dabei stehen geblieben, die legitime vormundschaftliche Gewalt mit Worten herabzuwürdigen; die That sei den Worten gefolgt und nur nach seiner Willkür sei eine von dem Könige, als Vormund des Herzogs, dem Kammerherrn v. Einsingen bewilligte Pension eingezogen worden, weil derselbe, während der Minderjährigkeit des Herzogs, in treuer Pflichterfüllung das Unglück gehabt habe, Seiner Durchlaucht persönlich zu mißfallen.

IV. Verfolgung des Geheimen Rath's v. Schmidt-Phiselded.

Tiefe Kränkungen hätte der König von dem Herzog durch die beharrliche Verfolgung des oben mit gerechter Anerkennung seiner Verdienste erwähnten Geheimen Rath's v. Schmidt-Phiselded, erfahren müssen. — Es werde erforderlich sein, das dieser Angelegenheit zum Grunde liegende Verhältniß seinem eigentlichen Wesen nach mit möglichster Kürze darzulegen.

Es wird hierauf erzählt, welchen Antheil der Geheime Rath v. Schmidt-Phiselded an der vormundschaftlichen Regierung genommen; wie und weshalb derselbe habe dem Gedanken Raum geben müssen, daß der künftige Regent ihm das Vertrauen entziehen werde, dessen er auf seinem Standpunkte nicht entbehren konnte; wie der Geheime Rath v. Schmidt-Phiselded desfallsige Besorgnisse für seine unversorgte Familie und für seine von seinem Dienstgehälte durchaus abhängige Existenz nicht habe unterdrücken können, und der König sich unter diesen Umständen veranlaßt gefunden hätte, ihm die Aussicht auf eine Anstellung in seinen Diensten auf den Fall zu eröffnen, daß seine Dienstverhältnisse zu Braunschweig, besonders wegen Handlungen der vormundschaftlichen Regierung dereinst unangenehm werden sollten.

Nur zu bald nach dem Regierungsantritte des Herzogs hätten sich die von dem Geheimen Rath v. Schmidt-Phiselded gehegten Besorgnisse bestätigt. Er habe deshalb gegen den Grafen v. Münster den Wunsch geäußert, daß die ihm für den jetzt eingetretenen Fall früherhin eröffneten Hoffnungen in Erfüllung gesetzt werden möchten. Der Minister habe ihn jedoch ermahnt, den Schritt, welchen er zu thun beabsichtige, noch einmal reiflich zu überlegen, und erst, nachdem der Geheime Rath v. Schmidt-Phiselded, veranlaßt durch seine immer mehr getrübtte Aussicht in die Zukunft, auf seinem Gesuche beharrt sei, hätte der König geglaubt, nicht länger anstehen zu können, dasselbe zu gewähren, und hätte ihm unterm 3. Oktober 1826 eröffnen lassen, daß er, nach erwirkter Entlassung aus seinem damaligen Dienste, zu gewärtigen haben werde, als Geheimer Rath im königlich hannoversche Staatsdienste angestellt zu werden. Er habe nun nicht gesäumt, dem Herzoge am 14. Oktober 1826 sein Entlassungsgesuch zu überreichen und kein Bedenken getragen, dabei offen zu äußern, daß er in königlich hannoversche Dienste zu treten beabsichtige.

Die schriftliche Ertheilung der von dem Herzoge mündlich nicht verweiger-ten Dienstentlassung sei inzwischen nicht erfolgt, und mancherlei Beweise unbewogener Ungnade hätten den Geheimen Rath v. Schmidt-Phiselded endlich bewogen, auf seine persönliche Sicherheit Bedacht zu nehmen. Er habe sich desfalls aus eigenem Entschlusse am 16. April 1827 unter den Schutz des Königs zu Hannover begeben, seine Anwesenheit daselbst am folgenden Tage dem herzoglichen Geheimen Rathscollégio angezeigt, und demnächst unterm 18. Mai desselben Jahres bei dem Herzoge um die Ausfertigung einer förmlichen schriftlichen Entlassung nachgesucht.

Es gehe aus diesem Vorgange zur Genüge hervor, wie gerade die beson-

bere Anerkennung des Werthes eines Staatsdieners, wie der Geheime Rath v. Schmidt-Phiselled war, für diejenige Regierung, welcher er angehört habe, der Grund gewesen sei, weßfalls man königlich hannöverscher Seits, weit entfernt, seinen Uebertritt in den dortigen Dienst zu beeilen, denselben vielmehr zum Besten des Herzogthums Braunschweig und dessen Regenten, so lange wie möglich, hinauszuschieben bemüht gewesen sei. Als aber gerechte Besorgnisse für die eigene Sicherheit und für die seiner Familie (siehe oben S. 88) den Geheimen Rath v. Schmidt-Phiselled nach Hannover geführt hätten, habe die Erfüllung des geleisteten Versprechens nicht länger verzögert werden dürfen.

Nachdem schon bemerkter Maassen die herzogliche Regierungsbehörde durch den Geheimen Rath v. Schmidt-Phiselled selbst dessen damaligen Aufenthaltsort erfahren gehabt, sei in dem 32sten Stück der braunschweigischen Anzeigen vom 2. Mai 1827 ein vom 28. April datirter Steckbrief der herzoglichen Polizeidirektion erschienen, durch welchen der um das Land hochverdiente, an die Spitze der Administration gestellt gewesene Staatsdiener verfolgt werden sollte.

Unter dem 3. Mai 1827 sei von dem regierenden Herzoge von Braunschweig eine Commission angeordnet worden, um eine rechtliche Untersuchung der dem Geheimen Rathe v. Schmidt-Phiselled vermeintlich zur Last fallenden Pflichtwidrigkeiten, wohin insbesondere dessen Entweichung aus den herzoglichen Landen zu rechnen sey, anzustellen und bis zum Rechtsprüche fortzuführen.

Diese Commission, in welcher sich kaum ein dem ordentlichen Richterstande angehörender Staatsdiener befand, und deren Vorsitz der unter der vormundschaftlichen Regierung in den Ruhestand und von dem jetzt regierenden Herzoge wieder in Thätigkeit versetzte Präsident Hurlbusch zu Wolfenbüttel führte, habe am 10. Mai die königliche Justizkanzlei zu Hannover requirirt, den gedachten Geheimen Rath auf den 22. ejusdem vor sich zu laden, und dabei Hoffnung gegeben, daß der Herzog sich bewogen finden würde, dem Angeklagten ein sicheres Geleit zu gewähren. Die Vorladung sei gehörig insinuiert worden. Indess sei bei dem königlichen Ministerio zu Hannover am 21. Mai ein allerhöchstes Rescript vom 11. ejusdem eingegangen, durch welches der Geheime Rath von Schmidt-Phiselled zum königlich hannöverschen Geheimen Rathe ernannt worden sei. Zugleich aber sei, nachdem derselbe in dem zuerst angesetzten Untersuchungstermin nicht erschienen war, von Seiten der Commission zu Braunschweig eine anderweite Citation auf den 12. Juni erfolgt, welche abermals der königlichen Justizkanzlei mit dem Ersuchen um deren Insinuation zugesandt worden sei. Die Befolgung dieser gegen eine in wirklichen königlichen Diensten stehende Person gerichtete Requisition sei jedoch von dem requirirten Gerichte, auf Verfügung des königlichen Ministerii, abgelehnt worden.

Nur ungern sehe man sich gezwungen, hier noch zu erwähnen, daß, Privatnachrichten zufolge, nach der Entfernung des Geheimen Rathes von Schmidt-Phiselled von Braunschweig, dessen sowie seiner Familie Mobilien und Effecten, ungeachtet ein rechtliches Urtheil überall nicht, am allerwenigsten aber ein solches auf Confiscation gerichtet vorgelegen, auf höchsten Befehl meistbietend verkauft sein sollen, und daß ein Gleiches in Betreff der werthvollen Bücherammlung des Verfolgten angeordnet sei.

In der 12. Bundestagsitzung des Jahres 1828 (am 16. Mai) habe hierauf der Herzog von Braunschweig, wegen Nichtauslieferung des Geheimen Rathes von Schmidt-Phiselled, gegen die königlich hannöversche Regierung Ver-

schwerde erhoben, und desfalls, in Gemäßheit des 11. Artikels der Bundes- und des 21. der Schluß-Acte, die freundliche Verwendung und Abmahnung, oder, falls diese fruchtlos sein sollte, die richterliche Entscheidung der Bundesversammlung in Anspruch genommen, auch ausdrücklich zunächst auf Bestimmung eines Vermittlungsausschusses und eventuell auf die Einleitung des Austrägal-Verfahrens angetragen.

Diese kurze factische Darstellung werde genügen, um sämtliche Verhältnisse, auf denen diese vorgelegte Beschwerde beruhe, in ihrer einfachen Wahrheit, entkleidet von allem entstellenden Scheine, überblicken und die Grundlosigkeit der Beschwerde selbst erkennen zu lassen.

Es war nun weiter ausgeführt, in welchem Gesichtspunkte diese Vorgänge Sr. Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover hätten erscheinen müssen, und daß Seine Handlungen hiernach keiner Rechtfertigung bedürfen könnten.

Der König hätte es für eine heilige Pflicht erkannt, einen seines besondern Vertrauens gewürdigten braunschweigischen Diener, welcher unter der vor mundschaftlichen Regierung dem Herzogthum die ausgezeichnetsten Dienste geleistet hatte, gegen jede Verfolgung, deren Ursprung aus jener abzuleiten war, vollends aber gegen solche Angriffe, welche eigentlich gegen den königl. Vor mund selbst und gegen dessen Regierungshandlungen gerichtet worden, den vollkommensten Schutz angedeihen zu lassen. Dieser Schutz habe aber nicht nur die persönliche Sicherheit und die Subsistenz des Verfolgten, sondern auch seine Ehre begriffen, welche auf eine in der That bisher unerhörte Art angegriffen worden sei.

Der König, gewohnt, bei der Wahl Seiner Diener die strengste Vorsicht anzuwenden, hätte kein Bedenken getragen, den Geheimen Rath von Schmidt-Phiselbeck durch einen Posten auszuzeichnen, dessen Verleihung ein ganz vorzügliches Maaß des Vertrauens voraussetze, und hätte eben dadurch den Angriff auf das Höchste seiner irdischen Güter abgewandt.

In einem gewöhnlichen und regelmäßigen Gang der Dinge würde vor dieser Anstellung des Geheimen-Raths v. Schmidt-Phiselbeck die urkundliche Nachweisung der von seinem Landesherrn ihm ertheilten förmlichen Entlassung erfordert worden sein. Wenn aber alle natürlichen Verhältnisse umgekehrt würden, so könne das, was nothwendig sei, um den Folgen einer Umkehrung zu begegnen, nicht mit dem gewöhnlichen Maaßstabe gemessen werden. Nichts habe unter solchen außerordentlichen Umständen den König gehindert, den Geheimen Rath v. Schmidt-Phiselbeck in seinen wirklichen Dienst aufzunehmen, und ihn selbst in denselben einzutreten.

Gleichwohl verlange die herzoglich braunschweigische Regierung, ihn wie einen Verbrecher ausgeliefert zu erhalten. Diese Auslieferung werde vermöge eines vermeinten Rechtes gefordert und zwar aus einem gedoppelten Grunde, theils wegen einer Stelle des sogenannten pacti Henrico-Wilhelmiani vom 16. November 1535, theils wegen einer Convention über gegenseitige Auslieferung der Missethäter, vom 8. Januar 1798. Allein durch Beides lasse sich hier kein Recht begründen. Das pactum Henrico-Wilhelmiano bestehe ganz und gar nicht als ein Staatsvertrag zwischen der königlich hannoverschen und herzoglich braunschweigischen Regierung.

Die Brüder, Herzog Heinrich der Jüngere und Herzog-Wilhelm, welche den Vertrag am 16. Nov. 1535 abgeschlossen hätten, gehörten dem mittleren

Hause Braunschweig an, welches bereits im Jahr 1634 mit dem Herzoge Friedrich Ulrich erloschen sei. Sie hätten den Vertrag unter sich allein geschlossen, und kein Fürst aus den übrigen Linien des Hauses Braunschweig-Lüneburg habe daran Theil genommen.

Zur Zeit der Errichtung des pacti habe selbst nicht irgend eine Provinz, welche jetzt einen Bestandtheil des Königreichs Hannover ausmache, in dem Besiz einer der Paciscenten sich befunden. Nie habe späterhin ein Fürst aus dem jetzt über Hannover regierenden Hause den Vertrag anerkannt. Es sei daher derselbe, in jeder staatsrechtlichen Beziehung, ein dem jetzt über Hannover regierenden Hause fremder Act.

Die Convention vom 8. Januar 1798 sei an sich gültig und werde noch täglich zur Anwendung gebracht. Aber sie begründe offenbar nicht das vermeinte Recht, welches die herzoglich braunschweigische Regierung jetzt daraus ableiten wolle.

Zuvörderst beziehe der Vertrag, welcher ohnehin competente, mithin verfassungsmäßige, ordentliche Criminalbehörden, nicht aber solche Specialcommissionen, wie in dem vorliegenden Falle ernannte, als requirirende Behörden voraussetzte, sich ausdrücklich nur auf solche Personen, die in einem der beiderseitigen Lande ein Verbrechen begangen haben, was nach den Grundsätzen der gemeinen in Deutschland geltenden Rechte mit einer peinlichen Strafe belegt sei.

Wenn nun solche factischen Umstände klar zu Tage lägen, aus denen sich zur Genüge erkennen lasse, daß von einem Vergehen in dem gegebenen Falle überall nicht die Rede sein könne; so werde die Requisition mit gutem Grunde abzulehnen sein. — Ferner schließe der Inhalt des Artikels 1 der Convention wirklich domicilirte Landesunterthanen von den vertragsmäßig auszuliefernden Personen gänzlich aus, und zu diesen gehörten vor allen Dingen landesherrliche Diener.

Als die Requisition vom 23. Mai 1827 zur Vorladung des Geheimen Rathes von Schmidt-Phisfeld erging, deren Befolgung abgelehnt worden, sei derselbe bereits durch ein am 21. desselben Monats zu Hannover eingegangenes allerhöchstes Rescript vom 11. ejusdem zu Seiner Majestät wirklichem Geheimen Rathe ernannt gewesen.

Doch auf dies Alles könne es hier nicht ankommen, wo ein Fall vorliege, auf welchen die Convention an sich nicht anwendbar sei. Man habe durch die Convention von 1798 den regelmäßigen Gang der ordentlichen Criminaljustiz auf beiden Seiten erleichtern und befestigen, und dadurch gegenseitig zur Beförderung der öffentlichen Sicherheit betragen wollen. Man habe aber offenbar nicht die Absicht gehabt, zu bestimmen, daß eine unter dem unmittelbaren Schutze der einen Regierung stehende Person von der andern, in der Form einer gegen sie eingeleiteten Criminaluntersuchung, jenem Schutze soll entzogen werden können, zumal wenn sie nicht nur offenkundig frei von jeder wahren Schuld und von jedem Verbrechen sei, sondern sogar wegen Handlungen verfolgt werden solle, welche vormundschaftliche Regierungshandlungen des sie schützenden Regenten betreffen, die auf dessen Befehl vollführt worden seien; wenn mithin die intendirte Criminaluntersuchung sich lediglich als ein gegen die Ehren dieses höchsten Regenten selbst gerichtetes Unternehmen ansehen lasse. —

Wiewohl nun die Verwerfung der, braunschweigischer Seits bei der Bun-

desversammlung angebrachten, vergeblichen Beschwerde keinem Zweifel unterliegen könne, wolle man dennoch die gestellten Anträge etwas näher erörtern.

Der erste sei gerichtet auf einen Vermittlungsausschuß zur gütlichen Schlichtung der Differenz. (Siehe weiter unten.)

Nachdem jedoch die fortgesetzten Bemühungen der beiden ersten Höfe Deutschlands eine Vermittelung dieser Angelegenheit nicht haben herbeiführen können, so dürfte auch ein solcher von der Bundesversammlung zu wiederholender Versuch keinen bessern Erfolg versprechen. Wenigstens werde man Seine Majestät der Entschließung nicht fähig halten, den Geheimen Rath v. Schmidt-Phiseldorff der herzoglich-braunschweigischen Regierung zu überliefern.

Der zweite eventuelle Antrag sei auf Einleitung des Austrägalverfahrens gerichtet. (Siehe weiter unten.)

Der Bundesversammlung allein stehe die Entscheidung der Streitigkeiten unter Bundesgliedern zu. Nur in ihrem Auftrage und in ihrem Namen könne ein Tribunal eines Bundesstaates in den geeigneten Fällen darüber entscheiden. Daraus folge, daß die Entscheidung der Vorfrage: ob in einem gegebenen Falle überhaupt ein Gegenstand einer solchen richterlichen Entscheidung vorhanden sei? der Bundesversammlung selbst gebühren müsse. Die Ausführung dieser Befugniß erfordere die vorläufige Prüfung einer an den Bundestag gelangenden Beschwerde, und wenn ihre Grundlosigkeit klar am Tage liege, so scheine es der Würde der hohen Versammlung nicht weniger, als ihrer Competenz angemessen zu sein, dieselbe sofort zu verwerfen.

Se. königl. Majestät stellten es dem Urtheile der hohen Bundesversammlung anheim, ob dieser Satz, nach Stoff und Tendenz der herzoglich braunschweigischen Beschwerde, nicht auf dieselbe die gerechteste Anwendung finde.

Der wichtigste und allein durchschlagende Gesichtspunkt, von welchem aus der eventuelle Antrag der herzoglich braunschweigischen Regierung als mit den unwandelbaren Grundsätzen der Bundesverfassung unvereinbar erscheine, sei der nachfolgende:

Eine Haupttendenz derselben gehe dahin, die vormundschaftliche Verwaltung Sr. Majestät vor einen von Sr. herzoglichen Durchlaucht abhängigen Richterstuhl zu ziehen.

Diese Tendenz sei früher klar ausgesprochen in den Verhandlungen der in Braunschweig niedergesetzten Spezialkommission.

Noch deutlicher finde sie sich bezeichnet in der herzoglich braunschweigischen Seite angebrachten Beschwerde selbst. Mit Bestimmtheit sei hier von der Rechenschaft die Rede, welche der Geheime Rath v. Schmidt-Phiseldorff allgemein über seine Dienstführung zu geben schuldig sei.

Es sei ein in dem deutschen Staatsrechte bis dahin unerhörter Grundsatz, daß ein zur Regierung gelangter Fürst gegen seinen gewesenen durchlauchtigsten Vormund in der Person des vormaligen Dieners vor seinen eigenen Behörden eine förmliche Untersuchung einleiten, mithin demnächst auch das eigentlich gegen den gewesenen durchlauchtigsten Vormund gerichtete Urtheil gewissermaßen auf dieselbe Art, wie es wohl gegen einen Abwesenden symbolisch zu geschehen pflege, aber mit dem Unterschiede vollziehen lassen dürfe, daß die Vollstreckung das Lebensglück eines Unschuldigen kosten könnte.

Zu einem solchen Zwecke werde die hohe Bundesversammlung nie das Mittel geben wollen, noch können.

Alle Institutionen des deutschen Staatenbundes, und auch

Austrägalinstanz verdankten ihr Dasein nur der Absicht, die Erreichung seiner Bestimmung zu sichern. Darum dürfe darin nie ein Hülfsmittel zu einem offenbar entgegengesetzten Zwecke gesucht werden.

Es erübrige nur noch, die durch dieses Verfahren dem König zugefügte Beleidigung anzudeuten. Wenn der Herzog einen Staatsdiener, welcher unter der vormundschaftlichen Regierung dem Throne des königlichen Vormunds nahe stand, seines höchsten Vertrauens gewürdigt wurde, und noch in diesem Augenblicke als ein durch seine ganze Dienstlaufbahn bewährter hochverdienter Mann von Seiner Majestät ausgezeichnet werde, öffentlich, auch wegen seiner Dienstführung unter der vormundschaftlichen Regierung, wie einen gemeinen Verbrecher verfolgen ließ, ungeachtet bis jetzt nicht der Schatten eines wahren Verbrechens auf ihn zu bringen gewesen sei; so sage das geringste Gefühl für die Würde eines Monarchen, daß dieser auf das Schwerste dadurch beleidigt werden müsse.

Die Beleidigung steige höher in dem Betrahte, daß der Herzog, indem er den Diener wegen seiner Dienstführung unter der vormundschaftlichen Regierung, also wegen der nach dem Willen des Königs von ihm vollführten Handlungen, verfolgen, ihn vor eine Specialcommission in eine Untersuchung, mithin in der Person des Dieners, in der That den königlichen Vormund selbst, zur Rechenschaft und vor seinen Richterstuhl hätte ziehen wollen.

Die Beleidigung habe den höchsten Grad dadurch erreicht, daß der Herzog es unternommen hätte, unter dem Schein und der Form eines angeblichen Rechtes öffentlich in der Bundes-Versammlung Anträge zu überreichen, welche keinen anderen Zweck hätten, als den, den König zu einer mit seiner Ehre durchaus unverträglichen Handlung zu vermögen, nämlich dazu, den schuldlos verfolgten, durch die obwaltenden Verhältnisse seinem Schutze befohlenen, und nach den für unverleglich von ihm anerkannten Pflichten in seinen Schutz genommenen Mann, als Opfer für die aus der vormundschaftlichen Regierung entsprungene Unzufriedenheit des Herzogs, mithin als Opfer für ihn selbst auszuliefern.

V. Verschiedene Anklagen des Herzogs von Braunschweig gegen die vormundschaftliche Regierung, und Herausforderung des Grafen von Münster durch den Herzog von Braunschweig.

Ein ferneres Attentat des Herzogs ergäben die nachfolgenden Thatfachen:

In der, oben unter Nr. II. erwähnten, so wie insbesondere in der gleichfalls dort gedachten, für die Bundesversammlung bestimmten Schrift, seien unter anderen folgende, zum Theil schon berührte Anklage enthalten:

Es sei während der vormundschaftlichen Regierung von dem Geheimen Rathe von Schmidt-Phisfeld, in Uebereinstimmung mit dem Minister, Grafen von Münster, der Plan entworfen worden, eine feste und bleibende Gewalt über das Herzogthum Braunschweig zu begründen;

Hierzu sei hauptsächlich das Mittel erwähnt, dem Herzoge eine Erziehung zu ertheilen, die ihn stets in Unwissenheit und Unthätigkeit halten und zu unabhängigem Denken und Handeln unfähig machen sollten;

dieses Mittel habe man auf die unwürdigste Art zur Anwendung gebracht;

Die Verlängerung der vormundschaftlichen Regierung über das 18. Lebensjahr des Herzogs hinaus, sei ein ungerechtfertigter Act des Stärkeren gewesen.

Die Vormundschaft habe in mehreren Punkten ihre Gewalt überschritten und absichtlich zum Nachtheile des Herzogthums gehandelt;

Bei den Verhandlungen auf dem Wiener Congresse und bei dem zweiten Frieden zu Paris sei das Interesse Braunschweigs, und zwar größtentheils zu Gunsten Hannovers, auf eine unverantwortliche Weise vernachlässigt worden;

Das hannöversische Ministerium habe in der Angelegenheit des Geheimen Rathes von Schmidt-Philsebeck eine offenbar feindselige Stellung gegen die braunschweigische Regierung angenommen.

In dieser letzteren Beziehung endlich, finde sich in der projectirten Beschwerdeschrift ein dahin lautender Ausfall:

„Der Herzog fordere die Bundesversammlung auf, dieseitigen Maßregeln Einhalt zu thun, welche dem Rechte und der guten Ordnung zuwiderliefen, welche den Meineid und den Verrath begünstigten, und welche in Deutschland nicht gebuldet werden könnten, ohne dessen Friede, Ehre und Glück über den Haufen zu werfen.“

Schmähungen so beleidigender Art, welche zunächst nothwendig die erhabene Person des Königs trafen, mit Gleichmuth zu ertragen, würde als ein Beweis der Schwäche und des Mißtrauens in die Gerechtigkeit der eigenen Sache gedeutet worden sein.

Die Nothwendigkeit habe unter diesen Umständen einen öffentlichen Schritt erheischt, und sollte dieser geschehen, so habe die Natur des Angriffs eine ernste und kräftige Zurückweisung erfordert.

Auf solche Weise sei die von dem Minister, Grafen von Münster, auf Befehl und unter specieller Genehmigung des Königs, seines Herrn, zu London verfaßte, bekannte Widerlegung entstanden.

Der Herzog hätte durch diese, durchgängig auf Urkunden begründete Widerlegung sich gekränkt gefühlt, und den Entschluß gefaßt, dafür persönlich an dem Grafen von Münster Vergeltung zu nehmen.

Es wird hierauf erzählt, wie der König von diesem Entschluß des Herzogs noch vor seiner Ausführung Kenntniß erhalten, und dem Grafen von Münster auf das strengste befohlen hätte, von einem Schritte der Art keine Notiz zu nehmen, und das Cartel sofort, nach dem Eingange desselben, ihm zu übersenden; wie späterhin dem Grafen von Münster eine Ausforderung des Herzogs von Braunschweig überreicht worden sei, von ihm aber, dem erhaltenen Befehle gemäß, dem Könige überliefert werden müssen. Wie der König darauf in den bestimmtesten Ausdrücken das frühere Verbot an den Grafen von Münster wiederholt, und zu erkennen gegeben hätte, daß jede Maßregel, welche der Graf von Münster während der Vormundschaft über den Herzog von Braunschweig ergriffen haben möge, ohne Ausnahme auf den in diesem Zeitabschnitte dem Grafen von Münster von dem Könige ertheilten Befehlen beruht habe. Es wird sodann bemerkt, welche Erwiderung von dem Grafen von Münster auf die Herausforderung erfolgt sei. Es sei eine in der civilisirten Welt bis jetzt unerhörte Art, Krieg zu führen, welche nach den obigen Thatfachen von dem Herzog versucht worden. — Unmöglich sei es anzunehmen, daß dies kein Attentat gegen den Souverain selbst sei, wenn sein nur ihm verantwortlicher Minister für von ihm befohlene und fortbauernnd von ihm genehmigte Handlungen von einem andern Souverain, durch eine Provocation zum Duell unmittelbar zur Rechenschaft gezogen werden solle. Unmöglich könne die jetzige

völkerrechtliche Ordnung in Europa länger bestehen, wenn einer solchen Verwirrung aller Gewalten nicht ein kräftiger Einhalt geschehe.

VI Herausforderung des Grafen von Münster durch Herrn von Braun.

Der von dem Herzog eingeschlagene Weg, um an dem Minister des Königs Vergeltung für dessen officiële Handlungen zu nehmen, sei bald nachher sogar von einem Diener des Herzogs verfolgt worden.

Es wird nun erzählt, wie man zu Hannover Nachricht erhalten habe, daß Seine Durchlaucht der Herzog bemüht seien, ein Individuum ausfindig zu machen, welches bereitwillig sei, den Grafen von Münster zum Duell zu provociren; wie der herzoglich braunschweigische Oberjägermeister v. Sierstorff in Ruhestand versetzt worden sei, sich dies aber verboten und um seinen Abschied nachgesucht habe und welches die Folgen hiervon gewesen; wie auf die Weise eine hohe Würde im Dienste Seiner Durchlaucht erledigt, und zuletzt dem Forstmeister von Braun, zugleich mit der Erhebung in den Freiherrnstand und einer Gehaltsvermehrung, angetragen worden sei. Daß Letzteres, laut beigebrachten Zeugnisses, unter der Bedingung geschehen sei, daß er sich bereit finden lasse, eine an den Grafen von Münster gerichtete Herausforderung zum Zweikampf auf Tod und Leben zu unterschreiben. Daß Herr von Braun diese Bedingung angenommen habe, und daß den Tag darauf durch den braunschweigischen Anzeiger die Beförderung des Herrn von Braun zum Oberjägermeister und die Aniescirung des bisherigen Oberjägermeisters von Sierstorff bekannt gemacht worden seien. Daß einige Tage später die Nachricht eingelaufen sei, daß die Absendung der Herausforderung deshalb einen Aufenthalt erlitten habe, weil zu deren Besiegelung erst ein freiherrliches Siegel hätte angefertigt werden müssen.

Der Erfolg habe mit diesen zum Voraus ertheilten Nachrichten in allen ersichtlichen Punkten übereingestimmt. Am 9. Juli 1828 sei die vom 5. Juli datirte Herausforderung des nunmehrigen Oberjägermeisters, Freiherrn von Braun, zu London eingegangen, an welcher eine Rasur des Datums bemerkbar sei.

Der König hätte nichts sehnlicher gewünscht, als, sowie dies früher bei einem gegen die Person des Ministers Grafen von Münster auf dessen Landhause unweit London gerichteten lebensgefährlichen Attentate der Fall gewesen, der leicht vorauszusehenden Behauptung des Herzogs zufolge, dieses Unternehmen für ein solches ansehen können, welches sein Entstehen lediglich dem verbrecherischen Entschluß des unmittelbaren Urhebers desselben zu danken gehabt.

Leider stritten dagegen Gründe, welche man nicht zu beseitigen vermöge. Diese gingen aus der unzweideutigen Absicht Seiner Durchlaucht des Herzogs, den Grafen v. Münster seiner im königlichen Dienste vorgenommenen Handlungen halber persönlich zur Verantwortung zu ziehen, und aus den so eben erzählten Thatfachen auf das klarste hervor*).

Hierzu komme das Benehmen des Herzogs gegen den, als alleinigen Urheber des Vergehens dargestellten, nunmehrigen Oberjägermeister v. Braun, indem, so viel bis jetzt bekannt geworden, von einer in der Regel, als Folge eines solchen Attentats anzusehenden criminellen Untersuchung und Bestrafung gegen

* Siehe S. 144.

denselben nicht die Rede gewesen sei, deren Stelle eine, dem Vernehmen nach eingetretene, willkürliche und unbedeutende Abänderung keineswegs vertreten könne.

Der Glaube an einen zu Anfang des Monats Juli plötzlich eingetretenen freiwilligen Entschluß des Oberjägermeisters v. Braun, werde bei jedem unparteiischen Beurtheiler der vorliegenden Verhältnisse durch diese Umstände leider ausgeschlossen werden müssen.

Es wurde nun von Hannover der Satz ausgeführt, daß es zur Begründung der Beschwerde eines Souverains über die Beleidigungen, welche ihm von einem andern Souverain widerfahren sind, eines juristischen Beweises niemals bedürfe und daß die Verhältnisse des deutschen Staatenbundes an diesem Prinzip um so weniger etwas ändern könnten, als der Bundestag zunächst ein politischer Körper sei, dem in dieser Qualität die Aufrechthaltung der innern und äußern Ruhe des Bundes anvertraut worden.

„Die Annahme des entgegengesetzten Grundsatzes würde unvermeidlich zu Folgerungen führen, die dem Bestande des Bundes selbst Gefahr drohen, so lange nicht Einrichtungen getroffen sind, welche den Beleidigten es möglich machen, einen Beweis in solcher Form zu führen. Man muß sich nur zu sehr überzeugt halten, daß den Forderungen des Processes, wenn sie in Betracht kommen könnten, gerade in dem vorliegenden Falle hierunter erst dann ein Genüge zu leisten stände, wenn zuvor Mittel gefunden würden, herzoglich braunschweigische Unterthanen ihrer Pflichten gegen den Landesherrn zu entbinden und zu einem eidlischen, zugleich aber ihnen selbst unnachtheiligen Zeugnisse aufzurufen und zu vermögen“.

„Wie dies zu erreichen sei, ist indeß um so weniger vorabzusehen, als diese hohe Versammlung allein im Stande ist, zu beurtheilen, ob und in wie weit sie selbst sich zu einer solchen Maaßregel für befugt und befähigt erachten würde.“

„Bekanntlich sind die Fürsten Deutschlands nicht zu einem Bundesstaate, sondern durch einen Staatenbund vereinigt.“

„In einem Bundesstaate geht die Souverainetät der einzelnen Staaten verloren. Das äußere Staatsrecht, welches vor dem Verbande unter vereinten Staaten bestanden hat, hört mit dieser Verbindung auf; es bleibt für den Letztern unter sich nur ein inneres Staatsrecht übrig, und die Verhältnisse des Ganzen können durch die Verfassung, nach allen Grundsätzen des Privatrechts, geregelt und abgemessen werden. Dazu aber ist ein unerläßliches Erforderniß die Existenz eines gemeinsamen höchsten Gerichtes, dem die Mitglieder des Bundesstaates, Regierende wie Regierte, in jeder Beziehung unterworfen sind, und bei dem ein Rechtsverfahren eben deshalb nirgends auf Anstände und Schwierigkeiten stoßen kann.“

„Nicht so verhält es sich mit einem Staatenbunde. In ihm bleibt jeder Staat für sich bestehend und das Verhältniß der Verbündeten unter einander kann, nach wie vor, nur durch das äußere Staatsrecht seine Bestimmungen erhalten, deren Modification allerdings den Grundsätzen des Bundes anheim gestellt bleiben muß. Daß durch solche privatrechtliche Rechtsverhältnisse unter den verbündeten Staaten in ihrer Erörterung und Erlebigung von privatrechtlichen Formen des Processes abhängig gemacht; daß die Frage über Mein und Dein unter den Staaten und Fürsten vor die Gerichte verwiesen werden kann, davon liefert die Bundesacte einen heilsamen practischen Beweis. In der Natur

der Sache aber ist es begründet, daß die Form des Privatrechts da nicht erfordert werden kann, wo es außer der Möglichkeit liegt, derselben ein Genüge zu leisten.

„Die von Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover nothgedrungen der hohen Bundesversammlung vorgelegte Differenz bezieht nicht ein Interesse über Eigenthum und Besitz des Staates gegen den Staat, sondern die Unverletzlichkeit der Rechte des souverainen Fürsten gegen seinen Mitverbündeten.“

„Es wird Genugthuung erheischt, und in Beziehung auf die Thatfachen, deren Beweis hier zunächst in Frage kommt, Sicherstellung der Untertanen und Diener gegen Verfolgung und Gewaltthätigkeiten, mit denen sie von einem benachbarten Landesherrn bedroht worden sind.“

„So unlängbar es ist, daß ein dieserhalb an diese hohe Bundesversammlung gelangender Antrag eines andern Fundamentes bedarf, als einer einfachen Erzählung von Thatfachen, die mit nichts bewahrheitet sind; eben so wenig läßt es sich verkennen, daß in den Fällen, wo Handlungen eines souverainen Herrn den unmittelbaren Gegenstand einer Beschwerde ausmachen müssen, gerade wegen der der Idee des Staatenbundes zum Grunde liegenden und durch ihn selbst garantirten Souverainitätsrechte seiner Mitglieder, die Mittel eines juristischen Beweises in der Regel ermangeln werden. Wollte dennoch diese hohe Versammlung die von ihr zu fassenden Entschliessungen nur von einem solchen abhängig machen, so würde sich ergeben, daß der Staatenbund, welcher wesentlich darauf abzuwecken soll, einen Rechtszustand unter den Staaten und Fürsten zu begründen und zu erhalten, vielmehr dahin führen müßte, denselben gänzlich zu untergraben und zu zerstören. Es würde das nicht zu dulden Resultat hervorgehen, daß ein Fürst, welcher durch seine Theilnahme am Bunde, in Beziehung auf denselben, der im Völkerrechte begründeten ungezweifelten Befugniß der Abwehr des Unrechts durch eigene Macht unter der Voraussetzung entsagt hat, daß ihm sein Recht durch die Kraft des Bundes angetheilt werde, dieses Recht verlöre, weil, wegen der in der Bundesverfassung liegenden Unmöglichkeit des Beweises, von dem Bunde kein Schutz zu erhalten stände. Der souveraine Bundesgenosse fände sich auf solche Weise in seinen höchsten und heiligsten Interessen der Verunglimpfungen und Mißhandlungen des andern ohne Maaß und Ziel bloßgestellt und selbst der Mächtigste gegen die Schwächsten in einem rechtlosen Zustande völliger Wehrlosigkeit. Niemand aber wird zu behaupten wagen, daß die Absicht der hohen Paciscenten der Bundesacte dahin gegangen sei, den zuvor bestandenen völkerrechtlichen Zustand unter den Bundesstaaten aufzuheben, und in einer höchst wichtigen Beziehung gar keinen Rechtszustand an dessen Stelle zu setzen.“

„Wenn die einzelnen Staaten durch den Bund sich, zum Zwecke der Erhaltung des Friedens im Innern und der gemeinsamen Kraft nach Außen, der eigenen Handhabung gewisser Rechte gegen einander begeben haben, so ist es dabei eine sich von selbst verstehende Bedingung, daß der Bund gegen das, eben jene an sich unveräußerlichen Rechte verletzende, Mitglied eintreten und die Vertheidigung derselben übernehmen würde. Hierzu aber darf es dem Bunde nicht an Mitteln fehlen, wenn ein politisches Verhältniß in der Gesamtheit existiren soll, und es darf der Bund die ihm zu Gebote stehenden Mittel nicht beschränken, noch seine Hülfe entziehen, wenn er nicht den staats- und völkerrechtlichen Befugnisse der Bundesglieder Eintrag thun will. So lange die Verfassung des

Bundes keine Institution enthält, welche die Möglichkeit eines Beweises in juristischer Form gegen die Person seiner souverainen Mitglieder sichert, so lange darf man nicht bezweifeln, daß es eines solchen nicht bedürfe. Soll der Bund nicht in seinen Grundfesten erschüttert werden, so muß hier etwas Anderes an die Stelle jener rechtlichen Formalität treten, und dieses Andere ist nichts Neues und Unbekanntes, sondern es ist nur das, was seit Jahrhunderten die Nichtschnur politischer Gerechtigkeit ausgemacht hat, und auf dem auch fortwährend das Verhältniß souverainer Fürsten gegen einander beruht, nämlich die Darlegung solcher factischen Momente, welche zu innern Ueberzeugung jedes unpartheiischen und vorurtheilsfreien Beurtheilers vollkommen ausreichend befunden werden.“

„Ist die auf solche Art begründete historische Wahrheit von jeher und mit Recht für genügend erachtet worden, um Fürsten und ihre Regierungen vor den Augen der Welt, vor den ihnen anvertrauten Völkern und vor dem eigenen Gewissen zu rechtfertigen, wenn gekränkte Ehre und gekränktes Recht, oder wenn die Pflicht der Selbsterhaltung bei bedrohter politischer Existenz sie aufgerufen haben, sich der äußersten Mittel zur Bekämpfung des gegenwärtigen oder des sich ihnen nahenden Uebels zu bedienen; so ist schwerlich abzusehen, was dem Princip im Wege stehen sollte, daß auch diese hohe Versammlung, als eine politische Gesamtheit, in einer Wahrheit der Art und in der innern moralischen Ueberzeugung einen vollkommen genügenden Grund der zu beobachtenden Handlungsweise anzutreffen vermöchte.“

„Wenn sich die Richtigkeit dieses Grundsatzes im Allgemeinen in solchen Fällen nicht ablängen läßt, wenn eine die Person der Bundesfürsten betreffende Differenz zur Erörterung und Entscheidung dieser hohen Versammlung, als einer Gesamtheit souverainer Staaten, gestellt werden muß, so dürfte die Anwendung desselben wohl am allerwenigsten ein Bedenken finden können, so bald von einem Attentat die Rede ist, in Betreff dessen weniger eine Ahndung und Verurtheilung, als ein kräftiger Schutz gegen fernere Störung der Ruhe und Sicherheit der Individuen in Anspruch genommen werden soll — vorausgesetzt nämlich, daß die dießseits dargelegten Thatfachen, so wie die aus denselben nur ungern hergeleiteten Schlussfolgerungen, der hohen Bundesversammlung diejenige Ueberzeugung aufbringen sollten, der Seine Majestät der König Sich zu entziehen nicht im Stande gewesen sind.“

„Was aber den Vorgang selbst anlangt, so wird diese hohe Versammlung nicht verkennen, daß derselbe, in der Gestalt, in welcher er Seiner königlichen Majestät von allen Seiten auf eine Ihrem völligen Glauben verdienende Weise dargestellt ist, einen sehr ernsthaften Charakter an sich trägt. Es ist hier überall nicht an ein rein persönliche Verhältnisse bezielendes Duell zu denken. Der Graf von Münster erinnert sich nicht, den jetzigen Oberjägermeister von Braun jemals auch nur gesehen zu haben, oder in irgend eine Berührung mit ihm gekommen zu sein. So viel ist aber ganz gewiß, daß von einer persönlichen, von dem Grafen von Münster dem Provocanten widerfahrenen Beleidigung durchaus keine Rede ist. Zweikämpfe unter Ministern und Dienern zweier Souveraine, in welchen jene als freiwillige Kämpfer für ihre Herrn, selbst wider deren Willen, auftreten, sind mit den jetzigen Sitten nicht zu vereinigen, und was conventionelle Meinungen über Duelle bestimmen, ist auf solche Kämpfe, die außerhalb der Grenzen des heutigen europäischen Lebens liegen, völlig unanwendbar.“

„Daherhin läßt sich nach der vorausgeschickten Darlegung des Sachverhält-

nisses nur annehmen, daß der Ausforderer in diesem Falle nicht selbst, nicht aus eigener freier Bewegung gehandelt habe. Das Duell war also hier eine leere Form. Das Wesen der Sache dagegen war dies: der Oberjägermeister von Braun verpflichtete sich für Rang, Titel und Besoldung zu einem gewagten Unternehmen, dessen blutigen Zweck die von ihm unterschriebene Ausforderung deutlich ausspricht. Erreichte er diesen ihm persönlich fremden Zweck, so genoß er dafür den Lohn, für den er sich der Gefahr unterzogen. Verlor er sein Leben, so hatte er es für jenen Lohn gewagt. Die handelnde Person war nicht Er. Er war nur Werkzeug."

"Es wird nur dieser Züge bedürfen, um das richtige Verhältniß der Sache zu bezeichnen. Nur die Frage darf hinzugefügt werden: wo ist die Grenze für ähnliche Unternehmungen, außer in dem endlichen sichern Untergange des also Verfolgten, und wo findet selbst der mächtigste Monarch Mittel, seine Unterthanen, seine Diener selbst in der Nähe seiner geheiligten Person zu schützen, wenn man ihn als durch Bundespflichten gehindert ansehen will, der einzig wirksamen Schutzmittel sich zu bedienen, und wenn dennoch diese auf keine andere Art ersetzt werden?"

Die Sache ist indeß zu wichtig, als daß sie nicht von jeder Seite betrachtet werden müßte. Angenommen, die Ueberzeugung Seiner königlichen Majestät von dem wahren Verhältnisse derselben beruhete auf Täuschung; angenommen, der Freiherr v. Braun hätte, in einer unerklärlichen, plötzlichen, enthusiastischen Aufwallung den seltsamen und der heutigen cultivirten Welt fremden Entschluß gefaßt und ausgeführt, wegen Mißthelligkeiten seines Herr mit dem Könige von Großbritannien und Hannover, gegen dessen Minister als Ritter in die Schranken zu treten, und dies in einem Augenblicke, da die hohen vermittelnden Mächte ernstlich bemüht waren, jene Mißverhältnisse zu heben und Seine Durchlaucht ihnen Gehör zu geben noch nicht endlich verweigert hatten; so kann es nicht zweifelhaft sein, wie Seine Durchlaucht hätten handeln müssen, sobald Sie den Entschluß Ihres Dieners erfuhren, wenn Sie nicht, während der Vermittlungsversuche selbst, den früheren Beleidigungen Er. Majestät neue, noch schwerere hätten hinzufügen wollen. Sie hätten dann nicht etwa zu einer illusorischen Mißbilligung oder einer Art von beliebiger Bestrafung, welche nur dem Namen nach eine solche wäre, Sich bestimmt finden, sondern Sie hätten unaufgefordert, mit dem ganzen Ernste und dem ganzen Gewichte Ihrer souverainen Autorität die Mittel anwenden sollen, welche bewirkt hätten, daß die Welt das Unternehmen Ihres Oberjägermeisters als nicht geschehen hätte ansehen können. Sobald dies nicht eintrat, verhielt die Sache sich im Wesentlichen nicht eben anders, als sie nach der obigen Darstellung sich verhält. Der Unterschied zwischen einem ausdrücklichen Auftrage und einer Jedem verständlichen stillschweigenden Aeußerung der inneren Willensmeinung, deren man im Voraus sich versichert halten kann, ist nicht groß, am wenigsten bei einem Souverain."

"Der König dürfte zuversichtlich dem Urtheile eines jeden Unbefangenen es überlassen, wie sehr selbst nur die zügellose Fassung der v. Braun'schen Ausforderung Ihn habe beleidigen müssen, was von dem Herzog, wenn der Schritt ohne sein Vorwissen unternommen wäre, hätte geschehen sollen, um den Eindruck, den sie auf den König machen mußte, auslöschen? ob dies geschehen sei, und wenn es nicht geschehen sei, welche neue Beleidigung für Seine königliche Majestät auch darin angetroffen werden müsse?"

VII. Oeffentliche Schmähſchriften.

Es bleibe nur noch übrig, mit wenigen Worten der aus vielen für die Sache des Herzogs thätigen Federn geflossenen Schmähſchriften zu erwähnen, mit welchen das Publikum ohne Unterlaß überströmt sei, und welche ſämmtlich als gegen den König gerichtet angesehen werden müßten. Diese Schriften seien zuletzt in Pasquille von solcher Beschaffenheit ausgeartet, daß der Anstand verbieten werde, sie bei dem Protokolle der hohen Bundesversammlung zu dulden. Es seien hier zwei Flugſchriften gemeint, deren eine von einem gewissen, hinreichend bekannten Witt (v. Döring) verfaßt sei, die andere aber einen nur zu errathenden Verfasser habe. Man sei geneigt zu wünschen, den Herzog von einer jeden Theilnahme an der Beförderung solcher literarischen Unternehmungen freisprechen zu können, und dem in Braunschweig erfolgten Verbot des Debits dieser Schriften die günstige Deutung zu geben. Leider aber ständen dem auch hier manche bis jetzt nicht zu beseitigende Gründe der Wahrscheinlichkeit entgegen.

Der König könnte, als über alle Zweifel erhaben, voraussetzen, daß jede Betrachtung einer Reihe von Beleidigungen, wie die so eben der Bundesversammlung vorgelegten, zu dem Resultate führen müsse, daß sie, abgesehen von dem Verbande der deutschen Fürsten untereinander, dem beleidigten Souverain das volle und klare Recht geben, seiner Macht sich zu bedienen, um sich Genugthuung und gegen fernere Attentate Sicherheit verschaffen. Aber Se. Majestät seien in den deutschen Bund getreten. Der Gedanke an die Heiligkeit der Verträge und an die Unverletzlichkeit jeder gesetzlichen Ordnung sei wichtig genug bei Ihnen gewesen, um Sie zu der Langmuth zu stärken, mit welcher Sie die ohne Ihre Veranlassung Ihnen zugefügten Beleidigungen bis jetzt ertragen hätten.

Seine Majestät hielten sich überzeugt, daß es dem deutschen Bunde nicht an Mitteln gebreche, dem rechtswidrigen Zustande ein baldiges und genügendes Ziel zu setzen.

Die Wiener Schlußacte bestimme in dem 18ten Artikel und in den folgenden, was geschehen solle, wenn die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes auf irgend eine Weise bedroht oder gestört sei, und zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten zu besorgen oder wirklich eingetreten seien. — Unläugbar falle unter diese Voraussetzung der Fall, da ein Bundesglied durch die Beleidigung des anderen auf den Punkt gebracht sei, daß es, als ein durch keine Conföderation gebundener Souverain, des Rechts der Selbsthülfe sich bedienen müßte.

Daß und weshalb in einer Beziehung hier so wenig von einer Vermittlung, als von weiteren Discussionen die Rede sein könne, sei oben ausgeführt worden. Es sei ferner gezeigt, daß und aus welchen Gründen die privatrechtlichen Formen des Beweises hier, wo directe und indirecte persönliche Verunglimpfungen eines Souverains wegen den andern in Frage kommen, keine Anwendung finden.

Nur von der unmittelbaren Einwirkung der Bundes-Versammlung könnte der König von Großbritannien und Hannover einer vollen Genugthuung und einer wirksamen Verhütung fernerer Läsionen, insbesondere auch durch Sicherstellung seiner Unterthanen und Diener, zuversichtlich entgegen sehen.

Das Benehmen des Herzogs von Braunschweig gegen Seine Majestät sei

eine ununterbrochen fortgesetzte, in Wort und That übergehende Feindseligkeit eines der verbündeten Souveraine gegen den andern, und jeden Augenblick könne die Progression der Unternehmungen des Herzogs den Punkt erreicht haben, daß der König, ohne eine von Seiten des Bundes eingetretene Prävention, in einer solchen Lage auf seine eigenen Mittel sich beschränkt sähe, um wenigstens zu verhindern, daß nicht ein passives Dulden unvermeidliche Folgen herbeiführe, welche nachher nicht wieder aufzuheben wären.

Der König glaube daher seinerseits keine bessere und unzweideutigere Gewähr für seine Anhänglichkeit an die Conföderation, im wahren Sinne und Geiste eines ehrwürdigen Bündnisses unter deutschen Fürsten, geben zu können, als indem er an die Bundes-Versammlung die gegenwärtige dringende Aufforderung zur baldigen Beendigung dieser Differenz durch ein eben so rasches als kräftiges unmittelbares Einschreiten ergehen ließ.

Die Bedingungen einer Beendigung der Differenz auf dem Wege der Vermittlung, welche die Wiederherstellung des guten Vernehmens mit dem Herzoge zum Zweck gehabt habe, seien folgende gewesen:

- 1) Der Widerruf des Patents vom 10. Mai 1827.
- 2) Die Absendung eines Gesandten nach London, um dem König ein Entschuldigungsschreiben des Herzogs von Braunschweig zu überbringen.
- 3) Das Absteiten des Herzogs, unter Garantie Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen, zu leistenden Versprechen, sich in Zukunft ähnlicher directer und indirecter Beleidigungen des Königs zu enthalten; auch gegen Niemanden des Vergangenen halber Verfolgungen eintreten zu lassen.
- 4) Die gesetzmäßige Bestrafung des Oberjägermeisters von Braun.
- 5) Die Ertheilung eines Abschieds an den Geheimen Rath von Schmidt-Philfeldeck, sowie der Ersatz seiner sämtlichen Effecten und Sachen.
- 6) Die Wiederherstellung der Pension des Kammerherrn von Linsingen, sowohl für die Vergangenheit, als für die Zukunft.

Nachdem das gütliche Verfahren nunmehr als beendet anzusehen sei, so könne es auf den ersten Anblick zweifelhaft scheinen, ob eine beabsichtigte Entscheidung über die Restitution der Pension des gewesenen Oberhofmeisters, Kammerherrn von Linsingen, so wie über einige dem Geheimen Rath von Schmidt-Philfeldeck widerfahrne Rechtskränkungen, zur Competenz der Bundesversammlung erwachsen sei, oder ob dieselbe auf andern Wegen zu suchen und zu erreichen stehe?

Es komme indeß dabei eine gedoppelte Rücksicht in Betracht. Einmal die, daß die in beiden Beziehungen von dem Herzoge von Braunschweig getroffenen Verfügungen hier um deswillen nicht als Gegenstände der innern Staatseinrichtung und Verwaltung angesehen werden könnten, weil dieselben indirecte Beleidigungen und Verunglimpfungen des Königs in sich begreifen und daher die Wiederaufhebung derselben unstreitig als ein integrierender Theil der mit Recht in Anspruch zu nehmenden Genugthuung zu betrachten sein würde. Sodann aber die, daß eine allgemeine Verweisung jener beiden Beschwerdepunkte auf den Weg des Rechtes, für sich allein keinen Erfolg haben könne, mithin einer Verwerfung gleichkomme. Wenn jene Anforderungen gegen den Herzog von Braunschweig auf dem Wege Rechtes geltend gemacht werden sollten; so sei der Herzog Beklagter und es bedürfe daher eines über denselben competenten Gerichtes.

Was ferner die in den erwähnten Bedingungen einer gütlichen Beilegung

des Streitens gedachte Garantie der allerhöchsten vermittelnden Höfe gegen fernere Verunglimpfung abseiten des Herzogs anlange; so sei dieselbe nur unter der Voraussetzung von dem König in Anspruch genommen worden, daß der Herzog, zu Vermeidung einer hannoverschen Beschwerdeführung vor der Bundes-Versammlung, eine solche Sicherstellung vergleichsweise selbst für angemessen erkannt haben würde.

Ganz unbezweifelt werde es jedenfalls sein, daß der König mit vollem Rechte befugt sei, seine Anträge bei der Bundes-Versammlung gegenwärtig dahin zu stellen, daß

„außer einer, an des Herzogs Durchlaucht zu richtenden, ernstten und dem Zwecke des Bundes, der Aufrechthaltung des inneren Friedens entsprechenden Warnung vor künftigen ähnlichen Verletzungen,“ und

„außer der Zurückweisung der wegen verweigerter Auslieferung des Geheimen Raths v. Schmidt-Philfeld bei dem Bundestag erhobenen Beschwerde;“

„die Zurücknahme des Edicts vom 10. Mai 1827;“

„die bereits von den höchsten vermittelnden Mächten nöthig erachtete, dem König zu machende Entschuldigung des Benehmens des Herzogs“ sowie

„die gehörige und dem Verbrechen angemessene Bestrafung des Obergermeisters v. Praun, bei der die leider nicht zu bezweifelnden Motive der von ihm begangenen rechtswidrigen Handlung in keinen besonderen Betracht kommen können“;

von Hochdenselben verfügt und erwirkt werden wollen.

Herzoglich braunschweigische Beschwerden.

Der herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandte brachte nachfolgende Beschwerden zur Kenntniß der Bundesversammlung:

- I. Wegen successions- und landesverfassungswidriger Verlängerung der vormundschaftlichen Regierung in die Zeit der Volljährigkeit des regierenden Herzogs von Seiten des Königs Georg IV von Hannover, als gewesenen vormundschaftlichen Regenten des Herzogthums Braunschweig.

Es sei bekannt, daß, nach dem ruhmvollen Tode des Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig und Lüneburg am 16. Juni 1815 in der Schlacht bei Quatrebras, der damalige Prinz-Regent und jetzige König von Großbritannien und Hannover, als nächster Agnat das herzoglich braunschweigischen Hauses, mittelst Patents vom 18. Juli desselben Jahres, die vormundschaftliche Regierung über den regierenden souverainen Herzog Carl und dessen Staat übernommen habe.

Das gesetzmäßige Alter des Regierungsantritts und der Mündigkeit sei in dem Hause Braunschweig und Lüneburg ganz unverkennbar auf das zurückgelegte achtzehnte Jahr festgesetzt.

Diese Regel stütze sich zuerst auf den bekannten, in der mittleren herzoglichen Linie im Jahre 1535 zwischen des Herzogs Heinrich des Älteren Söhne, Heinrich dem Jüngeren und Wilhelm, errichteten Erbvertrag, welcher von den römisch-deutschen Kaisern Carl V. und Matthias förmlich und feierlich bestätigt worden sei; ferner auf die durch diesen Erbvertrag wenigstens in der herzoglich

braunschweigischen Linie seit dem gebildete gesetzliche Obervanz, welche einige offenbar nur für einzelne Fälle gemachte testamentarische Dispositionen nicht nur nicht beschränkten oder aufhören, sondern vielmehr bestärkten und bestätigen. Endlich stütze sich diese Regel in der neuern Zeit auf eine archivalische Verwahrung des Herzogs Carl, Urgroßvaters des jetzt regierenden Herzogs Carl.

Solchergehalt seien alle die Gründe, welche, schon einzeln genommen, den frühern Eintritt der Majorennität bewirkten, nämlich Hausverträge, kaiserliche Privilegien und Obervanz in der herzoglich braunschweigischen Linie, vereinigt vorhanden, und vielleicht gebe es kein zweites Regentenhaus in Deutschland, worin das Volljährigkeitsrecht auf so unbestreitbaren Gründen beruhe.

Auch hätten bisher alle historischen und staatsrechtlichen Schriftsteller das zurückgelegte achtzehnte Jahr als den gesetzmäßigen Mündigkeitstermin der braunschweigischen Prinzen anerkannt. In Uebereinstimmung hiermit sei dieser Grundsatz auch von den Ständen des Herzogthums jederzeit als unzweifelhaft betrachtet worden.

Hieraus ergebe sich hinlänglich, daß der Herzog, geboren den 30. Oktober 1804, am 30. Oktober 1822 zur Selbstregierung der herzoglichen Lande von Rechtswegen hätte gelangen müssen.

Dies sei jedoch so wenig der Fall gewesen, daß vielmehr der König von Großbritannien und Hannover seine vormundschaftlichen Funktionen über dem Herzog und dessen Staat noch ein volles Jahr über den vorbemerkten, in den Hause Braunschweig feststehenden Mündigkeitstermin prolongirt und den jetzt regierenden Herzog erst am 30. Oktober 1823 für volljährig erklärt hätte.

Diese eigenmächtige Verfügung über die Souverainetäts- und Staatshoheits-Rechte des Herzogs von Braunschweig und Lüneburg, und diese gesetzwidrige Intention seines Territorii, stelle sich aber um so mehr als eine rein arbitraire Maaßregel dar, wenn man erwäge, daß es die ehemalige vormundschaftliche Regierung von Braunschweig gewesen sei, welche zuerst Zweifel über die bis dahin noch von Niemand angefochtene Majorennitätsfrage in dem herzoglichen Hause erhoben habe.

Wenn, nach allem bisher Gesagten, der König von Großbritannien und Hannover als Vormund des jetzt regierenden Herzogs von Braunschweig staatsrechtlich verbunden gewesen sei, diesem die Regierung des Herzogthums am 30. Oktober 1822 zu übergeben, dies jedoch erst am 30. Oktober 1823 wirklich geschehen sei, so gehe der Antrag des herzoglich braunschweigischen Bundestagsgesandten gegenwärtig dahin:

„daß die hohe Bundesversammlung das Recht Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig und Lüneburg, auf den Regierungsantritt mit dem zurückgelegten achtzehnten Jahre anerkennen und Ihre Mißbilligung wegen der verlängerten Vormundschaft geneigtest ausdrücken möge.“

II. Wegen vollführten Umsturzes der alten, rechtmäßigen, braunschweigen Landesverfassung und Einführung einer neuen, auf verfassungswidrigem Wege.

Die herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandtschaft sei ferner beauftragt, die nachstehende Beschwerde des Herzogs wider den König von Hannover als gewesenen vormundschaftlichen Regenten des Herzogthums Braunschweig, wegen vollführten Umsturzes der alten, rechtmäßigen braunschweigischen Landesverfassung und Einführung einer neuen auf verfassungswidrigem Wege und

ganz ohne die Concurrenz des jetzt regierenden Herzogs zu Stande gebracht und unterm 25. April 1820 eigenmächtig als Landesgrundgesetz promulgirten Landschaftsordnung zum Protocolle der Bundesversammlung zu geben.

In dem Herzogthum Braunschweig habe, von allen Zeiten her, eine auf Verträgen, Privilegien und Herkommen beruhende landständische Verfassung bestanden.

Die Landschaft habe bis in die neuesten Zeiten auf den drei Ständen, den Prälaten, der Ritterschaft und den Städten, gehaftet, welche eben so viele Curien bildeten.

Sämmtliche Gerechtsame der Stände seien unter der Regierung des höchstseligen Herzogs Carl unter dem Titel: „Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse“ gesammelt und in dieser Gestalt von ebengenanntem Fürsten unterm 9. April 1770 mit der landesherrlichen Bestätigung versehen worden.

Bis zur feindlichen Occupation des Landes durch die französische Waffengewalt sei diese Verfassung in vollster Anerkennung und Anwendung geblieben.

Nach der glücklichen Wendung der deutschen Angelegenheiten im October 1813 habe sich der Herzog Friedrich Wilhelm, im Gedränge der Forderungen einer unerbittlichen Gegenwart, gezwungen gesehen, die Regulirung der Verfassungsangelegenheiten des Herzogthums mit den vorhandenen rechtmäßigen Landständen, bis zu der Nothe eines dauerhaften Friedens zu verschieben.

In materieller Hinsicht habe sich diese Verfassung durch Jahrhunderte hindurch bewährt gehabt, und wenn hie und da vielleicht Reformen in formeller Hinsicht allmählig wünschenswerth geworden seien, so hätten letztere nur durch eine gemeinschaftliche Deliberation und Uebereinkunft zwischen dem regierenden Landesherrn und den Ständen erzielt werden können.

Dies sei die Lage der Sache gewesen, als durch den ruhmvollen Tod des verewigten Herzogs Friedrich Wilhelm, in der Schlacht bei Quatrebras, die vormundschaftliche Regierung auf Seine königliche Hoheit, den damaligen Prinz-Regenten und jetzigen König von Großbritannien und Hannover, gefallen sei.

Damals sei kein Landtag berufen worden, und es seien Jahre auf Jahre gefolgt, ohne daß man an eine solche Convocation gedacht habe.

Erst als die Vormundschaft bereits vier Jahre drei Monate gedauert gehabt und die Zeit der Mündigkeit des Landesherrn herangerückt sei, seien, ohne nothwendige Veranlassung, durch die Verordnung vom 6. September 1819 die Stände des Herzogthums auf den 12. October desselben Jahrs zusammenberufen worden.

In dieser Versammlung der einberufenen Stände sei es gewesen, wo der königlich hannöversche Cabinetsminister, Graf Ernst Münster, im Auftrage des Prinz-Regenten, den Plan zu einer neuen Landschaftsordnung vorgelegt habe, welche, nach abverlangter Zustimmung der Stände, unterm 25. April 1820 von dem damaligen vormundschaftlichen Regenten vollzogen und als organisches Staatsgesetz publicirt worden sei.

Durch die Landschaftsordnung sei der gänzliche Umsturz der bisherigen Repräsentation ausgesprochen, und, mit Vernichtung des alt hergebrachten verfassungsmäßigen Rechtsstandes, ein völlig neuer gegründet und in Wirksamkeit gesetzt worden.

Der Versuch zu einer solchen Umkehrung einer wirklich bestehenden und noch dazu aus Verträgen und Herkommen hervorgegangenen Verfassung müsse

aber um so mehr in rechtlicher Hinsicht als ungültig und in sich zerfallend betrachtet werden, da

1) die Qualität eines vormundtschaftlichen Regenten jegliche Verfassungsveränderung ausschliesse, in so fern letztere allemal mehr oder weniger Veräußerungen von Hoheits- und Eigenthumsrechten involvire, zu denen kein vormundtschaftlich regierender Fürst, als welchem überall nur Verwaltungsbefugnisse zustehen, sich berechtigt halten könne; und da

2) der die neue Landtagsordnung begründende und sanctionirende Landtagsabschied, de dato Carltonhouse den 11. Juli 1823, von dem königlichen Vormunde, ohne die gesetzmäßige Concurrenz und Einwilligung des damals notorisch schon majorennenen Landesherrn, erlassen worden sei.

Zwar habe der königlich hannoversche Cabinetsminister, Graf von Münster, diesen Umsturz der braunschweigischen Verfassungsangelegenheiten für eine Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte ausgehen wollen; allein dieser Verpflichtung hätte schon allein auf's vollständigste durch die bloße practische Herstellung der von dem königlichen Vormunde vorgefundenen Grundverfassung Genüge geleistet werden können.

Uebrigens sei es die in allen Wiener Congressverhandlungen ausgesprochene Absicht der großen Mehrheit der deutschen Regierungen, daß da, wo alte Verfassungen noch wirklich beständen, diese erhalten werden sollten.

Diesernach dürfe der Antrag gerechtfertigt erscheinen:

„daß die hohe Bundesversammlung über die, in vormundtschaftlicher Regierung Seiner herzoglichen Durchlaucht, von Seiner Majestät dem Könige von Hannover unterm 25. April 1820 vollzogene und publicirte Landschaftsordnung, als die rechtlichen Grenzen der vormundtschaftlichen Befugnisse überschreitend, Ihr hohes Mißfallen zu erkennen geben wolle“.

Die Competenz der Bundesversammlung über diesen Antrag werde durch den 2. Artikel der Bundesacte begründet, indem die Erhaltung der inneren Sicherheit einerlei sei, mit der Erhaltung des Rechtszustandes in Deutschland.

III. Wegen der von dem Cabinetsminister Grafen von Münster auf Befehl des Königs von Großbritannien und Hannover herausgegebenen Staatschrift: „Widerlegung der ehrenrührigen Beschuldigungen, welche sich Seine Durchlaucht der regierende Herr Herzog von Braunschweig gegen Ihren erhabenen Vormund u. s. w. erlaubt haben.“

Der Herzog von Braunschweig nehme für sich den kräftigen Beistand der Bundesversammlung in Anspruch und motivire diesen Antrag durch nachfolgende Ausführung:

Die zureichend bekannte Differenz zwischen der herzoglich braunschweigischen und der königlich hannoverschen Regierung sei, bis um die Mitte des Jahres 1827, ausschließlich Gegenstand diplomatischer Verhandlungen gewesen. Zur Ausgleichung der streitigen Punkte sei in gleichem Maaße von Braunschweig wie von Hannover auf die Vermittelung des kaiserlich österreichischen Hofes committirt worden.

Der Herzog sei geneigt gewesen, der Liebe zum Frieden jedes Opfer zu bringen.

In dem festen Vertrauen, daß man, wie von braunschweigischer Seite ge-

sehen war, auch hannöverscher Seits den conciliatorischen Vorschlägen des Wiener Hofes Beifall schenken würde, hätte der Herzog Befehl ertheilt, daß eine damals zur Uebergabe bereit liegende Beschwerdeschrift gegen die königlich hannöversche Regierung der Bundesversammlung nicht übergeben werden sollte, und ebenso den Druck und den Debit von Schriften, welche die zwischen beiden Höfen vorkommende Differenz auch nur entfernt berühren möchten, in den herzoglich braunschweigischen Staaten inhibirt.

So sei die Lage der Dinge gewesen, als, statt der gehofften, mit den Vorschlägen des Wiener Cabinets übereinstimmenden Erklärung, von Seiten Hannovers die bekannte, weiter unten zu würdigende Denkschrift des hannöverschen Cabinetsministers Grafen von Münster erschienen und durch den Buchhandel in deutscher und französischer Sprache in alle Welt verbreitet worden sei.

Durch diese Schrift sei der Standpunkt der Differenz so wesentlich verrückt worden, daß die Vorschläge des kaiserlich österreichischen Hofes nicht mehr auszureichen geschienen, eine mit dem Rechte und der Billigkeit correspondirende Basis für die Ausgleichung der zwischen Braunschweig und Hannover bestehenden Streitpunkte herbeizuführen.

Mit dem Erscheinen der Münsterschen Schrift beginne für die vorliegende Differenz eine neue, für sich abgeschlossene Periode. Um die rechtliche Qualification dieser Schrift zu ermäßigen, müsse vorerst die Präjudicialfrage beantwortet werden:

wer den Inhalt der Münsterschen Schrift zu vertreten habe, ob Graf Münster, oder aber der König von Hannover?

Die Beantwortung dieser Vorfrage könne keine erheblichen Schwierigkeiten darbieten, denn der Graf Münster erkläre in dem Vorworte jener Schrift ausdrücklich, daß er sie auf Befehl des Königs verfaßt habe. Damit stimme überein, daß in dem Schreiben des Grafen Münster an den herzoglichen Oberstaatsrath Freiherrn von Münchhausen vom 14. November 1827 gesagt sei, daß die mehrbezeichnete Schrift von dem Könige signirt, also im Entwurfe unterzeichnet sei. Durch den Druck und die öffentliche Verbreitung jener Schrift sei übrigens die Bundesgesetzgebung über die Presse und insbesondere der §. 4 des Bundesbeschlusses vom 20. September 1819 vielfach verletzt, indem die Würde und die Sicherheit eines anderen Bundesstaates hier des Herzogthums Braunschweig — und zwar nicht nur Verfassung und Verwaltung, sondern vorzugsweise die Person des Regenten, des Herzogs, auf das Unangenehmste angegriffen werde.

Nie hätte der Herzog an den Buchhandel und durch ihn an das Volk in seine Differenzen mit der königlich hannöverschen Regierung appellirt. Er könnte sich daher um so weniger bei der jetzigen Lage der Sache beruhigen. Vielmehr bildeten sich nun, und zwar abgefordert von denjenigen Irrungen und Streitpunkten, welche vor dem Erscheinen der Münsterschen Schrift zwischen dem Herzog und dem Könige bestanden, drei Beschwerden, welche der Herzog gegen die Regierung des Königs von Hannover zu führen genöthigt sei, und zwar

- a) die Publication und Verbreitung der Münsterschen Schrift, insbesondere der darin enthaltenen Beleidigungen und Ausfälle auf die höchste Person Seiner herzoglichen Durchlaucht;
- b) die bedrohlichen Äußerungen, welche in derselben Schrift gegen Seine herzogliche Durchlaucht gerichtet seien; und
- c) die mit den öffentlich ausgesprochenen Drohungen in Verbindung stehende Thatsache des kürzlich erfolgten rechts- und territorialhoheits-

widrigen Durchmarsches königlich hannöverischer Truppen durch das herzoglich braunschweigische Amt Thedinghausen. —

ad a. Die königlich hannöverische Regierung treffe der Vorwurf, daß sie geflissentlich und im Widerspruche mit den bis dahin angenommenen und angewandten Grundsätzen die Streitigkeiten zweier Souveraine vor den Richterstuhl des Volkes gebracht und die öffentliche Meinung zum Schiedsrichter aufgefordert habe.

Dieses Verfahren stehe indessen in keinem Verhältnisse mit dem Umstande, daß es der königlich hannöverischen Regierung gefallen habe, in der unter dem Namen des Grafen von Münster erschienenen Druckschrift zahllose Beleidigungen gegen den Herzog auszusprechen, dessen Handlungsweise schief zu deuten und in den Augen der Welt zu verunglimpfen. Man würde, im Widerspruche mit Zeit und Anstand, die Rücksicht der Bundesversammlung in Anspruch nehmen, wenn man die in der Münsterschen Deduction enthaltene Masse von Beleidigungen von einander sondern und sodann nach ihren verschiedenen Qualificationen würdigen wollte. Das Ganze aber verlege auf das Schonungsloseste vor dem Volke, welches hier zum Richter aufgefordert werde, die Würde und Sicherheit eines deutschen Souverains, und gefährde dadurch die öffentliche Ruhe in einem hohen Grade.

Auf eine nicht zu erwartende Weise habe die königliche hannöverische Regierung, dem Herzoge und dem Bunde gegenüber, das Preßgesetz vom 20. September 1819, §. 4 öffentlich und notorisch verletzt, in welchem Geseze wörtlich bestimmt sei:

„Jeder Bundesstaat ist für die unter seiner Oberaufsicht erscheinenden, mithin für sämtliche, unter der Hauptbestimmung des §. 1 begriffenen Druckschriften, insofern dadurch die Würde oder Sicherheit anderer Bundesstaaten verletzt, die Verfassung oder Verwaltung derselben angegriffen wird, nicht nur den unmittelbar Beleidigten, sondern auch der Gesamtheit des Bundes verantwortlich.“

ad b und c. Beide Beschwerden ständen in einer zu nahen Verbindung, als daß dieser Umstand nicht eine gemeinschaftliche Behandlung derselben erforderlich machen sollte.

Die Schrift des Grafen Münster bedrohe unmittelbar und direct die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit des Herzogs als Mitglied des deutschen Bundes. Am Schlusse des dieser Schrift vorausgeschickten Vorworts heiße es:

„Seine Majestät haben einen Beweis Ihrer Mäßigung und Ihrer Achtung für die bestehenden Verträge gegeben, indem Sie sich nicht Ihrer Macht bedient, um sich gegen neue Bedingungen des Herzogs zu schützen. Deutschlands unabhängige Fürsten haben sich durch die Bundesacte verpflichtet, ihre Streitigkeiten nicht durch Gewalt der Waffen zu entscheiden. — Aber dies Gesetz ist nicht für einen Fall berechnet, wie er sich jetzt zwischen dem Könige und Seiner Durchlaucht darstellt. Man hat dem Herzoge die Mittel angeboten, diese traurige Angelegenheit zu beendigen. Möge Er sich von der Nothwendigkeit überzeugen, sie nicht von der Hand zu weisen.“

Diese Stelle begründe die Besorgniß, daß der König von Hannover sich für berechtigt hielte, mit Umgehung des bundesverfassungsmäßigen Weges sich seiner Macht gegen den Herzog von Braunschweig zu bedienen.

Daß der Vorwurf einer so wesentlichen Lücke, wie hier der Bundesver-

fassung gemacht werde, nicht begründet sei, spreche die Bundesgesetzgebung im Art. XI der Bundesakte und im Art. XIX der Wiener Schlussakte bestimmt aus.

Dem Herzog sei es schwer gefallen, der Idee Raum zu geben, daß Hannover die in der Münsterschen Schrift ausgesprochenen Drohungen in Anwendung zu bringen wirklich gesonnen sei.

Alein er sei es nummehr und täglich dringender sich und seinem Hause schuldig, den jetzigen zweifelhaften Zustand durch bundesverfassungsmäßige Schritte zu beseitigen, weil die Wahrscheinlichkeit einer von königlich-hannoverscher Seite vorzunehmenden Selbsthülfe in demselben Maße zugenommen habe, als die unter Autorität des kaiserlich-österreichischen und königlich-preussischen Hofes versuchten Ausgleichungsmaßregeln nicht zu dem beabsichtigten Resultate geführt hätten.

Daß in dieser Hinsicht die Besorgniß der herzoglich-braunschweigischen Regierung sich als vollkommen begründet darstelle, davon liefere eine der nahen Vergangenheit angehörige Thatsache einen redenden Beweis.

Am 12. October 1828 sei, ohne vorgängige Requisition, das sechste königlich hannoversche Infanterieregiment, dem bald darauf eine Abtheilung königlich hannoverscher Ulanen gefolgt sei, mit klingendem Spiele durch das herzoglich braunschweigische Amt Rheidinghausen marschirt, mit der Ordre, seinen Marsch bis an die Weser fortzusetzen.

Die Protestation des in dem dasigen Amte stationirten Justizbeamten gegen diesen Durchmarsch seien von dem Commandeur jener hannoverschen Truppen-Abtheilungen ganz unbeachtet geblieben, wiewohl es demselben nicht unbekannt gewesen, daß über diesen Gegenstand mit dem herzoglich braunschweigischen Ministerio nicht präjudiciell communicirt worden sei.

Aus dieser Thatsache resultire für die herzoglich braunschweigische Regierung die Berechtigung, vorauszusetzen, daß mit der gerügten Territorialverletzung ein Anfang derjenigen Willkür und Gewalt habe gemacht werden sollen, womit der Herzog in der Münsterschen Schrift bedroht worden.

Dieser Voraussetzung hätte nur durch eine zureichende, sofort geleistete oder wenigstens offerirte Genugthuung begegnet werden können, wofür aber von königlich hannoverscher Seite nichts geschehen sei. *)

Seine herzogliche Durchlaucht fänden Sich daher bewogen, auf den Grund der bisherigen Darstellungen folgende Anträge zu formiren:

daß es den hohen Bundesgliedern gefallen wolle

- 1) durch das Organ der Bundesversammlung ihre Mißbilligung über die Münstersche Schrift und zugleich die Nothwendigkeit aussprechen, daß die durch dieselbe Schrift Sr. herzoglichen Durchlaucht öffentlich zugefügten Beleidigungen von Seiten der königlich hannoverschen Regierung ebenso öffentlich zurückgenommen werden, als von dieser Regierung die Zurücknahme des von herzoglich braunschweigischer Seite unterm 10. Mai 1827 erlassenen Patents begehrt worden;

- 2) und 3) aber zu erklären: daß die bestehende Bundesgesetzgebung auch für die vorliegenden Differenzen zwischen der herzoglich braunschweigischen und der königlich hannoverschen Regierung Platz greife, und, als unmittelbare Folge dieser Erklärung, die zur Sicherstellung Einer herzoglichen Durchlaucht gegen Schritte der Gewalt und Willkür von

*) Man sehe hierzu S. 157.

Seiten Hannovers geeignete Maßregeln zu treffen; auch rücksichtlich des widerrechtlichen Truppendurchmarsches durch das herzogliche Amt Theedinghausen die königlich hannöversische Regierung zu veranlassen, der herzoglich braunschweigischen Regierung eine angemessene Genugthuung zu leisten, falls die erstere Regierung es nicht vorziehen sollte, zur Beseitigung der gegen sie streitenden Vermuthung, diejenige oder diejenigen Personen zur gebührenden Verantwortung zu ziehen, durch welche die in Frage stehende Territorialverletzung herbeigeführt worden.

Der Gesandte Sr. herzoglichen Durchlaucht sei zu gleicher Zeit ermächtigt worden, darauf anzutragen: daß von Seiten der Bundesversammlung zur Erledigung der aufgestellten Beschwerden, insoweit diese erforderlich sein dürfte, eventuell auf bundesverfassungsmäßigem Wege die Eröffnung einer Austrägalinstanz angeordnet werde.

IV. Wegen der Nichtvollziehung der Staatsverträge vom 16. Nov. 1535 und 8. Jan. 1798 von Seiten Hannovers.

Endlich wurde herzoglich braunschweigischer Seits der Beschluß der Bundesversammlung auf den in der 12ten Sitzung von 1828 jenseits gestellten Antrag über die Vollziehung der Staatsverträge vom 16. November 1535 und 8. Januar 1798 in Erinnerung gebracht.

Die königlich hannöversische und die herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandtschaften behielten sich ihre Erklärungen auf die gegenseitigen Beschwerden vor.

Das Präsidium hingegen brachte

- 1) eine Commission von fünf Mitgliedern in Vorschlag, „welche sich mit der Aufgabe zu befassen habe, über die wechselseitigen Beschwerden binnen zwei Monaten gutachtlichen Bericht zu erstatten:
- 2) den beiden Gesandten von Hannover und Braunschweig anheim zu geben, binnen der nächsten sechs Wochen die allenfallsigen weiteren Erklärungen über die vorliegenden Beschwerden an die Commission gelangen zu lassen“,

womit sämmtliche Gesandtschaften einverstanden waren.

Nach der hierauf vorgenommenen Wahl der Commission wurde sonach der Beschluß gefaßt:

- 1) „daß die aus den Gesandten von Oesterreich, Preußen, Baiern, Königreich Sachsen und Baden gewählte Commission über die wechselseitigen Beschwerden von Hannover und Braunschweig binnen zwei Monaten gutachtlichen Bericht zu erstatten habe;
- 2) den Gesandten von Hannover und Braunschweig aber anheim gegeben sei, binnen der nächsten sechs Wochen ihre allfälligen weiteren Erklärungen über die vorliegenden Beschwerden an die Commission gelangen zu lassen.“

Königlich hannöversche Gegenerklärung über die in der 11. diesjährigen Bundestagsitzung von dem herzoglich braunschweigischen Gesandten gegen Hannover zu Protokoll gegebenen Beschwerden.

Von dem so eben gebrachten Vorbehalt machte die königlich hannöversche

Bundestagesgesandtschaft Gebrauch, um innerhalb des festgesetzten Termins von sechs Wochen dem Ausschuss eine Gegenerklärung über die in der 11. Bundestagsitzung von 1829 vorgebrachten herzoglich braunschweigischen Beschwerden abzugeben. Hierin ist im Wesentlichen gesagt:

„I. Es sei hier nicht der Ort, auf eine umständliche Darlegung der mit der Beschwerde des Herzogs wegen Verlängerung der vormundschaftlichen Regierung in Verbindung stehenden Sachverhältnisse nochmals ausführlich einzugehen.

Dem König habe unbestreitbar die Pflicht obgelegen, die übernommene vormundschaftliche Regierung bis zu dem gesetzmäßigen Termin der Regierungsmündigkeit seines fürstlichen Pflegbefohlenen fortzuführen, und abgesehen von Umständen, welche eine, wie als ein Recht zu fordernde Abkürzung jenes Termins anrathen und rechtfertigen konnten, vor dessen Eintritt der Vormundschaft unter keiner Bedingung sich zu entschlagen. — Die Gründe, weshalb der König von Hannover die Mündigkeit des Herzogs als nicht dem 18. Lebensjahr eingetreten betrachte, seien zur Kenntniß der Bundesversammlung gebracht. Wenn nun der regierende Herzog von Braunschweig entgegengesetzte Ansichten und Wünsche hegte, so lasse sich ohne Widerspruch nicht annehmen, daß diese Ansichten und Wünsche des Mündels das Gesetz und die Gewalt gewesen wären, welche über eine solche Frage gegen den Vormund hätten entscheiden können. Der König hätte daher keinen schonenderen Weg einschlagen können, als den, über die Streitfrage selbst den Rath der beiden ersten deutschen Mächte, des Kaisers von Oesterreich und des König von Preußen, zu ersuchen. Hierauf hätte der Herzog selbst die Entscheidung der ganzen Differenz herbeigeführt, indem er sich bestimmt gefunden hätte, in einer Conferenz mit dem Fürsten von Metternich, am 20. März 1823, mithin nach erreichtem 18. Lebensjahre, und in einem Zeitpunkt, in welchem nach seinen Ansichten seine vollkommene Dispositionsfähigkeit eingetreten war, den König ersuchen zu lassen, die vormundschaftliche Regierung noch ein Jahr fortzusetzen. Vor dem Ablauf dieses Jahres hätte der König dem Herzog die Regierung wirklich übergeben.

Diese Thatfache räume jeden gedenkbaren Gegenstand irgend einer weiteren Erörterung und eines Anspruchs der Bundesversammlung über den Zeitpunkt der Regierungsmündigkeit des Herzogs, über Verlängerung oder Abkürzung der über ihn geführten Vormundschaft gänzlich aus dem Wege. Es liege darüber keine Differenz zwischen dem König und dem Herzog vor.

Eine Differenz, welche darüber früher obwaltete, sei die erwähnte Erklärung des Herzogs und die hiernach mit gegenseitigem Einverständnis eingetretene Beendigung der vormundschaftlichen Regierung erledigt. Der Herzog würde die Bundesversammlung nicht angehen können, zwischen dem Könige und ihm über theoretische Sätze zu entscheiden, welche in bestehende Verhältnisse überall nicht weiter eingriffen, noch irgend einen Auspruch darüber zu ertheilen, wie ein längst entschiedenes Verhältniß nach staatsrechtlichen Grundsätzen zu entscheiden sein würde, wenn es nicht durch gegenseitige Einwilligung entschieden wäre. Dann aber bliebe Stoff zu Discussionen übrig, und es würde jede weitere Widerlegung der jede Grundlage entbehrenden ersten Beschwerde überflüssig sein.

II. Eine gleiche Bewandniß habe es mit der zweiten Beschwerde, welche auf die Behauptung gegründet sei, daß durch die unter der vormundschaftlichen Regierung am 25. April 1820 publicirte Landschaftsordnung den Umsturz der alten rechtmäßigen Bundesverfassung vollführt sei, und welche den Antrag recht-

fertigen soll, daß die Bundesversammlung über das Gesetz, als die vormundschafftlichen Befugnisse überschreitend, ihr Mißfallen zu erkennen wolle.

Die Entwicklung der Beschwerde gehe in jeder Beziehung von irrthümlichen Ansichten aus. Einmal würden willkürlich Grenzen der Gewalt eines vormundschafftlich regierenden Souverains gezogen, deren theoretische Begründung fehle und deren Unhaltbarkeit in die Augen falle. Die vormundschafftliche Regierung eines Souverains über einen souverainen Staat lasse sich nicht mit der vormundschafftlichen Verwaltung des Vermögens eines Privatmannes auf eine Linie stellen. Nach gleichen Grundsätzen aber, wie die letztere, würde, in dem Sinne der herzoglich braunschweigischen Beschwerde, die erstere zu beurtheilen sein, und wenigstens würde nach den dabei entwickelten Ansichten die gesetzgebende Gewalt unter einer vormundschafftlichen Regierung ganz ruhen müssen, wenn sogar die unter Zustimmung der alten Landesrepräsentation verfügte Erlassung einer solchen Landschaftsordnung, wie die für das Herzogthum Braunschweig im Jahre 1820 publicirte, für einen Exceß in Ausübung der vormundschafftlichen Regierungsgewalt gehalten werden müßte.

Die Behauptung aber, daß durch die neue Landschaftsordnung der Umsturz der alten rechtmäßigen Landesverfassung vollführt sei, sei zwar gewagt, aber selbst nicht mit dem Versuche eines Beweises unterstützt.

Die Bundesversammlung werde indeß über diesen ganzen Gegenstand hier weitere Erörterung nicht erwarten, weil es ihrem erleuchteten Ermessen nicht entgangen sein könne, daß derselbe ebenfalls gegenwärtig überall keine Streitfrage zwischen dem König und dem Herzog, und kein solcher Gegenstand sein könne, welcher möglicher Weise in den Verhältnissen des vormaligen vormundschafftlichen Regenten des Herzogthums Braunschweig zu seinem gewesenen fürstlichen Mündel ein Einschreiten oder irgend eine Entscheidung erfordern oder veranlassen könnte. Es sei hier die Frage von gegenseitigen Rechten des Landesherrn und der Landesrepräsentation, und es sei ganz offenbar, daß so wenig jetzt irgend eine Erklärung des Königs an jenen Rechten auf der einen oder der andern Seite etwas ändern könnte, ebenso wenig darüber gegen ihn jetzt irgend eine Entscheidung weiter möglich sei.

III. Die dritte herzoglich braunschweigische Beschwerde sei auf die im Jahre 1827 erschienene Refutation des *accusations injurieuses* etc. und die damit in Verbindung gesetzte Thatsache gegründet, daß im Jahre 1828 ein zufälliges Zusammentreffen von Umständen es veranlaßt habe, daß, bei der Rückkehr aus einem Uebungslager, ein königlich hannöversches Regiment und eine Abtheilung Ulanen ohne Vorwissen der königlich hannöverschen Regierung auf eine kurze Strecke das herzoglich braunschweigische Gebiet berührt habe.

Bei Allem, was über die erwähnte, allerdings auf Befehl des Königs, und unter dessen specieller Genehmigung verfaßte und dem Drucke übergebene Schrift geäußert worden, sei vorzüglich nicht zu vergessen, daß sie nur der abgedruckten Vertheidigung gegen öffentliche Beleidigungen und besonders gegen eine zuvor auf Befehl Seiner herzoglichen Durchlaucht gedruckte und verbreitete Schrift gewesen sei, welche in der königlich hannöverschen Beschwerde (s. oben S. 132) hinreichend charakterisirt worden.

Sodann komme in Betracht, daß die Vertheidigung gegen den gewagten

beispiellosen Angriff eine Reihe actenmäßiger und durch Urkunden erwiesener Thatfachen, aber nichts begreife, was nicht die Natur der Vertheidigung gegen einen solchen Angriff rechtfertige.

Auf eine auffallende Weise habe man bei der Entwicklung der dritten Beschwerde auf ein Bundesgesetz vom 20. September 1819 sich bezogen, und es sei schwer zu begreifen, wie eine Anwendbarkeit jenes Bundesbeschlusses auf die gegenwärtige Angelegenheit habe als möglich gedacht werden können. Dasselbe enthalte die durch bekannte Veranlassungen nothwendig gemachten gemeinschaftlich beschlossenen Maßregeln zu dem Ende, damit in den einzelnen Staaten eine zweckmäßige Aufsicht zur Verhütung des Mißbrauchs der Presse gesichert werde; aber es enthalte nichts, was einem deutschen Souverain das natürliche Recht nehmen könnte, in allen Fällen von Streitigkeiten mit einem Mitverbündeten darauf sich beziehende Ausführungen durch den Druck bekannt zu machen, und vollends gegen einen mit Hilfe der Presse gewagten, in keiner Hinsicht zu rechtfertigenden Angriff dasselbe Mittel zur Vertheidigung gebrauchen zu lassen.

Der König würde jenen grundlosen Schmähungen vor der Welt vertheidigungslos sich haben Preis geben müssen, wenn er nicht Befugniß gehabt hätte, die ihm zu Gebot stehende urkundliche Widerlegung eben so bekannt werden zu lassen, wie die Schmähungen es geworden seien.

In der weiteren Entwicklung der dritten Beschwerde sei man so weit gegangen, den Herzog als des Schutzes gegen Selbsthülfe und drohende thätliche Angriffe bedürftig darzustellen. Es werde diese durchaus unrichtige Darstellung nicht besser widerlegt werden können, als dadurch, daß man die That reden lasse.

Es liege klar vor Augen, mit welcher Langmuth der König eine Reihe in gleichen Verhältnissen unerhörter Beleidigungen in dem festen Vertrauen ertragen hätte, daß zuletzt diejenige Genugthuung und der Schutz gegen weitere Attentate ihn sicher und kräftig werde zu Theil werden, für welche der deutsche Bund ihm die Gewähr leiste. Es gebreche an jeder Thatfache, welche auch nur die entfernteste Besorgniß rechtfertigen könnte, daß der König, während er den gesetzmäßigen Beistand und Schutz seiner hohen Bundesgenossen in Anspruch nehme und mit unerschütterlichster Zuversicht erwartete, thätliche Vorschritte unternehmen könnte.

Der stärkste Beweis für den Mangel an Mitteln, um einen Antrag auf ein Einschreiten der hohen Bundesversammlung wegen besorgter thätlicher Angriffe zu unterstützen, liege darin, daß, um der Verlegenheit abzuhelpen, sogar ein Vorfall benutzt sei, der unter allen Umständen nur zu den gleichgültigen und bedeutungslosen zu rechnen sei. Im Herbst des vorigen Jahres (1828) sei nämlich eine Abtheilung der hannöverschen Truppen in der Grafschaft Hoya zu militärischen Uebungen concentrirt und bei Auflösung des Lagers der Rückmarsch des sechsten Infanterie-Regiments in seine Garnison, auf dem Wege durch die Weser-Marschen, wegen des eingetretenen nassen Wetters gehemmt worden, so daß, nach angestellter militärischer Recognoscirung für dasselbe kein anderer Weg auszumitteln gewesen sei, als der durch das Amt Thedinghausen, einem isolirten, ganz von königlich hannöverschen Provinzen eingeschlossenen Gebietstheil, durch welchen das Regiment, um den Uebergang über die Weser auf hannöverschen Fährten zu bewirken, einen Marsch von etwa anderthalb Stunden zu machen gehabt habe. Das Regiment sei dazu beordert worden, ohne daß darüber an das königliche Ministerium in Hannover eine Anzeige geschehen

wäre, welches sonst unfehlbar zuvor die herzoglich braunschweigische Regierung um Gestattung des Durchgangs requirirt haben würde.

Die Militairbehörde habe wegen Kürze der Zeit eine solche Anzeige unterlassen und im Drange der Umstände den erwähnten Befehl sofort ertheilen zu dürfen geglaubt, zumal da derselben Fälle aus älteren Zeiten erinnerlich gewesen seien, in welchen solche unvermeidliche und unbedeutende Durchzüge ohne weitere Förmlichkeit freundnachbarlich gestattet worden seien. Daß dabei die Militairbehörde offen und arglos und in der Meinung gehandelt habe, von einer stillschweigend vorausgesetzten nachbarlichen Gefälligkeit Gebrauch zu machen, beweise, wenn es dessen bedürfe, unter andern folgender Umstand. Dem Regimente sei, vor dessen Abmarsch, der Stabs capitain und Adjutant v. Hennigs mit einem an das herzogliche Kreisgericht zu Thedinghausen gerichteten offenen Requisitionsschreiben zu dem Zwecke vorausgesandt worden, um die Ueberlassung eines zu Asen liegenden Fährschiffes, in dem Falle, wenn es Eigenthum herzoglich braunschweigischer Unterthanen sein sollte, behufs Erleichterung des Uebergangs des Regiments über die Weser bei Uesen auszuwirken. Der Offizier habe sich nach Thedinghausen begeben, den dortigen Beamten nicht anwesend gefunden, von einem Subaltern aber erfahren, daß das Fährschiff zu Asen das Eigenthum hannoverscher Unterthanen sei, und unter diesen Umständen das ihm behändigte Requisitionsschreiben nicht abgeliefert, weil er dafür gehalten habe, daß dessen Zweck hinwegfalle, vielmehr bei der schon vorgerückten Tageszeit an Ort und Stelle eilen zu müssen geglaubt, um wegen Hinschaffung der Fähre nach Uesen die nöthigen Veranstellungen zu treffen.

In demselben Augenblicke, da das königliche Ministerium in Hannover von jenem Vorfalle die erste Nachricht erhalten habe, am 21. Oktober 1828, habe dasselbe an das herzogl. braunschw. Staatsministerium das unter A in Abschrift beigefügte Schreiben erlassen. (Entschuld.-Schreiben an d. herzogl. Ministerium).

Dies Aktenstück sei Beweis genug, sowohl, daß der ganze Vorgang eine von der königlichen hannoverschen Regierung überall nicht beabsichtigte, durch zufällige Ereignisse veranlaßte, aber bedeutungslose und in der That höchst unwichtige Handlung militairischer Behörden gewesen sei, als auch, daß dafür augenblicklich und ungefordert diejenige Genugthuung gegeben sei, welche den Umständen in jeder Beziehung angemessen war. — Entbehre nun die Beschwerde selbst eines jeden Grundes, so würden damit auch nothwendig die darauf gebauten Anträge zusammenfallen müssen. Die Tendenz des ersten Antrages sei diese, daß der öffentlich und schwer Beleidigte seinem Beleidiger dafür Genugthuung geben solle, daß er öffentlich sich vertheidige, die Grundlosigkeit und die ganze Schwere der gegen ihn ausgestoßenen Schmähungen und Verunglimpfungen zu eines jeden Unbefangenen Ueberzeugung der Welt vor Augen gelegt habe; ferner gehe solche dahin, daß die Bekanntmachung urkundlich dargelegter Thatfachen zurückgenommen werde, welches doch sofern dies anders gleichbedeutend damit sein sollte, daß sie für unwahr erklärt werden, unmöglich sei; endlich dahin, daß von allem diesem die Genugthuung abhängig gemacht werde, welche Beleidigungen der schwersten Art erforderten. Die Tendenz sei mithin offenbar eine überwiegende Genugthuung für den Beleidigten, also eine Umkehrung der vorliegenden Verhältnisse, eine gänzliche Vereitelung der Genugthuung, welche der Beleidigte allein und so gerecht zu fordern habe. Dem Antrag auf Sicherstellung Seiner herzoglichen Durchlaucht gegen Gewalt und Willkür von Seiten Hannovers aber fehle es an jeder Grundlage, weil

bislang überall kein Anlaß sich ergeben habe, welcher auch bei dem gespanntesten Argwohn die entfernteste Besorgniß eines Seiner Durchlaucht drohenden Gewaltstrettes aufkommen lassen könnte.

IV. In Ansehung des vierten Beschwerdepunktes, das auf eine Auslieferung des Geheimen Rathes v. Schmidt-Phiseldack abzuwehrende Ansinnen betreffend, werde nur auf den königlich hannöverschen ausführlichen Vortrag in 11. diesjährigen Sitzung Bezug genommen werden dürfen.

Seine königliche Majestät überließen das Weitere der Weisheit der hohen Bundesversammlung und sähen der Verwerfung der sämtlichen von herzoglich braunschweigischer Seite erhobenen Beschwerden vertrauensvoll entgegen.“

Die herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandtschaft hatte ebenfalls unter dem Titel:

„Officielle Denkschrift des herzoglich braunschweigischen Geheimen Oberstaatsraths, Freiherrn v. Münchhausen, für die allerhöchsten, höchsten und hohen Regierungen des durchlauchtigsten deutschen Bundes.“

mittelfst Note vom 22. April 1829 dem Bundestags-Ausschusse eine von Braunschweig den 25. April 1829 datirte Druckschrift zur geneigten Berücksichtigung gelangen lassen. — Der Bundestags-Ausschuß unterwarf dieselbe einer genauen Prüfung, sah sich jedoch zu dem Geständniß verbunden, daß er in ihr kein einziges Factum entdeckt habe, das auf die vorliegende Streitsache irgendwie Einfluß haben könnte.

Vorbehaltene aktenmäßige Widerlegung der von dem königlich hannöverschen Bundestagsgesandten zum Protokoll der hohen Bundesversammlung vom 9. April d. J., S. 67 gegebenen Beschwerde Seiner Majestät des Königs von Hannover gegen Seine Durchlaucht den souverainen Herzog von Braunschweig.

Eine eigentliche Erwiderung der herzoglich braunschweigischen Regierung kam binnen der in der 11. Bundestagsitzung von 1829 festgesetzten Frist nicht ein. — Dagegen wurde in der 14. Bundestagsitzung 1829 von dem Herzoge von Braunschweig der Bundesversammlung angezeigt, daß und weshalb jene Erwiderung nicht habe gefertigt werden können, und hierauf der Beschluß gefaßt, daß der Ausschuß noch bis zum 15. Juni 1829 zuwarten, sodann aber seinen Vortrag mit möglichster Beschleunigung zu erstatten habe. Die solchergehalt verlängerte Frist der Berichterstattung wurde nun von herzoglich braunschweigischer Seite benutzt und unterm 11. Juni eine sehr ausführliche, auf 370 Foliosseiten, die Anlagen nicht mit eingerechnet, enthaltene aktenmäßige Widerlegung der königlich hannöverschen Beschwerde übergeben.

Der Ausschuß brachte hieraus das Wesentliche zum Vortrage indem er äußerte:

Die herzoglich braunschweigische Erwiderung beginnt damit, daß es unnötig sein werde, das Geschichtliche der vorliegenden Differenz, das ohnedies bekannt genug sei, hier nochmals darzulegen, besonders da man sich jenseits auf die dem Ausschuß übergebene Druckschrift des Oberstaatsraths, Freiherrn von Münchhausen, berufen könne, welche zu diesem Endzwecke und als Beantwortung der Münsterschen Schrift eigends verfertigt worden sei. — Es wird hinzugefügt, daß von jener Denkschrift niemals Gebrauch gemacht worden wäre, wenn man sich durch die Uebergabe der königlich hannöverschen Beschwerde am Bunde hierzu nicht genötigt gesehen hätte.

Hierauf wird Verschiedenes über den Gesichtspunkt gesagt, aus dem der Herzog das Vermittlungsverfahren des kaiserlich österreichischen und königlich preussischen Hofes, und insbesondere die ihm gemachten Vorschläge betrachtet haben. Nach der Meinung des Herzogs lasse sich eine solche Differenz nur auf drei Wegen entledigen, entweder dadurch, daß man Willkür und Gewalt an die Stelle von Grundverfassung und Recht Platz greifen lasse, oder aber durch Vergleich, oder endlich auf gesetzlichem Wege durch Richterspruch. — Ihm habe dieser letztere Weg am thunlichsten erschienen und schiene es noch. — Ein jeder Vergleich habe das charakteristische, daß von beiden differirenden Theilen Etwas geleistet werde und gegenseitige Aufopferungen gemacht würden. Nach Einleitung der Verhandlungen unter Leitung des österreichischen und preussischen Hofes, hätte der Herzog bald die Ueberzeugung gewonnen, daß von einem eigentlichen Vergleiche nicht die Rede sein solle, noch werde.

Hannover sei der allein fordernde Theil gewesen und von herzoglich braunschweigischer Seite habe ausschließlich nachgegeben werden sollen. — Von den gerechten Ansprüchen Braunschweigs, von den Beleidigungen und Beschimpfungen, welche der Herzog durch das Münstersche Buch erlitten, sei überall nicht die Rede gewesen. Hannover habe auch nicht den mindesten Schritt zur Versöhnung thun wollen. —

So sei die Lage der Dinge gewesen, als dem Herzog angezeigt worden sei, Hannover stehe im Begriffe, Gewaltschritte gegen das Herzogthum Braunschweig vorzunehmen. Wenn es nun unter diesen Umständen problematisch erschienen, ob das sofortige Beschreiten des Rechtsweges von Seiten der herzoglich braunschweigischen Regierung im Stande sein würde, den drohenden Gewaltschritten des Königs von Hannover Einhalt zu thun, so habe es einen Moment gegeben, wo der Herzog, beunruhigt durch das Mißliche seiner Lage, auf Kosten seiner Rechtsansprüche, einigen Anforderungen des Königs nachgeben wollte, jedoch unter der als sine qua non gemachten Bedingung, daß er dazu von Seiten der vermittelnden Höfe gezwungen worden sei. Demzufolge hätte er die Zugeschickung der vier Punkte verlangt, welche in dem an den Förster von Metternich gerichteten Schreiben vom 16. Februar 1828 enthalten seien. Einer der vorzüglichsten Punkte sei gewesen, daß er darauf bestanden hätte, zur Rechtfertigung der von ihm begehrten Nachgiebigkeit förmliche Drohbriefe behändig zu erhalten, um dadurch öffentlich den Beweis liefern zu können, daß die herzoglich braunschweigischen Seiten verlangten Genugthuungsschritte lediglich von dem Könige durch das Recht des Stärkeren erzwungen und mithin, wenn vom wirklichen Rechte die Rede sei, richtig seien. — Durch Einräumung dieses Punktes allein habe Hannover den Beweis seines vollen Unrechtes geliefert. — Bei einem Vergleiche, im gesetzlichen Sinne des Wortes, wo gegenseitige Opfer gebracht würden, bei der rechtlichen Entscheidung einer Streitfache könne eine Restitution in integrum nicht Statt finden. Ganz anders verhalte es sich aber dann, wenn die Beendigung einer Sache lediglich einem physischen oder moralischen Zwange ihre Existenz zu verdanken habe. Dann trete offenbar das früher bestandene Sachverhältniß wieder ein, wenn die Gewalt aufhöre, und der Unterdrückte gegen dieselbe und deren Folgen die geeigneten Protestationen erlasse. Diese Ansicht habe den Herzog geleitet, als er den Entschluß gefaßt, sich zu denjenigen Particularschritten gegen den König von England zwingen zu lassen, welche von Seiten der intervenirenden Höfe gefordert worden seien. So wie man herzoglich braunschweigischer Seite sich niemals freiwillig, weder in die

Zurücknahme des Patents, noch in die Erlassung eines Schreibens an den König, ergeben habe, ohne zu gleicher Zeit eine Gegen satisfaction von Hannover zu begehren, für die Beschimpfung, welche der König seinem Neffen durch die Münstersche Schrift hätte zufügen lassen, so sei man im Gegentheil entschlossen gewesen, mit Vorlegung der dazu eigends verlangten und erhaltenen Drohschreiben der intervenirenden Mächte, sobald der König die Münstersche Schrift nicht desavouirt haben würde, aufzutreten und die vorgenommenen Schritte als nur unter dieser billigen und rechtlichen Voraussetzung emanirt darzustellen und dieses dadurch zu motiviren, daß jene Schritte, als gezwungen, für nichtig und unverbindlich gehalten werden mußten. Gegenwärtig aber und nachdem es dem Könige gefallen, die bekannte Münstersche Druckschrift als von ihm persönlich ausgegangen zu erklären, und dieselbe zu einer Staatschrift zu erheben, finde der Herzog hierin eine solche verstärkte Beleidigung seiner selbst, daß er unter den jetzigen Umständen niemals das eingegangen sein würde, wozu er sich in den früheren Interventions-Verhandlungen unter den bezeichneten Modificationen bereit erklärt gehabt hätte. Hiervon werde ohnedies nicht mehr die Rede sein können, nachdem die Vermittlungsverhandlungen durch den Beschluß der vermittelnden Mächte selbst abgebrochen worden seien. —

Sodann geht die herzoglich braunschweigische Erwiderung auf die königlich hannöversche Beschwerdeschrift über.

Am Eingange dieser Schrift finde sich die Behauptung, daß der König von Hannover für die dem Herzog von Braunschweig, während dessen Minderjährigkeit, gewidmete väterliche Sorge, statt kindlichen Dankes, Schmähungen, Verunglimpfungen und öffentliche Beleidigungen, mancher Art und in mancher Form, gegen seine Person und vormundschaftliche Verwaltung leider hätten erfahren müssen. — Ohne die Absicht, zu beleidigen, sei in richterlicher Bedeutung keine Beleidigung gedenkbar. Auf der andern Seite schließe die Ausübung eines wohlerworbenen Rechts, sowie jede Handlung, welche sich auf ein legales Motiv stütze, jede Absicht, zu beleidigen, aus. Wenn daher der Herzog in die Nothwendigkeit versetzt gewesen sei, nach Beendigung der vormundschaftlichen Regierung und mit erlangter Selbstständigkeit, gegen manche frühern Institutionen Maaßnahmen zu ergreifen, um seinen Rechtsstand und seine Regentenrechte nicht beeinträchtigt zu sehen, und wenn der König von Hannover sich bezwogen gefunden hätte, aus solchen Maaßregeln zu folgern, daß sie in der Absicht, zu kränken und zu beleidigen, ergriffen worden seien, so könnte der Herzog ein solches Mißverständniß und solches Verkennen seiner Handlungsweise nur innigst bedauern, keineswegs könnte er aber zugeben, daß ein Fall existire, in welchem es zulässig erschiene, ihn wegen absichtlicher Beleidigung des König von England zur rechtlichen Verantwortung zu ziehen.

Die Behauptung, daß von königlich hannöverscher Seite Alles geschehen, was habe geschehen können, um den Weg zu einer Ausgleichung der Differenz mit der herzoglich braunschweigischen Regierung offen zu erhalten, würde man für wahr anzunehmen geneigt sein können, wenn die bekannte, unter dem Namen des Grafen von Münster erschienene und durch den europäischen Buchhandel verbreitete Schrift nicht einen schlagenden Beweis vom Gegentheile geliefert hätte.

Ebenso wenig sei das Erscheinen hannöverscher Truppen auf herzoglich braunschweigischen Staatsgebiete dazu geeignet gewesen, den Herzog in der friedlichen Stimmung zu unterhalten, in welche er sich mit Geduld ergeben gehabt hätte.

Der von königl. hannöverscher Seite aufgestellten Behauptung, daß der Herzog während der stattgefundenen Vermittelungsverhandlungen nicht aufgehört hätten, neue Beleidigungen gegen den König in der Person seiner Staatsdiener zu häufen und daß zuletzt Verfolgungen eingetreten seien, welche mit der Ruhe und Sicherheit des deutschen Staatenbundes nicht vereinbar seien, werde auf das Bestimmteste widersprochen.

Daß der König von Hannover den Entschluß gefaßt hätte, seine Differenz mit Braunschweig vor den deutschen Bund zu bringen und auf bundesverfassungsmäßigem Wege beseitigen zu wollen, könne dem Herzog von Braunschweig nur erwünscht sein, theils weil hierdurch im Allgemeinen der gesetzlich vorgeschriebene Weg als der einzig richtige anerkannt werde, theils aber, weil man nun auch mit Grund hoffen dürfe, daß die wichtigen Beschwerden, welche Braunschweig gegen Hannover zu führen veranlaßt worden sei, und welche einen integrierenden Theil der bestehenden Differenz bilden, binnen Kurzem erledigt würden.

Es sei für das Materielle der bedauerlichen Differenz zwischen dem Herzog und dem Könige ein eben so wichtiger als zweifelhafter Gegenstand, ob, den Versicherungen der hannöverschen Regierung gemäß, die königliche Vormundschaft für den durchlauchtigsten Pflegbefohlenen und höchstbesseu Lande wirklich so erhebliche und gedeihliche Resultate geliefert hätte, oder aber, ob in Uebereinstimmung mit den von herzoglich braunschweigischer Seite aufgestellten Behauptungen dieses nicht der Fall, ob insbesondere von Seiten der königlichen Vormundschaft und unter deren Auspicien dem durchlauchtigsten Herzog und höchstbesseu Staate mehrfache Nachtheile zugefügt, ingleichen ob zum Präjudiz des Landesherrn, im Widerspruch mit den vormundschaftlichen Befugnissen, über die Substanz wohlervorbener und unveräußerlicher Regentenrechte disponirt worden sei?

Für die erstere von königlich hannöverscher Seite gemachte Aufstellung spreche die eigene Versicherung Seiner Majestät des Königs von Hannover und in Verbindung mit derselben ein Bericht des vormaligen Geheimen-Rathscollégii zu Braunschweig vom 25. September 1823.

Bei jeder Gelegenheit sei man herzoglich braunschweigischer Seits von der Ansicht ausgegangen, daß es dem Könige von Hannover auf Allerhöchstbesseu erhabenen Standpunkte nicht möglich gewesen sei, sich um die Details der vormundschaftlichen Regierung zu bekümmern, und es könne daher nicht auffallen, wenn er auch gegenwärtig noch auf Grundlage der ihm abgestatteten Berichte und in der Ueberzeugung, aus eigener Bewegung selbst nichts beschloffen zu haben, was seinem Pflegbefohlenen zum Nachtheil gereichen sollte, in der Beschwerdeschrift versichern lasse, die übernommene Vormundschaft zu einem gedeihlichen Ende geführt zu haben.

Aus einem ganz anderen Gesichtspunkte sei der in der Anlage vorgelegte Verwaltungsbericht zu betrachten. Die Berichtserstatter seien Beamte, welche unter der speciellen Leitung des Cabinetsministers Grafen von Münster die Landesverwaltung besorgt, in deren Interesse es mithin gelegen habe, ihre Verwaltungshandlungen in ein so günstiges Licht als möglich zu stellen, und dadurch dem Vertrauen zu entsprechen, daß sie unter der vormundschaftlichen Regierung genossen hätten. Ein Zeugniß in eigener Sache sei aber unter allen Umständen zweideutig. Möge es aber auch immerhin angenommen werden können, daß das Herzogthum Braunschweig sich während der vormundschaftliche Regierung in dem Zustand der Ruhe und des Friedens erholt habe, zu einer Wohlhaben-

heit gekommen sei, und manchen sonstigen Vortheil erreicht und genossen habe, so sei dieses dennoch nicht geeignet, die begründeten Beschwerden zu beseitigen, welche der vormundtschaftlichen Regierung als Schattenseite entgegen ständen.

Ob man herzoglich braunschweigischer Seits zur Widerlegung der einzelnen hannöverschen Beschwerdepunkte schreite, scheine es der Sache angemessen, einige allgemeine Grundsätze aufzustellen, nach welchen, in Folge feststehender Rechtsbegriffe, angebliche oder wirkliche Beleidigungen beurtheilt werden müßten:

a) Jede Beleidigung setze eine Handlung zum voraus, wozu der Urheber nicht befugt gewesen sei, oder mit andern Worten, welche die Wahrnehmung oder Erhaltung eines zuständigen wohlervorbenen Rechtes nicht in sich begreife.

b) Eine Beleidigung sei im rechtlichen Sinne des Wortes nicht denkbar, wenn nicht vorsätzlich dem vollkommenen Rechte eines Andern in Rücksicht auf Ehre, Würde und Achtung zuwider gehandelt worden sei.

c) Wo der Vorsatz, zu beleidigen, fehle, sei selbst die größte Fahrlässigkeit nicht hinreichend, den Vorwurf einer Beleidigung zu begründen.

d) Der angeblich Beleidigte sei unter allen Umständen rechtlich verbunden, den Beweis zu liefern, daß bei den zu beurtheilenden Handlungen seines Gegners die Absicht zu beleidigen, vorhanden gewesen sei.

Aus diesen Rechtswahrheiten folge, daß, wenn der Herzog in seinem Verfahren gegen die königlich hannöversche Regierung zu den einzelnen Verfügungen und Demarchen sich für berechtigt halten konnte und mußte, wenn er nichts mehr und nichts weniger gethan hätte, als die Rechte seines Fürstenhauses und seiner Landesunterthanen aufrecht zu erhalten, und wenn endlich er sich später in einem gerechten Vertheidigungszustande, ja in einer Nothwehr gegen die feindseligen Angriffe des hannöverschen Souverains befunden hätte, von einer Beleidigung des Königs von Hannover, im rechtlichen Sinne des Wortes, nie die Rede sein könne, um so weniger, als der Herzog schon früher erklärt und es auch hier unbedenklich wiederholte, daß es nie in seiner Absicht gelegen habe, die Person des Königs zu beleidigen.

Die königlich hannöversche Regierung basire ihre
erste Beschwerde

darauf, daß der Herzog von Braunschweig ein Patent am 10. Mai 1827 erlassen, und dadurch, mit Bezug auf die beendigte vormundtschaftliche Regierung, seine Rechtszuständigkeiten sich vorbehalten habe. Jede Verfügung einer Regierung, insbesondere dann, wenn sie sich als Verordnung öffentlich ausspreche, sei einer Mißdeutung fähig. In der feindseligen Stellung des königlich hannöverschen Gouvernements gegen Braunschweig habe man nicht verfehlt, das Patent des Herzogs willkürlich zu interpretiren und daraus Folgerungen herzuleiten, wodurch beleidigende Absichten des Herzogs nachgewiesen werden sollten. Eine kurze Beleuchtung des wahren Sachverhältnisses werde es evident zu Tage legen, daß die Erlassung des fraglichen Patents mit den wohlervorbenen Rechtsbefugnissen des Herzogs quadrire, ja daß dieselbe eine durch die Nothwendigkeit gebotene Maßregel gewesen sei.

Es könne nach allen seither geführten Beweisen nicht leicht Jemanden noch einfallen, die Behauptung aufzustellen: die verlängerte Vormundschaft des Königs von England für den Zeitraum vom 30. October 1822 bis zum 30. October 1823 beurfunde einen gesetzlichen Charakter.

Es sei ferner rechtlich gewiß, daß jeder Vormund, dessen

Standpunkt möge auch noch so hoch sein, wie er wolle, im strengsten Sinne des Wortes nur Verwaltungsbefugnisse habe, nie und unter keinen Umständen aber berechtigt sei, den einzigen Fall des Nothstandes ausgenommen, über die Substanz von Eigenthum und Rechten zu disponiren.

Der aus dem Obigen resultirende Rechtsstand des Herzogs solle nun eine Veränderung dadurch erlitten haben, daß er im Gefolge einer Conferenz mit dem Fürsten von Metternich vom 20. März 1823 sich entschlossen hätte, den König ersuchen zu lassen, die Vormundschaft noch ein Jahr fortzusetzen, woraus dann weiter gefolgert werde, daß die freie Willensäußerung Seiner Durchlaucht über den fraglichen Gegenstand selbst entschieden habe.

Der herzoglich braunschweigische Gesandte sei speciell angewiesen, ein für alle Mal zu erklären, daß der Herzog in die Verlängerung der Vormundschaft nie eingewilligt und noch viel weniger dieselbe dem König freiwillig jemals überlassen hätte. Selbst angenommen, der Fürst von Metternich habe mit Vorwissen des Herzogs dem Grafen Münster einen Vorschlag dahin gemacht, daß, vom März 1823 etwa anzurechnen, der König die Vormundschaft noch um ein Jahr verlängere, so würde eine solche Proposition keine retroactive Kraft haben äußern können, und dieselbe würde daher auch nicht im Stande gewesen sein, die bis dahin schon seit dem 30. October 1822, mithin 6 Monate hindurch, willkürlich und rechtswidrig verlängerte vormundschaftliche Regierung und die damit verbundene Retention der herzoglich braunschweigischen Staaten gegen den Herzog zu justificiren. — Es sei aber auch die Ansicht der gegnerischen Beschwerdeschrift, als sei die Vormundschaft später mit Vorwissen und auf Bitten des Herzogs, vom März 1823 an gerechnet, verlängert, entschieden irrig. — Der Vorschlag des Fürsten von Metternich, daß die von Hannover streitig gemachte Frage über die Volljährigkeit des Herzogs rechtlich erörtert und entschieden werden möge, sei nicht angenommen worden, und die hannöversische Beschwerdeschrift sei deshalb mit sich selbst im Widerspruche, wenn sie behaupte, die Vormundschaft sei auf den Wunsch des Herzogs fortgesetzt, da Alles, was der König gethan, wie Er selbst sage, durchaus nicht in Folge und auf Veranlassung einer Bitte des Herzogs, sondern lediglich in Rücksicht auf die des Fürsten Metternich geschehen sei.

Wenn der Herzog jemals in die Verlängerung eingewilligt hätte, so müßte eine solche schriftliche Einwilligung des Herzogs von jenseits producirt werden können, und wenn der König angebe, der Herzog von Braunschweig habe durch eine an ihn gerichtete Vorstellung um Verlängerung der Vormundschaft gebeten, so gehöre zur Feststellung dieses Vertrages noch der Beweis zweier anderer Sätze:

- 1) daß der Herzog dem König wirklich darum habe ersuchen lassen,
- 2) daß, wenn dieses geschehen, der König diese Bitte angenommen und der Bitte gemäß die Vormundschaft verlängert habe.

Da nun die eigenen Erklärungen Hannovers hiemit im Widerspruch ständen, so fehle es der von jenseits aufgestellten Behauptung an allem und jedem Beweise.

Solchem nach frage es sich präjudiciell, wenn man die Möglichkeit beurtheilen wolle, daß das Patent des Herzogs Durchlaucht eine Beleidigung enthalten könne, ob die Vormundschaft des Königs nicht ungesetzmäßig verlängert worden, und ob er die vormundschaftlichen Verwaltungsbefugnisse nicht überschritten hätte?

Wenn nun das Gegentheil hiervon nicht hinreichend erwiesen sei, so habe es

in den vollständigsten Rechtsbefugnissen des Herzogs gelegen, sich darüber offen auszusprechen, und daß dieses in dem Patente so milde und bescheiden als möglich geschehen sei, documentire der Umstand, daß keine directen Behauptungen und Anklagen aufgestellt, vielmehr angenommen worden, daß sich solches bei vorzunehmenden Prüfungen und Berathungen ergeben könnte.

Zu dieser conservatorischen Maßregel hätte der Herzog auch deswegen seine Zuflucht nehmen müssen, weil die vormundschaftliche Regierung *Contracte*, wie z. B. die Landschaftsordnung vom Jahre 1820, eingegangen habe, die einseitig nicht aufgehoben werden konnten, und gegen die er sich daher in *quadriennio restitutionis* hätte verwahren müssen.

Es sei ein anerkannter Rechtsgrund, daß es nur dann Recht dazu gebe, die Absicht, zu beleidigen, vorauszusetzen, wenn man eine Handlung begehe, zu welcher man weder befugt gewesen, noch das Recht gehabt habe. Gegentheils schließe schon allein eben diese Befugniß und das Recht, die Handlung zu begehen, jede Absicht aus, beleidigen zu wollen, oder beleidigt zu haben. Hiernach könnte also eine etwaige Beleidigung nur in der Unwahrheit der aufgestellten Sätze liegen. Die Wahrheit der im Patente behaupteten Sätze sei nun aber durch Thatfachen und darauf basirte Actenstücke bis zur augenscheinlichen Evidenz bewiesen.

Das von Hannover als dem Herzog zustehend erwähnte Recht, Handlungen des Königs auf verfassungsmäßigem Wege abzuändern, sei darum für den Herzog mit Unterlassung der allgemeinen Protestation gefährlich gewesen, weil leicht eine Handlung oder Vornahme der vormundschaftlichen Regierung hätte übersehen werden können, welche dadurch, daß man dieselbe nicht aufgehoben oder gegen sie protestirt hätte, Gültigkeit erlangt haben würde.

Eine Verwahrung des Herzogs sei nothwendig gewesen zur Erhaltung seiner wesentlichsten und wichtigsten Regentenrechte, weil, wenn er die von der vormundschaftlichen Regierung ausgegangenen Institutionen und Verordnungen, durch welche er sich in jenen Rechten für beeinträchtigt hielt, ohne seine Willensmeinung zu erklären, hätte fortbestehen lassen, die Welt und seine Unterthanen zu der Meinung hätten verleitet werden müssen, es liege in diesem Still-schweigen die Anerkennung ihrer Gesetzhlichkeit und Verbindlichkeit. — Allein die Nothwendigkeit der Verwahrung habe nicht zugleich die Nothwendigkeit der unbedingten sofortigen Aufhebung jener Institutionen mit sich geführt, weil das Illegale sich nicht immer und nicht durchaus zugleich auch als unangemessen darstelle. Es spreche sich hierin lediglich nur der weise und der bedacht-same Gang der Regierung des Herzogs, nicht aber die Absicht aus, das Gefühl des Königs verletzen oder dessen Regentenwürde zu nahe treten zu wollen.

Auch in dieser Beziehung habe das Patent nicht länger aufgeschoben werden können, weil nach der neuen Landschaftsordnung die Stände in Zwischenräumen von drei zu drei Jahren zu einem Landtage zusammen berufen werden sollten, wonach die Stände das Recht gehabt hätten, spätestens im Laufe des Jahres 1827 auf ihrer Convocation zu bestehen.

Den unzureichenden Stoff zu der

zweiten hannöverschen Beschwerde

liefere die Schrift unter dem Titel: „Darstellung der Verhältnisse u.“

Man beschränke sich darauf, hier zu wiederholen, daß die betreffende Schrift keinem einzigen Cabinet mitgetheilt worden sei, daß der Fürst von Metternich dieselbe nicht als kaiserlich österreichischer Staatskanzler, sondern als genauer

Bekannter des Herzogs erhalten, und daß in einem gleichen Verhältnisse und durchaus nicht als officiell Auszüge derselben den Herzögen von Clarence und Suffex zugesandt worden seien.

Jene Schrift sei also weder officiell noch für das Publikum bestimmt, wie die officiële Druckschrift des Grafen von Münster, und würde selbige nie bekannt geworden sein, wenn der Graf Münster sie nicht selbst öffentlich hätte abdrucken lassen.

Die Thatfachen, welche den Ursprung und die Verbreitung jener Schrift betrafen, seien dem hohen Mitverbündeten durch die Staatschrift des Freiherrn von Münchhausen ansezt hinreichend bekannt, und sie seien davon wohl unterrichtet, daß Keinem von Ihnen jene Schrift überhaupt zugegangen sei.

Dieselbe sei ihrem ganzen Inhalte nach nie gegen den König von Hannover gerichtet, sondern allein gegen den eidbrüchigen und heimlich entwichenen Geheimen Rath von Schmidt-Philbeck und gegen den Grafen von Münster.

Es sei von dem Klageobject mehr nicht als 10 Exemplare ausgegeben; den Personen, denen solches mitgetheilt wurde, sei auf das dringendste anempfohlen worden, davon allein nur für sich Gebrauch zu machen, und jede Verbreitung sei in Braunschweig auf das Strengste untersagt; es sei der Abdruck der wenigen Exemplare im Weisem und unter der Aufsicht eines Polizei-Offizianten besorgt, und der Sezer und Drucker auf strenge Verschwiegenheit beeidigt, und es sei durch diese Maßregel der beabsichtigte Zweck so vollkommen erreicht worden, daß selbst das Dasein dieser Schrift nur Wenigen bekannt gewesen sei.

Nach dieser richtigen, der strengsten Wahrheit gemäßen Darstellung schwinde die gehässige Absicht, welche der König der Entstehung der Denkschrift unterzulegen für gut befunden hätte, und es stelle sich dieselbe als eine unofficiële Schrift dar.

Die Tendenz dieser Schrift sei schon um deswillen nicht zu verkennen, weil der Herzog sich seit dem glorreichen Tode seines Vaters auf dem Continente aufhielt, und schon dadurch allein der König verhindert gewesen sei, der Erziehung des Herzogs väterliche Sorgfalt widmen zu können. — Es sei dieselbe vielmehr, sowie die Wahl der Erzieher, dem Grafen Münster anvertraut gewesen, der mithin auch nur allein dafür habe verantwortlich sein können.

Der König hätte unumwunden erklärt, daß die in Veranlassung jener Denkschrift später erschienene Schrift des Grafen Münster auf seinen Befehl und mit seiner speziellen Genehmigung verfaßt und allgemein verbreitet sei. — Diese Schrift beschränke sich aber nicht auf den Versuch einer Widerlegung der Beschwerde Seiner Durchlaucht, sondern sie sei mit einer Menge solcher wirklichen Injurien, Drohungen und Verunglimpfungen durchwebt, wodurch nicht nur die Regentwürde des Herzogs, sondern auch sein persönlicher Charakter auf das Empfindlichste verletzt werde, die Alles weit überträfen und hinter sich zurückließen, was vom Anfange dieses unglücklichen Familienzwistes an von Seiten des Herzogs gegen den König und dessen Diener nur immer veranlaßt und geschehen sein könnte.

Der König hätte daher eine vermeintliche Verunglimpfung durch eine öffentliche, viel empfindlichere Beschimpfung erwidert. Er hätte selbst mit Ueberschreitung jedes billigen Maaßes eine vermeintliche Kränkung mit einer wirklichen Beleidigung retortirt, und so bereits von dem Rechte der Selbsthülfe Gebrauch gemacht, wodurch der Antrag auf jede weitere rechtliche Genugthuung ausgeschlossen werde.

Auch die für die Bundesversammlung früher bestimmte Klage von Seiten der herzoglich braunschweigischen Regierung gegen Hannover könne um deswillen keinen zureichenden Grund für eine Beschwerde darbieten, weil diese Klage, wie die hannöversche Beschwerdeschrift es ja selbst sage, zurückgenommen, oder, was damit gleichbedeutend, nicht übergeben sein solle. Es sei diese Beschwerdeschrift mithin ein Project geblieben, welches nicht zur Ausführung gekommen sei, und folglich dem Herzog nicht werde entgegengestellt werden können. Ihr anerkannter und deutlich ausgesprochener Zweck sei Rechtsverfolgung gewesen, und schon durch diesen Zweck werde die Absicht, zu beleidigen, ausgeschlossen.

Die dritte in der hannöverschen Eingabe enthaltene Beschwerde beziehe sich auf die Nichtanerkennung der von hannöverscher Seite dem Kammerherrn von Einsingen willkürlich ertheilte Pension. Ehe nun von Hannover rechtlicher Weise darüber eine Klage erhoben werden könne, daß jene Pension dem Herrn von Einsingen entzogen, werde Jenes in dem Falle sein, beweisen zu müssen, daß Er das Recht gehabt habe, eine solche überhaupt zu bewilligen. Dieses Recht möchte nun aber dem König um so weniger zugestanden haben, als Herr von Einsingen kein braunschweigischer, sondern ein hannöverscher Diener gewesen sei. Der Herzog verkennte die Ansprüche nicht, welche jeder Staatsdiener auf eine angemessene Pension für den Fall habe, wenn ihm entweder der Abschied unverschuldet ertheilt werde, oder er durch solche Ursache in die Lage komme, seinem Amte ferner nicht vorstehen zu können, Allein der Herr von Einsingen habe sich in diesem Falle nicht befunden. Seine Anstellung bei der Person des Herzogs sei nur vorübergehend gewesen. Es sei ihm für den Fall der vollendeten Erziehung des Herzogs eine Pension nicht zugesichert worden, und er sei fortdauernd als Kammerherr in Diensten des Königs geblieben, und habe den Abschied nicht erhalten, sondern darum nachgesucht. Er sei ferner nach seiner Entlassung in seine früheren Dienstverhältnisse zurückgetreten, und man erfahre durch den Grafen Münster, daß er gegenwärtig dem Hause Seiner königlichen Hoheit des Herrn Herzogs von Cumberland vorstehe. Welcher Staat zahle an ehemalige Staatsdiener, selbst dann noch fort, wenn sie in fremde Staatsdienste übergetreten seien?

Die vierte Beschwerde, welche in der hannöverschen Klageeingabe enthalten sei, beginne folgendermaßen:

„Tiefe Kränkungen hätten Seine Königliche Majestät von Seiner Durchlaucht durch die beharrlich harte Verfolgung des oben, mit gerechter Anerkennung seiner Verdienste, erwähnten Geheimen Rath's von Schmidt-Phiseldack erfahren müssen.“

Nach diesem Sage sollte man beinahe glauben, daß der König, nicht damit zufrieden, alle und jede seiner eigenen Dienern vorgeworfenen Handlungen sofort als eine persönliche Beleidigung aufzunehmen, denselben Fall auch bei den Dienern anderer Souverains eintreten zu lassen für gut fände.

Es werde erforderlich sein, das dieser Angelegenheit zum Grund liegende Verhältniß seinem eigenen Wesen nach hier mit möglicher Kürze darzulegen.

Man werde hier folgende Punkte nicht unbeachtet lassen dürfen:

a) der Geheime Rath von Schmidt-Phiseldack sei vereideter herzoglich braunschweigischer Staatsdiener, und nur während des Bestehens der vormundschaftlichen Regierung dem königlichen Vormunde, als solchem, mit Dienstpflichten verwandt gewesen;

b) der gedachte pp. von Schmidt-Phiseldack sei nach beendigter Vormund-

schaft noch vier Jahre hindurch activer Diener Seiner herzoglichen Durchlaucht geblieben;

c. derselbe Beamte sei von herzoglich braunschweigischer Seite nicht verabschiedet, sondern, nachdem derselbe die Aufforderung erhalten, über mehrere demselben zur Last fallende Beschwerden sich zu rechtfertigen, sei derselbe heimlich aus den herzoglich braunschweigischen Landen entwichen, und habe dadurch das Verbrechen des Meineides und der Untreue gegen seinen rechtmäßigen Landes- und Dienstherrn consumirt;

d. unter diesen Umständen habe der 2c. von Schmidt zu Hannover widerrechtlichen Schutz, und, im Gefolge eines demselben früher gegebenen Dienstversprechens, Auszeichnung und Anstellung erhalten.

Wenn also der Geheime Rath von Schmidt nie aufgehört habe, herzoglich braunschweigischer Diener zu sein, so sei es nicht wohl zu fassen, wie der König von Hannover sich für beleidigt halten könnte wegen Handlungen, welche dem Diener eines andern Souverains mit Grund vorgeworfen würden. — Auch erscheine für das Dienstverhältniß des 2c. von Schmidt zu seinem durchlauchtigsten Dienstherrn das dem ersteren von hannöverscher Seite früher ertheilte und angenommene Versprechen der Dienstanstellung ohne allen Einfluß. Alles, was in der gegnerischen Deduction dafür gesagt worden, diesen Schritt zu beschönigen, sei nicht im Stande, dem Zwecke einer wirklichen Rechtfertigung zu entsprechen.

Nach der hannöversischen Beschwerdeschrift solle der 2c. Schmidt nicht unwichtige Bedenken gehabt haben, daß ihm der künftige Landesregent das bis dahin genossene Vertrauen entziehen werde. — Dies spreche aber nicht zu Gunsten seines Bewußtseins, denn, wenn derselbe während der vormundschaftlichen Regierung seine Pflichten erfüllt, wenn er auf seinem Standpunkte redlich und offen gehandelt hätte, so habe er weder das Angeficht seines rechtmäßigen, noch sein künftiges Dienstverhältniß zu scheuen gebraucht. Er habe jedoch beides gescheut, weil er voraussetzen durfte, der Herzog habe gewußt, daß er früher rücksichtlich der Majorenmitätsfrage die allein richtige Meinung ausgesprochen, dieselbe Frage aber später im hannöversischen Interesse beantwortet habe, und zwar unter Berücksichtigung der ihm zugewandten Vortheile. Deshalb habe er seine früher gehabte Ueberzeugung reformirt, und um so williger in dem Interesse des Königs von Hannover gehandelt, als ihm das gegebene Dienstversprechen und sein verdoppelter Gehalt die Gewißheit verschafft habe, eine ausgezeichnete Anstellung in Hannover, und mit derselben eine zureichende, auskömmliche Besoldung zu erhalten. Schwerlich werde es Jemandem möglich sein, zu glauben, daß die dem 2c. von Schmidt gegebene Dienstzusage deshalb ertheilt worden sei, weil dieses das einzige Mittel gewesen, bei der damals bevorstehenden Veränderung der Umstände dem Herzogthum Braunschweig die nützlichen Dienste eines so ausgezeichneten Staatsdieners, wenn auch nur noch für einige Zeit, zu erhalten.

Es sei augenscheinlich, daß bei der Ertheilung dieser heimlichen Dienstzusage an einen Staatsdiener, welcher sich später als treulos und meineidig bewiesen habe, nicht der König, sondern nur der Herzog, das Opfer sein können. Wer werde es sonach ableugnen könne, daß Hannover zu der sogenannten Schmidtschen Sache dadurch die erste, einzige und unmittelbare Veranlassung gegeben habe, daß es diesem treulosen Diener das heimliche Versprechen einer hannöversischen Anstellung gegeben, und dadurch allein den gewöhnlichen Gang, welchen diese Angelegenheit sonst gehabt haben würde, umgekehrt habe.

Die Umstände, unter welchen der von Schmidt Schutz und Anstellung in Hannover erhalten habe, seien allgemein bekannt, und ergäben sich überdies aus der herzoglich braunschweigischer Seits, wegen Justizverweigerung, bei dem deutschen Bunde erhobenen Beschwerde.

Die Regierung des Königs habe den Versuch gemacht, die desfalligen ihr zur Last fallenden Vorwürfe zu beseitigen, was ihr indessen nicht gelungen sei.

Hannover provocire zuvörderst auf eine an Eidesstatt ausgestellte Versicherung des Geheimen Raths von Schmidt, aus welcher resultiren solle, daß dem 2c. von Schmidt das Abschiedsgesuch zugestanden, ihm nachgelassen worden, die erforderliche Abschiedsurkunde selbst aufzusetzen, und daß solches nur um deswillen unterblieben sei, weil der 2c. von Schmidt geglaubt, daß er einer im Geheimen Rathescollegio auszufertigenden Dienstentlassung bedürfe.

Seit wann — werde man hier wohl fragen dürfen — sei es zum Rechtsgrundsatz erhoben, daß Jemand in seiner eigenen Sache, als vorzüglich selbst interessirter Theil, ein glaubwürdiges Zeugniß ablege? Wie sei es möglich und gedenkbar, daß der Geheime Rath von Schmidt durch seine an Eidesstatt ausgestellte Urkunde gegen Braunschweig Etwas erweise, nachdem er in diesem seinem Vaterlande, außer mehreren Verbrechen, auch das des Treu- und Eidbruches sich schuldig gemacht?

Es werde hiernach über die Unzulässigkeit und den Unwerth des Schmidt'schen Attestes nur nöthig noch sein (wie hierdurch geschehen) ein für alle Mal bestimmt zu erklären, daß der Herzog weder mündlich noch schriftlich jemals den Abschied für den 2c. von Schmidt versprochen oder bewilligt hätte.

Wenn man sich königlich hannöverischer Seits auf den Art. 18. der Bundesacte berufe, um zu beweisen, daß nichts den König gehindert habe, den Geheimen Rath von Schmidt in seine Dienste aufzunehmen, so wie diesen selbst, in solche einzutreten, so sei dieses durchaus nichtig. Dieser Artikel könne da nicht angewendet werden, wovon einem durch besondere Dienstpflichten vinculirten Staatsdiener die Rede sei. Der Geheime Rath von Schmidt habe durch seine eigene Bitte bewiesen, daß er zum Uebertritt in fremde Staatsdienste des Abschiedes seines frühern Dienstherrn bedürfe, und wenn dieses der Fall sei, so müsse er auch jetzt noch als braunschweigischer Staatsdiener betrachtet werden.

So wie das Entweichen des pp. von Schmidt es unbedingt nothwendig gemacht habe, zur Wiederhabhaftwerdung des Verbrechens die geeigneten Maaßregeln anzuordnen, so habe dessen Rechtsverfolgung, rücksichtlich der demselben zur Last fallenden Unrechtfertigkeiten, nicht suspendirt werden können.

Für den Zweck der Untersuchung sei bekanntlich zu Braunschweig eine Commission organisiert worden, welche dem Grundsatz getreu, daß ein Beklagter seinem ordentlichen Richter nicht entzogen werden dürfe, verpflichtet gewesen sei, nach beendigtem commissarischem Verfahren die Acten zum Spruche dem betreffenden Justizcollegio zu überantworten. Es sei Thatsache, daß die von der Commission erlassene Vorladung des pp. von Schmidt, verbunden mit einem sichern Geleitsbriefe, in Gefolge der erlassenen Requisition auf Verfügung der Justizkanzlei in Hannover, dem Angeschuldigten insinuiert sei. Durch diesen requisitorischen Act sei die Competenz der herzoglichen Commission, in so weit solches für die requirirte Gerichtsbehörde erforderlich gewesen, von Seiten der königlichen Justizkanzlei in Hannover anerkannt worden. — Auch sei sowohl in den Staaten des Königs, als in den Staaten des Herzogs von Braunschweig nichts Ungewöhnliches, daß in wichtigen Rechtsfällen Commissionen organisiert

würden; ja, in dem Herzogthum Braunschweig regulire sogar eine Verordnung vom 6. Februar 1756 das Verfahren, welches bei den ernannten Commissionen stattfinden solle. Wenn nun auf Verfügung des königlichen Cabinetsministeriums in Hannover der dortigen königlichen Justizkanzlei inhibirt worden, ferneren Requisitionen der herzoglich braunschweigischen Commission in der Schmidt-Philfeldeschen Untersuchungssache Folge zu leisten, so liege hierin eine von Seiten der Regierung des Königs ausgegangene Justizverweigerung, deren Rechtswidrigkeit sich in demselben Maaße erschwerend darstelle, als für die hannoversche Regierung vertragsmäßige Verpflichtungen vorhanden seien, den herzoglich braunschweigischen Behörden mit aller nur erdenklichen Rechtshülfe entgegen zu kommen. Diese Justizverweigerung begründe die Klage, welche von herzoglich braunschweigischer Seite unterm 12. Mai 1828 zum Protocolle der Bundesversammlung gegeben worden sei.

Hannover werfe die Frage auf, was anders für den Geheimen Rath von Schmidt-Philfeld in Uebereinstimmung mit den ewigen unerschütterlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit habe geschehen können, als das, was wirklich geschehen sei.

Die Antwort hierauf würde sein: Man hätte ohne Zweifel richtiger gehandelt, wenn man den Entlaufenen durchaus und kräftig schützen wollte, wenigstens den noch nicht seines früheren Eides Entbundenen nicht wieder zu vereiden und als hannoverschen Geheimen Rath anzustellen. Verblieb doch immer dem Könige das weit gelindere Mittel, seinen Zweck zu erreichen, den Geheimen Rath von Schmidt in der Stille zu haufen und zu hegen; wozu also die frühere Anstellung und förmliche Vereidung des zu Fuß Entsprungenen, wenn nicht eine offenbare Verunglimpfung der herzoglichen Regierung damit bezweckt werden sollte.

Die Auskünfte, welche der pp. v. Schmidt in wichtigen Landesangelegenheiten geben sollte, und als Chef des Regierungscollegii allein geben konnte, so wie ein großer Theil der ihm zur Last fallenden Verantwortlichkeit, resultirten aus der selbstständigen Regierungs-Periode des Herzogs. Es sei daher eine ganz irrige Voraussetzung der königlich hannoverschen Regierung, daß der Geheimen Rath von Schmidt nur über solche Gegenstände habe zur Verantwortung gezogen werden sollen, welche seinem während der vormundschaftlichen Regierung ihm angewiesenen Wirkungskreise angehört hätten.

Hannover gestehe selbst ein, daß, in dem gewöhnlichen und regelmäßigen Gang der Dinge, vor der Anstellung des Geheimen Raths von Schmidt-Philfeld eine urkundliche Nachweisung der von seinem vorigen Landesherrn ihm ertheilten förmlichen Entlassung erforderlich gewesen sein würde, daß aber, nach den jenseitigen Ansichten, das fragliche Verhältniß nicht mit dem gewöhnlichen Maaßstabe bemessen werden könne, wenn, wie hier, der natürliche Gang der Dinge umgekehrt worden sei. — Aber worin sei denn der Herzog in Bezug auf den Geheimen Rath von Schmidt von dem regelmäßigen und gewöhnlichen Gang der Dinge abgewichen? Etwa durch Verfolgung eines höheren Staatsbeamten wegen begangener Verbrechen? Oder war die persönliche Sicherheit des pp. von Schmidt gefährdet, war ihm der Schutz der Gesetze entzogen? Hatte er sich über die Behandlung während der Untersuchung zu beklagen? Wodurch wurde seiner Ehre zu nahe getreten?

In jeder peinlichen Untersuchung komme es auf die Erörterung und Beantwortung zweier Fragen an, und zwar ob eine Handlung, welche an und für

sich der Beurtheilung vorliege, sich nach ihren äußeren Kriterien als ein Verbrechen gestalte, und ob derjenige, welcher dieser Handlung bezüchtigt worden, in gesetzlicher Beziehung ein Verbrecher sei?

Müsse die erste Frage bejaht werden, so sei für die Eröffnung einer persönlichen Untersuchung zureichender Grund vorhanden, und in wie fern die zweite Frage sodann bejaht oder verneint werden müsse, hänge lediglich davon ab, ob das in Anspruch genommene Individuum gesetzlich zulässige Gründe anzuführen und zu justifiziren vermöge? Daß diese Fragen nur von der untersuchenden Behörde, nicht aber von einem requirirten Gerichte, welches conventionsmäßig verpflichtet sei, durch Auslieferung des Angeeschuldigten der Requisition eine ungesäumte Folge zu geben, erörtert und beantwortet werden könnten, sei nicht dem mindesten Zweifel unterworfen.

Es sei allerdings richtig, daß nach dem Art. 1. der Convention vom 8. Jan. 1798 wirklich domicilirte Landesunterthanen, wohin denn auch vor Allem landesherrliche Diener gehörten, von den vertragsmäßig auszuliefernden Personen ausgeschlossen seien. Bis jetzt habe man aber den Grundsatz festgehalten, daß von einem neuen Domicile und den damit erworbenen Rechten nicht eher die Rede sein könne, bis ein Unterthan denjenigen Verpflichtungen, welche aus dem bestandenem älteren Domicile resultiren möchten, ein vollständiges Genüge geleistet; ingleichen, daß die Anstellung eines landesherrlichen Dieners und der Genuß der damit verbundenen Vorzüge und Privilegien sich nur erst dann als ausführbar und rechtlich beurkundeten, wenn die Auflösung eines frühern Dienstverbandes auf gesetzlich zulässigem Wege erfolgt sei. Eine absichtliche Verletzung dieser gesetzlichen Norm, wie sie leider von königlich hannöverscher Seite erfolgt sei, könne nicht gerechtfertigt werden. Die erfolgte Anstellung des Geheimen Rath's von Schmidt-Phisfeldt enthalte eine beispiellose Rechtsverletzung, die als solche vertragsmäßige Verbindlichkeiten nicht aufzuheben vermöge.

Um die Verhältnisse zu mißdeuten und den wahren Standpunkt der Sache zu verrücken, versuche man es königlich hannöverscher Seits und zwar im hannöverschen Sinne, die betreffende Convention zu interpretiren, ohne zu bedenken, daß von der Interpretation eines Gesetzes oder eines Vertrages nie die Rede sein könne, wenn das Gesetz oder der Vertrag, wie solches hier wirklich der Fall, an und für sich klar sei, und keine Dunkelheiten darbiete.

Die königlich hannöversche Regierung befinde sich außer Stande, zu beurtheilen, welche Handlungen es seien, die dem 2c. v. Schmidt zur Last gelegt würden, ob diese Handlungen in der vormundtschaftlichen Periode, oder aber in die selbstständige Regierungsperiode des Herzogs fielen, in wie fern sich diese Handlungen als Verbrechen und Vergehen charakterisirten, und zu welchem Resultate die Untersuchung geführt haben würde, wenn sie ohne gewaltsame Störung von königlich hannöverscher Seite ruhig hätte zu Ende geführt werden können.

Es stelle sich nicht als zweifelhaft dar, daß der Vertrag der Herzoge Heinrich und Wilhelm von Braunschweig vom 16. November 1835 in Bezug auf die geforderte Auslieferung des verbrecherischen Geheimen Rath's v. Schmidt vollständig begründet und so abgefaßt sei, als wenn er ganz eigends für den vorliegenden Fall gemacht sei; es könne deshalb nur auf einem schwer zu erklärenden Irrthum beruhen, wenn man dies nicht anerkennen wolle. Der Vertrag vom Jahre 1798 werde doch wenigstens in der hannöverschen Beschwerdeschrift an-

erkannt, und, um ihn zu beseitigen, werde nur die unhaltbare Frage aufgeworfen, ob der Geheime Rath v. Schmidt ein Verbrecher sei, oder nicht? Man dürfe annehmen, daß es weiter keiner Nachweisung von Verbrechen bedürfe, als einen attestmäßigen Beweis eines begangenen Meineides; dieser liege nun aber beim Geheimen Rathe v. Schmidt sonnenklar vor.

Eidbruch und Verletzung der Dienst- und Unterthanenpflichten gehörten zu den Verbrechen, welche nach den gemeinen in Deutschland geltenden Rechten eine peinliche Strafe nach sich ziehen; der Geheime Rath v. Schmidt habe sich dieses Verbrechen schuldig gemacht, er sei entwichen, seine Entweichung sei durch die öffentlichen Blätter zur Anzeige gebracht, es sei auf dessen Auslieferung von der mit der Untersuchung beauftragten Behörde angetragen; es seien daher alle Voraussetzungen vorhanden gewesen, unter welchen die Auslieferung vertragsmäßig nicht habe verweigert werden dürfen, und die dem ungeachtet stattgehabte Weigerung der hannöverschen Regierung enthalte mithin eine Rechtsverletzung, die desfallige Reklamation des Herzogs eine gegründete Beschwerde, nicht aber eine Verunglimpfung des Königs.

Der König als Partei könnte nicht entscheiden, ob der 2c. v. Schmidt ein Verbrecher sei, oder nicht, sondern nur die gesetzliche Austrägalinstanz; eben so wenig könne man dort behaupten, daß der 2c. v. Schmidt von braunschweigischer Seite wegen Handlungen verfolgt werden solle, welche von der ehemaligen Vormundschaft ausgegangen seien, und hieraus die Folgerung ziehen, daß mithin die intendirte Criminaluntersuchung sich lediglich als ein gegen den Regenten selbst gerichtetes Unternehmen ansehen lasse.

In seinen eigenen Staaten und gegen seine eigenen Gerichte würde der König mit einem solchen Vorgehen nicht einmal durchkommen; denn bekanntlich stehe in England, Frankreich und allen constitutionellen Staaten als Grundsatz fest, daß die Diener für ihre Handlungen, sie mögen nun eigenmächtig, oder auf noch so speciellen Befehl ihres Herrn geschehen sein, verantwortlich seien und ewig bleiben. Der König dürfte daher nicht beharrlich darauf bestehen, für seine Diener die Verantwortlichkeit übernehmen zu wollen, weil dadurch ein richtiger Standpunkt des Urtheils verrückt werden würde. Wenn aber der König weiter gehen und, abgesondert von seinen eigenen Dienern, die verbrecherischen Handlungen eines fremden Dieners zu verantworten beabsichtigte, so glaube man sich hierüber nicht weiter äußern zu können.

Sei nun das Recht des Herzogs klar und einleuchtend, so sei auch kein Grund vorhanden, weshalb er hätte anstehen sollen, seine gerechten Beschwerden bei der Bundesversammlung anzubringen. Die Anträge der herzoglich braunschweigischen Regierung seien bundesverfassungsgemäß und mit den bestehenden Rechtsformen übereinstimmend.

Es sei Vorschrift, das jeder Klagen erhebende Bundesfürst auf einen Vermittlungs-Ausschuß zur gütlichen Schlichtung der Differenz bei dem durchlauchtigsten Bunde antragen solle, und man habe es herzoglich braunschweigischer Seits für Pflicht gehalten, dieser gesetzlichen Bestimmung ein Genüge zu leisten.

Wenn der König von Hannover die Ueberzeugung hätte, daß die in Antrag gebrachte commissarische Ausgleichung dem Zwecke nicht entsprechen werde, müßte der Herzog es der Präjudicialentscheidung anheim stellen, ob es nach Lage der Sache überall zweckmäßig erscheine, vor dem anzuordnenden Austrägal-Verfahren noch den bundesgesetzlich bestimmten Ausgleichungsversuch eintreten zu lassen.

Der zweite eventuelle Antrag der herzoglich braunschweigischen Klage sei bundesverfassungsmäßig darauf gerichtet, daß von Seiten des Bundes für die Erörterung und Entscheidung der unter den differirenden beiden Souverainen vorkommenden Streitfrage die vorschristmäßige Austrägalinstanz angeordnet werde.

Man behalte sich vor, die Behauptung Hannovers, daß dieser Antrag mit dem Bundesrechte nicht quadrire, und daß die Bundesversammlung sich für autorisirt halten dürfe, mit Vorübergehung der Austrägalinstanz, eine bisher nicht gehabte richterliche Befugniß selbst in Ausübung zu bringen, dann zu erörtern, wenn von dem König bei der sechsten Beschwerde für die angeblich Seiner Person zugefügten Beleidigungen begehrt werde, daß von Seiten des Bundes, mit Vorübergehung der Austrägalinstanz, die einzelnen Beschwerdepunkte durch eine Immediatentscheidung erledigt werden sollten.

Vorläufig werde hier die Erklärung genügen, daß der Herzog, stets gewohnt, das Recht anzuerkennen und sich dem Aussprüche einer kompetenten Richterbehörde zu unterwerfen, gegen jede Maßregel, wodurch die jetzt bestehende richterliche Form zur Erledigung der Streitigkeiten compromittirt werden dürfte, auf das Feierlichste protestiren werde, und schon jetzt im Voraus dagegen protestire.

Der zwischen Braunschweig und Hannover vorliegende Fall sei zu klar, als daß er einer Mißdeutung fähig wäre. Er sei für eine wohlgeingerichtete Austrägalinstanz geeignet. Die Tendenz des Antrags der herzoglich braunschweigischen Regierung in der Beschwerde wegen des Geheimen Rathes von Schmidt gehe nicht dahin, die vormundschaftliche Verwaltung Seiner Majestät vor einen von dem Herzog abhängigen Richterstuhl zu ziehen, und den ehemaligen Vormund in der Person des Dieners zur Verantwortung anzuhalten. Der Geheime Rath von Schmidt sei freilich schuldig, über seine allgemeine Dienstführung Rechenschaft zu geben, aber darum sei von braunschweigischer Seite noch nie gesagt worden, daß man auch davon Rechenschaft verlange, was er auf unmittelbaren Befehl des Königs gethan habe.

„Es sei ein in dem deutschen Staatsrecht bis dahin unerhörter Grund“ — wende Hannover ein — „daß der zur Regierung gelangte Fürst gegen seinen gewesenen Vormund in der Person des vormaligen Dieners eine förmliche Untersuchung einleiten lasse.“

In diesem Satze sei weiter nichts übersehen, als daß

- 1) der Diener, von dem die Rede sei, kein vormaliger, sondern jetziger Diener, und
- 2) die verlangte Rechenschaftsanlage nicht beim Regierungsantritte, sondern nach einer vierjährigen Regierung und nachdem der Diener wirklich so lange gedient, über dieselbe Dienstzeit geschehe.

Wenn behauptet werde, in der rechtlichen Verfolgung des 2c. von Schmidt liege deshalb die schwerste Beleidigung des Königs, weil derselbe wegen seiner Dienstführung unter der vormundschaftlichen Regierung habe zur Rechenschaft gezogen werden sollen, so könne man nur das schon oft Gesagte wiederholen.

Die Beleidigung des Königs soll dadurch den höchsten Grad erreicht haben, daß der Herzog gewagt hätte, über die von königlich hannöverscher Seite erfolgte und erwiesene Justizverweigerung zu klagen; allein nicht der, welcher über ein ihm zugefügtes erweisbares Unrecht klage, sondern derjenige, welcher

durch seine Thathandlungen zu dieser Klage den einzigen und unmittelbaren Anlaß gegeben habe, sei der alleinige Beleidiger.

Es wird hierauf noch Verschiedenes über die Stellung der Staatsdiener zum Staate, über deren Verpflichtung im Allgemeinen, so wie über die Stellung des Herrn von Schmidt insbesondere, sodann über die Aufgabe der Untersuchungskommission, und daß die Handlungen der vormundschaftlichen Regierung niemals habe zum Gegenstand einer Untersuchung machen, sondern, über das, was sie in Betreff des Herrn von Schmidt würde zu beobachten gehabt haben u. s. w. hinzugefügt, was theils, als Wiederholungen enthaltend, theils aber als nicht zur Sache gehörig, hier übergangen werden kann.

Die fünfte und sechste in der hanöverischen Eingabe enthaltenen Beschwerden führten aus: daß der König deshalb von dem Herzog beleidigt sein solle, weil dieser den Minister des ersteren gefordert hätte, übergangen aber mit Stillschweigen, auf welcher eine unerhörte Art der Herzog von eben diesem Minister beleidigt worden sei.

Die Münstersche Schrift sei ihrem ganzen Umfange nach eine gegen den Herzog gerichtete Verunglimpfung der ausgezeichnetsten Art. Durch das ganze Werk sei die allgemeine Beschuldigung einer gewissenlosen Verläumdung verflochten, wobei ausdrücklich immer der Name des Herzogs gemißbraucht werde.

Ob die von dem Herzog ganz auf vertraulichem Wege erhobene Klage gegen die Stellvertreter der hannoverschen Regierung und wegen der Justizverweigerung ein zureichendes Motiv darbieten konnte, daß man königlich hannoverscher Seits den Entschluß gefaßt habe, denselben durch eine öffentliche Erwiderung zu begegnen, könne man füglich dahin gestellt sein lassen; so viel aber bliebe unter allen Umständen gewiß, daß keine Motive vorhanden gewesen seien und vorhanden sein konnten, eine Schrift ins Leben zu rufen und durch den europäischen Buchhandel verbreiten zu lassen, wie solches auf Befehl des Königs durch den Grafen von Münster geschehen sei. Seine Majestät hätten keinen Anstand genommen, vor der Bundesversammlung erklären zu lassen, daß nicht nur Allerhöchstdieselben die Abfassung jener Schrift befohlen, sondern daß Sie auch den ganzen Inhalt derselben gebilligt hätten und fernerweit billigten. Hieraus folge unmittelbar, daß alle und jede Beleidigung, welche in der betreffenden Schrift gegen den Herzog enthalten seien, von dem Könige ausgehen, und daß er verbunden erschiene, die hieraus resultirende Verantwortlichkeit zu übernehmen. Es könne dem Könige nicht unbekannt geblieben sein, daß die Münstersche Schrift die Mißbilligung und den gerechten Tadel aller Cabinete auf sich geladen. Auch dürfe nicht übersehen werden, daß gerade durch diese Schrift alles dasjenige, was bis dahin dem engern Kreise der diplomatischen Verhandlungen angehörte, die möglichst größte Publicität erhalten habe, und daß der König es also ganz allein sei, welcher die öffentliche Meinung provocirt, in einer Streitigkeit zweier Bundesfürsten das Richteramt zu übernehmen. Der König hätte durch die zahllosen Beleidigungen und Ehrenkränkungen, womit der Herzog in jener Schrift verfolgt sei, nicht nur jede Genugthuung, wenn ihm je eine solche gebührt hätte, sich selbst *via facti* verschafft, sondern er hätte sogar die Grenzen einer unerlaubten Retorsion überschritten und dadurch eine besondere Verantwortlichkeit auf sich geladen.

Der König hätte sich nicht darauf beschränkt, den Thatfachen Thatfachen, den Gründen Gründe entgegen zu stellen, und das Urtheil des Herzogs da, wo es irrig scheinen konnte, zu berichtigen, sondern sein Cabinetsminister sei zu den

unwürdigsten Schmähung übergegangen, habe auf eine in der civilisirten Welt bisher beispiellose Weise sich über jede Rücksicht hinweggesetzt, die er unter allen Umständen den Verhältnissen, der erhabenen Stellung des Königs und der Würde des Herzogs schuldig gewesen sei; habe Verläumdungen auf Beleidigungen gehäuft, und kein noch so verwerfliches Mittel unversucht gelassen, den Herzog in den Augen der Welt und seiner Unterthanen herabzuwürdigen.

Nach Prüfung der dem Herzoge vorgeworfenen Aeußerungen und nach Prüfung der Münsterischen Deduction werde man sich überzeugen müssen, daß die ersteren, wenn sie je eine Beleidigung enthalten könnten, um das Hundertfache durch die in der letztern Schrift enthaltenen Ehrenkränkungen übertroffen würden, und daß es mithin mit geläuterten Rechtsgrundsätzen in dem grellsten Widerspruch stehe, wenn der König, der von ihm ausgegangen, zahllosen und schweren Beleidigungen gegen den Herzog, ja bei weitem überschrittenen Retorsion ungeachtet, nichts desto weniger von demselben Genugthuung begehre.

Nun werde alles Uebrige in der Münsterischen Schrift von einigen beispiellosen Schmähungen derselben übertroffen.

„Seine herzogliche Durchlaucht, heiße es, stehe in dem Glauben, daß Sein Stand als unabhängiger Fürst Ihn vor den Folgen Seines Verfahrrens schütze, aber Er scheint darüber zu vergessen, daß es hier einer Sache gilt, welche dem größten Herrscher, wie dem geringsten Unterthan gleich theuer sein muß: der Erhaltung seines guten Namens, daß er eine wie der andern verbunden ist, jene Reinheit der Ehre zu bewahren, welcher, wie ein berühmter Schriftsteller sich ausdrückt, jeder Flecken für eine Todeswunde gilt, und daß die falsch befundene Anklage auf ihren Urheber zurückfällt.“

In diesem Ausfalle hätte der Herzog keinen andern Sinn finden können, als den, daß er nicht gewagt haben würde, das zu sagen, was er gesagt, gegen den Grafen Münster, wenn er selbst eine Privatperson gewesen und so von dem Grafen von Münster durch eine Herausforderung persönlich verantwortlich hätte gemacht werden können.

Die Unwahrheiten, Verläumdungen, Verdrehungen, Sophismen, mit welchen die Schrift des Grafen Münster angefüllt sei, habe der Herzog auf eine andere Weise widerlegen können; auf keine andere Weise den erniedrigenden Vorwurf von Feigheit, welcher in dem Ausfalle des Grafen Münster enthalten gewesen sei, als durch die That diejenige Reinheit der Ehre mit dem Leben zu vertreten, welche hier von dem Grafen Münster durch Bosheit angegriffen gewesen sei. Deshalb habe der Geheime Oberstaatsrath von Münchhausen ein bekanntes Herausforderungsschreiben im Namen des Herzogs an den Grafen von Münster gerichtet. Aber der Graf von Münster habe diese Ehre nicht zu schätzen gewußt. Unter dem Schutze eines hohen Namens habe sich derselbe erlaubt, den Herzog zu beschimpfen, und unter eben diesem Schutze wolle er sich einer jeden Verantwortung entziehen.

Unbegreiflich sei es, wie der König sich durch die gegen Grafen Münster gerichteten Herausforderung für beleidigt hätte halten können. In der Herausforderung habe immer nur die Erklärung gelegen, daß man sich für beleidigt halte und deshalb Genugthuung verlange, keineswegs aber eine Beleidigung selbst. So lange die Welt stehe, sei eine Herausforderung noch nie als eine Beleidigung, sondern immer nur als eine Ehrenbezeugung angenommen worden.

Der Schritt des Herzogs sei kein beleidigender Eingriff in die rechtliche

Gewalt des Königs, denn sonst würde dieser zuvörderst erweisen müssen, daß es überhaupt eine ihm rechtlich zustehende Gewalt sei, fremde Souveraine zu schmähen, oder durch seine Minister beschimpfen zu lassen. Wodurch gedenke man die Behauptung zu verantworten, daß die jetzige völkerrechtliche Ordnung in Europa nicht länger bestehen könne, bei einer solchen Verwirrung aller Gewalten, dadurch herbeigeführt, daß ein souverainer Herr einen Minister fordern dürfe?

Es wird hierauf des Duells erwähnt, das unlängst zwischen dem Herzog von Wellington und einem englischen Pair stattgefunden habe, und durch die Frage von der Emanzipation der Katholiken veranlaßt worden sei. Dieses Duell, das mit dem vorliegenden Fall viele Ähnlichkeit darbiete, habe unter den Augen Seiner Majestät stattgefunden, und das Benehmen des edlen und unerschrockenen Herzogs habe allgemeine Billigung gefunden.

Ebenso ungegründet, wie die Behauptung sei, daß der König durch die Herausforderung seines Dieners von Seiten des Herzogs beleidigt worden, sei auch die, daß diese Beleidigung durch die Herausforderung des Grafen Münster von Seiten eines braunschweigischen Dieners habe geschehen können.

Die hannoversche Beschwerbeschrift verbinde damit das Vorgeben, als sei diese letzte Thathandlung auf ausdrücklichen Befehl des Herzogs vorgegangen.

Dieses Vorgeben gewinne dadurch den Anschein einer beleidigenden Verläumdung, daß es zu einer Zeit officiell und öffentlich vorgebracht werde, zu welcher Hannover die braunschweigischer Seits abgegebene Erklärung nicht mehr unbekannt habe sein können, daß diese Herausforderung nicht auf ausdrücklichen Befehl des Herzogs geschehen sei, und dadurch eine wirkliche neue Beleidigung werde, daß man emsig bemüht sei, sie aus dem Gesichtspunkt eines gehässigen Zwanges darzustellen. *)

Folgendes werde die in der hannoverschen Beschwerbeschrift vorgetragenen und verunstalteten factischen Verhältnisse berichtigen und widerlegen.

Der Oberjägermeister von Sierstorff sei seines hohen Alters wegen längst schon unfähig gewesen, die Functionen eines Oberjägermeisters zu verrichten.

Herr von Sierstorff habe sich mit 6monatlichem Urlaube im Bade zu Driburg befunden, als der Besuch des Herzogs von Lucca angekündigt worden sei.

— Der Herzog hätte nun gewünscht, seinem erlauchten Gaste, der als ein großer Liebhaber der Jagd bekannt sei, den Aufenthalt an seinem Hofe, besonders durch einige Hofjagden, angenehm zu machen. — Die Anordnung und Leitung dieser Jagden würde dem von Sierstorff obgelegen haben; da nun derselbe aber hierzu unfähig, und zugleich einige der höheren Hofchargen unbesetzt gewesen seien, so habe dies die nächste Veranlassung gegeben, den Herrn von Sierstorff zu dem erledigten Posten eines Oberhofmeisters, den Kammerherrn von Welzien zu dem eines Oberceremonienmeisters, den Freiherrn von Braum aber zum Oberjägermeister mit einer den Verhältnissen angemessenen Gehaltszulage zu befördern, weil dieser ganz besonders dazu qualifizirt erschienen habe.

Herr von Sierstorff habe nicht sobald von den Verfügungen des Herzogs Nachricht erhalten, als er von Driburg aus das ihm übersendete Oberhofmeister-Patent durch seine Gattin zurückschicken lassen, und gleich darauf in einem unehrerbietigen Briefe dem Herzog geschrieben habe, den Titel eines Oberhofmeisters nicht annehmen zu wollen, und einer Unterstützung nicht bedürftig zu sein.

*) Siehe jedoch S. 70 ff.

Es würde Schwäche verrathen haben, einen solchen Uebermuth ungeahndet zu lassen, und wenn der Herzog sich darauf beschränkt hätte, dem Herrn von Sierstorff sein höchstes Mißfallen dadurch zu erkennen zu geben, daß er demselben und seiner Gattin die Rückkehr nach Braunschweig untersagt hätte, so werde hierin nur ein sprechender Beweis seiner Mäßigung gefunden werden können.

Der Herr von Sierstorff sei kein geborener Unterthan des Herzogs, und folglich hätten mit seiner Dienstentsetzung alle Verhältnisse aufgehört, die sein bisheriges Domicil zu Braunschweig begründet hätten. Das Verbot seiner Rückkehr könne daher schon deshalb nicht als Landesverweisung angesehen werden, weil solche als Strafe nur gegen Unterthanen eintrete, und ein Fremder keinen rechtlichen Anspruch auf Duldung habe.

Der Herzog ließ sich nur mit widerstrebendem Gefühle auf eine nähere Erörterung der von Braunschen Herausforderung ein.

Aus vertraulichen Briefen, deren Aechtheit man übrigens dahin gestellt sein lassen wolle, die man zu Hannover vor der Herausforderung des Herrn Braun erhalten haben könne, folge gar nichts, weil es nicht unmöglich sei, daß man Gerüchte verbreitet, ja bestimmt sogar von Sachen gesprochen habe, die später ganz zufällig auf eine andere Weise in Erfüllung gegangen seien. Es wäre sogar möglich, daß der Herr von Braun sich über seinen Entschluß, den Grafen von Münster fordern zu wollen, bevor er solchen ausführte, gegen einen Freund geäußert, daß dieser und vielleicht er selbst der Meinung gewesen, es werde solcher dem Herzog nicht mißfällig sein, daß man damit die Beförderung des Herrn von Braun in Verbindung gebracht habe, und daß dieses entstellt und vergrößert dem Grafen Münster, dessen Freunde und der Regierung zu Hannover mitgetheilt worden sei.

Allein, lasse sich denn aus der zufällig erfolgten Anstellung des Herrn von Braun und aus dessen Absicht, den Grafen von Münster zu fordern, wohl mit einiger Sicherheit der Schluß ziehen, nicht allein die Anstellung sei ihm jener Absicht wegen zu Theil geworden, sondern, wie behauptet werde, der Herr von Braun sei zu der Herausforderung dadurch gezwungen worden, daß man ihm nur die Wahl zwischen Lohn und Beförderung oder Verabschiedung gelassen habe; sei es nicht vielmehr einleuchtend, daß, wenn eine solche Uebereinkunft stattgefunden hätte, darüber das strengste Stillschweigen würde beobachtet worden sein?

Das Zeugniß des Generals von Arrentschild trage nicht nur den Charakter der Leidenschaftlichkeit an seiner Stirn, sondern enthalte auch ein Gewebe von giftigen Verläumdungen. Der General sei aber hierbei nicht stehen geblieben, sondern habe in einem zweiten Atteste, unter Vernachlässigung alles Anstandes und aller Würde, wahrheitswidrige und falsche Thatfachen als wahr, ja sogar an Eidesstatt bekräftigt. Es werde nicht in Abrede gestellt werden können, daß die Beibringung jener Urkunden von Seiten der königlich hannöverschen Regierung die unverkennbare Absicht, Seine herzogliche Durchlaucht von Neuem verunglimpfen zu wollen, zu Tage lege.

Dem Zeugniß des Generals von Arrentschild werde man das Zeugniß des Oberjägermeisters, Freiherrn von Braun, entgegenstellen dürfen.

Es sei dem Herzoge nicht eingefallen, den Oberjägermeister von Braun zum Freiherrn zu erheben, indem derselbe diesen Stand bereits seiner Geburt verdanke. Eben so wenig habe derselbe sich ein freiherrliches Siegel zu dem von

Hannover bezeichneten Zweck erst fertigen lassen, weil er dieses Siegel schon früher geführt habe.

Die jenseits relevirte Notiz, daß in dem Ausforderungsschreiben des Oberjägermeisters von Braun eine ungeschickte Nasur sich befinde, sei nichts sagend und unbedeutend. Wäre hier irgend etwas zu verbergen gewesen, so würde man gewiß eine nochmalige Reinschrift vorgezogen haben.

Indem die hannöversische Beschwerbeschrift mit den gegen die herzoglich braunschweigische Regierung erhobenen Anklagepunkten ein lebensgefährliches Attentat, welches gegen den Grafen von Münster auf dessen Landhause unweit London gerichtet gewesen sein solle, wenn auch nur auf indirecte Weise in Verbindung setze, so documentire jenes Verfahren aufs Neue die Absicht, den Herzog auf das Empörendste beleidigen zu wollen. Eine einzige aber nur hingeworfene Verläumdung der Art, wie die vorliegende, überwiege an Schwärze tausendmal jedwede erdichtete oder auch wirkliche Beleidigung, welche dem Könige von dem Herzoge von Braunschweig widerfahren sein könnte.

Der herzoglich braunschweigische Gesandte sei ausdrücklich angewiesen, darauf anzutragen, daß eine Beleidigung solcher Art nicht ungeahndet bleibe, die den geringsten Unterthan, der sie sich gefallen ließe, entehren würde. Der Herzog erwarte daher eine genügende, vollkommen satisfacirende Erklärung des Königs.

Das Verfahren des Herzogs gegen den Oberjägermeister von Braun, nach der von demselben vorgenommenen Herausforderung, sei in Braunschweig, und, so weit solches die Erfahrung lehre, auch in manchen andern Staaten etwas Gewöhnliches, nämlich von Provocationen zum Duell in gebildeten Ständen keine Notiz zu nehmen, und ohne vorhergegangene Officialanzeige keine Untersuchung und Bestrafung des Provocanten eintreten zu lassen.

Der Grund zu einer Vernehmung des Oberjägermeisters von Braun über die Richtigkeit der betreffenden Thatsache sei nicht vorhanden, weil derselbe es nie geläugnet, den Grafen von Münster gefordert zu haben, und überdies hätte der Herzog für seine Person wohl keine besondere Ursache gehabt, den Freiherrn von Braun verfolgen zu lassen, weil er sonst eine Handlung öffentlich gemißbilligt haben würde, welche er früherhin Höchstsich selbst vorzunehmen durch die Umstände gezwungen gewesen sei.

Die Bestrafung des Herrn von Braun sei durch Berichte des herzoglichen Bundestagesgesandten und des Gesandten am kaiserlich königlichen Hofe zu Wien veranlaßt worden, und ganz so erfolgt, wie sie von dem Fürsten von Metternich zu dem Behuf bezeichnet worden sei, um jeden Verdacht der Theilnahme des Herzogs an der Herausforderung des Herrn von Braun zu begegnen.

Es sei sonderbar, daß diese reine Privatfache als eine solche angesehen werden solle, welche von der herzoglich braunschweigischen Regierung ausgegangen sei. Die in der königlich hannöversischen Beschwerbeschrift aufgestellte Forderung, daß der Oberjägermeister von Braun für seine Provocation zum Duell nochmals bestraft werde, zerfalle als unhaltbar in sich selbst, indem der Herzog als Regent die vollkommenste Befugniß gehabt hätte, mit Beseitigung der gerichtlichen Procebur gegen den von Braun eine Strafe zu verhängen, und es unthunlich sei, dieselbe Person für dieselbe Sache zweimal zu bestrafen.

Ein Schreiben des Herrn von Braun an den Herzog werde beweisen, daß die Herausforderung des Grafen von Münster dem freiwilligen Entschlusse desselben ihre Existenz verdanke.

Wenn zur Begründung der Beschwerde eines Souverains über Beleidigungen, welche ihm von einem andern Souverain widerfahren sein sollen, es eines juristischen Beweises niemals bedürfte, so würde in jedem Augenblick ein Souverain gegen den andern einen Grund herbeiführen können, ihn zu beschuldigen oder vom Bunde zu erniedrigenden Dingen verurtheilen zu lassen.

Es sei schon zu begreifen, wie der König in dieser Herausforderung eine Verfolgung seiner Unterthanen und ein Attentat auf seine Person zu finden vermocht hätte. Dem Herzoge fehle es an Wille und an Macht, die Ruhe Hannovers zu stören, oder gegen hannöversche Unterthanen Verfolgungen eintreten zu lassen, und die desfalls ihm gemachten Vorwürfe könnten nur als bitterer Spott des mächtigen und übermächtigen Nachbarn gegen den schwächeren angesehen worden.

Die Bundesversammlung werde nicht verkennen, daß der Duellvorgang zwischen dem Oberjägermeister von Braun und Grafen von Münster durchaus keinen ernsthaften Charakter an sich trage, als derjenige, welcher zwischen dem Herzoge und dem Grafen vorangegangen sei.

Daß der Herzog das vollkommne Recht gehabt hätte, den Grafen von Münster, ganz abgesehen von seinem Vorgeben, daß er auf Befehl des Königs handle, zu fordern, gehe aus Folgendem hervor:

Ein Souverain habe ohne Zweifel das Recht, über seine eigenen Diener zu befehlen, und er könne daher ein Duell zwischen ihnen, unbeschadet der Ehre des Geforderten, unterlagen. Dies aber falle in demselben Augenblicke weg, wo es sich von einer Collision zwischen seinen Dienern und dem Diener eines andern Souverains handle, denn über diesen habe er nicht zu gebieten. Und noch weit mehr fielen solche Annahmen und Befugnisse von Souverainen hinweg, wenn sie mit einander in Streitigkeiten verwickelt seien, indem man einem Souverain das Recht nicht absprechen könne, selbst zu entscheiden, wen er für Handlungen, welche gegen ihn gerichtet seien, verantwortlich machen wolle. Wenn sich daher die Braunsche Sache auch wirklich so verhielte, wie sie von Hannover habe dargestellt werden wollen, so würde es früher darauf ankommen, zu beweisen, daß die auf ausdrücklichen Befehl des Herzogs von Braunschweig vorgenommene Herausforderung des Grafen von Münster, wirklich eine ahnungswürdige Beleidigung des Königs von Hannover sei, ehe davon die Rede sein könnte, zu beweisen, ob sie auf Befehl des Herzogs geschehen sei, oder nicht.

Hannover erheischte Genugthuung, und zwar in Beziehung auf die Thatfachen, deren Beweis zunächst in Frage käme, das heiße, für Sicherstellung der Unterthanen und Diener des Königs von Hannover gegen sogenannte Verfolgungen mit denen von einem benachbarten Souverain bedroht werden.

Es sei bis jetzt der herzoglich braunschweigischen Staatsregierung ganz unbekannt geblieben, in wie fern an noch andere Diener des Königs von Hannover sich auf eine ähnliche Weise über Verfolgungen zu beklagen hätten, wie der Graf von Münster.

Bei Hannover könne von keiner nothwendigen Abwehr eines Unrechts, welches ihm Braunschweig zufügen wolle, die Rede sein, denn um ein solches mit Gewalt der Waffen zu versuchen, sei Braunschweig nicht nur zu schwach, sondern auch zu rechtliebend.

Wenn aber Hannover unter dem Ausdrucke von Abwehr eines Unrechts nur Äußerungen Braunschweigs gemeint habe, so müßte Es ja, wenn Es Recht

hätte, sehr gut im Stande sein, solche Aeußerungen zu widerlegen durch Gegenäußerungen.

Die einzelnen Staaten des deutschen Bundes hätten durch dessen Organisation kein anderes Recht verloren, als das, ungestraft Unrecht zu thun.

Von braunschweigischer Seite sei man in die traurige Nothwendigkeit versetzt gewesen, den kräftigen Schutz der hohen Bundesversammlung gegen fernere Eingriffe Hannovers gegen Braunschweig durch das Recht des Stärkern in Anspruch zu nehmen.

Gerade hier, wo die königlich hannöversche Regierung zu deduciren bemüht sei, daß es zur Begründung der Beschwerden eines Souverains über Beleidigungen, welche ihm von einem andern Souverain widerfahren, eines juristischen Beweises niemals bedürfe, wo Hannover beabsichtige, daß, statt der vorschriftsmäßigen Austrägalinstanz, das unmittelbare Einschreiten der Bundesversammlung eintreten solle, werde es am rechten Orte sein, den rechtlichen Beweis zu liefern, daß das Begehren der königlich hannöverschen Regierung sich als völlig ungeseglich darstelle.

Es wird nun auf die Verhandlungen Bezug genommen, welche im Jahre 1817 vor der Bundesversammlung über den Vollzug des 11. Artikels der Bundesacte gepflogen worden sind. Daß damals Oesterreich zuerst die Bedenken geäußert, welche gegen eine richterliche Entscheidung der Bundesversammlung, oder auch nur einer solchartigen Instruction obwalteten; daß Hannover damals die Frage aufgeworfen habe: ob es nicht zweckmäßig erscheine, daß bei einer entstandenen Differenz unter Bundesgliedern zunächst der Bundesversammlung selbst zu beurtheilen überlassen bleiben müsse, ob und in wie fern die zu entscheidende Streitfrage politisch oder juristisch anzusehen sei? Daß nichts desto weniger in der 55. Sitzung vom 16. Juni 1817 ein endlicher Beschluß der souverainen deutschen Bundesfürsten gefaßt worden sei, wodurch mit Ausschluß jeder richterlichen Befugniß der Bundesversammlung selbst, für jeden vorfallenden Fall eine gerichtliche Austrägalinstanz gebildet werden sollte, wenn vorher der unter Autorität des Bundes vorzunehmende Sühnversuch unter den streitenden Interessenten nicht das gehoffte Resultat herbeigeführt haben möchte.

Hiernach sei es sonnenklar, daß der Herzog die vollkommenste Befugniß hätte zu begehren, daß seine Streitigkeiten mit dem Könige von Hannover vor die gerichtliche Austrägalinstanz gezogen und von derselben erörtert und entschieden würden. In der Differenz des Herzogs eine Ausnahme von der Regel zu statuiren, heiße willkürlich eine Rechtsungleichheit herbeiführen. Insbesondere könne aus dem Art. 3. des Bundesbeschlusses vom 16. Juni 1817 eine solche Ausnahme nicht abgeleitet werden. Eine vorzügliche Stütze von rechtlichen Befugnissen und den damit correspondirenden Verpflichtungen sei der Grundsatz, daß kein Gesetz rückwirkende Kraft äußern könne. Offenbar würde man einem jetzt zu fassenden Beschlusse, daß die Differenz des Herzogs nicht rechtlich sondern im Innern des Bundes entschieden werden müsse, eine retroactive Kraft beilegen müssen, wenn man den Herzog, seiner Protestationen ungeachtet, zwingen wollte, seine Rechtsfolgung und Rechtsvertheidigung vor der jetzt competenten Austrägalinstanz aufgeben zu sollen.

Von königlich hannöverscher Seite werde nebstdem behauptet:

a) Daß es zur Begründung der Beschwerde eines Souverains über Be-

leidigungen, welche ihm von einem andern Souverain widerfahren, eines juristischen Beweises nie bedürfe.

Hierauf sei zu erwiedern: daß der Beweis, oder mit andern Worten, das Mittel, eine vorgeschützte Thatsache zur unlängbaren Gewißheit zu erheben, vor jeder richterlichen Behörde, diese bestehe nun aus einem politisch-rechtlichen Collegio, oder aber aus einer gerichtlichen Behörde im strengern Sinne des Wortes, sich immer gleich sein müsse.

Hiernach werde man die von königlich hannöverischer Seite versuchten Beweiswittel auf ihrem Werthe oder Unwerthe beruhen lassen können.

b) Werde jenseits deducirt, daß für den angegebenen Zweck ein wesentlicher Unterschied darin liege, daß die Fürsten Deutschlands sich nicht zu einem Bundesstaate, sondern durch einen Staatenbund vereinigt hätten, weil in ersterem die Souverainetät der einzelnen Staaten verloren gehe, und um deswillen die Existenz eines gemeinsamen höchsten Gerichts ein nothwendiges Erforderniß sei, während in dem Staatenbunde, in welchem die Souverainetät der Staaten conservirt werde, das Verhältniß der Verbündeten unter einander und dessen Modificationen den Grundgesetzen des Bundes anheimgestellt werden müsse. Es werde sich leicht darthun lassen, daß diese Distinction ohne Erheblichkeit sei. Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands hätten durch den Beschluß über das Austrägalverfahren in ihren etwaigen Differenzien eine richterliche Behörde anerkannt. Dieser Beschluß stelle in der genannten Beziehung ganz dasselbe Verhältniß her, welches früher in Deutschland nach gebotnem Landfrieden und Abschaffung des Faustrechts durch die Institution des Reichskammergerichts etablirt worden sei. In seinen Wirkungen sei es mithin für dieses Rechtsverhältniß ganz gleichviel, ob in Deutschland von einem Bundesstaat oder von einem Staatenbunde die Rede sei.

Die Austrägalgerichte handelten Namens und im Auftrage des Bundes, als dessen Organ sie anzusehen seien. Ihre Competenz erstreckte sich nicht allein auf die Entscheidung in der Sache in allen ihren Haupt- und Nebenpunkten, sondern auch auf Leitung und Instruction des Verfahrens nach Vorschrift der Gerichtsordnung der Länder, in welcher sie ihren Sitz hätten.

c) Finde sich die königlich hannöverische Regierung zu der Bemerkung veranlaßt, daß die Bundesacte einen heilsamen praktischen Beweis davon liefere, daß die Fragen über Mein und Dein unter den Staaten und Fürsten des Bundes vor die Gerichte verwiesen werden können, daß es aber im vorliegenden Falle darauf überall nicht ankomme, wo von directen und indirecten persönlichen Verunglimpfungen eines Souverains gegen den andern und von der dafür geforderten Genugthuung die Rede sei.

Die Ehre sei, nach der richtigen Idee, daß ihre Unverletzbarkeit gefordert werden könne, nicht allein in dem Eigenthum eines Jeden, sondern sie sei sogar das unschätzbare Eigenthum desselben und übersteige oft den Werth des eignen Lebens.

Hierin liege der sehr einfache Grund, daß ein Angriff auf die Ehre, die Vertheidigung derselben und der eventuell zu leistende Schadenersatz, hier Satisfaction genannt, nach denselben Grundsätzen beurtheilt werden müsse, nach welchen andere Eigenthumsgegenstände behandelt würden. Es müsse im Bunde

nothwendiger Weise eine Behörde gedacht werden können, welche, wie beim gewöhnlichen Eigenthum, auch bei der Ehre und deren behaupteten Läsion, den gesetzlichen Charakter der zu beurtheilenden Handlung recherchire, und nach dem Resultate dieser Recherche diejenigen Rechtsnachtheile eintreten lasse, durch deren Androhung die Ehre habe unverleßlich erhalten werden sollen. Da nun nach ausdrücklicher Vorschrift der Bundesacte von einer Selbsthülfe und Gewalt im Bunde nie die Rede sein könne, so müsse natürlich die einmal etablierte und allgemein anerkannte richterliche Behörde wirksam eintreten, wenn unter Fürsten eine Streitigkeit sich darbiete, in welcher der geltend zu machende Rechtsanspruch sich auf eine wirkliche oder vermeintliche Ehrenkränkung gründe. — Der herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandte sei deshalb von seinem höchsten Comittenten ausdrücklich angewiesen, gegen jede andere Rechtsform, als die der Austrägalinstanz, zu protestiren, und protestire daher hiermit auch wirklich auf das Feierlichste.

- d) Die königlich hannöverische Regierung habe bereits im Anfange ihrer Beschwerdeschrift und zur Unterstützung ihrer ganzen späteren Deduction den 18. und 19., so wie den 36. und 37. Artikel der Schlußacte vom 15. Mai 1820 für sich allegirt, um dadurch die verlangte Genugthuung und die Sicherstellung ihrer Unterthanen und Staatsdiener zu justificiren.

Es sei gewagt, die zwischen dem Könige und dem Herzog bestehende Differenz unter die Cathegorie des 18. und 19. Art. der Wiener Schlußacte zu stellen.

Die Erlassung des Patents vom 10. Mai 1827, die nicht von dem Herzog ausgegangene, gegen den Herrn von Schmidt gerichtete Darstellung, die Nichtanerkennung der von Vinsingenschen Pension, das angeordnete Rechtsverfahren gegen den braunschweigischen Geheimen Rath von Schmidt, die projectirte Uebergabe einer Beschwerdeschrift bei der Bundesversammlung, seien alles Gegenstände, welche ausschließlich der Rechtssphäre angehörten, und so bliebe nichts übrig, als die Provocation, womit der Herzog den Grafen Münster beehrt hätte, und die Herausforderung des Grafen von Münster von Seiten des herzoglich braunschweigischen Oberjägermeisters von Braun, welche vor keine Rechtssphäre gehörten. Das letztere Cartell, worauf es am Ende allein ankommen möchte, sei eine in sich abgeschlossene, allein dastehende Handlung, und sei keine solche, wodurch das Leben und die Sicherheit der Unterthanen oder Staatsdiener des Königs gefährdet werden könnte. Bis jetzt habe noch kein Regent für den Schutz und die Sicherheit seiner Unterthanen und Staatsdiener außergewöhnliche Maaßregeln ergriffen oder von mitverbündeten Fürsten die Ergreifung außergewöhnlicher Maaßregeln gefordert.

Noch weniger könnte hierher die von dem Herzoge gegen den Geheimen Rath von Schmidt-Philfeld ergriffenen Maaßregeln gerechnet werden, da derselbe fortwährend als braunschweigischer Unterthan angesehen werden müsse.

Von Verfolgung des Grafen Münster könne gleichfalls nicht die Rede sein, weil derselbe sich zu London unter dem unmittelbaren Schutze des Königs aufhalte.

Es sei ersichtlich, daß es sich so wenig von Nachstellungen und Verfolgungen hannöverischer Unterthanen, wodurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet werden könnte, als von einer gewaltsamen Verrückung des Besitzstandes

handle, und daß mithin keiner der beiden einzigen Fälle vorhanden sei, die ein unmittelbares Einschreiten des deutschen Bundes rechtfertigen könnten.

Die Art. 36. und 37 der Schlußacte supponirten den Fall, daß ein fremder Staat sich in dem Stande befinde, eine gegründete Beschwerde über ein Bundesglied bei der Bundesversammlung zu führen. Die Anwendung des Gesetzes sei mithin lediglich dadurch bedingt, daß ein fremder Staat veranlaßt worden, bei der Bundesversammlung Klage zu erheben. Unter diesen Umständen sei es augenfällig, daß der König von Hannover nicht berechtigt sei, für seine Interessen auf jene gesetzlichen Dispositionen zu provociren.

Seine Majestät hätten als König von Hannover und nächster Agnat des durchlauchtigsten Hauses Braunschweig die Vormundtschaft über Seine herzogliche Durchlaucht übernommen.

Die herzoglich-braunschweigischen Beschwerden seien gegen die königlich hannoversche Regierung allein gerichtet; und eben so sei auch von Seiner Majestät nicht als König von England, sondern als König von Hannover die Klage gegen Seine herzogliche Durchlaucht bei der Bundesversammlung angebracht worden.

Man wende sich jetzt zur siebenten und letzten Beschwerde, welche Hannover gegen Braunschweig vorgebracht habe. Sie bestehe in dem Vorgeben, daß die in der Differenz erschienenen Flugschriften, und besonders die Witt'sche, weil sie in Braunschweig geschrieben und mit officiellen Actenstücken ausgestattet sein solle, nicht von höherem Einflusse frei sei.

Bei dieser Beschwerde ignorire Hannover ganz die in eigener Sache erschienenen und nicht zu rechtfertigenden Schriften. Man beziehe sich hiermit, um nur eine zu nennen, auf das letzte Pasquill, welches, unter den Auspicien des Grafen Münster, aus einer für ihn thätigen Feder geflossen und gegen den Herzog gerichtet sei. Diese Schrift führe den Titel:

„Publicistische Prüfung der Beschwerden Seiner Durchlaucht des Herrn Herzogs von Braunschweig, in Betreff der vormundtschaftlichen Verwaltung Seiner Majestät von Großbritannien und Hannover; von Rudolph Brinmann, ordentlichem Professor der Rechte und Beisitzer des Spruchcollegii an der königlich dänisch-schleswig-holsteinischen Universität Kiel. Nec aspera terrent. Kiel. Universitäts-Buchhandlung. 1829.“

Es sei nach dem Erscheinen der Münsterschen Schrift durchaus nothwendig gewesen, die darin vorgestellten factischen Verhältnisse durch unzweideutige Urkunden zu berichtigen und resp. zu widerlegen. Für diesen Zweck seien die betreffenden Urkunden gesammelt und lithographirt worden. Sie seien auf diese Weise in die Hände mehrerer herzoglichen Diener gekommen, und so sei es nicht zu vermeiden gewesen, daß auch nicht von dritten Personen hatte davon Gebrauch gemacht werden können. — Uebrigens glaube der herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandte sich auf die einfache und bestimmte Erklärung beschränken zu dürfen, daß solche Schriften weder von dem herzoglich braunschweigischen Gouvernement bestellt, noch genehmigt worden seien.

Die hier im Auszuge gegebene Beleuchtung der königl. hannoverschen Beschwerden führen zu dem Resultate, daß der Herzog der alleinige gekränkte und beschädigte Theil sei. Von dem braunschweigischen Staate seien keine Attentate gegen den hannoverschen, sondern wohl von diesem unzählige gegen den braunschweigischen Staat ausgeführt, und wenn der König von Hannover diejenige

Nothwehr, welche gegen eben jene Attentate in den Formen von Protestationen habe versucht werden müssen; als ihm ohne Veranlassung zugefügte Beleidigungen bezeichnet und bestraft wissen wollte, so bliebe dem schwächern Theile weiter nichts übrig, als an die Bundesversammlung zu appelliren, um es unparteiisch und gesetzlich durch eine wohlgeordnete Austrägalinstanz ganz genau untersuchen zu lassen, wer zu den traurigen vorliegenden Irrungen zugleich die ersten und einzigen Veranlassungen in die Welt gerufen habe.

Herzoglich braunschweigischer Seite gebe man sich um so mehr der Hoffnung hin, daß diesem Antrage werde entsprochen werden, als Hannover von Neuem, durch seine jetzt vorliegende Eingabe beim Bunde, den unwiderruflichen Beweis geliefert habe, daß Es noch immer nicht abgeneigt sei, mit Beseitigung der Rechtsform sich seiner Macht zu bedienen. Es werde darauf hingedeutet, daß, ohne die Dazwischenkunft der Bundesversammlung und ohne daß dadurch den Anträgen der königlichen hannöversischen Regierung entsprochen werde, der König auf seine eigenen Mittel beschränkt werden könnte, sich das in Anspruch genommene Recht zu verschaffen.

Durch Aufstellung dieser gefährlichen Alternative fände sich der Herzog auf eine höchst beunruhigende Weise bedroht. Befinde sich der durchlauchtigste Bund — dem Könige von Hannover gegenüber — in einem Zustande politischer Nothwendigkeit, dem Willen und Wünschen des Königs entsprechen zu müssen, und zwar deshalb, weil Hannover eine größere Summe politischer Macht in die Wage zu legen habe; so befände sich der Herzog allerdings in einer höchst betrübten Lage; er hätte dann von seinen hohen Mitverbündeten nichts zu hoffen, vielmehr von dem bestimmt ausgesprochenen Willen des Königs und eventuell von dessen Macht Alles zu fürchten.

Weshalb und in welcher Beziehung am Bunde eben so wenig von einer Vermittelung, als von weiteren Discussionen die Rede sein könne, habe man in der hannöversischen Beschwerdeschrift nirgends ausgeführt gefunden; gegentheils aber glaube man genügend dargethan zu haben, daß und weshalb eine wohlgeordnete Austrägalinstanz im vorliegenden Falle ihre Anwendung finden könne und müsse; man habe ferner ausgeführt, wie der König von Hannover unmöglich eine Genugthuung für nie erlittene Beleidigungen, am wenigsten aber, weil er solche in großer Masse dem Herzog zugefügt hätte, rechtlich erhalten könnte, ingleichen wie die Bundesversammlung, ohne eine eclatante Justizverweigerung zu begehen, die vorliegenden Streitigkeiten nicht ihrem ordentlichen Richter oder vielmehr Gerichte entziehen dürfe, und insbesondere auch durch Sicherstellung des schwächern Bundesstaates gegen die unaufhörlichen Angriffe des stärkern darzuthun verpflichtet erscheine, daß sie einen reellen Schutz des Ersteren gegen den Letzteren gewähre.

Schon zu zweien Malen seien der Herzog in dem Falle gewesen, sich gegen Hannover der größten Geduld zu befleißigen, einmal, als der König, als Vormund des Herzogs, diesen, allen Rechten zuwider, durchaus nicht für volljährig erklären wollte; das zweite Mal, als hannöversische Truppen sich der Territorialverletzung im Amte Theedinghausen schuldig gemacht hätten. In dem einen wie in dem andern Falle hätte es zu einem Ausbruche wirklicher Thätlichkeiten kommen können, deren Veranlassung lediglich Hannover beizumessen gewesen sein würde. Es lasse sich hiernach auch nicht bestimmen, wie weit Hannover auf dem einmal betretenen Wege noch gehen könnte.

Es werden nun die in der königlich hannöversischen Beschwerde bezeichneten

Punkte, um welche es sich bei der Vermittlung des österreichischen und preussischen Hofes gehandelt habe, einzeln beleuchtet, was aber hier, als Wiederholungen enthaltend, übergangen werden kann (siehe Cap. 4—7).

Was die eigentlichen Anträge der hannöverschen Regierung betreffe, so werde über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit derselben erst dann gründlicher geurtheilt werden können, wenn in gleichem Maasse, wie die von Hannover aufgestellten Beschwerden, die von braunschweigischer Seite erhobenen Klagen in der zu eröffnenden Austrägalinstanz erörtert würden. — Die gegenseitigen Beschwerden der streitenden Souveraine dürften rechtlicher Weise nicht von einander getrennt werden, weil das Begründete der Beschwerden des einen Theils von den Rechtsgründen der Beschwerden des andern Theils ganz vorzüglich abhängen, und eine einseitige Erörterung also nothwendig auch zu einseitigen und folglich irrigen Resultaten führen würde.

Unter diesen Umständen würden vorläufig zur Würdigung der hannöverschen speciellen Klageanträge folgende Bemerkungen genügen, und zwar

ad 1) könne und werde es einer an den Herzog zu richtenden ernsten und dem Zwecke des Bundes, der Aufrechthaltung des innern Friedens entsprechenden Warnung vor künftigen ähnlichen Vorgängen nicht bedürfen. Der Herzog sei sich keiner einzigen Handlung bewußt, wodurch der Friede im Innern des Bundes habe gestört werden können, oder aber, woraus, im rechtlichen Sinne des Wortes, eine Verletzung des Königs zu folgern sei. Müste von Seiten des Bundes eine Warnung auf die in Antrag gebrachte Weise erfolgen, so würde dieselbe unter Berücksichtigung des Inhalts der Münsterischen Schrift, insbesondere der darin enthaltenen bedrohlichen Aeußerungen, der damit in Verbindung zu setzenden braunschweigischen Territorialverletzung, und endlich unter Berücksichtigung der in der Beschwerdeschrift selbst eventuell angedrohten Gewalt, gegen Hannover erlassen werden.

ad 2) Die in Antrag gebrachte Verweisung der braunschweigischer Seite gegen Hannover am Bunde erhobenen Klage, wegen Justizverweigerung in der von Schmidtischen Untersuchungssache, würde einen Beweis liefern, daß es einem minder mächtigen Bundesfürsten unmöglich sei, gegen einen mächtigen Mitverbündeten Recht am Bunde zu erhalten.

ad 3) Die Zurücknahme des Patents vom 10. Mai 1827 sei um deswillen ungedenkbar, weil die Erlassung desselben sich als rechtlich nothwendig darstelle, dessen Inhalt, auf Wahrheit gegründet, keine Beleidigung des Königs enthalte, auch die Idee fern gewesen sei, daß der König dadurch habe gekränkt werden sollen. Auch sei bereits nachgewiesen, wie eine solche Zurücknahme niemals geschehen könne, ohne sich seine heiligsten Rechte und Regentenwürde zu vergeben.

ad 4) Könnte der Herzog bei der lebendigsten Ueberzeugung, gegen den König nichts gethan zu haben, welches einer Entschuldigung bedürfte, diesen Antrag als gehörig motivirt keinesweges anerkennen. Weit besser würde sich ein ähnlicher Antrag für den Herzog gegen die hannöversche Regierung durch die am Schlusse der vorgelegten offiziellen Denkschrift verzeichneten achtzehn Beschwerden, und die dadurch ihm zugefügten Rechtskränkungen und Beleidigungen motiviren lassen.

ad 5) Verlange Hannover die dem Verbrechen angemessene Bestrafung des Oberjägermeisters von Braun.

Nun könnte aber der Herzog in eine solche aus dem Grunde, aus welchem

Hannover eine Bestrafung des Herrn von Braun verlange, nie einwilligen, ohne dadurch stillschweigend anzudeuten, daß er selbst nicht das Recht gehabt hätte, den Grafen von Münster zu fordern, — eine Idee, welche ungedenkbar sei. Außerdem werde es Niemanden entgehen, daß, wenn Jemand für ein Verbrechen bestraft werden solle, ein Verbrechen und vor Allem ein Verbrecher vorhanden sein müsse. Könnte jemals das Prädicat Verbrechen auf ein Duell oder auf Personen, die auf solche Weise der Ehre genügen, angewandt werden, so müßte sich dasselbe auf die ehrliebendsten und eben deshalb achtungswerthesten Individuen beziehen, — eine Beziehung, in der Niemand eine neue ganz ausgezeichnete Beleidigung des Herzogs verkennen könne.

Die von Hannover angedeutete Reservative, daß, wenn der König die in Anspruch genommenen Rechtsbefugnisse auf bundesverfassungsmäßigem Wege nicht zugestanden, erhalten würde, derselbe versucht sein könnte, seine eigene Macht und Gewalt eintreten zu lassen; enthalte eine Bedrohung, welche die innere Sicherheit des Bundes gefährde, und von der es kaum glaublich sei, daß sich die hohe deutsche Bundesversammlung solche gefallen lassen könne. Von herzoglich braunschweigischer Seite hege man nur den Wunsch, daß vor dem Richterspruche die gegenseits erhobenen Beschwerden genau erörtert würden, und daß für diesen Zweck die bis jetzt allein vorhandene competente Gerichtsbehörde in Activität trete.

Alle Schritte, welche der Herzog auf einem andern als dem einzig recht- und geseglichem Wege abgenöthigt, oder durch Willkür abgedrungen werden könnten, — möge diese Proceedur nun unter der Bezeichnung eines politischen oder irgend eines andern eben so ungesetzmäßigen als außerordentlichen Weges geschehen, — erkläre der Herzog durch seine Verwahrung vor der Bundesversammlung nicht nur in ihrer Entstehung, sondern auch in Beziehung auf eine mögliche künftige Ausführung für null und nichtig und als mit seinem Willen und seinen Ansichten im greßten Widerspruche, und wolle sich durch diese feierliche Protestation dagegen im Voraus besonders verwahrt wissen.

Der Herzog hätte leider in der von Hannover übergebenen Klage neue Kränkungen und Beleidigungen in großer Zahl finden müssen.

Nur einige derselben, und zwar nach ihrer Reihenfolge, würden davon den Beweis liefern.

A. Bediene sich die Beschwerdeschrift gleich in ihrem Eingange der harten Ausdrücke: „Schmähungen, Verunglimpfungen und öffentliche Beleidigungen“, ungeachtet daß solches dem Herzog weder beigemessen, noch viel weniger ihm werde erwiesen werden können.

B. Heiße es, (Seite 138) „daß Seine herzogliche Durchlaucht in einem Wahne ständen, welcher vernünftigerweise nicht gedenkbar sei, also in einem unvernünftigen Wahne.“

C. Werde gesagt, daß der Herzog es gewagt, ein mit der Fürstenwürde unvereinbares und unter allen Umständen verwerfliches Verfahren eintreten zu lassen, und daß in solcher Beziehung mehrere Ausfälle stattgefunden.

D. Werde (Seite 152) die Münstersche Schrift von dem Könige neuerdings anerkannt und zur Staatschrift erhoben, nicht anders, als ob gegen den Herzog hierdurch nochmals die in derselben bereits zugezogenen nachstehenden Beleidigungen hätten alle wiederholt werden sollen:

1) so kündige sich die Münstersche Schrift gleich auf ihrem Titelblatte als

- eine Widerlegung der ehrenrührigen Beschuldigungen Seiner herzoglichen Durchlaucht an;
- 2) erkläre man, Seiner herzoglichen Durchlaucht über das Wagen und die äußerste Unbedachtsamkeit Ihres Verfahrens die Augen öffnen zu wollen;
 - 3) der Herzog wolle sich in seiner unglücklichen Laufbahn nicht aufhalten lassen;
 - 4) werde behauptet, Seine herzogliche Durchlaucht hätten durch Ihr Verfahren Ihre Ehre und Ihren guten Namen verschert und Höchstdieselben würden erinnert, daß die Keinheit der Ehre ein Gut sei, welches dem größten Herrscher, wie dem geringsten Unterthan theuer sein müsse, und keinen Flecken dulde;
 - 5) der Herzog sei undankbar;
 - 6) es werde versichert, daß ein Fall, wie er sich zwischen Seiner herzoglichen Durchlaucht und dem Könige von Hannover darstelle, eben so wenig hätte vorausgesetzt werden können, als einst die Gesetzgeber einer berühmten griechischen Republik eine Strafe für den Vaternord bestimmt hätten, weil solches Verbrechen für unmöglich gehalten sei;
 - 7) es werde gesagt: Seine Majestät hätten Seiner Durchlaucht eine Beleidigung nicht ungestraft hingehen lassen wollen;
 - 8) man mache Seiner herzoglichen Durchlaucht den Vorwurf, daß Höchstdieselben Ihre Fehler nicht einsehen und bereuen wollten;
 - 9) daß Sie zu Ihrer Nachsicht gegen den Geheimen Rath von Schmidt Werkzeuge zu finden bemüht gewesen wären;
 - 10) von Launen Seiner Durchlaucht sei zu verschiedenen Malen die Rede;
 - 11) der Herr Herzog habe sich über alle Mäßigung hinausführen lassen;
 - 12) bosshafte und schlecht erfommene Beschuldigungen würden Seiner Durchlaucht Schuld gegeben;
 - 13) dasselbe lange Gerede und dieselbe Verwirrung der Begriffe herrsche auf jeder Seite einer Schrift, von welcher behauptet werde, daß sie von Seiner herzoglichen Durchlaucht ausgegangen;
 - 14) mehrfach werde erwähnt, dies oder jenes sei etwas die schwärzeste Undankbarkeit Uebertreffendes;
 - 15) man werfe die Frage auf: ob das Aufgestellte nicht hinreiche, den Gegner schamroth zu machen;
 - 16) Seine Durchlaucht erlaube es sich, einen Mann, wie den v. Schmidt, anzuklagen;
 - 17) man könne das vom Herzog Gesagte nicht hingehen lassen, ohne dessen Unwahrheit vollständig zu beweisen;
 - 18) Seine herzogliche Durchlaucht hätten sich an Niemanden als an sich selbst zu halten, wenn die Sorgen Ihrer Erzieher ohne Erfolg gewesen sein sollten;
 - 19) man würde für immer zu seinen beunruhigenden Neigungen geschwiegen haben, welche der Herzog schon so frühzeitig in seiner Jugend an den Tag gelegt habe, wenn nicht gerade diese Neigungen mit den unbefonnenen Rügen des Herzogs im genauesten Zusammenhange ständen;
 - 20) es werde gefragt, wie es sich Seine herzogliche Durchlaucht hätten können einfallen lassen, dies oder jenes zu thun;

- 21) man beschliesse hier- oder damit einen Theil der Widerlegung der gewagtesten und gehässigsten Klagen Seiner Durchlaucht;
- 22) man solle den Ton bemerken, in welchem Seine Durchlaucht über eine Sache redeten und ob dieselben Sich nicht hier oder daran erinnern wollten;
- 23) Seine Durchlaucht hätten nicht die Gnade gehabt anzugeben, warum dies oder jenes hätte geschehen müssen, aber zum Ersatz dafür erhalte man die schöne Lehre über die Rechte eines Fürsten;
- 24) Welch' ein Schluß! — Alles dies sei falsch! — Vergesse Seine Durchlaucht! Erinnere Sich Seine Durchlaucht! Sollte man es glauben! — Seine Durchlaucht werden wohl nicht läugnen! Wer nur die geringste Kenntniß habe, werde es nicht läugnen wollen! — und ähnliche Ausrufungen finde man beinahe auf jeder Seite der Münsterschen Schrift;
- 25) es sei unmöglich, mehr Widersinniges in einem Satz zusammen zu häufen, als Seine Durchlaucht gethan; aber man habe zu wenig Menschenverstand gehabt, um den Widersinn einzusehen;
- 26) der Herzog Erich der Jüngere von Braunschweig werde als ein unerfahrener Jüngling bezeichnet, und Seine herzogliche Durchlaucht mit demselben in Parallel gestellt;
- 27) alle Augenblicke sei von einer beunruhigenden Neigung und Richtung Seiner Durchlaucht die Rede (die aber nirgends durch die geringsten Facta bestätigt, und noch viel weniger überhaupt bewiesen werde);
- 28) eine Zusammenkunft des Königs mit Seiner Durchlaucht habe Zweifel des Erstern über den Letztern keineswegs gehoben;
- 29) wie der Herzog so habe handeln können, als er es gethan, sei eben so unbegreiflich als unverzeihlich;
- 30) an den übel begründeten Klagen Seiner Durchlaucht seien Höchstdieselben allein Schuld;
- 31) die Klagen Seiner Durchlaucht seien mit der Wahrheitsliebe abgeseift, die in Ihren schriftstellerischen Versuchen überall zu Tage läge, und auf Höchstdieselben passe die Fabel mit dem Wolf und dem Lamm;
- 32) die von der braunschweigischen Regierung dem Bundestage früher zu übergeben beabsichtigte Beschwerdeschrift, werde ein anstößiges Nachwerk heißen, welches von schmähenden, lächerlichen Behauptungen und grundlosen Klagen wimmle, und in welchen Seine herzogliche Durchlaucht mit unbegreiflicher Unbedachtsamkeit Sich Etwas herauszunehmen hätten begehren lassen, dessen Unwahrhaftigkeit am Tage läge, man wolle Sich selbst und dem Leser den Stel ersparen, welchen es erregen würde, einen Auszug dieses die schwärzeste Undankbarkeit übertreffenden Nachwerks zu liefern;
 die Schrift selbst gebe einen auffallenden Beweis von der Ungeschicklichkeit ihres Verfassers;
- 33) der verstorbene Herzog sei zu weise gewesen, um zeitige und erfolglose Schritte zu thun; Seine jetzt regierende Durchlaucht ließe Sich aber aus solchen Gründen von nichts abhalten, ja, Höchstdieselben besäßen eine solche Leichtigkeit in dergleichen, daß man noch ganz andere Dinge von Höchstdemselben erwarten könne;

- 34) dann werde (Seite 88) behauptet, daß es von herzoglich braunschweigischer Seite gelogen sei, wenn man sage, daß der Gehalt des Herrn von Schmidt verdoppelt worden, daß man sich aber kein Gewissen daraus mache, dergleichen unwahre Behauptungen vorzubringen.

Wer sollte wohl nicht einer solchen Versicherung eines Ministers in einer officiellen Schrift von Glauben schenken, zumal wenn sie, wie hier, mit so beleidigenden Ausfällen auf den Gegner begleitet sei? Dennoch reiche ein einziger Blick auf die bekannte und unter Anlage A. angeschlossene Denkschrift hin, um das Gegentheil von dem zu beweisen, was Graf von Münster vorbringe;

- 35) ferner sage die Münstersche Schrift, Seine herzogliche Durchlaucht, (welche hier mit dem Namen eines Schreibers bezeichnet würden) hätten Selbst gefühlt, wie unschicklich es sein würde, diese oder jene Klage auszusprechen; und endlich
- 36) die für Hannover ausbedungenen Vortheile, welche den Neid des Herzogs erregten, beruhten auf Gründen u. s. w.

E. Werde Seite 152 der hannöverschen Beschwerdeschrift von dem angeblichen Vernehmen Seiner Durchlaucht geschrieben und dieses mit dem beleidigenden Beiworte auffallend bezeichnet.

F. Würden Seite 153 und 154 der hannöverschen Beschwerdeschrift angebliche Zeugnisse des Generals von Arentschild beigelegt.

Abgesehen nun von den Beleidigungen, welche, als von dem 2c. Arentschild selbst ausgehend, in jenen Attestaten gegen den Herzog enthalten sei, so werde es nicht in Abrede gestellt werden können, daß unter den vorwaltenden Verhältnissen die Beibringung jener Urkunden von Seiten der königlich hannöverschen Regierung die unverkennbare Absicht, den Herzog von Neuem verunglimpfen zu wollen, zu Tage lege.

Vor Allem involvire das heimlich dem Geheimen Rathe von Schmidt ertheilte Dienstversprechen und dessen Entfremdung aus herzoglich braunschweigischem Dienste eine Beleidigung des Herzogs. So wie in gleichem Maasse die Aufnahme und Dienstanstellung des 2c. von Schmidt eine öffentliche ausgezeichnete Verhöhnung der von Braunschweig ausgegangenen Maßregeln enthalte.

Es sei einleuchtend, daß dem Könige keine Genugthuung gebühren könne, theils, weil ein solcher Anspruch nach den früheren Deductionen auf rechtlichem Grunde nicht beruhe, theils aber, weil, wenn er auch wirklich gekränkt sein könnte, sich via facti jede ihm zukommende Satisfaction zehnfach selbst genommen hätte. Wenn nun gerade um deswillen auch die Anträge der hannöverschen Klage zurückgewiesen werden müßten, so sei es der Herzog allein, welchem für die eclatantesten empfindlichsten Beleidigungen, öffentlichen Beschimpfungen und Rechtskränkungen eine Genugthuung gebühre, und welche um so zuversichtlicher den Schutz und die Vertretung der Bundesversammlung in Anspruch nähmen, als ihm für die erlittenen Unbilden bis jetzt auch nicht die mindeste Satisfaction geworden sei.

G. Spreche die hannöversche Beschwerdeschrift Seite 155 von einem lebensgefährlichen Attentate, welches gegen den Grafen von Münster auf dessen Landhause unweit London gerichtet gewesen sein soll. Es sei hierüber bereits das Nöthige bemerkt worden, und es erübrige daher nur, den Antrag zu wiederholen, daß eine Beleidigung solcher Art nicht ungeahndet bleibe. Der Herzog

erwarte dieserhalb eine genügende, vollkommen satisfacirende Erklärung Seiner Majestät.

H. Sei in der hannöverischen Beschwerbeschrist ein Vorgeben, welches dadurch den Anschein einer beleidigenden Verläumdung gewinne, daß es zu einer Zeit officiell und öffentlich vorgebracht werde, zu welcher Hannover die braunschweigischer Seits abgegebene Erklärung nicht unbekannt sein konnte, daß die Herausforderung des Herrn von Braun nicht auf ausdrücklichen Befehl des Herzogs geschehen sei.

I. Die Herausforderung des Grafen Münster durch den Herzog werde indirect ein Verbrechen genannt. Es liege wohl in der Natur der Sache, daß auf dem Standpunkte des Herzogs zu dem des Königs von Hannover durch diese Bezeichnung nicht leicht eine stärkere Beleidigung erlitten und zugesügt werden könnte. —

Schließlich bleibe nur noch der Beleidigungen zu erwähnen, welche von Seiten des Königs von Hannover dem Herzog dadurch zugesügt worden seien, daß Seine Majestät unter dem Scheine und der Form eines angeblichen Rechts öffentlich in der Bundesversammlung Anträge überreicht, welche keinen andern Zweck hätten, als den Herzog zu Schritten zu vermögen, welche mit seiner Regentenwürde und Ehre ganz unverträglich seien, und zwar aus dem Grunde, weil der König dem Herzoge alle die vorstehenden ausnehmenden Beschimpfungen theils selbst zugesügt hätte, und theils hätte zufügen lassen.

Behtes Kapitel.

Verhandlungen an der Bundesversammlung. (Fortsetzung.) Commissions-Gutachten.

Commissions-Gutachten, verfaßt vom Freiherrn von Blittersdorff, erstattet vom Freiherrn von Lerchenfeld*).

Bei einer nähern Prüfung dieser Angelegenheit drängte sich dem Ausschusse sofort die Ueberzeugung auf, daß es unthunlich sei, die ganze Masse der aufgeworfenen Streitfragen und der verschiedenen von beiden Seiten versuchten Rechtsausführungen ihrem innern Gehalte nach einzeln und umständlich zu erörtern. Es schien ihm einleuchtend, daß, um zu einer klaren Uebersicht des Ganzen zu gelangen, es nothwendig sei, sich streng an das zur Sache Gehörige zu halten, und Alles zu entfernen, was zur Prüfung der beiderseitigen Beschwerden und zur Begründung der von dem Ausschusse zu stellenden Anträge nicht unumgänglich nothwendig sei. Indem der Ausschuss sich dieser Arbeit unterzog, wurde er von selbst auf die Hauptgesichtspunkte geleitet, unter welche die dahier angebrachten Beschwerden zusammengefaßt werden. —

A. Competenz des Bundes.

Seine königlich großbritannisch-hannöversiche Majestät beschwerten sich in Ihrer Eigenschaft als König von Hannover bei dieser hohen Versammlung darüber: daß Allerhöchstdie von Ihrem gewesenen fürstlichen Mündel, Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig, Verunglimpfungen und öffentliche Beleidigungen mancher Art und in mancher Form gegen Ihre allerhöchste Person und vormundschaftliche Verwaltung, so wie gegen die mit dieser zunächst beauftragt gewesenen ersten Staatsdiener hätten erfahren müssen; daß Seine Durchlaucht, selbst während der von den beiden allerhöchsten Höfen von Wien und Berlin eingeleiteten Vermittlungsverhandlungen, nicht aufgehört hätten, neue Beleidigungen gegen Seine Majestät in der Person Ihrer Staatsdiener zu häufen, und daß zuletzt Verfolgungen eingetreten seien, welche mit der Ruhe und Sicherheit des deutschen Staatenbundes unverträglich seien; daß Seine Majestät sich hierdurch gezwungen sähen, die Hülfe der hohen Bundesversammlung in Anspruch zu nehmen, nicht nur, um volle und schnelle Genugthuung für die Allerhöchstdie auf directe und indirecte Weise zugefügten

*) Der König von Baiern hatte speciell den Wunsch ausgesprochen, daß sein Gesandter am Bundestage das Gutachten erstatten möge. Er wollte sich den König von England verbindlich zu machen suchen — für andere Fälle.

schweren Beleidigungen, sondern zugleich um Schutz und Sicherheit gegen Verfolgungen zu erlangen, welche die Ehre, die persönliche Sicherheit und sogar das Leben Ihrer Unterthanen und ersten Staatsdiener gefährden.

Seine Majestät fügen hinzu, daß die Progression der Unternehmungen an Seine Durchlaucht jeden Augenblick den Punkt erreicht haben können, daß Allerhöchstdie, ohne eine von Seiten des deutschen Bundes eingetretene Prävention in einer solchen Lage auf Ihre eigenen Mittel sich beschränkt sehen, um wenigstens zu verhindern, daß nicht ein passives Dulden unvermeidliche Folgen herbeiführte, welche nachher nicht wieder aufzuheben wären. —

Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig führen Ihrerseits Beschwerde über persönliche Beleidigungen, welche Höchsthohen durch die auf Befehl Seiner Majestät des Königs von Hannover von dem königlichen Cabinetsminister Grafen von Münster verfaßte Staatschrift, sowie durch die dahier übergebene königlich hannöversische Beschwerdeschrift zugefügt worden seien, und verlangen hierfür gleichfalls volle Genugthuung. Nebstdem wollen Sie, daß diese hohe Behörde die Auslieferung des geheimen Raths v. Schmidt-Phisfeld bewirke, Ihre Mißbilligung wegen Verlängerung der vormundschaftlichen Regierung über das Herzogthum Braunschweig, so wie wegen der unterm 25. April 1820 vollzogenen neuen Landschaftsordnung ausspreche, und endlich, daß der durchlauchtigste deutsche Bund die geeigneten Maaßregeln ergreife, um Seine herzogliche Durchlaucht gegen Schritte der Gewalt und Willkür von Seiten Hannovers sicher zu stellen. — Nachdem von zwei hohen Bundessoverains die Behauptung aufgestellt worden ist, daß die innere Ruhe und Sicherheit von Deutschland nicht nur vielfach bedroht, sondern zum Theil schon wirklich gestört worden sei, kann die Competenz der hohen Bundesversammlung zur Prüfung der zu ihrer Kenntniß gebrachten Beschwerden im Allgemeinen keinem Zweifel unterliegen. Es geht diese Befugniß aus den Worten des 18. Artikels der Wiener Schlussakte hervor, wo es heißt:

„Da Eintracht und Frieden unter den Bundesgliedern ungestört aufrecht erhalten werden soll, so hat die Bundesversammlung, wenn die innere Ruhe und Sicherheit des deutschen Bundes auf irgend eine Weise bedroht oder gestört ist, über Erhaltung oder Wiederherstellung derselben Rath zu pflegen u. s. w.“

In der That ist es auch an und für sich klar, daß rein persönliche, Ehre und Würde betreffende Streitigkeiten zweier Bundes-Souverains eben so wohl die Veranlassung zur Bedrohung oder Störung der innern Ruhe und Sicherheit von Deutschland abgeben können, als sonstige Streitigkeiten unter Bundesgliedern, welche ihre Quelle in den Interessen und Rechten der Bundesstaaten haben. Man setze nur den Fall, daß dergleichen persönliche Beleidigungen zwischen zwei nicht in demselben Bundesverbande begriffenen Souverains stattfänden und man wird als gewiß annehmen müssen, daß die persönliche Ehre und die Würde des Regenten von den betreffenden Staaten als ein Ihnen angehöriges heiliges Gut betrachtet und mit allen ihnen zu Gebote stehenden völkerrechtlichen Mitteln, daher auch im äußersten Falle durch Gewalt der Waffen vindicirt werden würde. Was aber außerhalb des Bundes zu solchen Resultaten führen kann, würde auch im Bunde als möglich gedacht werden müssen, wenn nicht in der Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit und in der Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit von Deutschland der Hauptzweck des Bundes bestände, und hierdurch die Competenz des Bundes zur Ver-

hinderung des Kriegszustandes zwischen den Bundesgliedern auf das vollständigste begründet wäre. (Art. 1 der W. Schl. Akte.)

Hiervon verschieden ist aber die Frage, in wie fern die Anwendung der im Allgemeinen unbedenklich zuzugebenden Competenz des Bundes in dem gegenwärtigen Falle auch noch durch besondere bundesgesetzliche Bestimmungen gesichert erscheine.

Von königl. hannöverscher Seite beruft man sich zu dem Behuf auf die Art. 18 und 19, so wie auf die Art. 36 und 37 der Wiener Schlussakte und nimmt die direkte Entscheidung des Bundes in Anspruch; herzoglich braunschweigischer Seits hingegen wird auf Eröffnung des Austrägalverfahrens in Gemäßheit des Art. 11 der Bundesakte und Art. 21 seq. der Wiener Schlussakte angetragen und gegen jede unmittelbare Entscheidung des Bundes wiederholt und auf das Feierlichste protestirt.

Der Ausschuß konnte sich jedoch nicht überzeugen, daß in den erwähnten Artikeln die ausreichenden bundesgesetzlichen Mittel zur Anwendung der Competenz des Bundes zu finden seien. Es sei ihm erlaubt, diese Ansicht etwas näher auszuführen.

Der Art. 18 der Wiener Schlussakte giebt der hohen Bundesversammlung, wie vorhin bemerkt, zwar das Recht zur Berathung über die vorliegenden Beschwerden; die zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit von Deutschland geeigneten Beschlüsse sollen aber „nach Anleitung der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen“ gefaßt werden.

Angenommen daher, daß die innere Ruhe und Sicherheit von Deutschland in dem gegenwärtigen Falle bedroht oder gestört wäre, so würde nicht sowohl der Art. 18, als eine der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zur Anwendung kommen müssen.

Der Art. 19 setzt nun fest:

„Wenn zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten zu besorgen oder wirklich ausgebrochen sind, so ist die Bundesversammlung berufen, vorläufige Maßregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthülfe vorgebeugt und der bereits unternommenen Einhalt gethan werde. Zu dem Ende hat sie vor Allem für Aufrechthaltung des Besitzstandes Sorge zu tragen.“

Der Ausschuß hat sich durch Allegirung dieses Artikels aufgefordert gesehen, genau zu prüfen, in wie fern von der einen oder der andern Seite die Ergreifung von vorläufigen Maßregeln, um jeder Selbsthülfe vorzubeugen und insbesondere um den Besitzstand aufrecht zu erhalten, beantragt worden sei; er sieht sich aber zu dem Geständniß gezwungen, daß es ihm unmöglich war, irgend einen der sowohl von Hannover als von Braunschweig gestellten Anträge in diesem Sinne anzulegen.

Seine Majestät der König von Hannover verlangen Genugthuung für die Ihnen zugefügten Beleidigungen, Allerhöchste wollen die Bestrafung eines längst consumirten Attentats, und nehmen überall nur eine Entscheidung in der Hauptsache, mithin die definitive Erledigung des ganzen streitigen Verhältnisses in Anspruch. — Ähnliche Anträge, die sich lediglich auf die Vergangenheit beziehen, werden von Seiner Durchlaucht dem Herzog von Braunschweig gestellt, Hochdieselben, welche nebstdem in Ihrer neuesten Ausführung wiederholt, obwohl theilweise im Widerspruche mit Ihren früheren Ansichten, erklären, daß Sie die Entscheidung aller zur Sprache gekommenen Beschwerden durch eine

wohlgeordnete Austrägalinstanz beantragen, und daß Sie sogar dagegen protestiren müßten, wenn in dieser Angelegenheit irgend eine directe Entscheidung des Bundes erfolgte.

Der Ausschuß hält sich demnach zur Annahme berechtigt, daß Seine Majestät der König von Hannover sowohl, als Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig den von Ihnen in Anspruch genommenen Schutz des Bundes nicht in Ergreifung vorläufiger von keiner Seite beantragter Maßregeln, sondern eben nur in der definitiven bundesgesetzlichen Erledigung des ganzen Streitverhältnisses zu finden geneigt sind. — Hierüber kann um so weniger Zweifel obwalten, als Seine Majestät der König von Hannover ausdrücklich erklärt haben, daß Allerhöchste auf die Anwendung der in Ihre Hände gelegten völkerrechtlichen Mittel in der Voraussetzung verzichten, daß der deutsche Bund die Möglichkeit besitze, Ihren gerechten Beschwerden ein genügendes und baldiges Ziel zu setzen. — Wenn nun Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig gleichzeitig wiederholt und auf das bestimmteste versichern, daß Höchste weder den Willen noch die Macht hätten, um angreifend gegen Seine Majestät den König von Hannover zu verfahren und daß Sie nichts verlangten, als daß Ihnen Ihr Recht auf bundesverfassungsmäßigem Wege zu Theil werde, so ist der im Art. 19 der Wiener Schlußacte bezeichneten Selbsthülfe auf das vollständigste vorgebeugt, sobald die hohe Bundesversammlung der von beiden Seiten ausgesprochenen Voraussetzung durch bundesgesetzliche Entscheidung der Hauptsache entspricht.

Wenn aber keineswegs die Ergreifung vorläufiger Maßregeln, sondern die definitive und gründliche Erledigung eines hier unzweifelhaft vorliegenden Streites zweier deutschen Bundesglieder, beantragt wird, so würde es sich nur noch fragen können, in wie fern der Art. 11 der Bundesacte und Art. 21 u. ff. der Wiener Schlußacte hier zur Anwendung kommen können. — Der Ausschuß ist nun des Dafürhaltens, daß solche rein persönliche, Ehre und Würde betreffende Streitigkeiten zweier Bundes-Souveraine niemals Gegenstand eines austrägalgerichtlichen Verfahrens abzugeben vermögen. Es ist augenscheinlich, daß dieser Fall in der gesammten Bundesgesetzgebung durch besondere ausdrückliche Bestimmung nicht vorgesehen worden ist. Die deutschen Bundes-Souveraine werden überall nur als die natürlichen Repräsentanten der Bundesstaaten, nirgends aber als Individuen genannt und als solche der Bundesgesetzgebung unterworfen. Schon der Art. 1 und 2 der Wiener Schlußacte sprechen diese Wechselbezeichnung auf das Unzweifelhafteste aus, indem sie den deutschen Bund als einen völkerrechtlichen Verein der deutschen souverainen Fürsten und freien Städte, zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten und zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands, bezeichnen, und hinzufügen, daß dieser Verein in seinem Innern als eine Gemeinschaft selbständiger, unter sich unabhängiger Staaten bestehe.

Noch deutlicher erhellt dies aus Art. 21 und folgende der Wiener Schlußacte und dem hierdurch bedingten Verfahren.

Nach Art. 22 steht dem zur Austrägalinstanz bestellten obersten Gerichtshofe eines Bundesstaates die Entscheidung des Streites in allen seinen Haupt- und Nebenpunkten uneingeschränkt und ohne alle Einwirkung der Bundesversammlung oder der Landesregierung zu. Bei dieser Entscheidung, hat sich das Austrägalgericht nach dem Bundesbeschlusse vom 16. Juni 1817 zu richten. (Art. 21.) Hierin ist gesagt, daß das Erkenntniß in der Hauptsache selbst,

in Ermangelung besonderer Entscheidungsquellen, nach den in Deutschland hergebrachten gemeinen Rechten erfolgen soll. Diese Bestimmung hat durch Art. 23 der Wiener Schlußacte die Erläuterung erhalten, daß, wo keine besondern Entscheidungs-Normen vorhanden sind, das Austrägalgericht nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben Art vormalig von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, insofern solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, zu erkennen habe.

Die besondern Entscheidungsquellen, das in Deutschland hergebrachte gemeine Recht, und die von den vormaligen Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, wonach die nunmehr souverainen Fürsten Deutschlands in ihren rein persönlichen, Ehre und Würde betreffenden Beziehungen irgend einem Richtersprüche unterworfen werden könnten, sind aber nirgends ersichtlich.

Der Ausschuß glaubt, aus tiefer Ehrfurcht vor den geheiligten Personen der deutschen Bundes-Souveraine sich einer weiteren Ausföhrung dieses Satzes enthalten zu sollen. Die hohe Bundesversammlung wird zuverlässig das gleiche Gefühl theilen, wenn dieselbe erwägt, welche Resultate bei persönlichen Beleidigungen zweier Souveraine eine von dem gemeinen unter Privaten gültigen Recht entnommene Entscheidung eines zur Austrägalinstanz erwählten Civilgerichts ergeben würde.

Auch möchte nicht zu übersehen sein, daß ein solches austrägalgerichtliches Verfahren nur zur Verlängerung, wo nicht zur Veremigung des Streites, mithin zur steten Bedrohung der innern Ruhe und Ordnung von Deutschland dienen könnte, und daß es daher im vollsten Widerspruche mit dem grundgesetzlich ausgesprochenen Zwecke des Bundes stehen würde.

Die Art. 36 und 37 der Wiener Schlußacte könnten endlich nur alsdann in ihrem vollen Umfange zur Anwendung kommen, wenn ein fremder Staat als solcher über eine von einem Bundesglied ihm widerfahrne Verletzung Beschwerde geführt und diese gegründet befunden worden wäre.

Da inzwischen dieser Fall hier nicht vorliegt, so möchte das bundesgesetzliche Verfahren auch nicht vorzugsweise aus jenen Bestimmungen abgeleitet werden können, wiewohl die hohe Bundesversammlung nicht aus den Augen verlieren dürfte, daß einerseits die Person Seiner Majestät des Königs von Hannover nicht von der Majestät des Königs von Großbritannien und Irland getrennt werden kann, andererseits aber durch mehrerwähnten Artikel 36 allen Bundesgliedern die Verpflichtung auferlegt worden ist, keinen Anlaß zu Verletzungen durch auswärtige Staaten zu geben, noch diesen, solche zuzufügen.

Wenn sich demnach aus nachstehender Prüfung ergeben sollte, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig Seine Majestät den König von Hannover persönlich verletzt haben, so würde hieraus folgen, daß Höchste der im Art. 36 ausgesprochenen Verpflichtung zuwider gehandelt haben, und die hohe Bundesversammlung würde daher auch unaufgefordert das Recht haben, das Gewicht dieses Grundes in die Waagschale der Entscheidung zu werfen.

Insofern nun der vorliegende Streit als eine innere Angelegenheit des Bundes betrachtet werden muß, ergiebt sich aus vorstehender Prüfung, daß über die Art und Weise, wie die Competenz des Bundes zur Anwendung zu bringen sei, keine speciellen bundesgesetzlichen Bestimmungen vorhanden sind. Dies kann indessen den Bund der Verpflichtung nicht entheben, dem ihm grundgesetzlich vorgeschriebenen Bundeszwecke nachzukommen. — Es würde solches schon dar-

aus hervorgehen, daß der Bund überhaupt als solcher nicht bestehen könnte, wenn er nicht die Möglichkeit besitzen sollte, für die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit seiner Glieder Sorge zu tragen. Es läge mithin hier bereits das Gesetz der Nothwendigkeit vor.

Indessen ist dieser Fall auch ausdrücklich in der Bundesgesetzgebung vorgesehen.

Der Artikel 9 der Wiener Schlußacte sagt:

„Die Bundesversammlung übt ihre Rechte und Obliegenheiten nur innerhalb der ihr vorgezeichneten Schranken aus. Ihre Wirksamkeit ist zunächst durch die Vorschriften der Bundesacte, und durch die in Gemäßheit derselben beschlossenen oder ferner zu beschließenden Grundgesetze, wo aber diese nicht zureichen, durch die im Grundvertrage bezeichneten Bundeszwecke bestimmt.“ —

Sollte demnach aus nachstehender Prüfung der Beschwerden hervorgehen, daß von der einen oder der andern Seite wirkliche und höchst empfindliche persönliche Beleidigungen vorgenommen worden sind; daß diese Beleidigungen in ihrem Fortgange sich mehr und mehr gesteigert haben und am Ende bis zu der Höhe gediehen sind, daß ohne bundesmäßiges Einschreiten der Friede des Bundes nicht länger gesichert werden kann; sollte es somit zu Tage liegen, daß der höchste Bundeszweck nur durch eine sofortige definitive Entscheidung des ganzen streitigen Verhältnisses erreicht werden kann: so wäre auch erwiesen, daß die Pflicht und die Befugniß des Bundes zu einer solchen Entscheidung in dem so eben erwähnten Art. 9 der Wiener Schlußacte gefunden werden müsse.

Man wird sich aber mit um so mehr Recht auf diesen Artikel berufen können, als die Bundesgesetzgebung in einer Reihe von Bestimmungen die zum Bestand des Bundes unumgängliche Nothwendigkeit beurkundet, alle Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern einer definitiven Erledigung entgegen zu führen, und dadurch die Quelle des Uebels zu verstopfen.

B. Form der Entscheidung.

Da nachgewiesen ist, daß der Bund hier entscheiden könne und müsse, in so fern die angebrachten Beschwerden sich überhaupt zu einer Entscheidung aus dem Gesichtspunkte der innern Ruhe und Sicherheit von Deutschland qualificiren, daß hierfür aber in der Bundesgesetzgebung keine speciellen Normen enthalten sind, welche eine Abweichung von der gewöhnlichen für die Ziehung von Bundesbeschlüssen bestehende Regel begründen könnte, so ist an und für sich klar, in welcher Form die hohe Bundesversammlung in vorliegender Sache ihre Beschlüsse zu fassen habe. Diese kann keine andere sein, als die, welche für die Beschlusfassung im Allgemeinen als Regel aufgestellt ist.

Wenn übrigens die höchsten und hohen Bundesglieder durch die Wichtigkeit und Vielseitigkeit des Gegenstandes sich aufgefordert sehen sollten, sich mit voller Bestimmtheit hierüber auszusprechen, so konnte dies dem Ausschusse schon deshalb nur wünschenswerth erscheinen, weil Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig zum Voraus gegen jede unmittelbare Entscheidung des Bundes protestirt haben, und einer solchen Protestation zu einem Falle, wo kein früherer Vorgang vorliegt, nur durch die ausdrücklichen Erklärungen der höchsten und hohen Höfe über die bundesgesetzlich begründete Competenz der Bundesversammlung begegnet werden kann.

Der Ausschuß glaubt sich hierbei der zuversichtlichen Erwartung überlassen zu dürfen, daß Seine herzogliche Durchlaucht einem mit dieser Feierlichkeit von

Ihren Bundesgenossen gefaßten Beschlüsse nicht ferner eine Verwahrung entgegenzusetzen, sondern der von Höchsthohen übernommenen Verpflichtung, den Bundesbeschlüssen Folge zu leisten, nachkommen werden.

Was die Sache selbst betrifft, so hält der Ausschuss sie zur Entscheidung des Bundes hinreichend vorbereitet. Es handelt sich hier meist von notorischen Thatumständen, die durch die eigenen Erklärungen der hohen Betheiligten ihre vollste Bestätigung erhalten, und die daher keines ergänzenden Verfahrens bedürfen können.

C. Prüfung der Beschwerden.

- 1) Patent Seiner Durchlaucht des regierenden Herzogs von Braunschweig vom 10. Mai 1827.

Als erste und Hauptveranlassung zu den sämmtlichen so höchst bedauerlichen Differenzen zwischen zwei erhabenen Bundes-Souverainen muß das Patent Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig vom 10. Mai 1827 betrachtet werden.

Dieses Patent kann dem Ausschusse in keinem andern Lichte erscheinen, als es schon früher den vermittelnden Mächten von Oesterreich und Preußen erschienen ist.

In jenem Patente ist ausgesprochen:

- 1) daß die während der Minderjährigkeit Seiner Durchlaucht gefaßten Regierungsbeschlüsse und erlassenen Verordnungen für Höchsthöhe nur in so fern eine rechtliche Verbindlichkeit zu produciren vermögen, als nicht dadurch über wohlervorbene Regenten- und Eigenthums-Rechte disponirt worden sei;

- 2) daß die während des Zeitraums vom 30. October 1822 bis dahin 1823 von der ungesetzmäßig verlängerten vormundtschaftlichen Regierung erlassenen Verordnungen und Institutionen aus dem Grunde zu ihrer bleibenden Rechtsgültigkeit und Anwendbarkeit der speciellen Anerkennung Seiner herzoglichen Durchlaucht bedürfen, weil Höchsthöhe die Regierung Ihres Landes mit vollendetem 18. Lebensjahre übernommen hätten;

- 3) daß nichts desto weniger alle und jede Verordnungen und Bestimmungen der für die herzoglich braunschweigischen Lande bestandenen vormundtschaftlichen Regierung, ohne Rücksicht auf die Zeitperiode, in welche ihre Erlassung fällt, provisorisch fernerweit in den hierzu geeigneten Fällen in Anwendung gebracht werden sollen;

- 4) daß Seine Durchlaucht Sich jedoch vorbehalten, über die Anwendbarkeit Rechtsgültigkeit der von der bestandenen vormundtschaftlichen Regierung erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen, die desfalls erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen zu treffen.

Man fragt sich, welches der Zweck dieses Patentess sein könnte?

Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig behaupten, die Erlassung desselben sei deshalb nothwendig gewesen, um Höchsthohes Regenten- und Eigenthums-Rechte gegen verschiedene, von der vormundtschaftlichen Regierung ausgegangenen Institutionen und Verordnungen öffentlich zu verwahren, indem sonst die Welt und Ihre Unterthanen zu der Meinung hätten verleitet werden müssen, daß in Höchsthohem Stillschweigen eine Anerkennung jener Handlungen liege. Auch sei nicht nur von einseitigen Regentenhandlungen, die mithin einseitig hätten aufgehoben werden können, sondern zum Theil von solchen die Rede, durch die ein Contractverhältniß, wie z. B. mit der Landschaft, hätte begründet werden sollen, und gegen die Seine Durchlaucht hier in quadriennio restitutionis Sich hätten verwahren müssen.

Der Ausschuß vermag diese Rechtfertigung des Patentes nicht als begründet anzuerkennen. Ihm scheint es unzweifelhaft, daß selbst, wenn durch die vormundschaftliche Regierung, was er weit entfernt ist anzunehmen, den Regenten- und Eigenthumsrechten Seiner herzoglichen Durchlaucht zu nahe getreten wäre, es dennoch niemals einer Verwahrung, am allerwenigsten aber einer öffentlichen, in Form eines Patentes, bedurft hätte.

Die souveraine Gewalt ist eine in sich geschlossene, ewig fortschreitende, welche ihre Wirkung in Gemäßheit der bestehenden Verfassung und der Gesetze in jedem Augenblicke gleichmäßig zu äußern berufen ist. Sie ist die Beschützerin eines jeden Rechts und eines jeden gesetzlichen Verhältnisses im Staate. Vermöge dieser Allerhöchsthien als Vormund zustandenen souverainen Gewalt ist es nun, daß Seine Majestät der König von Hannover, der Verfassung und den Gesetzen gemäß, die Regierung über das Herzogthum Braunschweig geführt haben, und vermöge derselben souverainen Gewalt führen Seine Durchlaucht der Herzog seit erlangter Majorennität die Zügel der Regierung eben dieses Landes. Wenn Höchste Sie sich daher gegen die Regierungshandlungen der Vormundschaft verwahren, so kann diese Verwahrung nur gegen die souveraine Gewalt über das Herzogthum Braunschweig gerichtet sein. Daß eine solche Verwahrung in jeder gedenklichen Form mehr als überflüssig sei, wird keiner Ausführung bedürfen.

Seine herzogliche Durchlaucht waren und sind berechtigt, die Gesetze und die Verfassung Ihres Staates zu handhaben, und in dieser Beziehung gegen allenfallige, diesen entgegenstehende Handlungen im geeigneten Wege einzuschreiten. Diese Berechtigung ist eine unveräußerliche, von dem Regenten unzertrennbare, und es ist durchaus unthunlich, Sätze des Privatrechts hierauf zur Anwendung bringen zu wollen. Durch dieselben Gründe wird auch die Behauptung widerlegt, daß es einer restitutio in integrum nach erlangter Majorennität Seiner Durchlaucht in quadriennio habe bedürfen können.

Der Ausschuß glaubt daher, daß der Zweck des Patentes vom 10. Mai 1827 nicht der von Seiner Durchlaucht angegebene gewesen sein könne.

Eben so wenig als dieses Patent durch die Angabe, daß es eine Verwahrung der Rechte Seiner herzoglichen Durchlaucht enthalte, gerechtfertigt werden kann, dürfte ein sonstiger practischer Zweck desselben nachzuweisen sein. Es ist dadurch weder etwas geboten noch verboten, mithin keine Anordnung darin enthalten, deren Bekanntmachung und allenfallige Motivirung zur Nachachtung der Unterthanen des Herzogthums nothwendig gewesen wäre. Alle und jede Verordnungen und Bestimmungen der für die herzoglich braunschweigischen Lande bestandenen vormundschaftlichen Regierung ohne Unterschied sollen so lange in Anwendung bleiben, als Seine herzogliche Durchlaucht hierüber nicht spezielle gesetzliche Bestimmungen getroffen haben würden. Demnach hätten auch nur letztere einer Bekanntmachung und etwaigen Motivirung bedürfen können, indem es einen nicht so leicht zu lösenden Widerspruch in sich enthält, die Rechtsgültigkeit und Anwendbarkeit der während einer ganzen Regierungsperiode erlassenen Verordnungen und Institutionen theils absolut theils relativ in Zweifel zu stellen, und demnach zu gleicher Zeit den Unterthanen anzubefehlen, sich noch fernerweit nach eben diesen, der Rechtsgültigkeit und Anwendbarkeit ermangelnden Anordnungen zu achten und zu richten.

Wenn aber jenes Patent weder als Verwahrung nothwendig, noch für die Regulirung innerer Landesverhältnisse erlassen war, so kann es nur gegen Seine Majestät den König von Hannover, als gewesenen Vormund Seiner herzoglichen Durchlaucht, persönlich gerichtet sein. Seine herzogliche Durchlaucht wollten dadurch öffentlich aussprechen, daß Seine Majestät der König von Hannover die Regierung des Herzogthums Braunschweig unter dem Vorwande, daß die Mündigkeit der herzoglich braunschweigischen Regenten später als mit dem vollendeten 18ten Jahre eintrete, ein Jahr lang usurpirt, und daß Allerhöchsthie nebstdem als Vormund Seiner Durchlaucht absichtlich Regierungsbeschlüsse gefaßt und Verordnungen erlassen hätten, durch welche die vormundschaftlichen Befugnisse überschritten und wohlermorbene Eigenthums- und Regenten-Rechte Seiner herzoglichen Durchlaucht verletzt worden seien. Dieses Verfahren — zu seinem aufrichtigen Bedauern muß es der Ausschuß bekennen — läßt keine andere Auslegung zu, als daß Seine Durchlaucht beabsichtigten, Seine Majestät den König von Hannover, als Höchsthien gewesenen Vormund, auf das empfindlichste in Allerhöchsthier Ehre und Würde zu beleidigen.

Zwar wird von Seiner Durchlaucht dem Herzoge entgegengesetzt, daß es nur dann ein Recht dazu gäbe, die Absicht zu beleidigen voranzusetzen, wenn man eine Handlung begehe, zu welcher man weder befugt gewesen, noch das Recht gehabt hätte.

Gegentheils schlicße schon allein eben diese Befugniß und das Recht, die Handlung zu begehen, jede Absicht aus, beleidigen zu wollen oder beleidigt zu haben. Hiernach könnte also eine etwaige Beleidigung nur in der Unwahrheit aufgestellten Sätze liegen. Die Wahrheit der im Patente behaupteten Sätze sei nun aber durch Thatfachen und darauf basirte Actenstücke bis zur augenscheinlichen Evidenz bewiesen.

Der Ausschuß wird später Gelegenheit finden zu prüfen, in wie fern der Beweis der Wahrheit der von Seiner herzoglichen Durchlaucht aufgestellten Behauptungen dahier zulässig erscheine. Einstweilen glaubt er nur so viel bemerken zu dürfen, daß ein solcher Beweis jedenfalls da nicht ausreichen würde, wo die Beleidigung schon in der gewählten Form liegt.

Selbst wenn Seine herzogliche Durchlaucht hätten glauben können, daß es zur Aufrechthaltung Ihrer Regierungs- und Eigenthums-Rechte in quadriennio restitutionis einer Verwahrung bedürfe, so ist es doch augenscheinlich, daß es keineswegs nothwendig war, diese Verwahrung in dieser Form in einem öffentlichen Patent und so durchaus rücksichtslos auszusprechen. Es konnte unmöglich Seiner Durchlaucht dem Herzoge selbst entgehen, daß der von Höchsthien beabsichtigte Zweck sich auf einem andern weniger auffallenden Wege ebensowohl würde haben erreichen lassen, und daß es hierzu keineswegs nothwendig war, eifsten der mächtigsten und verehrtesten Monarchen Europa's vor den Augen der Welt als Usurpator fremder Regentengewalt zu bezeichnen, und einen großen Theil seiner vormundschaftlichen Handlungen, insofern selbige von Seiner Durchlaucht nicht speciell anerkannt wurden, geradezu für null und nichtig zu erklären, und auf alle übrigen schon im Voraus den Verdacht zu werfen, als seien dadurch die Eigenthums- und Souverainetäts-Rechte des Mündels verletzt worden. —

Auch fanden Seine Majestät der König von Hannover sich sofort bewogen, unter allgemeiner Zurückweisung der von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig öffentlich ausgesprochenen Behauptungen, gleichfalls öffentlich erklären zu lassen, daß Allerhöchsthie sich vorbehielten, die Schritte zu thun, welche Ihre Würde erforderten.

Zu dem Behuf nahmen Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover die Vermittelung der beiden allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin in Anspruch, welche schon früher in der Angelegenheit des Geheimen Rathes v. Schmidt-Phisfeld eingetreten war.

- 2) Schrift betitelt: „Darstellung der Verhältnisse des von Braunschweig entwichenen Geheimen Rathes v. Schmidt-Phisfeld zu der für die herzoglich braunschweigischen Lande bestandenen vormundschaftlichen Regierung u. s. w.

Während aber Seine Majestät der König hierdurch offen an den Tag legten, daß Allerhöchsthse keineswegs gesonnen seien, von Seiner Durchlaucht größere Opfer zu verlangen, als die Genugthuung für eine öffentlich zugefügte schwere Beleidigung unumgänglich erfordern, und während die nothwendigen Einleitungen getroffen wurden, um der in Anspruch genommenen Vermittelung einen günstigen Erfolg zu sichern, ließen Seine herzogliche Durchlaucht eine gedruckte Schrift an verschiedene Cabinet, Prinzen und Angestellte vertheilen, welche den Titel führt: „Darstellung der Verhältnisse des von Braunschweig entwichenen Geheimen Rathes v. Schmidt-Phisfeld zu der für die herzoglich braunschweigischen Lande bestandenen vormundschaftlichen Regierung und dem Stellvertreter derselben, Grafen von Münster, sowie im Gegenjaze zu dem herzoglich braunschweigischen Hause und der Person Seiner Durchlaucht des jetzt Herzogs.“

Diese Schrift, welche mit der projectirten, dem Bundestage aber nicht wirklich übergebenen „Beschwerdeschrift der herzoglich braunschweigischen Regierung, welche durch vielfache Rechtskränkungen von königlich hannöverscher Seite begründet ist“, mehrentheils desselben Inhalts ist, wird von königlich hannöverscher Seite ihrem ganzen Inhalte nach für eine gegen Seine Majestät den König von Großbritannien und Hannover gerichtete Verunglimpfung der ausgezeichnetsten Art erklärt, und hinzugefügt, daß alles Uebrige durch die darin gewagten Anklagen übertroffen werde:

daß, unter specieller Protection des bei der Höchsten Person Seiner Majestät stehenden Ministers, von einem braunschweigischen Geheimen Rathe der Plan entworfen und verfolgt worden sei, eine feste und dauerhafte Herrschaft über das Herzogthum zu erwerben, sollte es auch nur eine solche Stellung zu Hannover erhalten, daß es als eine Provinz dieses Staates angesehen werden müßte, und daß zu dem Behuf planmäßig eine Erziehung des Herzogs für einen permanenten Zustand der Unwissenheit und Nichtigkeit veranstaltet sei.

Aus derselben Druckschrift werden aber später noch folgende Behauptungen als besonders beleidigend herausgehoben:

daß die Verlängerung der vormundschaftlichen Regierung über das 18. Lebensjahr des Herzogs hinaus ein unrechtmäßiger Act des Rechts des Stärkern gewesen;

daß die Vormundschaft in mehreren Punkten ihre Gewalt überschritten, und absichtlich zum Nachtheile des Herzogthums gehandelt habe;

daß bei den Verhandlungen auf dem Wiener Congresse und bei dem zweiten Frieden zu Paris das Interesse Braunschweigs, und zwar größtentheils zu Gunsten Hannovers, auf eine unverantwortliche Weise vernachlässigt worden;

daß das hannöversische Ministerium in der Angelegenheit des Geheimen Raths von Schmidt-Phisfeld eine offenbar feindselige Stellung gegen die braunschweigische Regierung angenommen habe, in welcher letzter Beziehung in der projectirten Beschwerdeschrift sich ein dahin lautender Ausfall befinde:

„Der Herzog fordere die Bundesversammlung auf, den Maßregeln Hannovers Einhalt zu thun, welche dem Rechte und der guten Ordnung zuwiderliefen, welche Meineid und den Verrath begünstigten, und welche in Deutschland nicht geduldet werden könnten, ohne dessen Friede, Ehre und Glück über den Haufen zu werfen.“

Es konnte dem Ausschusse kein Zweifel darüber beivoohnen, daß die vorhin bezeichneten Schriften von Seiner Majestät dem Könige von Hannover nur als eine Erneuerung und Verstärkung der in dem herzoglichen Patente vom 10. Mai 1827 öffentlich ausgesprochenen persönlichen Beleidigungen empfunden werden mußten. Es sind darin ganz dieselben Behauptungen wieder enthalten, die oben als für Seine Majestät den König persönlich beleidigend bezeichnet worden sind, und außerdem eine Menge von Recriminationen hinzugefügt, die sich mehr oder minder auf die Person Seiner Majestät beziehen, und welche die Absicht, die frühere Beleidigung fortzusetzen und auf der einmal ausgesprochenen Ansicht zu beharren, auf das Unzweifelhafteste bekräftigen. In der That läßt sich kaum etwas Beleidigenderes denken, als die hier wiederholte und näher ausgeführte Behauptung, daß von der vormundschaftlichen Regierung der Plan entworfen worden, das Herzogthum Braunschweig zu usurpiren, und daß zu dem Behuf die Erziehung Seiner Durchlaucht des Herzogs absichtlich vernachlässigt worden sei; so wie die Behauptung, daß Seine Majestät der König von Hannover das Recht des Stärkeren gegen Seine Durchlaucht mißbraucht und absichtlich zum Nachtheil des Herzogthums gehandelt hätten;

daß Allerhöchste endlich den Meineid und Verrath in Deutschland begünstigten. —

Von herzoglich braunschweigischer Seite wird dagegen eingewendet, daß die erstgedachte Schrift keine officiële und für die Publicität bestimmte, die zweite hingegen vollends nur Project geblieben sei. —

Der Ausschuss vermag hierauf kein besonderes Gewicht zu legen, indem es für die Beleidigung genügt, daß seine Schriften als solche anerkannt sind, welche von Seiner Durchlaucht dem Herzoge ausgegangen, und daß sie mithin von Höchsthnen vertreten werden müssen. Der Umstand der größern Verbreitung der einen, und der wirklichen Uebergabe am Bundestage der andern jener Schriften, würde wohl die zugefügte Beleidigung verstärkt haben, der Mangel an derselben kann aber niemals die Beleidigung selbst, welche durch die Handlungen an und für sich begangen wurde, tilgen. —

Der Ausschuss kann es demnach ununtersucht lassen, in wie fern die Behauptung Seiner herzoglichen Durchlaucht, daß von der ersten Schrift nur zehn Exemplare unter Anempfehlung des strengsten Geheimnisses ausgegeben worden seien, gegründet ist, oder ob, wie von der königlich hannöversischen Seite behauptet wird, schon damals eine größere Verbreitung stattgefunden habe. —

Seine Durchlaucht bemerken ferner, daß jene Schrift nicht gegen Seine Majestät den König von Hannover, sondern gegen den von Braunschweig entwichenen Geheimen Rath von Schmidt-Phisfeld und gegen den Grafen von

Münster gerichtet gewesen sei. — Dieser Angabe wird durch den eben angeführten Inhalt der Schrift widersprochen. Seine herzogliche Durchlaucht greifen darin nicht einzelne Staatsdiener wegen bestimmt artikulirter ihnen allein imputablen Handlungen an, sondern Sie verbreiten sich über die Tendenz und Handlungsweise der vormundtschaftlichen Regierung im Allgemeinen, wobei, wie begreiflich, jene Männer zunächst genannt werden mußten, welche durch das Vertrauen Seiner Majestät des Königs mit der Besorgung und Leitung der Regierungsgeschäfte beauftragt waren. Auch wird Niemand behaupten wollen, daß Seine Majestät der König an der Sorge für die Erziehung des Herzogs und an der vormundtschaftlichen Verwaltung gar keinen unmittelbaren Antheil genommen, sondern beide blindlings den mehrbenannten Geschäftsmännern überlassen haben. Es muß mithin jene Schrift als gegen Seine Majestät den König gerichtet betrachtet werden.

Diese Annahme dürfte durch die eigenen Angaben Seiner herzoglichen Durchlaucht bestätigt werden. Höchstieselben versichern, bei dem Drucke und der Verbreitung dieser Schrift mit der größten Vorsicht verfahren zu sein, und sie zum Theil sogar nur auszugsweise mitgetheilt zu haben. — Willig fragt man sich, wozu diese Vorsicht und dieses ängstliche Bestreben, jene Schrift nur in wenige Seiner Durchlaucht befreundete Hände gelangen zu lassen, habe dienen sollen, wenn sie eine völlig unschuldige war und nichts Beleidigendes gegen Se. Majestät den König von Hannover enthielt? Der erhabene Monarch von Großbritannien und Hannover würde es seinem durchlauchtigsten Neffen sicher nicht verargt haben, wenn Sie gegründete Beschwerden gegen einzelne Staatsdiener Seiner Majestät vorzubringen gehabt und dieserhalb unter Beobachtung der sonst gewöhnlichen Formen reclamirt hätten.

Man kann daher aus den eigenen Angaben Seiner herzoglichen Durchlaucht mit vieler Sicherheit schließen, daß Höchstieselben sich der eigentlichen Tendenz der von Ihnen verbreiteten Schrift vollkommen bewußt waren, und daß Sie unter dem Namen des königlichen hannöverschen Cabinetsministers Grafen von Münster und des Geheimen Raths von Schmidt-Phiseldack nur Seine Majestät den König zu beleidigen beabsichtigten.

3) Einziehung der Pension des Kammerherrn von Linsingen.

Königlich hannöverscher Seits wird gesagt, Seine herzogliche Durchlaucht sei nicht dabei stehen geblieben, die legitime Gewalt der vormundtschaftlichen Regierung mit Worten herabzuwürdigen; die That sei den Worten gefolgt, und nur nach Willkür sei eine von Seiner Majestät, als Vormund des Herzogs, dem Kammerherrn von Linsingen bewilligte Pension eingezogen worden.

Seine herzogliche Durchlaucht erwidern hierauf, daß die vormundtschaftliche Regierung nicht die Befugniß gehabt habe, eine solche Pension zu verleihen, und daß Höchstie daher, besonders da von Linsingen niemals braunschweigischer Diener gewesen sei, und noch jetzt zum Hofstaate Seiner königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland gehöre, auch die Pension an und für sich niemals verdient habe, zur Einziehung derselben vollkommen berechtigt gewesen seien.

Der Ausschuß glaubt, die Rechtsfrage hier ununtersucht lassen zu sollen. Er will selbst nicht einmal erwägen, in wie fern Seine herzogliche Durchlaucht nicht wenigstens durch Gründe der Billigkeit hätten bestimmt werden können, Ihrem gewesenen Erzieher die von Höchstihrem königlichen Vormunde ausgeworfene mäßige Pension zu belassen und dadurch jene Rücksichten zu bekräftigen, die in allen souverainen fürstlichen Häusern gegen die Erzieher der Prinzen ge-

nommen zu werden pflegen. Er will annehmen, daß Seine herzogliche Durchlaucht jenen Schritt eben sowohl vor Ihrem eigenen Gefühle, als nach der Strenge des Rechts zu vertreten vermögen, und dennoch muß er die Behauptung aufstellen, daß auch in diesem Falle die Einziehung der Pension des Herrn von Linsingen unter den gegebenen Verhältnissen nicht erfolgen konnte, ohne daß sie von Seiner Majestät dem Könige als Beleidigung empfunden werden mußte. — Es darf nicht übersehen werden, daß Herr von Linsingen die gedachte Pension noch vier Jahre nach erlangter Majorität Seiner herzoglichen Durchlaucht ungestört bezog, was schwerlich geschehen sein würde, wenn Höchstdieselben nur eine ohne hinreichenden Titel verliehene Pension hätten einziehen wollen und keine persönliche Beziehung hineingelegt hätten. Wenn nun Seine Durchlaucht der Herzog vollends diese Maßregel gerade in dem Moment ergriffen, wo Höchsthre persönlichen Streitigkeiten mit Seiner Majestät dem Könige von Hannover zum vollen und öffentlichen Ausbruch kamen, wenn das hierüber erlassene Decret vom 5. Mai 1827, das Commissorium der später zu erwähnenden Untersuchungscommission gegen den Geheimen Rath von Schmidt-Phiselled vom 3. Mai desselben Jahres datirt ist, so ist nicht wohl in Abrede zu stellen, daß Seine herzogliche Durchlaucht in der Person des Herrn von Linsingen Höchsthren gewesenem königlichen Vormund kränken wollten, indem die Einziehung der Pension des Herrn von Linsingen in dem damaligen Zeitpunkte keine andere Deutung zuläßt, als diejenige, daß Seine Majestät der König von Hannover die Ihnen als Vormund obgelegene Sorgfalt in der Auswahl der Erzieher Seiner herzoglichen Durchlaucht vernachlässigt hätten.

Wenn jedoch von königlich hannöverscher Seite darauf hingedeutet wird, daß die hohe Bundesversammlung dafür Sorge zu tragen haben werde, daß die dem Kammerherrn von Linsingen entzogene Pension demselben wieder restituirt werde, so vermag der Ausschuß dieser Ansicht nicht beizustimmen. — In dieser Beziehung würde die Competenz des Bundes nur alsdann begründet werden können, wenn eine Justizverweigerung abgewiesen wäre, was aber bis jetzt nicht geschahen ist.

4) Verfolgung des Geheimen Rathes v. Schmidt-Phiselled.

Mit besonderer Wichtigkeit ist von beiden theilnehmenden Regierungen die Angelegenheit des Geheimen Rathes von Schmidt-Phiselled behandelt.

Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover führen im Wesentlichen aus, daß der Geheime Rath v. Schmidt-Phiselled nur deshalb von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig verfolgt worden sei, weil Höchstdieselben in dem Diener die vormundschaftliche Regierung und mithin die Person des Allerdurchlauchtigsten Vormundes selbst hätten vor Gericht ziehen und symbolisch verurtheilen lassen wollen; daß hierin die Rechtfertigung aller der Schritte liege, welche von Seiner Majestät vorgenommen worden seien, um die Person des Geheimen Rathes v. Schmidt-Phiselled vor den Verfolgungen Seiner herzoglichen Durchlaucht zu schützen, und seine so hart an-gegriffene Ehre zu retten; daß Seine Durchlaucht hierdurch Seine Majestät den König auf das Empfindlichste beleidigt und diese Beleidigung noch durch die am Bundestage angebrachte Beschwerde gesteigert hätten.

Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig behaupten dagegen, daß Höchsthre den Geheimen Rath v. Schmidt-Phiselled keineswegs in der Absicht verfolgt hätten, um in seiner Person die vormundschaftliche Regierung vor Gericht zu ziehen, sondern deshalb, weil ihm verschiedene Verbrechen, insbesondere

aber Vorenthaltung von Dienstpapieren, Eidbruch und Verletzung der Dienst- und Unterthanenpflichten zur Last fielen, wofür er als noch nicht entlassener herzoglich braunschweigischer Diener stets Rede und Antwort zu stehen habe. Nebstdem hätten Seine Durchlaucht das Recht, von dem Geheimen Rath v. Schmidt-Phiselled Auskunft und Rechenschaft über die ihm anvertraut gewesenen Geschäfte zu verlangen und Seine Majestät der König könnten daher in den gegen denselben angeordneten Maßregeln keine Beleidigung erblicken, wohl aber müßten Seine herzogliche Durchlaucht Sich dadurch beschwert erachten, daß man Sie hindert, von Ihren Befugnissen gegen einen Ihrer Unterthanen und Staatsdiener Gebrauch zu machen, indem man königlich hannöversischer Seits die Erfüllung von Staatsverträgen, insbesondere des vom 8. Januar 1798, ablehne und somit eine Justizverweigerung begehe.

Der Ausschuß hatte demnach zu untersuchen, welche von diesen beiden Angaben die begründete sei; ob die von Hannover aufgestellte, wo alsdann die von Braunschweig versuchte Berufung auf Staatsverträge nur als Mittel, die Beleidigung selbst aber als Zweck erscheinen würde; oder aber die Behauptung Seiner herzoglichen Durchlaucht, — in welchem Falle der Ausschuß es sich als möglich hätte denken müssen, daß über den Vollzug eines Staatsvertrages ein nach der gewöhnlichen Bundesgesetzgebung zu beurtheilender Streit zwischen zwei Bundesgliedern obwalten könnte.

Bei dieser Untersuchung glaubte der Ausschuß sich vergegenwärtigen zu müssen, was von herzoglich braunschweigischer Seite wohl geschehen wäre, wenn der Geheime Rath v. Schmidt-Phiselled ein wirklicher Verbrecher gewesen, dessen Auslieferung nach Art. 1 des Staatsvertrags vom 8. Januar 1798 von der königlich hannöversischen Regierung hätte verlangt werden können.

Ohne Zweifel würde die herzogliche Regierung es in diesem Falle den ordentlichen Gerichten des Herzogthums überlassen haben, ihr Amt zu handhaben. Von diesen wäre, wenn hinreichende Inzichten zum Beginnen eines Criminalverfahrens vorhanden gewesen, die Untersuchung sofort eingeleitet worden. Sollte sich später der Inculpat heimlich entfernt haben, so wäre wegen Auslieferung desselben ein Requisitionsschreiben an die competente Behörde in Hannover erlassen worden, indem der Aufenthalt des Geheimen Rathes von Schmidt-Phiselled an jenem Orte hinreichend bekannt war. Hätte nun die königlich hannöversische Behörde Bedenken getragen, der Requisition Folge zu leisten, so würde die herzoglich braunschweigische Regierung berechtigt gewesen sein, ihre Gerichte zu vertreten und hiergegen bei der königlich hannöversischen Regierung zu reclamiren. Wenn sodann von letzterer die Anwendbarkeit des angezogenen Staatsvertrags bestritten, oder über dessen Sinn Zweifel erhoben worden wären, so hätte hieraus möglicher Weise ein Streit zwischen zwei Bundesgliedern entstehen können, und die hohe Bundesversammlung würde zu berathen haben, in wie fern den Anträgen Seiner herzoglichen Durchlaucht nach Maßgabe des Art. 11. der Bundes- und 21. seq. der Wiener Schlußacte zu willfahren sei.

Dieses ist aber nicht der Gang der Sache, wie er aus den Acten und den eigenen Angaben der herzoglich braunschweigischen Regierung hervorgeht.

Nachdem der Geheime Rath von Schmidt-Phiselled bei Seiner herzoglichen Durchlaucht um seinen Abschied eingekommen war, ließen Höchstdieselben sofort Ihre Ungnade auf ihn fallen und entzogen ihm, ohne sein Gesuch förmlich abzuschlagen und um eine eigentliche Untersuchung wegen ihm Schuld gegebener Ver-

brechen gegen ihn einzuleiten, den größten Theil seines Gehaltes, sowie seine seitherige Dienstwirksamkeit. Dieser peinigende das frühere Dienstverhältniß alterirende Zustand, während dessen von nichts anderm die Rede war, als von Ablieferung angeblicher Dienstpapiere und von zu ertheilender Auskunft über seine frühere Geschäftsführung, hatte schon längere Zeit gedauert, als der Geheime Rath von Schmidt-Phisfeld gezwungen zu sein glaubte, auf seine persönliche Sicherheit Bedacht zu nehmen und sich nach Hannover zu begeben, von wo aus er sogleich nach Braunschweig schrieb, um Nachricht von seinem dormaligen Aufenthaltsorte zu ertheilen. Diese Anzeige wurde auch von dem herzoglichen Geheimen-Rathscollégium benützt, um den 2c. von Schmidt zur unverzüglichen Rückkehr nach Braunschweig aufzufordern. — Ohne daß jedoch diesem Schritte weitere Folge gegeben wurde, sieht der 2c. von Schmidt sich durch die herzogliche Polizeibehörde zu Braunschweig mit Steckbriefen verfolgt, eine eigene nicht aus dem Richterstand entnommene Untersuchungskommission wird niedergesetzt, und von dieser soll nun erst ein Verfahren eingeleitet werden. Diese Commission erläßt Requisitionsschreiben nach Hannover, um die Auslieferung des Geheimen Rathes von Schmidt-Phisfeld zu bewirken, und stützt sich vorzüglich auf den Umstand der heimlichen Entfernung desselben aus Braunschweig. — Als jedoch die königlich hannöverschen Behörden dieser Requisition keine Folge leisten, wird kein förmliches gerichtliches Verfahren gegen den von Schmidt-Phisfeld, wegen der ihm angeblich zur Last fallenden persönlichen Verbrechen begonnen, wie es gegen einen eigentlichen Verbrecher in contumaciam wohl geschehen sein würde, vielmehr treten Seine Durchlaucht gegen Seine Majestät den König von Hannover unmittelbar mit der Behauptung auf, daß der von Schmidt ein wirklicher Verbrecher sei, und daher nach Art. 1. der Convention vom 8. Januar 1798 ausgeliefert werden müsse; Höchste sprachen somit in eigner Person den Grund aus, der nur von den competenten Landesbehörden geltend gemacht werden konnte, um die Anwendbarkeit jenes Vertrags zu sichern.

Dieses von dem gewöhnlichen und ordnungsmäßigen Gange so ganz abweichende Verfahren, mußte bei dem Ausschusse die Ueberzeugung hervorbringen, daß Seine herzogliche Durchlaucht in dem vorliegenden Falle nicht sowohl die Handhabung der Gerechtigkeit im Höchsthem Staate, als die Erreichung anderer Zwecke beabsichtigten, und daß daher der Staatsvertrag vom 8. Januar 1798 nur uneigentlicher Weise dahier angerufen sein kann.

Zwar wird in der neuesten Ausführung der herzoglich braunschweigischen Regierung wiederholt und auf das bestimmteste erklärt, daß es niemals in ihren Absichten gelegen habe, Handlungen der vormundschaftlichen Regierung einer Untersuchung und gerichtlichen Aburtheilung zu unterwerfen, daß vielmehr der Geheime Rath v. Schmidt-Phisfeld nur wegen verschiedener ihm persönlich zur Last fallender Verbrechen, wie das des Eid- und Treue-Bruchs, der heimlichen Entweichung und Nichtablieferung von Dienstpapieren, verfolgt sei, überhaupt wegen Handlungen, die während der eigenen Regierung Seiner herzoglichen Durchlaucht stattgefunden hätten.

Der Ausschuss muß sich erlauben, diesen nachträglichen Aeußerungen der herzoglich braunschweigischen Regierung die von derselben früher dahier abgegebenen Erklärungen und Actenstücke entgegen zu setzen.

Die Gesinnungen, mit welchen Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig die Verlängerung der vormundschaftlichen Regierung, die Einführung

der neuen Landschaftsordnung, sowie manche andere Handlungen der vormundtschaftlichen Regierung von Anfang an betrachteten, sind von Höchstdemselben offen an den Tag gelegt worden. — Somit bedurfte es nur einer vielleicht völlig unbedeutenden Veranlassung, um denselben einen Ausfluß zu verschaffen. Diese Veranlassung fand sich nun in dem Entlassungsgesuche des Geheimen Rathes v. Schmidt-Phisfeld. Es ist schon oben bemerkt worden, daß nach eingereichtem Entlassungsgesuche des Herrn v. Schmidt-Phisfeld bis zu dessen Entfernung von Braunschweig eine eigentliche Untersuchung gegen denselben nicht eingeleitet, und daß während jener ganzen Periode von nichts die Rede war, als von Auslieferung verschiedener Actenstücke, die sich, nach königlich hannöverschen von Braunschweig unbestrittenen Angaben auf die von dem p. v. Schmidt mit der gewesenen vormundtschaftlichen Regierung über rein persönliche Verhältnisse Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig geführte Correspondenz bezogen.

Außerdem sollte der p. v. Schmidt wegen der von ihm geführten Amtsführung eine damals keineswegs näher bezeichnete und wohl auch nie erwartete allgemeine Auskunft geben.

Wenn nun Seine herzogliche Durchlaucht diesen Staatsdiener wiederholt beschuldigen, er sei von der königlich hannöverschen vormundtschaftlichen Regierung zu seiner Zeit durch Gewährung persönlicher Vortheile verführt worden, seine früheren Ansichten über den Eintritt der Majorennität der Regenten des Herzogthums Braunschweig zu ändern, und zur Verlängerung der vormundtschaftlichen Regierung mitzuwirken, so liegt die Vermuthung sehr nahe, daß hierin der eigentliche Grund zu suchen sei, aus dem Höchstdieselben auf der Auslieferung der vorhin bezeichneten angeblichen Dienstpapiere so fest bestanden.

Raum hatte aber der Geheime Rath v. Schmidt-Phisfeld sich von Braunschweig entfernt, so wird diese Entfernung zum Verbrechen gestempelt, und der erst jetzt förmlich niedergesetzten Untersuchungscommission ein vom 5. Mai 1827 datirtes Commissorium ertheilt, worin wörtlich gesagt ist:

„Der von Uns niedergesetzten Commission in der von Schmidt-Phisfeld'schen Untersuchungssache bleibt hiermit unverhalten, daß es Unser Wille sei, die ganze Amtsführung des besagten Geheimen Rathes und den legalen Charakter derselben recherchiren zu lassen; da jedoch mehrere Uns Selbst bekannt gewordene Unrechtfertigkeiten des p. v. Schmidt ebenfalls einen Gegenstand der von Uns befohlenen Untersuchung bilden sollen, so werden Wir diesen Beschwerdepunkt in möglichst kurzer Frist Unserer Commission zugehen lassen.“

Hieraus geht hervor, daß die besonderen dem Geheimen Rath v. Schmidt-Phisfeld zur Last gelegten Unrechtfertigkeiten, welche in der neuesten braunschweigischen Widerlegung nicht nur zum hauptsächlichsten, sondern mitunter sogar zum einzigen Gegenstand der Untersuchung gegen den v. Schmidt gemacht werden sollen, damals von Seiner herzoglichen Durchlaucht nur als Nebenpunkte der Untersuchung betrachtet, dagegen aber der Commission vorzugsweise aufgegeben wurde, die ganze Amtsführung des p. v. Schmidt und den legalen Charakter derselben recherchiren zu lassen.

Es war dem Ausschuss unmöglich, diesem Ausdruck die von Seiner herzoglichen Durchlaucht nunmehr versuchte Auslegung zu geben.

Die ganze Amtsführung des p. v. Schmidt umfaßt eben sowohl die unter der vormundtschaftlichen Regierung, als die unter Seiner Durchlaucht Höchst-

eigener Regierung. Der Ausschuß dürfte sich sogar nicht irren, wenn er annähme, daß unter jenem Ausdruck vorzugsweise die Amtsführung des p. v. Schmidt unter der vormundtschaftlichen Regierung gemeint gewesen sei.

Ferner haben Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig in der 12ten vorjährigen Bundestagsitzung ausdrücklich und wiederum ganz allgemein erklärt, daß der Hauptzweck, weshalb die Auslieferung des p. v. Schmidt verlangt werde, darin bestehe, daß derselbe über die ihm anvertraut gewesenem Dienstpflichten Rechenschaft abzulegen hätte; und endlich ist es eine unbestrittene Angabe, daß die mehrgedachte Untersuchungscommission Handlungen der vormundtschaftlichen Regierung, insbesondere die von ihr publicirte neue Landschaftsordnung, zum Gegenstande ihrer Untersuchung wirklich gemacht hat. — Hiernach möchte nicht in Abrede zu stellen sein, daß gleiche Unregelmäßigkeiten, wie in der Form auch in der Sache, vorhanden sind.

Der Ausschuß ist des Dasthaltens, daß es eine sehr zweifelhafte Frage sei, in wie fern der Geheime Rath von Schmidt-Phisfeld sich, selbst wenn die mehrerwähnten Papiere noch vorhanden gewesen wären, hätte für befugt halten können, dieselben ohne weiteres an Seine Durchlaucht den Herzog von Braunschweig auszuliefern. — Die von dem zc. v. Schmidt mit der gewesenen vormundtschaftlichen Regierung über rein persönliche Verhältnisse Seiner herzoglichen Durchlaucht geführte Correspondenz konnte von ihm mit vielem Anschein des Rechts für Eigenthum Seiner Majestät des Königs von Hannover als gewesenen vormundtschaftlichen Regenten des Herzogthums Braunschweig gehalten werden. — Eben so ist es augenscheinlich, daß die Aenderung seiner Ansicht über die Dauer der vormundtschaftlichen Regierung ihm von Seiner Durchlaucht dem jetzt regierenden Herzog an und für sich nicht zum Verbrechen gemacht werden konnte.

Wenn dies der Fall ist, so ist eben dadurch erwiesen, daß der zc. v. Schmidt von Seiner herzoglichen Durchlaucht zu jener Zeit wegen Handlungen verfolgt worden ist, von denen Seine königliche Majestät als gewesener Vormund über Braunschweig glauben konnten, daß sie von Allerhöchsthnen zu vertreten seien. Da nun Seine Majestät überdies Sich sagen mußten, daß Allerhöchsthne durch Ihre dem zc. v. Schmidt aus besonderm Wohlwollen und als Zeichen Ihrer hohen Zufriedenheit mit seinen der vormundtschaftlichen Regierung von Braunschweig geleisteten Diensten eröffnete Aussicht in königlich hannöversische Dienste zu treten, die unschuldige Ursache zu den Verfolgungen geworden waren, denen sich derselbe zu Braunschweig ausgesetzt sah, so floß hieraus für Allerhöchsthne, nachdem der v. Schmidt-Phisfeld sich freiwillig nach Hannover begeben hatte, das natürliche Recht, dessen Ausübung in ähnlichen Verhältnissen wohl von keinem Souverain aufgegeben worden wäre, ihn bis zum Austrag der Sache unter Allerhöchsthnen Schutz zu nehmen.

Diese aus so achtungswürdigen Motiven entsprungene natürliche Befugniß Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover ist aber von Seiner Durchlaucht dem Herzog von Braunschweig nicht geachtet worden, vielmehr verfolgten Höchsthieselben den zc. v. Schmidt, ungeachtet dessen Aufenthalt zu Hannover, wie der Schutz, den ihm die königlich hannöversische Regierung hatte angedeihen lassen, hinreichend bekannt war, ohne weiteres mit Steckbriefen, gleich als ob derselbe der gemeinste landesflüchtige Verbrecher gewesen wäre. Wenn Höchsthne aber auch hierbei nicht stehen blieben, sondern eine eigene Untersuchungscommission niederlegten, um die ganze Amtsführung des

befagten Geheimen Rathes und deren legalen Charakter untersuchen zu lassen, und wenn es bekannt wurde, daß diese Commission wirklich Handlungen der vormundschaftlichen Regierung zum Gegenstande ihrer Untersuchung mache, so mußte nothwendiger Weise in Seiner Majestät dem Könige von Hannover die frühere Vermuthung, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig nichts anderes beabsichtigen, als in der Person des 2c. v. Schmidt Allerhöchsthse persönlich anzugreifen, zur moralischen Ueberzeugung werden.

Demnach haben es Sich Seine herzogliche Durchlaucht selbst beizumessen, wenn Seine Majestät der König von Hannover Sich veranlaßt gesehen haben, den Schutz, den Allerhöchsthse dem 2c. v. Schmidt hatten angedeihen lassen, eine weitere Ausdehnung zu geben, ohne daß es deshalb nöthig wäre, tiefer auf die Frage einzugehen, in wie fern und unter welchen Voraussetzungen im Allgemeinen ein Staatsdiener in fremde Staatsdienste einzutreten berechtigt ist. Wenn aber auch diese Folge der Handlungen Seiner herzoglichen Durchlaucht von Höchsthnen verkannt wurde, und Sie keinen Anstand nahmen, den nunmehr in königlich hannöverschen Diensten förmlich aufgenommenen Geheimen Rath v. Schmidt-Phiselledt stets noch wie einen gemeinen Verbrecher zu verfolgen und ihn selbst vor dieser hohen Versammlung mit Ausdrücken zu bezeichnen, welche der Ausschuß nicht füglich wiederholen kann, so liegt offenbar eine Reihe von Angriffen gegen die königlich hannöversische Regierung vor, die schon der gewählten Form wegen nur für höchst beleidigend für Seine Majestät den König von Hannover gehalten werden können.

Insofern kann auch daran nicht gezweifelt werden, daß die Berufung Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig auf die Staatsverträge vom 16. November 1535 und 8. Januar 1798 nur zum Mittel dienen sollte, um dieselbe so lange fortgesetzte Beleidigung noch weiter zu treiben. — Eben hieraus folgt, daß kein Austrägalgericht über den von herzoglich-braunschweigischer Seite gestellten Antrag würde erkennen können, ohne über Handlungen Seiner Majestät des Königs von Hannover und Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig mit zu entscheiden, die in beleidigender Absicht unternommen worden sind, oder zur Abwehr erlittener Beleidigungen dienen sollten. Da nun oben ausgeführt worden ist, daß das gewöhnliche Austrägalverfahren auf Fälle dieser Art keine Anwendung finde, so ergiebt sich hieraus von selbst, daß dem Antrage Braunschweigs nicht zu entsprechen sein werde. Ueberdies ist von königlich-hannöverscher Seite überzeugend ausgeführt, daß der von Braunschweig angeführte Staatsvertrag von 1798, selbst abgesehen von den erwähnten beleidigenden Beziehungen, hier keine Anwendung finden würde, indem der 2c. von Schmidt unter keiner Voraussetzung in die Kategorie jener Verbrecher gezählt werden könne, von welchen der Artikel 1. des erwähnten Staatsvertrages rede. Es stellt sich sonach die von Braunschweig angebrachte Beschwerde auch in dieser Beziehung als unbegründet dar.

Alles dies schließt indessen nicht aus, daß, wenn Seine herzogliche Durchlaucht glauben sollten, von dem königlich-hannöverschen Geheimen Rathe von Schmidt-Phiselledt über dessen frühere Amtsführung in herzoglich-braunschweigischen Diensten Aufklärungen verlangen zu müssen, die königlich-hannöversische Regierung sehr bereit sein dürfte, einer jeden solchen Aufforderung, die innerhalb der Grenzen der Befugnisse Seiner Durchlaucht liegt, mit jener Bereitwilligkeit zu entsprechen, die von befreundeten Nachbarstaaten jederzeit erwartet werden kann.

Insofern übrigens von königlich-hannöverscher Seite die Ansicht geltend gemacht wird, daß der deutsche Bund den Geheimen Rath von Schmidt-Bisfeld auch vor Beschädigungen zu wahren haben werde, die ihm in seinem zu Braunschweig zurückgelassenen Eigenthum widerfahren sein sollen, so glaubt der Ausschuß, daß die hohe Bundesversammlung sich dermalen nicht veranlaßt sehen könne, hierauf einen Antrag zu richten.

Sollten gleich solche Beschädigungen wirklich stattgefunden haben, und sich hiernach die allzunähe liegende Vermuthung aufdrängen, daß sie in Folge derselben von Seiner herzoglichen Durchlaucht so vielfach beurkundeten Tendenz vorgenommen worden seien, so würde stets noch die Nachweisung einer von Seiten der herzoglich-braunschweigischen competenten Behörden begangene Rechtsverweigerung erforderlich sein, um das Einschreiten des Bundes zu begründen.

5) Königlich-hannöversche von dem Cabinetminister, Grafen von Münster, verfaßte Staatschrift.

Die vorhin als beleidigend gegen Seine Majestät den König von Großbritannien und Hannover bezeichnete Druckschrift Seiner herzoglichen Durchlaucht von Braunschweig, und die Publicität, welche Höchstdero Verfahren mehr und mehr erhielt, ist die Veranlassung zu einer königlich-hannöverschen, von dem jenseitigen Cabinetminister, Grafen von Münster, auf allerhöchsten Befehl verfaßten Staatschrift geworden, welche kurz darauf der Oeffentlichkeit übergeben wurde. Ueber den Inhalt dieser Schrift äußern sich Seine herzogliche Durchlaucht schon in Ihrer ersten Eingabe dahin, daß man im Widerspruch mit Zeit und Anstand die Rücksicht der hohen Bundesversammlung in Anspruch nehmen würde, wenn man die in derselben enthaltene Masse von Beleidigungen von einander sondern und sodann nach ihren verschiedenen Qualificationen würdigen wollte. In einer Schrift, welche der Absicht, beleidigen zu wollen, allein ihre Existenz verdanke, müsse nach Form und Materie jeder einzelne Satz entweder für sich allein, oder in der ihm gegebenen Verbindung beleidigen, das Ganze aber verlege auf das Schonungsloseste vor dem Volke, welches hier zum Richter aufgefodert werde, die Würde und Sicherheit eines deutschen Souverains, und gefährde dadurch die öffentliche Ordnung im höchsten Grade.

Hiermit wird sodann der Antrag verbunden:

„Daß die hohe Bundesversammlung Ihre Mißbilligung über die Münster'sche Schrift und zugleich die Nothwendigkeit aussprechen wolle, daß die durch dieselbe Schrift Seiner herzoglichen Durchlaucht öffentlich zugefügten Beleidigungen von Seite der königlich-hannöverschen Regierung eben so öffentlich zurückgenommen werden, als von dieser Regierung die Zurücknahme des von herzoglich-braunschweigischer Seite unterm 10. Mai 1827 erlassenen Patents begehrt worden.“

In der neuesten, von Braunschweig hier übergebenen actenmäßigen Widerlegung sind dieselben Beschuldigungen, nur noch ungleich ausführlicher, wiederholt. Es wird darin bemerkt, daß, nachdem Seine Majestät der König vor dieser hohen Versammlung hätten erklären lassen, daß nicht nur Allerhöchstdieselben die Abfassung jener Schrift befehlen, sondern daß Sie auch den ganzen Inhalt derselben gebilligt hätten und fernerweit billigten, hieraus folge, daß alle und jede Beleidigungen, welche in der betreffenden Schrift gegen Seine herzogliche Durchlaucht enthalten seien, von Seiner Majestät dem Könige ausgehen. —

Daß Seine Majestät hierdurch nicht nur jede Genugthuung, wenn Allerhöchsthnen je eine solche gebührt hätte, Sich selbst via facti verschafft, sondern sogar die Grenzen einer erlaubten Retorsion überschritten hätten. Am Schlusse der Widerlegung werden sodann als Beleg zu dieser Behauptung 36 Stellen aus der mehrgedachten Staatschrift ausgehoben, (welche in dem Actenauszuge Cap. 9. angeführt sind, und deren Wiederholung daher hier überflüssig sein dürfte.

Der Ausschuß mußte erwägen, in wie fern dem Antrage Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig zu entsprechen sei? — Ohne jedoch auf das Einzelne einzugehen, wobei in Ansehung des von Seiner Durchlaucht übergebenen Schriftauszugs und dessen Vergleichung mit der gedachten Schrift sich manches Bedenken ergeben dürfte, hatte der Ausschuß das Ganze der von dem Grafen von Münster verfaßten Staatschrift, deren Veranlassung und Tendenz, ins Auge zu fassen, indem sich nur hieraus die etwaige Absicht, zu beleidigen, ableiten ließ. Wenn nun aus Obigem bereits zur Genüge hervorgeht, daß Seine Majestät der König von Hannover von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig wiederholt und auf das Allerempfindlichste beleidigt worden waren, wenn dargethan ist, daß in dem Patente vom 10. Mai 1827, und insbesondere in einer von Seiner herzoglichen Durchlaucht vertheilten Druckschrift, Behauptungen aufgestellt waren, die ohne Verletzung der Würde und des Ansehens Sr. Majestät des Königs nicht unantwortet bleiben konnten; wenn es gewiß ist, daß die von Seiner herzoglichen Durchlaucht beabsichtigten Beleidigungen in der Person des königlich hannöverschen Geheimen Rathes von Schmidt-Philstedt mehr und mehr verwirklicht werden sollten und dadurch stets einen größeren Grad von Publicität und mithin von Schwere erhielten: so muß auch anerkannt werden, daß der von Seiner Majestät dem Könige anbefohlene Schritt einer öffentlichen Widerlegung nur als eine durch die eigenen Handlungen Seiner herzoglichen Durchlaucht abgedrungene Nothwehr erscheint, durch welche den weiteren Folgen der seitherigen Beleidigungen vorgebeugt werden sollte. Wenn aber Seine Majestät der König von Hannover bei Anordnung jener Maßregel nur einen Act der Selbstvertheidigung ausgeübt haben, so würde es sich nur noch fragen können, in wie fern in der Ausführung der von Ihnen anbefohlenen Selbstvertheidigung weiter gegangen sei, als es der Zweck erforderte, und ob hierdurch Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig Anlaß zu einer Gegenbeschwerde gegeben sei. Der Ausschuß würde es somit nur noch mit der Form zu thun haben, in der die mehrermähnte Staatschrift erschienen ist. — In dieser Beziehung sieht er sich zu dem Geständniß gezwungen, daß ihm der absolute Maaßstab zu einer richtigen Beurtheilung dieser Form ermangelte. — Ihm schiene es, als ob auf die gegenseitige Stellung der hohen Betheiligten und auf die Gefühle des Augenblicks hierbei vorzügliche Rücksicht genommen werden müsse, und daß der Maaßstab der Beurtheilung daher auch nur relativer sein könne.

Der Ausschuß vergewaltigte sich nun, wie das Herzogthum Braunschweig früherhin wegen des Glüdes gepriesen wurde, das es unter der vormundschafterlichen Regierung Genoss, wie diese damals allgemein verbreitete Ueberzeugung durch den Fortschrittsbeweis bestätigt wurde, wie Seine Majestät der König Sich selbst das Recht aneignen konnten, nicht nur für das Herzogthum Alles gethan zu haben, was von der gewissenhaftesten Erfüllung der Pflichten eines vormundschafterlichen Regenten erwartet werden dürfte, sondern auch mit nicht minderer

Sorgfalt über die Erziehung und Ausbildung Ihres durchlauchtigsten Mündels und Neffen gewacht zu haben; und wie hierdurch das beruhigende Bewußtsein gewissenhaft erfüllter Pflicht in Allerhöchsthnen erzeugt werden mußte. Der Ausschuß rief sich sodann ins Gedächtniß zurück, daß es derselbe vormundschaftliche Regent und väterlich gesinnte Oheim war, der Sich gezwungen sah, Sich gegen Seinen durchlauchtigsten Neffen und gewesenen Mündel wegen der schwersten, von eben jener vormundschaftlichen Regierung entnommenen Beschuldigungen öffentlich zu vertheidigen. Er erinnerte sich daran, daß der auf das Tiefste persönlich verletzte deutsche Bundes-Souverain zugleich einer der größten und mächtigsten Monarchen Europa's ist, von dem jede Verletzung seiner Ehre und Würde doppelt schmerzhaft empfunden werden mußte, und indem der Ausschuß Alles dieses zusammenfaßte, mußte er es erklärlich finden, daß die an und für sich so sehr gerechte Vertheidigung Seiner Majestät des Königs mit mehr als gewöhnlicher Lebhaftigkeit geführt wurde, und daß sie selbst die Farbe des Angriffs annahm.

Wenn man nun vollends erwägt, daß die von Seiner herzoglichen Durchlaucht als beleidigend bezeichnete Schrift die einzige von Seiner Majestät dem Könige während der langen Dauer dieser Irrungen anbefohlene Handlung ist, welche eine verschiedene Auslegung zuläßt, und dazu nimmt, daß Seine herzogliche Durchlaucht von Anfang an bis jetzt nicht aufgehört haben, stets neue Beleidigungen zu den frühern zu häufen, und am Ende sogar, wie sich weiter unten ausweisen wird, so weit gegangen sind, selbst im Kreise dieser Versammlung alle Ihre früheren Beleidigungen Seiner königlichen Majestät zu überbieten; so kann der Ausschuß sich nur dafür aussprechen, daß in eine nähere Prüfung der von Seiner herzoglichen Durchlaucht herausgehobenen Stellen der königlich hannöverschen officiellen Denkschrift nicht einzugehen und daher auch dem von Seiner herzoglichen Durchlaucht in dieser Beziehung gestellten Antrage keine Folge zu geben sei.

Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig haben aber auch verlangt, daß der durchlauchtigste deutsche Bund deshalb seine Mißbilligung über die von dem Grafen von Münster verfaßte Staatschrift aussprechen solle, weil dem §. 4 des Pressegesetzes vom 20. September 1819 zuwider gehandelt sei.

Der Ausschuß findet jedoch diesen Antrag durch die einfache Bemerkung beseitigt, daß das Pressegesetz vom 20. September 1819 überall nicht von Staatschriften, sondern lediglich von Privatschriften redet.

6) Herausforderung des Grafen von Münster.

a) Durch Seine Durchlaucht den Herzog von Braunschweig.

Die vorhin beleuchtete königlich hannöversische Staatschrift ist indeffen Veranlassung geworden, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig den königlich hannöversischen Cabinetsminister, Grafen von Münster, herausgefordert haben.

Der Ausschuß wird füglich Alles übergehen können, was über das Officielle dieses Vorfalles von beiden Theilen gesagt worden ist. Ihm genügt es zu seiner Beurtheilung an dem einfachen Factum, daß ein angesehener königlich hannöversischer Staatsdiener von dem souverainen Herzoge von Braunschweig wegen einer Handlung persönlich herausgefordert worden ist, die derselbe auf speciellen Befehl und unter wiederholter Billigung und Anerkennung Seiner Majestät des Königs von Hannover vorgenommen hat.

In dieser Beziehung hat der Ausschuß die Billigung des Königs ausgesprochen.

Allerhöchstherrn Ehre und Würde; Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig stellen dies in Abrede und behaupten, daß in einer Herausforderung nur die Erklärung liege, daß man sich für beleidigt halte, keineswegs aber eine Beleidigung selbst. Auch sei eine Herausforderung noch nie als eine Beleidigung, sondern stets als eine Ehrenbezeugung aufgenommen worden. — Uebrigens habe es nur der Beurtheilung Seiner herzoglichen Durchlaucht unterliegen können, Wen Höchstherr für die Ihnen widerfahrenen Beleidigungen verantwortlich machen wollten, ob Seine Majestät den König von Hannover, oder Allerhöchstdero Cabinetsminister den Grafen von Münster.

Wenn die Herausforderung des Grafen von Münster durch Seine Durchlaucht den Herzog von Braunschweig eine völlig isolirte Handlung, und wenn der Streit, zu dessen Schlichtung sie dienen sollte, ein rein persönlicher wäre, so würde sich, abgesehen von der Ungesetzmäßigkeit und Ungewöhnlichkeit der Handlung an und für sich, die Behauptung, daß hierin keine Beleidigung liege, von selbst rechtfertigen. Diese Handlung ist indessen keine isolirte, der Streit kein persönlicher. Der königlich hannoversche Cabinetsminister Graf von Münster hat die mehrerwähnte Staatschrift auf Befehl Seiner Majestät des Königs verfaßt, und Allerhöchstdieselben haben deren Inhalt wiederholt und ausdrücklich gebilligt. Diese Schrift stellt sich sonach als eine unmittelbare Folge des persönlichen Streites Seiner herzoglichen Durchlaucht mit Seiner königlichen Majestät dar. — Angenommen daher, daß Seine Durchlaucht durch eine in derselben enthaltenen Stelle aufs Empfindlichste beleidigt worden wären, so konnte es doch nicht von Höchstherrn abhängen, die Natur des Streites zu verändern und diesen auf die Person des vom Gegentheil zur Vertheidigung Seiner Sache verwendeten Staatsdieners zu übertragen. Indem nun Seine herzogliche Durchlaucht für eine nur von Seiner Majestät dem Könige von Hannover zu vertretende Handlung an der Person des Grafen von Münster unmittelbar haben Rache nehmen wollen, findet der Ausschuß hierin eine Fortsetzung der Seiner königlichen Majestät von Höchstherrn zugefügten Beleidigungen.

b) Durch den herzoglich-braunschweigischen Oberjägermeister von Braun. Eine der schwersten und am umständlichsten erörterten Beleidigungen Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover wird aus der Herausforderung auf Leben und Tod abgeleitet, welche der herzoglich-braunschweigische Oberjägermeister von Braun demselben Grafen von Münster übersendet hat. Zur Begründung dieser Beschwerde wird von königlich-hannoverscher Seite der Beweis versucht, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig der eigentliche Ueberheber dieses Cartels seien, indem Höchstherr den Herrn von Braun theils durch indirecten Zwang, theils durch Beförderung, Gehalts-Vermehrung und Titel zu diesem Schritte vermocht hätten. Zugleich wird ausgeführt, daß es hier keines juristischen Beweises bedürfe, sondern daß es an der moralischen Ueberzeugung von der Theilnahme des Herzogs an dieser verbrecherischen Handlung, welche man hergestellt zu haben hoffe, genügen müsse. Es wird behauptet, daß, wenn auch keine solche unmittelbare Theilnahme des Herzogs stattgefunden hätte, die nicht erfolgte Bestrafung des *xc.* von Braun eine neue Beleidigung des Königs enthalte, und endlich wird damit der Antrag verbunden, die gehörige und dem Verbrechen angemessene Bestrafung des Oberjägermeisters von Braun, bei der die leider nicht zu bezweifelnden Motive der von ihm begangenen rechtswidrigen Handlung in keinen Betracht kommen können, zu bewirken.

Von herzoglich braunschweigischer Seite wird dagegen ausgeführt, daß der von Hannover versuchte Beweis einer Theilnahme Seiner herzoglichen Durchlaucht an diesem Vorgange hinfällig sei. Daß es an der moralischen Ueberzeugung da nicht genügen könne, wo es sich um Thatfachen handle. — Daß in dem Bestreben, einen solchen Beweis zu einer Zeit herzustellen, wo Seine Durchlaucht der Herzog jede Theilnahme an der Herausforderung des Herrn von Braun bereits bestimmt in Abrede gestellt hätten, eine Beleidigung für Höchste liege. Nachdem Seine herzogliche Durchlaucht den Gegenbeweis zu führen versucht, daß die Herausforderung des Grafen von Münster lediglich dem eigenen Entschlusse des Oberjägermeisters von Braun zuzuschreiben sei, wird bemerkt, daß hierin, selbst wenn die von Hannover behaupteten Thatfachen begründet wären, dennoch keine Beleidigung Seiner Majestät des Königs liegen könne, indem die Handlung an und für sich keinen beleidigenden Charakter an sich trage. Seine Durchlaucht stellen sodann den Gesichtspunkt auf, aus welchem bei dem heutigen Stande der Civilisation Duelle im Allgemeinen zu betrachten, und erörtere die Frage, ob sie überhaupt zu bestrafen seien. Hierbei gehen Sie davon aus, daß Herausforderungen ignoriert werden müßten. Höchste sagen, daß Sie den Herrn von Braun nicht gerichtlich hätten strafen lassen können, ohne Sich selbst dergleichen Handlungen wegen anzuklagen. Daß Sie nichts desto weniger als Regent den Herrn von Braun gestraft hätten (mit 48 stündigem Arrest und Suspension von seinem Amte als Kammerherr und Oberjägermeister), und daß derselbe daher einer doppelten Strafe nicht unterworfen werden könne. Eben so wenig wie eine Beleidigung Seiner Majestät des Königs sei hierin ein Attentat auf Allerhöchstdero Staatsdiener zu finden, indem die Handlung keinen ernsthaften Charakter an sich getragen habe, als die Herausforderung, welche Seine Durchlaucht der Herzog dem Grafen von Münster hätten zugehen lassen.

Der Ausschuß glaubt sich bei der Frage, in wie fern es bei den hier vorgebrachten Ausführungen an der moralischen Ueberzeugung der höchsten und hohen Bundesglieder genügen könnte oder ob der Bestand der Thatfachen selbst durch einen juristischen Beweis hergestellt werden müsse, nicht lange aufhalten zu sollen. Er hat schon bei Gelegenheit der Begutachtung des von der hohen Bundesversammlung zu beobachtenden Verfahrens die Bemerkung gemacht, daß die vorliegende Streitsache durch die eigenen Angaben der beiden hohen Theilnehmenden und durch die Notorität der meisten hier zur Sprache kommenden Thatfachen hinreichend vorbereitet sei, um eine sofortige Entscheidung in der Hauptsache selbst zu rechtfertigen. Diese Ansicht kann der Ausschuß hier nur wiederholt aussprechen. — Zwar ist es ihm nicht entgangen, daß von königlich hannoverscher Seite verschiedene nicht unerhebliche Momente angeführt worden sind, welche unter den gegebenen Verhältnissen Seine Majestät den König von Hannover zu der Annahme berechtigen konnten, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig unmittelbaren Antheil an der Herausforderung des Grafen von Münster durch den 2c. von Braun genommen hätten. Eben so schien es ihm, als ob der von Seiner Durchlaucht versuchte Gegenbeweis, daß der Oberjägermeister von Braun der alleinige Urheber jener Herausforderung sei, vor dem Richter nicht als vollkommen hergestellt betrachtet werden dürfte.

Bei der hieraus hervorgehenden Ungewißheit hätte mithin die juristische Feststellung der behaupteten Thatfache, zur mehreren Begründung der von dem Ausschusse zu stellenden Anträge wohl wünschenswerth erscheinen können. — Wenn der Ausschuß indessen erwog, daß Seine herzogliche Durchlaucht jede

Theilnahme an dieser verbrecherischen Handlung auf das Bestimmteste in Abrede gestellt haben, und daß die Herausforderung des Grafen von Münster durch den 2c. von Braun bei den sonst vorliegenden, von keiner Seite bestrittenen, erschwerenden Umständen sich in einem solchen Lichte darstelle, daß die von hannöverscher Seite behauptete Thatsache keinen irgend wesentlichen Einfluß auf die Beurtheilung des Ganzen haben könnte, so glaubt der Ausschuß über den Beweis, wie über den Gegenbeweis hinausgehen zu dürfen.

Dagegen hat der Ausschuß nicht ohne aufrichtiges Bedauern von Seiner herzoglichen Durchlaucht die Apologie des Duells nach rein conventionellen Ansichten vernehmen können. Ihm scheint es keineswegs ohne Bedenken, wenn ein hohes Bundesglied vor dem Organ des deutschen Bundes, das berufen ist, dafür zu sorgen, daß Ruhe und Sicherheit in Deutschland erhalten werde und daß nirgends Rechtlosigkeit obwalte, eine Handlung, die vor dem Gesetze niemals gerechtfertigt werden kann, förmlich in Schutz nimmt, und die Lehre aufstellt, daß Duelle, bei dem heutigen Zustande der Civilisation, nach den in der Gesellschaft der gebildeten Stände hergebrachten und durch den Gebrauch sanctionirten Ansichten beurtheilt werden müßten.

Wenn sich zu einer solchen Lehre noch vollends das Eigene des Souverains gesellt, alsdann kann es nicht auffallen, wenn ein mit neuen Beweisen der Gnade und Guld von Seiner herzoglichen Durchlaucht überhäufte Staatsdiener, nach seinem eigenen actenmäßigen Geständnisse, unablässig darüber nachsinnt, auf welche Weise er es anfangt, um Höchstihnen einen sprechenden Beweis seines Dienstleifers für Ihre Person abzulegen, und wenn er den Gedanken ein günstiges Ungefähr nennt, den Todfeind Seiner Durchlaucht, den hannöverschen Grafen von Münster, auf Pistolen herauszufordern, und sich Glück wünscht, daß noch kein anderer Braunschweiger denselben Gedanken gehabt habe. — Ja, wenn derselbe so weit geht, dieses Geständniß unmittelbar in die Hände Seiner herzoglichen Durchlaucht in der sichern Ueberzeugung niederzulegen, Höchstidemselben dadurch keineswegs mißfallen zu haben.

Daß aber Seine herzogliche Durchlaucht in der That durch diese Handlung des Herrn von Braun sich nicht im Geringsten verletzt fanden, geht aus der Depesche hervor, welche Höchstidieselben unterm 5. September 1828 an den braunschweigischen Geschäftsträger zu Wien, Baron von Erstenberg, aus Anlaß der in Anregung gekommenen Bestrafung des 2c. von Braun erlassen haben, und worin gesagt ist:

„Außerdem möchte wohl kein großer Ueberfluß an Seiner Durchlaucht persönlich ergebene Dienern in Braunschweig sein, da Viele mehr oder weniger der ehemaligen Vormundschafft, durch Orden, Stellen, Versprechungen u. s. w. verleitet, anhängen. Es heißt unter solchen Umständen sich von allen guten Dienern entblößen, wenn man auch noch die Wenigen verstoßen wollte, welche sich durch Treue und Ergebenheit auszeichnen, um so mehr, da der Oberjägermeister von Braun sicherlich nur aus reiner Absicht und Unwissenheit mit dem Willen und den politischen Verhältnissen seines Herrn jenen vor-
eiligen Schritt gethan hat.“

Hiermit übereinstimmend haben Seine herzogliche Durchlaucht durch Ihr ganzes, nachgefolgtes Benehmen gegen den 2c. v. Braun auch faktisch bewiesen, daß Höchstihre Unterthanen und Staatsdiener keine Gefahr laufen, wenn sie sich in Ihrem persönlichen Streite mit Seiner Majestät dem Könige voranstellen.

Höchstieselben haben sogar förmlich dahier erklärt, daß Sie Sich außer Stande sähen, den 2c. v. Braun nach den bestehenden Gesetzen bestrafen zu lassen, ohne sich der gleichen That wegen anzuklagen. Demnach vereinigen sich Lehre, Beispiel und That, um den innigen Zusammenhang darzuthun, in dem die Herausforderung des Grafen v. Münster durch den Oberjägermeister v. Braun mit dem der Entscheidung der hohen Bundesversammlung unterworfenen Streitverhältniß steht, und es ist daher nach den eigenen Ausführungen Seiner herzoglichen Durchlaucht nicht mehr die Möglichkeit gegeben, die Handlung des 2c. v. Braun als eine isolirte zu betrachten und sie nach dem für hier geltenden Maßstabe zu beurtheilen.

Bei diesem so klar vorliegenden Zusammenhange mit der Hauptsache ist auch die beleidigende Beziehung nicht zu verkennen, in dem von Seiner herzoglichen Durchlaucht hierbei eingehaltenen Vernehmen für Seine Majestät den König von Großbritannien und Hannover liegt. —

Allerhöchstieselben durften mit Recht erwarten, daß Seine Durchlaucht das von dem Oberjägermeister v. Braun begangene Verbrechen nach der ganzen Strenge der Gesetze würden bestrafen lassen, indem nur hierdurch die von Höchstihnen aufgestellte Behauptung gerechtfertigt werden konnte, daß die Handlung des 2c. v. Braun ihm allein imputirt werden müsse. — Wenn nun Seine herzogliche Durchlaucht dieser Erwartung nicht entsprochen haben, so dürfte die Pflicht und das Interesse des deutschen Bundes es erfordern, dafür zu sorgen, daß Höchstihr Verfahren keine weitem dergleichen Folgen erzeuge, durch welche die Seiner Majestät dem Könige von Hannover zugefügten Beleidigungen erneuert, die Eintracht zwischen zwei Bundesgliedern fortbauernnd gestört und der innere Friede Deutschlands bedroht werden müßte.

Dieser Zweck dürfte indessen nur dadurch zu erreichen sein, daß der Bund Seine herzogliche Durchlaucht bestimme, die Gesetze Ihres Staates gegen den 2c. v. Braun zur Anwendung zu bringen und mithin das von Höchstihnen seither in beleidigender Absicht Versäumte nachzuholen.

Hierbei braucht wohl nicht ausdrücklich bemerkt zu werden, daß die von Seiner herzoglichen Durchlaucht über den 2c. v. Braun angeblich verhängte Strafe, abgesehen von ihrer augenscheinlichen Geringsfügigkeit, als eine solche nicht betrachtet werden kann.

Wenngleich das Attentat, von dem es sich hier handelt, ein notorisches ist, und von dem Thäter nicht in Abrede gestellt wird, so steht dennoch die Untersuchung desselben und die Anwendung des Gesetzes nur den competenten Gerichten, keineswegs aber dem Souverain selbst zu.

7) Öffentliche Schmähschriften.

Wenn am Schlusse der königlich hannöverschen Beschwerden der verschiedenen höchst beleidigenden Schmähschriften, welche durch diese betreibenden Streitigkeiten veranlaßt und ins Publikum geschleudert worden sind, Erwähnung geschieht, so kann der Ausschuß nur die Ansicht aussprechen, daß diese Schriften nothwendigerweise dazu dienen mußten, die Erinnerung Seiner Majestät an die Allerhöchstihnen widerfahrenen Beleidigungen stets neu zu erhalten und zu schärfen, selbst wenn man darüber keinen Zweifel haben sollte, daß dieselben, wie von herzoglich braunschweigischer Seite versichert wird, ohne alle jenseitige Theilnahme erschienen sind. Nebstdem aber wurde hierdurch ein öffentliches Aergerniß erzeugt und vermehrt, das von dem Ausschusse bei Beurtheilung des ganzen Streitverhältnisses und dessen Gefährlichkeit für die innere Ruhe und Ordnung des Bundes nicht unbeachtet bleiben konnte, und das daher vielleicht auch einen

in dieser Beziehung für die Zukunft zu stellenden Antrag des Ausschusses wegen des Druckes und des Debits solcher Schriften und wegen der in öffentlichen Blättern aufzunehmenden Artikel rechtfertigen dürfte.

8) Verlängerung der vormundtschaftlichen Regierung und Einführung einer neuen Landschaftsordnung in dem Herzogthume Braunschweig.

Seine Herzogliche Durchlaucht haben aber zwei Gegenbeschwerden gegen Seine Majestät den König von Hannover dahier eingebracht, von denen die erste die angebliche Seceßions- und Landesverfassungswidrige Verlängerung der vormundtschaftlichen Regierung, die andere den angeblichen Umsturz der alten rechtmäßigen braunschweigischen Landesverfassung und Einführung einer neuen auf verfassungswidrigem Wege zum Gegenstand hat. — Diese Beschwerden werden in der neuesten actenmäßigen Widerlegung von Seiner herzoglichen Durchlaucht in unmittelbare Verbindung mit dem Patente vom 10. März 1827 gesetzt und darzuthun versucht, daß hierin die Rechtfertigung der von höchstihnen öffentlich ausgesprochenen Verwahrung Ihrer Rechte liege, indem darüber kein Zweifel mehr obwalten könne, daß die von Ihnen aufgestellten Sätze vollkommen begründet und Sie daher auch befugt gewesen seien, den Folgen der, von der vormundtschaftlichen Regierung vorgenommenen, widerrechtlichen Handlungen vorzubeugen. Die Anträge Seiner herzoglichen Durchlaucht gehen dahin, daß die hohe Bundesversammlung höchst ihr Recht auf den Regierungsantritt mit dem zurückgelegten achtzehnten Jahre anerkennen und ihre Mißbilligung wegen der verlängerten Vormundschaft ausdrücken möge, so wie ferner, daß diese hohe Versammlung über die in vormundschaftlicher Regierung Seiner herzoglichen Durchlaucht von Seiner Majestät dem Könige von Hannover unterm 25. April 1820 vollzogene und publicirte neue Landschaftsordnung, als die Grenzen der vormundtschaftlichen Befugnisse überschreitend, Ihre Mißbilligung zu erkennen geben wolle. —

Die Erledigung dieser Anträge verlangten Seine Durchlaucht der Herzog früherhin nur eventuell durch bundesgesetzliche Eröffnung einer Austrägalinstanz, in der neuesten actenmäßigen Widerlegung aber unbedingt und ohne Ausnahme auf dem austrägalgerichtlichen Wege, aus dem Grunde, weil man kein Urtheil über die Seiner Majestät angeblich zugefügten Beleidigungen haben könne, wenn nicht die zur Sprache gebrachten materiellen Beschwerden gleichzeitig erörtert und in Masse entschieden würden.

Von königlich großbritannisch-hannöverscher Seite wird hierauf ganz kurz erwidert, wie es zugegangen sei, daß Seine Majestät der König von Hannover die Vormundschaft über Seine herzogliche Durchlaucht bis zu dessen 19. Lebensjahre fortgesetzt hätten, daß dies mit höchstihrem eigenen Consens geschehen sei, und daß dahier kein Gegenstand bundesgesetzlicher Erledigung vorliege.

Im ähnlichen Sinne wird in Bezug auf die neue Landschafts-Forderung bemerkt, daß die Befugnisse eines vormundtschaftlichen Regenten eines souverainen Landes nicht nach den Befugnissen eines Vormundes über einen Privaten bemessen werden können; daß hier jedenfalls aber keine Beleidigung Seiner Durchlaucht des Herzogs gedenkbar sei. Hiernach stellen sich die oben erwähnten Beschwerden in einer doppelten Beziehung dar; sie können nämlich einmal als Einrücken gegen die von Seiner Majestät in dem Patente vom 10. Mai 1827 gefundenen Beleidigungen, dann aber auch als selbstständige einer eigenen Erledigung bedürfende Streitgerichte betrachtet werden. — Es

wird sich nun mit wenigen Worten darthun lassen, daß sie, in der einen, wie in der andern Beziehung, völlig unbegründet und unerheblich sind.

Die Eintrede der Wahrheit kann, wie schon oben bemerkt worden, da nicht zulässig sein, wo die Beleidigung in der von dem Beleidigenden gewählten Form liegt, wie es hier der Fall ist. Seine herzogliche Durchlaucht von Braunschweig könnten vollkommen berechtigt gewesen sein, die Regierung mit vollendetem 18. Jahre anzutreten, und die neue von der vormundschaftlichen Regierung eingeführte Landschaftsordnung könnte jeder Rechtsgültigkeit entbehren, und dennoch wären Höchste niemals befugt gewesen, Sich, sowie geschehen, gegen Seine Majestät den König von Hannover auszusprechen und Allerhöchstens Absichten bei Einführung der Landschaftsordnung von Seite der Vormundschaft öffentlich zu verunglimpfen. Dieser allgemein gültige Rechtsatz muß bei persönlichen, Ehre und Würde betreffenden Streitigkeiten unter Bundes-Souverainen um so mehr seine Anwendung finden, als jeder solche Beweis nur dazu dienen könnte, die Beleidigung und mithin die Quelle des Streites zu verewigen.

Insofern man aber die vorliegenden Beschwerden als selbstständige betrachtet, die einer unmittelbaren Erledigung bedürfen könnten, so erscheinen sie als directe Anklagen gegen Seine Majestät den König von Hannover als gewesenen Vormund über das Herzogthum Braunschweig, und der Ausschuß wird daher zuvörderst zu untersuchen haben, ob die hohe Bundesversammlung das Recht und die Verpflichtung habe, sich hierüber auszusprechen. Er ist nun der Meinung, daß die Competenz des Durchlauchtigsten Deutschen Bundes in dieser Beziehung dermalen nicht begründet sei.

Schon der erste Anblick lehrt, daß hier kein eigentlicher Streitgegenstand vorhanden sei. Wenn die hohe Bundesversammlung auch darüber einen Beschluß fassen könnte und wollte, daß Seine herzogliche Durchlaucht das Recht gehabt hätten, mit vollendetem 18. Jahre die Regierung anzutreten, so ließe sich hiervon keine practische Folge gedenken, indem eine restitutio in integrum unmöglich ist. Nur damals, als Seine Durchlaucht das 18. Lebensjahr erst angetreten hatten, wäre ein Streit hierüber mit Seiner Majestät dem Könige von Hannover gedenkbar gewesen, der zur Cognition des Durchlauchtigsten Bundes hätte erwachsen können. Das nämliche gilt von der Beschwerde wegen Einführung einer neuen Landschaftsordnung. Zwar ist darüber, ob diese Landschaftsordnung oder die frühere in anerkannter Wirksamkeit bestehe, allerdings insofern ein Streit gedenkbar, als diese Frage wie eine innere Landesangelegenheit des Herzogthums Braunschweig betrachtet wird, und in der That wird sich die hohe Bundesversammlung auch hiermit auf Veranlassung einer andern auf den Art. 56 der Wiener Schlußacte gegründeten Beschwerde zu befassen haben. — Dieser an und für sich sehr practische Streit verliert aber sein Object, so wie er gegen die gewesene vormundschaftliche Regierung gerichtet wird, indem Seine Majestät der König von Hannover bei dem Bestand der Braunschweigischen Landesverfassung unmittelbar gar nicht theilhaftig sind, und daher auch nicht zur Partei gemacht werden können.

Noch weniger stellt sich der Antrag auf Mißbilligung des Verfahrens der vormundschaftlichen Regierung als begründet dar. — Eine Mißbilligung würde in diesem Falle eine Beleidigung voraussetzen. Wie könnte es aber auch nur als möglich gedacht werden, daß seine Majestät der König von Hannover, als gewesener Vormund Seiner herzoglichen Durchlaucht, die vormundschaftliche Re-

gierung deshalb länger fortgeführt und deshalb eine neue Landschaftsordnung eingeführt hätten, um Ihren Durchlauchtigsten Mündel zu beleidigen!

Der Beweis, daß eine solche Absicht jemals vorgewaltet haben könnte, scheint dem Ausschusse so unthunlich, daß er nicht glaubt, sich hierbei länger aufhalten zu dürfen.

9) Bedrohung der Sicherheit Braunschweigs,

a) durch öffentliche Erklärungen der königlich hannöverschen Regierung.

Seine herzogliche Durchlaucht von Braunschweig behaupten, durch verschiedene offizielle Aeußerungen der königl. hannöverschen Regierung und durch eine hiermit in Verbindung zu setzende Thathandlung in Ihrer Sicherheit bedroht zu sein, und reklamiren deshalb den Schutz des Bundes. Der Ausschuss glaubt zunächst jene angeblichen Aeußerungen, dann die Thathandlung etwas näher prüfen zu sollen.

Von herzoglich braunschweigischer Seite wird eine solche bedrohliche Stelle in dem Vorworte der von dem Grafen v. Münster verfaßten Schrift gefunden, an dessen Schlusse gesagt wird:

„Seine Majestät haben einen Beweis Höchsthocher Mäßigung und Ihrer Achtung für die bestehenden Verträge gegeben, indem Sie Sich nicht Ihrer Macht bedienen, um Sich gegen neue Beleidigungen des Herzogs zu schützen. Deutschlands unabhängige Fürsten haben sich durch die Bundesakte verpflichtet, ihre Streitigkeiten nicht durch die Gewalt der Waffen zu entscheiden. Aber dies Gesetz ist nicht für einen Fall berechnet, wie er sich jetzt zwischen dem Könige und Seiner Durchlaucht darstellt. Man hat dem Herzoge die Mittel angeboten, diese traurige Angelegenheit zu beendigen. Möge er sich von der Nothwendigkeit überzeugen, sie nicht von der Hand zu weisen.“

Der Ausschuss vermag hierin die von Seiner Durchlaucht behauptete Drohung nicht zu finden.

Wenn gleich Seine Majestät der König von Hannover Sich hier weniger richtig ausgedrückt haben sollten, so gestattet dennoch Allerhöchsthoch ganzes Benehmen in dieser Streitsache nicht, jener Stelle einen wirklich bedrohlichen Sinn unterzulegen.

Seine Durchlaucht der Herzog bezeichnen in Ihrer neuesten Ausführung als ganz besonders bedrohend und gefährlich die Stelle der königlich hannöverschen Beschwerdeschrift, wo es heißt:

„Es kann jeden Augenblick die Progression der Unternehmungen Seiner Durchlaucht den Punkt erreicht haben, daß Seine königliche Majestät ohne eine von Seiten des deutschen Bundes eingetretene Prävention in einer solchen Lage auf Ihre eigenen Mittel Sich beschränkt sähen, um wenigstens zu verhindern, daß nicht ein passives Dulden unvermeidliche Folgen herbeiführte, welche nachher nicht wieder aufzuheben wären.“

Herzoglich-braunschweigischer Seits ist man des Dafürhaltens, daß hierin nicht nur eine Bedrohung des Herzogthums Braunschweig, sondern eine Bedrohung des Durchlauchtigsten Deutschen Bundes liege, indem Seine Majestät der König von Hannover letzterm keine andere Wahl ließen, als entweder den von Allerhöchsthoch gestellten Anträgen zu entsprechen, oder aber sich zu gewärtigen, daß der innere Frieden und die Ruhe von Deutschland gestört werden. — Es wird dabei ausgeführt, daß ein Angriff Braunschweigs gegen Hannover,

des Mißverhältnisses der Macht wegen, ungedenkbar sei, und daß es daher nicht gerechtfertigt werden könne, wenn Seine Majestät der König von Hannover Schutz und Sicherheit gegen Schritte der Gewalt von Seiten Seiner herzoglichen Durchlaucht verlangten.

Es werden allerlei gehässige Insinuationen hinzugefügt, über die angebliche Absicht Hannovers, das Recht des Stärkern an die Stelle der in Deutschland bundesgesetzlich begründeten Ordnung zu setzen, sowie darüber, daß man jenseits nur eine Gelegenheit suche, um unter einer mehr oder minder scheinbaren Form Braunschweig das Alleräußerste zuzufügen.

Der Ausschuß könnte in diesen Behauptungen Seiner herzoglichen Durchlaucht nur ein völliges Verkennen des wahren Verhältnisses der Sache erblicken.

Es kann und darf Höchsthien darüber kein Zweifel beivoohnen, daß der durchlauchtigste deutsche Bund, so lange er sich innerhalb der ihm bundesgesetzlich vorgeschriebenen Schranken bewegt, sich von keinem seiner Glieder bedrohen lassen kann und wird, indem er sich der Kraft und des Willens vollkommen bewußt ist, die von ihm vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen getreulich und gegen jedes seiner Glieder zu erfüllen. Auch werden sich die höchsten und hohen Bundesglieder, welche zwei der mächtigsten Monarchen Europa's an ihrer Spitze zählen, in der Ihnen anheim gegebenen Entscheidung eines persönlichen Ehrenstreites zweier Ihrer Mitverbündeten sicherlich von keiner Rücksicht auf relative Macht derselben, sondern nur durch das Gefühl von Recht und Unrecht leiten lassen.

Abgesehen hiervon, ist es eine neue Beleidigung Seiner Majestät des Königs von Hannover, wenn Se. herzogliche Durchlaucht wiederholt und unter stets veränderten Wendungen den Satz aufstellen, daß Se. Majestät der König von Hannover durch alle Ihre von Anfang an vorgenommenen Schritte, und insbesondere durch Ihre vor dieser hohen Versammlung geführte Beschwerde, nichts bezwecken, als die gewaltjame Unterdrückung eines minder mächtigen Bundesstaates.

Das Obige beweist mehr als zur Genüge, daß Allerhöchstdieselben eine lange Reihe von persönlichen und höchst empfindlichen Beleidigungen mit einer Geduld ertragen haben, die Sie nur im tiefsten Gefühle Ihres Rechts und der höchsten Reinheit Ihrer Absichten schöpfen konnten, und wie weit entfernt Sie sind, von Ihren eignen Mitteln Gebrauch zu machen, um Sich die Ihnen schuldige Genugthuung zu verschaffen, hiervon liefert gerade das gegenwärtige Verfahren den vollständigsten und unwiderlegbarsten Beweis.

Seine Majestät der König von Hannover haben durch freiwillige Anbringung Ihrer persönlichen Streitsache mit Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig im ächt föderativen Sinne bei dieser hohen Bundesversammlung vor aller Welt Zeugniß gegeben, wie hoch und heilig Allerhöchsthie den Zweck und die Bestimmung des deutschen Bundes halten, und wie bereitwillig Sie sind, diesem Zwecke jede andere Rücksicht unterzuordnen.

Hierbei muß zugleich bemerkt werden, daß Seine herzogliche Durchlaucht der von Seiner Majestät dem Könige von Hannover dahier angebrachten Beschwerde eine unrichtige Auslegung geben, wenn Höchsthie dieselbe in dem Sinne nehmen, als werde dadurch eine unmittelbare Sicherstellung Hannovers gegen Braunschweig, mithin die Ergreifung vorläufiger Maßregeln verlangt. Es ist eben ausgeführt worden, daß es sich hier nur von definitiver Erledigung des ganzen Streitverhältnisses handeln könne, und in diesem Sinne genommen,

fällt auch das Befremdende hinweg, was Seine herzogliche Durchlaucht darin finden wollen, daß der sechsmal mächtigere Nachbar Schutz und Schirm gegen die Ihrer Seite befürchteten Gewaltschritte in Anspruch nehme.

b) durch den Durchmarsch königlich hannöverscher Truppen durch das herzogliche Amt Theedinghausen.

Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig wollen die Gefährlichkeit der vorhin angedeuteten angeblichen Bedrohungen Hannovers dadurch gerechtfertigt wissen, daß königlich hannöversische Truppen, der Protestation des herzoglichen Beamten ungeachtet, durch das herzoglich braunschweigische Amt Theedinghausen (einer Enclave des Königreichs Hannover) ohne vorherige Anfrage durchmarschirt seien, und verlangen dafür von der königlich hannöversischen Regierung angemessene Genugthuung, falls dieselbe es nicht vorziehen sollte, zur Beseitigung der gegen sie streitenden Vermuthung diejenige oder diejenigen Personen zur gebührenden Verantwortung zu ziehen, durch welche die in Frage stehende Territorialverletzung herbeigeführt worden sei.

Es geht nun das aus dem Geschichtlichen dieses Vorganges zur Genüge hervor, wie wenig von Seiten der königlich hannöversischen Regierung daran gedacht worden ist, eine Verletzung des herzoglich braunschweigischen Gebietes vorzunehmen, und daß von Ihrer Seite wegen dieses an und für sich höchst unbedeutenden Vorfalles sofort, und noch ehe sie verlangt wurde, die Aufklärung nach Braunschweig gegeben wurde, welche unter den obwaltenden Verhältnissen von herzoglich braunschweigischer Seite nur immer erwartet werden konnte.

Da nun die Absicht, das herzoglich braunschweigische Gebiet zu insultiren, durchaus nicht zu erweisen steht, vielmehr das Gegentheil zu Tage liegt, so möchte es keiner Ausführung bedürfen, daß dem in dieser Beziehung von Seiner herzoglichen Durchlaucht gestellten Antrage nicht entsprochen werden könne.

10) Beschwerde Braunschweigs wegen verschiedener in der königlich hannöversischen Beschwerdeschrift enthaltenen Stellen.

In der neuesten herzoglich braunschweigischen actenmäßigen Widerlegung sind aber außerdem verschiedene angebliche Beleidigungen aufgeführt, welche in den von der königlich hannöversischen Regierung hier übergebenen Beschwerden enthalten sein sollen.

Unter den ausgehobenen Stellen wird ein vorzügliches Gewicht auf jene gelegt, wo es heißt:

„Seine königliche Majestät hätten nichts sehnlicher gewünscht, als, so wie dies früher bei einem gegen die Person des Ministers Grafen von Münster auf dessen Landhause unweit London gerichteten Attentate der Fall gewesen, der leicht vorauszufehenden Behauptung des Herzogs zufolge, dieses Unternehmen für ein solches ansehen zu können, welches sein Entstehen lediglich dem verbrecherischen Entschlusse des unmittelbaren Urhebers dessen zu danken gehabt.“

Seine Durchlaucht der Herzog behaupten durch die indirecte hierin liegende Insinuation auf's Schwerste beleidigt zu sein, und verlangen nicht nur hinreichende Aufklärung des Vorfalles selbst, sondern auch eine völlig satisfacirende Erklärung Seiner Majestät des Königs von Hannover hierüber.

Der Ausschuß war außer Stande, in der wörtlich ausgehobenen Stelle den von Seiner herzoglichen Durchlaucht hineingelegten beleidigenden Sinn zu finden. Es wird hierin gegentheils gesagt, daß man Seine Durchlaucht keineswegs für den Urheber oder Theilnehmer jenes Verbrechens gehalten, und nur

gewünscht habe, das Gleiche auch bei einem andern näher zu erörternden Vorfalle thun zu können. Daß aber der Mordanschlag auf den Grafen von Münster auf dessen Landhause unweit London hier eine ganz natürliche und ungesuchte Erwähnung finden könnte, ergibt sich aus der königlich hannöverscher Seits ausgeführten Beschwerde von selbst, indem diese großentheils von Angriffen handelt, welche gegen die Person des königlichen Cabinetministers Grafen von Münster gerichtet waren.

Ferner werden am Schlusse der actenmäßigen Erwiderung Lit. A bis H verschiedene von königlich-hannöverscher Seite gebrauchte Wendungen und Ausdrücke gerügt, die indessen kaum eine nähere Erörterung verdienen, mit Ausnahme jener, die aus der officiellen Staatschrift des Grafen von Münster ausgehoben und oben besonders beleuchtet worden sind. Es ist nämlich einleuchtend, daß, wenn eine förmliche Beschwerde über persönliche und empfindliche Beleidigungen geführt wird, die Ausdrücke: Schmähungen, Verunglimpfungen, öffentliche Beleidigungen u. s. w., nicht vermieden werden konnten. Ebenso augenscheinlich ist es, daß die einzelnen zur Sprache gebrachten Thatfachen vor der entscheidenden Behörde characterisirt werden mußten, und daß dies in der königlich-hannöverschen Beschwerde unter Beobachtung jener Form geschehen ist, auf welche diese hohe Versammlung gerechten Anspruch hat, wird wohl nicht in Abrede gestellt werden können. — Auch ist das Bestreben der königlich-hannöverschen Regierung, in dieser Beziehung selbst den strengsten Anforderungen Genüge leisten zu wollen, so offen an den Tag gelegt worden, daß, wenn selbst irgend ein weniger gewöhnlicher Ausdruck gebraucht worden sein sollte, dennoch die Absicht, hierdurch beleidigen zu wollen, keineswegs angenommen werden kann und darf. Indessen könnten von herzoglich-braunschweigischer Seite nicht einmal solche Ausdrücke bezeichnet werden, es wäre denn, daß man den Ausdruck „auffallendes Benehmen“ hierher rechnen wollte.

11) Beleidigungen, welche in der neuesten herzoglich-braunschweigischen actenmäßigen Widerlegung enthalten sind.

Der Ausschuß hätte gewünscht, ein Gleiches von der ihm Namens Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig übergebenen actenmäßigen Widerlegung sagen zu können. Zwar wird auch hier die soeben in Bezug auf die königlich-hannöversche Beschwerde gemachte Bemerkung ihre Anwendung finden, daß nämlich bei einer förmlichen Verhandlung über erlittene persönliche Kränkungen in der Bezeichnung und Characterisirung derselben keine neue Beleidigung liegen könne, indessen ist gerade hierbei das strengste Maaß und Ziel zu halten, indem sonst der gerechte Vorwurf begründet wird, daß man das eingeleitete Verfahren nur als eine passende Gelegenheit betrachtet, um den Gegner mit neuen Beleidigungen zu überhäufen. Diesen Vorwurf haben nun Seine herzogliche Durchlaucht, wie der Ausschuß sich gezwungen sieht zu bekennen, in einem sehr hohen Grade auf Sich geladen. — Die diesem Gutachten angefügten Auszüge, deren Druck der Ausschuß aus Verehrung für die Würde eines deutschen Bundes-Souverains nicht beantragen kann, enthalten, neben wiederholten Entstellungen der Absichten und des Verfahrens Seiner Majestät des Königs, und neben Erneuerung und Verstärkung aller früheren Beleidigungen, eine solche Masse von neuen höchst beleidigenden Ausfällen gegen Allerhöchsthre Person, und insbesondere gegen den königlichen Cabinetminister Grafen von Münster, wegen der von ihm auf Befehl Seiner Majestät verfaßten Staatschrift, ungeachtet Seine Durchlaucht gleichzeitig erklären, daß die darin enthal-

tenen angeblichen Beleidigungen Seiner königlichen Majestät zuzuschreiben seien; und eine solche Fülle von ehrenrührigen Bezeichnungen des königlich-hannoversischen Geheimen Rathes von Schmidt-Phisfeldt, daß der Ausschuß sich in keiner geringen Verlegenheit befinden würde, wenn er ausführlichen Vortrag darüber erstatten sollte.

Da nun die hohe Bundesversammlung das vollste Recht hatte, zu erwarten, daß wenigstens bei den von ihr zu pflegenden Verhandlungen die Form auf das Strengste gewahrt würde, so hätte man vielleicht in Erwägung ziehen können, ob die Achtung, welche die hohe Bundesversammlung als Organ des Bundes sich bewahren muß, es nicht fordere, eine solche, in ihren Ausdrücken und theilweise selbst in ihrem Inhalte keine nähere Beleuchtung zulassende Ausführung Seiner herzoglichen Durchlaucht zu dem Behufe zurückzugeben, um dieselbe einer genaueren und den Verhältnissen angemessenen Sichtung zu unterwerfen. — Der Ausschuß hat jedoch aus dem Grunde Anstand genommen, hierauf seinen Antrag zu richten, weil durch keine Handlung Seiner herzoglichen Durchlaucht Ihre Absicht, den gegenwärtigen Streit aufs Aeußerste zu treiben, deutlicher bewiesen wird, als durch diese, und weil eben dadurch die erwähnte Widerlegung ein wesentliches Actenstück des gegenwärtigen Verfahrens der hohen Bundesversammlung geworden ist. Wenn freilich Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig den Ausdruck Ihrer persönlichen Erbitterung gegen einen erhabenen Bundes-Souverän, selbst da, wo es sich von der definitiven Entscheidung der Sache handelt, nicht zu mäßigen vermochten, ungeachtet gerade hier die zarteste Beachtung aller Formen und die ängstliche Vermeidung eines jeden neuen Unrechts gleich sehr durch Ihre Stellung zu Ihren mitverbündeten Staaten, wie durch Höchstherr eigenes Interesse geboten wurde, — alsdann muß auch der letzte Schein der Hoffnung schwinden, daß diese betrübenden Irrungen auf einem andern Wege, als dem der unverzüglichen endlichen Entscheidung von Seiten des Bundes geschlichtet werden können.

D. Anträge.

Bevor der Ausschuß zur Stellung seiner Anträge übergeht, muß er noch mit wenigen Worten die Frage berühren: ob vor definitiver Entscheidung dieses persönlichen Streites zweier Bundes-Souverains noch ein Versuch der Güte von Bundeswegen anzustellen sei. Im Allgemeinen hat der Bund nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, bei allen Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern, vor definitiver Erledigung der Sache, den Weg der Güte zu versuchen. Es würde sonach vollkommen gerechtfertigt erscheinen, wenn die hohe Bundesversammlung, nachdem der vorliegende Streit zu ihrer Competenz erwachsen ist, auch hier zunächst einen Versuch der Güte anstellte. — Es liegen jedoch hier besondere Gründe vor, welche eine Ausnahme von der Regel nothwendig machen dürften. Nicht nur haben Seine Majestät der König von Hannover ausdrücklich erklärt, daß Allerhöchstdie keinen Versuch der Güte mehr für zulässig hielten, sondern auch Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig haben einen solchen dadurch als unwesentlich anerkannt, daß Sie die Entscheidung hierüber lediglich der hohen Bundesversammlung anheim gegeben haben.

Schon hieraus ließe sich mit der größten Gewißheit auf die Erfolglosigkeit eines jeden Vermittelungsver Versuches schließen. Hierzu kommt, daß bereits eine Vermittelung außerhalb des Bundes von den beiderseitigen Allerböchsten Höfen von Preußen und Baiern versucht und mit sehr geringer Aussicht auf Erfolg geendet ist.

jeden nur gedenkbarcn Ausweg, bis an die äußerste Grenze fortgeführt worden ist. — In welchem Sinne aber jede, Ihren Ansichten nicht völlig widersprechende Vermittelung von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig genommen wird, darüber haben Sie in ihrer neuesten actenmäßigen Widerlegung den vollsten wahren Aufschluß gegeben. Höchst dieselben haben offen erklärt, daß Sie keinen Vergleich als einen wahren anerkannten, bei welchem nicht Seiner Majestät dem Könige von Hannover gleichfalls Opfer auferlegt würden, und daß Sie deshalb auch zu Vorschlägen, wie sie von den vermittelnden Höfen gemacht worden seien, sich nur mit dem Vorbehalt hätten zwingen lassen können, den Ihnen angethanen Zwang zur beliebigen Zeit aufzudecken und dadurch alle von Höchstihnen gemachten Zugeständnisse zurückzunehmen.

Die hohe Bundesversammlung würde wohl eben so wenig im Stande sein, eine Vermittelung im Sinne Seiner herzoglichen Durchlaucht anzustellen, als es die allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin zu thun im Stande gewesen sind, und der Ausschuß müßte daher jedenfalls das größte Bedenken tragen, einen Antrag zu machen, durch den Seiner Durchlaucht Gelegenheit gegeben würde, die Anwendung dieser offen ausgesprochenen Lehre nochmals zu versuchen.

In Gemäßheit vorstehender Ausführungen erlaubt sich der Ausschuß, folgenden Beschluß des durchlauchtigsten deutschen Bundes in Antrag zu bringen:

Nachdem Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig Seine Majestät den König von Hannover durch das am 10. Mai 1827 erlassene Patent öffentlich und persönlich in Allerhöchstihrer Ehre und Würde beleidigt und diese Beleidigung durch eine Reihe von Handlungen und Erklärungen theils erneuert, theils verstärkt, niemals aber zurückgenommen haben; nachdem, durch diese so lange fortgesetzten und stets gesteigerten Provocationen Seiner königlichen hannoverschen Majestät, die innere Ruhe und Sicherheit von Deutschland auf eine höchst bedenkliche Weise bedroht ist; nachdem Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig durch Höchstihre Benehmen bei der unter Leitung der allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin stattgefundenen und mit dem größten Danke zu erkennenden Vermittlung die unzweideutigsten Beweise abgelegt haben, wie wenig geneigt Sie sind, den weisesten und wohlmeinendsten Rathschlägen befreundeter Höfe zur gütlichen Beilegung Höchstihres Streites mit Seiner königlich großbritannisch-hannoverschen Majestät im ächt föderativen Sinne des Bundes Gehör zu geben, und durch alles dies die schleunige und endliche Entscheidung dieser Irrungen zur Erreichung des höchsten Bundeszweckes nothwendig gemacht haben: so beschließt der durchlauchtigste deutsche Bund:

1) Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig sind schuldig und verbunden, binnen eines Termins von vier Wochen das Patent vom 10. Mai 1827 öffentlich zurückzunehmen und Seiner Majestät dem Könige von Hannover mittelst eines eigenen Abgeordneten in der zwischen Souverains üblichen Form, die angemessene schriftliche Entschuldigung Ihres Benehmens zu machen.

2) In Erwägung der besondern bei der Herausforderung des königlich hannoverschen Cabinetsministers Grafen von Münster durch den herzoglich braunschweigischen Oberjägermeister von Braun stattgefundenen Umstände gewärtigt der deutsche Bund, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig den H. von Braun, wegen des von ihm notorisch begangenen und seitdem nicht gesetzmäßig bestraften Attentats, zur gehörigen Untersuchung ziehen und nach

den Gesetzen Ihres Staates bestrafen lassen werden. Auch sieht er der Anzeige von dem Resultate des hiernach einzuleitenden gerichtlichen Verfahrens zu seiner Zeit entgegen.

Zugleich hegt Er die zuversichtliche Erwartung, daß Höchstdieselben von nun an Sich jeder directen und indirecten Beleidigung Seiner Majestät des Königs von Hannover enthalten und nicht gestatten werden, daß Staatsdiener oder Unterthanen Seiner gedachten königlichen Majestät von herzoglich braunschweigischen Staatsbedienten oder Unterthanen wegen der stattgehabten Irrungen verfolgt oder beleidigt werden.

3) Der deutsche Bund mißt es der eigenen Schuld Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig bei, wenn Seine Majestät der König von Hannover Sich bewogen gesehen haben, einen wegen Seiner herzoglichen Durchlaucht persönlichen Streites mit Seiner königlichen Majestät wider allgemein anerkannte Principien des Recht, ohne Anwendung gesetzlich bestehender Formen, auf eine für Allerhöchsthie beleidigende Weise verfolgten vormals herzoglich braunschweigischen Staatsbedienten, den Geheimen Rath v. Schmidt-Phisfeld, unter Ihren besonderen Schutz zu nehmen. Da in Folge dieser Verhältnisse der mit Berufung auf die Staatsverträge vom 16. November 1535 und vom 8. Januar 1798 gemachte Antrag auf Auslieferung des königlich hannöversischen Geheimen Raths v. Schmidt-Phisfeld völlig unzulässig ist, so wird auch die wegen Verweigerung jenes Antrags von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig erhobene Beschwerde als unstatthaft zurückgewiesen.

Der deutsche Bund spricht jedoch die Erwartung aus, daß Seine Majestät der König von Hannover von selbst geneigt sein werden, auf etwaiges Verlangen Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig von dem königlich hannöversischen Geheimen Rathe v. Schmidt-Phisfeld alle Aufklärungen erheben und nach Braunschweig mittheilen zu lassen, welche über seine frühere Amtsführung in dem Herzogthum Braunschweig nöthig erachtet werden könnten.

4) Die Beschwerde Braunschweigs gegen Hannover wegen Verlängerung der vormundschaftlichen Regierung in die Zeit der angeblichen Volljährigkeit Seiner jetzt regierenden herzoglichen Durchlaucht von Seiten Seiner Majestät des Königs, als gewesenen vormundschaftlichen Regenten des Herzogthums Braunschweig; desgleichen

5) die Beschwerde wegen Einführung der unterm 25. April 1820 von der gewesenen vormundschaftlichen Regierung Seiner königlich hannöversischen Majestät zu Stande gebrachten neuen Landschaftsordnung in dem Herzogthum Braunschweig werden — in Erwägung, daß in der gegebenen Beziehung kein gesetzlicher Grund zum Einschreiten des Bundes vorhanden ist — von hier abgewiesen.

6) Da Seine Majestät der König von Hannover bei Anordnung der von dem königlichen Cabinetsminister Grafen v. Münster verfaßten Staatschrift nur eine gerechte von Seiner herzoglichen Durchlaucht selbst veranlaßte Selbstvertheidigung ausgeübt haben; so kann dem Antrage Braunschweigs wegen Mißbilligung dieser Schrift und öffentlicher Zurücknahme der angeblich darin enthaltenen persönlichen Beleidigungen Seiner Durchlaucht des Herzogs um so weniger Folge gegeben werden, als Höchstdieselben dieser allein stehenden und abgedrungenen Handlung neuerdings eine Masse höchst empfindlicher persönlicher Berunglimpfungen entgegengesetzt, und sogar zuletzt so weit gegangen sind, durch

eine der Bundesversammlung übergebene Erklärung alle Ihre früheren Beleidigungen zu überbieten. Eben so wenig bedarf

7) der von herzoglich braunschweigischer Seite gestellte Antrag, rücksichtlich der Sicherstellung Seiner Durchlaucht des Herzogs und rücksichtlich des angeblich widerrechtlichen Durchmarsches königlich hannöverscher Truppen durch das herzogliche Amt Thedinghausen, einer Erledigung, indem von der königlich hannöverschen Regierung der herzoglich braunschweigischen Regierung schon früher und unaufgefordert jede Aufklärung ertheilt worden ist, die nur immer von ihr erwartet werden konnte.

8) Insofern aber diese bedauerlichen Irrungen zwischen Seiner Majestät dem Könige von Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig die Veranlassung zu verschiedenen, höchst beleidigenden, im öffentlichen Drucke erschienenen Schmähchriften geworden sind, und dadurch die Gefährlichkeit des Streites selbst erhöht worden ist; so vereinigen sich die höchsten und hohen Bundesglieder dahin, den Druck und den Debit von solchen nicht officiellen Controverschriften, ohne Rücksicht auf deren Bogenzahl, in Ihren Staaten fernerhin nicht zu gestatten, auch darüber zu wachen, daß in die öffentlichen Blätter nichts aufgenommen werde, was nunmehr den bundesgesetzlich geschlichteten Streit wieder aufregen oder in frischem Andenken erhalten könnte.

Hannover. Der königlich hannöversische Bundestaggesandte erhält heute durch den Altenauszug der hochverehrlichen Begutachtungskommission die erste genauere Kenntniß von der herzoglich braunschweigischen Gegenerklärung.

Er sieht sich daher außer Stande, darauf sofort etwas zu erwidern, hält jedoch auch solches bei dem vorliegenden Gutachten der Commission für überflüssig. Nur einen einzigen Thatumstand kann derselbe ohne Bemerkung unmöglich hingehen lassen.

Es hat nämlich Seiner herzoglichen Durchlaucht gefallen, sich besonders ausführlich über die auf Befehl Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover erfolgte Staatschrift des Ministers Grafen von Münster zu verbreiten, in derselben einen Hauptgrund des unglücklichen Streites und eine vorzügliche Beleidigung Höchstihrer Selbst zu finden, und zur Rechtfertigung dieser Behauptung sich auf mehrere einzelne Stellen jener Staatschrift zu beziehen, die in der braunschweigischen Gegenerklärung speciell herausgehoben sind. In letzterer Hinsicht kann nun der königlich hannöversische Abgesandte sofort nicht unerwähnt lassen, daß, nach einer von ihm angestellten genauen Vergleichung jener Stellen mit dem gedruckten Grundtexte, die meisten derselben, durch Herausreißung aus dem Zusammenhange, ihrem Sinne und ihrer Tendenz nach völlig entstellt, daß mehrere durch eingeschobene Nebenworte verändert und sogar einige, wie namentlich die unter Nr. 4 bezeichnete, in der Schrift selbst nicht einmal anzutreffen sind. Hieraus allein werden die allerhöchsten und höchsten Bundesregierungen erweisen, welchen Glauben die meisten der übrigen, in der herzoglich braunschweigischen Gegenerklärung enthaltenen, thatsächlichen Behauptungen verdienen.

Braunschweig und Nassau. Der Herr Gesandte müsse sich die etwa nöthig werdende Erwiderung auf die vorstehende königlich hannöversische Erklärung für Braunschweig vorbehalten.

Präsidentium trägt darauf an, den Vortrag der Commission den allerhöchsten

und höchsten Regierungen zur Instructionsertheilung einzusenden, damit am 20. August l. J. darüber abgestimmt und Beschluß gefaßt werden können.

Sämmtliche Gesandtschaften waren vollkommen damit einverstanden, daher

Beschluß:

Daß der Commissionsvertrag über die gegenseitigen Beschwerden von Hannover und Braunschweig, aus Veranlassung der von Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover geführten Vormundschaft u. s. w., an die allerhöchsten, höchsten und hohen Regierungen einzusenden, und diese zu er suchen seien, ihre Instructionen in der Art zu erlassen, damit am 20. August d. J. darüber abgestimmt und Beschluß gefaßt werden könne.

Hiernächst stellte

Präsidium in Umfrage, ob dem Antrage des Herrn Gesandten Freiherrn von Marschall zu entsprechen, und die herzoglich braunschweigische Erklärung, wovon die hohe Bundesversammlung bereits im Actenauszuge das Wesentliche vernommen habe, in das Protokoll aufzunehmen sei?

Sämmtliche Stimmen, mit Ausnahme jener von Braunschweig und Nassau, vereinigten sich dahin: daß die herzoglich braunschweigische Erklärung, welche bereits in Folge des Beschlusses der 11. Sitzung vom 9. April d. J. bei der Commission übergeben und bei derselben erörtert, auch in dem so eben verlesenen Vortrage im Wesentlichen aufgenommen worden, und deren Einsicht sämmtlichen hohen Gesandtschaften freistehe, dem Drucke nicht zu übergeben sei.

Braunschweig und Nassau. Ein jedes Bundesglied ist berechtigt, diejenigen Erklärungen und Vorträge zum Protocolle der Versammlung zu geben, von welchen es glaubt, daß sie auf diesem Wege zur Kenntniß seiner Mitverbündeten zu bringen seien.

Der Gesandte muß also auf der Abgabe seiner Erklärung zum Protocolle beharren und die Rechte der Höfe, die er zu vertreten die Ehre hat, in dieser Beziehung auf das Bündigste verwahren.

2c. 2c.

Münch=Bellinghausen. Nagler. Lerchenfeld. Lindenau. Stral enheim.
Trott. Nieherfeld. Gruben, auch ex. subst. für Großherzogthum Baden.
Pechlin. Grüne. Veust. Marschall. Schad. Both.
Leonhardi. Danz.

Fünftes Kapitel.

Verhandlungen an der Bundesversammlung. (Fortsetzung. Schluß.) Execution.

In der 21. Sitzung vom 23. Juli 1829 gab Braunschweig folgende Erklärung: Gegen alle Vorschritte, die vielleicht von Seiten des Bundes zum Nachtheile Seiner herzoglichen Durchlaucht in der bekannten Differenz mit Hannover eintreten könnten, in gleichem Maaße wider jede Consequenz, welche für die Gültigkeit von etwa aus ungesetzlichem Zwange resultirenden Schritten gegen Seine herzogliche Durchlaucht hergeleitet werden könnte, bin ich angewiesen, Namens Seiner herzoglichen Durchlaucht, meines höchsten Committenten, auf das Bestimmteste und Feierlichste hiermit zu protestiren.

Seine herzogliche Durchlaucht werden Sich nie dazu verstehen, Handlungen, wozu Sie durch Gewalt von Seiten des hohen Bundes mit Umgehung eines gerichtlichen Verfahrens gezwungen werden könnten, als von Ihnen Selbst ausgegangen zu betrachten, sondern vielmehr von denen, welche Höchst- denenelben durch Uebermacht dieselben abgedrungen; als erklären Hochdieselben hiermit im Voraus, daß Sie solche Handlungen und Schritte, als durchaus mit Höchstlicher bessern Ueberzeugung und Höchstlichem Willen im Widerspruch stehend, für nichtig und unverbindlich ansehen.

Hierauf erwiderte jedoch das Präsidium: Insofern Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig durch gegenwärtige Protestation die Besorgniß ausspricht, es werde in der bedauerlichen Differenz mit Seiner königlich großbritannisch-hannoverschen Majestät von Seiten des Durchlauchtigsten Deutschen Bundes ungesetzlicher Zwang angewendet werden, ist es erforderlich, zu erinnern, daß die kaiserliche Präsidialgesandtschaft sich nie ermächtigt finden werde, zu andern als zu legalen Maßregeln mitzuwirken, daß aber dem Bunde durch seine Gesetzgebung ausreichend kräftige Mittel bestimmt seien, um die Beschlüsse des Bundestags in ungehinderte Vollziehung zu setzen. Insofern aber Seine Durchlaucht gegen die Gewalt, ohne vorhergegangenes richterliches Verfahren, protestiren, darf nicht übergangen werden, daß die Bundesversammlung nicht bloß das Recht und die Verbindlichkeit habe, den Erkenntnissen der Austrägalinstanzen, sondern auch den eigenen verfassungsmäßigen Bundesbeschlüssen die Vollziehung zu sichern.

Daß aber in dem vorliegenden Falle nur ein verfassungsmäßiger Beschluß von dem Bunde ausgehen werde, dafür bürgt der Umstand, daß der definitive Beschluß zur Schlichtung der bestehenden Irrungen nur nach vorher bei sämtlichen Bundes-Regierungen eingeholten Instructionen durch freie Abstimmung

gefaßt werden wird; sowie es übrigens auch einleuchtend ist, daß die Legalität und Rechtsbeständigkeit desjenigen, was durch verfassungsmäßige Beschlüsse angeordnet wird, nicht von dem Willen, der Ueberzeugung oder der Protestation des Betheiligten abhängig sein könne.

In der 24. Sitzung (20. August 1829) eröffnete das Präsidium das Protocoll für die Abstimmungen. Hierbei erklärte nun zuvörderst Braunschweig: „Ohne die Competenz der Bundesversammlung in der vorliegenden Differenz unmittelbar auf die von dem Ausschusse bezeichnete Weise vorzuschreiten, anzuerkennen, vielmehr derselben widersprechend, sind Seine herzogliche Durchlaucht, eineunausweichliche Nothwendigkeit berücksichtigend, darauf einzugehen entschlossen: das Patent vom 10. Mai 1827 aufzuheben.

Das bei Gelegenheit der Vermittlungsverhandlungen entworfene Schreiben an Seine Majestät mit dem Zusätze zu erlassen: daß Seine Majestät der König während der bestehenden Differenzen von Seiner herzoglichen Durchlaucht nicht habe beleidigt werden sollen.

Auch rücksichtlich des Oberjägermeisters von Braun den competenten Gerichten den Spruch in der ihn betreffenden Sache zu überlassen.

Da hierdurch Allem würde entsprochen werden, was von Höchstlicher Seite zur Beilegung der Differenz erwartet werde, so glaubten Höchst dieselben vorzusetzen zu dürfen, daß der Bund keinen Anstand nehmen werde, zu erklären: daß durch den Vollzug dieser Zusage diese Sache als beseitigt zu beachten sei.

Eine alles dieses näher entwickelnde Erklärung werde der Gesandte auf den Fall zu Protocoll geben, wenn diese hohe Versammlung hiervon die Veranlassung zu nehmen sich vor Allem geneigt zeigen werde, die auf heute bestimmte Abstimmung zu suspendiren und durch Erfüllung dieser Zusagen das weitere Verfahren in dieser Sache als überflüssig zu bezeichnen.

Der Gesandte ist um so mehr in dem Falle, ein hohes Präsidium zu versuchen, hierüber die Absichten der Versammlung vor Allem zu vernehmen, als in dieser Angelegenheit auch das bundesgesetzliche Vermittlungsverfahren von dieser hohen Versammlung noch nicht eingeleitet worden ist, mithin ein solcher Versuch, diese Sache zum Ziele zu führen, noch nicht vorliegt.

Das Präsidium erwidert, der k. k. Hof würde gewiß mit dem lebhaftesten Vergnügen ein Entgegenkommen Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig, Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover die verlangte Genugthuung zu gewähren, der Nothwendigkeit vorziehen, zur Abstimmung zu schreiten; — in wie fern nun das heutige Anerbieten Seiner Durchlaucht des Herzogs diesem Zwecke zusage, darüber werde die Aeußerung der königlich hannoverschen Gesandtschaft Auskunft geben, welche man hierum ersuchen wolle.

Hannover sprach sich dahin aus: daß der König von Großbritannien und Hannover seine Geneigtheit, die mit dem Herzoge von Braunschweig obwaltende Differenz ohne Dazwischenkunft des deutschen Bundes auf dem Wege der Vermittelung und gütlichen Verständigung zu schlichten, durch Ihre Handlungsweise und durch die Geduld, womit Sie eine Reihe von sich stets erneuernden und verstärkenden Provocationen bisher ertragen haben, hinreichend bewiesen.

Leider aber hat bei Allerhöchstdenenselben die Erfolglosigkeit der mehrere Jahre hindurch fortgesetzten unermüdeten Bemühungen der ersten beiden deutschen Höfe, deren Händen Sie die Vermittlung übergeben hatten und denen Sie stets deshalb sich dankbarst verpflichtet fühlen werden, die Ueberzeugung her-

vorbringen müssen, daß auf diesem Wege eine Beendigung jener unglücklichen Streitigkeit nicht zu erreichen stehe. Diese Ueberzeugung hat sich bei Allerhöchstenen selbst in der neuesten Zeit durch das beobachtete Benehmen Seiner Durchlaucht des Herzogs bei den auf Veranlassung des königlich sächsischen Hofes, durch Dazwischenkunft des kaiserlich königlich österreichischen Cabinets unmittelbar angeknüpften Vergleichsverhandlungen nur vermehren können.

Solche haben Allerhöchstihnen bis zur Evidenz bewiesen, daß es Seiner Durchlaucht dem Herzoge weder um eine aufrichtige Versöhnung mit Allerhöchstenen selbst, noch um eine angemessene Beendigung der bisherigen Differenzpunkte zu thun war: denn sonst wären nicht Unterhandlungen, die anfänglich dem gehofften Erfolg zu entsprechen schienen, durch spätere sich immer erneuernde Ausflüchte und inzwischen eingetretene beleidigende Erklärungen von Seiten Seiner Durchlaucht vereitelt worden.

Der Gesandte vermag auch nicht in der so eben Namens Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig übergebenen Erklärung, welche damit beginnt, die unmittelbare Entscheidung des Bundes als gesetzwidrig zu verwerfen, und sodann nur einige von der Begutachtungscommission bereits in Antrag gebrachten Satisfactionspunkte, mit Auslassung mehrerer der wesentlichsten und von Seiner Majestät ausdrücklich verlangten, als ein allein durch die Nothwendigkeit abgedrungenes Zugeständniß anbietet, zugleich aber durch ihre dunkle Fassung Spielraum für eine Menge neuer Differenzen offenbar lassen würde, irgend einen Grund oder eine Gewähr zu finden, welche seinen allerhöchsten Hof veranlassen könnten, einer solchen Hoffnung von Neuem Raum zu geben.

Demnach würden Seine Majestät durch die Annahme der bemerkten ungenügenden Anerbietungen nicht nur die Rücksichten zu verletzen glauben, die Sie den mit höchstem Dank von Ihnen anerkannten, frühern, Alles erschöpfenden Bemühungen der beiden ersten deutschen Höfe schuldig sind, sondern Allerhöchstieselben können auch nur in der möglichst baldigen Entscheidung des Bundesstages das einzige Mittel erblicken, um die mit Seiner Durchlaucht bestehenden bisherigen Differenzen auf eine Allerhöchstihrer Ehre und Würde genügende und für die Sicherheit der innern Ruhe im deutschen Bunde immer näher werdende Weise beendigen.

Seine Majestät sehen Sich daher zu Ihrem aufrichtigen Bedauern gezwungen, das Eingehen in die fraglichen Anerbietungen, wie hiermit geschieht, auf das Bestimmteste abzulehnen, und geben Sich der gerechten Erwartung hin, daß in Gemäßheit der auf den heutigen Tag beschlossenen Abstimmung die bundesgemäße Entscheidung erfolge und dadurch die Erledigung der bestehenden traurigen Differenz herbeigeführt werde.

Preußen. Die Gesandtschaft ist des Dafürhaltens, daß hiernach zu der Abstimmung geschritten werden müsse.

Bayern und Sachsen nebst den großherzoglich und herzoglich sächsischen Ländern erklärt: Wenn sich Hannover mit dem Antrage Braunschweigs zufrieden erklärte, so wäre kein Streitobjekt mehr vorhanden; nachdem aber weder dasjenige, was Hannover verlange, geleistet werde, noch weniger Hannover sich mit dem so eben vernommenen Antrage einverstehe, auch denselben nicht einmal zur Berichterstattung annehme, so sei kein Grund vorhanden, die Abstimmung aufzuschieben.

Württemberg meinte: Wenn die von der herzoglich braunschweigischen Bundesstagesgesandtschaft abgegebene Erklärung als ein erster entgegen kommender

Schritt Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig, um noch dermalen zu einer, unter Leitung dieser hohen Versammlung, zu versuchenden Vermittlung der obwaltenden Differenzen zu gelangen, angesehen, und wenn angenommen werden dürfte, daß hierauf der Wunsch Seiner Durchlaucht gerichtet wäre: so hält die Gesandtschaft dafür, daß diesem Wunsche mit Bereitwilligkeit zu entsprechen, und die geeignete Einleitung sofort zu treffen sei, wobei die so eben vorgenommene Gegenäußerung der königlich hannöverschen Gesandtschaft ein entgegenstehendes Hinderniß nicht abgeben möchte, während gerade ein solcher Vermittlungsversuch das Mittel darbieten würde, um dasjenige noch herbeizuführen, was in der herzoglich braunschweigischen Erklärung vermißt wird.

Die unbestimmte Fassung dieser letztern läßt indessen ungewiß: ob dieselbe aus jenem Gesichtspunkte zu betrachten sei? und ob der möglicher Weise damit verbundene Sinn derselben auch wirklich zum Grunde liege? als worüber nur die von der herzoglich braunschweigischen Bundestagsgesandtschaft zu erwartende Erläuterung Gewißheit zu geben vermag.

Der Württembergischen Gesandtschaft stimmten die beiden Hessen bei.

Baden dagegen sagte, daß es in der so eben mündlich vorgetragenen Erklärung Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig nur ein den Anträgen Hannovers nicht völlig entsprechendes Anerbieten, die vorliegende Streitfache ohne Beschlußziehung des Bundes abzutheilen, erblicke. Dieses Anerbieten könnte, nach der Ansicht des Gesandten, nur alsdann von Folge sein, wenn die königlich hannöversche Bundestagsgesandtschaft sich damit einverstanden erklärt, und wenn somit von beiden hohen Betheiligten die Eristirg des Verfahrens der hohen Bundesversammlung beantragt worden wäre. Da nun ein solches Einverständnis nicht nur nicht vorhanden, sondern vielmehr von königlich hannöverscher Seite ausdrücklich erklärt worden ist, daß ein jeder zu neuen Vergleichsverhandlungen führender Vorschlag Braunschweigs sofort abgelehnt werden müsse, so kann der Gesandte auch nur dafür stimmen, daß die auf heute anberaumte Abstimmung und Schlußziehung stattfinden möge.

Dänemark und Niederlande stimmten für die Beendigung durch Abstimmung und Beschluß, wie Oesterreich und Preußen, ebenso Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg, Hohenzollern, Pichtenstein-Neuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck.

Die freien Städte treten einfach der Mehrheit bei.

Der braunschweigische Gesandte von Marschall erwiederte nachträglich auf die Äußerung des württembergischen Gesandten:

daß er noch zur Zeit keinen Auftrag habe, den zur Beilegung der Sache gemachten Vorschlag weiter auszudehnen, als seine vorausgehende Protokollar-Äußerung besage.

Württemberg erwiederte sogleich: Bei dem ungenügenden Inhalt der von dem herzoglich braunschweigischen Herrn Gesandten gegebenen Erklärung tritt die Gesandtschaft denjenigen Abstimmungen bei, welche sich für den alsbaldigen Schluß des Verfahrens erklärt haben, womit sich auch Kurhessen und Darmstadt vereinigten.

Nachdem nun die Anerbietungen des Herzogs den früheren Forderungen Hannovers nicht entsprechend befunden wurden, Hannover vielmehr auf dem Spruche des Bundes beharrte, — übrigens auch dieselben von dem herzoglich braunschweigischen Herrn Gesandten nicht als ein erster Schritt zur fernern genügenden Ausgleichung, sondern als das einzige von dem Herzog zu erreichende Zugeständniß erklärt worden waren; so fand die Bundesversammlung, daß der Fall nicht geeignet sei, die Abstimmungen der Bundesregierungen über die vorliegenden Irrungen zurückzuhalten.

Es wurde demnach zur Abstimmung geschritten:

Diese, wichtiger und eingreifender Natur, war folgende:

Oesterreich. Seine Majestät der Kaiser und König haben die beklagenswerthen Irrungen, welche die heutige Verhandlung am Bundestage nothwendig machen, von ihrem ersten Ursprunge an, mit dem wärmsten Interesse aufgefaßt.

Die aufrichtige Freundschaft, welche zwischen Seiner kaiserlich königlichen Majestät und Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover besteht, und sich in verhängnißvoller Zeit zum unverkennbaren Wohle des deutschen Vaterlandes vielfach bewährt hat; das besondere Vertrauen, mit welchem Se. Majestät der König, als gewesener Vormund Seiner Durchlaucht des jetzt regierenden Herzogs von Braunschweig, Seine kaiserliche Majestät im Jahre 1822 in Bezug auf die Verhältnisse dieses Fürsten zu beehren geruhten; die Folgen, welche eine fortdauernde Spannung zwischen zwei so nahe verwandten Familiengliedern nur zu sehr besorgen ließ, zumal die Sache der Fürsten in höchst bedauerlicher Art vor den Richterstuhl der öffentlichen Meinung gebracht war; endlich das Eigenthümliche des Falls, dessen Möglichkeit die Stifter des deutschen Bundes, bei Abfassung der Bundesacte, im regen Gefühle wechselseitiger Eintracht sich zuverlässig nicht gedacht hatten; Alles dies wirkte so mächtig auf Seine Majestät den Kaiser, daß Allerhöchstdieselben es Sich zur angelegentlichsten Pflicht machen zu müssen glaubten, diese unglückliche Differenz zwischen zwei durch die Forderung der Zeit zu gemeinsamen Gänge angewiesenen und durch ungedeihliche Zwischenfälle Sich feindlich gegenüberstehenden Fürsten friedlich beizulegen. Seine kaiserliche Majestät können mit voller und gewissenhafter Ueberzeugung sagen, daß Allerhöchstdieselben nichts unversucht gelassen haben, was zur Erreichung dieses Zweckes hätte führen können, und wenn auch die herzoglich-braunschweigische Gesandtschaft, in ihrer am Bundestage abgegebenen Erklärung, den Gesinnungen, von welchen Seine Durchlaucht der Herzog bei dem in Wien stattgefundenen Sühnungsversuche Ihrer Seits ausgegangen sind, gegenwärtig eine Deutung giebt, die, wenn sie gegründet wäre, nicht lebhaft genug bedauert werden könnte; so müssen Seine Majestät, was Allerhöchstdieselben Eigene Gesinnungen betrifft, betheuern, daß der kaiserliche Hof und das Ministerium, während des langen und ermüdenden Laufes der Vermittlungs-Verhandlungen, nur von dem reinsten Wunsche der Herstellung eines friedlichen Verhältnisses geleitet, auch dieselben Gesinnungen vertrauensvoll bei Seiner herzoglichen Durchlaucht vorausgesetzt haben. Die von Seiner Majestät in diesem Sinne gethanenen Schritte fanden in der Mitwirkung Seiner Majestät des Königs von Preußen eine Stütze, welche den glücklichsten Erfolg zu verhelfen schien, und es ist daher auch mit Zuversicht zu erwarten, daß der deutsche Bund den vereinten Bemühungen beider Höfe die verdiente Gerechtigkeit angedeihen lassen wird. Wenn nun, ungeachtet ihrer wohlgemeinten Vermittlungsversuche, Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig nicht bewogen werden

konnte, Sich mit Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover auf eine genügende Weise auszusöhnen; so sehen Sich Seine Majestät der Kaiser heute in der bedauernswerthen Nothwendigkeit, über dieses rücksichtslose Benehmen Seiner Durchlaucht des Herzogs gegen einen allgemein verehrten Monarchen, und die dadurch auch dem Deutschen Bunde zugezogenen nicht geringen Unannehmlichkeiten, Ihr unumwundenes Mißfallen auszusprechen.

So schmerzlich es Seiner Majestät fällt, Sich in dieser Art über einen Fürsten zu erklären, welchem Allerhöchstdieselben stets die wohlwollendste und freundschaftlichste Theilnahme gewidmet haben, so sehr halten es Höchstdieselben für Pflicht, nicht länger den Wunsch zu unterdrücken, daß durch den jetzt zu fassenden Beschluß einem Zustande der Dinge ein Ende gemacht werden möge, von welchem die bis jetzt ungetrübt erhaltene Eintracht und Ruhe unter den Bundesgliedern auf die bedenklichste Weise bedroht wird.

Seine Majestät erklären demnach, daß Höchstdieselben die, von dem für diese Angelegenheit bestellten Ausschusse, aus dem Zwecke des Bundes abgeleitete Competenz des Bundestags für den vorliegenden Fall vollkommen begründet halten, und stimmen dem zufolge dafür:

Daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig das Patent vom 10. Mai 1827 ohne Verzug öffentlich zurücknehme, und zur vollständigen Genugthuung für die Seiner Majestät dem König zugefügte persönliche Beleidigung, mittelst eines eigenen Abgeordneten, an Seine Majestät den König die angemessene schriftliche Entschuldigung gelangen lasse. Seine kaiserl. Majestät setzen dabei mit Vertrauen voraus, daß beides auf eine Art geschehe, die nicht neuen Anlaß zu gegründeten Beschwerden von Seiten Seiner großbritannisch hannöverschen Majestät biete.

Seine Majestät geben Sich ferner der Erwartung hin, daß Seine Durchlaucht die gebührende gesetzliche Bestrafung des Oberjägermeisters v. Braun, wegen des von ihm notorisch begangenen Attentats, werden eintreten, und dadurch den Grundsätzen der Religion und Moral diejenige öffentliche Genugthuung angedeihen lassen, welche die sicherste Bürgschaft gegen künftige ähnliche Unternehmungen begründen wird, zu welchem Ende auch mit voller Verurkundung erwartet werden kann, daß Seine Durchlaucht Sich jeder directen und indirecten Beleidigung Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover enthalten, und nicht ferner gestatten würden, daß Staatsdiener oder Unterthanen Seiner gedachten königlichen Majestät braunschweigischer Seits beleidigt werden.

So viel die von Seiner Durchlaucht dem Herzoge gestellten Anträge betrifft, so sind Seine Majestät der Meinung, daß die Frage wegen Auslieferung des Geheimen Raths v. Schmidt, in der gegenwärtigen Sachlage vor kein Austraggericht gebracht werden könne, weil diese Streitfrage von der, aus Veranlassung der Vormundschaft entstandenen, persönlichen Differenz nicht zu trennen ist, folglich auch nur von der Bundesversammlung selbst entschieden werden kann, diese Entscheidung aber, nach Ansicht Seiner kaiserlichen Majestät, nothwendig dahin ausfallen muß, daß dem Antrage auf Auslieferung des genannten Geheimen Raths — indem solche die durchaus unzulässige Folge, die Handlungen des gewesenen königlichen Vormundes vor die braunschweigischen Gerichte zu ziehen, haben würde — nicht statt zu geben sei; doch hebt dies die Verpflichtung des Geheimen Raths v. Schmidt nicht auf, die von der Regierung des Herzogthums nöthig erachteten Aufklärungen zu erteilen.

Die Beschwerden gegen Seine königlich hannöverische Majestät wegen Verlängerung der Vormundschaft und wegen Einführung der neuen Landschaftsordnung können ebenfalls, da sie in der von Seiner herzoglichen Durchlaucht bezeichneten Beziehung, keinen gesetzlichen Grund zum Einschreiten des Bundes darbieten, von der Bundesversammlung nicht berücksichtigt werden.

Was die von Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover veranlaßte Staatschrift betrifft, so wird jedermann begreiflich finden, daß es Seiner königlichen Majestät nicht gleichgültig sein konnte, in welchem Maße die gegen Allerhöchstihre Person und Ihr Ministerium verbreiteten Anklagen in der öffentlichen Meinung Wurzel fassen würden, und es mußte namentlich die von Seiner Durchlaucht vorgebrachte schwere Anklage, daß die Erziehung Seiner herzoglichen Durchlaucht planmäßig vernachlässigt worden sei, Allerhöchstdieselben um so mehr zu einer öffentlichen Widerlegung veranlassen, als Seine Majestät auf diese Erziehung Allerhöchstselbst Einfluß zu nehmen, Sich zur gewissenhaften Aufgabe gemacht hatten. Wenn diese von Seiner königlichen Majestät zur Beantwortung eines höchst verletzenden Angriffs veranlaßte Schrift nach der Meinung des Bundestags-Ausschusses in der Form die Schranken einer gewöhnlichen Staatschrift überschritten hat, so kann solches, wie sehr Seine kaiserliche Majestät es auch bedauern mögen, keinen Grund zu der von Seiner Durchlaucht gewünschten gegen die Person Seiner Majestät des Königs zu richtenden Mißbilligung darbieten. Noch weniger würde in Beziehung auf den hinlänglich entschuldigten Durchmarsch hannöverischer Truppen durch braunschweigisches Gebiet ein Einschreiten des deutschen Bundes gerechtfertigt sein. Uebrigens stimmen Seine Majestät mit voller Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Maßregel dem Antrage bei, daß der Druck und Debit von Controverschriften, welche auf diese Artung Bezug haben, in allen Bundesstaaten unterlagt und ebenso die Einschaltung ähnlicher Aufsätze in die Zeitungen verboten wurde.

Seine Majestät der Kaiser finden Sich übrigens, ungeachtet der von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig in letzterer mehrfach ausgesprochenen eventuellen Protestationen, zu der Erwartung berechtigt, daß, wenn der dermalen erörterte Antrag zur definitiven Schlichtung des Streites zum Bundesbeschlusse erwachsen sein wird, Seine Durchlaucht der Herzog nicht anstehen werden, denselben mit derjenigen Achtung nachzukommen, welche jedes Mitglied eines auf den Grundsatz der Gleichheit der Rechte und Pflichten gebauten Bundes den innerhalb der bundesgesetzlichen Competenz gefaßten Beschlüssen schuldig ist.

Preußen. Dasselbe Interesse für die Erhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung im deutschen Bunde, welches bei den der hohen Bundesversammlung bekannten Vermittelungsunterhandlungen in vorliegender Streitfache gemeinschaftlich mit Oesterreich von dem königlich preussischen Hofe bestätigt worden ist, bestimmt denselben gegenwärtig nach der zu seinem größten Bedauern durch die Handlungsweise Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig herbeigeführten Vereitelung jenes Ausgleichungsversuches seine bei dem letztern zum Grunde gelegte Ansicht, so weit sie noch auf die jetzige Lage der Sache paßt, auch für deren weitere Behandlung von Seiten des Bundes festzuhalten und sich im Sinne derselben entschieden dafür zu erklären, daß sich der Bund mit allem seiner Würde, sowie der Natur des Streites angemessenen Ernste eine baldige und gründliche Erledigung dieser Differenzen auf verfassungsmäßigem Wege zu bewirken, anlegen sein lassen wolle.

Diesem Zwecke und der gedachten dieseitigen Ansicht entsprechen durchgängig die von der betreffenden Bundestags-Commission am Schlusse ihres in der 19. diesjährigen Sitzung verlesenen Gutachtens gemachten und zusammengestellten Anträge, welchen daher, zum Behufe der Fassung eines gleichlautenden Beschlusses von dem königlich-preussischen Hofe in allen Punkten beigetreten wird.

Baiern. Seine Majestät der König von Baiern finden für den vorliegenden außerordentlichen Fall, wo es sich von Streitigkeiten souverainer Bundesfürsten in ihren rein persönlichen, Ehre und Würde betreffenden Beziehungen handelt, die Competenz der Bundesversammlung zur unmittelbaren Schlußfassung in der Hauptsache aus den in dem Commissionsvortrage entwickelten Ansichten vollkommen begründet.

Was das hierbei zu beobachtende Verfahren betrifft, so scheint Allerhöchstenfalls, daß, wenn in der Wiener Schlußacte Art. 36 und 37 das Verfahren bezeichnet ist, welches die Bundesversammlung zu beobachten hat, wenn Beschwerden zwischen fremden Staaten und Bundesgliedern bestehen, bei welchem das ordentliche Verfahren des Austrägalweges nicht eintreten kann, dieses Verfahren auch alsdann im Geiste der Bundesgesetzgebung liege, wenn nach der ganz eigenen Natur des Falles, das Austrägalverfahren zwischen Bundesgliedern nicht stattfinden kann, sondern die Bundesversammlung einschreiten muß.

Maßregeln, welche zur Erhaltung der äußern Sicherheit Deutschlands gegeben sind, werden auch zur Erhaltung der innern Sicherheit anwendbar sein, wenn die ordentlichen Mittel nicht einschlägig sind.

Da die beiden in Differenz befangenen Souverains Ihre Erklärungen an die Bundesversammlung zulänglich abgegeben haben, so hält man diesen Gegenstand zur Schlußfassung vollkommen reif.

Seine Majestät der König haben hierbei die sämmtlichen angebrachten Beschwerden und die Anträge der Commission mit jener Sorgfalt erwogen, welche die Wichtigkeit des Gegenstandes, das Verhältniß der allerhöchsten und höchsten streitenden Theile, und die Obliegenheit eines unmittelbaren Erkenntnisses von Seiten der Bundesfürsten erfordert, und finden:

1) daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig schuldig und verbunden sei, das Patent vom 10. Mai 1827 binnen des von der Commission begutachteten angemessenen Termins von vier Wochen öffentlich zurückzunehmen, und Seiner Majestät dem Könige von Hannover in der zwischen Souverains üblichen Form, die angemessene schriftliche Entschuldigung Ihres Benehmens zu machen.

2) Was die durch den Oberjägermeister v. Braun, ohne irgend eine persönliche Veranlassung stattgefundene Herausforderung des königlich-hannoverschen Cabinetsministers, Grafen von Münster, betrifft, so finden des Königs von Baiern Majestät dieses Attentat in so hohem Grade die öffentliche Ruhe bedrohend und alle Grundsätze der bürgerlichen Ordnung verlegend, daß bei den hier obwaltenden Verhältnissen der Bund sich veranlaßt sehen würde, von Seiner Durchlaucht dem Herzoge die selbst schon zur Verhütung ähnlicher Vorfälle nothwendig erscheinende Untersuchung und Behandlung dieses Attentats, nach den in den herzoglich-braunschweigischen Landen geltenden Gesetzen zu gewärtigen.

Auch vereinigt man sich königlich baierischer Seits ganz damit, daß von Seiten des deutschen Bundes die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen werde, daß Seine Durchlaucht der Herzog von nun an sich jeder directen und indi-

recten Beleidigung Seiner Majestät des Königs von Hannover enthalten, und nicht gestatten werde, daß Staatsdiener und Unterthanen Seiner Majestät von herzoglich braunschweigischen Staatsdienern oder Unterthanen wegen der stattgehabten Irrungen verfolgt oder beleidigt werden.

3) In Beziehung auf die bedauerlichen Differenzen wegen des vormalig herzoglich braunschweigischen Geheimen Rathes von Schmidt-Phisfelde finden Seine Majestät, daß dessen von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig mit Berufung auf die Staatsverträge vom 16. November 1535 und 8. Januar 1798 verlangte Auslieferung und die desfallige auftragsgewärtliche Entscheidung sowohl deshalb, weil die gerichtliche Untersuchung immer zugleich die Handlungen der vormundtschaftlichen Regierung umfassen müßte, vorzüglich aber aus dem Grunde unzulässig erscheine, weil den allegirten, auch schon an sich gegen den reclamirten Geheimen Rath nicht wohl anwendbaren Vorträgen noch insbesondere der factische Umstand des erfolgten Uebertrittes des von Schmidt-Phisfelde in königlich hannöversische Dienste im Wege steht.

Indem somit dem Antrage Seiner Durchlaucht des Herzogs nicht stattgegeben werden kann, wird jedoch die Erwartung des Bundes auszusprechen sein, daß Seine Majestät der König von Hannover von Selbst geneigt sein werden, auf etwaiges Verlangen Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig von dem königlich hannöversischen Geheimen Rathe von Schmidt-Phisfelde alle Aufklärungen erheben und nach Braunschweig mittheilen zu lassen, welche über dessen frühere Amtsführung in den herzoglich braunschweigischen Landen nöthig erachtet werden könnten.

4) Seine Majestät der König halten sich überzeugt, daß die Beschwerde Braunschweigs gegen Hannover wegen Verlängerung der vormundtschaftlichen Regierung in die Zeit der angeblichen Volljährigkeit Seiner jetzt regierenden herzoglichen Durchlaucht von Seiten Seiner Majestät des Königs, als gewesenen vormundtschaftlichen Regenten des Herzogthums Braunschweig, sowie

5) die Beschwerde wegen Einführung der unterm 25. April 1820 von der gewesenen vormundtschaftlichen Regierung zu Stande gebrachten erneuerten Landschaftsordnung in dem Herzogthum Braunschweig — in Erwägung, daß in der von Seiner herzoglichen Durchlaucht hier gegebenen Beziehung kein gesetzlicher Grund zum Einschreiten des Bundes vorhanden ist — von dem Bunde abzuweisen sein.

6) In Ansehung der auf Befehl Seiner Majestät des Königs von Hannover von dem Grafen v. Münster verfaßten Staatschrift haben des Königs von Baiern Majestät wohl gefühlt, wie die vorhergegangenen schweren Beleidigungen und äußerst fränkenden Beschuldigungen Seiner herzoglichen Durchlaucht gegen die vormundtschaftliche Regierung Seiner Majestät des Königs zur Anordnung einer diese Beschuldigungen beleuchtenden und widerlegenden Staatschrift im Gefühle einer gerechten Selbstverteidigung veranlaßt haben.

Wenn auch diese Schrift in der Ausführung diese Grenzen wirklich überschritten hat, so finden jedoch Seine Majestät der König von Baiern, daß der deutsche Bund keine Veranlassung habe, eine Mißbilligung dieser Schrift gegen die Person Seiner Majestät des Königs von Hannover auszusprechen, noch in den Antrag des Herzogs wegen öffentlicher Zurüdnahme dieser Staatschrift einzugehen, indem der Bund in eine nähere Würdigung der den Herzog von Braunschweig verlegenden Stellen dieser Staatschrift sich einzulassen, um so weniger für geeignet erachten dürfte, als Seine Durchlaucht der Herzog dieser

allein stehenden Handlung neuerdings eine Menge höchst empfindlicher persönlichen Verunglimpfungen entgegengesetzt, und zuletzt diese Beleidigungen noch in erhöhtem Maße selbst in einer am Bunde übergebenen Erklärung fortgesetzt haben.

7) Seine Majestät sind vollkommen damit einverstanden, daß der Antrag Seiner Durchlaucht des Herzogs wegen Höchstherrlicher Sicherstellung und rücksichtlich des angeblich widerrechtlichen Durchmarsches königlich hannöverscher Truppen durch das herzogliche Amt Thedinghausen einer Erledigung nicht bedürfen, indem von der königlich hannöverschen Regierung der herzoglich braunschweigischen schon früher eine, jeder billigen Erwartung entsprechende Aufklärung unaufgefordert ertheilt worden ist, und auch von der so sehr bewährten bundesgemäßen Gesinnung Seiner Majestät des Königs von Hannover eine Bedrohung der Sicherheit der herzoglichen Bundesstaaten nicht im Geringsten zu besorgen ist.

8) In so fern aber die bedauerlichen Irrungen zwischen Seiner Majestät dem Könige von Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig die Veranlassung zu verschiedenen, höchst beleidigenden, im öffentlichen Druck erschienenen Schmähschriften geworden sind, und dadurch die Gefährlichkeit des Streites selbst erhöht wurde, sind Seine Majestät der König von Baiern bereit, Sich mit den höchsten und hohen Bundesgliedern dahin zu vereinigen, daß die nicht officiellen Controversschriften und Aufsätze in öffentlichen Blättern durch alle Ihnen zu Gebot stehenden gesetzlichen Mittel unterdrückt werden.

Königreich Sachsen. Seine königliche Majestät von Sachsen finden keinen Anstand, der im Commissionsvortrage entwickelten Ansicht beizutreten, daß und aus welchen Gründen die Erledigung der vorliegenden Irrungen zur Competenz des Bundestags gehöre, und daß, bei der besonderen Beschaffenheit dieser Irrungen die, außerhalb des auf selbige nicht anwendbaren Austrägalwegs, unmittelbar durch Bundesbeschluß herbeiführende Entscheidung derselben, in der Nothwendigkeit, die Erreichung des höchsten Bundeszwecks zu sichern, und in der desfallsigen Obliegenheit des Bundestags, für einen dieser Art, allerdings begründet.

Es können jedoch Seine Majestät den Wunsch nicht bergen, daß das für die Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern nach den Grundbestimmungen erforderliche Vermittlungsverfahren nicht gänzlich übergangen werden möchte, da auf dieses Verfahren die für die Unlässigkeit des Austrägalweges vormaltenden Gründe keine Anwendung leiden, die Erfolglosigkeit eines solchen Versuchs nicht als erwiesen anzunehmen ist, auch ein Einverständnis der streitenden Theile über den Wegfall des Vermittlungsversuchs nicht ecket, und selbst, wenn solches der Fall wäre, die Bundesversammlung sich dadurch nicht von einem verfassungsmäßigen Erforderniß entbunden erachten möchte, dessen Beobachtung, besonders im vorliegenden Falle, wo der austrägalgerichtliche Spruch nicht Platz greift, sondern einer außergewöhnlichen Entscheidungsnorm weichen muß, von vorzüglichem Werthe erscheint.

Würde jedoch die Bundesversammlung sich zu einem Vermittlungsversuch nicht vereinigen können, und eine definitive Entscheidung sofort zu ertheilen sein, so erkennt der königlich sächsische Hof

- 1) die Nothwendigkeit, daß von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig in der vorgeschlagenen Frist von vier Wochen das Pa-

tent vom 10. Mai 1837 öffentlich zurückgenommen und Seiner Majestät dem Könige von Hannover mittelst eines eigenen Abgeordneten, in der zwischen Souverains üblichen Form, die angemessene schriftliche Entschuldigung Ihres Benehmens gemacht werde.

Derselbe ist damit einverstanden, daß

- 2) in Erwägung der besondern bei der Herausforderung des königlich hannöverschen Cabinetministers, Grafen von Münster, durch den herzoglich braunschweigischen Oberjägermeister von Braun, stattgefundenen Umstände, der deutsche Bund zu gewärtigen habe, daß Seine Durchlaucht, der Herzog von Braunschweig, den 2c. von Braun wegen des von ihm notorisch begangenen und seitdem nicht gesetzmäßig bestraften Attentats, zur gehörigen Untersuchung ziehen und nach den Gesetzen Ihres Staates bestrafen lassen werden,

sowie, daß dabei von dem deutschen Bunde die Erwartung ausgesprochen werde, daß Seine herzogliche Durchlaucht von nun an sich jeder direkten und indirekten Beleidigung Seiner Majestät des Königs von Hannover enthalten und nicht gestatten werden, daß Staatsdiener oder Unterthanen Seiner gedachten königlichen Majestät von herzoglich braunschweigischen Staatsdienern oder Unterthanen wegen der stattgehabten Irrungen verfolgt oder beleidigt werden.

Da es ferner ein nicht zu bezweifelnder, auch hinsichtlich der Verhältnisse zwischen den Bundesstaaten nicht außer Anwendung gesetzter völkerrechtlicher Grundsatz ist, daß einer Regierung nicht zugemuthet werden könne, Jemand auszuliefern, der von einer andern Regierung wegen solcher Beziehung in Anspruch genommen wird, in welchen derselbe zu ihr selbst gestanden, und in denen er unter ihrer eigenen Autorität gehandelt hat, sonach aber

- 3) es der von Seiten Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig dem Verfahren gegen den Geheimen Rath von Schmidt-Phisfeld in nicht wohl zu bezweifelnder Art gegebenen vorzugsweisen Beziehung zu den Verhältnissen, worin letzterer zu der vormaligen königlich hannöverschen vormundschastlichen Regierung über die braunschweigischen Lande gestanden hat, zugeschrieben werden muß, wenn die Gewährung des auf die Auslieferung des 2c. von Schmidt-Phisfeld gerichteten Antrags königlich hannöverscher Seits zu verweigern ist; so wird der deutsche Bund, der dieser Verweigerung halber von Seiner herzoglichen Durchlaucht erhobenen Beschwerde keine Folge geben können.

Es wird jedoch die Erwartung des Bundes zu äußern sein, daß Seine Majestät der König von Hannover von Selbst geneigt sein werden, auf etwaiges Verlangen Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig von dem Geheimen Rathe von Schmidt-Phisfeld alle Aufklärungen erheben und nach Braunschweig mittheilen zu lassen, welche über seine frühere Amtsführung im Herzogthum Braunschweig nöthig erachtet werden könnten.

Seine königliche Majestät von Sachsen stimmen demnächst der Meinung bei, daß

- 4) die Beschwerde, welche braunschweigischer Seits darüber geführt worden ist, daß die vormundschastliche Regierung in die Zeit der Volljährigkeit Seiner jetzt regierenden herzoglichen Durchlaucht von Seiten Seiner Majestät des Königs von Hannover, als gewesenen vormund-

schaftlichen Regenten des Herzogthums Braunschweig, verlängert worden sei;

desgleichen

- 5) die Beschwerde wegen Einführung der unterm 25. April 1820 von der gewesenen vormundschaftlichen Regierung Seiner königlich hannöverschen Majestät zu Stande gebrachten neuen Landschaftsordnung im Herzogthum Braunschweig — in Erwägung, daß in der gegebenen Beziehung kein gesetzlicher Grund zum Einschreiten des Bundes vorhanden sei — vom Bundestage abgewiesen werde.

Eben so wenig erachtet der königlich sächsische Hof, daß

- 6) in Ansehung der auf Anordnung Seiner Majestät des Königs von Hannover von dem königlichen Cabinetsminister Grafen von Münster verfaßten Staatschrift, dem braunschweigischen Antrage wegen einer vom Bunde auszusprechenden Mißbilligung dieser Schrift und öffentlichen Zurücknahme darin enthaltenen persönlichen Beleidigungen Seiner Durchlaucht des Herzogs Folge gegeben werden könne, da mehrgedachter Schrift von Seiner herzoglichen Durchlaucht Selbst vielfache höchst empfindliche persönliche Verunglimpfungen entgegengesetzt und sogar durch eine in der Bundesversammlung übergebene Erklärung alle frühern Beleidigungen überboten worden sind.

Es ist gleichfalls die Ansicht des königlich sächsischen Hofes, daß

- 7) der von herzoglich braunschweigischer Seite gestellte Antrag, rücksichtlich der Sicherstellung Seiner Durchlaucht des Herzogs und rücksichtlich des Durchmarsches königlich hannöverscher Truppen durch das herzogliche Amt Thedinghausen, einer Erledigung nicht bedürfe, indem von der königlich hannöverschen Regierung der herzoglich braunschweigischen Regierung schon früher jede von ihr zu erwartende Aufklärung unaufgefordert ertheilt worden ist, auch von der bewährten bundesgemäßen Gesinnung der gedachter Regierung eine Bedrohung der Sicherheit Seiner herzoglichen Durchlaucht oder der Unverletzbarkeit höchstihrer Lande im mindesten nicht zu besorgen steht.

Da endlich

- 8) die bedauerlichen Irrungen zwischen Seiner Majestät dem Könige von Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig die Veranlassung zu verschiedenen, höchst beleidigenden, im öffentlichen Druck erschienenen Schmähschriften geworden sind, und dadurch die Gefährlichkeit des Streites selbst erhöht worden ist, so hat die königlich-sächsische Regierung einer Vereinigung beizustimmen, wonach der Druck und der Debit von solchen nicht officiellen Controversschriften, ohne Rücksicht auf deren Vogenzahl, in den Bundesstaaten fernerhin nicht gestattet, auch darüber gewacht werde, was den nunmehr bundesgesetzlich geschlichteten Streit wieder aufregen oder in frischen Andenken erhalten könnte.

Am Schlusse erklärte der königlich-sächsische Herr Gesandte, daß er durch die so eben vernommenen Erklärungen von Braunschweig und Hannover den in vorstehender Abstimmung liegenden Antrag auf einen Vermittlungsversuch für beseitigt ansehe.

Hannover: enthält sich der Abstimmung.

Württemberg tritt der kaiserlich-österreichischen Abstimmung bei.

Baden: Die Großherzogliche Gesandtschaft hat Kraft besondern höchsten Auftrags Nachstehendes zu äußern:

Seine königliche Hoheit der Großherzog sind der Ansicht, daß alle Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern, so fern sie nicht auf verschiedenartiger Auslegung desjenigen beruhen, was die europäischen Mächte in irgend einer Beziehung festgesetzt haben, durch die Gesamtheit des Bundes erledigt werden müssen, und es hegen auch deshalb Höchstieselben überall keinen Zweifel, daß der Bund in gleichem Maße berufen und verpflichtet sei, die dermaligen persönlichen Streitigkeiten zwischen Seiner Majestät dem Könige von Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig ihrer Erledigung entgegen zu führen.

Eben so können Höchstie Sich nur dafür erklären, daß solche persönliche Streitigkeiten keinen Gegenstand außerordentlichen Verfahrens abzugeben vermögen, daß sie vielmehr, dem unter Fürsten bestehenden Verfahren gemäß, von den höchsten und hohen Bundesgliedern unmittelbar zu entscheiden sind. Demnach halten Sich auch Seine königliche Hoheit für vollkommen ermächtigt, Ihre Ueberzeugung rücksichtlich der vorliegenden Angelegenheit mit jener Unbefangenheit und Offenheit an den Tag zu legen, welche Sie Sich allenthalben, wo Ihr Rechtsgefühl in Anspruch genommen wird, zur unabänderlichen Richtschnur Ihres Benehmens machen.

Diese Ihre persönliche Ueberzeugung konnte nun mit der von dem Bundestags-Ausschusse versuchten Darstellung des wahren Sachverhältnisses in allen wesentlichen Punkten nur zusammentreffen, indem es Höchstihnen niemals und zu keiner Zeit zweifelhaft gewesen ist, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig Seine Majestät den König von Großbritannien und Hannover, Ihren erhabenen Oheim und gewesenen Vormund, durch mannichfache, keiner andern Auslegung fähige Handlungen auf das empfindlichste beleidigt, und dadurch die erste und einzige Veranlassung zu den gegenwärtigen so höchst betrübenden Irrungen gegeben haben, daß mithin auch nur von Ihnen jene Schritte ausgehen können, welche erforderlich sind, um diesen Irrungen ein endliches und den Verhältnissen des Bundes entsprechendes Ziel zu setzen.

Dem zufolge müssen denn Seine königliche Hoheit innigst beklagen, daß Seine Durchlaucht die vermittelnden Aufforderungen der höchsten Höfe von Oesterreich und Preußen fruchtlos an Sich ergehen ließen, und fühlen Sich eben deswegen bewogen, im Einverständniß mit der königlich-preussischen Abstimmung, sämmtlichen von dem Ausschusse gestellten Anträgen Ihre volle Zustimmung zu ertheilen. Höchstieselben verbinden damit nur noch den aufrichtigen und angelegentlichen Wunsch, daß der Durchlauchtigste Deutsche Bund der Nothwendigkeit erhoben werden möge, dem nunmehr zu fassenden Beschlusse eine weitere Entwicklung zu sichern.

Kurfürsten. Seine königliche Hoheit der Kurfürst haben Höchstihre Gesandtschaft ganz in dem Sinne instruirt, der in der Abstimmung der kaiserlich-königlichen verehelichen Gesandtschaft bereits so vollständig und mit solcher Erwägung aller bei dieser Sache in Betracht kommenden besondern Umstände entwickelt worden ist, daß sich der kurfürstliche Gesandte dadurch ermächtigt sieht, vorgedachter Abstimmung durchgängig beizutreten.

Großherzogthum Hessen. Seine königliche Hoheit der Großherzog haben an dem zwischen Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig entstandenen

Irrungen um so lebhafteren Antheil genommen, als die langen und vielfach begründeten, Seiner Majestät dem Könige Ihrer Seits gewidmeten Gesinnungen aufrichtigster Verehrung, und die engeren verwandtschaftlichen Beziehungen des großherzoglichen Hauses zu Seiner Durchlaucht dem Herzoge Ihre Betrübniß über ein an sich schon so sehr zu beklagendes Ereigniß nur vergrößern konnten.

Diese Rücksichten mußten in Allerhöchsthöhen den schon aus der erhabenen Stellung der hohen Betheiligten und den Verhältnissen des Deutschen Bundes hervorragenden Wunsch einer freundlichen Beilegung gedachter Irrungen fortwährend unterhalten, und Seine königliche Hoheit konnten daher nur mit dem innigsten Bedauern vernehmen, daß es den lange fortgesetzten, höchst verdienstlichen Bemühungen Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen nicht gelungen sei, ein so erfreuliches Resultat herbeizuführen.

Wenn indessen auch dieser ungünstige Erfolg kaum noch einige Hoffnung übrig zu lassen scheint, daß durch einen vom Bunde ausgehenden Vermittlungsversuch das wünschenswerthe Ziel zu erreichen sei; so glauben Seine königliche Hoheit dennoch, daß ein solcher Versuch, im Hinblick auf die, beiden hohen streitenden Theilen nunmehr offen liegenden, motivirten Ansichten der Bundestags-Commission, immer noch die Möglichkeit einer gütlichen Vereinigung darbiete, daher um so weniger unterlassen werden könne, als die Bundesacte in größter Allgemeinheit das Princip ausspricht, daß der Erledigung von Streitigkeiten unter Bundesgliedern jedesmal ein Vermittlungsversuch vorauszugehen habe, und die Befolgung dieser, auf den gewichtigsten Gründen beruhenden Norm, nach der Natur der vorliegenden Streitigkeit, durch das Bundesinteresse und das gegenseitige Verhältniß der hohen Betheiligten, als Bundesglieder, selbst noch dringender als für andere Streitigkeiten geboten sein dürfte.

Seine königliche Hoheit der Großherzog können daher nicht umhin, einen vor Allem durch die Bundesversammlung noch anzustellenden Versuch der Güte für nothwendig zu erachten, wollen Sie jedoch auch jetzt schon, für den Fall gänzlicher Erfolglosigkeit dieses Versuchs, oder für den Fall, daß die Mehrheit Ihrer hohen Mitverbündeten Ihre Ansicht über die Anstellung desselben nicht theilen sollte, zugleich nicht nur über die Frage von der Competenz des Bundes, sondern auch in Bezug auf die einzelnen Anträge der Bundestags-Commission äußern, indem Sie übrigens dabei voraussetzen, daß wenn noch ein Vermittlungsversuch eintritt, die sämmtlichen Abstimmungen, so weit selbige auf die in der Sache selbst zu fassenden Beschlüsse gerichtet sein werden, vorerst und so lang als vertraulich zu behandeln seien, bis die Vermittlungs-Commission ihren Versuch als völlig verfehlt erkannt und der Bundesversammlung hiervon Anzeige gemacht haben wird.

Was nun vorerst die Frage von der Competenz des Bundes in vorliegender Sache, als persönlicher Ehrensache zwischen zwei Souverains, betrifft, so sehen Seine königliche Hoheit solche als unbezweifelt an, weil eine Streitigkeit zwischen zwei Bundesgliedern darin vorliegt, weil die Natur eines Vereins, wie der deutsche Bund, nur die grundgesetzlich ausgesprochenen Zwecke desselben nicht weniger, als ausdrückliche Bestimmungen, jede Anwendung gewaltsamer Eigenmacht in Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern ausschließen, weil eben darum nothwendig die Möglichkeit eines rechtlichen Austrags dieser Streitigkeiten gegeben sein muß, und weil dafür, daß dies in allen Fällen möglich sei, die Bundesgesetzgebung, außer einzelnen Vorschriften, durch allgemeine Normen hinläng-

lich gesorgt hat. Dagegen ist es nach Ihrer festen Ueberzeugung eben so sehr außer Zweifel, daß die in Folge des Artikels 11 der Bundesacte durch den Beschluß vom 16. Juni 1817 bestimmte Austrägalordnung auf die untergeordnete Streitigkeit, so wie alle andern gleicher Kategorie keine Anwendung finde.

So ungewöhnlich und, wie zu hoffen ist, einzig in ihrer Art die vorliegenden Differenzen erscheinen, so natürlich erklärt es sich, daß solche bei den gegebenen bundesgesetzlichen Vorschriften keine specielle Beachtung gefunden haben.

Seine königliche Hoheit können es Sich auch durchaus nicht als zulässig denken, daß eine solche Streitigkeit der durch erwähnten Bundesbeschluß festgesetzten Austrägalinstanz unterworfen und dadurch Verhältnisse, die sich auf die Ehre und Würde der Bundes-Souveraine beziehen, von dem Urtheil gewöhnlicher Civilgerichte, welche in den ihnen vorgeschriebenen, lediglich auf Beleidigungen von Privaten berechneten Entscheidungsnormen, dafür keinen Maßstab finden, abhängig gemacht werden.

Allerhöchstdieselben vermögen eben so wenig den für Streitigkeiten über Ehrenpunkte eingeführten Formen des gerichtlichen bürgerlichen Verfahrens hier Anwenbarkeit zugestehen, indem Sie manche Folgen, die sich daran knüpfen könnten, mit dem Standpunkt eines Souverains für unvereinbarlich halten.

Seine königliche Hoheit sind vielmehr des Dürfhaltens, daß, in Ermangelung besonderer geeigneter Bestimmungen, dermalen die Gesamtheit der Bundesglieder, ohne Beauftragung einer andern Behörde, zum unmittelbaren rechtlichen Austrag der vorliegenden Sache, berufen und verpflichtet sei, und daß es hierbei nur der wesentlichsten Form jeder rechtlichen Proceßur — beiderseitiger genügender Vernehmung — bedürfe. Denn nur in dem eigenen Gefühl bundesverwandter Souveraine dürfte der richtige Maßstab zur angemessenen Würdigung der einem Souverain von einem Souverain zugesügten Beleidigung und dafür gebührenden Genugthuung zu suchen sein; die Standesgleichheit zwischen den richtenden Personen und den Parteien, worauf ohnehin bekanntlich nach deutscher Sitte in den betreffenden Fällen stets ein hoher Werth gelegt wurde, scheint daher zur Beurtheilung und Entscheidung der vorliegenden Streitigkeiten unumgängliches Erforderniß zu sein.

Dieses Princip würde nach der Meinung Seiner königlichen Hoheit jedenfalls festzuhalten, wenn demnächst von dem Bunde zur Erledigung dergleichen künftig noch etwa vorkommender Streitigkeiten eine Einrichtung, zu deren Mitberathung Allerhöchstdieselben stets geneigt und bereit sein würden, beliebt werden wollte, wobei es nach Analogie des, Streitigkeiten von Staat zu Staat betreffenden Bundesbeschlusses vom 16. Juni 1817 den Betheiligten überlassen würde, statt des ganzen Bundes, einzelne Bundesglieder als Austräge zu wählen.

Für jetzt und bis zu einer solchen Einrichtung sind Seine königliche Hoheit jedoch, wie gesagt, der festen Ansicht, daß die Gesamtheit der Bundesglieder als zur Ausübung des Richteramts berufen, und die Bundesversammlung in der derselben gesetzlich beigelegten Eigenschaft eines beständigen verfassungsmäßigen Organs ihres Willens und Handelns als diejenige Behörde angesehen werden muß, durch welche die Entscheidung zu ertheilen ist.

Dabei aber, daß diese, wenn nicht ein Vermittlungsversuch von Bundeswegen beschlossen werden sollte, schon jetzt, ohne weiteres Verfahren, ertheilt werde, sehen Allerhöchstdieselben nicht den mindesten Anstand, indem Sie die Streitigkeiten durch die beiderseits stattgehabten Verhandlungen hinlänglich erörtert und darum die Sache zur Entscheidung genugsam vorbereitet finden.

Was hiernach die einzelnen Anträge der Bundestags-Commission anbelangt, so wollen Seine königliche Hoheit die hierüber Ihrer Seits gefaßten Ansichten in Folgendem zu Protokoll gelangen lassen:

Allerhöchstdieselben halten es

1) für nöthig und zugleich dem wesentlichen Zwecke genügend, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig das Patent vom 10. Mai 1827, in welchem Seine königliche Hoheit eine die gehörigen Grenzen überschreitende und Seine Majestät den König von Großbritannien und Hannover beleidigende Form und Maßregel erkennen lassen, öffentlich zurücknehmen und Seiner Majestät eine angemessene schriftliche Entschuldigung Ihres Benehmens machen. Es versteht sich übrigens hierbei von selbst, daß, so wie die Erlassung des fraglichen Patents zur Wahrung etwa wirklich begründeter Rechte überflüssig war, durch dessen Zurücknahme solche etwaige Rechte auch nicht verletzt werden können.

Seine königliche Hoheit der Großherzog können Sich

2) nicht davon überzeugen, daß, nachdem Seine Durchlaucht der Herzog jede Theilnahme an der von dem Oberjägermeister von Braun unternommenen Herausforderung des königlich hannöverischen Cabinetsministers, Grafen von Münster, auf das Bestimmteste in Abrede gestellt haben, dem Bunde die Competenz zustehe, in dieser Angelegenheit auf irgend eine Weise einzuschreiten, da es sich hier lediglich von Justizadministration, mithin von einem zur innern Staatsverwaltung gehörigen Gegenstande handelt, welcher darum einer Einwirkung des Bundes bis auf den nicht vorhandenen Fall eingetretener Rechtsverweigerung entzogen ist.

Seiner Durchlaucht wird aber die Erwartung geäußert werden müssen, daß höchstdieselben von nun an weder direct noch indirect irgend eine Veranlassung zur Erneuerung des bisherigen Streits geben, noch dulden werden, daß Unterthanen Seiner gedachten königlichen Majestät von herzoglich braunschweigischen Unterthanen wegen der stattgehabten Irrungen verfolgt oder beleidigt werden.

Was

3) Die in mehrfacher Beziehung so sehr unangenehmen Verhältnisse betrifft, welche bei dem Uebertritt des Geheimen Raths von Schmidt-Phiselled aus herzoglich braunschweigischen in königlich hannöverische Dienste stattgefunden haben, so messen es Seine königliche Hoheit dem eigenen Benehmen Seiner Durchlaucht bei, wenn diese Sache in eine solche außerordentliche Lage gebracht ist, daß heute von der Entscheidung der ursprünglichen Frage, die nach Maßgabe des Bundesbeschlusses vom 16. Juni 1817 zu behandeln gewesen wäre, nicht mehr die Rede sein, und somit auch Ihrer Reclamation wegen Auslieferung des Geheimen Raths von Schmidt-Phiselled nicht stattgegeben werden kann.

Der deutsche Bund wird jedoch die Erwartung auszusprechen haben, daß Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover genehmigen werden, auf etwaiges Verlangen Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig von dem Geheimen Rathe von Schmidt-Phiselled alle Aufklärungen erheben und nach Braunschweig mittheilen zu lassen, welche über seine frühere Amtsführung in dem Herzogthum Braunschweig nöthig erachtet werden könnten.

Seine königliche Hoheit sind sofort

zu 4) und 5) der Meinung, daß es hier nicht der Ort, und eben so wenig von irgend einem Einfluß hinsichtlich der verhandelten Hauptsache sei, auf die Beschwerden Braunschweigs gegen Hannover, wegen Verlängerung der vor-

mundschaftlichen Regierung in die Zeit der behaupteten Volljährigkeit Seiner Durchlaucht, und wegen Einführung der neuen Landschaftsordnung von 25. April 1820, näher einzugehen.

Seine königliche Hoheit sind

6) der Meinung, daß, hinsichtlich der von dem königlichen Cabinetsminister Grafen von Münster verfaßten, der Bundesversammlung zwar nicht in *extenso*, aber im betreffenden Auszuge vorgelegten Schrift, dem braunschweigischen Antrage auf eine, wegen darin enthaltener persönlicher Beleidigungen Seiner Durchlaucht des Herzogs, von dem Bunde auszusprechende Mißbilligung und öffentliche Zurücknahme dieser Schrift jedenfalls keine Folge gegeben werden kann, da der gedachten Schrift, obgleich in derselben, nach der Bemerkung der Bundestags-Commission, die Vertheidigung mit ihr als gewöhnlicher Lebhaftigkeit geführt wurde, von Seiner Durchlaucht Selbst viele, höchst empfindliche, persönliche Verunglimpfungen entgegengesetzt, und solche durch eine von Höchstedenenselben der Bundesversammlung in jüngster Zeit übergebene Erklärung noch überboten worden sind.

Seine königliche Hoheit glauben

7) daß die herzoglich braunschweigischen Anträge, wegen Sicherstellung Seiner Durchlaucht des Herzogs und wegen des Durchmarsches königlich hannöverscher Truppen durch das herzogliche Amt Theedinghausen, auf sich beruhen können, da Seine Majestät der König durch Anbringung Ihrer persönlichen Streitfachen mit Seiner Durchlaucht bei dem Bunde Selbst bewährt haben, daß die Ausführung der vermeintlichen Besorgnisse Seiner Durchlaucht durchaus undenkbar ist, und da die wegen des fraglichen Durchmarsches von der königlich hannöverschen Regierung unaufgefordert ertheilte Aufklärung als eine Entschuldigung angesehen werden darf, die eben so freundnachbarlich gegeben, als freundnachbarlich anzunehmen ist.

In so fern aber

8) diese bedauerlichen Irrungen zwischen Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig die Veranlassung zu verschiedenen, höchst beleidigenden, im öffentlichen Druck erschienenen Schmähschriften geworden sind, und dadurch die Gefährlichkeit des Streites selbst erhöht worden ist, so stimmen Seine königliche Hoheit dahin, daß überhaupt der Druck und der Debit von Controversschriften in dieser Sache, ohne Rücksicht auf deren Vogenzahl, in den Bundesstaaten fernern nicht zu gestatten, auch darüber zu wachen sei, daß in öffentlichen Blättern nichts aufgenommen werde, was den bundesgesetzlich geschlichteten Streit wieder aufregen, oder in frischem Andenken erhalten könnte.

Dänemark, wegen Holstein und Rauenburg, tritt der Abstimmung des kaiserlich österreichischen Hofes bei.

Niederlande, wegen des Großherzogthums Luxemburg. Der Gesandte befände sich zwar vollkommen ermächtigt, Namens Seiner Majestät des Königs-Großherzogs dem Commissionsantrage seinem ganzen Inhalte nach beizustimmen. Da er jedoch nach Anhörung der kaiserlich königlich österreichischen Abstimmung keine wesentliche Abweichung von jenem darin findet, so hält er sich für eben so befugt, sich selber und deren Fassung ohne Anstand und vorzüglich gern anzuschließen.

Großherzoglich und herzoglich sächsische Häuser wie Königreich Sachsen. Braunschweig und Nassau enthält sich der Abstimmung.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: Der Gesandte hat, in Folge des Beschlusses vom 9. Juli d. J., die diesseitige Abstimmung dahin abzugeben:

Nachdem der unter Vermittlung der allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin stattgehabte Versuch, die wechselseitigen Beschwerden Seiner Majestät des Königs von Hannover und Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig im Wege der Güte beizulegen, bedauerlich ohne Erfolg gewesen; so stimmen Ihre königlichen Hoheiten die Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz den von der erwählten Commission in der 19. Sitzung gemachten Anträgen, wie solche der § 124 des abgehaltenen Protokolls am Schlusse enthält, hiermit bei.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg: Die Gesandtschaft tritt für die ihrer hohen Committenten gemeinschaftliche Stimme den Commissionsanträgen bei und conformirt sich der im Wesentlichen hiermit übereinstimmenden kaiserlich österreichischen Abstimmung.

Zugleich hat der Gesandte nachfolgende Bemerkungen als Gründe der diesseitigen Beistimmung zu Protokoll zu geben:

Die Vorfrage über die Competenz des Bundes und die Art seiner Wirksamkeit in der vorliegenden Sache ist für die Bundesverfassung von der höchsten Wichtigkeit. Nach den Worten der Bundesacte kann der Bund in den Streitigkeiten unter Bundesgliedern nicht unmittelbar entscheidend eintreten, und eine Abweichung von dieser Regel ist, aus leicht zu erachtenden Gründen, den erheblichsten Bedenklichkeiten unterworfen. Wenn nun gleich das Benehmen Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig gegen Seine Majestät den König von Großbritannien und Hannover die Mißbilligung verdient, welche dasselbe allgemein gefunden hat, wenngleich dem Könige wegen dieses Benehmens die vollste Genugthuung gebührt, und es dem Bundesvertrage gemäß ist, daß Ihm solche durch den Bund verschafft werde, so scheint doch solches nicht anders als auf dem im Art. 11 dieses Vertrags vorgezeichneten Wege geschehen zu können. Allein der gegenwärtige Fall beweist, daß dieser Weg doch nicht in allen Streitigkeiten, welche unter Bundesgliedern entstehen können, eingeschlagen werden kann, ohne den Standpunkt, welchen ihnen die Souverainetät gibt, zu verrücken, und die Austrägalgerichte in die Verlegenheit zu setzen, ihre Unfähigkeit zu einer richterlichen Entscheidung erklären zu müssen, weil sie nur Rechtsnormen anwenden könnten, die sie nach dem XXIII. Art. der wiener Schlußacte nicht anwenden dürfen. Ein Austrägalgericht kann in Klagen über Ehrenbeleidigung nicht Richter der Bundesglieder sein, und doch kann durch solche Streitigkeiten nur zu leicht die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes gefährdet werden, wenn er dem Beleidigten Genugthuung zu verschaffen nicht vermächte. Hierzu ist nun ein *judicium parium* das geeignetste Mittel und dieses findet sich in der Bundesversammlung, wo die Bevollmächtigten der Bundesglieder die rechtliche Meinung ihrer Committenten auszusprechen haben. Aber hier kann nur von rein persönlichen Beschwerden die Frage sein, und Streitigkeiten über materielle Interessen, wobei Klagen über persönliche Beleidigungen vorkommen könnten, dürfen unter diesem Vorwande niemals der Beurtheilung der verfassungsmäßigen Austrägalinstanz entzogen werden. Unter dieser nothwendigen Beschränkung ist es dem Bundeszwecke und insonderheit der durch den 11. Artikel der Bundesacte beabsichtigten Verhütung aller Gewaltthatigkeiten unter Bundesgliedern ganz angemessen, daß in Fällen, wo diese über rein persönliche

Beleidigungen Beschwerde führen, der Bund selbst durch die Bundesversammlung entscheidend eintrete. Wenn nun gleich dies kein Bundesgesetz ausspricht, weil das Bedürfnis nicht vorausgesehen wurde; so liegt es doch in dem Bundeszwecke, und es wird durch die nicht zu verkennende Nothwendigkeit gefordert, zur Erhaltung der Ruhe und des Friedens im Bunde eine Zwistigkeit zu erledigen, die ihre bedauernswerthen Wirkungen immer weiter zu verbreiten droht. Da nun der Hauptzweck des Art. 11 der Bundesacte nur auf diese Weise zu erreichen sein wird, so sichert hier die Bundesversammlung nur, nach dem Artikel XVII. der Wiener Schlußacte, der Bundesacte ihre Anwendung dem Bundeszwecke gemäß, indem es sich von selbst versteht, daß in Folge des zu fassenden Beschlusses alle Bundesglieder für ganz gleiche Fälle sich einem gleichen Verfahren unterwerfen.

Die Bundestags-Commission hat nun im vorliegenden Falle sich auf den Zweck, der hier die Competenz des Bundes in der angedeuteten Art allein begründet: die Erledigung der Beschwerden über persönliche Beleidigung und die Erhaltung der innern Ruhe und Sicherheit des Bundes — im Wesentlichen beschränkt. Was ihre Anträge betrifft, so entspricht der erste dem Zwecke der Genugthuung, welche Seine Majestät der König zu fordern berechtigt ist, und damit steht der zweite und sechste in Verbindung. Bei dem zweiten wird zugleich Schutz für die Zukunft bezweckt, so daß hier eine sonst unstatthafte Einmischung in die innere Verwaltung eines Bundesstaats, als gänzlich außer der ohnehin nicht zu vermuthenden Absicht des Bundes liegend, betrachtet werden kann. Der dritte Antrag scheint zwar mehreren Bedenklichkeiten unterworfen zu sein, insonderheit, weil man braunschweigischer Seits sich auf Staatsverträge beruft. Allein, abgesehen davon, daß jene Staatsverträge auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar zu sein scheinen, so ist der offen daliegende Zweck der Forderung der braunschweigischen Regierung zu eng mit den persönlichen Beleidigungen, worüber der König gerechte Beschwerde führt, verbunden, als daß nicht der Gesichtspunkt, von welchem die Commission ausgegangen ist, auch hier zu dem von ihr gestellten Antrage hätte führen müssen. Er ist also um so unbedenklicher gebilligt, als er sich blos auf den Schutz bezieht, welcher dem Geheimen Rathe v. Schmidt-Philsebeck mit vollem Rechte verliehen ist, und dessen Uebertritt und Aufnahme in königlich hannoversische Dienste einer Beurtheilung nicht unterzieht.

Hohenzollern, Richtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck: Der Gesandte kann, wie Preußen, dem Commissionsantrage beitreten, in der Art wie der kaiserlich österreichische Hof diesen Beitritt ausgesprochen hat, nur die Gesinnungen seiner höchsten Comittenten wiederfinden.

Die freien Städte: Des Gesandten Herren Comittenten haben der in Berathung stehenden Sache die größte Aufmerksamkeit gewidmet, und — während sie sehr beklagen, daß die eifrigsten Bemühungen der allerhöchsten Höfe zu Wien und Berlin, diese bedauerlichen Irrungen zu vermitteln, fruchtlos gewesen sind — die Ueberzeugung geschöpft, daß in diesem dringenden, nach den vorwaltenden Verhältnissen und Umständen eigenthümlichen Falle, nur durch unmittelbare Entscheidung auf die von einer verehrlichen Bundestags-Commission angetragene Weise der oberste Zweck des Bundesvereins, Erhaltung der Ruhe im Bunde und der Eintracht und des Friedens unter den Bundesgliedern, erreicht werden könne.

Der Gesandte ist demnach beauftragt, den Anträgen einer verehrlichen Bundestags-Commission beizustimmen.

Hierauf wurde von dem Präsidio der Entwurf des Beschlusses vorgelegt und von der Versammlung, nach gründlicher Prüfung und Erörterung, in folgender Art gefaßt:

B e s c h l u ß.

Nachdem der deutsche Bund die von Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover und von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig gegenseitig vorgebrachten Beschwerden, durch einen aus der Mitte des Bundestags gewählten Ausschuß, einer genauen Prüfung und Erörterung unterzogen hat, ist derselbe mit Bedauern zu der Ueberzeugung gelangt, daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig Seine Majestät den König nicht nur durch das am 10. Mai 1827 erlassene Patent öffentlich und persönlich in Allerhöchstherrn Ehre und Würde beleidigt, sondern auch durch eine Reihe von Handlungen und Erklärungen diese Verunglimpfung in solcher Art erneuert haben, daß die innere Ruhe im deutschen Bunde auf eine höchst bedenkliche Weise bedrohet erscheint. Der deutsche Bund, indem derselbe vor Allem Ihren Majestäten dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preußen für die mit rastlosem Eifer im ächt föderativen Sinne versuchte gütliche Vermittlung der Irrungen den verdienten Dank hiermit bezeugt, beschließt sonach:

1) Daß Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig das Patent vom 10. Mai 1827 ohne Verzug öffentlich zurück zu nehmen und zur vollständigen Genugthuung für die Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover zugefügten persönlichen Beleidigungen, mittelst eines eigenen Abgeordneten, an Seine Majestät den König die angemessene schriftliche Entschuldigung gelangen zu lassen habe. Der deutsche Bund überläßt sich der Erwartung, daß beides binnen vier Wochen und auf eine Art geschehe, die nicht neuen Anlaß zu gegründeten Beschwerden von Seiten Seiner Großbritannischen Majestät biete.

2) Der deutsche Bund gewärtigt ferner, daß Seine Durchlaucht die gebührende gesetzliche Bestrafung des Oberjägermeisters von Braun wegen des von ihm notorisch begangenen Attentats werden eintreten und dadurch den Grundsätzen der Religion und Moral diejenige öffentliche Genugthuung angedeihen zu lassen, welche die sicherste Bürgschaft gegen künftige ähnliche Unternehmungen begründen wird, und daß Seine Durchlaucht von nun an Sich jeder direkten und indirekten Beleidigung Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover enthalten, und nicht gestatten werden, daß Staatsdiener oder Unterthanen Seiner königlichen Majestät von herzoglich braunschweigischen Staatsbedienten oder Unterthanen wegen der stattgehabten Irrungen verfolgt oder beleidigt werden.

So viel die von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig gestellten Anträge betrifft; so kann

3) die Frage wegen Auslieferung des Geheimen Rathes von Schmidt-Philsebeck in der gegenwärtigen Sachlage vor kein Austrägalgericht gebracht werden, weil diese Streitfrage von der aus Veranlassung der Vormundschaft entstandenen persönlichen Differenz nicht zu trennen ist, folglich auch nur von der Bundesversammlung entschieden werden kann, welche Entscheidung Namens des durchlauchtigsten deutschen Bundes dahin ertheilt wird, daß dem Antrage

auf Auslieferung des genannten königlich hannöverischen Geheimen Rathes nicht stattgegeben werden könne.

Der deutsche Bund bezweifelt jedoch nicht, daß Seine Majestät der König von Hannover von Selbst geneigt sein werden, auf Verlangen Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig von dem Geheimen Rathe von Schmidt-Philsebeck alle Aufklärungen erheben und nach Braunschweig gelangen zu lassen, welche über dessen frühere Amtsführung in dem Herzogthum Braunschweig nöthig erachtet werden könnten.

4) Die Beschwerden Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig wegen Verlängerung der Vormundschaft; desgleichen

5) wegen Einführung der neuen Landschaftsordnung können, da sie in der von Seiner herzoglichen Durchlaucht bezeichneten Beziehung keinen gesetzlichen Grund zum Einschreiten des Bundes darbieten, nicht berücksichtigt werden.

6) Betreffend die auf Befehl Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover erschienenen Staatschrift, durch deren Anordnung Allerhöchstdieselben bloß eine gerechte, von Seiner herzoglichen Durchlaucht veranlaßte Selbstvertheidigung ausgeübt haben, so bietet dieselbe dem deutschen Bunde um so weniger einen Grund zu der von Seiner Durchlaucht gewünschten, gegen die Person Seiner Majestät des Königs zu richtenden Mißbilligung dar, als Seine Durchlaucht der Herzog dieser allein stehenden Handlung mehrere, höchst empfindliche, persönliche Verunglimpfungen durch Deren Schriften und selbst durch Eingaben am Bunde entgegen gesetzt haben.

7) Hinsichtlich des von herzoglich braunschweigischer Seite gestellten Antrags, wegen Sicherstellung Seiner Durchlaucht des Herzogs und rücksichtlich des angeblich widerrechtlichen Durchmarsches königlich hannöverischer Truppen durch das herzogliche Amt Thedinghausen, würde sich die Einschreitung des Bundes nicht rechtfertigen lassen, nachdem die königlich hannöverische Regierung den erwähnten Durchmarsch hinlänglich entschuldigt hat.

8) In so fern aber die höchst zu bedauernden Irrungen zwischen Seiner Majestät dem Könige von Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig die Veranlassung zu verschiedenen, höchst beleidigenden, im öffentlichen Druck erschienenen Schriften geworden sind, und dadurch die Gefährlichkeit des Streites selbst erhöht worden ist; so vereinigen sich die höchsten und hohen Bundesglieder dahin, den Druck und Debit von solchen Controverschriften in ihren Staaten fernerhin nicht zu gestatten, auch darüber zu wachen, daß in die öffentlichen Blätter nichts aufgenommen werde, was den nunmehr bundesgesetzlich geschlichteten Streit wieder aufregen oder in frischem Andenken erhalten könnte.

Der deutsche Bund findet sich übrigens, ungeachtet, der von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig in letzterer Zeit mehrfach ausgesprochenen eventuellen Protestationen, zu der Erwartung berechtigt, daß Seine Durchlaucht der Herzog nicht anstehen werden, dem gegenwärtigen Bundesbeschlusse mit derjenigen Achtung nachzukommen, welche jedes Mitglied eines auf dem Grundsätze der Gleichheit der Rechte und Pflichten gebauten Bundes, den innerhalb der bundesgesetzlichen Competenz gefaßten Beschlüssen schuldig ist.

Eine bald darauf eingehende Beschwerde des Herzogs von Braunschweig, daß der gefaßte Bundesbeschluß sogleich in die Augsburger Allgemeine Zeitung

übergegangen sei, wurde damit erledigt, daß das Präsidium, wie der bairische Bundesgesandte ihre Mißbilligung neben allen anderen Gesandten aussprach.

Nachdem aber Hannover seine Genugthuung durch den Bundesbeschluß erhalten, ließ eine der König Georg vom 17. September 1839 (Separat-Protokoll) erklären:

Hannover. Nachdem Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover den in Allerhöchsth ihrer Streitsache mit Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig in der 24. Sitzung gezogenen Bundestagsbeschluß erhalten haben, so ist die Königliche Gesandtschaft von Allerhöchsthdemselben zur Abgabe folgender Erklärung angewiesen worden:

„Seine Majestät haben stets einen hohen Werth darauf legen müssen, durch einen förmlichen Ausspruch Ihrer allerhöchsten und höchsten Mitverbündeten das von Ihnen beobachtete Verfahren gegen die Behauptungen und Beschwerden Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig gerechtfertigt zu sehen. Auch könnte die von Seiten der hohen Bundesversammlung bei dieser Veranlassung bewiesene Consequenz nur von Allerhöchsthdemselben nach ihrem vollen Werthe in gleichem Maaße dankbar anerkannt werden, wie sie unstreitig dazu beitragen wird, diese hohe Versammlung in der Achtung des deutschen Vaterlandes noch höher als bisher zu stellen.

Nachdem Ihnen aber diese Anerkennung nunmehr zu Theil geworden ist, so finden Sich Allerhöchsthieselben bewogen, auf das Entschuldigungsschreiben Seiner Durchlaucht und dessen Uebergabe durch einen eigenen Abgesandten zu verzichten. Solches würde schon früher von Ihnen erklärt worden sein, hätten Allerhöchsthieselben nicht besorgt, daß eine von Ihrer Seite vor wirklich gefaßtem Beschluß des Bundes erfolgte, leicht Zweifel gegen die Gerechtigkeit Ihrer Ansprüche erregt haben würde, oder als ein in die Energie und Gerechtigkeitsliebe Ihrer allerhöchsten und höchsten Mitverbündeten gesetztes Mißtrauen hätte ausgelegt werden können. Nachdem jedoch nunmehr der Beschluß völlig den von den Allerhöchsthdenen selbst gehegten Erwartungen entsprochen hat, so finden Sich Seine Majestät, welche allerdings einen besonderen Werth darauf gelegt haben würden, wenn Seine Durchlaucht früherhin freiwillig ein Entschuldigungsschreiben im versöhnenden Geiste Ihnen hätte überreichen lassen, gegenwärtig veranlaßt, auf die Ausführung der in dieser Beziehung erfolgten Bestimmungen des Beschlusses Verzicht zu leisten.

Seine Majestät werden nach dem künftigen Benehmen Seiner Durchlaucht des Herzogs allein beurtheilen, in wie weit Höchsthdemselben die Herstellung eines guten Vernehmens mit Ihnen wirklich am Herzen liege, dessen Störung Seine Majestät bisher dem braunschweigischen Lande in keiner für seine Interessen wichtigen Angelegenheit haben empfinden lassen.

Dagegen aber müssen Seine Majestät innigst bedauern, nicht in gleichem Maaße auch auf die Zurücknahme des Patents vom 10. Mai 1827 und auf die gehörige Bestrafung des Oberjägermeisters von Braun verzichten zu können; denn Sie müssen dafür crachten, daß das Fortbestehen jenes Patents nicht nur die öffentliche Meinung über die Rechtmäßigkeit Ihrer vormundschaftlichen Regierungshandlungen jetzt und künftig irre leiten, sondern auch eine Ungewißheit des Rechtszustandes in den braunschweigischen Landen und namentlich für die aus jenen Regierungshandlungen erworbenen Rechte herbeiführen würde, welche auf öffentliche und bürgerliche Verhältnisse zu vieler dabei theilhaftigen Individuen nachtheilig einwirken könnte, um jenes Patent ohne Widerruf be-

stehen zu lassen, die Strafflosigkeit des Oberjägermeisters von Braun aber müßte Grundsätze ins Leben rufen, die nicht minder mit der Ruhe und Sicherheit im Bunde und den jedem Souverain gegen getreue Diener und Unterthanen obliegenden Pflichten, als mit der eigenen Würde der hohen Verbündeten und allen Grundsätzen der Religion und Moral unvereinbar sind. Beide Rücksichten verhindern mithin Seine Majestät, hierunter eine gleiche Verzichtleistung eintreten zu lassen, daher denn Allerhöchstdieselben erwarten, daß der vorliegende Bundestagsbeschluß in dieser Hinsicht die möglichst baldige Vollziehung erhalte.“

Die Bundesversammlung sah hiermit der gütlichen Beendigung weiteres Terrain gewonnen und forderte den braunschweigischen Bundestagsgesandten auf, dieses Entgegenkommen sofort dem Herzog zu melden. Da aber auch dieses Entgegenkommen bei dem Herzog nichts anfang, so erklärte nun in der Sitzung vom 12. November 1829 (Separat-Protocoll) Hannover Folgendes:

„Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover haben es lange verschoben, wegen der fortgesetzten Nichtbefolgung der unter dem 20. August d. J. gefaßten Bundestagsbeschlüsse von Seiten Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig, eine officielle Anzeige bei dieser hohen Versammlung machen zu lassen, weil Seine Majestät hofften, daß die von Ihrer Seite bezeugte hohe Mäßigung, indem Sie auf mehrere Punkte der Ihnen gebührenden Genugthuung verzichteten, Seiner Durchlaucht dem Herzog zu einem angemessenen Benehmen die erwünschte Veranlassung geben würde.

Auch diese Hoffnung ist fehlgeschlagen, und es dürfte wohl schwerlich ein dem durchlauchtigsten deutschen Bunde angehörender Hof und Staat sein, der es nicht tief fühlte, wie unverträglich es mit dem Ansehen der hohen Bundesversammlung sein würde, wenn ein Mitglied des deutschen Bundes ohne weitere Folge dem vereinten Beschlusse der deutschen Bundesfürsten und freien Städte nicht nachkommen; wenn dasselbe ein Patent bestehen lassen dürfte, das Seine Majestät als einen Usurpator bezeichnet, und wenn Es den Lauf der Gerechtigkeit gegen den Herrn von Braun hemmen könnte, dessen Vergehen Niemanden in einem milden Lichte erscheinen wird.

Seine Majestät sehen daher die Vollstreckung des Bundestagsbeschlusses vom 20. August, in so weit Allerhöchstdieselben auf dessen Vollziehung nicht verzichtet haben, weit mehr wie eine Sache des ganzen Bundes, als wie Ihre eigene an, und überlassen Sich mit vollem Vertrauen der Erwartung, daß es nur der obigen officiellen Anzeige bedürfen werde, um diese hohe Versammlung zu veranlassen, nach Maßgabe der Executionsordnung das Erforderliche zu verfügen, ohne daß Allerhöchstdieselben in dieser Hinsicht besondern Ansichten oder Wünsche zu äußern für angemessen halten.

Indem der königlich hannöversische Bundestagsgesandte die Ehre hat, diese Erklärung zur Kenntniß der hohen Bundesversammlung zu bringen, verbindet derselbe dann zugleich die ergebenste Anzeige, daß er von der so eben abgegebenen Mittheilung Seiner Excellenz den kaiserlich königlich österreichischen Herrn Präsidialgesandten in Kenntniß gesetzt und damit Namens seines allerhöchsten Hofes das Ersuchen verbunden habe, in Gemäßheit des in der 26. Sitzung § 173 gemachten Vorbehalts, das Geeignete gefälligst einleiten zu wollen.

Dem königlich hannöversischen Bundestagsgesandten bleibt mithin nur noch über, die anwesenden hochverehrlichen Herrn Bundestagsgesandten ergebenst zu ersuchen, von seiner so eben am Bundestage abgegebenen Erklärung

Ihre allerhöchsten und höchsten Committenten gefälligst in Kenntniß setzen zu wollen.

Die anwesenden Gesandten vereinigten sich, diese Erklärung zur Kenntniß der Regierungen zu bringen.

Der württembergische Gesandte äußerte hierbei insbesondere: Da die durch Plenarbeschluß vom 3. August 1820 angeordnete Bundestags-Commission, an welche die Anzeige der königlich hannöverschen Gesandtschaft, wegen Nichtvollziehung des Beschlusses vom 20. August d. J. von Seiten Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig, abzugeben sein würde, zur Zeit in ihrer vorchriftsmäßigen Zusammensetzung nicht besteht, der Ergänzung aber nur in einer förmlichen Sitzung der Bundesversammlung statt finden kann, und da ein anderweitiger Antrag der königlich hannöverschen Gesandtschaft in der Sache selbst nicht vorliegt, so wird es dermalen genügen, von dieser Anzeige Kenntniß zu nehmen, und solche den allerhöchsten und höchsten Regierungen vorzulegen.

Während der Bundestagsferien erklärte nun Braunschweig: In Beziehung auf die Differenz zwischen Hannover und Braunschweig ist der Gesandte angewiesen worden, nachfolgende Erklärung zum Protokolle dieser hohen Versammlung zu geben:

„In Folge der dem Gesandten zugekommenen Weisungen und mit dem Gesandten stattgefundenen Communicationen sieht sich die herzoglich braunschweigische Regierung beharrlich und fortwährend zu erklären veranlaßt: daß sie keine Verfügung des Bundes zu beachten sich veranlaßt finden könne, als wenn solche ihr auf eine legale und formelle Weise insinuiert worden sei.

Der Gesandte ist daher angewiesen worden, darauf anzutragen: daß von Seiten des Bundes die förmliche Insinuation des die Differenz mit Hannover betreffenden Beschlusses um so mehr angeordnet werde, als für einen solchen wichtigen Fall, wie der vorliegende, in welchem Leistungen von einem Bundesfürsten gegen den andern gefordert wurden, ein Geschäftsgang von der Bundesversammlung weder vorgeschrieben sein, noch sich durch Gewohnheit festgestellt habe. Für solche erhebliche Fälle könne sich nach der Ueberzeugung der herzoglichen Regierung um deswillen keine Observanz gebildet haben, weil, nach dem eigenen Geständniß dieser hohen Versammlung, die Differenz zwischen Hannover und Braunschweig sich als ein neuer ganz besonderer Fall auszeichne.“ — Das Präsidium befehlt sich lediglich die Erwiederung vor (9. December 1829).

Die hannöverschen und braunschweigischen Erklärungen, welche in den Separat-Protokollen vom 17. September, 12. November und 9. December 1829 abgegeben waren, wurden in der Sitzung vom 5. Februar 1830 wiederholt; bis dahin hatten die Ferien gedauert.

Der k. k. österreichische Gesandte äußerte hierauf:

Was die erste königlich hannöversche Erklärung betreffe, so erkenne der kaiserlich königliche Hof die Gesinnungen, welche Seine Majestät den König von Großbritannien und Hannover bei der ausgesprochenen Verzichtleistung geleitet hätten, mit dem lebhaftesten Danke an, und müsse nur bedauern, daß dieselben bis jetzt auf Seine Durchlaucht den Herzog von Braunschweig keinen Eindruck gemacht zu haben schienen.

In Hinsicht auf die beiden übrigen Erklärungen sei nunmehr der Fall eingetreten, daß dieselben der Commission zuzuweisen seien, welcher die Prüfung aller jener Eingaben und Anzeigen zustehe, die auf die Execution der Beschlüsse Bezug hätten; zu dem Ende trage der kaiserlich königliche präsidirende Herr Ge-

sandte darauf an, eine Commission von fünf Mitgliedern zu wählen, und dieser sämtliche Acten in der hannöversisch braunschweigischen Angelegenheit, sammt den eben erwähnten jüngsten Erklärungen, mit dem Ersuchen zuzustellen, binnen acht Tagen darüber Vortrag zu erstatten.

Hierauf wurde, unter allgemeiner Zustimmung zu dem Präsidialantrage zur Wahl der Commission geschritten, wonach die Gesandten von Oesterreich, Preußen, Baiern, Königreich Sachsen und Baden zu Mitgliedern der Commission, und jenen von Holstein und Lauenburg und Großherzogthum Hessen nach Maassgabe der Stimmen zu Stellvertretern gewählt worden sind.

Beschluß.

1) Daß die Bundesversammlung die Gesinnungen, welche Seine königliche Majestät von Großbritannien und Hannover bei der erwähnten Verzichtleistung bewährt hätten, mit dem lebhaftesten Danke anerkennen und ihr Bedauern ausdrücken müsse, daß dieselben bis jetzt auf Seine Durchlaucht den Herzog von Braunschweig noch keinen Eindruck gemacht zu haben schienen;

2) daß der nach Maassgabe des Beschlusses vom 3. August 1820 gewählten Commission zur Vollziehung der Bundesbeschlüsse, bestehend aus den Herren Gesandten von Oesterreich, Preußen, Baiern, Königreich Sachsen und Baden, zu welcher nach Erforderniß die Herren Gesandten von Holstein und Lauenburg und vom Großherzogthum Hessen als Stellvertreter hinzutreten, die sämtlichen Acten und mit diesen auch die neuesten Erklärungen von Hannover und Braunschweig, deren gegenseitige Beschwerden aus Veranlassung der von Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover geführten Vormundschaft betreffend, mit dem Auftrage zuzustellen sind, binnen acht Tagen darüber Bericht zu erstatten.

Am 11. Februar 1830 erstattete dann Lerchensfeld weiteren Bericht, in Folge dessen die Bundesversammlung beschloß: *)

1) daß die Behauptung der herzoglich braunschweigischen Regierung in ihrer am 9. Dezember übergebenen Erklärung, als sei ihr der die Differenz mit Hannover betreffende Beschluß des Bundestages vom 20. August v. J. nicht auf eine legale und formelle Weise insinuiert worden, sich als durchaus unbegründet darstelle, mithin nicht berücksichtigt werden könne; daß sonach

2) in Gemäßheit des Art. 3 der zur Vollziehung der Beschlüsse des Bundestages bestehenden Executionsordnung, ein Termin von vierzehn Tagen anberaumt werde, um von der herzoglich braunschweigischen Gesandtschaft die Erklärung der erfolgten Vollziehung des besagten Beschlusses, oder die genügende und vollständige Nachweisung der Ursachen, welche der Folgeleistung noch entgegen stehen, zu vernehmen.

Der herzoglich braunschweigische Herr Gesandte erklärte, daß er hiervon Kenntniß nehme.

Nachdem nun der braunschweigische Gesandte in der Sitzung vom 25. Februar 1830 nach abgelaufenem Termine die Erklärung abgab, daß er für eine Neußerung nicht instruiert sei, so wurde die Execution gegen den Herzog einstimmig beschlossen, am 4. März von der Vollziehungs-Commission schon die nä-

*) So interessant und wichtig dieser Bericht Lerchensfelds war, muß er dennoch hier wegleiben, um das Buch nicht zu sehr auszudehnen.

heren Anträge gestellt, und nach gescheneher genügender Vorbereitung in der Sitzung vom 26. März folgendes Schreiben an den Herzog beschloffen:

Durchlauchtigster Herzog!

„Berechtigt und verpflichtet durch den XXXI. Artikel der Wiener Schlußacte, für die Vollziehung der in Gemäßheit ihrer Competenz gefaßten Beschlüsse zu sorgen, auch, nach Erschöpfung aller andern bundesverfassungsmäßigen Mittel, die erforderlichen Executionsmaaßregeln in Anwendung zu bringen, hat die Bundesversammlung, um die endliche Vollziehung ihres Beschlusses vom 20. August v. J. in den noch unerledigten Punkten zu bewirken, sich in der unangenehmen Nothwendigkeit gesehen, das Executionsverfahren gegen Euer Durchlaucht zu erkennen.

„Die hierauf bezugnehmenden Beschlüsse werden von Seiten der Bundesversammlung durch höchstero Gesandten Euer Durchlaucht mitgetheilt werden.

„Ehe dieselbe jedoch die wirkliche Ausführung ihres wegen der Execution und der dabei anzuwendenden Mittel gefaßten Beschlusses verfügt, liegt es in ihrer Verpflichtung, an höchstieselben eine Aufforderung zur Folgeleistung ergehen zu lassen, wie solches durch gegenwärtiges Schreiben hiermit geschieht.

„Die Befolgung der von der Bundesversammlung innerhalb ihrer Competenz gefaßten Beschlüsse ist unerlässliche Pflicht sämmtlicher Bundesglieder, sie ist das eigentliche Lebensprinzip des Bundes, die erste Bedingung zum Fortbestande desselben; sie kann und muß durch die dem Bundestage zugewiesenen ausreichend kräftigen Mittel bewirkt werden. So will es der Bundesvertrag und dessen Schlußacte. Jene wie diese haben alle Bundesglieder freiwillig eingegangen. Sich der gewissenhaften Beachtung dieser Fundamentalacte entziehen, hieße einen feierlich geschlossenen Vertrag in einem seiner wesentlichsten Punkte verletzen und sich in einem Zustand von Feindseligkeit gegen den Bund setzen, gegen diesen als unauflöslich gegründeten Verein, der nicht blos die Grundlage des innern und äußern Friedenszustandes von Deutschland ist, sondern auch ein mächtiges Glied in der Kette der Europäischen Staaten bildet.

„Es kann zwar bei der Befolgung des Bundestagesbeschlusses vom 20. August v. J. heute nicht mehr in Frage kommen, ob derselbe von dem dabei betroffenen Fürsten für einen kompetenzmäßig gefaßten Beschluß gehalten werde.“

„Wenn Eure Durchlaucht aber irgend einen Zweifel darüber noch hegen könnten, so müßte höchstedenklichen die Uebereinstimmung der Gesinnungen sämmtlicher Bundesglieder, welche sich für diesen Beschluß ausgesprochen haben, einen mächtigen Beweggrund darbieten, um sich endlich und wahrhaft der Ueberzeugung hinzugeben, daß dieser Beschluß nicht nur in formeller Hinsicht ein gesetzmäßiger, sondern auch nach seinem Inhalte ein gerechter Beschluß ist.

„Wie wäre es möglich und wie mit dem tiefen Rechtsgefühl der deutschen Fürsten vereinbar, daß so viele Bundesglieder, von denen die einen durch Bande des Bluts, die andern durch gleichartige Interessen oder durch persönliche Zuneigung, alle aber durch einen völkerrechtlichen Verein mit Euer Durchlaucht verbunden sind, alle diese Rücksichten und ihre eigene Würde so sehr hätten außer Acht lassen können, um zu einem Beschlusse mitzuwirken, wodurch Höchstdenselben etwas zugemuthet würde, was mit den heiligen Pflichten und mit der Würde eines deutschen Souverains unverträglich sein sollte. — Wie wäre es ferner möglich, daß heute sämmtliche Bundesglieder einhellig von Euer Durchlaucht die

Befolgung dieses Beschlusses verlangen, wenn die Frage, was nach Recht und Gewissen von Höchsthohen gefordert werden könne, nicht allen entschieden erschiene.

„Und in der Reihe dieser Bundesglieder erblicken Euer Durchlaucht Fürsten, die seit langen Jahren, in verhängnißvoller Zeit und in mächtigen Monarchieen die schwere Regierungsaufgabe zum Heil ihrer Völker zu lösen wußten, und berufen waren, auf die Angelegenheiten der Welt einzuwirken.“

„Euer Durchlaucht haben den Beruf, die Macht und zuverlässig auch den Willen, nach dem ruhmwürdigen Beispiele Ihrer Vorfahren das Höchsthohen von der Vorsehung anvertraute Land glücklich zu machen. Wie wesentlich nun die Wohlfahrt desselben gefährdet, wie tief das mit dieser Wohlfahrt eng verbundene persönliche Interesse Euer Durchlaucht und der Wohlstand Ihres fürstlichen Hauses verletzt werden muß, wenn Höchsthohes durch eine fortgesetzte Nichtbeachtung des in Rede stehenden Bundestagsbeschlusses die Nothwendigkeit Selbst herbeiführen, in das Herzogthum Braunschweig ein Executionscommando einrücken zu lassen, und erforderlichen Falls diese Executions-Maßregeln noch weiter ausdehnen zu müssen, — dieses wird der erleuchteten Einsicht Euer Durchlaucht nicht entgehen.

„Wenn sonach Rechtmäßigkeit des Beschlusses, Achtung für den Ausdruck Ihrer Mitgenossen im Bunde, Staatsklugheit und Fürsorge für Höchsthohes Land und fürstliches Haus, wenn alles dieses übereinstimmend dafür das Wort führt, daß Euer Durchlaucht es nicht zu diesem Aeußersten kommen lassen mögen, von dessen Anwendung die Bundesversammlung sich durchaus nicht loszählen kann, ohne den Keim der Auflösung des Bundes zu erzeugen, wenn endlich selbst im Urtheile der Welt derjenige Fürst stets am höchsten steht, der die eigene Ansicht und Ueberzeugung, wie fest sie auch begründet erscheinen mag, dem verfassungsmäßig ausgesprochenen Gesammtwillen seiner Bundesgenossen und der dadurch bedingten Verpflichtung zu unterordnen weiß, so will sich der Deutsche Bund auch noch in diesem Augenblicke, dem letzten vor dem wirklichen Eintritte des Executionsverfahrens, der vertrauensvollen Erwartung überlassen, daß Höchsthohes alle diese Betrachtungen in ruhige Erwägung ziehen, dieselben beherzigen und nicht seit dem Bestande des Bundes zuerst in Deutschland das für die Regenten, wie für die Völker gleich unerfreuliche Schauspiel eines mit der Gesamtheit des Bundes zerfallenen Fürsten darbieten, sondern Sich bestimmt finden werden, dem Bundesbeschlusse vom 20. August 1829 sofort Folge zu leisten, und somit

- 1) das Patent vom 10. Mai 1827 einfach, unbedingt und mit anerkennender Beziehung auf den besagten Bundesbeschluß öffentlich zurücknehmen, und
- 2) die gebührende gesetzliche Bestrafung des Oberjägermeisters von Braun einleiten werden.

Da die Bundesversammlung nur durch eine solche Folgeleistung der obhabenden Verpflichtung enthoben werden kann, den wirklichen Eintritt der bereits beschlossenen Executionsmaßregeln zu verfügen, so muß dieselbe hier die Erklärung beifügen, daß, wenn binnen eines Zeitraums von vier Wochen die bestimmte Anzeige über die Befolgung des Bundestagsbeschlusses vom 20. August in der Bundesversammlung durch Euer Durchlaucht Gesandtschaft nicht erfolgen sollte, die unangenehmen Folgen, welche mit der Ausführung des Vollziehungsauftrags verbunden sind, Euer Durchlaucht unvermeidlich vom Tage des über

den wirklichen Eintritt des Executionsverfahrens zu fassenden Beschlusses treffen werden.

Frankfurt a. M., den 26. März 1830.

Der Deutsche Bund
und in dessen Namen

Der k. k. österreichisch präsidirende Gesandte der Bundesversammlung
Freiherr von Münch-Bellinghausen.

Endlich, nachdem die Executionsarmee sich schon in Bewegung setzte, gab der Herzog nach. In einer Note des braunschweigischen Bundestagsgesandten von Mösehall vom 8. April 1830 an den Bundestag legte zwar der Herzog seine Verwahrung gegen den Bundesbeschluß in das Protokoll nieder, gab aber zugleich auch die Erklärung ab, daß er demselben gehorchen werde. Beide Actenstücke lauten:

Protestation

Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig in Beziehung auf den
unterm 26. März 1838 gefaßten Bundesstagsbeschluß.

Demnach Seine herzogliche Durchlaucht, der souveraine Herzog von Braunschweig, durch einen Beschluß der hohen Bundesversammlung vom 26. März 1830 veranlaßt werden sollen:

- 1) die herzoglich braunschweigische Verordnung vom 10. Mai 1827, betreffend die Rechtsverbindlichkeit der von der für die hiesigen Lande bestanden vormaligen Regierun erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen zurückzunehmen;
- 2) den herzoglich braunschweigischen Oberjägermeister von Braun wegen Herausforderung des hannöverschen Cabinetministers, Grafen Münster, den competenten Landesgerichten zur Bestrafung überweisen zu lassen;
- 3) bei der Zurücknahme der vorgedachten herzoglichen Verordnung ausdrücklich zu erklären, daß solche Zurücknahme in Gefolge des Bundestagsbeschlusses vom 20. August 1829 erfolge;

nun aber diese an Seine herzogliche Durchlaucht gestellten Forderungen in der bekannten Differenz mit Seiner Majestät dem Könige von Hannover, unter Berücksichtigung des 18. Artikels der Bundesacte und der darin enthaltenen unzweideutigen Bestimmungen, nicht dem ordnungsmäßigen richterlichen Gange, insbesondere nicht der bundesgesetzlichen Austrägalinstanz, sondern nur einem neu geschaffenen ausdrücklich für den vorliegenden Fall berechneten und fortgeführten politischen Verfahren ihre Entstehung verdanken; namentlich auch durch den Bundeserlaß vom 26. März, wodurch ein neues, dem frühern Bundesbeschlusse vom 20. August vorigen Jahres nicht bekanntes und aus demselben keineswegs herzuleitendes Begehren gegen Seine herzogliche Durchlaucht gestellt worden, bewährte Rechtsgrundsätze, — „nämlich, daß über die Anträge der Klage einer Partei hinaus nicht erkannt werden; ingleichen, daß die in einem Erkenntnisse festgestellten Anforderungen, bei der Realisation desselben, weder verändert noch verstärkt, noch demselben neue hinzugefügt werden dürfen“, — verletzt

erscheinen; so ist der Gesandte angewiesen, nicht nur gegen die vorerwähnten Bundestagserlasse, sondern auch das gesammte procedere und dessen Folge, insbesondere wider jede Consequenz, welche für die Gültigkeit von den aus ungesetzlichem Zwange resultirenden Demarchen Seiner herzoglichen Durchlaucht hergeleitet werden könnten, auf das Feierlichste hiermit zu protestiren, wie solches ausdrücklich denn damit geschieht.

Seine herzogliche Durchlaucht werden Sich nie dazu verstehen, Handlungen, zu denen Höchsthie, von Seiten des hohen Bundes mit Umgehung eines gerichtlichen Verfahrens gezwungen werden könnten, als von Höchsthnen Selbst ausgegangen zu betrachten und in dem Maße zu agensciren, vielmehr erklären Höchsthieselben hiermit im Voraus, daß solche durch die Uebermacht herbeigeführte Handlungen durchaus, mit Höchsthier bessern Ueberzeugung und Höchsthierem Willen im Widerspruche stehend, nichtig und unverbindlich sein müssen. Um deswillen wird dann auch alles dasjenige, was in den geforderten Schritten, in so weit sie gethan werden sollten, Präjudicialisches liegen könnte, nicht auf Seine herzogliche Durchlaucht, sondern auf diejenigen fallen, denen diese Schritte ihre Entstehung verdanken. Wenn nun endlich durch den allegirten Bundestagsbeschluß diejenigen Klagen resp. unbeachtet geblieben und niedergeschlagen, welche Seine herzogliche Durchlaucht gegen Seine Majestät den König von Hannover bei dem deutschen Bunde zu erheben veranlaßt worden; dieses procedere aber sich als ungesetzmäßig darstellt, indem die vorschriftsmäßige Austrägalinstanz umgangen worden, als verwahrt man sich herzoglich braunschweigischer Seits dagegen protestando und, ohne auch nur ein einziges Klagerrecht aufgeben zu wollen, behält man es sich ausdrücklich vor, dasselbe in jeder beliebigen Form und zu jeder Zeit auf das Nachdrücklichste zu verfolgen.

Als indessen der Herzog den bitteren Ernst der Execution herannahen sah, besann er sich in letzter Stunde und zeigte die Partition gegen den Bundesbeschluß durch seinen Gesandten an. Die Note lautete:

Not e

des herzoglich braunschweigischen Herrn Bundestagsgesandten, Freiherrn von Marshall, an den königlich bayerischen Herrn Bundestagsgesandten, Freiherrn von Lerchenfeld, als substituirtten kaiserlich königlichen Präsidialgesandten.

praes. 26. April 1830.

Der unterzeichnete herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandte ist beauftragt worden, zur Kenntniß einer hohen Bundesversammlung zu bringen, daß Seine herzogliche Durchlaucht beschloffen haben, den Bundesbeschlüssen in der Differenz mit Seiner Majestät dem Könige von Hannover völlig Genüge zu leisten.

Zu diesem Ende sind die in beglaubigter Abschrift hier anliegende Verordnung und Weisung an das herzogliche Oberhofgericht unter dem 22. dieses erlassen worden. Die Verordnung liegt zur Publikation bereit.

Noch vor Ablauf des anberaumten Termins ist also, wie der Unterzeichnete ferner zu erklären beauftragt ist, den vorliegenden Beschlüssen Genüge geleistet

worden, und eine hohe Bundesversammlung wird jedes executorische Verfahren in dieser Angelegenheit um so gewisser als beseitigt und nicht mehr platzgreifend zu betrachten geneigt sein, als der Unterzeichnete mit dieser Erklärung die weitere Versicherung dieser hohen Versammlung zu ertheilen insbesondere noch ermächtigt worden ist: daß eine etwaige Aenderung der Fassung zwar einen augenblicklichen Aufenthalt verursachen, durchaus aber die Folgeleistung selbst nicht verhindern werde.

Indem der Unterzeichnete Seine Excellenz den Herrn Staatsminister Freiherrn von Lerchenfeld, in der Eigenschaft als Substituten Seiner Excellenz des abwesenden Herrn Präsidialgesandten, ersucht, schleunig diese seine Erklärung zur Kenntniß der Mitglieder der hohen Bundesversammlung geneigtest bringen zu wollen, erneuert er bei dieser Veranlassung die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung.

Frankfurt, den 26. April 1830.

(unterz.) Freiherr von Marschall.

Verordnung

die Aufhebung der Verordnungen vom 31. Dezember 1813, vom 14. August 1815, vom 10. Mai 1827 und vom 12. August 1828 betreffend.

d. d. Braunschweig, den 22. April 1830.

Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛ.

Nachdem Gründe vorkamen, bei denen sich nach ihrer Qualification das Fortbestehen folgender Verordnungen, als:

a) derjenigen vom 31. Dezember 1813,

b) derjenigen vom 14. August 1815,

c) derjenigen vom 10. Mai 1827,

bei welcher Wir es Uns vorbehalten haben, sie später wieder aufzuheben, in Bezug auf einen Bundestagsbeschluß vom 20. August 1829, und endlich

d) derjenigen vom 12. August 1828, als incompatibel darstellt, so finden Wir Uns bewogen, dieselben, wie hiermit geschieht, aufzuheben.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrudtem Staats-Canzlei-Siegels.
Braunschweig, den 22. April 1830.

(L. S.)

Auf speciellen Befehl

(unterz.) v. Bülow. v. Münchhausen.

Für die Treue der Abschrift

(L. S.)

H. Wolpers,

Rath und Geheimer Registrator.

Weisung an das herzogliche Oberhofgericht zu Braunschweig.

Demnach höchsten Orts beschloffen worden, gegen den Oberjägermeister von Braun wegen dessen unterm 5. Juni 1828 erfolgter Herausforderung des hannöverschen Grafen Münster das gesetzliche Verfahren eintreten zu lassen, so beauftragen wir hiermit das herzogliche Oberhofgericht, die desfallige Untersuchung ohne Zeitverlust einzuleiten.

Braunschweig, den 22. April 1830.

Herzoglich braunschweig-lüneburgisches Staatsministerium.

(unterz.) v. Bülow. v. Münchhausen.

Für die Treue der Abschrift

(L. S.)

H. Wolpers,

Rath und Geheimer Registrator.

Es entstand nun die Frage, ob hierdurch dem Bundesbeschluß Genüge geleistet war. Diese Frage wurde in der Sitzung vom 27. Mai 1830 angeregt, und durch den Bericht der Executions-Commission dahin beantwortet, daß die Bundesversammlung wegen des Mangels der eigenhändigen Unterschrift des Herzogs unter die Verordnung vom 27. April (Braunsch. Verordn. Samml. Nr. 9 1830) keinen Anstand nehmen könne, darin eine Partition gegen den Bundesbeschluß zu erblicken, weil zugleich die Anzeige der erfolgten Partition, sowie die Uebergabe der das Edikt vom 10. Mai 1827 zurückzunehmenden Verordnungen von dem Organe des Herzogs am Bunde, dem herzoglichen Bundestagsgesandten, Freiherrn von Marschall, in der 10. Sitzung der Bundesversammlung förmlich erfolgt sei. Dieser Ansicht, welcher zwei Mitglieder der Executions-Commission, Preußen und Baden, widersprachen, stimmte die Bundesversammlung in der Sitzung am 24. Juni 1830 (Separat-Protok. fol. 499 bis 508) durch Stimmenmehrheit bei *).

Das in dem Executions-Ausschusse abgegebene Minoritätsvotum von Preußen und Baden, doch wahrscheinlich in der Sitzung vom 24. Juni wiederholt, lautet folgendermaßen:

Separat-Votum der Gesandten von Preußen und Baden.

Die unterzeichneten Gesandten von Preußen und Baden befinden sich über den Gegenstand des vorliegenden Gutachtens einer verehrlichen Executionscommission nicht mit Instruction ihrer höchsten Höfe versehen, vermögen aber nach persönlicher Ansicht und Ueberzeugung zu ihrem Bedauern nicht, obigem Gutachten beizustimmen, und finden sich daher veranlaßt, als Mitglieder der Executionscommission folgende Meinung abzugeben:

Die Executionscommission ist durch Beschluß vom 13. d. M. von hoher Bundesversammlung ersucht worden, ihr Gutachten über die herzoglich braunschweigische Partitionsanzeige zu erstatten.

*) Leider fehlt in der mir zur Hand befindlichen amtlichen Ausgabe des Bundes-Protokolls die letzte Abstimmung, nämlich das angeführte Separat-Protokoll. Wenn es möglich ist, will ich im Anhang diese Abstimmung nachholen; vielleicht kann ich ein anderes Exemplar der amtlichen Ausgabe der Verhandlungen der Bundesversammlung vergleichen.

Der Artikel V. der Executionsordnung schreibt vor, daß, wenn die Befolgung angezeigt wird, die Commission ihr Gutachten darüber abzugeben und der Bundestag zu beurtheilen habe, in wie fern solches zur Genüge geschehen ist. Bei Vergleichung des Art. III. der Executionsordnung mit gedachtem Art. V. ergibt sich unzweifelhaft, daß die Executionscommission nicht bloß über die angezeigte Befolgung im Allgemeinen, oder darüber, daß solche geschehen sei, sondern besonders auch über die Frage:

ob die Befolgung genügend sei?
Gutachten zu erstatten habe.

Wollte die Executionscommission die Begutachtung dieser Frage im vorliegenden Falle unterlassen, und dafür halten, daß solche dem Bundestage vorbehalten bleiben müsse, so würde sie der Vorschrift der Executionsordnung, ihrer eigenen Natur und ihrer wesentlichsten Eigenschaft — nämlich der einer Begutachtungs-Commission — zuwider handeln.

Was der Art. III. für ein früheres Stadium des Executionsverfahrens als Begutachtungsgegenstand bezeichnet hat, nämlich: ob der bundesmäßigen Verpflichtung vollständige oder unzureichende Folge geleistet worden sei? das muß um so mehr in dem Stadium der Erledigung oder Entscheidung der Sache als ein Begutachtungsgegenstand gelten.

Die Erledigung der hannöversisch braunschweigischen Differenz hängt nicht bloß von dem Nachweise der geschehenen Befolgung, sondern hauptsächlich von der Frage ab:

„ob die Befolgung genügend sei?“

Diese wichtige Frage scheint in dem vorliegenden Gutachten nicht hinreichend erörtert, um den Schlußantrag zu motiviren:

daß die angezeigte Parition als hinreichend (genügend) befunden werde.

Nach dem Dafürhalten der Unterzeichneten ist die angezeigte Befolgung zur Zeit nicht für genügend zu halten.

Das Patent vom 10. Mai 1827 ist in der Form erlassen:

„Wir Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog &c. thun hiermit kund und zu wissen u. s. w.

Am Schlusse:

„Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigebrudten Geheimen Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 10. Mai 1827.

(gez.) Carl. (L. S.)

(contras.) v. Schleinig.“

Zurückgenommen wurde es unter dem 22. April d. J. unter der Form:

„Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog &c.“

Am Schlusse:

„Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrudten Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 22. April 1830.

(L. S.)

Auf speciellen Befehl

(unterz.) v. Bülow. v. Münchhausen.

Es kommt nicht bloß darauf an, daß des Herrn Herzogs Durchlaucht das

Patent vom 10. Mai 1827 nach Maafgabe des Bundesbeschlusses vom 20. August v. J. öffentlich und auf eine Art zurückzunehmen, die nicht neuen Anlaß zu Beschwerden von Seiten Seiner großbritannischen Majestät biete; sondern diese Zurücknahme muß auch nach dem Bundesbeschlusse vom 26. März d. J. von Seiner Durchlaucht einfach, unbedingt und mit anerkennender Beziehung auf den Beschluß vom 20. August 1829 erfolgen; ferner die gebührende gesetzliche Bestrafung des Oberjägermeisters von Braun muß eingeleitet werden, widrigenfalls soll die Befolgung nicht als vollständig angesehen werden.

Hiernach kommt es auf eine Ausführung an, nicht bloß darüber, daß der Hauptzweck des Beschlusses vom 20. August 1829 erfüllt und daß dieser — nämlich die Zurücknahme des Patents vom 10. Mai 1827 — ohne neue Beleidigung gegen Seine königlich großbritannische hannöverische Majestät erreicht sei, sondern auch darüber, daß dabei nichts geschehen oder unterlassen worden sei, was Seine Majestät nach den oben gedachten beiden Bundesbeschlüssen zu erwarten berechtigt sind.

Die Zurücknahme jenes Patents ist weder einfach noch unbedingt, auch, in anderer Beziehung, nicht genügend. Der unklare und ungewöhnliche Eingang der publicirten Revocationsverordnung ist nicht verständlich, und kann bei diesen unbestrittenen Eigenschaften nicht für einfach gelten.

So lange man die im Eingange jener Revocation erwähnten Gründe und Qualification für unklare, einer Auslegung oder nähern Aufklärung bedürfende Ausdrücke zu halten hat, wird man auch die Zurücknahme des Patents nicht für unbedingt halten können. Aus eben diesem Grunde ist auch die beigefügte Beziehung auf den Bundesbeschluß vom 20. August 1829 noch nicht für eine anerkennende zu halten.

Das zurückzunehmende Patent vom 10. Mai 1827 ist von Seiner herzoglichen Durchlaucht eigenhändig vollzogen. Sollte nicht Seine königlich großbritannische hannöverische Majestät berechtigt sein, zu erwarten, daß auch das Zurücknahme-Patent mit gleicher Sanction versehen werde? und sollte die Unterlassung nicht gerechten Anlaß zur Beschwerde bieten?

Wenn der deutsche Bund in einer nicht bloß auf das Inland Braunschweigs sich beziehenden, sondern die persönliche Ehre und Würde eines hohen Bundes souverains betreffenden Streitsache eine Genugthuung zuerkannte, und diese dahin bestimmte, daß der beleidigende Theil eine von ihm persönlich vollzogene Handlung wieder zurücknehme; so konnte die Absicht wohl keine andere sein, als daß die Zurücknahme unter derselben Form geschehe, unter welcher die Beleidigung erfolgt war.

Die Revocationsverordnung führt das zurückzunehmende Patent bloß nach dem Datum (10. Mai 1827) an, ohne die mindeste Erwähnung seines Inhalts oder Rubri:

„betreffend die Rechtsverbindlichkeit der von der für die herzoglich braunschweigischen Lande bestandenenen vormundtschaftlichen Regierung erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen.“

Das Revocationspatent, das zunächst die genugthuende Zurücknahme einer Beleidigung zum Zwecke hat, die Seiner königlich großbritannischen hannöverischen Majestät in Allerhöchstherrn Ehre und Würde persönlich und öffentlich widerfahren ist, enthält eine Vermischung von andern dem Bundesinteresse ganz fremden Verordnungen über verhältnißmäßig geringfügige Verwaltungsgegen-

stände — (Formulare richterlicher Erkenntnisse, Militärvorspann und Maurer- und Zimmermeister-Wittwen). —

Die Revocationsverordnung enthält die Formel:

„Urkundlich Unserer Unterschrift und beigeordneten Staatskanzlei-Siegels.“

Die Unterschrift aber ist:

„auf speciellen Befehl“

von den Herrn zc. von Bülow und zc. von Münchhausen geschehen, ohne die Firma einer Behörde, — auch ohne, daß bekannt oder nachgewiesen wäre, daß die unterzeichneten Herren zc. von Bülow und zc. von Münchhausen zu einem so wichtigen Act besonders, oder überhaupt zu allgemeiner Stellvertretung Seiner Durchlaucht des Herzogs während Höchstseiner Abwesenheit Vollmacht erhalten haben. Die Authenticität der Revocationsverordnung liegt in der Uebergabe des herzoglichen Herrn Bundestagsgesandten und in der Anzeige ihrer Publication. Die bei jener Verordnung angewandten Beglaubigungsformen sind — etwa mit Ausnahme des beigeordneten Siegels der Staatskanzlei, wenn dieses als das geeignete angenommen wird — mangelhaft und unzureichend.

Was den zweiten Paritionspunkt betrifft, so wird in dem Gutachten der verehrlichen Executionscommission, durch die Voraussetzung der Unabhängigkeit des neu errichteten herzoglichen Oberhofgerichts in seinem richterlichen Verhältnisse, eine Ungewißheit über letztere angedeutet, deren nähere Aufklärung die Bundesversammlung zu ihrer Pflicht rechnen dürfte.

Wenn Seine königlich großbritannisch hannöversische Majestät durch Allerhöchstihre Bundestagsgesandtschaft unter dem 12. November 1829 haben erklären lassen:

„daß Sie die Vollstreckung des Bundesbeschlusses vom 20. August 1829, in so weit Allerhöchstieselben auf dessen Vollziehung nicht verzichtet haben, weit mehr wie eine Sache des ganzen Bundes als wie Ihre eigene ansehen, und daß Sie mit vollem Vertrauen der Erwartung Sich überlassen, daß es nur der vorausgegangenen Anzeige bedürfen werde, um die Bundesversammlung zu veranlassen, nach Maßgabe der Executionsordnung das Erforderliche zu verfügen, ohne daß Allerhöchstieselben in dieser Hinsicht besondere Ansichten oder Wünsche zu äußern für angemessen halten;“

so dürfte in dieser Erklärung noch keineswegs die Absicht liegen, die königlich hannöversische Gesandtschaft sich bei den Verhandlungen über die Vollziehung aller Mitwirkung zu enthalten habe.

Je größer das Vertrauen ist, daß Seine königliche Majestät Ihren Bundesgenossen durch obige Erklärung bewiesen haben, desto größer erscheint die Verpflichtung der Bundesversammlung, selbigen zu entsprechen. Die Erfüllung dieser Verpflichtung wird der Bundesversammlung dadurch sehr erleichtert, daß Seine herzogliche Durchlaucht Ihre Bundestagsgesandtschaft zu der ausdrücklichen, in der Gesandtschaftsnote vom 26. April d. J. enthaltenen Versicherung ermächtigt haben, daß eine etwaige Aenderung der Fassung des Revocations-Patents durchaus die Folgeleistung selbst nicht verhindern werde. Wenn hierauf die Publikation der gedachten Verordnung sub dato 22. April d. J. verfügt worden ist, so kann letztere als vorläufig betrachtet und ein genügendes, von Seiner herzoglichen Durchlaucht Selbst zu vollziehendes Patent mit allem Vertrauen erwartet werden.

Je mehr die geschähene Verzichtleistung auf einen Theil der zuerkannten Genugthuung den großmüthigen Gesinnungen Seiner königlich großbritannisch hannöverschen Majestät entsprechend gefunden werden muß, um so mehr würde man zu beklagen haben, wenn des Herrn Herzogs von Braunschweigs Durchlaucht, der erwähnten, durch Höchstbero Gesandten geäußerten Bereitwilligkeit ungeachtet, nicht bestimmt werden könnten, den Bundesbeschlüssen, soweit die Befolgung verlangt wird, Genüge zu leisten.

In Absicht des Patents vom 10. Mai 1827 kann letzteres, nach der Meinung der unterzeichneten Gesandten, am besten dadurch geschehen, daß Seine Durchlaucht die ganz einfache Zurücknahme desselben, etwa in folgenden Ausdrücken, bewirken und eigenhändig vollziehen:

Carl, von Gottes Gnaden &c.

Nachdem bewegende Gründe Uns veranlassen, Unsere Verordnung vom 10. Mai 1827, betreffend die Rechtsverbindlichkeit der von der für Unsere Lande bestandenen vormundschaftlichen Regierung erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen, zurücknehmen; so erklären Wir hiermit in Beziehung auf den Bundesbeschluß vom 20. August 1829, daß Wir jene Verordnung wirklich aufheben und aufgehoben wissen wollen.

An Absicht auf den zweiten Partitionsunkt bestimmt der Bundesbeschluß vom 20. August 1829.

„Der Deutsche Bund gewärtiget ferner, daß Seine Durchlaucht die gebührende gesetzliche Bestrafung des Oberjägermeisters von Braun wegen des von ihm notorisch begangenen Attentates werden eintreten, und dadurch den Grundsätzen der Religion und Moral diejenige öffentliche Genugthuung angedeihen lassen, welche die sicherste Bürgschaft gegen künftige ähnliche Unternehmungen begründen wird.“

Die von dem herzoglichen Staatsministerium dem herzoglichen Oberhofgerichte zu Braunschweig unterm 22. April d. J. erteilte Weisung, gegen den Oberjägermeister von Braun das gesetzliche Verfahren eintreten zu lassen, kann mithin zwar vorläufig als Anzeige der getroffenen Einleitung als genügend betrachtet werden; die wirkliche Erfüllung des Beschlusses aber ist damit noch keineswegs geschehen, und wird noch erst abgewartet werden müssen.

Indem hiernach die unterzeichneten Gesandten von der Ansicht ausgehen, daß es Pflicht der Executionscommission sei, sich über die Frage gutachtlich zu äußern: ob den Bundesbeschlüssen volles Genüge geschehen sei oder nicht? als Mitglieder dieser Commission vorstehende Frage nur verneinen können; so glauben sie jedoch aus der von Seiner herzoglichen Durchlaucht erklärten Bereitwilligkeit, den Bundesbeschlüssen völlig Genüge leisten zu wollen, ein Motiv zu dem Antrage nehmen zu müssen:

daß dem herzoglich braunschweigischen Herrn Bundestagsgesandten die in gegenwärtigem Separatvotum bezeichneten Mängel einer vollständigen Genügeleistung mitgetheilt und bis zu einer binnen Frist erfolgenden Erklärung hierauf die eventuell weiter zu ergreifenden Maßregeln ausgesetzt bleiben, — gleichzeitig aber dem königlich hannöverschen Herrn Bundestagsgesandten unbenommen sei, falls derselbe finden sollte, daß die bis jetzt dargebotene Partition zur Zufriedenstellung Seiner königlich großbritannisch hannöverschen Majestät nicht

für hinreichend zu halten und nicht auf eine Art geschehen sei, die nicht neuen Anlaß zu gegründeten Beschwerden Seiner Majestät biete, — hierüber innerhalb gleicher Frist Erklärung abzugeben.

So sehr auch die Unterzeichneten den Wunsch einer endlichen Erledigung dieser Differenz hegen, so wenig glauben sie solchem eine entscheidende Einwirkung auf ihre Ansichten und Anträge gestatten zu dürfen, halten vielmehr letztere mit der Consequenz im bisherigen Verfahren, mit der Würde des Bundes und mit dem Ansehen des hohen Bundesversammlung im vollkommenen Einklange.

Frankfurt a. M., den 25. Mai 1830.

(unterz.) Nagler. Blittersdorf.



Zweiter Abschnitt.

Die Verfassungs- und Regierungs-Angelegenheit des
Herzogthums Braunschweig.

Erstes Kapitel.

Darstellung der Beschwerden der Landstände und der Erklärungen Braunschweigs und Hannovers.

Ehe noch die gegenseitigen Beschwerden Hannovers und Braunschweigs erliebt waren, traten auch die Landstände des Herzogthums Braunschweig klagend gegen Herzog Carl bei der Bundesversammlung auf. Sie reichten am 23. Mai 1829 eine Vorstellung ein, worin sie die Ursache ihres Zwistes mit dem regierenden Herzog darlegten. Der Zwist sei über die Frage entstanden:

ob die Modificationen der alten ständischen Verfassung, die während der Minderjährigkeit des Herzogs durch Verhandlungen der vormundschaftlichen Regierung mit der Landschaft zu Stande gekommen und in der unter dem 25. April 1820 erlassenen erneuerten Landschaftsordnung enthalten seien, als rechtsbeständig angesehen werden müßte oder nicht?

Der Herzog habe das Letztere deshalb angenommen, weil er der vormundschaftlichen Regierung das Recht nicht zugestehen, dergleichen Aenderungen der Verfassung bei den Ständen in Vorschlag zu bringen.

Die Stände führten nun sowohl in der ersten Vorstellung vom 25. Mai, als auch in weiter folgenden Darlegungen vom 1. Juni, 16. Juni und 27. August 1829 folgende Verhältnisse über den Bestand der älteren Verfassung, die stattgefundenen Modificationen derselben und den Bestand der Landschaft seit der erneuerten Landschaftsordnung an. Sie folgen im Auszuge:

Ständische Verhältnisse bis zum Jahre 1806.

In dem Herzogthume Braunschweig haben vormalig zwei abgesonderte Landschaften bestanden, eine für die braunschweig-wolfenbüttelschen Lande, und eine für das Fürstenthum Blankenburg.

Die Rechte und Verhältnisse der ersteren gehen aus den verschiedenen landesherrlichen Bestätigungen hervor. Die letzte derselben ist die vom Herzog Carl vom 9. April 1770 (Anlage B. der ersten ständischen Eingabe).

Die Landstände bestanden aus drei Curien, der der Prälaten, der Ritterschaft und der Städte.

Zur ersteren gehörten die Aebte und Präpfte der zehn Stifte und Klöster Königsutter, St. Blasii, St. Cyriaci, Ribbadsghausen, Amelungsborn, Marienberg, Steterberg, Marienthal, St. Lorenz und Frankenberg.

Die zweite bestand aus den Besitzern einiger siebenzig Rittergüter.

Die dritte bestand aus den Bürgermeistern von neun Städten, nämlich von Braunschweig, Gandersheim, Helmstedt, Königsutter, Schöningen, Schöppenstedt, Holzminden, Stadt-Oldendorf und Seesen.

Wolfenbüttel, die zweite Stadt des Landes, war nicht repräsentirt, weil sie erst in neueren Zeiten zur Stadt erhoben worden.

Die Stände waren zu keinen andern Schatzungen und Steuern, als zu Reichs-, Kreis- und Prinzessinnen-Steuern, und zu denjenigen, was zur nothwendigen Defension des Vaterlandes gehört, (jedoch unter den später zu erwähnenden Modificationen) beizutragen verbunden. Hinsichtlich aller übrigen Staatsbedürfnisse war, wie die Stände anführten, vorzüglich die Kammerkasse, in welche die Einkünfte von den Domainen und Regalien geflossen, verpflichtet, und es hatte, bei etwaiger Unzulänglichkeit der Mittel dieser Kasse, von der städtischen Bewilligung abgehungen, ob und wie viel dazu durch Steuern beigetragen werden sollte.

Anlagen und Schatzungen, welche entweder die Grundstücke des Landes betreffen, oder sonst gemeine Lasten sind, konnten nur unter vorhergegangener Communication auf offenen Landtagen und darauf erfolgter Bewilligung aller Stände ausgeschrieben und aufgebracht werden. Nach Ablauf des Termins der Bewilligung cassirten diese Schatzungen und Anlagen von selbst. Kein Stand war schuldig, die Quote des andern zu übertragen.

Die Art der Erhebung der verfassungsmäßig aufzubringenden oder bewilligten Summen wurde stets mit der Landschaft verabredet, und die erhobenen Steuern wurden zum Theil ausschließlich von der Landschaft, oder dem Collegio der Schatzgräthe, welches den engern Ausschuss der Landschaft bildete, zum Theil durch herrschaftliche und landschaftliche Officianten gemeinschaftlich verwaltet.

Der Landesherr konnte weder neue Zölle einführen, noch die bestehenden erhöhen.

Obwohl die Stände die nothwendigen Mittel zur Vertheidigung des Vaterlandes durch Steuern herbeizuschaffen, verbunden waren, so war jedoch der Militäretat selbst mit Zustimmung der Stände festgesetzt, und es konnte ohne deren Verwilligung keine größere Summe hierfür in Anspruch genommen werden.

Uebrigens war die Zahl des durch Werbung aufzustellenden Militärs und die Verfügung über dasselbe dem Landesherrn überlassen, wenn nur die Kräfte der Kriegskasse nicht überschritten wurden.

Bei der Landmiliz hingegen, die auf dem platten Lande ausgehoben wurde, haben nicht nur hinsichtlich der Zahl der Mannschaft, sondern auch hinsichtlich ihrer Verwendung, Beschränkungen statt gefunden, indem sie in Friedenszeiten vom Dienste befreit, und auch in Kriegszeiten nur zur Vertheidigung der Festungen bestimmt gewesen ist.

Ohne Zustimmung der Stände durften keine Veräußerungen von Domänen oder von Bestandtheilen des Landes vorgenommen werden. Sie waren nicht verbunden, Schulden, die ohne ihren Consens gemacht wurden, zu übernehmen.

Bei der Gesetzgebung hatten die Stände eine beratthende Stimme.

Die Beschwerdeführer bemerkten hierbei, daß, nachdem über die wichtigsten Einrichtungen und Gesetze auf Landtagen mit den Ständen verhandelt worden sei, und alle in den Landtagsabschieden enthaltenen Bestimmungen, gemäß des Art. 14, nicht einmal einseitig gedeutet, viel weniger geändert werden durften,

so habe in Folge davon eine große Beschränkung der gesetzgebenden Gewalt durch die Stände stattgefunden.

Den Ständen hat das allgemeine Recht der Vorstellungen und Beschwerdeführung zugestanden.

Das Collegium der Schatzräthe, welches die Leitung der Erhebung und die Verwaltung der sämmtlichen Steuern und allgemeinen Accisen zu besorgen hatte, war ausschließlich aus Mitgliedern der Stände, und zwar dem Decan des Stiftes St. Blasii, drei Personen aus der Ritterschaft, und dem ersten Bürgermeister von Helmstedt, zusammengesetzt, welche zugleich den engeren Ausschuß der Stände bildeten, dem für wichtigere Gegenstände der größere Ausschuß, bestehend aus vier Prälaten, acht Rittergutsbesitzern und den Bürgermeistern von vier Städten, beigeordnet war.

Diesen Ausschüssen stand auch die Wahl des Syndikus und Rentmeisters zu.

Der engere Ausschuß vertrat die Landschaft während der Zeit, wo diese nicht versammelt gewesen, besorgte die regelmäßigen Geschäfte der Steuererhebung und Regulirung des Schuldenwesens, und war bei manchen Gegenständen bestimmt an die Beziehung des größern Ausschusses gebunden bei andern hing es von ihm ab, diesen beizuziehen.

Die Haltung der Landtage war an keine bestimmte Frist gebunden: der Landesherr hatte die Stände berufen, so oft er es für nöthig erachtete; aber auch den Ständen kam das besondere Recht zu, zur Verathschlagung der Landesnothdurft, in Gemäßheit des Art. 18 der Privilegien, sich zu versammeln, und deshalb, nach gemachter Anzeige an den Regenten, die Einberufung zu verfügen.

Die Stände besaßen außer diesen Rechten noch mehrere Vorrechte, als den befreiten Gerichtsstand, sowohl in bürgerlichen als Consistorial-Angelegenheiten, das Recht, daß zu dem Hofgericht vier Mitglieder aus den Ständen genommen werden mußten, und die Exemption des Prälatenstandes und der Rittergutsbesitzer von fast allen öffentlichen Lasten und Abgaben, sie mochten dinglich oder persönlich sein, insbesondere von Zoll und Accisen.

Die Steuern und Abgaben kamen bei verschiedenen Klassen ein, die theils unter der unmittelbaren Aufsicht des Schatzkollegii, theils unter der eines landesherrlichen Commissars standen, welchem ein landschaftlicher Nebencommissär beigegeben war.

A. Zu den ersteren gehörten:

- a) die Landrentereikasse, in welche die Schatzgefälle und ein Theil der Bier- und Branntwein-Accise flossen, und aus welcher die Besoldungen der Schatzräthe und landschaftlichen Diener, die Zinsen übernommener Schulden, der Zuschuß zur Universität in Helmstedt und ein Beitrag zur Wegeverbesserung bestritten wurden;
- b) die Proviantkasse, bestimmt für die Brodbedürfnisse des Militärs;
- c) die Wegebaukasse, die 15,000 Thlr. aus den Biersteuer- und Branntwein-Accisgefällen, und einen Zuschuß aus der Landrenterei- und der herzoglichen Kammerkasse bezog.

B. Unter gemeinschaftlicher Aufsicht befand sich:

- a) die Kriegskasse, deren Einnahme an Contributionen, Servicen, Stempelsteuer und Accise die Summe von 250,000 Thlr. betrug. Hiervon wurden

- 13,500 Thlr. für Legationskosten,
 9,916 Thlr. für Unterhalt der Festungen &c.
 und der gesammte Ueberrest für die Unterhaltung des Militärs verwendet;
- b) die Verrechnung der besondern für die Stadt Braunschweig zur Tilgung ihrer alten Kriegsschulden erhobenen Consumtionsauflage. Die beschwerenden Stände behaupteten, daß diese Tilgung schon bis zum Jahre 1806 erfüllt gewesen sei;
 - c) die Aufsicht über die Rechnungen des Vicents zu Wolfenbüttel;
 - d) und jene über die zu den Straßenreparaturen erhobenen Chauffeegelbern.

Für das Fürstenthum Blankenburg, welches, unter einem besonderen Regierungscollégio, ganz getrennt von dem Wolfenbüttelschen verwaltet worden, und, mit Ausnahme einer geringen Grundsteuer, ganz frei von allen Abgaben gewesen war, hatte eine eigene Landschaft bestanden, die aus dem Abte von Michaelstein, 4 Rittergutsbesitzern, 3 fürstlichen Aemtern, dem Justizbeamten zu Braunlage und den Bürgermeistern zu Blankenburg und Hasselfelde zusammen-
 gesetzt war.

Ständische Verhältnisse vom October 1806 bis zum Tode
 des Herzogs Friedrich.

Bei der französischen Occupation im October 1806, nahm die Landschaft zur Bezahlung der Kriegscontribution ein Anleihen von 1,500,000 Thalern auf den Credit des Landes auf, und bewilligte zu dessen Abbezahlung eine außerordentliche, auch die von den gewöhnlichen Abgaben befreiten Klassen treffende Steuer, welche $1\frac{1}{2}$ Simplum betrug, und von den Befreiten unter dem Namen der Crentensteuer erhoben und auch von den Kammergütern entrichtet wurde.

Bald hierauf wurde das Herzogthum Braunschweig dem Königreiche Westphalen einverleibt.

Die bestandene landschaftliche Verfassung wurde aufgehoben, und das braunschweigische Land nahm an der westphälischen Constitution vom 15. November 1807 Antheil. Alle Privilegien der einzelnen Stände wurden aufgehoben, alle Patrimonialgerichtsbarkeit eingezogen, kein befreiter Gerichtsstand mehr zugestanden, gleiche Besteuerung aller Unterthanen festgesetzt, und neue directe und indirecte Auflagen, und unter jenen eine sehr beträchtliche Personalsteuer, eingeführt.

Die Gerichtsverfassung bekam eine neue und einfachere Organisation; das Rechnungs- und Rassenwesen wurde vereinfacht.

Als gegen Ende des Jahres 1813 der Herzog Friedrich Wilhelm durch die Fortschritte der Allirten, mit welchen er seine eigenen Anstrengungen rühmlich verband, wieder zum Besiz seiner Lande gelangte, trachtete er vor allem, zur siegreichen Beendigung des Befreiungskrieges mit allen Kräften, die der Zustand des Landes nur immer gestattete, beizutragen. Die Anstrengungen, die er dessfalls machte, und die er, im Vorgefühle der möglichen Erneuerung des großen Kampfes, auch nach dem ersten Pariser Frieden noch fortsetzen zu müssen glaubte, veranlaßten ihn vor allem, auf die Herbeischaffung der Mittel bedacht zu sein, um das Errungene zu behaupten. Der Herzog ließ daher die vorgefundenen westphälischen Einrichtungen vorerst bestehen, erhob die Steuern nach dem Fuße, wie unter der westphälischen Herrschaft, und beschränkte sich nur

auf einige durchaus dringend nothwendige Veränderungen in der Organisation der Landesverwaltung.

Ein Zusammenberuf der Stände und eine Wiederherstellung ihrer Privilegien glaubte er in jener sturmbelegten Zeit um so mehr unterlassen zu können, als er demjenigen, was über die Verfassung des Deutschen Reiches durch einen künftigen Congressbeschluss etwa bestimmt werden möchte, und den daraus für das Herzogthum folgen könnenden Einrichtungen nicht vorgreifen wollte. Er versammelte jedoch im Dezember 1814 einstweilen die Schatzräthe, mit der Erklärung, daß er durch neue Organisation der Landstände den wahrscheinlich zu erwartenden Bestimmungen des Wiener Congresses nicht vorgreifen wolle.

Bei diesem gab er seine Ansichten und Wünsche über die Verhältnisse der Landstände und die denselben einzuräumenden Befugnisse durch den Antheil kund, den er an der bekannten Note vom 16. November 1814 nahm.

Allein, noch ehe er diese Gesinnungen durch die That bewähren konnte, fand Er in der ersten Schlacht des neu begonnenen Krieges am 16. Juni 1815 den rühmlichen Heldentod.

Der damalige Prinz-Regent von Großbritannien und Hannover, übernahm als nächster Agnat, so wie in Folge der Bestimmungen des verstorbenen Herzogs, die vormundschaftliche Regierung für den damals 10 jährigen Erbprinzen, den regierenden Herzog Carl.

Landständische Verhältnisse unter der vormundschaftlichen Regierung.

Die Deutsche Bundesacte hatte im Art. 13 die allgemeine Bestimmung aufgenommen:

daß in allen Bundesstaaten eine landständische Versammlung stattfinden werde.

Die ritterschaftlichen Mitglieder der alten Landschaft des Herzogthums Braunschweig versäumten auch nicht, sich gleich bei dem Antritte der vormundschaftlichen Regierung durch ein ehrerbietiges Schreiben vom 28. Juni 1815 an den Prinz-Regenten mit der Bitte zu wenden, die landständische Verfassung, so wie sie vorher bestanden, in allen ihren Theilen wieder herzustellen.

Das Gesuch um Herstellung der Verfassung, um Gestattung der den Ständen gebührenden Mitwirkung, wurde von den drei noch vorhandenen ritterschaftlichen Mitgliedern des vormaligen engern Ausschusses, den alten Schatzräthen, unterm 5. April 1816 bei dem fürstlichen Geheimen-Rathscollégio übergeben, und daselbst unterm 10. August von mehreren Mitgliedern der Landschaft wiederholt erneuert.

Unterm 20. November 1816 wandte sich die Ritterschaft in corpore befalls an den Geheimenrath, und als dieser eine ausreichende, die Schwierigkeiten der Vorarbeiten vorschüßende Resolution ertheilte, so übergab sie unterm 30. Juli 1817 Seiner königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten ihre Bitte um Wiederherstellung der Landständischen Verfassung.

Die unterzeichneten Mitglieder der Landschaft versicherten in dieser Vorstellung:

daß sie vernünftigen Modificationen der alten Verfassung, in besonderer Beobachtung des Zeitgeistes, nie entgegen sein wollen und baten nur um vertragsmäßige gemeinsame Berathung hierüber mit getreuer Landschaft, und deren verfassungsmäßige Einwilligung.

Das Bedürfniß nach der Veränderung mancher Puncte der alten Verfassung sei zu lebhaft und zu allgemein gefühlt worden, als daß selbst die privilegierten Stände hätten wünschen können, daß ohne alle Aenderung die alten Landständischen Verhältnisse wieder hätten eingeführt werden sollen.

Die Stände bezeichneten in ihrer Vorstellung vorzüglich folgende Puncte:

1) Eine zweckmäßigere Vertretung, da die bisherige keine allgemeine gewesen. Das Bewilligungsrecht der Steuern sei größtentheils von Personen ausgeübt worden, welche durch die zugestandenen Abgaben nicht selbst betroffen wurden. Die Entscheidung in ständischen Angelegenheiten sei fast einzig den Mitgliedern der Ritterschaft anheim gestellt gewesen.

2) Eine einfachere und concentrirtere Verwaltung des Cassen- und Rechnungswesens, indem die früher bestandene Trennung der einzelnen Cassen bei manchen derselben Ueberschuß, bei andern Mangel erzeugt und zu Capitalaufnahme Anlaß gegeben habe, ohne daß man wechselseitig sich habe aus helfen können. Dieses höchst vermorrrene alte Cassenwesen wieder einzuführen, nachdem es unter der Westphälischen Regierung einfach und zweckmäßig geordnet worden, wäre ein großer Rückschritt gewesen.

3) Die Vereinigung der blankenburger Landschaft mit der braunschweig-wolfenbüttelschen, indem das Fürstenthum Blankenburg, welches etwa den zehnten Theil der gesammten Volkszahl des Herzogthums betrage, die sich größtentheils auf unfruchtbarem Harzboden ernähre, und eben deßhalb auch nur ungefähr den 32. Theil an den gesammten Steuern des Herzogthums beitrage, zu Grunde gerichtet sein würde, wenn es die Kosten des nach der Bevölkerung aufzustellenden Militärs hätte tragen, die bei der französischen Occupation contrahirte Schuldenlast verhältnißmäßig übernehmen, und zu andern nach dem bestehenden Grundsätzen durch Steuern zu deckenden Staatsbedürfnissen verhältnißmäßig hätte beizutragen sollen.

Dem Geheimraths-Collegio wurde von dem vormundtschaftlichen Regenten der Auftrag ertheilt, die Vorarbeiten, welche zur Wiederbelebung der ständischen Verfassung und zur definitiven Organisation der Landesverwaltung erforderlich waren, zu beschleunigen.

Unterm 12. October 1819 wurde die braunschweig-wolfenbüttelsche Landschaft, in ihrer frühern verfassungsmäßigen Zusammensetzung, Prälaten, Ritter und Städte, mit der des Fürstenthums Blankenburg zu einem Landtage nach Braunschweig einberufen.

Auf diesem, einzig der Feststellung der ländlichen Verhältnisse gewidmeten Landtage, wurden den Ständen einige Modificationen ihrer Rechte und Verhältnisse zur Verathung und Annahme vorgelegt, von der hierzu besonders beauftragten ständischen Deputation ihre Erinnerungen übergeben, in Ansehung der gewünschten und zugestandenen Abänderungen und Zusätze mit denselben die Verhandlung gepflogen, hierauf die von der vormundtschaftlichen Regierung beantragten Abänderungen am 19. Januar 1820 von den Ständen angenommen, und unter dem 25. April 1820 die förmliche Verordnung hierüber zu Carltonhouse von dem Könige von England ausgefertigt und öffentlich bekannt gemacht.

Diese erneuerte Landschaftsordnung, behaupteten die Stände, enthalte nur eine neue Fassung der landständischen Privilegien, mit einer den veränderten Umständen entsprechenden Modification dieser Rechte und der Art ihrer Ausübung.

Vergleiche man, führten die Beschwerdeführer aus, diese neue Landschafts-

ordnung (welche der ersten ständischen Eingabe unter Beilage A. in extenso beigelegt war) mit den älteren Privilegien, so zeige es sich, daß die Rechte und Pflichten der Landschaft aus der Declaration seien herausgenommen. Die einzige in dieser nicht begründete Bestimmung sei die des § 32, *) wegen der Contrasignatur der landesherrlichen Rescripte durch einen Minister oder Mitglied des Geheimen Rathes; allein auch diese Bestimmung sei an sich nicht neu, indem sie seit länger als einem Jahrhundert sich im Herzogthum Braunschweig in Übung finde, und schon durch ein Rescript des Herzogs August Wilhelm vom 29. Mai 1714 die Nothwendigkeit dieser Contrasignatur ausgesprochen sei.

Dagegen seien in der Bildung der Landschaft einige Abänderungen getroffen worden, worunter als neue Anordnungen zu betrachten seien:

Die Zulassung mehrerer Deputirten aus der Klasse der Bürger und der Besitzer ländlicher Grundstücke,
die Bildung zweier Sectionen aus den früher bestandenen Curien,
die Geschäftsordnung und die Bestimmung, daß alle drei Jahre regelmäßig eine Ständeversammlung stattfinden solle, und
die Vereinigung der braunschweig-wolfenbüttelschen und blankenburgischen Landschaft in eine ungetrennte Corporation.

An die Stelle der vormaligen, blos aus ständischen Mitgliedern bestellten Schatzcollegii, wurde für die gesamte Steuerverwaltung ein aus herrschaftlichen Dienern und ständischen Mitgliedern in gleicher Zahl bestehendes Steuercollegium errichtet.

Da die erneuerte Landschaftsordnung keine ganz vollständige Sammlung der Rechte der Landschaft enthielt, namentlich die Rechte der einzelnen Stände hierin gar nicht erwähnt war, so wurde am Schlusse der Verhandlungen auf desfalligen ausdrücklichen Vorbehalt angetragen, und von der vormundschaftlichen Regierung dieser in einem Rescripte vom 26. November 1819 in der Art ertheilt, daß es sich von selbst verstehe, daß den Gerechtsamen und Privilegien der gesammten Landschaft und der einzelnen Stände, so fern sie in der revidirten Landschaftsordnung keine Aenderung erlitten, durch selbige nicht präjudicirt werden solle.

Dieser Vorbehalt wurde auch in dem Landtagsabschiede vom Jahr 1823 ausdrücklich aufgenommen, und bestimmt:

„daß die vorigen Landtagsabschiede, Reverse, Reccess, Verträge und Herkommen, in so fern sie hierdurch in einem und andern Punkte nicht aufgehoben oder geändert worden, in ihren vollen Würden und Kräften verbleiben sollen.“

Die vormundschaftliche Regierung übergab unterm 13. Juli 1820 bei der Bundesversammlung ein Exemplar der mit Zustimmung der Stände des Herzogthums Braunschweig entworfenen und publicirten neuen Landschaftsordnung,

*) § 32. Um den verfassungs- und ordnungsmäßigen Gang der Staatsgeschäfte und die öffentlichen Beamten wegen ihrer Verantwortlichkeit zu sichern, werden die unter der höchsten Unterschrift des Landesherrn erlassenen Rescripte und Verfügungen jedesmal auch mit der Contrasignatur eines Ministers oder Mitgliedes des Geheimen Rathes versehen, wodurch diejenigen Collegia und Staatsdiener, an welche selbige gerichtet sind, und alle, die es angeht, sich vergewissern können, daß die betreffende Angelegenheit durch die rechte Behörde verfassungsmäßig an den Landesherrn gelangt, und höchstbessenen Entschluß darüber, nach geschähenem Vortrage und vernommener Meinung des Geheimen Rathescollegii, gefaßt worden sei. Es kann daher eine mit der erforderlichen Contrasignatur nicht Bezeichnete Verfügung des Regenten in Landesangelegenheiten nur als ersichtlichen angesehen werden.

woraus die erwünschte vollständige Vollziehung des 13. Artikels der Bundesacte hervorgehe. Dieselbe wurde in das Archiv abgegeben.

Unterm 9. Oktober 1820 wurden die Wahlen nach den Bestimmungen der erneuerten Landschaftsordnung § 11 und 12 angeordnet, und die Zusammenberufung der Stände auf den 22. November festgesetzt.

Nach den mit den Ständen verabredeten Bestimmungen, wurde in einer Verordnung vom 29. October 1821 der Geschäftskreis des Landessteuer-Collegii, und die Theilnahme der neu geordneten Landschaft an der Erhebung und Verwaltung der bewilligten Abgaben, bei der Ausführung des Chaussée-baues, bei der Regulirung des Landeschuldenwesens, an der Direction der Brandversicherungsanstalt s. a. festgesetzt, und nachdem, den Bestimmungen der §§ 35 und 36 der erneuerten Landschaftsordnung gemäß, die ständischen Ausschüsse erwählt waren, wurde das Landessteuer-Collegium selbst am 2. Jan. 1822 in seinen Wirkungskreis eingewiesen.

Zwei volle Jahre wurde mit den Ständen über die definitive Organisation der Landesverwaltung, insbesondere der Justizverfassung und der Gemeindeordnung, der Gewerbe- und Gilden-Ordnung, über die Einführung eines Cantons-Reglements und eines Militär-Strafgesetzbuches, über die Ordnung des Schuldenwesens, die durch Abgaben zu deckenden Bedürfnisse des Landes, und über die hierzu zu bewilligenden Steuern unterhandelt.

Schon während dieses Landtages erschienen im Jahre 1821 und 1822 mehrere der hierüber, nach geschehener Verathung und einverständlich mit der Landschaft, erlassenen landesherrlichen Verordnungen.

Durch diese Landtagsverhandlung waren vorzüglich zwei höchst wichtige Punkte erreicht worden:

die allgemeine Gleichheit in Ansehung der Besteuerung, und die Vereinfachung der Justizpflege gegen den frühern Zustand.

Beides hatte während der westphälischen Zwischenregierung bestanden.

Als aber die westphälische Grundsteuer im Jahre 1817 aufgehoben und anstatt derselben die Contribution nach dem älteren Fuße wieder eingeführt wurde, so war mit derselben nicht nur die Verschiedenheit in der Veranlagung einzelner Landestheile, sondern auch die Befreiung von dieser Contribution eingetreten, die in Folge der alten landständischen Privilegien einer großen Zahl von Grundstücken, und insbesondere allen Rittergütern zukam: nur die im Jahre 1806 rückfichtlich der französischen Kriegskontribution ausgeschriebene außerordentliche Auflage von $1\frac{1}{2}$ Simplum war unter dem Namen der Exemtensteuer zu mehr als einem Drittel der Contribution der steuerbaren Güter forterhoben worden.

Die Stände vereinigten sich mit der Regierung dahin, daß künftig alle frühern Befreiungen hinwegfallen und alle Landeseingeseffene zu den Staatsbedürfnissen in gleichem Maße beitragen sollen; daß hingegen den Befreigten für die hieraus entstehende stärkere Belastung ihrer Grundbesitzungen eine billige Entschädigung gegeben werde, welche jedoch nur den die Exemtensteuer übersteigenden Theil der Contribution betraf, worüber die näheren Bestimmungen unterm 29. October 1821 erlassen wurden.

Was die Vereinfachung der Justizpflege betraf, so war dieselbe nur durch den patriotischen freiwilligen Verzicht der Rittergutsbesitzer auf die ihnen zugestandene Patrimonialgerichtsbarkeit und auf den befreiten Gerichtsstand möglich gewesen.

Da der bedeutende Zuwachs der Landesschuld seit dem Jahre 1806 eine größere, als die damals bestandene Steuerbewilligung erforderte, so war die Beibehaltung der unter der westphälischen Regierung eingeführten Personalsteuer in der Art bewilligt worden, daß dieselbe nach der Verordnung vom 29. Oktober 1821, da sie bis dahin weder ganz entbehrt, noch auch ihrem Eintrage nach vermindert werden konnte, bis auf weiteres auf den Grund der bisherigen Stollen *zc.* erhoben werden sollte.

Eben so war auch die Beibehaltung der erhöhten Stempelsteuer und Gewerbesteuer mit den in den Verordnungen vom 29. October 1821 enthaltenen Modifikationen nothwendig erkannt, und von den Ständen die desfallsige Zustimmung erteilt worden.

Manche Ausgaben waren auf diesem Landtage auf die Steuerklasse übernommen worden, wozu der Landschaft, strenge genommen, die Verbindlichkeit nicht in diesem Maße obgelegen hatte, als

- 1) die Kosten des Oberappellationsgerichtes;
- 2) zur Erhaltung des Militärs waren auf drei Jahre 350,000 Thaler bewilligt worden, obwohl die Wartegelber und Pensionen für die bei der Reduction des Corps überflüssig gewordenen Offiziere allein 60,000 Thaler betrug, deren Erhaltung, strenge genommen, der herrschaftlichen Kasse obgelegen hätte, welche die englischen Subsidien gelber bezog;
- 3) zum Chausséebau war die Summe von 50,000 Thaler bewilligt, und auf den verhältnißmäßig bis zum Jahre 1806 aus der Kammerkasse geleisteten Beitrag bis zum nächsten Landtage verzichtet worden.
- 4) Die zur Erhaltung der Universität Helmstädt bewilligten 10,000 Thaler waren zur Verbesserung der Schulstellen übernommen worden, obwohl die Stände behaupteten, daß hierfür bei Unzulänglichkeit der Klosterfonds die herzogliche Kammerkasse zu sorgen verpflichtet gewesen wäre.

Der Landtagsabschied erfolgte unterm 13. Juni 1823, und wurde unterm 11. Julius von dem vormundschaftlichen Regenten, dem Könige von Großbritannien und Hannover, genehmigt und bekannt gemacht.

Landständische Verhältnisse unter der Regierung des Herzogs Carl.

Unterm 30. Oktober desselben Jahres trat der Herzog Carl die Regierung des Landes an.

Die Mitglieder des engern Ausschusses der Stände hatten schon früher dem Herzog hierzu die ehrfurchtvollsten Glückwünsche dargebracht, und von demselben unterm 24. Julius eine gnädige Rückäußerung erhalten, worin dieser seine Zufriedenheit mit den loyalen Grundsätzen zu erkennen gaben, welche bis jetzt ununterbrochen ihre Schritte und Handlungen geleitet haben.

Bei dem Regierungsantritte wurde dem Herzog von den Mitgliedern des engern Ausschusses das herkömmliche Geschenk von 20,000 Thalern angedoten, von höchstdenselben aber weder ausdrücklich angenommen, noch abgelehnt.

Der Herzog unterließ bei dem Antritte seiner Regierung die Ausstellung der üblichen Reversalen, nahm aber auch die allgemeineuldigung nicht ein, welcher die Ausstellung, sowohl nach der alten als nach der neuen Landschaftsordnung, verfassungsmäßig vorangehen muß.

In allen vorkommenden Fällen wurde mit den ständischen Ausschüssen das

geeignete Benehmen gepflogen. Das Landessteuer-Collegium blieb ungestört in dem ihm durch die erneuerte Landschaftsordnung und die Bestimmungen der Verordnung vom 29. October 1821 vorgezeichneten Wirkungskreise, und besorgte nach wie zuvor die Erhebung und Verwaltung der bewilligten Abgaben, die Regulirung des Landesschuldenwesens und die Ausführung des Chausséebaues, die Leitung der Brandasscuranz s. a.

Die Beschlüsse der letzten Ständeversammlung wurden, der hierbei ertheilten Zusicherung zufolge, in Vollzug gesetzt. Im Jahre 1825 erfolgten die Verordnungen über die Begehung der Feiertage, so wie über die Ausführung der veränderten Gerichtsverfassung und der Polizei- und Gemeinde-Ordnung; erstere mit Beziehung auf den Wunsch der auf dem Landtage versammelt gewesen Stände, — die beiden letztern mit Beziehung auf die wegen Einrichtung der Justizverfassung unterm 26. März 1823 erlassenen Verordnung.

In ähnlicher Beziehung auf die an demselben Tage erlassenen Verordnungen, ergingen im Jahre 1827 die Declarationen über die Theilung der Gemeinheiten und die Wiesenhegung.

Dem engern Ausschusse der Landschaft wurden, der Zusicherung des Artikels 3 des Landtagsabschieds vom Jahre 1823 gemäß, die Uebersichten der stattgefundenen Militärausgaben jährlich mitgetheilt.

Die durch Todesfälle in dem Steuer-Collegio erledigten Stellen einiger herrschaftlichen Rätthe und Offizianten wurden von dem Herzog definitiv besetzt und unter den Letzteren mehrere Beförderungen vorgenommen.

Die Stände legten außer einem Verzeichnisse über die gewöhnlichen Geschäftscommunicationen des herzoglichen Geheimen Raths mit dem Landessteuer-Collegio, noch einige landesherrliche an den engern Ausschuss erlassene Rescripte vor, welche auf Vorstellungen des engern Ausschusses gegen Maaßregeln, die mit den Bestimmungen des jüngsten Landtagsabschieds nicht in Einklang waren, erfolgten, und wobei in einem derselben sich ausdrücklich auf eine Bestimmung des Landtagsabschieds vom Jahre 1823 bezogen und das herzogliche Consistorium zu dessen Befolgung angewiesen wird.

Als in der Mitte des Jahres 1826 die Zeit heranrückte, wo nach den Bestimmungen der erneuerten Landschaftsordnung ein neuer Landtag einberufen werden sollte, und kein Befehl zur Vorbereitung der nöthigen Vorarbeiten und keine Ladung der Stände erschien, erholten die Mitglieder der Ausschüsse mündliche Erkundigung von dem vorsitzenden Geheimen Rathe über die Ursache dieser Zögerung, und erfuhren von diesem, daß es gerathener sein möchte, mit officiellen Anträgen noch einige Zeit zurückzuhalten, da bei der bevorstehenden Erntezeit die Versammlung doch noch verschoben werden müßte, und es auf den Aufschub von ein paar Monaten nicht ankomme.

Die im Herbst desselben Jahres erfolgte Ministerialveränderung bestimmte die ständischen Ausschüsse, mit allen Vorstellungen noch zurückzuhalten.

Als unterm 10. Mai 1827 das herzogliche Patent erschien, wodurch der Herzog Carl

die Rechtsverbindlichkeit der von der vormundschaftlichen Regierung erlassenen Anordnungen und Institutionen in Zweifel zog und nur in so fern anerkennen wollte, als nicht dadurch über wohlervorgene Regenten- und Eigenthumsrechte disponirt worden sei — und insbesondere in Ansehung aller Verordnungen und Institutionen, die in dem Zeitraume vom 30. October 1822 bis dahin 1823 gemacht

und während seiner behaupteten Majorennität erlassen worden, erklärte, daß dieselben seiner speziellen Anerkenntniß bedürften — jedoch befahl, daß bis dahin einstweilen alle und jede Verordnungen und Bestimmungen der vormundschaftlichen Regierung provisorisch in Anwendung gebracht werden sollen, so erfahen die Stände wohl, daß auch die erneuerte landständische Verfassung hierdurch gefährdet werden könnte.

Beseelt von dem Wunsche, ihre Angelegenheit von den Irrungen zu sondern, in welche der Herzog mit dem gewesenen Vormunde, dem Könige von Hannover gerathen waren, wandten sich die Mitglieder des engern Ausschusses in einer Vorstellung vom 26. Mai an den Herzog.

Die Verordnung vom 10. Mai, sagten sie, lasse sie vermuthen, daß Seine herzogliche Durchlaucht in der erneuerten Landschaftsordnung und in dem letzten Landtagsabschiede einige Punkte einer Modification zu unterwerfen wünschen möchten. In dem Zutrauen zu den erhabenen Gesinnungen Seiner Durchlaucht, welche die großen patriotischen Opfer nicht verkennen werden, welche durch eben diese Urkunden von Seiten der Stände zum Besten des Vaterlandes gebracht worden seien, könnten sie in den beabsichtigten Modificationen nur wahrhafte Verbesserungen zum Wohl des Ganzen erwarten, und daher nicht zweifeln, daß solche durch eine Communication mit Ihren getreuen Ständen leicht herbeigeführt werden können.

Sie baten daher um Mittheilung dieser Punkte, um nach gepflogener Communication mit ihren Committenten, ihre Erklärung abgeben zu können.

Sie erhielten hierauf unterm 30. Mai die Rückäußerung des Herzogs dahin:

Daß Sie die geäußerten patriotischen Gesinnungen anerkennen, daß es allerdings zweckmäßig erscheine, daß für die landständischen Verhältnisse ein fester und dauerhafter Rechtszustand eintrete, und daß Seine Durchlaucht deshalb Ihrem Ministerium befehlen werden, über die nothwendig scheinenden Veränderungen in der erneuerten, von Ihnen bis jetzt nicht anerkannten Landschaftsordnung zu berichten. Sobald dieser Gegenstand hinreichend erwogen sein werde, solle darüber mit der Landschaft communicirt werden, wobei Sie im Voraus auf ein patriotisches Entgegenkommen rechnen, welches die Landstände des Herzogthums Braunschweig seit Jahrhunderten ausgezeichnet habe.

Allein, obwohl, wo die Stände behaupteten, die von dem Herzoge niedergesezte Commission die Frage: ob durch die erneuerte Landschaftsordnung eine *Kränkung* der landesherrlichen Rechte stattgefunden habe, dahin beantwortet haben solle,

„daß — mit Ausnahme des dem Herzoge mißfälligen Paragraphs 32 wegen Contrasignatur der landesherrlichen Rescripte, der, da man immer einen hierzu bereiten Geheimerath finden werde, schon an sich zweckmäßig erscheine — nirgends dem landesherrlichen Interesse zu nahe getreten sei“, so unterblieb dennoch die verheißene Zusammenberufung der Landschaft, und es erfolgte auf ein von den Mitgliedern beider Abschlüsse unterm 7. October 1828 übergebenes Erinnerungsschreiben keine höchste Rückäußerung.

Dieselben wandten sich daher unterm 11. März vorigen Jahres an den Herzog mit der wiederholten Bitte, um Einberufung der Landschaft, die

um so nöthiger werde, da mehrere Mitglieder des größern Ausschusses abgegangen und ihre Stellen zu ersetzen seien, wobei sie ehrerbietigst anzeigten, daß sie außerdem genöthigt sein würden, von dem ihnen nach dem Artikel 18 der Privilegien von 1770 und dem Paragraph 39 der erneuerten Landschaftsordnung zustehenden Rechte der Selbstversammlung Gebrauch zu machen.

Nach Angabe der Stände ließ hierauf unterm 15. März der Herzog ein Mitglied des engern Ausschusses (den Herrn von Strombeck) zu sich fordern, um demselben seine Intention auf die Vorstellung der Ausschüsse zu eröffnen.

Ein auf höchsten Befehl angefertigter Aufsatz, welcher dem vom Strombeck unterm 17. März zugekommen war, enthielt dieselbe dahin:

daß Seine Durchlaucht gestatten, daß die ständischen Ausschüsse auf eine bestimmte Zeit die Landschaft zusammenberufen, aber nur allein zu dem Zwecke der Ergänzung der fehlenden Mitglieder des größern Ausschusses und unter der Bedingung, daß dieser Gegenstand allein und kein anderer vorgenommen werde, da dem Herzoge persönlich jetzt die Zeit zur Verhandlung mit den Ständen fehle.

Seine Durchlaucht wollten jedoch hierdurch die von dem Könige von Hannover eben so ungesetzmäßig als unrechtlich aufgedrungene Landtagsordnung nicht anerkannt haben, und gegen alle Consequenzen, die aus dem Schritte der genehmigten Zusammentretung gefolgert werden könnten, protestiren.

Sie beabsichtigten in Beziehung auf jene Landtagsordnung eine spätere Verhandlung mit den Ständen, und wollten keineswegs die ständischen Privilegien im mindesten schmälern; wiewohl Sie auf der andern Seite die von der Vormundschaft aufgedrungene Landtagsordnung nie anerkennen würden, dagegen geneigt sein dürften, noch weitere Wünsche den Ständen zu gewähren, welche vielleicht von der vormundschafftlichen Regierung abgeschlagen worden. Wenngleich Seine Durchlaucht jetzt verhindert wären, mit Ihren getreuen Ständen Communication pflegen zu lassen, so sei es nichts desto weniger Ihr Entschluß, die billigen Wünsche der Stände allergnädigst zu berücksichtigen, jedoch nur insofern und unter der Bedingung, daß solche durch den für diesen Zweck zu bevollmächtigenden größern Ausschuss Ihnen mitgetheilt würden.

Die Ausschüsse erwiederten auf demselben Wege, daß die Vorlegung der in Beziehung auf die Landschaftsordnung gemachten Eröffnungen an die versammelten Stände unvermeidlich sei, und es nicht in ihrer Macht stehe, diese in der gewünschten Art zu beschränken, und zeigten unterm 11. April, dem §. 39. der Landschaftsordnung gemäß, an, daß sie einen Zusammentritt der Mitglieder der Landschaft auf den 21. Mai zu dem Ende veranlaßt haben, um

- 1) die Vervollständigung des größern Ausschusses vorzunehmen, und
- 2) wegen der die Landschaftsordnung betreffenden höchsten Eröffnungen eine Berathung anzustellen.

In der hierauf unterm 20. April erfolgten höchsten Entschliegung wurde denselben erwiedert:

daß Seine Durchlaucht es zwar geschehen lassen können, daß die Landschaft sich in beabsichtigtem Maße zu einer Berathung constituiren: die Befugniß hierzu jedoch weder aus dem 18. Artikel der Land-

schaftsprivilegien von 1770, weil hier von besonders zugelassenen Fällen allein die Rede sei, noch aus dem §. 39 der unverbindlichen Landschaftsordnung vom Jahre 1820 resultire, weil in diesen nur das Zusammentreten einzelner ständischer Mitglieder zulässig sei, weshalb das geheime Staatsministerium auch angewiesen sei, hiermit dagegen zu protestiren, daß aus dem gegenwärtigen auf eigene Autorität erfolgten Zusammentreten der Stände eine Consequenz für die Zukunft gezogen werde.

Die Contestation ihres Rechts der eigenen Zusammenberufung, erachteten die Stände nicht gegründet, in dem den in den Artikel 18*) der Privilegien von 1770 angeführten Worten „in zugelassenen Fällen“ der Beisatz „besonders“ eingeschaltet und der ganzen Stelle eine Deutung zu geben versucht werde, die mit dem aus dem Zusammenhange klaren Sinne und der frühern Praxis in Widerspruch stehe.

Auch habe dieses Rescript, indem es die neue Landschaftsordnung für unverbindlich erklärte, und diese Erklärung durch eine Protestation bethätigte, die Basis aufgehoben, welche möglicher Weise den Unterhandlungen hätte zum Grund gelegt werden können.

Die am 21. Mai zusammengetretenen Stände hätten in Erwägung gezogen, daß es mit ihren Pflichten unvereinbar sein würde, eine von ihnen beschworene Verfassungsurkunde, die sich als dem allgemeinen Wohle zuträglich erprobt habe, und deren Rechtsverbindlichkeit ihnen unzweifelhaft erscheine, wieder aufzugeben und sich dem ungewissen Ausgange der Unterhandlung über eine neue Constitution auszusetzen. Ueberdies hätten sie die Rückkehr zu der alten Verfassung, um in der dieser entsprechenden Form die Unterhandlung anzuknüpfen, bei den inimmittelt total umgestalteten Verhältnissen als durchaus unthunlich erkannt.

Jene Mitglieder der Stände, deren Berechtigung schon auf der alten Verfassung beruhte, hätten, ungeachtet ihres persönlichen Interesses, es theils unpatriotisch, theils unausführbar erachtet, sich von ihren durch die neue Landschaftsordnung hinzugetretenen Mitgliedern abzusondern, so wie diese letzteren sich nicht bewogen finden konnten, die ihnen auf legalem Wege zum Wohle des ganzen Landes beigelegten Befugnisse aufzugeben. Demungeachtet würden die Stände noch einmal den Versuch gemacht haben, den Herzog zur Anerkennung ihrer Landschaftsordnung zu bewegen, hätten sie nicht erfahren, daß dieselbe sich unterm 9. April bereits an die hohe Bundesversammlung mit dem Antrage gewendet hätten: die Landschaftsordnung für unverbindlich zu erklären.

Die Stände glaubten daher, auch ihrer Seits der Bundesversammlung eine Darstellung der Sachverhältnisse übergeben, und die Gründe, welche dem Antrage des Herzogs entgegenstehen, vorlegen zu müssen.

Sie erstatteten hiervon dem Herzoge unterm 21. Mai die Anzeige. Es bleibe ihnen, sagen sie, kein anderer Ausweg, als der:

die Frage: ob die Rechtsbeständigkeit der Landschaftsordnung anzunehmen sei, oder nicht? auch ihrer Seits zur Entscheidung der hohen Bundesversammlung zu überstellen.

*) Art. 18. Getreuer Landschaft ist gehalten, sich zur Berathung der Landesnothdurft vermöge hergebrachter alter Freiheit in zugelassenen Fällen zusammen zu begeben, welches für keine verbotene Conventicula und Conspiraciones gehalten werden soll.

Sie widersprechen der Behauptung, daß die neue Landschaftsordnung dem Lande aufgedrungen worden sei, indem der Entwurf derselben den auf ihr dringendes Ansuchen förmlich berufenen Ständen vorgelegt und dessen Annahme auf dem Wege der Unterhandlung bewirkt worden sei.

Sie führen an, daß die bis zum Eintritte des Termins der neuen Ständeversammlung bewilligten Abgaben nun schon seit drei Jahren ohne Verwilligung, vielleicht auch, in dem früher bestimmten Umfange, ohne Noth forterhoben worden, daß die Vorstellung der Ausschüsse wegen der übermäßigen diesjährigen Militäraushebungen unbeachtet geblieben, und ihnen die Gelegenheit entzogen sei, mehrere andere dringende Beschwerden dem Herzog zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Raum hatten die Stände — die mit förmlicher Vollmacht versehenen Glieder des größern Ausschusses — den Oberhauptmann von Kalm und den Kammerherrn von Gramm als Deputirte mit einer Vorstellung vom 23. Mai 1829 an die Bundesversammlung abgesandt, als der Herzog unterm 25. desselben Monats an den engern und größern Ausschuß der Landschaft ein Rescript des Inhalts erließ:

daß er beschloßen habe, die vor der Usurpation seiner Staaten in denselben bestandenen Landschaftsverhältnisse, und namentlich die Landschaftsprivilegien vom Jahr 1770, anzuerkennen, und solche hiermit anerkennen; jedoch nicht abgeneigt sei, mit der Landschaft über Modificationen, welche durch die veränderten Zeitumstände für nöthig erachtet werden könnten, Verhandlungen eröffnen zu lassen.

Die beiden Landschafts-Ausschüsse erwiederten hierauf unterm 30. Mai: daß eine Anerkennung der ständischen Privilegien von 1770 und der darauf gegründeten Verfassung, ohne Anerkennung der Modificationen, welche dieselben durch die Landschaftsordnung vom 25. April 1820 erhalten haben, und dieser Landschaftsordnung selbst, den bereits Seiner Durchlaucht unterm 21. dargelegten Ansichten der Stände nicht entspreche, und sie daher diese Anerkennung der alten Verfassung als Basis darauf zu bauender Unterhandlung für genügend anzuerkennen nicht vermöchten.

Die Stände machten hiervon unterm 1. Juni 1829 die Anzeige bei der Bundesversammlung.

In ihrer Vorstellung vom 23. Mai stellten sie bei der Bundesversammlung den Antrag:

daß dieselbe die unterm 25. April 1820 vollzogene Landschaftsordnung für rechtsbeständig erklären, für die Zukunft eine Gewährleistung derselben übernehmen und zur Belebung derselben die erforderlichen Schritte thun wolle.

Sie begründeten ihr Gesuch darauf, daß der Vormund eines zur Regierung berufenen Fürsten denselben in allen auf dessen erhabenen Standpunkt sich beziehenden Verhältnissen vertreten, ohne an die civilrechtlichen Beschränkungen gebunden zu sein, welche die Wirksamkeit der Vormundschaft eines Privatmannes einengen, und die selbst bei diesem nur da gedenkbar sind, wo es sich von Rechten des Pflegebefohlenen, nicht aber, wo es sich von Pflichterfüllung handelt.

Die vormundschastliche Regierung sei daher befugt gewesen, die Modificationen der alten Landschaftsverfassung zu beantragen und mit den Ständen vertragsmäßig zu ordnen, da der Art. 13. der Bundesacte die Wiederbelebung

der ständischen Verhältnisse verlangte, und diese eine zeitgemäße Modification durchaus erforderte; indem bei der durch die veränderten Verhältnisse unumgänglich nöthig gewordenen Abänderung der innern Verwaltung gegen den Zustand von 1806, und der unzertrennlichen Verbindung der Landesverwaltung mit den ständischen Verhältnissen, mit der Regulirung der letzteren habe angefangen werden müssen, um jene hierauf basiren zu können.

Sie erachten die Competenz der Bundesversammlung nicht nur im Artikel 2. der Bundesacte selbst, sondern auch im §. 5. Nr. 2. des in der Sitzung vom 12. Juni 1817 angenommenen Commissionsgutachtens über die Competenz der Bundesversammlung begründet.

Insbefondere beziehen sie sich in ihrer nachträglichen Vorstellung vom 1. Juni auf den Art. 56. der Wiener Schlußacte, welcher bestimmt, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden ständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden können, und den Art. 61.,

welcher das Einschreiten der hohen Bundesversammlungen zur Erhaltung dieses Grundsatzes zulasse —

um den Schutz derselben für diese Wirksamkeit so lange in Anspruch zu nehmen, als nicht der Mangel der Rechtsbeständigkeit der Landschaftsordnung von der hohen Bundesversammlung ausgesprochen sei.

Erste Erklärung der herzoglich braunschweigischen Gesandtschaft im Bunde.

Unterm 17. Juni 1829 übergab die herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandtschaft über die bei der Bundesversammlung eingelangte Beschwerde der Landstände eine vorläufige Erklärung.

In derselben wurde angegeben, wie der Herzog durch das oben angeführte unterm 25. Mai an die Landstände erlassene Rescript, wegen Anerkennung der alten landständischen Verfassung, dem Art. 13. der Bundesacte und dem Art. 55. der Wiener Schlußacte auf das vollständigste entsprochen hätte; daß er gesonnen sei, auf die Grundlage der alten landschaftlichen Privilegien und Ordnungen einen Landtag zu berufen, und mit demselben über nothwendig erscheinende Abänderungen der ältern Verfassung verhandeln zu lassen. Derselbe würde deshalb bereits die Convocationsschreiben erlassen haben, wenn nicht die Frage, welche Modificationen die ältere ständische Verfassung unter Berücksichtigung der veränderten Zeitumstände erleiden müsse, sowohl von Seiten der herzoglichen Behörden, als von Seiten der Landschaft eine sorgfältige Prüfung und mehrere Vorarbeiten erforderte.

Was die von den Ständen übergebene Beschwerde betreffe, komme es einzig und allein auf die Erörterung der Frage an:

ob für diese Reclamation und die damit in Verbindung gesetzten Schlußanträge der Landstände die Competenz der Bundesversammlung rechtlich begründet erscheine?

Die Wiener Schlußacte garantire Art. 53. und 61. die Unabhängigkeit der einzelnen Bundesstaaten in Ansehung ihrer innern Verfassung und Verwaltung; sie bezeichne die besondern Fälle, in welchen die Bundesversammlung in landständischen Angelegenheiten, oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und den Ständen einzuschreiten, befugt sei.

Dies finde nur in folgenden drei Fällen statt:

- 1) wenn, dem 13. Artikel der Bundesacte entgegen, in einem Bundesstaate überall keine landständische Verfassung vorhanden sei;
- 2) wenn eine landständische Verfassung unter die Garantie des Bundes gestellt worden, und davon die Rede ist, daß die Verfassung aufrecht erhalten werden solle, oder über die Anwendung und Auslegung derselben Irrungen entstanden sind;
- 3) und wenn die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen auf einem andern, als auf dem verfassungsmäßigen Wege abgeändert werden sollen.

Offenbar trete jedoch keiner dieser drei Fälle ein.

ad 1. Im Herzogthum Braunschweig habe nicht nur eine allen billigen Forderungen entsprechende Verfassung bestanden, sondern dieselbe Verfassung sei jetzt wieder als gültig und rechtsverbindlich in das Leben gerufen, nachdem Seine Durchlaucht dieselbe anerkannt und somit dem 12. Artikel der Bundesacte vollständig genügt haben.

ad 2. Die während der Minderjährigkeit Seiner Durchlaucht geschaffene landständische Verfassung sei notorisch nicht unter die Garantie des Bundes gestellt worden, und so wie der durchlauchtigste Bund wahrscheinlich Bedenken getragen haben würde, eine Verfassung als Bundesgrundgesetz zu garantiren, bei welcher der rechtmäßige Landesherr nicht zugezogen und mit seinem etwaigen Contradictionsrechte gehört werden, so sei, mit Rücksicht auf die Competenzbefugnisse der Bundesversammlung, die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 als nicht vorhanden zu betrachten.

ad 3. Die dem Herzogthum Braunschweig im Jahre 1820 aufgedrungene Landschaftsordnung sei für Seine herzogliche Durchlaucht nie in rechtliche Wirksamkeit getreten, noch viel weniger aber von Ihnen anerkannt worden.

Seine Durchlaucht hätten seit Ihrem Regierungsantritte nicht nur jede Berührung mit den landständischen Verhältnissen, wie im Jahre 1820 etablirt worden, sorgfältig vermieden, sondern auch, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit, gegen die Gültigkeit und Anwendbarkeit der besagten Landschaftsordnung sich feierlichst verwahrt.

Eine bloß factische Annahme der Constitution, ja selbst eine Annahme derselben, welche, dem Wortverstande nach, so gedeutet werden könnte, sei aber keineswegs genügend; es sei nämlich Art. 79 der erneuerten Landschaftsordnung festgesetzt:

der jedesmalige Landesherr kann nach dem Antritte seiner Regierung die gewöhnliche Erbhuldigung nicht eher verlangen und sich leisten lassen, als bis von Höchsten selbst die gegenwärtige Landschaftsordnung förmlich und bündig angenommen und bestätigt, auch die hergebrachte Versicherung wegen Aufrechthaltung der über die Primogenitur in dem fürstlichen Hause Braunschweig-Wolfenbüttel bestehende Verträge und des Pacti Henrico-Wilhelmiani schriftlich ausgestellt worden ist.

Diesen klaren Dispositionen zufolge, könne daher die erneuerte Landschaftsordnung rücksichtlich des Landesherrn nur in dem Augenblicke in anerkannte Wirksamkeit treten, in welchem Höchster selbst diese Verfassung nicht nur förmlich und bündig annimmt, sondern dieselbe auch mit der erforderlichen Bestätigung versieht.

Da nun weder eine solche Annahme noch eine Bestätigung jemals erfolgt sei, so könnten die Stände nie die erforderliche Präjudicialnachweisung liefern.

Wenn eine Urkunde, wie die befragliche Landschaftsordnung, den rechtlichen Begriff, worin die anerkannte Wirksamkeit des Gegenstandes derselben besteshe, unzweideutig feststelle, so könne es bei der Beurtheilung der Differenz nur hierauf allein, nicht aber darauf ankommen, was nach dem Art. 56 der Schlussakte unter andern Verhältnissen und bei sonstigen Suppositionen unter den Worten: „anerkannte Wirksamkeit“ zu verstehen sein möchte.

Anstatt die neue Landschaftsverfassung bei Seiner Thronbesteigung anzuerkennen, habe vielmehr der Herzog bei dessen Regierungsantritt das übliche, Ihnen von den Ständen angebotene Geschenk von 20,000 Thaler in Gold nicht angenommen, und die Erbhuldigung von Seinen Unterthanen in der Uebersetzung nicht begehrt, daß es für diesen Gegenstand noch specieller Präjudicialbestimmungen bedürfe.

Seine Durchlaucht seien auch nicht geneigt gewesen, dem Antrage der Stände zufolge, auf die Grundlage der neuen Landschaftsordnung einen Landtag zu berufen; Sie hätten bei jeder Gelegenheit erklärt, daß Sie diese neue Landschaftsordnung in Form und Materie nie anerkennen würden. Daraus, daß einige in Folge der Landschaftsordnung von 1820 für die Landesadministration entstandene Institutionen provisorisch einstweilen beibehalten worden seien, könne eine faktische Agnition jener Landschaftsordnung nicht gefolgert werden, da diese Institutionen nicht aufhören konnten, ohne durch andere substituiert zu werden, dieses aber nur bei der von dem Herzoge längst projectirten Wiedereinführung der alten Verfassung ausführbar erschien.

Da nur der wirklich regierende Landesherr, keineswegs aber ein nur mit Verwaltungsbefugnissen datirter Vormund, durch Verhandlungen mit den Ständen eine neue Constitution ins Leben rufen könne, so folge hieraus, daß die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 keineswegs auf verfassungsmäßigem Wege entstanden sei, mithin auch nicht davon die Rede sein könne, daß es zu deren Abänderung eines verfassungsmäßigen Weges bedürfe.

Die Beziehung der Stände auf den § 5 Num. 2 des Commissionsgutachtens über die Competenz der Bundesversammlung vom 12. Juni 1817 sei durchaus unbegründet. Denn nach dieser Bestimmung können Einzelne, so wie ganze Corporationen und Klassen sich an die Bundesversammlung nur dann wenden, wenn die in der Bundesacte bestimmte Gerechtsame, oder solche, die ihnen in derselben ausdrücklich eingeräumt worden, ohne noch erst einer Entwicklung zu bedürfen, verletzt worden seien, und auf desfalls zuvor an die Regierung unmittelbar gerichtete Vorstellung keine Abhülfe der gegründeten Beschwerde erfolge.

Die Gerechtsame, welche die Stände geltend machen wollen, namentlich die Aufrethaltung der Landschaftsordnung vom Jahre 1820, bedürfe aber erst einer nähern Entwicklung.

Diese nähere Entwicklung, welche alle Einwirkung der Bundesversammlung ausschliesse, könne aber in keinem Falle den Ständen günstig sein, indem die Reform der Verfassung landesgrundgesetzmäßig immer nur durch eine gemeinschaftliche Deliberation zwischen dem regierenden wirklichen Landesherrn und den Ständen rechtlich stattfinden könne, einem vormundtschaftlichen Regenten hingegen das Recht nicht zustehe, die Fundamentalgesetze des bloß seiner Verwaltung anvertrauten Staates umzuändern. Der zur Regierung gekommene

Landesherr könne nicht verbunden sein, die von seinem Vormunde willkürlich und ohne Noth vorgenommenen Veränderungen in den wesentlichsten Bestandtheilen der Staatsgrundgesetze ratihabiren zu müssen.

Die erneuerte Landschaftsordnung enthalte keineswegs blos die eine oder andere Modification der alten Landesconstitution, sondern bezwecke vielmehr den gänzlichen Umsturz der bis dahin stattgefundenen Repräsentation, und vernichte den althergebrachten verfassungsmäßigen Rechtsstand. So habe vormalß der Landesherr, als Besitzer ständischer Güter, die nichts desto weniger auf allgemeinen Landtagen repräsentirt wurden, an den Landschaftsverhandlungen durch Bevollmächtigte Theil genommen. Durch die Verfassung vom Jahre 1820 sei ihm dieses, offenbar zu den unveräußerlichen, gehörende Recht entzogen.

Wenn die Stände in ihrer dem Herzoge unterm 21. Mai übergebenen Vorstellung behauptet haben, der Artikel 13 der Bundesacte spreche die Bestimmung aus, daß in allen Bundesstaaten auf wahre Volksvertretung basirte Verfassungen bestehen sollten, so werden Seine Durchlaucht eine solche einseitige Interpretation nie zugestehen. Volksrepräsentationen hätten, der Erfahrung gemäß, oft nicht zum Guten geführt; es sei rathsam, sich bei etwaigen Modificationen darauf zu beschränken, was durch die veränderten Zeitumstände als nothwendig geboten werde.

In der Behauptung der Stände, daß nur die neue Landschaftsordnung ihnen eine Basis zu weiteren Verhandlungen darbiete, findet der Herzog nur den Geist der Opposition. Die ältere Verfassung, welche anerkanntermaßen den Ständen eine größere Summe von Rechten und Privilegien einräume, als ihnen die aufgedrungene Landschaftsordnung gewähre, biete eine viel sichere Basis zur Verhandlung über die Modificationen dar, die von dem Landesherrn und den Ständen für zeitgemäß zu erachten sein möchten.

Was die Anträge der Stände betreffe, so sei der erste, daß die Bundesversammlung, die unterm 25. April 1820 vollzogene Landschaftsordnung für rechtsbeständig erklären möge, unzulässig, weil diese während der Minderjährigkeit des Herzogs, gegen den ausdrücklichen Willen, dem braunschweigischen Staate unbefugterweise aufgedrungen worden sei, und mehrere Punkte enthalte, wodurch über wohl erworbene Regentenrechte disponirt worden, und weil endlich die Intercession des Bundes eine, dem Artikel 53 der Schlußacte zuwiderlaufende, directe Einmischung in die inneren Angelegenheiten des braunschweigischen Staates sein würde.

Der zweite ständische Antrag, daß der Bund die Garantien der Verfassung vom Jahre 1820 übernehme, sei um so mehr ungeeignet, als es nur der Regierung — nicht aber den Ständen — zukomme, bei dem Bunde die Garantie einer Constitution nachzusuchen, und die Bundesversammlung nach Artikel 59 (soll heißen 60) der Schlußacte nur dann berechtigt sei, diese zu übernehmen, wenn ein Bundesglied für die in seinem Staate eingeführte Verfassung darauf anträgt.

Es wurde somit von der herzoglichen Gesandtschaft darauf angetragen: daß die hohe Bundesversammlung sich in dieser die inneren Verhältnisse des Herzogthums Braunschweig betreffenden Angelegenheit für incompetent erklären, und die Stände mit ihrer unbefugten und unbegründeten Reclamation zurückweisen wolle.

Die königlich hannöversische Gesandtschaft behielt ihrem Gouvernement die etwa erforderliche besondere Erklärung vor.

Nachträgliche Vorstellung der Stände vom 16. Juni.

In einer, unterm 17. Juni übergebenen, nachträglichen Vorstellung suchen die Stände zwei Vorfragen näher zu beleuchten, als es bei ihrer ersten von dem Plane der Stände entworfenen Vorstellung ihnen möglich gewesen sei: nämlich die Befugniß und Pflicht des damaligen vormundtschaftlichen Regenten, die befragliche Landschaftsordnung rechtsverbindlich auch für Ihren hohen Pfliegbefohlenen und die nachfolgenden Landesfürsten zu Stande zu bringen, und die Competenz der hohen Bundesversammlung zu bundesgemäßer Einschreitung auf den Antrag der Stände.

Aus dem Wesen der Regentschaft und ihrem Rechtsbegriffe gehe die Befugniß zur Errichtung neuer, um so viel mehr zu nur modificirender Erinnerung älterer Landesgrundgesetze hervor. Es sei die natürliche Bestimmung eines vormundtschaftlichen Regierungsverwesers, alle nicht positiv ganz unzweifelhaft ausgenommenen Rechte der Regierungsgewalt nach Erforderniß der Landeswohlfaht auszuüben. Eine solche Ausnahme bestche aber nirgends in der Staatsverfassung des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg. Für diesen Umfang der vormundtschaftlichen Regentengewalt spreche nicht nur das einstimmige Zeugniß der Staatsrechtslehrer, sondern auch seit Jahrhunderten das Verkommen in den deutschen Regentenhäusern, und insbesondere die Analogie des vormaligen deutschen Reichs = Staatsrechts. Den Reichsvicarien habe die Ausübung aller dem Kaiser überlassenen Reichs = Regierungsbrechte zugestanden, so weit die goldene Bulle, die Wahlkapitulation und das Verkommen nicht Ausnahmen von dieser Regel festgesetzt hätten.

Insbefondere habe ihnen die Wahlkapitulation ausdrücklich das Recht zugesprochen: nach Absterben eines Kaisers, oder in dessen Minderjährigkeit oder langwieriger Abwesenheit außer Reichs, einen Reichstag auszusprechen und zu halten, oder, da ein solcher schon vorhanden, ihn anstatt des römischen Kaisers fortzusetzen. Da nun Reichsgrundgesetze auf Reichstagen errichtet werden konnten, so hätten diese auch unter der Autorität der Reichsvicarien von ihnen und den versammelten Reichsständen zu Stande gebracht werden können.

In den kaiserlichen Vormundschafspatenten für vormundtschaftliche Regenten seien diese im Allgemeinen ermächtigt und verpflichtet worden:

„Alles und Jedes, was dem Pupillen und dessen Land und Leuten gut und nützlich sei, zu thun und handeln, was unnütz und schädlich zu vermeiden, zu unterlassen und zu verhüten.“

Da, nach bekanntem Verkommen, die vormundtschaftlichen Regenten anstatt ihrer Pfliegbefohlenen die Landeshuldigung einnehmen, die Landesfreiheiten und Privilegien bestätigen, die Landesregierung zu verwalten und Gesetze erlassen, Münzen mit ihrem Bildnisse prägen, Belehnungen ertheilen und empfangen, auch vormalig den Reichslehneid in eigenem Namen geschworen und Siz und Stimme in allen Reichs- und Kreisversammlungen 2c. geführt hätten, so hätten hieraus die Staatsrechtslehrer die Regel gezogen: daß ein vormundtschaftlicher Regent, soweit nicht positive Bestimmungen eine Ausnahme machen, gleich dem wirklichen Landesfürsten befugt und verpflichtet sei, in allen innern und äußern, weltlichen und geistlichen Verhältnissen, selbst in Absicht auf Krieg und Frieden, Alles zu thun und zu unterlassen, was und wie es des Landes Nutzen und Nothdurst erfordert, und daß die Souveraine nicht befugt seien, nach ihrem Regierungsantritte die Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen ihrer Vormün-

der anzufechten, sondern vielmehr verpflichtet wären, dieselben und ihre rechtlichen Folgen anzuerkennen.

Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover sei daher befugt gewesen, während der Minderjährigkeit Seiner Durchlaucht des Herzogs sich mit den Landständen über eine modifizierende Erneuerung der früher bestandenen Landschaftsverfassung zu vereinbaren. Allerhöchstdieselben seien aber hierzu nicht bloß befugt, sondern auch verpflichtet gewesen. Die Herstellung einer zeitgemäßen landständischen Verfassung sei Ihnen durch des Landes und des regierenden Hauses Wohl, durch den bestimmt erklärten Vorsatz und Willen des letztverstorbenen Landesherrn, und durch die Grundverträge des deutschen Bundes, durch die Beschlüsse der Bundesversammlung, zur Pflicht geworden.

Der Vorsatz und Wille des verstorbenen Herzogs Friedrich Wilhelm habe sich durch seine im December 1814 den versammelten Schatzrathen gegebene Erklärung, daß er, durch neue Organisation der Landstände, den wahrscheinlich zu erwartenden Bestimmungen des Wiener Congresses nicht vorgehen wolle, so wie durch seine Mitwirkung zu der bei diesem Congress übergebenen Note vom 16. November 1814 dahin ausgesprochen, eine neue Einrichtung der landständischen Verhältnisse seinem Lande auf den angegebenen Grundlagen zu gewähren.

Die deutsche Bundesacte habe ausdrücklich bestimmt, daß landständische Verfassungen in allen Bundesstaaten stattfinden sollen. Sogleich in ihrem ersten Vortrage am 11. November 1816 habe die kaiserlich österreichische Präsidialgesandtschaft, späterhin die hohe Bundesversammlung, in ihren provisorischen Competenzbestimmungen vom 12. Juni 1817, an die Erfüllung dieses 13. Artikels der Bundesacte gemahnt. Durch den Beschluß vom 25. Mai 1818 haben die Regierungen, von welchen der 13. Artikel nicht schon erfüllt war, die Verpflichtung übernommen, der Bundesversammlung binnen Jahresfrist die Mittheilung von den ferneren Einleitungen in den ständischen Einrichtungen, deren Fortgang, und, wo möglich, von ihrem allseitigen endlichen Resultate zu machen, welchem die Bundesversammlung sofort vertrauensvoll entgegenseh.

Die Erfüllung dieser Verbindlichkeit bis zur Volljährigkeit des bei dem Tode seines Herrn Vaters erst zehnjährigen Regierungsnachfolgers ausgesetzt zu lassen, würde gegen die Pflicht des vormundschaftlichen Regenten gewesen sein.

Die in der, von demselben durch Vereinbarung mit den Ständen errichteten, erneuerten oder revidirten Landschaftsordnung enthaltenen zeitgemäßen Abänderungen und Verbesserungen der ältern ständischen Verfassung seien ganz im Geiste der spätern Wiener Schlußacte „mit Berücksichtigung sowohl der früherhin bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse“ abgefaßt; diese neue Landschaftsordnung enthalte eigentlich nur eine neu geformte, im Wesentlichen sehr wenig geänderte Abfassung der ständischen so genannten Privilegien.

Dieselbe sei unter der vormundschaftlichen Regierung schon in volle allseitig anerkannte Wirksamkeit getreten. In dieser habe der Herzog sie nicht nur bei seinem Regierungsantritte gefunden, sondern auch in den ersten Regierungsjahren ungestört belassen, mit derselben den Geschäftsverkehr theils unmittelbar, theils durch seine Behörden fortgesetzt, und erst in dem Rescripte vom 30. Mai 1828 (s. oben S. 275), daß sie die Landschaftsordnung bis jetzt nicht anerkannt haben.

Alein selbst der Wortlaut dieses Rescripts setze eine Anerkennung der er-

neuerter Landschaftsordnung voraus, indem es „an den engeren Ausschuß der löblichen Landschaft“ erlassen, und hierin des Antrags dieses Ausschusses der getreuen Landschaft erwähnt sei, dieses jedoch nur auf die gegenwärtige nach der erneuerten Landschaftsordnung gebildete Landschaft sich beziehen lasse, da dieser engere Ausschuß nur im Verhältnisse zu dieser, und nicht zu der älteren Landschaft gedacht werden könne. Auch seit diesem Rescripte hätten die Verhandlungen mit dem Landessteuer-Collegio und dem engeren Ausschusse der neu gebildeten Landschaft fortgewährt.

Zwar hätten Seine herzogliche Durchlaucht der aus den älteren landständischen Privilegien (§ 79) in die erneuerte Landschaftsordnung (ebenfalls § 79) aufgenommenen Bestimmung nicht Genüge geleistet, welche verordnet: daß der jedesmalige Landesherr nach dem Antritte Seiner Regierung die gewöhnliche Erbhuldigung nicht eher verlangen und sich leisten lassen könne, als bis Er die gegenwärtige Landschaftsordnung förmlich und bündig angenommen und bestätigt und die hergebrachte Versicherung wegen Aufrechthaltung der über die Primogenitur bestehenden Hausverträge und des Pacti Henrico-Wilhelmiani ausgestellt haben wird. Allein, wenn auch Seine Durchlaucht mit der Ausstellung dieser Bestätigung zögerten, so hätten Sie jedoch auch die Erbhuldigung nicht eingenommen, welcher diese Ausstellung verfassungsmäßig vorangehen müsse. — Aus diesem Aufschube vermöge man eben so wenig eine Nichtverbindlichkeit der erneuerten Landschaftsordnung zu begründen, als man vor der geleisteten Erbhuldigung eine Unverbindlichkeit aller Landesunterthanen zu staatsbürgerlichem Gehorsam gegen den regierenden Landesherrn folgern könne.

Die erneuerte Landschaftsordnung sei als ein zweiseitiger Vortrag von dem hierzu befugten und verpflichteten vormundschastlichen Regenten und den Landständen errichtet zu betrachten, der von keinem der beiden Theile einseitig abgeändert oder aufgehoben werden könne.

Nur auf verfassungsmäßigem Wege könnte dieses nach Art. 56 der Schlußacte geschehen. Allein auch hierzu wäre kein Grund vorhanden; denn weit entfernt, das landesherrliche Staats- oder Familien-Interesse zu verletzen, gewähre diese erneuerte Landschaftsordnung der Landesherrschaft, insbesondere der Kammerkasse und der Gesamtheit der Unterthanen viel größere Vortheile, als die früheren Privilegien der Stände. Das monarchische Prinzip finde sich in derselben nicht nur bewahrt, sondern sogar sicherer gestellt, als in der Vorzeit, die landesherrliche Machtbefugniß erweitert, der Umfang und der Gehalt der Gerechtsame der höchst uneigennützig aus der alten in die neue Verfassung übertretenen Stände bedeutend gemindert, und die früher getrennt gewesenen Landschaften des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg zum wechselseitigen Vortheile vereinigt, das Ganze nach den Lehren der Erfahrung und dem Bedürfnisse der Gegenwart aus homogenen Elementen in angemessener Form zusammengesetzt.

Wenn in Beziehung auf diese Verfassungsurkunde ein Ausdruck (in der Vorstellung vom 21. Mai an den Herzog) gebraucht worden sei, mit welchem zuweilen ein widriger Nebengriff verbunden werde, so gehe aus ihrem gesammten Inhalte hervor, daß solcher hier nicht anders, als im unversänglichen und würdigen Sinne zu nehmen sei, hindeutend auf die von manchen Theilnehmenden, zum Besten der Staatsverwaltung und der Gesamtheit der Einwohner an den Tag gelegte Uneigennützigkeit. Seine Durchlaucht der Herzog habe selbst in dem Rescripte vom 30. Mai 1829 Ihre Ueberzeugung ausgesprochen, daß von der

früheren landständischen Verfassung nicht alles mehr zeitgemäß sei, indem Sie erklären:

„daß Sie nicht abgeneigt seien, mit der getreuen Landschaft über die Modificationen, welche durch die veränderten Zeitumstände für nöthig erachtet werden möchten, Verhandlungen eröffnen zu lassen.“

Dasselbe Rescript enthalte auch die Ueberzeugung Seiner Durchlaucht, daß die frühere Verfassung bei der Befreiung des Landes von fremder Herrschaft nicht ipso jure wieder in das Leben getreten, auch bis dahin von Ihnen nicht anerkannt, sondern deren Wiederaufhebung nur von Ihrem Willen abhängig sei, indem es heißt:

„Demnach Wir beschloffen haben, die vor der Usurpation Unserer Staaten in denselben bestandenen landschaftlichen Verhältnisse, und namentlich die Landschaftsprivilegien vom 9. April 1770, anzuerkennen und damit anerkenne, so eröffnen Wir solches Unserer getreuen Landstände 2c.“

War nach diesem eigenen Ausspruche des Herzogs die früher bestandene Landschaftsverfassung bis zum 25. Mai 1829 nicht in anerkannter Wirksamkeit, war es dagegen bis dahin die erneuerte Landschaftsordnung, so hätten die Stände in Abßicht auf diese nicht nur das Recht, sondern auch den neuern und neuesten Besitzstand für sich.

Zur weitem Ausführung der Begründung der Competenz der Bundesversammlung führen die Stände an:

Da Seine Durchlaucht der Herzog Selbst bei der Bundesversammlung den Antrag gemacht habe, daß dieselbe die Nichtanerkennung der erneuerten Landschaftsordnung aussprechen wolle, so hätten Sie hierdurch die Competenz der Bundesversammlung in Ihrer Differenz mit den Landständen genehmigt. Da nun auch die Stände dieselbe zur Entscheidung der hohen Bundesversammlung übergeben hätten, so sei hochdieselbe durch beiderseitiges Compromiß zur Entscheidung competent.

Sie sei es aber auch durch den Art. 56 der Wiener Schlußacte, indem die Landschaft, die sich sowohl unter der Vormundschaft, als unter der jetzigen Regierung im anerkannten Besitze ihrer erneuerten Verfassung befand, durch die jetzt offen erklärte Nichtanerkennung ihres Rechtsstandes in ihrem rechtmäßigen Besitzstande widerrechtlich gestört sei, während eine Abänderung nicht anders als auf verfassungsmäßigem Wege stattfinden könne.

Selbst der Artikel 53 (soll heißen 54) der Schlußacte könne von den Ständen in Anspruch genommen werden, indem, wenn die einseitig erklärte Nichtanerkennung der erneuerten Landschaftsordnung zulässig wäre, die braunschweigischen Lande einer Verfassung ermangeln würden.

Sie beziehen sich selbst auf den Artikel 9 der Schlußacte, indem die Nichtanerkennung der erneuerten Landschaftsordnung eine offenbare Verletzung des bisherigen Rechtszustandes enthalte, und in diesem Falle, vermöge des in der Bundesacte erklärten Bundeszweckes, welcher Sicherung und Handhabung des Rechtszustandes in allen Verhältnissen der Bundesstaaten gebiete, den Landständen und Unterthanen gestattet sein müsse, den Recurs gegen die Landesherrschaft an die Bundesversammlung zu nehmen und die Wirksamkeit dieser hohen Bundesbehörde nach diesem Art. 9, da, wo die Vorschriften der Bundesgesetze nicht hinreichen, durch die in dem Grundvertrage bezeichneten Bundeszwecke bestimmt werde.

Daß der Art. 61 der Schlußacte die Competenz der Bundesversammlung in Streitigkeiten zwischen einem Landesherrn und den Landständen auf den Fall der übernommenen besondern Garantie der bündischen Verfassung keineswegs beschränke, erhele schon aus der in demselben Artikel enthaltenen Vorschrift, daß zu dem Wirkungskreis der Bundesversammlung namentlich die Aufrechterhaltung derjenigen Bestimmungen gehören solle, welche in der Schlußacte über den 13. Artikel der Bundesacte vorhanden sind.

Wollte man behaupten, daß nach Art. 61 die Bundesversammlung durchaus nur in den daselbst namentlich angegebenen Fällen einzuschreiten befugt sei, so würde hieraus folgen, daß sie auch dann nicht einwirken könne, wenn die Landesherrschaft die Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte verweigern, wohlervorbene Rechte der Landstände verletze, die bestehende landständische Verfassung nach Willkühr aufhebe, wesentlich verändere oder anzuerkennen sich weigere. Dieses widerspreche jedoch schon der Competenzbestimmung vom 12. Juni 1817, lit. C. Nr. 2, die ganzen Corporationen und Klassen das Recht zugestelt, bei der hohen Bundesversammlung Beschwerde über Verletzung ihrer in der Bundesacte bestimmten, oder daselbst ausdrücklich eingeräumten Gerechtsame anzubringen.

Erklärung Hannovers über die Differenz in der Angelegenheit der Braunschweigischen Landstände.

In der 20. Sitzung 1829 gab die königlich-hannöversiche Gesandtschaft die in der 16. Sitzung vorbehaltene Erklärung ab:

Seine Majestät glaubten es Ihrer Würde schuldig zu sein, da Seine Durchlaucht der Herzog die von Ihnen in der Eigenschaft eines vormundschaftlichen Regenten erlassene erneuerte Landschaftsordnung nicht verbindlich erkennen wollten, eine Erklärung zur Rechtfertigung Ihres Verfahrens abgeben zu müssen.

Allerhöchstdieselben eignen sich die in den Beschwerbeschriften der Stände angeführten Gründe über die Rechtmäßigkeit Ihres hiebei beobachteten Verfahrens und über die Ihnen zu diesen Modificationen obgelegene Verbindlichkeit an, und beziehen sich auf Ihre Gegenerklärung auf die desfalligen Beschwerden Seiner Durchlaucht, welche sie in der 19. Sitzung abgegeben haben.

Die unter Ihrer vormundschaftlichen Regierung erlassene Landschaftsordnung enthalte nur jene Modificationen der geschichtlich ausgebildeten früheren braunschweigischen Ständeverfassung, welche nach erfolgter mehrjährigen feindlichen Occupation und gänzlicher Umwälzung aller früheren Verhältnisse unvermeidlich geworden waren, wenn außerdem nicht die größte Unzufriedenheit im Lande und eine Verwirrung in der ganzen Verwaltung eintreten sollte. Diese Veränderungen seien aber nicht minder durch das Interesse des Landesherrn, als durch das der Unterthanen geboten gewesen.

Seine Majestät hätten Sich hiebei nach der kundgegebenen Willensmeinung des hochseeligen Herzogs Friedrich Wilhelm in allen Hauptpunkten gerichtet; Sie hätten nicht mehr gethan, als wozu Sie in Folge älterer kaiserlichen Vormundschaftspatenten zur Zeit des ehemaligen Reichsverbandes eben so berechtigt als verpflichtet gewesen wären.

Sie hätten nur erfüllt, was die Bundesgesetzgebung erheischte, und wozu Sie durch die wiederholten Vorstellungen der Stände aufgefordert gewesen seien; Sie hätten nur mit Einwilligung der Letzteren verändert, was bei ube-

halten unmöglich oder doch höchst schädlich gewesen wäre, wie denn namentlich die besondere Curie der Prälaten nicht ferner habe fortbestehen können, nachdem dieselbe durch die Secularisation der Stifter zu nichts geworden war, so wie auch ein Nebenbestehen mehrerer Landschaften, in einem so kleinen Lande wie Braunschweig, nur den Gang der Verhandlungen der Landesherrschaft mit denselben erschwert haben würde.

Wenn von Seiner Durchlaucht behauptet werde, daß Sie als rechtmäßiger Landesherr bei diesen Veränderungen der frühern Verfassung nicht zugezogen und mit Ihrem etwaigen Contradictionsrechte gehört worden seien, und daß Sie daher dieselben nicht anzuerkennen brauchten, so scheinen Höchstdieselben nicht zu beachten, daß Sie zur Zeit der Erlassung der neuen Landschaftsordnung noch minderjährig waren und in einem solchen Alter sich befanden, daß Ihre Zuziehung zu derartigen Verathungen bekannten Rechtsgrundsätzen entgegen, mithin nicht möglich war.

Die vormundschaftliche Regierung Seiner Majestät sei seiner Zeit eben so legitim gewesen, als es die des Herzogs gegenwärtig sei, und es habe derselben eine gleich heilige Verpflichtung obgelegen, nicht bloß für das Beste des Ihnen übergebenen Mündels, sondern auch für das Beste des Landes zu sorgen, welches seine Rechte unmöglich viele Jahre hindurch entbehren konnte.

Was die Behauptung des Herzogs betrifft, daß Ihnen durch die neue Landschaftsordnung Rechte, welche zu den unveräußerlichen gehören, dadurch entzogen worden seien, daß mehrere landesherrliche Güter von der Ihnen früher zugestandenen Repräsentation auf allgemeinen Landtagen ausgeschlossen seien — entgegnet die königlich-hannöverische Gesandtschaft — daß von jener Repräsentation niemals Gebrauch gemacht worden sei, daß dieses aufgegebenes Repräsentationsrecht wenigstens zu den bestrittenen gehörte, und nur einen höchst geringen Werth für den Herzog gehabt habe, welchem die Ernennung zu den ständischen Stimmen für die geistlichen Stifter und Klöster in beiden Sectionen verblieben sei. In jedem Falle sei aber dieses dem allgemeinen Besten gebracht, geringe Opfer bei weitem durch die Vortheile überwogen, welche Ihren landesherrlichen Klassen durch die neue Landschaftsordnung zugewandt seien. Aus dem Inhalte der Eröffnungsrede des Grafen von Münster, worin derselbe erkläre, daß er nicht ermächtigt sei, dies Recht aufzugeben, gehe von selbst hervor, daß Seine Majestät dasselbe nur aus überwiegenden Gründen aufgegeben habe.

Daß die Behauptung Seiner Durchlaucht, als sei die neue Landschaftsordnung von Seiten der vormundschaftlichen Regierung dem Lande aufgedrungen worden, gänzlich ungegründet sei, gehe aus der eigenen Erklärung der braunschweigischen Stände hervor.

Wenn sich aus allem diesem ergebe, daß Seine Majestät eben so befugt als verpflichtet gewesen seien, diejenigen Veränderungen in der frühern braunschweigischen Ständeverfassung mit Zustimmung der Stände eintreten zu lassen, wie solche in der neuesten Landschaftsordnung enthalten seien; wenn es ferner klar sei, daß sich diese Landschaftsordnung, welche bereits unterm 28. April 1820 die Sanction des königlichen Vormundes erhalten hatte, zur Zeit der wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 und deren Erhebung zum organischen Gesetze durch Bundesbeschluß vom 8. Juni 1820 in anerkannter Wirksamkeit befunden, und in solcher bis zum Regierungsantritte Seiner Durchlaucht ohne Widerspruch bestanden habe, und wenn sich endlich ergebe, daß Seine Durchlaucht diese neuere Landtagsordnung auch späterhin noch, durch mehrere von Ihnen

ausgegangenen Regentenhandlungen stillschweigend anerkannt und dadurch deren Bestånd sanctionirt haben; so müßten Seine Majestät dafür halten, daß der Fall des 56. Artikels der Schlußacte klar vorliege, und daß sowohl dadurch, als durch den damit in Verbindung stehenden 61. Artikel derselben, die Competenz des Bundes begründet sei.

Sie glauben daher auch nicht bezweifeln zu dürfen, daß diese hohe Versammlung sich ermächtigt fühlen werde, die Aufrechterhaltung der von Seiten der vormundschaftlichen Regentschaft erlassenen Landschaftsordnung auszusprechen, und darüber zu wachen, daß solche nicht einseitig, sondern nur auf verfassungsmäßigem Wege, wieder abgeändert werde. Sie sprechen hiebei Ihre Ueberzeugung aus, daß ein eigenmächtiger Umsturz der neuen Verfassung, und die Zurückführung des älteren Zustandes den Samen allgemeiner Unzufriedenheit in einem Lande ausstreuen würde, dessen Bewohner sich bei allen Gelegenheiten nur durch ihre unverbrüchliche Treue an ihr angestammtes Regentenhaus ausgezeichnet haben. Seine Majestät machen übrigens die hohe Bundesversammlung auf die Ihnen durch die Verfügung des Herzogs an die Stände vom 17. März 1829, wodurch die neue Landschaftsordnung als eben so ungesetzmäßig wie unrechtlich aufgedrungen bezeichnet wurde, zugegangene und in den Eingaben am Bunde wiederholte Beleidigung aufmerksam, und tragen darauf an, daß gegen solche öffentliche, nicht länger zu duldenbe Verunglimpfung das Geeignete beschloffen werden möge.

Zweite Erklärung Braunschweigs am Bunde.

In einer in der nämlichen 20. Sitzung am 16. Juli 1829 übergebenen Erklärung verwahrte sich weiter der Herzog im Allgemeinen, daß den Ständen ein formelles Klagrecht nicht zustehe, und daher die zur Berichtigung der irrigen Ansichten der Stände nachfolgende Deduction nicht als eine Einlassung auf den materiellen Theil der ständischen Beschwerden betrachtet werden könne.

Es wird in dieser Erklärung alles dasjenige, was gegen die Befugniß eines vormundschaftlichen Regenten zur Abänderung der Landesgrundgesetze in der ersten Eingabe angeführt werde, wiederholt und ausgeführt, daß demselben keineswegs die Rechte eines wirklichen und wahren Regenten, sondern nur allein Verwaltungsbefugnisse zukommen; daß er nur im Falle eines wirklichen und unabweislichen Nothstandes eine Disposition über Eigenthumsrechte seines Pflegebefohlenen zu treffen befugt sei, wie dies bei einem ausgebrochenen Kriege eintreten könne.

Der Vormund übe die Regierungsrechte nicht mit eigenem, sondern im Namen seines Pflegebefohlenen aus. Nur allein den Reichslehen-Eid habe er wegen der persönlich gegen Kaiser und Reich zu leistenden Treue für die Zeit der Vormundschaft in eigenem Namen, aber in Beziehung auf den bevormundeten Fürsten, zu schwören gehabt.

Die Bestimmung in den kaiserlichen Vormundschafts-Patenten:

daß der Vormund alles und jedes, was dem Pupillar und dessen Land und Leuten gut und nützlich sei, thun, und was unnützlich und schädlich sei, vermeiden und verhüten sollte,

sei ohne allen Einfluß auf die Rechte der Vormundschaft und deren Beschränkung! —

Ein vormundschaftlicher Regent sei zu jeder Handlung befugt, welche der

eigentlichen Regierungs-Verwaltung angehöre. Sollte Sich Derselbe in diesen Schranken der Administration, so könne die Regierung des Landes nie in's Stoden gerathen, und dieses sei es allein, was durch die Vormundschaft bezweckt werden solle; Seine Beschlüsse dürften nur die augenblicklichen Bedürfnisse des Staates zum Gegenstand haben. — Es sei kein Fall aufzuweisen, daß irgend ein vormundtschaftlicher Regent eine neue Landesverfassung gegeben habe, welche von dem Nachfolger anerkannt worden sei. —

Die von den Ständen angeführte Analogie der Reichsverweser spreche keineswegs für die behauptete Befugniß der vormundtschaftlichen Regenten. Die goldene Bulle enumerire die Rechte der Reichsvicarien, nehme erhebliche Befugnisse der kaiserlichen Regierungsgewalt aus, und wolle sogar, daß einige von den Rechtsverwesern unternommenen Handlungen von dem künftigen Kaiser wiederholt werden sollen. Die Befugniß, nach dem Tode der Kaiser einen Reichstag auszuschreiben, oder den bestehenden zu continuiren, beruhe nur auf einem zwischen dem Kaiser und dem kurfürstlichen Collegio getroffenen Uebereinkommen (der Wahlcapitulation), habe aber einem Widerspruche der altfürstlichen Häuser unterlegen. Wenn auch später bei den Interregnis der Reichstag versammelt geblieben sei, so habe man jedoch daselbst keine Reichsgrundgesetze gemacht oder abgeändert, so wie man nach der Meinung der größten Staatsrechtslehrer nicht befugt gewesen wäre, eine Aenderung in der Reichsverfassung während der Leitung der Reichsverweser vorzunehmen.

Der Fall einer dringenden und unabweislichen Nothwendigkeit habe hingegen bei der im Jahre 1820 aufgedruckenen Landschaftsordnung nicht bestanden. Wenn man auch gerne zugestehen könne, daß nach dem 13. Artikel der Bundesacte und nach den späteren Verhandlungen zu Frankfurt eine Verpflichtung für den König von Hannover, als vormundtschaftlichen Regenten vorhanden gewesen sei, für die Herstellung der landständischen Verhältnisse im Herzogthum Braunschweig zu sorgen, so hätte es in dieser Beziehung genügt, wenn die ältere Landschaftsordnung vom Jahre 1770 wiederhergestellt und als rechtsverbindlich proclamirt worden wäre. Diese, wenngleich mehrere Jahre supprimirte, dennoch seit Jahrhunderten in den herzoglich-braunschweigischen Landen gültig gewesene Landschaftsordnung habe die vormundtschaftliche Regierung vorgefunden, es hätte somit der Bundesgesetzgebung ein Genüge geleistet werden können, ohne auf Kosten des wirklichen Regenten willkürliche und nachtheilige Neuerungen zu machen.

„Es ist notorisch — behauptete dann ferner der Herzog — daß Seine Majestät der König von Hannover in Ihren Erbstaaten diejenige Landschaftsordnung wieder eingeführt haben, welche vor der französischen Occupation in denselben als rechtsgültig bestand. Warum, könne man billig hier wohl fragen, erscheine es nothwendig und dem präsumtiven Wohle des Herzogthums Braunschweig entsprechend, für dasselbe nach andern Grundsätzen zu handeln, und auf Kosten der landesherrlichen Rechte und Befugnisse eine Verfassung herbeiführen zu wollen, welche sich keineswegs als dem Bedürfnisse der Zeit angemessen bewährt habe? —“

Der Referent der Bundesversammlung konnte sich hierbei nicht enthalten, bei dieser allerdings sehr auffallenden Behauptung und Frage zu bemerken, daß sich das durchaus Irrige der Voraussetzung, als wenn in dem Königreiche Hannover die alte Verfassung ohne Abänderung eingeführt worden sei, in der Folge von ihm näher beleuchtet werden solle.

Was die Absichten des jetzt verstorbenen Herzogs betraf, auf welche sich die Stände in ihrer Vorstellung bezogen hatten, so wurde in der herzoglichen Erklärung bemerkt: daß, wenn der Herzog Friedrich Wilhelm mit dem im Jahre 1814 noch vorhandenen Schärkräthen communiciren ließ, keinem Vernünftigen es einfallen werde, hieraus folgern zu wollen, daß der Herzog die älteren Landschaftsprivilegien vom Jahre 1770 oder irgend eine Landschaftsordnung agnoscirt habe. Die Note vom wiener Congresse vom 16. November 1814 über die landständischen Verfassungen sei nicht nur nicht von Braunschweig ausgegangen, sondern man habe den braunschweigischen Geschäftsführer, den Geheimen Rath Schmidt-Phiseldack, zur Mitunterzeichnung beinahe zwingen müssen.

Wenn — wurde ferner angeführt — dem Vormund alle Rechte eines wirklichen Regenten zugestanden würden, und namentlich das Recht, die Grundverfassung des ihm nur zur Verwaltung anempfohlenen Staates umzuändern, so würde er auch berechtigt sein, im Namen seines Pflegbefohlenen für diesen, zu Gunsten eines Anderen, auf die Regierung zu verzichten! — Rechte eines Minorennen auszuüben, oder auf dieselben verzichten, sei ein großer Unterschied. Eine jede Ueberschreitung der Administrations-Befugnisse eines vormundschaftlichen Regenten involvire eine Läsion der Rechte des Pflegbefohlenen, gegen welche dieser nach erlangter Regierungsmündigkeit und Selbstständigkeit die Wiederherstellung seiner beeinträchtigten Rechte verfügen könne. —

Wäre es möglich, daß der deutsche Bund von Braunschweig den Herzog für verpflichtet erachten könnte, die aufgedrungene Landschaftsordnung anzuerkennen, so würde er, nach dem angenommenen Principe, daß es einem vormundschaftlichen Regenten zustehe, über die Regenten- und Eigenthumsrechte Seines Pflegbefohlenen willkürlich zu disponiren, es sich gefallen lassen müssen, wenn es dem königlichen Vormunde beliebt hätte, den Landständen den noch übrigen Theil der Regentenbefugnisse ganz zu übertragen, oder das Herzogthum Braunschweig ewig unter eigener Administration zu behalten! — Aus der Sanctionirung solcher Grundsätze müßte selbst für die größeren Staaten Gefahr entstehen, da auch bei diesen minder mächtige deutsche Fürsten zur Vormundschaft berufen seien, welche die Grundverfassung umwerfen, den Regenten seiner heiligsten Rechte berauben könnten.

Die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 habe nur mißbräuchlich den Titel einer erneuerten; sie bilde eigentlich ein ganz neues Institut mit dem Umsturz alles Guten der alten Verfassung, und schmälere die Rechte des Landesherrn insbesondere durch die Anordnung der regelmäßig alle drei Jahre stattfindenden Convocation der Stände, und durch die Ausschließung der herzoglichen Rittergüter, die früher auf den Landtagen präsentirt gewesen, von den landständischen Verathungen.

Bei dem Regierungsantritte des Herzogs habe es, wenn die Verwaltungsmaßregeln nicht sofort ins Stoden gerathen sollten, unausführbar geschienen, die nach der Landschaftsordnung vom Jahre 1820 geschaffenen Institute sogleich wieder aufzuheben. Aber eben so wenig könne man aus dem durch die Nothwendigkeit herbeigerufenen Fortbestand derselben eine factische Anerkennung der fraglichen Landschaftsordnung vom Jahre 1820 folgern, um so weniger, als §. 79 der neuen Landschaftsordnung die bereits oben (S. 286) ausführlich aufgenommene ausdrückliche Bestimmung enthalte.

Bei diesen Dispositionen — behauptete der Herzog — sei es klar und evident, daß für den Landesherrn nur in demjenigen Augenblicke die betreffende

Verfassung in anerkannte Wirksamkeit trete, in welchem derselbe diese Verfassung nicht nur förmlich und bündig annimmt, dieselbe auch mit der erforderlichen Bestätigung versieht, sondern ihm auch der herkömmliche Erbhuldigungseid geleistet, und das Geschenk von 20,000 Thlrn. als Zeichen der Anerkennung acceptirt ist! —

Eine bloß factische Annahme der Constitution, ja selbst eine solche, welche nach dem Wortverstande so gedeutet werden könnte, genüge hier nicht.

Gegen diese von den Ständen behauptete factische Annahme wird angeführt: daß aus der Antwort auf den Glückwunsch des engern Ausschusses bei dem Regierungsantritte des Herzogs eine Anerkennung um so weniger gefolgert werden könne, als Seiner Durchlaucht die fragliche Urkunde weder ihrer Form noch ihrem Inhalte nach bekannt gewesen sei, und Sie nur im Allgemeinen gewußt hätten, daß in Ihren Staaten eine ständische Verfassung gewesen sei, es Ihnen also für den Augenblick ganz indifferent erschienen habe, was es für eine Verfassung sei, auf deren Grundlage der ständische Ausschuß sich zu seinem Glückwunsche für autorisirt halten könne.

Es sei, ohne eine höchst nachtheilige Störung in der Staatsverwaltung zu veranlassen, völlig unmöglich gewesen, mehrere, durch die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 etablierte Institute, namentlich das Landessteuer-Collegium, welches zu gleicher Zeit den engern Ausschuß der Landschaft bildet, aufzuheben.

Es hätte mit Aushebung des Landessteuer-Collegii sogleich eine andere Behörde in Activität treten müssen, und dieses sei wieder davon abhängig gewesen, daß

Seine herzogliche Durchlaucht entweder die vor der Usurpation Ihrer Staaten in denselben bestandene Landschaftsordnung vom Jahre 1770 anerkannten, oder aber, daß Höchstdieselben sich mit Ihren Ständen über eine ganz neue Ordnung vereinbarten. —

Es könne daher das nothwendig gewesene Benehmen zwischen dem Staatsministerium und dem Landessteuer-Collegio, resp. dem sogenannten engern Ausschusse der Stände, nicht zum Präjudiz des Herzogs gereichen, und zwar um so weniger, als der Herzog in einem Patente (dem vom 10. Mai 1827) bestimmt habe, daß alle Einrichtungen bis auf weiteres fortbestehen sollten, woraus sonnenklar hervorgehe, daß die Landschaftsordnung von 1820 zwar geduldet, aber nie und zu keiner Zeit angenommen worden sei. —

Ebenso wenig könne aus dem Erlasse des Herzogs vom 30. Mai 1827 eine nachtheilige Folgerung gezogen worden, indem er damals beabsichtigte, die Landschaftsordnung von 1820, jedoch unter gewissen bestimmten Modificationen, wenn diese präjudiciell festgestellt worden wäre, anzunehmen; wobei jedoch ausdrücklich gesagt worden sei, daß bis dahin jene Landschaftsordnung von ihm nicht anerkannt sei.

Von dem Antritte seiner Regierung habe der Herzog fortwährend in Wort und That erklärt, daß er die aufgedrungene Landschaftsordnung nie anerkennen werde.

Deßhalb habe der Herzog das offerirte Geschenk von 20,000 Thlr. nicht angenommen, deshalb die als unmittelbare Folge der Anerkennung der ständischen Verfassung eintretende Huldigung der Stände und Landesunterthanen nicht begehrt. Der Herzog habe den Anträgen der ständischen Corporationen auf Convocation des Landtages nie deferirt. Durch das Edict vom

10. Mai 1827 hätte er endlich seinen Entschluß zur Kunde ihrer Unterthanen gebracht, und bei jeder sich darbietenden Gelegenheit den einsameiligen Repräsentanten der Stände eröffnet und eröffnen lassen, daß er die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 nie anerkennen würde.

In dem Erlasse vom 25. Mai (1829), wodurch von Demselben die alten landständischen Verhältnisse als gültig anerkannt worden, habe er sich bereit erklärt, über zeitgemäße Modificationen derselben mit den Ständen verhandeln zu wollen. Wenn übrigens diese Landschaftsordnung nach den Ansichten der Stände zeitgemäße Modifikationen bedürfe, so folge daraus nicht, daß die Neuerungen der Landschaftsordnung vom Jahre 1820, wodurch die Rechte des Souverains auf das Höchste beeinträchtigt worden, die Stelle jener Modificationen vertreten können.

Für die Stände habe aus der besagten Landschaftsordnung nie ein rechtlicher Besitzstand sich ergeben können, weil dieselbe von Seiner Majestät dem Könige eben so wenig rechtlich gegeben, als von den Ständen rechtlicher Weise angenommen werden dürfte, und weil nach dieser illegalen Aufdringung der Landschaftsordnung von der einen, und deren Annahme von der andern Seite das einzige Mittel fehlte, welches die Verfassung zu einer rechtmäßigen hätte stempeln können, nämlich die freiwillige Annahme von Seiten des Durchlauchtigsten Herzogs.

Die Stände hätten nur ein durch Gewalt factisch etabliertes Verhältnis bis auf diesen Augenblick fortgesetzt und dadurch könne im gesetzlichen Sinne des Wortes nie ein Rechts- und Besitzstand gebildet werden.

Die von der vormundschaftlichen Regierung am Bunde gemachte Anzeige von der Einführung der landständischen Verfassung sei unwesentlich, da aus einer solchen Notification weder Rechte noch Verbindlichkeiten entstehen könnten.

Ebenso wenig könne die in Folge der erneuerten Landschaftsordnung erfolgte Convocation der Stände, und die Erlassung von Gesetzen und Decreten auf diesem Landtage, Seiner Durchlaucht präjudiciren, da dies vor dem Regierungsantritte des Herzogs stattgefunden habe.

Die Berufung der Stände auf die bei der Bundesversammlung anhängig gewordene Differenz Seiner Durchlaucht des Herzogs mit Seiner Majestät dem Könige von Hannover sei ganz unrichtig. Wenn der Herzog bei dem Bunde geklagt und behauptet habe, daß der königliche Vormund rechtswidrig gehandelt habe, indem Er den braunschweigischen Staaten eine neue Verfassung aufgedrungen, so sei die Bundesversammlung wegen einer Streitigkeit unter Bundesgliedern competent. Gegenüber den Ständen sei sie es aber nicht, da sie sich in die inneren Angelegenheiten der deutschen Bundesstaaten nicht einzumischen befugt sei, und hier keiner der Fälle eintrete, in welchen für die landständischen Verhältnisse die Einwirkung des Bundes zulässig sei. — Sie müßten daher gegen die Behauptung, als sei die Entscheidung dieser Angelegenheit durch beiderseitiges Compromiß der hohen Bundesversammlung übertragen worden, feierlich protestiren.

Es wird somit auf die Zurückschweifung der reclamirenden Stände wegen mangelnder Competenz und resp. bei offenbar mangelndem Rechtsgrunde für die erhobenen Beschwerden angetragen.

**Dritte Erklärung Braunschweigs am Bunde resp. dessen
Gegenerklärung gegen Hannover.**

Unterm 6. August 1829 übergab in der 23. Sitzung der herzoglich-

braunschweigische Gesandte eine Gegenerklärung auf die Aeußerung Hannovers in der 20. Sitzung.

Der Herzog bestreitet hierin vor allem das Recht der Intervention Hannovers in dieser nur ihn selbst und seine Stände betreffenden innern Landesangelegenheit. Seine Majestät hätten ja Selbst auf die von dem Herzoge wegen der Einführung dieser Landschaftsordnung am Bunde eingebrachte Beschwerde erklären lassen, daß diese Frage keine eigentliche Streitfrage zwischen Braunschweig und Hannover sei. Da somit kein eignes Interesse Hannovers obwalte, so sei auch kein Grund zu einem accessorischen Interventionsverfahren vorhanden. Die hannöversische Erklärung müsse daher als nicht abgegeben betrachtet werden, könne wenigstens auf die Entscheidung der ständischen Differenz keinen rechtlichen Einfluß haben.

Der Entschluß des Herzogs, die auf nicht gesetzlichem Wege gegebenen landständische Verfassung nicht anerkennen zu wollen, stehe in keiner nothwendigen Verbindung mit dem unterm 10. Mai 1827 erlassenen Patent. Hannover selbst habe eingeräumt, daß auch ohne dieses Patent des Herzogs die Rechtmäßigkeit der Landschaftsordnung vom Jahre 1820 in Zweifel ziehen könnte.

Selbst nach der hannöversischen Theorie hätten auch ohne dieses Patent vormundschaftliche Institutionen und Anordnungen von dem Herzoge verändert und aufgehoben werden können.

Da Seine Majestät Sich die von den Ständen in ihren Reclamationen angebrachten Gründe aneignen, so müssen Seine Durchlaucht Sich auf die am Bunde zur Widerlegung dieser Reclamationen ausgeführten Gründe beziehen.

Die Behauptung, daß die Landschaftsordnung von 1820 allein dazu geeignet gewesen, der geschichtlich ausgebildeten früheren braunschweigischen Ständeversammlung jene Modificationen zu geben, die nach erfolgter mehrjähriger feindlicher Occupation und dadurch herbeigeführter gänzlichen Umwälzung aller früheren Verhältnisse unvermeidlich geworden, sei zwar leicht aufgestellt, aber nirgends erwiesen.

Seine Durchlaucht versicherten das Gegentheil. Nur der Landesherr, dem die speciellen Verhältnisse und die Bedürfnisse seines Volkes bekannt seien, könne diesen, die innere Wohlfahrt der braunschweigischen Staaten betreffenden, Gegenstand richtig beurtheilen.

Der verstorbene Herzog habe während seiner kurzen Regierungsperiode notorisch die ständischen Verhältnisse nicht retablirt, und sich nur dahin ausgesprochen, daß vor einer Restitution der ständischen Verhältnisse, die Beschlüsse des Wiener Congresses abgewartet werden müßten. Man dürfe daher sich überzeugen halten, daß Derselbe, da der Wiener Congress für die in den deutschen Staaten zu etablirenden ständischen Verfassungen keine besondern Vorschriften enthalte, die altständische Verfassung vom Jahre 1770 wieder hergestellt haben würde, da dieselbe allen und jeden vernünftigen Forderungen entspreche.

Der Herzog bestreitet die Befugniß der vormundschaftlichen Regierung zu irgend einer Aenderung in der Landesverfassung, sowie die Behauptung der den Reichsvicarien angeblich zugestandenen ähnlichen Rechte von Abfassung von Grundgesetzen und führt an, daß die Stände nur die Wiederherstellung der alten Landschaftsprivilegien von 1682 und 1770 und der darin enthaltenen Landschaftsordnung nachgesucht hätten.

Mit Ausnahme der beiden Stifter St. Blasii und St. Cyriaci, seien alle übrigen Klöster und Stiftungen während des Bestehens der altständischen Ver-

hältnisse schon secularisirt gewesen, und nichts desto weniger seien diese Kloster-
güter durch den Prälatenstand vertreten worden. Die während der westphä-
lischen Usurpation eingetretene Secularisation der erwähnten beiden Stifte habe
somit keinen Grund abgeben können, die Prälaten-Curie eingehen zu lassen, da
diese Stifte, wenn sie secularisirt geblieben, in gleichem Maaße, wie die übrigen
Klostergüter vertreten werden konnten.

Wenn der Herzog während seiner Minderjährigkeit einen Antheil an
den Verathungen über die ständischen Angelegenheiten allerdings nicht nehmen
konnte, so habe doch auch die Zeit der Minderjährigkeit des Herzogs nicht dazu
benutzt werden dürfen, um auf eine nicht rechtsbeständige Weise ein Landes-
grundgesetz zu schaffen, wodurch über wesentliche und unveräußerliche Rechte des
Landesherrn disponirt worden sei.

Die Behauptung des Königs, daß seine vormundschaftliche Regierung
eben so legitim gewesen, als die gegenwärtige des Herzogs, sei nur in so
fern richtig, als die Erstere in den Grenzen ihrer vormundschaftlichen Befug-
nisse geblieben sei, über welche hinaus sie sich als ungesetzlich und für den recht-
mäßigen Landesherrn völlig unverbindlich darstellen.

Die im Jahre 1820 errichtete neue Landschaftsordnung leide übrigens
noch an einem vorzüglichem und unheilbaren Gebrechen:

daß sie nicht auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande gekommen sei,
weßhalb sie auch in dieser Rücksicht sich als ungültig und unverbindlich darstelle.

Der Herzog behauptete, bei der erneuerten Landschaftsordnung sei die
Bestimmung des 14. Artikels der Privilegien von 1770, nach welcher über
die auf den Landtagen gepflogenen Verhandlungen die Entwürfe der Landtags-
abschiede den Ständen ad revidendum et formandum monita vor deren Voll-
ziehung mitgetheilt werden sollen, nicht beobachtet worden. Die vormundschaft-
liche Regierung habe diesen legalen Weg nicht eingeschlagen, sondern sich uur
darauf beschränkt, die alten noch übrigen Stände zusammen zu berufen, um
Deputirte zu ernennen, denen es überlassen geblieben sei, sich mit dem Projekte
der neuen Landschaftsordnung zu beschäftigen. Die alten Stände seien nicht
wieder zusammenberufen worden, um die Proposition der neuen Landtags-
ordnung zu berathen und resp. zu genehmigen. Man habe dieses wichtige Ge-
schäft den Deputirten überlassen. Es fehle somit jener Landschaftsordnung der
wesentliche Charakter eines Vertrags mit den Ständen, weil die gesammte Land-
schaft nicht darin gewilligt, es fehle ihr der Charakter eines Landesgrundgesetzes,
weil die Form verletzt sei, nach welcher ein förmlicher Landtagsabschied hätte
ausgefertigt werden sollen, und sie sei daher nach den Grundsätzen des braun-
schweigischen Staatsrechts nichts anderes als ein unvollkommener Vertrag, oder
eine den Grundgesetzen contradictorische Verordnung.

Die neue Landschaftsordnung habe daher erst durch den Landtagsabschied
vom 11. Juli 1823 ihre grundgesetzliche Sanction durch die im 1. Artikel ent-
haltene, bis dahin noch mangelnde Einwilligung der gesammten Landschaft er-
halten sollen, wo es heißt:

Nachdem die erneuerte Landschaftsordnung, nach gemeinsamer Be-
rathung, unterm 19. Januar 1820 festgestellt und unter den 25. April
1820 bestätigt und publizirt worden ist, soll darüber auch fernerweit
eben so gehalten werden, als ob solcher gegenwärtigem Landtags-
abschiede von Wort zu Wort eingeschaltet wäre.

Allein die Stände, welchen die neue Landschaftsordnung zu ihrer Agnoscerung vorgelegt worden, hätten erst durch diese zu agnoscirende Urkunde ihre Legitimation als Landstände erhalten. Der Stand der Freisassen, und die gewählten ständischen Deputirten, welche früherhin keine Stimme auf dem Landtage gehabt, hätten nur durch eine landesgrundgesetzliche Bestimmung ständische Rechte und Befugnisse erwerben können: die neue Landschaftsordnung hätte nur durch eine Agnition in pleno der ältern Landschaft, und durch Aufnahme derselben in einen Landtagsabschied den verfassungsmäßigen Charakter eines Landesgrundgesetzes erlangen können. Jene neuen Mitglieder der Stände seien daher in dieser Eigenschaft noch nicht legitimirt gewesen, als ihnen die Befugniß übertragen werden sollte, durch Anerkennung der neuen Landschaftsordnung sich selbst zu autorisiren, resp. in einem usurpatorischen Amte sich selbst zu betätigen.

Die Genehmigung der neuen Landschaftsordnung erscheine daher schon um deswillen ungenügend, weil sie nicht von den alten Landständen selbst geschehen, sondern von neuen Ständen, welche erst durch ein Landesgrundgesetz, nachdem solches von den alten Ständen präjudiciell genehmigt war, ihre Legitimation als Landstände empfangen mußten.

Der Sanction im Landtagsabschiede vom 11. Juli 1823 stehe übrigens noch Weiteres entgegen, daß sie von Entscheidung der Majorenmitätsfrage abhängig sei.

Die neue Landschaftsordnung sei daher für den Herzog unverbindlich, insbesondere

- 1) weil dieselbe eine einseitige, durch keine Regierungsnothwendigkeit gebotene Veräußerung von Regierungsrechten, wozu der vormundschaftliche Regent eines Staates weder berechtigt sei, noch sein könne, enthalte;
- 2) weil die Einwilligung der Stände in gesetzlicher Form nicht erteilt, mithin als nichtig zu betrachten sei;
- 3) weil die erneuerte Landschaftsordnung überall nicht zu einem Verfassungsvertrage und Landesgrundgesetze erhoben worden sei, und die Sanction zu einer Zeit stattgefunden habe, als die vormundschaftliche Gewalt bereits erloschen gewesen.

Der Herzog wiederholt die Beschwerde wegen der Entäußerung des Rechtes der Repräsentation in der Landschaft für die herzoglichen Rittersgüter. Durch das schon früher bestandene Recht, die Vorstände der Stifter und Klöster zu ernennen, sey doch keine Entschädigung für veräußerte landesherrliche Rechte gegeben. Eben so wenig lasse sich behaupten, und noch viel weniger erweisen, daß durch die neue Landschaftsordnung den herzoglichen Rassen beträchtliche Vortheile zugewandt worden seien, da das Verhältniß der Domänen, Forsten und Zölle, welche vorzugsweise das landesherrliche Einkommen liefern, ganz unverändert geblieben sei.

Er wiederholte ferner die Behauptung, daß, da die alten Stände des Herzogthums keine Neuerung gewollt, die neue Landschaftsordnung dem Lande aufgedrungen sei.

Daß die neue Landschaftsordnung sich während der vormundschaftlichen Regierung wirksam gezeigt, möge sein: nach dem Regierungsantritte des Herzogs hätte sie jedoch nur dadurch in anerkannte Wirksamkeit treten können, wenn der Herzog die Landschaftsordnung angenommen, bestätigt, und, gegen

Ausstellung der gewöhnlichen Reversalen, die Hulldigung der Stände entgegen-
genommen hätten. Auch habe der Herzog weder durch Worte, noch durch
concludente Handlungen die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 anerkannt.
Die Bundesversammlung sei daher völlig incompetent, diese lediglich innere An-
gelegenheit zu ordnen.

Ueber die Beschwerde des Königs wegen beleidigender Ausdrücke, be-
hauptete der Herzog:

was ein Actenstück betreffe, woraus in der gegenseitigen Erklärung die
Worte: „eben so ungesetzmäßig wie unrechtlich abgedrungene“ ent-
nommen worden, so sei solches Scriptum nicht nur kein Erlaß an die
Stände, sondern es sei sogar sine die et consule und würde überall
mit keinem eluto bezeichnet sein können, wenn nicht der Lippe'sche Ge-
heime Rath von Strombeck dasselbe sich selbst zu präsentiren für gut
befunden hätte.

Jenes Scriptum habe die herzogliche Regierung mit der größten
Verwunderung zum ersten Mal als Anlage zu sehen bekommen, wo-
hin es nur durch die Erfindung und dreiste Fälschung eines Dritten
gerathen sein könne.

Schließlich trug der Herzog auf die Abweisung der von Seiten Hannovers
gemachten intervenirenden Anträge, als nach Form und Materie unzulässig, an.

Rechtfertigende Erklärung der Landstände vom 27. August 1829.

Da in den öffentlichen Blättern der wesentliche Inhalt der Erklärungen
des Herzogs gegen die ständischen Behauptungen enthalten war, so glaubten
die Mitglieder der Landschaft noch nähere Nachweisungen und Berichtigungen
vorlegen zu müssen.

Der landständische Bevollmächtigte von Cramm übergab daher unterm
27. August, unter der Aufschrift einer rechtfertigenden Erklärung, eine neuer-
liche ausführliche Eingabe bei der Bundesversammlung.

Es wurde hierin die Behauptung des Herzogs beleuchtet, daß bei der
braunschweigischen, im Jahre 1820 eingeführten, ständischen Verfassung zur
anerkannten Wirksamkeit derselben, nach der Bestimmung des § 79 der erneu-
erten Landschaftsordnung erforderlich sei, daß der Landesherr diese Landschafts-
ordnung förmlich und bündig annehme und bestätige. —

Diese Deutung des besagten Paragraphs finde die vollkommenste Wider-
legung, theils in den durch die braunschweigische Staatspraxis längst erklärten
in diesen Artikel nur wieder aufgenommenen Bestimmungen der älteren Land-
schaftsprivilegien, theils in der Wortstellung selbst, und in den damit in Ver-
bindung stehenden übrigen Vorschriften der Landschaftsordnung.

Schon in den Privilegien von 1719, Art. 118, sodann in denen von
1770, Art. 1, 9 und 79, sei festgesetzt, daß die Erbhulldigung nicht vor Aus-
stellung der üblichen Reversalen, insbesondere vor Confirmation der Landschafts-
privilegien, geleistet werden solle. — Nie sei es aber in Zweifel gezogen worden,
daß beides, die Hulldigung und die Ausstellung der Reversalen, nur als eine,
die gegenseitigen Rechte und Verbindlichkeiten bestärkende, und keineswegs als
eine das Dasein oder die Begründung derselben bedingende Förmlichkeit zu be-
trachten sei. — Es wurde in dieser Beziehung das Beispiel des verstorbenen
Herzogs Carl angeführt, der im Jahre 1735 zur Regierung gelangte, und die

Ausstellung der Reversalen, so wie die Erbhuldigung 30 Jahre lang ausgesetzt beließ, ohne daß deßhalb weder die Wirksamkeit der Landschaft bestritten, noch eine Folgerung durch das Unterbleiben der Huldigung gegen die Regierungsbefugniß des Herzogs gezogen worden wäre.

Die neue Landschaftsordnung habe in dieser Beziehung durchaus keine Aenderung einführen wollen. Weder die Worte, noch die vorausgegangenen Verhandlungen ließen dieses vermuthen. Vielmehr werde diese irrige Deutung in Beziehung auf die Wirksamkeit der erneuerten Landschaftsordnung vollständig und unzweifelhaft dadurch entkräftet, daß in dem nachfolgenden § 80

der Anfang der Wirksamkeit der Bestimmungen der Landschafts-Ordnung ausdrücklich, wie bei andern Gesetzen, einzig und für immer

auf den der öffentlichen Bekanntmachung zu berechnenden Zeitpunkt gesetzt sei.

Die Verfassung habe sich in anerkannter Wirksamkeit schon befunden, als der Herzog am 30. October 1823 die Regierung seiner Lande übernahmen.

Schon hieraus begründe sich der Ausspruch auf den Schutz der hohen Bundesversammlung, nach Art 56 der Wiener Schlußacte.

Die Stände weisen durch die in vidimirter Abschrift vorgelegten und die Behauptung des Herzogs in der Gegenerklärung gegen Hannover (S. 295) gänzlich widerlegenden Belege*) auf das Ueberzeugendste nach, daß die Verfassungsurkunde, welche der gesammten Landschaft als Project vorgelegt und mit den von dieser dazu erwählten und speciell instruirten Deputirten discutirt wurde, hierauf von diesen unterm 17. Januar 1820 den einberufenen sämtlichen Mitgliedern der Landschaft vorgelegt, von der gesammten Landschaft angenommen und den Deputirten der Auftrag ertheilt worden sei, in ihrem Namen die Landschaftsordnung auf die herkömmliche Weise durch Unterschrift und Siegel zu vollziehen, was auch am 19. Januar 1820 geschehen, und in der erneuerten Landschaftsordnung ausdrücklich bemerkt sei,

daß dieser Entwurf von den Landschaften des Herzogthums Braunschweig und Fürstenthums Blankenburg angenommen, und, im Auftrage gesammter Stände, von deren Deputirten durch Unterschrift und Siegel vollzogen werden.

Sie beweisen (Beilage 8 und 9) durch den Schluß der früheren Landtagsabschiede, daß dieses die herkömmliche Weise der Vollziehung sei.

Dieses Grundgesetz sei auch sogleich durch die Verordnung vom 9. October 1820 wegen Anordnung der Wahlen nach den neuen Bestimmungen, durch die Verhandlungen mit den Ständen, die in Folge derselben erlassenen mehrfältigen Verordnungen, und durch die Constituirung der Landschaftsausschüsse und die Bildung des Landessteuer-Collegii in Vollzug gesetzt worden.

Es möchte daher überflüssig erscheinen, zu beweisen, daß auch in der Regierungsperiode des Herzogs Carl die Wirksamkeit der durch die Landschaftsordnung modificirten Verfassung fortgesetzt, und von Denenjenigen anerkannt worden sei. — Allein auch dieses lasse sich klar nachweisen.

Bei der ununterbrochenen Fortdauer der Theilnahme der neu geordneten

*) S. Beilage 1 bis 7 der gedruckt vertheilten Vorstellung der Stände vom 27. August 1829: „Rechtfertigende Erklärung“ i. e., diplomatisch genau abgedruckt und dem Protocolle der Bundesversammlung angefügt; bleibt hier als unnöthig weg.

Landtschaft an der Erhebung und Verwaltung der bewilligten Abgaben, an der Ausführung des Chausseebaues, an der Regulirung des Landesschuldenwesens, an der Direction der Brandversicherungsanstalt f. a. in der Art, wie die Landtschaftsordnung und die Verordnung über das Landessteuer-Collegium dieses bestimme, hätte es, nach der Behauptung der Stände, bei dem Regierungsantritte des Herzogs einer bestimmten Erklärung bedurft, um nicht die fortwährende Wirksamkeit des Landessteuer-Collegii als eine Anerkennung der Wirksamkeit der neuen Verfassung gelten zu lassen.

Alein eine solche Erklärung, welche eine nur provisorische Zulassung der amtlichen Thätigkeit des Landessteuer-Collegii ausspreche, sei nicht gegeben worden.

Die Stände führen die ununterbrochene Geschäftscommunication des herzoglichen Geheimenraths-Collegio mit dem Landessteuer-Collegii an. Sie legen mehrere Rescripte mit ihren Beilagen, und den sich hierauf beziehenden Verordnungen und Berichten bei, welche sich auf die mit den neuen Landständen gepflogenen Verhandlungen beziehen. So wurde jährlich dem engern landtschaftlichen Ausschusse der nach den neuen Normen gebildeten Landtschaft die Uebersicht der stattgehabten Militärausgaben mitgetheilt.

Ein Rescript vom 24. Februar 1825 erfolgte auf eine Vorstellung des engern Ausschusses über eine von der herzoglichen Kammer bei der Anlegung der Chaussee von Braunschweig über Wenden beantragten Maaßregel, welche den auf dem jüngsten Landtage stattgehabten Verabredungen zuwiderlief, und willfahrte dem Antrage des Ausschusses.

Zwei Rescripte vom 28. Januar und 9. Februar 1828, die Bewilligung einer Zulage für den Vorsteher der herzoglichen geheimen Canzlei aus der landtschaftlichen Kasse betreffend, beziehen sich auf die öftere Wiederkehr des Landtages, welche, obwohl die Umstände sich in etwas verändert haben, diese Zulage motiviren, so wie auf die auf dem nächst einzuberufenden allgemeinen Landtage von dem engern Ausschusse desfalls zu machende Proposition.

Diese beiden Rescripte, in Verbindung mit dem unterm 30. Januar desfalls erstatteten Berichte des Landessteuer-Collegii, bewiesen deutlich, daß Seine Durchlaucht der Herzog in der neuesten Zeit noch die Wirksamkeit der neuen Verfassung, von der allein hier die Rede gewesen, anerkannt hätten.

Ein herzogliches Rescript vom 21. März 1829 entscheidet eine Reclamation des engern Ausschusses, gegen eine von dem Consistorium beabsichtigte unangemessene Deutung des Art. 28 des jüngsten Landtagsabschieds, und erklärt: daß die einzige Abweichung von der frühern Verfassung im Art. 31 des letzten Landtagsabschieds auf einen ganz verschiedenen Gegenstand beschränkt worden sei.

In der unterm 28. März 1825 publicirten Feiertagsordnung sei § 10, eine ausdrückliche Beziehung auf den Wunsch der auf dem Landtage versammelt gewesenen Stände enthalten.

Durch die Verordnung vom 9. Juni 1825 ließ der Herzog die in der Verordnung vom 26. März 1823 („im Einverständnisse mit den versammelten Landständen“) angeordnete Gerichtsverfassung in Wirksamkeit treten.

Es gehe hieraus — bemerken die Stände — deutlich hervor, daß damals Seine Durchlaucht nur die erneuerte Landtschaftsordnung von 1820, nicht aber

die Privilegien von 1770 als Norm der ständischen Verhältnisse betrachtet haben, da letztere den Ständen in corpore, auch den Prälaten, der Ritterschaft und den Ständen einen privilegierten Gerichtsstand zusichere, welchen die neue Justizverfassung gänzlich aufhebe.

Dieselben führen auch die Verordnung vom 9. Juni 1825 über die Einführung der veränderten Polizei- und Gemeinde-Verwaltung, und die unterm 7. und 18. Juni 1827 erfolgten Declarationen der Verordnungen vom 26. März 1823 über die Theilung der Gemeinheiten und über die Wiesenhegung an, indem hierin Verordnungen vom 26. März anerkannt, ausgeführt und erläutert werden, die von der vormundschastlichen Regierung

nach sorgfältiger Berathung mit den versammelten Landständen, und im Einverständnisse mit denselben, erlassen worden sind.

In einer Verordnung vom 22. Juni 1827 erwähne der Herzog ausdrücklich

der verfassungsmäßig ausgezeichneten Freisassengüter.

Da nun der Herzog erst am 25. Mai 1829 sich für die Anerkennung der alten landständischen Verfassung erklärt habe, so könne in dieser Verordnung keine andern Rittergüter und Freisassengüter gemeint sein, als die in den §§. 3. und 6. der erneuerten Landschaftsordnung bezeichneten. Nur auf dieses neue Landesgrundgesetz könne sich daher der Ausdruck verfassungsmäßig beziehen.

Der Herzog hätte daher auch nach ihrem Regierungsantritte eine Reihe von Jahren hindurch fortwährend und vielfältig durch die sprechendsten Handlungen und Erklärungen die Rechtsbeständigkeit der erneuerten Landschaftsordnung anerkannt, und wenn er daher nunmehr auch wirklich gegen die Gültigkeit dieser Landschaftsordnung feierlichst protestirte, so könne einer solchen, mit der zeitherigen Anerkennung im offenbarsten Widerspruch stehenden Protestation eine rechtliche Wirkung nicht beigelegt werden.

Die Stände hätten das auf ihre beigelegte Vorstellung vom 26. Mai 1827 unterm 30. desselben Monats erfolgte Rescript für eine solche Protestation nicht ansehen können, indem die darin enthaltenen Worte:

„von Uns bis jetzt nicht anerkannten Landschaftsordnung“

dem übrigen Inhalte nach höchstens auf die bis dahin folgenlos unterbliebene Ausstellung der Reversalien gedeutet werden durfte.

Daß die Stände jene Worte nicht anders nahmen, gehe aus der Vorstellung der ständischen Ausschüsse vom 7. October 1828 hervor, auf welche keine Entschließung erfolgt sei.

Erst auf das dritte Gesuch vom 11. März 1829, mithin erst im sechsten Jahre nach seinem Regierungsantritte, hätte der Herzog durch ein Mitglied des engern Ausschusses, den Geheimen Rath von Strombeck, den sie zu sich hätten fordern lassen, sich in bestimmten Ausdrücken über die Unverbindlichkeit der Landschaftsordnung geäußert. Der diese Äußerung enthaltene Aufsat (welcher bereits Seite 276. aufgenommen ist) ermangele zwar einer die Authenticität beurkundenden Unterschrift, und die Stände würden daher behaupten können, daß ihnen überall keine, einer herzoglichen Protestation gegen die Landschaftsordnung gleichende Erklärung zugegangen sei. Allein die Pflicht der Aufrichtigkeit verbiete ihnen eine solche Behauptung; da nicht nur, zufolge der Relation des Geheimen Raths von Strombeck an den engern Ausschuss, dieser ihm mündlich von dem Herzog verheißene Aufsat alles dasjenige

enthalte, was Höchstdieselben den Ständen wollten eröffnen lassen, und da dessen Richtigkeit dadurch sich beglaubigt finde, daß derselbe dem Referenten unter dem herzoglichen Cabinetsiegel zugekommen sei. *)

In Ansehung der unterlassenen Annahme des Geschenkes von 20,000 Thlr. bemerken die Stände, daß dasselbe nie förmlich zurückgewiesen worden sei; daß jährlich in den Berichten über den Zustand der Kasse und die Abtragung der Landesschuld, diese Summe zur Disposition Seiner herzoglichen Durchlaucht verstellt, von den Ueberschüssen abgesetzt und in den fünf Jahren nie dagegen etwas erinnert worden sei. Uebrigens sei dieses Geschenk in keiner Verbindung mit der Erbhuldigung und der Ausstellung der Reversalien gestanden, und die Unterlassung der Annahme desselben könne in keiner Beziehung für die Anerkennung der gegenwärtigen ständischen Verfassung präjudicirlich erscheinen.

Nur das Dasein der in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassung sei, nach Art. 56 und 61 der Wiener Schlußacte, erforderlich zur Competenz der hohen Bundesversammlung. Die dagegen von einem Mangel der Rechtsbeständigkeit derselben angebrachte Einrede sei daher als unstatthaft zu erklären.

In dem vorliegenden Falle habe die Eigenthümlichkeit der Zeitverhältnisse, die vorausgegangene Zerrüttung der frühern landständischen Verfassung und die in dem 13. Artikel der deutschen Bundesacte enthaltene Anordnung, einen Grad von politischer und rechtlicher Nothwendigkeit zu länger nicht zu verschiebender modificirender Erneuerung oder Wiederherstellung der, in dem Sturm der Zeit untergegangenen, frühern Verfassung herbeigeführt, welcher den vorliegenden Fall über jeden ähnlichen Vorgang der Vorzeit erhebe.

Uebrigens ermangle es nicht an ähnlichen Beispielen, von während der vormundschaftlichen Regierung erlassenen grundgesetzlichen Bestimmungen, wie dies theils aus den Landtagsrecessen, Compactaten, Erledigung der Landesgebühren, landesherrlichen Declarationen, Reversalien und Affecurationen sich ergebe.

Erkenne man das Recht der vormundschaftlichen Regierungen zur Schließung von Verträgen mit fremden Staatsregierungen an, so müsse man denselben ein gleiches Recht, im Innern mit den Ständen zu unterhandeln, zustehen, besonders wenn diese Verhandlungen, wie hier, nach unseliger Staatsumwälzung, nach langer Vertreibung der gesammten landesherrlichen Familie, zum eigenen Vortheil der Landesherrschaft geschlossen worden.

Die Nothwendigkeit zur Modificirung der ständischen Privilegien lasse sich nicht verkennen. Die Wiederbelebung der Landschaft habe von der vormundschaftlichen Regierung nicht verschoben werden können. Die noch übrigen Mitglieder des alten Schatzcollegii und die Ritterschaft hätten deshalb, wie bereits oben (Seite 273) erwähnt ist, bringende Vorstellungen gemacht, und sich hiebei zu den zweckmäßig einzuführenden Neuerungen bereitwillig erklärt.

Es habe sich bei der Wiedereinführung der Landschaftsordnung nicht um die Beibehaltung mangelhafter Einrichtungen, sondern um die Abschaffung solcher Einrichtungen gehandelt, welche der verstorbene Herzog zur Erleichterung des Uebergangs zum Besseren provisorisch beibehalten habe.

*) Siehe Gegenerklärung des Herzogs oben S. 291, 292 und fünfte Erklärung des Herzogs am Bunde, weiter unten.

In dieser Hinsicht wäre

- a) eine Befreiung von der Contribution der eximirten Klassen einzuführen gewesen. Die Rittergutsbesitzer seien zur Exemtensteuer nach dem Beschlusse vom Jahr 1806 nur insofern verbunden gewesen, als diese zum Behufe des Contributions-Anlehens mit anderthalb Simplen allgemein angeordnete Umlage auch noch ferner allgemein, sowohl von den Contribuablen, nebst der ordinären Contribution von $3\frac{7}{12}$ Simplen, als von den Domänen fortgetragen wurde, denen sie, so wie der Ritterchaft, damals auferlegt worden sei. — Da aber jene außerordentliche Grundsteuer im Jahre 1817, weder im Allgemeinen noch insbesondere, für die Domänengrundstücke wieder aufgenommen worden sei, so sei die Uebernahme von $1\frac{1}{2}$ Simplen, als bleibende Last der Rittergüter, als ein freiwilliges Opfer anzusehen.
- b) Eben so hätte mit der alten Verfassung die Patrimonialgerichtsbarkeit und der befreite Gerichtsstand wiederhergestellt, und
- c) die Befreiung der Eximirten von den persönlichen Abgaben und Leistungen (Zöllen und Accisen) gestattet werden müssen.

Die Folgen der unbedingten Wiederherstellung der alten Landschaftsverfassung nach den Privilegien 1770 würden daher, sowohl für das Land als für das herrschaftliche Interesse, sehr nachtheilig gewesen sein.

Es hätte ein eigenes Regierungscollegium und Mittelgericht zu Blankenburg errichtet werden müssen. Die Kosten des Oberappellationsgerichts wären, streng genommen, der Kammercasse obgelegen.

Die Landschaft, welche jetzt 350,000 Thlr. für den Unterhalt des Militärs — einschließig der eigentlich die Kammercasse (siehe oben S. 276) treffenden Pensionen und Wartegelder — bewilligte, habe bis 1806 nur 230,000 Thlr. nebst dem Proviantbedürfnisse im Durchschnitt von 40,000 Thlr. beigetragen. Dem Antrage auf Erhöhung dieser alten Summe würde entgegen gestanden haben, daß damals ein das jetzige Bundescontingent weit übersteigendes Truppen-corporps gehalten wurde, und die braunschweigische Landschaft für das auf die Bevölkerung des Fürstenthums Blankenburg fallende Contingent nicht zu sorgen hatte.

Auch zu dem Chausséebau wäre nach dem frühern Maaßstabe die Kammercasse 11,333 $\frac{1}{3}$ Thlr. mehr beizutragen verbunden gewesen.

Es seien daher durch die ständischen Verhandlungen mehr als 100,000 Thlr. auf die Steuerkasse übernommen worden, die sonst der Kammercasse zur Last gefallen wären.

Die vormundtschaftliche Regierung habe in der alten braunschweigischen Verfassung nur dieselben zeitgemäßen Modificationen eintreten lassen, welche Seine Majestät ebenfalls, in der Eigenschaft eines Vermesers, schon im Jahre 1819 im Königreich Hannover eingeführt haben; als die Vereinigung der einzelnen Provinziallandschaften, die zweckmäßige Erweiterung der Repräsentation, die Bildung zweier Kammern, die Festsetzung eines kürzeren Convocations-termins, die verbesserte Einrichtung der Steuerverwaltung s. a.

Die Angabe der Stände, welche der oben (Seite 289) angeführten Behauptung des Herzogs widerspricht, findet sich auch vollkommen begründet. Das Patent vom 7. Dezember 1819, wodurch der vor der französischen Occupation nicht bestandenen allgemeinen Ständerversammlung die gegenwärtig bestehende definitive Einrichtung gegeben wurde, ist in der hannoverschen

Gesetzsammlung enthalten. Es ist daher wahrhaft unbegreiflich, wie diese neue Organisation der hannoverschen Landschaft dem Herzoge von Braunschweig nicht bekannt sein konnte, und man kann es nur bedauern, daß Höchstidieselben in einer bei der hohen Bundesversammlung übergebenen Erklärung, ohne alle vorläufige nähere Erkundigung, nicht nur die ganz irrige Behauptung aufzustellen, sondern hieraus Folgerungen abzuleiten keinen Anstand genommen haben, welche offenbar auf das Benehmen des vormundtschaftlichen Regenten, Seiner Majestät des Königs von Hannover, ein nachtheiliges Licht bei Ununterrichteten hätte werfen müssen.

Es geht vielmehr unwidersprechlich hervor, daß Allerhöchstidieselben eben die Grundsätze und Ansichten, nach welchen Sie, als Regent des Königreichs Hannover, zum Wohl Ihrer eigenen Lande gehandelt, auch in dem Ihrer vormundtschaftlichen Regierung anvertrauten Herzogthum Braunschweig in Anwendung gebracht hätten.

Bis zum Jahr 1806 — führen die Stände an — haben die öffentlichen Abgaben an 500,000 Thlr. betragen; jetzt werde die Summe von mindestens 700,000 Thlr. aufgebracht. Der Mehrbetrag ergebe sich durch die Personalsteuer zu 110,000 Thlr., die Gewerbesteuer mit 16,000 Thlr., die Accise- und Stempelsteuer-Erhöhung zu ungefähr 30,000 Thlr., und der Rest durch die Aufhebung aller Befreiungen von persönlichen Abgaben und durch die Beziehung der exemten Gutsbesitzer zu beinahe der Hälfte des Steuerbetrags der Belasteten.

Diese günstigen Resultate, sowie die Gleichheit vor den Steuergesetzen, die allgemein gleiche Verpflichtung zu den öffentlichen Leistungen, die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtbarkeit, und des befreiten Gerichtsstandes, würden nach Angabe der Stände keineswegs zu erlangen gewesen sein, wenn die Unterhandlungen bloß mit den alten Ständen gepflogen worden wären.

Eine Modification der ältern ständischen Repräsentation sei gleichfalls dringend gewesen, da eine Wiederherstellung der Prälaturen in dem Sinne der alten Verfassung unmöglich gewesen wäre; indem durch die unter der westphälischen Regierung erfolgte Auflösung der beiden Stifter St. Blasii und St. Cyriaci, die beiden vorzüglichsten Mitglieder der Prälaturen erloschen waren, nur mehr das einzige Stift zu Staterburg übrig geblieben war, die Äbte zu Riddagshausen, Marienburg und Michaelstein, deren Anstalten aufgelöst waren, ihre amtliche Wirksamkeit verloren hatten, und die Äbte und Präbste bis auf wenige Personen ausgestorben waren. Wenn bei der Einberufung der Stände zur Verathung über die neue Landschaftsordnung einigen herrschaftlichen Officianten die Titel von Äbten und Präbsten beigelegt worden seien, um sie zu diesen Verhandlungen beizuziehen, so sei die Absicht deutlich die gewesen, um durch Erläuterung der vorkommenden Gegenstände aus ihrer Geschäftskennntniß, sowohl den Mitgliedern der Landschaft als der Regierung selbst, nützlich zu werden; sie seien jedoch keine wahren Repräsentanten der Stifter gewesen, von welchen sie den Titel führten, und hätten sich zur Bildung einer Prälaturen nicht geeignet.

Ueber die Vertretung der fürstlichen Rittergüter auf den Landtagen bemerken die Stände, daß diese Güter — neun an der Zahl — zwar aus der Rittermatrikel hinweggelassen und von derselben ausgenommen seien; daß jedoch hierdurch die Landesherrschaft kein Opfer gebracht habe. Wie sei wegen dieser herrschaftlichen Rittergüter ein Deputirter in den Ständeversammlungen

erschieden, nie ein Auftrag zur Führung der Stimme erteilt worden: aber auch angenommen, daß das Recht der Führung der Stimme unzweifelhaft begründet gewesen wäre, so würde deshalb, wie bei allen Rittergutsbesitzern, die mehrere Rittergüter besitzen, der Regierung nur eine einzige Stimme zugekommen sein. Es würden dagegen die fürstlichen Güter, wie vormal, als Rittergüter behandelt, und gleich den andern, zu den anderthalb Simpen der Contribution, welche den Fremten ohne Entschädigung auferlegt wurde, beigezogen worden sein, was bei 2000 Thlr. jährlich betragen haben würde.

Diese Berücksichtigung habe wahrscheinlich die vormundtschaftliche Regierung bewogen, die Bestimmung des § 3, wegen Ausschluß der Güter, welche die Landesherrschaft erworben hat, aus der Rittermatricel aufzunehmen, obwohl in der Eröffnungsrede ausdrücklich erklärt wurde, daß die Regierungscommission zur Aufhebung des verfassungsmäßigen Rechtes der Stimmführung nicht ermächtigt sei. Die Stände glauben daher, daß diese Bestimmung nur in der Art ausulegen sei,

daß zwar die Landschaft die gedachten Güter als Rittergüter nicht in Anspruch nehmen dürfe, wohl aber von Seiner herzoglichen Durchlaucht die Wiederaufnahme in die neu angelegte Matricel verlangt werden könne.

Dieselben führen die Befugniß der vormundtschaftlichen Regierung zur Errichtung der erneuerten Landschaftsordnung durch die Analogie der Befugnisse der Reichsvicarien aus, und beziehen sich insbesondere auf die Abstimmung des Großvaters des jetzigen Herzogs zu dem Beschlusse vom 8. Juni 1790, wodurch den Reichsvicarien die Fortsetzung der Reichstage unter ihrer Autorität gestattet wurde.

Vierte Erklärung Braunschweigs.

In der ersten Sitzung der Bundesversammlung vom 5. Februar 1830 übergab die herzoglich braunschweigische Gesandtschaft eine Erklärung zu Protocoll, welche eine Verwahrung gegen die Folgerungen enthält, die aus einer allenfallsigen Aufhebung des Edictes vom 10. Mai 1827 in Hinsicht auf die erneuerte Landschaftsordnung vom Jahr 1820 gezogen werden möchten.

Da diese Erklärung noch besonders erörtert wird, so erscheint sie hier nur vorübergehend in ihrer Reihenfolge.

Erinnerungsgefuß der Landstände vom 24. Februar 1830.

In einem im Namen der Mitglieder der Landschaft von dem von Gramm als fortwährend Bevollmächtigten der Landstände, unterm 24. Februar der Bundesversammlung übergebenen Erinnerungsgefuße führen sie an, daß nicht nur alle angezeigten Beschwerden ununterbrochen fortbauern, sondern auch durch wo möglich noch dringendere vermehrt worden seien, die im ganzen Lande, zum Theil auch im Auslande, offenkundig seien.

Bei der Fortdauer des vorwaltenden factischen Verhältnisses sei jede Art von verfassungsmäßiger Wirksamkeit der Landstände gehemmt, und insbesondere die Ausübung ihres Versammlungsrechtes, wie solches nicht nur in der erneuerten Landschaftsordnung, § 39, sondern auch in den Privilegien von 1770, Art. 18, und zwar, wie es in diesen heißt: „vermöge althergebrachter Freiheit“ unbestreitbar begründet sei, gefährdet, so daß weder die erneuerte noch die vorige landständische Verfassung in unge störter Uebung seien, daß ein durchaus ver-

fassungsloser Zustand thatsächlich bestehen würde, unvereinbar mit dem dringenden Bedürfnisse, dem wesentlichen Wohl und dem seit Jahrhunderten bestandenen öffentlichen Rechtszustand der braunschweigischen Lande, wie mit dem klaren Wortlaute des 13. Artikels der Bundesacte.

Sie bitten daher um möglichste Beschleunigung des nachgesuchten Beschlusses der hohen Bundesversammlung.

Fünfte Erklärung Braunschweigs am Bunde.

Veranlaßt durch die eben angeführte „rechtfertigende Erklärung der Stände“, gab der herzoglich-braunschweigische Bundestagsgesandte in der sechsten Sitzung 1830 auf diese Eingabe, welche, wie es heißt, wiederum nur von Einzelnen, im Namen einer nicht vorhandenen ständischen Corporation handelnden, erfolgt ist, deren Existenz von dem Herzog in der Form, in der sie fortbestehen will, nicht anerkannt wird, also im staatsrechtlichen Sinne als nicht existirend von herzoglicher Seite betrachtet werden muß, eine ausführliche Gegenklärung zu Protocoll.

Die Reclamanten, wird bemerkt, machen den Versuch, zu deduciren, daß die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 sich in anerkannter Wirksamkeit befinde, und daß die hohe Bundesversammlung sich deshalb für befugt halten könne, zu intercediren. Es sei jedoch von den Reclamanten ungeachtet geblieben, daß es, nach Maßgabe des § 5, Nr. 2 des Bundestags-Protocolls vom 12. Juni 1817, für das begehrte Einschreiten der Bundesversammlung nicht allein auf die Behauptung eines vorhandenen Rechts, sondern vorzüglich darauf ankomme, daß dieses Recht, als klar und unbestreitbar, nicht erst noch einer Entwicklung bedürfe.

Offenbar sei jedoch dieses letztere keineswegs der Fall, wie die ausführlichen Deductionen, die Menge der vor allem zu lösenden Vorfragen, und die Feststellung rein factischer Verhältnisse bewiesen. Es sei somit eine Intercession des Bundes in dieser ständischen Angelegenheit rechtlich unmöglich.

Die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 befinde sich aber im Sinne der Bundesacte keineswegs in anerkannter Wirksamkeit. Die Vorschrift des § 79 derselben enthalte bestimmt, was hierzu erforderlich sei, um die fragliche Landschaftsordnung in anerkannte Wirksamkeit zu setzen.

Wenn die Privilegien von 1719, Art. 118, und von 1770, Art. 1—9 und 79, gleiche Vorschriften enthalten, wie der § 79 der Landschaftsordnung vom Jahre 1820, so lasse sich hieraus weiter nichts folgern, als

daß zur vollkommenen Gültigkeit der älteren Landschaftsordnungen ein gleiches Verfahren von Seite des Landesherrn nothwendig war.

Die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 habe die ausdrückliche Bestätigung und Annahme derselben durch den rechtmäßigen Landesherrn bedurft. Seine Majestät der König von Hannover habe seine Bestätigung nicht über den Zeitraum seiner vormundschaftlichen Regierung hinaus extensiren können. Von dem freien Willen des Herzogs habe es abgehungen, dieses während seiner Minderjährigkeit, wo er dies nicht verhindern konnte, etablierte Institut anzunehmen, oder ihm die Bestätigung versagen.

Es sei unrichtig, daß der Art. 56 der Wiener Schlussacte für eine von der legitimen Landesregierung ohne Rücksicht auf einen Wechsel in der Person des Regenten in das Leben gerufene landständische Verfassung den Schutz der hohen Bundesversammlung gegen einseitige Abänderung verheiße. — Es kommen in

dem vorliegenden Falle zwischen dem Landesherrn und den Ständen Verhältnisse zur Sprache, die man bei der Abfassung dieses Artikels nicht voraussehen vermochte, und welche eben daher in die Kategorie dessen nicht gestellt werden können, als daß eine vormundtschaftliche Regierung eine neue Landschaftsordnung constituire, und daß in dieser die ausdrücklichen Bestimmungen über die Anerkennung enthalten seien.

Es müsse daher nicht der 56., sondern der 61. Artikel der Wiener Schlußacte in Anwendung kommen:

daß die Bundesversammlung nicht berechtigt sei, in landständischen Angelegenheiten oder in Streitigkeiten zwischen Landesherrn mit ihren Ständen einzuwirken.

Ein Fall der Garantie des Bundes sei hier nicht vorhanden.

Die Bemühung der Stände, zu beweisen, daß die erneuerte Landschaftsordnung in regelmäßiger Form zu Stande gekommen, fand die herzogliche Regierung unzureichend, indem kein förmlicher Landtagsabschied ausgefertigt worden. Sie bestand daher auf der Behauptung, daß dieser Landschaftsordnung der wesentliche Charakter eines Vertrags mit den Ständen fehle, weil die gesammte Landschaft nicht darein gewilligt habe! —

Es fehle ihr der Charakter eines Landesgrundgesetzes, weil die Form verlegt sei.

Wenn die Reclamanten vermeinten, daß es bei dem Regierungsantritte einer bestimmten Erklärung bedurft hätte, um die Verfassungsurkunde nicht factisch anzuerkennen, so bemerkte dagegen der Herzog, daß es ihm rechtlich zugestanden habe, innerhalb des Quadrienii restitutionis die Nachtheile der frühern Verfassungsurkunde, und somit die Verfassung selbst, zu beseitigen, ohne daß eine angeblich fehlende Protestation dagegen zur Consequenz gezogen werden könnte.

Der Herzog hätte auch von dieser Befugniß in seiner Verordnung vom 10. Mai 1827 Gebrauch gemacht, und die Stände schienen übersehen zu haben, daß in dieser Verordnung das provisorische Fortbestehen aller Einrichtungen bestimmt worden.

Der Herzog habe jetzt zum ersten Mal vernommen, daß von seinem Staatsministerio ein Rescript vom 22. Januar 1828 an das Landessteuer-Collegium erlassen worden sei, in welchem von öfterer Wiederkehr des Landtags, und von Veränderung der Umstände in Etwas die Rede sei, ingleichen daß in einem Rescripte etwas von einem bald einzuberufenden Landtage gesagt worden. Da beide Rescripte dem eigenmächtigen Benehmen seines Staatsministerii Existenz zu verdanken haben, so hätte der Herzog demselben diese Eigenmächtigkeit nachdrücklich verwiesen, und desavouirte sogleich dieses Verfahren.

Anderer Rescripte, auf welche sich die Stände beziehen, seien durch den Geheimen Rath Schmidt veranlaßt worden.

Die fortgesetzte Communication mit dem Landessteuer-Collegio, resp. dem engern Ausschusse, könne um so weniger präjudicirlich sein, da sie auf der einen Seite nicht ohne den Nachtheil einer Stockung der Geschäfte habe aufgehoben werden können, und da sie auf der andern Seite nur solche Fälle betroffen habe, in welchen auch nach den älteren Landschaftsordnungen communicirt werden mußte.

Als der Geheime Rath Schmidt unmittelbar nach dem Regierungsantritte bei dem Herzoge darauf angetragen hätte, daß Seine Durchlaucht geruhen

möchten, die während Ihrer Minderjährigkeit geschaffene neue Constitution anzuerkennen, hätten höchst dieselben erwidert: daß Sie diese für Ihren Staat und Sich so höchst wichtige Angelegenheit erst mit Sich selbst in Berathung nehmen müßten, ungeachtet Sie schon damals Sich vorgenommen hätten, nur die alte Verfassung anzuerkennen und in das Leben zu rufen.

Wiewohl der Herzog den Lippe'schen geheimen Rath v. Strombeck mit einer Audienz beehrt, so sei bei dieser Gelegenheit von einem schriftlichen Entwurfe über dasjenige, was den ständischen Ausschüssen mitgetheilt werden solle, nie die Rede gewesen, und

v. Strombeck müsse sich das singuläre Vergnügen gemacht haben, die vielleicht übel verstandenen Aeußerungen Seiner Durchlaucht zu Papier zu bringen, um von diesem, von ihm allein relevirenden Aufsatze, bei den ständischen Zusammenkünften willkürlichen Gebrauch zu machen! —

Spreche etwas dafür, daß es dem Herzoge nie in den Sinn gekommen, persönliche Handlungen vorzunehmen, woraus die Agnition der Landschaftsordnung vom Jahre 1820 gefolgert werden könnte, so sei dies zuverlässig, daß der k. u. m. Seine Durchlaucht bei der in Antrag gebrachten Agnition der Verfassungsurkunde eine ausreichende Antwort gegeben haben.

Wenn die Stände die im Jahre 1820 erzeugte landständische Verfassung mit anderen Staatsverträgen, bei welchen vormundtschaftliche Regierungen mitgewirkt, vergleichen, so sei zu bemerken: daß alle angeführten, mit Ausnahme der Wiener Schlußacte, die nur als ein Commentar zur Bundesacte zu betrachten sei, durch die unbedingteste Nothwendigkeit geboten worden seien, um nach geführtem blutigen Kriege, und langwieriger Anarchie einen Zustand der Ruhe und des Friedens zu sichern.

Den edelmüthigen Verzicht des Ritterstandes auf bedeutende Ehren und Geldvorthelle will der Herzog keineswegs anerkennen, sondern behauptet vielmehr, daß dieselben durch die Steuer-Relutionscheine, die mit 4 Procent verzinsbar sind, und für die ausgemittelte Differenz der früheren zu der jetzigen Steuerpflicht der Ritterschaft ausgestellt wurden, Vorthelle erworben habe, die sie veranlasse, die Wiederherstellung ihrer früheren Rechte abzulehnen, um diese zu ihrem Privatgebrauche erworbenen Capitalverschreibungen zu conserviren und nicht zurückstellen zu müssen.

Wenn seit dem Abschlusse der Bundesacte bis zum Jahre 1819 für eine landständische Verfassung nichts geschehen sei, und demungeachtet die Verwaltung gehörig geführt worden, so habe auch kein Grund obgewaltet, bis zum Regierungsantritte des Herzogs eine neue Landschaftsordnung zu errichten.

Auch hätte man eine neue Landschaftsordnung mit eventuellem Vorbehalte der ältern Verfassung in das Leben rufen, und die definitive Rechtsgültigkeit der neuern von der Zustimmung des Herzogs nach seinem Regierungsantritte abhängig machen können.

Das Bemühen der Stände, die Vorthelle, welche der Regierung durch diese neue Landschaftsordnung zugegangen seien, nachzuweisen, grenze an das Lächerliche. Dem Herzoge hätte es zugestanden, den größern Aufwand durch Zurücksetzung der Gehalte und Einführung der Organisation auf den Fuß vor 1806 wieder zurückzuführen; die Stände hätten nach der Bundes- und Wiener Schlußacte für den Unterhalt des braunschweigischen Armee-corps, wie gegenwärtig, in jedem Falle sorgen müssen, und es sei einleuchtend, daß es für das

Interesse der Regierung völlig gleich sein könnte, in wie weit der Mehrbetrag der Ausgaben in dem früher separirten Fürstenthume Blankenburg zu repariren und von demselben aufzubringen gewesen wäre!

Es sei zwar nicht zu läugnen, daß der gegenwärtige Zustand der Verwaltung mehr koste als vormals; dies komme von der bessern Haltung und Bezahlung des Militärs, der bessern Salarirung der Staatsdiener, der Unterhaltung gemeinnütziger Institute s. a. her; allein all dieser Mehraufwand hätte auch vom Lande aufgebracht werden müssen, ohne Unterschied auf die alte oder neue Verfassung.

Aber nicht nur keine Vortheile, sondern Nachtheile seien der herzoglichen Regierung durch die neue Landschaftsordnung erwachsen. Hierher gehöre vor allen die Bestimmung, daß alle drei Jahre ein Landtag berufen werden solle, während dieses früher ganz von dem Landesherrn abgehangen habe. Dies sei in kleinen Staaten unnütz und nachtheilig, besonders wenn, wie im Braunschweigischen, die Deputirten starke Diäten zu fordern berechtigt seien. Auch sei den Ständen durch die neue Landschaftsordnung ein Theil der executiven Gewalt zugestanden, während sie nach der früheren nur ein vinculirtes Steuerbewilligungsrecht, nur consultative Befugnisse gehabt hätten.

Endlich sei auch das Stimmrecht der herzoglichen Rittergüter supprimirt worden. — Was auch die reclamirenden Stände in dieser Beziehung angeführt hätten, so seien sie doch den Beweis schuldig geblieben, daß die Landesherrschaft auf ein ihr zugestandenes Repräsentationsrecht verzichtet habe.

Der Herzog stellte die Frage auf: was die ständischen Corporationen wohl sagen würden, wenn es ihm gefallen würde, in Verbindung mit dem Könige von Hannover oder sonst einer fremden Macht, ohne Concurrenz der theilgenommenen Stände, eine neue Constitution zu entwerfen, und solche für rechtsverbindlich zu erklären. Gewiß, sagte er, würde ein solches Verfahren bei weitem nicht in dem Maße den Charakter der Ungesetzlichkeit bekunden, als die Handlungsweise der Reclamanten, und das beharrliche Fortschreiten derselben gegen den früheren und jetzigen Rechtsstand des Herzogs!

Er bestritt schließlich noch die Behauptung, daß während eines Interregni im deutschen Reiche unter den Auspicien der beiden Reichsvicarien Reichsgrundgesetze hätten errichtet werden können, und führte zum Belege eine Stelle aus Hüberlin an, worin derselbe sagt:

wie wenig von einer Reichsversammlung in einem Zwischenreiche zu erwarten sei, und daß an eine fortdauernde Thätigkeit und Behandlung der Geschäfte auf dem Reichstage nicht gedacht werden könne, weil die Reichsvicarien mit den Ständen in den wesentlichen Punkten nicht übereinstimmen.

Sechste braunschweigische Erklärung.

In der siebenten Sitzung der Bundesversammlung am 18. März 1830 übergab die herzoglich-braunschweigische Gesandtschaft in Beziehung auf das unterm 24. Februar eingereichte Erinnerungsgesuch, welches nur das Verfahren der herzoglichen Regierung in ein nachtheiliges Licht zu stellen bezwecke, eine weitere Erklärung zu Protokoll.

Es wird hierin versichert, daß seit dem Regierungsantritte Seiner Durchlaucht des Herzogs, und auch während der Differenzen mit den Reclamanten,

durchaus keine Beschränkung oder Beeinträchtigung der ständischen Rechte stattgefunden habe.

Die Institute, welche nach der Bestätigung des Herzogs provisorisch hätten fortbestehen sollen, beständen noch in uneingeschränkter Wirksamkeit, namentlich das Landessteuer-Collegium, unter dessen Autorität die betreffenden Steuern ohne alle Erhöhung gehoben und vorschriftsmäßig verwendet würden.

Selbst nach der neuern, von dem Herzoge nicht anerkannten Landschaftsordnung, stehe den Ständen das Recht nicht zu, sich in Gefolge eigener Autorität zu constituiren, sondern es seien nur bei besonderen Veranlassungen einzelne Mitglieder berechtigt, zusammenzutreten, um sich über das gemeinsame Interesse zu berathen.^{*)} Nach den Landschaftsprivilegien von 1770 sei ein Zusammentritt der Stände auf eigene Autorität in besonders zugelassenen Fällen nicht unerlaubt. Allein weder sei ein solcher Fall vorhanden, noch könnten die ständischen Reclamanten ein Recht aus einer von ihnen mit unbegreiflicher Verblendung nicht anerkannten Landschaftsordnung in Anspruch nehmen.

Jeder Zusammentritt der ständischen Reclamanten auf eigene Autorität erscheine daher in den jetzigen Verhältnissen rechtswidrig und unerlaubt, indem solcher nur die Gemüther noch mehr erhitzen und eine Differenz zu fördern bezwecken könnte, die jeder rechtliche Braunschweiger bald zurückgewiesen wünsche, damit das Land der Wohlthaten der älteren Verfassung bald theilhaftig werde.

Der Herzog von Braunschweig hatte beabsichtigt, in der Bundestagsitzung vom 18. Februar 1830 eine Abstimmung zu Protokoll zu geben. Nachdem sie aber verlesen, fand die Bundesversammlung einstimmig, daß die Fassung derselben ungeeignet, und die in ihr vorkommenden Ausdrücke mit der ad 2 des Bundesbeschlusses vom 20. August 1829 ausgesprochenen Erwartung**) im Widerspruch seien. Der braunschweigische Gesandte zog die Abstimmung zurück, weil sich die Bundesversammlung weigerte, sie in das Protocoll aufzunehmen. Ueber diesen Vorgang gab der hannöversische Gesandte in der vertraulichen Sitzung vom 13. Mai 1830 eine Erklärung, die ihre Stelle im Separat-Protocoll unter Nr. 3 fand. Sie lautete:

Hannover. Wenn gleich in dem Vortrage der Executionskommission vom 4. März d. J. mit Recht gesagt worden ist, daß der dritte Punkt des Beschlusses vom 20. August v. J., laut dessen „Sich Seine Durchlaucht der Herzog von Braunschweig jeder directen oder indirecten Veleidigung Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover zu enthalten und nicht zu gestatten hat, daß Staatsdiener oder Unterthanen Seiner Majestät von herzoglich braunschweigischen Staatsdienern oder Unterthanen verfolgt werden“, vor der Hand keinen Gegenstand des einzuleitenden Executionsverfahrens bilden könne, sondern erst dann die vollziehende Einschreitung des Bundestags erforderlich machen

*) Artikel 39. Nur auf den von dem Landesherren auszuscheidenden Landtagen können die Stände die Vertretung des Landes ausüben und die Angelegenheiten desselben mit den Fürsten verhandeln. Es hängt jedoch von der Landesherrschaft ab, bei besondern Veranlassungen einzelne Mitglieder der Stände zusammen zu berufen, um über die ihnen vorgelegten Landesangelegenheiten sich zu berathen und ihre Meinung zu vernehmen.

Vergleichen Zusammentretungen können auch von den Mitgliedern der Landschaft selbst eingeleitet werden, wenn sie eine besondere Veranlassung zu haben glauben, über Gegenstände von gemeinsamen Interesse sich zu berathschlagen; jedoch muß vor der wirklichen Versammlung selbst davon und von dem Zwecke der Versammlung zeitig der Landesherrschaft gehörige Anzeige gemacht werden.

**) Siehe oben S. 246 ff.

werde, wenn eine derartige Verletzung des Bundesbeschlusses von Seiten Seiner Durchlaucht eingetreten sei, so vermögen Seine Majestät jedoch nicht mit völligem Stillschweigen zu übergehen, daß der in der Sitzung vom 18. Februar d. J. stattgefundene Vorfall, welcher damals vertraulich behandelt ist, und wovon die ihn begleitenden Umstände zu wiederholen überflüssig erscheint, indem solche sämtlichen verehrlichen Mitgliedern derselben noch im Andenken sein werden, allerdings als eine seit Erlassung des Bundesbeschlusses vom 20. August erneuerte persönliche Beleidigung Seiner Majestät und Ihrer Staatsdiener zu betrachten sein dürfte. Ob nun gleich allerhöchstdieselben nicht für angemessen erachten, deshalb besondere Anträge zu stellen, so bezweifeln Sie jedoch nicht, daß, insofern das eingeleitete Executionsverfahren Seine Durchlaucht den Herzog von Braunschweig von weiteren Beleidigungen nicht abhalten sollte, die hohe Bundesversammlung ihren Beschluß vom 20. August v. J. auch in dieser Beziehung aufrecht erhalten, und namentlich nicht verstaten werde, daß bei sogenannten vertraulichen Vorlesungen in der Versammlung Beleidigungen gegen Seine Majestät und allerhöchstihre Diener von des Herzogs von Braunschweig Durchlaucht geäußert werden.

Die Bundesversammlung erklärte hierauf, wienach es sich von selbst verstehe, daß sie den am 20. August 1829 gefaßten Beschluß auch in der von der königlich hannoverschen Gesandtschaft hervorgehobenen Beziehung aufrecht halten werde, was dieselbe am überzeugendsten durch Mißbilligung jener von herzoglich-braunschweigischer Seite vorgebrachten ungeeigneten Abstimmung bewiesen habe.

Uebrigens wolle die Bundesversammlung nicht bezweifeln, daß von Seiten der herzoglichen Regierung in Zukunft jeder ähnliche Vorgang von selbst fern gehalten werde.

In der ersten Sitzung von 1830 hatte der Herzog Carl eine andere Erklärung übergeben, wodurch er für den Fall, daß er genöthigt werden sollte, sein Edict vom 10. Mai 1827 aufzuheben, sich dagegen ausdrücklich verwahren wollte, daß aus dem Vollzuge einer solchen Aufhebung nicht hergeleitet werden könne, als liege darin mittelbar eine Agnoscirung der Landschaftsordnung vom Jahre 1820, und daß man in die Aufhebung des erwähnten Edicts einen solchen oder ähnlichen Sinn nicht legen dürfe. Darüber berichtete in der Bundestagsitzung vom 27. Mai 1830 der Frhr. v. Lerchenfeld als Referent der Reclamations-Commission:

- „Der Herzog gründe seine Protestation mit ihren rechtlichen Folgen darauf:
- 1) daß Seine herzogliche Durchlaucht den Akt der Edictsaufhebung nicht freiwillig, sondern nur gezwungen thun würde;
 - 2) daß abgesehen auch hiervon, in der Verordnung vom 10. Mai 1827 ausdrücklich erklärt worden, daß nur diejenigen Institutionen und Anordnungen agnosciert werden würden, welche gut und zweckmäßig befunden werden möchten;
 - 3) daß das Recht der Reformation im Innern der Landesverhältnisse Seiner herzoglichen Durchlaucht schon von selbst zugestanden, indem von den Gegnern der Verordnung vom 10. Mai 1827 gerade hieraus die Ueberflüssigkeit derselben hat gefolgert werden sollen; endlich aber
 - 4) darauf, daß, ganz abgesondert von den übrigen Landesinteressen, die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 von höchstedenen selbst auf eine ganz für sich bestehende Weise verworfen sei, woraus denn von selbst folge, daß, wenn auch wirklich die Verordnung vom 10. Mai aufge-

hoben werden sollte, demnach hieraus die Anwendbarkeit der Landschaftsordnung vom Jahre 1820 nicht herzuleiten stehe.

Diese Erklärung wurde Antrag des Präsidii an die Vollziehungscommission, zur Kenntnissnahme, und an die Reclamationscommission, welche den Vortrag über die Beschwerde der braunschweigischen Stände zu besorgen hat, zur Begutachtung abzugeben beschlossen.

Die Reclamationscommission glaubt hier vor Allem auf die im vorigen Jahre am Bunde stattgefundenen Verhandlungen zurückgehen zu müssen.

Seine Durchlaucht der Herzog hatten in der 11. Sitzung eine Beschwerde gegen Seine Majestät den König von Hannover, als gewesenen vormundschaftlichen Regenten, wegen Einführung der unterm 25. April 1820 promulgirten erneuerten Landschaftsordnung übergeben, und darauf angetragen:

daß die hohe Bundesversammlung über die in vormundschaftlicher Regierung Seiner herzoglichen Durchlaucht von Seiner Majestät dem Könige von Hannover unterm 25. April 1820 vollzogene und publicirte Landschaftsordnung, als die rechtlichen Grenzen der vormundschaftlichen Befugnisse überschreitend, ihr hohes Mißfallen zu erkennen geben wolle.

In dem von dem Ausschusse über die gegenseitigen Beschwerden Seiner Majestät des Königs von Hannover und Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig in der 19. Sitzung erstatteten Vortrage wird hierüber S. 535, bemerkt: daß in dieser Beschwerde, als Anklage gegen Seine Majestät dem König von Hannover, kein eigentlicher Streitgegenstand vorhanden sei.

Es sei zwar darüber, ob diese Landschaftsordnung oder die frühern in anerkannter Wirksamkeit bestehe, allerdings insofern ein Streit gedenkbar, als diese Frage wie eine innere Landesangelegenheit des Herzogthums Braunschweig betrachtet wird, und in der That, werde sich die hohe Bundesversammlung auch hiermit, auf Veranlassung einer andern auf den Art. 56. der Wiener Schlussacte gegründeten Beschwerde, zu befassen haben.

Dieser an und für sich practische Streit verliere aber sein Object, so wie er gegen die gewesene vormundschaftliche Regierung gerichtet werde, indem Seine Majestät der König von Hannover bei dem Bestande der braunschweigischen Landesverfassung unmittelbar gar nicht theilhaftig seien, und daher nicht zur Partei gemacht werden könnten.

Noch weniger stelle sich der Antrag auf Mißbilligung des Verfahrens der vormundschaftlichen Regierung als begründet dar, welcher eine hier gar nicht als möglich zu denkende Beleidigung voraussetzen würde. Der Ausschuss trug daher darauf an:

daß diese Beschwerde wegen Einführung der neuen Landschaftsordnung von der gewesenen vormundschaftlichen Regierung — in Erwägung, daß in der gegebenen Beziehung kein gesetzlicher Grund zum Einschreiten des Bundes vorhanden sei — abgewiesen werden wolle.

In dem am 20. August über die gegenseitigen Beschwerden von Hannover und Braunschweig gefaßten Concluse hat die hohe Bundesversammlung sub 5 beschlossen.

daß die Beschwerde wegen Einführung der neuen Landschaftsordnung, da sie in der von Seiner herzoglichen Durchlaucht bezeichneten Beziehung keinen gesetzlichen Grund zum Einschreiten des Bundes darbiete, nicht berücksichtigt werden könne.

Es geht somit aus den Verhandlungen der hohen Bundesversammlung hervor, daß dieselbe, indem sie die Beschwerde Seiner Durchlaucht des Herzogs gegen Seine Majestät den König nicht berücksichtigen zu können erklärte, sich durchaus darüber nicht ausgesprochen hat, ob, und in wie fern Seine Durchlaucht diese erneuerte Verfassung anzuerkennen verbunden seien.

In dem Vortrage des Ausschusses wurde vielmehr ausdrücklich bemerkt, daß diese Frage als eine innere Landesangelegenheit aus Art. 56 der Wiener Schlußacte an die hohe Bundesversammlung gebracht worden sei, und in dieser Beziehung von derselben geprüft und erörtert werden müsse.

Es ist daher gar kein Grund zur Besorgniß vorhanden, daß die Seiner Durchlaucht dem Herzog aufgetragene Zurücknahme des Seine Majestät den König von Hannover persönlich beleidigenden Patents vom 10. Mai 1827 als eine solche Anerkennung der erneuerten Landschaftsordnung zu betrachten sei.

Insofern dem Herzog an sich ein Recht zugestanden hat, die Gültigkeit dieser unter der vormundschaftlichen Regierung zu Stande gekommenen Landschaftsordnung zu bezweifeln und zu bestreiten, so ist diesem Rechte durch die Zurücknahme dieses Patents nicht zu nahe getreten.

Seine Durchlaucht haben nicht blos durch dieses Patent, sondern auch durch mehrere spätere Entschlüsse Ihre Absicht, die erneuerte Landschaftsordnung nicht anerkennen zu wollen, ausgesprochen, wie Sie auch in Ihrer Verwahrung sub 4 bemerken.

Durch die Zurücknahme jenes Patents wird der Stand der landschaftlichen Verhältnisse in dem Herzogthume Braunschweig nicht verändert.

Ueber die deshalb bestehende Differenz der von Seiner herzoglichen Durchlaucht verweigerten Anerkennung der erneuerten Landschaftsordnung, wird übrigens die Reclamationscommission demnächst Vortrag erstatten.

Dieselbe findet jedoch in Ansehung der in dieser Erklärung angeführten Gründe, worauf Seine Durchlaucht Ihre Protestation stützen, zu bemerken, daß die beiden ersten,

daß Seine Durchlaucht den Act der Edictsaufhebung nicht freiwillig, sondern nur gezwungen thun würden;

und daß, abgesehen hievon, in der Verordnung vom 10. Mai 1827 ausdrücklich erklärt worden, daß nur diejenigen Institutionen und Anordnungen agnosciert werden würden, welche gut und zweckmäßig befunden werden möchten,

zwar an sich als gänzlich ungeeignet und unzulässig und dem Beschlusse vom 20. August vorigen Jahrs ganz zuwiderlaufend erscheinen, daß sie aber einer besondern Erklärung von Seiten der hohen Bundesversammlung aus dem Grunde nicht bedürfen, weil sie ihre Würdigung und Zurückweisung bereits in dem in der 10. Sitzung über die Protestation Seiner Durchlaucht des Herzogs gefaßten Beschlusse finden.

Die Reclamationscommission begutachtet somit,

daß die Verwahrung Seiner Durchlaucht des Herzogs, daß aus der Aufhebung des Edicts vom 10. Mai 1827 eine Agnoscirung der Landschaftsordnung vom Jahre 1820 nicht gefolgert werden könne, bei der früheren Verhandlung am Bunde als nicht erforderlich erscheine.

Hierauf wurde, nach dem Antrage des Präsidii und unter allgemeiner Zustimmung zu jenem der Commission,

beschlossen:

auf die von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig eingelegte Verwahrung zu erwiedern, daß, da die hohe Bundesversammlung nicht gemeint gewesen sei, durch ihren Beschluß vom 20. August 1829 die Rechtsfrage wegen Agnoscirung der wegen der vormundschaftlichen Regierung gegebenen neuen landständischen Verfassung vom Jahre 1820 zu entscheiden, diese Verwahrung nicht erforderlich erscheine.

Bevor wir den weiteren Verlauf der Angelegenheit vor dem Forum der Bundesversammlung schildern, müssen wir eine Uebersicht der Verhandlungen zwischen den Großmächten und mittleren Staaten, und der dabei gewechselten ungedruckten Denkschriften geben. Erst hierdurch werden die in der Bundesversammlung entwickelten Ansichten vollständig klar und deutlich.

Zweites Kapitel.

Die Verhandlungen und ungedruckten Denkschriften der Kabinete der deutschen Groß- und Mittelstaaten.

Die beiden deutschen Großmächte traten wegen der wichtigen durch die landständische Beschwerde angeregten Fragen in Verhandlung, eingehend jedoch erst mit dem Anfange des Jahres 1830, nachdem in der Hauptsache die im ersten Abschnitte geschilderten Zwistigkeiten dem Ende nahe geführt waren. Preußen wies zuvörderst auf die Bundesverhandlungen des Jahres 1818 über Art. 13. der Bundesacte (vergl. Meine Geschichte der Bundesversammlung Th. II. S. 140—184.)*) Mecklenburg hatte damals den bekannten Antrag auf Erfüllung des Art. 13. der Bundesacte gestellt. Nach und nach gingen damals die Instructionen darüber ein. Aus diesen ging hervor,

- 1) daß in einem großen Theile der monarchischen Bundesstaaten erst seit der Auflösung des Rheinbundes landständische Verfassungen neu errichtet worden waren.
- 2) daß in einem anderen bedeutenden Theile der monarchischen Bundesstaaten die während der deutschen Reichsverbinding schon vorhanden gewesenen landständischen Verfassungen mehr oder weniger verändert, fortbauerten oder nach der durch die Fremdherrschaft herbeigeführten Unterbrechung wieder hergestellt worden waren.
- 3) daß endlich in mehreren monarchischen Bundesstaaten die Einführung oder Wiedereinführung landständischer Verfassungen noch zu erwarten stand.

Braunschweig gehörte zu dieser letzteren Kategorie. Dies ging aus der braunschweigischen Abstimmung hervor. Diese lautete nämlich: **)

Bundes-Protokolle 1820: §. 67.

Erfüllung des 13. Artikels der deutschen Bundesacte.

„Braunschweig und Nassau für Braunschweig. Von dem herzogl. braunschw. Gouvernement ist dessen Gesandter am Bundestage autorisirt, der hohen Bundesversammlung ein Exemplar der nunmehr mit Zustimmung der Stände des Herzogthums Braunschweig entworfenen und durch die allerhöchste Verordnung vom 25. April dieses Jahres publicirten, neuen Landschafts-Ordnung zu überreichen, woraus die erwünschte vollständige Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte für dieses Herzogthum hervorgeht.

*) Note des Grafen Bernstorff vom 27. März 1830.

**) Siehe B.-P. 1820. 13. Juli. § 67. 16te Sitzung.

Hierauf wurde beschlossen:

die vorgelegte Verordnung über die erneuerte Landschafts-Ordnung in dem Herzogthum Braunschweig in das Archiv abzugeben.

Aus dieser Mittheilung in Verbindung mit der königlichen Verordnung vom 25. April d. d. Carlton House, welche die neue Verfassung einleitet, entnehme die Bundesversammlung

- 1) daß im Herzogthum Braunschweig an die Stelle einer vorhanden gewesenen älteren Landschaftsordnung eine erneuerte und revidirte Landschaftsordnung getreten sei.
- 2) daß diese eine pactirte sei.
- 3) daß die Feststellung der erneuerten Landschaftsordnung im Herzogthum Braunschweig von der Regierung desselben, als die vollständige Erfüllung ihrer im Art. 13. der Bundesacte gegen den deutschen Bund unternommenen Verpflichtung angesehen wurde."

Indem Bernstorff hierauf hinwies, äußerte er, daß die Bundesversammlung damals eben so wenig zu untersuchen gehabt habe, ob im Herzogthum Braunschweig vor der Fremdherrschaft eine landständische Verfassung vorhanden gewesen, ob und wie weit dieselbe nach der Vertreibung der Fremdherrschaft wieder ins Leben getreten war, als sie jetzt darnach fragen müsse. Es habe damals der Bundesversammlung nur darauf ankommen können, daß im Sinne des Art. 13. der Bundesacte eine landständische Verfassung im Herzogthum Braunschweig überhaupt stattfinde, und daß der deutsche Bund hiervon eine hinlängliche Ueberzeugung erhalte.

Ob die vormundtschaftliche Regierung zur Erfüllung der Verpflichtung ihrer im Art. 13. der Bundesacte gegen den deutschen Bund während der damaligen Minderjährigkeit des Herzogs auch berechtigt gewesen, konnte nach der Meinung des preussischen Cabinets von Seiten des Bundes um so weniger in Zweifel gezogen werden, als nicht etwa ein Bevollmächtigter der vormundtschaftlichen Regierung, sondern ein Bevollmächtigter des am 16. Juni 1815 bei Quatrebras gebliebenen Herzogs Friedrich Wilhelm die Bundesacte mit vollzogen hatte. Es habe nirgends, am wenigsten bei dem deutschen Bunde einem Bedenken unterlegen, daß der Sohn und Regierungs-Nachfolger oder an seiner Stelle die vormundtschaftliche Regierung die von dem Notar und Regierungsvorfahren übernommenen Verpflichtung nach beinahe fünfjährigem Verzuge — sofern sonst keine Hindernisse vorwalteten, — erfüllen müsse und eben deshalb auch dürfe. Man habe niemals an der Rechtsverbindlichkeit der Bundesacte für Anhalt-Röthen, obgleich sie nur von dem Bevollmächtigten des Herzogs von Anhalt-Deßau als Vormundes eines minorennen Herzogs vollzogen wurde, gezweifelt. Wie hätte man irgend annehmen können, daß die Minderjährigkeit eines Bundesfürsten die Erfüllung einer von seinem Regierungsvorgänger auf ihn übertragenen Verpflichtung gegen den Bund suspendire? Daraus würde folgen, daß der Bund sich unter Umständen eine vier und zwanzigjährige und längere Nichterfüllung der gegen ihn übernommenen Pflichten de jure gefallen zu lassen habe!

Bernstorff hätte noch hinzufügen können, daß je nach dem vom Herzog Carl von Braunschweig geltend gemachten Principe, die Berechtigung der vormundtschaftlichen Regierung zur Unterzeichnung der Wiener Schlußacte gar nicht vorhanden gewesen sei. Denn diese enthielt so weit mehr Beschränkungen der landes-

herrlichen Machtvollkommenheit, als die neue Landschaftsordnung von 1820 im Verhältniß zur älteren von 1770!

Das preussische Cabinet wies nun weiter darauf hin, daß 4 Wochen vor der Mittheilung der vormundtschaftlichen Regierung wegen Erfüllung des Art. 13. (13. Juli 1820) der Bundesacte im Herzogthum Braunschweig, die Wiener Schlußacte zu einem Grundgesetze des Bundes erhoben sei (8. Juni 1820). In diesem Grundgesetze des Bundes heiße es unter Art. 54.

„Da nach dem Sinne des 13. Artikels der Bundesacte nur den darüber erfolgten späteren Erklärungen in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen Statt finden sollen, so hat die Bundesversammlung darüber zu wachen, daß diese Bestimmung in keinem Bundesstaate unerfüllt bleibe.“

Die Bundesversammlung würde hiernach bei dem im Jahre 1823 erfolgten Regierungsantritte des Herzogs von Braunschweig auf seine ausdrückliche Anerkennung und Bestätigung der am 13. Juli 1820 übergebenen Landschaftsordnung oder auf Einführung einer neuen landständischen Verfassung im Herzogthum Braunschweig hin zuwirken gehabt haben, wenn sie geglaubt hätte, daß durch die Feststellung der am 13. Juli 1820 ihr übergebenen erneuerten Landschaftsordnung die Bestimmung des Artikels 13 der Bundesacte im Herzogthum Braunschweig noch nicht erfüllt, und daß die vormundtschaftliche Regierung zu deren Erfüllung nicht berechtigt gewesen sei. Wenn sie im Gegentheil nach dem Regierungsantritte des Herzogs Carl fortgefahren sei, die von der vormundtschaftlichen Regierung ihr mitgetheilte Landschaftsordnung als eine in Wirksamkeit bestehende anzuerkennen, so erscheine dies um so natürlicher, als ihr bis zum Jahre 1829 auch von Seiten des Herzogs keine Aeußerung zukommen sei, aus welcher zu schließen gewesen wäre, daß er selbst jene Landschaftsordnung als eine in Wirksamkeit bestehende nicht anerkenne.

Der Artikel 56 der Wiener Schlußacte bestimme:

„Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.“ Von dem deutschen Bunde sei aber die der Bundesversammlung vom 13. Juli 1820 übergebene erneuerte Landschaftsordnung als eine in Wirksamkeit bestehende landständische Verfassung bis dahin stillschweigend anerkannt worden. Durch die zu seiner Kenntniß gebrachte Differenz zwischen dem Herzog und den Ständen sei es nunmehr klar geworden, daß ersterer jene Anerkennung seinerseits willkürlich verweigere, und mittelst Verordnung vom 25. Mai 1829 die ältere von 1770 wieder ins Leben zu rufen versucht habe. Da nun im Herzogthum Braunschweig die Anerkennung und Feststellung landständischer Verhältnisse selbst nach jener älteren Verfassung, nicht anders als im Wege der Vereinbarung und Uebereinkunft zwischen der Landesherrschaft und Ständen geschehen könne, so würde jetzt bei der Weigerung der Stände, die neue Landschaftsordnung mit der älteren wieder zu vertauschen, eigentlich gar keine landständische Verfassung im Herzogthum Braunschweig existiren, wenn der Bund sich dabei beruhigen könnte und dürfte.

Nun wird nachgewiesen, daß nur die Landschaftsordnung von 1820 in anerkannter Wirksamkeit sich befinde:

„Was dagegen die von dem deutschen Bunde als eine in Wirksamkeit bestehende landständische Verfassung seit 9 Jahren angenommene und in das Bundes-Archiv niedergelegte Landschaftsordnung vom 25. April 1820 betreffe, so

könne der Bund, da diese Annahme noch keine Garantie involvirt, ebenso wenig ihre unveränderte Aufrechterhaltung gegen begründete Ausstellung des Herzogs, als ihre durchgängige Beseitigung und die Wiederherstellung der älteren Verfassung gegen die zur Mitwirkung berufenen Stände befördern oder veranlassen wollen. Abänderungen der bisher von dem Bunde als in anerkannter Wirksamkeit angenommenen landständischen Verfassung des Herzogthums Braunschweig könnten eintreten, ja würden wohl auf Verlangen des Herzogs eintreten müssen, wenn er bewiese, daß durch die darin enthaltenen Modification der frühern Landschaftsordnung wesentliche und unveräußerliche landesherrliche Rechte von der vormundtschaftlichen Regierung unbefugter Weise aufgegeben oder beschränkt worden seien. Schon auf diese bloße Behauptung hin müßten sich die Stände zu Verhandlungen wegen gemeinschaftlich vorzunehmenden Abänderungen der erneuerten Landschaftsordnung herbeilassen. Der Weg der Vereinbarung zwischen Landesherrn und Ständen sei im Herzogthum Braunschweig der verfassungsmäßige, und nur auf verfassungsmäßigem Wege könne nach Artikel 56 der Schlußakte die daselbst näher bezeichnete landständische Verfassung, nämlich die in anerkannter Wirksamkeit bestehende abgeändert werden. Als nun in Wirksamkeit bestehende landständische Verfassung der Verfassung aber habe der deutsche Bund die ihm vom 15. Juli 1820 mitgetheilte erneuerte Landschaftsordnung angenommen und in sein Bundesarchiv niederlegen lassen.

Um nun den Bestimmungen des Artikels 54 und 56 der Schluß-Acte in ihren Verbindungen mit einander zu genügen, oder mit anderen Worten, um gleichmäßig dafür zu sorgen, daß eine landständische Verfassung im Herzogthum Braunschweig ununterbrochen fortbestehe und daß zugleich die Möglichkeit einer auf verfassungsmäßigem Wege zu bewirkenden Abänderung der Landschaftsordnung vom 25. Juli 1820 offen bleibe, welche als eine in Wirksamkeit bestehende Verfassung bisher von dem Bunde anerkannt worden sei; könne die Bundesversammlung bei der eben entwickelten eigenthümlichen Lage der Sache nicht umhin, sich einstweilen den Schutz jener von ihr bisher anerkannten Verfassung gegen willkürliche Störung angelegen sein zu lassen. Es handelt sich also lediglich um Erhaltung des in den ständischen Verhältnissen des Herzogthums Braunschweig vorhandenen rechtlichen Besitzthums, welcher so lange fortbauern müsse, bis das Recht des Herzogs, die von ihm verlangten Aenderungen zu bewirken und auszuführen, den in Wirksamkeit sich befindenden Ständen gegenüber, auf dem zuständigen, verfassungsmäßigen Wege entschieden sein werde, daß die Stände übrigens mit ihrem ganz unbegründeten Gesuche um Uebernahme einer besonderen Garantie der Landschaftsordnung vom 25. April 1820 von Seiten des Bundes — worauf nur von Bundesgliedern selbst angetragen werden könne — durchaus zurückzuweisen seien, verstehe sich von selbst. Ebenso bedürfe es keiner näheren Ausführung, daß der vorliegende Fall von ganz eigenthümlicher Beschaffenheit sei, weshalb auch die von dem preussischen Cabinet vorgeschlagene Behandlung desselben, wenn sie von Seiten des Bundes beschloffen werden sollte, künftig nur bei dem sehr unwahrscheinlichen Eintreten eines in allen Punkten ähnlichen Falles zum Beispiele dienen könnte."

Die preussischen Ansichten wurden in einer Denkschrift weiter entwickelt. Mit Uebergehung der geschichtlichen Darstellung der Verhandlung beim Bunde bis

zum März 1830 (siehe oben Cap. 1.) geht das preussische Cabinet zur Frage wegen der Competenz der Bundesversammlung über. Es sagte (März 1830):

„Die Frage, nämlich die,

„ob und in wie weit die Bundesversammlung competent ist, sich in Folge der von Seiten der herzoglich braunschweigischen Stände geschehenen Anrufung in die Sache einzumischen?“

dürfte nun vor Allem zu erörtern und zu entscheiden sein. Sie wird von Seiten der Stände zunächst und wesentlich unter Beziehung auf Art. 56 der Schluß-Acte, welche lautet: „Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf rechtmäßigem Wege wieder abgeändert werden.“ bejaht, während von Seiten des Herzogs von Braunschweig die Anwendung des fraglichen Artikels in dem vorliegenden Falle in Abrede gestellt wird, und zwar deshalb, weil der durch die erneuerte Landschaftsordnung vom 28. April 1820 begründeten Verfassung die Eigenschaft einer in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassung rechtlich nicht zukomme. — Da nun nach Art. 61 der mehrgedachten Wiener Schlußacte, welche lautet:

Außer dem Falle der übernommenen besonderen Garantie einer landständischen Verfassung und der Aufrechterhaltung der über den dreizehnten Artikel der Bundesnote hier festgesetzten Bestimmungen, ist die Bundesversammlung nicht berechtigt, in landständische Angelegenheiten oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherrn und ihren Ständen einzuwirken, so lange solche nicht den im 26. Artikel bezeichneten Character annehmen, in welchem Falle die Bestimmungen dieses, sowie des 27. Artikels auch hierbei ihre Anwendungen finden. — Der 46. Artikel der Wiener Congressacte vom Jahre 1815, in Betreff der Verfassung der freien Stadt Frankfurt erhält jedoch hierdurch keine Abänderung.

das Recht der Bundesversammlung in die vorliegende ständische Angelegenheit einzuwirken nur insofern vorhanden sein dürfte, als es sich um Aufrechterhaltung der in den Art. 56 der Wiener Schlußacte festgesetzten Bestimmung handelt, so wird vor Allem zu untersuchen sein,

ob die durch die erneuerte Landschaftsordnung vom 25. April 1830 begründete ständische Verfassung der braunschweigischen Lande eine solche ist, von welcher man sagen kann, daß sie in anerkannter Wirksamkeit bestehe.

Hierbei muß man

- I. die Zeit, wo die braunschweigischen Lande während der Minderjährigkeit des jetzt regierenden Herzogs unter der vormundschaftlichen Verwaltung des Königs von Hannover standen, von derjenigen unterscheiden,
- II. wo der Herzog nach erlangter Majorennität die Regierung selbst übernahm.

1) In dem Zeitraum unter der vormundschaftlichen Regierung bestand die durch die erneuerte Landschaftsordnung begründete ständische Verfassung, was das factische Verhältniß anlangt ohne allen Zweifel in anerkannter Wirksamkeit. Denn die Landschaftsordnung war von Seiten der vormundschaftlichen Regierung bereits in Ausführung gebracht, die ständischen Institute überall danach gebildet. Dies scheint man auch herzoglicher Seits nicht bestreiten zu wollen, sondern man behauptet nur, daß, da einem vormundschaftlichen Regenten überhaupt das Recht nicht zusteht, die Fundamentalgesetze des bloß seiner Verwaltung anvertrauten Staats unzuändern, die während der vormundschaft-

lichen Regierung in den braunschweigischen Landen gebildete und bestandene landständische Verfassung keine solche sei, worin es heißen könne, daß sie rechtsgültiger Weise in anerkannter Wirksamkeit sich befand.

Erwägt man aber die Umstände, unter welchen die vormundtschaftliche Regierung sich veranlaßt fand, mittelst der erneuerten Landschaftsordnung vom 25. April 1820 die in den braunschweigischen Landen vor der Fremdherrschaft bestandene ständische Verfassung unter gewissen mit den Ständen selbst verabredeten Modificationen wieder herzustellen, so dürfte die Frage, ob dieselbe hierbei im Allgemeinen die ihr als vormundtschaftliche Behörde zustehenden Befugnisse überschritten habe oder nicht, leicht zu entscheiden sein, ohne daß es einer näheren Untersuchung der Rechte bedarf, welche in dieser Beziehung einem vormundtschaftlichen Regenten als solchen überhaupt zustehen.

In Folge der Bestimmung des Art. 13 der Bundesakte sowie der nachherigen Bundestags-Verhandlung lag der vormundtschaftlichen Regierung der braunschweigischen Lande die Verpflichtung ob, für die Wiederherstellung der landständischen Verhältnisse in Braunschweig zu sorgen. Diese Verpflichtung, mithin auch das Recht hierzu wird von Seiten des Herzogs selbst anerkannt. Nur ist derselbe dabei der Meinung, daß dieser Verpflichtung auf das Vollständigste nie Genüge geleistet worden wäre, wenn die vormundtschaftliche Regierung sich einzig und allein darauf beschränkt hätte, die ältere Landschaftsordnung von 1770 ohne alle Modification wieder herzustellen und als rechtsverbindlich für die braunschweigischen Lande zu proclamiren.

Daß die vormundtschaftliche Regierung sich hierauf hätte beschränken können, wenn es ihr bloß darum zu thun gewesen, den Worten der Bundesakte zu genügen, leidet wohl keinen Zweifel. Ob sie aber dadurch der Verpflichtung, welche ihr sowohl dem Lande als dem künftigen Regenten, welchen sie vertrat, gegenüber oblag, nachgekommen wäre, möchte wohl sehr bezweifelt werden, wenn man bedenkt, wie wenig die früher bestandenen landständischen Verhältnisse in Folge der während der Fremdherrschaft stattgefundenen Veränderungen den Zeitumständen und den wahren Bedürfnissen des Landes entsprechen, ja wie deren vollständige Wiederherstellung sogar in manchen Beziehungen unmöglich erschien. Hat doch der Herzog selbst in seinem oben angeführten Schreiben an die Landschaft vom 25. März 1829, wodurch er die vor der Fremdherrschaft bestandenen landchaftlichen Verhältnisse wieder für hergestellt erklärte, die Nothwendigkeit einer den veränderten Zeitumständen angepaßten Modification derselben, wenn auch nur indirect, anerkannt.

Weit entfernt daher, der vormundtschaftlichen Regierung daraus einen Vorwurf zu machen, daß sie die frühere landständische Verfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege bestimmter Modificationen wieder herstellte, würde man sie tadeln müssen, wenn sie, obgleich überzeugt, daß die alte Verfassung in ihrer früheren Form nicht mehr anwendbar sei, dennoch sich begnügt hätte, dieselbe wieder ins Leben zu rufen. Offenbar würde sie sich dabei einer groben Nachlässigkeit in der Erfüllung ihrer Pflichten schuldig gemacht haben, wogegen die Entschuldigung, daß sie dies deshalb unterlassen habe, weil ihr das Recht, die früher bestandene Verfassung abzuändern, im Verhältniß zu dem zukünftigen Landesherrn nicht zugestanden, unter den obwaltenden Umständen schwerlich für genügend hätte gehalten werden dürfen.

War nun gleich hiernach die vormundtschaftliche Regierung des Herzogthums Braunschweig im Allgemeinen nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, eine

Modification der früheren ständischen Verfassung vorzunehmen, so folgt jedoch daraus noch nicht, daß sie ohne Weiteres jede Modification vornehmen oder geschehen lassen dürfte. Solche Modificationen, wodurch wesentliche Rechte des Landesherrn aufgegeben oder beschränkt wurden, konnten nur unter dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Vorbehalte stattfinden, daß der Herzog nach seinem Regierungsantritte dieselben genehmigen würde.

Insofern daher Modificationen der Art in der erneuerten Landschaftsordnung sich in der That befinden sollten, wird die völlige Rechtsgültigkeit derselben erst dann behauptet werden können, wenn nachgewiesen worden, daß der Herzog diese Modificationen seit seinem Regierungsantritte genehmigt habe.

Nur hinsichtlich dieser Punkte, vorausgesetzt, daß sich solche in der mehrgedachten Landschaftsordnung wirklich befinden, möchte es daher von Interesse sein, zu prüfen, ob sie von dem Herzog seit seinem Regierungsantritt anerkannt worden sind, indem die Beziehung auf alle anderen der erneuerten Landschaftsordnung begründeten ständischen Verhältnisse, gleichviel, ob sie von dem Herzog selbst anerkannt worden sind, oder nicht, behauptet werden muß, daß sie in Folge der unter der vormundschaftlichen Regierung stattgefundenen Unordnung in anerkannte Wirksamkeit getreten sind.

2) Da nun der Herzog nach seinem Regierungsantritte die durch die erneuerte Landschaftsordnung begründete ständischen Verhältnisse eine Reihe von Jahren hat fortbestehen lassen, ohne gegen die eine oder andere der darin aufgenommenen Bestimmungen zu protestiren, so möchte man mit Recht annehmen, daß er solche in jener Landschaftsordnung enthaltenen Modificationen der früheren Landschaftsordnung, welche, weil die wesentlichen landesherrlichen Rechte aufgegeben oder beschränkt worden, nur in Folge seiner Genehmigung oder Anerkennung volle Gültigkeit erhalten könnten, in der That, wenngleich nur stillschweigend anerkannt habe, so daß die durch die erneuerte Landschaftsordnung begründete ständische Verfassung auch noch hinsichtlich dieser Punkte für ihn rechtsgültig sei.

Jedenfalls dürfte aber die Frage:

ob die durch die erneuerte Landschaftsordnung begründete ständische Verfassung der braunschweigischen Lande eine solche ist, von welcher man sagen kann, daß sie in anerkannter Wirksamkeit bestehe?

im Allgemeinen nicht anders als bejaht werden können, und demnach auch die Competenz der Bundesversammlung sich in diese Angelegenheit einzumischen, keinem Zweifel wohl unterworfen bleiben.

Eine zweite Frage ist nun:

auf welche Art diese Competenz von Seiten der Bundesversammlung zu üben ist?

Hierbei muß vor Allem festgesetzt werden, was der Gegenstand der Streitigkeiten zwischen dem Herzog von Braunschweig und den Ständen ist.

Ersterer hat, von der Ansicht ausgehend, daß die in den braunschweigischen Landen während der vormundschaftlichen Regierung begründete landständische Verfassung überhaupt rechtlich nicht bestehe, dieselbe als nicht existirend betrachtet wollen und noch unter dem 25. Mai 1829 die Wiederherstellung der vor der Fremdherrschaft vorhanden gewesen ständischen Verfassung verordnet. Da aber jene Voraussetzung, wie aus dem Obigen erhellt, nicht gegründet ist, so kann das Verfahren des Herzogs, abgesehen davon, daß es überhaupt willkürlich und eigenmächtig erscheint, durchaus nicht gebilligt werden, und es wird daher

von ihm vor Allem gefordert werden müssen, daß er die Verordnung, wodurch er die landschaftlichen Verhältnisse und Privilegien von 1770 für wiederhergestellt hat, zurücknehme, indem bis auf Weiteres der während der vormundschaftlichen Regierung in den landständischen Verhältnissen begründete rechtliche Besitzstand aufrecht erhalten werden muß.

Hat erst der Herzog dieser Aufforderung genügt, so ist es dann auch seine Sache eine Modification dieser Verhältnisse, in den Punkten, wo er glaubt, daß wesentliche landesherrliche Verhältnisse verletzt sind, auf verfassungsmäßigem Wege herbeizuführen.

Als Punkte der Art sind in den bisher (März 1830) bei der Bundesversammlung in der Sache stattgehabten Verhandlungen von Seiten des Herzogs mehrere in der erneuerten Landschaftsordnung vom 25. April aufgenommene Bestimmungen bezeichnet, insbesondere folgende:

- 1) daß statt die Convocation der Landstände von der Bestimmung des Landesherren abhängig zu machen, dieselbe regelmäßig alle drei Jahre geschehen solle, und
- 2) daß der Landesherr für die ihm zugehörigen, bisher auf den Landtagen repräsentirten Besitzungen, von den landständischen Verathungen ausgeschlossen würde.

Als verfassungsmäßiger Weg erscheint zunächst der Versuch einer gütlichen Ausgleichung zwischen den beiden Theilen; kommt eine solche Ausgleichung nicht zu Stande, so dürfte die Entscheidung der Sache den Gerichten anheim fallen."

Während dieser ersten Aeußerungen Preußens hatte Blittersdorf als Mitglied der Bundestags-Commission für die braunschweigischen Angelegenheiten eine Denkschrift im Anfang April 1830 nach Berlin aus Wien mitgetheilt, auch der bairische und hannöversische Bundestagsgesandte erhielten Kenntniß von derselben. Die Denkschrift ist in mehr als einer Beziehung lehrreich und stellt den Gesichtspunkt der maßgebenden Kreise am Bundestage zur damaligen Zeit in helles Licht. Sie lautete:

Erste Blittersdorff'sche Denkschrift Anfangs April 1830.
Ueber die Begründung der Competenz des Bundes in der braunschweigischen landständischen Angelegenheit.

Der Artikel 54 der Wiener Schlußacte setzt fest, daß in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen stattfinden sollen und daß die Bundesversammlung darüber zu wachen hat, daß diese Bestimmung in keinem Bundesstaate unerfüllt bleibe. Es gab nun zur Zeit der Wiener Ministerial-Conferenzen solche Bundesstaaten, wo noch keine landständische Verfassungen vorhanden waren, und solche wo dergleichen in anerkannter Wirksamkeit bestanden.

In dieser Beziehung sagte der betreffende Ausschuß bei Motivirung seiner desfallsigen Redactions-Vorschläge in der 6. Sitzung. „In Folge des Grundsatzes, daß landständische Verfassungen als innere Landes-Angelegenheiten außer dem Wirkungskreise des Bundes sich befinden und ihre Anordnung den Regierungen überlassen blieb, dürfen weder die bestehenden einer Revision, noch die künftig zu bildenden andern Vorschriften unterworfen werden, als solchen, welche auch für jene aus dem Bundesverein hervorgehen. Die Ministerial-Conferenz eignete sich diese Grundansicht an, und beschloß sonach für die Staaten, wo noch keine landständischen Verfassungen bestanden, daß es den souverainen Fürsten der Bundesstaaten überlassen bleibe, diese innere Landes-

Angelegenheit mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen. Artikel 55 — und unter Aufrechthaltung desselben Grundsatzes „daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können.“ Artikel 56.

Durch letzteren Artikel kann mithin nichts anderes gesagt sein, als daß, weil die Regulirung der ständischen Verhältnisse eine innere Landesangelegenheit sei, die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen von Seiten des Bundes keiner Revision unterworfen werden dürfen. Dabei wurde jedoch festgesetzt, daß sowohl die neu zu bildenden, als die schon bestehenden landständischen Verfassungen monarchisch sein müssen, und der Erfüllung der Bundespflichten nicht hinderlich werden dürfen (Art. 57. 58. 59.) Eine Einmischung des Bundes in diese innere Landes-Angelegenheit wurde nur insofern gestattet, als die Erreichung der Bundeszwecke, oder die speciell dem Bunde übertragene Garantie es erfordern könnten. (Art. 60. 61.) Da nun im Fall der braunschweigischen Landstände weder über Verletzung des monarchischen Principis, noch über Verhinderung in Erfüllung von Bundespflichten, was wohl nur von Seiten des Herzogs hätte geschehen können, geklagt wird, so ist an und für sich klar, daß die Artikel 57., 58. und 59. der Wiener Schlußacte nicht citirt werden können. Eben so wenig kann der Artikel 60. allegirt werden, weil vom Bunde nirgend die Garantie der neuen Landschaftsordnung Braunschweigs übernommen worden ist, weshalb denn auch die Streitigkeiten zwischen dem Herzog und den Ständen in Betreff der Verfassung als solche dem Bunde fremd bleiben müssen. Allein auch auf den Artikel 56 kann man sich nicht berufen, indem dieser nur festsetzt, daß weil die bestehenden Verfassungen von Seiten des Bundes keiner Revision unterworfen werden dürfen, alle Abänderungen solcher Verfassungen nur auf landesverfassungsmäßigem Wege erfolgen können. — Nunmehr handelt es sich hier, aber vollends von keiner der innern Landesgesetzgebung ausdrücklich anheim gestellten Abänderung (Modification) einer in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassung, sondern von völliger Aufhebung einer solchen Verfassung.

Mithin hat sich der Herzog von Braunschweig auch keineswegs in Widerspruch mit dem Artikel 56 der Wiener Schlußacte gesetzt, sondern nur mit dem Art. 54 dieser Akte. Insofern daher die Landstände dahier Beschwerde führen und sich auf den Art. 56 der Wiener Schlußacte berufen, müssen sie jedenfalls abgewiesen werden, indem sie wegen verfassungswidriger Abänderung der Verfassung nur alsdann hätten beim Bunde klagen können, wenn 1) von Abänderung der neuen Landschaftsordnung Braunschweigs hier die Rede wäre und 2) wenn dem Bunde die Garantie dieser Verfassung speciell übertragen worden wäre. Dagegen können sie sich allerdings auf den Art. 54 der Wiener Schlußacte berufen, insofern es bei einer notorischen Thatfache überhaupt einer Anzeige bedarf, um den Bund an eine ihm im Allgemeinen obliegenden Pflicht zu machen. — Ein Bescheid könnte den Landständen aber auch hierauf nicht zu Theil werden, weil in Gemäßheit des Artikel 54 nur zwischen dem Herzog und dem Bunde verhandelt werden kann.

Die sonach vom Bunde ex officio zu beleuchtende Frage besteht nur darin, ob eine landständische Verfassung, in welcher der Bund die Erfüllung des Artikel 54 erblicken mußte, von dem Herzoge einseitig wieder völlig aufgehoben (umgestürzt, nicht modificirt oder abgeändert) werden konnte und durfte. Ohne

Zweifel ertheilt kein Souverain eine landständische Verfassung und findet eben so wenig in der Regel eine solche als bestehend vor, ohne die Verpflichtung ohne weiteres zu übernehmen und anzuerkennen in Gemäßheit derselben zu regieren. Es liegt dies in der allgemeinen Verpflichtung eines jeden Souverains die Gesetze seines Staates zu respectiren, und insofern konnte es keiner ausdrücklichen bundesgesetzlichen Bestimmung bedürfen. — Da wenn eine solche in Wien auch nur in Vorschlag hätte gebracht werden wollen, so wäre sie sicher als eine *conditio turpis* von allen Bundesstaaten verworfen worden, indem der Fall gar nicht als möglich gedacht werden konnte, daß irgend ein Bundes-Souverain sich ohne weiteres über die Grundgesetze seines Staates, in Gemäßheit derer er zu regieren hatte, hinaussetzen und dieselben geradezu umstürzen würde. Wie wenig man eine solche Unterstellung für zulässig hielt, beweist gerade der Art. 56 der Wiener Schlußacte indem die Bundesstaaten sich nicht hätten zusichern können, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen keiner Revision des Bundes unterworfen werden sollen, wenn sie nicht als eine selbstverständene Sache angenommen hätten, daß die Souverains diese Verfassungen auch ihrerseits fortbestehen lassen würden. Wenn nichts desto weniger ein solcher höchst bedauerlicher Fall eintritt, so hat der Bund das Recht und die Verpflichtung darüber zu wachen, daß die Bestimmung, wonach in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen stattfinden sollen, nicht unerfüllt bleibe. Diese zum Handeln berechtigende durchaus positive Verpflichtung des Bundes bezieht sich nicht nur auf die erste Einführung einer landständischen Verfassung, sondern ist, eben weil sie eine allgemeine ist, auch eine immerwährende und muß daher, da man im Bunde nur von einem legalen Zustande ausgehen kann, auch auf die bereits bestehenden, oder später eingeführten Verfassungen angewendet werden. — Da nun in Braunschweig eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Verfassung vorhanden war, und diese vom Bunde als eine Erfüllung des 54. Artikels der Wiener Schlußacte angenommen worden ist, (wie von königlich-preussischer Seite treffend angeführt ist) so hat der Bund das Recht und die Verpflichtung den Herzog zu fragen, weshalb Seine Durchlaucht durch Aufhebung dieser Verfassung dem genannten Artikel zuwidergehandelt haben und in Folge dessen darüber zu entscheiden, ob die anzuführenden Gründe, als genügend angenommen werden können oder nicht. Der Ausspruch des Bundes würde daher nur die Legalität der vom Herzoge vorgenommenen Aufhebung der neuen Landschaftsordnung betreffen, und seine Competenz zur unmittelbaren Entscheidung *per majora* müßte aus Artikel 11 der Wiener Schlußacte abgeleitet werden.

Von preussischer und baierischer Seite wurden hierzu sofort Erläuterungen gegeben, die sich ohngefähr auf folgende Hauptsätze reducirten:

Einiges über die Competenz des Bundes in Betreff der Landschaft des Herzogthums Braunschweig. (v. Blittersdorff, 4. April 1830.)

„Es sei gewiß auf eine scharfsinnige Weise von Blittersdorff nachgewiesen worden, daß historisch betrachtet der Artikel 56 der Wiener Schlußacte sein Dasein hauptsächlich dem Uebelstande verdanke, daß diejenigen Staaten, in welchen bereits im Sinne des 13. Artikels der Bundesacte landständische Verfassungen eingerichtet worden wären, den Fortbestand derselben darauf gesichert zu sehen wünschten, daß dem Bunde keine Einwirkung zum Zwecke einer Ab-

Änderung derselben gestattet, sondern die Herbeiführung einer Aenderung allein auf verfassungsmäßigem Wege zulässig sein sollte.

Es werde mit Recht hieraus gefolgert werden können, daß es die Absicht war, die Einmischung des Bundes in landständische Angelegenheiten möglichst zu beschränken.

Es werde ferner als richtig anzuerkennen sein, daß man den Unterthanen in den resp. Bundesstaaten nicht nachlassen dürfte, auf den Grund des Artikels 56 der Wiener Schlußacte so oft an den Bundestag Beschwerde über ihre eigenen Regierungen zu bringen, als sie in der Meinung stünden, daß Änderungen in ihrer in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassung auf einem unverfassungsmäßigen Wege herbeigeführt worden seien. Man werde vielmehr darauf halten können, daß der Artikel 56 der Wiener Schlußacte, — seinem Ursprung treu, sich allein auf das Verhältniß des Bundes zu den Bundesregierungen beziehe (??). Bei Braunschweig handle es sich aber um ein solches Verhältniß.

Braunschweig habe wie jeder andere Staat die Verpflichtung, welche Artikel 13 der Bundesacte allen Bundesregierungen auferlegt habe, zu erfüllen. Die bereits erfolgte Erfüllung habe Braunschweig angezeigt; für den Bund sei mithin kein anderer Gesichtspunkt dem Herzoge gegenüber möglich, als davon auszugehen, daß die neue Landschaftsordnung, welche Braunschweig als Erfüllung der erwähnten Verpflichtung zur Kenntniß des Bundes gebracht habe, die in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung sei. Ob hiernach ein Zurückgehen auf die Geschichte der Wiener Minister-Conferenzen und des Ursprungs des Artikels 56 der Schlußacte nothwendig sei, um über die Competenzfrage der braunschweigischen Ständesache zu entscheiden, möge dahingestellt bleiben. Indem man preussischerseits den Artikel 56 in Bezug genommen habe, sei noch keineswegs gesagt worden, daß die gedachten Stände nur selbigem das Fundament ihrer am Bunde angebrachten Beschwerde abzuleiten das Recht hätten. Es sei vielmehr zunächst das Verhältniß beleuchtet worden, in welchem sich der Bund gegenüber dem Herzog von Braunschweig in Bezug auf die durch die ständische Beschwerde zu seiner Kenntniß gekommene Nichterfüllung der Verpflichtung aus der Bundesacte, nach der vorausgegangenen, ihm über die erfolgte Erfüllung gemachte Anzeige befände, um darzuthun, daß der Bund verpflichtet und befugt sei, seine Competenz auszusprechen. Das in der Sache vorliegende Verhältniß sei so ganz eigenthümlicher Natur in Beziehung auf den Standpunkt des Bundes, daß derselbe schwerlich wieder in die Lage kommen werde, diesen Standpunkt inne halten zu müssen.

Denn 1., fast in allen Bundesstaaten sei die im Artikel 13 der Bundesacte übernommene Verpflichtung bereits erfüllt, und 2., wo man zur Zeit mit dieser Erfüllung noch im Rückstande sich befinden sollte, werde hoffentlich der Bund nicht durch die Bundesregierungen selbst erst offizielle Kenntniß von der erfolgten Erfüllung der gedachten Verpflichtung mittelst Ueberreichung der Staatsurkunde erhalten, und einige Zeit darauf von den Unterthanen und auf diese Veranlassung von dem regierenden Herrn selbst vernehmen müssen, daß die angezeigte Erfüllung der erwähnten Verpflichtung keineswegs die von letzterem anerkannte sei.

Man hat der braunschweigischen Regierung überlassen, die Verfassungssache selbst zu ordnen, sowie die übrigen Bundes-Regierungen völlig frei gehandelt hätten, und keine sich einschränken lassen werde.

Die Blittersdorff'sche Anschauung in Bezug auf den verfassungsmäßigen Weg ist im Ganzen richtig. Indessen scheine der Gesandte dabei doch die Frage: worin der verfassungsmäßige Weg bestehe? zu wenig in Erwägung genommen zu haben. In mehreren Staaten sei es allerdings der landständische wie z. B. in Braunschweig aber principiell, was insbesondere hervorhob, nicht überall.

In der braunschweigischen Angelegenheit handele es sich keineswegs um eine Einmischung des Bundes in eine innere Landesangelegenheit als solche, sondern es handele sich vielmehr um die Frage, ob und welche Verfassung zum Zweck der Erfüllung der im 13. Artikel der Bundesacte übernommenen Verpflichtung bestehe? Eine landständische Verfassung solle bestehen, und daß eine und welche eingeführt worden sei, sei dem Bunde bereits angezeigt worden.

Um alle Schwierigkeiten zu umgehen, die man besorge, brauche man weiter nichts, als alle Interpretation, von dessen Anwendung in dem besagten Sinne gar nicht die Rede sei, als überflüssig bei Seite zu lassen. Es sei keineswegs die Meinung, den Ständen zuzugeben, daß sie als Partei gegen den Herzog zu klagen befugt seien. Nichts desto weniger müsse der Bund auf die Sache, die ihn selbst betreffe, eingehen.

Wahrscheinlich setzte Blittersdorff voraus, (ohne Weiteres tacite) daß eine vormundtschaftliche Regierung kein Recht habe, eine Bundespflicht zu erfüllen. Dies sei unrichtig.

Es sei keine bloße Wendung, wenn der Bund, in Folge der ihm gemachten Anzeige, also wohl mit vollem Recht annimmt, in Braunschweig sei die Verpflichtung aus Art. 13. bereits erfüllt worden und nunmehr Auskunft verlangen müsse: warum es bei dieser Erfüllung nicht verbleiben, sondern der Zustand der Nichterfüllung wieder hergestellt werden solle. — Die in der Denkschrift erwähnte Nichterfüllung sei aber deshalb verpönt, weil sie mit einer rechtswidrigen Vernichtung verbunden sei. Man fragte, ob es wohl denkbar sei, daß der Bund alle neun Jahre neue Anzeige über neue Verfassungen desselben Staats empfangen könnte? Wenn es nützlich wäre, daß ein Regierungsnachfolger nach dem andern ohne Rücksicht auf den Bund und ohne Rücksicht auf die hergebrachten Landesrechte für befugt zu halten wäre, das Verfassungswesen umzustossen und ein anderes einzuführen, so würde der Bund gewiß das erreichen, was er nicht wolle und seinem Zwecke durchaus entzogen wäre. Jeder neue Fürst würde nach Belieben sich in dem Falle der Nichterfüllung des Art. 13. der Bundesacte setzen können, indem er bloß nöthig hätte, die bestehende Verfassung und so oft er wollte, aufzuheben, der Bund sowie die Unterthanen würden kein Mittel haben, auf die Herstellung einer neuen Verfassung mit Erfolg hinzuwirken.

Von einer Entscheidung des Bundes, daß die neue Landtschaftsordnung die rechtsgültig bestehende sei, sei indessen zur Zeit noch nicht die Rede.

Die Frage: welches ein verfassungswidriger Weg sei, liege hier ganz in der Ferne. Jede Regierung, welche eine Verfassung abzuändern für nöthig hält, würde schon der eignen Ehre und Würde Willen darauf halten, daß die Mittel und Wege, welche sie einschlage, für verfassungsmäßig gehalten und anzusehen sein würden.

Das Gesuch der Stände dagegen, eine Garantie der Verfassung sei abzuweisen, da ein solches Gesuch nur von einer Bundesregierung ausgehen könne."

Die eigenthümliche Auffassung des Artikels 56 der Wiener Schlußacte fällt besonders in die Augen und zeigt, wie wenig klar man in dieser Beziehung

in den maßgebenden Kreisen am Bundestage sich war. Die darüber geäußerte Ansicht hielt denn auch im Verlauf der Angelegenheit bei Preußen und Baiern nicht Stich.

Sehr ungünstig schien dagegen die Ansicht Naglers über die Rechte der Stände gegen die Regierung im Allgemeinen; Nagler folgte hierbei seiner individuellen Ansicht, die aber, wie man sieht, bei Weitem nicht so absolutistisch sich darstellt, als man bisher immer angenommen hat. Die entschiedensten Stellen in der obigen Darstellung gehören gerade ihm an.

Metternich war über die Absicht Preußens, den Braunschweigischen Ständen Recht zu geben, nichts weniger als erbaut und sprach dies gegen den preussischen Gesandten in Wien, v. Brochhausen, am 6. Mai 1830 sehr deutlich und unumwunden aus. Er sagte, daß er es sehr bedaure, daß in dieser Angelegenheit eine Meinungsverschiedenheit zwischen Oesterreich und Preußen Statt finde. Er versuchte deshalb auch durch Münch auf Nagler zu wirken, und als dies nichts half, hoffte er durch persönlichen Einfluß bei seiner bevorstehenden Anwesenheit auf dem Johannisberg auf den preussischen Bundestagsgesandten zu wirken. Auf Bernstorff einzuwirken, hatte er aufgegeben. Gegen v. Brochhausen sprach er sich vorläufig dahin aus, daß es ihm (Metternich) sehr wünschenswerth schiene, einen Ausweg zu finden, wie man diese Angelegenheit beiseitigen könne, ohne weder dem Herzog noch den Landständen in Braunschweig Recht zu geben, und ohne in die Sache selbst einzugehen. Nach Metternichs Ansicht war es sehr bedenklich, eine so gewichtige Frage, als die Befugniß einer vormundtschaftlichen Regierung, eine neue Constitution einzuführen, zur Entscheidung der Bundesversammlung zu bringen. Der Herzog würde auch in dem Falle, den Metternich gar nicht voraussetzte, daß die Bundesversammlung die Frage gegen ihn entschiede, höchst wahrscheinlich dann seine Weigerung der Anerkennung der Verfassung darauf stützen, daß die Einführung derselben in die Zeit falle, wo er nach seiner Ansicht bereits majorenn gewesen, wodurch dann die Bundesversammlung unvermeidlich auch in die Untersuchung der Majorenmitätsfrage hineingezogen werden würde.

Metternich versicherte damals dem preussischen Gesandten, daß er bis dahin die Ansichten keiner der anderen deutschen Bundesstaaten erforscht habe, wie er auch zugleich überzeugt sei, daß dieselben sämmtlich und namentlich die constitutionellen unter ihnen, sich gegen die Anerkennung der in Rede stehenden Befugniß einer vormundtschaftlichen Regierung aussprechen würden und daß also, selbst wenn Oesterreich der Ansicht Preußens beistimmen wollte, die beiden Höfe fast alle übrigen Stimmen gegen sich haben würden. Nach Metternichs Ansicht könnte einer vormundtschaftlichen Regierung unter keinen Umständen das Recht eingeräumt werden, weder eine neue Verfassung einzuführen, noch eine bestehende abzuschaffen, noch wesentliche Veränderungen in derselben vorzunehmen. Er wolle zugeben, daß in dem vorliegenden Falle die durch die vormundtschaftliche Regierung in Braunschweig eingeführte ständische Verfassung die früher bestandene verbessert worden sei, aber darauf komme es hierbei nicht an, sondern lediglich auf die Berechtigung.

In den eingeweihten Kreisen zu Frankfurt mußte man aber doch mehr, als Metternich für gut fand, auszusprechen. Schon am Ende des Monats März schieden sich die Ansichten in dem Bundestagsausschuß:

Die erste, Perchenfelds, des bairischen Bundestagsgesandten, zugleich Referenten, ging dahin, daß die Competenz des Bundes mittelst Anwendung des Art. 56. der Wiener Schlußacte begründet sei. Damit stimmte im Ganzen Preußen überein. Die zweite, welche Münch zur Geltung zu bringen suchte, war als österreichische Meinung anzusehen; sie ging dahin, daß der Art. 56. der Wiener Schlußacte für die Competenz des Bundes unzugänglich sei, in den bundesgesetzlichen Bestimmungen sei eine Lücke enthalten, und aus diesem Grunde könne der Bund auf die Sache für jetzt nicht eingehen.

Die dritte Ansicht war unklar, wahrscheinlich im österreichischen Interesse mit Absicht so gehalten; es war die Blittersdorfs. Nach dieser hatten weder diejenigen, welche die Anwendung des Art. 56. der Schlußacte verlangten, Unrecht, noch diejenigen welche dessen Anwendung in Zweifel zögen. Die Sache hinge von dem Willen der Bundesfürsten ab, und es sei weniger gewagt, die Entscheidung des Bundes nicht zuzulassen, als eine vorhandene Lücke in der Bundesgesetzgebung zuzugeben. Natürlich schloß sich im Effect diese Ansicht der österreichischen an.

Blittersdorf wurde in seiner unhaltbaren Position von Nagler so gedrängt, daß er überall nachgeben mußte; mündlich räumte er in den Ausschüßsitzungen die Competenz der Bundesversammlung ein, bei anderer Gelegenheit zog er sie wieder in Zweifel, weil er behauptete, daß eine Lücke in der Bundesgesetzgebung sei, dann bestritt er seine eigene Ansicht in der oben (§. 326.) angeführten Pro Memoria vom 4. April, und gab sie wieder zu in dem Pro Memoria vom 4. Juni 1830. Dies lautet folgendermaßen:

Einiges über die Competenz des Bundes in Betreff der Landschaft des Herzogthums Braunschweig.

Es ist bekannt, daß zur Zeit der Wiener Ministerial-Conferenzen mancherlei Beschwerden über das Umsichgreifen der Landstände in den einzelnen Bundesstaaten geführt wurden, und daß von verschiedenen Seiten die Behauptung aufgestellt wurde, daß durch ihre immer weitergehenden Präentionen das monarchische Princip und mithin die Ruhe und Sicherheit von Deutschland gefährdet werden könnte, wenn man nicht von Bundeswegen die geeignete Vorsoorge treffe. Man hörte sogar die Bemerkung, daß es nothwendig sein werde, die bereits bestehenden Verfassungen theilweise abzuändern, damit dem Geiste der Neuerung wohlthätige Schranken gesetzt würden.

Hierdurch fanden sich die königl. bairischen Bevollmächtigten zur nachstehenden Erklärung veranlaßt (7. Sitzung, Beilage B):

„Seine Majestät der König von Baiern haben aus freiem Entschlusse seinem Reiche eine Verfassung gegeben, in welcher die Einführung einer ständischen Versammlung als wesentlicher Bestandtheil aufgenommen ist, die Verfassungsurkunde zeigt, daß sie auf einer historischen Grundlage beruhet und nicht aus reinen Theorien entstanden ist. Sie selbst ist die stärkste Gewähr der unveräußerlichen Souverainetätsrechte der Krone und steht im Einklang mit der Verfassung des Bundes.

Baiern's Verfassung ist demnach gegeben, sie ist beschworen, eingeführt und in's Leben getreten. Baiern befindet sich deshalb nicht in

dem Falle, einer weitem Erklärung des Art. 13 der Bundesacte zu bedürfen, indem es unter diejenigen Staaten gehört, in welchen die landständische Verfassung bereits ihre feste Existenz gefunden hat, und der gedachte Art. 13, so wie §. 3. der Bundesversammlung angezeigt worden, in Erfüllung gegangen ist; dadurch hat Baiern der Bundesacte genügt.

Der König von Baiern findet sich verpflichtet auf der gegebenen Verfassung fest zu beharren, und allerhöchst dessen Bevollmächtigten ist es nicht gestattet, auf eine solche Erläuterung des Art. 13 einzugehen, wodurch eine Aenderung Ihrer Verfassung vorgenommen würde. Sie können jedoch mitwirken, daß zur Beseitigung möglicher Mißbräuche und Mißverständnisse über einige Bestimmungen, als Directiv-Normen in der Auslegung und Anwendung des Art. 13 eine Vereinbarung der Kabinette nach den Vorschlägen Sr. Durchlaucht des Herrn Fürsten v. Metternich getroffen werde."

Diese Erklärung liefert den besten und richtigsten Commentar zu den in der Wiener Schlußacte Art. 53 — 62 enthaltenen Bestimmungen. Die gedachten Artikel hätten hiernach einer Seits die Tendenz zu bewirken, daß der Bund in Erfüllung der Bundeszwecke durch die Landstände nicht gehindert werden könne, und andererseits, daß die Souverainetät der einzelnen Bundesstaaten in Bezug auf diese innere Landesangelegenheit nicht weiter beschränkt werde, als der bezeichnete Zweck durchaus erfordere, und daß insbesondere an den bestehenden Verfassungen von Bundeswegen keine Aenderung vorgenommen werde. Diese Absicht des Gesetzgebers ist in den Worten der Art. 53 — 62 der Wiener Schlußacte wiederholt auf das Deutlichste ausgesprochen. Schon der Art. 53 sagt:

"Die durch die Bundesacte den einzelnen Bundesstaaten garantirte Unabhängigkeit schließt zwar im Allgemeinen jede Einwirkung des Bundes in die innere Staatseinrichtung und Staatsverwaltung aus. Da aber die Bundesglieder sich in dem zweiten Abschnitt über einige besondere Bestimmungen vereinigt haben, welche sich theils auf Gewährleistung zugesicherter Rechte, theils auf bestimmte Verhältnisse der Unterthanen beziehen, so liegt der Bundesversammlung ob, die Erfüllung der durch diese Bestimmung übernommenen Verbindlichkeiten, wenn sich aus hinreichend begründeten Anzeigen der Betheiligten ergibt, daß solche nicht stattgefunden haben, zu bewirken. Die Anwendung der in Gemäßheit dieser Verbindlichkeiten getroffenen allgemeinen Anordnungen auf die einzelnen Fälle bleibt jedoch den Regierungen allein überlassen."

Demnach darf der deutsche Bund, selbst da wo er berechtigt und verpflichtet ist, über die Erfüllung der von den einzelnen Bundesstaaten in Betreff der innern Landesangelegenheiten übernommenen Verbindlichkeiten zu wachen, nicht weiter gehen, als bis zur Erlassung allgemeiner Anordnungen, und muß die Anwendung derselben auf die einzelnen Fälle den Regierungen anheimstellen. Dieselbe Bestimmung ist im Art. 55, in Bezug auf die im Art. 54 getroffene Anordnung, daß der Art. 13 der Bundesacte in keinem Bundesstaate unerfüllt bleiben solle, enthalten. Auch hier bleibt es den souverainen Fürsten der Bundesstaaten überlassen, diese innere Landesangelegenheit mit Berücksichtigung sowohl der früher gesetzlich bestanden ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen.

Bei dieser so klar ausgesprochenen Tendenz, die Einwirkung des Bundes auf die innern Landesangelegenheiten möglichst zu beschränken, und ihr auf keinen Fall eine weitere Ausdehnung zu geben, als die genau bestimmten Verbindlichkeiten der Bundesstaaten oder die allgemeinen Bundeszwecke streng genommen erfordern, wäre es höchst auffallend, wenn die Bestimmung des Art. 56 so verstanden werden könnte, als werde das, was nur selten und engbegrenzte Ausnahme sein sollte, nun auf einmal zur Regel und zur bundesgemäßen Verpflichtung erhoben. — Der Art. 56 der Wiener Schlußacte sagt:

„Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.“

Sollte hierdurch den **Untertanen** der Weg des Recurses an den Bund bei allen angeblich nicht verfassungsmäßigen Abänderungen der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden landständischen Verfassungen eröffnet sein, so würde dem Bunde ein Recht der Einmischung in die inneren Landes-Angelegenheiten zustehen, das um so weiter gehen würde, je unbestimmter die in diesem Sinne genommenen Worte sind. Das Recht der Einmischung des Bundes würde das Recht der Untersuchung, der Vernehmlassung der Regierung und Untertanen, sowie das der endlichen Entscheidung und der Handhabung dieser Entscheidung involviren, und man würde sich daher fragen müssen, welches dann der Unterschied zwischen diesem Fall und jenem sei, wenn die Bundesversammlung auf Ansuchen eines Bundesstaates die Garantie der von ihm eingeführten landständischen Verfassung speciell übernommen habe. Umsonst würde man einen Unterschied dadurch zu begründen suchen, daß der Bund im Fall der speciellen Garantie die Vermittelung und Entscheidung der einzelnen Streitpunkte zu bewirken habe, während im Falle des Art. 56 nur von einer Untersuchung der Frage die Rede sein könne, ob die betreffende Verfassung im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die einzelnen Streitpunkte in anerkannter Wirksamkeit bestche, und hiernach aufrecht zu erhalten sei.

Es ist an und für sich klar, daß der Ausspruch über das Ganze den Ausspruch über die einzelnen Theile der Verfassung in sich faßt, und daß, wenn der Bund im Allgemeinen entschieden hat, daß irgend eine Verfassung in anerkannter Wirksamkeit bestche und deshalb nicht verfassungswidrig abgeändert werden dürfe, Er auch interveniren muß, wenn eine solche verfassungswidrige Abänderung auch nur theilweise versucht wird. In dem einen wie in dem andern Falle würde der Bund Vermittler und Richter, bei den zwischen den Souverainen und Ständen über die Verfassung entstandenen Irrungen; denn die specielle Garantie einer Verfassung durch den Bund kann ja gleichfalls nichts umfassen, als den verfassungsmäßigen Fortbestand derselben, nicht aber ihre Anwendung auf einzelne zur innern Legislation oder Administration gehörigen Gegenständen.

Diese wenigen Bemerkungen möchten hinreichen um zu beweisen, daß der Art. 56 der Wiener Schluß-Acte nicht in dem bezeichneten Sinne genommen werden könne. Will man sich nicht in unauflöslliche Schwierigkeiten und Widersprüche verwickeln, so bleibt nichts übrig, als ihn ganz einfach dahin auszulegen, daß dadurch habe gesagt werden wollen, der Bund sei nicht berechtigt, von Bundeswegen die Abänderung der Verfassungen der einzelnen Bundesstaaten auszusprechen. In der That, wollte man auch dadurch nichts anderes ausdrücken, als was der königlich bayerische Bevollmächtigte bei den Wiener Confe-

renzen durch die Worte erklärt hatte, daß der König von Baiern sich verpflichtet finde, auf der gegebenen Verfassung fest zu beharren, und daß es allerhöchstdessen Bevollmächtigten nicht gestattet sei, auf eine solche Erläuterung des Art. 13 der Bundesacte einzugehen, wodurch eine Aenderung in Ihrer Verfassung vorgenommen würde. —

Der Art. 56 bildet mithin die Regel der Nichtintervention des Bundes in der Verfassungsfrage der einzelnen Bundesstaaten, von welcher Regel sodann die Ausnahmen in Art. 57, 58, 59 und 60 festgesetzt werden.

Diese Ausnahmen umfassen Alles dasjenige, was zur Erreichung der höchsten Bundeszwecke erforderlich ist, und setzen insofern die Bundesgesetzgebung über die Landesgesetzgebung, und lassen nur noch zu, daß die Bundesversammlung, wenn sie sich dazu berufen fühlt, die Garantie einzelner Verfassungen zu übernehmen, ohne ihr jedoch dieserhalb irgend eine Verpflichtung zur Uebernahme solcher Garantien aufzuerlegen. Die erwähnten Artikel sind demnach die Entwicklung des von den königlich bairischen Bevollmächtigten der vorhin erwähnten Erklärung hinzugefügten Nachsatzes, wonach sie dazu mitwirken konnten, daß zur Beseitigung möglicher Mißbräuche und Mißverständnisse über einige Bestimmungen als Directiv-Normen in der Auslegung und Anwendung des Art. 13 eine Vereinbarung der Kabinette nach den Vorschlägen Seiner Durchlaucht des Herrn Fürsten v. Metternich getroffen werde. Damit aber hierbei ja kein Zweifel obwalten möge, ist im Art. 61 der Wiener Schluß-Acte gesagt:

„Außer dem Fall der übernommenen besondern Garantie einer landständischen Verfassung (Art. 60) und der Aufrechthaltung der über den 13. Artikel der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen (Art. 54—59) ist die Bundesversammlung nicht berechtigt, in landständischen Angelegenheiten oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherrn und ihren Ständen einzuwirken, so lange solche nicht den im 26. Art. bezeichneten Charakter annehmen, in welchem Falle die Bestimmung dieses sowie des 27. Art. auch hierbei ihre Anwendung finden.

Demzufolge möchte es rein unmöglich sein, die Competenz des Bundes durch die Verufung auf den Art. 56. der Wiener Schluß-Acte zu begründen. Man würde sich hierdurch in den offenbarsten Widerspruch mit den leitenden Grundsätzen der Bundes-Gesetzgebung setzen und eine Bahn betreten, deren Ausgang zum Voraus nicht zu bezeichnen wäre. Freilich muß zugegeben werden, daß man in Wien nicht daran dachte, daß von irgend von einem Bundes-Souverain die von ihm gegebene oder aufgesundene landständische Verfassung einseitig und willkürlich und vielleicht gegen sein eignes wohlverstandenes Interesse, ohne alle höheren aus dem Bundeszweck und der Erhaltung des monarchischen Princips abgeleiteten Gründe, aufgehoben und abgeändert werden könnte, und daß dadurch Beschwerden seiner Unterthanen veranlaßt werden würden. Wenn nichtsdestoweniger ein solches unerfreuliches, dem öffentlichen Glauben und der Anhänglichkeit der Unterthanen eine tiefe Wunde schlagendes Beispiel gegeben wird, und wenn daher der Wunsch nicht unterdrückt werden kann, daß Abhülfe möglich sein möge, so ist die Untersuchung gestattet, ob nicht andere bundesgesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, durch deren Anwendung das beabsichtigte Ziel erreicht werden kann.

Hier bietet sich zunächst der Art. 13. der Bundes-Acte und Art. 54. der Wiener Schluß-Acte dar. Demgemäß ist der Herzog von Braunschweig verpflichtet seinem Lande eine landständische Verfassung zu geben und der Bund hat über die Erfüllung dieser Verbindlichkeit zu wachen. Der Bund wird daher unbedingt an Seine Durchlaucht den Herzog die Frage stellen können, in wie fern sich diese Verbindlichkeit in dem Herzogthum Braunschweig erfüllt finde. Hiermit wird indessen gleichfalls nicht viel zu erzielen sein. Der Art. 55. der Wiener Schluß-Acte sagt ausdrücklich, daß es den souverainen Fürsten der Bundesstaaten überlassen bleibe, diese innere Landes-Angelegenheit mit Berücksichtigung, sowohl der früher gesetzlich bestandenem ständischen Rechte, als die gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen. Nunmehr hat aber der Herzog bereits erklärt, daß er dieser Verbindlichkeit Genüge leisten wolle und man könnte daher höchstens soweit gehen, Ihm dieserhalb mit Rücksicht auf die besonderen hier obwaltenden Verhältnisse einen Termin zu setzen, indem es an der Erklärung, daß Seine Durchlaucht die alte landständische Verfassung anerkannt habe und bereit sei über die nöthigen Modificationen mit der Landschaft zu unterhandeln, nicht genügen könne. Dieser Beschluß könnte sodann erforderlichen Falls selbst durch Anwendung von Executions-Maßregeln zum Vollzug gebracht werden. Darüber aber, was die von dem Herzog zur Erfüllung des Art. 54. zu ertheilende Verfassung enthalten solle, könne der Bund in diesem speciellen Falle, und so lange er nicht allgemein gültige Normen für alle Bundesstaaten aufstellen will, keine Entschließung fassen, vielmehr müßte er sich mit demjenigen begnügen, was Seine Durchlaucht nach den völlig unbestimmt lautenden Worten des Art. 54., insofern dadurch nur nicht den Grundgesetzen des Bundes zuwider gehandelt würde, zu thun für gut fände. Daß es aber unausführbar sei, allgemeine Normen darüber aufzustellen, wie der Art. 13. der Bundesacte in den einzelnen Bundesstaaten zu erfüllen sei, braucht nach dem vielen, dieserhalb früher gemachten fruchtlosen Versuchen (conf. Wiener Congresse Preußen, Hannover und selbst die Wiener Ministerial-Conferenzen) keines Beweises.

Auch die Wendung kann nicht füglich gebraucht werden, daß der Art. 13. der Bundesacte durch die von der vormundschaftlichen Regierung ertheilte neue Landschafts-Ordnung auf eine zu Recht bestehende Weise erfüllt gewesen und daß der Herzog deshalb dem Bunde Rechenschaft schuldig sei, wenn Er durch willkürliche Aufhebung jener Landschaftsordnung sich von einer gegen den Bund übernommenen und bereits vollzogenen Verpflichtung losgesagt habe. Wenn der Art. 56 der Wiener Schlußacte, wie ausgeführt worden, hierauf nicht bezogen werden kann, so befindet sich der Herzog durch Aufhebung der neuen Landschaftsordnung immer nur in dem Falle der Nichtvollziehung des Art. 13 der Bundesacte und Art. 54 der Wiener Schlußacte, und kann daher auch zu mehrerem nicht angehalten werden, als dieser Verbindlichkeit, unter der von dem Bunde sich selbst gesetzten Beschränkung seiner Competenz, zu genügen. Demnach könnte der Bund niemals berechtigt sein auszusprechen, daß die früher stattgefundene Erfüllung jener Artikel auch jetzt noch aufrecht zu erhalten sei, und daß mithin die neue Landschaftsordnung in Kraft bleiben müsse. Wollte der Bund die letztere Entscheidung fällen, so würde darin offenbar der Ausspruch liegen, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Verfassung des Herzogthums Braunschweig nicht auf verfassungswidrigem Wege abgeändert werden dürfe, und man würde daher jederzeit auf die irrige Ansicht zurückkommen, daß in dem Art. 56 der Wiener Schlußacte für den Bund

die Verpflichtung enthalten sei, über die Aufrechterhaltung solcher Verfassungen zu wachen.

Nächst dem darf nicht unerwähnt bleiben, daß jede Berufung auf den Artikel 13 der Bundesacte wegen der Allgemeinheit seiner Anwendung große Bedenken hat, und daß dadurch auch in andern Bundesstaaten Fragen könnten rege gemacht werden, welche ruhen zu lassen im Interesse aller Bundesstaaten liegen dürfte.

Ferner könnte gefragt werden, ob es nicht möglich sei, eine völkerrechtliche Intervention in diese innern Landes-Angelegenheiten herbeizuführen, in Folge deren die Agnaten mit dem deutschen Bunde und den übrigen Mächten Europas berathen würden, was zu thun sei, um den Beschwerden der braunschweigischen Landschaft abzuheffen. Eine solche Intervention könnte indessen durch die ständischen Angelegenheiten keineswegs allein motivirt werden, indem hier die Bundesgesetzgebung geradezu entgegenstehen würde. Selbst wenn durch die Streitigkeiten der Stände mit dem Souverain Unruhen im Innlande veranlaßt sein sollten, kann der Bund nur alsdann einschreiten, wenn die Landes-Regierung sich zu deren Unterdrückung zu schwach hält und deshalb die Hülfe des Bundes freiwillig in Anspruch nimmt. Was aber dem Bunde durch seine aus dem Bundeszweck abgeleitete Gesetzgebung gegen die einzelnen Bundesstaaten nicht zusteht, kann ihm noch weniger als Macht in seinen rein völkerrechtlichen Beziehungen zugestanden werden. Demnach müßte man jedenfalls einen Schritt weiter gehen, und den Beweis liefern, daß der ganze Zustand des Herzogthums Braunschweig, herbeigeführt durch die Widerspenstigkeit des Herzogs gegen die Beschlüsse des Bundes, durch die willkürliche Aufhebung der neuen Landschaftsordnung, durch die Nichtachtung der Gerechtigkeitspflege in der Angelegenheit des Herrn v. Braun und des Herrn v. Sierstorff u. s. w. nicht nur mit den Verhältnissen des Bundes als Macht, sondern auch mit den Verhältnissen der übrigen Mächte unverträglich sei, und daß dadurch eine gemeinschaftliche Verathung darüber, wie diesem Zustande ein Ende zu machen sei, gerechtfertigt werde, insbesondere wenn eine solche Verathung von den nächsten Angehörigen des braunschweigischen Hauses selbst provocirt werde. Ich gestehe jedoch, daß ich eine Begründung der Incompatibilität des dermaligen Zustandes des Herzogthums Braunschweig mit dem politischen Systeme von Europa, wo nicht für unmöglich, doch für äußerst schwierig halte. Europa hat noch andere Beispiele von Regenten aufzuweisen, die die wohlverworbenen Rechte und die ihnen obliegenden heiligen Pflichten verkennen, und dennoch haben die Mächte sich nicht für befugt erachtet, deshalb in die inneren Landes-Angelegenheiten einzugreifen, selbst wenn reclamirende Agnaten vorhanden sind, wie dies in den Streitigkeiten zwischen Don Miguel und Don Pedro der Fall ist. Auch möchte sich practisch die Sache kaum ausführbar beweisen, weil Collisionen mit der Bundesgesetzgebung unvermeidlich wären. Hiernach scheint von der Reclamations-Commission kein anderer Antrag, als der auf Abweisung der Reclamanten gestellt werden zu können. Dennoch möchte noch ein Ausweg vorhanden sein, um der Landschaft des Herzogthums Braunschweig, wo nicht zu ihrem Rechte zu verhelfen, doch einen bedeutenden Anhalt zu verschaffen. Es könnte nämlich die königlich hannoversche Regierung sich zu der Ausführung veranlaßt finden, daß Hannover schon bei Gelegenheit der persönlichen Streitigkeiten mit dem Herzog von Braunschweig die Behauptung aufgestellt habe, daß die neue Landschaftsordnung des Herzogthums Braunschweig rechtlich ertheilt sei, und daß sie

baher von Bundes wegen aufrechterhalten werden müsse. Zwar habe der Bund dieser Beschwerde damals keine Folge gegeben, weil er die Streitigkeiten zwischen Hannover und Braunschweig nur in ihren rein persönlichen Beziehungen entschieden habe, dennoch aber hätten Se. Majestät der König Ihre Ansicht keineswegs fallen lassen, sondern dieselbe neuerdings bei der Beschwerde der Landschaft geltend gemacht. Hannover habe diese Behauptung zunächst nur als Rechtfertigung der ehemaligen vormundschaftlichen Regierung über Braunschweig und als Bundesglied, das bei der Aufrechthaltung der Bundesgesetze interessirt sei, aufgestellt. Es halte sich nunmehr aber zur Anbringung einer förmlichen Beschwerde hierüber auch berechtigt. Die neue Landschaftsordnung laute nicht nur auf den dormaligen Regenten, sondern auf alle Regierungs-Nachfolger, und es sei daher an und für sich klar, daß Seine Majestät als nächster Agnat des herzoglichen Hauses ein eigenes, nicht von dem Inlande entnommenes Interesse bei der Aufrechthaltung dieser Verfassung hätten. — Wenn demnach der Bund sich in der Streitsache zwischen dem Herzog und den Ständen für incompetent halte, so werde er dennoch gewiß in dem durch die widerrechtliche Aufhebung der neuen Landschaftsordnung herbeigeführten Streite zwischen Seiner Majestät dem Könige von Hannover und seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig competent sein und Allerhöchst Sie trügen daher darauf an, dieserhalb das vorgeschriebene bundesgesetzliche Verfahren einzuleiten.

Sollte der Bund hierauf eingehen, wie Er es nach meiner Meinung nicht nur kann, sondern muß, so wäre sodann die Vermittelung zwischen Hannover und Braunschweig zu versuchen und im Entstehungsfall das Austrägal-Verfahren zu verfügen, welches letztere sich einzig und allein um die Rechtsgültigkeit der von der vormundschaftlichen Regierung eingeführten neuen Landschaftsordnung drehen würde. Daß aber die Frage von der Rechtsgültigkeit der neuen Landschaftsordnung von einem Austrägalgericht entschieden werden kann, möchte keiner Ausführung bedürfen. Auch fiel alsdann der Einwand weg, als mische der Bund sich in innere Landesangelegenheiten, und man gewinne den großen Vortheil, daß man Schritt vor Schritt vorwärts gehen könnte, ohne gleich zum Aeußersten schreiten zu müssen. Versteht sich Hannover nicht dazu, eine solche Klage zu erheben, so sehe ich keine bundesgesetzlichen Mittel, wie den Ständen des Herzogthums Braunschweig zu helfen sei, und eben deshalb könnte die Reclamations-Commission sich vielleicht für befugt halten, auf diesen letzten und einzigen Weg wenigstens hinzudeuten.

Frankfurt a. M., den 4. Juni 1830. (gez.) v. Blittersdorff.

Dagegen erhoben sich sofort drei andere Stimmen, die des preussischen Bundestagsgesandten v. Nagler, die des früheren Diplomaten, damals Privatmannes, des berühmten Publicisten Klüber und die v. Verchenfeld's, des bairischen Bundestagsgesandten. Die Bemerkungen Nagler's gingen im Wesentlichen dahin:

„Der Herr Verfasser leitet die Competenz der Bundesversammlung zur Einschreitung lediglich des Art. 54 der Wiener Schlußacte her, dessen Anwendung er durch die Veranlassung begründet, welche der Bundesversammlung durch die Beschwerde der braunschweigischen Landstände, da sie im Widerspruch mit der gemachten Anzeige von der Erfüllung der im 13. Artikel der Bundesacte übernommenen Verpflichtungen steht — gegeben worden ist, bei dem Herzoge nachzufragen.

Es ist jedoch nicht nöthig, die braunschweigischen Landstände auf Grund des 56. Artikels der Bundesacte als befugte Kläger anzusehen. Die Anwendung des 56. Artikels sagt nun so viel: der Bund hat über die Verpflichtung der braunschweigischen Regierung über die Erfüllung der Verpflichtung des 13. Artikels der Bundesacte eine solche Kenntniß erhalten, daß er nicht anders kann, als davon ausgehen: daß die neue ihm angezeigte Landschaftsordnung die in anerkannter Wirksamkeit bestehende sei, ohne daß damit schon jetzt ein definitiver Auspruch gefällt würde. Es handelt sich ja blos erst um die Kompetenzfrage. Man kann daher mit dem Herrn Verfasser fast vollkommen darüber einverstanden sein: „daß die Anzeige der Landstände hinreichen, den Bund zur Einschreitung in die Sache zu bestimmen.“

Der Herr Verfasser setzt ebenfalls voraus, daß die neue Landschaftsordnung für die in anerkannter Wirksamkeit bestehende angesehen werden müsse, aber er bestreitet die Anwendung des 56. Artikels der Wiener Schlußacte, indem der Fall, einer im verfassungswidrigen Wege versuchte Abänderung, — (welche den Ständen ebenfalls kein Klagrecht geben könne) nicht, wohl aber der Fall einer gänzlichen Abschaffung einer bestehenden Verfassung vorhanden sei, für welchen Fall, weil man sich solchen bei vorausgesetzter rechtlicher Gesinnung der deutschen Fürsten für nicht möglich gedacht habe, eine besondere positive Bestimmung nicht gegeben sei, daher man auf Artikel 54 zurückkommen müsse.

Das Recht zur Einschreitung leitet daher der Herr Verfasser allein

- 1) aus der früher erfolgten Anzeige in der Bundesversammlung her, daß die neue Landschaftsordnung in Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte gegeben worden sei.
- 2) daß im Art. 54 der Bundesversammlung auferlegt worden ist, über die Erfüllung jenes Artikels zu wachen.

Wenn nun aber Art. 54 dabei stehen bleibt, zu bestimmen, daß die Verpflichtung aus dem 13. Artikel der Bundesacte stattfinden solle, und wenn im Allgemeinen die Art und Weise, wie die Erfüllung geschehen kann, den Regierungen überlassen ist, so fragt sich: ob aus dem Act der Anzeige bei der Bundesversammlung über die erfolgte Erfüllung so viel für den juristischen Besitzstand der angezeigten Verfassung folgt, daß die Erhaltung desselben so lange fortbauern muß, bis das Recht des Herzogs die von ihm verlangten Anordnungen zu bewirken und auszuführen, den in Wirksamkeit sich befindenden Ständen gegenüber, auf dem zuständigen verfassungsmäßigen Wege entschieden sein wird.

Bei der Anwendung des Art. 56 in dem bezeichneten Sinne ist letzteres unbezweifelt, wogegen das bloße Factum der Anzeige in der Bundesversammlung ohne Zusammenhang mit der positiven Bestimmung des Art. 56 jenen Besitzstand auf Seiten der Stände sehr schwankend macht.

Aber wie steht es mit dem 61. Artikel der Wiener Schlußacte? Das Weitere ist in den Anmerkungen zur ersten Denkschrift bereits gesagt worden. (s. o.)

Der Herr Verfasser räumt den Unterthanen eines Landes nur im Falle der übernommenen Garantie einer Verfassung (Art. 60.) ein positives Klagrecht ein. Er setzt vorhandene Stände, d. h. eine in anerkannter Wirksamkeit sich befindende Verfassung voraus. Wenn nun eine vorhandene Verfassung nicht anders, als auf verfassungsmäßiger Weise abgeändert werden kann, um wie viel weniger wird man einen verfassungswidrigen Weg zulassen können, wenn es sich um den Bestand, um den Wechsel einer Verfassung mit der

andern handelt. Was aus Art. 56 für die Fortdauer des vorläufigen Bestandes einer Verfassung, wobei man Abänderungen im verfassungswidrigen Wege gestatten will, folgt, muß um so mehr bei einem vorhandenen gänzlichen Umsturz einer Verfassung Anwendung finden.

Der Herzog setzt sich seiner Meinung nach keineswegs über die Grundsätze seines Staats hinweg. Der Streit herrscht ja noch darüber:

welches die Grundsätze sind; ob die in alter oder in der neuen Landschaftsordnung niedergelegten für die jetzt gültigen zu halten seien?

Man würde zu weit gegen den Herzog gehen, seine Meinungsverschiedenheit, seinen Streit über wichtige Rechte, mit der Bezeichnung einer turpis causa zu belegen.

Man sollte glauben, es sei nichts natürlicher als die Folgerung:

wenn eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung, oder die für eine solche vom Standpunkte des Bundes aus vorläufig gehalten werden muß, nicht anders als im verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden darf, um so viel weniger kann eine solche in Erfüllung der in der Bundesacte übernommenen Verpflichtung ertheilte Verfassung, in einem Staate, wo es überhaupt schon immer Landstände gab, ganz ohne die Zustimmung dieser Landstände abgeschafft werden.

Würde der Bund dasselbe Recht haben, (zum vorletzten Satz der Denkschrift) wenn beide, Herzog und Stände, über die Abschaffung der neuen Landesordnung einverstanden wären? Wo liegt denn im Art. 54 die Begründung des Anspruchs auf die Fortdauer gerade der neuen Landschaftsordnung vom Jahre 1820? Der Herzog würde antworten: Art. 54 sagt fest, daß die Bestimmung des Art. 13 der Bundesacte nicht unerfüllt bleibe, ich will sie keineswegs unerfüllt lassen, vielmehr soll mein Land eine landständische Verfassung haben, nur nicht die neue von 1820; sondern die alte, diese habe ich bereits wiederhergestellt. Und da der Bund den Landesherrn überlassen hat, (aber nur da, wo er an sich schon früher dazu befugt war) diese Angelegenheit in Gemäßheit der allgemeinen Bundes-Anordnungen zu reguliren (Art. 53) so bleibt dem Bunde bloß die Beurtheilung übrig: ob durch meine Einleitungen jenen allgemeinen Anordnungen zuwidergehandelt sei.

Dem Acte der von der braunschweigischen Regierung in der Bundesversammlung gemachten Anzeige an sich kann kein so großes Gewicht beigelegt werden, um die Beibehaltung der neuen Landschaftsordnung dadurch zu begründen. Außer diesem Factum ist eine juristische Begründung erforderlich, die der Art. 56 dergestalt darbietet, daß dadurch den Ständen bis zur entschiedenen Hauptsache die erneuerte Landschaftsordnung verbleiben muß."

Die Klüber'sche Ansicht, in dieser Angelegenheit von sehr großem Gewicht, war folgende:

Ueber die Competenz der hohen Bundes-Versammlung in der Beschwerdesache der braunschweigischen Land-Stände.

Die braunschweigischen Lande hatten eine altbegründete landständische Verfassung. Auf Antrag und nach einem Entwurf der Stände, ward dieselbe unter dem Titel: Gesammter Landschafts-Privilegia und Befugnisse, in eine einzige Urkunde, vom 9. April 1770, zusammengesetzt, landesherrlich bestätigt, und

mit verschiedenen neuen Begnadigungen vermehrt. Diese Verfassung war untergegangen in dem Sturme der Zeit, während der französischen Occupation, unter der Herrschaft des Königreichs Westphalen, dem jene Lande einverleibt waren.

Nach Wiedereinsetzung des durchlauchtigsten Hauses Braunschweig in sein Stammland, waren die Elemente, auf welche jene Verfassung gebaut war, mehrfach theils untergegangen, theils so wesentlich verändert, daß unbedingte Wiederherstellung der vormaligen landständischen Verfassung moralisch, zum Theil sogar physisch unmöglich war, wenn man auch, wider klares Recht und Thatbestand, in thesi die Behauptung hätte aufstellen wollen, die frühere Verfassung sei, nach der Rückkehr der alten Dynastie, ipso jure wieder aufgelebt.

Das Land befand sich ohne landständische Verfassung. Der 13. Art. der Bundesacte verpflichtete zur Einführung derselben. Der vormundtschaftliche Regent, die vormaligen Landstände, die gesamte Einwohnerchaft, waren dieser Pflicht sich bewußt, sie fühlten das Bedürfniß ihrer Erfüllung. Es entstand nach mit den Ständen gepflogener Verhandlung mittelst landesherrlicher Erklärung und deren Annahme (§ 80.) von Seite der Landschaften des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg, also in Kraft eines förmlichen Vertrags, die erneuerte Landschaftsordnung vom 25. April 1820; eine neue Auflage der Privilegien von 1770, revidirt und nach den wesentlich veränderten Umständen eingerichtet, also eine modificirte Wiederherstellung der früheren Verfassung.

Das verfassungsmäßige Verhältniß der hohen Bundes-Versammlung zu den landständischen Beschwerden bestimmt sich durch die Erwägung zweier Fragen. Ist die durch die erneuerte Landschafts-Ordnung begründete landständische Verfassung in ihrem Ursprunge rechtsbeständig? War sie während der Regierung Seiner Durchlaucht des Herzogs (nach dem Ausdruck der Wiener Schlußacte) in anerkannter Wirksamkeit? Rechtsbeständig ist sie in ihrem Ursprunge. Errichtet war sie von dem vormundtschaftlichen Regenten, mit Zustimmung aller noch existirenden früheren Landstände, welche (nach § 1. der erneuerten Landschafts-Ordnung) die Gesamtheit der Einwohner repräsentiren. Widerspruch erfolgte von keiner Seite, nur Beifall, die hohe Bundes-Versammlung beschloß die Hinterlegung derselben in ihrem Archiv. Geboten war sie durch die theuersten Interessen des Landes und den 13. Art. der Bundes-Acte, ersehnt von allen stimmfähigen Bewohnern des Landes. Daß der Allerdurchl. Vormundtschaftliche Regent zu dieser Regierungs-Handlung befugt, daß er sogar dazu verpflichtet war, ist in zwei landständischen Eingaben (in dem Nachtrag und in der rechtfertigenden Erklärung) zur Genüge dargethan. Wer das Eine oder das Andere oder Beides bestreiten wollte, dem würde, da für Rechtmäßigkeit der regentchaftlichen Regierungs-Handlungen die Rechtsvermuthung streitet, der Beweis seiner Behauptung obliegen.

Jene erneuerte landständische Verfassung fand bei seinem Regierungsantritt der regierende Herr Herzog in schon dreijähriger allgemein anerkannter Wirksamkeit. Seine Durchlaucht höchstselbst ließen dieselbe, über viertelhalb Jahre, ohne den mindesten Zweifel oder Widerspruch darin bestehen, erkannte solche diesen ganzen Zeitraum hindurch, ununterbrochen durch eine große Anzahl von Regierungshandlungen unumwunden an, und verhandelten mit den Kraft derselben bestehenden Behörden, dem engern Ausschuß der Landschaft und dem Landsteuer-Collegium in allen Fällen, in welchen die Verfassung es erforderte. Gehäufte, unwiderlegt gebliebene Beweise hiervon, finden sich in den

landständischen Eingaben, insbesondere urkundlich nachgewiesen in der rechtfertigenden Erklärung.

In offenbarem Widerspruch mit diesen vielfachen Anerkennungshandlungen faßten ganz unerwartet Seine Durchlaucht den Entschluß, diese Verfassung ferner nicht anzuerkennen, vielmehr die Landschaft aus ihrem rechtbegründeten Besitzstande thätlich zu verdrängen. In einem Rescripte vom 30. Mai 1827 forderten Sie von Ihrem Staats-Ministerium Bericht über die nothwendig scheinenden Veränderungen in der erneuerten von Ihnen (angeblich) bis jetzt nicht anerkannten Landschaftsordnung. " Die hierauf gefolgten factischen Fortschritte sind aus den Verhandlungen bekannt.

Dennoch besteht, da Eigenmacht das Recht nicht vernichten kann, diese Verfassung rechtlich nach wie vor in anerkannter Wirksamkeit. Auch ihrem entschiedensten Gegner würde nicht möglich sein, der entgegengesetzten Behauptung einen Schein von Wahrheit zu verleihen. Und wäre nach Vernunftgesetzen denkbar, daß eine schon außer Wirksamkeit gesetzte landständische Verfassung noch auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden könne?

Der Art. 56 der Wiener Schlußacte erhebt ausdrücklich zu einem Bundesrecht, was schon die Natur der Sache, und darum das allgemeine Recht gebietet: daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können. Wäre damit nicht der hohen Bundesversammlung Pflicht und Befugniß gegeben auf Anrufen von Betheiligten einer in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassung angemessenen Bundeschutz wider einen Landesherrn zu gewähren, der sich erlaubt solche Verfassungen eigenmächtig außer Wirksamkeit zu setzen, um nachher nothwendig scheinende Veränderungen darin zu machen; so wäre der Art. 56 der überflüssigste in der Schlußacte, Nichts gebietend und Nichts verbiethend, nur sagend was sich von selbst versteht und Jedermann weiß, folglich im Grunde Nichts sagend, ein bloßer Schauartikel, höchstens ein frommer Wunsch.

Wer in diesem Artikel die Competenz zu Gewährung der angerufenen Bundeshilfe verkennen möchte, würde nicht die Gefahren der Verkündigung bedenken, welche eine Versagung jener Hülfe, verständlich für Jedermann, in sich schließen würde: daß keine von dem Bunde nicht speciell garantirte landständische Verfassung, in irgend einem Bundesstaate für Landstände und Unterthanen (wohl aber wider sie) des Bundeschutzes je sich werde zu erfreuen haben, daß ungehindert von dem Bunde, jeder Bundesfürst zu jeder Zeit die in anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Verfassung seines Landes nach Willkühr außer Wirksamkeit setzen oder was gleich viel ist, abschaffen, allenfalls nachher, mithin auf nicht verfassungsmäßigem Wege, die wirkungslos gemachte Verfassung in abgeänderter Gestalt wieder einführen und auch in jedem Augenblick der Folgezeit, so oft ihm beliebt, die bestehende Verfassung einseitig wieder abändern oder abschaffen könne; daß wider den willkührlichen Umsturz einer von dem Bunde nicht speciell garantirten landständischen Verfassung, für Landstände und gesammte Landeinwohnerschaft, bei der hohen Bundesversammlung eine Schutz- und Rechtshülfe werde zu finden sein; daß das Bestehen einer solchen Verfassung dem individuellen Gutfinden des regierenden Subjectes für immer anheimgestellt sein solle, daß folglich die wichtigste Institution des Landes für Ihn, nur für Ihn unheilig, daß sie ein Spiel der freiesten Willkühr sein dürfe.

Wer die Verkündigung solcher Bundeslehen, in einer Angelegenheit,

auf welche die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland, ja eines großen Theils von ganz Europa gerichtet ist, anrathen könnte, der müßte unbekümmert darum sein, daß dadurch unvermeidlich in Millionen Menschen Ideen aufgeregt und in vermehrten Umlauf gesetzt würden, deren Verbreitung unter dem großen Haufen kein Freund der öffentlichen Ordnung wünschen, keine Censur in irgend einem Bundesstaat zugeben würde. Vergebens würde man einwenden, es sei durch den Art. 56. der Wiener Schlußacte mehr nicht festgesetzt, als daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassungen von Seite des Bundes nicht abgeändert werden dürfen; denn in den wiener Conferenzen, welche der Schlußacte vorausgingen, sei von diesem besondern Falle die Rede gewesen.

Die Regeln der Auslegungskunst, hier beruhend auf reiner Vernunft-Erkennniß, gebieten, den Art. 56 grade so und anders nicht zu verstehen, als er dem gemeinen Menschenverstande erkennbar, alshaltungsnorm für den Bund und die Bundesstaaten in der Schlußacte hingestellt ist, das heißt in seiner unübersehbaren Klarheit, Einfachheit und Allgemeinheit.

Dem widerspricht die Geschichte seiner Entstehung keinesweges. In ihrem Zusammenhange zeigen die Wiener Protocolle in der 5. und 6. Sitzung vom 9. und 16. December 1819, nebst ihren Beilagen, daß die Conferenz, in Folge stattgehabter Erörterungen, sich zu der Ansicht vereinigte: die Errichtung und die Aenderung landständischer Verfassungen sei eine innere Landes-Angelegenheit; daher sei ein Recht, die landständischen Verfassungen der Bundesstaaten einer Revision und Abänderung zu unterwerfen dem Bunde keineswegs einzuräumen, sondern es sollten die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen anders nicht als auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden dürfen; dieser Fundamentalsatz sei in seiner Allgemeinheit als Bundesrecht in den 2. Hauptgrundvertrag des Bundes aufzunehmen, und so dessen Befolgung unter den Schutz des Bundes zu stellen.

Demnach differiren die beiden in dieser Ansicht ausgedrückten Sätze wie Genus und Species, und es wäre auf das Gelindeste gesagt, überflüssig gewesen, neben dem allgemeinen Satz auf den darüber begriffenen, auf den Bund sich beschränkenden besondern, in der Schlußacte aufzunehmen. Es konnte, es mußte genügen, als Richtschnur für den Bund, für die Landesherrschaften, für die Landstände und gesammten Einwohner der Bundesstaaten, den schon durch das Vernunftrecht und das römische Recht (L. 35 et L. 100 D. d. R. S.) begründeten Satz auszusprechen, daß in anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Verfassungen anders nicht abgeändert werden dürfen, als auf demjenigen Wege, welcher der Verfassung selbst gemäß ist."

Hätte aber bei der Conferenz die Absicht vorgewaltet, nur den besondern Satz in dem Art. 56 auszudrücken, so wäre es ein unverzeihlicher, ein handgreiflicher Redactionsfehler gewesen, denselben in einen allgemeinen zu verwandeln, der, in dem er alle besondern Fälle derselben Gattung unter sich begreift, zu viel sagen würde. Dieses, oder sogar anzunehmen, daß ein solcher Fehler dem Scharfblick aller 21 Mitglieder der Conferenz entgangen sei, wird wohl Niemand sich erlauben.

Vorliegendes angewandt auf den vorliegenden Fall, so ist es unleugbar Thatsache, daß die braunschweigische erneuerte Landschaftsordnung, nach zwischen der Staatsregierung und den Landständen gepflogenen Verhandlung, auf dem Wege eines zweiseitigen Vertrags zu Stande gekommen ist, und daß dieselbe darum in der hinzugekommenen regentschaftlichen Besätigungsurkunde ausdrück-

lich eine mit den Ständen getroffene „Uebereinkunft“ genannt wird. Hieraus folgt von selbst und der Artikel 56 macht der hohen Bundesversammlung zur Pflicht, auf Anrufen von Betheiligten darüber zu wachen, daß diese landständische Verfassung, welche rechtlich und thatsächlich unter der Regentschaft drei, und der jetzigen herzoglichen Regierung viertelhalb Jahre lang in anerkannter Wirksamkeit bestand, und rechtlich so noch jetzt besteht, anders nicht als auf dem Wege eines zweiseitigen Vertrags, sohin einseitig weder von der Landesherrschafft, noch von den Landständen, abgeändert werden dürfe.

17. Juni 1830.

(gez.) Klüber.

Hiervon nahm man in Berlin Veranlassung, wenigstens über die Competenz der Bundesversammlung seine Ansicht auszusprechen. Dies geschah in einem Pro Memoria vom 15. Juni 1830, worin man vor Allem auf Grund des Art. 13 der Bundesacte und Art. 54 und 56 der Wiener Schlußacte die Begründung dieser Competenz der Bundesversammlung festhielt. Man wies in der Denkschrift (*species facti*) darauf hin, daß die Bundesacte durch die Substitution des Bevollmächtigten des Herzogs von Braunschweig, v. Schmidt-Philsebeck, den kurheffischen Staatsminister Herrn v. Keller unterzeichnet worden sei, und daß die Competenz-Bestimmung von 1817, § 4, B. 3 hier anzuwenden sei; man wies ferner auf die Anzeige von Braunschweig bei der Bundesversammlung vom 13. Juli 1820 hin (s. oben S. 276) und auf die Hinterlegung der Landschaftsordnung im Bundesarchiv. In der Beurtheilung sprach man sich dann so aus:

„Dadurch, daß Braunschweig die offizielle Anzeige von der Erfüllung der im Artikel 13 der Bundesacte übernommenen Verpflichtung gemacht und die neue Landschaftsordnung in der Bundesversammlung übergeben hat, ist der Bund befugt worden, anzunehmen, daß diese Verfassung die in Braunschweig eingeführte sei. Denn die Erfüllung der gedachten Verpflichtung besteht ohne Zweifel darin, daß es eine landständische Verfassung in der That und nicht bloß auf dem Papiere gebe. Eine landständische Verfassung soll es geben und nur **eine** kann es geben, nicht mehrere zugleich.

Artikel 56 der Schlußacte setzt fest, daß eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden könne. Der Herzog will den verfassungsmäßigen Zustand seiner Lande aber gegen den Willen der Stände dadurch abändern, daß er sich befugt hält, die vor- malige ständische Verfassung aus den Jahren 1770 wieder herzustellen und damit die neue 1820 ertheilte Landschaftsordnung über den Haufen zu werfen.

Artikel 54 der Wiener Schlußacte legitimirt die Bundesversammlung, darüber zu wachen, daß nach dem Sinne des 13. Artikels in jedem Lande eine landständische Verfassung bestehe.

Ueber die erfolgte Erfüllung und die Art und Weise derselben hat aber die Bundesversammlung durch Braunschweig schon Kenntniß erhalten. Wenn es demnach, von dem Standpunkte des Bundes aus, in Braunschweig eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung bereits gab, und eine solche als auf dem verfassungsmäßigen Wege Abänderungen erhalten, und mithin noch weniger ganz umgestoßen und weggeschafft werden könne, so muß die Bundesversammlung es zu ihrer Pflicht machen, in der Sache einzuschreiten. Denn, wenn der Artikel 61 der Wiener Schlußacte, worauf der Herzog den Einwand gegen das Recht der Bundesversammlung zu einer solchen Einschreitung, d. h. gegen ihre Competenz begründet, festsetzt:

außer dem Falle der übernommenen besonderen Garantie einer landständischen Verfassung und der Aufrechterhaltung der über den 13. Art. der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen, ist die Bundesversammlung nicht berechtigt, in landständischen Angelegenheiten oder Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzuwirken, so lange solche nicht den im 26. Art. bezeichneten Character annehmen zc.

so ist zwar weder der erste, noch der dritte Fall vorhanden, aber es handelt sich um eine mit der sub. 2 erwähnten Aufrechterhaltung der über den 13. Artikel der Bundesacte festgesetzten Bestimmung im innigsten Zusammenhange stehende Frage (2. der Aufrechterhaltung der über den 13. Artikel der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen).

Die Competenz des Bundes zur Einschreitung in der Sache dürfte hier-
nach über alle Zweifel begründet erscheinen.

Ob die vormundschaftliche Regierung befugt gewesen ist, eine Bundespflicht zu erfüllen? — was der Herzog wenigstens in Bezug auf die Ertheilung einer neuen Landschaftsordnung zu bestreiten scheint — und ob und welche begründete Einwendungen gegen diese neue Landschaftsordnung sich machen lassen dürften? kann für jetzt bei Erörterung der Competenz-Frage unerörtert bleiben.“

Als Metternich sich nach dem Johannisberg begab, hielt er sich kurze Zeit (Juli 1830) in Frankfurt auf, und verhandelte dort mündlich mit dem Bevollmächtigten der braunschweigischen Landstände, dem Kammerherrn von Cramm. Der Fürst sprach sich in dieser Unterredung lobend über den Herzog Carl von Braunschweig aus und sagte, daß dieser von Herzen ein guter Mensch sei, er könne nur zur Vermittelung rathen. Er verglich das Verhältniß des Landesherrn und der Stände mit einer Ehe, worauf indessen Cramm erwiderte, daß das in Braunschweig eine schlechte Ehe sei. Metternich sprach sich überhaupt offen über die österreichische Ansicht gegen Cramm aus und wiederholte später etwas ausführlicher dieselben Ansichten am 16. Juli gegenüber dem preussischen Gesandten in Wien, dem Frhrn. v. Brochhausen (siehe weiter unten.) Schon früher hatte der Präsidialgesandte Frhr. v. Münch die Mittheilung gemacht, daß der Herzog bald in sein Land zurückkehren werde, und daß wahrscheinlich die Gesandten von Berlin und Wien den Auftrag erhalten würden, mit der braunschweigischen Regierung zu verhandeln. Auch von einer königlich-sächsischen Vermittelung wurde wiederum gesprochen, um die Landstände zu disponiren, ihrer an den Bundestag angebrachten Beschwerde, wenigstens für jetzt (Juni 1830) keine besondere Folge zu geben. Cramm berichtete diese Absichten sofort seinen Committenten in Braunschweig, aber der Syndicus der Landstände, Pricelius, antwortet unter dem 30. Juni 1830, daß man den sichern Weg vorziehen wolle, indem man verlange, daß die Bundesversammlung erst ihre Competenz aussprechen möge. Ueberhaupt könne man nur eine Vermittelung annehmbar finden, wenn sie der Bundestag ausspreche. Das war gerade, was Metternich verhüten wollte; — die Competenz der Bundesversammlung sollte nicht ausgesprochen werden.

Allein seine Bemühungen scheiterten an der einmüthigen Haltung Preussens, Hannovers und Baierns und der preussische Gesandte zu Karlsruhe Frhr. v. Otterstedt wirkte dort mit Erfolg gegen Blittersdorff, der die österreichische Ansicht nach wie vor vertheidigte. Was die Frage wegen der Competenz der

Bundesversammlung betraf, so wollten einige Bundestagsgesandte hierauf die Thätigkeit der Eingabekommission beschränken und dafür wurde auch der preussische Gesandte v. Nagler gewonnen, andere dagegen, wie vorzugsweise der bairische Gesandte, Frhr. v. Perchenfeld, nahmen aber die ganze Consequenz des Art. 56 der Schlußacte in Anspruch. In Berlin blieb das Cabinet der einmal ausgesprochenen Ansicht treu und Nagler erhielt den Auftrag dafür zu wirken. Metternich hatte sich zwar Mühe gegeben, seinen gegen Cramm (s. oben) entwickelten Ansichten in Berlin Geltung zu verschaffen, allein ohne Erfolg. Im Wesentlichen hatte er (16. Juli) geäußert:

„Wenn die braunschweigischen Stände verlangen, daß die Bundesversammlung den Herzog zur Anerkennung der von seinem Vormunde gegebenen Verfassung anhalten soll, so bietet sich vor Allem die Frage der Entscheidung dar: ob ein Vormund berechtigt sei, den Unterthanen seines Mündels eine Verfassung zu geben, oder ob demselben überhaupt gestattet sei, dergleichen in das Wesen eines Staates eingreifende und dasselbe verändernde Institutionen einzuführen. Das Privatrecht verweigert dem Vormunde die Fähigkeit, große und wesentliche Veränderungen mit dem Vermögen des Mündels vorzunehmen, die Verfassungen der meisten deutschen Staaten erwähnen diesen Fall und versagen dem Vormunde das Recht, Veränderungen in der Verfassung zu veranlassen, und ein natürliches Gerechtigkeitsgefühl scheint auch für ein solches Verbot zu sprechen. Wenn der Bitte der braunschweigischen Stände gewillfahrt würde, so würde dadurch anerkannt, was man doch als Princip nicht gelten lassen könne und ein für die Zukunft gewichtiges Beispiel aufgestellt. Das österreichische Cabinet könne aber als Prinzip nie anerkennen, daß ein Vormund das Recht habe, Verfassungen zu geben, und ich zweifle nicht, daß die große Majorität der Bundesglieder diese Ansicht theile.

Eine andere sei die Frage: ob der Herzog überhaupt seinem Lande eine Verfassung zu geben verpflichtet sei, und diese müsse auf Grund der Bundesacte bejaht werden. Hierzu verbunden bleibe dem Herzog mithin die Wahl zwischen folgenden Alternativen:

- 1) entweder die ältere Verfassung wieder hervorzurufen;
- 2) oder die neue — von seinem Vormunde erlassene — pure anzuerkennen;
- 3) oder in derselben Modificationen eintreten zu lassen;
- 4) oder eine neue zu geben.

Die Entscheidung für die zweite Alternative würde er für sehr wünschenswerth halten, da er die von Seiner Majestät Georg IV. gegebene Verfassung für gut und gemäßigt erachte, ebenso halte er es nach den Äußerungen des Herrn v. Cramm für wahrscheinlich, daß sich die Stände Modificationen und Aenderungen gefallen lassen würden, wenn der Herzog dazu den Vorschlag machte. Vor das Forum des Bundes aber diese Frage zur Entscheidung zu ziehen, scheine ihm theils wegen der obigen dabei zur Sprache kommenden Hauptfrage, theils auch wegen vieler dabei anzuregenden neuen Beziehungen nicht für rathsam. Vielmehr würde er der Meinung sein, die Frage: welche Verfassung der Herzog dem Lande geben wolle, zwischen ihm und seinen Ständen erörtern zu lassen, und von Seiten der übrigen deutschen Höfe auf diplomatischem Wege mit Nachdruck dahin zu wirken, daß er die Wünsche der Stände erfülle.“

Wenngleich nun Metternich die Hoffnung ausdrückte, daß man in Berlin in der Hauptsache mit ihm einverstanden sei, so ging diese Hoffnung, wie oben

schon gesagt, diesmal nicht in Erfüllung. Weder in Berlin, noch in München, noch in Dresden traten die Kabinete der österreichischen Ansicht bei.

Das preussische Cabinet theilte vor allen Dingen nicht die in Frankfurt vielfach von Bundestagsgesandten ausgesprochene Ansicht, als ob die Declamationskommission lediglich bei einer Begutachtung der Competenzfrage stehen bleiben und der späteren Beurtheilung der Bundesversammlung — nach eingeholter Instruktion — die Sache überlassen bleiben solle. Das liege nicht in der Geschäftsordnung, noch auch in dem bis dahin stattgefundenen Gebrauch der Bundesversammlung. Dann beklagte Bernstorff die auseinander gehenden Meinungen der Mitglieder des Bundestagsausschusses in Bezug auf Art. 56 der Wiener Schlußacte und ging dabei in folgender Weise näher auf das Verhältniß selbst ein (23. Juli 1830):

„Als die vormundtschaftliche Regierung vor 10 Jahren der Verbindlichkeit gegen den Bund durch Verleihung einer Verfassung nachkam, fand Niemand dagegen etwas zu erinnern. Dieselbe auch jetzt noch für richtig zu erklären — was bei etwaiger Abweisung der Landstände implicite der Fall sein würde — scheint auch deshalb mißlich, weil sich künftig einmal in einem ähnlichen Falle eine vormundtschaftliche Regierung darauf berufen könnte, um ihre Befreiung von einer allgemeinen Bundespflicht daraus herzuleiten und sich der Erfüllung derselben zu entziehen; wobei in Erwägung kommt, daß ein minorennener Landesherr mit Hinterlassung eines minorennen Regierungsnachfolgers sterben kann und mithin die Möglichkeit sehr langer vormundtschaftlicher Regierung in einem Bundesstaate stattfindet. Was aber diejenigen politischen Bedenken anlangt, welche man gegen die Behandlung dieser Sache im Sinne der unter dem 27. März d. J. an Herrn v. Nagler ergangenen Instruktion, namentlich also gegen eine, auf den 56. Artikel der Schlußacte zu gründenden Aufrechterhaltung des Bestandes bis zu einer im verfassungsmäßigen Wege zu bewirkenden Abänderung der Landschaftsordnung vom 25. April 1820 wegen möglicher nachtheiliger Folgen erheben zu können glaubt, so kann ich der Besorgniß vor dergleichen Folgen nicht Raum geben, da der vorliegende Fall einzig in seiner Art ist, und sich keine Umstände denken lassen, unter welchen jemals von Landständen deutscher Bundesstaaten darauf exemplificirt werden könnte.

Niemand wird in Abrede stellen, daß der Art. 61 der Schlußacte die Nicht-Intervention der Bundesversammlung in landständischen Angelegenheiten oder Streitfachen zwischen den Landesherrn und den Ständen als Regel festsetzt, und — wie noch ausdrücklich in den Anfangsworten des unmittelbar nachfolgenden 62. Artikels gesagt wird — eine mit dem Art. 54 beginnende Reihe von Bestimmungen schließt, welche sich auf den 13. Artikel der Bundesacte in seiner Anwendung auf die Länder der souverainen Fürsten Deutschlands beziehen. Hier fragt sich nun zuerst: in welchem Verhältnisse zu dem 61. Artikel, der jenen Grundsatz ausspricht, die ihm bis zum Art. 54 rückwärts vorangehenden Artikel aufzufassen sind? Die beste Anleitung zur richtigen Beantwortung dieser Frage giebt der Eingang zum Art. 61 selbst an die Hand. Derselbe lautet nämlich: (siehe oben S. 340).

Indem er die Nicht-Intervention der Bundesversammlung als Regel ausspricht, setzt er zugleich die Ausnahmen fest, wo der Bundesversammlung eine Einwirkung in landständischen Angelegenheiten zustehe, und indem er zu diesen Ausnahmen, neben dem Falle der von dem Bunde übernommenen besonderen Garantie der landständischen Verfassung auch

die Aufrechthaltung der über den 13. Art. der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen

zählt, können und müssen unter Umständen die hier gemeinten Bestimmungen, da solche in den bis zum Art. 54 einschließlich vorangehenden Artikeln enthalten sind, sämmtlich als besondere Fälle betrachtet werden, welche eine Einwirkung der Bundesversammlung zum Behufe einer ihr obliegenden Aufrechthaltung bundesverfassungsmäßiger Ordnung zulässig machen. In diesem Zusammenhange gehört also auch der Art. 56 zu denjenigen Bestimmungen, welche eine Intervention des Bundes begründen, wenn derselbe deshalb von Seiten eines Betheiligten angerufen wird. Freilich bleibt hierbei die Frage offen, was der eigentliche Inhalt oder Gegenstand der im Art. 56 enthaltenen Bestimmung sei, deren Aufrechthaltung der Bundesversammlung obliegt? Diese Frage wird aber doch immer nur auf eine mit jenem nothwendigen Zusammenhange vereinbare Weise zu beantworten sein. Ich vermag daher nicht in die von *rc. Blittersdorff* aufgestellte und *Ev. Exc.* vertraulich mitgetheilte Ansicht zu finden, nach welcher in dem 56. Artikel nichts anderes vorgeschrieben sein soll, als daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassungen keiner Aenderung oder Revision von Seiten des Bundes unterworfen werden dürfen. Im entschiedensten Widerspruche mit der obigen Deduction, nach welcher der Art. 56 gerade eine Bestimmung über eine specielle Ausnahme von der Nicht-Intervention des Bundes in landständischen Angelegenheiten, mithin über einen Fall bundesverfassungsmäßiger Einwirkung in derselben enthält, soll also nach jener Auslegung des *rc. Blittersdorff* durch den besagten Artikel die Wirksamkeit des Bundes gerade ausgeschlossen oder der letztere zur Unterlassung einer Abänderung oder einer Revision der in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen verpflichtet werden. Um für eine solche Auslegung auch nur einen Schein zu gewinnen, müßte man voraussetzen können, es sei vor dem Abschlusse der Wiener Schlußacte als ein Theil der Befugnisse und der Competenz des Bundes angesehen worden, in anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Verfassungen abzuändern. Womit aber wäre eine solche Voraussetzung wohl zu begründen? Daß die Befugniß zu einseitigen Abänderungen bestehender landständischer Verfassungen als ein Recht der souverainen Gewalt oder des Landesherrn in jedem einzelnen Bundesstaat allenfalls in Frage gestellt werden konnte, erscheint ganz natürlich; niemals aber ist es jemanden so wenig wie mir nach der Wiener Ministerconferenz in den Sinn gekommen, jenes Recht dem deutschen Bunde beizulegen, und denselben mithin zu einer Art von Einnischung in die innere Staatseinrichtung einzelner Bundesländer zu ermächtigen, durch welche die Souverainetät der einzelnen Bundesstaaten völlig aufgehoben sein würde. Gegen die in meinem Schreiben vom 27. März c. geschehenen Anwendung des Art. 56, dessen richtige Auslegung in Verbindung mit Art. 61 die Competenz des Bundes in der vorliegenden Beschwerdefache außer Zweifel setzt, hat man noch zwei besondere Argumente gebraucht, die ich bei näherer Prüfung eben so wenig, als die oben widerlegte Ansicht des *rc. Blittersdorff* für haltbar anzuerkennen im Stande bin.

Von der Behauptung ausgehend, es handle sich im Falle der vorliegenden Beschwerde der Stände des Herzogthums Braunschweig von einer Aufhebung der dortigen landständischen Verfassung, glaubt man nämlich zuerst den Einwurf machen zu können, daß der Art. 56 gar nicht von Aufhebung, sondern bloß von Abänderung landständischer Verfassungen rede und gelte, und will daraus

folgern, daß derselbe auf den vorliegenden Fall überhaupt nicht passe. Aber nicht einmal die Behauptung, daß der dürre Wortausdruck des Art. 56 unserer Anwendung desselben entgegen sei, läßt sich bei richtiger Auffassung der vorwaltenden Thatsache durchführen. Der Herzog von Braunschweig hat ja bekanntlich die während der vormundtschaftlichen Regierung ins Leben getretene erneuerte und revidirte Landschaftsordnung vom 25. April 1820 nicht aufgehoben, um sein Land ganz ohne Verfassung zu lassen, sondern nur um die ältere Landschaftsordnung vom Jahre 1770 wieder an deren Stelle zu setzen. Wie nun die jüngere nichts anders als eine Abänderung der älteren war, so würde sich die Wiederherstellung der letzteren auch nicht anders als eine Abänderung der während der vormundtschaftlichen Regierung ins Leben getretenen Verfassung betrachten lassen. Uebrigens ist auch für diesen Fall durch die Art. 54—56 der Wiener Schlußacte gesorgt worden, während bei deren Abfassung Niemand daran dachte, daß ein deutscher Souverain den Entschluß fassen könne, eine bestehende landständische Verfassung aufzuheben, ohne eine andere an deren Stelle zu setzen. Indem nämlich der Art. 54 festsetzt:

Da nach dem Sinne des 13. Artikels der Bundesacte und den darüber erfolgten späteren Erklärungen in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen stattfinden sollen, so hat die Bundesversammlung darüber zu wachen, daß diese Bestimmung in keinem Bundesstaate unerfüllt bleibe.

indem sodann Art. 55 feststellt:

Den souverainen Fürsten der Bundesstaaten bleibt überlassen, diese innere Landesangelegenheit, mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen.

der nun folgende Art. 56 aber die Bestimmung hinzufügt, welche zugleich als eine Einschränkung der im vorhergehenden Art. 55 den souverainen Fürsten überlassene Regulirung jener „inneren Landesangelegenheiten“ zu betrachten ist:

„daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können,“

so wird durch diesen Zusammenhang aller drei Artikel unwiderrufflich nachgewiesen, daß nach den darin niedergelegten Bestimmungen

- a) weder ein deutsches Bundesland, das überhaupt noch ohne landständische Verfassung war, fernerhin ohne eine solche bleiben sollte, noch
- b) die bestimmte Verfassung, welche in anerkannter Wirksamkeit in einem deutschen Lande bestand, anders als auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert, oder — was noch mehr ist — aufgehoben werden könne.

Ein zweiter Einwand wird von dem Art. 60 der Schlußacte, namentlich von der daselbst befindlichen Bestimmung hergenommen, daß die Bundesversammlung zur Uebernahme der besondern Garantie einer landständischen Verfassung die Befugniß erhält, dieselbe auf Anrufung der Betheiligten aufrecht zu erhalten &c. Der besondern Ermächtigung des Bundes zu dieser Art der Intervention — meint man — würde es gar nicht bedürfen, wenn der Bund schon im Allgemeinen mit Rücksicht auf Art. 56 in Verbindung mit Art. 61 die Aufrechterhaltung der Bestimmung,

daß die in anerkannter Wirksamkeit &c.

sich angelegen lassen sein wolle; und letzteres könne nicht stattfinden, weil sonst zwischen dieser Art der Intervention und der Intervention im Falle der übernommenen besonderen Garantie einer landständischen Verfassung kein Unterschied übrig bleiben, mithin auch jeder Grund eine solche besondere Garantie bei dem Bunde nachzusuchen hinwegfalle, und der Art. 60 als überflüssig erscheinen würde u. c. Gegen die Richtigkeit dieser, keineswegs zu ziehenden Folgerung spricht schon die Fassung des Art. 61 selbst, welcher diejenigen Interventionsfälle, wo es sich von der übernommenen besonderen Garantie einer landständischen Verfassung handelt, von der

Aufrechthaltung der über den Art. 13 der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen,

worunter also die Bestimmung des Art. 56 gehört, ausdrücklich unterscheidet. Dieses würde nicht geschehen sein, wenn nicht in der Sache selbst ein Unterschied läge. Ein solcher läßt sich auch sehr leicht auffinden. Rücksichtlich des Art. 56 in Verbindung mit Art. 61 besteht die Einwirkung der Bundesversammlung bloß darin, die in anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Verfassung gegen einseitige nicht auf verfassungsmäßigem Wege unternommene Abänderungen überhaupt zu schützen oder — mit andern Worten — den Bestand bei denselben so lange aufrecht zu erhalten, bis eine Abänderung auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande gekommen ist. Es kommt mithin hier lediglich auf eine Besitzfrage an, die stets nur einfacher Natur sein und zur Erörterung einzelner Verfassungspunkte keinen Anlaß geben könne. Wohl aber können dergleichen Erörterungen unvermeidlich werden, wenn von „Auslegung oder Anordnung“ einer bestehenden Verfassung die Rede ist, und hierüber Irrungen zwischen den Betheiligten obwalten. Bei solchen Irrungen, deren Beilegung immer schon ein, dem petitorischen Prozesse analoges Verfahren erfordert, kann sich die Bundesversammlung nur alsdann wirksam erweisen, wenn sie eine besondere Garantie der Verfassung übernommen hat, und ihre Intervention von einem der Betheiligten angerufen wird; indem ihr für diesen, von einer Intervention zum Schutz des Besitzstandes ganz verschiedenen Fall der Art. 60 die Befugniß ertheilt:

Art. 60. Wenn von einem Bundesgliede die Garantie des Bundes für die in seinem Lande eingeführte landständische Verfassung nachgesucht wird, so ist die Bundesversammlung berechtigt, solche zu übernehmen. Sie enthält dadurch die Befugniß, auf Anrufung der Betheiligten, die Verfassung aufrecht zu erhalten, und die über Auslegung der Anwendung entstandenen Irrungen, so fern dafür nicht anderweitige Mittel und Wege gesetzlich vorgeschrieben sind, durch gütliche Vermittelung oder compromissarische Entscheidung beizulegen. Die Ansicht des bayerischen königlichen Hofes stimmt mit derjenigen, welche der bairische Bundestagesgesandte in dem Aufsatze d. d. 19. Juni 1830 entwickelt hat, ganz überein. Je mehr bei denselben mit dem Rechte der Bundesversammlung auf eine ihr entsprechende Weise in der vorliegenden Sache zur Erhaltung der bundesgesetzlichen Ordnung einzuwirken, auch ihr Veruf zu einer solchen Intervention einleuchtet, um so mehr muß ich glauben, daß der Herr Fürst von Metternich mißverstanden worden ist, wenn man einer von ihm gemachten Äußerung den Sinn unterlegt, als halte er die Einleitung einer besondern Vermittelung zwischen dem Herzog von Braunschweig und seinen Ständen für angemessen. Die Bedenken, welche gerade auswärtige Vermittelung zwischen Landesherren und Stände haben würde, ist sehr gewichtig. Dem Herrn Fürsten

v. Metternich werden dieselbe eben so wenig entgegen sein, als die gegenwärtig einer Vermittelung von Seiten des Bundes entgegenstehenden Hindernisse. An die letzte wäre allenfalls zu denken, wenn hier über Auslegung oder Anwendung der während der vormundschafftlichen Regierung in's Leben getretenen Verfassung Irrungen vorwalteten, wie sie der Art. 60 der Schlußacte bezeichnet; der Fall dieses Artikels ist aber bei vorliegender Beschwerde so wenig vorhanden, daß der Herzog von Braunschweig nicht einmal die Existenz der Stände anerkennen will, welche eine von den beiden Partheien bilden, zwischen denen die Vermittelung zu führen wäre. Endlich verlangen die Stände im Wesentlichen auch nichts anderes, als daß der Besitzstand der in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassung vom 25. April 1820 bis zu einer auf verfassungsmäßigem Wege vorzunehmenden Abänderung aufrecht erhalten werde, und dazu haben sie sich an den Bund gewandt.

Die nähere Ausführung der für ihr Gesuch sprechenden Gründe mögen Sie entweder der Reclamations-Commission, oder der Abstimmung der das Gericht derselben anerkennenden Bundesglieder überlassen. Was zu jenem Behufe von dem Herrn v. Klüber in einem für sie angefertigten Aufsatze, der sich unter der Anlage des gefälligen Schreibens vom 15. v. Mts. befindet, gutachtlich gesagt worden ist, geht meines Erachtens zu sehr in's Allgemeine, und schon deshalb war es rathsam, daß der Herr v. Gramm keinen weiteren Gebrauch von diesem Aufsatz gemacht hat."

Die Ansicht des Münchener Cabinets, auf welche sich Bernstorff in dieser Ausführung bezog, lautete folgendermaßen:

"Seine Majestät der König haben von dem erstatteten Bericht des königlich braunschweigischen Gesandten, Ch. v. Lerchenfeld d. d. 25. Mai 1830 in Ansehung der Differenz zwischen des Herzogs von Braunschweigs Durchlaucht und seiner Landstände Allerhöchst Einsicht genommen und lassen Allerhöchstens Ab-sicht über die Competenz der Bundesversammlung in Folgendem zu erkennen geben.

Da in der königlich preussischen Instruction, sowie in dem bundesgesandtschaftlichen Gutachten für die erwähnte Competenz das Possessorium zu Grunde gelegt worden, welches auch für die Anwendung des Art. 56 der Wiener Schlußacte zureichen wird, so kommt es zugleich darauf an, daß bei der Competenzfrage dasjenige umgangen werde, was auf das Petitorium, auf das Recht, eine landständische Verfassung mit allen jenen Verhältnissen, wie sie in der erneuerten Landschaftsordnung vom Jahre 1820 in Braunschweig eingeführt worden, eine Beziehung hat.

Dadurch werde die petitorische Einwirkung des Herzogs von Braunschweig Durchlaucht unwirksam und irrelevant, und es fällt das Bedenken hinweg, welches in dem Art. 61 in der Regel der Bundesversammlung das Recht nicht einräumt, in landständischen Angelegenheiten oder bei Streitigkeiten zwischen den Landesherrn und ihren Ständen einzuwirken, wogegen das Recht zur Aufrechthaltung der über den 13. Art. der Bundesacte festgesetzten Bestimmungen zugelassen ist.

Der Thatumstand, daß die vormundschafftliche Regierung von der Erlassung der erneuerten Landschaftsordnung und der hierdurch geschehenen völligen Erfüllung des 13. Art. der Bundesacte der Bundesversammlung Anzeige erstattete, worauf diese Anzeige durch den Beschluß der Hinterlegung der übergebenen Exemplare in das Archiv als genügend anerkannt wurden; setzt schon

an und für sich außer Zweifel, daß die neue Landständische Verfassung in Braunschweig in Wirklichkeit übergegangen sei. Mithin wird für die Competenz der Bundesversammlung der Art. 56 zur Seite stehen, soweit, daß die bereits von dem Bunde stillschweigend anerkannte, mithin in einer guten Meinung des Besitzers gegründete Verfassung nicht anders, als auf verfassungsmäßigem Wege abzuändern ist, worüber, aber auch nicht weiter, die Bundesversammlung einschreiten könne. Für diesen verfassungsmäßigen Weg besteht possessorisch in der Landschaftsordnung von 1820 § 28 das Mittel der Verhandlung und Uebereinkunft mit den Ständen. Selbst für den Fall, daß der Herr Herzog von Braunschweig die neue Landschaftsordnung von 1820 petitorisch nicht anerkennt, und nach seiner Erklärung vom 25. Mai 1829 nur die landschaftlichen Privilegien vom Jahre 1770 anerkennen will, ist ein für beide Theile unverfängliches Auskunftsmittel nebenbei gedenkbar. Nach diesen Privilegien von 1770 ist Art. 8 bei Irrungen zwischen den Landesherrn und den Ständen in Gegenständen der Landesverfassung bestimmt, daß vorerst die herzoglichen geheimen Räte und einige von den Mitständen die Beschwerden zwischen dem Landesherrn und der ganzen Landschaft gütlich beizulegen suchen sollen, und daß sie, wenn die Güte nicht stattfindet, im Wege Rechts auszumachen seien.

Dieses scheinen die einzig möglichen Wege zu sein, wie die Differenz zwischen dem Herrn Herzog von Braunschweig und seinen Ständen erledigt werden könne, ohne daß die Bundesversammlung in die materiellen und petitorischen Rechtsverhältnisse dieser Streitsache, worüber die angeführten Bedenken bestehen, selbst eingehen würde.

Der königlich bairische Gesandte hat sich über diese Ansicht mit dem königlich preussischen Bundestagsgesandten vertraulich in das Benehmen zu setzen, um wo möglich eine Uebereinstimmung zu erzielen."

München, den 12. Juli 1830.

Auch das königlich sächsische Cabinet sprach sich in einer besonderen Denkschrift über die Angelegenheit aus:

Königlich sächsische Denkschrift.

Ueber die Differenz zwischen Seiner Durchlaucht dem Herzog von Braunschweig und seinen Ständen wegen der dasigen Landschaftsordnung von 1820. Juni 1830.

Die Stände des Herzogthums Braunschweig haben bei der Bundesversammlung um Aufrechthaltung der von dem Könige von England, als Vormunde ihres Herzogs, gegebenen Landschaftsordnung von 1820 gebeten, welche letzterer nicht anerkennen will.

Hierbei kommt es jetzt auf die Vorfrage an: ob die Bundesversammlung in der Sache competent sei?

Oesterreichischer Seits wird gewünscht, daß die Bundesregierungen über diese Vorfrage sich vorerst vertraulich äußern, ehe selbige in der Bundesversammlung förmlich verhandelt werde.

Der Geheime Rath hat daher über dieselbe ein Gutachten zu eröffnen.

I. Geschichtliche Bewandniß der Sache.

Das Herzogthum Braunschweig hatte schon seit früheren Zeiten eine ständische Verfassung, welche sich auf Herkommen, Verträge und landesherrliche Be-

stimmungen gründete. 1770 wurde eine Zusammenstellung der ständischen Verhältnisse, unter dem Titel: „Gesammter Landschaft Privilegia und Befugnisse“ veranstaltet und am 9. April d. a. landesherrlich bestätigt.

Diese Zusammenstellung war bis 1806 der Inbegriff der ständischen Verfassung.

1806 wurde das Herzogthum von dem Kaiser Napoleon occupirt, welcher selbiges 1807 zu dem Königreiche Westphalen schlug, und in dessen Constitution die ständische Verfassung des Herzogthums aufhob, dagegen aber dem gesammten Reiche eine solche Verfassung gab.

Zu Ende des Jahres 1813 erfolgte die Auflösung des Königreichs Westphalen, und der Herzog von Braunschweig, damals Friedrich Wilhelm trat wieder in den Besitz seiner Länder.

Die restituirten Regenten von Braunschweig, Hannover und Kurheffen erkannten, da ihre zu dem Königreiche Westphalen geschlagenen Lande nur occupirt, nicht aber von ihnen völkerrechtlich abgetreten worden waren, die Handlungen der französischen und westphälischen Regierung nicht an, bestätigten jedoch manche derselben.

Der Herzog Friedrich Wilhelm hatte, bei dem Drange der damaligen Umstände, weder Zeit noch Veranlassung, sich über die künftigeständische Verfassung seines Landes gesetzlich oder factisch auszusprechen, auch erwartete derselbe, daß gewisse allgemeine Bestimmungen über die Verhältnisse der Stände in den deutschen Staaten durch die Landesacte getroffen werden würden. Letztere erschien am 8. Juni 1815 und am 15. ejusdem blieb er in der Schlacht bei Waterloo.

Ihm folgte der jetzt regierende Herzog Karl, geboren am 30. October 1804, also minorenn.

Die Vormundschaft über diesen war im väterlichen Testamente dem damaligen Prinzen Regenten, nachherigen Könige von England, und unter ihm den Ministern Lord Castlereagh und Graf von Münster übertragen.

In der Bundesacte war Art. 13 festgesetzt, daß in allen Landesstaaten eine landständische Verfassung stattfinden werde. Die Bundesversammlung brachte die Erfüllung dieser Vorschrift wiederholt in Erinnerung und 1818 übernahmen durch Landestagsbeschluß alle Regierungen, bei denen dieser Artikel nicht schon erfüllt war, die Verpflichtung, binnen Jahresfrist der Bundesversammlung die geeigneten Mittheilungen von den ferneren diesfalligen Einleitungen, deren Fortgange und womöglich deren Resultate zu machen.

Die vormundschaftliche Regierung berief nun 1819 einen Landtag in vor-maliger Form, in Folge dessen die, eine veränderte ständische Verfassung enthaltende „erneuerte Landschaftsordnung“ vom 19. Januar 1820 angenommen, und als „eine mit den Ständen getroffene Uebereinkunft“ unterm 25. April ej. a. im Namen des königlichen Vormundes bestätigt und publicirt, sodann aber der Bundesversammlung am 13. Juli ej. a. — ohne Antrag auf Garantie übergeben wurde.

Diese Landschaftsordnung war den Bedürfnissen der Zeit gemäß, und enthielt keine neuen Beschränkungen der landesherrlichen Gewalt, wohl aber angemessenere Bestimmungen über die Zusammensetzung und Wirksamkeit der Stände, sowie die Aufhebung der Immunitäten von Steuern und andern Landesprästationen, des privilegirten Gerichtsstandes und der Patrimonialgerichte,

wobei zugleich die bisher büreaukratischen niedern Gerichte eine durch den Erfolg bewährte collegialische Organisation erhielten.

Die so gestaltete Verfassung ist jetzt dem ganzen Volke theuer und der Adel, vom Gemeingeiste geleitet, verweigert beharrlich die aufgegebenen Privilegien wieder anzunehmen.

Nachdem die Landschaftsordnung unterm 25. April 1820 publicirt worden war, wurden die Stände in ihrer neuen Constituierung zusammen berufen, um über die definitive Organisation der Landesverwaltung und die wichtigsten Gegenstände ihres Wirkungskreises mit ihnen zu unterhandeln. In Gemäßheit dieser Unterhandlungen wurden mehrere Verordnungen erlassen, die ständischen Ausschüsse, welche außer der Zeit eines Landtages wirksam sind, gewählt, auch das Landessteuer-Collegium aus herzoglichen und ständischen Mitgliedern — bestellt. Am 11. Juli 1823 erfolgte ein förmlicher Landtags-Abschied.

Unmittelst war bei der vormundtschaftlichen Regierung die Frage verhandelt worden, in welchem Altersjahre der Herzog die Regierung anzutreten habe? ob nach zweifelhaften Hausgesetzen und dem schwankenden Herkommen mit dem 18. oder nach Sachsenrechte mit dem 21. oder nach dem römischen Rechte mit dem 25. Jahre. Der König compromittirte auf die Ansicht der Höfe von Wien und Berlin, welche den Rechtspunkt unerledigt ließen, und beschloß, in Rücksicht der an ihn gelangten, auf die Wünsche des Herzogs gegründeten Aeußerung des Wiener Hofes, jenem die Regierung mit Schluß des damals eben laufenden Administrationsjahres am 30. October 1823 zu übergeben.

Der Herzog trat also die Regierung mit Ende des 19. Altersjahres an, und da er behauptet, daß sie ihm schon im 18. hätte übergeben werden sollen, so betrachtet er die vormundtschaftliche Regierung vom 30. October 1822 bis dahin 1823 für usurpatorisch und die inmittelst gegebenen Gesetze und getroffenen Einrichtungen als absolut nichtig.

Er ertheilte den Ständen die üblichen Reversalen nicht, er forderte aber auch nicht die allgemeine Huldigung, welcher sowohl nach der früheren als neuen Verfassung die Ertheilung der Reversalen vorhergehen mußte, beruhte keinen Landtag zusammen, erhob vielmehr die im Jahre 1823 nur auf 3 Jahre verwilligten Steuern fort, verfügte aber aus dem Kabinete und durch das Ministerium an die Behörden, welche nur durch die Landschaftsordnung bestanden, die ständischen Ausschüsse und das Landessteuer-Collegium, und setzte manches, was nach den Landtags-Verhandlungen von 1820 bis 1823 noch unausgeführt geblieben war, zum Theil mit namentlicher Beziehung auf solche in Vollzug.

Die Ausschüsse baten wiederholt, doch vergebens, einen Landtag zu berufen.

Während der Jahre von 1823 bis 1827 erklärte sich der Herzog nicht ausdrücklich, ob eine und solchen Falls welche ständische Verfassung von ihm anerkannt werde, aber seit dem Jahre 1827 erklärt er, daß er die von der vormundtschaftlichen Regierung unbefugter Weise eingeführte Landschaftsordnung von 1820 nicht, wohl aber die landschaftlichen Privilegien von 1770 anerkenne, und zu Unterhandlungen über zeitgemäße Modificationen bereit sei.

Hierauf haben jedoch die Ausschüsse im Namen der Stände zurückgeäußert, daß eine Anerkennung der Privilegien von 1770 ohne die der Landschaftsordnung von 1820 der Ansicht der Stände entspreche, und daher auch nicht als Basis von Unterhandlungen dienen könne.

Die Stände baten im Jahre 1828 bei dem Bundestage um Aufrechterhal-

tung der Landschaftsordnung von 1820, worauf eine Commission zur Begutachtung der Sache bestellt wurde, deren Vortrag jetzt zu erwarten ist.

II. Erörterung der Frage: ob die Bundesversammlung in der Sache competent sei?

Die Stände suchen in ihren Eingaben an die Bundesversammlung den Beweis zu führen, daß letztere in der Sache competent sei, in den durch die Differenzen zwischen Könige und dem Herzoge veranlaßten Eingaben der hannoverschen Regierung wird die Competenz ebenfalls behauptet, allein der Herzog widerspricht selbiger.

Was die streitenden Theile für ihre Ansicht, mitunter sehr weitläufig anführen, bedarf hier keiner speciellen Erwähnung. Die Competenz der Bundesversammlung kann sich allenthalben nur auf klare Vorschrift der Bundesgesetze gründen, diese Gesetze aber sind Staatsverträge, welche die Souverainitätsrechte der contrahirenden Staaten zu Erreichung gemeinsamer Zwecke gegenseitig beschränken, und lassen daher eine artificielle, analoge oder extensive Erklärung nirgends zu.

Man muß also jetzt bei dem stehen bleiben, was die Bundesgesetze über die ständischen Verfassungen und Einwirkung der Bundesversammlung auf selbige wörtlich erhalten; allein, die nachfolgende Zusammenstellung wird zeigen, daß selbige über die Grenzen der Competenz wesentlich Zweifel übrig lassen.

Die Bundesacte vom 8. Juni 1815 theilt sich in allgemeine Bestimmungen, Art. 1 bis 11 und in besondere Art. 12 bis 19. Letztere betreffen die obersten Gerichte der Bundesstaaten, deren ständische Verfassung, die Rechtsverhältnisse der Mediatisirten und andere verschiedenartige Gegenstände mehr. Insbesondere wird auch bestimmt:

Art. 13. In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.

Die Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 verfügt:

Art. 53. Die durch die Bundesacte den einzelnen Bundesstaaten garantierte Unabhängigkeit schließt zwar im Allgemeinen jede Einwirkung des Bundes in die innere Staatseinrichtung und Staatsverwaltung aus. Da aber die Bundesglieder sich in dem 2. Abschnitt der Bundesacte über einige besondere Bestimmungen vereinigt haben, welche sich theils auf Gewährleistung zugesicherter Rechte, theils auf bestimmte Verhältnisse der Unterthanen beziehen, so liegt der Bundesversammlung ob, die Erfüllung der durch diese Bestimmungen übernommenen Verbindlichkeiten, wenn sich aus hinreichend begründeten Anzeigen der Betheiligten ergibt, daß solche nicht stattgefunden haben, zu bewirken. Die Anwendung der in Gemäßheit dieser Verbindlichkeiten getroffenen allgemeinen Anordnungen auf die einzelnen Fälle bleibt jedoch den Regierungen allein überlassen.

Nach obiger Disposition wäre kein Zweifel, daß die Bundesversammlung befugt sei, zu Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte eben so wie aller übrigen Bestimmungen im 2. Abschnitt derselben einzuschreiten, und daß die Betheiligten befugt seien, sich zu diesem Zweck an zu wenden.

Allein, die nachfolgenden Artikel der Schlußacte, welche von den ständischen Verhältnissen ganz insbesondere handeln, scheinen in Bezug auf letztere, diese Competenz wieder zu beschränken.

Art. 54. Da nach dem Sinne des 13. Artikels der Bundesacte und den darüber erfolgten späteren Erklärungen in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen stattfinden sollen, so hat die Bundesversammlung darüber zu wachen, daß diese Bestimmung in keinem Staate unerfüllt bleibe.

Hiernach soll also die Bundesversammlung nicht sowohl bewirken, daß ständische Verfassungen eingeführt werden, sondern nur wachen, daß deren Einführung nicht unterbleibe.

Auch ist nicht ausgesprochen, daß den Unterthanen zu diesem Zwecke ein Recurs an selbige offen stehe.

Art. 55. Den souverainen Fürsten der Bundesstaaten bleibt überlassen, diese innere Landesangelegenheit, mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenem ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen.

Art. 56. Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.

Hier ist allerdings den Landesherrn ein Ziel gesetzt, aber gleichwohl nicht ausgesprochen, daß, wenn selbiges überschritten wird, die Stände befugt seien, Beschwerde bei der Bundesversammlung zu führen, und letztere sich als competent zu einer Entscheidung zu betrachten habe. Wo in solchen Fällen die Landesverwaltung einen Recurs an die Landesgerichte gestattet, würden diese auf den Grund obiger Disposition allerdings wider den Landesherrn erkennen müssen.

Indeß, die Bundesregierungen haben in den bisher vorgekommenen Fällen der obigen Disposition eine ausgedehntere Erklärung gegeben, und allerdings angenommen, daß die Bundesversammlung befugt sei, Beschwerden der Stände über die Verletzung einer in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassung anzunehmen und letztere aufrecht zu erhalten.

Art. 60. Wenn von einem Bundesgliede die Garantie des Bundes für die in seinem Lande eingeführte landständische Verfassung nachgesucht wird, so ist die Bundesversammlung berechtigt, solche zu übernehmen. Sie erhält dadurch die Befugniß, auf Anrufung der Betheiligten, die Verfassung aufrecht zu erhalten und die über Auslegung und Anwendung derselben entstandenen Irrungen, sofern dafür nicht anderweitig Mittel und Wege gesetzlich verzeichnet sind, durch gütliche Vermittlung oder compromissarische Entscheidung beizulegen.

Also nur dadurch, daß der Bund die Garantie einer ständischen Verfassung übernommen hat, erhält, wie nach Obigem scheint, die Bundesversammlung die Befugniß, selbige aufrecht zu erhalten.

Art. 61. Außer dem Falle der übernommenen besonderen Garantie einer landständischen Verfassung und der Aufrechthaltung der über den 13. Artikel der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen, ist die Bundesversammlung nicht berechtigt in landständische Angelegenheiten oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherrn und ihren Ständen einzuwirken, so lange solche nicht den im 26. Artikel bezeichneten Character annehmen (d. h. die innere Ruhe gefährden).

Sonach scheint die Competenz der Bundesversammlung in Bezug auf ständische Verhältnisse sich nur auf zwei Fälle beschränken zu sollen, auf den Fall der vom Bunde übernommenen Garantie, und

6) Die Bundesversammlung nahm 1820 die ihr zur Nachricht mitgetheilte Landschaftsordnung als genügend an, und betrachtete die der Regierung des Herzogthums Braunschweig nach der Bundesacte obgelegene Verpflichtung als erfüllt.

7) Hätte der König damals die Garantie des Bundes gesucht, so würde sie ganz unbedenklich ertheilt worden sein.

8) Die Landschaftsordnung wurde am 25. April 1820 als Staatsgrundgesetz publizirt und auf dem Grund derselben wurden bis zum Juni 1823 Landtagsverhandlungen gepflogen, auch viele Einrichtungen getroffen und Verordnungen erlassen. Sie trat also in anerkannte Wirksamkeit, und wurde vom Herzog bei seinem am 31. October 1823 erfolgten Regierungsantritte in diesem Maße gefunden.

9) Da selbige, wie gedacht, am 25. April 1820 publizirt worden war, so war sie bereits in anerkannter Wirksamkeit, als die später unterm 15. Mai d. a. e. erschienene Wiener Schlußacte bundesgesetzlich bestimmte, eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Verfassung könne nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.

10) Dem Herzoge bleibt, wie jedem andern Bundesgliede, jederzeit unbenommen, wenn er Abänderungen in der landständischen Verfassung seines Landes für rathsam hielt, sich hierüber mit seinen Ständen auf verfassungsmäßigem Wege zu vereinigen.

Endlich könnte noch

11) eine moralische und politische Betrachtung hier eintreten.

Der Herzog will, aus Mißvergnügen über die vormundschaftliche Regierung und die von ihr ausgegangenen Verfügungen, die Verfassung von 1820 unterdrücken.

Dieser Erfolg müßte in moralischer Hinsicht bedauert werden, weil jene Verfassung gut ist, während die Elemente der früheren von 1770, auf welche der Herzog zurückkommen will, nie den Bedürfnissen der Zeit und den Wünschen des Volkes Genüge leisten können.

Aber auch in politischer Hinsicht wäre selbiger zu beklagen, indem der allgemeine Widerwille des Volkes gegen diesen Wechsel am Ende zum Haß zwischen dem Regenten und seinen Unterthanen, zu den gefährlichsten Folgen führen kann.

Ist es nun der erste Zweck des Bundes, die innere und äußere Ruhe seiner Staaten zu sichern, so sollte wohl auch im Interesse der Gesamtheit auf alle Weise dahin gewirkt werden, die Elemente, welche eine Störung der Ruhe fürchten lassen, in Zeiten zu entfernen.

Auch in Carlsruhe hatte die preussische Ansicht gesiegt; Blittersdorf wurde desavouirt und erhielt folgende Instruction:

Der großherzoglichen Bundestags-Gesandtschaft wird in Betreff der Streitigkeiten zwischen Se. Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig und den braunschweigischen Landständen wegen der neuen Landschaftsordnung, so weit die Competenz der Bundesversammlung hierbei in Frage steht, bermalen Folgendes bemerkt:

Es sind über diesen Gegenstand in den Berichten der Gesandtschaft vom

24. Februar, 6. April, 20. und 31. Mai l. J. 33, 55, 64 und 74 und deren Beilagen verschiedene Ansichten als möglich aufgestellt und die dafür sprechenden Gründe näher entwickelt. Nach sorgfältiger Erwägung derselben, sowie aller einschlagenden grundgesetzlichen Bestimmungen, glaubt man nun derjenigen Ansicht den unbedingten Vorzug geben zu müssen, welche sich für die Competenz der Bundesversammlung zur Erledigung der fraglichen Streitigkeiten erklärt.

Der Art. 56 der Wiener Schlußacte von 1820 sagt nämlich allgemein, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können, und schon der Umstand, daß die Schlußacte diese Bestimmung enthält, muß die Competenz der Bundesversammlung in allen und jeden Fällen begründen, wo eine Abänderung auf nicht verfassungsmäßigem Wege beschwerend zur Sprache kommt; denn welchen gedenkbaren Zweck hätte die fragliche Bestimmung in einem Grundgesetz des Bundes, wenn die Bundesversammlung dadurch in dem supponirten Fall zur entsprechenden Einschreitung nicht ermächtigt würde, sie wäre dann offenbar eine leere Enunziation, ein vollkommen müßiger Satz, der je eher je besser wieder getilgt werden müßte, weil er nur Mißverständnisse zu begründen, eine praktische Bedeutung aber nie zu erlangen vermöchte. Auf solche eitle Bestimmungen war nun das Streben der Ministerial-Conferenzen in Wien gewiß überall nicht gerichtet und man ist deshalb anzunehmen genöthigt, daß dem Art. 56 der vorbemerkte Sinn in der That unterliegt.

Es wird dies zum Ueberfluß auch noch durch den Art. 61 der Schlußacte bestätigt, sofern er der Fälle gedenkt, in welchen die Bundesversammlung wegen landständischer Angelegenheiten einzuwirken berufen sein soll. Als solche werden ausdrücklich genannt:

- a) der Fall der von Seiten des Bundes besonders übernommenen Garantie einer landständischen Verfassung;
- b) der Fall, wo es sich überhaupt um Aufrechthaltung der über den Art. 13 der Bundesacte festgesetzten Bestimmungen handelt; endlich
- c) der Fall, wo Streitigkeiten zwischen Landesherren und Ständen die öffentliche Ruhe gefährden, oder schon bis zum förmlichen Aufbruch geziehen sind.

Von dem ersten und dritten Fall ist hier zwar durchaus keine Rede, wohl aber vom zweiten, da der Artikel 56 der Schlußacte mit zu den über den Art. 13 der Bundesacte festgesetzten Bestimmungen gehört.

Freilich wurde gegen die Anwendbarkeit jenes Artikels sonst noch erinnert, daß man hierbei, nach den Protokollen der Wiener Ministerial-Conferenzen, insbesondere nach einer von dem königlich baierischen Bevollmächtigten zum 7. Protokoll vom 19. Dezember 1819 abgegebenen Erklärung, keine weitere Absicht gehegt, als der Idee einer einseitigen Modification bestehender Verfassungen durch den Bund begegnen, daß der Artikel also auch nur in diesem beschränkten Sinne und niemals von einseitigen Modificationen des Landesherren zu deuten sei.

Alein abgesehen von dem an sich schon ganz entscheidenden Moment, daß die Bestimmung jede einseitige Modification, also nicht bloß diejenige, welche der Bund versuchen dürfte, generell untersagt, daß folglich die induzirte Beschränkung sich mit dem klaren Wortlaut des Artikels in keiner Weise vereinigen läßt, erhellt selbst die Absicht einer solchen Beschränkung nirgendwo.

Aus der Erklärung des königlich baierischen Bevollmächtigten geht höchstens

soviel hervor, daß unter anderen auch die Möglichkeit der Aenderung bestehender Verfassungen durch Beschlüsse des Bundes zur Sprache gekommen war, sie schließt aber eine umfassendere Intention, wie sie der Wortlaut des Artikels verkündet, um so weniger aus, als der betreffende Ausschuß diesen Artikel schon zum 6. Conferenz-Protokoll vom 16. Dezember 1819 ohne beschränkendes Motiv vorgelegt hatte, als man ferner gegen die unbedingte Fassung desselben nicht das Mindeste zu erinnern fand, und als es endlich, wollte man sich einmal mit einer näheren Entwicklung des Art. 13 beschäftigen, dem Rechte und der Ordnung entsprach, überall keine einseitigen Aenderungen zu gestatten. Demgemäß floß auch in das 8. Conferenz-Protokoll vom 24. Dezember 1819 zum Zweck einer Redactionsverbesserung die Bemerkung ein, wie es natürlicher Grundsatz sei, daß gegenseitige Rechte und Pflichten nicht einseitig modificirt werden könnten.

Uebrigens wird der Fall der besondern Garantie von demjenigen der nicht verfassungsmäßigen Aenderung, rücksichtlich der Einwirkung der Bundesversammlung, stets und wesentlich verschieden sein. Die Garantie berechtigt die Bundesversammlung nicht nur zur Aufrechthaltung einer in ihrem Bestand angefochtenen Verfassung, sondern nebst dem zur Erledigung aller über die Auslegung oder Anwendung derselben entstehenden Irrungen, und sie hat letztere im Wege der gütlichen Vermittlung zwischen Landesherrn und Ständen, oder durch Einleitung einer compromissarischen Entscheidung zu bewirken.

Ohne Garantie hingegen ist die Bundesversammlung nur wegen Aenderung der ganzen Verfassung oder einzelner ihrer Bestimmungen, nicht wegen jener Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung derselben einzuschreiten befugt; auch muß sich diese ihre Einschreitung hier auf directe Beseitigung der Aenderung beschränken und sie kann deshalb weder gütlich vermitteln, noch eine compromissarische Erledigung herbeiführen wollen. Zwar dürften die Fälle der Aenderung und der bloß abweichenden Auslegung oder Anwendung sich zum Oefteren sehr nahe berühren, theils liegt aber dormalen eine gar nicht zu bezweifelnde Aenderung vor, theils bleibt allerdings der Bundesversammlung überlassen, in jedem einzelnen Fall zu ermessen, ob eine gewisse Art der Auslegung oder Anwendung im Grunde eine wesentliche Aenderung involvirt.

Eben so wird das factische Moment, daß eine Verfassung in anerkannter Wirksamkeit besteht, die Einschreitung der Bundesversammlung jeweils bedingen. Im gegenwärtigen Fall könnte dessen Vorhandensein vielleicht schon aus einer Reihe von Thatverhältnissen, worauf sich die Reklamanten gestützt, mit ziemlicher Concludenz gefolgert werden; es geht jedoch unmittelbar aus dem ganz liquiden Umstand hervor, daß die vormundtschaftliche Regierung die neue, mit ständischer Bewilligung entworfene Landschaftsordnung der Bundesversammlung unter dem 13. Juli 1820 überreicht und diese solche als Erfüllung des Art. 13 der Bundesacte angenommen, auch in das Bundesarchiv niedergelegt hat. Für die Bundesversammlung wurde hierdurch die Wirksamkeit dieser neuen Ordnung außer Zweifel gesetzt; nebst dem und gleichzeitig aber hat sie damit erkannt, daß die vormundtschaftliche Regierung zur Errichtung derselben vollkommen ermächtigt gewesen sei.

Nach diesen Ansichten hat die großherzogliche Gesandtschaft sich bei ihrer Abstimmung zu richten, doch soll dies, dem ausdrücklichen Befehle Seiner königlichen Hoheit gemäß, mit möglichster Schonung Seiner herzoglichen Durchlaucht,

folglich nicht ohne Zögerung und selbst dann nur unter der Voraussetzung geschehen, daß eine größere Mehrzahl anderer Bundesglieder, wenn auch nicht gerade die Majorität, die nämlichen Ansichten entweder unbedingt, oder wenigstens der Hauptsache nach adoptirt.

Carlsruhe, den 23. Juli 1830.

An

die großherzoglich badische Bundestagsgesandtschaft.

Aus dem bisher vorgeführten Documenten ergibt sich die unbestreitbare Thatsache, daß die Mehrzahl der deutschen Regierungen, Preußen an der Spitze, die zu üübende Gerechtigkeit in der braunschweigischen Verfassungs-Angelegenheit vor der gewiß damals unerwarteten Juli-Revolution, zu üben bereit waren, daß also die allgemeine bis jetzt aufrecht erhaltene Meinung: die Furcht vor der Juli-Revolution habe den Beschluß der Bundesversammlung herbeigeführt, der urkundlichen Begründung vollkommen entbehrt. Preußen hatte seit 1829 stets die Meinung verfolgt, welche später nach der Juli-Revolution durch Bundesbeschluß ausgeführt wurde. Es ist eine jener Unbegreiflichkeiten der preussischen Politik, solche Thatsachen nicht zur rechten Zeit zur Oeffentlichkeit zu bringen. Es war ein unbestreitbares, großes, folgenreiches Verdienst Preußens, der Metternich'schen Ansicht in deutschen Verfassungs-Angelegenheiten zur Zeit der höchsten Blüthe der Reaction entgegengetreten zu sein. Warum dies nicht öffentlich aussprechen? —

Die Verhandlungen der deutschen Groß- und Mittelstaaten waren also bis zum 23. Juli völlig zum Abschluß gekommen und v. Lerchenfeld bereit, sein lange vorbereitetes und vollendetes Referat abzugeben. Dies konnte indessen erst am 19. August 1830 geschehen, weil inzwischen die Thätigkeit und Aufmerksamkeit der Bundesversammlung durch die Juliereignisse in Frankreich in Anspruch genommen wurde; es war in den ersten Wochen zweifelhaft, ob dem pariser Ereignisse nicht auf dem Fuße in Deutschland ähnliche Vorfälle folgen könnten. Indessen mochten diese Betrachtungen auch wohl dazu dienen, sich durch Oesterreich in keinerlei Weise mehr in der braunschweigischen Angelegenheit hinzuziehen zu lassen.

Im nächsten Kapitel soll nun das Gutachten der Bundestagskommission, erstattet durch Lerchenfeld, folgen. Es findet sich in den Bundes-Protocollen 1830, § 188, S. 671—739.

Drittes Kapitel.

Gutachten der Bundestags-Commission.

Gutachten.

Aus der ausführlichen Darstellung der beiderseitigen Eingaben und Erklärungen *) ergeben sich folgende

Thatumstände:

1) daß die in dem Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel bestandene, auf Recessen und wechselseitigen Verhandlungen beruhende landständische Verfassung, ebenso wie die in dem Fürstenthum Blankenburg vorhandene, bei dem Eintritte der westphälischen Regierung aufgehoben wurde;

2) daß an deren Stelle die für das Königreich Westphalen erlassene Constitution trat;

3) und die sämmtlichen Steuerprivilegien und Exemtionen von indirecten Auflagen als erloschen erklärt, die Patrimonialgerichtsbarkeit eingezogen, kein befreiter Gerichtsstand mehr gestattet, und eine neue Organisation der ganzen Staatsverwaltung und insbesondere der Steuerverfassung eingeführt wurde;

4) daß nach der Restauration, und während der Regierung des verstorbenen Herzogs Friedrich Wilhelm, die alte landständische Verfassung nicht wiederhergestellt wurde;

5) daß die ritterchaftlichen Mitglieder der alten Landschaft im Jahre 1815, 1816 und 1817 sich wiederholt an die vormundschaftliche Regierung, und zuletzt an den Prinz-Regenten Selbst, mit der dringenden Bitte um Wiederherstellung der alten Verfassung gewendet, jedoch sich zu vernünftigen zeitgemäßen Modificationen, im Wege der gemeinsamen Berathung und verfassungsmäßigen Einwilligung, bereit erklärt haben;

6) daß die Stände im Jahre 1819 von der vormundschaftlichen Regierung, nach den Bestimmungen der früheren vor der französischen Occupation bestandenen Landschaftsordnung zu dem Zwecke einberufen wurden, um mit ihnen über einige Modificationen in der früheren landständischen Verfassung zu unterhandeln;

7) daß nach Beendigung der wechselseitigen Verhandlungen, die hiemit besonders beauftragten Deputirte sämmtliche Mitglieder der Ständeversammlung einberufen, denselben aus Auftrag der Regierung den mit den Deputirten berathenen Entwurf der Regierung vorgelegt haben; daß die gesammte Land-

*) Siehe die Darstellung im ersten Kapitel. (S. 267 ff.)

schaft denselben angenommen, und die Deputirten beauftragt habe, denselben in ihrem Namen auf herkömmliche Weise zu unterzeichnen und zu vollziehen;

8) daß diese unterm 19. Januar 1820 von den Ständen förmlich vollzogene und anerkannte erneuerte Landschaftsordnung die Genehmigung des königlichen Vormundes erhalten habe, und unterm 25. April 1820 ausgefertigt worden sei;

9) daß unter dem 13. Juli 1820 von der herzoglich-braunschweigischen Gesandtschaft ein Exemplar dieser erneuerten Landschaftsordnung der hohen Bundesversammlung überreicht wurde, um hiedurch die vollständige Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte für das Herzogthum Braunschweig nachzuweisen, und daß dieselbe in das Bundesarchiv niedergelegt worden sei;

10) daß diese erneuerte Landschaftsordnung sogleich in Vollziehung gebracht, die Ständerversammlung noch im November 1820 eröffnet, auf diesem Landtage mit den Ständen über die wichtigsten Gegenstände verhandelt worden sei, und diese neue Landschaftsordnung während der vormundschaftlichen Regierung durchaus in voller und anerkannter Wirksamkeit bestanden, und sich in derselben bei dem Regierungsantritte des dermal regierenden Herzogs befunden habe.

11) daß Seine Durchlaucht bei Ihrem unterm 30. October 1823 erfolgten Regierungsantritte diese landständische Verfassung in ungestörter Wirksamkeit belassen haben;

12) daß Höchst dieselben zwar über die förmliche Bestätigung und Anerkennung dieser erneuerten Landschaftsordnung keine Urkunde den Ständen ausgefertigt, aber auch die Landeshuldigung nicht verlangt haben, und daß Sie das Ihnen bei dem Regierungsantritte von dem ständischen Ausschusse angebotene Geschenk nicht angenommen, aber auch nicht ausdrücklich abgewiesen, noch irgend einen Grund der Nichtannahme angegeben haben;

13) daß die Verhandlungen mit dem Landessteuercollegio und dem engern Ausschusse der, nach den Bestimmungen vom Jahre 1820 constituirten, Landschaft ununterbrochen von Seite des herzoglichen Geheimenraths-Collegii gepflogen wurden;

14) daß im Jahre 1826 zwar die Stände nicht, den Bestimmungen der erneuerten Landschaftsordnung gemäß, convocirt worden seien; jedoch auch keine „landesherrliche“ Eröffnung, warum diese Einberufung unterblieben, stattgefunden habe;

15) daß bis zur Erlassung des Patentes vom 10. Mai 1827, wodurch Seine Durchlaucht

die Rechtsverbindlichkeit der von der vormundschaftlichen Regierung erlassenen Anordnungen und Institutionen nur in so fern anerkennen, als nicht dadurch über wohlterworbene Regenten- und Eigenthumsrechte disponirt worden, und befehlen, daß alle und jede Verordnungen und Bestimmungen der vormundschaftlichen Regierung provisorisch ferner in den hiezu geeigneten Fällen in Anwendung gebracht werden zc.

keine landesherrliche Erklärung erschienen sei, welche auf eine Nichtanerkennung oder Beanständigung der neuen Landschaftsordnung habe schließen lassen;

16) daß die Stände sich hierauf unterm 26. Mai 1827 bereit erklärt haben, insofern Seine Durchlaucht bei einigen Punkten der erneuerten Land-

schäftsordnung Modificationen wünschen möchten, sich deshalb zu Verhandlungen herbeizulassen;

17) daß Seine Durchlaucht erst in dem hier an den engern Ausschuß der Landschaft erlassenen Rescripte vom 30. Mai ausgesprochen haben:

daß Sie die erneuerte Landschaftsordnung bis jetzt nicht anerkannt haben, wobei Sie jedoch erklärten, daß über die in Ansehung derselben nothwendig erscheinenden Veränderungen, sobald dieser Gegenstand hinreichend erwogen sein werde, mit der Landschaft communicirt werden solle;

18) daß Höchst dieselben erst durch das Rescript vom 20. April 1829 die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 als unverbindlich bezeichnet haben;

19) daß mehrere einzelne Rescripte theils vor dem 10. Mai 1827, theils auch nach demselben erschienen seien, welche sowohl die Landschaftsverhältnisse, als die von den Ständen mit der Regierung gepflogenen Verhandlungen und deren Vollziehung betreffen, und sich zum Theil selbst auf die Beschlüsse des jüngsten Landtagsabschiedes beziehen;

20) daß die unterm 21. Mai 1829 zusammengetretenen Landstände erklärt haben,

daß sie es mit ihren Pflichten unvereinbar finden, auf die im Wege der Unterhandlung zu Stande gekommene erneuerte Landschaftsordnung zu verzichten, und daß dieselben beschloffen haben, sich an die hohe Bundesversammlung zu wenden;

21. daß Seine Durchlaucht der Herzog erst unterm 25. Mai v. J. die vor der Usurpation Ihrer Staaten in denselben bestandenen Landschaftsverhältnisse, und insbesondere die Landschaftsprivilegien vom Jahr 1770, anzuerkennen beschloffen, und hierbei erklärt haben:

daß Sie nicht abgeneigt seien, mit der Landschaft über Modificationen, welche durch die veränderten Zeitverhältnisse für nöthig erachtet werden könnten, Unterhandlungen eröffnen zu lassen;

22) daß jedoch die Stände erwiedert haben, daß sie hierauf einzugehen, und die Anerkennung der alten Verfassung als Basis der Unterhandlungen anzuerkennen; nicht vermöchten.

Gegenseitige Anträge.

Die Stände haben in ihren am Bunde übergebenen Vorstellungen darauf angetragen:

daß die hohe Bundesversammlung die unterm 25. April 1820 vollzogene Landschaftsordnung für rechtsbeständig erkläre —

dieselbe in ihrer Wirksamkeit schütze, deren einseitige Veränderung nicht zugebe, und dahin wirke, daß die allenfallsigen Abänderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege stattfinden mögen —

und daß endlich die hohe Bundesversammlung für die Zukunft eine Gewährleistung dieser erneuerten Landschaftsordnung übernehmen wolle.

Seine Durchlaucht der Herzog tragen hingegen darauf an:

daß die hohe Bundesversammlung sich in dieser, in die inneren Verhältnisse des Herzogthums Braunschweig gehörigen Angelegenheiten für incompetent erklären, die ständische Corporation mit ihrer

unbefugten und unbegründeten Reclamation nach Art. 61 der Wiener Schlußacte zurückweisen möge.

P r ü f u n g.

Was vor allem den Legitimationspunkt betrifft, so findet die Reclamations-Commission denselben vollständig berichtigt. Die erste Vorstellung der Stände vom 23. Mai v. J. ist von den Mitgliedern des engern und weitem Ausschusses unterzeichnet, welche durch einen Beschluß der unterm 21. desselben Monats versammelten Stände den Auftrag erhalten hatten, sich an die hohe Bundesversammlung zu wenden. Dieser Vorstellung ist auch eine mit dem Landschaftsiegel und der Unterschrift der Mitglieder der Ausschüsse versehene Vollmacht, der zu dem engern und weitem Ausschusse der Landschafts-Verordneten, für den Kammerherrn v. Cramm und den Oberhauptmann v. Calm beigelegt, welche in Begleitung des Landyndicus Pricelius hierher abgeordnet wurden.

Diese Vollmacht lautet auf beide Individuen in der Art, daß Alles, was sie einzeln oder gemeinschaftlich thun und vortragen werden, stets als von den Ausschüssen selbst herrührend anerkannt und genehmigt werden solle.

Es kann daher keinem Anstande unterliegen, daß Herr von Cramm nach der Abreise des, notorisch inzwischen verstorbenen Oberhauptmanns v. Calm, seither alle Eingaben der Stände allein besorgt hat.

Was die höchst wichtige Frage über

die Competenz der hohen Bundesversammlung

anbelangt, so ist es nöthig, dieselbe in dem vorliegenden Falle um so genauer zu prüfen und zu erörtern, als sie von der hierbei theilgenommenen Regierung durchaus widersprochen, von den reclamirenden Ständen hingegen „die Einschreitung der hohen Bundesversammlung“ mit Beziehung auf die Bestimmung der Bundesgesetzgebung dringend nachgesucht wird.

Die Stände behaupten, daß Seine Durchlaucht der Herzog selbst die Competenz der hohen Bundesversammlung schon dadurch anerkannt haben, indem Sie unterm 9. April v. J. am Bunde den Antrag gestellt hatten, daß die Bundesversammlung die erneuerte Landschaftsordnung für unverbindlich erklären wolle. Da nun die Stände auch von ihrer Seite diesen Streitpunkt zur Entscheidung der hohen Bundesversammlung gestellt hätten, so sei hochdieselbe durch beiderseitiges Compromiß zur Entscheidung dieser Differenz schon an sich ermächtigt.

Der Antrag des Herzogs in der 11. vorjährigen Sitzung ging dahin:

daß die hohe Bundesversammlung über die in vormundschaftlicher Regierung Seiner herzoglichen Durchlaucht von Seiner Majestät dem Könige von Hannover unterm 25. April 1820 vollzogene und publicirte neue Landschaftsordnung, als die rechtlichen Grenzen der vormundschaftlichen Gewalt überschreitend, Ihr hohes Mißfallen zu erkennen geben wolle.

Aus der in jener Sitzung abgegebenen Erklärung (Protocoll vom Jahre 1829, S. 168), dürfte man zwar allerdings schließen, daß Seine herzogliche Durchlaucht damals die Competenz der Bundesversammlung in dieser Angelegenheit im Allgemeinen anerkannt haben, indem Sie hierüber Sich folgendermaßen äußern:

„Was nun die Competenz dieser hohen Versammlung über den übergebenen Antrag anbelangt, so dürfte solche ihre specielle Begründung in der Bundesversammlung im 2. Artikel der Bundesacte anvertrauten Erhaltung der innern Sicherheit, oder, was einerlei ist, des Rechtszustandes in Deutschland, sowohl im Einzelnen, als im Ganzen, als eines der Hauptzwecke im Bunde, finden.

Da die Gerechtsame und Attribute, welche Herren und Stände wechselseitig gegen einander von alten Zeiten her im Herzogthum Braunschweig ausübten, zur Zeit der Errichtung des deutschen Bundes noch bestanden, so müssen sie auch unter dem Schutze des Bundes stehen.

Die Bundesversammlung hat aller Willkühr im Innern der deutschen Bundesstaaten Grenzen setzen sollen, somit wird auch hinsichtlich der Abänderung oder Aufhebung der althergebrachten ständischen Verfassung im Herzogthum Braunschweig keine Willkühr eintreten dürfen. Da nun diese Verfassung am 8. Juni 1815 noch bestand, so gehört sie zu den Gerechtsamen eines deutschen Fürsten- und Volksstammes, welche beide die deutsche Bundesacte in Schutz genommen hat.“

Die herzogliche Erklärung schließt mit einer Citation aus Klüber's öffentlichem Rechte des deutschen Bundes, § 164, von der Verbindlichkeit der Bundesversammlung zur Gewährleistung der Staatsverfassungen.

Allein wenige Monate hierauf erklärten Seine Durchlaucht unterm 16. Juli in der 20. Sitzung,

daß Sie gegen Seine Majestät den König von Hannover wegen der dem Herzogthum Braunschweig aufgedruckten neuen Verfassung am Bunde klagbar aufgetreten seien, indem die Bundesacte, so wie die Wiener Schlußacte alle Streitigkeiten unter Bundesgliedern an den Bund verweise, daß hingegen die Stände aus dieser am Bunde anhängig gewordenen Differenz Rechte herzuleiten nicht vermögen.

So wenig es zu verkennen ist, daß aus den von Seiner Durchlaucht in Ihrer Beschwerde gegen Hannover angeführten Gründen die Anerkennung der Competenz des Bundes auch in dem vorliegenden Streite zwischen dem Landesherrn und den Ständen gefolgert werden könnte, so findet jedoch die Reclamationscommission, daß diese Aeußerung des Herzogs als *res inter alios acta* zu betrachten sei, und überhaupt die Competenz des Bundes nur auf die Bestimmungen der Bundesgesetze begründet werden könne.

Die Stände nehmen die Competenz der hohen Bundesversammlung aus der in den provisorischen Competenzbestimmungen vom Jahre 1817, § 5, Nr. 2 enthaltenen Befugniß in Anspruch, nach welcher:

Einzelne, so wie ganze Corporationen und Classen sich an die Bundesversammlung wenden können, wenn

die oben erwähnten, in der Bundesacte bestimmten Gerechtsame, oder solche, welche ihnen in derselben bereits ausdrücklich eingeräumt wurden, ohne noch erst einer nähern Entwicklung zu bedürfen, verletzt werden, und auf die desfalls an die unmittelbare Regierung gerichtete Vorstellung keine Abhülfe der gegründeten Beschwerde erfolgt.

Von Seiten der herzoglichen Regierung wird hiegegen erwidert, daß diese Bestimmung schon deshalb nicht eintreten könne, weil in der vorliegenden Beschwerde es einer sehr ausführlichen Entwicklung der vermeintlichen Rechte der

Stände bedurft habe. — Seine Durchlaucht gehen sogar noch weiter, indem Sie behaupten, daß eben deshalb den Ständen durchaus kein Klagerrecht am Bunde zustehen könne.

Indem die Reclamationscommission diese letzte Behauptung durchaus ungegründet findet, da die Competenz der Bundesversammlung nicht bloß aus den im Jahre 1817 angenommenen Bestimmungen, sondern auch unmittelbar aus jenen der Bundesacte und der Wiener Schlußacte hervorgeht; auch von Seiten Braunschweigs dem Beisatze: ohne erst noch einer nähern Entwicklung zu bedürfen — eine ganz irrige Auslegung dahin gegeben wird, als beziehe er sich auf die nothwendige Nachweisung des Anspruches auf die in der Bundesacte 2c. bestimmten Gerechtsame; so glaubt sie, die Untersuchung der Frage: in wie fern aus der allegirten Competenzbestimmung das Klagerrecht der Stände in dem vorliegenden Falle zu entwickeln sei, noch ausgesetzt belassen zu können, da es sich vor allem darum handelt, zu prüfen, ob wirklich solche den Landständen nach der Bundesacte und der ihr gleich stehenden Wiener Schlußacte zustehenden Gerechtsame vorhanden seien, die hier, ohne Abhülfe bei der Landesregierung erlangen zu können, verlegt sind.

Derselbe Artikel 2 der Bundesacte, welchen Seine Durchlaucht der Herzog in Ihrer Beschwerde gegen Hannover zur Begründung der Competenz der Bundesversammlung angeführt haben, wird auch von den Ständen in der nämlichen Absicht angezogen.

Auch beziehen Sich dieselben auf die Artikel 3 und 9 der Schlußacte: Bestimmungen, aus welchen sie die Competenz des Bundes in dem vorliegenden Falle aus dem Zwecke desselben (der Bewahrung der innern Sicherheit und des Rechtszustandes im Herzogthum Braunschweig) welcher die Befugnisse und die Verpflichtung des Bundes bedinge, selbst dann ableiten zu können glauben, wenn dieselbe in andern positiven Bestimmungen nicht begründet sein sollte.

Die Reclamationscommission würde es in hohem Grade für die innere Unabhängigkeit der einzelnen Bundesstaaten, und für die Aufrechterhaltung des Verhältnisses eines Staatenbundes bedenklich finden, die Begründung der Competenz der Bundesversammlung in dem vorliegenden Falle in andern als in positiven Bestimmungen der Bundesgesetzgebung zu suchen.

Begründet auf die Verbindlichkeit, welche sämtliche Bundesglieder durch den Artikel 13 der Bundesacte dahin übernommen haben, daß in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung stattfinden soll, sind in der Schlußacte, Artikel 53—61, die näheren Normen über die Erfüllung dieser Zusicherung enthalten.

Nur aus diesen Bestimmungen kann die Competenz der hohen Bundesversammlung in landständischen Angelegenheiten ihre Begründung finden.

Die wesentlichsten dieser Bestimmungen, auf die sich in dem vorliegenden Falle bezogen wird, sind die Artikel 54 und 56.

Nach dem erstern hat die Bundesversammlung, da nach dem 13. Artikel der Bundesacte und den darüber erfolgten späteren Erklärungen in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen stattfinden sollen, darüber zu wachen, daß diese Bestimmung in keinem Bundesstaate unerfüllt bleibe.

Nach dem letztern können die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.

Die Stände behaupten, daß durch die von Seiten Seiner Durchlaucht des

Herzogs einseitig erklärte Nichtanerkennung der erneuerten Landschaftsordnung, wenn dieselbe zulässig wäre, die braunschweigischen Lande einer Verfassung ermangeln würden, und daß dem Herzoge keineswegs die Befugniß zustehe, die in anerkannter Wirksamkeit bestehende, von der vormundtschaftlichen Regierung im Wege der Vereinigung vertragsmäßig zu Stande gekommene, erneuerte Landschaftsordnung anders als auf verfassungsmäßigem Wege zu ändern, und gegen den erklärten Willen der Stände die alte Verfassung wieder einzuführen, die mit der Vereinfachung und Verbesserung in allen Zweigen der Verwaltung unvereinbar erscheine.

Um die Anwendbarkeit dieser beiden hier in Verbindung gesetzten Artikel zu prüfen, ist zu untersuchen:

in wie fern durch die erneuerte Landschaftsordnung vom Jahre 1820 die Bestimmung des Artikels 54 erfüllt erscheine, ob durch die Aufhebung derselben der hierin vorgesehene Fall eintreten würde, und ob diese Verfassung vom Jahre 1820 in anerkannter Wirksamkeit bestünde?

Um der Bestimmung des Artikels 13 der Bundesacte, wodurch sämtliche Bundesregierungen sich verpflichteten, in ihren Staaten eine landständische Verfassung zu haben, zu genügen, und der Aufforderung des Bundesbeschlusses vom 25. Mai 1818 zu entsprechen, sah sich die vormundtschaftliche Regierung im Jahre 1819 auf die wiederholten Vorstellungen der Mitglieder der vor der französischen Occupation bestandenen alten Landschaft veranlaßt, die Einleitung zur Einführung einer landständischen Verfassung zu treffen.

Da die alte landständische Verfassung, welche vor der französischen Occupation bestanden, während der westphälischen Regierung aufgehoben, und von dem Herzoge Friedrich Wilhelm nach seinem Regierungsantritte nicht wieder hergestellt worden war, so war die vormundtschaftliche Regierung bedacht, bei der Erfüllung der durch Artikel 13 gegebenen Zusicherung sowohl die früherhin gesetzlich und vertragsmäßig bestandenen ständischen Rechte, als die in den neuern Zeiten eingeführten, und von dem verstorbenen Herzoge als zweckmäßig beibehaltenen Einrichtungen, und die hierdurch veränderten Verhältnisse gewissenhaft zu berücksichtigen.

Sie fand es deshalb am angemessensten, unterm 6. September 1819 eine Versammlung und Berathung der Landstände des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg anzuordnen, um denselben die Propositionen zu den durch die Umstände nöthig werdenden Modificationen der Verfassung zur Berathung und gemeinsamen Uebereinkunft vorzulegen.

Hatte sie auch die Stände nach den alten Verhältnissen zusammenberufen, zu diesem Ende selbst für die Vertretung der ehemaligen Klöster und Probsteien provisorische Vorkehrungen getroffen, so war sie jedoch weit entfernt, durch Einberufung der Stände, nach dem frühern Verhältnisse, auch schon die ganze alte ständische Verfassung, den ganzen Umfang der alten ständischen Privilegien herzustellen, da vielmehr der Zweck dieser Einberufung nur allein die Berathung und Festsetzung der nothwendigen Modificationen dieser alten Verfassung war.

Sie vereinigte sich auch über diese Modificationen, ohne welche Rückschritte in der Staatsverwaltung unvermeidlich gewesen wären, mit den Ständen der beiden vormaligen Landschaften, und erfüllte auf diese Weise die ihr nach Art. 13 der Bundesacte obgelegene Verbindlichkeit, welche selbst Seine Durchlaucht der Herzog nicht verkennen, indem Sie in Ihrer am 16. Juli v. J. über-

gegebenen Erklärung*) Selbst zugestehen, daß dem vormundtschaftlichen Regenten nach dem 13. Artikel der Bundesacte und nach den späteren Verhandlungen zu Frankfurt eine Verpflichtung obgelegen habe, für die Herstellung der landständischen Verhältnisse im Herzogthume Braunschweig zu sorgen, welche Verpflichtung Sie jedoch durch die Wiedereinführung der alten landständischen Verfassung hinreichend erfüllt erachtet hätten.

Diese erneuerte Landschaftsordnung, hervorgegangen aus der Vereinbarung der vormundtschaftlichen Regierung mit den alten Ständen, von diesen unterm 19. Januar 1820 feierlich anerkannt und angenommen, hatte durch die Genehmigung des königlichen Vormundes unterm 25. April ihre Bestätigung und volle Kraft erhalten, und war daher als eine auf wechselseitiger Vereinigung begründete Verfassung schon zur Zeit des Abschlusses der Wiener Schlußacte am 15. Mai 1820 — bestanden.

Die Wirksamkeit dieser modificirten Landesverfassung wurde auch in Folge des Art. 54 der Wiener Schlußacte, von der vormundtschaftlichen Regierung unterm 13. Juli 1820 zur Kenntniß der hohen Bundesversammlung gebracht.

In der 16. Sitzung § 67 zeigte der herzoglich-braunschweigische Gesandte an:

Er sei von dem herzoglich braunschweigischen Gouvernement autorisirt, der hohen Bundesversammlung ein Exemplar der nunmehr mit Zustimmung der Stände des Herzogthums Braunschweig entworfenen und durch die allerhöchste Verordnung vom 25. April d. J. publicirten neuen Landschaftsordnung zu überreichen, woraus die erwünschte, vollständige Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte für dieses Herzogthum hervorgehe.

Es wurde hierauf der Beschluß gefaßt:

Die vorgelegte Verordnung über die erneuerte Landschaftsordnung in dem Herzogthume Braunschweig in das Archiv abzugeben — und hierdurch das Factum constatirt, und zur Kenntniß sämmtlicher Höfe gebracht, daß zu jener Zeit von der vormundtschaftlichen Regierung zur Erfüllung des Artikels 13 eine landständische Verfassung in dem Herzogthume Braunschweig gegeben wurde.

Unverweilt wurde von Seiten der vormundtschaftlichen Regierung zur Vollziehung sämmtlicher Bestimmungen der erneuerten Landschaftsordnung geschritten. Schon im October wurden die Wahlen zu dem bevorstehenden Landtage angeordnet, dieser selbst im November eröffnet, in den in den Jahren 1821, 1822 und 1823 gepflogenen Verhandlungen mit den Ständen die wichtigsten Angelegenheiten geordnet und festgesetzt, und am 13. Juni 1823 hierüber der Landtagsabschied ausgefertigt, und von den dem königlichen Vormund unterm 11. Juli genehmigt.

Die Thatsache, daß

die erneuerte Landschaftsordnung sich, von dem Tage ihrer Einführung an, während der vormundtschaftlichen Regierung in ununterbrochener und anerkannter Wirksamkeit befunden habe, steht daher unwidersprechlich fest.

In dieser allseitig anerkannten Wirksamkeit haben Seine Durchlaucht der

*) Prot. Seite 555.

Herzog bei Ihrem am 30. October 1823 erfolgten Regierungsantritte diese erneuerte Landschaftsordnung gefunden.

Indem Sie auch nicht in Abrede stellten, daß die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 während der vormundtschaftlichen Regierung in Wirksamkeit gewesen sei, behaupten Sie jedoch, daß dieses Ihnen nicht präjudiciren könne, daß hingegen unter Höchstherr Regierung diese neue Landschaftsordnung sich durchaus nicht in anerkannter Wirksamkeit befinde.

Die Wirksamkeit einer Verfassung ist eine Thatsache: sie besteht in der Ausübung der Befugnisse, welche in Folge der Bestimmungen dieser Verfassung den Ständen zustehen.

Die Anerkennung dieser Wirksamkeit kann entweder durch eine ausdrückliche und bestimmte Erklärung, oder durch concludente Thatsachen erfolgen, welche nur in Beziehung auf die den Ständen durch die Verfassung verliehene Wirksamkeit vorgenommen werden können und die bei Nichtanerkennung ihrer Befugnisse hätten unterbleiben müssen.

Prüft man nun den vorliegenden Fall, so zeigt sich, daß die durch die erneuerte Landschaftsordnung hervorgerufenen Institutionen, insbesondere das in dessen Folge errichtete Landessteuer-Collegium, auch unter der Regierung des Herzogs in ungestörter Wirksamkeit bestanden, daß es eben so wie unter der vormundtschaftlichen Regierung alle ihm durch die Verordnung vom 29. October 1821 zugewiesenen Geschäfte besorgt, und daß die herzogliche Regierung mit demselben in beständigem Geschäftsverhältnisse sich befunden habe.

Da nun dieses Landessteuer-Collegium eine durch die erneuerte Landschaftsordnung ganz neu geschaffenen Behörde ist, die aus acht Mitgliedern besteht, welche zur Hälfte von dem Landesherrn, und zur Hälfte von den Ständen ernannt werden, (siehe Art. 19 und 34), und dieses Collegium von jenem der Schatzräthe ganz verschieden ist, die, nach Art. 15 der Privilegien vom Jahre 1770, aus dem Decan des Stiftes St. Blasii, drei Mitgliedern der Ritterschaft und einem Mitgliede von der Stadt Helmsedt bestanden; so folgt aus diesem beständigen und ununterbrochenen Verkehr der herzoglichen Regierung mit dem Steuercollegio die offenbare Anerkennung der Wirksamkeit jener landständischen Verfassung, in der Folge allein dieses Landessteuer-Collegium gebildet wurde und fortbesteht.

Aber nicht blos mit dem Landessteuer-Collegio, sondern auch mit dem nach der neuen Landschaftsordnung gebildeten, und somit aus ganz andern Mitgliedern, als der vormalige engere Ausschuss der alten Landschaft, bestehenden engern Ausschüsse der getreuen Landschaft haben mehrere landesherrliche Mittheilungen und Eröffnungen stattgefunden, wie dies aus den in beglaubigten Abschriften vorgelegten landesherrlichen Rescripten erhellt.

Die von den Ständen beigebrachten Belege*) weisen nach, daß dem engern Ausschüsse der Landschaft die Uebersichten der in den Jahren 1822, 1823, 1824, 1825 und 1826 stattgefundenen Militärausgaben mitgetheilt worden sind.

Indem Seine Durchlaucht der Herzog in allen Gegenständen, wo ein Benehmen mit dem Landessteuer-Collegio oder mit den ständischen Ausschüssen erforderlich war, dieses Benehmen durch Ihre Landesbehörden haben pflegen

*) Siehe Beilage 17, 18, 19, 20 und 21 der rechtfertigenden Erklärung der Stände.

lassen, haben Höchstdieselben die Wirksamkeit dieser erneuerten ständischen Verfassung anerkannt.

Es war aber auch bis zum 10. Mai 1827 durchaus kein Grund vorhanden, daran zu zweifeln, daß Seine Durchlaucht auch die Verbindlichkeit dieser, unter der vormundschaftlichen Regierung durch Vereinbarung mit den Ständen im Jahre 1820 zu Stande gekommenen, erneuerten Landschaftsordnung anerkennen.

Daß bei Ihrem Regierungsantritte erlassene Patent vom 30. October 1823 *) enthält keine Spur irgend eines Vorbehalts, oder irgend einer blos provisorischen Bestimmung in Ansehung des Landessteuer-Collegii, und erst durch das Patent vom 10. Mai 1827 **) haben Seine Durchlaucht erklärt, daß

alle und jede Verordnungen und Bestimmungen der vormundschaftlichen Regierung provisorisch fernerweit in den hierzu geeigneten Fällen in Anwendung gebracht werden sollen.

Das Rescript vom 30. Mai 1827 ***)), worin der Herzog von der Zweckmäßigkeit, daß für die landständischen Verhältnisse ein fester und dauerhafter Rechtszustand eintrete, und von den nothwendig scheinenden Veränderungen in der erneuerten von Ihnen bis jetzt nicht anerkannten Landschaftsordnung spricht, ist das erste, worin die Absicht einer Modification sich ausgedrückt findet. Allein auch dieses landesherrliche Rescript enthält noch deutlich die Anerkennung des Bestandes und der Wirksamkeit der erneuerten Landschaftsordnung, indem es nicht nur an den engern Ausschuß der löblichen Landschaft gerichtet, sondern auch hierin zugesichert ist, daß

sobald dieser Gegenstand zureichend erwogen sein wird, mit Ihrer getreuen Landschaft communicirt werden wird, wobei Seine Durchlaucht im Voraus auf ein patriotisches Entgegenkommen rechnen, welches die Landstände des Herzogthums Braunschweig seit Jahrhunderten auszeichnet.

Diese herzogliche Erwiederung auf eine, von dem engern Ausschusse der nach den neuen Bestimmungen gebildeten Landschaft unterm 26. dess. Monats erlassene, Vorstellung erkennt daher nicht nur den Bestand dieser dormaligen Landschaft, sondern zeigt auch die Absicht Seiner Durchlaucht, mit dieser Landschaft über die Modificationen der von Höchstdemselben bis jetzt noch nicht anerkannten Landschaftsordnung in Benehmen und Verhandlung zu treten, so wie auch in der herzoglichen Erklärung am Bunde in der 20. vorjährigen Sitzung †) selbst enthalten ist,

daß Seine Durchlaucht damals beabsichtigten, die Landschaftsordnung vom Jahre 1820, jedoch nur unter gewissen bestimmten Modificationen, wenn diese präjudiciell festgestellt worden wären, anzunehmen."

Erst durch die Eröffnung Seiner Durchlaucht an den von Strombeck im März 1829 und durch das Rescript an den größern Ausschuß vom 20. April dess. J ††)

*) Braunschweigische Verordnungssammlung, S. 23 und Beilage 11 der rechtfertigenden Erklärung.

**) Verordnungssammlung Nr. 5.

***) Beilage E. der Vorstellung der Stände vom 23. Mai 1829.

†) Protocoll. Seite 558.

††) Beilage G. der Vorstellung der Stände vom 23. Mai 1829.

haben höchstbieselben Sich bestimmt dahin ausgesprochen, daß Sie die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 als unverbindlich betrachten.

Seine herzogliche Durchlaucht behaupten, daß die fortgesetzte Wirksamkeit des Landessteuer-Collegii, welches zugleich den engeren Ausschuß der Landschaft bilde, schon aus dem Grunde Ihnen nicht präjudiciren könne, weil die Aufhebung desselben, ohne eine Störung in den Geschäften zu veranlassen, nicht möglich gewesen wäre, indem sogleich an dessen Stelle eine andere Behörde in Thätigkeit hätte gesetzt werden müssen, was jedoch davon abhängig gewesen wäre, daß höchstbieselben

entweder die vor der Usurpation Ihrer Staaten in denselben bestandene Landschaftsordnung vom Jahre 1770 anerkannt,

oder sich mit Ihren Ständen über eine ganz neue Ordnung vereinbart hätten.

Welches auch der Grund der fortdauernden Belassung des Landessteuer-Collegii in seiner Wirksamkeit und der fortwährenden Geschäftsverbindung mit demselben gewesen sein mag, so ergiebt sich hieraus die Thatfache der Anerkennung der Wirksamkeit dieses in Folge der erneuerten Landschaftsordnung bestehenden Institutes, und des engern Ausschusses der neuen Landschaft, und da es bei dem Besitzstande, bekannten Rechtsregeln gemäß, gar nicht darauf ankommt, aus welchen Gründen die Ausübung der den Besitz begründenden Handlungen zugelassen worden sein möchten; so wird sehr richtig von den Ständen der Behauptung des Herzogs entgegnet, daß, wenn auch das Landessteuer-Collegium nicht sogleich hätte aufgehoben werden können, es bei dem Antritte Ihrer Regierung einer bestimmten Erklärung bedurft hätte, um nicht die fortwährende Wirksamkeit desselben, für eine deutliche Anerkennung der Wirksamkeit der modificirten landständischen Verfassung gelten zu lassen.

Seine herzogliche Durchlaucht können das fortgesetzte Benehmen mit dem Landsteuer-Collegio auch schon deshalb nicht als ein Benehmen mit den alten Landständen betrachten, weil Sie Selbst ausdrücklich zugestehen, daß Sie vor dem 25. Mai 1829 die alte Verfassung nicht anerkannt haben, und erst durch das an diesem Tage erlassene Rescript*) erklärten, daß Sie beschloffen haben, die vor der Usurpation in Ihren Staaten bestandenen landschaftlichen Verhältnisse, und namentlich die landschaftlichen Privilegien vom Jahre 1770, anzuerkennen, und dieselben hiermit anerkennen.

Die von den Ständen ihrer Vorstellung vom 27. August v. J. beigelegten verschiedenen landesherrlichen Rescripte und Verordnungen bezeugen aber noch weiters:

daß Seine Durchlaucht in dem Landsteuer-Collegium mehrere erledigte Stellen unterm 11. Februar 1825 unterm 16. März und 2. Octbr. 1827 besetzt,**) noch unterm 11. März 1828 einigen bei diesem Collegium angestellten Officianten Gehaltszulagen bewilligt; daß höchstbieselben unterm 22. Januar 1828 in einem an das Landessteuer-Collegium erlassenen Rescripte geäußert haben:

daß es billig scheine, da wegen der öftern Wiederkehr des Landtages die Arbeiten in der herzoglichen geheimen Kanzlei sehr zugenommen,

*) Beilage J. zur Vorstellung der Landstände vom 23. Mai, resp. 1. Juni 1829.

**) Beilage 13, 14 und 15 der „rechtfertigenden Erklärung der Stände“ vom 27. August 1829.

obwohl die Umstände sich in Etwas verändert haben, auch dem jetzigen Vorsteher derselben eine ähnliche Erkenntlichkeit zu bewilligen —
daß in dem Rescripte vom 9. Februar 1828

von dem nächst einzuberufenden allgemeinen Landtage und der von dem engern Landschaftsausschusse daselbst zu machenden Proposition die Rede ist;

daß auf eine Vorstellung des engern Ausschusses vom 11. Februar 1825, wegen einer in Ansehung der Straße von Braunschweig nach Wenden von der herzoglichen Kammer in Antrag gebrachten Maßregel, daß dieselbe auf dem letzten Landtage getroffenen Verabredungen nicht gemäß erscheine, Seine Durchlaucht unterm 24. desselben Monats Sich mit dem von dem Ausschusse deshalb aufgestellten Principe vollkommen einverstanden erklärt, und von dem Antrage der Kammer abstrahirt haben;

daß in mehreren landesherrlichen Verordnungen die auf dem letzten Landtage mit den Landständen berathenen und in Folge dieser Verhandlungen von der vormundtschaftlichen Regierung beschlossenen Anordnungen, insbesondere die über die veränderte Gerichtsverfassung und die veränderte Polizei, und Gemeinde-Verwaltung, von Seiner Durchlaucht unterm 9. Juni 1825 in Vollzug gesetzt worden seien, *) obwohl dieselbe wesentliche, im Wege der Vereinigung mit der neuen Landschaft bewirkte Modificationen der altständischen Privilegien von 1770 enthalten;

daß in einem an das herzogliche Consistorium unterm 21. März 1829, wegen des Präsentationsrechts des Stiftes Steterburg, erlassenen Rescripte **) auf den Art. 28 des Landtagsabschieds vom 11. Juli 1823 ausdrücklich hingewiesen ist;

daß in der über die erneuerte Feiertagsordnung unterm 28. März 1825 erlassenen Verordnung ***) enthalten ist, daß Seine Durchlaucht nach dem Wunsche der auf dem Landtage versammelten Stände zc. beschlossen haben;

und daß in einer unterm 22. Juni 1827 †) die Bestätigung der von Bauern eingegangenen Verträge betreffenden Verordnung derjenigen ländlichen Privatbesitzungen erwähnt ist,

„welche weder zu den immatriculirten Rittergütern, noch zu den gleichfalls verfassungsmäßig ausgezeichneten Freisassengütern gehören.“

Da Seine Durchlaucht der Herzog erst unterm 25. Mai v. J. die alte landständische Verfassung anerkannt haben, so kann diese Bezeichnung sich nur auf die in der neuen Verfassung, § 3 und 6, bemerkten Freisassengüter beziehen.

Aus allen diesen Belägen geht somit hervor, daß Seine Durchlaucht Sich in mehreren Entschlüssen auf den gegenwärtigen, durch die erneuerte Landschaftsordnung bestehenden Zustand und auf die Verhandlungen des jüngsten Landtages bezogen, und die in Folge der Modificationen der alten landständischen Privilegien erlassenen organischen Verordnungen Selbst in Vollziehung gesetzt, und auch nach dem 10. Mai 1827 den Fortbestand des Landessteuer-Collegii beabsichtigt haben.

*) Siehe braunschweigische Verordnungsammlung Nr. 6.

**) Siehe Beilage 24 der rechtfertigenden Erklärung.

***) Siehe Beilage 25 der rechtfertigenden Erklärung, resp. Verordnungsammlung vom Jahre 1827, Nr. 3, S. 17.

†) Siehe Beilage 29 der rechtfertigenden Erklärung, resp. Verordnungsammlung Nr. 11, S. 40.

Die Reclamationscommission findet in diesen conclusenten Regierungshandlungen von Seiten Seiner Durchlaucht des Herzogs eine Anerkennung der erneuerten Landschaftsordnung, so wie der in Folge derselben erlassenen weiteren Bestimmungen und gepflogenen Verhandlungen.

Wenn auch höchstbieselben wegen der beiden angeführten Rescripte vom 22. Januar und 9. Februar 1828 in Ihrer Erklärung in der sechsten heutigen Sitzung bemerken, daß beide Rescripte dem eigenmächtigen Verfahren des herzoglichen Staatsministerii ihre Existenz verdanken, welches Sie hiermit ausdrücklich desavouiren, so kann dieses die Folgerungen, welche aus solchen öffentlichen Regierungshandlungen auf die factische Anerkennung des Regierungsoberhauptes gezogen werden müssen, keineswegs beseitigen. — Welches Vertrauen könnte eine Regierung im In- und Auslande erwarten, wenn die von dem Staatsministerio erlassenen Entschlüsse und Aeußerungen von Seiten des Regenten ohne weiteres — aber auch ohne alle Folge für die Mitglieder des Ministerii — desavouirt werden könnten! —

Seine Durchlaucht der Herzog führen als Beweis, daß Sie die neue Verfassung nie haben anerkennen wollen, die ausweichende Erklärung *) an, welche Sie dem Geheimen Rath von Schmidt auf den Antrag, dieselbe förmlich anzuerkennen und zu bestätigen, gegeben haben.

Alein eine solche ausweichende Erklärung ist durchaus nicht als eine Verweigerung der Anerkennung zu betrachten.

Außer dem allgemeinen Widerspruche, daß Seine Durchlaucht auf irgend eine Weise die neue Landschaftsordnung seit Ihrem Regierungsantritte anerkannt haben, stellen höchstbieselben der ständischen Behauptung einer hier obwaltenden anerkannten Wirksamkeit drei Einreden entgegen, welche die Reclamationscommission, so fern sie sich hierauf beziehen, näher zu beleuchten und zu prüfen, sich verbunden erachtet:

- I. daß bei der neuen braunschweigischen Verfassung die besondere Bestimmung des Art. 79 genau vorschreibe, auf welche Weise die landesherrliche Anerkennung derselben erfolgen müsse;
- II. daß die neue ständische Verfassung an einem Grundgebrehen leide, indem dieselbe die Einwilligung der alten Landstände nicht erlangt habe, von den neuen hingegen nicht habe gültig anerkannt werden können, es somit überhaupt an einer Anerkennung dieser Verfassung, selbst von Seiten der Stände, fehle;
- III. daß, so wenig die vormundtschaftliche Regierung zur Abänderung der alten landständischen Verfassung befugt gewesen sei, eben so wenig die Stände berechtigt gewesen wären, diese erneuerte Landschaftsordnung anzunehmen, und daher für sie ein rechtlicher Besitzstand nicht habe entstehen können.

ad I. Behauptet Seine Durchlaucht der Herzog, daß eine blos factische Annahme der neuen landschaftlichen Verfassung, ja selbst eine Annahme derselben, welche dem Wortverstande nach so gedeutet werden könnte, in dem vorliegenden Falle nicht genügend erscheine, da nach den Bestimmungen des § 79 der erneuerten Landschaftsordnung **) bestimmt vorgeschrieben sei, in welcher Art und Weise die Annahme der braunschweigischen Verfassung vom Jahre 1820

*) Siehe Erklärung Braunschweigs in der sechsten Sitzung von 1830, S. 131.

**) Protokoll von 1829, S. 206.

erfolgen müsse, und es daher einer förmlichen und bündigen Annahme und Bestätigung der erneuerten Landschaftsordnung bedürfe, damit diese Verfassung gegen den Landesherrn in anerkannte Wirksamkeit treten könne.

Betrachtet man die Bestimmung des besagten Paragraphs, welche also lautet:

„Der jedesmalige Landesherr kann nach dem Antritte Seiner Regierung die gewöhnliche Erbhuldigung von den Unterthanen nicht eher verlangen und sich leisten lassen, als bis von Höchstdemselben die gegenwärtige Landschaftsordnung förmlich und bündig angenommen und bestätigt, auch die hergebrachte Versicherung wegen Aufrechthaltung der über die Primogenitur in den fürstlichen Hause Braunschweig-Wolfenbüttel bestehenden Verträge und des Pacti Henrico-Wilhelmiani schriftlich ausgestellt worden ist.“

und vergleicht man diese Bestimmung mit jener des Art. 1, 9 und 79 der Landschaftsprivilegien von 1770, so findet sich, daß in beiden Landschaftsordnungen die ganz gleiche Bestimmung enthalten ist, daß der neue Landesherr die Erbhuldigung nicht vor der Bestätigung der Landschaftsordnung, resp. der Privilegien, Freiheiten und Rechte der Landschaft, einzunehmen berechtigt sei.

Nur mit dieser Erbhuldigung steht die förmliche und bündige Annahme und Bestätigung der neuen Landschaftsordnung in einer bedingten Beziehung. — Wird diese Erbhuldigung von Seiten des Regenten nicht verlangt, so kann auch aus der Unterlassung dieser Bestätigung den Ständen durchaus kein Präjudiz erwachsen. — Beides, die Erbhuldigung und die Ausstellung der Reversalien, wurde nie als eine Quelle der Rechte und Verbindlichkeiten, sondern nur als eine dieselben anerkennende und verstärkende Förmlichkeit betrachtet. Die Stände berufen sich desfalls auf den Vorgang, daß der verstorbene Herzog Carl, der im Jahre 1735 zur Regierung gelangte, erst nach dreißig Jahren die Reversalien ausstellte und die Huldigung einnahm, ohne daß während dieser langen Zwischenzeit weder die verfassungsmäßige Wirksamkeit der Landschaft bestritten, noch aus dem Unterbleiben der Huldigung eine Folgerung gegen den Regenten gezogen worden wäre.

Wollte man aus der Unterlassung der Bestätigung der neuen Landschaftsordnung deren Nichtanerkennung folgern, so müßte man eben so aus der nicht-erfolgten Ausstellung der Versicherung wegen Aufrechthaltung der über die Primogenitur in dem fürstlichen Hause Braunschweig-Wolfenbüttel bestehenden Verträge und des Pacti Henrici-Wilhelmiani schließen, daß Seine herzogliche Durchlaucht auch diesen Haus- und Familienverträgen Ihre Anerkennung verweigert hätten, und daß auch diese ihre Gültigkeit und Verbindlichkeit für den Landesherrn erst durch diese Ausstellung der schriftlichen Versicherung erlange, da beide Bestimmungen in einem und demselben Artikel enthalten und einander vollkommen gleichgestellt sind. Eine Behauptung, die wohl kein Publicist je sich erlauben dürfte! —

Wenn auch, wie Seine Durchlaucht anführen, die Bestimmungen der Verträge für deren Erfüllung allein die Norm geben, so muß jedoch der Sinn derselben nicht auf eine Art ausgelegt werden, die dem Wortlaute, dem ganzen Zusammenhange und der Natur der Sache entgegensteht.

Nirgends ist auch nur eine Spur vorhanden, die vermuthen ließe, daß durch den § 79 der erneuerten Landschaftsordnung der Sinn der früheren, schon in den älteren Privilegien enthaltenen Bestimmungen habe verändert werden wollen. — Seine Durchlaucht äußere jedoch in dieser Beziehung in Ihrer in der

6. heurigen Sitzung abgegebenen Erklärung, daß, wenn die Privilegien vom Jahre 1719, Art. 118, und die vom Jahre 1770, Art. 1 — 9 und 79, gleiche Vorschriften enthalten, wie der § 79 der Landschaftsordnung vom Jahre 1820, sich hieraus weiter nichts folgern lasse, als daß zur vollkommenen Gültigkeit der älteren Landschaftsordnungen ein gleiches Vorschreiten von Seiten des Landesherrn nothwendig gewesen sei; dagegen spricht jedoch nicht nur das bereits angeführte braunschweigische Staatsherkommen, sondern auch die Natur des Verhältnisses, welches die Gültigkeit einer auf Recessen, Verträgen und Uebereinkommen mit den Ständen beruhenden landschaftlichen Verfassung nicht nach dem Tode eines jeden Landesherrn von der Anerkennung oder Nichtanerkennung des neuen Regenten abhängig machen, und somit die ganze Landesverfassung in dessen Willkühr legen kann! — Eben daher ist auch die Bestimmung des Art. 56 der Wiener Schlußakte bei den einmal in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassungen keineswegs an die besondere Anerkennung eines jeden neu antretenden Regenten gebunden.

Die weitere Behauptung des Herzogs, daß eine Anerkennung von Ihrer Seite schon deshalb nicht erfolgt sei, weil Sie das Ihnen bei Ihrem Regierungsantritte von den Ständen angebotene Geschenk von 20,000 Thln. nicht angenommen hätten, findet sich durch keine Bestimmung der Landschaftsordnung begründet. Nirgendswo ist in derselben dieses Geschenkes erwähnt, noch weniger eine Bestimmung aufzufinden, daß dasselbe als ein Zeichen der Annahme der Ständeversammlung zu betrachten sei. — Weber die nicht erfolgte Annahme, noch eine directe Ablehnung, die jedoch hier nicht stattgefunden, kann als eine Erklärung des Landesherrn betrachtet werden, daß Er die ständische Verfassung nicht annehmen wolle.

ad II. Die zweite Einrede des Herzogs gegen die Anwendbarkeit des Art. 56 der Wiener Schlußacte geht dahin:

daß die erneuerte Landschaftsordnung nicht im verfassungsmäßigen Wege entstanden sei, und somit in anerkannte Wirksamkeit nicht habe gelangen können, indem sie von den alten Ständen nicht anerkannt worden sei, — eine Anerkennung durch die neuen Stände hingegen als unzureichend schon darum betrachtet werden müsse, weil dieselben in dieser neuen Zusammensetzung, wobei früher Unberechtigte beigezogen worden, ohne vorhergegangene vollkommene Einwilligung der alten Stände, sich zu constituiren, unbefugt gewesen wären.

Der neuen Landschaftsordnung fehle es daher an dem wesentlichen Charakter eines Vertrages, und die nachgefolgte Anerkennung der gesammten Landschaft in dem Landtagsabschiede könne aus obigem Grunde diesen Mangel nicht ersetzen: in jedem Falle aber würde die Gültigkeit dieser Landschaftsordnung alsdann erst von der Entscheidung der Majorenmitätsfrage abhängig sein, indem der Schluß des Landtages (der 11. Juli 1823) in die Periode der von dem Herzoge behaupteten Volljährigkeit falle.

Aus den von den Landständen beigebrachten und hier besonders beigelegten Belegen (Beilage 1 bis 9) zeigt sich das Unrichtige der Behauptung Seiner Durchlaucht, und indem hierin klar nachgewiesen ist, daß die erneuerte Landschaftsordnung im October 1819 von der vormundschaftlichen Regierung der in ihrer vormaligen Zusammensetzung einberufenen vereinten Landschaft des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel und des Fürstenthums Blankenburg als Entwurf vorgelegt, mit den von dieser hierzu erwählten und beauftragten De-

putirten berathen und verhandelt, hierauf der wiedereinberufenen gesammten Landschaft in der vereinten Plenarsitzung am 17. Januar 1820 als Auftrag der Regierung vorgelegt, von dieser einstimmig die Zufriedenheit mit den Resultaten der Verhandlung erklärt, und den Deputirten der Auftrag erteilt worden sei, die Landschaftsordnung in der vorgelegten Fassung auf herkömmliche Weise zu vollziehen; so geht hieraus vielmehr hervor, daß, nach der eigenen Ansicht Seiner Durchlaucht, diese erneuerte Landschaftsordnung den Charakter eines Vertrages mit den Ständen besitze.

Wenn Seine Durchlaucht diesen von den Ständen beigebrachten Belegen entgegensetze, daß jene Urkunde nur dadurch gesetzliche Form erhalten konnte, daß sie als förmlicher Landtagsabschied ausgefertigt worden wäre, so zeigt die Vergleichung der Verordnung über die erneuerte Landschaftsordnung (Prot. von 1829, S. 289—307) mit dem Landtagsabschiede vom 9. April 1770 (Prot. von 1829, S. 253—269) und mit dem Landtagsabschiede vom 13. Juni resp. 11. Juli 1823 (Prot. von 1829, S. 308—327), daß, mit Ausnahme der Benennung, durchaus kein Unterschied obwalte, diese hingegen bei einem Landtage, der blos zu dem Zwecke der Unterhandlung und Vereinbarung über den Entwurf einer revidirten Landschaftsordnung stattgefunden hatte, keineswegs erforderlich erschien.

ad III. Die Behauptung des Herzogs, daß für die Stände ein rechtlicher Besitzstand der neuen Verfassung niemals habe entstehen können, indem sie nicht berechtigt waren, die von der vormundtschaftlichen Regierung unbefugt und widerrechtlich erlassene, und dem Lande aufgedrungene neue Verfassung anzunehmen, bedarf keiner besondern Widerlegung, da die Thatfache, daß Seine Durchlaucht der Herzog die erneuerte Landschaftsordnung in ihrer Wirksamkeit durch concludente Regierungshandlungen anerkannt haben, diese Einwendung des Herzogs von selbst beseitigt.

Wäre es erforderlich, auf dieselbe näher einzugehen, so dürfte sich wohl aus den angeführten hier obgewalteten Verhältnissen nachweisen lassen, daß die Stände allerdings befugt gewesen seien, die ihnen zur Erfüllung des Art. 13 von der vormundtschaftlichen Regierung gegebene Verfassung anzunehmen, und mit dieser zur Vermeidung von Rückschritten über zeitgemäße Modificationen der vor der französischen Occupation bestandenen Verfassung in Unterhandlung zu treten, da kein specielles Verbot der alten Landschaftsordnung, kein braunschweigisches Staatsgrundgesetz der vormundtschaftlichen Regierung untersagt, mit den Ständen über Abänderungen oder Modificationen der ständischen Verhältnisse Verhandlungen zu pflegen.

In keinem Falle kann aber hier, wo es sich von der Beurtheilung der Competenz der hohen Bundesversammlung nach Art. 56 der Wiener Schlußacte handelt, die Frage: in wie fern die vormundtschaftliche Regierung wirklich befugt gewesen, eine Landschaftsordnung mit Modificationen der vor der französischen Occupation bestandenen alten Verfassung zu geben, in wie fern sie durch diese Modificationen wesentliche und unveräußerliche landesherrliche Rechte ohne hinreichenden Ersatz aufgegeben, in wie fern sie die Grenzen der vormundtschaftlichen Befugnisse überschritten habe — als eine Vorfrage der Prüfung der Competenz behandelt werden.

Wollte und könnte man dieselbe vorausschicken und würde man sie verneinen, so würde man offenbar in den sonderbaren Cirkel gerathen, die Competenz zur Entscheidung einer der wichtigsten materiellen Hauptfragen anzuer-

kennen und auszuüben, indem man sich diese Entscheidung erlaubt, um dadurch zu beweisen, daß man gar nicht competent sei, in die Beschwerden zwischen den Ständen und dem Herzoge einzugehen. Man würde dieselbe Frage, zu deren Prüfung man im vorigen Jahre bei der Beschwerde des Herzogs gegen den königlichen Vormünder sich nicht für competent erachtete, nunmehr gegen Allerhöchstdieselben entscheiden, ohne einen neuen Grund der Competenz des Bundes anzuerkennen; indem man vielmehr auch in Beziehung auf die Differenz zwischen dem Herzoge und den Ständen sich für incompetent erklären wollte.

Eben so wenig vermag die Reclamations-Commission die von der vormundtschaftlichen Regierung, mit Zustimmung der Stände, erlassene erneuerte Landschaftsordnung als eine blos provisorische für die Dauer der vormundtschaftlichen Regierung gegebene zu betrachten, indem die Thatsache einer solchen Supposition vollkommen widerspricht.

Nirgends ist eine Spur vorhanden, daß bei den über die erneuerte Landschaftsordnung zwischen der vormundtschaftlichen Regierung und den Ständen gepflogenen Verhandlungen die Absicht auf eine provisorische Maßregel gegangen sei. Die ganze Urkunde trägt in allen Theilen den Character einer definitiven Uebereinkunft, zwischen der Regierung und den Ständen, eines beständigen und unveränderlichen Staatsgrundgesetzes. — Wollte man daher diese erneuerte Landschaftsordnung nur als eine provisorische — für die Zeit der Dauer der vormundtschaftlichen Regierung gültige, später aber die ausdrückliche Einwilligung des damals minderjährigen Herzogs erfordernde — Verfassung betrachten, so würde diese, den bestimmten Aeußerungen der königlich hannöversischen Regierung am Bunde geradezu widersprechende, Erklärung nichts anders sein, als eine Entscheidung der hohen Bundesversammlung, daß die vormundtschaftliche Regierung nicht befugt gewesen sei, eine definitive Verfassung zu geben, daß sie mithin ihre Grenzen überschritten habe — eine Entscheidung, welche abermals die Competenz des Bundes voraussetzen, und zu dem oben schon bemerkten vitiösen Cirkel führen würde.

Indem daher die Reclamations-Commission sich auf die Prüfung der Thatsache der anerkannten Wirksamkeit beschränkt, kann sie in Ansehung der Competenzfrage sich nur dahin aussprechen, daß

in Erwägung, daß die erneuerte Landschaftsordnung im Herzogthume Braunschweig schon vor dem Abschlusse der Wiener Schlußacte zu Stande gekommen, daß dieselbe sogleich in Wirksamkeit getreten ist, daß hiervon unterm 13. Juli 1820 die Anzeige an die hohe Bundesversammlung gemacht, diese Landschaftsordnung derselben übergeben, und von ihr in das Bundesarchiv hinterlegt worden ist,

daß diese neue Landschaftsordnung während der vormundtschaftlichen Regierung in voller Wirksamkeit bestanden hat,

daß sie auch nach angetretener Regierung Seiner Durchlaucht des Herzogs bis zum Jahre 1827 — somit durch vierthalb Jahre — in ungestörter Wirksamkeit sich befunden hat,

daß höchstdieselben durch eine Reihe von concludenten Regierungshandlungen diese Verfassung in ihrer notorischen Wirksamkeit anerkannt haben,

daß erst im Jahre 1829 — somit nach beinahe sechs Jahren —

Seine Durchlaucht Ihren Willen, die erneuerte Landschaftsordnung nicht anerkennen zu wollen, bestimmt ausgesprochen haben, daß die Einreden des Herzogs gegen die anerkannte Wirksamkeit der erneuerten Landschaftsordnung nicht als begründet anerkannt werden können. —

diese Landschaftsordnung vom Jahre 1820 als in anerkannter Wirksamkeit bestehend zu betrachten sei.

Da nun Seine Durchlaucht der Herzog diese Verfassung auf anderem als auf verfassungsmäßigem Wege abändern wollen, indem Sie durch Ihr Rescript vom 25. Mai 1829 erklärt haben,

daß Sie die ältere, vor der Usurpation Ihrer Staaten in denselben bestandenen, landständische Verfassung hiermit anerkennen, wodurch die in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung vom Jahre 1820 aufgehoben würde; so ist hier die Competenz der hohen Bundesversammlung nach Artikel 56 der Wiener Schlußacte vollkommen begründet.

Dafür spricht der klare Wortsinne dieses Artikels:

die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden, der auch in den früheren Verhandlungen am Bunde in der Angelegenheit der holsteinischen Landstände seine volle Anerkennung findet, indem es in dem am 27. November 1823 in der 22. Sitzung erlassenen Beschlusse heißt:

„Da die hohe Bundesversammlung aus den bisherigen Verhandlungen die Ueberzeugung erlangt hat, daß die alte Verfassung in Holstein in anerkannter Wirksamkeit nicht bestehe, so werden die reclamirenden holsteinischen Prälaten und Ritterschaftsmitglieder mit ihrem Gesuche und ihrer Berufung auf den 56. Artikel der Wiener Schlußacte als unstatthaft abgewiesen.“

Allgemein wurde damals, selbst von Seiten Holsteins, die Bestimmung des Artikels 56 in der Beschwerde der Landstände gegen die Regierung an sich als anwendbar erkannt; nur wurde denselben entgegengesetzt, daß der in diesem Artikel bezeichnete Fall hier deshalb nicht vorhanden sei, weil jene Verfassung seit mehr als 100 Jahren sich nicht mehr in Wirksamkeit befunden habe, und nur aus diesem Grunde wurden die Reclamanten mit ihrer Berufung auf den 56. Artikel abgewiesen.

Wenn durch diese, drei Jahre nach den Wiener Conferenzen stattgefundenen Verhandlungen am Bunde, und durch den Beschluß der hohen Versammlung der an sich klare Sinn des Art. 56 im Allgemeinen seine Bestätigung findet, so theilen auch Seine Durchlaucht der Herzog selbst diese Ansicht, indem Sie in Ihrer Erklärung am Bunde in der 16. Sitzung des vorigen Jahres (S. 410 des Prot.) ausdrücklich anerkennen, daß die hohe Bundesversammlung in dem Falle,

wenn die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen auf einem andern, als dem verfassungsmäßigen Wege abgeändert werden sollen,

einzuschreiten sich für berechtigt halten dürfe.

Daß die Nichtanerkennung und Aufhebung dieser erneuerten Landschaftsordnung den im Art. 56 bezeichneten Fall der Abänderung in sich schließe, geht nicht nur aus dem allgemeinen Rechtsgrundsatz, daß wenn das Geringere unterliegt, auch das Größere nicht zulässig sein könne, sondern noch insbesondere

daraus hervor, daß im vorliegenden Falle die erneuerte Landschaftsordnung selbst nur eine Modification der alten Landschaftsordnung vom Jahre 1770 ist, und somit durch die Wiedereinsetzung dieser, eine Abänderung jener stattfindet.

Der Anwendbarkeit der Bestimmung des Artikels 56 tritt der Artikel 61 durchaus nicht beschränkend entgegen, wie dies der Herzog in Seiner Erklärung in der 6. Sitzung des L. J. annehmen will.

Derselbe lautet nämlich:

„Außer dem Falle der besonderen Garantie einer landständischen Verfassung und der Aufrechthaltung der über den 13. Artikel der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen, ist die Bundesversammlung nicht berechtigt, in landständische Angelegenheiten oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzuwirken, so lange solche nicht den im 26. Artikel bezeichneten Charakter (des Auf-
ruhrs) annehmen, in welchem Falle die Bestimmungen dieses, sowie des 27. Artikels auch hierbei ihre Anwendung finden.“

So wie dieser Artikel die Nichtintervention der Bundesversammlung in landständischen Angelegenheiten als Regel ausspricht, setzt er zugleich die Ausnahme fest, wo der Bundesversammlung eine Einwirkung in dieselbe zusteht, und indem er hierzu, neben dem Falle der von dem Bunde übernommenen besonderen Garantie (Art. 60), auch

die Aufrechthaltung der über den 13. Art. der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen

zählt, können hierunter nur die sämmtlichen in der Wiener Schlußacte zur Aufrechthaltung des 13. Artikels enthaltenen Bestimmungen zu verstehen sein, da der 61. Artikel selbst keine besonderen Bestimmungen hierüber enthält. Es gehört somit auch der Artikel 56 zu jenen Bestimmungen, welche eine Intervention des Bundes begründen, wenn derselbe deshalb von Seiten eines Betheiligten angerufen wird.

So sehr die hohe Bundesversammlung berufen ist, darüber zu wachen, daß der nach Art. 61 in landständischen Angelegenheiten zulässigen Einschreitung der hohen Bundesversammlung zum Nachtheile der Souverainetät der einzelnen Bundesregierungen keine größere Ausdehnung gegeben werde, und nur in den in der Schlußacte Artikel 54—60 enthaltenen Fällen allein eine Einwirkung der hohen Bundesversammlung stattfinden könne, so sehr ist sie verbunden, ihren Schutz da nicht zu versagen, wo sie nach den Bestimmungen der Wiener Schlußacte hierum angegangen wird.

Es handelt sich in dem vorliegenden Falle nicht von einer Streitigkeit zwischen dem Landesherrn und den Ständen über die Auslegung irgend eines dunkeln oder zweifelhaften Artikels der Verfassungsurkunde, — nicht um die bestrittene Anwendung irgend einer einzelnen Bestimmung, einer behaupteten, bisher geübten Befugniß, — Streitigkeiten, über welche die Bundesversammlung, außer dem Falle der besonders übernommenen Garantie, einzuschreiten keineswegs befugt wäre, sondern es handelt sich von der einseitigen Abänderung einer in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassung, indem an die Stelle dieser vertragsmäßig festgesetzten, wegen deren angeblichen Ungültigkeit, einseitig und gegen den erklärten Willen der Stände eine andere gesetzt werden will, und es tritt somit der im Art. 56 bezeichnete Fall — einer beabsichtigten einseitigen Abänderung einer bestehenden Verfassung — im vollsten Umfange ein.

Die Competenz der hohen Bundesversammlung ist aber auch in dem vor-

liegenden Falle durch den Artikel 54 der Schlußacte in so fern begründet, als die von der vormundtschaftlichen Regierung zur Erfüllung der ihr nach Art. 13 obgelegenen bundesgemäßen Verpflichtung erteilte und in Wirksamkeit bestehende Verfassung von Seiner Durchlaucht dem Herzoge nach Artikel 56 nicht einseitig abgeändert werden kann, und somit, wenn Sie dieselbe nicht mehr anerkennen und in Wirksamkeit lassen wollen, in dem Herzogthum Braunschweig gar keine Verfassung in so lange bestehen würde, bis nicht der Landesherr und die Stände sich über die Annahme einer neuen Verfassung, mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse, vereinigt haben würden.

Durch die von Seiten des Herzogs gegebene Erklärung, daß Höchstdieselben die alten landständischen Verhältnisse und Privilegien anerkennen, ist noch keineswegs den Bestimmungen des Artikels 13 der Bundesacte in dem Herzogthume Braunschweig genügt, da dieses offenbar als eine, nach Artikel 56 der Wiener Schlußacte unzulässige, einseitige Aenderung erscheint, gegen welche die beiden Landschaftsausschüsse unterm 30. Mai v. J. sogleich Seiner Durchlaucht erklärt haben, daß Höchstdero Anerkennung der ständischen Privilegien von 1770 und der darauf gegründeten Verfassung, ohne Anerkennung der Modification, welche dieselbe durch die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 erhalten habe, den Ansichten der Stände nicht entspreche, und sie die Anerkennung der alten Verfassung nicht als Basis darauf zu bauender Unterhandlungen für genügend anerkennen möchten.

Daß übrigens die factische Störung, welche Seine Durchlaucht der Herzog durch Ihre unterm 25. Mai v. J. erfolgte Anerkennung der alten landständischen Verhältnisse und Privilegien und durch Ihre Erklärung, die neue Landschaftsordnung angenommen zu haben, den Ständen in ihren Rechten nicht präjudiciren und der Anwendbarkeit des Artikels 56 der Schlußacte nicht entgegenstehen könne, geht aus allgemeinen Rechtsbegriffen über den Besitzstand und die Aufrechthaltung desselben, so wie daraus hervor, daß eben gegen eine solche einseitige Störung der Artikel 56 Sicherheit oder Schutz gewährt.

Die Reclamationscommission ist daher der vollkommenen Ueberzeugung, daß in dem vorliegenden Falle die Competenz der hohen Bundesversammlung sowohl aus dem Artikel 54 als aus dem Artikel 56 der Wiener Schlußacte, vielmehr aus der Verbindung beider Bestimmungen begründet sei.

Die hohe Bundesversammlung kann somit dem Antrage des Herzogs, die ständische Corporation mit ihrer Reclamation, nach Artikel 61 der Wiener Schlußacte, zurückzuweisen, nicht entsprechen, da, wie bereits ausgeführt worden, der Artikel 61 von der Regel der Nichteinwirkung in landständische Angelegenheiten auch die zur Aufrechthaltung des 13. Artikels erlassene Bestimmung des 56. Artikels ausnimmt.

Eben so wenig kann sie aber dem Antrage der Stände, für die Zukunft die Gewährleistung der erneuerten Landschaftsordnung zu übernehmen, willfahren, da der Artikel 60 der Wiener Schlußacte ausdrücklich festsetzt:

daß die Bundesversammlung dann, wenn von einem Bundesgliede die Garantie des Bundes für die seinem Lande eingeführte landständische Verfassung nachgesucht wird, dieselbe zu übernehmen berechtigt sei.

Auch ohne diese Bestimmung würde es dem Verhältnisse des deutschen

Bundes widersprechen, auf bloßes Ansehen der Unterthanen, gegen den Willen der souverainen Regierung, eine Bürgschaft der landständischen Verfassung zu übernehmen.

Die Reclamationscommission findet auch in den Bestimmungen der Bundesacte und Schlußacte keine zureichende Ermächtigung, um auf die materielle Prüfung der fraglichen Landschaftsordnung, auf die Untersuchung der gegen dieselbe von Seiten Seiner Durchlaucht des Herzogs angeführten Beschwerden, und der zu ihrer Widerlegung von den Ständen angebrachten Gründen einzugehen.

Nur jener Antrag der Stände, die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 in ihrer Wirksamkeit zu schützen, damit sie nicht anders als auf verfassungsmäßigem Wege verändert werden könne, findet sich in der Bundesgesetzgebung gegründet und die Reclamationscommission sieht sich daher veranlaßt, ihren

Antrag

dahin zu stellen:

daß Eine hohe Bundesversammlung, auf den Grund der Artikel 54 und 56 der Schlußacte, Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig eröffnen wolle, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehende erneuerte Landschaftsordnung vom Jahre 1820 von Höchstdenenelben nicht auf anderem als auf verfassungsmäßigem Wege abgändert werden könne.

Die in dem Vortrage erwähnten Beilagen waren dem Protocolle unter Zahl 1 bis 9 angefügt. (Man vergl. oben Kap. 1.)

Braunschweig und Nassau für Braunschweig erklärten sofort in derselben Sitzung auf den Vortrag der Reclamationscommission: Von herzoglich braunschweigischer Seite sieht man in Beziehung auf die landständische Beschwerde wegen Nichtanerkennung der von dem allerhöchsten Vormunde Seiner herzoglichen Durchlaucht während Höchstdero Minderjährigkeit gegebenen Landschaftsordnung sich zu folgender vorläufigen Erklärung veranlaßt.

Der Artikel 53 der Schlußacte schließt im Allgemeinen jede Einwirkung des Bundes in die innere Staatseinrichtung und Staatsverwaltung jedes einzelnen Bundesstaates aus.

Hieraus ergibt sich mit der höchsten Evidenz, daß die Ausnahmen von dieser Regel, welche die hierauf folgenden Artikel der Schlußacte festsetzen (wenn der Art. 53 aufrecht erhalten und die Unabhängigkeit der einzelnen Bundesstaaten bundesverfassungswidrig nicht verletzt werden soll), in einzelnen Fällen von dem Bunde zum Nachtheil oder zur Beschränkung der Rechte eines einzelnen Bundesgliedes niemals unter Erweiterung der Competenz der Bundesversammlung extensiv interpretirt werden dürfen.

Der Bund ist also in allen Fällen dieser Art zu einer restrictiven Interpretation durch klare Vorschriften seiner Gesetzgebung und als nothwendige Bedingung der unabhängigen Fortexistenz seiner Glieder verpflichtet.

Dieser Grundsatz soll insbesondere noch (so will es die ausdrückliche Vorschrift der Bundesgesetze) vorzugsweise in Beziehung auf die Einwirkung des Bundes auf landständische Angelegenheiten aufrecht erhalten werden. Darum hat die Bundesgesetzgebung sich hier nicht auf diese allgemeine hier schon hinreichende Bestimmung des Art. 53 beschränkt, sondern noch zu um so sicherer

Entfernung der Einmischung in Streitigkeiten zwischen Landesherrn und Ständen, Art. 61 ausdrücklich und wörtlich verordnet:

„daß die Versammlung in Streitigkeiten zwischen Landesherrn und ihren Ständen einzuwirken nicht berechtigt sei.“

Nur den Fall der Aufrechthaltung der Erfüllung des 13. Art. der Bundesacte, den eines besonderen Compromisses auf die hohe Versammlung, in Folge einer übertragenen Garantie und ausgebrochenen Auftrahs, bezeichnet dieser Artikel als einzige Ausnahmen, und zählt unter diesen Ausnahmen darum auch die Bestimmung des 56. Art. ausdrücklich nicht auf.

Wenn also irgend etwas klar und bestimmt in der Bundesgesetzgebung liegt, so ist es die gesetzliche Bestimmung, daß da, wo es sich von Anwendung des 56. Art. der Schlußacte auf einen gegebenen Fall handelt, selbst wenn man annimmt, dieser Artikel begründe eine weitere Ausnahme von der Bestimmung des Art. 61, doch niemals von einer ausdehnenden Interpretation dieses 56. Artikels die Rede sein darf, um durch eine solche die Competenz dieser hohen Versammlung zu begründen. Ausdehnende Interpretationen dieses Artikels müßten nothwendig bei der Complication der hier möglichen Fälle (da Streitigkeiten über die anerkannte Wirksamkeit ständischer Verfassungen und deren Begrenzung zwischen Landesherrn und Ständen zu den nicht ungewöhnlichen Erscheinungen im deutschen Bunde gehören) bald zur Aufhebung der Regel der Nichteinwirkung des Bundes in Streitigkeiten zwischen Landesherrn und Ständen und in der innern Staatseinrichtung und Staatsverwaltung der Bundesstaaten führen, welche die Art. 53 und 61 der Schlußacte durchaus aufrecht erhalten und sicher stellen. Darum erscheint alles, was auf Aufrechthaltung dieses Theils der Bundesgesetzgebung zurückwirkt, für sämtliche Bundesstaaten von höchster Wichtigkeit. Ja man behauptet, daß diesem entgegen laufende Beschlüsse zum Umsturz der gegenwärtigen Grundverfassung des Bundes führen würden.

Ohne eine ausreichende Interpretation dieses Artikels ist aber auch die Anwendung des 56. Artikels auf die vorliegende Streitigkeit zwischen Seiner herzoglichen Durchlaucht und Denen, die im Namen der Stände Beschwerde führen, nicht möglich.

Dieser Artikel sagt:

„die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden.“

Als in anerkannter Wirksamkeit stehend, kann aber mit dem Wortlaute dieses Artikels in directem Widerspruche und ohne Aufhebung der Bestimmungen der Art. 53 und 61 keine landständische Verfassung angesehen werden, gegen deren Ihn bindende Wirkung der Landesherr unter Anführung des erheblichen Grundes, daß eine solche Anerkennung von dem Vormunde für Ihn verbindlich nicht habe angesehen können, nicht nur förmlich und feierlich protestirt, sondern auch deren Wirksamkeit factisch aufgehoben hat, indem Er die durch die Vormundschaft berufenen Landstände Selbst durch Nichtabhaltung der Landtage außer Thätigkeit gesetzt hat.

Dieses ist von Seiner herzoglichen Durchlaucht von Braunschweig, wie die hiesigen Verhandlungen es zur Genüge beweisen, immer und ausdrücklich geschehen.

Zwar wird zum Beweis der gegentheiligen Meinung angeführt, daß Seine herzogliche Durchlaucht zwei in Gemäßheit der erneuerten Landschaftsordnung

constituirte Collegien -- das Steuercollegium und den engern Ausschuß, welcher nach § 35 die Hälfte der Mitglieder des Steuercollegiums bilde -- habe fortbestehen lassen, daß mit diesen Collegien über landschaftliche Angelegenheiten von den herzoglichen Behörden fortwährend Verkehr gepflogen, und mehrere mit den neuen Ständen auf dem jüngsten Landtag verabschiedete organische Verfügungen sogar erst unter der herzoglichen Regierung in Vollzug gesetzt worden seien. Allein alle diese Thatfachen vermögen die feierliche vorliegende Protestation und die Thatsache der Nichtzusammenberufung der Stände nicht aufzuheben.

Die Wirksamkeit einer Verfassung besteht in der Ausübung der Befugnisse, welche den Ständen in Folge der Bestimmungen dieser Verfassung zustehen. — Preußen hat sehr richtig in seiner Abstimmung über die Reclamation der holsteinischen Stände (in der 20. Sitzung des Jahres 1823) erklärt: daß, weil seit dem Jahre 1712 kein Landtag mehr berufen worden, und daher keine Anerkennung jener Rechte stattgefunden, die holsteinische Verfassung nicht in anerkannter Wirksamkeit erklärt werden könne. — Wenn nun in der erneuerten braunschweigischen Landschaftsordnung selbst, § 39 gesagt wird: „daß die Stände nur auf dem von dem Fürsten zusammenberufenen Landtage die Vertretung des Landes ausüben, und die Angelegenheiten desselben mit dem Landesfürsten verhandeln können“; so läßt sich auch nicht in Abrede stellen, daß die erneuerte Landschaftsordnung und die neuen Stände sich auch nur auf einem Landtage in ihrer wahren und wesentlichen Wirksamkeit würden haben zeigen können, weil sie nur auf diesem ihre wesentlichen Rechte ausüben konnten. Einen Landtag haben Seine herzogliche Durchlaucht als die verfassungsmäßigen Zeitpunkte wiederholt herangefommen waren, nicht zusammenberufen, und alle diesfalls angestellten Bitten der Landschaft unbeachtet gelassen.

Allerdings ließ der Regent die oben genannten Collegien, insbesondere das Steuer-Collegium, dessen Glieder von Ihm zur Hälfte ernannt wurden, in ihrer Wirksamkeit fortbestehen. Allein die Attributionen dieser Collegien waren so beschränkt und so untergeordnet, daß man die fortwährende Wirksamkeit derselben nicht als Beweis ansehen kann, daß auch die ganze, ausdrücklich als solche aufgehobene Verfassung sich in anerkannter Wirksamkeit befunden habe. — Die ganze Wirksamkeit des Steuer-Collegiums beschränkte sich lediglich darauf, die von den Ständen bewilligten Steuern zu erheben, zu verwalten und zu berechnen (§ 19). Wer konnte nun daraus, daß Seine Durchlaucht dieses bloß vollziehende Collegium bestehen ließen, den Schluß ziehen, daß höchst dieselben auch die Stände selbst in ihrer Wirksamkeit anerkannt haben, während von Seiner herzoglichen Durchlaucht diese Stände niemals, als der Zeitpunkt zur Convocation erschienen, zusammen berufen worden sind? Eine ähnliche Verwandniß hat es mit dem engern Landtagsausschusse. Die Attributionen dieses Ausschusses, den die Hälfte der Mitglieder des Steuercollegiums bilden, bestanden darin, daß „der Landesfürst, so oft es Ihm gut dünkt, von dem Ausschusse Nachrichten, Berichte und Gutachten einziehen konnte, und daß es letzterem unbenommen blieb, auch unaufgefordert, besonders bei ungewöhnlichen und dringenden Veranlassungen, Vorstellung und Anträge an den Landesherrn gelangen zu lassen, und seine gutachtliche Meinung zu äußern.“ (§ 35) Die Befugnisse dieses bloß in der Zwischenzeit von einem Landtage zum andern wirkamen Theils des Steuercollegiums sind so ungemein verschieden von jenen der auf dem Landtage versammelten Stände, daß man auch aus dessen fortwährend

anerkannter Wirksamkeit unmöglich einen stringenten Beweis herleiten kann, daß Seine herzogliche Durchlaucht die Stände selbst und die ganze Verfassung in ihrer Wirksamkeit anerkannt haben. Hierzu kommt noch ferner, daß jedenfalls alle mit den obbenannten Collegien nach Erlassung des Patents vom 10. Mai 1817 gepflogenen Communicationen schon um deswillen eine faktische Anerkennung der Verfassung nicht zu beweisen vermögen, weil Seine herzogliche Durchlaucht in jenem Patent erklärt hatten, daß Höchstdieselben die während der vormundschaftlichen Regierung eingeführten Institutionen nur insofern für rechtsverbindlich ansehen, als dadurch höchstihre Eigenthums- und Souverainetätsrechte nicht verletzt worden seien, und daß Höchstdieselben dieserhalb zwar befehlen, daß alle und jede von der vormundschaftlichen Regierung erlassenen Verordnungen und Bestimmungen provisorisch zur Anwendung kommen sollen, jedoch Sich wegen der Rechtsgültigkeit der von dem Vormunde gemachten Institutionen die noch erforderliche gesetzliche Bestimmung ausdrücklich vorbehalten. Setzt man nun hiernit in Verbindung, daß in der gleichzeitig gegen den Geheimen Rath von Schmidt angeordneten Untersuchung gerade sein Antheil an der Einführung der neuen Landschaftsordnung eines der ihm zur Last gelegten Vergehens war, so wird man unmöglich zu behaupten vermögen, daß Seine herzogliche Durchlaucht, ungeachtet jenes Patents und ungeachtet dieser Untersuchung, die Verfassung gleichwohl fortwährend in ihrer Wirksamkeit anerkannt, und dieses Anerkenntniß durch den nach Erlassung des Patents noch fortgesetzten Verkehr mit dem Steuercollegium und dem engern Ausschusse bethätigt habe. So viel endlich noch den Umstand betrifft, daß Seine herzogliche Durchlaucht Selbst auch die auf dem jüngsten Landtage mit den neuen Ständen verabredeten organischen Einrichtungen und gesetzlichen Anordnungen in Vollzug gesetzt habe, so wird sich hieraus eine Anerkennung der neuen Stände selbst in ihrer Wirksamkeit eben so wenig folgern lassen, als sich diese Anerkennung aus dem Umstand folgern läßt, daß Seine herzogliche Durchlaucht auch die unter der vormundschaftlichen Regierung von den neuen Ständen bewilligten Steuern noch immer erheben lassen, überhaupt die früher thatsächlich bestandenen Verwaltungseinrichtungen, so weit sie Ausfluß der frühern ständischen Verfassung waren, nach Ihrem Regierungsantritt nicht sogleich gänzlich aufgehoben haben.

Irgend eine ausdrückliche Verwahrung oder Protestation gegen die Folgerung einer Anerkennung der landständischen Verfassung aus der Nichtaufhebung der Verwaltungseinrichtungen, die Folge der nicht anerkannten Verfassung waren, war hier gleich ein Moment des Regierungsantritts um so überflüssiger, da ein eigener § der vormundschaftlichen Landschaftsordnung verordnet, daß der Landesherr ausdrücklich die Landschaftsordnung förmlich und bündig anzuerkennen habe, mithin die Landschaftsordnung selbst bestimmt, daß diese Erkennung nur dann als vorliegend angesehen werden solle, wenn diese Anerkennung wirklich durch einen eigenen Act des Landesherrn erfolgt ist.

Der § 79 der vormundschaftlichen Landschaftsordnung verordnet nämlich ausdrücklich: daß der jedesmalige Landesherr nach dem Antritte Seiner Regierung die Landschaftsordnung förmlich und bündig anzunehmen und zu bestätigen habe, wenn Er die gewöhnliche Erbhaltung Seiner Unterthanen verlangen wolle,

und bestimmt weiter:

daß, wenn diese Bestätigung während der Minderjährigkeit des Regenten (wie in dem unterliegenden Falle) von dem Vormunde aus-

gegangen ist, sie nur auf die Dauer der Verwaltung des Vormundes beschränkt bleibt.

Nur dieser, kein anderer Fall ist hier, wie von allen Seiten eingeräumt und behauptet wird, eingetreten. Die vormundschaftliche Landschaftsordnung ist von dem Landesherrn nicht anerkannt und die Erbhuldigung weder verlangt noch angenommen worden.

Auch das Factum liegt nicht vor, an welches der Text der Verfassung, von der hier die Rede ist, ihre Anerkennung bindet.

Bei solchen Verhältnissen und gesetzlichen Vorschriften muß also eine ausdrückliche Verwahrung, daß aus der Fortdauer von Instituten die Folge der nicht anerkannten Verfassung, wovon nicht die Anerkennung dieser Verfassung gefolgert werden möge, ungeachtet dieselbe das bereits angeführte Edict vom 10. Mai 1827 wirklich enthält, durchaus überflüssig erscheinen. Der neuen Verfassung mangelt also Anerkennung und Wirksamkeit, die der Art. 56 nicht disjunctiv, sondern cumulativ fordert, wenn bundesgesetzlich dessen Anwendung möglich werden soll.

Dürfte man also auch in directem Widerspruch mit allen diesen factischen Verhältnissen dennoch annehmen, es sei die edictmäßig aufgehobene landständische Verfassung in Wirksamkeit, so wäre eine solche Wirksamkeit doch nicht hinreichend, die Anwendung des 56. Artikels hier zu begründen.

Der Artikel 56 sagt nicht: die in Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden, sondern dieser Artikel verordnet ausdrücklich, daß zur factischen Wirksamkeit auch die Anerkennung dieser Wirksamkeit hinzutreten müsse, daß also die Wirksamkeit nicht bloß factisch, sondern auch von dem Landesherrn als solche anerkannt sei.

Daß aber diese Anerkennung mangelt, darüber sind alle Theile einig.

Auch stimmen damit, daß Wirksamkeit und Anerkennung cumulativ der Artikel 56 voraussetzt, die Grundsätze vollkommen überein, welche von dem Bunde und dieser hohen Versammlung über die Anwendung dieses Artikels früher schon ausgesprochen und in ihre Protokolle niedergelegt worden sind.

In einem illustern frühern Falle hat der Bund seine Competenz durch das Dasein der einzelnen der beiden Eigenschaften, welche der Artikel 56 cumulativ bezeichnet, nämlich Auerkenntniß und Wirksamkeit, bei einem Streite zwischen Landesherrn und Landständen, nicht für begründet erachtet. Es beweisen es die Verhandlungen über die Reclamation der Stände des Herzogthums Holstein in der 17., 20. und 22. Sitzung im Jahre 1823.

Die urkundliche Existenz der holsteinischen Verfassung, sie selbst also, war anerkannt, nicht aber ihre practische Wirksamkeit. Es wurde zwar die Behauptung von einigen Seiten aufgestellt, daß dessenungeachtet der Artikel 56 hier seine Anwendung finden müsse, indem aus der Thatfache der urkundlichen Anerkennung auch die Wirksamkeit fließe. Die Versammlung verwarf aber durch ihren Beschluß vom 27. November 1823 diese Behauptung und die Anwendbarkeit des Artikels 56 der Schlußacte, weil Anerkennung und Wirksamkeit zugleich nicht vorhanden waren.

Wenn schon der Mangel der Wirksamkeit nach den von dieser hohen Versammlung in Uebereinstimmung mit der Bundesgesetzgebung in einem frühern Falle ausgesprochenen Grundsätzen die Anwendung des 56. Artikels der Schlußacte nicht zuläßt, wenn auch die urkundliche Anerkennung vorliegt, um wie viel

weniger darf dieses in einem Falle geschehen, wo nicht nur Wirksamkeit, sondern auch urkundliche Anerkennung mangeln.

Die von dem Allerhöchsten Vormunde gegebene Landschaftsordnung war von Allerhöchstdemselben nur in der Ueberzeugung gegeben, daß sie dem Besten und den wahren Bedürfnissen des Landes entspreche, und daß durch deren Promulgation während der Minderjährigkeit des Regenten der königliche Vormund eine ihm obliegende Pflicht erfülle, also auch in der Unterstellung, daß der künftige Regent diese Verfassung genehm halten, anerkennen und bestätigen werde.

Diese Unterstellung ist aber nicht in Erfüllung gegangen. Die neuere Verfassung ist von dem die Regierung nach erlangter Volljährigkeit antretenden Regenten nicht anerkannt, als in anerkannter Wirksamkeit bestehend, nicht betrachtet, und die Handlungen, welche eine solche Anerkennung nach den ausdrücklichen Vorschriften eben dieser Verfassung in den §§ 39, 40 und 79 hätten begründen müssen, sind von ihm nicht vorgenommen, insbesondere die Zusammenberufung der Landtage, welche nach Artikel 39 nur die Vertretung des Landes auszuüben berechtigt sein solle, und die Wirksamkeit einer landständischen Verfassung allein zu bekräften geeignet ist, in zwei dazu erschienenen Epochen nicht angeordnet worden.

Der Landesherr hat vielmehr durch Edict vom 25. Mai 1829 die ältere Verfassung als fortbestehend feierlich erklärt, und sich vorbehalten, im Einverständnisse mit den Ständen diese ältere Verfassung, so weit es erforderlich erachtet werden sollte, im verfassungsmäßigen Wege abzuändern, also nur die ältere Verfassung anerkannt.

Dieses geht insbesondere noch aus der Erklärung zum Protocolle der 16. Sitzung vom 17. Juni 1829 hervor. Im Einklange mit den Gesetzen des Bundes kann also, wie sich aus dem factischen hier entwickelten Verhältniß dieser Sache ergibt, das Edict vom 25. Mai 1829 nicht für ungültig erklärt, in die innere Staatseinrichtung und Staatsverwaltung eines einzelnen Bundesstaates nicht eingegriffen werden, und nur auf dem Wege der Vollziehung des Edicts vom 25. Mai, kann und wird im Einklange mit der bestehenden Bundesgesetzgebung die Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte in dem Herzogthume Braunschweig herbeigeführt werden.

Wenn die reclamirenden holsteinischen Stände von dieser hohen Versammlung darum abgewiesen, und nur die künftige Vollziehung des 13. Artikels von dem Landesherrn darum erwartet wurde, weil die urkundlich anerkannte Verfassung nicht in Wirksamkeit war, so muß nothwendig die Anwendung dieses Artikels in einem Falle um so mehr verweigert werden, bei dem Anerkennung und Wirksamkeit zugleich mangelt.

Aus diesen Bemerkungen geht also von selbst hervor, daß, wenn durch einen Beschluß durch Stimmenmehrheit die neue Landschaftsordnung, des fortgesetzten Widerspruchs des Regenten und des Mangels der Anerkennung und Wirksamkeit ungeachtet, als dennoch in anerkannter Wirksamkeit stehend, erklärt werden wollte, hier ein Eingriff in die innere Verwaltung eines Staats und eine Verletzung der eigenen Rechte eines einzelnen Bundesgliedes liegen würde, gegen welche der 7. Artikel der Bundesacte jedes Bundesglied sichert.

Ein solcher Beschluß kann und wird also von den deutschen Höfen niemals, und um so weniger gefaßt werden, da aus demselben ein höchst bedenkliches Präjudiz für künftige ähnliche Fälle hervorgehen würde.

Mit der vollkommensten Zuversicht erwarten daher Seine herzogliche Durchlaucht zu Braunschweig von der weisen, gerechten und verfassungsmäßigen Gesinnung Ihrer allerhöchsten und höchsten Verbündeten die Aufrechthaltung Höchstherr Rechte durch Abweisung der Reclamanten."

Nachdem der herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandte, Freiherr von Marschall, vorstehende Erklärung abgegeben hatte, äußerte derselbe noch ferner, daß er seiner Regierung die weitere Erklärung vorbehalten müsse.

Hierauf wurde aber von der Bundesversammlung an demselben Tage (19. August 1830) beschlossen:

1) Daß der gegenwärtige Commissionsvortrag, nebst der von der herzoglichen Gesandtschaft heute vorgebrachten vorläufigen Erklärung, den höchsten und hohen Regierungen mit dem Ersuchen vorzulegen sei, ihre Instructionen darüber binnen acht Wochen ertheilen zu wollen;

2) daß die herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandtschaft aufgefordert werde, die ihrer Regierung vorbehaltene Erklärung binnen vier Wochen abzugeben; damit dieselbe noch frühzeitig genug an die höchsten und hohen Regierungen zur Berücksichtigung bei Ertheilung ihrer Instructionen über diesen Vortrag befördert werden könne.

Viertes Kapitel.

Abstimmungen und Beschluß der Bundesversammlung.

Die Instructionen gingen nach und nach ein, so daß am 15. October 1830 abgestimmt werden konnte. Hierbei zeigte sich ein vollkommenes Auseinandergehen Oesterreichs und Preußens. Oesterreich wollte durchaus, wie Graf Münster ganz richtig sagte, die Caricatur der Legitimität in Deutschland eben so aufrecht halten, wie es 1820 in Italien geschehen war. Oesterreich wollte durchaus nicht anerkennen, daß ein Vormund während der Minderjährigkeit seines Mündels, des legitimen Herrschers, eine Verfassung ohne nachfolgende Zustimmung dieses letzteren, abändern könne. Oesterreich gewann aber nur wenige Stimmen. Die Königreiche, sowie die meisten andern Staaten gingen mit Preußen, nur Kurhessen, die sechszehnte Stimme (Hohenzollern 2c.) gingen mit Oesterreich. Die funfzehnte Stimme (Oldenburg 2c.) wollte den Besistand aufrecht erhalten.

So hatte also Deutschland unter der Hegide Preußens und Baierns, denen später nebst Hannover die große Mehrzahl der andern Staaten beitrug, das wichtige Princip am Bunde durchgesetzt, daß eine Verfassung, die in anerkannter Wirksamkeit besteht, nach Maßgabe des Artikel 56 der Wiener Schlußacte, selbst dann nicht anders, als auf verfassungsmäßigem Wege geändert werden kann, wenn ein Vormund während der Minderjährigkeit des Landesfürsten eine neue Verfassung begründet oder eine alte abgeändert hat. Dies war unter damaligen Umständen ein großer und folgenreicher Sieg der deutschen National-Interessen, den man hauptsächlich Preußen zu verdanken hatte.

Es mögen die sehr wichtigen Abstimmungen, wie sie nach und nach eingingen, folgen.

Nachdem das Präsidium das Protokoll zur Abstimmung über das in der 23. Sitzung vom 19. August d. J. von der Reclamationscommission erstattete Gutachten in Beziehung auf die Beschwerde der Landstände des Herzogthums Braunschweig eröffnet hatte, wurden folgende Vota abgegeben:

Oesterreich. Die Bitte der braunschweigischen Stände geht dahin, daß die hohe Bundesversammlung die erneuerte Landschaftsordnung für rechtsbeständig erklären und selbige als eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung nach Artikel 56 der Schlußacte gegen einseitige Abänderung in Schutz nehmen, endlich auch die Garantie derselben übernehmen möge.

Wenn die braunschweigischen Stände die Anwendbarkeit des Artikels 56 dadurch begründen wollen, daß die besagte Landschaftsordnung während der vormundschaftlichen Regierungsperiode in anerkannter Wirksamkeit bestanden habe; so vermag der kaiserlich königliche Hof dieser Ansicht darum nicht beizupflichten, weil er sich nicht überzeugen kann, daß es bei Abfassung des 56. Artikels die Absicht gewesen sei, durch selbigen den Grundsatz zu sanctioniren, daß die während einer vormundschaftlichen Regierung stattgefundenen Verfassungsveränderungen auch für den zur Regierung gekommenen Souverain in allen Punkten ohne dessen hinzutretende Anerkennung schlechterdings verbindlich seien, und von der Bundesversammlung aufrecht erhalten werden müssen. Wenn auch nicht zu verkennen ist, und ausdrücklich bevormortet werden muß, daß der königliche Vormund unter den obwaltenden besonderen Umständen sich in dem Falle befunden habe, die Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte im Herzogthum Braunschweig durch Herstellung der ständischen Verfassung herbeizuführen, und daß Höchstersebe durch die von ihm eingeführte modificirte Verfassung die Wohlfahrt des braunschweigischen Landes nicht nur beabsichtigt, sondern auch wesentlich befördert habe; so kann man sich österreichischer Seits doch nicht zu der Meinung bekennen, daß es zur ferneren Gültigkeit der von dem Vormund eingeführten Verfassungsveränderungen der Anerkennung Seiner Durchlaucht des Herzogs gar nicht bedurft habe, oder daß diese Anerkennung schlechterdings nicht versagt werden könne. Man kann dieser Meinung um so weniger beipflichten, als selbst in der erneuerten Landschaftsordnung, Art. 79, festgesetzt ist, daß die bei der Zulassung zu ertheilende Bestätigung der Landschaftsordnung im Fall einer Minderjährigkeit des Landesfürsten, von dem die Regierung führenden Vormund für die Zeit seiner Verwaltung ertheilt werden soll.

Man hat zwar auch behauptet, daß von Seiten des Herzogs die Anerkennung der eingeführten erneuerten Landschaftsordnung factisch erfolgt sei, indem diese Landschaftsordnung auch unter der jetzigen Regierung in anerkannter Wirksamkeit bestanden habe. Allein dieser Behauptung steht der erhebliche Umstand entgegen, daß die Landschaftsordnung gerade in dem wesentlichsten Punkt — der Versammlung der Stände auf einem Landtage — unter der jetzigen Regierung niemals zur anerkannten Wirksamkeit und Ausübung gekommen, vielmehr deren Ausübung in diesem Punkte von Seiner Durchlaucht dem Herzoge fortwährend gehindert worden ist.

Unter diesen Umständen wird daher auch die Bundesversammlung in vorliegender Sache, nach dem Erachten des kaiserlich königlichen Hofes, nur in so weit einschreiten können, als sie durch die Art. 54 und 55 verpflichtet ist, darüber zu wachen, daß in allen Bundesstaaten ständische Verfassungen stattfinden, und daß bei Regulirung der ständischen Angelegenheiten, sowohl die früher gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als die gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse, gehörig berücksichtigt werden; und dieser Verpflichtung zufolge, wird die Bundesversammlung verlangen können, „daß Seine Durchlaucht der Herzog die zur Erfüllung des 13. Art. der Bundesacte eingeführte und mehrere Jahre in Wirksamkeit bestandene erneuerte Landschaftsordnung nicht willkürlich aufhebe oder abändere, sondern vielmehr, bei allenfalligen Abänderungen derselben, diejenigen Rücksichten beobachte, welche durch die Bundesgesetzgebung hinsichtlich der Regulirung der ständischen Angelegenheiten vorgeschrieben sind.“

Preußen. Der Gesandte ist angewiesen, Namens seiner allerhöchsten Regierung dem von der Reclamations-Commission in der 23. Sitzung am

19. August dieses Jahres abgegebenen Gutachten, in Beziehung auf die Competenz der Bundesversammlung, in der Sache einzuschreiten und dem gemachten Hauptantrage beizustimmen.

Auf Seiten der Stände des Herzogthums Braunschweig wird die Competenz der Bundesversammlung zunächst und wesentlich auf Art. 56 der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 begründet, welcher also lautet:

„die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.“

Auf Seiten des Herrn Herzogs Durchlaucht wird gegen die Anwendbarkeit dieses Artikels die Einwendung gemacht, daß der durch die erneuerte Landschaftsordnung vom 28. April 1820 begründeten Verfassung die Eigenschaft einer in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassung rechtlich nicht zukomme.

Da nach Artikel 61 der Wiener Schlußacte, welcher also lautet:

„Außer dem Falle der übernommenen besondern Garantie einer landständischen Verfassung, und der Aufrechthaltung der über den 13. Art. der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen, ist die Bundesversammlung nicht berechtigt, in landständischen Angelegenheiten oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzuwirken,“

das Recht der Bundesversammlung, in die vorliegende landständische Angelegenheit einzuwirken, nur in so fern vorhanden sein dürfte, als es sich um die Aufrechthaltung der im 56. Artikel der Wiener Schlußacte enthaltenen Bestimmung handelt, so wird es darauf ankommen,

ob die durch die erneuerte Landschaftsordnung vom 25. April 1820 begründete ständische Verfassung der braunschweigischen Lande eine solche ist, von welcher sich sagen läßt, daß sie in anerkannter Wirksamkeit bestehe?

In dem Zeitraume unter der vormundschaftlichen Regierung bestand diese Verfassung, was das factische Verhältniß anlangt, ohne allen Zweifel in anerkannter Wirksamkeit. Denn die Landschaftsordnung war von Seiten der vormundschaftlichen Regierung bereits in Ausführung gebracht, und die ständischen Institute überall darnach gebildet.

Dieses scheint man auch von Seiten des Herrn Herzogs nicht bestreiten zu wollen.

In der herzoglichen, in der 23. Sitzung von 1829 abgegebenen Erklärung heißt es vielmehr:

„daß die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 sich während der vormundschaftlichen Regierung wirksam zeigte, möchte sein; eben so gewiß ist es aber auch, daß dieselbe nach dem Regierungsantritte Seiner herzoglichen Durchlaucht nur dadurch in anerkannte Wirksamkeit treten konnte, wenn Höchstdieselben die Landschaftsordnung annahmen, bestätigten und, gegen Ausstellung der gewöhnlichen Reversalien, die Huldigung der Stände entgegen nahmen.“

Man behauptet also herzoglicher Seits nur, daß, da einem vormundschaftlichen Regenten überhaupt das Recht nicht zustehe, die Fundamentalgesetze des bloß seiner Verwaltung anvertrauten Staates umzuändern, die während der vormundschaftlichen Regierung in den braunschweigischen Landen gebildete und

bestandene ständische Verfassung keine solche sei, welcher über die Zeit der vormundschaftlichen Regierung hinaus, ohne vorgängige besondere Anerkennung von Seiten des Herzogs, die Eigenschaft einer rechtsgültiger Weise in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassung zukomme.

Daß für die vormundschaftliche Regierung eine Verpflichtung vorhanden war, für die Herstellung der landständischen Verhältnisse im Herzogthum Braunschweig zu sorgen, um dem Artikel 13 der Bundesacte Genüge zu leisten, wird herzoglicher Seits nicht bestritten; aber es wird behauptet, daß dieser Verpflichtung genügt worden sein würde, wenn es dem königlichen Vormunde gefallen hätte, die älteren Landschaftsordnungen vom Jahre 1770 herzustellen.

Es leidet keinen Zweifel, daß die vormundschaftliche Regierung sich auf Letzteres hätte beschränken können, wenn es ihr darum zu thun gewesen wäre, bloß dem Worte der Bundesacte zu genügen. Eine andere Frage ist aber die: ob sie dadurch der Verpflichtung, welche ihr — sowohl dem Lande als dem künftigen Regenten, welchen sie vertrat, gegenüber — oblag, nachgekommen wäre?

Erwägt man die Umstände, unter welchen die vormundschaftliche Regierung sich veranlaßt fand, mittelst der erneuerten Landschaftsordnung vom 25. April 1820 die in den braunschweigischen Landen vor der Fremdherrschaft bestandene ständische Verfassung unter gewissen mit den Ständen selbst verabredeten Modificationen wieder herzustellen, so dürfte die Frage: ob dieselbe hierbei im Allgemeinen die ihr als vormundschaftliche Behörde zustehende Befugniß überschritten habe, oder nicht, leicht zu entscheiden sein, ohne daß es einer nähern Untersuchung der Rechte bedarf, welche in dieser Beziehung einem vormundschaftlichen Regenten als solchem überhaupt zustehen. Wie wenig die früher bestandenen landständischen Verhältnisse in Folge der während der Fremdherrschaft stattgefundenen Veränderungen den Zeitumständen und wahren Bedürfnissen des Landes entsprochen, ja wie deren vollständige Wiederherstellung sogar in manchen Beziehungen unmöglich erschien, bedarf keiner neuen Wiederholung. Auch der Herr Herzog selbst hat in seinem Schreiben an die Landschaft vom 25. Mai 1829, wodurch er die vor der Fremdherrschaft bestandenen landschaftlichen Verhältnisse für wiederhergestellt erklärte, die Nothwendigkeit einer den veränderten Zeitumständen angepaßten Modification derselben, wenn auch nur indirect, anerkannt.

Weit entfernt daher, der vormundschaftlichen Regierung daraus einen Vorwurf zu machen, daß sie die frühere landständische Verfassung nur unter gewissen, auf verfassungsmäßigem Wege bestimmten Modificationen wieder herstellte, würde man sie tadeln müssen, wenn sie, obgleich überzeugt, daß die alte Verfassung in ihrer frühern Form nicht mehr anwendbar sei, dennoch sich begnügt hätte, dieselbe wieder unbedingt ins Leben zu rufen. Offenbar würde sie sich alsdann die Erfüllung ihrer Pflichten nicht zu Herzen genommen haben, indem die Entschuldigung, daß ihr, als vormundschaftlicher Regierung im Verhältnisse zu dem künftigen Regenten, das Recht, die früher bestandene Verfassung abzuändern, nicht zugestanden, unter den obwaltenden Umständen schwerlich für genügend hätte gehalten werden dürfen.

Wenn man hiernach die vormundschaftliche Regierung des Herzogthums Braunschweig im Allgemeinen nicht nur berechtigt, sondern auch für verpflichtet halten darf, eine angemessene Modification der früheren ständischen Verfassung vorzunehmen, so versteht sich von selbst, daß solche Modificationen, wodurch wesentliche Vortheile des Landesherrn aufgegeben oder beschränkt

worden wären, nur unter dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Vorbehalte hätten stattfinden können, daß des Herrn Herzogs Durchlaucht nach seinem Regierungsantritte dieselben genehmigen würden.

Insofern daher Modificationen solcher Art in der erneuerten Landschaftsordnung in der That sich befinden sollten, würde die völlige Rechtsgültigkeit derselben erst alsdann behauptet werden können, wenn nachgewiesen worden wäre, daß der Herr Herzog diese Modificationen seit seinem Regierungsantritte genehmigt habe. Denn in Beziehung auf alle übrigen, durch die erneuerte Landschaftsordnung begründeten, ständischen Verhältnisse, gleichviel, ob sie von dem Herzoge selbst anerkannt sind oder nicht, steht es fest, daß sie in Folge der unter der vormundtschaftlichen Regierung stattgefundenen Anordnungen in anerkannte Wirksamkeit getreten sind. Was nun aber die Modificationen dieser Verhältnisse in denjenigen Punkten betrifft, bei welchen der Herr Herzog glaubt, daß wesentliche landesherrliche Rechte verletzt worden seien, so sind in den bisherigen Verhandlungen als solche mehrere in der erneuerten Landschaftsordnung vom 25. April 1820 aufgenommenen Bestimmungen bezeichnet worden, insbesondere folgende:

1) daß, statt die Zusammenberufung von der Bestimmung des Landesherrn abhängig zu machen, dieselbe regelmäßig alle drei Jahre geschehen solle, und

2) daß der Landesherr für die ihm zugehörigen, bisher auf dem Landtage repräsentirten Besitzungen von den landständischen Berathungen ausgeschlossen worden sei.

Da Seine Durchlaucht der Herzog nach seinem Regierungsantritte die durch die erneuerte Landschaftsordnung begründeten ständischen Verhältnisse eine Reihe von Jahren hat fortbestehen lassen, ohne gegen die eine oder die andere der darin aufgenommenen Bestimmungen zu protestiren, so möchte man mit Recht annehmen, daß Er solche in jener Landschaftsordnung enthaltene Modificationen der früheren Landschaftsordnungen, weil dadurch solche wesentliche landesherrliche Rechte aufgegeben oder beschränkt worden sein sollen, die nur in Folge seiner Genehmigung oder Anerkennung volle Gültigkeit erhalten konnten, in der That, wenngleich nur stillschweigend anerkannt habe, so daß die erneuerte ständische Verfassung auch hinsichtlich dieser Punkte für ihn rechtsgültig erscheint. Jedemfalls dürfte aber die Frage: ob die durch die erneuerte Landschaftsordnung vom 25. April 1820 begründete ständische Verfassung der braunschweigischen Lande eine solche ist, von welcher man sagen kann, daß sie in anerkannter Wirksamkeit bestehe, im Allgemeinen nicht anders als bejaht werden können, da sie nur als ein im Wege der Vereinbarung, d. h. unter Ausgleichung schon bestehender gegentheiliger Gerechtsame, zu Stande gebrachtes Ganzes betrachtet werden kann, welches, wie zugegeben wird, unter der vormundtschaftlichen Regierung Wirksamkeit bereits erlangt hatte, und wobei in Beziehung auf einzelne von dem Herrn Herzoge jetzt gemißbilligte Punkte es selbst unter Regierung desselben bisher mindestens ungewiß geblieben war, ob eine Anerkennung derselben erfolgt sei oder nicht.

Wenn nun aber Seine Durchlaucht von der entgegengesetzten Ansicht ausgehend, daß die während der vormundtschaftlichen Regierung begründete landständische Verfassung überhaupt rechtlich bestehe, dieselbe als nicht existirend hat behandeln wollen, und ohne Weiteres die Wiederherstellung der von der Fremdherrschaft vorhanden gewesenen ständischen Verfassung verordnet hat; so

kann dieses, auf eine unrichtige Voraussetzung gegründete, willkürliche Verfahren um so weniger gebilligt werden, als selbst nach der ältern Verfassung im Herzogthume Braunschweig die Anordnung und Feststellung landständischer Verhältnisse nicht anders als im Wege der Vereinbarung und Uebereinkunft zwischen der Landesherrschaft und den Ständen geschehen durfte.

Bei der Weigerung der Stände, die neuere Landschaftsordnung mit der ältern wieder zu vertauschen, würde eigentlich gar keine landständische Verfassung in Braunschweig existiren. Die Bundesversammlung hat aber nach Art. 54 der Wiener Schlußacte darüber zu wachen, daß die Bestimmung des 13. Artikels der Bundesacte im Herzogthume Braunschweig nicht unerfüllt bleibe. Für das Bestehen irgend einer landständischen Verfassung daselbst Sorge zu tragen, gehört zu ihren wesentlichen Obliegenheiten.

Um nun den Bestimmungen des Art. 54 und des Art. 56 in ihrem Zusammenhange zu genügen, das ist, dafür zu sorgen, daß eine landständische Verfassung im Herzogthume Braunschweig ununterbrochen fortbestehe, und daß zugleich die Möglichkeit einer auf verfassungsmäßigem Wege zu bewirkenden Veränderung der Landschaftsordnung vom 25. April 1820, welche als eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung, in Folge der ihr geschehenen Uebergabe, von der Bundesversammlung angenommen werden muß, bestehen bleibe, — kann die Bundesversammlung nicht umhin, sich den Schutz dieser von ihr bisher anerkannten Verfassung gegen willkürliche Störung angelegen sein zu lassen. Es handelt sich also lediglich um Ertheilung des in den ständischen Verhältnissen des Herzogthums Braunschweig vorhandenen rechtlichen Besitzstandes, welcher so lange fortbauern muß, bis das Recht des Herzogs, den in Wirksamkeit sich befindenden Ständen gegenüber, auf dem allein zuständigen verfassungsmäßigem Wege entschieden sein wird.

Dem königlich-preussischen Gesandten, welcher sich hiernach, wie im Eingange erwähnt worden ist, autorisirt sieht, dem Antrage der Reclamations-Commission beizutreten, bleibt nur noch übrig, darauf aufmerksam zu machen, daß in der Erklärung, welche der Herr Gesandte von Braunschweig und Nassau für letzteres sogleich nach gehaltenem Vortrage der Reclamations-Commission in der 23. Sitzung zu Protocoll gegeben hat, einige zu Mißverständnissen leicht Anlaß gebende Aeußerungen vorkommen.

In der eben gedachten gesandtschaftlichen Erklärung wird auf eine, bei einer früher verhandelten Angelegenheit von Seiten Preußens abgegebenen Abstimmung in folgender Art Bezug genommen:

„Preußen hat sehr richtig in seiner Abstimmung über die Reclamation der holsteinischen Stände (in der 20. Sitzung des Jahres 1823) erklärt: daß, weil seit dem Jahre 1712 kein Landtag mehr berufen worden, und daher keine Anerkennung jener Rechte stattgefunden, die holsteinische Verfassung nicht in anerkannter Wirksamkeit erklärt werden könne.“

Die gedachte preussische Abstimmung lautet aber wörtlich also (Seite 459, Prot. der 20. Sitzung des Jahres 1823):

„Wollte man auch zc., so müßten die Reclamanten doch selbst zugestehen, daß seit dem Jahre 1712 kein Landtag mehr berufen worden, daß daher keine Ausübung jenes Rechts stattgefunden, oder, was dasselbe sagen will, daß die landständische Verfassung in Holstein seit 1712 bis zur Errichtung der Wiener Schlußacte, welche den an-

gerufenen Artikel enthält, nicht in anerkannter Wirksamkeit bestanden hat 2c.“

Wenn, nach der Absicht, welche der gedachten gesandtschaftlichen Erklärung für Braunschweig zum Grunde liegt, ein Unterschied zwischen einer urkundlichen Anerkennung und einer practischen Wirksamkeit gefunden werden will, so daß dem Art. 56 der Wiener Schlußacte nur in dem Falle Anwendung zugestanden wird, wenn die Anerkennung einer Verfassung Seitens des Landesfürsten geschehen und darauf auch die Verfassung in Wirksamkeit erhalten worden ist, so muß man preußischer Seits darauf aufmerksam machen, daß wenigstens die vorgedachte preußische Abstimmung vom Jahre 1823 zu einer solchen Theorie keine Veranlassung geben kann, indem daselbst, statt der in der gesandtschaftlichen Erklärung für Braunschweig gebrauchten Worte:

„daher keine Anerkennung jener Rechte“

vielmehr die Worte:

„daher keine Ausübung jenes Rechts“

vorkommen.

Ferner ist, in Beziehung auf die behauptete Nothwendigkeit eines besondern Actes der Anerkennung einer Landschaftsordnung durch den neuen Landesherrn, in der gedachten gesandtschaftlichen Erklärung Folgendes wörtlich gesagt worden.

Der § 79 der vormundtschaftlichen Landschaftsordnung verordnet ausdrücklich:

„daß der jedesmalige Landesherr nach dem Antritte Seiner Regierung die Landschaftsordnung förmlich und bündig anzunehmen und zu bestätigen habe, wenn Er die gewöhnliche Erbhuldigung Seiner Unterthanen verlangen wolle,“

und bestimmt weiter:

„daß, wenn diese Bestätigung während der Minderjährigkeit des Regenten (wie in dem vorliegenden Falle) von dem Vormunde ausgegangen ist, sie nur auf die Dauer der Verwaltung des Vormundes beschränkt bleibt.“

Es wird hieraus die Folgerung gezogen, daß, da die vormundtschaftliche Landschaftsordnung von dem Herrn Herzoge Carl nicht anerkannt und die Erbhuldigung weder verlangt noch angenommen worden sei, von einem Falle des 56. Artikels der Wiener Schlußacte gar keine Rede sein könne.

Aber die besagte Stelle der Landschaftsordnung (Beilage zu der Eingabe der Stände vom 23. Mai 1829, Seite 38) lautet anders, und zwar wörtlich also:

„Der jedesmalige Landesherr kann nach dem Antritte Seiner Regierung die gewöhnliche Erbhuldigung von den Unterthanen nicht eher verlangen und sich leisten lassen, als bis von Höchstdemselben die gegenwärtige Landschaftsordnung förmlich und bündig angenommen und bestätigt, auch die hergebrachte Versicherung wegen Aufrechterhaltung der über die Primogenitur in dem fürstlichen Hause Braunschweig-Wolfenbüttel bestehenden Verträge und des Pacti Henrici-Wilhelmiani schriftlich ausgestellt worden ist.“

„Im Falle der Minderjährigkeit des Landesfürsten erteilt der die Landesregierung führende Vormund diese Bestätigung und Versicherung für die Zeit seiner Verwaltung.“

Es bedarf über diesen Gegenstand keiner weiteren Äußerung, da der Vor-

trag der Reclamations-Commission bereits sehr richtig bemerkt hat: daß beides, die Erbhuldigung und die Ausstellung der Reversalien, nie als eine Quelle der Rechte und Verbindlichkeiten, sondern nur als eine dieselbe anerkennende und verstärkende Förmlichkeit zu betrachten seien.

Baiern. Der königliche Gesandte sieht sich von seinem allerhöchsten Hofe beauftragt, auf den in der 23. Sitzung erstatteten Commissionsvortrag seine Abstimmung, wie folgt, in das Protocoll zu legen.

Nachdem in dem erwähnten Vortrage die Thatfache genügend nachgewiesen worden, daß die ehemalige braunschweigische Landesverfassung vom Jahre 1770 völlig außer Wirksamkeit gekommen, und dagegen die erneuerte Landschaftsordnung vom Jahre 1820, welche der hohen Bundesversammlung als Vollzug des 13. Artikels der Bundesacte am 13. Juli 1820 noch unter vormundschaftlicher Regierung insinuiert wurde, in Ausübung gebracht worden sei, — daß auch Seine Durchlaucht der Herzog Carl von Braunschweig mit den hiernach organisirten landschaftlichen Behörden in den eingetretenen Fällen das erforderliche Benehmen habe beobachten lassen; so könne die bestehende anerkannte Wirksamkeit der auf die erneuerte Landschaftsordnung vom Jahre 1820 gegründeten landständischen Verfassung des Herzogthums Braunschweig nicht in Zweifel gezogen werden.

Von Seite der Krone Baiern könne man daher nur dem Antrage der Reclamations-Commission beitreten,

„daß von der Bundesversammlung, auf den Grund der Artikel 54 und 56 der Schlußacte Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig zu eröffnen sei, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehende erneuerte Landschaftsordnung vom Jahre 1820 von Höchstdenselben nicht auf anderem, als auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden könne.

Königreich Sachsen. Bei Beurtheilung der vorliegenden Competenzfrage ist die königlich-sächsische Regierung von der nachstehenden Ansicht ausgegangen: Die alte durch die Staatsveränderung im Jahre 1806 verdrängte braunschweigische Verfassung scheint nach der Rückkehr des verewigten Herzogs Friedrich Wilhelm im Jahre 1813 von Seiner Durchlaucht, welche die diesfalligen Fragen im Jahre 1814 auf den abzuschließenden Frieden und die künftige Anordnung für die deutschen Staaten verwies, nicht mehr als bestehend angesehen worden zu sein. Der noch unter Mitwirkung des verewigten Herzogs verfaßte 13. Artikel der Bundesacte legte allen deutschen Staaten, und also auch dem Herzogthum Braunschweig, die Einrichtung einer landständischen Verfassung auf, und diese Verbindlichkeit ward durch den Bundesbeschluß vom 25. Mai 1818 in Anregung gebracht, auch später durch den Artikel 54 der Wiener Schlußacte bestätigt. Die braunschweigische Regierung hatte sich demnach über jenen Punkt des Bundesgrundgesetzes zu entschließen; der Umstand der Minderjährigkeit des Herrn Herzogs konnte die Regierung jener Verpflichtung nicht erheben, und sie war demnach auch zur Erfüllung derselben befugt. Wenn mithin die Rechtmäßigkeit der im Jahre 1820 zu Stande gebrachten und bei der Bundesversammlung eingereichten braunschweigischen erneuerten Landschaftsordnung auf jener durch die Bundesgesetze und Beschlüsse auferlegten Verbindlichkeit und erteilten Befugniß beruht, so ist derselben auch anderer Seits von dem regierenden Herrn Herzoge bei seinem Regierungsantritte actenkundig nicht widersprochen worden.

Die braunschweigische Verfassung vom Jahre 1820 muß folglich nach der Ansicht der königlich-sächsischen Regierung, dormalen als bestehend angesehen werden, und die Competenz der Bundesversammlung in darüber entstehenden Beschwerden ist mit Unterstellung des 56. Artikels der Wiener Schlußacte für wohlbegründet zu achten.

Hannover. In dem am 19. August dieses Jahres Namens der Reclamations-Commission erstatteten Vortrage ist mit unwiderleglichen Gründen dargethan worden:

daß die älteren Privilegien der Landstände des Herzogthums Braunschweig vom 9. April 1770 vorlängst außer Wirksamkeit getreten, auch bis zum Eintritte der vormundtschaftlichen Regierung nicht wieder hergestellt worden sind;

daß die erforderliche Modification der früheren landschaftlichen Rechte durch die erneuerte Landschaftsordnung vom 25. April 1820 auf die in dem Herzogthum Braunschweig hergebrachte verfassungsmäßige Weise Statt gefunden hat;

daß diese erneuerte Landschaftsordnung mit dem erwähnten Tage, mithin vor dem dato der Wiener Schlußacte, den 15. Mai 1820, in Wirksamkeit getreten und während der vormundtschaftlichen Regierung in solcher geblieben ist;

daß Seine Durchlaucht der Herzog bei Höchstihrem Regierungsantritte diesen Rechtszustand nicht nur vorgefunden, sondern denselben auch eine Reihe von Jahren hindurch ungestört hat fortbestehen lassen;

daß derselbe von Höchstihnen durch vielfache unzweideutige Regierungshandlungen in völlig conclusentem Maaße anerkannt worden ist;

daß es den gegen die anerkannte Wirksamkeit der erneuerten Landschaftsordnung von Seiten der herzoglich-braunschweigischen Regierung vorgebrachten Einreden an allem Grunde ermangelt;

daß Seine Durchlaucht indeß seit dem April des Jahres 1829 zu erkennen gegeben, daß Höchstse aus landesherrlicher Nachvollkommenheit, und ohne daß eine verfassungsmäßige Uebereinkunft dieserhalb eingetreten ist, der Landschaftsordnung keine verbindliche Kraft zugestehen wollen;

daß ein solches Verfahren mit der Sanction des 56. Artikels der Wiener Schlußacte, nach welcher die in anerkannter Wirksamkeit befindlichen landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können, in directem Widerspruche steht;

daß demnach, bei dem in der Natur der Sache liegenden Verufe des deutschen Bundes, die Grundgesetze desselben, als die Bedingung seines Bestehens, aufrecht zu erhalten, die Competenz des Bundes durch den erwähnten Artikel 56 hier um so gewisser begründet ist, als die unzulässige Abänderung existenter landschaftlicher Verhältnisse in dem völligen Umsturze der Verfassung befunden werden muß;

daß außerdem der 54. Artikel der Wiener Schlußacte, in Verbindung mit dem 13. Art. der Bundesacte, hier gleichfalls zur Anwendung kommt, da mit der beabsichtigten Aufhebung der erneuerten Landschaftsordnung vom Jahre 1820 die Erfüllung der bundesgesetzlichen Verpflichtung des gedachten Art. 13 von selbst cassiren würde, indem, bei schon erklärter Weigerung der Stände, durch die landschaftlichen Privilegien vom Jahre 1770 die also entstehende Lücke nicht auf verfassungsmäßigem Wege ausgefüllt werden kann.

Auf diese Prämissen gestützt, können Seine Majestät der König nicht das mindeste Bedenken hegen, dafür zu stimmen, daß die deutsche Bundesversamm-

lung eben so befugt als verpflichtet sei, auf das Gesuch der Landstände des Herzogthums Braunschweig, so weit es auf den Schutz der Wirksamkeit der Landschaftsordnung vom Jahre 1820 gegen die Eigenmacht der Regierung gerichtet worden, einzugehen und confirmiren. Sie daher Allerhöchstdieselben dem von der Reclamations-Commission gestellten Antrage ohne einige Beschränkung.

Was die nach der Vorlesung des Vortrags der Commission in der 23. Sitzung zu Protocoll gegebene Erklärung der herzoglich-braunschweigischen Bundestagesgesandtschaft anbetrifft, so ist sie nicht dazu geeignet, gegen den gesetzlichen Grund des gestellten Antrages erhebliche Zweifel zu erwecken.

Es kommt hier so wenig eine extensive wie eine restrictive Interpretation der Gesetze des Bundes, sondern lediglich die tractatenmäßige und in der Natur der Sache begründete Anwendung der deutlichen Worte derselben in Frage.

Alles dasjenige, was über den factischen Zustand einer anerkannten Wirksamkeit der Landschaftsordnung vom Jahre 1820 vorgebracht worden, findet in dem Gutachten der Commission zum Voraus seine gründliche Erledigung. Wenn man aber dem von der herzoglich-braunschweigischen Gesandtschaft aufgestellten Begriffe der anerkannten Wirksamkeit beitreten wollte, so würde das Bestehen ständischer Verfassungen, dem Geiste und den Worten der Bundesgesetze zuwider, der freien Willkür der Regierungen oder wenigstens eines jeden zur Erbfolge berufenen neuen Regenten anheim gestellt sein. Erforderte man nämlich zu dem einzigen in dem Artikel 56 der Schlußacte festgesetzten Requisite der Unverletzlichkeit einer Verfassung, der anerkannten, das heißt, der von Niemanden mit Grunde zu verkennenden Wirksamkeit derselben, noch einen willkürlichen Act der Anerkennung eines die Regierung antretenden Regenten; so hinge es nur von ihm ab, diesen ausdrücklich, durch eingelegte Protestation oder stillschweigend, durch Nichtberufung der Landstände zur gesetzlichen Frist, zu versagen, um geheiligte Rechte nach Gutdünken zu vernichten. Keine Spur einer solchen Vorschrift enthält der § 79 der erneuerten Landschaftsordnung, dessen offenkundiger Zweck vielmehr geradezu dahin geht, den Rechtsbestand der Willkür des Regierungsnachfolgers zu entziehen. Richtig ist die Bemerkung, daß die Landschaftsordnung von dem Allerhöchsten Vormunde in der Uebergewegung gegeben worden sei, daß sie dem Besten und den wahren Bedürfnissen des Landes entspreche, so wie, daß durch deren Promulgation während der Minderjährigkeit des Regenten der königliche Vormund eine ihm obliegende Pflicht erfüllt habe; unrichtig aber der hinzugefügte Schluß, daß das Fortbestehen der Verfassung an die Bedingung der willkürlichen Genehmigung Seiner Durchlaucht des Herzogs geknüpft worden sei.

Wenn bei dieser Gelegenheit von der herzoglich braunschweigischen Gesandtschaft auf den 7. Artikel der deutschen Bundesacte Bezug genommen und mithin darauf hingedeutet wird, daß ein Beschluß durch die Mehrheit der Stimmen in dieser Angelegenheit nicht werde gefaßt werden können; so würde von der in jenem Artikel enthaltenen Sanction dann allerdings die Rede sein müssen, wenn beabsichtigt werden sollte, die Anwendung des 56. Artikels der Schlußacte in dem vorliegenden Falle zu beseitigen, indem es dazu einer wesentlichen Abänderung der Grundgesetze des Bundes bedürfe, nicht aber in dem entgegengesetzten Falle bei einem den Bundesgesetzen vollkommen entsprechenden Verfahren.

Die Reclamationscommission hat in ihrem Gutachten der Befugniß der vormundschafftlichen Regierung zur Ertheilung der erneuerten Landschaftsordnung als eines ihrer Aufgabe nicht zunächst

angehörnden Gegenstandes, nur beiläufig gedacht und sich dahin geäußert, wie es sich wohl nachweisen lassen dürfte, daß die Stände allerdings befugt gewesen seien, die ihnen zur Erfüllung des Artikels 13 von der vormundschastlichen Regierung gegebene Verfassung anzunehmen, und mit dieser zur Vermeidung von Rückschritten über zeitgemäße Modificationen der vor der französischen Occupation bestanden Verfassung in Unterhandlung zu treten.

Die Commission bemerkt in dieser Hinsicht, daß die Prüfung des materiellen Rechtsverhältnisses selbst nicht als Vorfrage der Untersuchung behandelt werden könne, ob die Bundesversammlung zu jener Prüfung befugt sei oder nicht? Dennoch aber enthält der, wie schon gesagt, den Bundesgesetzen conforme Antrag neben der Entscheidung der Competenz zugleich die der Hauptsache selbst.

Die Befugniß hierzu wird um so weniger Zweifel leiden, als die Thatfachen, wie das Recht in voller Klarheit dargelegt worden, und die so eben berührte Art der Behandlung stimmt in so fern mit einem früheren Vorgange überein, als sich aus der Entscheidung eines dem Bunde vorgelegten Streites zwischen Herrn und Ständen über den Begriff der anerkannten Wirksamkeit landständischer Verfassungen zu ergeben scheint, daß der factische Bestand damals vor allen Dingen berücksichtigt worden ist.

Das Verfahren der Commission wird demnach in dieser Beziehung keinem Tadel unterliegen.

Wiewohl nun seine Majestät der König bei dem Ausgange der dormalen vorliegenden Differenz nicht unmittelbar theilhaftig sind, auch die vorstehende Abstimmung nur das Resultat einer völlig unpartheiiischen und vorurtheilfreien Beurtheilung enthält, so ist dennoch die Gesandtschaft aus leicht begreiflichen Gründen angewiesen worden, der hohen Bundesversammlung eine, der Hauptsache keineswegs fremde, möglichst kurze Prüfung der von der vormundschastlichen Regierung bei Ertheilung der erneuerten Landschaftsordnung beobachteten Handlungsweise aus dem staatsrechtlichen Gesichtspunkte vorzulegen.

Das Geschichtliche des Hergangs, welches für dessen Beurtheilung nichts weniger als gleichgültig ist, besteht wesentlich in Folgendem:

Nachdem der 13. Artikel der Bundesacte das Bestehen landständischer Verfassungen zum gesetzlichen Princip erhoben, eine solche aber in dem Herzogthum Braunschweig sich nicht in Ausübung befunden hat, so ist von Seiten der Stände desselben, die aus jenem Gesetze erwachsene Befugniß als eine Pflicht der vormundschastlichen Regierung bei derselben wiederholt in Anspruch genommen worden.

Der königliche Vormund hat nicht verkannt, daß es sich hier nicht von einem Akte freier Willkür, sondern von der Erfüllung einer bundesgesetzlichen Verpflichtung handle, sowie, daß jeder unnöthige Verzug als eine Verletzung jener Pflicht anzusehen sei. Allerhöchstderselbe ist daher um so mehr bereit gewesen, dem Ansinnen der braunschweigischen Stände zu genügen, sobald die nothwendigen Vorarbeiten solches gestattet hatten und alle dabei in Betracht kommenden wichtigen Fragen in reife Ueberlegung gezogen waren, je heiliger Er das Recht gehalten hat und je lieber Er den billigen Ansprüchen aller Seinem Scepter anvertrauten Völker mit landesväterlicher Huld entgegengekommen ist. Die desfallige Verhandlung mit den Ständen des Herzogthums hat der dort hergebrachten Form entsprochen, und als Grundsatz ist dabei die erhabene Regierungsmaxime des königlichen Hauses befolgt, nie das Wohl der Unter-

thanen von dem des Herrn getrennt zu denken und das Glück des Letzteren nur in dem der Ersteren zu suchen und zu finden.

Eingedenk jedoch der heilsamen Wahrheit, daß der Zweck der hohen Stifter der Gesetzgebung des Bundes nicht dahin gegangen sei, dem gefährlichen Schwindel neu geschaffener Constitutionen verderbliche Opfer zu bringen, sondern vielmehr dahin, den wohlbegründeten Rechtszustand so weit wie möglich unverletzt zu erhalten, und nur in so fern Modificationen eintreten zu lassen, als die unerlässliche Vervollständigung mangelhafter Institutionen oder die erhöhten Bedürfnisse der Staaten, oder aber die in den politischen wie in den administrativen Verhältnissen im Laufe der Zeiten eingetretenen Veränderungen solches nothwendig erheischten, hat des höchstseligen Königs Majestät bei dem, was von Alters her bestanden, es so weit belassen, als dies nur irgend möglich gewesen ist. Einen sichern Beweis hiervon liefert insbesondere der zweite Titel der erneuerten Landschaftsordnung, welcher die Pflichten und Rechte der Stände bestimmt.

So ist am 25. April 1820 zur allgemeinen Zufriedenheit das neue Gesetz in Kraft getreten. Verglichen mit der ältern Verfassung, enthält dasselbe die neuen wesentlichen Dispositionen:

daß eine mit der Contrasignatur eines Ministers oder Mitglieds des Geheimen Rathes nicht versehene Verfügung des Regenten als erschlichen angesehen werden solle;

daß mehrere Deputirte aus der Klasse der Bürger und der Besitzer ländlicher Grundstücke zur Landesvertretung zugelassen seien, als zuvor;

daß an die Stelle der früher bestandenen drei Curien zwei Sectionen angeordnet worden; ferner die im dritten Titel befindliche Geschäftsordnung mit der Bestimmung, daß alle drei Jahre eine Versammlung der Stände berufen werden solle; und endlich die Vereinigung der Blankenburger mit der Wolfenbüttelschen Landschaft zu einer ungetrennten Corporation.

Bei der juristischen Beurtheilung der aus der Regierungsvormundschaft in einem souverainen deutschen Staate erwachsenden Rechtsverhältnisse ist eine andere Quelle, als die des gemeinen Privatrechts, zum Grunde zu legen.

Diese ist das deutsche Privatsürstenrecht, dessen Grundzüge weniger auf allgemeinen positiven Bestimmungen, als, in so fern nicht die Autonomie einzelner Staaten besondere Abänderungen herbeigeführt hat, auf unbezweifeltem, langjährigem Herkommen beruhen.

Die Rechtsgültigkeit dieser Entscheidungsnorm in den heutigen Verhältnissen der deutschen Regierungen findet eine wesentliche Stütze in dem 23. Art. der Wiener Schlußacte, wenn derselbe die Anwendbarkeit der vormalig von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen bei den Streitigkeiten der Bundesfürsten ausdrücklich anerkennt.

In dem deutschen Privatsürstenrechte, wie bei den meisten den hohen Adel in Deutschland bezielenden Rechtsinstituten, hat sich im Allgemeinen mehr wie in anderen Beziehungen die altgermanische Rechtsansicht erhalten. Ganz vorzüglich aber ist dies der Fall in Betreff der fürstlichen Vormundschaft, der so genannten tutela illustrium, bei welcher auch durch die spätere Erwerbung der unbeschränkten Landeshoheit nicht die mindeste Abänderung angeordnet worden ist.

So wie das ältere deutsche Privatrecht nur den Unterschied zwischen Mündigen und Unmündigen gekannt, daneben auch die Zeit der Unmündigkeit bis dahin ausgedehnt hat, daß das Bedürfniß des fremden Schutzes gänzlich hinweg

gefallen ist; eben so gestattet das Privatfürstenrecht dem bevormundeten Regenten keine Art der Einwirkung auf die Regierung, so lange die Vormundschaft währt, ohne die Abschnitte des Alters des Römischen Rechts dabei zu berücksichtigen; und wenn das nach deutschrechtlichen Principien mit der Qualität des nächsten Erben verknüpfte Recht der Vormundschaft seiner Natur nach auf eine ausgedehntere Dispositionsfreiheit des Vormundes über die Güter des Pupillen hat führen müssen; so ist im altdeutschen Privatfürstenrechte die Vormundschaft eines minderjährigen, demaleinst zur Regierung Berufenen als eine völlige und uneingeschränkte Vertretung zu betrachten gewesen. Nicht als Ausübung eines fremden, sondern als die eines eigenen, dem fürstlichen Vormunde durch diese Eigenschaft anheimgefallenen Rechtes ist die Landesregierung desselben angesehen worden. So lange das deutsche Reich bestanden, hat der vormundschaftliche Landesverweser alle Rechte der Reichsstandschaft und Landeshoheit im eigenen Namen ausgeübt, und dessen freie Concurrenz zu Grundverfassungsverträgen in Beziehung auf das bevormundete Land, dem Reiche wie den Landständen gegenüber, ist nicht in Zweifel gezogen worden.

Für die kurfürstlichen Häuser enthält hierüber die goldene Bulle, capite VII, § 4 eine unzweideutige Vorschrift; wenn es bei Bestimmung der Regierungsgewalt, deren Ausübung dem Vormunde zur Pflicht gemacht wird, wörtlich heißt:

quam (scil. legitimam aetatem) dum exegerit, jus, vocem et potestatem et omnia ab ipsis dependentia tutor sibi totaliter cum officio teneatur protinus assignare.

Das Passende der aus diesem Gesetze für andere fürstliche Häuser folgenden Analogie wird keiner Ausführung bedürfen.

Eine Folge dieses Principis ist es gewesen, daß dem fürstlichen Vormunde obgelegen hat, die Belehnung der von dem Reiche relevirenden Besitzungen des Mündels nachzusehen; sich in eigener Person mit denselben investiren zu lassen, die Huldigung einzunehmen und, nach erfolgter Belehnung, auf den Reichs- und Kreistagen die den bevormundeten Landen zustehenden Stimmen zu führen, ohne daß die Gültigkeit der durch ihn geregelten Verfassungsangelegenheiten jemals von einer späteren Genehmigung des minderjährigen Fürsten abhängig geblieben wäre.

Von einer uneingeschränkten Ausübung der vormundschaftlichen Rechte dieser Art, bei deren Ueberweisung in den kaiserlichen Tutorien nur ab und an der Aufrechterhaltung der landständischen Befugnisse Erwähnung geschieht, enthält die ältere deutsche Geschichte viele Beispiele, deren hier nur zwei herausgehoben werden sollen, die sich in dem Durchlauchtigsten braunschweigischen Gesamt-hause ereignet haben.

So hat namentlich in der lüneburgischen Linie, von welcher die jetzige herzogliche bekanntlich abstammt, nach dem Ableben Herzogs Ernst des Bekenners, von dem Jahre 1546 bis 1554 eine Regentschaft stattgefunden, während welcher zwei Reccess mit den Landständen abgeschlossen sind; auch die letzteren die volle Vertretung der Vormundschaft dadurch unumwunden anerkannt, daß sie bei derselben die schriftliche Bestätigung ihrer Privilegien in Anspruch genommen haben.

Und ebenso ist in der Kalenbergischen Linie, nach dem Tode Herzog Erich I. im Jahre 1540, die Vormundschaft von dessen Wittwe, der Herzogin Elisabeth, mit Zuziehung des Kurfürsten von Brandenburg und des Landgrafen von

Heffen, übernommen worden, von welchen die wichtigsten Abänderungen wesentlicher Verfassungspunkte ausgegangen sind. Dahin gehört die Einführung der Reformation, die Erlassung der Obergerichts- und Hofgerichtsordnung und insbesondere der Pattenfer Landtagsabschied vom Jahre 1542, durch welchen von Seiten der Landstände die fürstlichen Schulden übernommen und ihnen dagegen Namens der Landesherrschaft bedeutende Zugeständnisse gemacht worden sind, wohin unter anderen die Bewilligung gehört hat, daß die Landschaft sich zur Erhaltung ihrer Rechte zusammensetzen oder vereinigen dürfe, und daß daher alle mit Einzelnen ohne Wissen und Willen der Uebrigen gepflogenen Unterhandlungen nichtig sein sollten.

Mit dem während des Bestandes des Reichsverbandes in dieser Beziehung stattgehabten Gebrauche stimmt aber auch der des deutschen Bundes vollkommen überein, indem sowohl die Bundesacte als die Wiener Schlußakte von drei vormundtschaftlichen Regierungen, unter welchen letzteren die herzoglich-braunschweigische selbst befindlich war, für die bevormundeten Staaten mit abgeschlossen und unterzeichnet wurden, während Niemand die rechtliche Verbindlichkeit dieser Staatsverträge oder das tiefe Eingreifen derselben in die Verfassungen der einzelnen dem Bunde angehörenden Staaten abzuleugnen versuchen wird.

In der That entspricht auch das in deutschen Gesetzen und Gewohnheiten begründete Princip allein dem wahren Wohle der Staaten, indem auf der einen Seite nur der Regent sich im Stande befindet, Seinem erhabenen Berufe ein Genüge zu leisten, dessen Handlungen außer Seinem Gewissen und der bestehenden Verfassung keiner Beschränkung unterliegen, und auf der andern nichts Gefährlicheres für das Glück und die Ruhe der Unterthanen wie der Regierungen gedacht werden kann, als der schwankende Rechtszustand, der eine natürliche Folge des Abhängigmachens der Gültigkeit vormundtschaftlicher Regierungshandlungen von der spätern Willkür des minderjährigen Regenten nothwendig sein muß.

Ein auf den ersten Blick allerdings sehr scheinbarer Einwand gegen diese theoretischen Sätze wird aus der Consequenz hergenommen, daß, insofern die vormundtschaftliche Gewalt nicht auf die Administration des Landes beschränkt, sondern auf Modificirung der Verfassung ausgedehnt werden solle, man dem Vormunde das Recht einräumen müsse, die letztere in solchem Umfange abzuändern, daß die Integrität des Staates und wesentliche Rechte des Pupillen, namentlich das der Erbfolge desselben, sich einer augenscheinlichen Gefahr Preis gegeben fänden.

Die Schwäche dieses Einwandes ergibt sich aber von selbst aus der Unrichtigkeit der gewagten Schlußfolgerungen. Ebenso nämlich, wie dem fürstlichen Vormunde der Inbegriff der fürstlichen Gewalt beigelegt wird, ebenso ist derselbe auch auf diese beschränkt, und nimmer kann ihm eine größere Befugniß zustehen, als die, zu welcher der Regent selbst mit dem Antritte der Regierung berufen ist. Das Recht, durch willkürliche Maaßregeln den Bestand des Staates zu verringern, oder gar die Ordnung der Erbfolge ohne freie Zustimmung des Berechtigten abzuändern, steht aber, den Grundsätzen des deutschen Staats zufolge, in der Regel dem Landesherrn selbst so wenig, wie dessen legitimen Vertreter zu, da Niemand über Befugnisse zu disponiren vermag, welche nicht in seiner Person ihren Ursprung haben, sondern vielmehr einem höher stehenden Fundamente ihren legitimen Charakter verdanken. Weder eine, übrigen der Form nach gültige, letzte Willensmeinung des Landesherrn, noch ein

Rechtsgeschäft desselben unter Lebenden, kann in dieser Beziehung seinem Regierungsnachfolger auf in der Verfassung nicht begründete Weise Eintrag thun.

Daß aber da, wo die Staatsverfassung solches an sich gestattet, die etwa dahin zielenden Schritte in eben dem Maße durch gesetzlich anerkannte Vertreter als durch die theilhabenden Personen selbst geschehen können, dafür liegt der treffendste Beweis in dem bei Errichtung von Primogeniturgesetzen in deutschen Staaten vor der Auflösung des Reichsverbandes bei dem Reichshofrath eingeleiteten Verfahren, sowie in den derzeit Namens minderjähriger Nachgeborenen durch deren Vormünder vollzogenen und jederzeit allgemein anerkannten Acten der Entsagung.

Sollte, wider Vermuthen, von irgend einer Seite bei Beurtheilung des in Frage befangenen staatsrechtlichen Verhältnisses den Grundsätzen des römischen Privatrechts ein erheblicher Einfluß beigemessen werden; so würde sich auch dann noch ein ganz anderes Resultat, als das von der herzoglich braunschweigischen Regierung vertheidigte, ergeben.

Die Altersunterschiede bei der Vormundschaft der römischen Gesetze müssen um deswillen dabei immer ausgeschlossen bleiben, weil noch Niemand Regierungshandlungen eines bevormundeten Fürsten für gültig zu erklären gewagt hat, und eben so wenig kann, anerkannten publicistischen Principien zufolge, in den Staatsverhältnissen die römisch-privatrechtliche Wiedereinfegung in den vorigen Stand gegen Handlungen der fürstlichen Vormundschaft, Anwendung finden, indem dieselbe höchsten Falls dem minderjährigen Regenten zur Erhaltung seiner eigentlichen Privatbefugnisse zugestanden werden mag.

Die Vormundschaft über Privatpersonen umfaßt aber ihrer Natur nach im Allgemeinen die Befugniß, über das Vermögen des Pupillen zu disponiren, in so fern nicht gesetzliche Bestimmungen eine besondere Beschränkung angeordnet haben, und durch die Handlungen des Vormundes wird der Schutzbefohlene verpflichtet, so lange nicht eine widerrechtliche Verletzung desselben nachgewiesen werden kann.

Daß — abgesehen von der durch die gänzliche Zerrüttung der inneren Verhältnisse des Herzogthums Braunschweig im Laufe einer mehrjährigen feindlichen Besetzung, nothwendig gewordenen Regeneration der Verfassung — durch die erneuerte Landschaftsordnung der Regierung große und überwiegende Vortheile erwachsen sind, ist der hohen Bundesversammlung vielfach dargelegt worden. Die in dem Verhältnisse zu den ständischen Lasten der Vorzeit ungemein erhöhten Beiträge der Landeskassen zu den aus den Einkünften des Landesherren zunächst bestrittenen Ausgaben der Staatsverwaltung haben allein eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Verbesserung derselben möglich gemacht. Vor den vormals privilegierten Ständen sind durch den neuen Verfassungsvertrag gegen eine sehr mäßige Vergütung, dem gemeinen Besten bedeutende Opfer gebracht worden, und der Landesherr findet sich durch die zweckmäßige Organisation in der Lage, die gemeinsame Verathung mit Mitwirkung der Stände seines Landes auf eine ungleich leichtere und umfassendere Weise in Anspruch zu nehmen, als dies jemals zuvor hätte der Fall sein können. Jeder vorurtheilsfreie Beurtheiler des Verfahrens des königlichen Vormundes in dieser ganzen Angelegenheit, muß die Erhaltung aller wesentlichen Rechte des minderjährigen Fürsten gewidmete Sorgfalt dabei auf das deutlichste erkennen.

Die einzige, von Seiner herzoglichen Durchlaucht officiell und bestimmt zur Sprache gebrachte, angebliche Veräußerung eines landesherrlichen Vorrechts

soll darin bestehen, daß den in dem Eigenthume desselben befindlichen Rittergütern durch die erneuerte Landschaftsordnung die ihnen früher zugestandene Repräsentations-Befugniß entzogen worden sei.

Der mit der Eröffnung der Ständeverammlung beauftragte Commissär Seiner Majestät des höchstseligen Königs hat bei dieser Gelegenheit erklärt:

Vor der Hand sei von dem verfassungsmäßigen Rechte, für die in dem fürstlichen Besitze sich befindenden ritterschaftlichen Güter Deputirte zu den Ständen zu ernennen, kein Gebrauch gemacht. Er sei indeß nicht ermächtigt, dies Recht aufzugeben.

In dem § 3 der erneuerten Landschaftsordnung aber sind die von der Landesherrschaft erworbenen Güter von der Ritterschaft ausgeschlossen worden.

Da, der Meinung der herzoglich braunschweigischen Regierung zufolge, auf solche Weise ihre Befugniß, den Landständen gegenüber, eine nachtheilige Beschränkung erlitten haben soll; so scheint es vor allen Dingen, um den eigentlichen Thatbestand aufzuklären, darauf anzukommen, mit denjenigen Folgen bekannt zu werden, welche die Stände selbst für sich in dieser Beziehung dermalen in Anspruch nehmen.

Die in den Acten liegenden desfalligen Aeußerungen der Landstände gehen im Wesentlichen dahin:

„Nachdem die Landesmatrikel aufgehört gehabt, der allgemeine Fuß der Vertheilung der Reichs- und Kreissteuern zu sein und die hierzu erforderlichen Summen auf die Klostersgüter, Städte und Aemter übernommen und nach dem Fuße der Veranlagung der Contribution aufgebracht, der auf die contributionsfreie Ritterschaft fallende Theil aber nach einem eigenen Steuercataster, unter dem Namen der Rittermatrikel verfaßt, erhoben worden, seien die von der Landesherrschaft erworbenen Rittergüter regelmäßig aus der Rittermatrikel herausgenommen.“

„Da die von den Rittergütern überhaupt zu entrichtende Quote inzwischen die nämliche geblieben und mithin den übrigen Rittergütern die Deckung des also entstehenden Ausfalls obgelegen habe; so seien, auf desfalligen Antrag der Ritterschaft, die Güter des Landesherrn wieder in die Rittermatrikel aufgenommen und der von denselben zu entrichtende Beitrag sei aus der herzoglichen Kammerkasse erfolgt.“

„Auf Ausübung des Stimmrechtes in der ritterschaftlichen Curie sei zwar inzwischen von der Landesherrschaft niemals ein Anspruch erhoben. Dennoch habe man im Jahre 1770 für diensam erachtet, durch den Art. 64 der landeschaftlichen Privilegien das etwaige Stimmrecht der herrschaftlichen Güter bei der Wahl der adeligen Schatzräthe ausdrücklich auszuschließen.“

„Wenn nun hierdurch eine solche Befugniß im übrigen den gedachten Gütern implicite eingeräumt sein sollte; so würde dieselbe, der stets beobachteten Regel der Wolfenbüttel'schen Stände zufolge und nach dem § 9 der erneuerten Landschaftsordnung, immer blos auf die Beilegung einer Stimme für die sämmtlichen landesherrlichen Güter zu beschränken sein, und diese Stimme nur durch ein damit zu beauftragendes anderes Mitglied der Ritterschaft abgegeben werden können.“

„Dagegen aber würden die fraglichen Güter, gleich anderen Rittergütern, alsdann auch zu den anderthalb Simplen der Contribution herbeigezogen werden müssen, welche dem Exemten durch die ständischen Verhandlungen mit der vor-mundschaftlichen Regierung ohne Vergütung auferlegt und dieser auf solche Art

der Landeskasse auf Kosten der Kasse des Landesherrn zu wachsende Vortheil dürfte sich etwa auf die Summe von 2000 Thlr. jährlich belaufen.“

Aus dem § 3 der erneuerten Landschaftsordnung, in Verbindung mit der in der Eröffnungsrede enthaltenen Reservation, scheint sich zu ergeben, daß zwar die Stände nicht darauf bestehen könnten, daß eine solche Abänderung der dormaligen Einrichtung getroffen werde, daß dieselben aber sich dies auf den Wunsch des Landesherrn gefallen lassen müßten, wozu sie sich denn in allem Maße bereit erklärt hätten.

Diese actenmäßige Erklärung der Landstände, deren Richtigkeit zu bezweifeln dießseits kein Grund vorhanden ist, führt deutlich auf das Resultat:

daß das in dieser Beziehung anscheinend aufgegebene landesherrliche Vorrecht an und für sich problematisch und jedenfalls durch die mit dessen Ausübung verbundenen Nachtheile bei weitem aufgewogen ist, und

daß es nicht eines verfassungswidrigen Umsturzes der in anerkannter Wirksamkeit befindlichen Landschaftsordnung, sondern vielmehr nur einer verfassungsmäßigen Verhandlung mit den Landständen bedürfen werde, um auf dem Wege des Vertrags diejenige Modification des Bestehenden zu erlangen, zu welcher die Landesherrschaft irgend berechtigt sein kann.

Wenn außerdem von Seiten der herzoglich-braunschweigischen Regierung das von der königlichen Vormundschaft beobachtete Verfahren noch desfalls einigem Tadel unterzogen worden ist, weil

- 1) in dem Königreiche Hannover die vor der feindlichen Besitznahme stattgehabte ständische Verfassung in ihrem ganzen Umfange wieder hergestellt worden, auch nicht abgesehen werden könne, warum die vormundschaftliche Regierung dieselbe Wohlthat dem Herzogthume nicht habe angebeihen lassen, und weil

- 2) statt die Convocation der Landstände von der Willkür des Landesherrn abhängig zu machen, wie solches früher in dem Herzogthume Braunschweig der Fall gewesen, die erneuerte Landschaftsordnung die Verpflichtung einer Berufung der Stände von drei zu drei Jahren enthalte;

so ist die factische Unrichtigkeit der ersten Behauptung zu notorisch, um hier noch einer wiederholten Rüge zu bedürfen. Was aber das zweite Argument betrifft, so ist dasselbe mehr wie jedes andere dazu geeignet, die unverkennbare Verpflichtung der Vormundschaft zur Abänderung der früher bestandenen Verhältnisse nachzuweisen, indem durch eine landständische Verfassung, welche die Berufung oder Nichtberufung der Stände der Willkür des Landesherrn anheim gestellt sein läßt, der erhabenen Absicht der Gesetzgeber des deutschen Bundes, und dem wahren Sinne des Artikels 13 der Bundesacte unmöglich ein Genüge hat geleistet werden können.

Doch ist in verschiedenen Flugschriften angeführt worden, daß Seine herzogliche Durchlaucht an der in der erneuerten Landschaftsordnung enthaltenen Vorschrift der Contrasignatur der landesherrlichen Verfügungen Anstoß genommen hätten. Dies scheint aber mit gutem Grunde bezweifelt werden zu müssen;

da dieser Gebrauch seit langen Jahren in dem Herzogthume Braunschweig beobachtet worden; auch bereits durch ein am 29. Mai 1714 erlassenes Rescript von Seiten des Herzogs August Wilhelm sanktionirt gewesen sein soll;

da in Staaten, deren Verfassung eine getrennte Verantwortlichkeit der Minister nicht begründet, die Contrasignatur von minderer Bedeutung ist;

da bei landesväterlicher Regierung das in der Contrasignatur enthaltene Zeichen der eingetretenen Erwägung ergangener Verfügungen im Rathe des Fürsten zur Erhöhung der Gewähr des wünschenswerthen gegenseitigen Vertrauens reichen muß, und

da endlich die Erfahrung aller Zeiten lehrt, daß durch diese Formalität der Gang der Regierungen nirgends gehemmt worden ist.

Es ist diesem Allem nach durchaus nicht abzusehen, in welchem Puncte die erneuerte Landschaftsordnung eine Veräußerung oder Beschränkung wesentlicher landesherrlicher Rechte oder Befugnisse zur Folge gehabt haben sollte, und wird daher auch, von dieser Seite betrachtet, dieselbe nicht der mindeste gerechte Vorwurf treffen können.

Seine Majestät der König glauben, indem Sie diese Ausführung der Rechtsgründe, von welchen die vormundschaftliche Regierung geleitet worden, zur Kenntniß der hohen Bundesversammlung gelangen lassen, einer Allerhöchsthnen obliegenden theuren Verpflichtung ein Genüge geleistet zu haben.

Baden. Die großherzogliche Regierung ist der Ansicht, daß die Competenz des Bundes aus dem Artikel 56 der Wiener Schlußacte hervorgehe. — Wenn dieser Artikel sagt, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können, so wird hierdurch die Anwendung desselben in allen den Fällen begründet, wo eine Abänderung auf nicht verfassungsmäßigem Wege beschwerend zur Anzeige kommt. Wäre diese Bestimmung nicht darin zu finden, so wäre der Artikel selbst völlig überflüssig, was nicht angenommen werden kann. Zum Ueberflusse wird dies jedoch noch durch den Artikel 61 der Wiener Schlußacte bestätigt, sofern er der Fälle gedenkt, in welchen die Bundesversammlung wegen landständischer Angelegenheiten einzuwirken berufen sein soll. Als solche werden ausdrücklich genannt:

- a) der Fall der von Seiten des Bundes besonders übernommenen Garantie einer landständischen Verfassung;
- b) der Fall, wo es sich überhaupt um Aufrechthaltung der über den Art. 13 der Bundesacte festgesetzten Bestimmungen handelt; endlich
- c) der Fall, wo Streitigkeiten zwischen Landesherren und Ständen die öffentliche Ruhe gefährden, oder schon bis zum förmlichen Aufruhr gediehen sind.

Von dem ersten und dritten Fall ist hier gar keine Rede, wohl aber vom zweiten, da der Artikel 56 der Schlußacte mit zu den über den Artikel 13 der Bundesacte festgesetzten Bestimmungen gehört.

Uebrigens wird der Fall der besonderen Garantie von demjenigen der nicht verfassungsmäßigen Aenderung, rücksichtlich der Einwirkung der Bundesversammlung, stets und wesentlich verschieden sein. — Die Garantie berechtigt die Bundesversammlung nicht nur zur Aufrechthaltung einer in ihrem Bestande angefochtenen Verfassung, sondern nebstdem zur Erledigung aller über die Auslegung oder Anwendung derselben entstehenden Irrungen, und sie hat letztere im Wege der gütlichen Vermittlung zwischen Landesherren und Ständen, oder durch Einleitung einer compromissarischen Entscheidung zu bewirken. Ohne Garantie hingegen ist die Bundesversammlung nur wegen Aenderung der ganzen Verfassung, oder einzelner ihrer Bestimmungen, nicht wegen der Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung derselben, einzuschreiten befugt; auch muß sich diese ihre Einschreitung hier auf directe Beseitigung der Aenderung

beschränken und sie kann deshalb weder gütlich vermitteln, noch eine compromissarische Erledigung herbeiführen wollen.

Zwar dürften die Fälle der Aenderung und der bloß abweichenden Auslegung oder Anwendung sich zum öftern sehr nahe berühren, theils liegt aber dormalen eine gar nicht zu bezweifelnde Aenderung vor, theils bleibt allerdings der Bundesversammlung überlassen, in jedem einzelnen Falle zu ermessen, ob eine gewisse Art der Auslegung oder Anwendung im Grunde eine wesentliche Aenderung involvirt.

Ebenso wird das factische Moment, daß eine Verfassung in anerkannter Wirksamkeit besteht, die Einschreitung der Bundesversammlung jeweils bedingen.

Im gegenwärtigen Falle kann dessen Vorhandensein, nach der Ausführung der Reclamationscommission, schon aus einer Reihe von Thatverhältnissen mit Concludenz gefolgert werden; es geht jedoch unmittelbar aus dem ganz liquiden Umstande hervor, daß die vormundtschaftliche Regierung die neue, mit ständischer Billigung entworfene, Landschaftsordnung der Bundesversammlung unterm 13. Juli 1820 überreicht und diese solche als Erfüllung des Artikels 13 der Bundesacte angenommen, auch in das Bundesarchiv niedergelegt hat. Für die Bundesversammlung wurde hierdurch die Wirksamkeit dieser neuen Ordnung außer Zweifel gesetzt, nebstdem und gleichzeitig aber hat sie damit erkannt, daß die vormundtschaftliche Regierung zur Errichtung derselben vollkommen ermächtigt gewesen sei. — Aus diesen Gründen ist die Gesandtschaft angewiesen, dem Commissionsantrage beizutreten.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Die königliche Regierung tritt für Holstein und Lauenburg dem Antrage der Reclamationscommission bei.

Die freien Städte treten dem Commissionsantrage bei.

2c.

2c.

Großherzogthum Hessen. Der Gesandte ist angewiesen, dem in dem Commissionsantrage gestellten Antrage beizustimmen.

Großherzoglich und herzoglich sächsische Häuser. Die Gesandtschaft tritt dem Commissionsantrage bei.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Die Gesandtschaft hat dafür zu stimmen, daß in den ständischen Verhältnissen des Herzogthums Braunschweig, bis zu deren definitiver Regulirung auf gesetzlichem Wege, die vorläufige Erhaltung des Besitzstandes auszusprechen sei.

2c.

2c.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz treten dem Gutachten der Reclamationscommission, in Betreff der Beschwerde der Stände des Herzogthums Braunschweig wegen der erneuerten Landschaftsordnung vom Jahre 1820, und den darauf gestützten Anträgen bei.

Hohenzollern, Lichtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck treten der kaiserlich österreichischen Abstimmung bei.

2c.

2c.

Württemberg. Die königliche Gesandtschaft ist angewiesen, dem in der 23. Sitzung vom 29. August d. J. in der Beschwerdesache der Landstände des Herzogthums Braunschweig, die Landschaftsordnung vom Jahre 1820 betreffend, gestellten Commissionsantrage beizutreten.

Rurhessen tritt der kaiserlich österreichischen Abstimmung durchgängig bei.

Niederlande, wegen des Großherzogthums Luxemburg. Die Gesandtschaft befinde sich zwar noch ohne Instruction, sie wolle jedoch den Beschluß nicht aufhalten.

Es wurde sonach durch Stimmenmehrheit am 4. November 1830 in der 36. Sitzung beschlossen:

Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig zu eröffnen, daß, nach Artikel 54 und 56 der Wiener Schlußacte, die in anerkannter Wirksamkeit bestehende erneuerte Landschaftsordnung vom Jahre 1820 von Höchstdemselben nicht auf anderm, als auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden könne.

Fünftes Kapitel.

Der Aufstand in Braunschweig und seine Folgen.

Bevor die vierwöchentliche Frist für die Abstimmungen verstrichen war, traten die bekannten Ereignisse in Braunschweig am 6. und 7. September 1830 ein*). Der Herzog war nach längerem Aufenthalte in Paris nach Braunschweig zurückgekehrt und im Begriff gleich darauf sich nach England zu begeben, und mit dem Könige Wilhelm IV. der seinem persönlichen Gegner Georg IV. gefolgt war, die bestehenden Zwistigkeiten zwischen beiden Häusern auszugleichen. Kaum war der Herzog in seine Residenz angelangt, als auch die Volksbewegungen begannen und ihn zur Flucht bewogen. Hätte er den Muth und die Energie seiner glorreichen Vorfahren besessen, so möchte wohl ein anderes Resultat erschienen sein, als seine traurige Flucht. Es kann hier nicht auf allgemein bekannt und vielfach dargestellte Ereignisse nochmals eingegangen werden; die einzige Person in Braunschweig, welche vollkommenen Aufschluß geben könnte, der allerdings bisher fehlt, wird schwerlich bei ihren Lebzeiten sich aussprechen. Der Herzog ging nach London. Nach der Flucht des Herzogs Carl richtete das braunschweigische Staatsministerium über die stattgefundenen Vorfälle eine Note an den braunschweigischen Bundestagsgesandten, Freiherrn v. Marschall nach Frankfurt d. d. 9. Septbr. 1830, damit sie dieser sofort zur Kenntniß der Bundesversammlung unverzüglich bringe. Die Note, welche in der 27. Sitzung vom 16. September der Bundesversammlung vorgelegt wurde, lautete:

Erw. Excellenz beehren wir uns, über die in diesen Tagen hierselbst stattgefundenen beklagenswerthen Ereignisse, wodurch die Ruhe der hiesigen Stadt auf kurze Zeit bedeutend gestört worden, folgende ganz ergebensie Mittheilung zu machen:

Seine Durchlaucht unser allergnädigster Herzog, waren vor wenigen Wochen von einer Reise und einem längeren Aufenthalte zu Paris zurückgekehrt und es verlautete bald darauf, daß Höchstderselbe die hiesige Residenz in Kurzem wieder verlassen und nach England abreisen würden. Eine schon geraume Zeit bemerkbare Verstimmung unter den Einwohnern ging in Gährung über, und es kam

*) Das Nähere hierüber in den Schriften von Koch und Heusinger und (in sehr mißbilligender Beurtheilung) in der anonymen Schrift: Der Aufstand in der Stadt Braunschweig 2c. Leipzig 1838, sowie endlich in der nachgelassenen Schrift des früheren württembergischen Bundestagsgesandten „das Dreikönigsbündniß 2c.“ Stuttgart 1851, S. 362 ff. Die Memoiren des Herzogs Carl sind auch in dieser Beziehung sehr unzuverlässig.

diese am 6. d. M. zum Ausbruch, als Seine Durchlaucht im Begriff waren, aus dem Theater nach dem Schlosse zurückzukehren. Mehrere Hundert mit Steinen, Knütteln und dergl. bewaffnete Menschen griffen den Wagen, in welchen Sich Seine Durchlaucht befanden, an, und es hatte den Anschein, als ob ein Attentat auf die allerhöchste Person Seiner Durchlaucht im Werke sei. Seine Durchlaucht entkamen nur durch die Schnelligkeit Ihrer Pferde vor Ihrem Wagen. Das Schloß wurde hierauf mit allem disponiblen Militär umgeben, und die Nacht verging unter tumultuarischen Ausbrüchen der Menge, welche Laternen und Fenster einschlug und dergleichen. Der folgende Tag war Anfangs ziemlich ruhig, (7. Septbr.), am Abend aber erfolgte, ungeachtet der getroffenen Maaßregeln zur Aufrechthaltung der Ruhe, ein Sturm der geringsten Klasse auf das Schloß, in dessen einem Flügel, nachdem durch jenen Umstand Seine herzogliche Durchlaucht zur schleunigen Abreise Sich bewogen gefunden, Feuer angelegt wurde, das sich schnell verbreitete und wodurch, da vom Volke keine Hülfe beim Löschen und Retten geleistet, vielmehr vom Pöbel abgehalten wurde, der größte Theil des Schlosses mit seinem ganzen Inhalt hingerafft wurde. Daß dieses Aeußerste eintrat, war wohl hauptsächlich eine Folge des schwankenden Verhaltens der Militärs, indem Seine herzogliche Durchlaucht nicht sofort auf die Volksmasse feuern lassen wollten, und der ungenügenden Bewaffnung der mit Genehmigung Seiner Durchlaucht errichteten Bürgergarde, welcher nur gestattet wurde, Piken und Seitengewehre zu tragen. — Die schon früher beabsichtigte Abreise Seiner Durchlaucht nach London ward dergestalt bewerkstelligt, daß sie, unter Escorte einer Abtheilung Cavallerie, über Bechelde geschah. Auf die Kunde hiervon, brach der Haufen durch Seitengänge in das Schloß, und dasselbe ward dadurch der Zerstörung und Raubsucht der Menge Preis gegeben. Gestern sind von Seiten des unterzeichneten Ministerii, unter Buziehung des Magistrats, die nachdrücklichsten Maaßregeln zur Wiederherstellung der Ordnung getroffen worden, indem das Militär sich mit der nunmehr mit Schießgewehren und Munition versehenen Bürgergarde vereinigt, die Nacht in Patrouillen und Runden die Straßen und Plätze durchzogen hat, zahlreich und verstärkte Posten ausgestellt sind u. s. w. Diese Maaßregeln haben den Erfolg gehabt, daß die vorige Nacht im Ganzen ruhig gewesen, und mit Zuversicht zu gewärtigen ist, daß durch fortgesetzte Wachsamkeit Alles wieder zu der früheren Ordnung zurückkehren werde. Dies ist der Vorgang, welcher uns und alle Wohlgeinnten und von aufrichtiger Anhänglichkeit an ihr Vaterland und dessen Wohlfahrt beseelte Bürger erfüllt hat, und es nicht in ihrer Macht gelegen, ihn abzuwenden*).

Env. Excellenz ersuchen wir ganz ergebenst, diese Darstellung der mitgetheilten Ereignisse zur Kenntniß der hohen Bundesversammlung geneigtest bringen zu wollen.

Braunschweig, den 9. September 1830.

Herzoglich-braunschweigisch-lüneburgisches Staatsministerium.

(gez.) Graf v. Bülow. v. Münchhausen.

Das Präsidium der Bundesversammlung (Münch-Bellinghausen) faßte die Angelegenheit sogleich von einer sehr ernsten Seite auf, und äußerte sich dahin:

Die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten steht zwar den Regierungen allein zu. Als Ausnahme können jedoch mit

*) Dieser sinnlose Satz ist wörtlich aus den Protocollen.

Rücksicht auf die innere Sicherheit des Bundes in Folge der Verpflichtung der Bundesglieder zur gegenseitigen Hülfsleistung die Mitwirkung der Gesamtheit zur Erhaltung der Ruhe — in Falle der Widerseßlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung, eines offenen Aufruhrs oder gefährlicher Bewegung in mehreren Bundesstaaten — statt finden; die Einwirkung des Bundes ist auch dann verfassungsmäßig, wenn die Regierung nach Erschöpfung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel den Beistand des Bundes anruft, oder wenn die Regierung notorisch außer Stande ist, den Aufruhr durch eigene Kraft zu unterdrücken, zugleich aber durch die Umstände gehindert wurde, die Hülfe des Bundes selbst zu begehren.

Nachdem nun durch die vorliegende Erklärung des herzoglich-braunschweigischen Bundestagsgesandten die höchst bedauerliche Anzeige eines in der herzoglichen Residenz stattgehabten Aufruhrs, zugleich mit der Versicherung, daß die Ordnung und Ruhe daselbst hergestellt sei, zur Kenntniß der Bundesversammlung gebracht wird, so scheint das nun aufgerufene Einschreiten des Bundes für den Augenblick zwar noch nicht statthaft.

Es kann sich aber die Bundesversammlung eben so wenig mit der Anzeige der hergestellten Ruhe, wie sie in dieser Erklärung vorliegt, begnügen, sondern es dürfte, nach dem Erachten des Präsidiums, die herzogliche Gesandtschaft aufzufordern sein, in dem gegenwärtigen Falle, wo nicht eine bloße Widerseßlichkeit gegen Regierungsbehörden, sondern ein gegen die Person Seiner Durchlaucht des Herzogs gerichteter Aufruhr zur Kenntniß des Bundestags gebracht wird, mit möglichster Beschleunigung ausführliche Nachweisung, sowohl über die nähere als entferntere Veranlassung dieser Aufruhrs-Scenen, als auch darüber zu geben, ob die gesetzliche Ordnung und Ruhe in Braunschweig durch die bestehenden herzoglichen Behörden in der Art herbeigeführt worden sei, daß selbige auch dauernd und sicher scheint, und insbesondere ob und in wie fern wegen Haftverwundung und Bestrafung der Aufrehrer das Gesetzliche veranlaßt worden sei; denn allerdings ist es von der höchsten Wichtigkeit für die innere Sicherheit des gesammten Bundes, daß ein Frevel, wie der vorliegende, nicht ungeahndet vorübergehen könne, und nicht in fortwährende Widerseßlichkeit gegen die rechtmäßige Autorität des Landesherren ausarte. Erst dann, wenn diese Aufklärungen vorliegen werden, wird die Bundesversammlung sich darüber auszusprechen vermögen, ob und in welcher Art sie aus Anlaß dieses bedauernswerthen Vorfalls unmittelbar und unaufgefordert einzuwirken berufen sei.

Bei der hierauf gestellten Anfrage erklärte sich die Gesandtschaft von Oestreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Großherzogthum Hessen, Holstein und Lauenburg, großherzoglich- und herzoglich-sächsischen Häusern, Mecklenburg und die 16 Stimme mit der Ansicht des Präsidiums in dem Antrage ganz einverstanden.

Baden äußerte in sofern die Mittheilung des herzoglich-braunschweigischen Staatsministeriums als die Erklärung Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig angesehen werden muß und von dem herzoglich-braunschweigischen Bundestagsgesandten keine sonstigen Anträge gestellt worden, tritt der Gesandte dem Antrage des Präsidiums gleichfalls bei, wiewohl er nicht entgegen gewesen wäre, wenn unter den notorisch obwaltenden Umständen die hohe Bundesversammlung sich veranlaßt gesehen hätte, die ihr durch Artikel 26 und 28 der Schlußacte verliehene Befugniß sofort in ausgebreitete Anwendung zu führen.

Kurhessen erklärte: es glaube um so mehr dem Antrage des Präsidiums beistimmen zu müssen, als es, nach Ansicht des Artikels 26 der Wiener Schlusssacte, die hohe Bundesversammlung schon dormalen durch die hinlänglich kund gewordenen Thatfachen veranlaßt und berufen hält, auch ohne weiteres Anrufen, mit geeigneten Verfügungen gegen die Ruhestörer einzuschreiten und jede Aussetzung dieser Maßregel nachtheilige Folgen haben könne.

Niederlande und 15 Stimme treten Baden bei.

Freie Städte bemerkten: daß es ihnen vor Allem darauf anzukommen scheine, sich genügende Aufklärung zu verschaffen, ob in dem Herzogthum Braunschweig eine im Auftrage des Herzogs handelnde Regierung auch während der Abwesenheit desselben fortbestehe, und daß es, falls darüber bei der herzoglichen Bundestagsgesandtschaft irgend Zweifel vorwalten sollten, rathsam sein würde, eine benachbarte Regierung zu ersuchen, darüber Auskunft zu verschaffen.

In Gemäßheit vorstehender Abstimmung wurde hierauf beschlossen:

daß die herzoglich-braunschweigische Bundestagsgesandtschaft aufgefordert werde, mit möglichster Beschleunigung ausführliche Nachweisung sowohl über die nähere als entferntere Veranlassung der vorgefallenen Aufruhr-Scenen, als auch darüber zu geben, ob die gesetzliche Ordnung und Ruhe in Braunschweig durch die bestehenden herzoglichen Behörden in der Art herbeigeführt worden sei, daß selbige auch dauernd gesichert erscheine, und insbesondere auch, ob wegen Fahhaftwerdung und Bestrafung der Aufrührer das Gesetzliche veranlaßt worden sei?

Der herzogliche Bundestagsgesandte gab die Zusicherung, daß er wegen Vollziehung dieses Beschlusses alle von ihm abhängenden Einleitungen unverzüglich treffen werde.

In der Sitzung vom 7. October gab der braunschweigische Gesandte noch folgende nachträgliche Erläuterung:

Daß, nach den ihm von dem herzoglich braunschweigischen Staatsministerio unter dem 18. September zugekommenen Benachrichtigungen, auf die Ereignisse, welche in den Tagen vom 6. und 7. desselben Monats stattgefunden haben, keine weiteren Excesse erfolgt seien. Den rastlosen Bemühungen aller Behörden im Verein mit dem Militär und der zu mehreren Tausend Mann militärisch und wohlbewaffnet organisirten Bürgergarde sei es gelungen, die bereits am 8. wieder hergestellte Ruhe und Ordnung zeither ungestört zu erhalten. Allgemeines Vertrauen sei zurückgekehrt, und trage dazu die dormalige Anwesenheit des von allen Einwohnern der Stadt Braunschweig und in dem Lande höchstverehrten Herzogs Wilhelm von Braunschweig-Weils besonders bei.

Die bestehenden Landesbehörden, namentlich das herzogliche Staatsministerium, seien in ihren legalen Befugnissen keineswegs gestört worden, und es sei deren Autorität in ungeschwächter Wirksamkeit; die Untersuchung gegen die Ruhestörer, besonders gegen die, die der Brandstiftung verdächtig seien u. s. w., sei in ihrer Einleitung bei den hiesigen gewöhnlichen Gerichten in vollem Gang und das herzogliche Staatsministerium habe eine besondere Commission angeordnet, um die Untersuchung demnächst gegen die Strafbaren den Umständen nach zum Ende zu führen.

Unter diesen Umständen, und bei den übrigen Vorkehrungen, welche von dem herzoglich braunschweigischen Staatsministerio getroffen worden seien, um die Gründe zu beseitigen, welche zu den vorgefallenen Excessen die Veranlassung

gegeben haben, halte dasselbe ein Einschreiten des hohen deutschen Bundes zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung und Bestrafung der Ruhestörer nicht für veranlaßt, und der Gesandte sei dieses dieser hohen Versammlung unter dem 18. September zu erklären instruiert worden.

Der präsidirende Gesandte, Freiherr v. Münch-Bellinghausen, bemerkte: „Die Darstellung dessen, was sich in Braunschweig ereignete, wie solche für die Bundesregierungen von dem herzoglichen Gesandten eben zu Protokoll gegeben wurde, bleibt weit hinter dem zurück, was dem großen Publikum durch die öffentlichen Blätter bekannt geworden ist. Es sollte doch von der herzoglichen Regierung den andern Regierungen mit aller Offenheit der Stand der Dinge mitgetheilt werden, wie er sich verhält, weil nur hieraus beurtheilt werden kann, in wie fern die Bundesversammlung verfassungsmäßig berufen sei, ihre Wirksamkeit zu äußern.

Es ist notorisch, daß Seine Durchlaucht der regierende Herzog von Braunschweig demalen durch den Herzog Wilhelm in der Regierung vertreten wird; es ist nicht minder bekannt, daß darüber eine öffentliche Publikation erschienen, und daß zwischen dem Herzog Wilhelm und den Landständen eine zur Publicität gebrachte Rücksprache stattgefunden hat, welche geeignet ist, die Aufmerksamkeit sämtlicher deutschen Regierungen in Anspruch zu nehmen. Es wäre zu wünschen, daß die herzogliche Gesandtschaft sowohl über die von derselben verlangte Aufklärung über die nähere und entfernte Veranlassung der in Braunschweig vorgefallenen Auftritte, als auch über den heutigen Zustand der Dinge daselbst, offene und rückhaltslose Sprache in der Bundesversammlung führe.

Der Präsidialantrag gehe daher dahin, hierüber eine ausführliche Erklärung von der Gesandtschaft zu verlangen, und hierzu einen Termin von acht Tagen anzuberaumen.“

Sämmtliche Gesandtschafter äußerten sich hiermit einverstanden.

In der 33. Sitzung der Bundesversammlung am 7. October 1830 erklärte dann Braunschweig: In Beziehung auf den in der vorigen Sitzung (5. October 1830) gefaßten Beschluß bemerkt der Gesandte, daß er von allen Umständen noch immer nicht unterrichtet, und daß ihm noch die genauere Nachricht von den Bedingungen und näheren Bestimmungen, unter welchen der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Dels nach der Abreise des Herzogs Carl nach England bis auf Weiteres die Regierung der braunschweigischen Lande nach Maßgabe des Patents vom 28. September 1830 übernommen habe und zwar ohne Zweifel zunächst aus dem Grunde, weil zwischen den beiden Herzögen, wie es die Worte bis auf Weiteres andeuten, darüber noch unterhandelt werde. Das ergebe sich auch aus der Antwort, welche unter demselben Datum an die Landstände vom Herzog Wilhelm erteilt sei, wonach er mit dem Herzog Carl Unterhandlungen angeknüpft habe, welche, wenn sie nicht den gewünschten Erfolg herbeiführen sollten, den Herzog jedoch nicht zu dem Entschlusse bewegen würden, selbst Maßregeln zu ergreifen, den von den Ständen in der Adresse angedeuteten Zweck zu erreichen. In diesem Falle wolle jedoch der Herzog Wilhelm geschehen lassen, daß die Stände sich unmittelbar an den König von Großbritannien und Hannover mit den geeigneten Anträgen wenden, um durch die Vermittelung dieses Monarchen das gewünschte Ziel zu erreichen. Zur Erreichung dieses Zweckes sei auch der Hauptmann Baufe an den Herzog Carl nach London abgesandt worden, um denselben zu der beabsichtigten Uebereinkunft zu disponiren, während Graf von Oberg nach London gegangen sei, um bei dem Könige von

England, unter Darstellung der von den braunschweigischen Ständen geführten Beschwerden, dahin zu wirken, daß er als nächster Agent nach dem Herzog Wilhelm, zu gleichem Zweck bei dem Herzog Carl intervenire. Zugleich sei dem braunschweigischen Bundestagsgesandten von London die Nachricht zugegangen (27. September), daß der Herzog Carl seinen Bruder, den Herzog Wilhelm zum General-Gouverneur des Herzogthums Braunschweig ernannt und mit Vollmacht versehen habe. Diese Vollmacht sei jedoch weder von London noch von Braunschweig dem braunschweigischen Bundestagsgesandten zugegangen, noch habe er bis dahin von dem Inhalt derselben Kenntniß erhalten, obwohl er darum gebeten. (Diese Vollmacht ist niemals bei der Bundesversammlung präsentirt.) Ohne Zweifel liege jedoch in dem Inhalte dieser Vollmacht die nähere Veranlassung dazu, daß in den dem Gesandten von dem herzoglichen Staatsministerium zugekommenen Weisungen ausdrücklich bemerkt worden, daß die von dem Herzoge Wilhelm getroffenen Verfügungen nur unter Beistimmung des Herzogs Carl im Interesse des Fürstenhauses getroffen seien; auch sei in den von Seiten des Herzogs Wilhelm an die deutschen Höfe erlassenen Schreiben, durch welche diesen von den in Braunschweig eingetretenen Veränderungen Nachricht ertheilt worden, ausdrücklich bemerkt, daß er sich bewogen gefunden habe, die Regierung bis auf Weiteres in Uebereinstimmung mit seinem Bruder dem Herzog Carl zu übernehmen.

Der Gesandte wies zum Schluß seiner Erklärung auf die in London zwischen den Agenten des herzoglichen Hauses eröffneten Unterhandlungen hin.

Der Präsidialgesandte erwiderte auf diese Eröffnungen des braunschweigischen Gesandten, der bis dahin so lebhaft Herzog Carl vertheidigt hatte: „daß die Auskünfte, welche über den Stand der Dinge gegeben seien, keine Beruhigung darüber gäben, daß die gesetzliche Ordnung und die Autorität des Regenten in der Art begründet sei, um jede Besorgniß für die Zukunft zu beseitigen, daß es vielmehr angemessen scheine, eine Bundestags-Commission von 5 Mitgliedern zu erwählen, welche sich damit beschäftigen werde, den Zustand Braunschweigs näher zu erörtern und der Bundesversammlung ihr Gutachten zu erstatten, ob und was etwa von ihrer Seite vorzuziehen sei, um den inneren und gesetzlichen Zustand herzustellen und zu erhalten.“ Dieser Antrag wurde genehmigt und eine aus den Gesandten von Oestreich, Preußen, Sachsen, Hannover und Holstein-Lauenburg zusammengesetzte Commission niedergelegt.

In Braunschweig hatte der Herzog Wilhelm durch ein Patent vom 28. September 1830 die einstweilige Uebernahme der Regierung der braunschweigischen Lande ausgesprochen. Es lautete:

Wir Wilhelm, Herzog zu Braunschweig-Des s fügen hiermit zu wissen:

Nachdem Wir uns veranlaßt gefunden haben, die Regierung der hiesigen Lande bis auf Weiteres zu übernehmen, so setzen Wir die getreuen Unterthanen davon hierdurch in Kenntniß, und fügen die Versicherung hinzu, daß unser eifrigstes Bestreben dahin gerichtet sein wird, die glücklich wiederhergestellte Ruhe und Ordnung zu erhalten, und die Wohlfahrt des Landes nach Möglichkeit zu befördern. Wir hoffen dabei auf den Beistand der göttlichen Vorsehung, und vertrauen zu den sämmtlichen Landes-Collegien, Behörden und Beamten, daß dieselben in dem ihnen angewiesenen Geschäftskreise nach ihren Obliegenheiten aus allen Kräften durch Dienstfeier und Treue Uns bestens unterstützen; zu den getreuen Unterthanen halten Wir Uns aber versichert, daß selbige Unsern angelegentlich-

sten Wunsch, ihren Wohlstand thunlichst zu heben und zu befestigen, anerkennen, und, soviel an ihnen ist, zur Erreichung desselben beitragen werden.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Staats-Siegels.

Braunschweig, am 28. September 1830.

Wilhelm. (L. S.)

Dieses Dokument erregte den Zorn des Präsidialgesandten und seiner Anhänger in der Bundesversammlung. Man setzte daran besonders aus, daß sich der Herzog Wilhelm in dieser Ansprache des Ausdrucks *Unterthanen* bediente, gleichsam als seien es die Seinigen, die er doch als die Seinigen nicht anzusprechen wagte. Man war nicht überzeugt, daß die Gefahr so groß gewesen sei, um solchen Schritt zu rechtfertigen, um so weniger, als nach dem Berichte des herzoglichen Ministeriums selber, die Ruhe und Ordnung in Braunschweig wieder vollständig hergestellt gewesen. Nach Ansicht des Präsidiums wäre diese Ruhe zu erhalten um so weniger die Aufgabe des Herzogs Wilhelm gewesen, als der einzig legale Weg zur Erhaltung der Ordnung und Ruhe bereits in dem Bundesbeschlusse der 27. Sitzung vom 16. September — also zwölf Tage vor dem Erlaß des Patents — geöffnet gewesen und auch später in dem Bundestagsbeschlusse der 31. Sitzung vom 7. October seine vollständige Bestätigung gefunden. Münch und auch Metternich waren erbittert, daß die Landstände durch ihre Adresse vom 27. September die Veranlassung gegeben hatten zu diesem Patent, welches die Erscheinung des Herzogs Wilhelm gerne als ein freiwilliges hätte erscheinen lassen wollen, was es offenbar nicht gewesen sei. Dies beweise auch die Antwort des Herzogs Wilhelm auf die Adresse der Landstände.

Mit größerem Rechte hätten Metternich und Münch sagen können, daß das Patent den Mangel der Contrasignatur zeige, welche landesverfassungsmäßig erforderlich sei. Es war freilich begreiflich, daß damals Niemand im Ministerium die Verantwortlichkeit übernehmen wollte! Man war in diesen Kreisen erfreut, daß der Herzog selbst und persönlich die Verantwortung des Schritts, zu dem man gerathen (s. u.), auf sich nahm!

Ueberhaupt mußte auffallen, daß von einer Vollmacht des bis dahin regierenden Herzogs Carl, die am 20. September in London ausgestellt war, durchaus keine Rede war. Die Ursachen hiervon sind in einem von dem braunschweigischen Staatsministerium an mehrere Kabinete unter dem 7. October 1830 abgesendeten Memoire enthalten. Nicht leicht ist ein Altenstück charakteristischer für die damaligen Verhältnisse, als dieses Memoire. Wenn man es mit Aufmerksamkeit durchgeht, so wird man darin den evidenten Beweis finden, daß das bis dahin allgemein in Deutschland geltende Legimititäts- oder monarchische Princip in Braunschweig völlig durch einen Act der Volks-Souverainetät gebrochen wurde. **Die Braunschweiger setzten sich selbst einen Fürsten.** Diese Thatsache kann durchaus nicht in Abrede gestellt werden, wenn man noch weiter erwägt, daß später, als der Herzog Carl seine Vollmacht am 18. November 1830 von Frankfurt aus zurücknahm und diese Nachricht am 20. November in Braunschweig eintraf, sich die Bürgergarde Braunschweigs auf dem Walle bei dem Monumente der Herzöge Carl Wilhelm Ferdinand und Friedrich Wilhelm versammelte und auf Antrag einiger Compagnieführer und Adjutanten, sich öffent-

lich von ihrem dem Herzog Carl geleisteten Eide los sagte und nur den Herzog Wilhelm als ihren rechtmäßigen Herrn anzuerkennen und im Falle dieser ohne Erben sterben sollte, nur dem Hause Hannover zu huldigen beschloß. Der Chef der Bürgergarde, sämmtliche Offiziere und Compagnien derselben waren in diesem Beschlusse einig, und ihnen folgten in kurzen Zeiträumen die anderen Städte des Landes, sobald sie von diesen Vorgängen in Braunschweig Nachricht erhalten hatten. Schon am 22. November folgte in einer Versammlung das Offizier-Corps des Linien-Militärs diesem Beispiel der Bürgergarde*).

Die Landstände, welche zwar noch am 27. Septbr. in ihrer Adresse an den Herzog Wilhelm gesagt hatten, „daß Neuerungsucht und Ideneschwindel nicht den mindesten Antheil an den jüngsterlebten, an sich betrübenden Ereignissen gehabt hätten, sondern daß sie vielmehr nur Regierungs-Maximen sie zuschreiben dürften, unter welchen das Staatsgebäude nothwendig in sich selbst hätte zusammenstürzen müssen“ — erklärten doch auch in derselben Adresse, „daß bei der auf die Grundsätze des allgemeinen Staatsrechts sich stützenden Unmöglichkeit, daß der durchlauchtigste Herzog Carl die Regierung des Landes fortsetze, der Herzog Wilhelm die Regierung übernehmen müsse.“

So war denn gleichmäßig durch die Hauptorgane des Landes der Grundsatz festgestellt, daß ein Herrscher, gegen die bis dahin in Deutschland gehandhabten bundesgesetzlichen Bestimmungen, durch ein Volk abgesetzt werden könne, wenn er moralisch zur Regierung unfähig befunden wird. Richter ist das Volk.

Man wende nicht ein, daß die Agnaten des Hauses den Regierungswechsel bestätigt, daß die Bundesversammlung selbst durch einen Beschluß später den Herzog Carl für unfähig zur Regierung erklärt habe: — diese beiden Ereignisse fanden zu einer Zeit statt, in welcher bereits die neue Regierung in Folge der im Lande geschehenen Ereignisse und in Folge der Beschlüsse der Hauptorgane des Landes in voller und anerkannter Thätigkeit war. Für die Zukunft ist dies ein wichtiger Präcedenzfall in Braunschweig. Wenn man von Seiten des Volkes ein neues Staatsrecht in Bezug auf einen regierenden Herzog aufstellen und durchführen konnte, so wird man in Zukunft auch dasselbe Recht wohl auch auf die entfernteren Agnaten anwenden können. Der Schutz der Bundesgesetze ist jedenfalls für solchen Fall unzureichend, wie er es für den Herzog Carl war. Die Noth des Augenblicks hat schon öfters wunderbare Interpretationen der Bundesgrundgesetze in der Bundesversammlung und in den deutschen Kabinetten herbeigeführt, Convenienz oft entschieden. Deshalb ist die Vorsicht, welche die Regierung des Herzogs Wilhelm stets ausgezeichnet hat, sehr am richtigen Orte: nämlich die Absicht schon jetzt für den etwa ohne Erben stattfindenden Tod des regierenden Herzogs sich mit den Ständen des Landes in vertrauliche Communication zu setzen.

Das oben (S. 411) bezeichnete Memoire des herzoglichen Staatsministeriums lautete folgendermaßen.

*) Siehe Herzog Carl und die Revolution in Braunschweig. Sena 1843. S. 144, 145.

Memoire.

Als des Herrn Herzogs Wilhelm Durchlaucht am 10. v. M. zu Braunschweig ankamen; fanden Höchstdieselben das Land in folgender politischen Lage.

Die allgemeine Erbitterung gegen die Person des Herzogs Carl, die einzige wahre Ursache des Aufstandes der Braunschweiger, war durch die Ereignisse der letzten Tage und besonders durch die aus den Papieren des Herzogs in das Publikum gekommenen Notizen bis auf den höchsten Grad gesteigert. Jeder sprach die Unmöglichkeit, daß der Herzog Carl das Land länger noch regiere, laut und offen aus, und überall zeigte man die entschiedenste Verachtung gegen diejenigen, welche des Herzogs Carl Werkzeuge gewesen waren, oder welche in dem Verdachte standen, seine Anhänger zu sein, ja die Sicherheit dieser Personen war in augenscheinlicher Gefahr. Das Staatsministerium hatte nur so viel Autorität, als die unteren Behörden und die Unterthanen ihm einzuräumen gerathen fanden. Zwei seiner Mitglieder waren genöthigt gewesen, Braunschweig zu verlassen, und die beiden einzigen stimmungsführenden Räthe dieses Collegiums, die längst die allgemeine Hochschätzung verloren hatten, würden ein gleiches Schicksal gehabt haben, die oberste Landesbehörde würde ganz aufgelöst sein, wenn nicht das Ansehen Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm dieses verhindert hätte. Das Staatsministerium ergriff nun zwei Maßregeln, um seine verlorene Autorität wieder zu erlangen. Es machte zuvörderst bei dem Herzoge Carl den Antrag, seinem Herrn Bruder, die Regierungsgewalt unter gewissen Modificationen durch eine Vollmacht zu übertragen, und sandte einen Courier mit diesem Antrag nach London, ohne zu diesem Schritte die Genehmigung Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm nachgesucht und diesem mit der mitgesandten Vollmacht bekannt gemacht zu haben. Späterhin gesellte dasselbe sich zwei Männer zu, die das allgemeine Vertrauen besaßen, und deren Eintritt in das Ministerium diesem bei dem Publikum wieder Vertrauen verschaffen sollte.

Des Herzog Wilhelm Durchlaucht konnten Sich während dessen bei den vielen offen vorliegenden Thatfachen von Tag zu Tage immer weniger der Ueberzeugung erwehren, so schmerzlich Ihnen diese Ueberzeugung war, daß die einzige Ursache der stattgehabten Bewegungen in der Persönlichkeit Ihres Herrn Bruders liege und daß das einzige Mittel, die Wohlfahrt des Landes herzustellen und die Ruhe dauerhaft zu begründen nur darin gefunden werden könne, daß des Herzogs Carl Durchlaucht sich der Regierungsgeschäfte gänzlich und auf immer entziehe.

Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm verkannten nicht, daß die Sorge für die Wohlfahrt des Landes das eigene wohlverstandene Interesse Ihres Herrn Bruders und die Wahrnehmung Ihrer eigenen Rechte, Ihnen als nächstem zum Regierungs-Nachfolger berufenen Agnaten die schmerzliche Verpflichtung auferlege, dahin zu wirken, daß der Herzog Carl die Regierung niederlege. Höchstdieselben waren auch entschlossen, die zu diesem Ziele hinführenden nothwendigen Maßregeln zu ergreifen, allein die Empfindungen Ihres brüderlichen Herzens verboten Ihnen irgend einen Ihren Herrn Bruder kränkenden Schritt zu thun, der nicht die dringendste Nothwendigkeit gebot. Wenn Seine herzogliche Durchlaucht daher sich auch überzeugt hielten, daß unter den gegenwärtigen außerordentlichen Umständen Fälle möglich waren, in denen Sie aus höheren politischen Rücksichten eine Regentschaft über das Herzogthum auch wider den Willen Ihres durchlauchtigsten Bruders einstweilen zu übernehmen gezwungen sein könnten, so wollten Höchstdieselben einen solchen Schritt doch

nur in der dringendsten Noth thun, und wenigstens die Antwort Ihres Herrn Bruders mit dem Ihnen inzwischen bekannt gewordenen Antrag des Staatsministeriums abwarten, bis dahin aber Sich aller Einmischung in die Regierungsgeschäfte gänzlich enthalten. Diesen Ihren Entschluß führten Seine Durchlaucht auch aus.

Am 27. v. Mts. Nachts 3 Uhr kehrte der als Courier mit dem Antrage des Staatsministeriums nach London gesandte Hauptmann von Grabau zurück. Er überbrachte außer einem Handbriefe des Herzogs Carl eine Vollmacht d. d. London den 21. September d. J., durch welche des Herzogs Wilhelm Durchlaucht zum General-Gouverneur des Herzogthums ernannt und Höchstdemselben die Regierungsgewalt mit allen administrativen Rechten provisorisch übertragen wurde, jedoch mit der Beschränkung:

„Daß Ernennungen nur provisorisch vorgenommen und die organischen Grundgesetze des Staates weder aufgehoben noch abgeändert werden sollten.“

Zugleich erfolgte ein Rescript an das Staatsministerium, worin diesem die Bevollmächtigung Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm angezeigt wurde. Es war nun zwar nicht zu verkennen, daß diese Vollmacht für die Zukunft die nöthigen Garantien nicht gab, und daß sie selbst für die dringendsten Bedürfnisse des Augenblicks nicht vollständig ausreichte; denn nach dieser Vollmacht sollte des Herzogs Wilhelm Durchlaucht die Regierung nur als Stellvertreter Seines Herrn Bruders in dessen Namen führen. Dieses mußte aber jeder, der die Stimmung der Bevölkerung des ganzen Landes kannte, geradezu für eine Unmöglichkeit erklären. Der Name des Herzogs Carl war so verhaßt, daß, um nur eine unbedeutende und sprechende Thatsache anzuführen, die Lotteriedirection die officiële Anzeige machte, daß sie mit des Herzogs Carl Namenszuge versehene Loose nicht absetzen könne.

Zu diesem glühenden Hass hatte sich jetzt aber auch noch die größte und begründetste Furcht gesellt. Denn es ist Niemand, der von einer Rückkehr des Herzog Carl, oder auch nur von einer seinem Befehle unbedingt gehorchenden Regierungsgewalt nicht das Aeußerste zu fürchten hätte, weil die Meisten ganz offen gegen den vertriebenen Landesherrn gehandelt und Alle sich ohne Rückhalt über Ihn geäußert haben.

Diese Vollmacht beruhigte unter solchen Umständen die Gemüther um so weniger, als sie in jedem Augenblicke widerrufen werden konnte. Aber auch so lange sie in Kraft war, blieb sie ungenügend; denn nur provisorische Erneuerungen, welche gerade mit zu der großen Unzufriedenheit Veranlassung gegeben hatten, konnten in einer so stürmischen Zeit nicht ausreichen, und widersprachen im Justizfach dem Wesen der Justiz, indem sie die Unabhängigkeit der Richter aufheben. Ferner ist der Ausdruck „organische Grundgesetze des Staates“ ein sehr unbestimmter, so daß es in vielen Fällen besonders nach der hiesigen Verfassung zweifelhaft sein wird, welche Gesetze zu diesen zu rechnen sind, und daß sich also Seine Durchlaucht durch diesen Zusatz bei allen Ihren Schritten behindert sehen. Hierzu kommt, daß gerade die dringendsten Landesbeschwerden nur durch eine Verhandlung mit den Ständen und durch Modification solcher Bestimmungen, die zu den organischen Grundgesetzen zu rechnen sein möchten, gehoben werden können, und es ist unter den von den Ständen und dem gesammten Lande dringend begehrten Veränderungen, fast keine einzige, welche nicht die Verfassung auf eine oder die andere Weise berührte. Endlich würden die Stände nicht ohne Grund Bedenken tragen, mit einem nur provisorisch und beschränkt

bevollmächtigten General-Gouverneur zu unterhandeln, da sie die schmerzliche Erfahrung haben machen müssen, daß selbst die mit dem legitimen Vormunde des Herzogs Carl Seiner Majestät dem Könige von England abgeschlossenen landschaftlichen Verhandlungen von dem Herzoge nicht anerkannt sind.

Dessen ungeachtet faßten Seine Durchlaucht sofort den Entschluß, diese Vollmacht anzunehmen, und nur wegen deren Vervollständigung beim Herzoge Carl die erforderlichen Vorstellungen zu machen.

Der Grund, welcher Seine Durchlaucht zur Annahme dieser Vollmacht bestimmte, war der, daß der Herzog Carl die Ertheilung dieser ungenügenden Vollmacht als eine sehr große Concession ansah. Schlugen Seine Durchlaucht daher diese Vollmacht aus, so war ein Bruch mit Ihrem Herrn Bruder unvermeidlich und die Erreichung Ihres eifrigsten Wunsches, durch einen zwischen Ihnen und dem Herzoge Carl zu führende Unterhandlung das als nothwendig erkannte Ziel zu erreichen, wurde unmöglich.

Uebrigens konnten Seine Durchlaucht eine wirksame und wahrhaft wohlthätige Einwirkung auf die Regierungsgeschäfte nur dadurch erlangen, daß Höchstdieselben sich wirklich sogleich an die Spitze der Regierung stellten; Sie konnten nur auf diese Weise mit Sicherheit auf die Erhaltung der Ruhe wirken. Sie würden die Interessen Ihres Herrn Bruders, das Wohl des Landes, Ihre eigenen Rechte, die Ruhe der Nachbarstaaten gefährdet haben, wenn Sie diese Ihnen dargebotene Gelegenheit nicht benutzt hätten, sogleich die Regierungsgewalt zu übernehmen. In ganz Norddeutschland zeigten sich unruhige und gefährliche Bewegungen. Ein rasches und entscheidendes Handeln war dringend nothwendig und ein Zeitverlust von wenigen Wochen konnte vielleicht die größten Uebel unabwendlich machen. Höchstdieselben ließen daher dem Ministerium in der Sitzung vom 27. v. Mts. Morgens 10 Uhr die Ihnen ertheilte Vollmacht vorlegen und Ihren Entschluß erklären, in Gemäßheit derselben die Regierung bis auf Weiteres übernehmen zu wollen und befehlen, daß sämmtlichen Behörden und Unterthanen dieser Entschluß bekannt gemacht werden solle. Diese Proclamation wurde im Staatsministerium entworfen und der erste Entwurf derselben unterschied sich von der hernach wirklich erlassenen Proclamation nur dadurch, daß es in dessen Eingange hieß:

Seine Durchlaucht hätten sich durch den Wunsch Ihres vielgeliebten Herrn Bruders des regierenden Herrn Herzogs Carl Durchlaucht bewogen gefunden, die Regierung des Landes als General-Gouverneur bis auf Weiteres zu übernehmen.

Inzwischen war in der Stadt die Rückkehr des Hauptmanns von Grabau, der das Publikum mit der größten Spannung entgegengesehen hatte, bekannt geworden. Es bildeten sich Gruppen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen. Jeder wollte wissen, welchen Inhalt die angekommenen Depeschen hätten. Durch den Hauptmann von Grabau selbst und durch andere wenig verschwiegene Geschäftsmänner war in wenigen Stunden der Inhalt dieser Depeschen allgemein bekannt geworden.

Ueberall hörte man laut die Besorgniß äußern, daß in der Ertheilung dieser Vollmacht nur der erste Schritt von Seiten des Herzogs Carl liege, sich der Regierungsgewalt wieder zu bemächtigen und der Gedanke an die Möglichkeit der Rückkehr Seiner Herrschaft war Jedem unerträglich.

Viele angesehenen Personen eilten zu Seiner Durchlaucht dem Herzoge

Wilhelm und unterrichteten Höchstdenselben von dieser Stimmung. Die Aufregung der Gemüther nahm von Stunde zu Stunde zu.

Hier muß noch eines Ereignisses Erwähnung geschehen, welches in so fern von großer Wichtigkeit ist, als dasselbe hauptsächlich dazu beigetragen hat, die Exaltation wieder zu einem sehr gefährlichen Grade zu steigern. Am 23. v. M., an demselben Tage, an welchem die Vollmacht angekommen war, hatten sich die Stände des Herzogthums versammelt. Der große Haufen, wenig bekannt mit staatsrechtlichen Formen, erwartete von dieser Versammlung nichts weniger, als daß sie den Herzog Carl sofort absetzen und den Herzog Wilhelm als regierenden Landesherrn ausrufen würde.

Am Nachmittag überreichte eine Deputation der Stände des Herzogs Wilhelm Durchlaucht die bereits durch den Druck bekannt gewordene Adresse. Diese wurde sogleich in vielen tausend Exemplaren überall verbreitet. Sie bekräftigte jeden in dem Glauben, daß der Herzog Carl als der Regierung entsetzt anzusehen sei und erhob in den Augen des Volkes die Hoffnung zur Gewißheit, daß der Herzog Wilhelm die Regierung sofort übernehmen werde. Wie aus dieser Darstellung hervorgeht, hat die Adresse der Stände nicht den mindesten Einfluß auf den schon früher gefaßten Entschluß Seiner Durchlaucht, die Regierung zu übernehmen, aber indem sie die Stimmung des Volkes gegen den Herzog Carl von Neuem gewaltig aufregte und die Meinung befestigte, als sei der Herzog Carl der Regierung entsetzt, machte sie es fast unmöglich, daß Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm die Regierung als Stellvertreter Ihres Herrn Bruders übernehmen zu wollen, öffentlich erklärten, denn eine solche im grellsten Widerspruche stehende Handlung mußte die gefährlichsten Bewegungen herbeiführen, deren Folgen sich wohl berechnen ließen, da die Erfahrungen aller Zeiten lehren, daß alle revolutionären Krisen um so gefährlicher werden, je länger die Aufregung der Gemüther gedauert hat.

In dieser schwierigen Lage versammelten Seine Durchlaucht Abends 7 Uhr mehrere Mitglieder des Staatsministeriums, der Landschaft und des Stadtmagistrates um sich, zu denen Sie Vertrauen hatten, um deren Ansichten zu hören, und diese waren einstimmig der Meinung, daß, wenn Seine Durchlaucht in Gemäßheit der erhaltenen Vollmacht die Regierung zu übernehmen entschlossen seien, es dringend nothwendig sei, daß in der zu erlassenden Proclamation des Grundes zu der Uebnahme der Regierung nicht gedacht werde, daß aber eine in allgemeinen Ausdrücken abgefaßte Proclamation das geeignetste Mittel sein werde, nicht nur die Gemüther für den Augenblick zu beruhigen, sondern auch allen künftigen unruhigen Bewegungen zuvorzukommen.

Seine Durchlaucht befahlen hierauf, die Proclamation so abzufassen, wie sie erlassen ist. Wie heilsam, ja wie unumgänglich dieser Befehl war, darüber lieferten schon die Ereignisse der nächsten Stunden den sprechendsten Beweis.

Die Mitglieder des Ministeriums, welche von Seiner Durchlaucht zu der oben erwähnten Conferenz zugezogen waren, hatten sich mit dem Magistrats-Direktor auf das Rathhaus begeben, um dort noch einige dringende Angelegenheiten zu berathen. Es war Abends 10 Uhr. Auf dem Burgplatze waren einige Tausend Menschen versammelt. Ein im höchsten Grade exaltirter junger Mann hatte das auf diesem Platze befindliche Monument bestiegen, las der versammelten Volksmenge bei dem Scheine einiger Laternen die landschaftliche Adresse vor und wurde mit lautem Beifallrufen angehört. Nach Beendigung dieser Vorlesung rief die Menge dem Herzoge Wilhelm ein Lebehoch und brachte

dem Herzoge Carl ein Pöreat. Es kam hierauf zur Diskuffion, daß dem Gerüchte nach des Herzogs Wilhelm Durchlaucht die Regierung Namens Seines Herrn Bruders als General-Gouverneur übernehme und dieses durch eine Proclamation bekannt machen wolle. Man verlangte zu wissen, in wiefern dieses Gerücht gegründet sei. Eine Deputation erstieg toben die Treppe des nahe gelegenen Stadthaus und verlangte mit Ungestüm, den Magistratsdirektor Bode zu sprechen. Als dieser erschien, ersuchte man ihn auf das Dringendste, sich darüber Gewißheit zu verschaffen, ob in der erwarteten Proclamation des Herzogs Carl gedacht sei und der Herzog Wilhelm nur als dessen General-Gouverneur auf-trete. Die Deputation erklärte mit der leidenschaftlichsten Heftigkeit, daß, falls dies geschehe, sofort die Sturmglocken geläutet und alle Einwohner versammelt werden sollten, um eine so unheilbrohende Maßregel abzuwenden; Jeder werde sich lieber in den Tod stürzen, als eine Regierung Namens des Herzogs Carl dulden. Den Versicherungen des Magistratsdirektors, daß eine solche Procla-mation nicht erscheinen werde, wurde erst dann geglaubt, als er sich auf das Zeugniß der in einem Nebenzimmer befindlichen Mitglieder des Ministeriums berief. Die Deputation entfernte sich hierauf vollkommen befriedigt und die Menge zerstreute sich. Am andern Tage wurde die Proclamation Seiner Durch-laucht mit dem größten Jubel empfangen, überall bemerkte man den lebhaftesten und wahrsten Ausdruck der Freude und Alles wetteiferte, Seiner Durchlaucht die gebührende Hulldigung darzubringen. Am 29. v. Mts. Abends war die Stadt glänzend erleuchtet und es verdient bemerkt zu werden, daß, obgleich die ganze Nacht hindurch Tausende von Menschen durch die Straßen wogten, doch nicht der geringste polizeiliche Exceß vorgefallen ist. Auf diese Weise hat sich die große Exaltation der Gemüther, statt eine gefährliche Richtung zu nehmen, in Freuden aufgelöst und jede Furcht vor neuen tumultuarischen Scenen ist ver-schwunden, da alle Blicke sich mit gerechtem Vertrauen auf Seine Durchlaucht den Herzog Wilhelm richteten und in Seiner Person eine Bürgschaft für die Gewährung ihrer gerechten Forderungen erblickten.

Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm sind, wie aus dieser Darstellung hervorgeht, nie gemeint gewesen, die Grenzen der hier gegebenen Vollmacht zu überschreiten, weshalb Sie dieselben dem Staatsministerium, durch welches Sie verfassungsmäßig auf die Regierungsgeßäfte nur einwirken können, gleich an-fänglich mitgetheilt haben. Seine Durchlaucht haben sich also dem Wesen nach genau an die Ihnen von Ihrem Herrn Bruder gegebene Vollmacht gebunden. Höchstdieselben könnten es um so weniger für bedenklich halten, in der erlassenen Proclamation der Ihnen ertheilten Vollmacht nicht zu erwähnen, als Sie nur der obersten Staatsbehörde die Gründe und den Umfang Ihrer Regierungs-befugnisse darzulegen, keineswegs aber den untergeordneten Behörden der sämt-lichen Unterthanen Rechenschaft von Ihren Schritten zu geben hatten.

Um aber jede mögliche Mißdeutung der von Ihnen ergriffenen Maßregel zu verhüten und Seine Durchlaucht den Herzog Carl über seine wahre Lage und seine wahren Interessen aufzuklären, und um mit Ihm die begonnenen Unter-handlungen fortzusetzen, sendeten Seine Durchlaucht sofort den Flügeladjutanten Bause, mit den nöthigen Instructionen und Schreiben versehen, nach London. Zugleich beauftragten Seine Durchlaucht den Grafen v. Oberg mit einer beson-deren Mission bei Seiner Majestät dem Könige von England. Seine Durchlaucht legten dem erhabenen Oberhaupte Ihres Fürstenhauses eine treue Schilderung der Lage der Dinge vor, gaben Allerhöchstdemselben Rechenschaft von den von

Ihnen gethanen Schritten und überließen Allerhöchstdessen gnädigem Ermeßsen, den Antrag der Stände, welcher indessen nur in dem Falle Seiner Majestät unterthänigst vorgelegt werden wird, wenn Seine Durchlaucht der Herzog Carl sich nicht bewogen finden sollten, auf die eben erwähnte Vorstellung einzugehen.

Die Bundesversammlung scheint nämlich in der gegenwärtigen Lage der braunschweigischen Angelegenheiten zu einer Entscheidung nicht competent zu sein. Es ist zwar völlig unzweifelhaft, daß der Bund selbst unaufgefordert dann einzuschreiten befugt gewesen sein würde, falls die Unruhen fortgedauert und dem Lande, sowie den Nachbarstaaten, gefährlich zu werden gedroht hätten, allein ein solcher die Competenz des Bundes bedingender Zustand ist nicht mehr vorhanden. Die Ruhe ist nicht nur wieder hergestellt, sondern es ist auch jede gegründete Furcht vor einer baldigen Störung derselben verschwunden. Die einzige zu entscheidende Frage ist jetzt nur die, ob der Herzog Carl seiner Persönlichkeit wegen noch ferner die Regierung fortsetzen könne. —

Die Entscheidung dieser Frage gehört aber nicht zur Competenz des Bundes. Die Bundesversammlung ist überhaupt nur insofern competent, als ihr durch die Bundesgesetze eine Competenz ausdrücklich übertragen ist. Diese Gesetze leiden keine ausdehnende Erklärung und die Bundesversammlung ist nicht an die Stelle der Reichsgerichte getreten. Die souverainen Fürsten Deutschlands stehen rücksichtlich ihrer persönlichen Rechtszustände nicht unter der Bundesversammlung, die eine Gerichtsbarkeit in dieser Beziehung nicht hat. Sie hat zum Beispiel die Bevormundungen nicht anzuordnen.

Wo nicht, wie in einigen deutschen Staaten, durch die Hausgesetze wegen dieser Gegenstände besondere Vorsehung getroffen worden ist, können nach altem Herkommen nur die Agnaten eine Entscheidung abgeben. Es dürfte von keinem Publicisten die Competenz des Bundes in einem Falle dieser Art angenommen werden, denn selbst wenn in einem Bundesstaate Streit über die Thronfolge entsteht, hat der Bund nur das Recht der Vermittelung. Am wenigsten werden große deutsche Staaten eine Competenz des Bundes in solchen persönlichen Angelegenheiten anzuerkennen geneigt sein.

Würde das österreichische Kaiserhaus, wenn dort jemals die Frage vor kommen sollte, ob ein zur Thronfolge berufener Erzherzog regierungsfähig sei, die Entscheidung in einem solchen Falle dem Bunde unterwerfen wollen? Wenn Seine Durchlaucht daher auf der einen Seite die, wie Sie glauben, rechtlich wohlbegründete Ueberzeugung haben, daß in der braunschweigischen Angelegenheit der Bund hier jetzt nicht competent sei, so können Sie andererseits eine Einmischung desselben aus politischen Gründen nicht wünschenswerth halten. Das Vertrauen der Einwohner der hiesigen Lande auf die Einwirkungen des Bundes war nach den Ereignissen der letzten Jahre sehr geschwächt. Indes Seine Durchlaucht sind überzeugt, daß durch den mächtigen Einfluß Seiner Majestät des Königs von Preußen, dessen großes Herz sich mit huldreichem Wohlwollen immer unglücklichen Nachbarlanden zugewandt hat, eine dem wahren Wohle des Landes entsprechende Entscheidung des Bundes herbeigeführt werden würde, und Sie erkennen die gnädigen Intentionen Seiner Majestät mit dem wärmsten Danke. Allein nichts ist unter Umständen, wie die jetzt in Braunschweig vorwaltenden, so dringend nothwendig, als rasche Entscheidung. Können Seine Durchlaucht daher von dem Bunde hoffen, bei welchem die hannoverische Differenzsache nach jahrelangen Zögerungen einen ungenügenden Ausgang genommen hat, wo die seit Jahren anhängig gemachte ständische Angelegenheit noch unent-

schieden schwebt, wo endlich die ganz klare Beschwerde des Freiherrn v. Sierstorff, welche gar keine politischen Schwierigkeiten darbietet, nach Verlauf eines fast einjährigen Zeitraums unerledigt geblieben ist! — Seine Durchlaucht dürfen, besonders bei der Anwesenheit des Herzogs Carl in London, eine weit raschere Entwicklung der braunschweigischen Angelegenheit durch ein Einschreiten des hannöverschen Hofes erwarten.

Braunschweig, den 7. October 1830.

Die Adresse der Stände vom 27. September besagt im Wesentlichen:

„Bei Ankunft des Herzogs Wilhelm am 10. September zu Braunschweig seien die Ausbrüche des lange verhaltenen Unmuths unter dem Jubel verstummt, mit welchem dieser Fürst in die Hauptstadt eingeführt worden. Nachdem derselbe dem Drange seines Herzens und dem Verufe gefolgt sei, welcher dessen nahes Verhältniß zum Lande begründe, müsse die Verwendung an ihn den Ständen nicht allein als die gesetzmäßigste, sondern auch als die erfolgreichste erscheinen.

Möge eine getreue Schilderung der Lage, in welcher sich das Herzogthum bis jetzt befinden habe, Seine Durchlaucht und sämtliche Glieder des Fürstenhauses den Weg erkennen lassen, auf welchem allein die Hülfe geschafft und ferneres Unglück abgewendet werden könne. Die Stände schätzten sich glücklich, in fest begründeter Ueberzeugung sagen zu können, daß Neuerungssucht und Ideenschwindel nicht den mindesten Antheil an den jüngst erlebten an sich betrübenden Ereignissen gehabt hätten, daß sie vielmehr solche nur Regierungsmaximen zuschreiben könnten, unter welchen das Staatsgebäude nothwendig in sich selbst habe zusammenstürzen müssen. Neben Umständen hätten den Eintritt der Katastrophe beschleunigt, welche später gleichsam nach Naturgesetzen erfolgt sein würde.

Das Aufhören einer geregelten, von dem Grundsatz der Erfüllung des Staatszweckes ausgehenden, obersten Leitung der Landes-Angelegenheiten, Zerrüttung der Finanzen, Unterdrückung des Schutzes, welchen Gesetze und ein unabhängiger Richterstand den Unterthanen gewähren, moralisches Verderbniß der Beamten, durch Hebung der Schlechtesten und Zurücksetzung der Besseren bewirkt, und fortwährendes Sinken des Wohlstandes der Einwohner, sei in allgemeinen Umrissen das Bild, welches in Deutschland rasch seiner Vollendung entgegengeführt worden. An der Spitze einer solchen Verwaltung habe ein Staatsministerium gestanden, ohne Einfluß auf die wichtigsten inneren und äußeren Angelegenheiten, häufig nur Vollstrecker von Beschlüssen, welche ohne dessen Genehmigung, oder gegen dessen eindringlichste Vorstellungen gefaßt worden seien.

Laut hätten die Mitglieder dieser obersten Staatsbehörde sich über dies Verhältniß geäußert, um als Vollzieher von Verfügungen, welche der Verfassung des Landes und des allgemeinen Staatsrechts entgegenlaufen, ein nachtheiliges Urtheil von sich abzuwenden. Im Hintergrunde hätten sich, abwechselnd oder gleichzeitig im Besitze des höchsten Vertrauens, Rathgeber befunden, deren einige im begründeten Rufe tiefer moralischer Verberbtheit gestanden, andere nur zu schmeicheln und gutzuheißen gewußt, oder aus untergeordneten Verhältnissen emporgehoben, von allen Fähigkeiten und Kenntnissen entblößt gewesen. Für die Weisungen, welche von solchen Personen der höchsten Staatsbehörde und einzelnen Beamten zugegangen, sei unweigerliche Befolgung gefordert worden; sie hätten durch Belohnungen und Versprechen manche Unteroffizianten und

Privatpersonen zu gewinnen gewußt, um diejenigen, welche den Verfall der guten alten Ordnung beklagt hätten, zur gelegentlichen Kränkung zu bringen; sie hätten zu gleichem Zwecke sich die Briefe der im Voraus bezeichneten Personen, besonders der Staatsdiener, vom Postamte auszuhändigen lassen, um die Stellen daraus zu bemerken, in welchen sie einen Tadel über die öffentliche Verwaltung zu erblicken gewöhnt. Da wegen mündlicher Aeußerungen der Art keine Beweise gefordert werden können, so habe man nur dem Agenten der geheimen Polizei mißfallen dürfen, um trotz aller Vorsicht als Uebelwollender bezeichnet zu werden. Die Schlechtesten hätten durch Anschluß an Jene und durch künstlich abgefaßte Briefe sich den Weg zur Gunst und Beförderung gebahnt; die besseren Staatsdiener seien immer mehr zurückgebrängt, weil sie um die Gunst solcher Menschen zu buhlen verschmähend, Kränkungen nicht länger zu tragen vermocht, welche auf vielfältige Weise ihnen- und ihretwegen selbst ihren entferntesten Verwandten zugefügt worden.

So reichhaltig nun die Mittel seien, um selbst mit Schonung der Grundsätze einer wohlgeordneten Verwaltung, dergleichen Kränkungen von einem hohen Standpunkte herab einzeln zuzufügen; so sei man doch dabei nicht stehen geblieben. Die Gerichte hätten der höchsten Willkür dienen, diese statt des Gesetzes als Richtschnur ihrer Aussprüche anerkennen, und neben den Gerichten auch abhängige Verwaltungsbehörden zur Ausübung des Strafamtes ermächtigt werden sollen. In Verfolgung dieses Zieles seien wahre Criminalstrafen, ohne vorgängige Untersuchung, auf höchsten Specialbefehl, gegen allgemein geachtete Personen verhängt, dem Distriktsgenichte zu Braunschweig Verbote der Vollstreckung rechtskräftiger Entscheidungen in einzelnen Fällen zugegangen und Weisungen an dasselbe erlassen, welche nichts weniger bezweckt hätten, als dieses Gericht in allen das herrschaftliche Interesse berührenden Streitfachen einer förmlichen Beaufsichtigung rechtsunkundiger Personen zu unterwerfen.

Die Mitglieder jenes Gerichts und der höheren Justizcollegien, welche fest an ihren beschworenen Verpflichtungen gehalten, und durch bescheidene Vorstellungen den Eingriffen in den Lauf der Justiz zu wehren gesucht, hätten vielfach die höchste Ungnade empfinden müssen; namentlich sei eine Verordnung vom 28. Februar d. J., den Urlaub der herzoglichen Dienerschaft betreffend, dazu benutzt, sie, gleich Gefangenen, ununterbrochen an ihren Wohnort zu bannen, und von Vადereisen abzuhalten, welche als unerlässlich zur Herstellung ihrer Gesundheit beschienigt gewesen.

Keine andere als die erwähnte Absicht habe zum Grunde liegen können, als im März d. J., ohne Rücksicht auf die entgegenstehende Landesverfassung, im Widerspruch mit der Gerichtsverfassung, ein Oberhofgericht, mit Criminal- und Civilgerichtsbarkeit, über die zum Hofstaat gehörigen oder herrschaftlichen Gebäude bewohnenden Personen, unter dem Vorsetze eines rechtsunkundigen Hofofficianten unmittelbar unter dem Staatsministerium errichtet, und in gleicher Abhängigkeit ein Generalkriegsgericht für nicht militärische Straf- und Civilsachen der Militärpersonen eingesetzt worden seien. Die bei beiden Gerichten widerruflich erfolgte Anstellung der Richter habe schon an und für sich die Erreichung des vorgebachten Zweckes gesichert. Beweise für die Absicht, sämmtliche Gerichtsbehörden umzugestalten, seien in Folge des unglücklichen Schloßbrandes durch die aus dem Cabinete geretteten Schriften zur öffentlichen Kunde gekommen und daneben hierdurch dem Publicum die Aussicht in ein schaudererregende Zukunft enthüllt. Die Stände schwiegen über den näheren

Inhalt der angedeuteten Documente, und beschränkten sich auf den Wunsch, daß glückliche Zeiten sie für immer in Vergessenheit bringen möchten. Die Finanzen seien beim Regierungsantritte des Herzogs so zu dessen Vortheil geordnet gewesen, daß die Vorzeit in dieser Hinsicht keine ähnliche günstige Lage eines braunschweigischen Regenten aufzuweisen vermöge. Die Kammerkasse habe, nach Abzug der darauf ruhenden Staatshaushaltungs-Ausgaben und Fonds zur Schuldentilgung, einen Ueberschuß geliefert, mehr als genügend, um die Kosten des glänzenden Hofstaats zu bestreiten. In einem ungleich minderen Betrage habe dieser Ueberschuß vormals mehreren fürstlichen Familien eine ihrer hohen Würde angemessene Existenz gewährt. Vereint mit den Einkünften eines beträchtlichen Privatvermögens habe derselbe Seiner Durchlaucht in einem Maße die Mittel dargeboten, alle Neigungen zu befriedigen und dabei auf Hebung des Kunstfleißes und Förderung der bürgerlichen Nahrung zu wirken. Die in die Landeskasse fließenden Abgaben seien dagegen, im Vergleich mit der Vorzeit, nicht unbeträchtlich gewesen; es seien deren auf den Kopf $3\frac{1}{4}$ Thlr. gefallen. Vieles sei bei den letzten Stände-Verhandlungen für die nächsten drei Jahre auf die Steuerkasse übernommen worden, was früher der Kammerkasse allein, oder beiden Kassen gemeinschaftlich obgelegen habe. Es sei Seiner Durchlaucht vorbehalten gewesen, durch Verminderung der einstweilen forterhobenen außerordentlichen Abgaben sich die Liebe der Unterthanen noch mehr zu versichern.

Von allen Hoffnungen, zu welchen man sich in dieser Beziehung berechtigt gehalten, sei kein: erfüllt; es sei vielmehr, mit Verletzung aller Verträge und Grundgesetze, auf Gefahr einer Hemmung der Staatsverwaltung in ihren wesentlichen Zweigen, nur darauf Bedacht genommen, den höchstmöglichen Geldbetrag zur herzoglichen Privatkasse zu ziehen. Die neue Ordnung des Steuerwesens sei unterblieben, weil die Stände nicht berufen worden; selbst der Antrag der Mitglieder der Ausschüsse auf Zulassung einer den Kräften der Steuerkasse entsprechenden Ermäßigung der Personalsteuer habe kein Gehör gefunden. Von den Kammereinkünften sei die nach den bestehenden Verträgen zur Schuldentilgung jährlich zu verwendende Summe, sowie das erforderliche Geld zu den Bauten auf den Domänen, zu den Forstculturen und Wegeverbesserungen zurückbehalten. Aus der Kammerkasse zu besoldende Stellen seien unbefest geblieben, wenn sie nicht ohne Besoldungsvermehrung einem Beamten mitübertragen werden konnten. Alle Schilderungen der Nachtheile, welche der Verwaltung und Justizpflege hieraus zu erwachsen gedroht, hätten keinen Eingang gefunden; nicht einmal die Anzeige des Landesgerichts, daß die Mitglieder außer Stande den überhäuften Arbeiten vorzukommen, sich von der Verantwortlichkeit wegen Störung des Geschäftsganges lösen mußten, habe bewirken können, daß auch nur in einem und so dringenden Falle von dem verderblichen Systeme der Geldanhäufungen abgewichen sei.

So schnell nun aber auf diese Weise, und bei der außerordentlichen Einschränkung der Ausgaben für die herzogliche Hofhaltung sich die Schätze sammeln müssen, welche der Herzog als seinem Privatvermögen zugewachsen angesehen, und der öffentlichen Verwaltung entzogen hätte, so habe man diese Mittel doch bald nicht mehr für genügend befunden; es sei zum Angriffe des disponiblen Staatsgutes geschritten.

Das Edict des Herzogs Carl, Wilhelm Ferdinand vom 1. Mai 1794 zur Schärfung der bestehenden Beschränkung wegen Verpfändung des Kammerguts (Veräußerungen wären gänzlich verboten und für nichtig erklärt gewesen),

um die Kammerkasse für ewige Zeiten zum Bestreiten des Unterhaltes des herzoglichen Hauses und der auf dieser Kasse lastenden Staatsbedürfnisse zu erhalten, habe kein Hinderniß mehr dargeboten, nachdem die Schranken der bestehenden Verfassung nicht mehr beachtet worden. Selbst die Schwierigkeit, daß die Mitglieder der Kammer und des höheren Justizcollegii auf die strenge Befolgung jenes Edicts beeidigt gewesen, sei gewissermaßen dadurch beseitigt, daß gleichfalls verfassungswidrig die Finanzverwaltung einer Umgestaltung unterzogen worden, welche in jeder andern Hinsicht zweckwidrig gewesen sei.

Diese Umgestaltung habe mit einem Befehl an das damals noch existirende Kammercollegium begonnen, daß für Capitalien, welche der herzoglich Bevernischen Nebenlinie nur zum Zinsgenuß versichert, mit deren Aussterben aber als erloschen zu betrachten gewesen, sowie für zum Theil schon getilgte Privatforderungen des Herzogs neue auf den Inhaber lautende Verbriefung mit erhöhtem Zinsfuß ausgestellt werden sollte. Auf die Gegenvorstellungen jenes, bald nachher aufgelösten Collegii, sei zwar auf die Ausführung dieses Befehles nicht weiter bestanden, es seien aber jene Obligationen mit dem lithographirten Namen der Mitglieder des Ministeriums, der Kammer und des Präsidenten des Landesgerichts gefertigt, ohne daß einer dieser Beamten es gewußt, geschweige denn im Concept signirt habe. Nur ein Formular sei denselben ohne Angabe des Zweckes vorgelegt, um ihr „gesehen“ darunter zu setzen; unausgefüllt seien die Obligationen, durch einen Cabinetsdiener mit dem Kammeriegel versehen; nur von der Stückzahl, nicht von den Summen sei die Kammer in Kenntniß gesetzt.

Als diese Obligationen jedoch, wenigstens im Lande, nur geringen Absatz gefunden, sei zu Veräußerung der Domainen übergegangen.

Mit den Grundstücken der Stifte St. Blasii und St. Cyriaci, welche nach dem Reichsdeputations-Hauptschlusse vom 28. Februar 1803 für unauf lösbar erklärt, jedoch wegen ihrer besondern Verhältnisse zur Landschaft nicht, wie andere damals aufgehobene Stifter, dem Kammergute einverleibt worden, sei der Anfang zur Veräußerung gemacht. Habe solchergestalt auch der Verkauf der Curien gerechtfertigt geschienen, so seien jedoch die Kaufgelder vorschriftswidrig dem Kammerfond überwiesen. Die verbreitete Meinung, als ob nach den Worten des § 35 des Deputationschlusses selbst die übrigen Grundstücke dieser Stifter nicht den verfassungsmäßigen Beschränkungen der Dispositionsfreiheit über die Staatsgüter unterlegen, habe einige Käufer getäuscht, obwohl die einsichtsvolleren bald zu der Ueberzeugung gelangt seien, daß dem Staate gemachte Erwerbungen nur dessen Grundgesetzen unterstellt werden könnten, und eine dem entgegenstehende Meinung auch in jenen Worten nicht ausgesprochen sei. Mehr noch habe zur Eingehung des Handels, welcher bald auf alle Domainengüter ausgedehnt worden, der wohlfeile Preis und die Rücksicht auf eventuellen Ersatz des Kaufgeldes aus dem beträchtlichen Privatvermögen des Herzogs gereizt.

Ein mit dem Titel eines Canzleidirektor begnadigter Schreiber sei mit Vollmacht des Herzogs im Lande umhergereist, um die Dorfgemeinden zum Abkaufe ihrer Zehnten und sonstige Grundprästationen zu bereben, deren Ablösung nach angemessenen Grundätzen und mit Rücksicht auf die Sicherung des Kammergutes die Stände schon auf dem letzten Landtage beantragt, und bei dem nächsten Landtage wieder zu moniren beschloffen hätten.

Vollständige Domänen seien jedoch mit wenigerem Glücke zu wohlfeilen Preisen bei reichen Privatpersonen feilgeboten. Die aus solchen Verkäufen ge-

lösten Gelder seien unmittelbar an die herzogliche Privatkasse eingezahlt und kein Staatsdiener habe erfahren, auf welche Weise darüber verfügt worden. Nur die Ueberweisung der veräußerten Grundstücke habe die neu eingefetzte Domänenverwaltung auf Befehl des Staatsministeriums nach der Ausweisung des erwähnten Bevollmächtigten besorgt, wobei die aus der Kammer an die Domänenverwaltung und in das Staatsministerium übergegangenen Offizianten die Gewissensunruhe wegen ihrer, obgleich geringen Theilnahme an diesen beschworenen Pflichten zuwiderlaufenden Handlungen, nur durch die Ueberzeugung hätten beschwichtigen können, daß jede noch so bescheidene wohlbegründete Gegenvorstellung keinen andern Erfolg gehabt haben würde, als ihnen großes Ungemach zu bereiten.

Die Stände bemerken, Anstand zu nehmen, dieser allgemeinen Darstellung des Fortschreitens zur unbegrenzten Willkür noch die einzelnen Fälle hinzuzufügen, in welchen sich dasselbe vielfach geäußert habe; der Mittel zu gedenken, durch welche für den nämlichen Zweck noch so Manches erreicht werden sollte. Was von Vielen jüngst noch für unglaublich gehalten worden, liege jetzt enthüllt und zum Theil documentirt vor Aller Augen.

Ei längst schon das Vertrauen zur Regierung in dem Maaße geschwunden, daß viele redliche Staatsdiener unter bedeutenden Opfern ihr Vaterland verlassen hätten, und daß Allen der Muth entsunken sei, durch Unternehmungen irgend einer Art sich fester an dasselbe zu binden; habe die Nahrunglosigkeit schon in Folge des Geschehenen zu dem Punkt gesteigert werden können, welchen sie gegenwärtig erreicht habe; so werde man das über seine Erwartungen an die Zukunft jetzt völlig aufgeklärte Volk nicht unerlaubter Anmaßung beschuldigen dürfen, wenn es Gewähr für eine dem Staate entsprechende Regierung verlange, wenn es zugleich aber für unmöglich halte, daß eine solche Regierung unter einem Fürsten gesichert werden könne, der nach dem einstimmigen Zeugnisse Aller, die ihn umgeben und nach den vielen zur öffentlichen Kunde gebrachten Documenten für alle, sein und seines Landes Wohl bezweckende Vorstellungen unempfindlich gewesen sei.

Vertrauensvoll dürften die Bewohner des Herzogthums in die Hände des Herzogs Wilhelm und der hochherzigen Glieder seines erhabenen Fürstenhauses die Entscheidung ihres Schicksals legen. Wie könnten sie Hülfe einem Volke versagen, welches seit Jahrhunderten diesem Hause mit unverlegter Treue anhängen und noch zuletzt in drangvoller Zeit bewiesen habe, daß es Gut und Blut zu opfern bereit sei, um seinem angestammten Fürstengeschlechte anzugehören?"

Die Lage des Landes lege den Ständen die Pflicht auf, um baldige Hülfe zu bitten. Wo so vieles zu ordnen sei, ein Jeder von Uebelwollenden erregte Zweifel an der Hülfseistung die Gemüther auf's Neue zu entflammen drohe, da werde sie für die Ruhe des Landes, ja für die Ruhe Deutschlands nicht schnell genug erfolgen, und bei der auf die Grundsätze des allgemeinen Staatsrechts gestützten Unmöglichkeit, daß der Herzog Carl die Regierung des Landes fortsetze, nur dadurch erreicht werden können, daß der Herzog Wilhelm sie übernehme. Mit Sehnsucht sehen die Stände dem Zeitpunkte entgegen, wo sie förmlich berufen in den Stand gesetzt würden, zur Förderung des Gemeinwohles auf verfassungsmäßigem Wege das Ihrige beizutragen."

Auf diese Adresse wurde vom Herzoge Wilhelm von Braunschweig-Wels unter dem 28. September folgende Antwort ertheilt:

„Ich danke der vereinigten Landschaft des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenberg für die mir dargebrachten Versicherungen der Ergebenheit und des Vertrauens.

Es ist mir angenehm, in der Mir am 27. d. M. überreichten Adresse einen neuen Beweis der hohen Vaterlandsliebe und des ebenso eifrigen als besonnenen Bestrebens der Stände zu finden, die Verfassung des Landes aufrecht zu erhalten und dessen Wohlfahrt dauernd zu begründen.

Je schmerzlicher ich mich ergriffen fühlte von der in dieser Adresse enthaltenen Schilderung der gegenwärtigen Lage des Landes, um so sicherer kann die vereinigte Landschaft auf Meine aufrichtigste und volle Zustimmung zu allen verfassungsmäßigen Schritten rechnen, welche den Zweck haben, das Wohl des Landes herzustellen und dauerhaft zu befestigen.

Es gereicht mir zur besonderen Zufriedenheit, der vereinigten Landschaft, in Beziehung auf den Mir gemachten Antrag, schon jetzt eröffnen zu können, wie ich mich veranlaßt gefunden habe, bis auf Weiteres die Regierung des Landes zu übernehmen.

Ich darf erwarten, daß auf diese Weise die fernere Dauer der so glücklich wiederhergestellten Ruhe gesichert und dem dringendsten Bedürfnisse des Augenblicks abgeholfen sei.

Ich werde mich inzwischen auf das eifrigste bemühen, durch eine unverzüglich mit meinem Herrn Bruder anzuknüpfende Unterhandlung den von der Landschaft angedeuteten Zweck zu erreichen.

Sollten indeß, wider Verhoffen, meine desfallsigen Bemühungen den gewünschten Erfolg nicht herbeiführen, so werde ich mich zwar nicht entschließen können, selbst die Maßregeln zu ergreifen, auf welche die Landschaft hindeutet, jedoch es geschehen lassen, daß dieselbe unmittelbar sich an Seine Majestät den König von Großbritannien und Hannover mit den geeigneten Anträgen wende, und ich zweifele nicht, daß durch die Vermittelung dieses wohlwollenden und erleuchteten Monarchen das gewünschte Ziel erreicht werden wird.

Es ist mir nur noch übrig, den Wunsch auszusprechen, daß die vereinigte Landschaft ihren ganzen Einfluß anwenden wolle, daß das Vertrauen der Unterthanen zu der Regierung, ohne welche das Glück eines Landes nicht gedeihen kann, von neuem erwache und immer mehr und mehr befestigt werde.“

Daran schloß sich nun die Verordnung des Herzogs Wilhelm von Braunschweig mit welcher die Revolution in Braunschweig abgeschlossen wurde. Sie lautet:

Wir von Gottes Gnaden Wilhelm, Herzog zu Braunschweig-Dels &c., fügen hiemit zu wissen: Als wir mittelst Unseres Patents vom 28. September dieses Jahres die Regierung der hiesigen Landen bis auf Weiteres übernahmen, thaten Wir diesen durch neuere dringende Gründe gebotenen Schritt nicht ohne die Zustimmung Unseres vielgeliebten Herrn Bruders, des Herzogs Carl Durchlaucht. Zu Unserem innigsten Bedauern hat zwar diese Zustimmung jetzt aufgehört; allein da, wie die Welt offenkundig verlangt, Seine Durchlaucht der Herzog Carl sich gegenwärtig außer Stand befinden, die oberste Regierungsgewalt in den hiesigen Landen auszuüben; da der Staat ohne eine solche in keinem Augenblick bestehen kann; da wir mit Recht fürchten, daß nicht nur unser geliebtes Vaterland von Neuem den Stürmen der Gesetzlosigkeit preisgegeben, sondern auch die Ruhe der Nachbarstaaten gefährdet werden würde, wenn Wir Uns von den Regierungsgeschäften zurückzögen; da Wir als nächster Agnat bei

einer solchen Lage ebenso verpflichtet, als berechtigt sind, für das Wohl des Landes zu sorgen, und Unsere eigenen Rechte wahrzunehmen; endlich da Wir von Unserm vielgeliebten Herrn Oheim, Seine Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover, die dringende Aufforderung erhalten haben, unter keinen Umständen die Regierungsgeschäfte aufzugeben, bis Seine Majestät eine endliche Entscheidung über das Schicksal des hiesigen Landes vermittelt haben werden; so sind Wir entschlossen, eingedenk Unserer höheren Pflichten, die Administration der hiesigen Lande bis dahin, daß deren endliches Schicksal entschieden sein wird, fortzuführen.

Wir weisen daher die Landes-Collegien, Behörden und Beamte an, ihre Functionen in den ihnen übertragenen Geschäftskreisen mit dem bisher bewiesenen Eifer fortzusetzen, und erwarten von den getreuen Unterthanen, daß sie den Gesetzen und den Obrigkeiten die schuldige Folge leisten werden, wobei es Uns zur besondern Freude gereicht, bei dieser Gelegenheit Unsere Anerkennung der vielen Beweise von Liebe, Ergebenheit und Treue, welche Wir täglich erhalten, öffentlich auszusprechen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten herzoglichen Staatskanzlei-Siegels.

Braunschweig, den 26. November 1830.

Wilhelm, Herzog (L. S.)

Graf v. Belthelm. von Schleinitz. F. Schults.

vidit: G. Koch.

Von Braunschweig aus wurde nun diese Zeit alles Mögliche versucht, den Herzog zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und in London selbst gaben sich der österreichische und preussische Gesandte Fürst Esterhazy und Baron Bülow die größte Mühe; — allein für's Erste ganz vergeblich. Der König selbst versuchte sein Heil bei seinem eigenwilligen Vetter; — auch dies gelang nicht. Aus dieser Zeit sind besonders zwei Briefe sehr lehrreich zur Beurtheilung der Situation; der eine rührte vom General Herzberg her und sollte neben einer Warnung zugleich seine eigene Vertheidigung wegen seiner Haltung am 7. September bei dem Aufstand und Schloßbrand führen, der andere war von dem Leibarzt des Herzogs, Dr. Podels. Die Vertheidigung des Generals war unzureichend, wenn man ihn in seiner Eigenschaft als Officier betrachtet; der Brief von Podels ist jedenfalls originell. Beide Briefe mögen folgen:

Bericht des Commandeurs en Second
des aktiven Corps über die Ereignisse in Braunschweig,
seit des Abreise Seiner herzoglichen Durchlaucht.

Ew. herzoglichen Durchlaucht halte ich es für meine Pflicht, diejenigen Aufschlüsse und Erörterungen allerunterthänigst vorzulegen, welche mein Benehmen bei den nach Ew. herzoglichen Durchlaucht Abreise stattgehabten Ereignissen geleitet haben:

In dem Augenblicke, als Ew. herzogliche Durchlaucht den Schloßgarten verlassen hatten, war bereits das im höchsten Grade aufgeregte Volk durch das Kanzleigebäude in das Innere des Schlosses eingedrungen. Ich selbst hatte mich kurz vor diesem Ereignisse zu dem Magistrats-Direktor Bode begeben, um mit diesem die zweckdienlichsten Mittel zu verabreden, unter Mitwirkung der Bürgergarde wo möglich das Schloß zu schützen. Nachdem ich dort die Zusähe-

Schreiben des Dr. Postels.

Durchlauchtigster Herzog, Allergnädigster Herzog und Herr!

Euer hochfürstlichen Durchlaucht gnädigstes Wohlwollen gestattet mir früherhin bei vielen Gelegenheiten, mich frei zu äußern über Gegenstände, die dem ärztlichen Wirken nicht direkt, sondern nur insofern angehören, als sie in ihren Folgen durch nachtheilige psychische Eindrücke der Gesundheit schädlich werden konnten. Euer Durchlaucht, überzeugt, daß ich es redlich meine, wurden nicht ungnädig, wenn ich unterthänigst warnend aufmerksam machte, auf Grundsätze und Handlungen, zu denen nur aufgeregte Leidenschaften die Veranlassung geben. Diese höchste Gnade sowohl, als auch die Ueberzeugung, daß Euer Durchlaucht über den jetzigen Zustand der Verhältnisse, über die allgemeine Stimmung der Unterthanen nicht mit unumwundener Wahrheit versehen werden, vor Allem aber die aufrichtigste Absicht, in dieser gefährlichen Zeit neue Greuelsszenen verhindern zu wollen, alle diese Umstände machen es mir zur strengsten Pflicht, die Wahrheit nicht zu verschweigen.

Es ist nicht mehr zu bezweifeln, daß während der unglücklichen Katastrophe es ganz besonders auf Euer Durchlaucht Leben abgesehen war. Augenscheinlich aber wurde die Wuth gegen Euer Durchlaucht Person nach dem Schloßbrande noch mehr gesteigert und allgemeiner verbreitet, durch viele aus Euer Durchlaucht Kabinete und Bitters Wohnungen der Angabe nach geretteten Handschriften, Correspondenzen und Büchern, welche in Originalen und in unzähligen Abschriften in der Stadt, im Lande und sogar im Auslande von Hand zu Hand gingen. Die allgemeine Ruhe der Stadt und des Landes wurde seit Euer Durchlaucht Abreise allerdings durch die zweckdienlichsten Maßregeln aufrecht erhalten. Die Regierung wies sofort große Summen zu ausgedehnten Arbeiten an; bis jetzt schon wurden an Hunderttausend Thaler zu mannigfachen Bauten bewilligt; dadurch Tausende von Handwerkern in stete Beschäftigung erhalten, das Ministerium wurde durch zwei Mitglieder ergänzt, welche durch erprobte Redlichkeit das Vertrauen aller Klassen von Unterthanen sich erworben hatten; Justizbeamtenstellen, die seit Jahren unbefestigt blieben, wurden Männern übertragen, deren Kenntnisse und unabänderliches Gefühl für Recht allgemein anerkannt werden, ohne Rückhalt spricht man sich dahin aus, daß hierdurch in dem Bürger und Bauer das Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit wiederhergestellt werde. Dagegen aber äußern sich täglich lauter und offener der Unwillen, Haß und Rachegefühl gegen Euer Durchlaucht Selbst. Den Stoff hierzu liefern, außer den in der Adresse der Landstände öffentlich vorgelegten Beschwerden, jene Papiere. Man fand darin von Euer Durchlaucht eigenhändig niedergeschriebene Maximen, die das Volk zu den gräßlichsten Verwünschungen aufreizen; gehässige Bemerkungen über hochgeachtete Staatsdiener, Andeutungen zu ihrer Verfolgung und allmählichen Vernichtung; Strafmemoiren, aus denen der Bürger, der Staatsdiener, der Officier die Gewißheit zu ersehen glaubten, daß in dem Verderben solcher Unterthanen, die Euer Durchlaucht Ungnade auf sich gezogen, planmäßig vorgeschritten werden sollte; daß dagegen notorisch schlechte und kenntnißlose Menschen, sobald sie es nur verstanden, Euer Durchlaucht Leidenschaften zu fröhnen, zu den wichtigsten Aemtern berufen wurden und noch berufen werden sollten. Die Indignation der Bürger hatte keine Grenzen, als es bekannt wurde, daß der öffentlichen Meinung zum Hohne ein wegen criminelles Untersuchung vom Amte suspendirter Richter zum Polizeidirector ernannt werden sollte, als es erwiesen war, daß ein wegen der größten

Verbrechen zum Tode condemnirter Staatsdiener begnadigt sei, weil er zum Vertheidiger Euer Durchlaucht in der bekannten Streitsache sich aufgeworfen.

Durch die angeblich in der Wohnung Bitters aufgefundenen Papiere kamen die Menschen zur allgemeinen Kenntniß, welche durch gehässige Anzeigen ihrer Mitbürger und vieler Staatsdiener, durch Anrathen allgemein verachteter Maßregeln sich eine Schandensäule in den Augen eines jeden rechtlichen friedliebenden Mannes errichteten. Ein Theil einer Correspondenz zwischen Euer Durchlaucht und dem Fürsten Metternich ist in den Händen der Bürgergarde. Die Correspondenz mit der Kronprinzessin von Preußen, Prinzessin Amalia, Briefe an und von Bitter, mehrere Briefe an und von Kiedworth circuliren im Publicum. Es ward nicht mehr verschwiegen, daß der offene Ausbruch der Volkswuth nur durch die tiefeingewurzelte Anhängigkeit der Braunschweiger an ihr altes Fürstenhaus bisher aufgehalten sei. Jetzt aber, und ich halte es für heilige Pflicht, Euer Durchlaucht ohne Fehls es zu schreiben, jetzt ist der Haß und das Rachegefühl auf einen Grad gestiegen, der Euer Durchlaucht Leben überall in Gefahr setzen muß. Ich halte es für ein Verbrechen, irgend etwas zu verschweigen, was in seinen Folgen für Euer Durchlaucht verderblich werden, zu schaudervollen Handlungen Veranlassung geben könnte, die nur der Fanatismus zu billigen im Stande ist. Die anliegende, von dem größten Theile der Unterthanen jetzt schon unterschriebene Adresse an die Landschaft wird Euer Durchlaucht die Stimmung, die Urtheile des Volkes kennen lernen; und nicht zu bezweifeln ist es, daß sich Fanatiker finden werden, die als eingebildete Märtyrer das eigene Leben nicht berücksichtigend, auf jede Weise nach Euer Durchlaucht Leben trachten werden, wenn Höchste sich nicht entschließen würden, der Regierung zu entsagen. In den Versammlungen der Bürgergarden, der Gesellschaften hört man von Alt und Jung die freie Aeußerung, daß Euer Durchlaucht etwaige Versprechungen durchaus keine Gewährleistung für die Zukunft abgeben können, daß nicht mehr zu denken sei an eine Vermittlung, daß nur in einer bündigen, rechtskräftigen Entsagung eine Garantie liege, die gänzliche Zerrüttung der Staatsmaschine, den Ruin des Landes, die allmähliche Zerstörung des moralisch-guten Gefühls in den Unterthanen zu verhindern, die ruhige Existenz der Staatsbürger, die Abwendung gesetzwidriger Willkür zu sichern. — Euer Durchlaucht können sich kaum einen Begriff machen von der durchgreifenden Exaltation, die durch alle Klassen der Unterthanen sich verbreitet hat, von der die Staatsdiener, das Militär keineswegs frei ist! Ich meine es treu und redlich mit Euer Durchlaucht, und obwohl ich, bei der mir hinlänglich bekannten Festigkeit, meine Existenz in Euer Durchlaucht Staaten in große Gefahr bringe, indem ich mich erdreiste, diese offenen Mittheilungen unterthänigst zu machen; so gebeut mir jedoch mein inneres Gefühl für Euer Durchlaucht bessere Zukunft, so und nicht anders zu schreiben, Euer Durchlaucht die jetzt herrschenden Urtheile der Masse der Unterthanen unverschleiert unterthänigst zu übersenden. Euer Durchlaucht Leidenschaft hat wiederholt zu manchen Handlungen und Aeußerungen Veranlassung gegeben, deren Ursache jetzt aus einem andern Gesichtspunkte allgemein betrachtet wird. Es wird frei und offen für unmöglich gehalten, daß etwas anderes als periodischer Mangel an Herrschaft der Vernunft über die Leidenschaften einen großen Einfluß auf viele von Euer Durchlaucht getroffenen Maßregeln gehabt haben könne, daß ein solcher Gemüthszustand dahin führen müsse, Euer Durchlaucht nicht nur zu einer permanenten Entsagung der höchsten Regierungsgewalt zu veranlassen, sondern sogar den freien Gebrauch

rung erhalten hatte, daß die disponibeln Abtheilungen der Bürger-Miliz in der Nähe des Schlosses aufgestellt werden sollten, ritt ich unter Begleitung eines zahlreichen Volkshaufens zum Schlosse zurück, und wurde am Eingange unter dem Bogen des rechten Flügels unerwartet mit einem Steinhagel begrüßt, von dem ich selbst an der Schulter gestreift, mein Adjutant aber am Kopf getroffen ward, so daß es uns nur mit Mühe gelang, den Eingang zu gewinnen und wieder verschließen zu lassen. Durch den Abmarsch des Leib-Bataillons, welcher mir einige Zeit unbekannt blieb, war der hintere Theil des Schlosses, in welches bereits bedeutende Volkshaufen durch das Kanzleigebäude eingedrungen waren, von Vertheidigern entblößt; der Bohlweg, vorzüglich in der Nähe des Schlosses, war mit gedrängten Menschenmassen angefüllt, so daß ohne Kavallerie das Zufließen des Volkes in die Kanzlei durch gewöhnliche Mittel nicht zu verhindern war. Die disponibeln Bürger-Milizen hatten sich dem Schloß genähert, waren jedoch mit ihrer unzureichenden Bewaffnung nicht im Stande, wirksam aufzutreten, sondern wurden sogar verspottet, entwaffnet, die Piken zerbrochen und standen solchergestalt mit dem tumultuirenden Volkshaufen vermischt. In dieser Lage der Sache entstand nun die entscheidende Frage, ob ungewöhnliche Mittel, nämlich ernstliches Geschütz und Gewehrfeuer, anzuwenden für rathsam zu achten sei oder nicht.

Erw. herzogliche Durchlaucht wollen, bevor ich die Motive, welche mich geleitet haben, aufzähle, Allergnädigst zu erwägen geruhen, daß kurz vor Allerhöchstherrn Abreise mir die Befugniß ertheilt wurde, nach meiner Einsicht zu verfahren, ohne daß mir jedoch der Befehl zum Feuern ertheilt worden wäre. Die unermessliche Verantwortlichkeit, die hieraus für mich entstand, und welche ich mit Niemandem theilen konnte, da weder irgend ein Mitglied des Staatsministeriums noch die Chefs anderer Behörden mir zur Seite standen, bewog mich daher, die Ansicht der Stabsoffiziere, ja selbst der niederen Offiziere, auf Pflicht und Gewissen in Anspruch zu nehmen und die nachfolgenden Gründe leiteten diese sämtlichen Offiziere einstimmig zu dem Resultate, das Feuer zu widerrathen.

Zuvörderst war ein großer Theil der entwaffneten Bürger-Milizen, welche im guten Glauben mit dem Militär vereint zur Rettung des Schlosses zu wirken sich zwischen die Angreifer begeben hatten, mit diesem vermischt; und würden solche im gräßlichsten Mißverständnisse als Opfer ihrer Dienstreue den Tod gefunden haben. In dichtgedrängter Masse würde das Musketen- und Kartätschenfeuer Tausende von Unglücklichen schuldig oder nichtschuldig niedergeschmettert haben, und wenn es nun endlich gelungen wäre, die Volksmassen aus der Nähe des Schlosses zu vertreiben, so würden solche sich unaufhaltsam in der Stadt verbreitet und verstärkt durch das von allen Seiten auf das Signal des ersten Schusses herbeiströmende Landvolk die öffentlichen Gebäude der Stadt geplündert, zerstört und verbrannt; dadurch aber den größten Theil der Stadt den Flammen geopfert haben, ohne daß das Militär, zu schwach, um sich zum Schutze der öffentlichen Gebäude in der Stadt zu zersplittern, im Stande gewesen wäre, diese Gräuelszenen zu verhindern; wobei es dann sehr zweifelhaft blieb, ob es nicht den, höchstwahrscheinlich durch die zur Verzweiflung gebrachten, sonst ruhigen Einwohner verstärkten Volkshaufen, dennoch endlich gelungen sein würde, das durch Anstrengungen endlich erschöpfte Militär zu überwältigen, und aus der Gegend des Schlosses zu vertreiben.

Dieses waren die gewichtigen Motive, welche mich bestimmen mußten, die

Vertheidigung des Schlosses nicht ferner zu versuchen. Wenn Eure herzogliche Durchlaucht ernstlich und mit Berücksichtigung aller Verhältnisse, welche Allerhöchsthien jetzt bereits klar vorliegen werden, diese Gründe zu erwägen geruhen, so halte ich mich stets überzeugt, daß nicht falschen Maßregeln von meiner Seite die sehr beklagenswerthe Zerstörung des Schlosses zugeschrieben werden kann.

Es bleibt mir nur noch Einiges über die nachherigen Ereignisse zu erörtern übrig. Als, in Folge des gefaßten Entschlusses, das Schloß sich nach und nach mit großen Volkshaufen füllte, und in dem ersten furchtbaren Andrang der Zerstörungswuth ohne Feuer kein Einhalt geschehen konnte, zog ich die Truppen vom Schloßplatze zurück, und stellte solche Anfangs auf dem Alderhose, später aber im Schloßgarten auf; wobei es mir gelang, die Silberkammer und die Leinentammer in Sicherheit bringen zu lassen, und das Schatzgewölbe zu besetzen, so daß solches unverfehrt geblieben ist. Außerdem sandte ich starke Detachements in das Corps de Logis und den linken Flügel, um wenigstens den Versuch zu machen, durch zweckmäßigen Widerstand der Zerstörungswuth nach Möglichkeit einen Damm entgegenzusetzen. Allein auch dieses mußte später sehr eingeschränkt werden, da ich nach dem Zeughause, dem Opernhause, der Münze, dem landschaftlichen Hause, der Generalkasse, dem Leihhause, den Kasernen, der Kriegskasse u. s. w. bedeutende Detachements zu senden gezwungen war, um einer etwa versuchten Zerstörung derselben zuvorzukommen, und so fand ich denn, daß ich in meiner Stellung im Schloßgarten oft kaum 40 bis 50 Mann und die Geschütze beisammen hatte, mit welchen geringen Mitteln ich um so weniger im Stande war, den Flammen Einhalt zu thun, als die herbeigezogenen Spritzen zum Theil sofort zertrümmert, hauptsächlich aber nur dazu verwendet wurden, die naheliegenden Gebäude zu schützen und so der Verbreitung des Brandes entgegenzuwirken; wobei es erwiesen ist, daß jeder Versuch der Spritzenleute, dem Schloßbrande Einhalt zu thun, solche der gränzenlosesten Volkswuth Preis gab. So verging die Nacht und erit gegen Morgen rückten die erschöpften Truppen, nachdem alle wichtigen Gebäude und Plätze hinlänglich besetzt waren, in die Kasernen wieder ein.

Am anderen Tage wurden sofort im Verein der Bürgerschaft die zweckmäßigsten Maßregeln zur Wiederherstellung der Ruhe getroffen; es wurde eine mit Feuergewehren bewaffnete, sehr zahlreiche Bürgergarde gebildet, und es gelang den vereinten Bemühungen der sämmtlichen Behörden und des Militärs, die Ruhe dergestalt aufrecht zu erhalten, daß solche nicht ferner unterbrochen worden ist.

Vern und willig unterwerfe ich mich Euer herzoglichen Durchlaucht strengster **Beurtheilung**, indem die feste Ueberzeugung in mir wohnt, daß ich, um größeres und unabsehbares Elend und Unglück zu vermeiden, das Kleinere, wenn auch sehr beklagenswerthe Unheil habe zulassen müssen, und daß, wenn meine Maßregeln im Allgemeinen wie im Einzelnen fehlerhaft gefunden werden sollten, ich vielleicht nur meiner mangelhaften Einsicht gefolgt bin, jedoch stets meinen Eid, meine Pflicht und mein Gewissen vor Augen gehabt habe.

Allenunterthänigst

von Herzberg,

Commandeur en Second des activen Korps.

Braunschweig, den 28. September 1830.

des eigenen Vermögens Euer Durchlaucht nicht unbedingt zu gestatten. Es soll die Absicht der Stände seyn, hierüber commissarische Untersuchungen anstellen lassen zu wollen. Bei allem was Eurer Durchlaucht heilig und werth ist, beschwöre ich Sie, mein gnädigster Herr, lassen Sie es nicht bis zu diesem Schritte kommen! Bei so vielen glänzenden Eigenschaften, im Besitze einer guten Gesundheit, haben Eure Durchlaucht bisher kein beneidenswerthes Leben geführt, keinen Tag ungetrübter Freude haben Sie erlebt seit den letzten fünf Jahren, das Gefühl reiner innerer Zufriedenheit ist Ihnen, mein gnädigster Herr, fremd geworden, es ist Eurer Durchlaucht nicht gelungen, im Besitze großer Vorzüge ein sorgenfreies Leben sich zu bereiten. — Denken Sie, mein gnädigster Herr, an die traurige Zukunft, auf die bisherige Weise unter furchtbollen Stunden, nur stets auf Selbsterhaltung bedacht, so eine Reihe angstvoller Jahre durchleben zu müssen. — Denken Sie dagegen an die schöne Zeit, wo Sie frei von Sorgen jeder Art, unabhängig und mit großen Mitteln versehen, den Hauptzweck des irdischen Daseins, Genugthuung zu finden in dem Wohle, das wir unseren Mitmenschen bereiten, in seinem Umfange zu erreichen im Stande sind. Verzeihen Sie, mein gnädigster Herr, mir diese Aufwallung des Gefühls für Ihr höchstes Wohl. Eure Durchlaucht betrachten die jetzige Lage der Dinge vielleicht nicht aus demselben Gesichtspunkte. Ich habe diese Zeilen niedergeschrieben in der innersten Ueberzeugung, Ihnen, mein gnädigster Herr, dadurch nützlich werden, ein Unglück verhüten zu können, an das die Nachwelt mit Schauder zurückdenken würde. Nochmals bitte ich Euer Durchlaucht, mir gnädigst verzeihen zu wollen, wenn ich die Grenzen meines Standpunktes überschritt, demüthigt flehe ich Sie, mein gnädigster Herr, meine gute Absicht nicht verkennen zu wollen. Geruhen Euer Durchlaucht die Versicherungen meiner innigsten Anhänglichkeit und Treue zu genehmigen, mit denen ich erstrebe

Durchlauchtigster Herzog

Euer hochfürstlichen unterthänigster Diener

Braunschweig, 27. September 1830.

Dr. Fockels.

Der Herzog Carl von Braunschweig suchte in London den König Wilhelm IV für sich zu gewinnen, versuchte aber, während er mit diesem unterhandelte, vor allen Dingen seinen Bruder wieder von Braunschweig zu entfernen, indem er den Hauptmann von Sommer mit einem Verlangen dieser Art an den Herzog Wilhelm nach Braunschweig sendete. Hiervon wurde Graf Münster durch den vorstehenden Ministerialrath Grafen von Belthheim benachrichtiget; Niemand hatte von diesem Auftrage des Hauptmanns v. Sommer in London eine Ahnung. Man war daher sehr erfreut, „daß sich der Herzog Wilhelm nicht von Braunschweig hatte wegweisen lassen und daß er, wie Graf Münster an von Strahlenheim (2. November 1830) schrieb, nicht dem natürlichen Wunsche nachgegeben habe, seine höchst schwierige Stellung in Braunschweig mit seiner früheren, so viel beneidenswertheren, zu vertauschen, da er als ein freier und sehr reicher Fürst ungebunden seinen Neigungen folgen könnte.“ Diese Aeußerung des Grafen Münster, wörtlich aus seinem Briefe an v. Strahlenheim entnommen, beweist zur Evidenz, daß man in London nicht, wie dies vielfach in Schriften behauptet oder angedeutet ist, ein abgekartetes Spiel wegen Vertreibung des Herzogs Carl getrieben habe, und daß der Herzog Wilhelm durchaus nur der Nothwendigkeit der Verhältnisse nachgab.

Der König von England und seine englischen Minister, Lord Aberdeen

und Herzog Wellington, wie auch Graf Münster, versuchten auf den Herzog Carl dahin zu wirken, daß dieser freiwillig auf die Regierung gegen eine reichliche Apanage verzichten solle. Münster mußte auf Befehl des Königs mit dem preussischen Gesandten am englischen Hofe, von Bülow, verhandeln (1. Novbr. 1830), damit dieser dem Herzoge zuredete, sich in Güte zu finden, und daß er auch den englischen Ministern, die bis dahin nicht ganz geneigt für diesen Plan schienen, die Dringlichkeit einer Beendigung der Verhandlung auf die eine oder die andere Art ans Herz legen möge, damit die Ruhe in Braunschweig nicht nochmals gestört werde. Herr von Bülow gestand Münster, daß er schon zwei Tage früher (30. October) beim Herzog von Braunschweig gewesen sei, der ihn mehrmals vergebens aufgesucht habe, daß er den Herzog gar nicht geneigt gefunden habe, sein Recht aufzugeben, sondern daß sein Bestreben offenbar dahin gehe, einen interimistischen Zustand herbeizuführen, um etwa durch erregte Unruhen in Braunschweig, oder durch Besetzung des Landes mit preussischen Truppen künftig durch Einnischung fremder Mächte sich wieder in den Besitz der Regierung zu setzen. — Die Sendung des Hauptmanns v. Sommer, der den Herzog Wilhelm von Braunschweig hätte entfernen und Anarchie herbeiführen können, hatte der Herzog Carl damit zu entschuldigen gesucht, daß er im Augenblick der Absendung dieses seines Adjutanten, den König von Preußen hätte ersuchen wollen, das Braunschweigische zu besetzen und die Regierung zu leiten. Die Absendung dieses Briefes an den König von Preußen und einer Anzeige dessen Inhalts an den Bundestag verhinderte der preussische Gesandte v. Bülow.

Baron v. Bülow hatte bei dieser Gelegenheit den Herzog Carl von der Nothwendigkeit zu überzeugen gesucht, zu abdiciren; er solle sich keine falschen Hoffnungen einflößen lassen. — Der Herzog Carl blieb aber standhaft bei seinem Vorsatze. Graf Münster verhandelte am 31. Octbr. 1830 sehr lange mit dem Herzog Wellington über diesen Gegenstand. Wellington glaubte die Angelegenheit schon so weit beendet, daß sie nur noch von der Höhe der zu gebenden Abfindung abhinge. Diese wollte er sehr hoch bestimmt haben, z. B. auf das Ganze der Einnahmen des Herzogs Wilhelm und mehr! Münster suchte dagegen dem Herzog Wellington zu beweisen, daß der König gar keine Summe versprechen könne, sondern nur seine Intercession, daß die Abfindung möglichst freigebig, doch nach den Kräften des Landes bestimmt werden möge. Auch Bülow wirkte in gleichem Sinne bei den englischen Ministern, damit das Land Braunschweig nicht zu hoch belastet werden möge.

Der Herzog Carl hatte zu dieser Zeit (1. October 1830) auf einen Brief an den König von Preußen, in welchem er um dessen Schutz und auch Wiedereinsetzung in die Regierung angetragen, die Antwort erhalten (16. October?), daß der König die Ereignisse in Braunschweig innig bedauere, daß aber der Herzog sich dieselben durch seine Regierungsmaßregeln allein zugezogen habe, und daß so wenig seine persönliche Sicherheit, als die Sorge für die öffentliche Ruhe seine Rückkehr gestatten würde. Nach dieser Mittheilung schien der Herzog williger zu einem baldigen Abschlusse zu sein.

Plötzlich aber brach er alle Unterhandlungen ab und verließ, selbst ohne Abschied zu nehmen, London am 7. November 1830. Für das Land Braunschweig schien es ein Glück, daß er auf die Abfindung nicht eingegangen war, da ihm Lord Aberdeen eine Summe von 40,000 Pfd. Sterling jährlicher

Apanage angeboten hatte. *) Dies hätte die Steuern des Landes bedeutend erhöhen müssen.

Kurz vor seiner Abreise von London hatte der Herzog Carl noch an alle größeren und mittleren Bundesstaaten ein Circular abgegeben, worin er unter Darstellung des Aufruhrs und dessen Ursachen um den Schutz dieser Mächte bat und zugleich die Absicht aussprach, die Vollmachten für seinen Bruder als Gouverneur des Herzogthums zurückzuziehen, so daß also die Kabinete schon Ende October von dem Plane des Herzogs unterrichtet waren, die Regierung wieder selbst zu übernehmen. Die Note lautete:

Es ist bereits zur Kenntniß der hohen deutschen Bundesstaaten gekommen, daß im Herzogthum Braunschweig bedeutende revolutionäre Vorfälle, wodurch leider gegenwärtig die Selbstständigkeit des Regenten gefährdet wird, ausgebrochen und daß in deren Folge Gewaltthaten und Gräuël ausgeübt worden sind, die eine erschöpfende Schilderung kaum möglich machen.

Nachdem in Braunschweig die durch Demagogen von allen Ständen absichtlich eingeleitete und von Empörern ausgeführte Revolte, die mit Erstürmung, Plünderung und Einäscherung des herzoglichen Residenz-Schlosses und durch Excesse der abscheulichsten Art befeßt worden, geschehen, erblickte man nur zu bald, daß der Geist der Widerspenstigkeit und des Aufruhrs in den höheren Ständen der Allgemeine war und daß insbesondere der ständische Adel, welcher sich nicht regieren lassen, vielmehr selbst wieder herrschen wollte, sowie die bald durch Verblendung und Anreizung gleichfalls gewonnene Bürgerschaft unumwunden den Willen aussprach, daß durch jeden Zweck eine Aenderung der Dinge und vor allen Freiheit der Dinge herbeigeführt werden müsse.

Man hat offenbar planmäßig zuvörderst den Pöbel als Werkzeug zur Umwälzung der rechtmäßigen Regierung gebraucht; es wurde erweislich am 6. Sept. Abends Geld unter das hier und da sich versammelnde Volk vertheilt, in mehreren Weinhäusern unentgeltlich Wein verabreicht und Alles angeboten, die Revolte anzuregen. Bei der Erstürmung des Schlosses am 7. desselben Monats drangen Masken, an weißen Mänteln zu erkennen, in das herzogliche Schloß ein, bemächtigten sich der Bücher, Scripturen und Papiere und leiteten erst hierauf gewissermaßen planmäßig die Verwüstung der Gebäude. Ueberall predigte man Empörung und benutzte verläumderisch jedes Mittel, um allgemein die Gemüther aufgeregt zu erhalten. Die Empörer würden Blutschuld auf sich geladen haben, wären Seine Durchlaucht nicht abgereist. Man sandte Abgeordnete in ruhige kleine Städte und auf das platte Land des Herzogthums und forderte überall die Unterthanen zur Theilnahme an der gänzlichen Umwälzung der rechtmäßigen Regierung auf. Wer sich nicht für den großen Haufen erklärte und ohne weiteres zur revolutionären Partei übertrat, ward für einen geheimen Anhänger des regierenden Herzogs gehalten, wagte Eigenthum und Leben; die Besseren mußten nothgedrungen den Ausführungen der Schlechteren, wenigstens scheinbar, beitreten und durften es nicht wagen, andere Ansichten laut werden zu lassen. Auf diese Weise sammelte man Unterschriften, um den Versuch zu machen, den rechtmäßigen Regenten zu verdrängen, Höchstwelcher nach der ihm gemachten Eröffnung vor dem Ausbruche der Revolution sich selbst bewogen fand, dem Nothstande und den Beschwerden abzuhelpen, öffentliche Abgaben erließ und

*) Vergleiche die Schrift: Der Aufstand in der Stadt Braunschweig etc. S. 137 ff.

versprach, Alles zu thun, was die Umstände noch erforderlich machen möchten. Allein vergebens. Die Conspiration hatte jetzt schon zu weit um sich gegriffen. Fortwährend blieb kein Mittel unversucht, den durchlauchten Herzog und Seine Handlungen anders zu deuten und mit Zusätzen und boshaften Erfindungen vermischt, zu verdrehen; in einzelne vorgefundene Notizen und Scripturen, die doch nur derjenige erklären kann, welcher sie geschrieben, legt man einen falschen gehässigen Sinn, versucht durch Broschüren und Zeitungsartikel die öffentliche Meinung irre zu führen, überall Anhänger und Vertreter zu gewinnen, verläumdet den rechtmäßigen Herrn und Alles, was in seiner Nähe sich befunden, und triumphirt auf solche Art das vorgesteckte Ziel erreicht zu haben, ja man schmeichelt sich, das wohl vorbereitete, durch verschiedene Umstände beförderte Spiel ganz gewinnen zu wollen.

Der Prinz Wilhelm von Braunschweig, welcher erschienen war, Namens Seines durchlauchten Herrn Bruders in Braunschweig möglicherweise Ruhe und Ordnung herzustellen, ward durch Seine Umgebung, welche aus mißvergnügtem Adel und conspirirenden Bürgern bestand, gleichsam in enge Schranken gesetzt. Seine Durchlaucht der regierende Herzog ernannten Höchstidieselben zum General-Gouverneur des Herzogthums, versahen ihn mit gehöriger Vollmacht und glaubten auf diese Weise das Nothwendigste für die Verwaltung des Landes beschafft zu haben. Nichts fruchtete; man verlangte den Prinzen zum Regenten, hoffend, Er werde Sich dem neu zu schaffenden Regierungssystem fügen, und Niemand denkt daran, daß Er nach dem Vorgefallenen jemals eine eigene Willensfreiheit ausüben könnte.

Unter diesen Umständen und da der Prinz Wilhelm von Braunschweig darin dem Ansinnen des Volks gezwungen nachgegeben, die Regierung des Landes bis auf Weiteres übernommen, und somit dem braunschweigischen Staate nicht mehr als General-Gouverneur erscheint, so können Seine herzogliche Durchlaucht Ihn auch nicht wohl ferner als Solchen betrachten und müssen die früher ertheilte, gegenwärtig überschrittene Vollmacht als widerrufen und zurückgenommen ansehen. Es ist nur zu gewiß, daß der Prinz, gleichsam unter Surveilance, dem ständischen Adel und den Unruhestiftern in Allem nachgeben muß. Derselbe hat nur die Perspective, daß es Ihm bei einer angemessenen selbstständigen Regierung und einer etwa vorkommenden entgegengesetzten Willensmeinung nicht besser ergehe, als Seiner Durchlaucht dem regierenden Herzoge. Das Staatsministerium Höchstidieselben ist gänzlich aufgelöst und in dem neu etablirten erblickt man die gefährlichsten und unruhigsten Demagogen des Landes.

Bei diesen verwickelten und für sämtliche deutsche Staaten höchst bedenklichen Verhältnissen bleibt Seiner Durchlaucht dem regierenden Herzoge von Braunschweig nichts übrig, als vertrauensvoll auf Schutz und Beistand der mächtigeren Staaten um so zuversichtlicher zu hoffen, da es noch Zeit sein dürfte, diesem immer mehr um sich greifenden Unwesen Einhalt zu thun. Die Zeitgeschichte liefert kein Beispiel, daß ein legitimer Fürst auf ähnliche unerhörte Weise seiner angeerbten Lande beraubt und für verlustig erklärt worden wäre! Das Ansehen der Regenten wird dadurch unfehlbar untergraben und schon des Beispiels wegen dürften Thathandlungen von so abscheulicher Art nicht ungerügt gelassen werden können, zumal das Volk nur zu geneigt ist, die Oberhand zu gewinnen und die Selbstständigkeit der Regenten zu zerstören und sie selbst zu vertreiben.

Seine herzogliche Durchlaucht können Höchstihre wohl erworbenen Souverainitäts- und Eigenthumsrechte ohne Weiteres nicht aufgeben; Sie würden

dadurch Sich und Ihre deutschen Mitfürsten compromittiren, Höchste sind vielmehr entschlossen, Ihre Rechte zu behaupten und die verbreiteten Verleumdungen und Unwahrheiten zu widerlegen.

Seine herzogliche Durchlaucht sehen sich daher zu dem dringenden Antrage veranlaßt:

„Keinen anderen Regenten für den braunschweigischen Staat als Seine Durchlaucht anzuerkennen und Höchste in Ihre wohlervorbenen Eigenthumsrechte wieder einzusetzen, den etwaigen Antrag der braunschweigischen Stände und revoltirenden Unterthanen, Seiner Durchlaucht des Herzogthums und der Regierung ohne Weiteres für verlustig zu erklären, gebührend zurückzuweisen und eine Staatsangelegenheit angemessen zu erledigen, welche wichtig genug, die Theilnahme und Aufmerksamkeit von Europa in Anspruch zu nehmen.“

London, Ende October 1830.

Nachdem die Unterhandlungen also zu keinem Ziele geführt hatten, begab sich der Herzog Carl über Calais nach Frankfurt am Main, wo er mit dem Hofrath Friede zusammentraf, welcher ihn von dem thörichten Versuche, mit Gewalt das Land wieder zu besetzen, dringend abrieth, und als der Herzog nicht darauf einging, ihn verließ. In Frankfurt hatte übrigens der Präsidialgesandte verweigert, den Hofrath Friede zu empfangen. Gegen jede vernünftige Erwägung, gegen alle Rathschläge taub, nahm der verblendete Fürst unter dem 18. Novbr. 1830 die Vollmacht für den Herzog Wilhelm als General-Gouverneur zurück, und erließ zugleich die Proclamationen, welche er seinem Versuche, in das Land zu dringen, voraussendete. Der gemachte Versuch, mit den unzulänglichsten Mitteln, mit unzeitiger Sparsamkeit, mit dem Mangel an aller und jeder Einsicht in die Verhältnisse unternommen, mißglückte vollständig. *) Hätte er diese thörichten Schritte unterlassen, so wären die Bundesbeschlüsse vom 2. Decbr. 1830 und 5. Mai 1831 nicht gefaßt worden.

Dieser unverständlich und leichtsinnig begonnene Versuch, in Verbindung mit den in allen Kabinetten als ultra-demokratisch betrachteten Proclamationen, die Nothwendigkeit, den in den deutschen Bundesstaaten um sich greifenden politischen Bewegungen (in Kurhessen, Darmstadt, Luxemburg, Hannover etc.) nicht noch weitere gefährliche Nahrung zu geben, veranlaßte die Bundesversammlung zu dem bekannten Beschlusse vom 2. December 1830, in welchem sie die Regierung des Herzogs Wilhelm anerkannte, freilich nur bis auf Weiteres.

Der Herzog begab sich nach Paris, von wo aus er einen Protest an die Bundesversammlung sendete (siehe unten) und als der Präsidialgesandte sie nicht annehmen wollte, in das Bundesarchiv brevi manu abgeben ließ.

Der Herzog Wilhelm aber veröffentlichte unter dem 7. December 1830 den in Frankfurt gefaßten Bundesbeschluß vom 2. December in dem braunschweigischen Verordnungsblatt mit dem Zusätze:

Unsere getreuen Unterthanen werden mit Uns in diesem Beschlusse einen neuen sprechenden Beweis der Fürsorge der hohen Bundesversammlung für das Wohl des hiesigen Landes und für die Ruhe von Deutschland erblicken etc.

Es ist vielfach über diesen Bundesbeschluß vom 2. December 1830 geschrieben worden, auch bevor man die Bundesverhandlungen und einzelnen Ab-

*) Es wird hier einfach auf die bekannten Darstellungen in den oben S. 405 angeführten Schriften verwiesen.

stimmungen kannte, so z. B. von Böpf: Die Eröffnung der legitimen Thronfolge, als rechtliche Folge des Mißbrauchs der Staatsgewalt 1833 und v. Strombeck. Was ist Rechtsens, wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes entgegenhandelt? Braunschweig 1830, welchem wieder andere Schriftsteller entgegentraten, neuerdings der anonyme Verfasser des Buches: Der Aufstand in der Stadt Braunschweig v. Leipzig 1858. S. 152 ff. abgesehen, was noch gelegentlich von H. A. Zachariae, Staatsrecht. Theil I. 388. 391 u. a. a. D. v. c. gesagt wird. — Es wird aber aus dem Streite der verschiedenen Ansichten nur das gewonnen, was auch andere spätere Beschlüsse der Bundesversammlung bestätigten, nämlich, daß der Bund selbst seine Grundgesetze verletzt habe, wenn man sich strict an das Princip hält, welches die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt wissen will (Art. 57 der Schlußacte). Trägt man dagegen dem politischen Fortschritt der Zeit die gehörige Rechnung, wie das doch in der Entwicklung der Völker geschehen muß, so erhält die Sache eine andere Beurtheilung. Es läßt sich nicht läugnen, daß im Bewußtsein des deutschen Volkes die Aufrechterhaltung des monarchischen Princips in allen seinen Konsequenzen durchaus keine Grundlage, schon im Jahre 1830 nicht mehr, fand, und die seit jener Zeit entstandenen oder veränderten Verfassungen enthalten gerade dem Art. 57 der Wiener Schlußacte schnurstracks entgegenstehende Bestimmungen, selbst die preussische Verfassung. Nur durch die größte Mäßigung, durch die eingehendsten Bemühungen für das Wohl der Länder, auf jedem Lebensgebiete zu sorgen, wäre es den deutschen Fürsten möglich gewesen, das monarchische Princip aufrecht zu erhalten. Fehler über Fehler, politische Sünden aus Unverstand sind begangen, schlechte Rathgeber und noch schlimmeres haben geherrscht und das monarchische Princip gestürzt, unaufhaltsam tritt an dessen Stelle das parlamentarische, bei längerem Widerstreben mit immer weiter greifenden demokratischen Grundlagen. Ich habe bereits oben (S. 412) bemerkt, daß die Vorgänge im November 1830 zu Braunschweig die Volkssouverainetät dort zur nicht mehr zu bestreitenden Anerkennung gebracht haben. Das fühlte man in Wien und Stuttgart, in Dresden und Cassel später nach der Proclamation des Herzogs Wilhelm vom 7. Decbr. sehr wohl, und das beredeste Zeugniß davon giebt die, von diesem Standpunkt der alten traditionellen Cabinetspolitik aus betrachtet, vortreffliche Abstimmung des kurhessischen Bundestagsgesandten von Meyersfeld in der 18. Sitzung von 1831 (siehe weiter unten). Allein die Verletzung des Princips war geschehen, und bei der Haltung Preußens und Englands nicht wieder gut zu machen. Der Herzog Wilhelm von Braunschweig regiert durch den Willen des Volkes, und daß er auch bei diesem Ursprung seiner Gewalt als ein höchst vortrefflicher und vom Volk geliebter Fürst regiert hat, beweist seine segensvolle und friedliche beinahe jetzt drei und dreißigjährige Regierung.

Gutachten der Commission, erstattet am 2. December. 1830.

Abstimmung und Beschluß der Bundesversammlung lauten:

„Sobald die Bundestagsversammlung durch die Mittheilung des herzoglich-braunschweigischen Bundestagsgesandten von den am 6. und 7. September zu Braunschweig stattgehabten Vorgängen Kenntniß bekam, erkannte sie darin einen gegen die Person des Herzogs gerichteten Aufruhr, der es ihr zur Pflicht machte, die unaufgeforderte Dazwischentunft des Bundes in unmittelbare Be-

rathung zu nehmen. Nur die mit jener Mittheilung verbundene officiële Anzeige, daß die Ruhe nach jenen Vorfällen wieder hergestellt sei, hielt sie ab, zu diesem Endzwecke sofort den geeigneten Beschluß zu fassen.

Die Bundesversammlung konnte jedoch durch die Kenntniß der factischen Ruhe, wobei die Rückkehr zur dauernden gesetzlichen Ordnung unter der rechtmäßigen Autorität zweifelhaft blieb, nicht befriedigt sein. Hierüber bedurfte und verlangte sie näheren Aufschluß, und folgeweise auch darüber, ob wegen der Erregung und Vollführung des Aufstandes und Bestrafung der Anstifter und der Schuldigen die gesetzliche Untersuchung eingeleitet sei.

Auf diese Weise entsprach die Bundesversammlung demjenigen, was ihre erste und nächste Sorge sein mußte.

Nach solcher Vorbereitung zur eventuellen verfassungsmäßigen Einschreitung sah die Bundesversammlung der begehrten Auskunft entgegen. Als diese erst drei Wochen später in summarischer Bestätigung der von der Bundesversammlung aufgegebenen Fragepunkte unter der Erklärung erfolgte, daß das herzoglich-braunschweigische Ministerium ein Einschreiten des Bundes nicht mehr veranlaßt finde, rügte die hohe Bundesversammlung die Zurückhaltung der herzoglichen Regierung in dem Verschweigen der notorischen Thatfachen, daß der regierende Herzog durch Höchstseßens Bruder in der Regierung vertreten werde, und daß zwischen diesem und den Landständen eine zur Publicität gelangte Rücksprache statt gefunden habe, geeignet, die Aufmerksamkeit sämmtlicher deutscher Regierungen in Anspruch zu nehmen, und forderte zu offener rückhaltloser Darlegung der näheren und entfernten Ursachen des Aufstandes, so wie des jetzigen Standes der Dinge auf, weil nur hiernach beurtheilt werden könne, in wie fern die Bundesversammlung verfassungsmäßig berufen sei, ihre Wirksamkeit zu äußern.

So wurde derjenigen Erklärung des Zustandes im Herzogthum Braunschweig und eines Gutachtens über die verfassungsmäßige Einwirkung des Bundes die letzte Veranlassung gegeben.

Vor allem stellt sich hier noch die Frage zur Beantwortung dar, wie die durch diese Erklärung bestätigte Vertretung des Herzogs von Braunschweig in der Regierung durch Höchstseßens Bruder, den Herzog Wilhelm von Braunschweig-Dels, von dem deutschen Bunde und von der Bundesversammlung, als dessen Organ, bisher anzusehen war.

Der Herzog Wilhelm hat, vermöge des von der Gesandtschaft bei ihrer Erklärung eingelegten Patentes vom 28. September, die Regierung der braunschweigischen Lande bis auf Weiteres übernommen, und Behörden und Diener dabei auf die Pflichten des Dienstes und der Treue verwiesen.

Die Erklärung des Gesandten besagt in dieser Beziehung, demselben sei unter dem 27. September aus London die Nachricht zugekommen, daß der Herzog von Braunschweig den Herzog von Braunschweig-Dels zum Generalgouverneur des Herzogthums Braunschweig ernannt und mit Vollmacht versehen habe. Diese Vollmacht selbst sei jedoch weder von London noch von Braunschweig dem Gesandten mitgetheilt worden. Ueber den Inhalt derselben habe sich derselbe um die von ihm gewünschten Anzeigen mit vollständiger Kenntniß des Verhaltens machen zu können, vor Allem nähere Aufschlüsse von dem herzoglichen Ministerio zu Braunschweig erbeten, welche aber noch nicht eingetroffen seien. Ohne Zweifel liege in dem Inhalte dieser Vollmacht die nähere Veranlassung zu der in den Weisungen des Gesandten enthaltenen Bemerkung, daß die von dem

Herzoge Wilhelm getroffenen Verfügungen nur unter Beistimmung des Herzogs Carl im Interesse Höchstihres Hauses getroffen worden seien. Auch sei in den vom Herzog Wilhelm an die deutschen Höfe erlassenen Schreiben, durch welche diesen von den in Braunschweig eingetretenen Veränderungen Nachricht ertheilt werde, ausdrücklich bemerkt, daß dieser Fürst sich bewogen gefunden habe, die Regierung der braunschweigischen Lande bis auf Weiteres in Uebereinstimmung mit des Herzogs Carl Durchlaucht zu übernehmen: daß, ungeachtet dieser zur Erläuterung gegebenen Bemerkungen, die der Form eines immer, wenn auch nur temporären Regierungsantrittes erlassene Bekanntmachung des Herzogs Wilhelm geeignet war, die Aufmerksamkeit des deutschen Bundes zu erregen, dürfte nicht zu verkennen sein. Nach der Ansicht der Commission konnte die hohe Bundesversammlung bei dieser ihr officiell nicht mitgetheilten Bekanntmachung nur deshalb sich bisher beruhigen, weil eine Ermächtigung hierzu als Befugniß des regierenden Herzogs von Braunschweig einzuräumen war, und aus demjenigen Schweigen gefolgert werden könnte, welches dieser Fürst auch in Betreff dieses Punktes seit seiner letzten Entfernung von Braunschweig in Höchstihren Verhältnisse zur Bundesversammlung weder selbst unterbrochen hat, noch in seinem Auftrage durch die herzoglichen Behörden vermittlest Höchstihren Organs in der Bundesversammlung hat unterbrechen lassen. Aus diesem Grunde konnte die hohe Bundesversammlung eine Nachfrage nach der unbekannten, von dem Herzoge Carl dem Herzoge Wilhelm ertheilten Vollmacht unterlassen, und sich deshalb mit den in der Erklärung des herzoglichen Bundestagsgesandten vorgebrachten Vermuthungen und Andeutungen begnügen.

Die Commission erachtet jedoch, daß es so wenig der öffentlichen Ordnung im Bunde, als der gesetzmäßigen im Herzogthume Braunschweig und den Pflichtverhältnissen der dortigen Unterthanen, und folglich weder dem Standpunkte noch dem Verufe dieser Versammlung entsprechen könne, die Frage wegen der Stellung des Herzogs Wilhelm länger zweifelhaft und unentschieden zu lassen. Die Präsumtion der Zustimmung des Herzogs Carl hierzu kann nach dem Urtheile der Commission nicht mehr genügen; neben ihr wird eine Ungewißheit in Ansehung der gedachten Verhältnisse bestehen, deren Fortdauer nicht weiter zu rechtfertigen sein würde. — Eine, wenn auch nur transitorische Regierungsveränderung oder Vertretung, gehört im deutschen Bunde nicht ausschließlich zu den inneren Bundesangelegenheiten und kann der Wahrnehmung desselben nicht entzogen bleiben. Es bedarf zu deren Anerkennung in dem vorliegenden Falle also mehr als Stillschweigen des seitherigen Regenten; es bedarf seiner bestätigenden Anzeige, und diese wird gleichfalls noch vermist.

Wenn, um diese Lücke auszufüllen, in der Erklärung des herzoglich braunschweigischen Bundestagsgesandten auf Unterhandlungen hingewiesen wird, die theils von dem Herzog Wilhelm mit des Herzog Carl Durchlaucht, theils von den braunschweigischen Ständen mit Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover, als nächstem Agnaten der Durchlauchtigen beiden Brüder angeknüpft worden, so ist der Bundesversammlung doch zur Zeit noch kein Resultat davon mitgetheilt worden. Die Commission zweifelt doch auch, daß solches aus jenen Verhandlungen hervorgehen könne, wenn der deutsche Bund sich nicht über die Veranlassung und Folgen des bedauernden und werthen Zustandes der Dinge im Herzogthum Braunschweig ausspricht.

Daß die hohe Bundesversammlung die schon geäußerte Meinung über ihren Beruf, alle Ungewißheit wegen der höchsten Staatsgewalt im Herzogthum Braunschweig nunmehr zu entfernen, theile, glaubt die Commission in der ihr gefetzten Aufgabe zu erkennen. Sie steht demnach nicht an, ihre Ansicht mit der Freimüthigkeit und zugleich mit der Bestimmtheit auszusprechen, welche beide in gleichem Maße in Folge des ihr ertheilten Auftrags den mehrseitigen und wichtigen Rücksichten und Interessen gebühren, wovon es sich in dem vorliegenden Falle handelt.

In allen Eröffnungen über die bedauernswerthen Ereignisse in Braunschweig, welche seither der Bundesversammlung officiell gemacht sind, und in allen Actenstücken, worauf hierbei Bezug genommen worden, ist es als entschiedene Thatsache dargestellt, daß der Aufstand vom 6. und 7. September einzig in der Persönlichkeit, in der Regierungs- und Handlungsweise des Herzog Carl seinen Grund hatte, einzig gegen dessen Person gerichtet war. Die ausführliche in den Actenextract aufgenommenene Adresse der braunschweigischen Stände vom 27. September enthält hierüber nähere und umständliche Aufschlüsse. Die Commission läßt es nicht unbeachtet, daß, wenn für die Anschuldigungen gegen den Herzog Carl keine weitere Bürgschaft vorhanden wäre, als das Zeugniß der braunschweigischen Landschaft, dieses wegen der Mißhelligkeiten, welche zwischen Seiner Durchlaucht und ihr obgewaltet haben, und auch beim Bundestage verhandelt worden sind, nur mit Vorsicht anzunehmen wäre. In dem gegenwärtigen Falle kann indeß von diesem, nach allgemeinen Grundsätzen eintretenden Umstande abgesehen werden. Die vornehmlich und wesentlich in Betracht kommenden, von den Ständen der Regierung des Herzogs Carl zur Last gelegten Gebrechen sind großen Theils in der Notorietät begründet; sie finden ihre concurrirende Bestätigung theils in Urkunden dieser Regierung selbst, theils in den Protocollen der Bundesversammlung. Zulassung und Begünstigung unwürdiger Rathgeber, unter Einräumung eines die Wirksamkeit der Behörden lähmenden, für die ordnungsmäßige Staatsverwaltung höchst nachtheiligen Einflusses; Einführung eines gegen Beamte und Privaten, die im Festhalten an ihrer Pflicht und früherer guten Ordnung diesem Einflusse widerstrebten, gerichteten Verfolgungssystems; in dessen Folge vom höchsten Standpunkte herab Einzelnen zugefügte Kränkungen; Verderben der Moralität der Beamten durch Hebung der schlechtesten und Zurücksetzung der besseren; Verunglimpfungen des rechtlich gesinnten und seinen Pflichten treuen Dienerpersonals; Richtung dieser Verunglimpfungen besonders gegen die Mitglieder der höheren Justizbehörden; Verfügung mehrerer Criminalstrafen auf unmittelbaren Specialbefehl und willkürliche Cassation rechtskräftiger Entscheidung; verfassungswidrige Veränderungen der Gerichtsverfassung selbst, durch Einsetzung höherer Gerichtsstellen mit widerruflichen Mitgliedern, Zerrüttung der Staatsfinanzen, unter Verletzung deshalb bestehender Verträge und Grundsätze unter Bereicherung der herzoglichen Privatkasse; Zurückhaltung der vertragsmäßig zur Schuldentilgung jährlich zu verwendenden Summen, so wie der Beträge zu den nöthigen Dominiabauten, Forstculturen und Wegebetterungen; Nichtbesetzung erledigter, aus der Kammerkasse besoldeter Stellen; Nichtberücksichtigung jeder Vorstellung der hieraus der Verwaltung und Justizpflege erwachsenden Nachtheile; Umgestaltung der Finanzverwaltung zu gesetzwidriger Verwendung des Kammergutes, unkindbarer Kapitalien der Kammerkasse in Obligationen auf den Inhaber; verfassungswidrige Feilbietung und Veräußerung von Staatsdomainen, Zehnten,

Diensten und Grundprästationen. — Dies sind in allgemeinen Umrissen die Züge, welche resp. unter der Beglaubigung der Rotorietät, authentischer Urkunden und der Protocolle dieser Versammlung, die Regierung des Herzogs Carl schildern. Daß das Bild nichtsachtender Willkür, woraus hauptsächlich der Zweck der Geldanhäufung in der Privatkasse des Herzogs hervorgeht, einzig Höchstdessen Persönlichkeit seine Entstehung verdankt, bedarf keiner Anführung. Die hohe Versammlung hat überdies schon anderweitige Verirrungen zu beklagen gehabt, die aus derselben Quelle flossen, bei dem tadelnswerthen Benehmen des jungen Fürsten gegen seinen königlichen Vormund, und bei dessen Verkennung der Verdienste seiner für das Land so wohlthätigen Verwaltung. Umsonst bemühten sich seiner Zeit die vermittelnden Höfe von Oesterreich und Preußen, Seine Durchlaucht auf den richtigen Weg zurückzuleiten. Ihre dankbar zu erkennenden Rathschläge wurden ebenso wenig beachtet, als die wohlgemeinten Vorstellungen vieler anderen europäischen und deutschen Fürsten, und das erste Beispiel einer militairischen Execution gegen einen Bundesfürsten war seiner Ausföhrung nahe.

Es könnte der Zweifel entstehen, ob die Commission nicht, bevor sie aus der dargestellten beklagenswerthen Natur der Persönlichkeit, wegen der Regierungs- und Handlungsweise Seiner Durchlaucht einen Schluß zieht, bei hoher Bundesversammlung darauf anzutragen habe: Durch den herzoglich braunschweigischen Bundestagsgesandten von der stellvertretenden Regierung des Herzogs Wilhelm noch deshalb directe Auskunft und Nachweisung zu begehren. Nach reiflicher Ueberlegung hat jedoch die Commission diesen Antrag nicht für erforderlich und nicht einmal für geeignet halten können. Diese Ansicht stützt sich darauf, daß für das Resultat ihrer Erörterung die Zuverlässigkeit der vorhandenen Auskunft über den Grund des Aufstandes genügend erscheinen wird. Die Einziehung mehrerer umständlicher Belege in dieser Beziehung dürfte dann nicht veranlaßt sein. Sie dürfte aber auch nicht gerechtfertigt sein, da der Bundestag sich nie erlauben dürfte, Seine Durchlaucht den Herzog von Braunschweig, wie dann erforderlich sein würde, zu Höchstherr Rechtfertigung aufzufordern, um auf den Grund von Erklärung und Gegenerklärung eine Entscheidung abzugeben. In dieser hohen Versammlung, deren Vollmacht und Wirksamkeit in dem Gesamtwillen der im Bunde vereinigten deutschen Fürsten ihre Entstehung und ihre Schranken haben, steht kein Richterstuhl, um ein Mitglied des Bundes zu vernehmen und zu verurtheilen.

Hierauf kann die Absicht der Commission nicht zielen. Allein sie kann, nach voller und einmüthiger Ueberzeugung, nicht anstehen, in der Persönlichkeit des Herzogs und in der daraus hervorgehenden Regierungsweise die einzig entfernte und nähere Veranlassung der Aufruhrscenen vom 6. und 7. September zu erkennen.

Alle Umstände nicht nur von diesem Aufruhr, sondern auch die begleitenden und nachfolgenden Erscheinungen und Erfahrungen, erweisen und bestätigen es, daß revolutionärer Ideenschwindel, wie er sich anderswo in der gegenwärtigen Zeit so vielfach zeigt, daran keinen Theil habe. Das nicht genug zu bedauernde Ereigniß hat in einem Lande stattgefunden, dessen Bewohner in dem seit Jahrhunderten wohlbegründeten Rufe der treuen Anhänglichkeit an ihre Fürsten stehen, wovon sie auch dem Herzoge Carl bei Höchstdessen Regierungsantritte unverkennbare Beweise gegeben haben. Nachdem diese Geföhrungen gegen Höchstdessen Person aufgehört und die Umwandlungen in Haß zum Aufstande

geführt hatten, war jedes Verlangen wieder befriedigt, alle Unruhen in dem Augenblicke verschwunden, da sie ihre Anhänglichkeit an ihr angestammtes Fürstengeschlecht auf ein anderes Mitglied desselben übertragen konnten. Seitdem ist kein Wunsch vernommen, als der einzige, daß dieses Mitglied die Stelle des Herzogs Carl dauernd einnehmen möge. Alle Anzeigen stimmen darin überein, daß die Erhaltung der Ruhe in Braunschweig durch die Fortdauer der Vertretung des Herzogs Carl durch den Herzog Wilhelm bedingt ist.

Wenn diese, von der Landschaft getheilte Ueberzeugung, sie am Schlusse der Uebnahme der Regierung von Seiten Seiner Durchlaucht Hülfe geschafft werden könne, und wenn die Adresse der Stände mit dieser Erklärung in die Protocolle der Bundesversammlung und hieraus in diesen Vortrag übergegangen ist, so findet die Commission sich aufgefordert und berufen, diesen Vorschritt der braunschweigischen Landschaft der Bundesversammlung als befremdend zu bezeichnen.

Der im Vorstehenden erörterte Zustand im Herzogthum Braunschweig zeigt eine stellvertretende Regierung, deren Character ohne Unzuträglichkeiten nicht lange zweifelhaft und unentschieden bleiben darf; zu diesem Zweck von den Agnaten mit dem Herzoge angeknüpfte Unterhandlungen, die kein Resultat versprechen; in der Persönlichkeit, in der willkürlichen, ordnungs- und verfassungswidrigen Regierung dieses Fürsten die Veranlassung des Aufstandes und in der fortdauernden Vertretung desselben durch Höchstseffen Bruder die Bedingung der Erhaltung der Ruhe.

Die Commission hat sich jetzt darüber zu äußern, ob und wie die Bundesversammlung unter diesen Verhältnissen verfassungsmäßig einzuwirken berufen sei.

Die Gesetze des Bundes enthalten keine besondere Vorschrift für den Fall, wenn Mitglieder desselben ihre souveraine Gewalt mißbrauchen, insofern hierdurch nicht gegen einzelne bundesvertragsmäßige Bestimmungen angestoßen wird. Der in der Reichsgesetzgebung vorgesehene Fall auffallenden und unbesserlichen Mißbrauches der Landeshoheit, worin die Competenz der Reichsgerichte eintritt, und, nach den Umständen mit oder ohne Dazwischenkunft des Reichstages, auf Anordnung einer vormundschaftlichen Regierung oder Entsetzung (der Reichsacht nicht zu gedenken) erkannt wurde, hat seit Aufhebung der Reichsverfassung eben so wenig eine specielle Norm, als der Fall der Geisteszerrüttung des bisherigen Regenten, der nach gehöriger Constatirung ebenfalls reichsverfassungsmäßig eine vormundschaftliche Regierung herbeiführte. Können aber, weil die Zuständigkeit der Reichsgerichte auf kein Institut im Bund übertragen worden, weil hieneben die Qualification des Reichstages nicht auf den Bundestag übergegangen ist, weil dieser keine Gerichtsbarkeit übt, und weil endlich der Bundesgesetzgebung entsprechende specielle Bestimmungen abgehen, Vorkommnisse dieser Art ohne Abhülfe bleiben? Dies ist nicht die Meinung der Commission; sie glaubt nicht, daß der constatierte Mißbrauch der Souveränität von dem Umfange des hier zur Frage stehenden in dem Bundesverein kein Ziel, keinen Ausschluß finde. In dem Falle der Geisteszerrüttung eines Bundesgliedes wird die Dazwischenkunft des Bundes, wenn die Agnaten nicht zutreten, oder Behinderung finden, keinem Zweifel unterzogen werden können. Wenn es gleichwohl auch hierbei für sein Einschreiten an einer speciellen Bestimmung fehlt, so werden die Gründe für dessen Befugniß, in dem einen, wie in

dem anderen Falle, in anderen Bestimmungen und entscheidenden Bundesverhältnissen zu suchen sein.

Die Commission findet sie in der Erhaltung der inneren Sicherheit Deutschlands, welche nach dem Art. 2 der Bundesacte und Art. 1 der Schlußacte einer der Hauptzwecke des Bundes ist.

Sie hat es auch als ihre Ansicht ausgesprochen, daß die willkürliche, ordnungs- und verfassungswidrige Regierung des Herzogs Carl die einzige Ursache des zu Braunschweig Statt gehabten Aufstandes sei. Sie theilt gleichfalls die Meinung, daß von der Entfernung des Herzog Carl von der Regierung die Erhaltung der Ruhe im Herzogthum Braunschweig abhängt. Aus diesen beiden Rücksichten kann sie sich nicht dafür erklären, daß die hergestellte und unter der einstweiligen Regierung des Herzogs Wilhelm befestigte Ruhe durch den Beistand des Bundes zur Wiedereinsetzung des Herzogs Carl in die persönlichen Ausübung der höchsten Staatsgewalt wieder aufgehoben werde. Zeigte sich die Veranlassung des vorgefallenen bedauernswerthen und strafbaren Aufbruches und der eingetretenen Störung der gesetzlichen Ordnung nicht in der dargestellten Regierungsweise des Herzogs Carl; zeigte diese Veranlassung sich, entfernter oder näher, auf Seiten der Unterthanen: so würde die Commission keine Rücksichten kennen, die sie bewegen könnten, der hohen Bundesversammlung andere Anträge als solche zu machen, die ihre Begründung in dem Artikel 25 und 26 der Schlußacte fänden.

Unter den obwaltenden Umständen vermag sie die Ummwandlung der Vorschriften dieser Artikel, falls auch Seine Durchlaucht der Herzog Carl sie in Anspruch nehmen sollte, nicht in Antrag zu bringen, weil sie die Absicht dieser Bestimmungen, Ruhe und gesetzliche Ordnung im Bunde, unter der Regierung dieses Fürsten für unerreichbar ansieht.

Es folgt aus dieser Ansicht der Commission, daß sie die Erfüllung eines der Hauptzwecke des Bundes, Erhaltung der inneren Sicherheit Deutschlands, mit der Regierung des Herzogs Carl für unvereinbar hält.

Wenn die hohe Bundesversammlung dieser Ansicht beipflichtet und in Folge hiervon der deutsche Bund sich zu dem Wunsche bewogen findet, daß die Person des Herzogs Carl allem Einflusse mit der Führung der Regierung im Herzogthume Braunschweig fortan fremd bleiben möge, so führt dies zu der Frage: ob der Bund das Recht habe, seine Ansicht und den daraus fließenden Wunsch durch die Bundesversammlung auszusprechen? Die Commission sieht dies nicht allein als das Recht des Bundes an, sondern, bei dessen wesentlich auf die Erhaltung der inneren Sicherheit gerichteter Bestimmung, als eine Obliegenheit des Bundes, woraus dessen weiteres Recht und dessen weitere Verbindlichkeit hervorgeht, auf die Bewerkstelligung des Gegenstandes seines nothwendigen Wunsches, seiner ausgesprochenen Ueberzeugung, zu wirken.

Sollten sich, ungeachtet der Uebereinstimmung in jenem Wunsche, noch Zweifel gegen die daraus abgeleitete Wirksamkeit des Bundes erheben, so scheint der Commission kein Fall geeigneter, als der gegenwärtige, um sie durch die Bestimmung des Artikels 9 der Schlußacte vollkommen beseitigt zu finden. Er besagt: „Die Bundesversammlung übt ihre Rechte und Obliegenheiten nur innerhalb der ihr vorgezeichneten Schranken aus. Ihre Wirksamkeit ist zunächst durch die Vorschriften der Bundesacte und durch die in Gemäßheit derselben beschlossenen oder ferner zu beschließenden Grundgesetze, wo aber diese

nicht zureichen, durch die im Grundvertrage bezeichneten **Bundeszwecke** bestimmt.

Die verfassungsmäßige Einwirkung der Bundesversammlung beschränkt sich aber hier, nach dem Ermessen der Commission, auf Beschlüsse, welche die zuvor bezeichneten Gegenstände betreffen. Zu einer weiter gehenden Erklärung und weiteren Beschlüssen würde dieselbe spezieller, normirender Vorschriften bedürfen, oder in Ermangelung gerichtlicher Attributionen nicht befugt erscheinen. Sie wird nach der Ansicht der Commission ihre Erklärung: daß sie die Regierung des Herzogs Carl mit der inneren Sicherheit Deutschlands für unvereinbar halte, an dessen Agnaten, als demnächstigen Vertreter der Rechte und Interessen des herzoglichen Hauses und Landes, gelangen lassen, und von diesem, in Folge der Erklärung des deutschen Bundes, die Bewirkung der erforderlichen Maßregeln durch eine in Gemäßheit der Hausgesetze und des Herkommens zutreffende Anordnung zu deren Anerkennung von Seiten des deutschen Bundes erwarten. Gewährte die Persönlichkeit des Herzogs Carl die Aussicht auf eine Umwandlung, und könnten für den Eintritt derselben von Seiner Durchlaucht Garantien geboten werden, so würde die Commission glauben, daß jene Anordnung nur provisorisch zu treffen sei. Da sie indessen diese Ansicht nicht aufzufassen vermag, und um so weniger die Gewährung genügender Garantien für deren Erfüllung als möglich ansieht, so erfordert nach ihrem Dafürhalten die dauernde Sicherheit der Ruhe und gesetzlichen Ordnung im Herzogthume Braunschweig und somit der Erhaltung der inneren Sicherheit im Bunde, eine desfallsige definitive Veranstellung der Agnaten.

Die Erwägung, daß, wenn der deutsche Bund in Beziehung auf ein Mitglied desselben zu Maßregeln wie die hier zur Frage stehenden schreitet, ein Verschulden von dessen Seite und eine unabweisliche Nothwendigkeit, wie solche sich hoffentlich und nach höchster Wahrscheinlichkeit wieder ergeben werden, verlangen müssen, wird zur Beruhigung gereichen, wenn die hohe Bundesversammlung die Anträge der Commission gerechtfertigt findet.

Die Commission, die der hohen Bundesversammlung aus der Verfassung des Bundes erwachsene Pflichten von denjenigen wohl unterscheidet, deren Erfüllung den Agnaten zu überlassen ist, bringt einhellig den nachfolgenden Beschluß in Antrag:

Die deutsche Bundesversammlung — überzeugt, daß die Erhaltung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung im Herzogthume Braunschweig eine durch die Autorität des Bundes sanctionirte unverweilte Verfügung in Beziehung auf die Ausübung der Regierungsgewalt daselbst gebieterisch erheische, und daß eine definitive Anordnung wegen der künftigen Regierung dieses Herzogthums, von Seiten der Agnaten nach den Bestimmungen der Hausgesetze und des Herkommens nicht werde umgangen werden können — beschließt:

1) Seine Durchlaucht der Prinz Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Wels, wird ersucht, die Regierung des Herzogthums Braunschweig bis auf Weiteres fortzuführen, Alles, was zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit, sowie der gesetzlichen Ordnung im Herzogthum erforderlich ist, vorzunehmen, und daß dieses auf Veranlassung des deutschen Bundes geschehen, öffentlich bekannt zu machen.

2) Die hierzu berechtigten Agnaten Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunschweig werden ersucht, diejenige definitive Anordnung für die Zukunft, welche bei diesem beklagenswerthen Stand der Dinge die dauernde Ruhe und gesetzliche Ordnung im Herzogthum Braunschweig erheischt, in Gemäßheit

der herzoglich braunschweigischen Hausgesetze und des Herkommens zu berathen und zu bewirken, so wie auch eine baldige Benachrichtigung über die in solcher Art getroffene Feststellung dem deutschen Bunde zur Anerkennung zukommen zu lassen. Die Bundesversammlung überläßt sich im Uebrigen der Erwartung, daß die Untersuchung gegen die Urheber und Theilnehmer des strafbaren Auftrahs vom 6. und 7. September ihren gesetzlichen Fortgang habe."

Der braunschweigische Bundestagsgesandte äußerte sich in derselben Sitzung sogleich folgendermaßen: Ohne demjenigen vorgreifen zu wollen, was die hohe Bundesversammlung aus Anlaß des eben vernommenen Vortrages zu beschließen für angemessen finden dürfte, findet sich der Gesandte verpflichtet, die Anzeige zu machen, daß derselbe einerseits von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Carl beauftragt ist, anzuzeigen:

„daß Höchstdieselben Sich bewogen gefunden haben, die Vollmacht, durch welche Seine Durchlaucht Höchstherrn Herrn Bruder, dem Prinzen Wilhelm von Braunschweig, Herzoge von Dels Durchlaucht, die einstweilige Leitung der Regierung des Herzogthums übertragen haben, wieder aufzuheben, da Höchstdieselben sich leider hätten überzeugen müssen, daß dieselbe nicht zu dem gewünschten Resultate geführt habe."

Gleichzeitig ist dem Gesandten von Seiten des herzoglich braunschweigischen Staatsministeriums die Eröffnung zugekommen:

„daß durch die mit Vollmacht des Herzogs Carl versehenen Vertrauten desselben beiliegende Proclamationen zu verbreiten und das braunschweigische Volk aufzuregen versucht werde; und daß unter diesen Umständen bei der gegen Seine Durchlaucht den Herrn Herzog Carl vorherrschenden Stimmung der Bewohner Braunschweigs, Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Dels die Regierung des Landes noch nicht niedergelegt habe, um durch solch einen unzeitig erscheinenden Schritt das Land der Anarchie nicht Preis zu geben."

Indem der Gesandte Alles dies in die Protocolle niederlegt, hält er es für überflüssig, sein dringendes Ersuchen weiter zu motiviren:

daß es dieser hohen Versammlung gefallen möge, durch eine schleunige Beschlußnahme, unter Anwendung der bestehenden Bundesgesetze, die schwierigen Verhältnisse, in welchen sich gegenwärtig die Regierung des Herzogthums Braunschweig befindet, zu ordnen, und die nur zu sehr gestörte Ruhe des Landes und der angrenzenden Bundesgebiete sicher zu stellen. *)

Das Präsidium äußerte sich ebenfalls in derselben Sitzung: Es ist nach dem Vortrage der Commission nicht zu verkennen, daß in den letzten Jahren der Regierung des Herzogs Carl von Braunschweig dessen bedauerliche Geistesrichtung eine Handlungs- und Regierungsweise herbeigeführt hat, welche die Aufmerksamkeit der hohen Bundesversammlung im hohen Grade in Anspruch zu nehmen geeignet ist.

Die heute durch die herzoglich braunschweigische Gesandtschaft selbst zur Kenntniß der Bundesversammlung gebrachten neuesten Vorschritte des Herzogs Carl zur Aufregung des eigenen Landes und die von ihm erlassenen Aufrufe

*) Die Proclamationen siehe am Ende des Kapitels.

und Verordnungen bedürfen wahrlich keines Commentars; sie sind niederschlagende aber kräftige Belege zu dem Urtheile der Commission über die Persönlichkeit Seiner Durchlaucht und sie zeigen aufs neue, wie gefährlich die fernere Ausübung der Souverainitätsrechte durch diesen Fürsten für die Erhaltung der innern Ruhe und öffentlichen Sicherheit sein würde.

Die Bundesversammlung hat die Verpflichtung, durch unverweilte Verfügung einer provisorischen Maßregel dafür zu sorgen, daß die Erhaltung der Ruhe im Herzogthume Braunschweig gesichert und dem Zustande der Ungewißheit über die Rechtmäßigkeit der Ausübung der Regierungsgewalt ein Ende gemacht werde. Sie wird in dem von der Commission vorgeschlagenen Ersuchen an den Herzog Wilhelm zur einstweiligen Regierungsannahme für den Augenblick das sicherste Mittel zur Beruhigung der Gemüther und zur Handhabung eines gesetzlichen Zustandes in dem Herzogthume Braunschweig finden; sie wird aber zugleich — damit dieses außerordentliche, von dem Bunde ausgehende, zwar in die innere Landesverwaltung eines Bundesstaates eingreifende, aber durch die obwaltenden Umstände gebotene Provisorium nicht länger währen, als die strengste Nothwendigkeit fordert. — auch die Einladung an die durchlauchtigsten Agnaten ergehen zu lassen haben, von ihre Seite diejenigen Anordnungen zu treffen, welche die Erhaltung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung im Herzogthume Braunschweig und die damit endlich verknüpfte Sicherheit und Ruhe Deutschlands auf eine dauerhafte Weise zu sichern geeignet sind. —

Oesterreich stimmt daher dem Commissionsantrage mit dem Beisatze bei, daß Seiner Durchlaucht dem Herzog Wilhelm noch zu eröffnen wäre, falls zur Aufrechthaltung der gegenwärtigen Ordnung gegen gewaltsame Angriffe außerordentliche Beihülfe erforderlich werden sollte, und die Dringlichkeit des Falles die vorläufige Anrufung der Bundesversammlung nicht zuließe, Seine Durchlaucht in dem Bundesbeschlusse vom 21. October 1830 die für die augenblickliche Unterstützung von Seiten des Bundes bereite Hülfe finden würden. (B.-Pr. fol. 1122 ff. Maßregeln zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland.)

Preußen trat dem Commissionsantrage und der österreichischen Abstimmung mit der Bemerkung bei; es zweifle nicht, daß Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm in dem heutigen Beschlusse die Billigung der von ihm ergriffenen Maßregeln finden werde.

Baiern gleichfalls.

Königreich Sachsen erklärte, da aus dem commissarischen Vertrage sich ergibt, daß der an und für sich höchst strafbare Aufstand vom 6. und 7. September d. J. nur allein gegen die Person des Herzogs Carl von Braunschweig Durchlaucht gerichtet, und durch dessen früheres Benehmen veranlaßt gewesen ist, ingleichen, daß dermalen dessen Rückkehr in die braunschweigischen Staaten offenbar mit Gefahr für die öffentliche Ruhe dieses und der angrenzenden Länder verbunden sein würde; da ferner zu besorgen ist, daß die in den neueren Proclamationen und Verordnungen des Herrn Herzogs enthaltenen Drohungen und Versprechungen einen Bürgerkrieg herbeiführen und das Leben und Eigenthum vieler, mit der wahren Sachlage unbekannter und irre geführter Menschen in Gefahr setzen können, mithin zur Abwendung dieser bedenklichen Folgen Seitens des deutschen Bundes schleunige Vorkehrungen durch die bestehende Regierung zu treffen, dringend erforderlich ist, so nimmt die Gesandtschaft keinen Anstand, demjenigen Theile des commissarischen Gutachtens unumwunden beizupflichten, welcher darauf gerichtet ist, daß des Prinzen Wilhelm,

Herzogs von Braunschweig, Durchlaucht veranlaßt werden, die Regierung bis auf Weiteres fortzuführen, und alle zur Erhaltung der guten Ordnung nöthigen Maßregeln zu ergreifen; was jedoch den ferneren Antrag betrifft, die Agnaten zu ersuchen, daß sie wegen definitiver Regulirung der Regierungsverhältnisse im Herzogthum Braunschweig nach den Hausgesetzen Veranstaltung treffen möchten, so scheint es vor allen Dingen erforderlich, hierüber die Instructionen der hohen Regierung einzuholen, denn wiewohl das Benehmen des Herrn Herzogs auf keine Weise zu entschuldigen noch zu rechtfertigen ist, so kommt es doch bei den von der hohen Bundesversammlung zu fassenden Beschlüssen nicht sowohl hierauf an (indem den Nachtheilen, welche aus jenem Benehmen für die öffentliche Ruhe entstehen könnten, durch obigen Beschluß bereits vorgebeugt ist), sondern vielmehr auf das Princip, welches auch für künftige analoge Fälle gelten sollte, und darauf an, welche Maßregeln die hohen Regierungen bei einem Vorgange für angemessen halten werden, der in seiner Art der erste ist, und für welchen die Bundesgesetze keine bestimmte Vorschriften enthalten.

Hannover äußerte: Der königlich hannöverische Gesandte tritt der kaiserlich königlich österreichischen und königlich preussischen Abstimmung bei, und hält sich bereits vorläufig zu der Erklärung ermächtigt, daß die hohe Bundesversammlung den Absichten der Allerhöchsten und Höchsten Agnaten durch den gegenwärtigen Beschluß nur entgegengekommen ist. Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover werden demnach mit Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm von Braunschweig-Des die auf die definitive Regierungsanordnung im Herzogthum Braunschweig Bezug habenden gewünschten Mittheilungen der hohen Bundesversammlung ehebaldigst vorzulegen nicht unterlassen.

Württemberg stimmte dahin: Die Gesandtschaft — in Betracht, daß nach den vorliegenden Thatfachen jede Verzögerung in der Ergreifung der geeigneten Maßregeln, um die Erhaltung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung im Herzogthume Braunschweig zu sichern, die traurigsten nie zu berechnenden Folgen nach sich ziehen könnte — nimmt keinen Anstand, dem durch das eingetretene Sachverhältniß entworfenen Commissions-Antrage, in so fern er dahin geht, daß zur Erreichung jenes Zweckes Seine Durchlaucht der Prinz Wilhelm von Braunschweig-Des ersucht werde, die Regierung des Herzogthums Braunschweig bis auf Weiteres fortzuführen und Alles, was zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit, so wie der gesetzlichen Ordnung im Herzogthum erforderlich ist, vorzuziehen, sofort beizutreten; sie theilt nicht weniger die Ueberzeugung, daß wegen der künftigen Regierung des Herzogthums eine definitive Anordnung zu treffen sei, sie hält jedoch dafür, daß, nachdem auf obige Weise dem nächsten und unaufschiebbaren Bedürfniß ein Genüge geleistet worden, über die in der letzteren Beziehung zu treffenden Einwirkung sich die Instructionen der Allerhöchsten und Höchsten Regierungen, unter Vorlegung des Commissionsgutachtens und der Erklärung des herzoglich braunschweigischen Bundestagsgesandten, in der Art zu erbitten seien, damit binnen vier Wochen über diesen Gegenstand abgestimmt werden könne.

Baden stimmte wie Oesterreich und Preußen.

Rurhessen ebenfalls.

Großherzogthum Hessen dagegen sagte: Was den ersten Antrag der Commission betrifft, daß die Regierung des Herzogthums Braunschweig bis auf Weiteres durch den früher dazu von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Carl

bevollmächtigten Prinzen Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Wele, fortzuführen sei; so kann die Gesandtschaft um so weniger Anstand nehmen, demselben beizustimmen, als, wenn die Dringlichkeit einer solchen Verfügung auch nicht schon aus dem Commissionsgutachten zu folgern wäre, selbige aus den so eben durch die herzoglich braunschweigische Gesandtschaft zum Protokoll gelangten Mittheilungen über die ganz neuerlich von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Carl ergriffenen Maßregeln bis zur höchsten Evidenz hervorgeht, so daß im eigentlichen Sinne auf dem mindesten Verzuge große Gefahr zu haften scheint.

Hinsichtlich des zweiten, die Einwirkung der Agnaten bezweckenden Antrages der Commission, erkennt zwar die Gesandtschaft an, daß auch dieser auf sehr erheblichen Gründen beruht, und in der That, schon vermöge der Fassung, nur die Ausübung eines agnatischen Rechtes, so weit solches durch Hausgesetze oder Observanzen begründet ist, zu veranlassen bezieht. Da jedoch in dem untergebenen ersten Falle dieser Art die Frage davon ist, eine auf die Regierungsbefugniß eines Bundesgliedes einwirkende Anordnung zu treffen, die Bundesgesetzgebung für dergleichen Fälle keine specielle Bestimmung enthält und in Ansehung dieses Gegenstandes keine Gefahr auf dem Verzuge haftet, so findet die Gesandtschaft sich veranlaßt, ihre desfallsige Abstimmung bis nach eingeholter Instruction ihrer Allerhöchsten Regierung vorzubehalten.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg: wie Oesterreich.

Niederlande wegen des Großherzogthums Luxemburg: gleichfalls.

Großherzoglich und herzoglich sächsische Häuser: wie Königreich Sachsen.

Braunschweig und Nassau: enthalten sich der Abstimmung.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: wie Oesterreich und Preußen.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg: stimmen wegen der provisorischen Verfügung nach dem Commissionsantrage und der österreichischen Abstimmung, wegen Einleitung einer definitiven Anordnung, auf Instructions-einholung.

Hohenzollern, Lichtenstein, Neuß, Schaumburg-Lippe und Waldeck: wie Oesterreich und Preußen.

Die freien Städte: ebenfalls.

Nachdem die Mehrheit der Stimmen sich sofort für den Commissionsantrag ausgesprochen hatte, ward hierauf von sämmtlichen Gesandtschaften der vorgelegte Entwurf des Beschlusses geprüft und nach umständlicher Erörterung beschloffen:

Die deutsche Bundesversammlung von der Ueberzeugung durchdrungen, daß unter den obwaltenden Umständen die Erhaltung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung im Herzogthum Braunschweig eine, von der Autorität des Bundes ausgehende, unverweilte Verfügung in Beziehung auf die Ausübung der Regierungsgewalt daselbst gebieterisch erheische und daß eine definitive Anordnung wegen der künftigen Regierung dieses Herzogthums von Seiten der Agnaten nach den Bestimmungen der Hausgesetze und des Herkommens nicht werde umgangen werden können, beschließt:

1) Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Wele wird ersucht, die Regierung des Herzogthums Braunschweig bis auf Weiteres zu führen, Alles, was zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit sowie der gesetzlichen

Ordnung im Herzogthume erforderlich ist, vorzulehren und daß dieses auf Veranlassung des deutschen Bundes geschehn, öffentlich bekannt zu machen;

in so fern übrigens Seine Durchlaucht zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung gegen gewaltsame Angriffe außerordentliche Beihülfe bedürfen sollte, und die Dringlichkeit des Falles die vorläufige Anrufung der Bundesversammlung nicht zuließe, werden Seine Durchlaucht in dem Bundesbeschlusse vom 21. October d. J. (13. Sitzung § 258) dafür augenblickliche Unterstützung, von Seiten des Bundes bereite Hülfe finden.

2) Den berechtigten Agnaten Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunschweig wird anheim gegeben, diejenige definitive Anordnung für die Zukunft, welche bei diesem beklagenswerthen Stand der Dinge die dauernde Ruhe und gesetzliche Ordnung in dem Herzogthume Braunschweig erheischt, in Gemäßheit der herzoglich-braunschweigischen Hausgesetze und des in deutschen und anderen souverainen Häusern üblichen Verkommens zu berathen und zu bewirken, sowie auch eine baldige Benachrichtigung über die in solcher Art getroffene Feststellung dem deutschen Bunde zur Anerkennung zukommen zu lassen.

3) Die Bundesversammlung überläßt sich im Uebrigen der Erwartung, daß die Untersuchung gegen die Urheber und Theilnehmer des strafbaren Aufbruches vom 6. und 7. September d. J. ihren gesetzlichen Fortgang habe.

4) Die herzoglich-braunschweigische Gesandtschaft wird ersucht, in geeigneter Art die erforderliche Eröffnung des gegenwärtigen Bundesbeschlusses an Ihre Durchlauchten die Herzöge Carl und Wilhelm von Braunschweig mit der wünschenswerthen Beschleunigung gelangen zu lassen.

Die Bundesversammlung kann mit diesem Beschlusse jedenfalls post festum. Der Herzog hatte, ohne sie vorher zu fragen, auf die Adresse der braunschweigischen Landstände und die Wünsche des Landes hin schon am 26. November, also acht Tage vor der Erstattung des Commissionsberichts und vor dem Bundesbeschlusse die Regierung nach zuvoriger Entsetzung des Herzogs durch die Bevölkerung der Hauptstadt, der sich dann alle anderen Städte und die Landstände, wie selbst das Offizier-Corps der Linientruppen angeschlossen, die Regierung definitiv übernommen und sich in seinem Patente als souverainer Herzog mit einem neugebildeten verantwortlichen Ministerium unterzeichnet. Die Bundesversammlung wollte den Schein der Legitimität retten; es war zu spät; die Agnaten wollten nachträglich ihr Recht retten und konnten nur dem fait accompli beistimmen. In der Proclamation vom 7. Dezember 1830, in welcher der Herzog Wilhelm den Beschluß der Bundesversammlung vom 2. Dezember 1830 publicirt, heißt es ad. 1. des Beschlusses: „so wollen Wir diesen Beschluß hierdurch ohne Verzug zur allgemeinen Kenntniß bringen, und sind dem darin ausgedrückten Ersuchen bereits durch Unsere Proclamation vom 26. v. M. (also November) entgegengekommen.“ In der Proclamation ist dann eine Ermahnung an „Unsere Unterthanen“ beigefügt und zugleich denjenigen, welche sich gegen den Herzog Wilhelm einer Auflehnung oder eines Aufbruches schuldig machen würden, mit der Strenge der Gesetze gedroht.

Der Bundesbeschlusse sprach, daß der Herzog von Braunschweig-Wels die Regierung bis auf Weiteres zu führen habe. Der Herzog begann aber die Proclamation mit „Wir von Gottes Gnaden“, hat also damit das bis auf Weiteres der Bundesversammlung längst überholt.

Der zweite Theil des Bundesbeschlusses vom 2. December 1830, die Agnaten betreffend, wurde gar nicht in Braunschweig publicirt.

Es ist also klar, daß der Herzog nicht in Folge des Bundesbeschlusses, nicht in Folge agnatischer Anordnung, sondern in Folge der oben (S. 405) geschilderten Ereignisse selbstständig die Regierung des Landes angetreten hatte.

Herzog Carl hatte bei seinem Versuche, in das Land von Ulrich aus über Sorge zu dringen (November 1830) sehr lösende Proklamationen erlassen: sie verfehlten trotz der umfangreichsten Zusicherungen, wie sie nie ein Fürst gegeben, ganz ihren Zweck und blieben ohne Erfolg. Das Land war einstimmig darin, unter der Regierung des Herzogs Wilhelm zu leben und hat damit ein glückliches Loos gezogen. Wenige Länder in Deutschland sind mit so weiser Mäßigung und Milde, mit so großer Umsicht und Gerechtigkeit regiert, als das Land des Herzogs Wilhelm von Braunschweig.

Zum Schlusse dieses Kapitels mögen nun noch die oben angeführten Proklamationen des Herzogs Carl folgen. Sie waren thöricht, unausführbar und bewiesen allerdings seine vollkommene Unfähigkeit zur Regierung; wirklich ausgeführt, würden sie in jedem Lande zur Anarchie führen müssen:

Proklamation Seiner Durchlaucht des souveränen Herzogs von Braunschweig.

Wir Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, fordern Unsere getreuen Unterthanen und Diener hiermit auf, sich um Uns zu versammeln, und bis Wir selbst wieder in Unseren Erbstaaten erscheinen werden, den von Uns bevollmächtigten Baron Vender von Bienthal zu unterstützen. Es ist Unser Wille, alle Wünsche Unserer getreuen Unterthanen, die in der Möglichkeit beruhen, zu erfüllen. Wir genehmigen es, daß Unsere getreuen Unterthanen solche Personen aus ihrer Mitte erwählen, welche ihr Vertrauen am meisten besitzen, damit diese Uns, oder, in Unserer zeitigen Abwesenheit, dem mit Vollmacht versehenen Baron Vender von Bienthal, nicht nur direkt ihre Wünsche vortragen, sondern auch mit Rath unterstützen mögen. Durchaus nothwendig erscheint es Uns, daß diejenigen Personen, welche aus persönlichem Interesse Theil an den Auftritten genommen haben, welche bezweckten, ein Volk und ein Fürstenhaus sich zu entfremden, welche von jeher enge an einander hielten und welche unmittelbar an den jüngst verfloffenen traurigen Begebenheiten schuld waren und durch die abscheulichsten Verleumdungen Unserer Handlungen und Absichten ihre nichtswürdigen Absichten zu beschönigen suchen, von Unseren getreuen Unterthanen nicht zu ihren Stellvertretern ausgesucht werden. Könnten diese wider Erwarten dennoch Uns gegenüber Hoch- und Staatsverrath ausüben, und so die Nothwendigkeit eintreten, deren Güter zu confisciren, so ist es Unser Wille, daß diese nicht zum Besten des Staates im Allgemeinen, sondern der ärmsten Unserer Unterthanen und derer ausgeheilt werden, welche zuerst nach dem Erscheinen dieser Unserer Proclamation sich Uns angeschlossen und dadurch Beständigkeit und Treue bewiesen haben. Wir hoffen schließlich, daß in dem von Uns hier Gesagten und in den anliegenden Verordnungen die sicherste Gewährleistung für das Glück und die Wohlfahrt Unserer getreuen Unterthanen liegt.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigebrudten Staats-
Canzlei-Siegels.

Gegeben zu Frankfurt, den 18. November 1830.

Carl. S. (L. S.)

Verordnungen.

Wir Carl von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, erklären durch Gegenwärtiges, daß in so fern Wir Uns leider haben überzeugen müssen, wie Unser Beschluß vom 20. September d. J., durch welchen Unserm vielgeliebten Herrn Bruder, des Herzogs Wilhelm von Braunschweig-Dels Durchlaucht, von Uns die einstweilige Führung der Regierung Unseres Herzogthums Braunschweig in Unserm Namen übertragen war, nicht zu dem gewünschten Ziele geführt hat, Wir beschloffen haben, wie folgt:

1) Die Vollmacht, welche Wir Unserm vielgeliebten Herrn Bruder, des Herzogs Wilhelm von Braunschweig-Dels Durchlaucht, gegeben hatten, finden Wir Uns durch obenstehende Umstände veranlaßt, gänzlich aufzuheben.

2) Die Vertretung Unserer Rechte haben Wir, bis zu Unserer ungesäumten Rückkehr in Unsere Staaten, dem in Unsern Diensten stehenden Rittmeister Baron Vender von Bienthal laut Vollmacht übertragen, welcher Unser Schloß Blankenburg zu Unserm vorläufigen Aufenthalte und dem einer Regierung einrichten wird.

3) In Erwägung, daß ein stehendes Heer doch nie zur Vertheidigung gegen fremde Mächte hinreichend sein könnte, und Wir zu Unserem eigenen Dienst ein solches nicht bedürfen, beschließen Wir, daß es aufgelöst, die Officiere sowohl wie Unterofficiere ihren vollen Gehalt als Wartegelt beibehalten und die Gemeinen in ihre respective Gemeinden zurückkehren.

4) Es soll Unsern Unterthanen, welche in dem Falle sind, frei stehen, ihre respectiven Zehnten, Herrendienste oder dergleichen gegen sehr billige Bedingungen an Uns abzulösen.

5) Alle diejenigen Familien und Personen, welche zur ärmern Volksklasse gehören, sind von sämmtlichen Abgaben und Steuern frei.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigebrudten Staats-
Canzlei-Siegels.

Gegeben zu Frankfurt, den 18. November 1830.

Carl S. (L. S.)

Verordnungen Seiner Durchlaucht des souverainen Herzogs
Carl zu Braunschweig-Lüneburg für sämmtliche herzogliche
Behörden, Domainenpächter und Unterthanen.

Wir Carl von Gottes Gnaden souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u. s. w. haben verordnet, und verordnen wie folgt:

1) Sämmtliche Behörden sind Uns dafür auf ihre Dienstbeide verantwortlich, daß, nachdem die Kosten, welche ihre eigene Unterhaltung nothwendig macht, bestritten, die Ueberschüsse bei den respectiven Klassen zurückbehalten, und auf keine andere, als eine von Uns eigenhändig unterschriebene Ordre verabsolgt werden.

2) Alle Domainenpächter sollen bis auf Weiteres ihre Pachtgelder zurückbehalten und auf keinen Fall an die revolutionäre Regierung oder irgend Je-

mand anders als Uns abliefern, unter welcher Bedingung denselben ihre sämtlichen an Uns rückständigen Pachtgelder damit erlassen sind.

3) Unseren getreuen Unterthanen sind, ohne Ausnahme auf den Fall, daß die revolutionäre Regierung in ihrem hochverrätherischem Verfahren gegen Uns fortschreiten sollte, alle Steuern erlassen, vorbehaltlich eines zwischen Unseren getreuen Unterthanen und Uns selbst später gemeinschaftlich zu treffenden Abkommens, nach welchem die Steuern auf jeden Fall bedeutend vermindert werden müssen.

Gegeben zu Fulda, den 24. November 1830.

Carl S. (L. S.)

Bewilligungen Seiner Durchlaucht des souverainen Herzogs Carl von Braunschweig-Lüneburg zu Gunsten seiner Unterthanen.

- 1) Die Conscription wird aufgehoben.
- 2) Die Vertreter der Unterthanen sollen durch Stimmen nach der Kopzahl gewählt werden.
- 3) Gestattung geschworener Gerichte.
- 4) Die Zehnten und Herrendienste werden den Unterthanen gegen die Hälfte des Werthes abgelöst.
- 5) Die Domänen, die dem Rechte nach dem Herzog allein gehören sollen, mit dem Staate getheilt werden, so daß die eine Hälfte dem Herzoge, die andere dem Staate zufällt.
- 6) Alle übrigen Regalien sollen nach demselben Grundsatz veräußert werden.
- 7) Die Kammer Schulden und Pensionen bleiben durch die bisherigen Kammer-, Zoll- und Accise-Einnahmen, welche an Zinsen weit mehr betragen, gedeckt.
- 8) Jede Gemeinde darf sich ihre Beamten, Richter und Pfarrer selbst wählen und besolden, wofür ihnen die Gerichtsgebühren, die ihnen zugesprochenen Regalien, sowie ein Theil ihrer Abgaben zustehen soll.
- 9) Die Truppen sind aufgelöst, um dem Volke zu beweisen, daß man demselben vertraut, und daß nicht mit Gewalt, sondern mit Güte regiert werden soll.

Am 26. November 1830.

Aufruf Seiner Durchlaucht des souverainen Herzogs Carl von Braunschweig-Lüneburg an Seine Unterthanen.

Indem Wir, auf den Wiedersinn Unserer Provincialstädter und Landleute vertrauend, beschlossen haben, in Unsere Erbstaaten zurückzukehren und Unseren Aufenthalt von Unserer Hauptstadt Braunschweig nach Unserer Residenzstadt Blankenburg zu verlegen, finden wir Uns bewogen, den gegenwärtigen öffentlichen Aufruf an Unsere getreuen Unterthanen zu erlassen, um Ihnen zu sagen, wie Wir von jeher von der unwandelbaren Treue der Braunschweiger im Allgemeinen an Ihr Fürstenhaus überzeugt, von welchen Unsere Vorfahren sowohl, als wir selbst so manche sprechende Beweise erhielten, auch Uns gerne davon versichert halten wollen, daß Unsere getreuen Unterthanen den abscheulichsten Verleumdungen keinen Glauben beigemessen haben, welche Unsere Feinde auf Unsere Kosten zu erfinden und zu verbreiten sich auf jegliche Weise bemüht haben.

Mögen daher Unsere sämmtlichen Unterthanen solchen von übelgesinnten Aufrührern zu unserm Nachtheile emsig verbreiteten Erbüchtungen keinen Eingang in ihre Gemüther gestatten, vielmehr zu Uns fortwährend das Vertrauen hegen, daß Wir mit Gott fest entschlossen sind, Unsere Unterthanen glücklich und in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen. Wir haben ferner beschloffen, allen Unsern Unterthanen, welche zu ihrer Pflicht zurückkehren werden, eine Amnestie zu bewilligen, denen Unserer Unterthanen aber, welche gar nicht von ihrer Pflicht abgewichen sind, noch besondere Vergünstigungen zuzugestehen.

Gegeben zu Fulda, den 24. November 1830.

Carl F.

(L. S.)

Sechstes Kapitel.

Verhandlungen und weiterer Verlauf der Regierungsverhältnisse in Braunschweig (1831).

Die Agnaten Wilhelm IV, König von Großbritannien und Hannover und der Herzog Wilhelm von Braunschweig gingen in Folge des Bundesbeschlusses vom 2. December 1830 in ihren Verhandlungen über die Regierungsverhältnisse Braunschweigs, die sie selbstständig, ohne den Bund zu fragen, schon begannen, voran. Sie vereinigten sich dahin in der 8. Sitzung der Bundesversammlung des Jahres 1831 folgende Erklärung vorzulegen.

„Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover und Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Dels, durchdrungen von der Nothwendigkeit, die Regierungsverhältnisse der herzoglich braunschweigischen Lande definitiv festzustellen, und in Gemäßheit des Beschlusses des durchlauchtigen deutschen Bundes vom 2. December 1830, haben, auf vorgängige Berathung, nach den Bestimmungen der herzoglich-braunschweigischen Hausgesetze und des Herkommens, die nachfolgende Anordnung getroffen.

Art. 1. Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover, durch die dem durchlauchtigen deutschen Bunde bei der Fassung des oberwähnten Beschlusses vorgelegenen notorischen Thatfachen, so wie durch die Ergebnisse einer deshalb angestellten Untersuchung, zu der reiflichen Ueberzeugung von der absoluten Regierungsunfähigkeit Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunschweig-Lüneburg gelangt, erklären hierdurch, daß die Regierung im Herzogthume Braunschweig als erledigt anzunehmen sei.

Art. 2. Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Dels treten dieser Erklärung in ihrem ganzen Umfange bei.

Art. 3. Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover und Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Dels erklären ferner, daß durch diese absolute Unfähigkeit des bisherigen rechtmäßigen Regenten als erledigt zu betrachtende Regierung des Herzogthums Braunschweig nunmehr, unter Aufrechterhaltung der über die Primogenitur in dem fürstlichen Hause Braunschweig-Wolfenbüttel bestehenden Verträge und des Pacti Henrico-Wilhelmiani, so wie der auf solchen sich gründenden Successionsrechte, definitiv auf Seine Durchlaucht den Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Dels, in Höchstherr Eigenschaft als nächster Agnat, mit allen verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten eines regierenden Herzogs von Braunschweig übergegangen sei.

Art. 4. Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Dels übernehmen demnach die Höchstherrn anheim gefallene Regierung

der herzoglich braunschweigischen Lande, unter der im § 79 der erneuerten Land-
schaftsordnung für das Großherzogthum Braunschweig, d. d. Carlton-House,
den 25. April 1820, enthaltenen Bestimmung; auch werden Höchstdieselben,
nach Erfüllung dieser landesgrundgesetzlichen Verpflichtung, die Fulldigung der
Unterthanen in gewöhnlicher Form empfangen, ingleichen von sämmtlichen Civil-
und Militärbehörden und Beamten, unter Aufhebung aller früheren Verpflichtung
derselben gegen den Regierungsvorfahren, den Dienstleid entgegen nehmen.

Art. 5. Durch eine gemeinschaftlich niederzusetzende Commission soll für
Seine Durchlaucht den Herzog Carl von Braunschweig = Lüneburg eine, den
Landeseinkünften angemessene, möglichst standesmäßige Sustentation, jedoch
unter Berücksichtigung des in Höchstdesselben Händen bereits befindlichen Staats-
vermögens, ausgemittelt werden; so wie auch auf eine verhältnismäßige Er-
höhung des fraglichen Beitrags, für den Fall einer etwaigen aus legitimer und
standesmäßiger Ehe entsprungenen Descendenz Höchstdesselben, demnächst Rück-
sicht genommen werden wird.

Beide Bundestagsgesandtschaften sind zugleich angewiesen worden, darauf
anzutragen, daß die von Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und
Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm von Braunschweig-
Lüneburg-Dels über die definitive Feststellung der Regierungsverhältnisse er-
folgte Anordnung von dem durchlauchtigsten deutschen Bunde die möglichst zu
beschleunigende Anerkennung erhalten möge.

Zu diesem Ende erlauben sich die Gesandtschaften über die Motive, welche
ihre allerhöchsten und höchsten Committenten bei der von ihnen getroffenen Bestim-
mung geleitet haben, Folgendes hinzuzufügen:

Nachdem nämlich zuvörderst bereits von einer hohen Bundesversammlung
in ihrem in der 40. vorjährigen Sitzung, § 304, gefaßten Beschlusse die Befug-
niß der berechtigten Agnaten Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl anerkannt
ist, in Gemäßheit der herzoglich braunschweigischen Hausgesetze und des Her-
kommens diejenige definitive Anordnung für die Zukunft zu treffen, welche bei
dem beklagenswerthen Zustand der Dinge die dauernde und gesetzliche Ordnung
im Herzogthume Braunschweig erheischt; so wird Allerhöchst- und Höchsthier
Einschreitung sich allein schon dadurch als hinreichend gerechtfertigt darstellen.
Höchstens möchte nur noch in dieser Beziehung zu bemerken übrig bleiben, daß
als berechnigte Agnaten zu dem getroffenen Uebereinkommen nur die Chefs der
beiden regierenden Linien zu betrachten sind, indem sich in solchen die actuelle
und formelle Vertretung der nachgebornen Agnaten bei allen auf die Regierung
und deren Anordnung Bezug habenden Rechten und Befugnissen, den Haus-
gesetzen und dem Herkommen nach, concentrirt; daher denn die getroffene An-
ordnung auch nur zwischen Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien
und Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm von Braunschweig-
Dels als dazu berechtigten Agnaten vereinbart worden ist.

Was sodann die von den allerhöchsten und höchsten Agnaten getroffene
Anordnung selbst anlangt, so mußten sie dabei vor allem den von der hohen
Bundesversammlung selbst aufgestellten Hauptzweck, nämlich den, daß dadurch
die dauernde Ruhe und gesetzliche Ordnung im Herzogthume Braunschweig bleibend
gesichert werde, sich vergegenwärtigen.

Von diesem Gesichtspunkte aber ausgehend, konnten sich die allerhöchsten
und höchsten Agnaten leider nur davon überzeugt halten, daß bei Seiner Durch-

laucht dem Herzoge Carl von Braunschweig eine absolute Regierungsunfähigkeit vormalte.

Diese Ueberzeugung mußte ihnen nicht bloß werden aus den, dem durchlauchtigsten Bunde bei der Fassung des oben erwähnten Beschlusses vorgetragenen, notorischen Thatfachen, deren nochmalige Erwähnung darum hier überflüssig erscheinen wird, sondern insbesondere auch noch durch die vom 26. November bis 1. Dezember vorigen Jahres von Seine Durchlaucht dem Herzoge Carl von Braunschweig gemachten Versuche, das Landvolk zu revolutioniren, um eine Reaction zu seinen Gunsten hervorzubringen. Aus den bei dieser Gelegenheit von Höchstdemselben verbreiteten Proclamationen ging hervor, daß derselbe sich kein Gewissen daraus gemacht hatte, seines Herrn Bruders Durchlaucht für einen Rebellen und Verräther zu erklären, demselben eine öffentliche Bekanntmachung fälschlich unterzuschreiben, das Herzogthum in den Zustand einer offenen Revolution gegen Recht und Ordnung zu stürzen, damit die Ruhe des ganzen nördlichen Deutschlands zu gefährden und die Gesetze des deutschen Bundes, so wie die bestehenden Familienverträge mit Füßen zu treten.

Sollten aber dennoch über diese absolute vormaltende Regierungsunfähigkeit Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl einige Zweifel bestehen, so werden sie unstreitig aufs Vollständigste durch die beiliegende, mit allen erforderlichen Dokumenten versehene, amtliche Darstellung seiner Regierungshandlungen und der ihn dabei geleitet habenden Motive gehoben werden, zu deren vertraulichen Vorlegung die königlich großbritannische hannöversische Bundestagsgesandtschaft von ihrem allerhöchsten Hofe autorisirt worden ist.

Der Inhalt derselben dürfte leider nur zu sehr den sämmtlichen hohen Mitverbündeten Seiner Majestät die Ueberzeugung gewähren, daß Seine Durchlaucht der Herzog aus moralischen Gründen, und weil der Eindruck und das Andenken seiner mit völliger Zurechnungsfähigkeit begangenen Handlungen nicht ausgelöscht zu werden vermag, für durchaus regierungsunfähig erkannt werden muß.

Freilich würden die allerhöchsten und höchsten Agnaten, statt einen solchen Ausspruch zu thun und ihn Ihren allerhöchsten und höchsten Mitverbündeten zur Anerkennung vorzulegen, gern einen mildern Weg eingeschlagen haben, wäre es nur möglich gewesen, Seine Durchlaucht den Herzog Carl zu einer freiwilligen Uebertragung der Regierungsgewalt an seinen Durchlauchtigsten Herrn Bruder durch freundschaftliche Vermittlung zu bewegen.

Alein die, auf Veranlassung Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm und der braunschweigischen Stände, in Uebereinstimmung mit den Wünschen der kaiserlich königlich österreichischen und königlich preussischen Höfe, von Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover übernommene Vermittelung mußte die Ueberzeugung hervorrufen, daß es unmöglich sei, Seine Durchlaucht den Herzog Carl zu einem gütlichen Arrangement zu bewegen, wodurch den Bedürfnissen des Landes abgeholfen, die bleibende Ruhe im Herzogthume Braunschweig gesichert und ein stabiler Regierungszustand herbeigeführt werden könnte. Die väterlichsten Bemühungen Seiner Majestät, um im Interesse des braunschweigischen Landes, im Interesse des deutschen Bundes und in den eigenen des Herzogs Carl, von seiner Seite eine gänzliche Verzichtleistung auf die eigene Ausübung der Regierungsgewalt zu erlangen, waren vielmehr von demselben nur dadurch vergolten worden, daß derselbe ihre Zwecke durch ganz außer allen Verhältnissen stehende Appanageforderungen zu eludiren suchte,

die hierdurch herbeigeführte Verzögerung zur Anstiftung neuer Unruhen im Herzogthume Braunschweig mittelst heimlich abgesandter Agenten benutzen wollte, und zuletzt die ihrer Beendigung nahen Verhandlungen durch Zurücknahme aller früheren Zugeständnisse und schnelle Entfernung aus England abbrach.

Unter solchen Umständen und nach dergleichen gemachten Erfahrungen werden daher unstreitig die hohen Mitverbündeten Seiner Majestät Empfindungen Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß Sie die eingeleiteten Unterhandlungen für immer abgebrochen ansehen mußten, und einen erneuten ähnlichen Versuch zu machen, Sich nicht weiter veranlaßt finden konnten. Allerhöchstdieselben hatte zur Genüge der ganze Gang jener Unterhandlungen belehrt, daß Seine Durchlaucht, in den Sie zunächst betreffenden Angelegenheiten und Verhältnissen consequent und nach richtigen Grundsätzen selbst zu handeln, unfähig seien. Auch waren die früher bestandenen Verhältnisse durch die letzten von Seiner Durchlaucht sich erlaubten revolutionären Attentate, wodurch die Sicherheit und gesetzliche Ordnung im nördlichen Deutschland gefährdet worden waren, von der Art, daß durchgreifende Maßregeln, wie die anfänglich beabsichtigten, sich als unvermeidlich darstellen mußten, sollte, was der Hauptzweck des Bundesbeschlusses vom 2. December d. J. ist, die dauernde Ruhe und gesetzliche Ordnung im Herzogthume Braunschweig bleibend gesichert werden.

Wenn hiermit nun eine absolute Regierungsunfähigkeit von Seiten des Herzogs Carl von Braunschweig angenommen werden muß, so tritt damit auch zugleich der Fall ein, daß auf Seine Durchlaucht den Herzog Wilhelm die also eröffnete Regierung mit allen verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten eines regierenden Herzogs von Braunschweig kraft eigenen Rechts als nächsten Agnaten übergegangen ist, und werden damit die in den Art. 3, 4 und 5 enthaltenen Bestimmungen der von den allerhöchsten und höchsten Agnaten getroffenen Verfügungen sich als hinreichend gerechtfertigt darstellen.

Was übrigens die bei dieser Gelegenheit zugleich näher zu bestimmenden Successionsrechte einer etwaigen künftigen legitimen Nachkommenschaft Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl anlangt, so haben die allerhöchsten und höchsten Agnaten, nach reiflicher Erwägung aller dabei eintretenden Umstände, und besonders in Berücksichtigung der Erhaltung der Ruhe im Herzogthum Braunschweig, so wie der aus jeder Gefährdung derselben für die Nachbarstaaten und für ganz Deutschland entspringenden Gefahr, es in diesem Augenblicke für das angemessenste halten müssen, jenen Punkt in keiner andern als der bemerkten Weise in der von Ihnen getroffenen und demnächst zur Publikation bestimmten Anordnung zu berühren.

Seine Majestät der König, so wie Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm nehmen aber dabei keinen Anstand, hiermit feierlich zu erklären, daß Sie den Rechten, welche des Herzogs Carl Durchlaucht für Höchstdero etwaige legitime Descendenz in Hinsicht auf die Nachfolge in der Regierung des Herzogthums Braunschweig in Anspruch nehmen dürften, vorzugreifen nicht geneigt sind, vielmehr, beim Entstehen einer desfalligen Meinungsverschiedenheit unter den durchlauchtigen Herren Brüdern, solche, in Berücksichtigung der deshalb im Allgemeinen und in den Haus- und Grundgesetzen des Herzogthums Braunschweig insbesondere enthaltenen Bestimmungen, zum competenten Ausspruche verstellt lassen wollen.

Beide allerhöchsten und höchsten Agnaten können aber zugleich nur wünschen, und müssen daher darauf bestimmt antragen, daß es aus eben diesen Gründen

Ihren allerhöchsten und höchsten Mitverbündeten gefallen möge, wegen jenes Punktes in den von Höchstdenselben über die vorbemerkten Anordnungen am Bundestage abzugebenden Erklärungen gleichfalls sich nicht bestimmt äußern zu wollen, zumal Seine Durchlaucht der Herzog Carl zur Zeit noch nicht vermählt sind, und auf eine noch gar nicht existirende Descendenz dormalen und unter den obwaltenden Verhältnissen keine Rücksicht genommen zu werden braucht.

Die beiden höchsten Agnaten würden Sich wenigstens im entgegengesetzten Falle von aller Verantwortlichkeit wegen der daraus für die Erhaltung der Ruhe im nördlichen Deutschland unausbleiblich entstehenden Gefahren im Voraus los sagen müssen.

Wenn es übrigens aus diesem Grunde höchst wünschenswerth ist, daß der Zustand der Ungewißheit über die künftige definitive Regierungs-Anordnung im Herzogthume Braunschweig so bald wie möglich aufhören möge, indem dadurch eine beständige Aufregung der Gemüther genährt, sowie die dortige Regierung in ihrer kräftigen Einschreitung gelähmt wird; so sind die königliche und herzogliche Bundestagsgesandtschaften von ihren allerhöchsten und höchsten Regierungen zugleich beauftragt, darauf anzutragen, daß die Anerkennung der von ihren höchsten Committenten getroffenen Anordnungen so bald wie möglich erfolgen und daß zu diesem Ende für die etwa als nöthig sich darstellende Instructionseinkholung die möglichst kürzeste Zeitfrist anberaumt werden möge.

Hierauf kam man überein, die von der königlich-hannoverschen Bundestagsgesandtschaft vertraulich mitgetheilte — hier unten gleich folgende — Darstellung loco dictaturae für die Gesandtschaften, zur Einsendung an ihre höchsten und hohen Regierungen, drucken zu lassen, die Beilagen aber bei der Canzleidirection zur Einsicht der Gesandtschaften zu hinterlegen.

Sodann wurde von dem Präsidio vorgeschlagen und unter einhelliger Zustimmung beschlossen:

daß sämmtliche Gesandtschaften sich mit möglichster Beschleunigung die Instructionen der höchsten und hohen Regierungen zu erbitten haben, um in der kürzesten Zeitfrist über die Erklärung und Anträge Hannovers und Braunschweigs abzustimmen.

Darstellung der Regierungshandlungen Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunschweig.

Die deutsche Bundesversammlung hat, in ihrer für die Geschichte des Herzogthums Braunschweig ewig denkwürdigen Sitzung vom 2. December 1830, die Regierungsunfähigkeit des durchlauchtigen Herzogs Carl von Braunschweig-Lüneburg anerkannt, indem sie, von der Ansicht ausgehend, daß die fernere Regierung desselben mit der innern Sicherheit Deutschlands unvereinbar sei, Seine Durchlaucht den Herzog Wilhelm von Braunschweig ersuchte, die Regierung des Herzogthums bis auf Weiteres fortzuführen, an die dazu berechtigten Agnaten Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl aber das Ersuchen ergehen ließ, diejenige definitive Anordnung für die Zukunft in Gemäßheit der Hausgesetze und des Herkommens zu treffen, welche die dauernde Ruhe und die gesetzliche Ordnung im Herzogthume erheischen. Wenngleich bei diesem Beschlusse diejenigen Thatfachen, welche jene Regierungsunfähigkeit ergeben, als vollgültig bereits anerkannt sind, so ist doch bei der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes das Bedürfniß empfunden, in dem Augenblicke, wo die zwischen den allerhöchsten und höch-

sten Aiguaten berathene Anordnung an den hohen deutschen Bund zur Anerkennung gelangen soll, die Thatfachen in gedrängter Uebersicht als geschichtlichen Beleg zusammenzustellen, welche die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, die Regierung des Herzogthums niemals wieder in die Hände des Durchlauchtigsten Herzogs Carl zurückkehren zu lassen, hervorgerufen haben und die dem hohen Bunde bisher nur im Wege der Publicität oder in einzelnen Schriften und Notizen zerstreut zur Kenntniß gelangt sind.

Die angeführten Thatfachen selbst sind, so viel als möglich, mit den actenmäßigen Beweisen begleitet; indessen ist zu bemerken, daß die Zerstörung des größten Theils des Archives der Staatskanzlei durch den stattgehabten Schloßbrand, und noch mehr die Vernichtung fast aller im geheimen Cabinet aufbewahrten Papiere durch die Flammen, es verhindert, manche dadurch in Ungeklärtheit gehüllte Thatfachen anzuführen, oder die angeführten mit vollständigen Beweismitteln zu unterstützen, besonders da es in mehrerer Hinsicht durchaus nicht rathsam erschien, eine förmliche Vernehmung solcher Personen, welche über einzelne Umstände noch ein größeres Licht verbreiten könnten, anstellen zu lassen.

I. Verletzung der Regentenpflicht in Beziehung auf die Verfassung und die Verwaltung des Staats im Allgemeinen.

A. Entlassung des Geheimen Raths von Schmidt-Phiselled, und Differenz mit Seiner Majestät dem Könige von England.

Das weite Feld der hier angedeuteten Begebenheiten, in vielfachen diplomatischen Notizen und offenkundigen Druckschriften verhandelt, liegt einem jeden Staatsmann vollständig vor Augen. Der hohe deutsche Bund weiß zur Genüge, von welchen verkehrten Ansichten ausgegangen, mit welchen Waffen gekämpft, mit wie weniger Treue gehandelt, wie sehr das wahre Interesse des Staates für Nichts geachtet und nur allein der Leidenschaftlichkeit Gehör gegeben wurde, und es würde daher vollkommen überflüssig sein, die Einzelheiten derselben nochmals aufzuzählen. Aber wenn auch hier, aus schuldigen Rücksichten der Ehrerbietung, die jegliche Hintansetzung aller Rücksichten gegen Seine Majestät den König Georg IV., den erhabenen Vormund und Verwalter eines unter seiner Leitung glücklichen Landes, unerwähnt bleibt, wenn der gänzliche Ungrund der gegen Allerhöchstdenselben geführten Beschwerden auch nicht berührt wird, zu deren Verfechtern ein Fride, Furlbusch, Blindworth, Witt, Häberlin &c. nach einander auftreten mußten; so ist es doch, um die Geistesbeschaffenheit des unglücklichen Fürsten vollkommen zu zeigen, unmöglich, des Undankes, der lange zurückgehaltenen Rache und der Grenzenlosigkeit des Hasses nicht zu erwähnen, mit denen der Geheime Rath von Schmidt-Phiselled verfolgt wurde. Es ist von demselben behauptet, daß er um seinen Abschied aus dem hiesigen Staatsdienste mündlich bei Seiner Durchlaucht dem Herzoge Carl nachgesucht und sogleich mündlich ihn erhalten habe; in der auf höchsten Befehl von dem Hofrath Fride geschriebenen Brochüre: „Antwort eines Unbefangenen &c.“ wird dieser Umstand geradezu geleugnet, und doch sind mehrere Staatsdiener vorhanden, denen der Herzog gleich nach der Audienz des Geheimen Raths es mittheilte, daß er diesem den erbethenen Abschied bewilligt habe, wobei er seine Freude darüber ausdrückte, des verhassten Mannes so schnell sich entledigen zu können. Nur mit der größten Mühe gelang es dem Hofrath Fride, der sonst als Haupturheber der Verfolgung des Geheimen Raths bekannt ist, es zu verhindern, daß

nicht, wie es die Absicht des durchlauchtigsten Herzogs war, das Bildniß des Entwichenen an den Galgen geschlagen wurde; und der erste Entwurf des gegen ihn erlassenen Steckbriefes, zum Theil von der Hand des Herzogs geschrieben, dem Polizeidirector zur Ausfertigung übersandt und von diesem nur nach vielen Gegenvorstellungen unterdrückt, welcher im Originale unter Lit. A. anliegt, giebt ein bleibendes und unumstößliches Denkmal von dem Haffe, der den jugendlichen Fürsten schon damals besaß. Und wenn man nun aus seinen eigenen, in einem sub Lit. B. im Auszuge mitgetheilten Briefe vom 21. November 1826 geschriebenen Geständnissen ersieht, daß dieser Haß schon Jahre lang vorher im Stillen genährt und, in seiner Ausführung bis zu dem günstigen Momente kalt berechnet, verschoben wurde, so erstaunt man über das Gemüth, das in den Jahren jugendlicher Unbefangenheit und unter den Umgebungen des heitersten Lebensglückes diesen kaum natürlichen Empfindungen sich hingeben konnte.

Der eben erwähnte Brief ist aus dem brennenden Schlosse gerettet, im Auszug desselben unter Lit. B. beigelegt.

Nicht bloß gegen den Geheimen Rath von Schmidt-Whiselbeck hatte sich der Zorn des Herzogs gerichtet, auch sein ältester Sohn sollte sofort verhaftet, sein Schwager, der Consistorialrath Westensee und die übrigen Mitglieder des Geheimen-Raths-Collegii, der Geheimrath von Schleinitz und die Geheimen Justizräthe Eschenburg und von Bülow, unter genaue polizeiliche Aufsicht gestellt werden, damit ihre Entfernung aus den hiesigen Landen unmöglich werde. Die sub C^a — C^b anliegenden Registraturen und Berichte des Polizei-Directors Gravenhorst ergeben hierüber das Nähere, und es ist hinsichtlich des Ersteren zu bemerken, daß sie von Jenem zu seiner Legitimation gleichzeitig niedergeschrieben sind, da alle Befehle mündlich an ihn gelangten und alle seine Bitten um schriftliche Befehle vergeblich waren.

Das ferner eingetretene widerrechtliche Verfahren in Betreff des Privatvermögens wird weiter unten berührt werden.

B. Differenz mit den Landständen.

Auch diese Angelegenheit, die so sehr wesentlich dazu beigetragen hat, das Vertrauen der Unterthanen zu schwächen, ist zu genau in allen ihren Einzelheiten dem hohen deutschen Bunde bekannt geworden, als daß es hier einer genauern Aufzählung derselben bedürfte. Unbeschränkte Willkür war auch hier das Ziel des Strebens, und Haß derer, welche die Rechte des Landes vertheidigten, eine unmittelbare Folge ihrer Aufopferung für das Wohl des Staates.

Nur des einzigen Umstandes möge hier gedacht werden, daß der Herzog in der neuesten Zeit von den Aebten und Präbsten, welche er erwählte, und die verfassungsmäßig auf dem Landtage erscheinen, einen schriftlichen Revers darüber verlangte, daß sie nur für das herzogliche Interesse stimmen, oder, im entgegengesetzten Falle, ihre Würde aufgeben sollten. Die Anlage Lit. D — D^b enthält den darüber dem General-Superintendenten Henke gemachten Antrag, der jedoch die Eingehung der geforderten Verbindlichkeit verweigerte und deshalb die ihm Anfangs angetragene Stelle nicht erhielt.

C. Organisation des Staatsministeriums.

Nach der Entfernung des Geheimen Raths von Schmidt-Whiselbeck, äußerte sich bald die entschiedenste Abneigung gegen die übrigen Mitglieder des Geheimenraths-Collegii. Der Geheime Rath von Schleinitz ward, nachdem ihm

auch die bis dahin bekleidete Stelle eines Präsidenten des Ober-Appellationsgerichts, trotz der Bitten der Mitglieder desselben, genommen war, mit zwei Fünftheilen seines Gehalts pensionirt, der Geheime Justizrath Eschenburg ward in die Kammer versetzt und der Geheime Justizrath von Bülow ohne Anstellung gelassen, sowie ihm auch die Kammerherrnwürde genommen.

Au die Stelle dieses hochgeachteten Collegii trat ein Staatsministerium, dessen Mitglieder fast durchgängig nur in ihrer Charactereschwäche und ihrem Hass gegen den Geheimen Rath von Schmidt-Phiseldack ihre Empfehlung finden.

Der Geheime Oberstaatsrath von Münchhausen hatte nie zuvor in Civildiensten gestanden, und der Staatsrath Bosse schon in seiner Eigenschaft als Kammerassessor seine Unfähigkeit zu Geschäften bei dem herzoglichen Kammer-Collegio beurfundet. Nur der zweite Kammerdirector, von Bülow, war durch Kenntnisse und Geschäftserfahrung ausgezeichnet, aber seine glücklichen Fähigkeiten wurden durch sein Streben nach einer Gunst verdunkelt, die er dennoch niemals erreichen konnte. Weder er, noch überhaupt das ganze Ministerium, vermochten es jemals, auch nur den geringsten Einfluß zu erlangen; der Herzog zog sich bald aus den Sitzungen zurück; das Ministerium ward befehligt, seine Anträge schriftlich in tabellarischer Form einzureichen, und die Entscheidung erging aus dem geheimen Cabinette. Der Canzleidirector Bitter begutachtete und modificirte die Anträge des Ministerii schriftlich, wenn Seine Durchlaucht in entfernten Ländern sich aufhielten, wie es namentlich bei der Reorganisation des herzoglichen Kammercollegii geschehen ist; durch den Lieutenant von Grabau erfolgten in flüchtigen Blättern die Entscheidungen auf Berichte der obersten Behörden (Originalbriefe in den Anlagen Lit. E. E^a), und in formlosen Zuschriften empfing das Ministerium seine Befehle aus dem Cabinette durch den Canzleidirector Bitter in den wichtigsten Angelegenheiten, z. B. in Betreff des Verkaufes von Staatsgütern. (Anlagen Lit. F. F^a.) Kein Mitglied des Ministerii nahm Anstand, mit Jeneem über Gegenstände der höchsten Wichtigkeit zu conferiren, die ihm, dem gewesenen Schreiber, oft kaum dem Namen nach bekannt sein konnten, um seine Stimme für die eine oder andere Ansicht zu gewinnen, und oft vermochte das Ministerium nur unter dem Scheine der Geringsfügigkeit Verfügungen durchzusetzen. Diese beklagenswerthen Verhältnisse waren Niemandem verborgen, und das Staatsministerium, weder in der Gesamtheit seiner Mitglieder, noch durch sein Wirken achtbar, stand vor den Augen des Publicums ohne Ansehen da. Man wußte, daß dem Geheimen Oberstaatsrathe von Münchhausen unbedingtes Gehorschen bei seiner Anstellung zur Pflicht gemacht war, man wußte, daß er Rescripte unterschrieb, deren Inhalt von der Hand des Fürsten verdeckt wurde, — man wußte, daß der Hofrath Friede dem Herzoge die sofort genehmigte und ausgeführte Uebertragung des Departements der Forst-, Berg- und Hüttenfachen an den Obersten von Wachholz, der es bis zu seinem Austritte im October vorigen Jahrs behielt, als einen scherzhaften Einfall vorgetragen hatte, man wußte, daß der Staatsrath Bosse von dem Fürsten oft mit Schimpfnamen belegt, ja sogar, daß sein graues Haar, von dessen eigener Hand im Beisein Mehrerer einst schwarz gefärbt wurde! Der sub Lit. G. angefügte Bericht des vormaligen Staatsministerii vom 9. October vorigen Jahrs über die in der ständischen Adresse geführten Beschwerden, enthält über diese Verhältnisse die auffallendsten und unumwundensten Angaben.

D. Reorganisation der herzoglichen Kammer.

Der Geist einer pflichtgetreuen Dienstverwaltung, welcher sich in der herzoglichen Kammer behauptete, war dem Herzoge oft als Hinderniß seiner willkürlichen, auf momentanen Geldgewinn gerichteten Pläne entgegen getreten, und diese Behörde hatte daher schon längst die Abneigung desselben auf sich geladen. In einer totalen Umformung der ganzen innern Einrichtung war schon früher das Mittel gesucht, die Hindernisse zu beseitigen, und mehr als einmal war dazu ein Plan, unter andern auch von den berücktigten Klindworth, entworfen, der jedoch jedesmal in der Unfähigkeit des Arbeiters scheiterte, ein nur einigermaßen haltbares Gebäude wieder an die Stelle zu setzen. Indessen hatten die weiter fortschreitenden Verkäufe von Staatsgütern und die immer entschiedener sich entwickelnden Pläne, den Staatshaushalt nur zur augenblicklichen Aufbringung möglichst hoher Geldsummen zu benutzen, auch die mit pflichtmäßigem Ernste vorgetragenen Vorstellungen gegen jene Verkäufe und gegen die Erhöhung der Zinsen auf die bei der herzoglichen Kammerkasse belegten Privatkapitale des Herzogs, den Wunsch nach einer Umgestaltung desselben immer lebhafter gemacht, und endlich erschien, von mehreren Händen bearbeitet, das Gesetz, welches die verschiedenen, aus der aufgelösten herzoglichen Kammer umgestalteten Collegien, vom 1. Mai 1830 an, ins Leben rief. Daß dieser Schritt verfassungsmäßig ohne Mitwirkung der Stände nicht geschehen durfte, ward nicht als Hinderniß angesehen; Gegenstände der Verwaltung, die nichts für die herrschaftlichen Kassen abwarfen, wurden der nunmehrigen Kammer überwiesen, deren Rätthe größtentheils aus Männern bestanden, gegen welche der Fürst eine persönliche Abneigung besaß, oder mit verhassten Personen verwandt waren; die Domainen-, Forst-, Berg- und Hüttenfachen wurden verschiedenen Directionen zugetheilt, über denen ein Finanzcollegium stand, zu dessen Mitgliedern entweder die nachgiebigsten, oder die dienstbarsten Rätthe gewählt wurden. Ihre Zahl ward aus einigen Subalternen von entschiedener Unfähigkeit vermehrt, auf deren Willen man rechnen durfte, und an die Spitze von Allem trat der Staatsrath Vosse. Ihm ward die Befugniß, die Entscheidung unmittelbar von dem Herzoge einzuholen, und so war die Bahn gebrochen, auf welcher man ohne Widerspruch bis zu dem Herzen der Staatsgüter gelangen konnte. Der Plan, einiges Gute enthaltend, war im Ganzen unreif, oft unbestimmt, oft unausführbar, die leeren Schreibereien wurden verdreifacht, und unabsehbare Verwirrung wäre unausbleibliche Folge gewesen, wenn das Gebäude längere Zeit bestanden hätte. Mehrere wichtige Verhältnisse waren durchaus unentschieden geblieben; so z. B. schwankte die Oberbaubehörde, aller näheren Anweisung über ihr Ressortverhältniß entbehrend, beständig hin und her, ohne je ihren eigentlichen Mittelpunkt finden zu können.

E. Cabinet.

In ihm vereinigte sich die ganze Wirksamkeit des Herzogs, und es bildete sich immer mehr aus, je weiter sich dieser von dem Staatsministerium entfernte. Wenn dasselbe, und an seiner Stelle früher das Geheimerraths-Collegium, die oberste Behörde war, von der alle Verfügungen in letzter Instanz ausgingen und an deren Beratungen die Landesfürsten Theil nahmen, so entstand nunmehr in dem Cabinet ein noch höher gestelltes Organ des unbefchränkten Willens des Landesherrn, durch welches auch das Ministerium seine Befehle

empfang. In ihm rathschlugte der Herzog mit denen, welchen er unglücklicherweise vertraute, über die Ausführung seiner Beschlüsse, und Männer, wie Boffe, Fricke, Alindworth, Bitter, waren die Werkzeuge der verderblichen Pläne, die dort entworfen wurden. Mit den Genannten arbeitete dort vorübergehend auch Witt, genannt von Döring, der Professor Schütz, der ehemalige Steuerdirector Bernard, und als Gehülfin der Meisten von Ihnen bot die berühmte Gräfin von Görz-Wrisberg ihre nicht ungewandte Feder dar. In ihm ward die geheime Polizei organisirt und geleitet, in ihm ward das Erbrechen der Briefe beschlossen und ausgeführt. Beide Maßregeln werden zuerst von dem nachherigen Legationsrathe Alindworth angerathen, und überhaupt war es dieser, welcher durch die treulossten Rathschläge und die gewissenlosesten Mittel, durch welche er in der Gunst des Herzogs sich zu befestigen suchte, das Gemüth desselben immer mehr erbitterte.

Nur zu leicht gelang es ihm, redliche Staatsdiener anzuschwärzen und ihre Bemühungen um das Wohl des Staates als Feindseligkeiten gegen den Landesherrn darzustellen; er nährte den Streit gegen Seine Majestät den König von England, er erweckte den Gedanken, die herzogliche Kammer aufzulösen, er war es hauptsächlich, der den Fürsten gegen die Landstände aufzureizen wußte. Aber so große Schuld auch auf ihm lastet, so muß man doch gestehen, daß dem Herzoge seine schlechten Eigenschaften nicht unbekannt waren, als er ihn in seine Nähe berief. Er war in der Mitte des Jahrs 1827 nach Braunschweig gekommen, und sein Gesuch um Erlaubniß, eine politische Zeitung herausgeben zu dürfen, veranlaßte bei dem übeln Rufe, der ihm gefolgt war, daß die dortige Polizei von Göttingen, Bremen, Berlin und Hildesheim, woselbst er sich zu verschiedenen Zeiten aufgehalten, Erkundigungen über ihn einzog. In Folge der erhaltenen Nachrichten schilderte ihn jene in einem dem herzoglichen Staatsministerium erstatteten Berichte als einen mehr als leichtsinnigen, höchst unzuverlässigen, in mehrfacher Beziehung der öffentlichen Sicherheit gefährlichen Menschen, der sich selbst nicht scheue, durch Schwindeleien und Betrug sich in den Besitz fremden Eigenthums zu setzen; und zu derselben Zeit, als dieser Bericht, wie es vollkommen gewiß ist, dem Herzoge Carl vorlag, erhielt er im Cabinet seine Anstellung. Anlagen (H. H^a. H^b. H^c.)

Nachdem er in Ungnade gefallen, ersetzte der nachherige Kanzleidirector Bitter seine Stelle, Anfangs Schreiber und Bedienter eines hiesigen Notars, dann Kanzlist des Kriegscollégii, von da wegen seines gefälligen Aeußern, in das Cabinet gerufen und wegen seiner zu Allem bereiten Geschmeidigkeit zu einer Stellung emporgehoben, die die einflußreichste im Lande war und ihn während der Abwesenheit des Herzogs zu dessen Stellvertreter machte. Kanzlisten und ähnliche Subalternen, die um ihn sich drängten, waren seine Gehülfen, und es hatte allen Anschein, daß, wenn nicht eine Aenderung der Regierung eingetreten wäre, diese sich der wichtigsten Stellen bemächtigt haben würden. Zwei höchst merkwürdige Briefe, welche von ihm unterm 4. Mai und 11. Juni 1830 an den Herzog Carl nach Paris geschrieben, die nach der Zerstörung des Schlosses gefunden und im Originale sub Lit. J. J^a. beigefügt sind, zeigen den Geist, in welchem er die Regierungsgeschäfte betrieb, und es ist unmöglich, die eine Stelle derselben, welche sich auf den Urlaub des Hofraths Pöttling bezieht und von der weiter unten die Rede sein wird, ohne die tiefste Indignation zu lesen. Und was soll man zu den empörenden Rathschlägen sagen, die in dem zweiten Briefe, dessen unwürdiger Verfasser seinem Landesherrn hinsichtlich des

zu London sich aufhaltenden Dr. Klindworth vorzutragen wagt! Welch ein Verhältniß mußte zwischen dem Herrn und dem Diener bestehen, um solche Aeußerungen nur möglich zu machen! Daß Bitter ohne alle Kenntnisse war, darf nicht erst erwähnt werden, doch ward dieser Mangel einigermaßen durch die bereitwillige Hülfe derer verschleiert, die seine Gunst durch ihre Rathschläge zu gewinnen suchten.

In diesem Cabinete führte der Herzog seine Bücher, deren Existenz dem Publico erst nach dem Schloßbrande enthüllt wurde und die mit Recht ein so allgemeines Aufsehen erregt haben. Ein rothes Buch, dem Herzoge Wilhelm Durchlaucht von dem Magistratsdirector auf Befehl ausgehändigt, und daher für jetzt als Anlage nicht zu benutzen, ist gefunden worden, in welchem sämtliche Civilofficianten verzeichnet stehen, bei deren Namen von des Herzogs Carl eigener Hand die ehrenrührigsten Bemerkungen hinzugefügt sind. Bei sonst unbescholtenen Namen findet sich das Schimpfwort „Hund“, bald mit einem, bald mit zwei, bald mit drei Kreuzen begleitet; bei dem Namen des Bruders von einem der so Bezeichneten findet sich die Bemerkung: „Bruder des Hundes.“ — Ein anderes schwarzes Buch ist gefunden, innere Angelegenheiten bezeichnet, in welchem auf einigen eigenhändig beschriebenen Blättern Strafmaximen angeführt stehen, vor denen der Leser billig zurückschreckt. Viele von ihnen sind zur Anwendung gebracht; der Gebrauch der Chicane, die gerichtliche Anklage wegen Bestechung unter Mitwirkung dritter Personen, die Anordnung einer Curatel wegen angeblicher Geisteszerrüttung, die Verfolgung durch Duelle, so lange wiederholt, bis der wegzuräumende den Tod gefunden, sind auf dieser Liste anzutreffen. Die Anlage Lit. K. enthält den Inhalt dieses Buches in beglaubter Abschrift. — Gedanken dieser Art beschäftigten nur zu sehr die Seele des Herzogs; mehrfältig befragte er seine Umgebung, ob die Wiedereinführung des Gebrauchs der Daumenschrauben thunlich sei, wozu der Legationsrath Klindworth gerathen hatte, und die Wirkung der verschiedenen Arten von Gift war eines seiner Lieblingsgespräche.

Es ist ferner ein Blatt gefunden worden, auf welchem von der Hand des Herzogs selbst die verschiedenen Arten seiner Namensunterschriften bemerkt sind, die den Grad der Gültigkeit oder der Ungültigkeit anzeigen sollten; auch von diesem ist sub Lit. L. eine Copie beigelegt.

Aber der Herzog führte in dem Cabinete noch andere Bücher, die noch gegenwärtig in seinen Händen sich befinden. Als der Hauptmann Bause sich zu ihm nach London begab, um ihn zu einer freiwilligen Abdication zu bewegen, und dabei des Umstandes erwähnte, daß wichtige, gegen ihn zeugende Schriften von seiner eigenen Hand in den Besitz des Volkes gekommen seien, entgegnete er: daß das, was er verloren, nur sehr unbedeutend sei und daß er alle wichtigeren Documente bei sich führe, worauf er ein Verhältniß eröffnete, und jene Bücher dem Hauptmann zeigte. Eine Person, der der Herzog eine zeitlang hindurch sein Vertrauen schenkte, und die ihr Geschäft täglich in sein Zimmer führte, hat jene Bücher zum Oeffteren gesehen und weiß, daß in ihnen alle so genannten Feinde des Herzogs, die gegen sie beschlossenen Verfügungen u. s. w. enthalten waren.

Ein Brief, welchen der Herzog unterm 21. November 1826 an eine eble deutsche Fürstin schrieb und welchen man ebenfalls aus dem Schloßbrande gerettet hat, enthält Aeußerungen von der höchsten Wichtigkeit, die Höchstersebe über sich selbst, sein bis dahin beobachtetes Verfahren und seine Vorsätze für die

Zukunft machte. Nachdem er drei Jahre lang hindurch gezeigt habe, daß er im Stande sei, sich zu beherrschen und seinen Unterthanen ein vorzügliches Beispiel gegeben habe, dennoch aber verkannt sei, sei er entschlossen, einen anderen Menschen anzuziehen; strafen könne ihn Niemand, und er finde Diener genug, die sich eine Ehre daraus machten, seine Befehle zu vollstrecken. (Anlage Lit. B.)

F. Verletzung des Briefgeheimnisses.

Das Erbrechen der Briefe war eine zuerst durch den Legationsrath Klindworth eingeführte Maßregel, die im Cabinet geschah, und späterhin besonders durch den Canzleidirector Bitter geleitet wurde. Sie erstreckte sich Anfangs hauptsächlich auf die an Seine Excellenz den Staats- und Cabinetsminister Grafen von Münster und den Geheimen Rath von Schmidt-Phisfeld und dessen Familienmitglieder gerichteten oder von diesem kommenden Briefe, und ward dadurch ausgeführt, daß alle von Frankfurt oder Hannover ankommenden Briefpakete auf das Schloß geliefert werden mußten. Nachher, als über die Störung der kaufmännischen Correspondenz daraus zu große Beschwerden erwuchsen, ward sie dahin modificirt, daß nur Briefe unter gewissen Adressen abgeliefert werden sollten. Vorstellungen, welche von dem einen oder dem andern der untergeordneten Postbeamten, an welche die desfallsigen Befehle direct ergingen, gemacht wurden, wurden mit angedrohter Dienstentsetzung beantwortet. (Anlage Lit. M.)

Es ist bekannt, daß ein Paket, welches von einer Dame an eine erlauchte Fürstin gerichtet war und eine Stiderei enthielt, zurückbehalten und die letztere an eine Schauspielerin verschenkt wurde.

G. Verzögerte Besetzung wichtiger Stellen.

Der hohe Grad von Geldliebe, welche der Herzog Carl Durchlaucht besaß, war Veranlassung, daß eine Vermehrung des Gehalts angestellter Personen zu den ungewöhnlichsten Fällen gehörte. Dies wirkte um so nachtheiliger, als die Dienststellen mit einem fixirten Gehalte überall nicht verbunden waren, vielmehr das Princip galt, die Offizianten anfangs mit geringem Gehalt anzustellen und dann mit dem Fortrücken ihres Dienstalters zu einer bedeutenderen Einnahme fortzuführen. Dieses Fortrücken hörte in den letzten Jahren auf, und Jeder blieb auf dem Punkte, wo er einmal stand, seine Einnahme mochte auch noch so unverhältnißmäßig gering sein, und dagegen wurden die Summen immer unbedeutender, die man bei den ersten Anstellungen bewilligte; ja es gab sogar Auditoren bei dem Kammercollegio, die eine Reihe von Jahren hindurch die Geschäfte eines Rathes selbstständig versahen, ohne die Bewilligung auch nur des kleinsten Gehalts erlangen zu können. Dieses beim Civil allgemein angenommene Verfahren dehnte sich auf das Militär ebenfalls aus, und die Offiziere höherer und geringerer Grade, die vom Wartegelds-Etat in den activen Dienst übergingen, mußten sich auch in diesem mit ihrem Wartegelde begnügen. Es gab Hauptleute, die statt des etatsmäßigen Solbes vom monatlich 70 Rthlr. nur 30 Rthlr. erhielten; sie mußten mit ihren Familien davon leben, die Anschaffung der neuen Uniformen bei ihrem Eintritte in den wirklichen Dienst davon bestreiten, und geriethen natürlich dadurch in so drückende Ar-muth, daß ihnen selbst die Haltung eines Diensthoten unmöglich war. So nach-theilig dieses auf die Dienstverhältnisse selbst einwirken mußte, so war es doch

noch ein viel größeres Uebel, daß zur Ersparung der Gehalte manche wichtige Stellen gar nicht wieder besetzt wurden.

Die Stelle eines Präsidenten des Oberappellationsgerichts blieb seit dem Monate Mai 1827 erledigt; bei dem Kammercollegio wurden die Geschäfte abgegangener Rätthe an Secretäre und Auditoren übertragen, und die Dienstfunctionen jener mußten wieder von Registratoren und Revisoren versehen werden. Zwei Oberhauptmannsstellen wurden nicht wieder besetzt, sondern Jahre lang durch Kreisamtsleute, die ihre gewöhnlichen Geschäfte daneben beibehalten mußten, versehen. Viele altersschwach gewordene Beamte mußten in ihren Posten verharren, so dienstunfähig sie auch sein mochten.

Eines der auffallendsten Beispiele von der Abneigung des Fürsten, vacante Stellen wieder zu besetzen, liefert die Justizbeamtenstelle zu Lutter am Barmberge, welche durch den Todesfall des Beamten zu Ende des Jahres 1828 erledigt wurde. Sie ward durch einen Auditor versehen, der seine Qualification noch nicht einmal durch das gesetzlich vorgeschriebene zweite Examen dargethan hatte, und fast zwei Jahre lang blieb die Ausübung der mit dem Amte verbundenen, höchst wichtigen, richterlichen und administrativen Functionen in dessen Händen, obgleich alle mit ihm in Verührung stehenden Behörden die großen Nachtheile schilberten, die aus seiner Unfähigkeit, einen solchen Posten zu bekleiden, hervorgingen.

Auch das Staatsministerium wiederholte seine Anträge auf Abänderung dieses Mißverhältnisses und verschiedene Vorschläge mit möglichster Rücksicht auf Ersparung der Kosten, aber es erhielt aus dem Cabinette einen heftigen Vorweis darüber, das es wage, durch unnütze Aufbürdung einmal abgewiesene Details zu behelligen und die Last wichtigerer Regierungs-Geschäfte zu vermehren.

Die darüber ergangenen, in mehrfacher Beziehung merkwürdiger Aktenstücke liegen sub Lit. N^a—N^s bei.

H. Besetzung wichtiger Stellen durch unfähige und unwürdige Personen.

Die unglückliche Absicht des durchlauchtigsten Herzogs Carl, sämmtliche Stellen im Lande nach und nach durch solche Personen zu besetzen, auf deren Unterwürfigkeit unter seinen Willen, dieser mochte sich nun äußern in welcher Beziehung er wollte, er mit Sicherheit glaubte rechnen zu dürfen, lenkte seine Wahl nur zu oft auf Menschen, die, gleichgültig gegen das Wohl des Staates, ihr Ziel durch die unredlichsten Mittel verfolgten und sie konnten gewiß sein, dasselbe trotz ihrer Unwürdigkeit nicht zu verfehlen, wenn sie den regierenden Herrn nur von ihrer Brauchbarkeit in dessen Sinne zu überzeugen vermochten. Dies hob Menschen wie Bosse, Klindworth, Bitter, Grabau, eine entgegen gesetzte Meinung schadete den Vielen, die unter seiner Regierung fortwährend am Rande des Unterganges schwebten. Die Classe der unteren Officianten hob sich empor, indem Viele von ihnen weniger stark in ihren Grundsätzen, weniger mit den Gefahren, die für den Staat daraus hervorgingen, vertraut, mehr vielleicht durch Mangel gebrängt, und durch die unerwartete Hoffnung belebt, auf leichtem Wege zu höheren Stellen, zu Gewinn und Einfluß zu gelangen die bereitwilligsten Hände darboten, und so erhielten der Steuerrevisor Volte, die Kanzlisten Volkland, Ludwig zc. ihren mehr oder minder bedeutenden, wenn auch geheimen Wirkungskreis. Der Ausspruch einer dem Fürsten entgegen-

stehenden Ansicht, mochte sie auch durch Beobachtung der heiligsten Pflichten hervorgerufen werden, bewirkte sichere Ungnade, wie z. B. bei den Mitgliedern des Landesgerichts und des Districtsgerichts Braunschweig.

„Er ist brauchbar,“ war die Antwort, wenn von der Schlechtigkeit eines Anstellung Suchenden oder zu Befördernden die Rede war.

Der Hauptmann von Aurich, der durch besondere Protection in den hiesigen Dienst gekommen, dessen ganzes Leben eine fortlaufende Kette von Niederträchtigkeit gewesen und dem es nur durch die verschlagendste Gewandtheit möglich geworden war, sich in seiner Stelle eine Reihe von Jahren zu halten, ward endlich, weil er durch einen heimlichen Handel mit abgetragenen Kleidern und Lebensmitteln aller Art den Einwohnern Blankenburgs die Nahrung schmälerte, von diesen öffentlich gemißhandelt und vom Offiziercorps für unwürdig erklärt, in seiner Mitte ferner zu verbleiben. Ihn zu pensioniren und dadurch die Ersparung herbeizuführen, die der Herzog beabsichtigte, als er einem geachteten, aber durch Körpergebrechen unglücklich gewordenen Offizier einen Theil seines Gehaltes entziehen wollte, schlug der General von Herzberg vor, ward aber von dem Herzoge mit der Versicherung zurückgewiesen, daß er Jenen leiden möge und in seine Nähe bringen wollte.

Wirklich erschien der Hauptmann Aurich bald nachher täglich auf dem Schlosse, und war in dem Rufe, der geheimen Polizei anzugehören; späterhin ward er zum Postmeister in Eschershausen ernannt, wo er bald durch Unterschleif sich in eine Untersuchung verwickelte, die ihm den Verlust seiner Stelle in neuester Zeit zugezogen hat.

Der Justizamtmann Groscurd hieselbst war wegen des dringenden Verdachtes, falsche Documente gemacht und bei gerichtlichen Veriegelungen Gegenstände von Werth sich angeeignet zu haben, in eine Criminaluntersuchung gerathen, durch welche ein strafwürdiges Factum bereits außer Zweifel gestellt war. Das Ministerium hatte diese Umstände in verschiedenen Berichten zur höchsten Kenntniß gebracht, es sah sich genöthigt, den 10. Groscurd von seinen Dienstfunctionen zu suspendiren und machte davon ebenfalls unterm 26. Juni 1830 Anzeige. Aber der Justizamtmann Groscurd hatte sich durch den Canzleidirector Bitter zu empfehlen gewußt, und die Flammen, welche das geheime Cabinet zerstörten, verbrannten auch die für ihn bereits ausgefertigte Anstellung als Polizeidirector in Braunschweig. Anlagen Lit. O. O^a.

Der Major Wittich war durch Spiel und häusliche Unglücksfälle tief in Schulden gerathen, von Gläubigern verfolgt und wegen seines Charakters in nicht vollkommen günstigem Rufe. Der Herzog übertrug ihm, dem im Rassenwesen völlig Unerfahrenen, die Stelle eines Kreiseinnehmers, erließ ihm die Caution für den Theil der landesherrlichen Intradan und leistete für die der Landes-Steuerkasse zufließenden Revenüen Caution durch die Kriegskasse, alles, um dem Militäretat durch Entfernung des Majors einen Vortheil zu verschaffen und trotz der dringendsten mündlichen und schriftlichen Gegenvorstellungen. Die zum Grunde liegende und bei solchen Gelegenheiten sogar ausgesprochene Absicht war, daß er an den herrschaftlichen Geldern sich vergreifen und dann von seinem Dienste entfernt werden sollte.

J. Ausfertigung lithographirter, auf den Inhaber lautender Kammer Schuldscheine, für die zum Privatvermögen gehörigen Kammerobligationen.

Zu dem Privatvermögen Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl sind verschiedene, bei der herzoglichen Kammerkasse zinsbar belegte Kapitalien gehörig, welche, in so fern man, der damals ergangenen höchsten Bestimmung zufolge, das so genannte Bevernsche Kapital von 100,000 Rthlr. hinzurechnet, den Gesamtbetrag von 406,000 Rthlr. theils in Golde und $\frac{2}{3}$ Stücken, theils in Conventionsmünze ausmachen. Sie rühren größtentheils aus Verlassenschaften fürstlicher Personen her; das Bevernsche Capital hingegen war nach dem Aussterben der Bevernschen Linie dem Lande heimgefallen und Seine Durchlaucht konnten dasselbe um so weniger mit Höchstihrem Privatvermögen vereinigen, als Höchstieselben nicht Erbe des im Jahre 1809 verstorbenen Herzogs von Braunschweig-Bevern und dessen im Jahre 1824 verstorbenen Gemahlin geworden waren.

Dieses Kapital wird mit 5 Procent verzinst und von den übrigen Kapitalien sind 49,500 Rthlr. erst zu 4 Procent, 256,500 Rthlr. aber nur zu 3 Procent jährlicher Zinsen belegt.

Sie alle durften, der ergangenen Verordnung zufolge, nicht gekündigt werden, waren auch, nach einer unter der vormundtschaftlichen Regierung ergangenen Bestimmung, von der Behuf Abtragung der Kammer Schulden angeordneten Auslösung der Obligationen ausgeschlossen.

Seine Durchlaucht hatten den Entschluß gefaßt, Höchstihm Privatvermögen möglichst mobil zu machen und aus der Kammerkasse herauszuziehen. Damit dieses aber mit möglichstem Vortheile geschehen könne, wurden zwei Maßregeln beabsichtigt:

1) Um den Cours dieser Obligationen zu erhöhen, wurde dem damaligen herzoglichen Kammercollegio durch ein Ministerialrescript zu erkennen gegeben, daß Seine Durchlaucht beschloßen hätten, die zu Höchstihrem Privatvermögen gehörigen bei der herzoglichen Kammer belegten Kapitalien, sämmtlich vom 1. Januar 1830 an, mit 5 Procent verzinsen zu lassen. Gegen die dem klaren Inhalte der über das Landes Schuldenwesen ergangenen älteren und neueren Verordnungen zuwider laufenden Bestimmungen, übergab jedoch das Kammercollegium eine nachdrückliche Vorstellung, welche die Suspension des Befehls zur Folge hatte.

2) Da die einzelnen Kapitalien zum Theil zu hohe Summen bildeten, um in dem Handel mit Staatspapieren vortheilhaft benutzt werden zu können, auch die Cession der auf den Namen des Gläubigers lautenden Obligationen den Verkehr zu erschweren schien, so wurde der Beschluß gefaßt, anstatt dieser Verbriefungen, neue, auf den Inhaber lautende Schuldscheine, zu dem Betrage von 500, 1000 und 5000 Rthlr., nebst Zinscoupons ausfertigen zu lassen.

Die Ausführung dieser Maßregel, auf legalem Wege bewerkstelligt, würde wenig Hinderniß gefunden haben. Allein statt die gesetzlichen Formen zu beobachten, forderte der Herzog von einem Mitgliede der damaligen Kammer einen Entwurf zu dergleichen Schuldscheinen, und da ein solcher mit möglichster Berücksichtigung der in dem Schuldeneducte vom 1. Mai 1794 enthaltenen Vorschriften abgefaßt, den höchsten Beifall nicht gefunden hatte, ließen Höchstiesel-

ben Kammer Schuldscheine zu dem Betrage von resp. 5000, 1000 und 500 Rthlr. nach einem anderen Formulare, dessen Verfertiger nicht bekannt geworden ist, lithographiren und durch die Gesetzsammlung bekannt machen. Diese Schuldscheine waren im Namen des damaligen Kammercollegii ausgestellt und obgleich kein einziges Mitglied dieses Collegii davon Kenntniß erhalten hatte, so waren dennoch die Namenszüge des ersten Kammerdirectors von Bülow, des geheimen Kammerraths von Hantelmann und des Kammerraths Schulz, auf das Täuschendste nachgebildet, darunter gesetzt und auf gleiche Weise waren unter einer Bestätigungsclausel des herzoglichen Staatsministeriums die Namenszüge der damaligen Mitglieder desselben, sowie die Contrassignatur des Chefs des herzoglichen Landesgerichts und des Kammerkassen-Rendanten nachgemacht. (Anlage Lit. P.)

Hiernächst wurde denjenigen Officianten, deren Namenszüge auf die vorbemerkte Weise nachgeformt waren, auf Befehl Seiner Durchlaucht ein als Probeformular bezeichnetes Exemplar der lithographirten Schuldscheine mit dem Auftrage vorgelegt, dieses Formular anzusehen und mit einem vidi zu bezeichnen; auch wurde denselben dabei zu erkennen gegeben, daß es die Absicht Seiner Durchlaucht sei, von den älteren Höchsthnen zustehenden Kommerobligationen, dem Geldbetrage nach eben so viel, als von den neuen Kammer Schuldscheinen in Cours gesetzt werden würden, an die herzogliche Kammer zum Cassiren abzugeben. Eine ähnliche Versicherung ward auch auf officiellern Wege der herzoglichen Kammer ertheilt, jedoch ist selbige nicht in Erfüllung gegangen, obwohl in den Schuldscheinen selbst die Rückgabe der älteren Verbriefungen als bereits geschehen anerkannt worden ist.

Obgleich nun durch den Kanzleidirektor Bitter eine bedeutende Anzahl solcher in großer Masse, und vielleicht zu dem zehnfachen Betrage der älteren Verbriefungen, angefertigten Kammer Schuldscheine mit dem Kammeriegel, welches ihm auf höchsten Specialbefehl zu dem Ende ausgehändigt werden mußte, besiegelt worden sind, so hat es doch nicht gelingen wollen, viele davon in Cours zu setzen, und es sind überall nur zwei Obligationen, jede zu 1000 Thaler und drei dergleichen jede zu 500 Thaler, überhaupt also nur 3500 Thaler, durch jüdische Banquiers gekauft worden.

Es ist aber dafür, wie vorbemerkt, weder eine ältere Verbriefung zurückgegeben, noch auch der Betrag der veräußerten Summe auf eine ältere Obligation abgeschrieben.

K. Nichtbezahlung der Landesschulden.

Durch eine Verordnung vom 29. October 1821, die Kammer Schulden betreffend, ist die Rückzahlung derselben, „so viel die von herzoglicher Kammer zu bestreitenden übrigen Bedürfnisse zulassen,“ verordnet. Der Herzog achtete diese Verbindlichkeit nicht, denn während der ganzen Zeit seiner Regierung wurden die sehr bedeutenden Ueberschüsse der Kammerkasse einzugezogen, ohne davon irgend einen Abtrag zu machen, wodurch dem Lande um so empfindlichere Wunden geschlagen wurden, da er die verhältnißmäßig sehr hohen Summen ins Ausland führte. Von Seiten der herzoglichen Kammer wurde oftmals, jedoch jederzeit vergeblich, auf die Verminderung der sehr beträchtlichen Landesschulden durch theilweise Rückzahlungen angetragen, auch in den jährlichen Finanzetats jedes Mal, zur Rückzahlung eines Theils derselben, die Summe von 50,000 Thalern ausgeworfen. Dagegen hatte der Herzog aus der Generalkasse, welche

die Ueberschüsse der Kammerkasse empfängt, während des Zeitraums von 1823 bis 1830 die Totalsumme von 225,531 Thlr. 16 Gr. 1 Pf.,
im Jahre 1829 außerdem 255,438 " 1 " — "
zusammen 480,969 Thlr. 17 Gr. 1 Pf.,
an nachgezählten englischen Subsidiengeldern über ungefähr 118,000 Thaler zu sich genommen.

L. Ungegesetzliche Veräußerung von Dominial-, Kloster- und Stiftsgütern.

Das berühmte landesherrliche Edict vom 1. Mai 1794 — ein Denkmal der Liebe des hochseligen Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand zu seinen Unterthanen, durch welches dieser erleuchtete Fürst sich selbst und seinen Nachfolgern in der Regierung die Hände binden wollte, um das Anhäufen von Schulden und die Verminderung des Staatsvermögens zu verhindern — bestimmt, daß sämtliche Domänengüter weder veräußert noch verpfändet werden dürfen, und daß, wenn es gleich dem Landesherrn freistehen solle, überflüssige Gebäude zu veräußern, Grundstücke zu vererbzinsen, Gemeinheiten zu theilen, Dienste und sonstige beschwerliche Abgaben gegen Feststellung einer Rente in Geld oder Naturalien zu erlassen zc., dieses doch nicht anders, als mit Zustimmung der Landstände und unter der Voraussetzung geschehen dürfe, daß da, wo durch solche Maßregeln das Staatsvermögen vorringert würde, das eingehende Capital zum Abtrage von Landeschulden, oder zum Ersatze des Abgangs auf andere nützliche Weise wieder verwendet werde. — Diese weise Verordnung hielt den Herzog Carl nicht ab, die Veräußerung von Staatsgütern als ein Mittel zur Bereicherung seiner Privatkasse zu benutzen, so sehr auch von Seiten der herzoglichen Kammer und des Ministerii dagegen, unter Berufung auf jenes Edict, Vorstellung erhoben wurde.

Um die Maßregel allmählig einzuleiten, begann er mit dem Verkaufe von Gebäuden, die zu den supprimirten Stiftern St. Blasii und Cyriaci gehörten, von welchen er behauptete, daß sie ihm als ein Privateigenthum zugefallen seien, schritt dann zur Veräußerung der dazu ebenfalls gehörenden gutherrlichen Gesehöfte und Grundstücke, behnte den Verkauf alsbald auf Domänen und Klostergüter aus, und würde diesen in einem noch viel größeren Umfange betrieben haben, wenn nicht die Ereignisse des Septembers 1830 dazwischen getreten wären, denn schon waren Verhandlungen wegen des Verkaufes der bedeutendsten Amts- und Klosterhaushalte in ihrem ganzen Umfange im Gange, und das sehr beträchtliche Forstrevier der Asse würde dem Freiherrn von der Asseburg zu Weisdorf zugeschlagen sein, wenn dieser nicht die Einwilligung der Stände beim Abschlusse des Kaufes zur Bedingung gemacht hätte. Eine zur Untersuchung dieses wichtigen Gegenstandes in neuester Zeit niedergesetzte Kommission hat ermittelt, daß die Verkäufe bis zu der Summe von 472,653 Thlr. 14 Gr. 6½ Pf. geschehen, und daß davon 230,250 Thlr. 8 Pf. eingezahlt, in die Kasse des Herzogs geflossen und ins Ausland gewandert sind; denn weder von einer Verwendung zum Besten des Landes, noch von einer Genehmigung der Stände war die Rede (Anlage Lit. Q). Und diese ganze, das Staatsgebäude in seinen Grundfesten erschütternde Maßregel war von einem einzigen, von der geringsten Sachkenntniß völlig entblöhten Menschen, dem Canzleidirector Bitter, geleitet, dessen Unverstand so groß war, daß er den Dienstpflichtigen den Dienst zu so unverhältnißmäßig geringen Summen überließ, daß diejenigen von ihnen, welche, um

sich von der Naturalprästation zu befreien, den Dienst schon im vorigen Jahrhundert mit Geld belegt hatten, eine sehr beträchtliche Summe zurückerhalten haben würden. So z. B. beträgt das unverzinsliche Dienstbelegungscapital eines Ackermanns 1500 Thlr. und eines Halbspänners 750 Thlr., und da in den Aemtern Wolfenbüttel und Rothenhof

der Dienst eines Ackermanns zu . . 1198 Thlr. 12 Gr. 7 Pf.,

der Dienst eines Halbspänners zu . . 604 " 9 " 3 "

und im Amte Eich

der Dienst eines Ackermanns zu . . 812 " 12 " — "

der Dienst eines Halbspänners zu . . 406 " 6 " — "

abgelöst worden, so würde in den erstgedachten Aemtern ein jeder der in diese Cathogorie gehörenden Ackerleute 301 Thlr. 11 Gr. 5 Pf. und ein jeder Halbspänner 145 Thlr. 14 Gr. 9 Pf. und im letztgedachten Amte ein jeder Ackermann 687 Thlr. 12 Gr. und ein jeder Halbspänner 343 Thlr. 18 Gr. herausbezahlt erhalten haben, wenn das Geschäft nicht durch die vorhingedachten Ereignisse aufgehoben wäre.

Der Wunsch, den Widersprüchen der Landescollegien zu entgehen und mit unbeschränkter Willensfreiheit verfahren zu können, veranlaßte den Herzog, sich der Hülfe des Bitter zu bedienen, und jene bekamen von dem Geschehenen nur so unvollständige Nachricht, daß es in der neuesten Zeit einer eigenen Commission bedurfte, um das Sachverhältniß zu ermitteln. Der Kanzleidirector Bitter erhielt von den eingehenden Summen theils 1, theils $\frac{1}{2}$ Procent zur Belohnung, und hatte außerdem die Erlaubniß, freiwillige Geschenke anzunehmen. Die Kaufgelber wurden theils von ihm selbst, theils von seinen Mandatoren, dem Steuersecretair Volte und dem Cabinetscanzlisten Volkland, erhoben, und er hat, zufolge des Commissionsberichtes, noch 4147 Thlr. 2 Gr. 6 Pf. nachzuweisen.

M. Uebermäßige Verminderung der auf den Staatshaushalt zu verwendenden Ausgaben.

Schon an einer anderen Stelle ist von der großen Beschränkung der Gehalte die Rede gewesen, mit denen viele der im Civil- und Militärsache angestellten Personen sich begnügen mußten. Daß damit eine Verminderung des Geldumlaufs sich nach und nach einstellte, ist natürlich, und diese Verminderung ward der arbeitenden Klasse im ganzen Lande um so fühlbarer, als auch gleichmäßig die übel berechneten Ersparungen im Staatshaushalte eingeführt wurden.

Während der vormundschaftlichen Regierung ward auf die neue Aufführung oder Reparatur der herrschaftlichen Gebäude, insbesondere auf den Domänen und Klosterämtern, alljährlich eine sehr bedeutende Summe verwendet; dasselbe geschah durch Verwilligungen zu Chausséen und Forstculturen, und so floß ein beträchtlicher Theil der Kassenüberschüsse belebend unter die geringere Volksklasse zurück. Diese hatte eine solche Unterstützung durch dargebotene Arbeit um so nöthiger, als, wenigstens in den Harz- und Wesergegenden, wo der Boden theils unfruchtbar, theils mit hohen gutherrlichen Abgaben belastet ist, Dürftigkeit herrscht, und in den letzteren der Feinenhandel, ein Haupterwerbsmittel der geringeren Volksklasse, darnieder lag. Während der vormundschaftlichen Regierung gab es Jahre, in denen mehr als 200,000 Thlr. auf Bauten verwendet wurden, und wenn gleich es weber thünlich noch erforderlich ist, eine so hohe Summe alljährlich zu diesem Zwecke zu bestimmen, so macht doch der, mehrere Jahrzehnte

hindurch, ganz vernachlässigte Zustand der herrschaftlichen Gebäude noch auf lange Zeit hinaus die Verwendung sehr beträchtlicher Summen im eigenen Interesse der Herrschaft nothwendig. Unter der Regierung des Herzogs Carl Durchlaucht wurden diese Verwendungen bis auf die Summe von 80,000 Thlr. jährlich beschränkt, doch kostete die Verwilligung derselben jedesmal bedeutende Mühe, und für das Jahr 1830 ward sie bestimmt und geradezu verweigert. Nur spät erst im Laufe des Jahres gelang es, diejenigen Summen zu erwirken, die schon im Laufe des vorhergehenden Jahres anticipando verwendet waren, die mit 17,000 Thlr. geforderten Forstculturgelder aber blieben bis ungefähr zur Hälfte verweigert, denn die Ausgabe wurde für überflüssig gehalten, weil ihr Nutzen sich erst für spätere Generationen bewähre. Und dies geschah zu einer Zeit, wo schon das Stoden des Handels und der Gewerbe so allgemeine Klagen veranlasste, wo die Bedrängniß, in welcher die Ackerbau treibende Klasse einen langen Zeitraum hindurch gelebt hatte, so sehr fühlbar in ihren Folgen war, wo ein Winter, von ungewöhnlicher Strenge und Dauer, bei vielen der unteren Stände die letzten Kräfte aufgezehrt hatte, und wo aus der Hauptstadt selbst so viele reiche und wohlhabende Familien, die beträchtliche Geldsummen in Umlauf gesetzt hatten, entweder durch direct gegen sie von Seiten des Landesherrn gethane Schritte verdrängt, oder durch die Furcht von Gewaltthätigkeit, vor den Maßregeln der geheimen Polizei und vor den Briefverbrechungen verschucht worden.

N. Verfahren bei Ertheilung von Befehlen.

Daß der Herzog Carl Durchlaucht selbst auf Mittel dachte, die Unterschrift seines Namens so verschiedenartig zu modificiren, daß er an ihr selbst den Grad der Gültigkeit, welchen er ihr in der Folge selber beizulegen gedachte, erkennen konnte, ist schon angeführt. Aber es ist zugleich gewiß, daß er seinen Namen öfters durch andere darauf eingeübte Personen, die dazu befehligt wurden, unter Rescripte setzen ließ, in der Meinung, dadurch die Gültigkeit der Verfügung zu schwächen, oder demnächst angreifen zu können. Bei Befehlen, deren Bedenklichkeit er erkannte, wie z. B. die Verhaftung des Lieutenants Krahn, die Verfolgung des Geheimen Raths von Schmidt-Phiselbeck, die Ausfertigung von Kammer-Schuldscheinen über Capitalien seines Privatvermögens u., ertheilte er selten oder nie schriftliche, sondern nur mündliche Befehle und alle Vorstellungen der Beamten, die dadurch in eine gefährliche, ja verzweiflungsvolle Lage geriethen, halfen nichts, um eine Aenderung hervorzubringen. Und dennoch hatte der Herzog denen, die öfters mit ihm in Geschäftsberührungen kamen, erklärt, daß er Verfügungen auf mündliche Befehle, wenn sie durch schriftliche Beweise nicht unterstützt seien, nicht gelten lassen werde. Um solche Beweise nicht aus den Händen zu geben, ward befohlen, daß alle diejenigen, denen schriftliche Befehle durch höchste Handschreiben zugehen würden, diese mit der schriftlichen Antwort im Originale wieder zurückreichen sollten (Anlage Lit. R), auf mündliche Anfragen aber, die vom Herzoge selbst oder vom Cabinet ausgehen würden, sollte schriftlich geantwortet werden. (Anlage Lit. S.)

Mehrere höchste Rescripte sind ergangen, die mit Bleifeder unterzeichnet waren, und die Eidesformel, welche der Kammerherr von Kramm zu schwören sich bereit erklären sollte, ohne sie zu kennen, war eine andere, als diejenige, welche später den Acten hinzugefügt wurde.

O. Mißbrauch der Regierungsgewalt durch Verweigerung des Urlaubs.

Unterm 25. Februar 1830 erschien eine Verordnung, welche die sämmtlichen Civilbiener, mit Ausnahme derer, welche der Dienst zu fortwährenden in dessen Obliegenheiten begründeten Reisen nöthigte, zur Erwirkung eines Urlaubs verpflichtete, wenn sie vom Orte ihrer Anstellung auf eine Nacht sich zu entfernen gedachten. Dieser Urlaub mußte bei den Officianten der höheren Grade, wenn die Entfernung ins Ausland beabsichtigt wurde, bei dem Herzoge selbst, und zu einer Reise innerhalb Landes bei dem herzoglichen Staatsministerio nachgesucht werden, die geringeren Grade, vom Assessor eines Collegii abwärts, hatten den Urlaub bei ihrer vorgesetzten Behörde zu erwirken. Auf die Uebertretung dieser Vorschriften waren Geldstrafen gesetzt, die bei einer Entfernung im Inlande bis zu sechs Tagen, den einmonatlichen Betrag der Besoldung, bei einer Reise ins Ausland aber das Doppelte desselben ausmachen sollten, bei einer noch längeren Abwesenheit ohne Urlaub aber sollte die Dienst-Entlassung verwirkt sein.

Die Verordnung hatte den augenscheinlichen Zweck, als Waffe gegen mißfällige Staatsbiener gebraucht zu werden, die dadurch zu einer Art von Gefangenschaft verurtheilt wurden. Der geheime Oberstaatsrath von München besaß während der Abwesenheit des Herzogs das Verzeichniß der Officianten, welchen der Urlaub unter allen Bedingungen verweigert werden sollte, und mehrere, die ihn nachzusuchen genöthigt wurden, fanden unübersteigliche Hindernisse.

Das Beispiel, welches das größte Aufsehen erregte, war das Gesuch des Hofraths Fetting zu Wolfenbüttel, der mit den übrigen Mitgliedern des herzoglichen Landesgerichts den Unwillen des Landesherrn theilte, welchen diese richterliche Behörde wegen des in der von Sierstorpf'schen Angelegenheit damals eingeleiteten Verfahrens auf sich geladen, und der in der Majorenmitätsfrage ein dem Herzoge mißfälliges Gutachten abgegeben hatte. Er stellte vor, daß durch mehrere aufeinander folgende Krankheiten seine Gesundheit, wie es scheine, in Folge ununterbrochener Amtsgeschäfte zerrüttet sei und daß er daher zwei- bis dritthalbmonatlichenurlaubes bedürfe, um die Bäder von Carlsbad und Töplitz zu besuchen. Ein von zwei erfahrenen Aerzten ertheiltes Zeugniß bestätigte nicht nur die Nothwendigkeit dieses Heilmittels, sondern erklärte auch, daß lebensgefährliche Folgen aus der Nichtanwendung desselben hervorgehen könnten. Der Hofrath Fetting gehörte zu denen, welchen nach der ertheilten Vorschrift der Urlaub zu verweigern war; es ward ihm daher auf sein Gesuch durch das Ministerium eröffnet, daß für jetzt auf dasselbe nicht einzugehen stehe, und bei der Dringlichkeit der Sache ward von Paris, wo der Herzog sich damals befand, weiterer Befehl eingeholt. Dieser kam und auf zwei inzwischen dringend wiederholte Vorstellungen bekam der Hofrath Fetting den Bescheid, daß die unbedingte Ablehnung des Gesuches vorgeschrieben sei. Anlagen T.—T°. — Der schon oben erwähnte Brief des Canzleibdirectors Witter (Anlage I) enthält das Motiv dieser definitiv abschlägigen Bescheidung; fühlen sollte der Richter, der, seiner Pflicht und seinem Gewissen getreu, sich nicht gescheut hatte, eine dem Landesherrn mißfällige Ansicht auszusprechen, was es heiße, die Allerhöchste Gnade absichtlich zu verschmerzen, da ja ohnehin so viele Leute sich in der Unmög-

lichkeit befänden, Badereisen vorzunehmen, und das pflichtvergeffene Benehmen dieses Mannes, des zweideutigen Hettling, eine Vergünstigung nicht verdiene.

P. Mißbrauch der Regierungsgewalt zur Erlangung ungesetzlicher Handlungen von Privatpersonen.

Nachdem Seine Excellenz der Graf von Münster die bekannte Herausforderung Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl abgelehnt hatte, war es der Plan des Letzteren, Jenen zum Duell mit einem der herzoglichen Staatsdiener zu zwingen. Man suchte nach einem Manne, der zu einem solchen Auftrage geeignet sein möchte, und nachdem alle desfalligen Versuche an einem der oberen Beamten, dem damaligen Kammerrath und Hofjägermeister Grafen von Veltheim (vid. das über den Rechtsstreit des Freiherrn von Eierstorff erschienene Werk, S. 11) fehlgeschlagen waren, fiel die Wahl auf den Forstmeister v. Braun. Bis dahin hatte dieser tadellos gelebt, und sich das Wohlwollen eines großen Theils seiner Mitbürger erworben. Gutmüthig, wenn auch schwach und ohne ausgezeichnete Verstandesgaben, ohne Vermögen und daher bei zahlreicher Familie und beschränktem Gehalte in wenig glänzenden Verhältnissen lebend, wurde er dazu ausersehen, das Werkzeug des fürstlichen Willens zu sein, und er erlag zuletzt den dringendsten Vorstellungen, die ihm insgeheim gemacht wurden. Die Ernennung zum Oberjägermeister, zum Freiherrn, die Erhöhung des jährlichen Gehalts um mehrere hundert Thaler und die Zusicherung einer bedeutenden Unterstützung seiner hinterbleibenden Familie im Falle eines unglücklichen Ausgangs des Duells, waren die Lockungen, die Schilderung des höchsten Unwillens, die Gefahr augenblicklicher Verabschiedung waren die Drohungen, die man gebrauchte, um seinen Entschluß zur Unterzeichnung des in den ungeziemenden Ausdrücken abgefaßten, aus des Dr. Klindworths feiler Feder geflossenen Herausforderungsschreibens zu bestimmen. Er erlag der Versuchung in einer Zeit, die von der Verfolgung des Fürsten schon manches Beispiel gegeben hatte, und erntete zwar den Lohn der gemachten Zusicherungen, aber auch zugleich den bittersten Tadel seiner Mitbürger.

Als diese Angelegenheit bei der hohen deutschen Bundesversammlung zur Sprache kam, und eine Bestrafung des v. Braun gefordert wurde, stellte der Herzog zwar jede Theilnahme an dem Unternehmen desselben in Abrede, und dieser gab auch schriftlich die feierliche Erklärung, daß er aus eigenem Antriebe gehandelt habe, und durch keine Art von Drohungen zu dem gethanen Schritte bewogen worden sei, aber nichts desto weniger ist es durch die unwiderleglichsten Documente erwiesen, daß der Einfluß des Herzogs es war, der den von Braun allein vermochte, jene Handlung zu begehen, denn er selber hat in der neuesten Zeit den an ihn gerichteten, im Original sub Lit. U. beigefügten nur auf höchsten Befehl des Landesherrn geschriebenen Brief des Geheimen Oberstaatsraths von Münchhausen, durch welchen er aufgefordert wird, das Schreiben an den Grafen von Münster in drei Exemplaren eigenhändig anzufertigen, übergeben, wodurch die vorhin gedachte spätere Erklärung, die gerade das Gegentheil behauptet, deren Original, wenn gleich theilweise zerstört, dem Schloßbrande entgangen und sub Lit. V. beigefügt ist, sich ebenfalls als abgedrungen darstellt.

Q. Verletzung der Regentenwürde.

Leider bot das Privatleben des Herzogs nur zu häufige Scenen dar, die das moralische Gefühl der Unterthanen tief verletzten und das Ansehen und

die Achtung untergruben, deren auch der Herrscher bedarf, um die dem Staate heilsame Autorität vollständig ausüben zu können.

Es kann hier unmöglich die Absicht sein, den Schleier von jenen Scenen entzügelter und unnatürlicher Sinnlichkeit wegzuziehen, deren Schauplatz insbesondere Paris während des letzten dortigen Aufenthalt des Herzogs war, es soll nur im Vorübergehen der Duellgeschichte mit dem Fürsten Bentheim gedacht werden, in welcher der Oberstlieutenant von Girsowald eine Beschimpfung des Herzogs mit Herausforderung und schmähtlicher Behandlung rächen sollte, es sollen die vielfachen unangenehmen Bemerkungen nicht aufgezählt werden, zu denen der Geiz des Herzogs Veranlassung gab, wenn er den Lohn der Handwerker für ihre gelieferten Arbeiten gewaltsam verkürzte, oder den Armen bei angestellten öffentlichen Sammlungen an einem Festtage eine geringe Münze schenkte, es sollen solche Scenen, wo er z. B. seinen Kammerdiener Meyer es feierlich beschwören ließ, daß er ein ihm angeschuldigtes Versehen nicht begangen habe, und demselben schwur, daß jener einen Meineid gethan habe, dahin gestellt sein bleiben und indem auf die eben angeführten Thatfachen hinsichtlich der abgenöthigten Herausforderung des Grafen von Münster von Seiten des Forstmeisters von Braun und der ferner ihm abgezwungenen öffentlich ausgesprochenen Unwahrheit nochmals hingedeutet wird, möge nur im Allgemeinen bemerkt werden, daß alle solche Thatfachen schnell bei dem Publico im Umlauf kamen, und zuletzt den Zweifel desselben an aller Moralität, ja selbst an dem Verstande des Landesherrn erzeugten. Aber eine Handlung darf nicht unerwähnt bleiben, das Benehmen des Herzogs bei dem Vice-Oberstallmeister von Deynhäusen, weil es mehr als alles Andere dazu beitrug, die letzteren Bande der Anhänglichkeit und Achtung zu zersprengen, und weil dessen Details, nach den einstimmigen Aussagen der Augenzeugen, über allen Zweifel erhoben sind.

Bei der Rückkehr von der letzten Reise nach Paris brachte der Herzog einen Mann von zweideutigem Character, Namens Allood, mit sich, dem er seine volle Gunst geschenkt zu haben schien. Obgleich er nie zuvor im Militärdienste gestanden, ward er zum Adjutanten des Herzogs und zum Rittmeister bei den Garde-Husaren ernannt. Es ward ihm eine unbeschränkte Einwirkung auf den herzoglichen Marstall gestattet, dessen Einrichtung er überall tabelte und durchaus abänderte. Man sah, daß der Vice-Oberstallmeister von Deynhäusen nichts mehr galt, und daß der Franzose Allood allem Anscheine nach bestimmt war, bald seine Stelle einzunehmen, denn der Herzog war mit Allem, was er that, unzufrieden und überhäufte ihn, selbst in Gegenwart der Stallknechte, mit Schmähwörtern. Plötzlich nach der Tafel ward der Vice-Oberstallmeister von einer Krankheit des Unterleibes befallen; er ließ den Oberstabsarzt Podels rufen und äußerte die Besorgniß, vergiftet zu sein. Der Arzt meldete die Krankheit dem Herzoge, der hervorbrechend die Frage, ob er sterben werde, aufwarf. Der Arzt versicherte, daß es nach den Symptomen der Krankheit sehr wohl der Fall sein könne, und daß der Kranke wenigstens sehr der Schonung bedürfe. An den nächstfolgenden Tagen wiederholte der Herzog die Frage nach der Lebensgefährlichkeit öfter, beschwerte sich gegen den Arzt, daß er die Besorgniß übertrieben habe, da eine Besserung eingetreten war, und erklärte, den Kranken besuchen zu wollen, wogegen jener eindringliche Vorstellungen machte, mit der Versicherung, daß eine jede Aufregung dem Kranken nachtheilig werden könne. Bald darauf fand der Arzt den Herzog bei dem Kranken, der sehr ergriffen war und, nach der Entfernung desselben, sich bitter beklagte, von ihm mit

Fragen überhäuft zu sein. Der Arzt wiederholte seine Gegenvorstellungen, allein sie halfen nichts, denn am folgenden Tage erneuerte der Herzog seinen Besuch, und verlangte von dem Kranken Auskunft über alle Verhältnisse des Gesüts zu Harzburg, obgleich ein völliger Rückfall in der Krankheit eingetreten war und der Arzt seine Bitten, die Besuche einzustellen, nochmals dringend vortragen hatte. Ein abermaliger Besuch des Herzogs erfolgte, mit ihm die lebhafteste Aufregung des Kranken. Am darauf folgenden Morgen fand der Oberstabsarzt denselben mit der äußersten Anstrengung schreibend, und er erfuhr, daß er den Befehl des Herzogs erfülle, schriftliche Auskunft über den Werth verschiedener Pferde zu geben und deren Ankäufe verschiedenen Personen anzubieten. Am Nachmittage desselben Tages starb er. Der Oberstabsarzt ließ den Todesfall sofort melden und stellte mit Hülfe mehrerer Chirurgen und anderer Personen Versuche an, den Todten ins Leben zurückzurufen. Der Herzog ließ ihn sogleich zu sich fordern und fragte, wozu dergleichen Versuche noch helfen sollten; zugleich brach er auf, um sich zu dem Todten, in einem Zimmer des Erdgeschosses im Schlosse, zu begeben. Halb lachend, halb schauernd, trat er auf denselben zu, spottete über die Leichenfarbe und verhöhnte die entstellten Züge, worauf er sich auf einen Stuhl am Lager niederließ, und die Leiche durch eine Lorgnette betrachtete. Das Zimmer hatte sich mit mehreren Unterbeamten des Schlosses erfüllt, auch die vorhin erwähnten Chirurgen waren noch gegenwärtig, und der Oberstabsarzt erlaubte sich endlich zu erinnern, daß ein längeres Verweilen des Herzogs nicht angemessen erscheine. Dieser erwiderte, wiederum halb in lachendem, halb in schauerndem Tone, daß er noch wenig Leichen gesehen habe und an ihren Anblick sich gewöhnen müsse. Endlich zog er sich auf vieles Bitten zurück. Allein nach kurzer Frist erschien er abermals mit dem Franzosen Alboard, der jedoch, als die früheren Scenen sich erneuerten, mit dem Bemerken sich entfernte, daß es über seine Kräfte gehe, solchen Auftritten beizuwohnen. Der Geheime Oberstabsrath von Münchhausen und der Hofmarschall von Welsien kamen zur Tafel gefahren; als der Herzog sie wahrnahm, rief er sie mit dem lauten Bemerken: „er ist todt!“ in das Zimmer hinein, ungeachtet der Volkshausen, die sich an den geöffneten Fenstern zu sammeln angingen. Der Hofmarschall beurlaubte sich nach kurzem Verweilen, der Herzog aber und der Geheime Oberstaatsrath entfernten sich später.

Es kostete Mühe, den Herzog zu bewegen, daß er den Todten im Schlosse duldet; jeder Befehl zu einem standesmäßigen Begräbniß unterblieb, und der größte Theil der Officiere folgte der Leiche aus eigenem Antriebe.

Eine Secirung des Leichnams ist auf Verlangen des Herzogs vorgenommen nach deren Resultaten es zweifelhaft bleibt, welche Krankheit den Tod verursacht habe.

Gerüchte über eine stattgehabte Vergiftung zeigen allgemein, die vielleicht eine Hauptquelle in dem bekannt gewordenen, schon oben erwähnten Umfande finden, daß der Herzog sich über die Wirksamkeit der Gifte vorzüglich gern unterhielt. Diese letztere Thatsache ist von dem Oberstabsarzte Podels auf's bestimmteste versichert, und es ist von dem Wundarzte Bernstorff, der den Herzog auf der letzten Reise begleitete, nicht nur Jenem, sondern auch mehreren andern Personen erzählt, daß der Herzog von ihm wiederholt verlangt habe, in einem Stocknopfe Blausäure anzubringen, um sich derselben gegen gefährliche Merschen zu bedienen, — eine Forderung, die in ähnlicher Art zum Auftrage auch an den genannten Stabsarzt, nach dessen Aussage ergangen ist.

II. Verletzung der Unabhängigkeit und Würde der Justiz.

A. Verfahren gegen den Oberjägermeister von Sierstorpff.

Der Oberjägermeister Freiherr von Sierstorpff, ein durch Rang, Vermögen und langjährige treue und nützliche Dienste ausgezeichnete Mann, erhielt in der Mitte des Jahres 1828 die Ernennung zum Oberhofmeister, mit Herabsetzung seines bis dahin bezogenen Gehalts von 2000 Reichsthalern auf die Hälfte, und zugleich die Eröffnung, daß diese Maßregel als Merkmal der landesherrlichen Würdigung seiner Verdienste zu betrachten sei. Die durch die so genannte Beförderung vacant gewordene Stelle eines Oberjägermeisters ward dem zugleich zum Freiherrn ernannten Forstmeister von Braun, der zu derselben Zeit eine Herausforderung an Seine Excellenz den Grafen von Münster gelangen ließ, wieder verliehen. Der Freiherr von Sierstorpff entschloß sich, den angebotenen Titel und Gehalt abzulehnen und bat um seinen Abschied. Sogleich erhielt er ein Ministerialrescript, des Inhalts, daß, in Betracht des von ihm auf die unehrerbietigste und dankbarste Weise zurückgeschickten Oberhofmeisterpatents und des gleichfalls unehrerbietigsten formlosen Inhalts seiner Zuschrift, Seine Durchlaucht Sich nicht bewogen finden könnten, ihm jetzt den erbetenen Abschied zu ertheilen, vielmehr er ohne denselben aller bisherigen Titel, Aemter und Würden für verlustig erklärt, auch ihm für seine und seiner Ehefrau Person der Aufenthalt in den hiesigen Landen bei Strafe der öffentlichen Landesverweisung untersagt werde.

Als nach Verlauf von zehn Monaten eine Abänderung dieser Verfügung nicht mehr zu erwarten war, wandte sich der Freiherr von Sierstorpff an die competente richterliche Behörde, das herzogliche Districtsgericht, mit der Bitte, über das angeschuldigte Vergehen der verletzten Ehrerbietung gegen den Landesherrn, eine Untersuchung anzuordnen, und nach dem Schlusse derselben die Acten zur Abgebung eines Erkenntnisses an das herzogliche Landesgericht einzusenden. Von diesem erfolgte zuletzt ein richterliches Erkenntniß dahin, daß zur Zeit zwar die gebetene Untersuchung nicht stattfinde, der Rückkehr und dem Aufenthalte des Freiherrn von Sierstorpff in den herzoglichen Landen aber ein rechtliches Hinderniß nicht entgegenstehe.

Das Landesgericht hatte dem Districtsgerichte das Urtheil kaum zur Publication zugesendet, als der Canzleibirector Bitter bereits erschien, um dieselbe kraft landesherrlichen Auftrags zu untersagen. Sie waren indessen bereits geschehen, und der Gerichtsregistrator wurde nun, unter Androhung augenblicklicher Cassation, gezwungen, das Original des Urtheils an das Ministerium abzuliefern.

Zwei Tage später ward der Hof- und Justizrath Friede, als herzoglicher Special-Commissarius nach Wolfenbüttel abgeordnet, woselbst er die Mitglieder des Landesgerichts zur Eröffnung eines Befehls des Landesherrn versammelte. Nachdem er sie vor jeder Remonstration gegen denselben nachdrücklich verwarnt, verlas er ein auf höchsten Befehl ausgefertigtes Ministerialrescript, in welchem dem herzoglichen Landesgerichte eröffnet werde, daß dessen Entscheidung in der von Sierstorpff'schen Sache cassirt, dem Gerichte die höchste Ungnade zu erkennen gegeben und dasselbe vor ähnlichen Beginnen ernstlich gewarnt werde, auch daß Seine Durchlaucht fortan unmittelbare Berichte von dem Landesgerichte nicht mehr annehmen wollten, sondern dasselbe stets nur an das Staatsministerium zu berichten habe.

Sodann ward eine herzogliche Erklärung verlesen, daß die landesgerichtliche Entscheidung darum cassirt werde, weil der Herzog aus höchster landespolizeilicher Gewalt in der von Sierstorpff'schen Sache verfügt habe und in solchen Fällen dem Richteramte eine Einmischung nicht zukomme; daß die Entscheidung des Landesgerichts durch Zerreißung des Originals vor den Augen sämmtlicher Gerichtsmitglieder von dem hierzu ausdrücklich beauftragten Commissär cassirt und vernichtet werden solle; daß von der geschehenen Cassation der von Sierstorpff'sche Anwalt in Kenntniß gesetzt, jedoch über die Art und Weise, wie Solches zu bewerkstelligen, vorher an das herzogliche Staatsministerium von dem Landesgerichte berichtet und die Genehmigung eingeholt werden solle. Der Commissarius zerriß das Erkenntniß und warf das Papier zu Boden.

Es wird allgemein behauptet, daß dieser für den Fall, wenn das Gericht Gegenvorstellungen gemacht haben würde, mit einer herzoglichen Verfügung versehen gewesen sei, worin die augenblickliche Cassation aller acht Mitglieder des Landesgerichts ausgesprochen worden.

Dieser außerordentliche Vorgang bedarf keiner weiteren Bemerkungen; die actenmäßige Schilderung desselben ist in dem sub Lit. W. anliegenden Werke: „die Rechtsache zc. des Freiherrn von Sierstorpff betreffend“, enthalten, auf welches um so eher Bezug genommen werden kann, als dem hohen deutschen Bunde diese und die späteren Verhandlungen vor demselben, die zuletzt den in der 31. vorjährigen Sitzung gefällten Ausspruch, daß der Rückkehr des Freiherrn von Sierstorpff und seiner Familie in die braunschweigischen Lande kein Hinderniß mehr im Wege stehe, zur Folge gehabt haben, noch im frischen Andenken ruhen.

B. Einsetzung eines Oberhof- und eines General-Kriegsgerichts.

Derselbe Geist, welcher den Herzog Carl bewog, die gegen den Geheimen Rath von Schmidt-Philstedt angeordnete Untersuchungs-Commission fast ausschließlich aus dessen persönlichen Feinden zusammenzusetzen, leitete ihn zu dem Wunsche, die obersten Gerichtshöfe dergestalt zu organisiren, daß er einen directen Einfluß auf dieselben ausüben könnte. Zu diesem Zwecke erschienen unterm 20. März 1830 die beiden Verordnungen, die Einsetzung eines Oberhof- und Generalkriegsgerichts, die den Plan einer förmlich organisirten Cabinetsjustiz deutlich enthüllten. Für den Wirkungskreis dieser beiden neugeschaffenen Behörden wurden die Vortheile der als nützlich allgemein anerkannten bisherigen Justizverfassung aufgehoben, indem sie einen privilegiirten Gerichtsstand zurückführten und in ihrer Zusammensetzung aus zwei Juristen unter einem Vorsitzenden nicht Juristen, auch ihrer unmittelbaren Unterordnung und das herzogliche Staatsministerium ihre Wirksamkeit sowohl, als ihre Unabhängigkeit gefährdet sahen. Die Grenzen der Wirksamkeit des Oberhofgerichts selbst, und die Unterredungen der Entscheidung beider Gerichte und der höheren Justizcollegien blieben zweifelhaft. Die zur Zeit der Emanirung beider gedachten Verordnungen von dem hohen deutschen Bunde vorgeschriebene Criminaluntersuchung gegen den Oberjägermeister von Braun war allem Anscheine nach der Grund, weshalb die Einsetzung des Oberhofgerichts so sehr beschleunigt wurde. (Anlage Lit. X. Y.)

C. Verhinderung des richterlichen Verfahrens bei dem Districtsgerichte Braunschweig.

Der Schauspieler Marr war vor seinem Engagement bei der hiesigen Bühne einen Contract mit der königlich-hannoverschen Theater-Intendantur eingegangen, und als er sich der Erfüllung desselben durch Entweichung entzogen, auf Anrufen jener Intendantur von dem hiesigen Districtsgerichte durch ein seit längerer Zeit für executorisch erklärtes Erkenntniß zur Erfüllung jenes Contracts verurtheilt. Ein Rescript des herzoglichen Staats-Ministeriums vom 22. Januar 1830 erklärte jedoch, daß der 2c. Marr aus seinen hiesigen Contracts- und Dienstverhältnissen nicht entlassen werden könne und solle, und gab dem Districtsgerichte auf, deshalb das Nöthige dem Comitée des Hoftheaters zu Hannover zu eröffnen, fernerer Executionsanträgen derselben keine weitere Folge zu geben, und die gegen den Marr erkannten Geldstrafen niederzuschlagen. (Anlage Lit. Z).

D. Entlassung des Sträflings Häberlin.

Der vormalige Justizamtmanu Häberlin war wegen einer Menge von Verbrechen, die er wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder, Bestechlichkeit, Erpressungen 2c. begangen hatte, zum Tode verurtheilt, doch wurde dieses Urtheil von höchster Instanz bis zu zwanzigjährigem Festungsarreste gemildert. Bald, nachdem er die Strafe angetreten, bat er wegen geschwächter Gesundheit um die Verwandlung des Festungsarrestes in Stadtarrest, und wurde darauf, nachdem das Appellationsgericht sich auf das Nachdrücklichste gegen die Willfährung des Gesuches ausgesprochen und die höchst gefährlichen Folgen derselben geschildert hatte, zwar Anfangs abschlägig, jedoch mit Zugeständniß mancher Bequemlichkeiten beschieden, bald darauf aber, und nachdem die gefängliche Haft kaum ein Jahr gedauert hatte, zufolge höchsten Befehls, auf freien Fuß gesetzt. (Anlage A. A. — A. A.^c)

Der Grund zu dieser ganz außerordentlichen Begnadigung lag in dem Umstande, daß der 2c. Häberlin der Verfasser des auf Befehl des Herzogs Carl geschriebenen, angeblich in Lausanne gedruckten, aber in Braunschweig verlegten Werkes: „Publicistische Darstellung einer angeblich publicistischen Prüfung der Beschwerden Seiner Durchlaucht des regierenden Herrn Herzogs von Braunschweig, in Betreff der vormundschaftlichen Verwaltung Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover“, ist, welches um das Ende des Jahrs 1829 erschienen und zu dessen Bearbeitung die Actenstücke dem 2c. Häberlin in's Gefängniß geliefert wurden.

III. Verletzung der Freiheit und der Rechte von Privatpersonen.

A. Verfahren gegen den Geheimen Rath von Schmidt-Biseldorf.

Wenn der gedachte Geheime Rath, nachdem er etwa fünf Monate auf eine schriftliche Ausfertigung des Abschieds und auf die Mittheilung der von ihm vielleicht noch vorzulegenden Verantwortung vergeblich gewartet, sich zu einer heimlichen Entfernung entschloß, so ist es mehr als wahrscheinlich, daß er dazu durch die Nachricht bewogen worden, daß der Freiheit seiner Person eine nahe Gefahr drohe, so gewaltsam ein solcher Schritt gegen ihn in Ermangelung

irgend eines rechtlichen Grundes auch immer erscheinen mochte. Daß ein solcher möglich sei, hatte der frühere Vorgang, (die Arretirung des Lieutenants Krahn) bereits gezeigt, und daß er auch jetzt nicht für zu bedenklich gehalten wurde, geht aus den schon mitgetheilten Actenstücken (die Anlagen C^a. — C^b.) hinsichtlich des gegen den Sohn, den Verwandten und die Collegien des Geheimen Rathes eingetretenen Verfahrens hervor. Nachdem er seine Person der Verfolgung entzogen, traf seine Güter die Strenge des Unwillens mit widerrechtlicher Härte. Seine im Lande befindlichen Lehngüter wurden mit Beschlag belegt und der herzoglichen Kammer überwiesen. (Anlage Lit. B. B^a.) Die auf seinen Namen in die Hypothekenbücher eingetragenen Capitalien wurden ausgemittelt, mit Beschlag belegt, und die Zinsen ad depositum genommen. (Anlage Lit. B. B^b.) Die ihm durch Cession und auf unbestimmte Zeit zur Benutzung zustehende Stiftswohnung, bei deren Rückgabe ihm ein Options-Capitel von drei tausend Thalern in alten Zweidrittel-Stücken und von hundert Thalern in Conventionsmünze zurückzuzahlen war, wurde, ohne daß diese letztere Verbindlichkeit erfüllt wäre, dem damaligen Geheimen Oberstaatsrathe von Münchhausen überlassen. (Anlage Lit. B. B^c.) Sämmtliche, in der Wohnung vorgefundenen Gelder, Pretiosen, Mobilien, Bücher &c. wurden in einem herrschaftlichen Gebäude zusammengehäuft, nachher öffentlich versteigert und der Geldbetrag dem oben genannten Geheimen Oberstaatsrathe geschenkt. (Berichte desselben vom 10. Januar 1831. Anlage B. B^a. und B. B^c.) Die baar vorgefundenen Gelder hatte der Herzog zu sich genommen, ein Beamter war gegenwärtig, als derselbe die kleinen Summen aus den Sparbüchern der Kinder des Geheimen Rathes zusammenzählte und einen geringfügigen Theil derselben dem Dr. Klindworth schenkte. Auch wurden nicht alle Bücher und sonstigen Effecten verkauft, ein beträchtlicher Theil desselben wurde an verschiedene Personen, namentlich dem Legationsrath Klindworth, geschenkt, und es war offenkundig, daß viele dieser Gegenstände von ihnen in Gebrauch genommen wurden. Das vorgefundene Adelsdiplom des Geheimen Rathes wurde von dem Herzoge selbst im Schlosse verbrannt. Die Anlage Lit. B. B^d. enthält eine Vergleichung der Effecten, welche zwar in das aufgenommene Inventarium eingetragen sind, aber sich nicht in dem spätern Auctions-Protocolle finden.

B. Verhaftung des ehemaligen Lieutenants Krahe.

Der ehemalige königlich-preussische Lieutenant Krahe, Sohn des hiesigen Kammerraths, hatte in einer zu Frankfurt erscheinenden Zeitschrift, Didaskalia genannt, mehrere Aufsätze bekannt gemacht, die sich mit einer Kritik des hiesigen Hoftheaters beschäftigten. Der hin und wieder ausgesprochene Tadel und eine Anspielung auf eine in Gunst bestehende Schauspielerin hatten den Unwillen des durchlauchtigsten Herzogs gereizt, der um denselben zu befriedigen, die Verhaftung des Krahe beschloß, ohne die Bitten des Vaters oder die Gegenvorstellungen des Polizeidirectors zu hören. Sechs Wochen lang saß der Verhaftete im Gefängnisse, nur sein Vater durfte ihn besuchen, und das Schreiben war ihm untersagt. Die Absicht, dem mit Geschäften überhäuftem und zu gutmüthigen Vater bei der Erziehung des irre geleiteten Sohnes zu Hülfe zu kommen, mußte zum Vorwande dieses ansehnlichen und höchst willkürlichen Verfahrens dienen, und erst nachdem der zc. Krahe angelobt hatte, niemals wieder das Hoftheater betreten, sonst aber als ein vorsätzlicher Ruhestörer angesehen werden zu wollen, sich keine Verletzung der Ehrenbarkeit durch mündliche oder schriftliche Bemerk-

kungen über die erlittene Haft zu Schulden kommen zu lassen, wobei ihm angedeutet wurde, daß er diesen Punkt zu befolgen habe (wenn er nicht aus der Milde väterlicher Zucht unter die Schärfe des Gesetzes verfallen wolle), ohne Vorwissen der Polizei auch im Auslande nichts drucken zu lassen, und sich von hier nicht ohne besondere Erlaubniß zu entfernen, ward er wieder auf freien Fuß gestellt (Anlagen CC^a—CC^e.)

Dem Vater wurde angedeutet, daß es an ihm vergolten werden würde, wenn der Sohn sich eine Verletzung der obigen Punkte zu Schulden kommen lassen sollte.

C. Verfahren gegen den Kammerherrn v. Gramm.

Am 30. October 1829 ließ der Herzog Carl bei der an seinem Geburtsfeste stattfindenden großen Cour von den versammelten Civildienern den Dienst-eid erneuern, welchen sie beim Beginn ihres Dienstverhältnisses ihm oder seinen Regierungsvorfahren bereits geschworen hatten. Ein gleiches Verfahren fand hinsichtlich derer, welche bei jener Cour nicht gegenwärtig gewesen waren, bald nachher statt, und zu diesen gehörte der Kammerherr v. Gramm. Der Hof- und Justizrath Friede erhielt den Auftrag, ihm den Eid abzunehmen und ordnete zu dem Ende einen Termin an, in welchem der genannte Kammerherr zwar erschien, die Eidesleistung jedoch aus dem Grunde ablehnte, weil er nur eine Titular-charge besitze, die keine Verpflichtung eines Dienstverbandes mit sich führe, wie er sich davon auch bei Annahme seines Kammerherrntitels ausdrücklich los-gesagt habe.

Noch an demselben Tage erhielt derselbe von dem Commissarius die Eröff-nung, daß, nach der Entscheidung Seiner Durchlaucht die angeführten Umstände ihn von der Eidesleistung nicht entbänden, da auch alle übrigen Titular-Hof-chargen den Eid geleistet hätten, mit welcher Anzeige die Aufforderung verbun-den war, in einem auf den folgenden Tag angesetzten Termine den verlangten Eid zu leisten. In diesem erklärte der Kammerherr, daß er sich, um eine ab-ändernde Verfügung zu erwirken, unmittelbar an Seine Durchlaucht wenden wolle, und bat, um dies vollständig thun zu können, um Mittheilung der Eides-formel, die ihm aus dem Grunde verweigert wurde, weil er zur Ableistung des Eides sich noch überall nicht verbindlich gemacht habe; doch ward eine 48stündige Frist zu dem angezeigten Zwecke zugestanden.

Der Kammerherr stellte in einer dem Herzoge überreichten Schrift vor, daß er die Formel des Eides, welcher von ihm verlangt werde, nicht kenne, daß dieser aber entweder einen Diensteid halte, den er, da er in einem Dienstverhält-nisse nicht stehe, ein solches auch seiner Lage nach nicht eingehen könne, zu leisten nicht verbunden sei, oder aber einen Hulbigungseid in sich schließe, den er, dem auf die erneuerte Landschaftsordnung gethanen Schwure getreu, so lange mit gutem Gewissen nicht schwören dürfe, ehe der Herzog selbst die gegenwärtige Verfassung nicht bestätigt und die herkömmlichen Reversalien ausgestellt habe, weshalb er hoffe, von dem geforderten Eide dispensirt zu werden.

In einem auf Befehl des Herzogs entworfenen Schreiben, dessen Unter-schrift von dem betagten Ober-Ceremonienmeister v. Hohnhorst nur mit Mühe und nach vorhergegangener Bedrohung zu erlangen gewesen war, ward ihm darauf das höchste Mißfallen über seine Weigerung angedeutet, und eine end-liche Frist von 24 Stunden zur Leistung des Eides gestattet, nach deren frucht-losem Ablaufe angenommen werden solle, daß er denselben aus übletem Willen

verweigerte. Der Kammerherr v. Gramm sandte hierauf den Kammerherrnschlüssel zurück und bat zugleich, ein angeschlossenes rechtfertigendes Schreiben Seiner Durchlaucht zu übergeben, erfuhr jedoch bald, daß die Annahme von beiden verweigert werde. Dagegen empfing er am folgenden Tage ein ferneres Schreiben des Ober-Ceremonienmeisters, das ihn der Functionen und des Titels eines Kammerherrn ohne Abschied verlustig erklärte, den Kammerherrnschlüssel zurückforderte und den Zutritt bei Hofe und allen unter dem Hofetat stehenden Orten ein für alle Mal untersagte. Späterhin ward der Umfang dieser letzteren bestimmt, wozu unter andern das Museum, die Bildergalerie, das Hoftheater, die herrschaftlichen Gärten, die nächsten Umgebungen des Schlosses zc. gerechnet wurden.

Bei dieser Bestimmung verblieb es nicht, vielmehr erging sofort an alle herrschaftlichen Diener das strengste Verbot, mit ihm irgend einen Umgang auf mündlichen, schriftlichen oder andern Wegen zu haben, widrigenfalls es so angesehen werden solle, als ob dieser verbotene Umgang dem Staatsdienste vorgezogen werde. (Anlage Litt. DD.)

Der Hofchirurgus und Geburtshelfer Grimm hatte mehrere Male bei der Niederkunft der Gemahlin des Kammerherrn v. Gramm seinen ärztlichen Beistand geleistet, und war, noch ehe die eben gedachte Verfügung erging, in Kenntniß gesetzt, daß der Fall bald eintreten werde, wo jene seiner Hülfe bedürftig sei. Der zc. Grimm erachtete es für angemessen, bei dem Staatsrath Vosse Erfindung darüber einzuziehen, ob das erwähnte Verbot auf dieses Verhältniß auszudehnen sei, und erhielt, auf unmittelbar höchste Vorschrift, die Weisung, daß er der an ihn ergangenen Aufforderung nur dann Folge leisten dürfe, wenn der Kammerherr v. Gramm sich dagegen verbindlich mache, nie wieder nach Frankfurt, woselbst er sich zur Betreibung der ständischen Angelegenheiten längere Zeit aufgehalten hatte, zurückkehren, auch an diesen letzteren nie wieder Theil nehmen zu wollen. Die Bedingung ward abgelehnt und der zc. v. Gramm zog mit seiner Familie nach Celle, wo seine Gemahlin drei Tage nach ihrer Ankunft niederkam.

Dem Geburtshelfer Grimm ward bald darauf ein Extraordinarium von 100 Reichsthälern bewilligt, auf welches keine Behörde angetragen hatte. (Anlage Litt. EE.)

D. Verfahren gegen verschiedene Civil- und Militär-Personen.

Der General v. Herzberg, der sich in den spanischen Feldzügen rühmlich ausgezeichnet, hatte von dem hochseligen Herzoge Friedrich Wilhelm die schriftliche Zusicherung erhalten, daß er nach seinem dereinstigen Auscheiden aus dem activen Dienste eine jährliche Pension von 2000 Reichsthälern erhalten solle. Als er dieser Zusicherung vor einigen Jahren gegen den Herzog Carl Durchlaucht Erwähnung that, äußerte dieser den Wunsch, dieselbe zu sehen, worauf sie ihm sofort von dem General überreicht wurde. Der Herzog behielt sie zurück, und als mehrere Tage verstrichen, ohne daß ihre Rückgabe erfolgte, erlaubte Jener es sich, dieselbe in Erinnerung zu bringen. Der Herzog verwies ihn an den Geheimen Oberstaatsrath v. Münchhausen, in dessen Händen sie befindlich sei, dieser aber erklärte auf Befragen, daß er sie nicht besitze, sondern daß sie in seiner Gegenwart von dem Herzoge zerrissen und verbrannt sei. Eine weitere

Erklärung oder ein anderweites Versprechen ist dem General v. Herzberg deshalb überall nicht gemacht worden.

Der Oberst v. Dörnberg, ein sehr geachteter und von dem hochseligen Herzoge Friedrich Wilhelm sehr geehrter Mann, der in Spanien ebenfalls wichtige Dienste geleistet, wurde, weil er sich bei verschiedenen Gelegenheiten Gegenvorstellungen erlaubt hatte, ohne Pension entlassen, obgleich es außerdem bekannt war, daß er nur sehr beschränkte Substanzmittel besaß.

Dem Kammerherrn v. Einsingen, eine Zeit lang Erzieher des Herzogs, ward die während der vormundschaftlichen Regierung bewilligte Pension unter dem Anführen, daß sie erschlichen sei, genommen.

Der Hofrath Eigner, ebenfalls Erzieher des Herzogs, ward, um ihn von Braunschweig zu entfernen, ohne alle weitere triftige Beweggründe, an die Bibliothek zu Wolfenbüttel versetzt.

Dem Vicepräsidenten Hoffmeister, vormaligem Religionslehrer des Herzogs, ward die Würde eines Abtes von Königsutter genommen und ihm und dem Abte und Consistorialrath v. Lenz die Annahme des von der Universität Göttingen ertheilten Doctordiploms untersagt.

Dem Advokaten Geitel, einem Neffen des Vorhergehenden, ward die Notariats-Praxis verweigert, ohne daß sich zu einer solchen Maßregel ein anderer Grund, als jenes verwandtschaftliche Verhältniß, auffinden ließ.

IV. Handlungen kurz vor und während der Ereignisse vom 6. und 7. September 1830.

Auch diese haben in vielfacher Hinsicht bewiesen, daß der Herzog Carl die Zügel der Regierung zu führen durchaus unfähig sei. Ihre möglichst treue Schilderung ist in der sub Litt. FF. beigefügten Broschüre: „der Aufstand der Braunschweiger,“ enthalten, auf welche hinsichtlich der Einzelheiten Bezug genommen werden darf. Flüchtend vor dem Aufstande in Paris, fast heimlich in seine Residenz zurückgekehrt, waren die Frage: „ob ähnliche Ereignisse in Braunschweig zu beforgen seien,“ und die Versicherung, „sichonungslos im eintretenden Falle zu Werke gehen zu wollen,“ fast der alleinige Gegenstand seiner Gespräche, und seine täglich bei der Polizei eingezogenen Erkundigungen über die Ruhe und die Stimmung der Stadt, zu einer Zeit, als noch kaum die mindeste Aufregung sichtbar war, forderten das Volk selbst zur Spannung auf. Die ausgesprochene Absicht, dieses, wenn es seine Freude über die Rückkehr des Freiherrn v. Sierstorpp zu erkennen geben sollte, mit Kanonenkugeln aus einander treiben lassen zu wollen, verrieth aufs Neue den Sinn der Gleichgültigkeit für das Wohl und Wehe der Unterthanen und war wenig zu besänftigen geeignet. Die Einbeorderung von Beurlaubten, das Vertheilen scharfer Patronen, das Auffahren von Kanonen, waren fast absichtliche Provocationen zu nennen; sein Benehmen am 6., nach dem Angriffe auf seine Person, war zum mindesten wenig Ehrfurcht gebietend; die von ihm angeordneten militärischen Aufzüge am Morgen des 7. Septembers lockten die Menge absichtlich herbei; sein Betragen gegen die Bürgerdeputation war weder gewinnend, noch imponirend; seine Zugeständnisse konnten wegen ihrer Geringsfügigkeit nur erbittern; seine militärischen Anordnungen konnten unmöglich unangemessener sein, und seine übereilte Flucht bei dem ersten Ausbruche einer ernstlichen Bewegung, verrieth nur zu sehr die Unfähigkeit, irgend einen Gegenstand geistig zu beherrschen.

V. Handlungen seit der Entfernung von Braunschweig.

Die hohe Deffentlichkeit der Schritte, welche Seine Durchlaucht der Herzog Carl seit jenem Zeitpunkte vor den Augen Europas gethan haben, und die Einstimmigkeit des darüber gesprochenen Urtheils, machen die Beifügung eines jeden weiteren Commentars über denselben überflüssig. Nachdem die Verhandlungen zur Herbeiführung eines gütlichen Vergleichs, welchen Seine Majestät der König von England auch in Seinem wahren Interesse eingeleitet hatten, auf eine so wenig vorhergesehene Weise durch Höchsthn plötzlich abgebrochen worden waren (Anlagen Lit. GG^a—GG^c), begab sich der Herzog Carl nach Deutschland zurück und es folgte eine Reihe von Handlungen, welche die beklagenswerthen Uebelstände, die bisher sich nur in der Verwaltung des eigenen Landes zu zeigen Gelegenheit hatten, nun auf einem anderen und größeren Felde entwickelten. Sie sind den Cabineten Deutschlands zur Genüge bekannt; indessen mag, um der Vollständigkeit willen, die Schilderung derselben, von den dazu gehörenden Documenten begleitet, hier nochmals erscheinen, welche schon früher sowohl dem königlich großbritannisch hannöversischen Cabinetsministerium als auch der hohen deutschen Bundesversammlung selbst übergeben worden ist. (Anlage Lit. HH). Mögen am Schlusse noch zwei wichtige Documente, nämlich der Bericht des Dr. Renda über die Ausführung des ihm übertragenen Geschäftes, den Beschluß der hohen deutschen Bundesversammlung vom 2. December 1830 Seiner Durchlaucht dem Herzoge Carl zu überbringen und ein von Höchsthemselben veranlaßter Artikel der Gotha'schen Zeitung vom 30. December v. J. über die Höchsthn betreffenden Verhältnisse, eine Stelle finden, als letzte Beweise von der unveränderlichen Sinnesart des Fürsten, die zur Quelle so großen Unglücks für ihn selbst und seine Unterthanen wurde. (Anlagen Lit. JJ. KK.)

Die Beilagen, welche nur im Präsidial-Archiv zu Frankfurt liegen, und nicht den Cabineten mitgetheilt wurden, sind mir nicht zugänglich geworden.

In der Sitzung vom 14. April 1831 zeigte der präsidirende Gesandte an, daß der herzoglich braunschweigische Herr Gesandte, Frhr. v. Marschall, ihm vor einiger Zeit eine Erklärung vertraulich mitgetheilt habe, welche demselben von dem Herzoge Carl von Braunschweig in der Absicht, sie in das Protokoll der Bundesversammlung niederzulegen, zugesandt worden sei; nachdem aber der Gesandte Frhr. v. Marschall sich seit dem 2. December 1830 in Folge des von der Bundesversammlung in ihrer 40. Sitzung gefaßten Beschlusses nicht mehr als den Bundestagsgesandten des Herzogs Carl ansehe, so habe derselbe geglaubt, keinen amtlichen Gebrauch davon machen zu können, und daher dem präsidirenden Gesandten das Weitere überlassen.

Der herzoglich braunschweigische Gesandte bemerkte hierauf, daß er in vertraulichem Wege dem Präsidialgesandten Kenntniß davon gegeben habe, daß ihm die Erklärung mitgetheilt worden sei, er selbst aber davon keinen anderen Gebrauch habe machen können, als diese Erklärung an das herzogliche Ministerium zu Braunschweig einzusenden.

In seiner Absicht habe es daher nicht gelegen, durch diese vertrauliche Mittheilung eine Eröffnung an die Bundesversammlung von seiner Seite zu veranlassen.

Indessen — fuhr der österreichische Gesandte fort — sei ihm dieselbe Erklärung auch durch einen von Paris hierher gesandten Diener Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl mit dem ausdrücklichen Ersuchen um deren Aufnahme in das Bundes-Protocoll zugestellt worden, Präsidium gebe nun der hohen Bundesversammlung anheim, ob diese Erklärung in das Protocoll aufzunehmen sei?

Nachdem sich sämmtliche Gesandtschaften dafür aussprachen, wurde dieselbe eingerückt, wie folgt:

„Die herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandtschaft ist von ihrem Durchlauchtigsten Committenten, dem souverainen Herzog Carl von Braunschweig-Lüneburg, angewiesen worden, für Höchstdenselben die nachfolgende Rechtsverwahrungs-Erklärung

gegen den in der 40. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom

2. December 1830, § 304 gefaßten Bundesbeschlusß

in das Protocoll dieser hohen Versammlung niederzulegen.

„In Folge eines Beschlusses der deutschen Bundesversammlung in der 40. Sitzung vom 2. December v. J. ist Seine Durchlaucht der Prinz Wilhelm von Braunschweig ersucht worden, die Regierung des Herzogthums Braunschweig bis auf Weiteres zu führen, und daß dies auf Veranlassung des deutschen Bundes geschehe, öffentlich bekannt zu machen. Nach demselben Beschlusse ist zu gleicher Zeit den berechtigten Agnaten des Herzogs Carl von Braunschweig anheim gegeben worden, diejenige definitive Anordnung für die Zukunft, welche bei diesem beklagenswerthen Stand der Dinge die dauernde Ruhe und gesetzliche Ordnung in dem Herzogthume Braunschweig erheischt, in Gemäßheit der herzoglich-braunschweigischen Hausgesetze und des in deutschen und anderen souverainen Häusern üblichen Verkommens zu berathen und zu bewirken, sowie auch eine baldige Benachrichtigung über die in solcher Art getroffene Feststellung dem deutschen Bunde zur Anerkennung zukommen zu lassen; wobei die Bundesversammlung sich im Uebrigen der Erwartung überläßt, daß die Untersuchung gegen die Urheber und Theilnehmer des strafbaren Aufstandes vom 6. und 7. September v. J. ihren gesetzlichen Fortgang habe.

Seine Durchlaucht der Herzog Carl sind nicht abgeneigt zu glauben, daß die hohe Bundesversammlung sich hinlänglich von der in Braunschweig stattgefundenen höchst beklagenswerthen und strafbaren Umkehrung unterrichtet haben werde. Bei dieser Voraussetzung kann es dem Scharfblicke dieser hohen Versammlung gewiß nicht entgangen sein, daß diese Umkehrung nicht sowohl Sache des Volks, als das improvisirte Werk eines herrschsüchtigen ständischen Adels war, der, im Bunde mit einzelnen Demagogen, durch den Umsturz der rechtmäßigen Regierung Seiner herzoglichen Durchlaucht seine Alleinherrschaft und die Verwirklichung der revolutionären Lieblingsideen des Zeitalters, auf Kosten des monarchischen Princips herbeiführen wollte. Diese abelige Faction war es, welche gegen den durchlauchtigsten Herzog ohne Unterlaß an den benachbarten Höfen, sowie in der Mitte der braunschweigischen Unterthanen intriguirte, und alle Regenten- und Privat-Handlungen Seiner Durchlaucht zum Gegenstande ihres unerlaubten Tadelns und ihrer gehässigen Verleumdungen machte; sie war es, welche eine Zeit lang eben so strafbare als ausschweifende Hoffnungen an den endlichen Ausgang der braunschweigisch hannöverschen Differenz knüpfte und sie war es endlich, welche, nachdem der Tod eines gegen Seine Durchlaucht irregeleiteten Monarchen die Hoffnungen, welche sie auf dessen Uebermacht stützte,

vereitelt hatte, von diesem Augenblicke an insgeheim den Plan zu einer Volksinsurrection faßte, und, durch das Beispiel der letzten Revolution in Paris kühner gemacht, denselben durch Verführung und Geld zur Ausführung brachte. Bei dieser unverkennbaren Lage der Sachen durften daher Seine herzogliche Durchlaucht mit um so größerer Zuversicht auf die Mitwirkung und Hülfsleistung des Bundes zur Wiederherstellung Höchsthier Regierung und der gesetzmäßigen Ordnung in Braunschweig zählen, als eine solche Einschreitung der Bundesglieder bei der vorliegenden Veranlassung durch die Bestimmungen der Wiener Schlußacte, und namentlich durch die Disposition des 26. Artikels derselben, genau und ausdrücklich vorgeschrieben war.

Indeß hat diese hohe Versammlung, im Widerspruche mit den in dem eben angezogenen Hauptgrundvertrage enthaltenen Pflichten und Befugnissen, und zugleich mit gänzlicher Umgehung der Person und der Rechte Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl, den vorn angedeuteten Beschluß gefaßt, einen Beschluß, der, nach dem Dafürhalten Seiner herzoglichen Durchlaucht, eben so sehr gegen die Legitimität und die Gerechtigkeit, als gegen das herkömmliche Völkerrecht, die gesunde Politik und die künftige Ruhe von Deutschland verstößt. Als Bundesglied werden Seine herzogliche Durchlaucht jederzeit nach besten Kräften den durch die Bundesacte und die anderweitigen organischen Bundeseinrichtungen Höchsthnen obliegenden Verpflichtungen genügen; allein als legitimer, souveräner deutscher Fürst, der selbst nach dem Wortlaute der Bundesacte mit den übrigen Bundesgliedern gleiche Rechte hat, sind Höchstdieselben nur allein der Vorsehung verantwortlich, und können daher auch Niemand, weder Höchsthre Mitfürsten, noch die Bundesversammlung und am wenigsten Höchsthre noch dazu gegen Höchstdieselben parteiisch gefinnten Agnaten, als Richter über Ihre Regierungshandlungen und Ihre angestammte Souverainetät erkennen. — Demzufolge protestiren Seine Durchlaucht, wie hiermit geschieht, aufs feierlichste gegen den mehrgedachten Bundesbeschluß und alle daraus resultirenden Consequenzen, und werden immer und bei jeder rechtlichen Veranlassung dagegen protestiren, als ungerecht gegen Höchstdieselben und als unpolitisch, unnöthig und nachtheilig für das monarchische Princip und das allgemeine Interesse von Deutschland.“

Das Präsidium erklärte darauf: Nachdem die hohe Bundesversammlung erst nach reifer Erwägung aller Umstände und Verhältnisse in der 40. vorjährigen Sitzung den Beschluß gefaßt hat, gegen welchen Seine Durchlaucht der Herzog Carl von Braunschweig sich verwahren, so dürfte diese Verwahrung nur allein die daraus resultirenden Consequenzen treffen; es werde sich aber aus den Abstimmungen auf die in der 8. diesjährigen Sitzung vernommenen Anträge der herzoglich braunschweigischen Agnaten ergeben, welche Berücksichtigung und Folge derselben zugeßanden werden solle. Präsidium trage daher auf Einsendung vorstehender Protestation an die allerhöchsten und höchsten Regierungen an. Präsidium würde auch keinen Anstand nehmen, die Eröffnung des Protocolls zur Abstimmung über die erwähnten Anträge noch auszusprechen, wenn nicht die herzoglich braunschweigische Gesandtschaft dringend um Beschleunigung einer definitiven Beschlußnahme angestanden hätte.

Dem zufolge wolle Präsidium zu Abstimmung in dieser Sache Gelegenheit geben. Die Abstimmung erfolgte in hergebrachter Ordnung:

Oesterreich. Seine kaiserlich königliche Majestät können nach reiflicher Erwägung und gewissenhafter Prüfung aller nunmehr vorliegenden Thatfachen

nicht umhin, die von Seiner Majestät dem Könige von Hannover und von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm von Braunschweig = Wels in der 8. diesjährigen Sitzung zu Protocoll gegebene Ansicht zu theilen, daß bei Seiner Durchlaucht dem souverainen Herzoge von Braunschweig eine absolute Regierungsunfähigkeit vorwalte, und daß, wenn die Ruhe und gesellschaftliche Ordnung im Herzogthume dauernd gesichert werden solle, Seiner Durchlaucht dem Herzoge Carl die persönliche Ausübung der Höchstdemselben durch Recht und Geburt zustehenden Regierungsgewalt nicht gestattet werden könne.

In Folge dieser Ueberzeugung, mit welcher sich zuverlässig sämtliche Bundesglieder vereinigen werden, sind Seine Majestät der Meinung, daß nunmehr die definitive Anordnung einer bleibenden, von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm als präsumtiven Regierungsnachfolger zu führenden Regentschaft sich als eine nothwendige, zugleich aber auch als die zweckmäßigste und dem braunschweigischen Haus- und Landesinteresse in allen Beziehungen am meisten zusagende Maßregel darstelle.

Wie schmerzlich es auch den brüderlichen Gefühlen Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm fallen mag, während der Lebenszeit Ihres geliebten Bruders, oder bis zum Eintritt der Majorannität eines legitimen und ebenbürtigen Descendenten desselben, die Regierung des Landes zu führen, so hegen Seine Majestät doch zu den bekannten loyalen und edelmüthigen Gesinnungen Seiner herzoglichen Durchlaucht das volle Vertrauen, daß Höchstdieselben aus Anhänglichkeit an das Land, welches Sie dereinst als souverainer Landesherr zu beherrschen eventuell berufen sind, und aus Achtung vor den ewig wahren Grundsätzen der Legitimität, deren unverletzte Erhaltung in Deutschland das Lebensprincip des Bundes ist, Sich mit Bereitwilligkeit dazu verstehen werden, die Regierung des Landes auf der Basis obiger Grundbestimmung zu übernehmen.

Seine kaiserlich königliche Majestät werden sonach auch kein Bedenken finden, eine agnatische Anordnung anzuerkennen, wodurch festgesetzt wird, daß bei der vorliegenden Regierungsunfähigkeit des souverainen Herzogs Carl von Braunschweig und bei der hierdurch nothwendig gewordenen Einsetzung einer bleibenden Regentschaft, nunmehr die Führung derselben von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm unwiderruflich für die Lebenszeit des Herzogs Carl, oder bis zum Einschreiten der Majorannität eines etwaigen legitimen und ebenbürtigen Descendenten desselben, mit voller Regierungsgewalt zu übernehmen sei, daher auch die sämtlichen Unterthanen und Diener im Herzogthume Braunschweig ihres Eides gegen den Herzog Carl zu entbinden und dagegen zur Ablegung eines Paritionsseides gegen den Herzog Wilhelm zu verhalten, und endlich wegen der standesmäßigen Sustentation für Seine Durchlaucht den Herzog Carl und eventuell für dessen Descendenz, von Seiten der Durchlauchtigsten Agnaten die geeignete Verabredung und Fürsorge zu treffen seien. —

Eine solche Anordnung würde nach der Ansicht Seiner Majestät des Kaisers rechtmäßig, zugleich aber auch für den bei dem Bundesbeschlusse vom 2. December 1830 gehabten Zweck genügend sein, indem dadurch nunmehr ein stabiler Regierungszustand begründet und den braunschweigischen Unterthanen jeder gerechte Grund einer weitem Beunruhigung benommen würde. Dagegen würde Seine kaiserlich königliche Majestät besorgen müssen, daß jede, auf andern Grundsätzen beruhende, agnatische Anordnung früher oder später hinsichtlich ihrer Rechtsbeständigkeit würde angefochten werden können, und die Ursache

mannigfaltiger Zwietracht und Störung des innern Friedens werden dürfte, dessen sorgfältigste Erhaltung, besonders in der jetzigen Zeit, von so hoher Wichtigkeit ist.

Preußen. Der königlich preussische Hof erkennt mit allen Bundesregierungen die hohe Wichtigkeit und die Folgen des gegenwärtig zu fassenden Bundesbeschlusses.

Je mehr alle souverainen fürstlichen Häuser bei dieser Aufgabe theilhaftig sind, um so mehr hält die königlich preussische Regierung es für Pflicht, das Resultat ihrer sorgfältigsten Erwägung auf die offenste Weise darzulegen.

Es waltet, außer den Agnaten, auch im Bunde kein Zweifel darüber ob, daß des Herzogs Carl Durchlaucht die Regierung des Herzogthums Braunschweig nie wieder ausüben könne und dürfe, sondern für immer von selbiger ausgeschlossen bleiben müsse.

Der Grund dieser allseitig anerkannten absoluten Regierungsunfähigkeit liegt in dem Mißbrauche, welchen der Herzog Carl von der Regierungsgewalt gemacht hat. In einem moralischen Uebel, nicht in einem unverschuldeten, körperlichen und geistigen Hindernisse des zur Regierung berufenen Fürsten liegt die Ursache, daß seine Entfernung von der Regierung eine bedauernswürdige, aber rechtliche Nothwendigkeit geworden ist.

Weil Minderjährigkeit, unverschuldete Krankheit oder Altersschwäche keinen Vorwurf begründen können, leidet durch solche auch die Würde des Fürsten nicht. Das minderjährige Alter bewirkt nur eine temporäre Regierungsunfähigkeit. Bis der zur Regierung berufene Fürst willens- und kraftfähig sein wird, die Regentenpflichten zu erfüllen, soll Namens seiner die Vormundschaft für des Landes Wohl Sorge tragen.

Unverschuldete Krankheit und Altersschwäche, sowie das Erlöschen einer Dynastie, können eine außerordentliche Regentschaft zur Folge haben, es mag solche in einer Vormundschaft oder, bei erloschener Dynastie, in einem Vicariate bestehen.

Der Fall des Erlöschens einer Dynastie oder der eines Vicariats steht jetzt so wenig in Rede, als der einer Bevormundung. Denn was letztere betrifft, so wird dem Herzoge Carl Geistes- und Willensfähigkeit nicht bestritten, vielmehr beruht das Anerkenntniß der absoluten Regierungsunfähigkeit desselben auf der Annahme und Voraussetzung der völligen Zurechnungsfähigkeit seiner mehrjährigen Regierungshandlungen. Damit würde aber auch eine für die Lebenszeit dieses Fürsten zu errichtende Regentschaft einer rechtlichen Basis entbehren, indem letztere nur in einer, ohne eigene Verschuldung herbeigeführten Unfähigkeit zur eigenen Ausübung der Regierung, unter Fortdauer der Regentenwürde in der Person des berechtigten Fürsten, gefunden werden kann. Eine, das Andenken der Regierung des Herzogs Carl bewahrende, für die Lebensdauer desselben zu errichtende und als bloße Fortsetzung dieser Regierung zu betrachtende Regentschaft, würde, weil sie sich nur in der Natur einer Regierungsverwaltung für den Herzog Carl darstellen und jede einzelne Regierungshandlung nur in Höchstseiner Namen vollziehen könnte, mit den moralischen und rechtlichen Ursachen und Gründen, die diesem Fürsten den Verlust der Regierung zugezogen haben, im Widerspruch stehen.

Die correcte Anwendung des nicht sorgsam genug zu bewahrenden Legitimitätsprinzips, führt mithin von selbst auf die Nothwendigkeit des Ueberganges der Regierung auf das nächstberufene Familienmitglied.

Wäre eine legitime Nachkommenschaft des Herzogs Carl bereits vorhanden, so würde diese mit eigenen Successionsrechten eintreten, und von ihrer Regierungsfähigkeit es abhängen, ob für sie eine Vormundschaft oder Regentschaft einzurichten wäre. In Ermangelung einer solchen Descendenz, ist die Succession mit denselben Rechten für den Herzog Wilhelm als nächsten Agnaten eröffnet.

Daß es zur Zeit des deutschen Reichs Fälle gab, wo der Successor unmittelbar, in Folge des Regierungsverlustes des Vorgängers, nicht in dessen, sondern in sein eigenes Regierungsrecht eintrat, darf als bekannt vorausgesetzt werden. In diesem Sinne ist, wenn gleich nicht durch ein formales Rechtsurtheil, wie zur Zeit des deutschen Reichs vom Kaiser mit Zustimmung der Kurfürsten und Fürsten geschehen konnte, sondern als eine aus der richtigen Anwendung des Staatsherkommens und der Hausverfassung sich von selbst ergebende Thatsache, von den Agnaten, welchen es, nach eingetretener Souveränität der deutschen bundesfürstlichen Häuser, unter den vorliegenden Umständen allein zukommen kann, namentlich von Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover und von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm von Braunschweig=Dels im Artikel 3 der am Bundestage übergebenen Erklärung ausgesprochen worden:

„daß die durch die absolute Unfähigkeit des bisherigen rechtmäßigen Regenten als erledigt zu betrachtende Regierung des Herzogthums Braunschweig nunmehr, unter Aufrechterhaltung der über die Primogenitur in dem fürstlichen Hause Braunschweig bestehenden Verträge und des Pacti Henrico-Wilhelmiani, so wie der auf solche sich gründenden Successionsrechte, definitiv auf Seine Durchlaucht den Herzog Wilhelm von Braunschweig=Dels, in Höchstdessen Eigenschaft als nächsten Agnaten, mit allen verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten eines regierenden Herzogs von Braunschweig übergegangen sei.“

Hiernach sind auch die allein nach jenen Hausverträgen zu beurtheilenden Successionsrechte einer, etwa künftig noch eintretenden, legitimen Descendenz des Herzogs Carl, für den Fall einer Meinungsverschiedenheit unter den beiden herzoglichen Brüdern, vollkommen sicher gestellt.

Was nun aber die Fragen betrifft, auf welche sich eine solche Meinungsverschiedenheit beziehen könnte, so würde Preußen denselben zu präjudiciren und über den Sinn der hierher gehörigen Bestimmungen der braunschweigischen Hausverträge einen außer seiner Competenz liegenden Ausspruch zu thun glauben, wenn es jetzt dem definitiv festzustellenden Verhältnisse, in welchem der Herzog Wilhelm nunmehr die Regierungsgewalt im Herzogthume Braunschweig auszuüben haben wird, den Character einer Regentschaft beilegen und mithin der etwaigen legitimen Descendenz des Herzogs Carl im Voraus Rechte zuschreiben wollte, deren Existenz aus den braunschweigischen Hausverträgen seiner Zeit erst im verfassungsmäßigen Wege unparteiischer Erörterung zu erweisen sein dürfte.

Von einer ausdrücklichen Erwähnung dieses Punktes in dem zu fassenden Bundesbeschlusse über die Anerkennung der agnatischen Anordnung, ist um so mehr abzurathen, als einerseits sich hoffen läßt, daß die Zukunft entweder eine practische Beschäftigung mit dieser Frage als ganz überflüssig darstellen, oder doch Umstände herbeiführen dürfte, unter welchen ihre Lösung leichter als jetzt gefunden werden wird, andererseits aber mit einer solchen Erwähnung jenes Punktes der definitive Feststellung der Regierungsverhältnisse im Herzogthume

Braunschweig, welche der öffentliche Zustand in demselben unerlässlich nothwendig macht, Eintrag geschehen würde. Wollte man der künftigen männlichen Nachkommenschaft des Herzogs Carl im Voraus ein größeres Recht, als dem bereits im eigenen Namen rechtmäßig regierenden Herzoge Wilhelm für seine Person einräumen, so würde als natürliche Folge schon, vom Augenblicke der Geburt eines Prinzen aus einer standesmäßigen Ehe des Herzogs Carl an gerechnet, die, kraft eigenen Rechts, ausgeübte Regierung des Herzogs Wilhelm aufhören und sich in eine Vormundschaft für den Neffen verwandeln. Eine solche Betrachtungsweise würde die Aussicht auf die Möglichkeit (um nicht zu sagen Wahrscheinlichkeit) des nahe bevorstehenden Eintritts einer abermaligen vormundschaftlichen Regierung im Herzogthume Braunschweig eröffnen, eine Aussicht, welche nur allzusehr geeignet ist, Erinnerungen der betrübendsten Art aus der nächstliegenden Vergangenheit, vorzüglich bei denen zu erwecken, die sich der undankbaren und unter den gegebenen Verhältnissen höchst mißlichen Führung des vormundschaftlichen Amtes zu unterziehen haben würden.

Wenn noch Zweifel darüber stattfinden, ob der Herzog Wilhelm sich dazu verstehen dürfte, freiwillig in ein so schwankendes, von keiner bleibenden Grundlage gestütztes Verhältniß zu treten, welches ihm für die Gegenwart nur den ungewissen Besitz einer ihm rechtlich gebührenden Regierungsgewalt nebst allen, von der Ungewißheit ihrer Fortdauer unzertrennlichen Nachtheilen darbietet, für die Zukunft aber in einem nicht unwahrscheinlichen Falle früher oder später dahin führen kann, daß er die vorher im eigenen Namen und kraft eigenen Rechts ausgeübte Regierungsgewalt gegen die Lasten einer langjährigen vormundschaftlichen Regierung zu vertauschen hätte; wenn ferner mit diesen Zweifeln gerechte Besorgnisse entstehen, daß eine definitive Regulirung der Regierungsverhältnisse im Herzogthume Braunschweig auf festen Grundlagen noch großen Schwierigkeiten unterliegen könnte; und wenn bei der längeren Fortdauer des gegenwärtig unbestimmten Zustandes der Dinge daselbst, die Ruhe im nördlichen Deutschland der preussischen Regierung wesentlich gefährdet erscheint: so hält der königlich preussische Hof seine, in Uebereinstimmung mit den Wünschen und Anträgen der Agnaten des braunschweigischen Hauses gefaßte, mit dem Princip der Legitimität wohl vereinbare Entschließung für vollständig gerechtfertigt, den Herzog Wilhelm von Braunschweig-Des als einen kraft eigenen Rechts und in eigenem Namen regierenden souverainen Landesherrn des Herzogthums Braunschweig anzuerkennen.

So wie daher der königlich-preussischen Regierung eine Competenz des Bundes keineswegs begründet erscheint, um über die von den Agnaten getroffene Festsetzung Abänderungen zu beschließen, ebenso kann gedachte Regierung nur bei der Ansicht beharren, daß die agnatische Anordnung allein zum Zwecke der Anerkennung, der Bundesversammlung vorzulegen gewesen ist, zu ihrer Rechtsgültigkeit aber einer eigentlichen Zustimmung nicht bedarf.

Nach dieser offenen Darlegung seiner Ansichten und Grundsätze, hält sich der königlich preussische Hof zugleich berechtigt und verpflichtet, sich von der schweren Verantwortung wegen der voraussichtlichen Folgen eines im entgegengesetzten Sinne zu fassenden Bundesbeschlusses feierlich loszusagen.

Königreich Sachsen. Wenn der deutsche Bund, durch ein Zusammenreffen ganz besonderer Umstände, sich genöthigt gesehen hat, geschehen zu lassen, daß ein Mitglied desselben, gegen seinen Willen, auf die ganze Lebenszeit von der legitimen Regierung seines Landes entfernt werde, so ist diese ganz ungewöhnliche

Maßregel, in dem vorliegenden Falle nur durch die Persönlichkeit des Herrn Herzogs von Braunschweig und durch die dem deutschen Bunde, nach dem 2. Artikel der Bundesacte, obliegende Fürsorge für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands, welche der Herzog auf eine gefährliche Art zu stören versucht hat, zu rechtfertigen gewesen. Allein eben deswegen muß auch diese Maßregel einzig und allein auf seine Person eingeschränkt bleiben, darf jedoch nicht auf dessen etwaige Succession ausgedehnt werden. Da nun die hohen Agnaten selbst von dieser Ansicht auszugehen scheinen, gleichwohl eine solche Bestimmung aus der öffentlichen Bekanntmachung hinwegzulassen wünschen, so kann der deutsche Bund, im Vertrauen auf die großmüthigen und rechtlichen Gesinnungen derselben, dem letzten Antrage zwar statt geben, jedoch zugleich erwarten, daß die Regierungsverhältnisse im Herzogthume Braunschweig nun mehr Vorstehendem gemäß geordnet werden. Der Bund wird daher die definitive Uebertragung der Regierungsrechte an Seine Durchlaucht den Herrn Herzog Wilhelm von Braunschweig-Desls nur unter der Bedingung anzuerkennen haben, wenn Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover und gedachte Seine Durchlaucht durch Ihre Gesandtschaften bei der Bundesversammlung bestimmt und ohne allen Zusatz und Vorbehalt erklären lassen, daß die etwa einst aus einer ebenbürtigen Ehe des Herrn Herzogs Carl vorhandene leibliche Descendenz von der Regierung nicht ausgeschlossen sein, vielmehr dem von letztem erzeugten, in jeder Hinsicht zum Staatsoberhaupt tauglichen ältesten Prinzen, mit dem Eintritt der gesetzlichen Majorennität, die Regierung der braunschweigischen Lande wieder abgetreten werden soll. Damit auch unter den vorwaltenden Umständen für die Erziehung und Bildung der regierungsfähigen Descendenz gehörig gesorgt sei, wird zugleich zu bestimmen sein, daß deren Erziehung unter die Fürsorge und Leitung der entfernteren Agnaten und namentlich des königlichen Hauses Hannover, gestellt werden soll.

Hannover. Indem die königliche Gesandtschaft ihren früheren Anträgen inhärrt und in diesem Sinne vorläufig ihre Abstimmung giebt, behält sie zugleich ihrem allerhöchsten Hofe für eine weitere Erklärung das Protocoll offen.

Baden. Seine königliche Hoheit der Großherzog haben die Ansicht festgehalten, daß der in der 40. vorjährigen Bundestagsitzung gefaßte Beschluß nur auf Gründen der innern Ruhe und Sicherheit des Herzogthums Braunschweig und des Bundes beruhe. Durch diese damals umständlich entwickelten Gründe fanden Höchstsie die provisorische von der hohen Bundesversammlung wegen der Regierung des Herzogthums Braunschweig getroffene Anordnung nicht minder gerechtfertigt, als den Ausspruch, daß eine definitive Anordnung wegen der künftigen Regierung dieses Herzogthums von Seiten der Agnaten nach den Bestimmungen der Hausgesetze und des Herkommens nicht werde umgangen werden können. Ebenso hielten Höchstsie es den Verhältnissen vollkommen entsprechend, daß die Berathung und Bewirkung der definitiven Anordnung wegen der Regierung des Herzogthums Braunschweig den hierzu berechtigten Agnaten anheim gegeben werde.

Wenn hiermit der Zusatz verbunden wurde, daß das Uebereinkommen selbst dem Bunde zur Anerkennung vorzulegen sei, so vermögen Seine königliche Hoheit diese Anerkennung nur auf den durch Veranlassung und Gegenstand gleich bestimmt Zweck des Beschlusses vom 2. December 1830, den nämlich, der bleibenden Sicherung der innern Ruhe des Herzogthums Braunschweig durch

definitive Ausschließung des Herzogs Carl von der Regierung, zu beziehen, weil es stets noch als möglich gedacht werden konnte, daß die allerhöchsten und höchsten Agnaten gerade rücksichtlich der definitiven Ausschließung Seiner Durchlaucht nicht einerlei Meinung mit dem Bunde hegten. Seine königliche Hoheit haben Sich nun aus dem vorgelegten Uebereinkommen mit Vergnügen überzeugt, daß die Agnaten des herzoglichen Hauses sich durch die Hausgesetze und das Herkommen ermächtigt gesehen haben, dem Ausspruche des Bundes in der erwähnten Beziehung zu begegnen, und Höchstsie nehmen daher auch keinen Anstand, diesem Uebereinkommen Ihre Anerkennung zu ertheilen.

Zu einer weitem Prüfung sehen Seine königliche Hoheit dermalen keine Veranlassung, oder wüßten sie wenigstens nicht aus Rücksichten der innern Ruhe und Ordnung des Herzogthums Braunschweig, wovon bisher ausschließlich die Rede war, abzuleiten, besonders nachdem von verschiedenen Seiten sogar behauptet worden ist, daß durch die Nichtanerkennung derselben die Ruhe und Ordnung des Herzogthums gefährdet werden dürfte. Wollte gleichwohl eine solche Prüfung von Amtswegen vorgenommen und die vom Bunde auszusprechende Anerkennung des von den Agnaten des herzoglichen Hauses getroffenen Uebereinkommens an gewisse Normen oder Bedingungen geknüpft werden, so vermöchten Seine königliche Hoheit dies nicht mit der Autonomie des herzoglich braunschweigischen Hauses zu vereinigen, weil es alsdann der Bund wäre, welcher über diese interna domus ohne eine specielle Begründung seiner Competenz verfügte. Zwar muß es als möglich gedacht werden, daß dieses Uebereinkommen zu irgend einer Zeit den Anlaß zur Einschreitung der hohen Bundesversammlung geben könnte; allein hieraus scheint kein Recht abgeleitet werden zu können, ein Uebereinkommen, von dem die hierzu berechtigten Agnaten ausdrücklich sagen, daß es den Hausgesetzen und dem Herkommen, mithin den Principien der Legitimität entspreche, jetzt schon, und bevor noch ein Kläger vorhanden ist, in seinem Rechtsbestande anzufechten. Auch möchte zu bemerken sein, daß in dem Uebereinkommen den Erbfolgerechten ebenbürtiger Descendenten Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl, von denen es sich allein handeln kann, mit keiner Silbe präjudicirt ist, und daß die vom Bunde auszusprechende Anerkennung des Uebereinkommens, selbst wenn sie auf das Ganze erstreckt werden sollte, weder Rechte geben noch nehmen kann, vielmehr in Gemäßheit eines bekannten Axioms alles in der Lage läßt, in der es ursprünglich war.

Mit diesen Gründen ist die Gesandtschaft angewiesen, sich der Erklärung des königlichen preussischen allerhöchsten Hofes anzuschließen.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Seine Majestät der König erachtet, daß, nachdem durch einen Bundesbeschluß den berechtigten Agnaten Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunschweig unter den darin bezeichneten Rücksichten die definitive Regierungsanordnung anheim gegeben worden ist, um dem deutschen Bunde zur Anerkennung vorgelegt zu werden, Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover, und Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Vertheilung, als Chefs der beiden regierenden Linien des Hauses Braunschweig-Lüneburg, vollkommen berufen sind, diesen Act zu vollziehen, da in solchen, wie Allerhöchstdieselben und Höchstderselbe erklären, den Hausgesetzen und dem Herkommen nach, die actuelle und formelle Vertretung der nachgeborenen Agnaten bei allen auf die Regierung und deren Anordnung Bezug habenden Rechten sich concentrirt.

Seine Majestät halten in Folge der angestellten und dargelegten Unter-

suchung die Erklärung der lebenslänglichen Unfähigkeit des Herzogs Carl von Braunschweig, die Regierungsgewalt persönlich auszuüben, für so vollständig begründet, daß sie in dieser Beziehung, so wie wegen Vertretung Höchstdesselben in der Regierung durch den Herzog Wilhelm von Braunschweig-Dels als nächsten Agnaten der vorgelegten Acte beitreten.

Weiter zu gehen, als Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm die Rechte eines Regenten, unter Aufhebung der Pflichten der Behörden und Unterthanen gegen Seine Durchlaucht den Herzog Carl zu übertragen, würde mit dem Bundesbeschlusse vom 2. December v. J., welcher die Aufforderung zur definitiven Anordnung enthält, und mit den Ansprüchen einer etwaigen legitimen männlichen Nachkommenschaft des Herzogs Carl, dem Dürfhalten des Königs zufolge, nicht wohl zu vereinigen sein. Diese eben berührten Ansprüche wünschen Seine Majestät daher auch in der anzuerkennenden Acte, in einer Weise, wie solche die Aufrechthaltung des Principes der Legitimität erheischt, im Allgemeinen und im Besonderen dahin außer Zweifel gesetzt zu sehen, daß die Regierungsverwaltung Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm, welche, bei der etwaigen Geburt eines legitimen Prinzen Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl, die Eigenschaft einer vormundschaftlichen Regierung anzunehmen haben dürfte, bei der Volljährigkeit dieses Prinzen aufzuhören habe.

Die von dem allerhöchsten und höchsten Agnaten wegen des Sustentationspunktes angezeigte Fürsorge finden Seine Majestät den Umständen völlig entsprechend.

Nach den in dem Vorstehenden dargelegten Ansichten vereinigen Allerhöchstdieselben daher Ihre Abstimmung mit der Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich wegen einer, in den angeführten Hinsichten noch wünschenswerthen, veränderten oder bestimmteren Fassung der definitiven Regierungsanordnung.

Braunschweig und Nassau: wie Hannover.

In der 14.—18. Sitzung folgten nach und nach:

Großherzoglich und herzoglich sächsische Häuser. Der großherzoglich und herzoglich sächsische Gesandte hat, nach der Mehrheit der erhaltenen Instructionen, die Gesamtstimmen für die Anerkennung der von Seiner Majestät dem Könige von Großbritannien und Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Dels über die definitive Feststellung der Regierungsverhältnisse in den herzoglich braunschweigischen Landen erfolgten Anordnung abzugeben.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg: vereinigten ihre Abstimmung mit derjenigen, welche Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich zum Protocolle der letzten Sitzung abgeben ließen, indem, nach dieseitiger Uezeugung, in dem Falle der absoluten Regierungsunfähigkeit eines deutschen Regenten, eine Landesadministration oder Regentschaft, wie solche namentlich im Herzogthume Oldenburg vom Jahre 1785—1823 unter analogen Verhältnissen stattgefunden hat, als eine angemessene Maßregel zu betrachten sein dürfte.

Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck. Der Gesandte, nach der Mehrheit seiner Instructionen, tritt dem kaiserlich-österreichischen Votum bei.

Die freien Städte. Nachdem die Gesandtschaft zu dem in der 40. Sitzung vom 2. December vorigen Jahres gefaßten, durch den Zweck des Bundes gerechtfertigten Beschluß mitgewirkt, ist sie angewiesen, die Uebereinstimmung anzuerkennen, welche zwischen dem Motive jenes Beschlusses und der

in der 8. Sitzung vom 10. März d. J. Namens der allerhöchsten und hohen Agnaten Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl abgegebenen Erklärung stattfindet, sofern darin Hochdieselben absolute Regierungsunfähigkeit ausgesprochen wird.

Die Erledigung der Regierung und ihr Uebergang auf Seine Durchlaucht den Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Desa erscheint als eine nothwendige Folge dieses Ausspruches. Eine feierliche Zusage der allerhöchsten und hohen Agnaten nimmt das Vertrauen ihrer Bundesgenossen rücksichtlich eventueller Rechtsfragen in Anspruch, deren vorgreifende Erörterung in einem Augenblicke allgemeiner Aufregung zu vermeiden scheint. Nur die strenge, von der dauernden Ruhe des Herzogthumes unzertrennliche und daher dem Zwecke des Bundes nicht fremde Aufrechthaltung des Grundsatzes der Legitimität werde dieselbe veranlassen können. Dieser Grundsatz selbst wird indeß in der Anwendung auf den einzelnen Fall durch die besondere Hausverfassung bedingt und ist daher als ein wesentlich concreter zu betrachten.

Bei den auf dem Standpunkte seiner Abstraction darüber erhobenen Zweifeln, ob jenen eventuellen Rechtsfragen nicht schon jetzt ein Einfluß auf den Charakter der Regierung Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm einzuräumen sei, fühlen die freien Städte sich somit durch ihre föderative Stellung nicht ausdrücklich zu einer, die Competenz des Bundes voraussetzenden, die der Agnaten dagegen in Frage stellenden Aeußerung ihrer Ansicht berufen. Sie tragen daher kein Bedenken, den Anträgen der königlich hannoverschen und herzoglich braunschweigischen verehrlichen Gesandtschaften, jedoch nur so weit der Bundesvertrag diese hohe Versammlung zu einem Beschlusse deshalb sowohl berechtigt als verpflichtet, ihre Zustimmung zu erteilen.

Großherzogthum Hessen. Der Gesandte ist zu folgender Abstimmung angewiesen:

Ogleich Seine königliche Hoheit der Großherzog an dem Beschlusse vom 2. December 1830 keinen unmittelbaren Antheil genommen, so hätten Allerhöchstdieselben doch, nach genauer Erwägung aller vorwaltenden Verhältnisse und Rücksichten, die Ueberzeugung gewonnen, daß in dem Herzogthume Braunschweig die Nothwendigkeit der Anordnung einer Regentschaft eingetreten sei.

Unter welchen Bedingungen dieselbe statt zu finden habe, dies werde der alleinigen Verfügung der berechtigten durchlauchtigsten Agnaten nach Maßgabe der Hausgesetze zu überlassen sein; nur erachten Seine königliche Hoheit es für unumgänglich, daß das in den Principien der Linealfolge unzweifelhaft begründete eventuelle Recht künftiger successionsfähiger Descendenz Seiner hochfürstlichen Durchlaucht des souverainen Herzogs, vorzugsweise zur Regierung des Herzogthums zu gelangen, von Bundeswegen ausdrücklich anerkannt und vorbehalten werde.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Ihre königlichen Hoheiten theilen, nach reiflicher Prüfung der von den allerhöchsten und hohen Agnaten des herzoglich braunschweigischen Hauses beim Bundestage gemachten Vorlegungen, die in allen bisherigen Abstimmungen ausgesprochene Ansicht, daß des Herzogs Carl Durchlaucht für seine Person auf Lebenszeit zur ferneren Regierung des Landes für unfähig zu halten und zu erklären sei; in dessen würde Höchsthohen eine definitive Entsetzung in der eingeleiteten Form und Weise, nach den Begriffen des deutschen Staats- und Fürsten-Rechts, nicht als nothwendige Folge jener absoluten Regierungsunfähigkeit, vielmehr die Anord-

nung einer lebenslänglichen Administration mit vollkommenen landesherrlichen Rechten nach früheren ähnlichen Vorgängen auslangend erscheinen.

Wenn indessen die allerhöchsten und hohen Agnaten bei den desfallsigen Anträgen sich auf besondere Hausgesetze und Herkommen, welche weder anderweitig bekannt, noch mitgetheilt sind, bezogen, und ausdrücklich erklärt haben, dem Successionsrechte der etwaigen, aus ebenbürtiger Ehe hervorgehenden, legitimen Nachkommen des Herzogs Carl Durchlaucht, nicht vorgreifen zu wollen; so schließen Ihre königlichen Hoheiten Sich den auf Anerkennung der getroffenen Einrichtung gerichteten Anträgen und Abstimmungen an, erachten es auch unter den angegebenen Umständen zwar nicht für nöthig, in der zur Publication bestimmten Anordnung jene, nach dieseitiger Ansicht, nicht zu bezweifelnden Successionsrechte vorzubehalten, hegen aber den Wunsch, selbige in dem zu fassenden Bundesbeschlusse ausdrücklich gewahrt zu sehen.

Württemberg. Seine Majestät der König haben nach sorgfältiger Erwägung der bei Feststellung der Regierungsverhältnisse im Herzogthum Braunschweig eintretenden Rücksichten die Ueberzeugung gewonnen, daß, da durch die bekannten Vorfälle daselbst die Einschreitung der Agnaten zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe nothwendig geworden ist, und da, nach der officiellen Erklärung derselben in der 8. Sitzung der Bundesversammlung vom 10. März d. J., dieser Zweck nur durch die definitive Entfernung Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von der Ausübung der Regierungsgewalt für die Zukunft gesichert werden kann, so habe von Seiten des deutschen Bundes die Anerkennung des nächsten Agnaten, Sr. Durchlaucht des Herzogs Wilhelm von Braunschweig-Dels, als Herzog-Administrator, und zwar in Betracht der obwaltenden besonderen Umstände und der durch diese Maßregeln sicher zu stellenden Zwecke, für seine Lebenszeit zu erfolgen, unbeschadet jedoch der Rechte derjenigen, die nach dessen Ableben rechtmäßige Ansprüche auf die Nachfolge im Herzogthum machen können.

Die wegen der künftigen Sustentation Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl beabsichtigten Einleitungen und Anordnungen erachten Seine königliche Majestät für durchaus angemessen.

Kurhessen. Seiner königlichen Hoheit dem Kurfürsten ist von den bei hoher Bundesversammlung in der 8. Sitzung d. J. § 62 geschehenen Anträgen der königlich hannöverschen und herzoglich braunschweigischen Gesandtschaften umständlicher Vortrag erstattet, und der kurfürstliche Gesandte hierauf zu folgender Abstimmung instruiert worden:

Jene Anträge bestehen in folgenden zwei Punkten: daß

I. hohe Bundesversammlung die in dem oben bemerkten Paragraph enthaltene Erklärung Seiner Majestät des Königs von Großbritannien, als König von Hannover, und Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm von Braunschweig-Dels, ihrem ganzen Inhalte nach, anerkennen,

II. bei dieser Anerkennung die Successionsrechte einer, etwa künftig zu erwartenden, legitimen, männlichen ebenbürtigen Descendenz Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunschweig eben so unberührt lassen wolle, wie dies in jener Erklärung geschehen ist.

In Betreff des ersten Antrags ist man von der Voraussetzung ausgegangen, daß in dem Beschlusse hoher Bundesversammlung vom 2. Decembervorigen Jahrs, Ziffer 2.

a) Seine Majestät der König von Hannover und Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig-Des, als alleinige Agnaten des Herzogs Carl von Braunschweig, veranlaßt und ermächtigt worden seien:

hinsichtlich der Feststellung der Regierungsverhältnisse im Herzogthume Braunschweig diejenige definitive Anordnung für die Zukunft, welche dieser beklagenswerthe Stand der Dinge, die dauernde Ruhe und gesetzhche Ordnung im Herzogthume Braunschweig erheischt, in Gemäßheit der herzoglich braunschweigischen Hausgesetze und des in Deutschland und andern souverainen Häusern üblichen Verkommens zu verathen und zu bewirken, auch eine baldige Benachrichtigung von der in solcher Art getroffenen Feststellung dem deutschen Bunde zur Anerkennung zukommen zu lassen;

daß also

b) Seiner Majestät dem Könige und Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm dadurch auch die rechtliche Befugniß, über die Fähigkeit oder Unfähigkeit des Herzogs Carl, das Herzogthum Braunschweig zu regieren, ein definitives Urtheil auszusprechen, nach Befinden der Regierung für eröffnet zu erklären und beziehungsweise selbige anzutreten, bereits eingeräumt worden sei (Art. 3 der Erklärung); daß es demnach

c) nur der Vorlegung einer unter beiden allerhöchsten und höchsten Agnaten deshalb getroffenen Uebereinkunft bedürfe, um letztere als staatsrechtliche Norm von Seiten des Durchlauchtigsten Bundes anerkannt zu sehen.

Alein jene Aufforderung sub a ist in dem Bundesbeschlusse vom 2. December v. J. nicht an Seine Majestät den König von Hannover und den Herzog Wilhelm von Braunschweig-Des allein und ausschließend, sondern an die berechtigten Agnaten des Herzogs Carl gerichtet worden, und es mußten also bei der desfalligen Verathung und bei Feststellung deren Resultats die übrigen durchlauchtigsten Agnaten des herzoglichen Hauses Braunschweig (welches nicht geschehen ist) um so mehr zugezogen worden, als man diesem Beschlusse den sub b bemerkten Sinn unterlegen wollte.

Denn es kann wohl nicht die Absicht des Bundes gewesen sein, die definitive Anordnung einer Regentenschaft für das Herzogthum Braunschweig von dem Urtheil über die Unfähigkeit des Herzogs Carl zur Fortsetzung der Regierung abhängig zu machen, und dieses Seiner Majestät dem Könige von Hannover und Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm von Braunschweig-Des allein und ausschließend anheimzustellen, da dieser, der Herzog Wilhelm selbst, der nächste Agnat und legitimer Nachfolger in die Regierung des Herzogthums, mithin am meisten dabei betheiligt war.

Hätte der durchlauchtigste Bund einer solchen Entscheidung über die Regierungsfähigkeiten eines souverainen Bundesfürsten überhaupt dessen Agnaten überlassen können und wollen; so wären zu deren Ertheilung grade diejenigen die geeignetsten gewesen, welche von der Nachfolge am weitesten entfernt waren; diese sind aber nicht einmal dabei zu Rathe gezogen worden.

Seine königliche Hoheit der Kurfürst können daher in der, § 62 im Protocoll der 8. Sitzung abgegebenen Erklärung die von hoher Bundesversammlung bezweckte Verathung und Anordnung der berechtigten Agnaten nicht erblicken, mithin selbige auch nicht dafür anerkennen.

Aber auch abgesehen von diesem Abgange oder Mangel der Befugniß, und angenommen, die beiden allerhöchsten und höchsten Agnaten seien überhaupt, als

Älteste der beiden Linien, (wie alinea 5 des Vortrags, Protocollseite 193 behauptet, aber nicht durch Vorlegung von Hausgesetzen oder Verträgen bewiesen worden ist) berechtigt, ausschließend über die Regenteneigenschaften des Herzogs Carl ein zu ihrem Vortheil gereichendes Urtheil, ohne Letztern über die Höchstdemselben gemachten Anschuldigungen zu hören, sofort auszusprechen und dieses dem Bunde zur Anerkennung vorzulegen; so hat es der kurfürstlich hessischen Staatsregierung gerade für diesen angenommenen Fall äußerst nöthig erschienen, vor der Abstimmung über diese Anerkennung genau zu prüfen: ob das, was in der Beilage Ziffer 4 des Protocolls der 8. Sitzung zur Rechtfertigung des Ausspruchs einer absoluten Unfähigkeit des Herzogs Carl, die Regierung des Herzogthums Braunschweig künftig fortzusetzen, in dieser Darstellung angeführt und mit zahlreichen Actenstücken zu beweisen ersucht worden ist, einzeln und zusammen betrachtet, hierzu geeignet und für zureichend zu halten sei.

Zur Beantwortung dieser Frage wäre nun aber wohl nöthig gewesen, zu wissen, was man unter den Beiworten: „absolut unfähig“ verstanden habe. Von körperlich-physischer Unfähigkeit kann wohl nicht die Rede sein. Geistesverirrung wird weder behauptet, noch ist Beweis durch ärztliche Gutachten von einem oder dem andern solcher Mängel beigebracht worden, man hat vielmehr in letzterer Beziehung gerade das Gegentheil angeführt. Es wird nämlich unter den Motiven zu dem dormaligen Verfahren bemerkt: daß man sich hierzu genöthigt gesehen habe, weil der Herzog Carl zu einer freiwilligen Abtretung der Regierung an seinen Herrn Bruder sich nur unter der Bedingung habe verstehen wollen, wenn man ihm eine jährliche Sustentationssumme von 50,000 Pf. Sterl. zugestehen werde, und weil man diesen Betrag zu hoch, dessen Aufbringen für das Land unmöglich gefunden habe.

Geistige Fähigkeit, wegen Abtretung seiner Rechte zu Fortsetzung der Regierung mit freiem Willen unterhandeln zu können, wird also dem Herzog nicht bestritten, sondern eine moralische Unfähigkeit aus seinen früheren Regentenhandlungen gefolgert.

Vergleichen sind nun in der Beilage 4 von der 221. bis 245. Seite des Protocolls eine große Anzahl angeführt, und es geht auch aus denen, welche notorisch oder bewiesen sind, hervor: daß der Herzog Carl gegen die braunschweigischen Landstände, gegen mehrere Staatsdiener und sogar gegen die Justizcollegien, sich nicht immer so benommen hat, als wie es Weisheit, Gerechtigkeit, Liebe, Großmuth und Gutmüthigkeit, die man in der Person eines Landesregenten vereinigt zu sehen erwarten kann, erfordere; die üble Wahl mehrerer Individuen zu wichtigen Staatsämtern, deren zweckwidrige, dem Lande nachtheilige Anstellung, die lange Verschiebung der Wiederbesetzung mehrerer vacanten Dienststellen sind zwar ebenfalls keine lobens-, sondern vielmehr höchst tadelnswürdige Regentenhandlungen. Indessen scheinen alle diese Handlungen, auch zusammen genommen, nicht hinreichend zu sein, um den Herzog Carl seines Rechts zur Regierung des Herzogthums Braunschweig verlustig zu erklären, wenn auch eine Anklage bei einem competenten Gerichtshofe von den fürstlichen Agnaten oder den Landständen gegen ihn erhoben und auf jene Thatfachen gegründet werden wollte.

Noch weniger läßt sich aber eine moralische Unwürdigkeit des Herzogs Carl, ein Land zu regieren, dergestalt für absolut erklären, daß

Besserung seiner Handlungsweise nie zu hoffen sei, diese vielmehr bis zu seinem Ableben nothwendig fort dauern müsse.

Von den beiden verehrlichen Gesandtschaften ist daher des Endes noch weiter vorausgesetzt worden, daß

1) hohe Bundesversammlung bei dem Beschlusse vom 2. December v. J. eine solche absolute Unfähigkeit bereits angenommen, 2) die Fortsetzung der Regierung des Herzogthums durch den Herzog Carl mit der innern Sicherheit des Herzogthums Braunschweig und dem nördlichen Theile des deutschen Bundes unvereinbar gehalten und erklärt hat.

Es ist aber bei einer unbefangenen Beurtheilung des Zwecks, welcher jenem Beschlusse und dem dadurch verfügten Provisorium zum Grunde lag, keine dieser Voraussetzungen (weder in jenem Beschlusse noch in dessen Motiven) aufzufinden; vielmehr ergibt sich hieraus überall nur eine momentan nöthig gefundene Maßregel, welche durch die damals von dem Herzoge Carl eingeschlagenen Wege und zweckwidrigen, auch ganz verkehrt von ihm angewendeten Mittel, wieder zu dem Besitze des Landes zu gelangen, herbeigeführt worden ist.

Sollte aber, dem allen ungeachtet, dem Eingangs sub No. I. bemerkten Theil des Antrags durch Mehrheit der Stimmen statt gegeben, die vertragsmäßige Erklärung (§ 62, 8. Sitzung) von hoher Bundesversammlung durch Anerkennung, als zu Recht bestehend, sanctionirt, das heißt, das legitime Recht Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunschweig, als eines Bundesfürsten, ohne gerichtliches Verfahren und Entscheidung, für verwirkt erklärt, mithin der gewaltsamen Vertreibung seiner Person aus dem Herzogthume im Wesentlichen nachgegeben werden: so ist kurfürstliche Gesandtschaft angewiesen, sowohl hinsichtlich der Art der Ausführung dieses Theils (No. I. sqq.), als wie des andern Theils des Eingangs bemerkten Ansinnens (No. II.) wegen eines ausdrücklichen Vorbehalts der Rechte einer etwa eintretenden, successionsfähigen Nachkommenschaft Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl, der Abstimmung der verehrlichen kaiserlich königlich österreichischen Gesandtschaft um so mehr beizutreten, als diese Erbfolgerechte zwar schon in dem Lineal-, Primogenitur und Stammgüterrechte allerdings dergestalt und an sich unverändert gegründet bleiben, daß sie sogleich mit der Geburt eines legitimen männlichen Descendenten eintreten, mithin eines Vorbehalts nicht einmal zu bedürfen scheinen, dieser jedoch dazu dienen wird, zu verhindern, daß die etwa künftig zu erwartende legitime männliche Nachkommenschaft des Herzogs Carl, oder vielmehr deren Vormundschaft, sich nicht zu einem Rechtsstreit mit der Regentschaft genöthigt sehen möge, um in den Besitz der Regierung des Herzogthums Braunschweig zu gelangen.

Bayern. Seine Majestät der König haben von derjenigen Erklärung Einsicht genommen, welche in der 8. diesjährigen Bundestagsitzung von Seiten Seiner Majestät des Königs von Hannover und Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm von Braunschweig vorgelegt worden ist.

Ueberzeugt, daß durch diese Anordnung der berechtigten Agnaten Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunschweig die dauernde Ruhe und gesetzliche Ordnung im Herzogthume Braunschweig erreicht, und daher dem Zwecke des durch Bundesbeschluß vom 2. December v. J. an die hochbefagten Agnaten geschienen Ersuchens entsprochen werde, haben Seine Majestät die Gesandtschaft angewiesen, Ihre anerkennende Zustimmung in solcher Beziehung zu erklären, wobei Allerhöchstdieselben von allen übrigen Nebenbestimmungen um so mehr Um-

gang nehmen, als dieselben theils der Beurtheilung der hohen Agnaten zustehen, theils auf Voraussetzungen zielen, welche noch gar nicht eingetreten sind.

Niederlande wegen des Großherzogthums Luxemburg. Da Seine Majestät der König von Hannover und Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig in der 8. diesjährigen Sitzung die übrigen Bundesglieder aufgefordert haben, sich über die getroffene Anordnung in Betreff der definitiven Feststellung der Regierungsverhältnisse im Herzogthume Braunschweig zu erklären, mittlerweile aber von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm zur feierlichen Publication und Vollziehung dieser agnatischen Anordnung geschritten worden ist, ohne die vom Bunde angesprochene Schlußfassung abzuwarten; so scheint der Gesandtschaft der Stand der Sache so wesentlich verändert, daß es vor Allem erforderlich ist, zu vernehmen, wie und in welcher Art von den höchsten und hohen Bundesregierungen dieser unerwartete Vorschritt Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm von Braunschweig beurtheilt werden wird.

Braunschweig und Nassau für Braunschweig. Der herzoglich-braunschweigische Gesandte ist, wie derselbe bereits in dieser hohen Versammlung in der 17. Sitzung vom 5. d. M. zu eröffnen die Ehre hatte, zu der Anzeige instruiert worden: daß Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm sich veranlaßt gesehen haben, unter dem 20. April, in Folge der auf Einladung des Durchlauchtigsten Bundes im Einverständnisse mit Seiner Majestät dem Könige von Hannover und Großbritannien getroffenen agnatischen Anordnung, in Gemäßheit derselben die Regierung des Herzogthums Braunschweig definitiv anzutreten.

Indem derselbe beauftragt ist, dem durchlauchtigsten Bunde in Uebereinstimmung mit dem Bundesbeschlusse vom 2. December v. J. die Benachrichtigung zu geben, daß die definitive Anordnung der Regierungsverhältnisse in dem Herzogthume und deren Feststellung bewirkt und getroffen sei, ist er zugleich angewiesen, das unter dem 20. erlassene Patent und die gleichzeitig publicirte Proclamation zu übergeben.

Er verbindet damit die weitere Anzeige, daß am 25. April von sämtlichen oberen Behörden des Landes, dem Hofpersonale, den Ständen und den Chefs sämtlicher städtischen Gemeinden, auch den Einwohnern der Residenz Braunschweig, der Huldigungs Eid geleistet worden ist, nachdem das Militär den Eid der Treue bereits am 20. abgelegt hatte.

Da durch diesen Schritt, der bei der Lage der Verhältnisse zu Braunschweig und der Stimmung der Gemüther, wie sie vorlag, ohne große, höchst gefährliche, die öffentliche Ruhe bedrohende Nachtheile herbeizuführen, nicht länger aufgeschoben werden konnte, wie der Gesandte weiter zu bemerken beauftragt ist, die Unterthanen beruhigt und die Aufrechthaltung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung im Herzogthume Braunschweig als vollkommen gesichert zu betrachten ist, so unterliegt nunmehr auch die Verwendung des herzoglichen Contingents zu der Execution gegen Luxemburg, vorausgesetzt, daß hinsichtlich der darauf zu verwendenden Kosten die hinlängliche Garantie von Seiten Seiner Majestät des Königs der Niederlande gegeben wird, keinem weiteren Hinderniß.

Auf die Erklärung des braunschweigischen Gesandten sprach sich nun in derselben Sitzung der österreichische Präsidialgesandte dahin aus: Als in Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 2. December v. J. die Bundestagsgesandten von Hannover und Braunschweig der hohen Bundesversammlung in

der 8. Sitzung d. J. die wegen Feststellung der Regierungsverhältnisse im Herzogthume Braunschweig getroffene agnatische Anordnung vorlegten, verbanden dieselben damit den Antrag, daß, da es höchst wünschenswerth sei, daß der Zustand der Ungewißheit über die künftige Regierungsanordnung in Braunschweig so bald wie möglich aufhöre, die Anerkennung der getroffenen Anordnung von Seiten des deutschen Bundes so bald wie möglich erfolge und dieserhalb zur Instructionseinholung die möglichst kürzeste Zeitfrist anberaunt werden möge. Sie bemerkten insbesondere in Betreff des Punktes wegen der Successionsrechte, aus was für Gründen die höchsten Agnaten es für angemessen halten müßten, dieses Punktes in der von ihnen getroffenen und demnächst zur Publication bestimmten Anordnung in keiner andern als in der aus dieser Anordnung ersichtlichen Weise zu berühren, und sie trugen darauf an, daß auch die Bundesregierungen in ihren, über die betreffende Anordnung abzugebenden Erklärungen gleichfalls wegen jenes Punktes sich nicht bestimmt äußern möchten, widrigenfalls die höchsten Agnaten sich von aller Verantwortlichkeit wegen der daraus entstehenden Gefahren im Voraus lossagen müßten.

Nach diesen Erklärungen konnte kein Zweifel obwalten, daß die eigene Ansicht der höchsten Agnaten bei Vorlage der von ihnen getroffenen Anordnungen dahin gehe, daß der öffentlichen Publication und Vollziehung dieser Anordnung erst die Anerkennung des deutschen Bundes vorangehen müsse, und dieser ganz wichtigen, dem Buchstaben und dem Zwecke des Bundesbeschlusses vom 2. December v. J. entsprechenden und gewiß auch von der hohen Bundesversammlung getheilten Ansicht zufolge, konnte daher auch die eröffnete Verathung über die getroffene agnatische Anordnung keinen anderen Zweck haben, als zu erfahren, ob gegen diese Anordnung von Bundeswegen nichts einzuwenden sei.

Gleichwohl ist aus öffentlichen Blättern zu erfahren gewesen, und geht nun auch theilweise aus der so eben zu Protocoll gegebenen Erklärung des herzoglich-braunschweigischen Bundestagsgesandten als höchst bedauernswerthe Thatsache hervor, daß Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig sich bewogen gefunden haben, ohne noch das Ende der eröffneten Verathung abzuwarten, schon durch einen Armeebefehl vom 18. v. M. und durch ein vom 20. v. M. datirtes Patent die getroffene agnatische Anordnung öffentlich zu publiciren und in Vollzug zu setzen, ungeachtet der herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandte das Präsidium erst noch unterm 14. v. M. schriftlich, im Auftrage der herzoglich braunschweigischen Regierung, um Eröffnung der diesfälligen Verathung ersucht, und das Präsidium diesem Ersuchen auch ohne allen Aufschub noch an demselben Tage willfahrt hatte.

Offenbar ist durch diese vorgreifende, auch in der heute vorliegenden Erklärung der herzoglich braunschweigischen Gesandtschaft keineswegs gerechtfertigte Handlungsweise des Herzogs Wilhelm von Braunschweig, das Ansehen des Bundes verletzt, und die Bundesversammlung, als Organ desselben, würde ihre Stellung verkennen, wenn sie von diesem Acte nicht anders, als nur vorübergehend, Kenntniß nehmen wollte. Es ist erforderlich, daß dieselbe in ihre Protocolle aufnehme, wie dieser Vorgang stattgefunden habe, und alles Uebrige den Regierungen anheim stelle, welchen die heutige Erklärung der herzoglich braunschweigischen Gesandtschaft zur Kenntniß zu bringen sein wird.

Der Antrag des kaiserlich-königlichen präsidentirenden Gesandten geht daher dahin, daß die hohe Bundesversammlung beschließen möge:

Nachdem Seine Majestät der König von Hannover und Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig in der 8. diesjährigen Sitzung die wegen Feststellung der Regierungsverhältnisse im Herzogthume Braunschweig getroffene agnatische Disposition dem Bunde zur Anerkennung, wie solche im Bundesbeschlusse vom 2. December v. J. vorbehalten war, vorgelegt haben, nachdem die braunschweigische Bundestagsgesandtschaft unterm 14. v. M. im Auftrage ihrer Regierung um die Eröffnung des Protocolls der Abstimmungen über diesen Gegenstand das Ansuchen gestellt und diese Eröffnung auch sofort stattgefunden hat;

nachdem ferner Se. Durchlaucht der Herzog Wilhelm, ohne den Erfolg dieser Abstimmungen und den Beschluß des Bundes hierüber abzuwarten, diese agnatische Anordnung untern 20. v. M. bereits publicirt und in Vollzug gesetzt hat, und zwar, zufolge der in der heutigen Sitzung vorgebrachten Angabe Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm, aus dem Grunde, um die aufgeregten Gemüther in Braunschweig zu beruhigen:

so findet die Bundesversammlung diesen Vorgang in ihre Protocolle zu verzeichnen und den Bundesregierungen die Beurtheilung desselben und alles Weitere anheimzustellen, dabei aber ausdrücklich zu bemerken, daß durch diese, ohne Zuthun des durchlauchtigsten Bundes vollzogene Anordnung, keinen begründeten Rechten, und insbesondere nicht den Successionsrechten einer etwaigen Descendenz des Herzogs Carl von Braunschweig, präjudicirt werden könne.

Bei der hierüber gestellten Umfrage stimmte

Preußen. Der hohen Bundesversammlung ist erinnerlich, daß bereits in ihrer 17. Sitzung am 5. d. M. durch die herzoglich braunschweigische Gesandtschaft vertrauliche Anzeige von der am 25. v. M. erfolgten Hulldigung des Herzogs Wilhelm von Braunschweig Durchlaucht mit allen Umständen, unter Verlegung der erlassenen Proclamate, geschehen ist.

Wenn nun — nachdem sämmtliche Abstimmungen über den Antrag der herzoglich braunschweigischen Agnaten in Beziehung auf die Anerkennung ihres Ausspruches, mit alleiniger Ausnahme der großherzoglich luxemburgischen, vorliegen — in dieser 18. Sitzung die königlich niederländische, großherzoglich luxemburgische Gesandtschaft darauf anträgt: daß vor allem (dieses kann wohl nichts anderes heißen, als mit vorläufiger Aussetzung des Beschlusses in der Hauptsache) zu vernehmen sei, wie und warum der unerwartete Schritt geschehen sei? und wenn ferner, in Folge der so eben nunmehr officiell wiederholten herzoglich braunschweigischen Anzeige von der stattgehabten gedachten Hulldigung, nach der Aeußerung der kaiserlich österreichischen Präsidialgesandtschaft, eine Verlegung des Ansehens der Bundesversammlung darin gefunden werden will, daß diese Hulldigung geschehen sei, ohne die in der 8. Sitzung der Bundesversammlung am 10. März d. J. in Antrag gebrachte Beschlußnahme über die Anerkennung der agnatischen Anordnung abzuwarten, so will die königlich preussische Gesandtschaft nicht dagegen sein, daß nach jenen heutigen Anträgen der großherzoglich luxemburgischen Gesandtschaft und der kaiserlich österreichischen Präsidialgesandtschaft ein Beschluß darüber gefaßt werde, daß jener mit der zur Abstimmung vorliegenden Hauptsache in keiner Verbindung stehende Vorgang im Herzogthume Braunschweig zur Kenntniß der Bundesregierungen gebracht und Höchsthier Beurtheilung unterstellt werde.

Ohne sich im mindesten zu erlauben, dieser hohen Beurtheilung vorzugreifen, findet der Gesandte, nach seiner persönlichen Ansicht, in der Erklärung der herzoglich braunschweigischen Gesandtschaft sehr erhebliche Gründe, die die Vornahme der Hulldigung nöthig gemacht haben.

Dagegen sieht sich der königlich preussische Gesandte, in Gemäßheit der in der 13. Sitzung abgegebenen Abstimmung seines allerhöchsten Hofes, veranlaßt, unter ausdrücklichem Vorbehalte einer weitern Aeußerung über die Competenz des Bundes in fürstlichen Familien- und Hausangelegenheiten, sowohl gegen jede, mit jenem Beschlusse zu verbindende Aeußerung der Bundesversammlung, wodurch im Voraus eine Rüge des stattgehabten Verfahrens ausgedrückt werden wollte, als auch gegen jede dem künftigen Bundesbeschlusse vorgreifende Bemerkung oder Verwahrung in Beziehung auf die Hauptsache, und insbesondere auf die Successionsrechte der eventuellen legitimen Nachkommenschaft des Herzogs Carl Durchlaucht, auf das allerbestimmteste zu protestiren.

Durch eine, eine Rüge ausdrückende Aeußerung würde die hohe Bundesversammlung in dieser höchst wichtigen, die fürstlichen Häuser selbst angehenden Angelegenheit dem Ermessen der allerhöchsten und hohen Bundesregierungen vorgreifen.

Während mehrere höchste Bundesregierungen in jener Vollziehung der Hulldigung des Herrn Herzogs Wilhelm von Braunschweig Durchlaucht eine Ueberschreitung Höchstdessen Befugniß keineswegs erkennen dürften, würden dagegen leicht viele höchste Bundesregierungen eine große Ueberschreitung der Befugnisse der Bundesversammlung zu rügen veranlaßt werden, wenn diese mit der vorgedachten Rüge den Instructionen der Höfe vorausseilen wollte.

Durch eine besondere Verwahrung der Successionsrechte der eventuellen Nachkommenschaft des Herzogs Carl Durchlaucht würde den Abstimmungen aller derjenigen Regierungen, welche für die Anerkennung der agnatischen Anordnung sich erklärt haben, Eintrag geschehen, indem nach dieser Anordnung, Artikel 3, jene Successionsrechte seiner Zeit allein nach den im fürstlichen Hause Braunschweig bestehenden Verträgen auf verfassungsmäßigem Wege beurtheilt werden können.

Von irgend einem Beschlusse, derselbe möge nun entweder Anerkennung oder Nichtanerkennung der agnatischen Anordnung, oder den dieser Anordnung wesentlich angehörigen und Artikel 3 derselben behandelten Successionspunkt betreffen, kann so lange durchaus keine Rede sein, bis sämmtliche Abstimmungen über den in der 8. Sitzung von den herzoglich braunschweigischen Agnaten gemachten Antrag vorliegen. Da aber nach der eben abgegebenen Abstimmung der großherzoglich luxemburgischen Gesandtschaft darin der Stand der Sache so betrachtet wird:

daß es vor Allem erforderlich ist, zu vernehmen, wie und in welcher Art von den höchsten und hohen Bundesregierungen dieser unerwartete Vorschritt beurtheilt werden wird?

so fehlt bis jetzt die großherzoglich luxemburgische Abstimmung über den agnatischen Antrag — sie möge sich nun dafür oder dagegen aussprechen — noch gänzlich. So wünschenswerth die Beendigung der Hauptsache durch eine Schlußfassung über den agnatischen Antrag wäre, so mißkennt doch der königlich preussische Gesandte keineswegs, daß der großherzoglich luxemburgische Herr Gesandte weder eine besondere Abstimmung für oder wider die Anerkennung der agnatischen Anordnung abzugeben im Stande ist, indem hiermit die Instruction,

worauf sein heutiger Antrag sich gründet, allerdings unvereinbar sein würde, noch sich im vorliegenden Falle einer Stimmenmehrheit anschließen kann, weil Stimmenmehrheit vorliegt.

Der königlich preussische Gesandte kann daher zu seinem Bedauern nur wiederholen, daß er an einem Beschlusse durchaus keinen Antheil nehmen kann, der den Inhalt der agnatischen Anordnung überhaupt und den Successionspunkt insbesondere — es sei nun in den Worten des Beschlusses selbst, oder in Präsidialmotiven, worauf der Beschluß etwa gegründet worden, oder mit welchen derselbe in Verbindung gesetzt werden wollte, näher bestimmen, abändern oder demselben Vorbehalte und Vermehrungen hinzufügen wollte. Der Gesandte müßte vielmehr einen solchen, auf eine noch nicht geschlossene Abstimmung der Bundestagsgesandtschaften gegründeten und bloß gelegentlich gefaßten Beschluß für nichtig und wirkungslos halten.

Bayern. Der Gesandte muß sich jeder Theilnahme an der Beurtheilung der von der herzoglich braunschweigischen Gesandtschaft angezeigten Thatsache der vor dem erfolgten Beschlusse des Bundes über die Anerkennung der demselben vorgelegten agnatischen Erklärung vorgenommenen Vollziehung derselben enthalten; indem er, ohne hierin im Geringsten seinem allerhöchsten Hofe vorzugreifen, diesem allein die Beurtheilung dieses Vorganges zu überstellen hat. Er muß daher auf die einfache Vorlage der herzoglich braunschweigischen Anzeige an die allerhöchsten und höchsten Bundesregierungen antragen, und kann auch dem letzten Beisatz aus dem Grunde nicht beitreten, weil ein Ausspruch über die Successionsrechte ohnehin nicht in der Absicht des Antrags liegt und der Vorbehalt begründeter wirklicher und eventueller Rechte sich von selbst versteht und in dem vorliegenden Falle in der ausdrücklichen Erklärung, welche die hohen Agnaten desfalls in der 8. Sitzung abgegeben haben, bereits gewahrt erscheint.

Sachsen: schließt sich dem Antrage der kaiserlich königlichen Präsidialgesandtschaft an.

Hannover. Als die beiden allerhöchsten und höchsten Agnaten in der 8. Sitzung die von Ihnen über die definitive Feststellung der Regierungsverhältnisse im Herzogthume Braunschweig getroffene Anordnung der hohen Bundesversammlung zur Anerkennung vorlegten, so konnten Solche nur von dem Gesichtspunkte ausgehen, hierunter demjenigen auf herkömmliche Weise ein Genuge zu leisten, was bei Regierungsveränderungen überall der Fall zu sein pflegt. Haben daher Solche die Anerkennung des deutschen Bundes, hinsichtlich der von Allerhöchst und Höchstnenselben getroffenen Verfügung, in Anspruch genommen, so konnte dies doch bloß in Beziehung auf das allgemeine Interesse desselben bei der Erhaltung der innern Ruhe in Deutschland geschehen. Sie mußten aber zugleich weit davon entfernt sein, demselben hierdurch ein weiteres Recht der Einmischung in die Anordnung der Regierungsverhältnisse einzuräumen, was im directesten Widerspruche mit der dem Hause Braunschweig-Lüneburg zukommenden Autonomie stehn würde, und wozu in keiner Weise die Bundes- und Schlußacte berechtigten.

Durch beide Fundamentalgesetze wurde der Grundsatz eines Staatenbundes, nicht der eines Bundesstaates, geheiligt und die Souverainetät der einzelnen den Bund bildenden Staaten in ihrem ausgedehntesten Umfange ausgesprochen. Die Gewalt, welche nach der Reichsverfassung in Kaiser und Reichsständen vereinigt lag, und der die Landeshoheit in gewisser Beziehung untergeordnet stand, ist daher auf die souverainen Bundesstaaten gegenwärtig übergegangen, nur in

soweit die durch die Bundesacte und die solche ergänzende Schlußacte vertragsweise eingegangenen Verpflichtungen eine gemeinsame Concurrenz zur Erreichung der im Art. 2 der Bundesacte und Art. 1 der Schlußacte bezeichneten ersten Bundeszwecke, nämlich zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten und zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands erforderlich machen, ist diese Souverainetät in ihrer Ausübung beschränkt: so wie auf der andern Seite auch, nach Art 3 der Schlußacte, die Zwecke des Bundes dessen Befugnisse und Verpflichtungen begrenzen.

Wenn daher ein Bundesstaat seine gegen den Bund eingegangenen Verpflichtungen in den durch die organischen Gesetze bestimmten Grenzen erfüllt, so leistet er dadurch den ihm obliegenden Pflichten ein Genüge; alle übrigen aus der Souverainetät fließenden Rechte sind hingegen seiner Autonomie in gleichem Maße, als sei kein deutscher Bund vorhanden, vorbehalten. Würde der deutsche Bund diese ihm vorgeschriebenen Grenzen überschreiten und sich in die innere Autonomie der fürstlichen Häuser einmischen wollen, so verletzte er die organischen Gesetze, worauf seine Existenz beruht; darauf hinielende, ohne Concurrenz der betheiligten Staaten gefaßte Bundesbeschlüsse aber würden an einer unheilbaren Nullität laboriren und niemals in ihren Folgen eine gesetzliche Verbindlichkeit erhalten können.

Unter den, der Autonomie der souverainen deutschen Bundesstaaten vorbehaltenen vorzüglichsten Rechten nimmt die Anordnung der innern Regierungsverhältnisse unstreitig den ersten Rang ein. Hierauf kann dem Bunde nie irgend ein directer oder indirecter Einfluß verstattet werden; das obige Princip ist auch in dem Beschlusse vom 2. Dezember v. J. dadurch anerkannt worden, daß darin die definitive Anordnung der Regierungsverhältnisse den Agnaten überlassen ist.

Haben daher im vorliegenden Falle die allerhöchsten und höchsten Agnaten, im Interesse Ihres Hauses und der Ihrer Sorge anvertrauten Unterthanen, mit Berücksichtigung der Ihnen obliegenden Pflicht, auf eine dauernde Weise die innere Ruhe von Deutschland zu sichern, auf den Grund der vorhandenen Hausgesetze und des in andern fürstlichen Häusern bestehenden Herkommens — unter strenger Befolgung der zur Zeit des deutschen Reichs bestandenen staatsrechtlichen Principien — jene Regierungsverhältnisse auf die von Ihnen bezeichnete Weise definitiv geordnet, so haben Solche dadurch nicht bloß demjenigen entsprechen, was der deutsche Bund in Beziehung auf die Erhaltung der innern Sicherheit von Denselben zu erwarten berechtigt war, sondern Sie haben in aller übrigen Beziehung auch bloß von einem Rechte Gebrauch gemacht, was unbestreitbar in Ihrer souverainen Gewalt lag, und worüber Sie Niemanden Rechenschaft zu geben schuldig sind.

Um so mehr können die allerhöchsten und höchsten Agnaten daher auch nur beklagen, daß mehrere Ihrer höchsten Mitverbündeten in ihren Erklärungen, statt sich bloß auf die Frage zu beschränken, ob durch die von den höchsten Agnaten getroffenen Anordnung die innere Ruhe des Herzogthums Braunschweig bleibend gesichert sei? sich zu einer Verächtung der von Allerhöchsth und Höchsthnen getroffenen Anordnungen ermächtigt gehalten haben, eine Verächtung, die eben so unvereinbar mit der Autonomie der souverainen deutschen Häuser als mit der Erhaltung der innern Ruhe in Deutschland sein würde.

Noch mehr aber sind die allerhöchsten und höchsten Agnaten dadurch überrascht worden, daß sogar in mehreren Erklärungen der Regierung des Herzogs Wilhelm bloß der Character einer revocablen Regentschaft beigelegt ist, die mit

der Majorennetät einer eventuellen Descendenz des Herzogs Carl ihre Endschafft erreichen würde.

Wie sich eine solche Ansicht mit der allgemein anerkannten absoluten Regierungsunfähigkeit des Herzogs Carl vereinigen lasse, vermögen die höchsten Agnaten eben so wenig einzusehen, als daß in einem solchen Falle der nächste Agnat, auf welchen Kraft eigenen Rechts die Regierung übergeht, solche nicht in seinem eigenen Namen zu führen haben werde. Wer diese Prämisse einräumt, muß auch die daraus nothwendig herrührende Folge zugestehen und kann solche demnächst nicht allein auf die persönliche Machtausübung einer Regentschaft beschränken. Sollte etwa einer entgegengesetzten Ansicht die nie staatsrechtlich oder historisch begründet gewesene Theorie eines so genannten Charactere indelebilis der Souverainetät zum Grunde liegen; so müssen die höchsten Agnaten erklären, daß Sie einer solchen neuen Lehre Ihre Zustimmung nicht ertheilen können. Auch Sie halten zwar die strenge Aufrechterhaltung des Legitimitätsprincips für eine der Grundbasen, worauf die Sicherheit der Throne und der Staaten beruht; auch Sie erkennen den Grundsatz an, daß die Successionsfolge festgeregelt sein müsse, um nicht bei jeder Regierungsveränderung die Ausübung der höchsten Gewalt im Staate den Leidenschaften oder Factionen Preis zu geben und sie ungewiß zu machen. Aber Allerhöchst- und Höchstieselben sind auch der Meinung, daß die Grundsätze der Legitimität, wenn sie die ihr gebührende so nothwendige öffentliche Verehrung genießen soll, nicht übertrieben werden dürfen.

Darum haben denn auch die beiden allerhöchsten und höchsten Agnaten bei der von Ihnen getroffenen definitiven Anordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogthum Braunschweig sich nur zu denjenigen Grundsätzen, als den allein richtigen und eine angemessene Mittelstraße haltenden, bekennen können, welche die königlich preussische Abstimmung so lichtvoll auseinander gesetzt hat. Auch Sie mußten den Unterschied begründet halten, der zwischen der allseitig anerkannten absoluten Regierungsunfähigkeit des Herzogs Carl von Braunschweig, wie solche von Ihnen wegen des bleibenden moralischen Eindrucks, den der gemachte Mißbrauch von seiner Regierungsgewalt auf seine Unterthanen zurückgelassen hat, ausgesprochen ist, und einer temporären Regierungsunfähigkeit besteht, wie solche Minderjährigkeit oder unverschuldete körperliche oder geistige Hindernisse herbeiführen können.

So wie im letztern Falle den nächsten Agnaten nur das Recht der Bevormundung und nur einer temporären Regentschaft erwächst, so ist im erstern Falle die Regierung als eröffnet anzunehmen und nach der bestehenden Successionsfolge auf den nächsten Agnaten kraft eigenen Rechts als übergegangen zu betrachten; denn eine, das Andenken der Regierung des Herzogs Carl bewahrende, für die Lebensdauer desselben zu errichtende und als eine bloße Fortsetzung dieser Regierung zu betrachtende Regentschaft, würde, wie die königlich preussische Abstimmung sehr richtig bemerkt, nach correcter Anwendung des nicht sorgsam genug zu bewahrenden Legitimitätsprincips, weil sie sich nur in der Natur einer Regierungsverwaltung für den Herzog Carl darstellen und jede einzelne Regierungshandlung nur in Höchstdeffen Namen vollziehen könnte, mit den moralischen und rechtlichen Gründen und Ursachen, die diesem Fürsten den Verlust der Regierung zugezogen haben, im Widerspruche stehen.

Wenn übrigens die beiden allerhöchsten und höchsten Agnaten sich bei der von Ihnen getroffenen Anordnung nach diesen völkerrechtlich und staatsrechtlich begründeten Grundsätzen gerichtet haben, so ist jedoch zugleich von Ihnen auch

nicht unbeachtet gelassen, was in ähnlichen Fällen zur Zeit des deutschen Reichs sich zugetragen; was die Agnaten in andern fürstlichen Häusern beobachtet haben; was die Erhaltung der dauernden Ruhe und Ordnung im Herzogthume Braunschweig sowie im nördlichen Deutschland unabwendbar nothwendig gemacht, und was die Berechtigungen und Pflichten sind, die in Ihrer Agnaten-eigenschaft liegen.

In ersterer Beziehung war es ein bestehender Rechtsatz, daß bei ausgesprochener Reichsacht die Regierung auf den nächstberufenen Agnaten ipso jure bevollmächtigt ward, und dieser sie im eigenen Namen führte.

Wenn nun auch anzunehmen ist, daß weder den Agnaten noch der Gesamtheit des deutschen Bundes ein eigentliches Richteramt über einen souverainen deutschen Bundesfürsten zusteht, daß somit auch weder dem Einen noch dem Andern das Recht eingeräumt werden kann, einen souverainen deutschen Fürsten seiner Regierung für verlustig zu erklären, so bringt es doch die Natur der Sache mit sich, daß, ungeachtet der mit dem deutschen Reiche erloschenen oberstrichterlichen Gewalt, welche Kaiser und Reich zustand, den Agnaten zum wenigsten dieselben Rechte verblieben sein müssen, welche ihnen zur Zeit des Reichs eingeräumt wurden, und die ihnen um so mehr erhalten sind, als gegenwärtig die im Kaiser und Reich gelegene Souverainetät auf deutsche Fürsten und deren Familien übergegangen ist. Eben diese Natur der Sache aber bringt es ferner mit sich, daß an die Stelle jener oberstrichterlichen Gewalt eben diesen Agnaten wenigstens eine conservatorische Einschreitung zustehen muß, um den aus einer absoluten Regierungsunfähigkeit entspringenden verderblichen Folgen auf eine der Ehre des fürstlichen Hauses, der bleibenden Sicherheit und Ruhe im Lande und im deutschen Bunde, so wie den angestammten Rechten der Agnaten entsprechende Weise möglichst vollkommen zu begegnen: daher, wenn zur Erreichung eines solchen Zweckes die bloße Errichtung einer Regentenschaft nicht zureicht, die zu treffende Anordnung diejenige Ausdehnung erhalten muß, welche die nöthige Kraft und Stabilität der Regierungsgewalt sichert, um Volksreactionen vorzubeugen und wozu die nächsten Agnaten das ihnen ipso jure zustehende Successionsrecht berechtigt.

Uebrigens haben sich die allerhöchsten und höchsten Agnaten bei dieser Gelegenheit auch nur streng an dieselben Grundsätze gehalten, die von Ihnen stets öffentlich bekannt worden sind, und wonach namentlich in dem im Jahre 1728 im großherzoglich mecklenburgischen Hause zugetragenen ähnlichen Falle von Seiten Hannovers gegen die vom damaligen Reichsoberhaupte angeordnete Administration sich verwahrt, und der Satz behauptet wurde, daß die Landesregierung von dem Bunde des entsetzten Herzogs Carl Leopold von Mecklenburg in seinem eigenen Namen als legitimus successor zu übernehmen gewesen sei.

Der deutschen Geschichte ermangelt es außerdem auch nicht an andern Fällen, wo von den nächsten Agnaten nach denselben Grundsätzen und vielleicht noch noch weit strengeren verfahren ist, als die die höchsten Agnaten Ihrer befraglichen Anordnung zum Grunde gelegt haben.

Namentlich hat sich ein solcher Fall im kaiserlich österreichischen Hause zugetragen, wo gleichfalls die allerhöchsten Agnaten sich seiner Zeit aus ähnlichen Gründen berechtigt hielten, den Kaiser Rudolph II. im Interesse des Hauses Oesterreich zur Abkündigung der Kronen von Oesterreich, Ungarn und Böhmen an seinen Bruder Matthias zu zwingen. (Siehe *Kaumer's Geschichte Deutschlands von der Abkündigung Karls V. bis zum westphäl. Frieden.* — *Mosers*

persönliche Staatsrechte der deutschen Reichsstände, S. 667.) Eines Vorbehalts zu Gunsten seiner künftigen Descendenz (bekanntlich starb Rudolph II. ohne Kinder zu hinterlassen) ward dabei nicht erwähnt, obgleich bereits das Primogeniturgesetz im Hause Oesterreich bestand (Pütters Handbuch der Reichsgeschichte, Th. I. S. 568 der zweiten vermehrten Auflage, oder § 130 I.), vielmehr ging die Regierung von Oesterreich, Ungarn und Böhmen mit allen dazu gehörenden Successionsrechten auf Matthias über, welcher noch bei Lebzeiten Rudolphs II. am 23. Mai 1611 zum König von Böhmen gekrönt wurde.

Ein anderer Fall hat sich ferner im königlich württembergischen Hause zugetragen.

Wegen seines Hanges zu Verschwendung und Willkürlichkeit kündigten nämlich 1498 die württembergischen Landstände ihrem Herzog Eberhard dem Zweiten den Gehorsam auf, und der Kaiser billigte solches; an des Entsetzten Stelle ward sein Neffe Ulrich Herzog. (Königs Reichsarchiv, Part. spec. Cont. II. Fortsetzung 1, S. 719—721.)

Ist nun auch das Haus Braunschweig-Lüneburg, bis auf den jetzigen Fall, so glücklich gewesen, solche Vorgänge nicht aufzählen zu können, so konnten die höchsten Aignaten sich doch nicht verhehlen, daß die jetzigen Verhältnisse, selbst nach dem Buchstaben des unter dem 2. December v. J. gefaßten Beschlusses, Allerhöchsts- und Höchstseits aufforderten, Sich, nach Maßgabe früherer in andern deutschen Häusern bestehenden Präjudicien und in Uebereinstimmung mit der ehemaligen Reichspraxis, zu solcher Einschreitung berechtigt zu halten, welche die dauernde Ruhe und Sicherheit im Herzogthume Braunschweig verbürgen würde. Hiernach aber haben Sie in Uebereinstimmung mit dem königlich preussischen Hofe nur erkennen können, daß, um diesen Zweck zu erreichen, weder eine im Namen des Herzogs Carl geführte werdende Regentschaft, noch eine in eventum bestellte Administration zureichen würde, um eine Volksbewegung zu verhindern, deren Folgen für die Ruhe des ganzen nördlichen Deutschlands unberechenbar gewesen sein würden.

Diesem gemäß konnten daher Dieselben nur dafür halten, daß, nachdem einmal durch die als politischen Tod zu betrachtende Thatsache absoluter Regierungsunfähigkeit des ältern Bruders, das natürliche Successionsrecht des nächstfolgenden zweiten Bruders eventuell geworden war, dieses ihm auch nicht durch eine künftige eventuelle Descendenz des Herzogs Carl wieder entzogen werden könne; daß es sich daher weder um eine bloße Administration oder Regentschaft für den Augenblick, noch um deren Umwandlung in eine vormundschaftliche Verwaltung für den Fall der Geburt einer künftigen legitimen Descendenz des Herzogs Carl handle, sondern daß die von dem Herzoge Wilhelm im eigenen Namen einmal angetretene Regierung auch nicht früher als mit dessen Tode aufzuhören vermöge; Sie mußten Sich dabei zugleich davon überzeugen, daß im entgegen gesetzten Falle die Aussicht auf die Möglichkeit des nahe bevorstehenden Eintritts einer abermaligen vormundschaftlichen Regierung im Herzogthume Braunschweig nur dazu geeignet sei, Erinnerungen der unangenehmsten Art aus der nächstliegenden Vergangenheit vorzüglich bei denen zu erwecken, die sich der undankbaren und unter den gegebenen Verhältnissen höchst mißlichen Führung des vormundschaftlichen Amtes zu unterziehen haben würden; Sie mußten dafür halten, daß eben eine solche Aussicht auf eine möglichst bald eintretende Veränderung in der Regierungsgewalt nur den Factions- und Revolutionsgeist erhalten und der Regierung, die selbst nicht stabil wäre, es unmöglich machen würde, einen

dauernden Zustand der Ruhe und Sicherheit im Herzogthume Braunschweig herbeizuführen und zu begründen, so wie den revolutionären Untrieben mit Kraft entgegen zu treten; Sie mußten ferner annehmen, daß eine demnächst wirklich eintretende vormundtschaftliche Regierung, mit den ihr anklebenden Beschränkungen und bloß temporären Dauer, nicht zureiche, um in einer so bewegten Zeit, wie die gegenwärtige, an der im Herzogthume Braunschweig so viele Reminiscenzen aus einer traurigen Vergangenheit kleben, und so viele Befürchtungen vor der Zukunft sich knüpfen würden, wenig geeignet sei, um das Staatsruder mit Sicherheit und zum Wohle des Landes zu führen; Sie mußten sich endlich sagen, daß in solchen Fällen die höheren politischen Rücksichten hauptsächlich entscheiden, Rücksichten, denen, wie die Geschichte neuerer und älterer Zeit ergiebt, von jeher aller Seits gehuldigt ist, und denen die ersten auf den Thronen Europa's sitzenden Dynastien ihre allgemeine Anerkennung verdanken. Unter solchen Umständen mußten sich daher die allerhöchsten und höchsten Agnaten zu einer solchen conservatorischen Maßregel eben so verpflichtet und berechtigt halten, wie sie von Ihnen im Interesse Ihres Hauses und zur dauernden Befestigung der Ruhe und Ordnung im Herzogthume und im nördlichen Deutschland angeordnet worden und wie solche einzig und allein nur geeignet sein konnte, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen.

Die allerhöchsten und höchsten Agnaten würden hiermit ihre am Bundestage abzugebende Erklärung beschließen, wenn Sie nicht durch die von mehreren Seiten gegen ihren ausdrücklichen Wunsch erfolgte bestimmte Aeußerung, über den einer eventuellen legitimen Descendenz des Herzogs Carl gebührenden Vorzug vor derjenigen des Herzogs Wilhelm, in die Nothwendigkeit gesetzt worden wären, jetzt wenigstens, auch vorläufig diejenigen gerechten Zweifel zu berühren, die einer solchen bestimmten Ansicht entgegen gestellt werden können und die es daher nothwendig machen werden, diesen Punkt nicht im Voraus zu entscheiden, sondern ihn dem künftigen competenten Ausspruche vorzubehalten.

Wäre eine solche legitime Descendenz des Herzogs Carl bereits vorhanden, so würde ihr ein solcher Vorzug vor derjenigen Herzogs Wilhelm unzweifelhaft gebühren, auch dieser nur bis zum Eintritte der Volljährigkeit eine vormundtschaftliche Regierung in Anspruch nehmen können.

Dieser Fall ist jedoch nicht vorhanden, vielmehr ist Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm *jure proprio*, wegen der absoluten Regierungsunfähigkeit des Herzogs Carl, zur Uebernahme der eröffneten Regierung berufen.

Es tritt ferner in Beziehung auf den Herzog Carl die Rechtsregel im Allgemeinen ein, daß Niemand mehr Rechte vererben kann, als er selbst besitzt.

Auch wird hiergegen nicht angeführt werden können, daß diese Descendenz nicht unmittelbar vor ihm, sondern *ex pacto et providentia majorum* ihr Successionsrecht nach der Linealerbfolge herzuleiten habe. Denn in dieser Beziehung tritt wieder der allgemein rechtlich anerkannte Unterschied zwischen *hereditas jam natis* und *nascituris* ein. Dieser Unterschied, den das Privatfürstenrecht, die Stammrechte der deutschen Familien in Fideicommissen und das Lehnrecht allgemein anerkennen, und ohne welchen alle Verzichtleistungen auf die Erbfolge für die spätere Descendenz unverbindlich sein würden, ist zu wichtig, um daß er nicht aufs strengste aufrecht erhalten werden müßte. Auch darf dem *ex pacto et providentia majorum* herzuleitenden Erbrechte keine zu große Ausdehnung gegeben werden: denn wollte man dies, so würde der spanische Erbfolgekrieg und der ihn beendigt habende Frieden ohne Wirkung geführt

sein und bleiben; die ältere Ernestinische Linie wäre berechtigt, der jüngeren Albertinischen Linie die Succession im sächsischen Kurstaate jederzeit streitig zu machen; alle Primogeniturgeetze könnten täglich wieder umgeworfen werden, kurz es würde daraus eine völlige Ungewißheit des status quo in Europa und namentlich in Deutschland entstehen.

Die beiden allerhöchsten und höchsten Agnaten erlauben sich diese Bemerkungen, um zu beweisen, daß Grundsätze, die in sich geschaffen sind, um die bestehende Ordnung zu erhalten, auf ein Extrem getrieben, aufhören, conservatorisch zu bleiben. Sie vermögen daher auch nur dieselben in so fern als völkerrechtlich begründet anzuerkennen, wie sie ihre ursprüngliche Natur nicht gegen eine ganz verschiedene vertauschen, und werden nie Konsequenzen ihren Beifall zollen, die zu weit führen müssen. Das große Problem des Staatsrechts besteht nicht sowohl in der Aufstellung allgemeiner Grundsätze und deren analytisch folgerechten Durchführung, als in der zeitgemäßen Anwendung derselben.

Die beiden allerhöchsten und höchsten Agnaten sind jedoch keineswegs gemeint, diese Hauptfrage bereits gegenwärtig zu entscheiden.

Vorläufig können Sie jedoch nicht unbemerkt lassen, daß sich in der Geschichte des hochfürstlichen Hauses Braunschweig-Lüneburg zwei Fälle zugetragen haben, wo ein älterer Prinz auf die Landesregierung verzichtet, und dadurch auch die Ausschließung seiner Nachkommenschaft herbeigeführt hat, nämlich

1) Herzog Otto, ältester Sohn Herzogs Heinrich des Mittlern von Celle, trat durch den Vertrag vom Jahre 1525 für sich und seine Erben die Regierung an seine jüngeren Brüder, Herzog Ernst und Herzog Franz ab, und erhielt dafür das Amt Harburg. Sein Sohn, Herzog Otto von Harburg, erneuerte zwar die alten Ansprüche seines Vaters, und verlangte $\frac{1}{3}$ des Landes Lüneburg nebst $\frac{1}{3}$ des Nachlasses seines ohne Leibeserben verstorbenen Oheims, Herzogs Franz, verzichtete jedoch auf seine gegenseitig nicht anerkannten Forderungen durch den im Jahre 1560 mit Herzog Ernst's Söhnen, den Herzogen Heinrich und Wilhelm, abgeschlossenen Vergleich, worin ihm das Amt Moissburg und einige andere kleine Intraden zugelegt wurden.

2) Die eben genannten Herzoge Heinrich und Wilhelm verglichen sich im Jahre 1569 dahin, daß ersterer, gegen Anweisung des Amtes Dannenberg und Klosters Scharnebeck, die Landesregierung an den Herzog Wilhelm und dessen Erben abtrat. Diesem Vertrage zuwider machte Herzog Heinrich, nachdem die Grafschaften Hoya und Diepholz an Lüneburg zurückgefallen waren, Ansprüche auf deren Hälfte, mußte sich aber im Jahre 1592 zu wiederholter Bestätigung des früheren Vertrags entschließen, indem nur in Rücksicht auf sein und der Seinigen besseres Auskommen die Apanage etwas vergrößert ward. Herzog Heinrich ist der Stammvater der jetzigen herzoglich-braunschweigischen Linie, welche in Folge jener Verträge von 1569 und 1592 keinen Antheil an der Regierung hatte, sondern erst bei dem Aussterben des mittlern braunschweigischen Hauses, kraft ausdrücklicher Vorbehalte in den Verträgen von 1569 und 1592, in Wolfenbüttel zur Regierung gelangt ist.

Wenn daher wohl angenommen werden darf, daß eine Verfügung der obersten Reichsgewalt oder ein Erkenntniß der Reichsgerichte dieselben Rechtswirkungen als ein freiwilliger Vertrag gehabt haben würden; daß, nach Aufhebung der Kaiser und Reich beimwohnenden Gewalt, die aus dieser höchsten Souverainetät herfließenden souverainen Rechte auf die einzelnen Bundesstaaten

übergegangen sind; daß diese daher eine solche sich allein angehende Frage auch allein im Interesse ihres Hauses und ihrer Unterthanen, so wie mit Berücksichtigung der innern Ruhe des deutschen Bundes zu entscheiden haben;

daß von den allerhöchsten und höchsten Agnaten in diesem Sinne gefaßten conservatorischen Beschlüssen gleich verbindende Kraft als den vom Kaiser und Reich ausgehenden Verfügungen oder einem sonstigen freiwilligen Vertrage beizulegen ist, zumal wenn sie nur den nächsten Zweck haben, die innere Ruhe und Sicherheit des Herzogthums dauernd zu sichern, und zugleich der allgemeinen Ruhe von Deutschland nur förderlich sind;

daß die im 11. Artikel der Bundesacte übernommene Garantie sich ausdrücklich nur auf die einzelnen Bundesstaaten oder den Complexus der fürstlichen Häuser, die solche bilden, erstreckt, ohne die inneren Regierungsverhältnisse und die Successionsfolge unter diese Garantie mit zu begreifen;

daß mithin jede weitere Ausdehnung dieser Garantie die Souverainetätsrechte eben dieser fürstlichen Häuser beschränken und daher außer dem Zweck der Conföderation liegen würde;

so können die allerhöchsten und höchsten Agnaten nur annehmen, daß nachdem von Ihnen alle der Sicherheit und Ruhe des deutschen Bundes gewidmeten Rücksichten getreulich beobachtet sind;

daß

nachdem Allerhöchst und Höchsthie Sich bei der von Ihnen getroffenen Anordnung nur in den Grenzen der Ihnen gebührenden Souverainetät und Autonomie gehalten und dabei alle Rücksichten, die die Ehre des Hauses, die Aufrethaltung des in Ihren fürstlichen und andern souverainen Häusern bestehenden Verkommens und der Familiengesetze, so wie die wahren legitimen und monarchischen Grundsätze erfordern, beobachtet haben,

Sie zwar für angemessen erachten, diese Grundsätze Ihren allerhöchsten und höchsten Mitverbündeten offen, jedoch nur zur Kenntniß mitzutheilen; daß Sie aber zugleich gegen jeden durch Wahrheit der Stimmen, ohne Ihre Einwilligung gefaßten Bundesbeschluß, der die Competenz der hohen Bundesversammlung überschreiten würde, sowie gegen alle daraus hergeleiteten Folgen Sich verwahren und letztere im Voraus für ungültig und unverbindlich erklären müssen. Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover können daher auch nur die von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Wilhelm mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung definitiv übernommene Regierung und eingenommene Fußsigung für gerechtfertigt halten.

Im Uebrigen sieht sich die Gesandtschaft in dem Falle, der königlich preussischen so eben abgegebenen Abstimmung sich anzuschließen, und erlaubt sich, derselben nur noch hinzuzufügen, daß, nachdem vergeblich viele Wochen verstrichen waren, ohne daß, dem dringend ausgesprochenen Wunsche der Agnaten zuwider, die Erklärungen der höchsten Regierungen über die Anerkennung der getroffenen Anordnung erfolgt sind, die definitive Regierungsübernahme Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm nicht länger ausgesetzt bleiben konnte, sollte nicht bei der Aufreizung der Gemüther Gefahr für die öffentliche Ruhe aus einer solchen Verzögerung entstehen.

Württemberg stimmt für die einfache Vorlage der herzoglich braunschweigischen Anzeige an die höchsten und hohen Regierungen, indem der Vor-

behalt wohlbegründeter Rechte, als sich von selbst verstehend, überflüssig erscheine.

Baden. Wenn es für nothwendig gefunden werden sollte, sich die Instruction der höchsten Höfe über die von herzoglich braunschweigischer Seite angezeigte Publication des fraglichen Uebereinkommens vor ergangenem Bundesbeschlusse zu erbitten; so würde der Gesandte, unbekannt mit den Ansichten seines höchsten Hofes, wenigstens dafür stimmen müssen, daß dies auf die einfachste Weise und ohne allen und jeden Beisatz geschehe. Im Uebrigen vermag der Gesandte, nach Maßgabe der ihm bereits erteilten Instruction, an keinem das Materielle der Sache berührenden Beschlusse Antheil zu nehmen, in so weit dießseits die Competenz der hohen Bundesversammlung hierzu nicht anerkannt wird. Da nun der von dem verehrlichen Präsidium in Antrag gebrachte Zusatz, rücksichtlich der Rechte der etwaigen Descendenten Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl von Braunschweig, eine solche materielle, die Competenz des Bundes, nach dießseitiger Ansicht, überschreitende, wiewohl indirecte Entscheidung zu enthalten scheint; so kann der Gesandte nicht umhin, sich in dieser Beziehung der verwahrenden Erklärung der königlich preussischen verehrlichen Gesandtschaft anzuschließen.

Kurhessen. Die Gesandtschaft stimme um so mehr dem Antrage der kaiserlich königlichen Präsidialgesandtschaft bei, als sie, in Folge allerhöchsten Instructionen, ganz andere, von der getroffenen Verfügung durchaus abweichende Ansichten in der Sache geäußert habe.

Großherzogthum Hessen äußert sich mit dem Antrage der kaiserlich königlichen Präsidialgesandtschaft einverstanden.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg sieht in dem Präsidialantrage nur eine treffende Darstellung der Sache, und tritt demselben vollkommen bei.

Niederlande wegen des Großherzogthums Luxemburg mit dem Präsidialantrage und der vorstehenden Abstimmung von Holstein und Lauenburg.

Großherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser stimmen auf Instructionseinholung.

Braunschweig und Nassau bezieht sich auf die abgegebene Erklärung.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesandte tritt dem Vorschlage wegen Berichterstattung über die Anzeige der herzoglich braunschweigischen Bundestagsgesandtschaft an die allerhöchsten und höchsten Regierungen bei.

Wenn nun zugleich in Antrag gebracht ist, die eventuellen Successionsrechte der etwaigen legitimen Nachkommen des Herzogs Carl von Braunschweig Durchlaucht durch Beschluß zu verwahren, so erkennt der Gesandte darin die bei dießseitiger Anerkennung der agnatischen Anordnungen Namens seiner höchsten Höfe ausgesprochenen Ansichten und Wünsche, und trägt daher kein Bedenken, in so weit dem Antrage beizustimmen, im Uebrigen aber seinen Höfen die weitere Äußerung vorbehaltend.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg treten dem Antrage der kaiserlich königlichen Präsidialgesandtschaft bei.

Hohenzollern, Lichtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck. Nach der Majorität seiner Instructionen ist der Gesandte im

Protocoll der 14. Sitzung, § 97, dem kaiserlich österreichischen Votum beige-
treten, und kann daher auch heute nur dasselbe thun.

Die freien Städte: wie Baiern.

Es ergab sich hieraus der

B e s c h l u ß:

Nachdem Seine Majestät der König von Hannover und Seine Durch-
laucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig in der 8. diesjährigen Sitzung
die wegen Feststellung der Regierungsverhältnisse im Herzogthume Braunschweig
getroffene agnatische Disposition dem Bunde zur Anerkennung, wie solche im
Bundesbeschlusse vom 2. December v. J. vorbehalten war, vorgelegt haben,

nachdem die braunschweigische Bundestagsgesandtschaft unterm 14. v. M.
im Auftrage ihrer Regierung um die Eröffnung des Protocolls für die Abstim-
mungen über diesen Gegenstand das Ansuchen gestellt und diese Eröffnung auch
sogleich stattgefunden hat,

nachdem ferner Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm, ohne den Erfolg
dieser Abstimmungen und den Beschluß des Bundes hierüber abzuwarten,
diese agnatische Anordnung unterm 20. April bereits publicirt und in Vollzug
gesetzt hat, und zwar, zufolge der in der heutigen Sitzung vorgebrachten Angabe
Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm, aus dem Grunde, um die aufgeregten
Gemüther in Braunschweig zu beruhigen;

so findet die Bundesversammlung diesen Vortrag in ihre Protocolle zu ver-
zeichnen und den Bundesregierungen die Beurtheilung desselben und alles Wei-
tere anheimzustellen, dabei aber ausdrücklich zu bemerken, daß durch diese, ohne
Zuthun des durchlauchtigsten Bundes vollzogene Anordnung, keinen begründeten
Rechten, und insbesondere nicht den Successionsrechten einer etwaigen Descen-
denz des Herzogs Carl von Braunschweig, präjudicirt werden könne.

Gegen diese Redaction des Bundesbeschlusses erhob sich nun aber Han-
nover und gab in der Bundestagsitzung vom 30. Juni 1831 Folgendes zu
Protocoll:

Die in der 18. diesjährigen Sitzung der hohen Bundesversammlung über
die Feststellung der Regierungsverhältnisse Statt gehaltenen Verhandlungen endi-
gen mit einem Beschlusse und mit einer Bemerkung.

Der der Lage der Sache und den vorhergegangenen Abstimmungen voll-
kommen gemäße Beschluß geht dahin:

daß die hohe Bundesversammlung die Anzeige von dem Regierungs-
antritte Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm von Braunschweig
in ihre Protocolle verzeichnen und den Allerhöchsten und Höchsten
Bundesregierungen die Beurtheilung des Vorgangs ohne alles Weitere
anheim stellen wolle.

Die unter Rubrik des Beschlusses mitaufgenommene Bemerkung
aber besagt:

daß durch diese ohne Zuthun des durchlauchtigsten Bundes vollzogene
Anordnung keinen begründeten Rechten, und insbesondere nicht den
Successionsrechten einer etwaigen Descendenz des Herzogs Carl von
Braunschweig, präjudicirt werden könne.

Diese Bemerkung und ein Mißverständniß, zu welchem die Fassung der-
selben möglicherweise Veranlassung geben könnte, legen den allerhöchsten und
höchsten Agnaten die Verpflichtung auf, folgende Erklärung zu den Protocollen
der hohen Bundesversammlung gelangen zu lassen.

Es ist an sich schon ungewöhnlich, den Beschlüssen der hohen Bundesversammlung, welche auf Einholung von Instructionen oder auf Anheimgabe etwaiger weiterer Entschließungen der allerhöchsten und höchsten Bundesregierungen gerichtet sind, Bemerkungen, welche auf den Hauptgegenstand Beziehung haben, hinzuzufügen.

Zur Erhaltung wirklich bestehender, gegenwärtiger oder etwaiger zukünftiger Rechte konnte der erwähnte Zusatz in dem unterliegenden Falle nicht erforderlich sein, da abseiten der höchsten Agnaten in der 8. diesjährigen Sitzung vom 10. März a. c. feierlich erklärt worden ist:

Daß sie den Rechten, welche des Herzogs Carl Durchlaucht für Höchstdero etwaige legitime Descendenz in Hinsicht auf die Nachfolge in der Regierung des Herzogthums Braunschweig in Anspruch nehmen dürften, vorzugreifen nicht gemeint seien.

Je überflüssiger solchem nach die gedachte Bemerkung ist, um so eher könnte sie zu einer unrichtigen Deutung Veranlassung geben, und die höchsten Agnaten finden es daher unumgänglich erforderlich, die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu beseitigen, welches, wie schon bemerkt, durch die Art der Redaction des Zusatzes nur zu leicht veranlaßt werden dürfte.

Wenn es nämlich in der fraglichen Bemerkung heißt: „Es könne durch den Vorgang, (den Regierungsantritt Seiner Durchlaucht des Herzogs Wilhelm) keinen begründeten Rechten, und insbesondere nicht den Successionsrechten einer etwaigen Descendenz des Herzogs Carl von Braunschweig präjudicirt werden“, diese Bemerkung aber in dem Protocolle als ein Beschluß mit aufgeführt ist; so wäre es denkbar, daß hieraus zu irgend einer Zeit die Folgerung abzuleiten versucht würde, es sei hierdurch ein wesentlicher Punkt der agnatischen Anordnung modificirt und als beruhe namentlich von jetzt an auf einem Beschlusse der hohen Bundesversammlung, daß einer etwaigen demaleinstigen legitimen Descendenz Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl Successionsrechte in der Regierung des Herzogthums Braunschweig, wirklich und unzweifelhaft beigelegt werden müßten.

Wie wenig die höchsten Agnaten insbesondere die letzte Folgerung im Principe anzuerkennen vermögen, ergiebt mit genügender Klarheit und Bestimmtheit die königlich hannoversische Abstimmung, welche in der 18. Sitzung zu Protocoll gegeben ist, wiewohl sich die höchsten Agnaten ebenso wenig die Befugniß anzumahen beabsichtigen, das Gegentheil schon jetzt als über alle Discussion erhaben betrachten zu wollen. Sie halten vielmehr dafür, daß die Frage über die Successionsfähigkeit einer Descendenz des Herzogs Carl, eintretenden Falls zum Gegenstande einer ruhigen, gründlichen und unparteilichen Prüfung und Beurtheilung nach richtigen staatsrechtlichen Grundsätzen wird gemacht werden müssen.

Wenn die höchsten Agnaten es nicht haben umgehen können, der Möglichkeit einer irrigen Auslegung der in der 18. Sitzung stattgehabten Schlußziehung zuvorzukommen; so sind sie doch weit entfernt der Voruntersuchung Raum zu geben, als habe von irgend einer Seite beabsichtigt werden wollen, durch eine, ohne alle gründliche Discussion und Untersuchung einem Beschlusse auf Instructionseinholung hinzugefügte, beiläufige Bemerkung eine übereilte und vorgegreifende Entscheidung der hohen Bundesversammlung über einen wichtigen dormalen überall noch nicht vorliegenden Streitpunkt herbeizuführen.

Es würde dies nicht nur der, der Natur der Sache entsprechenden, umsichtigen, erhabenen Stellung der Bundesglieder, so wie der Wichtigkeit

der in ihren Händen liegenden Interessen allein angemessenen und durch langjährige Erfahrung als zweckmäßig bewahrheiteten Verfahrensart der hohen Bundesversammlung, sondern auch, wenn nicht ohnehin die Competenz des Bundes erheblichen Zweifeln unterläge, der Lage der Hauptsache bei derselben und den in derselben abgegebenen Abstimmungen geradezu widerstreiten.

Was insbesondere die letzteren anbetrifft, so ergeben die Protocolle der 13., 14., 15., 16., 17. und 18. diesjährigen Sitzungen, daß von den siebenzehn zur Entscheidung gewöhnlicher Bundesangelegenheiten den Grundgesetzen zufolge berufenen Stimmen eine, nämlich die der königlich niederländischen Gesandtschaft, wegen des Großherzogthums Luxemburg sich über die Anerkennung der agnatischen Anordnung wegen der herzoglich braunschweigischen Regierungsangelegenheit bis jetzt überall nicht ausgesprochen hat, daß von acht andern diese Anerkennung unumwunden erfolgt ist, und daß von den acht Stimmen, welche bis dahin einiges dabei zu erinnern gefunden haben, eine, nämlich die königlich württembergische Gesandtschaft, in der 17. Sitzung den Uebergang der Regierung auf des Herzogs Wilhelm Durchlaucht auf Lebenszeit für erforderlich erachtet und in Beziehung auf die Person des deraufkömenden Nachfolgers sich keineswegs ausgesprochen hat.

Hieraus aber ergibt sich zur Genüge, daß die unstreitige Majorität der allerhöchsten und höchsten Bundesregierungen, auf deren ausdrückliche Instructionen die vorgedachten Abstimmungen beruhen, weit entfernt, die demnächstige Erbfolge der etwaigen Descendenz Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl anzuerkennen, vielmehr, dem Wunsche der höchsten Agnaten gemäß, die desfallsige staatsrechtliche Frage für jetzt haben ausgefetzt sein lassen wollen.

Daß bei der in der 18. Sitzung erfolgten Hinzufügung der mehrerwähnten Bemerkung durch die ohne besondere Instruction erfolgten Abstimmungen nicht habe beabsichtigt werden können, eine Aenderung hierunter hervorzubringen, ist schon angeführt.

In der That aber liegt eine dahin irgend zu deutende Stimmenmehrheit auch keineswegs vor, indem die königlich niederländische Gesandtschaft, welche zwar gegen die Bemerkung selbst nichts eingewandt, in derselben Sitzung zum Voraus erklärt hatte, daß sie einer anderweiten Instruction bedürfe, um sich über die definitive Feststellung der Regierungsverhältnisse im Herzogthume Braunschweig äußern zu können, in der Abstimmung der großherzoglich mecklenburgischen Gesandtschaft aber lediglich von eventuellen Rechten einer etwaigen legitimen Nachkommenschaft des Herzogs Carl von Braunschweig die Rede gewesen ist.

Die hohen Agnaten glauben daher, der Zustimmung ihrer sämtlichen allerhöchsten und hohen Mitverbündeten gewiß sein zu können, wenn sie es als ausgemacht ansehen, daß es sowohl außer der Absicht als außer der Möglichkeit gelegen habe, durch die in der 18. diesjährigen Sitzung der hohen Bundesversammlung dem auf Instructionseinholung gerichteten Beschlusse hinzugefügte Bemerkung eine Entscheidung über die Successionsfähigkeit einer etwaigen Descendenz des Herzogs Carl von Braunschweig eintreten zu lassen. Sie, ihres Orts, würden unter keiner Bedingung in jenem beiläufigen und überflüssigen Zusätze eine solche anzutreffen und anzuerkennen im Stande sein.

In Hinsicht der von Seiten der höchsten Agnaten in der Regierungsangelegenheit getroffenen Anordnungen und des Zeitpunktes, zu welchem dieselben in Kraft getreten sind, beziehen Höchstdieselben sich im Wesentlichen auf dasjenige,

was desfalls der hohen Bundesversammlung bereits zu erkennen gegeben ist, und begnügen sich damit, ihre staatsrechtliche Ansicht hier noch einmal mit wenigen Worten zu wiederholen.

Dieselbe geht dahin:

daß, nachdem in dem Herzogthume Braunschweig durchaus kein Zustand obwaltet, durch welchen die Ruhe der deutschen Bundesstaaten irgend gefährdet und zur Sicherung und Erhaltung derselben die Thätigkeit des Bundes in Anspruch genommen würde, und nachdem bei der von den sämtlichen hohen deutschen Regierungen, mit einer einzigen Ausnahme, anerkannten absoluten Regierungsunfähigkeit Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl dermalen Niemand vorhanden ist, dessen Rechte durch den, der ordentlichen Successionsordnung nach, erfolgten Uebergang der Regierung auf des Herzogs Wilhelm Durchlaucht gekränkt und durch Garantie des Bundes vertreten werden können, jeder Grund einer Competenz der hohen Bundesversammlung zur Einwirkung auf diese Angelegenheit cessirt ist;

daß solche demnach lediglich dem freien Ermessen der durchlauchtigsten Agnaten des braunschweig lüneburgischen Gesammthauscs anheimgefallen sei und Höchstihnen die unbezweifelte Befugniß zugestanden habe, die von ihnen getroffene Anordnung zu der Zeit, zu welcher, ihrer Ueberzeugung nach, die Umstände solches dringend erfordert, ins Leben treten zu lassen.

Ungeachtet die höchsten Agnaten über diese ihre in den Rechten souverainer Fürsten festbegründeten und durch die föderative Verfassung des deutschen Staatenbundes keineswegs geschmälernten Befugnisse nicht den mindesten Zweifel zu hegen vermögen, haben Höchst dieselben dennoch nicht aufgehört und werden nicht aufhören, den höchsten Werth auf die geneigte Anerkennung der von ihnen getroffenen Maßregel abseiten ihrer allerhöchsten und höchsten Mitverbündeten zu legen. Auch hätten Höchst sie nichts mehr gewünscht, als daß die Dringlichkeit der Umstände ihnen gestattet hätte, sich der vollkommenen Uebereinstimmung der höchsten Bundesregierungen versichern zu können, ehe sie ihre Anordnungen in Wirksamkeit gesetzt haben. Dies ist indessen bei dem Verzuge, welcher, unerwarteter Weise, in dieser Angelegenheit bei der hohen Bundesversammlung eingetreten, nicht möglich gewesen.

Die höchsten Agnaten halten sich inzwischen um so zuversichtlicher überzeugt, daß ihre allerhöchsten und höchsten Mitverbündeten mit den vorstehenden, über die Autonomie souverainer Fürstenhäuser dargelegten Grundsätzen einverstanden sein werden, als dieselben eines Theiles mit dem wörtlichen Inhalte des Beschlusses vom 2. December 1830, durch welchen, völlig correcter Weise, Berathung und Bewirkung der definitiven Anordnung der herzoglich braunschweigischen Regierungsangelegenheit den berechtigten Agnaten Seiner Durchlaucht des Herzogs Carl anheim gestellt worden, auf das allervollkommenste zusammen treffen, und als andern Theils die hohe Bundesversammlung jeder Zeit theoretisch und practisch zu erkennen gegeben hat, wie tief sie von der Wahrheit durchdrungen ist, daß jeder Act willkürlicher Einmischung in die innern Verhältnisse souverainer Fürsten der Existenz des Bundes, wie durchlauchtigster Fürstenhäuser selbst, Gefahr bringen würde, und daß die sicherste Garantie der Dauer des Bundes einzig und allein in der strengen Befolgung der Fundamentalgesetze desselben angetroffen werden könne.

Mit dem lebhaften Bedauern haben die höchsten Agnaten in dem Protocoll der 18. Sitzung gesandtschaftliche Aeußerungen vernommen, welche ein auf-

fallendes Urtheil über eine in Uebereinstimmung mit zwei großen Monarchen vorgenommene Handlung eines deutschen Fürsten aussprechen. Diese Aeußerung, die sowohl ihrer Fassung, als der chronologischen Folge der Verhandlungen nach, durch keine besondere Instructionen autorisirt sein können, scheinen den Verhältnissen zu den gedachten erhabenen Personen wenig angemessen zu sein.

Um nicht ihrerseits diese Verhältnisse gegenseitig zu verletzen, glauben die allerhöchsten und höchsten Agnaten sich jeder Erwiderung enthalten zu müssen.

Braunschweig und Nassau für Braunschweig: treten der eben verlesenen königlich hannoverschen Erklärung bei.

Niederlande wegen des Groß-herzogthums Luxemburg: Seine Majestät des König-Großherzog haben nach genauer Prüfung der in der 8. Sitzung d. J. abgegebenen, gemeinschaftlichen Erklärung der königlich großbritannischen hannoverschen und herzoglich braunschweigischen Regierungen und der darin über die Hauptfrage getroffenen Anordnung sich bewogen gefunden, ihre Gesandtschaft anzuweisen, den in der königlich bairischen Abstimmung enthaltenen Ansichten nachträglich beizutreten.

Demnach stimmten:

1) für die unbedingte Anerkennung der agnatischen Anordnung 8 Stimmen: Preußen, Hannover, Baden, Braunschweig und Nassau, großherzoglich und herzoglich sächsische Häuser, die freien Städte, Baiern und Luxemburg.

2) für eine Modification derselben 9 Stimmen; also: Oesterreich, Königreich Sachsen, Holstein, Oldenburg &c., Hohenzollern &c., Großherzogthum Hessen, Mecklenburg, Württemberg und Kurhessen.

Daraus geht hervor, daß die agnatische Anordnung von dem Bunde als solchem nicht anerkannt ist, sondern daß nur 8 einzelne Staaten dafür stimmten.

3) Für die Uebernahme der Regierung des Herzogs Wilhelm im eigenen Namen stimmten: Preußen, Königreich Sachsen (jedoch nur bis zur Majorität eines etwa ebenbürtigen Sohnes des Herzogs Carl), Hannover, Baden, Braunschweig und Nassau, großherzoglich und herzoglich sächsische Häuser, die freien Städte, Baiern, Luxemburg, also 9 Stimmen.

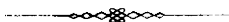
4) für die Errichtung einer Regentschaft: Oesterreich und die übrigen 7 Stimmen.

Viele wollen behaupten bis zum heutigen Tage, daß die Bundesversammlung, wo es sich um ein *jus singuli* handele, nach Art. 15 der Schlußacte keinen Beschluß durch Mehrheit der Stimmen fassen könne, daß also die Bundesversammlung kein Recht gehabt habe, über die Souverainetätsrechte des Herzogs Carl einen Mehrheitsbeschluß zu fassen.

Der Herzog Wilhelm hatte aber, wiederum ohne auf den Bundesbeschluß zu warten, die agnatische Anordnung publicirt und in Vollzug gesetzt durch ein Patent vom 20. April 1831 und eine Proclamation an das Land. Abgesehen von den beiden Patenten des Herzogs vom 7. December 1830 und 20. April 1831, verlautete von der ganzen Angelegenheit nichts im Volke und die deutschen Publicisten haben erst vor Kurzem einzelne Bundesverhandlungen kennen gelernt, zuerst durch die Memoiren des Herzogs Carl, dann durch die anonyme Schrift:

der Aufstand in Braunschweig 2c. (siehe oben S. 435), endlich durch v. Wangenheim (siehe oben). Der volle Zusammenhang einer der wichtigsten und für das deutsche Staatsrecht folgenreichsten Angelegenheiten war bisher Niemanden bekannt, wenn man von den wenigen Eingeweihten in den Kabinetten der Großmächte absieht. —

Der Herzog Wilhelm blieb im unangetasteten Besitze des Landes und möge es noch lange bleiben.



Buchdruckerei von Gustav Lange in Berlin Friedrichstraße 103.

BIBLIOTHEK
HERZOGL.
TECHN. HOCHSCHULE
CAROLO-WILHELMINA
BRAUNSCHWEIG.